Deutsche Geschichte

vom

Tode Friedrichs des Großen

bis

zur Gründung des deutschen Bundes.

Von

Ludwig Häusser.

Dritte verbesserte und vermehrte Auflage.

Erster Band.

Berlin.
Weidmannsche Buchhandlung.
(A. Reimer.)
1861.

Vorwort zur dritten Auflage.

Es ist gerade ein Jahr verflossen, seit ich durch die rasche Verbreitung, welche die zweite Auflage fand, veranlaßt worden bin, die Forschungen auf einem andern Gebiet der deutschen Geschichte, in welche ich damals vertieft war, vorerst zu unterbrechen und an eine neue Ausgabe dieses Werkes zu denken. An Stoff zur Arbeit hat es diesmal so wenig wie vorher gefehlt.

Denn wer den Erfolg eines Buches richtig schätzt, wird sich dadurch viel weniger zur Ueberhebung eignen Verdienstes versucht, als zu würdigerer Leistung angespornt fühlen. Drängen sich doch die Mängel und Unvollkommenheiten, woran die Anlage des Ganzen wie die Erforschung und Darstellung des Einzelnen leidet, erst bei wiederholter Durcharbeitung recht merkbar vor die Augen, und machen Einen dann nicht selten über den Erfolg betreten, der dem Werke in dieser Gestalt zu Theil geworden ist. So ist auch durchweg mein Eindruck gewesen, als ich von Neuem an diese Arbeit heranging.

Ich habe darum meine ganze Muße der neuen Ausgabe gewidmet, deren erster Theil hier vorliegt. Es wurde die Darstellung in allen ihren Einzelheiten einer wiederholten Prüfung unterworfen, Weitläufiges gekürzt, die Form gebessert, insbesondere aber in den meisten Abschnitten ein reicheres und vollständigeres Bild der Dinge gegeben, als es mir in den früheren Bearbeitungen möglich war.

Denn es ist dieser neuen Auflage ein Wesentliches zu Gute gekommen: die Einsicht in die Acten des preußischen geh. Staats- und Cabinetsarchivs, welche mir von der königlichen Regierung in liberalster Weise gestattet und von den Beamten des Archivs, namentlich Herrn Geh.

Rath Dr. Friedländer mit einer Freundlichkeit und Hingebung erleichtert worden ist, für die ich nicht genug danken kann. Durch diese Arbeiten, die mich mehrere Monate nach Berlin führten, haben die Forschungen, welche ich früher bei anderen Archiven angestellt, eine sehr erwünschte Ergänzung erhalten. Gleich im ersten Bande ist die Geschichte der deutschen Politik seit den Congressen von Reichenbach und Pillnitz, die Entstehung und der Verlauf der Revolutionskriege, ihr Zusammenhang mit den östlichen Verwicklungen, die Genesis des Basler Friedens und die Verhandlung darüber vollständiger dargelegt, als dies der frühere Quellenvorrath zuließ. Im folgenden Theil wird die Gestaltung der österreichisch-preußischen Verhältnisse während der Jahre 1796—99 in deutlicheren Zügen erscheinen, die Geschichte des Rastatter Congresses und der Verhandlungen, die der Umwälzung von 1803 vorangingen, werthvolle Bereicherungen erhalten. Wenn ich auch im Großen und Ganzen die Genugthuung hatte, daß die Auffassung des Werkes durch diese neuen Quellen nicht wesentlich alterirt worden ist, so sind die Ergänzungen und Zusätze doch so mannigfaltig, daß ich wohl sagen darf: es sei mehr eine umgearbeitete, als nur verbesserte Ausgabe des Buches, die ich jetzt vorlege. Ebendarum ist auch, wie der erste Theil zeigt, ungeachtet vieler Kürzungen im Einzelnen, der Umfang im Ganzen doch gewachsen; es fällt diese Ausdehnung namentlich auf die Abschnitte, welche die zweite Hälfte des Bandes bilden. In der ersten ist Manches eher in gedrängterer Form wiedergegeben.

So darf ich denn wohl mit gutem Muthe diese neue Arbeit in die Nation hinausgeben, und bei ihr für die verbesserte Gestalt auf die gleiche Nachsicht rechnen, die sie der unvollkommeneren geschenkt hat.

Heidelberg im October 1861.

L. Häusser.

Inhalt.

Dritter Abschnitt. Der Feldzug in der Champagne (1792). S. 347—400.

Siebenter Abschnitt. Auflösung der Coalition. S. 534—597.

Einleitung.

Das Reich nach dem westfälischen Frieden.

Die Verträge von Osnabrück und Münster hatten Deutschland den lange ersehnten Frieden gegeben, aber Land und Volk zeigten allenthalben die traurigen Folgen einer dreißigjährigen Erschütterung, in welcher die Verheerungen des Krieges mit den Schrecken einer Revolution gewechselt hatten. Ganze Landschaften, die blühendsten zumal, lagen in beispielloser Verwüstung, waren entweder von ihren Bewohnern verlassen, oder so tief verfallen, daß die Sorge und Arbeit mehr als eines Menschenalters nöthig war, auch nur die groben Spuren der Zerstörung zu verwischen. Der einst so mächtige Aufschwung des städtischen Lebens war gebrochen; Industrie, Handel und Schifffahrt hatten ihre alten Sitze für lange Zeit, zum Theil für immer, verlassen; die Macht der Hanse, schon im vorangegangenen Jahrhundert tief erschüttert, war nun vollends zu Ende gegangen; ihre ehemalige Weltstellung war theils den mächtig aufstrebenden Nachbarstaaten, theils den von Deutschland losgerissenen Gebieten anheimgefallen. Das alte Reich selber, durch alle Wechselfälle früherer Jahrhunderte in seinem Umfange nicht wesentlich beschränkt, hatte jetzt die ersten großen und bleibenden Verluste an Land und Leuten aufzuzählen. Denn nicht nur die Abfälle alter Zeiten, wie die schweizer Eidgenossenschaft, erlangten damals ihre rechtliche Anerkennung, nicht nur die lothringischen Bisthümer wurden aus einem bestrittenen Besitz ein rechtmäßiges Eigenthum des westlichen Nachbarn, es ward zugleich die fremde Oberherrlichkeit im Elsaß, in Pommern, in Bremen und Verden anerkannt und — fast die schmerzlichste von allen Einbußen — der kostbare Besitz der burgundischen Niederlande war theils in fremde Hand gerathen, theils in die Bahnen einer auf deutsche Kosten aufblühenden Sonderentwicklung hineingedrängt worden. Mit der Herrschaft über die Ostsee hatte also Deutschland zugleich den wichtigsten Zusammenhang mit der Nordsee verloren und fand sich nun ausgeschlossen von dem Antheil an Macht und Reichthum, den die Nationen auf den Meeren und in den Colonien erwarben. Die deutsche Nation selber war aber jetzt am wenigsten dazu angethan, so furchtbare Nachwehen rasch zu überwinden. Sie stand am Ende eines Kampfes, der den patriotischen Gemeinsinn auf langehin vernichtet und dafür oben wie unten die niedrigsten Leidenschaften entfesselt, der die ausländische Einmischung

herbeigerufen und eine scheußliche Tyrannei einheimischer und ausländischer Söldner begründet hatte. Es lebte eine ganze Generation, die nichts anderes gesehen, als diesen Bürgerkrieg mit seinen entsittlichenden Folgen. Wohin man schaute, überall bot sich eine verarmte und verwilderte Bevölkerung, die mit dem alten Wohlstand auch das Selbstgefühl und den Freiheitssinn besserer Tage verloren hatte.

Auch für die Verfassung des deutschen Reiches hat der westfälische Friede auf lange Zeit hin die Entscheidung gegeben. Es war fortan nicht mehr zweifelhaft, ob im Reiche die einheitliche oder vielheitliche Ordnung der Dinge vorherrschen, ob Kaiserthum oder Fürstenthum überwiegen, ob das Band einer festen Staatseinheit oder nur ein loser Föderalismus die deutschen Lande zusammenhalten werde. Noch im sechszehnten Jahrhundert hatte Karl V. einen mächtigen Anlauf zur Herstellung einer monarchisch-militärischen Autorität genommen, wie sie sich damals in den meisten Staaten Europa's festsetzte; ja noch im siebzehnten konnte es eine Zeitlang scheinen, als werde Ferdinand II. die Entwürfe seines Ahnherrn mit besserem Erfolge wieder aufgreifen, allein das eine wie das andere Mal behauptete die Vielheit der Territorialgewalten, insbesondere das Fürstenthum, den endlichen Sieg. Dieser Sieg war diesmal vollständig und unbestritten: um jeden Zweifel darüber zu beseitigen, enthielt die Friedensacte von 1648 die Grundgesetze einer aristokratisch-föderativen Verfassung, in der es fast weniger auffallend erscheint, daß die monarchische Gewalt so sehr in Schatten trat, als daß man sie überhaupt noch dem Namen nach bestehen ließ.

Denn ungeachtet der überlieferten Bezeichnungen von „Kaiser" und „Reich" stellte Deutschland nur noch eine lockere Föderation einzelner territorialer Gewalten dar. Von den Kurfürstenthümern und Fürstenthümern geistlichen und weltlichen Ursprungs an bis zu den reichsgräflichen, städtischen und ritterschaftlichen Territorien herab hatte sich eine bunte Masse von Gebieten ausgebildet mit besonderen Grundgesetzen, eigner Rechtspflege und Polizei, eignen Steuern, eignen Kriegsordnungen, ja mit dem anerkannten Rechte, Krieg zu führen, Frieden zu schließen und völkerrechtliche Bündnisse einzugehen. Gegenüber dieser so vielfältigen Gliederung, die in dem angebornen Individualismus der deutschen Natur ihre starke Grundlage fand, vermochte der Grundsatz einer abgeschwächten, mittellosen Einheitsgewalt nur ein unzulängliches Gegengewicht zu üben; wie hätte, wo sich alle Staatskraft und Staatsthätigkeit in die einzelnen Kreise flüchtete und dort zum Theil zu lebenskräftiger Entfaltung gedieh, eine kaiserliche Macht sich behaupten sollen, deren Träger zudem von ganz andern, außerdeutschen Interessen dynastischer und territorialer Art bestimmt war?

Vielmehr zeigt uns die nächste Epoche deutscher Entwicklung durchgängig das eine Ergebniß: während die Formen und Ueberlieferungen des alten Reichs einer unausweichlichen Verwesung anheimfallen, gewährt die Geschichte

einzelner Territorien ein reiches Bild lebendiger und bewegter Entfaltung; hier gedeiht die Heereskraft und der Waffenruhm, hier wird Cultur und Wohlstand gefördert, hier entwickeln sich die Bedingungen eines staatlichen Lebens, hier ist den Einzelnen Rechtsschutz und Sicherheit gegeben, indeß im großen Umkreise des Reiches Staatsgewalt, Gesetzgebung, Rechtspflege und Waffenmacht immer kläglicher verfielen. Denn mit der Einschränkung der kaiserlichen Autorität über das Ganze hielt das Wachsthum der landesfürstlichen Macht im Einzelnen vollkommen gleichen Schritt. Die nächsten öffentlichen Acte, welche den Friedensverträgen von 1648 folgen, bilden zugleich deren Ergänzung. Die Wahlcapitulation von 1658 bestätigte den Fürsten nicht nur ihre früheren Rechte gegenüber dem Kaiser, sondern erweiterte zugleich ihre Selbstherrlichkeit gegenüber ihren Unterthanen. Man begnügte sich nicht, den Landständen die Disposition über die Landessteuern zu entziehen, es sollte zugleich jeder Versuch eines gesetzlichen Widerstandes gegen die Uebergriffe der neuen Herrschaftsgelüste unmöglich gemacht werden. „Wenn Jemand" — so lautete die bezeichnende Stelle — „von den Landständen oder Unterthanen deswegen bei den Reichsgerichten etwas anbringen oder suchen würde, so sollte er ab- und zur schuldigen Parition an seinen Landesherrn gewiesen werden." Schon vorher war der Widerstand der ständischen Körperschaften gelähmt und die Strömung der Zeit selbst war auf dem gesammten europäischen Festlande nicht ermuthigend für eine ständische Opposition. Vielmehr richtete sich der Zug des Jahrhunderts auf Befestigung absoluter Fürstengewalt, auf Einverleibung der rings umschlossenen und schutzlosen reichsunmittelbaren Gebiete, auf Errichtung eines Regiments, das seine Selbständigkeit mit ergiebigen Finanzen und einem stehenden Heere stützte. Das Vorbild Frankreichs war für keinen der deutschen Landesherren völlig verloren; vielmehr nahm die Reaction gegen Landstände und selbständige Körperschaften, das Uebergreifen gegen die Reichsstädte, das Auflegen neuer Staatslasten in Deutschland im Kleinen ganz denselben gewaltsamen Gang, wie das Gleiche zur nämlichen Zeit von Ludwig XIV. im Großen durchgeführt worden ist. Das Verfahren der Fürsten gegen Erfurt, Magdeburg, Münster, Braunschweig, Cöln u. s. w. ist im Einzelnen nicht besser motivirt und nicht weniger gewaltthätig, als die Politik Ludwigs XIV., gegen die sich zuletzt der größere Theil von Europa auflehnte; die Staatsraison ist dort wie hier die letzte Rechtfertigung. Daß in solcher Zeit die Fürstengewalt Schritt vor Schritt vorwärts drang, den landständischen Widerstand brach, das Steuerbewilligungsrecht in seinem Nerv durchschnitt, erklärte sich durch die ganze Gestalt der Verhältnisse. Einen erfolgreichen Widerstand dagegen zu leisten, war einer Bevölkerung nicht möglich, die mit dem Wohlstand zugleich das eifersüchtige Freiheitsgefühl der alten Zeit verloren hatte. Ein verarmter Adel, der im Dienst der neuen Herren seine Existenz suchte, ein Bürgerstand ohne selbständigen Handel und Industrie, überhaupt ein Volk, das durch

Noth und Elend herabgekommen, durch die Richtung der Zeit, wie durch die herrschende Lebensansicht zum passiven Gehorsam und sich Unterordnen theils erzogen, theils gezwungen war — das waren die Elemente nicht, die gegen den aufstrebenden Absolutismus des Jahrhunderts eine Schranke aufzurichten vermochten. Vergebens versuchte der Kaiser noch einen schüchternen Widerstand, als er 1670 dem fürstlichen Verlangen, „die Unterthanen sollten die zur Verpflegung des Kriegsvolkes und zur Unterhaltung der Festungen erforderlichen Mittel gehorsam und unverweigerlich darreichen," vorerst noch die Zustimmung versagte; indem er sich den Zusatz gefallen ließ, „die Unterthanen sollten verpflichtet sein zu zahlen, was nach dem Herkommen und dem Bedürfniß erforderlich sei," gab er doch mit der andern Hand zu, was er mit der einen verweigerte.

Gegen fürstliche Gewalten, die fast sämmtliche Hoheitsrechte an sich gezogen, ohne deren Zustimmung der Kaiser weder Zölle, noch Reichssteuern, noch Lehenbriefe, noch Münzrechte ertheilen konnte, die über reiche Einnahmsquellen verfügten und aus deren Ertrag eine stehende Heeresmacht unterhielten, bot eine kaiserliche Autorität, wie die jüngsten Verträge sie begränzt, kein Gegengewicht mehr; die Verfassung des Reiches hatte fast aufgehört, eine monarchische zu sein, sie trug schon vorwiegend das Gepräge eines aristokratisch-republikanischen Gemeinwesens. Konnte doch aus der Wahlcapitulation von 1658 nur mit Mühe der Zusatz ferngehalten werden, daß der „Kaiser, wenn er nur einen Punkt der Capitulation überschritte, von selbst der Krone verlustig gehen solle"; so sehr hatten die Anschauungen Eingang gefunden, die Stellung des Kaisers beinahe nach dem Maßstabe eines republikanischen Magistrates zu bemessen!

Ein solcher Gang der Dinge hatte bereits vor den Verträgen von 1648 seine theoretischen Vertheidiger und Lobredner gefunden. Der bekannte Publicist Chemnitz, der unter dem Namen Hippolitus a Lapide schrieb, hatte diese Richtung des öffentlichen Lebens in ein gewisses System gebracht, und mochte man auch Vieles schief und einseitig nennen, was aus seiner Parteistellung und aus seinem Hasse gegen Habsburg hervorgegangen war, es blieb doch immer eine Auffassung übrig, welche den unwiderstehlichen Zug unserer politischen Entwicklung richtig faßte und mit jedem Tage eine entschiednere Bestätigung gewann. Gegenüber den jüngsten Versuchen, noch unter Ferdinand II., dem militärischen Cäsarismus in Deutschland den Sieg zu verschaffen, war hier mit aller Leidenschaft und Bitterkeit das entgegengesetzte Extrem der Sondergewalten, der partikularen Entwicklung, der kaiserlichen Ohnmacht aufgestellt und, anknüpfend an die herben Erfahrungen der letzten kaiserlichen Regierung, eine Reihe von Anklagen gegen das Haus Habsburg gerichtet, deren gehässige Spitze außer der Dynastie zugleich die kaiserliche Gewalt selber traf. Man mochte von den Beweggründen des Verfassers noch so gering denken, sein Buch war das Manifest einer politischen Rich-

tung, die in Münster und Osnabrück zum vollen Siege gelangte und mit jedem Jahre Deutschland mehr der Form zuführte, die Chemnitz verkündigt hatte.

Während das Reich auf diese Weise seine alte bindende Macht eingebüßt, ja selbst durch den Eintritt fremder Mächte seinen nationalen Charakter verloren hatte, waren die meisten Nachbarstaaten, zunächst Frankreich und Schweden, an Ausdehnung wie an innerer Einheit ungemein gewachsen und übten jenes natürliche Uebergewicht, welches ihre abgerundete Lage, ihre monarchische Einigung und Unumschränktheit gegenüber einem lockeren Föderativstaate ihnen verleihen mußte. Indeß in Frankreich alle Staatskräfte in der Hand eines aufstrebenden, ehrgeizigen Königs zusammengefaßt, in einer Richtung ausgebeutet, und diese Fülle von Hülfsquellen von genialen Feldherren und Staatsmännern nutzbar gemacht wurden, war Deutschland durch politische und religiöse Gegensätze dauernd entzweit, durch den Zwiespalt von Kaiser und Fürstenthum, die Rivalität der Reichsstände, die Verschiedenheit der Bekenntnisse nach allen Seiten hin auseinander gehalten. Die letzten Formen des alten Reichsverbandes, der Reichstag und das Reichskammergericht waren in eine trostlose Stagnation gerathen. Vergebens suchte man die Reichsjustiz wieder in einen normalen Gang zu bringen, das große Reich vermochte kaum für ein Dutzend Beisitzer die nöthigen Mittel beizuschaffen, indessen schon 1620 über 50,000 Stück Acten in den Kammergerichtsgewölben unerledigt lagen. Die Abfassung der „permanenten Reichscapitulation", welche das Verhältniß von Kaiser und Reich ein für allemal feststellen sollte, kam ebenso wenig zum Ziele, als die „ordentliche Reichsdeputation" mit der ihr aufgetragenen Erledigung der unvollendeten Arbeiten. Der Reichstag selbst, durch den sogenannten „jüngsten Reichsabschied" vom 17. Mai 1654 zum letzten Male verabschiedet, ward fortan zu einer permanenten Versammlung und büßte damit den größeren Theil der Bedeutung ein, die er für das öffentliche Leben des gesammten Deutschlands noch gehabt hatte. Aus einer persönlichen Vereinigung der meisten oder sämmtlicher Reichsstände ward eine schwerfällige Versammlung diplomatischer Vertreter; der unmittelbare Verkehr und Meinungsaustausch der Glieder des Reiches hörte auf und an seine Stelle traten Gesandte mit Instructionen. Die Frische und Unmittelbarkeit, welche aus einer imposanten Versammlung von Kaiser, Kurfürsten, Fürsten, städtischen Vertretern nie völlig verschwand, konnte natürlich auf einem säumig besuchten Congresse von Diplomaten nimmermehr heimisch werden, zumal wenn die unvermeidliche Weitläufigkeit der Formen einer solchen Versammlung durch die pedantische und umständliche Richtung der Zeit noch ins Ungemessene gesteigert ward. Es kam die Zeit, wo der unfruchtbare Hader um die Erzämter, um den Rang, um den Excellenztitel die wichtigsten Geschäfte verdrängte, wo die Streitfrage, ob die fürstlichen Gesandten nur auf grünen Sesseln zur Tafel sitzen sollten, oder gleich den kurfürstlichen auf ro-

then, ob sie mit Gold oder Silber bedient werden dürften, ob der Reichsprofoß am Maitag den kurfürstlichen Gesandten wirklich sechs, den fürstlichen nur vier Maibäume aufstecken müsse — wo diese und ähnliche Streitfragen mit religiöser Wichtigkeit behandelt wurden, die dringendsten Interessen der Gesammtheit kaum zur Erörterung kamen. Und wäre diese Pedanterie und Förmlichkeit nur auf den Reichstagssaal zu Regensburg beschränkt gewesen, hätte man nur dort sich bemüht, die immer mehr schwindende Macht und Würde der Sachen durch ängstliche Wahrung eitler Formen zu ersetzen! Aber es drang diese Neigung in das gesammte deutsche Leben; die leeren Formen, das weitläufige und schwerfällige Wesen verwuchsen um so inniger mit uns, je mehr die Nation im Ganzen entwöhnt ward, große Interessen im großen Stile zu verfolgen, je mehr sich ihre ganze öffentliche Thätigkeit seit 1648 um kleine Verhältnisse in kleinen Kreisen bewegte.

Für die Entfaltung äußerer Macht und raschen Widerstandes waren diese losen Formen um so ungünstiger, je fester und einiger sich die nächsten Nachbarstaaten abgeschlossen hatten. Wie hätte diese lockere Föderation ohne einheitliche Executive, ohne eine tüchtige Heeresorganisation, ohne gemeinsamen Mittelpunkt dem Uebergewicht eines völlig consolidirten, militärischen Einheitsstaates, wie der Ludwigs XIV. war, widerstehen sollen? Zumal da im Norden die Schweden, ins deutsche Gebiet weit hereingeschoben, im Südosten die Türken, deren Paschas noch zu Buda-Pesth saßen, als Frankreichs Verbündete das Reich bedrängten! In der That ist es weniger der Verwunderung werth, daß Deutschland in diesen Zeiten manch schwere Einbuße erlitt, als daß es, zwischen drei eng verbundene kriegerische und erobernde Völker eingeengt, für seine schwerfällige, unbewegliche und schutzlose Verfassung nicht noch härter büßen mußte. Daß Frankreich in dieser von kirchlichen und politischen Gegensätzen zerklüfteten Fürstenrepublik mit Geld und diplomatischen Künsten jenes Uebergewicht erlangen konnte, das von Ludwig XIV. bei der Kaiserwahl von 1657—1658 und bei der Gründung des rheinischen Bundes geübt ward, daß es ungestört in den Friedensschlüssen von 1659 und 1668 sich eine furchtbare Grenze nach Osten zu schaffen vermochte, daß es in dem Kriege gegen Holland, als endlich Kaiser und Reich sich in Bewegung setzten, neue Vergrößerungen errang und Deutschland um die Früchte brachte, die der Brandenburger Kurfürst in seinen Siegen über die Schweden gewonnen, war gewiß kein unerwartetes Ergebniß, wenn man die Organisation Frankreichs mit der des Reiches, die Armeen und Feldherrn Ludwigs XIV. mit der Reichsarmee, Hof und Diplomatie des französischen Königs mit der Persönlichkeit und Umgebung Leopolds I. verglich, wenn man bedachte, daß hier dem „immerwährenden“ Reichstag Schutz und Schirm des Landes überlassen war, dort ein Colbert und Louvois die Staats- und Heereskräfte leiteten. Frankreich hatte in diesen zwei Jahrzehnten von 1659—1679 die Schwäche und Unbeweglichkeit des Reiches kennen lernen; seine Reunionen

und die Wegnahme von Straßburg bewiesen, daß diese Erfahrungen nicht verloren waren.

Freilich hat es in diesen Tagen der Bedrängniß an einzelnen Versuchen nicht gefehlt, der Noth des Reiches abzuhelfen, aber eben diese Versuche bewiesen am besten, wie wenig innerhalb der bestehenden Formen zu einem verständigen Ziele zu gelangen war. Unter dem Eindrucke der Reunionen Ludwigs XIV. trat man im Anfang des Jahres 1681 darüber beim Reichstag in Berathung: ob nicht die Truppenzahl, die das gesammte Reich zu seiner Sicherheit bereit zu halten habe, sogleich bestimmt, das Contingent jedes Kreises festgestellt und eine aus gemeinsamen Beiträgen gebildete Kriegskasse errichtet werden solle. Bis diese Reichsdefensionalverfassung in den Grundzügen festgestellt war, ging aber Straßburg verloren, und die neue Einrichtung selbst war die nämliche, an welcher Feldherrn wie Ludwig von Baden und Eugen von Savoyen sich vergebens versuchten, die nämliche, die später bei Roßbach eine unbeneidete Berühmtheit erlangt hat. Daß mit diesen Formen zu keinem erwünschten Ziele zu kommen sei, diese Erfahrung brach sich in diesen Zeiten der Noth immer mehr Bahn; sie spricht sich am bezeichnendsten darin aus, daß bei der Unbrauchbarkeit der vorhandenen Reichsordnung in anderen Associationen ein Ersatz gesucht ward. So trat schon 1686, als sich der große europäische Bund gegen Ludwig XIV. bildete, eine Anzahl Reichsstände und Kreise mit dem Kaiser und auswärtigen Mächten zusammen, ließen bei ihrer Rüstung den Reichstag ganz aus dem Spiele und suchten durch eine freie Verbindung eine Wehrkraft herzustellen, die nach allen Erfahrungen das Reich als Gesammtheit nicht aufzubringen vermochte. Wir werden diesen Gedanken, daß statt der bestehenden Verfassung selbständige Associationen innerhalb des Reiches als Hülfsmittel zu benützen seien, bis zu dessen äußerer Auflösung wiederholt in charakteristischer Weise auftauchen sehen.

Unter dem Eindruck dieser verfallenden äußeren Ordnung des Reiches hat die geschichtliche Betrachtung häufig diesen Abschnitt unserer Entwicklung ungünstiger beurtheilt, als er es verdiente. War doch dies Zeitalter reich an bedeutenden Persönlichkeiten, und verdiente mit nichten den Vorwurf völliger Erschlaffung und Thatenarmuth. Eine Epoche, die einen Herrscher hervorbrachte, wie den großen Kurfürsten von Brandenburg, Kirchenfürsten wie Johann Philipp von Schönborn, Denker wie Leibnitz, Soldaten wie Derfflinger, war nicht unfruchtbar zu nennen. Die alte Kraft deutschen Wesens war nicht verloren, auch wenn sie sich nun in engern Kreisen geltend machte. Tapferkeit und kriegerische Talente, Arbeitsamkeit und haushälterischer Sinn, schlichte Tüchtigkeit in allen Zweigen fehlten nicht; nur war die ausgelebte

Form des alten Reiches der rechte Spielraum nicht mehr, sie zu üben. Der Werth derselben beschränkte sich auf die erhebende und anspornende Erinnerung an die frühere Macht und Größe Deutschlands; eine Erinnerung, deren sittlichen Werth man freilich nicht zu gering anschlagen darf. So waren denn auch die Gedanken, welche die besseren Zeiten erfüllt und gehoben hatten, keineswegs abgestorben; nur suchten sie in den kleineren territorialen Gebieten zu der Entfaltung zu kommen, die ihnen das Reich nicht geben konnte. Alles, was eine Nation im Großen erheben kann — Heereskraft, bürgerliche Thätigkeit und Wohlfahrt, gesicherte Zustände im Innern und gegen Außen, Pflege geistigen Lebens — das fand z. B. in dem jungen preußischen Staate des großen Kurfürsten einen so bedeutsamen Ausdruck wie irgendwo auf dem europäischen Festlande; von dort aus wurde deutsche Waffenmacht zu Ehren gebracht, von dort eine vaterländische Politik verfolgt, von dort wirksam in den Gang der großen Geschichte Europas eingegriffen, alles dieses in einem Zeitraum, wo sich die Organisation des Reiches zu dem als unfähig erwies.

Allerdings standen die großen Kriege von 1689—1697 und von 1701 bis 1714 in ihren Erfolgen außer Verhältniß zu den Opfern und Anstrengungen; aber sie waren darum keineswegs ohne bedeutsame Frucht. Hatte zu Ryswick das Reich, zu Rastatt und Baden die allgemeine Lage Europas die Ungunst der Friedensverträge verschuldet, so waren deßwegen doch die Kämpfe selbst nichts weniger als vergeblich und ruhmlos. Während Frankreich verfiel, gewann Deutschland, wenigstens in seinen einzelnen Theilen, an kriegerischer Kraft wie an militärischer Organisation, und die Thaten deutscher Tapferkeit bei Höchstädt, Turin, Ramillies, Oudenarde, Malplaquet durften den schönsten Zeiten unserer Geschichte an die Seite gestellt werden. Wie in früheren großen Tagen sah man wieder deutsche Truppen aller Lande unter einem Banner fechten und gegen Franzosen und Osmanen den alten Waffenruhm siegreich behaupten; unsere Heere durchzogen wieder wie in den glänzendsten Zeiten unseres Uebergewichts die eroberten fremden Lande; in Italien und am Ebro, in den Niederlanden und in der Türkei wurden Erfolge erstritten, deren moralische Frucht nimmer verloren war, auch wenn unsere Diplomatie an einem Tage einbüßte, was zehn glückliche Schlachten mit Ehren erstritten hatten. Wohl war die Politik wie die Kriegführung des „Reiches" kläglich genug; aber wie verschwand die Misère der Reichsarmeen vor dem überlegenen Eindruck dessen, was gleichzeitig Eugen, Marlborough, Markgraf Ludwig ebenfalls mit deutschen Truppen ausführten! Solche Thaten sind nie vergeblich, auch wenn ihnen der nächste Lohn entwunden wird. Verschwand nun doch der lange eingebildete Zauber französischer Unbesiegbarkeit; ward doch der Bewunderung und Anbetung des französischen Wesens endlich ein Ziel gesetzt! Denn in diesen Kriegen erwachte zuerst wieder mit neuer Stärke der gesunde nationale Gegensatz gegen das Franzosenthum; unter dem doppelten Eindruck der Greuel von 1689 und 1693 und der Siege, die folg-

ten, gewann das deutsche Wesen wieder eine Haltung und ein Gefühl des eignen Werthes, das unmittelbar nach dem westfälischen Frieden dem von allen Seiten einstürmenden Eindruck französischer Ueberlegenheit und französischer Vorbilder zu erliegen drohte.

Allein das, was in dieser Richtung Bedeutendes geschehen war, ließ sich nicht dem Reiche als Verdienst anrechnen. Denn während dessen gealterte Formen außer Stand waren, Schutz und Schirm nach Außen zu gewähren und im Innern die Keime eines gesunden und fortschreitenden Staatslebens zu entwickeln, brach sich der noch kräftige Lebenstrieb des deutschen Wesens seine besondere Bahn und strebte in kleinen Kreisen den Bedingungen eines eigenthümlichen Staats- und Culturlebens zu genügen. In keinem Theile Deutschlands geschah dies mit mehr Thätigkeit, Plan und Bewußtheit, als in dem jungen brandenburgisch-preußischen Staate, der eben dadurch eine Bedeutung und ein Interesse gewann, das die Verhältnisse seines äußern Umfangs weit überstieg. Dies Bestreben e i n e s Gebietes und e i n e s Fürstenhauses, innerhalb Deutschlands, jedoch im Gegensatze zur alten Reichsordnung, sich eine eigne, selbstgenügende Existenz zu schaffen, ist der Mittelpunkt, um den sich seit dem Ende des siebzehnten und namentlich im achtzehnten Jahrhundert die politischen Geschicke unseres Vaterlandes bewegen. Waren nun zwar die Formen der Reichsverfassung, wie sie namentlich seit 1648 bestanden, zu unmächtig, diesem Bestreben einen Damm zu setzen, so waren doch immer noch Kräfte genug thätig, dieser selbständigen Entfaltung territorialer Macht ein Gegengewicht zu bieten. Der Katholicismus ließ es nicht ruhig zu, daß sich eine so selbständige und unabhängige protestantische Fürstenmacht innerhalb des alten Reichsgebiets erhebe, die mittelalterlichen Richtungen betrachteten mit Feindseligkeit dieses Wachsthum einer ganz modernen Staatsordnung, die Erinnerungen und Ansprüche des alten Kaiserthums sahen in dem jungen Staate eine usurpatorische Tendenz, sich auf Kosten des Hergebrachten und Ueberlieferten zu vergrößern, die landesfürstliche Rivalität selbst nahm mit Widerwillen wahr, wie diese neue Macht darauf ausging, ein ganz anderes, auf sich selber gestelltes Uebergewicht zu erlangen, als es die alte Kaisergewalt zu üben vermocht hatte.

Und selbst außerhalb des Reiches wirkten manche Interessen zusammen, jenem Streben territorialer Selbständigkeit, das die Form des Reiches vollends zersprengen mußte, zu begegnen. Man vergesse nicht, daß durch die Uebertragung ausländischer Kronen auf deutsche Fürsten das Reich selbst fast mehr einer europäischen Conföderation glich, als einem nationalen deutschen Staatsverbande. Denn so wie Oesterreich zugleich die Krone von Ungarn, Kurbrandenburg die Krone Preußen trug, so war Kursachsen in den Besitz der polnischen, Kurbraunschweig zur großbritannischen Königswürde gelangt. Von sechs weltlichen Kurfürsten waren also vier zugleich außerdeutsche Könige, während außerdem ein deutscher Pfalzgraf zugleich die Krone Schweden, ein

Herzog von Holstein die von Dänemark trug. Diese europäische Verkettung des Reiches, wie sie dasselbe leicht in alle außerdeutschen Conflicte verflocht, trug auch wieder dazu bei, seine lockere Föderation zu schützen; denn ihr Fortbestehen war dadurch ein untrennbarer Bestandtheil des europäischen Gleichgewichts geworden und das hannoverisch-britische, das sächsisch-polnische u. s. w. Interesse, so verschieden sie sonst sein mochten, kamen doch in dem einen Punkte ganz überein, daß man die „Verfassung“ von 1648 schützen und das Streben der brandenburgisch-preußischen Selbstherrlichkeit auf jede Weise bekämpfen müsse. In der Regel trafen sie darin zusammen mit der natürlichen Politik des habsburgischen Kaiserhauses: konnte dies seit 1648 nicht mehr daran denken, die früheren cäsarischen Entwürfe wieder aufzunehmen, so mußte es wenigstens mit aller Macht zu verhüten suchen, daß nicht das Uebergewicht und die leitende Rolle in den deutschen Dingen dem brandenburgisch-preußischen Staatswesen anheimfiel. „Erhaltung der Verfassung von 1648“, war deshalb auch hier wie bei den deutsch-ausländischen Reichsständen die überlieferte politische Maxime in allen Reichsangelegenheiten.

Indessen dieser Zustand war doch nur so lange haltbar, als Brandenburg-Preußen selbst sich beschied, dieser Politik der Erhaltung der Reichsform sich freiwillig anzuschließen. Die beiden ersten Könige von Preußen thaten dies: Friedrich I. aus Gründen, die in seinem Bemühen um die Königswürde und in seiner Persönlichkeit lagen, Friedrich Wilhelm I. aus aufrichtiger, ehrenwerther Anhänglichkeit an die überlieferte Form des Reichs und deren kaiserliches Oberhaupt. Gab Preußen diese genügsame Stellung auf, so war — allerdings um den Preis eines erbitterten Kampfes gegen Oesterreich, gegen die Mehrzahl der Reichsfürsten und gegen die ausländischen mit Deutschland verflochtenen Mächte — die Umgestaltung der Form des Reichsverbandes, ja die allmählige Auflösung schwer aufzuhalten.

Dieser Umschwung trat mit dem Jahre 1740 ein. In diesem Augenblicke bestieg ein Fürst den preußischen Thron, dem der Entschluß und die Kraft innewohnte, dem jungen Staate die Selbständigkeit und die weltgeschichtliche Stellung zu erkämpfen, zu welcher ein großer Vorgänger die Fundamente gelegt hatte; es kam ihm dabei mächtig zu Hülfe, daß in demselben Moment die männliche Linie des Hauses Habsburg ausstarb und damit neue Verhältnisse geschaffen wurden, die zunächst dem kühnen Beginnen Erfolg verhießen.

Um eine deutliche Einsicht in diese große Umwälzung der deutschen Dinge zu gewinnen, ist es nothwendig, einen kurzen Rückblick zu thun auf die Entwicklung der beiden Factoren, deren Verbindung und Gegensatz fortan die Geschichte Deutschlands bestimmt: auf das Kaiserthum in seiner Verschmelzung mit der habsburgisch-österreichischen Hausmacht und auf die Anfänge des brandenburgisch-preußischen Staates.

Erstes Buch.

Das deutsche Reich bis zum Tode Friedrichs des Großen. (— 1786.)

Erster Abschnitt.

Oesterreich bis zum Tode Karls VI. (1740).

Unter den Gebieten und Ständen des Reiches, die zugleich eine deutsche und eine außerdeutsche Stellung einnahmen, ist in erster Linie Oesterreich und seine Dynastie zu nennen. Ansehnliche deutsche Lande waren hier durch ein dynastisches Band mit Gebieten und Stämmen slavischer, magyarischer und wälscher Nationalität äußerlich zusammengekittet, ohne daß eine gemeinsame Sprache und Cultur oder die Gleichartigkeit religiöser und politischer Meinung die einzelnen Theile inniger mit einander verband. Wohl waren diese verschiedenen Provinzen, wenigstens die, welche das heutige Oesterreich bilden, durch ihren geographischen Zusammenhang auf gemeinsame Interessen hingewiesen und durch Natur und Lage mannigfach zu einer gleichartigen Entwicklung bestimmt, allein es fehlte viel, um diesen natürlichen Zug zur Geltung zu bringen. Jahrhunderte hindurch ist mehr die Verschiedenheit als die Verwandtschaft hervorgetreten und hat wohl in einzelnen Momenten zu gewaltsamen Ausbrüchen geführt, welche die ganze Existenz dieser Verbindung in Frage stellten; aber auch wo die Dinge ruhiger verliefen, war das Gemeinsame weder von der Dynastie mit recht thätigem Verständniß aufgefaßt, noch von den Nationalitäten mit freier Zuneigung ergriffen worden.

Was diesem Verhältniß eine besondere Bedeutung für das Reich gab, war die merkwürdige Thatsache, daß gerade mit diesen Gebieten und ihrem Herrscherhaus seit drei Jahrhunderten die römisch-deutsche Kaiserwürde verbunden war. Die Geschichte hat kein Verhältniß aufzuweisen, das so eigenthümlich verschlungen wie dieses, solche Gegensätze in sich enthielt und doch zugleich so schwer zu lösen war.

Das deutsche Oesterreich stand sehr frühe, schon als es im zwölften Jahrhundert zum eignen Herzogthum erhoben ward, in einer begünstigten Sonderstellung; sein Herzog schied sich durch eigenthümliche Vorrechte von allen andern Herzögen des Reiches, er war nicht den gleichen Verbindlichkeiten wie

sie unterworfen, er genoß die Vortheile, welche die Verbindung mit dem Reiche gewährte, ohne mit den andern gleiche Lasten und Pflichten zu tragen. Wie dann später seit Ende des fünfzehnten Jahrhunderts im Reich das Bedürfniß einheitlicher Organisation sich Bahn brach, gelang es wieder Oesterreich, sich ein selbständiges Verhältniß zu den Gesetzen und Gerichten des Reiches zu wahren. Darum konnte schon damals vorübergehend der Gedanke auftauchen, die österreichischen Lande zu einem eignen Königreich unter einem erblichen Fürsten des Hauses Habsburg zu erheben.

Indessen wuchs im Laufe der Zeit mit diesen Landen eine Reihe fremder Gebiete äußerlich zusammen. Ganz verschiedene Racen lagen hier neben einander, unter einem Fürstenhaus vereinigt, germanische Art und Cultur kreuzte sich mit halber Verwilderung und rohen Nomadenzuständen, der frische Trieb der Civilisation mit träger Barbarei; es war ein Chaos bunter und unfertiger Massen, durch welche sich das deutsche Element oft nur in dünnen Adern der Culturentwicklung hindurchzog. Seit so große Gebiete wie Böhmen und Ungarn hinzugekommen waren, konnte aber der eigentliche Schwerpunkt nicht mehr in den deutschen Landen liegen, so bedeutsam diese auch durch ihre Cultur und Gesittung für das Ganze werden mußten. Ebenso wenig war das Kaiserthum der Mittelpunkt dieser habsburgischen Erbmacht, wiewol sich nicht verkennen ließ, daß dies Verhältniß auch für den Erbstaat seine Bedeutung hatte wie für Deutschland. Denn ohne die stete Verbindung, die zwischen der Dynastie und dem deutschen Reich durch den Besitz der Kaiserwürde hergestellt war, hätten jene Ländergruppen, deutsche wie nichtdeutsche, längst einen gesonderten, von Deutschland völlig abgetrennten Weg der Entwicklung einschlagen müssen. Deutschösterreich wäre dann vielleicht für uns in einem nicht viel anderen Verhältniß gewesen, als im Westen Elsaß und Lothringen, im Norden die deutschen Ostseeprovinzen, seit ihrer Verbindung mit Frankreich und Rußland.

Die Dynastie, welche diese bunte Masse von Ländern zusammenhielt und beherrschte, war seit dem Ausgang des Mittelalters nicht eben reich an hervorragenden Persönlichkeiten; nach Maximilian und Karl V. hat nur die letzte Tochter des habsburger Stammes noch einmal einen ungewöhnlichen Glanz um sich verbreitet. Die gegenseitigen Heirathen im eignen Geschlecht, die Mischung mit dem spanischen Blute und die mönchische Erziehung konnten nicht dazu beitragen, das Haus physisch und geistig zu verjüngen. Vielmehr schlug die angeborene Härte und Zähigkeit des Geschlechts in jene Starrheit und Monotonie aus, die an beiden Linien, der deutschen wie der spanischen, einen so bezeichnenden Charakterzug bildet. Die deutschen Ferdinande, wie die spanischen Philippe zeigen Generationen hindurch stets dasselbe Gepräge von kalter Strenge, despotischem Stolz, von Ungeschmeidigkeit, von rücksichtsloser, selbst grausamer Härte in der Verfolgung des engen Gedankenkreises, von dem sie beherrscht sind. Was von Frische, Heiterkeit und vorwärts-

strebendem Lebensmuthe in dem Ahnherrn Rudolf, in dem ritterlichen Maximilian so liebenswerth und populär gewesen, das schien seit der spanischen Vermischung völlig verschwunden; von dem religiösen und politischen Absolutismus in seiner starrsten Form beherrscht, wechseln unter den Persönlichkeiten des Hauses fast ausnahmslos jene düstern, strengen Gestalten, wie der spanische Philipp II. und der deutsche Ferdinand II., oder es schlägt gar wie bei Rudolf II. der mönchische Fanatismus und die angeerbte Melancholie in wirkliche Geistesstörung über. Daß solch ein Geschlecht besonders geeignet war, eine furchtbare Waffe in den Händen hierarchischer und absolutistischer Herrschsucht zu werden, das zeigt die Geschichte der akatholischen Bekenntnisse in ganz Oesterreich, zeigt das Schicksal der provinziellen und nationalen Freiheiten in den einzelnen Territorien. Haben doch selbst die Sanftmüthigeren der Dynastie, wie Leopold I., gegen Protestanten und Ungarn eine Gewaltthätigkeit und Strenge walten lassen, die wenn auch nicht in ihrer Persönlichkeit, doch jedenfalls in der Tradition ihres Hauses lag.

Für die habsburgische Politik war das Interesse des Herrscherhauses der einzige Mittelpunkt, das allein Gemeinsame inmitten dieser verschiedenen Gebiete und Nationalitäten. Seine dynastische Macht strebte Habsburg durch Heirathen, diplomatische Verträge, selbst durch große und gefahrvolle Kriege zu erweitern; das nationale und populäre Interesse mußte nicht selten den dynastischen Zwecken zu Liebe die schwersten Opfer bringen. Das dynastische Interesse erforderte einerseits, die störende Selbständigkeit der nationalen Freiheiten und Rechte zu brechen, andererseits die Verschiedenheit und Eifersucht der einzelnen Völker- und Ländergruppen nach dem Grundsatz des Theilens und Herrschens zu erhalten. So wurde gegenüber den provinziellen, den ständischen, den korporativen Rechten, wo es die Herrscherstellung der Dynastie erforderte, vielfach nivellirend verfahren und doch zugleich mit bewußter Scheu die Verschmelzung der einzelnen Gebiete und Racen zu einem Gesammtstaat vermieden. Statt durch Hebung der materiellen und geistigen Kräfte, durch Erweckung und Pflege aller Lebenstriebe im Volke, durch Cultur und freie Bewegung jene Verschmelzung vorzubereiten, zog es das Herrscherhaus vielmehr vor, durch den Gegensatz und die Zwietracht der verschiedenen Nationalitäten sie sämmtlich zu beherrschen. Die große Ausdehnung der ererbten Macht und ihre natürlichen Hülfsquellen forderten zur schöpferischen Thätigkeit nicht so sehr heraus, wie der beschränkte Umfang und die knappen Mittel anderer Staaten; es schien genug, wenn man das Vorhandene erhielt, die alten Ueberlieferungen schützte und die Einflüsse neuer Gedanken und Gährungen nach Kräften abwehrte. Man glaubte in Oesterreich nicht der Regsamkeit, der unermüdlichen Anspornung, der erfinderischen Thätigkeit zu bedürfen, wodurch andere kleine Gebiete sich zu einer unerwarteten politischen Macht emporarbeiteten, man hatte ein großes Capital an Land und Leuten, man besaß ein anerkanntes Gewicht in den öffentlichen Dingen Europas; es schien

hinreichend, wenn dies Vorhandene mit Zähigkeit erhalten und allen neuen Strömungen der Widerstand der Stabilität entgegengestellt ward.

So waltet im sechszehnten und siebzehnten Jahrhundert die Dynastie in dem großen Erbreiche; sie vernichtet, soweit es möglich ist, die Selbständigkeit und die nationalen Freiheiten der Czechen, Magyaren und Deutschen, sie zerbricht die widerstrebende Macht des Adels, aber sie hütet sich zugleich, auf diesen mittelalterlichen Trümmern einen modernen Gesammtstaat aufzurichten. Sie unterläßt es, die Kraft des Bürgers und Bauers großzuziehen, durch Regsamkeit, angestrengte Arbeit, freiere Bewegung und Anspornung der Kräfte die Verschmelzung der einzelnen Stämme und Lande zu fördern, sie zieht es vor, durch Trennung der einzelnen Stämme sich die Herrschaft zu sichern. Sie bewahrt darum die alte Vielfältigkeit und Getheiltheit der Verhältnisse, wehrt jede neue Strömung ab, die gährend auf die träge Stabilität herüberwirken konnte und zehrt mehr von den vorhandenen Kräften des Erbstaates, als daß sie sich bemüht hätte, durch angespannte Thätigkeit dessen intensive Kraft zu steigern.

Es schien eine Zeit lang, als werde die Reformation des sechszehnten Jahrhunderts diese Politik vereiteln. Damals als die deutschen Lande so gut wie Böhmen und Ungarn von der neuen Lehre ergriffen, der ganze deutsche Adel Oesterreichs mit wenigen Ausnahmen abgefallen war von der alten Kirche und seine Unterthanen zu gleichem Abfall mit fortriß, als überall die Schule, die Gelehrsamkeit und die Volkserziehung dem Lutherthum angehörte, als man in ganz Deutschösterreich, Kärnthen und Steiermark kaum noch ein Dutzend katholische Adelsfamilien fand und Ferdinand (II.) selbst in seiner Steiermärker Hauptstadt sich völlig isolirt sah mit seinem katholischen Bekenntniß, damals war die überlieferte Politik des Hauses aufs ernsteste gefährdet. Das Lutherthum im Zusammenhang mit der deutschen Bildung drohte die Sonderstellung des habsburgisch-österreichischen Erbstaates zu erschüttern, und zwischen den verschiedenen Nationalitäten eine Gemeinsamkeit in Glauben und Bildung anzubahnen, welche vielleicht die Herrschaft der regierenden Dynastie mit der Zeit untergrub. Es ist bekannt, mit welch zähen und gewaltsamen Mitteln diese Gefahr bekämpft worden ist. Es bedurfte der systematischen Verdrängung der protestantischen Schule und Bildung durch den Jesuitenunterricht, der Vertreibung des lutherischen Cultus erst aus den Kirchen, dann aus den Häusern und Familien, der Absperrung vor jeder aus dem übrigen Deutschland herüberwirkenden religiösen oder geistigen Berührung, dann der erzwungenen Rückkehr zur alten Lehre, der Schreckensmaßregeln, der Vertreibungen, der Confiscationen und Bluturtheile, um nach ungeheuern Kämpfen die katholische Einheit wieder aufzurichten und das Wort Ferdinands II. an manchen Stellen buchstäblich zu erfüllen: „Besser eine Wüste, als ein Land voll Ketzer."

Auf wenig Punkten in der Geschichte ist diese Politik der Restauration

mit solcher Gewalt und Zähigkeit gehandhabt worden, wie in dem habsburgisch-österreichischen Staate und in wenig Fällen hatte das Gelingen so entscheidende Folgen, wie gerade hier. Nicht nur für Deutschland, welches ohne diese energische Gegenwirkung dem römischen Katholicismus völlig verloren gewesen wäre, sondern namentlich für die österreichischen Länder selbst. Neben der materiellen Verwüstung, welche einzelne Provinzen, z. B. Böhmen, in furchtbarer Weise getroffen, waren die moralischen Folgen der unter Ferdinand II. vollbrachten Revolution unermeßlich. Die geistige Rührigkeit und Bewegung, wodurch sich vordem der deutsch-österreichische Stamm ausgezeichnet und die noch im 16. Jahrhundert mit erneuter Frische sich kund gegeben, war durch die Epoche der Gewalt und Zerstörung auf lange Zeit geknickt; es trat jene Dumpfheit und träge Stille ein, die zu beseitigen es im achtzehnten Jahrhundert einer neuen durchgreifenden Revolution von oben bedurfte. Denn es war eine Entwicklung, die in vollem Gange war, gewaltsam gestört worden und es trat ein nur noch vegetirendes geistiges Leben an die Stelle. Indem man die neue Lehre bis auf die Wurzeln ausrottete, zerriß man zugleich die feinen Fäden der Sprache, Bildung und Erziehung, durch die das Lutherthum die engere Berührung mit Deutschland vermittelt hatte. Die Gegenreformation war hier mehr als irgendwo sonst auf deutscher Erde ein Sieg des Romanismus über germanisches Wesen und dessen nationale Bildung. Die volksthümliche Literatur und Erziehung, die in frischem Aufschwung begriffen war, mußte der Jesuitenbildung weichen, deren hierarchischer Kosmopolitismus überall der natürliche Feind aller Nationalität, Muttersprache und einheimischer Literatur gewesen ist. Die Oede an bedeutenden literarischen Erscheinungen im Zeitalter der Hugo Grotius, Spinoza, Leibnitz, Newton gab den besten Maßstab für den Werth dieser priesterlichen Erziehung. War doch in zwei Jahrhunderten nicht ein einziges selbständiges klassisches Werk, nicht ein einziger großer literarischer Name aufgetaucht, und die Nationalbildung zu Ende des 17. und zu Anfang des 18. Jahrhunderts so tief gesunken, daß man den jungen Nachwuchs von höheren Beamten, Diplomaten u. s. w. auf protestantische Universitäten in Deutschland und Holland schickte, damit sie sich dort ihre nothdürftige Berufsbildung erwerben konnten. Gegenüber dem deutschen Wesen selbst war die Entfremdung so augenfällig, daß ein aufrichtiger Geschichtschreiber aus der Zeit Leopolds I., ein Mitglied des Jesuitenordens, offen erklärt: die deutsche Sprache sei in Oesterreich fast in einem fremden Lande.

Gleichwohl hatte dies deutsche Element, so sehr es durch die herrschende Politik und durch Jesuitenbildung hintangedrängt war, für Oesterreich und selbst für die überlieferte Staatskunst eine ungemeine Bedeutung. Denn so sehr man sich auch losgemacht von dem allgemeinen deutschen Entwicklungsgang, so wenig das oberste Regiment und seine Träger von eigentlich deutscher Art und Richtung waren, die deutschen Bestandtheile des bunten Reiches,

wiewohl an Umfang und Menschenzahl der Summe der außerdeutschen lange nicht gewachsen, waren doch die wichtigsten des ganzen Ländercomplexes. Hier war doch eine gewisse überlieferte Cultur vorhanden, und wenn man die fernliegenden italienischen und niederländischen Nebenlande abzog, allein eine Cultur vorhanden; diese Gebiete setzten doch die habsburgische Ländermasse mit der westeuropäischen Welt in unmittelbare Berührung und schützten sie vor der Gefahr, der barbarischen Lethargie und Unbeweglichkeit des Südostens zu verfallen. Von hier aus ließ sich doch ein Einfluß auf das ungeschlachte slavische und magyarische Wesen üben, wie ihn jede auch unfertige Cultur über primitive Rohheit üben muß. Diese deutschen Elemente waren doch die einzigen, durch die man in der Verwaltung, im Heere, im bürgerlichen Leben die unbehauenen Stoffe der andern Stämme glätten und abschleifen konnte. Denn war das deutsche Element auch nicht stark genug, dem ganzen Reiche und seinen bunten Bestandtheilen ein gemeinsames germanisches Gepräge zu schaffen, so reichte es doch vollkommen hin, den Kitt abzugeben zur Verbindung der einzelnen nationalen Verschiedenheiten. Ohne diesen Kitt, ohne diese Vermittlung mit der westeuropäischen Welt war der habsburgische Staatencomplex nur zu sehr der Gefahr ausgesetzt, Zuständen zu verfallen, wie sie in Polen, Rußland und dem osmanischen Reiche damals existirten. Berührung und innere Verwandtschaft damit war ohnedies genug vorhanden. Schon aus dieser einen Ursache war die habsburgische Politik genöthigt, sich von den deutschen Dingen nicht völlig abzuwenden, sondern in der, wenn auch oft nur äußerlichen, Berührung damit ein Gegengewicht zu suchen gegen den natürlichen Druck, den das Slaven- und Magyarenthum auf das Ganze auszuüben trachtete. Es war aber auch die moralische Bedeutung nicht zu übersehen, welche das Kaiserthum für die einzelnen lose verknüpften Theile des Reiches besaß. Man sah in der Kaiserkrone immer noch die erste Würde der Welt, die Bevölkerung des Reiches betrachtete ihre Fürsten als die Herren in Deutschland und dies gab dem sonst sehr lockeren Gefüge der einzelnen Provinzen einen Zusammenhalt, welcher der Staatseinrichtung selber völlig abging.

Das Verhältniß zum römisch-deutschen Reiche war nach dem Allen ein so ganz eigenthümliches, daß sich in der Geschichte kein zweites damit vergleichen läßt. Die früheren Entwürfe, denen noch Karl V. und Ferdinand II. nicht fern gestanden, Entwürfe, die dahin abzielten, eine wirkliche Herrschaft über Deutschland herzustellen und dieselbe durch militärischen Absolutismus und katholische Glaubenseinheit zu erhalten, mußten seit 1648 aufgegeben werden. Selbst auf die Ausübung einer kaiserlichen Autorität im alten Sinne mußte Habsburg verzichten, wenn es sich nicht unberechenbare Schwierigkeiten bereiten wollte. Aber deßwegen war die Kaiserkrone für Habsburg keineswegs werthlos. Sie gewährte neben der immer noch anerkannten völkerrechtlichen Geltung des römischen Kaiserthums zugleich die freilich sehr verringer-

ten Rechte und Ansprüche des deutschen Königthums, das in jener Kaiserwürde aufgegangen war. Sie gab die legale Handhabe, auf die deutschen Dinge immer noch einzuwirken und sich an Deutschland eine Stütze und Stärke zu holen. Noch hatte das Kaiserhaus eine Anzahl zerstreuter Besitzungen im Süden und Westen des Reiches, die bis zur äußersten Westgrenze Deutschlands reichten; noch besaß es dort eine Reihe natürlicher Verbündeten, die einzeln nicht schwer in die Wagschale fielen, deren Summe aber von Bedeutung war. Die deutsche Aristokratie, die in andern deutschen Landschaften dem Absolutismus der Fürstengewalt unterlag, sah in Oesterreich fortwährend das Land ihrer Hoffnungen und den natürlichen Rückhalt ihrer Interessen; der Katholicismus und die darauf beruhende Stellung der geistlichen Fürsten hatte nur in dem Träger des mittelalterlichen römischen Kaiserthums, also in der habsburgischen Macht und der dort herrschenden Politik, eine zuverlässige und zureichende Stütze. Die kleineren und hülfloseren Reichsstände, die von der landesfürstlichen Politik der Abrundung und Vergrößerung am nächsten bedroht waren, die Reichsgrafen, Reichsstädte und Reichsritter hatten ohnedies keinen andern Protector als das Kaiserhaus, dessen Interesse hier vollkommen mit dem ihrigen zusammenfiel.

Aus eben diesem Grunde war es seit 1648 die natürliche Politik der habsburgischen Kaiser, den Status quo der westfälischen Verträge zu erhalten. Die Hoffnung, das römische Kaiserthum und mit ihm die Ausschließlichkeit der römischen Kirche in Deutschland zur Herrschaft zu bringen, war zwar durch den dreißigjährigen Krieg vereitelt, aber ebenso wenig hatten diejenigen ihre Zwecke erreicht, welche die römische Kirche und das Kaiserthum völlig aus Deutschland zu verdrängen trachteten. Nachdem für den Kaiser die Aussicht einmal verloren war, die ungetheilte Herrschaft über Deutschland selber zu erlangen, mußte er wenigstens mit allen Kräften hindern, daß sie nicht einem Andern zufiel. Die Vergrößerungs- und Arrondirungsbestrebungen der einzelnen Landesherren, das Bemühen, ihre Macht äußerlich auszudehnen und im Innern über die Unterthanen mehr zu befestigen, hatten fortan ihr Gegengewicht an Oesterreich. Aus eben diesem Grunde konnte es auch nicht in den habsburgischen Planen liegen, eine Veränderung der Reichsverfassung, selbst wenn sie zur bessern Organisation des Ganzen hinstrebte, zu unterstützen, oder auch nur zu dulden. Denn das Streben des übrigen Deutschlands, sich selber besser zu ordnen und zu gliedern, als es in der Verfassung von 1648 geschehen war, führte unvermeidlich zu einer Entfernung, vielleicht Trennung von Oesterreich, und drängte die habsburgische Politik aus ihren letzten vorgeschobenen Posten im Reiche.

So mangelhaft im Uebrigen das Reich organisirt war, so enthielt es doch eine Summe von Kräften, welche die Verbindung mit ihm keineswegs werthlos machten. Der habsburgisch-österreichische Staat zumal hatte in ganz Europa keinen natürlicheren Verbündeten als das deutsche Reich, mit dem er eine

Reihe von Gefahren theilte, von dem er Viel zu hoffen, Nichts zu fürchten hatte. Die Franzosen und die Osmanen waren dem habsburgischen und dem deutschen Reiche in gleichem Maße bedrohlich und feindselig; wie nahe lag es für Habsburg, an Deutschland einen Rückhalt zu suchen, das Reich in seine Kriege zu verwickeln, es zur Abwehr nach Westen, zu Diversionen gegen Frankreich zu gebrauchen, falls die Osmanen die Mauern von Wien bedrohten! Und gerade in diesem Verhältniß stimmte das habsburgisch-östliche Interesse mit dem des deutschen Reiches so vollkommen zusammen, daß hier wenigstens der Vorwurf nicht erhoben werden konnte, Oesterreich reiße das Reich zu Unternehmungen fort, die dessen eignen Lebenszwecken widersprächen.

Nur ließ sich ebenso wenig läugnen, daß in diesem gemeinschaftlichen Thun die österreichische Politik in ihrer einheitlicheren Führung und ihrer festeren Tradition ihren Vortheil besser wahrnahm, als das lose, schwerfällige, jeder consequenten Staatsleitung entbehrende deutsche Reich. Als die Macht Ludwigs XIV. Deutschland anfing zu bedrängen, blieb die habsburgische Politik lange Zeit lau und unthätig, ließ sich sogar in ein Bündniß mit Frankreich ein, und wie sie sich endlich entschloß, dem großen Kurfürsten von Brandenburg gegen den Reichsfeind beizustehen, geschah dies so lässig und zweideutig, daß man darüber zweifeln konnte, ob nicht die österreichischen Heere dazu aufgestellt waren, die brandenburgischen zu beobachten oder gar in ihrem Vordringen zu hemmen. Versichert doch eine österreichische Quelle selber, Montecuculi habe geheimen Befehl gehabt, seine Waffen den Franzosen nur zu zeigen, nicht sie zu gebrauchen. Oesterreich sah den Reunionen lange Zeit unthätig zu, ließ die (freilich protestantische) Reichsstadt Straßburg ohne Hülfe — uneingedenk des treffenden Wortes, das Karl V. einst ausgesprochen: wenn Straßburg und Wien zugleich bedroht sei, werde er zuerst an den Rhein eilen. Selbst die Gefährdung der spanischen Niederlande sammt dem unschätzbaren Festungsgürtel in Flandern und Hennegau, wodurch das habsburgische Hausinteresse selbst unmittelbar berührt war, wurde nur säumig abgewehrt, der ganze Krieg, wie ihn Oesterreich am Rhein und im Westen führte, war matt und schläfrig, man überließ es dort dem Reich und einzelnen kriegstüchtigen Fürsten, sich selber zu schirmen. Welch ganz andere Anstrengungen wurden von Seiten des Reichs gemacht, um Oesterreich gegen die Türken zu schützen! Es wird Niemand die hohe Bedeutung verkennen, welche der Kampf gegen die Osmanen hatte; standen doch hier nicht nur die höchsten Interessen der westeuropäischen Cultur und Freiheit auf dem Spiele, sondern für das deutsche Reich selbst hatten diese Kriege den großen nationalen Werth, daß sie überhaupt wieder einmal eine gemeinsame Kraftentwicklung Aller, ein Zusammenstehen der verschiedensten Stämme und Territorien hervorriefen, daß Kaiserliche mit Brandenburgern, Sachsen und Baiern wieder sich vereinten, die alte deutsche Tapferkeit durch glanzvolle Siege zu verherrlichen; aber augenfällig ist doch der Gegensatz zwischen dem dürftigen Kriege, den Oesterreich

im siebzehnten Jahrhundert im Westen zum Schutz Deutschlands geführt, verglichen mit den großen Anstrengungen, die Deutschland selbst nach der lange nachwirkenden Erschöpfung des Reichskrieges zum Schutze des Südostens gemacht hat. Man hat es nicht selten als ein besonderes Verdienst der habsburgischen Politik gepriesen, daß sie deutsche Cultur und Freiheit gegen die Ungläubigen geschirmt; es scheint uns vielmehr, als habe das Reich, selbst in seiner verfallenen Gestalt, noch das Beste und Wirksamste gethan, das habsburgische Erbe gegen die osmanische Barbarei zu schützen.

Welch andern Kraftaufwand entwickelte Habsburg, wenn es die Verfechtung eines Hausinteresses galt! Ein solches war die Streitfrage, die den furchtbaren spanischen Erbfolgekrieg hervorrief. Wohl war auch das Reich von dem Zuwachs von Macht, der Frankreich durch das Testament Karls II. bevorstand, nahe berührt, aber was Oesterreich zu so heftigem Kriegseifer trieb, war die Integrität des habsburgischen Erbes, und während das Reich in seiner damaligen Gestalt sich kaum entschlossen hätte, die Waffen zu ergreifen über die Frage, ob ein Bourbon oder ein Habsburger König von Spanien sein solle, war dies für die dynastische Politik Oesterreichs eine Angelegenheit vom ersten Range.

Wie in den Kriegen, so trat auch häufig genug in den diplomatischen Verhandlungen die Scheidung des österreichischen Hausinteresses von dem Vortheil und den Bedürfnissen des deutschen Reichs zu Tage. Wir brauchen nur zu erinnern an die Haltung, welche die Diplomatie des Kaisers zu Nymwegen und Ryswick einnahm, um das Verhältniß zu charakterisiren, in welches sich bei solchen Unterhandlungen Habsburg zu Deutschland setzte. Oder als bei den Conferenzen zu Gertruidenburg (1710) Ludwig XIV. tief gebeugt nicht nur zur Zurückgabe der Reunionen und Straßburgs, sondern selbst zur Wiederabtretung des Elsasses und der Festung Valenciennes sich verstehen wollte, da war es doch auch nicht das Interesse des Reichs, sondern nur das des habsburgischen Hauses, das zur Verwerfung dieser Anträge und zur Fortsetzung eines Krieges rieth, dessen Ausgang von allen diesen Forderungen keine einzige erfüllte! Es war nicht zu wundern, daß man in Deutschland, so beschränkt auch die kaiserliche Autorität schon war, sich doch immer noch nicht für sicher hielt, so lange dem Kaiser auch nur die Macht blieb, einen Frieden ohne die Mitwirkung des Reiches zu schließen.

Auch die pragmatische Sanction war zunächst eine Sache des Haus-, nicht des deutschen Reichsinteresses. Um dafür die werthlose Garantie Frankreichs zu erlangen, opferte Karl VI. in den wiener Präliminarien (1735) ein deutsches Reichsland, das Herzogthum Lothringen; die Entschädigung, die dafür in Toscana ward, kam wieder nur dem Hause, nicht dem Reiche zu gut.

Freilich durfte man daneben nicht vergessen, daß, so sehr auch im Einzelnen habsburgisch-österreichische und deutsche Interessen auseinander gingen,

doch zugleich, sowohl durch die äußere Lage beider Territorien, als durch innere Berührungspunkte, ein näheres Verhältniß erschaffen ward. Wohl war die Politik Habsburgs der nationalen Entfaltung unserer inneren Verhältnisse schnurstracks entgegen, wohl nährte sie die kirchliche Entzweiung, verwickelte uns in weitläufige Kriege für ihr Interesse, schützte uns viel weniger, als wir sie schützen mußten, aber dennoch hatten das Reich und die habsburgischen Erbstaaten wieder darin ihr Gemeinsames, daß die Grenze, die sie beide schied, keine natürliche und geschichtliche war, daß beide meist dieselben Gegner zu fürchten und dieselben Gefahren zu bekämpfen hatten. Dieser große Complex mitteleuropäischer Länder, so verschieden er im Einzeln nach Geschichte Art, loyalen Bedürfnissen und Entwicklungsformen war, hatte doch wieder nach Osten wie nach Westen ganz die gleichen Feinde: er mußte fürchten, daß von der einen Seite die Barbarei des Ostens, von der andern der romanische Cäsarismus hereinbrechen würden. Nach beiden Flanken hin gerüstet zu sein, östlich die Markscheide europäischer Freiheit und Cultur gegen asiatische Despotie zu bilden, westlich den vergiftenden Einfluß welschen Uebergewichts abzuwehren, das war namentlich seit Ludwig XIV. und Peter dem Großen ein durchaus gemeinsames österreichisch-deutsches Interesse. Zwar hatte die Hauspolitik im dreißigjährigen und im siebenjährigen Kriege kein Bedenken getragen, diese halbwilden Horden Deutschland auf den Leib zu hetzen, aber das Interesse Oesterreichs wie Deutschlands blieb darum doch das gleiche, sich sowohl nach Westen wie nach Osten hin Luft und Raum zu halten. Das deutsche Reich hatte den nächsten Stoß des französischen Angriffs abzuwehren, Oesterreich den des türkischen Andranges, dessen Erbe später Rußland ward; war für Oesterreich die Diversion von Werth, die das Reich im Westen machte, so war für das Reich der Widerstand nicht minder wichtig, den Oesterreich an einer andern Stelle leistete. Zumal so lange das Reich in seiner militärischen Organisation schlaff und verfallen war, konnte die bessere Rüstung Oesterreichs die Lücken der deutschen Organisation ebenso ergänzen, wie das deutsche Reich wieder, oder einzelne Reichsstände, mit Unterstützung an Geld und Leuten den Defecten österreichischer Kriegsrüstung zu Hülfe kamen. In solchen Zeiten äußerer Gefahr hat sich denn auch der enge Bund beider Länder in seinen Erfolgen zum Theil glänzend bewährt; wir erinnern nur an die Kriege am Anfange des achtzehnten und im zweiten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts. In den Friedensverträgen freilich, welche diesen glorreichen Kämpfen folgten, hat sich auch ebenso einleuchtend gezeigt, daß die überlieferte Politik Oesterreichs und das nationale Interesse Deutschlands oft ebenso weit auseinander gingen als die Noth gemeinsamer äußerer Gefahr beide Gebiete im Kampfe vereinigt hat.

Drum darf man wohl sagen, daß in diesem Zeitraume die Beziehungen des habsburgischen Oesterreichs zu Deutschland, so natürliche Berührungspunkte auch vorlagen, doch mehr äußerlicher als innerlicher Natur gewesen sind. So unlösbar die habsburger und die deutsche Politik nach dem Ausgang des 30jährigen Krieges verknüpft blieben, so oft deutsche und österreichische Streitkräfte auch neben einander standen, so sehr in der Politik des Kaisers deutsche und habsburgische Interessen in einander flossen, eine tiefe, innere Verknüpfung fand nicht statt zwischen beiden Ländergruppen. Die Einwirkung deutscher Cultur auf Oesterreich war geschwächt; österreichische Cultureinwirkungen auf Deutschland fanden ohnedies nicht statt. Denn nicht nur in Confession und Erziehung war durch das in Oesterreich geltende System eine starke Scheidewand aufgerichtet gegenüber einem großen Theile des Reichs, auch die Art des bürgerlichen und politischen Zustandes war nicht geeignet, eine innigere Beziehung zum deutschen Wesen herzustellen. Die Starrheit und Schwerfälligkeit der überlieferten Politik, das Verharren in der dumpfen Unbeweglichkeit, die das gewöhnliche Ergebniß priesterlicher Einflüsse ist, die ganze Art des Regiments, die durch die vereinigte Macht jesuitischer und adeliger Coterien getragen ward, paßte nicht zu den Bedürfnissen, wie sie sich in Deutschland geltend machten. Denn wie mangelhaft sich auch hier das Lutherthum entwickelt, es war doch der größte Theil des Reiches viel zu sehr von dem protestantischen Geiste der Beweglichkeit und einer fortschreitenden Entwicklung ergriffen, viel zu lebhaft von den Einwirkungen der westlichen Staaten, Hollands, Frankreichs, Englands berührt, als daß sich ein ähnlicher Zustand hätte festsetzen können, wie in Oesterreich. Im deutschen Reich tauchten vielmehr einzelne Fürsten auf, welche die alte Lethargie glücklich bekämpften, die Stützen mittelalterlicher Feudalität und hierarchischer Herrschsucht beseitigten, eine moderne Staatseinrichtung an die Stelle setzten, alte Mißbräuche verschwinden ließen und, was die Hauptsache war, alle Kräfte und Thätigkeiten des Volkes selbst in eine wohlthätige Spannung und Erregung brachten.

Anders in Oesterreich. Die Regierung Leopolds I., die fast ein halbes Jahrhundert ausfüllt, trägt, ungeachtet der persönlichen Milde des Regenten, das Gepräge überlieferter Härte und Unbeugsamkeit, wie die vorangegangenen Regierungen. Die widerstrebenden Nationalitäten des Reiches, die noch übrig gebliebenen protestantischen Elemente der Bevölkerung müssen die ganze Strenge althabsburgischer Politik empfinden. In den Einfluß des Palastes theilen sich Priester und ein zum großen Theil neuerhobener oder neubekehrter Adel, in welchen sich neben den Resten der deutschen Herrengeschlechter wälsche und slavische Elemente in Fülle finden. Was die große Kriegsperiode von deutschen, italienischen, wallonischen, selbst spanischen Familien im kaiserlichen Lager gesammelt, was aus der böhmischen Katastrophe durch habsburgische und katholische Anhänglichkeit sich gerettet und bereichert, was sich noch zeitig be-

kehrt hatte — das Alles war hier zu einer reichen, mächtigen Aristokratie vereinigt, die gleichsam die bunte Völkermischung des ganzen Reiches repräsentirte und durch ihre eigene Entstehung auf den Trümmern protestantischer und provinzieller Unabhängigkeitskämpfe hinlängliche Bürgschaft gab, daß sie mit der Erhaltung des neuen Zustandes, wie er aus der jüngsten Revolution hervorgegangen, sich selber und ihr eignes Interesse als unlösbar verflochten betrachte. Zu den Geschäften herangezogen und die Gewalt mit der Dynastie vielfach theilend, war dieser Adel beinahe der einzige auf dem Festlande, der noch eine politische Bedeutung, der politische Traditionen und eine staatsmännische Schule besaß.

Mit dieser Aristokratie zum Theil eng verbunden, zum Theil wetteifernd um den Vorrang, stand dem Throne zunächst jener Clerus, dessen Organisation allein schon ihm ein ungemeines Uebergewicht gab, der die Kirche, die Schule, die Familie und das Gewissen des kaiserlichen Herrn selber beherrschte. Das ganze Bild des Regiments unter Leopold trägt dies Gepräge einer von adeligen und priesterlichen Einflüssen umgebenen Palastregierung. Wir sehen Männer wie Auersperg und Lobkowitz zum offenbaren Verderben des Staates, vom Feinde erkauft, die Geschäfte leiten, aber sie bleiben ungestört am Ruder; es müßte denn sein, daß sie wie Lobkowitz sich die Protection des allmächtigen Clerus verscherzt hätten. Der Einfluß eines Jesuiten wie Pater Müller, oder des Kapuzinerguardians Sinelli, oder der Beichtväter des Kaisers und der Kaiserin stand dem der ersten Minister mindestens gleich, ja war ihm in den entscheidendsten Momenten meistens überlegen. Diese Art Regierungswirthschaft mit ihrer sorglosen Connivenz gegen Adel und Clerus, ihrer Toleranz gegen Mißbräuche, ihrer Nachsicht gegen gewissenlose Staatsausbeutung, ihrer Vernachlässigung der wichtigsten Mittel der Staatsmacht und Größe fing an, in der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts überall seltner zu werden; auch in Deutschland ward sie mehr und mehr von den neuen, bürgerlichen, sparsamen, auf Thätigkeit und Anspannung der Massen, auf Beseitigung des Privilegiums gerichteten Staatsmaximen verdrängt, nur in Oesterreich bewahrte sie sich noch ihr ungestörtes Asyl. Und bezeichnend war es, daß sich außer Oesterreich kaum ein Land in Europa finden ließ, wo dieses starre Festhalten adelig-priesterlicher Palastregierung noch so unverändert war, als in dem gleichfalls habsburgischen Spanien. Betrachtet man Leopold I. selbst, wie er mit phlegmatischer Gravität dem Allem unbewegt zusieht und, während die Staatskräfte verfallen, eifersüchtig über den äußeren Pomp des Thrones und der Majestät wacht, alle Selbstthätigkeit und alle kriegerischen Neigungen seines Hauses abgestreift hat, wie er mit Gelehrten zierliche lateinische Correspondenzen führt, mit den Damen des Hofes italienische Comödien aufspielen und im engen Kreise des Hofes und der Familie spanische Etiquette und spanische Sprache walten läßt, so wird man in diesem Bilde weder die guten noch die schlimmen Seiten eines deut-

schen Fürsten jener Tage, sondern eben nur die Physiognomie erkennen, wie sie den Habsburgern beider Linien, in Madrid wie in Wien, eigen war, und wie sie allerdings in Italien und Spanien für heimischer gelten konnte, als für deutsche Länder. Wohl hatten die Jesuiten von ihrem Standpunkt nicht Unrecht, wenn sie diesen Kaiser mit verschwenderischem Lobe überschütteten und ihm den stolzen Beinamen des „Großen" zutheilten. Denn allerdings war für die Art Staatseinrichtung, wie sie den Jesuiten als erreichbares Ideal vorschwebte, Leopold der rechte Musterkaiser.

Während der Staatsschatz erschöpft war, die Truppen aus Mangel an Sold oft die eignen Provinzen plünderten und der Kaiser fast immer, wo es Staatsbedürfnisse galt, in Geldnoth war, herrschte noch in Oesterreich die bigotte Verschwendung an den Clerus und eine sorglose Toleranz gegen die Ausbeutung des Staates durch Minister und Adel. In einem Augenblick, wo nach einem zeitgenössischen Bericht den Beamten die Besoldung, den Handwerkern der Lohn, den Soldaten das Brod fehlte und dem Staate Niemand mehr unter zwanzig Procent borgte, da wurden an die adeligen Lieblinge Schenkungen gemacht, die auch einem sehr loyalen österreichischen Geschichtsschreiber „geradezu als ein Uebermaaß von Güte" erscheinen, und es fand ein „förmliches Jagen statt nach Geschenken in Geld und Gütern," *) bei dem man in der That nicht weiß, worüber man mehr erstaunen soll: ob über die Schwäche der Geber oder über die schamlose Begehrlichkeit der Empfänger. Während anderwärts dem Allem eine Schranke gesetzt, in Staats- und Hofbedürfnissen knappe Sparsamkeit eingeführt ward, erhielt sich hier die fast orientalische Pracht äußerer Repräsentation, wurde hier noch ein müßiger Hofstaat von mehr als tausend Personen unterhalten. In Oesterreich kam es noch vor, daß ein hoher Beamter, wie der Kammerpräsident Sinzendorf, viele Jahre lang die kaiserliche Kammer um Tonnen Geldes bestehlen konnte, bis er wegen „Diebstahl, Meineid und Betrug" wenigstens den Gerichten übergeben ward. Und solche Verbrechen, ja selbst offenbare Verrätherei im Kreise des hohen Adels und Clerus begangen, erfreuten sich einer gewissen Connivenz, oder wenn es unmöglich war sie zu ignoriren, wenigstens einer milden Bestrafung, während die geringste Auflehnung für alte nationale Freiheiten oder das protestantische Bekenntniß von der ganzen unerbittlichen Härte der überlieferten Politik getroffen wurden.

Auch auf die Entwicklung des Volkes selbst wirkte dieser Zustand nachhaltig herüber. Von jesuitischer Erziehung gebildet, in seinen natürlichen Berührungen mit dem verwandten deutschen Wesen gestört, absichtlich in einer gewissen trägen Ruhe und Dumpfheit erhalten, in seinem ganzen Thun nur auf die nächsten sinnlichen Bedürfnisse und deren Befriedigung gerichtet, mußte der deutsche Bewohner des österreichischen Staates, bei ursprünglich reicher

*) S. Arneth, Prinz Eugen von Savoyen II. 100. 101.

Begabung und Regsamkeit, jene bequeme, träge, sinnliche Richtung annehmen, gegen die erst von Joseph II. nachdrücklich reagirt worden ist.

Der Tod Leopolds I. und die allgemeine Lage der Zeit drohte diese überlieferte Trägheit in rascheren Fluß zu bringen unter dem ersten Joseph (1705—1711), aber seine Regierung war zu kurz, das System zu eingewurzelt, als daß die Wirkung hätte nachhaltig sein können. Sonst war Joseph I., bei allem autokratischen Stolz und aller unbeugsamen Härte, wie er sie namentlich gegen Baiern zeigte, der erste Habsburger seit Rudolf II., der das alte Wesen schien erschüttern zu wollen. Er war vor Allem frei von der religiösen Bigotterie seiner Vorfahren; möglich, daß schon die politische Lage der Zeit, die ihn ganz auf die Verbindung mit den protestantischen Staaten — England, Holland, Preußen — anwies, zu dieser Milderung beitrug, allein der Kaiser war auch persönlich nicht mehr von jener unbedingten Gläubigkeit an das Uebergewicht der Jesuiten, wie seine Vorgänger. Er hatte keine pfäffische Erziehung mehr erhalten, war beweglich, wißbegierig, im Leben und Verkehr mit Menschen geschult, von einem viel weiteren Gesichtskreise als die Ferdinande und Leopolde, und fühlte sich zugleich in seinem autokratischen Bewußtsein durch den Einfluß gestört, den Priester und Jesuiten am wiener Hofe besaßen und beanspruchten. Geschah doch unter ihm zuerst das seit lange in Oesterreich Unerhörte, daß mit der römischen Kirche ein kleiner Krieg entstand, der zum Abbruch der diplomatischen Beziehung führte, daß Rom den Kaiser mit dem Bann bedrohte und umgekehrt der Kaiser ernstlich oder scheinbar die Miene annahm, als hätten diese alten Mittel des päpstlichen Stuhles für ihn ihre Furchtbarkeit verloren! Ließ doch der Papst am 1. August 1707 eine Bulle anschlagen, wodurch die Truppen des Kaisers, die Parma und Piacenza besetzt, mit dem Kirchenbanne belegt wurden; aber freilich die Truppen, gegen die Rom seine Bulle aussandte, waren meistens ketzerische Brandenburger, an denen die Schreckmittel der römischen Kirche wirkungslos abgleiteten! Ein solcher Fürst, der Talent, Charakterenergie und Leidenschaft besaß, der statt träger mönchischer Beschaulichkeit die Jagd und den Kriegsdienst liebte, der zuerst anfing, den alten Wust finanzieller Mißbräuche etwas aufzurütteln, der sich von Günstlingen und Priestern nicht leiten ließ, sondern seinen eignen Eingebungen mit jugendlicher Raschheit und dem Eigensinn eines Autokraten folgte — ein solcher Fürst konnte für das alte Oesterreich erschütternd, für den priesterlichen Einfluß zerstörend werden, und wäre es ohne Zweifel auch geworden, wenn ihm mehr als sechs stürmische Jahre einer großen europäischen Kriegserschütterung zur Regentenarbeit wären gegeben worden. In diesem beschränkten Zeitraume konnte er nur stören, nicht zerstören, das Uebergewicht des alten Wesens wohl hemmen, aber nicht ihm dauernd eine Schranke setzen. Indessen eine warnende Bedeutung hatte doch diese Regierung; sie zeigte, was auch aus diesem Hause und in diesem Lande entstehen konnte, wenn die priesterliche Politik nur einmal es

versäumt hatte, sich die Erziehung und den Willen des künftigen Regenten vollständig zu sichern.

Völlig verloren waren darum auch die Paar Jahre nicht. Oesterreich kehrte nie wieder zu den Zeiten der Ferdinande und Leopolds zurück; es war einmal ein Riß geschehen in diese alte Ueberlieferung, der sich nicht mehr heilen ließ. Karl VI., obwohl vielmehr althabsburgisch als sein Bruder Joseph, in seinen Sympathien mehr spanisch als deutsch, und sein Leben lang vorzugsweise von dem einen Gedanken beherrscht, die Integrität der habsburgischen Erbschaft zu erhalten, ja selbst nach dem Badener Frieden noch mit dem kühnen Plane beschäftigt, die ganze Ländermasse, die einst beiden Linien angehört, durch eine Verschwägerung mit den spanischen Bourbons wieder unter *einem* Haupte zu vereinigen,*) — Karl VI. unterschied sich doch sichtlich von seinen Ahnen, und auch auf ihn war die heitere freiere Art seines Bruders nicht ohne Einwirkung geblieben. Es ist bekannt, daß auch unter ihm, obwohl er viel devoter war als Joseph, die Jesuiten ihre verlorene Position, wie sie sie einst unter Rudolf, den Ferdinanden und Leopold besessen, nicht wieder erlangen konnten; dagegen erfolgten die ersten schüchternen Schritte der Regierung, die auf eine Beschränkung des mönchischen Wesens, auf eine Ueberwachung der Klöster, eine Abwehr hierarchischer Uebergriffe abzielten. Und indessen man hier Mißbräuchen anfing zu steuern, groben Ausartungen des mönchischen Wesens zum ersten Male entgegentrat, ward die Praxis gegen Akatholiken milder und menschlicher, der grausame und unbarmherzige Fanatismus jesuitischer Erzieher und Berather hörte auf allmächtig zu sein. Die Versuche Karls VI., an der Nordsee wie am adriatischen Meere, in Ostende und Triest Sitze eines großen überseeischen Handels zu schaffen, durch die orientalische Compagnie den Handel nach der Levante zu erlangen und sich von dem Uebergewicht der herrschenden Seemächte frei zu machen, diese Versuche — auch wenn sie ganz unzureichend waren, einen kräftigen Widerstand gegen das Monopol Hollands und Englands zu organisiren — legten doch Zeugniß ab von einem lebhafteren Thätigkeitstrieb und einem rühriger en Interesse an der Landeswohlfahrt, als es die früheren habsburgischen Fürsten an den Tag gelegt. Die alte Erstarrung wich doch, wenn gleich das zunächst Erreichbare selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurückblieb.

Am wohlthätigsten wirkte aber in diese erstarrten Verhältnisse eine Persönlichkeit herüber, die der gute Genius des Hauses Habsburg ihm in der rechten Stunde an die Seite stellte — Eugen von Savoyen. Dieser unvergleichliche Geist mit seiner romanischen Unruhe, seiner Beweglichkeit und anregenden Kraft, der sich in so seltener Weise in ein fremdes Land und Volk hineingelebt, hat auf das in Lethargie versunkene habsburgisch-österreichische

*) S. die Mittheilung in Ranke's preuß. Gesch. I. 197 f. und Arneth's Eugen von Savoyen II. 346—348 ff.

Wesen in wohlthätigster Weise zurückgewirkt. Von Geburt und Abstammung halb Franzose, halb Italiener, aber durch Verhältnisse und Lebensstellung ganz mit dem habsburgischen und österreichischen Interesse verwachsen, der treueste Diener, den die Dynastie gehabt, und zugleich der größte und verdienteste Feldherr und Staatsmann, der je in Oesterreich gewirkt, griff Eugen mit ungemeiner Frische und Rührigkeit in diesen alten Schlendrian herein, nicht ohne die hundertfältigsten Schwierigkeiten, selten so glücklich sein Ziel ganz zu erreichen, aber doch meistens mächtig genug, in diesen vorhandenen Wust eine wohlthätige Gährung zu bringen. Eugen hatte noch eine lebendige Vorstellung von dem, was die Kaisermacht sein konnte; er würdigte noch die ganze Wichtigkeit, die Oesterreich in seinem Verhältniß zum deutschen Reich und durch dieses zu gewinnen im Stande war. Er verachtete die Misère und Schwerfälligkeit der deutschen Institutionen, aber er würdigte zugleich so unbefangen, wie nie ein Ausländer, den gesunden Stoff, der noch in dieser pedantischen Umkleidung steckte, und er war der Mann, diesen Stoff mit größter Einsicht und Wachsamkeit für das österreichische Interesse zu benutzen. Er scheiterte freilich mit seinen wohlwollenden Absichten, das deutsche Reich gegen Frankreich in eine tüchtige Wehrkraft zu setzen, er gerieth auch in Oesterreich selbst überall mit der Pedanterie der Formen, mit der Eifersucht der Mittelmäßigen, mit dem Haß der Priester und Höflinge in Conflict, allein es kam doch in dieses gealterte und erstarrte Wesen eine frische und anregende Strömung, deren Wirkung nicht verloren war. Eugen sah mit voller Klarheit ein, daß man die Hülfsquellen und Arbeitskräfte des großen Staates unverantwortlich vernachlässigte und war unermüdlich darauf aus, die Schranken wegzuräumen, welche der Entfaltung der Staatsmacht entgegenstanden. Aber nur dem Sieger von Zenta, Höchstädt, Turin und Malplaquet war so etwas möglich; nur der engverbundene Freund dreier Regenten, deren Vertrauen er niemals mißbrauchte, durfte sich vermessen, den unversöhnlichen Groll aller derer herauszufordern, deren Macht und Einfluß durch die Erhaltung der alten Zustände bedingt war.

Wenn man den Widerstand erwog, der von dieser Seite zäh und weitverzweigt sich gegen Eugens Ketzereien erhob, wenn man in Anschlag brachte, daß die ganze alte Maschine und Ueberlieferung, wenn auch zum ersten Male erschüttert, doch bestehen blieb, so ist es immerhin viel merkwürdiger, daß ein solcher Mann unter diesen Verhältnissen eine mächtige Stellung erringen und behaupten konnte, als es auffallend ist, daß die umgestaltende Wirkung seines Daseins nicht größer und tiefergehend war. Nahm ja ohnedies Eugens Einfluß zugleich mit dem Ende der großen Kriege und dem Tode Josephs I. fühlbar ab, während die Macht der alten Elemente, und die überlieferte Art des Regiments, fortwirkten.*) So blieb der schleppende und träge Gang

*) S. Arneth im 3. Bande von Eugens Leben, wo auch S. 46 f. die bezeichnete Episode der Verschwörung gegen ihn erzählt ist.

der Verwaltung, die mißtrauische Lähmung selbständiger Talente, es erhielten sich die groben Mißbräuche und Unterschleife, so wie die theueren Vorrechte der großen Herren, die sie im Steuerwesen, in der Justiz u. s. w. hatten zu erringen wissen. Nach wie vor wußten sich die Privilegirten den schwersten Lasten des Staates zu entziehen, selbst vor der Rechtspflege sich sicher zu stellen, indessen der verderblichste Druck feudaler und hierarchischer Macht das Aufkommen eines rührigen und wohlhabenden Bauernstandes hinderte. War es zu wundern, daß dieser große mächtige Ländercomplex mit seinen reichen blühenden Provinzen, seinen noch unausgeschöpften Hülfsquellen durch Staaten von mäßigem Umfang, in denen aber eine wachsame, rührige und anregende Staatskunst regierte, an Macht und Stärke überholt ward? Konnte doch Eugen das Eine nicht einmal hindern, daß die gröbsten Unterschleife und Mißbräuche im Heerwesen fortdauerten, der Verkauf der Officierstellen, die Beförderungen, die Anwerbungen zu schmählichen Plusmachereien benutzt und die Armee so tief herabgebracht ward, daß der große Besieger der Türken und Franzosen selber noch den Verfall der von ihm begründeten Kriegsmacht Oesterreichs erleben mußte! War doch die österreichische Armee, als der letzte habsburgische Kaiser starb, statt der angeblichen 135,000 Mann, die sie — dürftig genug — zählen sollte, in der That kaum halb so stark!

Der ganze Staat war für Karl VI. ein noch unbenutzter, ja in seinen reichen Hülfsquellen ungekannter Stoff. Die höchste Gewalt war zersplittert durch den Antheil, den man der Aristokratie einräumte; die Monarchie bestand aus einzelnen losen Provinzen, in denen die großen Herren ein ziemlich unabhängiges Regiment führten. Die Folgen der alten Politik, von dem vorhandenen Capital bequem zu zehren, statt neue Quellen zu eröffnen und alle Kräfte des Staates anzuspannen, traten jetzt in ihren nachtheiligen Wirkungen heraus, wo die politische Constellation eine andere geworden, die Stellung Oesterreichs selber zur europäischen Politik völlig verändert war.

In dieser Lage, deren traurige Frucht der ruhmlose Ausgang des Krieges von 1733—1735 und der schmachvolle Friede mit den Türken war, starb der letzte Habsburger. Welch andere Gestalt hätte die Weltgeschichte angenommen, wenn es einem Manne wie Eugen möglich gewesen wäre, Oesterreich zu reorganisiren, wenn im Jahre 1740 der österreichische Staat so verwaltet und so gerüstet war, wie die kleine preußische Monarchie in dem Augenblick, als sie Friedrich Wilhelm I. seinem Nachfolger übergab! Wie vergeblich wären die Versuche Frankreichs, Baierns, Preußens gewesen, sich durch die Zerrüttung des österreichischen Staatswesens zu vergrößern, wenn man zeitig genug das habsburgische Oesterreich aus der überlieferten Trägheit herausgeführt hätte!

Aber der rechte Zeitpunkt war versäumt; was nun ferner geschah, die österreichischen Staatskräfte zu erwecken und nutzbar zu machen, das konnte

wohl die Auflösung des Erbstaates hindern, aber die Folgen der begangenen Mißgriffe und Versäumnisse nicht mehr gut machen.

Denn in demselben Augenblick, wo der Tod des letzten männlichen Sprößlings aus dem habsburgischen Hause eine europäische Verwicklung hervorrief, waren bereits die Fundamente gelegt zu einem rivalisirenden, dem Einfluß Oesterreichs in Deutschland mit Plan und Bewußtsein gegenüberstehenden Staate, und der neue Regent dieses Staates, den das Schicksal wenige Monate vor Karls VI. Tode auf den Thron gerufen, war ganz der Mann dazu, diese Fundamente mit genialer Kühnheit auszubauen.

Zweiter Abschnitt.

Preußen bis zum Regierungsantritt Friedrichs II. (1740).

Der Staat, zu dem wir uns wenden, steht durch seinen Ursprung, seine Geschichte und durch die Mittel seiner Macht, von Anfang an in entschiedenem Gegensatze zum habsburgischen Oesterreich. Nicht einen bunten Complex verschiedener Länder und Nationalitäten, oder einen unermeßlichen und unverbrauchten Stoff großer politischer Macht finden wir hier vor, sondern ein beschränktes Gebiet, ein junges Staatswesen von ziemlich dünnleibiger geographischer Gestaltung, aber von der rührigsten intensiven Kraft und Beweglichkeit. Nahmen wir dort wahr, wie die herrschende Politik sich lange Zeit begnügen durfte, in bequemer Sicherheit vom Vorhandenen zu zehren, die überlieferte Macht und Weltstellung wie ein Capital zu betrachten, das der stetigen Vermehrung nicht bedurfte, so finden wir hier ein aufstrebendes Staatswesen von knappen Mitteln, die es durch die unermüdetste Thätigkeit muß zu vergrößern suchen, ein Staatswesen und ein Volk, das sich seine Geschichte, seinen Ruhm, seinen Rang in der Welt erst erringen muß, dessen Fürsten und Lenker darum keinen Augenblick sich in die verderbliche Sicherheit des Genusses einwiegen dürfen. „Toujours en vedette," so lautete das bezeichnende Vermächtniß, das der größte König dieses Landes seinem Geschlechte hinterlassen hat.*)

Für die österreichisch-habsburgische Macht im alten Sinne war der westfälische Friede die beengende Schranke geworden; für das hohenzollernsche Brandenburg-Preußen war derselbe Friede der Anfang einer selbständigen und eignen Macht. Das deutsche Landesfürstenthum war durch die Verträge von Münster und Osnabrück der kaiserlichen Obhut entwachsen; es hatte seine

---

*) S. Oeuvres de Fréderic le Grand. IX. 191. (Neue Berliner Ausgabe.)

eigne politische Existenz, es konnte sich eine politische Geltung auch auf der großen europäischen Bühne erringen. Nachdem Kaiser und Reich ihre alte Bedeutung verloren, ging auf diese territoriale Fürstenmacht ein Theil des geschichtlichen Berufes über, dessen Träger die alten jetzt ausgelebten Formen und Kräfte gewesen waren. Verstand das Landesfürstenthum diese günstige Lage zu nützen, nach Außen seine Macht zur Geltung, deutsche Waffen und deutsche Politik zu Ehren zu bringen, verstand es im Innern eine weise und verständige Ordnung der Dinge aufzurichten, die allgemeine Wohlfahrt zu pflegen und zu fördern, so mußten die Erfolge eines solchen Strebens nicht allein dem Gebiete selbst, wo solches versucht ward, sondern der gesammten deutschen Entwicklung zu Gute kommen. Denn nachdem die alten Formen sich unfähig erwiesen, Deutschland nach Außen zu schützen, im Innern die zersetzenden Folgen kleinstaatlicher Ohnmacht abzuwehren, so mußte man es als eine günstige Fügung preisen, wenn wenigstens das Landesfürstenthum, das auf den Trümmern des alten Reiches seine selbständige Existenz gewonnen, diese Interessen der Gesammtheit in seinem engeren Kreise mit Wachsamkeit und Eifer wahrnahm. Diesen Beruf zu erfüllen hat man von verschiedenen Seiten versucht; aber nirgends ist es mit solcher Bewußtheit und zähen Ausdauer unternommen und deshalb von gleichem Erfolge gekrönt worden, wie von den hohenzollernschen Fürsten in Brandenburg-Preußen.

In einem Lande, das zum Theil noch einer deutschen Colonie auf einem erst zu erobernden Boden glich, das ein vorgeschobener Posten des Deutschthums nach den slavischen Gebieten hin war, hatten einst die Fürsten des Hauses Zollern nach vieljähriger Zerrüttung ein landesfürstliches Gebiet erkämpft, der feudalen Anarchie mit Kraft gesteuert, der anmaßlichen Herrschaft unbändiger Junker ein Ziel gesetzt und neben diesem kräftigen, kampfgewohnten Walten die friedlichen Künste des bürgerlichen Lebens und seiner Cultur nirgends vernachlässigt. Diese Anfänge des zollernschen Hauses in Brandenburg sind die charakteristischen Vorzeichen der künftigen Geschicke, des Landes sowohl, das wie kein anderes in Deutschland durch seine Fürsten zu einem bedeutenden Dasein gehoben worden ist, als des Fürstenhauses selber, das wie wenige regierende Geschlechter durch eine Reihe von charaktervollen Persönlichkeiten ganz verschiedener Art und Bildung binnen eines langen Zeitraums sich ausgezeichnet und in fast allen diesen verschiedenen Persönlichkeiten einen und denselben stetigen Zug zur Schöpfung, Ordnung und rührigen inneren Entfaltung eines kräftigen monarchischen Staatswesens bewahrt hat.

Der Gegensatz dieses jungen Staatswesens zum habsburgischen Oesterreich gibt sich nicht nur in der Entstehung und den Anfängen kund, er prägt sich auch in der ganzen politischen Physiognomie beider Staaten bezeichnend aus. Oesterreich eine lose Föderation verschiedener Nationalitäten und Provinzen, unter denen das deutsche Element nur einen, freilich wesentlichen Fak-

tor bildet; Preußen ein früh zu einer gewissen Einheit verschmolzener Staat von ganz überwiegend deutschem Wesen. In Oesterreich die Ueberlieferung des alten römischen Kaiserthums und das Bemühen, so weit es nur immer ausführbar ist, diese Ueberlieferung zu Gunsten der Haus- und Erbmacht zu benützen; hier das protestantische Landesfürstenthum im Gegensatze zum alten Romanismus und zum alten Reiche in seiner selbständigen und unabhängigen Stellung, wie sie seit 1648 anerkannt war. Dort die zähe Bewahrung der alten Zeit und ihrer Formen wie ihres Regiments, hier Alles modern und auf die Gestaltung einer modernen Staatsordnung berechnet. In Oesterreich eine mächtige, reiche Aristokratie, welche den Thron nicht nur umgiebt, sondern die Gewalt mit ihm theilt; in Brandenburg-Preußen die Aristokratie in ihrer Macht gebrochen, ohne großen Reichthum und ohne Einfluß beim Throne, sogar vorübergehend mit einer planmäßigen Ungunst behandelt und nur im Heere hervorragend und verdient, das ganze Regiment bürgerlich soldatisch, seine Träger und Leiter zum Theil Emporkömmlinge aus den untern Schichten der Gesellschaft, die ihre Tüchtigkeit auf dem Schlachtfelde, im Bureau oder in der Wissenschaft geadelt hat. Den Lobkowitz, Auersperg, Haugwitz, Chotek, Kaunitz u. s. w. stehen hier die bescheidenen Namen der Derfflinger, Distelmeyr, Meinder, Fuchs, Spanheim, Ilgen und Cocceji gegenüber; dem an diplomatischen und staatsmännischen Talenten reichen Adel des slavisch-deutschen Oesterreichs hat die brandenburg-preußische Ritterschaft in dem ganzen Zeitraume von 1640—1806 nur den einzigen Herzberg entgegenzustellen.

In Oesterreich ist der Katholicismus das alleingeltende Bekenntniß und der Einfluß kirchlich-hierarchischen Wesens auch über das bürgerliche und sociale Leben ausgebreitet; in Preußen trägt die herrschende Physiognomie ebenso bestimmt das Gepräge protestantischer Nüchternheit. In Oesterreich war die verschwenderische Fahrlässigkeit mit den Staatsmitteln politische Tradition geworden und man hatte sich gewöhnt sorglos aus unerschöpflichen Hülfsquellen zu schöpfen; in Preußen ging die karge Sparsamkeit so ausgeprägt durch Alles durch, daß man zweifeln konnte, ob die politische Nothwendigkeit oder die angeborene Neigung des hohenzollernschen Hauses mehr dazu beitrug. In Oesterreich hielt die überlieferte Politik im Bunde mit Adel und Clerus das Volk geflissentlich in dumpfer Unbeweglichkeit und sinnlichem Genießen; in Preußen ward ein nüchternes, arbeitsames Geschlecht zur äußersten Thätigkeit und Arbeit angespannt. Dort stand das feudale Privilegium noch in voller Kraft; in Preußen suchte die herrschende Politik früh ihre Stärke darin, daß sie Bauer und Bürger von der Last des Lehensdruckes zu befreien strebte.

Wohl war die Form beider Staaten dieselbe, die damals fast den ganzen Continent beherrschte, die absolute Monarchie. In Preußen wie in Oesterreich, wie in fast allen deutschen Territorien, regierte mit aller Unbedingtheit der Wille eines Einzigen; aber die Art, wie dies geschah, war doch durch-

aus verschieden. Von der fast orientalischen Ueberhebung, den Anklängen an spanische Despotie war in dem brandenburg-preußischen Staate so wenig die Rede, wie von dem launenvollen, verschwenderischen, von Maitressen, Günstlingen und kostspieligen Liebhabereien beherrschten System, das nach Versailler Vorbildern in die meisten deutschen Gebiete und Regierungen eingedrungen war; es war ein kerniger, schlichter und echt deutscher Schlag von Fürsten, der seit 1640 dort regierte, es waren Fürsten, die mit den höchsten Rechten sich auch die höchsten Pflichten beilegten, die mehr in der Schule Hollands und Englands als nach den Ueberlieferungen Roms und Spaniens erzogen waren, Fürsten, die sich als die ersten Diener des Staates, als die berufenen Wächter des Gesammtwohles betrachteten, die zwischen sich und ihren Unterthanen neben dem Gebot des unbedingten Gehorsams zugleich ein höheres sittliches Verhältniß gegenseitiger Verpflichtung herstellten. Sie regierten nicht minder unbedingt, wie die andern, waren ebenso gewaltsam in ihren Mitteln, forderten harte Lasten und Opfer von den ihnen Untergebenen, aber man ertrug diesen Druck leichter und freudiger, denn das Alles diente nicht dem eitlen Genusse oder der Laune des Einzelnen, ward nicht an leere Liebhabereien vergeudet, sondern war das unentbehrliche Mittel zur Erreichung eines sittlichen Zieles, des Wohles der Gesammtheit. Der Staat war überall der höchste Zweck, nicht die Dynastie, noch weniger der Hof und dessen müßige Verschwender.

Das junge Brandenburg-Preußen war ein wesentlich protestantischer Staat: protestantisch freilich nicht in dem ausschließenden Sinne, wie das habsburgische Oesterreich katholisch war; vielmehr genoß das katholische Element in dem hohenzollernschen Staate früh eine freiere Lebensluft, als sie jemals dem protestantischen unter den Habsburgern zu Theil geworden ist. Selbst die Alleinherrschaft eines der beiden protestantischen Bekenntnisse über das andere war hier weniger als anderswo zu fürchten; denn in den östlichen Theilen des Staates überwog das Lutherthum, im Westen der Calvinismus, und die Dynastie selbst war durch Johann Siegmund zum reformirten Bekenntniß übergegangen; die Annäherung und Einigung zwischen den getrennten Glaubensrichtungen von Wittenberg und Genf war darum hier mehr als an einer andern Stelle durch die Verhältnisse geboten.

In einer Zeit größter Engherzigkeit in allen Glaubensangelegenheiten war solch eine duldsamere Ansicht, wie sie der große Kurfürst vertrat, nicht laut genug anzuerkennen; indessen sie war nicht das einzige, wodurch sich die junge Monarchie von der vorwaltenden Strömung jener Zeit unterschied. Brandenburg stand zugleich früh an der Spitze der Staaten, die wenn wir so sagen dürfen, den politischen Protestantismus mit Bewußtsein ergriffen und zur Richtschnur ihrer Politik erhoben haben. Die in solchem Geiste protestantischen Staaten weckten die Kräfte ihrer Länder, während der priesterliche Absolutismus sie in Trägheit und Erstarrung hielt; sie spornten das

Volk zu thätiger Arbeit an, während man es anderwärts im platten Sinnengenuß oder in Armuth verkommen ließ; sie gestatteten dem geistigen Leben, das die andern niederdrückten, freien Spielraum; sie pflegten Schulen und Universitäten, die sonst in Barbarei und Formalismus erstarrten; sie sorgten für die nüchterne Prosa einer Volkserziehung, indeß man anderwärts an den Prunk der Hofcultur oder an ausländische Nachahmerei die Kräfte des Landes hing; sie ließen Jeden nach seiner Weise selig werden und zogen alle gedrückten und verfolgten Elemente, die arbeitsam und brauchbar waren, an sich heran, während man sie sonst in pfäffischer Verstocktheit ausstieß oder verfolgte. Sie zogen aus der Masse des Volkes die tüchtigsten Kräfte heran, um Verwaltung, Gesetzgebung und Kriegswesen zu leiten, indeß man anderwärts die politische Feudalität in ähnlichem Vorrecht und in gleicher Begünstigung hielt, wie die kirchliche.

In dieser intensiven Kraft lag das Geheimniß der Stärke des kleinen Staates, lag die Möglichkeit eines Wetteifers mit dem großen von der Natur reich und mächtig ausgestatteten Oesterreich. Aber man durfte nie vergessen, daß dieser junge preußische Staat auf einer schmalen Grundlage natürlicher Macht beruhte, daß das Land klein von Umfang und spärlich ausgestattet, die Kräfte der Einzelnen auf's Aeußerste gespannt, die natürliche Kargheit der Mittel zum Theil nur durch eine künstliche und zusammengesetzte Maschine ergänzt war. Durch die sorglose und träge Schwäche der Andern, durch einzelne große und ausgezeichnete Männer war hier ein kleines, an sich unzulängliches Gebiet zu einer großen geschichtlichen Stellung künstlich emporgehoben worden; darum war die ganze Lage des Staates allezeit prekärer und gefährdeter als die jedes andern. Die Mittelmäßigkeit der Regenten war hier fühlbarer und bedenklicher als irgendwo. Denn hier war kein großes, wenn auch unbenütztes Capital natürlicher Kräfte wie in Oesterreich vorhanden, hier stützte man sich nicht auf hergebrachte mächtige Verbindungen, auf alten Waffenruhm und große politische Ueberlieferungen, hier lehnte man sich nicht an das moralische Ansehen des tausendjährigen Kaiserthums an, wie die Habsburger in Oesterreich. Wohl sind auch in Oesterreich Regierungen wie die der Ferdinande, Leopolds I. und Karls VI. nicht ohne nachhaltigen Schaden vorübergegangen, allein das Ganze des Staates blieb doch vor dem jähen Untergang bewahrt. In Preußen konnte eine einzige mittelmäßige oder schlaffe Regierung das Werk des großen Kurfürsten und des großen Königs der Zerstörung zuführen. Niemand hat dies Gefühl der Unsicherheit lebendiger in sich getragen, als der große König selber; sein Leben wie seine Schriften legen davon unzweideutiges Zeugniß ab. Aus diesem Gefühl der Besorgtheit entsprang jener denkwürdige Rath, den er in einem seiner kleinen Aufsätze niedergelegt hat *): „dies Land muß von Für-

*) S. die oben angeführte Stelle.

sten regiert werden, die immer auf der Wache stehen und mit gespanntem Ohre auf ihre Nachbarn wachen, Fürsten, die bereit sind von einem Tage zum andern sich gegen die verderblichen Entwürfe ihrer Feinde zur Wehr zu setzen."

Nachdem schon am Ausgang des sechszehnten Jahrhunderts und später immer mehr die hervorragendsten protestantischen Gebiete, namentlich Sachsen und Kurpfalz, die Mittel und Wege verloren hatten, ein protestantisches und landesfürstliches Gegengewicht gegen Habsburg und das Kaiserthum zu bilden, war Kurbrandenburg das nächste Land, das in diese Ansprüche schien eintreten zu können. Darum witterte schon 1609 ein feines diplomatisches Auge die Gefahr, daß „der Kurfürst von Brandenburg nunmehr der werden könne, der von den Lutherischen und Calvinischen längst gewünscht und erwartet worden." *) Zwar gelang es noch der habsburgischen Politik dies zu hindern, aber mit Mißtrauen beobachtete sie dieses im Wachsen begriffene Gebiet, zumal seit zu Anfang des siebzehnten Jahrhunderts die Aussicht immer näher rückte, alle hohenzollernschen Besitzungen an das Kurhaus heimfallen, das Herzogthum Preußen, die fränkischen Markgrafschaften, Cleve, Jülich und Theile von Schlesien mit den Marken vereinigt zu sehen. Wohl waren die damaligen Kurfürsten von Brandenburg von dem rastlosen Ehrgeiz, wie ihn der große Kurfürst und sein Geschlecht besaß, noch fern genug und schienen die gefährliche Ausdehnung einer solchen Macht fast selber mehr zu fürchten als zu suchen; indessen schon die Möglichkeit einer protestantischen und landesfürstlichen Gegenmacht forderte die Wachsamkeit der österreichischen Politik heraus. Die Zeiten des dreißigjährigen Krieges versprachen diese Gefahr, die von Brandenburg drohte, für immer zu beseitigen. Der Protestantismus und das landesfürstliche Interesse lagen nach dem Sieg über den Winterkönig und der Ueberwältigung Dänemarks völlig am Boden, nicht ohne die Mitschuld der schwächlichen und unentschlossenen Politik, die unter dem Einflusse Oesterreichs damals Brandenburg leitete. Auf wenig Länder außer den eroberten Gebieten übte die kaiserliche Reaction jener Zeiten einen so fühlbaren Druck, wie auf Brandenburg; eine übermüthige Soldateska saugte das Land aus, die kaiserlichen Feldherrn hausten als Gebieter und erpreßten ungeheure Summen, indeß die Durchführung des Restitutionsedicts zugleich den Verlust der eingezogenen Kirchengüter, also eines wesentlichen Bestandtheils der Territorialmacht in Aussicht stellte. Es kam die schwedische Invasion hinzu, die es bald zweifelhaft machte, was schlimmer sei: die „Restauration", die der kaiserliche Schutz- und Schirmherr Deutschlands durch seine Wallensteine vorbereiten ließ, oder die unerbetene Hülfe der Schweden, als deren bittere Frucht die lästige Nachbarschaft in Pommern blieb. Damals schwebte über

*) Aeußerung des Reichscanzlers von Stralendorf; s. Droysen, das Stralendorfische Gutachten (Abhandl. der k. sächs. Gesellschaft der Wissensch. VIII. 431).

diesem Lande ein ähnliches Schicksal, wie es eine Reihe von deutschen Territorien nach dem dreißigjährigen Kriege getroffen hat. Von den verheerenden Folgen des Krieges selbst zu Boden gedrückt, im Innern unter der Last der Feudalität seufzend, im Osten von Polen, im Norden von Schweden bedrängt, außer Stande sich selbst zu helfen — so drohte auch Brandenburg dem Loose der Verkümmerung und Nichtigkeit zu erliegen, dem damals viel blühendere Theile Deutschlands verfallen sind.

Daß dies nicht geschah, daß mitten in der Verödung und dem Verfalle der ältesten und schönsten Fürstenthümer Deutschlands auf diesem kargen, spät erworbenen Boden ein durch Arbeitskraft und Rührigkeit wie durch seine Waffenmacht gleich bedeutsamer Staat erwuchs, das war das weltgeschichtliche Verdienst Friedrich Wilhelms des großen Kurfürsten. Er kam gerade noch zeitig genug zur Regierung (1640), um die unglücklichsten Folgen der Politik des Vorgängers abzuwenden, dem Kaiser wie den Schweden gegenüber eine selbständige Haltung zu gewinnen und Hand anzulegen an die Reorganisation des Landes, das erst durch ihn zu einem geordneten Ganzen umgeschaffen ward. Mußte er sich doch erst zum Herrn in seinem eignen Erbe machen, die Bande der Abhängigkeit von der habsburgischen Politik zerreißen, das Land von den äußeren und inneren Drängern befreien und die Lehensherrlichkeit Polens über Preußen abschütteln. Was bisher nur zerstreute Provinzen waren ohne inneren und zum Theil ohne äußeren Zusammenhang, nur zufällig dem Hause Hohenzollern gemeinsam unterthan, als Kurlande, als fürstliche Erwerbung, als polnisches Lehen, das ward jetzt erst zu einem in sich verbundenen, von einem Mittelpunkt aus geleiteten Staatswesen verschmolzen.

Für die Geschicke Deutschlands ist darum dieser Regierungswechsel von 1640 ein nicht minder folgenschweres Ereigniß gewesen, als der Friede, der acht Jahre später geschlossen ward. Das habsburgische Oesterreich war fortan aus seiner kaiserlichen Stellung zurückgedrängt, es beschränkte sich darauf, die ererbte Hausmacht zu schützen, und statt mit frischer Spannkraft sich eine neue Stellung zu schaffen, zehrte es von den alten Ueberlieferungen und ließ Land und Regiment der Erschlaffung verfallen. Die andern deutschen Gebiete gelangten nur allmälig und spät dazu, von den Schrecken des furchtbaren Krieges aufzuathmen; manche wollten nie mehr zur früheren Blüthe und Lebenskraft kommen, in andern ward die verderbte Nachahmung des französischen Despotismus dem Wohlstand und Gedeihen des Volkes fast so verderblich wie der dreißigjährige Krieg selber; wenigstens schärften sich die Wunden, statt zu heilen. Der einzige Staat, der aus der Zerrüttung sich aufrichtete, in dem die Wunden des Krieges am raschesten vernarbten, der Staat, in welchem ein weises und schöpferisches Regiment mit bürgerlicher Arbeit und kriegerischer Kraft harmonisch zusammenwirkte zum Gedeihen des Ganzen, dieser Staat war Brandenburg-Preußen und sein neuer Regent der einzige Fürst

jener Zeiten, der frei von den schlimmen Einflüssen fremder Nachahmung, kerndeutsch und tüchtig, die wohlthätigen Wirkungen der fürstlichen Absolutie in großen Ergebnissen veranschaulichte. Ein solches Staatswesen, über den größten Theil des deutschen Nordens, vom Niemen bis zum Rhein zwar nur sporadisch ausgebreitet, aber doch wieder so verzweigt, daß eine rivalisirende Macht dort nicht leicht aufkommen konnte, von einem arbeitsamen, nüchternen, kriegstüchtigen Volke bewohnt, im Gegensatze zur habsburgischen und katholischen Macht aufgewachsen und mit allen den Elementen natürlich verbunden, die dazu in Opposition standen, mußte die ganze Gestalt der deutschen Dinge verändern. Dasselbe schuf ein volles Gegengewicht gegen die habsburgisch-österreichischen Einflüsse, es sprengte erst durch seine Machtentfaltung die Form des alten Reiches, es legte den Grund zu einer dualischen Entwicklung der Dinge, deren bestimmende Macht bis heute fortdauert. Aber es entwickelte zugleich im Innern die Keime bürgerlicher und staatlicher Entfaltung, die anderwärts theils zertreten waren, theils unentwickelt blieben.

In einer Zeit, wo eine Menge fürstlicher Kräfte entweder in der Verwilderung eines furchtbaren Krieges untergingen oder der französischen Nachahmerei verfielen, stellte der brandenburger Kurfürst fast einzig das Muster eines deutschen Fürsten auf, der die verderblichen Einflüsse der Zeit von sich fern gehalten hat. Unter Sorgen und Mühen aufgewachsen, aber an Leib und Seele gesund erhalten, hatte er früh gelernt, sich selbst zu beherrschen, Vorsicht und Entschlossenheit zu üben und der eignen Leidenschaften Meister zu werden. Friedrich Wilhelm war nicht von den Jesuiten erzogen und in der Ueberlieferung spanischer Staatskunst aufgewachsen, wie die Habsburger, noch hatte ihn die Schule des französischen Absolutismus verdorben.

Weder Rom und Madrid, noch Versailles hatten auf ihn eingewirkt, er verlebte seine Jugend unter den Eindrücken holländischer Freiheit und Macht, die damals auf dem Höhepunkt standen. Der Anblick eines rührigen, unermüdlichen Volkes, dessen gesunde Schöpferkraft nicht durch feudale und nicht durch priesterliche Einflüsse verkümmert ward, der Eindruck eines Staates, der auf engem Raume durch die intensive Kraft der Arbeit und des Geistes zu europäischer Bedeutung herangewachsen war, das Vorbild eines Fürsten wie Friedrich Heinrich von Oranien — das war die Schule gewesen, in welcher die gesunde Natur des großen brandenburgischen Fürsten sich zu seinem Regentenberufe gebildet hat.

Sein fürstlicher Absolutismus war gleich streng, seine Mittel nicht minder gewaltsam, als in allen den Staaten Europas, wo diese neue Form des Regiments damals sich festsetzte, er schnitt in die alten Rechte der Provinzen, der ständischen Corporationen, in die Privilegien des Adels nicht weniger scharf ein, als die gleichzeitigen Könige im Norden, oder Richelieu in Frankreich; aber die unbedingte Gewalt, die er sich schuf, ward trotz aller einzelnen Härten eine Wohlthat für die Gesammtheit; sie wälzte die Last der Adels-

aristokratie ab, beseitigte die störenden Sonderinteressen, sie hob die Arbeitskraft und das Selbstgefühl von Bürger und Bauer, auf deren Wohlfahrt der neue Staat fortan ruhte. So legte er die Grundlagen zu einer staatlichen Größe, die das erste Exempel dieser Art war: gründete das Heer, ordnete den Staatshaushalt, hob den Anbau des Landes, förderte Gewerbe und Handel, eröffnete dem bedrohten Protestantismus ein sicheres Asyl, pflegte Wissenschaft und Kunst in einer eigenthümlich deutschen Richtung, während fast überall sonst das Volksthümliche vor dem Fremden weichen mußte.

Indessen das Reich seinem völligen Verfalle entgegenging und gerade dies Aufstreben Brandenburg-Preußens mehr als alles Andere dazu beitrug, diese Krisis zu beschleunigen und die alte, freilich nur noch scheinbare Einheit des Reiches vollends aufzulösen, gedieh in diesem jungen Staate Alles, was von gesundem deutschen Stoffe vorhanden war, zur trefflichsten Entfaltung. Hier ward ein tief zerrüttetes Land durch ein weises und kraftvolles Regiment dem Elende entrissen, die schlummernden Kräfte der Bevölkerung geweckt, hier ward deutscher bürgerlicher Fleiß und Wohlstand gepflegt, hier der deutschen Cultur ein weites, zum Theil noch unbebautes Terrain erobert. In einem Augenblick, wo Oesterreich und das deutsche Reich dem Uebergreifen des französischen Einflusses ruhig zusahen, griff Friedrich Wilhelm zu den Waffen, und so klein seine Macht noch war, Deutschland hatte doch wieder einen Fürsten aufzuweisen, der sich gegen die Garanten des westfälischen Friedens in Respect zu setzen verstand. In Zeiten, wo die alte Handels- und Seemacht Deutschlands verloren war, und in den früheren weltgeschichtlichen Sitzen fast die Ueberlieferung abzusterben drohte, suchte er die Gunst der Lage Preußens an der See rührig zu benützen, um den Grund zu einer Flotte zu legen, die Anfänge einer Colonialmacht zu schaffen und auf der Ostsee, deren Herrschaft damals unter den nordischen Mächten der Preis eines noch unausgefochtenen Kampfes war, sein Uebergewicht zu begründen. Friedrich Wilhelm erhob sich zuerst wieder — und zwar in Zeiten, wo Ludwigs XIV. Macht noch ungebrochen war — zu dem kühnen Gedanken, die Fremden vom deutschen Boden zu vertreiben; er folgte dabei zunächst seinem eignen brandenburgischen Interesse, allein es waren dies doch zugleich die wichtigsten Aufgaben einer deutschen nationalen Politik, die er mit einem Glanze, wie keiner seiner deutschen Zeitgenossen aufgenommen hat.

Erfüllte Friedrich Wilhelm in dieser Haltung nach Außen seine deutsche Fürstenpflicht gewissenhafter und ehrenvoller als irgend ein Reichsstand, den Kaiser nicht ausgenommen, so ist doch in der Art, wie er die Dinge anschaut und seine eigne Stellung beurtheilt, eine bemerkenswerthe Veränderung gegen die frühere Zeit eingetreten. Nicht sowohl als Glied des Reichs oder gar als Unterthan des Kaisers, am wenigsten aus Anhänglichkeit an Habsburg wendet der große Kurfürst seine Waffen gegen Schweden und Franzosen, sondern in dem Bewußtsein eines selbständigen Fürsten, dessen brandenburgisch-preußi-

sches Interesse nach Außen allerdings mit dem des gesammten Reiches vollkommen übereinstimmte. Aber die alte Ueberlieferung des früheren reichsfürstlichen Verhältnisses ist für ihn abgestorben: es kann in ihm wohl die Frage auftauchen, ob er nicht auch im Bunde mit einer auswärtigen Macht, sogar mit Frankreich, seine Verstärkung suchen und sich auf Oesterreichs Kosten vergrößern solle? Es ist das neue Territorialfürstenthum des westfälischen Friedens, das in ihm seinen ersten hervorragenden Repräsentanten hat. Die überlieferte Devotion gegen Oesterreich besteht für ihn nicht mehr; er ist der erste deutsche Fürst, der sich zu Oesterreich nicht wie der Kurfürst zum Kaiser stellt, sondern vielmehr in das Verhältniß einer Allianz mit Oesterreich tritt, wie es zwischen gleichberechtigten Staaten besteht. Und diese Allianz erhielt eben dadurch eine besonders verhängnißvolle Bedeutung für die Tradition preußischer Politik, daß der habsburgische Alliirte im Kampfe den Kurfürsten matt unterstützte, im Frieden ihn die Früchte wohlverdienter Siege verlieren ließ.

Aus jener Stellung nach Außen entsprang aber ganz besonders die Bedeutung Friedrich Wilhelms für Deutschland. Ohne den moralischen Einfluß zu verkennen, den sein treffliches Regiment im Innern, seine sorgsame Pflege alles deutschen Wesens in Leben, Wissenschaft und Kunst, seine Siege auf dem Schlachtfelde ihm erworben haben, den mächtigsten Eindruck machte doch die Thatsache, daß Deutschland seit lange keinen Fürsten hervorgebracht, der in den großen europäischen Verhältnissen eine so selbständige Bedeutung behauptete, wie der große Kurfürst. Allerdings war Friedrich Wilhelm der einzige Staatsmann im großen Stile, den das ganze Jahrhundert in Deutschland hervorgebracht, und die gesammte europäische Politik erkannte ihn als solchen an. In der That war es auch der höchsten Bewunderung werth, wie er zwischen Polen und Schweden im Osten, zwischen Frankreich, England, Holland und dem Kaiser im Westen durch alle Künste einer kaltblütigen, feinen, Alles überschauenden Politik sich seine unabhängige Stellung erobert und in alle großen Fragen seiner Zeit mitwirkend und nicht selten leitend eingreift — mit einem Lande und einer angebornen kleinen Macht, die er eben erst schwedischen Soldaten, polnischer Lehensherrlichkeit, feudalen Vorrechten hatte abringen müssen. Nicht minder bewundernswerth war es, wie er alle Bestrebungen der Großmächte, ihn ins Schlepptau zu nehmen, mit sicherem Takte vereitelte und ohne Einem dienstbar zu sein sich überall auf seine eigenen Füße stellte. In den diplomatischen Correspondenzen jener Tage wird diese Meisterschaft des „alten wetterfesten Steuermannes“ bewundert und beneidet;*) die Politik dieses jungen Staates hatte ihn rasch den alten Großmächten ebenbürtig gemacht und die Stegreifdiplomaten, die der große Kurfürst nicht nach Rang und Stand, sondern nach ihrer Brauchbarkeit auswählte, erwarben da-

*) S. Raumers Beiträge III. 432 ff., 439 ff.

mals dem brandenburgischen Kurstaat den später verscherzten Ruf, nicht durch seine tapfern Truppen allein, sondern in gleichem Maße durch seine feine Diplomatie bedeutend zu sein. Man kann diese imposante Stellung des kleinen Staatswesens in den europäischen Händeln nicht rühmender schildern, als es der Bericht eines britischen Diplomaten jener Tage thut. „Die Wahrheit ist, sagt dieser, daß die jetzige Stellung des Kurfürsten ihn mit Geringschätzung auf seine Nachbarn herabsehen läßt. Er wird sich ihnen so theuer verkaufen, als ihm gutdünkt; wohl wissend, er müsse in jedem Augenblick willkommen sein, wenn es ihm gefällt in den Tanz einzutreten. Mittlerweile ist er gegen plötzliche Ereignisse, welche eintreten könnten, hinreichend gedeckt. Er besitzt ein gutes Heer und lebt so gleichsam mit aufgezogener Zugbrücke auf Bedingungen der Ehre und Selbstvertheidigung. Nicht wenig fühlt er sich geschmeichelt, daß ihm zu gleicher Zeit den Hof machen die Botschafter des Kaisers, der Könige von Frankreich und Dänemark, der Generalstaaten, des Hauses Sachsen, des Herzogs von Hannover und des Bischofs von Münster. Deßhalb wird er um so beharrlicher und entschlossener auf seiner eigenen Bahn."

So stolz und sicher freilich ward die Politik des jungen Staates unter dem Nachfolger, unter Kurfürst Friedrich, nicht geleitet. Die sparsame, rührige und schöpferische Thätigkeit im Innern ließ nach; der Einfluß des französischen Vorbildes von Versailles beherrschte auch den brandenburgischen Hof, und nach Außen, namentlich im Verhältniß zu Oesterreich, ward die unabhängige und selbständige Haltung Friedrich Wilhelms mit der Nachgiebigkeit der Schwäche vertauscht. Aber gleichwohl hat der erste König von Preußen die Ueberlieferungen des großen Vorgängers keineswegs verlassen.

Durch die Erwerbung der königlichen Würde ging er unleugbar einen gewichtigen Schritt vorwärts auf der betretenen Bahn. Wohl gab er sich mit einer gewissen Unselbständigkeit an die österreichische Politik hin, allein indem er sich seinen Beistand mit der Königskrone bezahlen ließ, that er doch, bewußt oder unbewußt, einen bedeutungsvollen Schachzug gegen Oesterreich. Wie oft hatte man nicht in Wien gesagt, man dürfe an der Ostsee nicht einen neuen König der Vandalen aufkommen lassen, wie entschieden mißbilligten nicht die scharfsichtigsten Staatsmänner Oesterreichs den unheilbaren Mißgriff*), aber wie immer war das Hausinteresse in Wien mächtiger als alles andere; um das habsburgische Erbe beim Hause zu erhalten, sanctionirte man die politischen Tendenzen des großen Kurfürsten und räumte das letzte Hinderniß weg, das den emporstrebenden Rivalen noch hindern konnte, eine selbständige Stellung in Deutschland gegenüber von Oesterreich einzunehmen. Es war ein Schritt von ähnlicher Bedeutung, wie die Loslösung des großen Kurfürsten vom polnischen Lehensjoch; jetzt erst war ein

*) Dohm, Denkwürdigk. IV. 136.

preußischer Staat auch äußerlich festgestellt und, wie der bekannte Ausspruch lautet, den Nachfolgern die Pflicht auferlegt, sich zur Königswürde die Königsmacht zu erwerben.

Aber nicht allein in dem denkwürdigen Act von 1701 knüpfte Friedrich I. an die politische Tradition des Vorgängers an; dieser friedfertige und furchtsame Fürst bewahrte und erweiterte auch mit demselben glücklichen Instinct die militärische Erbschaft des großen Kurfürsten. Die Kriege des Hauses Habsburg, an denen Friedrich Theil nahm, haben wie fast immer, wenn die Noth der Zeiten beide Staaten eng verband, ein Machtverhältniß begründet, das in Mitteleuropa den Ausschlag gab; der äußere Vortheil des Kampfes fiel zwar mehr in die Wagschale Oesterreichs als Preußens, aber man würde doch irren, wenn man vom Standpunkte rein preußischen Interesses die Kriege, an denen damals brandenburgische Heere in Deutschland, Italien, den Niederlanden, der Türkei Theil nahmen, für fruchtlos halten wollte. Nicht nur daß die Königswürde der gewichtige moralische Lohn für die geleistete Hülfe war, auch der militärische Ruf Preußens ward in diesen Kämpfen ungemein vergrößert. Die Schlachten bei Höchstädt, bei Turin, gegen die Osmanen wurden durch den glänzenden Antheil, den die Preußen daran nahmen, für das militärische Ansehen des jungen Staates nicht minder bedeutsam, als die Lorbeeren von Fehrbellin.

Der gute Genius Preußens fügte es so, daß der lässigen und verschwenderischen Verwaltung Friedrichs I. die strengste Sparsamkeit unter Friedrich Wilhelm I. folgte und die Anwandlungen französischen Monarchismus durch die nüchterne, hausgebackene Prosa eines bürgerlich-soldatischen Königthums nach deutschem Zuschnitt ersetzt worden. Während in Oesterreich unter der passiven Regierung Karl VI. die Schöpfungen Eugens verfielen und als schlimme Frucht der althabsburgischen Politik in allen Hülfsquellen des Staates Stockung eintrat, während die Regenten der einst blühendsten Territorien den gröbsten Excessen der versailler Nachahmung verfielen, sammelte hier ein thätiger und wachsamer Fürst die Mittel künftiger Macht, füllte den Schatz, vergrößerte das Heer, stellte in allen Zweigen der Verwaltung die strengste Ordnung her, erleichterte die Lasten der Unterthanen, griff mit eiserner Hand durch, wo es Mißbräuche zu beseitigen, die Tragkraft des Staates zu steigern, Vorrechte zu beschneiden, die Beamten zu überwachen und anzuspornen galt. In der Organisation der Verwaltung, in dem Verfahren gegen den Lehensadel, in dem Anbau wüstliegender Landstriche lenkte Friedrich Wilhelm ebenso entschieden in die Bahnen des großen Kurfürsten zurück, wie in dem scharf ausgeprägten Verhältniß zum deutschen Protestantismus. Das Schirmeramt über die bedrängten Protestanten war noch zu keiner Zeit so entschieden und consequent von Preußen gehandhabt worden, wie unter Friedrich Wilhelm I.; Preußen war jetzt völlig in die Lücke einer ersten protestantischen Macht Deutschlands eingetreten, die theils durch den Verfall der größeren pro-

testantischen Gebiete, theils durch die Bekehrung der Dynastien in Kursachsen und Kurpfalz entstanden war.

So herb und rücksichtslos das ganze Regiment des königlichen Zuchtmeisters war, es bot doch eine Menge von achtbaren und trefflichen Zügen, die den Neid vieler anderen deutschen Länder weckten; denn dort hauste der Despotismus der Zeit zum Theil in ebenso rauhen Formen, aber es fehlte der sittliche Hintergrund eines großen auf das Wohl der Gesammtheit gerichteten Staatszweckes.

In seinem Verhältniß zu Oesterreich glich Friedrich Wilhelm I. mehr seinem Vater als dem großen Kurfürsten. Nicht sowohl aus persönlicher Unselbständigkeit, als vielmehr aus ehrenwerther Anhänglichkeit an die überlieferten Formen des alten Reiches und die Autorität des Kaisers neigte er entschieden zur österreichischen Politik. Er war wieder darin so ganz Reichsfürst im alten Stil, und jedem ausländischen Einflusse in Deutschland so abgeneigt, daß ihn alle Enttäuschungen nicht völlig irre machen konnten in seiner aufrichtigen und edlen Pietät für Kaiser und Reich. Denn ungeachtet aller der schweren Proben, auf welche er durch die habsburgische Politik gestellt war und trotz mancher Schwankungen in seinem Verhalten, die das Gefühl, schnöde mißbraucht zu werden, hervorrief, blieb er doch im Ganzen jenem denkwürdigen Bekenntniß treu:*) „meine Feinde mögen thun, was sie wollen, so gehe ich nicht ab vom Kaiser, oder der Kaiser muß mich mit den Füßen wegstoßen, sonsten ich mit Treue und Blut sein bin und bis in mein Grab verbleibe."

Erst die letzte Zeit brachte darin eine Wendung hervor und rief die traditionelle Politik, wie sie vor hundert Jahren in dem jungen Staate aufgetaucht war, wieder in die frischeste Erinnerung. Die wiederholte Erfahrung des Königs, daß seine Loyalität ungroßmüthig ausgebeutet ward, namentlich die Art, wie man in der polnischen und niederrheinischen Verwicklung das preußische Interesse hintangesetzt, brach in seinen letzten Lebensjahren seine Geduld und preßte ihm mit einem Fingerzeig auf den Kronprinzen das berühmte Wort ab: „da steht Einer, der mich rächen wird." Je argloser der praktisch verständige, aber offene und jeder Arglist unfähige Charakter Friedrich Wilhelms das Opfer diplomatischer Doppelzüngigkeit geworden war, um so stärker mußte bei seiner reizbaren Natur nun der Rückschlag sein. Der letzte Rath, den er auf dem Sterbebette seinem Nachfolger ertheilte, empfahl zwar alle Rücksicht gegen den Kaiser als Reichsoberhaupt, aber fügte auch bedeutsam hinzu: „man dürfe nie vergessen, daß der Kaiser dem Hause Oesterreich angehöre, welches seinen eigenen Vortheil suche und den unabänderlichen Grundsatz verfolge, das Haus Brandenburg eher kleiner zu machen als größer." **)

*) Ranke, preuß. Geschichte I. 385.

**) Stenzel, Gesch. des preuß. Staates IV. 56. 57. Vergl. auch den Brief des Königs in Oeuvres de Frédéric XXVII. 3. 102.

Dies Vermächtniß aus dem Munde eines Königs, der unter allen preußischen Regenten vor 1740 am freundlichsten gegen Oesterreich gesinnt gewesen, war ein bedeutsamer Fingerzeig in die Zukunft. Der Conflict, der seit 1640 wach geworden, war durch die Persönlichkeiten der beiden letzten Fürsten verdeckt, aber nicht ausgeglichen worden; die widerstrebenden Interessen, zunächst der rivale Kampf um die Herrschaft in Deutschland, standen sich vielmehr wieder so schroff gegenüber, wie nur je in den Tagen des großen Kurfürsten.

Am 31. Mai 1740 starb Friedrich Wilhelm I. Sein Land zählte damals nicht mehr als 2 Millionen 240,000 Einwohner,*) aber es war wohlgeordnet, bildete ein starkes festgeschlossenes Ganze, der Schatz war gefüllt, das Heer schlagfertig. Der Erbe dieser Macht war Friedrich II. Am 20. Oktober desselben Jahres starb Kaiser Karl VI. und mit ihm erlosch der habsburger Mannsstamm; seine Hinterlassenschaft war: eine europäische Verwicklung, ein zerrüttetes, schlecht geordnetes Staatswesen, verworrene Finanzzustände, eine im Verfall begriffene Armee.

Damit war der Augenblick gekommen, wo sich eine neue Ordnung der Dinge in Deutschland vorbereitete.

*) Oeuvres de Frédéric II. 1.

Dritter Abschnitt.

Die Zeit Friedrichs II. und Maria Theresias.

Der junge Monarch, der 1740 auf Friedrich Wilhelm I. folgte, war durch eine herbe Schule des Lebens hindurch gegangen, ehe er den preußischen Thron bestieg. Die despotische Strenge und Einseitigkeit des Vaters hatte sich schon in der ersten Erziehung des Prinzen vergriffen; sie wußte weder einem so regen Geist die rechte Nahrung zu geben noch das Gemüth des Knaben mit kindlichem Vertrauen zu erfüllen. Während Friedrich Wilhelm den Sohn vor Allem zum sparsamen Haushalter und zum Soldaten heranziehen wollte, fühlte sich des Prinzen feinere Natur von der Monotonie der Paraden und des Exercirens gelangweilt; wo dem Vater die Freuden der Jagd und seines Tabakscollegiums genügten, da zog es den Sohn zu höherer Nahrung und zu geistigem Umgang, und während Friedrich Wilhelm die altväterische Schlichtheit und Gläubigkeit hoch hielt, schien sein Sohn zu Pracht und Freigebigkeit hinzuneigen oder fühlte sich angezogen von der französischen Bildung und Sitte, die der Vater verabscheute. Wie es nicht selten im Leben geschieht, verstanden sich zwei in ihrem Kreise tüchtige Naturen einander nicht, sondern gingen, da sie beide zäh und eigensinnig waren, in feindseliger Verbitterung auseinander. Der König übersah, daß es noch eine andre Welt gebe, als die des Exercierplatzes und der Kanzlei; der Kronprinz vergaß, daß hinter dem rauhen Ernste des Vaters die Biederkeit alter deutscher Sitte und eine ehrbare Zucht verborgen war, die der neuen vornehmen Weltbildung fehlte. Und doch konnte man sagen, daß jeder dieser beiden Männer den andern ergänzte; Preußen wäre nie geworden, was es geworden ist, wenn nicht Friedrich den starren Formen seines Vaters Leben und Geist eingehaucht hätte; aber auch Friedrich wurde erst zu dem, was er war, durch die straffe Zucht und den prosaisch ernsten Sinn, zu dem der Vater den weichen, sinnlichen Jüngling heranzog.

Es sind harte und furchtbare Tage vorausgegangen, bis der innere Zwiespalt zwischen Beiden überwunden war; dann lernte aber der Sohn des Va-

ters rastlose und pflichteifrige Thätigkeit so würdigen, wie sie es verdiente und der Vater hat es mit Stolz und Dankbarkeit anerkannt, daß er einen solchen Nachfolger hinterlasse. Und doch mochten die wenigsten damals eine richtige Ahnung von dem künftigen König haben. Das Leben, das Friedrich zu Rheinsberg mit seinen Freunden führte, zeigte einen heiteren, geistreichen Kreis, der in epikuräischem Behagen jeden erlaubten Genuß zu sich heranzog, der an Poesie und Kunst sich ergötzte, der in anmuthigen Gesprächen und Scherzen die Zeit hinbrachte — so daß, wenn sich nach diesen Anfängen die Zukunft bestimmte, eher eine friedfertige medicäische Epoche zu erwarten schien, als ein bewegtes, sturmvolles, die alte Welt erschütterndes Regiment. Friedrich selbst freilich hatte über dem Genusse die ernsten Dinge nicht vergessen; er tändelte und scherzte zwar mit den Freunden, er gab sich mit ganzer Lebensfreude dem Genusse heiterer Geselligkeit und Freundschaft hin und pries oft diese Zeit als die glücklichste seines Lebens, aber seine Gedanken wie seine Thaten haben doch immer zugleich den ernsten Hintergrund, auf den ein großer Beruf ihn hinwies. Er lernte aus Allem, er ergriff das Mannigfaltigste mit gleicher Virtuosität, er war in kriegerischen und administrativen Dingen, in Sachen des Handels und der Industrie besser bewandert und dieser Prosa des Lebens mit regerem Interesse zugewandt, als es selbst die ihm zunächst Stehenden ahnten. Sein Leben und seine Briefe aus jenen Tagen lassen uns einen reichen und vielseitigen Geist erkennen, der sich mit wunderbarer Elasticität an das Verschiedenartigste heranwagt, und den neben heiteren Scherzen die tiefsten Fragen der Philosophie und Religion ernstlich beschäftigen; sie zeigen uns daneben ein warmes, für Freundschaft empfängliches Gemüth, und einen milden, humanen Sinn, aber auch ein Ehrgefühl und einen Mannesstolz, der keine Demüthigung ertrug, und ein Gefühl von Pflicht und Verantwortlichkeit, wie es nie in höherem Maße ein Königssohn in sich getragen hat.

So bestieg Friedrich II. den Thron; schon seine ersten Schritte ließen in jedem Zuge den König erkennen. Die etwa hofften, er werde nun Rheinsberg nach Potsdam tragen, wurden freilich enttäuscht; Freunden, Genossen und Verwandten gegenüber zeigte er den Herrscher in seinem Ernst und seinem Pflichtgefühl. Die geistreichen Gesellschafter und Freunde blieben zwar dem König, was sie dem Kronprinzen gewesen, aber sie regierten den Staat nicht und theilten sich nicht in die hohen Aemter und Stellen. Dagegen ward manche schadenfrohe Hoffnung vereitelt, daß der junge König seinen Groll auslassen würde gegen Widersacher des Kronprinzen. In den Organen und Personen, womit der Vater regiert, trat zunächst kein wesentlicher Wechsel ein; vielmehr war ein ähnlicher Ton von Sparsamkeit, Strenge und Pflichteifer unter dem neuen wie unter dem alten König durchzufühlen. Aber doch glich die neue Regierung der alten nicht; ihre Haltung war freier, geistiger und trug in allem Einzelnen ein edleres humaneres Gepräge. Den Gene-

ralen empfahl der König Milde gegen die Untergebenen, den Ministern genaue Wahrung des Landesinteresses, dem fortan das des Fürsten nicht mehr entgegenstehen dürfe, den Secten verhieß er Duldung, der Presse ließ er einen freieren Spielraum, die Rechtspflege sollte unabhängig sein, aus dem Strafproceß begann die Folter zu verschwinden. Das Heer wurde gemehrt, aber auch drohender materieller Noth gesteuert, die friedlichen Künste des Gewerbfleißes, der Wissenschaft und der Kunst nicht vernachlässigt. So waren die ersten Anfänge der neuen Regierung.

Drum empfing ihn nicht etwa nur der geläufige Jubel, der von dem Reize des Neuen bestimmt jede junge Regierung begrüßt; es ging vielmehr eine Ahnung durch die Gemüther, daß das Erbe an Wohlstand und kriegerischer Macht, wie es der Vater hinterlassen, hier auf einen Fürsten übertragen ward, der die Kraft und den Ehrgeiz besaß, dies Ueberlieferte in großer und eigenthümlicher Art zu erweitern. Denn zu der sparsamen und strengen Art kam hier die schöpferische Kraft eines überlegenen Geistes, der das Ererbte nicht nur nützte und mehrte, sondern ihm mit genialer Eigenthümlichkeit eine neue, ungewohnte Bedeutung verlieh. Ohne das Pedantische und Bizarre des Vaters und doch wieder an schlichter, kerniger Manneskraft ihm ähnlich, zeigte sich der neue Monarch, gleich anfangs dazu berufen, nicht allein die überlieferte Macht zu erweitern, sondern auch den Gedanken und Ideen einer Zeit, deren Kind er war, eine Geltung zu schaffen, die weit über den begrenzten Raum des preußischen Staates hinausging.

Fünf Monate, nachdem er den Thron bestiegen, starb Kaiser Karl VI.; jetzt bot sich ihm die Gelegenheit, seinem Staate den Zuwachs an Macht und Ansehen zu erwerben, den die Königswürde von 1701 bedufte, aber noch nicht besaß. Indem er sich gegen die habsburgische Hausmacht erhob, mit Frankreich verband und in Karl VII. ein Kaiserthum schaffen half, das ohne Gefahr für ihn selber war, förderte er die schon weit vorgeschrittene Auflösung der Formen des Reiches und schuf dem preußischen Staate jene europäische Stellung, zu welcher einst der große Kurfürst den Grund gelegt, und zu deren Ausbau dessen beide Nachfolger die Mittel vorbereitet hatten.

Für die deutschen Dinge war damit eine neue Epoche angebrochen.

Seit den Erschütterungen des dreißigjährigen Krieges war kein Ereigniß und keine Persönlichkeit dagewesen, die so entschieden darauf hingewirkt, die Formen des alten Reiches zu zerrütten, dem Kaiser seinen letzten Zauber zu nehmen, den Reichstag so jedes Restes von moralischem Ansehen zu berauben, wie Friedrich II.; und doch war zugleich seit Jahrhunderten kein Mann in Deutschland aufgetreten, der so mächtig dazu beigetragen, dem ganzen Leben der Nation eine so durchgreifende Förderung zu geben, wie er. Indem er die Auflösung der alten Formen beschleunigte, ist durch ihn zugleich dem geistigen und politischen Inhalte des nationalen Lebens eine Erweckung und Erweiterung gegeben worden, die wichtiger war als die Fortdauer jener abgelebten Formen.

Mit Friedrich II. kam eine ganz neue Richtung in die gesammte europäische Politik; die alte absolute Monarchie ward durch eine neue verdrängt. Gegenüber dem bekannten l'état c'est moi tauchte hier ein Königthum auf, das sich als den ersten Diener des Staates betrachtete, das, getreu der Tradition der hohenzollernschen Vorfahren, den Wohlstand des Landes förderte, nicht die Verarmung, das die Duldung der Meinungen und Glaubensformen auf seine Fahne schrieb, nicht deren gewaltthätige Unterdrückung. Wie das versailler Königthum und seine Nachbeter den Werth der Monarchie in äußerem Prunke gesucht, so war hier weise Selbstbeschränkung und Einfachheit oberster Grundsatz; wie man dort im Scheine, zuletzt im leeren Pathos sich verloren, so war hier auf das Wesen, auf die schlichte Prosa und Wahrhaftigkeit der Dinge Alles berechnet. Wie dort orientalische Verweichlichung und weibisches Wesen den Thron und Hof umgab, so überwog hier die strenge männliche Erscheinung eines Heldenkönigs, der, um mit Fürst Kaunitz zu reden, wie kaum ein zweiter in der Geschichte, den Thron und das Diadem geadelt hat.

Diese neue Art des absoluten Königthums, die schon in dem großen Kurfürsten sich angekündigt, aber in Friedrich erst ihren genialen und vollendeten Ausdruck gefunden, wirkte umgestaltend auf die ganze damalige Geschichte. Anfangs mit Widerwillen, ja mit dem bittern Hasse betrachtet, den das Gefühl eigner Nichtigkeit erzeugte, aber gefürchtet, zuletzt bewundert auch von denen, deren Haß unvermindert blieb — so wurde er das europäische Vorbild eines neuen Königthums, das dem persönlichen Werth der Monarchie eine neue Weihe gab, aber auch die Aufgabe und die Ansprüche an das Königthum außerordentlich steigerte. In den meisten Ländern Europas, in großen wie in den kleinsten, mit Glück oder Unglück nachgeahmt, nicht selten karrikirt, ward Friedrich nicht nur das gültige Muster eines neuen Königthums, sondern zum Schaden der Mittelmäßigkeit zugleich der populäre Maßstab königlichen Werthes und Verdienstes.

So fest und unbeschränkt Friedrich das Steuer des Staates führte, es sind doch überall durch ihn die Ueberlieferungen von der alten königlichen Gewalt und der alten Art von sklavischem Gehorsam durchbrochen worden. Ein König, der schon in seiner ersten politischen Jugendschrift, im Antimachiavell, die Meinung aussprach, der Fürst sei nicht Herr seiner Unterthanen, sondern deren Diener (domestique), und kein Mensch habe das Recht, sich eine unbeschränkte Herrschaft über die Andern anzumaßen, der die Wahrheit des Satzes anerkannte, es sei besser von Gesetzen abzuhängen, als von der Laune eines Einzigen*), ein solcher König wurde nicht mit Unrecht von den Trägern der alten versailler Monarchie als ein gefährlicher Eindringling angesehen. Und er blieb bei den Worten nicht stehen. Wie er sich gegen

*) S. Oeuvres de Frédéric VIII. S. 66. 92.

die alten Anschauungen von der Gewalt und vom Gehorsam richtete, so verließ er die politische Ueberlieferung seiner beiden Vorgänger, lehnte sich gegen den Kaiser und die alte Reichsverfassung auf, griff mit gewaltsam umgestaltender Hand in die alte Ordnung der europäischen Verhältnisse ein, schuf eine neue Gruppirung der Staaten und ihres Gleichgewichts. Aber auch die Gedanken und Ansichten des Königs wirkten im Zusammenhang mit seinen Thaten bedeutungsvoll genug auf die Umwälzung der Geister, die in Friedrichs Zeitalter vorgegangen ist.

Die Anschauung des Königs war zu groß und umfassend, als daß er an die Vollkommenheit und Ewigkeit einer Staatsform hätte glauben können. Die Feudalität mit ihren vielen aristokratischen Gewalten erschien ihm nur als eine Pflanzschule bürgerlicher Unruhen, als eine Quelle allgemeinen Unheils für die Gesellschaft.*) Ihre verderbliche Entartung nöthigte ihm ein Geständniß ab, das wir bei dem größten und glücklichsten Vertreter deutschen Landesfürstenthums kaum erwarten sollten. In Deutschland, sagt er, sind diese Vasallen unabhängig geworden; in Frankreich, England und Spanien hat man sie unterworfen. Das einzige Muster — fügt er hinzu — das wir von dieser abscheulichen Regierungsform noch übrig haben, ist die Republik Polen; und dabei scheint er kaum daran zu denken, daß ja Deutschland selbst, wenn auch in anderer Weise entwickelt, einen ähnlichen Wust aristokratischer Unförmlichkeiten darbot, wie der in Auflösung begriffene Staat der Jagellonen.

Um die Monarchie bewegten sich die Gedanken des Königs; aber es hat nie ein Fürst auf einem Throne gesessen, dessen Anforderungen an die Monarchie größer gewesen wären, als die Friedrichs. Sie ist, sagt er, die schlechteste oder die beste aller Regierungsformen, je nachdem sie geführt wird. Er verlangte von einem rechten König eine Kenntniß, eine Fürsorge, eine Klugheit und Unabhängigkeit, wie sich selten in einer Persönlichkeit vereinigt findet; er schilderte die Folgen eines abhängigen, unentschlossenen, verworrenen und planlosen Fürstenregiments so beredt und treu, als wäre er selber noch lebender Zeuge des Verfalles und Unterganges seiner glorreichen Monarchie gewesen. Eine Monarchie, in welcher durch die Unthätigkeit oder Unfähigkeit des Regenten die Gänge des Uhrwerks gestört sind, eine Monarchie, worin man sich gewöhnt hat, die Interessen der Krone und die des Volkes als verschieden zu betrachten, erscheint ihm so verderblich, als es nur immer die „abscheuliche Junkeraristokratie“ in Polen sein mochte. „Der Fürst, sagte er, ist für die Gesellschaft, was der Kopf für den Körper ist: er muß sehen, denken, handeln für die ganze Gemeinschaft, um ihr alle Vortheile, deren sie fähig ist, zu verschaffen. Will man, daß die Monarchie den

*) Die folgenden Aufführungen sind aus dem Essai sur les formes de gouvernement, s. Oeuvres de Frédéric T. IX. 195 ff.

Sieg behalte über die Republik, so muß der Monarch thätig und unbescholten sein, und alle seine Kräfte zusammennehmen, um seinen Pflichten zu genügen." Die Monarchie ist ihm eine lebendige und unermüdet thätige Vorsehung auf Erden; aber ihre Stärke und Lebenskraft sieht er nicht in irgend einem mystischen Zauber göttlichen Ursprunges, sondern nur in dem Grade ihres Verdienstes.

So stolz und gewichtig Friedrich den Monarchen in sich fühlte, so liegen doch in dieser Auffassung bereits Anklänge an eine andere Zeit menschlicher Entwicklung, die neue Gedanken und neue Forderungen in die Welt warf, und mancher seiner Aussprüche erinnert an die Ideen, die bald nach seinem Tode anfingen die Welt zu erschüttern. Der mystische, gleichsam übernatürliche Zauber ist von seinem Königthum abgestreift, es ist eine sichtbare menschliche Institution, deren Werth von dem Grade ihres Verdienstes abhängt. Der Monarch ist ihm nur der „erste Diener des Staates"; er hält ihn für „verpflichtet, denselben so redlich, weise und uneigennützig zu verwalten, als wenn er jeden Augenblick seinen Bürgern (citoyens) Rechenschaft ablegen müßte." Er hält ihn für „strafbar", wenn er „das Geld seines Volkes verschwendet", wenn er, statt der Wächter guter Sitten zu sein, „die Volkserziehung durch sein eigenes verkehrtes Exempel verderbe." Er stellt an seinen König die Forderung, daß er sich in die Seele des armen Landmanns oder Arbeiters hineindenke und sich frage: wenn ich einer von denen wäre, deren Capital nur in ihrer Händearbeit besteht, was würde ich von meinem Fürsten verlangen? Er spricht den inhaltschweren Grundsatz aus: daß kein Mensch dazu geboren und bestimmt sei, der Sklave der Andern zu sein; er findet es unverzeihlich, in die Gewissen und Gedanken der Menschen hinein regieren zu wollen; nur um uns die Gesetze zu bewahren — so läßt er die Unterthanen zu ihrem König sprechen — wollen wir dir gehorchen, damit du uns weise regierst und uns beschirmest; daneben verlangen wir, daß du unsere Freiheit achtest.

Hat Friedrich II. durch diese Ideen, wie durch seine geschichtlichen Thaten den Zusammenhang der alten europäischen Verhältnisse durchbrochen und die hergebrachten Meinungen von der Beziehung des Königthums zu den Regierenden mächtig erschüttert, so ist seine besondere Rückwirkung auf Deutschland nicht minder bedeutungsvoll gewesen. Es ist ein bekanntes Wort von Goethe: „der erste und wahre höhere eigentliche Lebensgehalt kam durch Friedrich den Großen und die Thaten des siebenjährigen Krieges in die deutsche Poesie." Aber es war nicht die Poesie allein, welche die große Rückwirkung einer solchen Persönlichkeit empfand. Unser ganzes Leben, unsere eigentliche Natur hat durch Friedrich eine ungemeine Veränderung erfahren. Eine Persönlichkeit wie die des Königs, so außerordentlich überlegen den leeren Copien des Siècle de Louis XIV., von denen die deutschen Fürstenhäuser und ihre Höfe noch erfüllt waren, so gesund und einfach und, ungeachtet seiner französischen

Politur, so kerndeutsch, war an sich schon ein Ereigniß. Das Fürstenthum nach versailler Muster erhielt erst jetzt in Deutschland den tödtlichen Stoß, nachdem in Friedrich der Gegensatz hervorgetreten, der Gegensatz eines tüchtigen deutschen Fürsten, an dessen Erscheinung sich die persönliche Achtung und Liebe wieder aufrichten und nähren konnte. Daß dieser König mit einer in Deutschland längst entwöhnten Kühnheit und einem stolzen Selbstgefühl den alten Autoritäten im Innern Trotz bot, wie den auswärtigen Gewalten, daß er den Hochmuth der vornehmen europäischen Politik züchtigte und gegen das vereinigte Europa heldenmüthig sich behauptete, daß er die alte deutsche Waffenehre wieder zur vollen glänzenden Anerkennung brachte, daß er allen den Fremdlingen, die sich so lange übermüthig als die Herren geberdet auf deutschem Boden, jetzt blutig heimzahlte und überall als der Ueberlegene, Rasche, Unbezwingliche erschien, dem auch die Gegner ihre Bewunderung nicht versagten, das war von unberechenbarer Wirkung für das ganze deutsche Leben. Hier ward der schlimme Ruf unserer schwerfälligen und unbeholfenen Art zum ersten Male glänzend widerlegt, hier ward nach langer Oede zum ersten Male ein deutscher Mann mit seinem Volke der Gegenstand des Neides und der Bewunderung eines ganzen Welttheils; hier entfaltete sich nach einer langen Zeit von nationalem Unglück und Demüthigung eine Größe, an der die Nation sich mit ganzer Genugthuung erheben konnte. Es wirkte auf alle Kreise diese Kühnheit und dies Selbstgefühl zurück, dessen Träger Friedrich gewesen; der Deutsche richtete sich wieder einmal aus jener gedrückten und demüthigen Stellung auf, welche die üble Frucht der letzten Zeiten war.

So ist denn auch in unserer ganzen Geschichte bis dahin keine Persönlichkeit zu erwähnen, an deren Größe sich die gesammte Nation so ohne Unterschied der Stämme, der Meinungen, der religiösen Bekenntnisse wieder erhob. Der unermüdliche, thätige und wachsame König in seiner schlichten, anspruchslosen Erscheinung, seinem scharfen Auge, seinem unverwüstlich gesunden Sinne, seiner Verachtung des Scheins, der Lüge, der Schmeichelei, seiner Gerechtigkeitsliebe — ist in zahllosen Geschichten, Erzählungen und Anekdoten in alle Kreise des Volkslebens eingedrungen und wie keine andere Persönlichkeit unserer Geschichte das lebendige Eigenthum der Nation geworden. Er ist der einzige Mann, dem es mitten in der Zerrissenheit gelang, im ganzen Kreise der Nation populäre Wurzeln zu schlagen, mit dem ein wirklicher Cultus getrieben ward, wie mit keiner andern unserer geschichtlichen Größen. Sein Bildniß war in die entlegensten Gegenden eingedrungen; es ward in den Reichsstädten verehrt, die ihr Contingent zur Reichsarmee gegen ihn stellten, und hing in katholischen Gegenden neben dem Bilde des Landespatrons.*)

Diese Wirkungen auf das öffentliche Leben in Deutschland mußten sich

*) Dohm, Denkwürdigk. I. 249.

geltend machen, wenn auch die alten Formen noch fort vegetirten. Ihre allmälige Auflösung wurde von Friedrich vorbereitet, aber noch nicht vollendet. Den bedeutendsten Schritt in dieser Richtung that er gleich anfangs, als er die Bestrebungen unterstützte, die auf eine Auflösung der habsburgischen Hausmacht ausgingen. Die Trennung des habsburgischen Erbes, die Abtretung wichtiger Stücke an Baiern, Sachsen und Preußen selbst, die Uebertragung der Kaiserwürde auf die baierischen Wittelsbacher und die Protection dieser dann in sich machtlosen Würde durch Preußen, dies mußte, wenn es gelang, die ganze Gestalt des Reiches verändern. Aber noch einmal erhob sich in Maria Theresia das Haus Habsburg in einem Glanze, wie seit Jahrhunderten nicht; die Unterstützung Englands, die klägliche Schwäche der baierisch-französischen Allianz selber machte die Plane scheitern, das habsburgische Erbe ward nicht aufgelöst, kam vielmehr mit der Kaiserkrone an das lothringische Herzogsgeschlecht, das sich durch Ehebande mit den Habsburgern verschmolzen, und der Plan des wittelsbachischen Kaiserthums fiel ruhmlos zu Boden. Die Kaiserwürde, wie sie jetzt auf die Lothringer überging, war damit freilich keine andere und mächtigere geworden, als sie früher gewesen; aber ihr Verlust wäre für das Haus Habsburg-Lothringen das entscheidende Symbol der Erniedrigung gewesen, ihre Behauptung gönnte dem äußeren Bestande der Reichsformen noch eine kurze Frist.

Darin war allerdings eine durchgreifende Veränderung eingetreten, daß diese Reichsformen selbst in der Gestalt, wie sie der westfälische Friede überliefert, eine allgemeine Geltung und Anwendung nicht mehr gewinnen konnten. Dem Kaiser, der selbst mehr auswärtiger als deutscher Fürst war, stand ein Landesfürst gegenüber, dessen überwiegende Stellung eine europäische, nicht die eines deutschen Reichsstandes war. Neben dem Königreich Preußen, als einer selbständigen nordischen Großmacht, die in die Lücke Schwedens, Polens, Dänemarks eingetreten, verschwand schon beinahe die Erinnerung an den Kurfürsten von Brandenburg. Oder konnte man sich ernstlich einbilden, dieser Macht, die sich zu einer schiedsrichterlichen Stellung in Europa erhoben, die Geltung der deutschen Reichsgesetze, der Reichsgerichte, die Befolgung kaiserlicher Anordnungen aufdringen zu wollen? Versuchte man es wirklich, wie es in den Anfängen des siebenjährigen Krieges geschah, so lief man nur Gefahr, die ganze Ohnmacht der alten Formen auf's kläglichste allen Augen bloßzustellen. Während diese Formen in den regensburger Reichstagsbeschlüssen von 1757 und in der Niederlage von Roßbach den empfindlichsten Stoß erlitten, der sie vor der Auflösung durch die Revolution getroffen hat, standen sich theils innerhalb des Reiches, theils außerhalb desselben zwei Großmächte gegenüber, deren vereinigte Kriegsmacht stark genug war, den Gang der Dinge in Mitteleuropa zu bestimmen. Oesterreich, indem es den Namen des Kaiserthums noch so gut zu verwerthen suchte, als es ging, indem es die alte Solidarität zwischen seiner Hauspolitik und dem Reiche möglichst zu bewahren,

alle Elemente, deren Interesse mit den alten Formen verwebt war, an sich zu knüpfen, die Besorgtheit reichsständischer Autonomie, des geistlichen Fürstenthums und des katholischen Glaubens in seinem Sinne zu leiten bemüht war; Preußen in natürliche Opposition zu dem Allen gestellt, gegen die Formen der Reichsverfassung mindestens gleichgültig, wenn nicht feindselig, mit den Elementen der Opposition und den Ideen der jungen Zeit auf's engste verbunden. Zu Oesterreich standen der Reichstag und die Reichsgerichte, die kleinen Fürsten, Grafen, Reichsstädte, Ritterschaften und der gesammte Kirchenstaat; an Preußen schloß sich der neue aufgeklärte Absolutismus, die Toleranz- und Humanitätsrichtung der Zeit, die Stimmung der jungen Generation an, und deren Ausdruck, die junge Literatur.

So hatten sich die Dinge in den vierziger und funfziger Jahren des achtzehnten Jahrhunderts gestaltet; mit dem Auftreten Josephs II. trat ein Wechsel ein, der die Stellungen vielfach verschob, ja die Rollen vorübergehend vertauschte und das preußische Interesse auf einmal mit der Erhaltung der alten Formen des Reiches verflocht; davon wird später noch die Rede sein.

War für Preußen mit dem Jahre 1740 ein bedeutungsvoller Wendepunkt eingetreten, so war dies in nicht geringerem Umfange mit Oesterreich der Fall. Nicht nur eine neue Dynastie, deren fast französische Beweglichkeit und deren unruhiger Unternehmungsgeist bisher ebenso weltkundig gewesen war, wie die phlegmatische Starrheit der Habsburger, ward jetzt durch die letzte habsburgische Prinzessin in das alte Erbe des Kaiserhauses eingeführt; auch diese letzte Fürstin des scheidenden Geschlechts selber war eine andere, als ihre Ahnen seit Jahrhunderten gewesen. Es drang ein neuer Lebensstrom in diesen alten Organismus ein, der seine Kraft und Beweglichkeit erstaunlich förderte; es machte sich mit einem Male das eifrige Bestreben geltend, das lange Versäumte rasch, oft selbst mit ungeduldiger Hast, nachzuholen. Das alte Oesterreich der Ferdinande und Leopolde verschwand; aus äußeren Erschütterungen und inneren Gährungen begann ein neues zu entstehen.

Noch war der österreichische Staat ein loses Gefüge einzelner Provinzen mit ihren besondern mittelalterlichen Verfassungen; in diesen Verfassungen die Aristokratie im Uebergewicht, die Landesverwaltung noch zum großen Theil in den Händen ständischer Ausschüsse, die untere Gerichtsbarkeit und Polizei bei den einzelnen Herren und Körperschaften. Auf dem Bürgerthum lastete eine strenge Zunftverfassung; der Bauer war leibeigen. Das Heer bestand noch zum größten Theil aus unregelmäßigen Truppen und auch die regulären enthielten seltsam zusammengeworfene Bestandtheile. Der Verkehr war gering, gute Straßen selten; die Volkserziehung der Kirche völlig überlassen. Die

zwei Grundsätze — so schließt eine österreichische Quelle*) diese Schilderung — welche man bei der Regierung als die leitenden annehmen konnte, waren bloß: Aufrechthaltung der katholischen Religion, sowie sorgfältige Beachtung des Herkommens und, insofern es mit diesen beiden Bestrebungen vereinbarlich war, ein Streben nach Erweiterung der Regentenmacht.

Die Gefahr, nach dem Tode Karls VI. die ganze Erbschaft des Hauses aufgelöst zu sehen, forderte ungewöhnliche Mittel und Kräfte heraus; aber das Vorbild Preußens zeigte auch, was ein kleiner Staat durch Einsicht und Thätigkeit seines Fürsten vermochte, es galt also, dieses Beispiel nachzuahmen. Und wie dort ein genialer junger König der Monarchie eine moralische Macht gibt, die sie nirgends auf dem Festlande besaß, so weiß zu gleicher Zeit in Oesterreich eine geistvolle Frau durch ihre weiblichen Tugenden wie durch ihre Regenteneigenschaften dem Throne wieder einen persönlichen Glanz und Zauber zu verleihen, wie ihn seit Maximilian dem „letzten Ritter" kein habsburgischer Fürst mehr um sich verbreitet hatte.

Maria Theresia brachte mit einem Male, durch die Noth zunächst gedrängt, in die erstarrte österreichische Staatsmaschine wieder Leben und Bewegung, ihre frische Thatkraft theilte sich dem Ganzen mit. Thätig, wohlwollend, von reinen Sitten und zauberischer Liebenswürdigkeit, Neuerungen und Verbesserungen wohl zugänglich, aber überall ungemein wachsam auf ihre monarchische Autorität und deren Gerechtsame, so wirkte sie fördernd und anregend auf den trägen alten Stoff, ohne darum die Geleise der überlieferten Politik mit den dornenvollen Wegen einer durchgreifenden Umgestaltung zu vertauschen. Manche Härte und Verkehrtheit der alten Zeit verschwand; in die Finanzverwaltung ward mehr Ordnung gebracht, die Arbeitskraft des Volkes gefördert, der Druck der Feudalität gemildert. Der heroische Sinn, den die junge Fürstin gleich anfangs bewies, als sich ein großer Theil von Europa gegen ihr Erbrecht erhob, hatte damals erfrischend auf die Länder und Völker der Erblande gewirkt und in ihnen eine jugendliche royalistische Begeisterung entzündet; gleichwie ihr großer Gegner in Preußen, schuf sie durch ihre Persönlichkeit der Monarchie einen sittlichen Rückhalt und eine Popularität, welche der Name und die Ueberlieferung allein nie geben kann.

Ihr Geschlecht, ihre Jugend und Schönheit, wie ihr Unglück, trugen gleich mächtig dazu bei, ihr Sympathie zu erwerben; ihr gewinnendes und herzliches Wesen eroberte ihr die Gemüther des Volkes, ihr hochherziger Muth weckte Bewunderung und Enthusiasmus; ihre Frömmigkeit fesselte an sie den Clerus, ihre Theilnahme an dem Loose der Soldaten erwarb ihr eine militärische Popularität, wie sie kaum eine Frau in der Geschichte besessen. Solch

*) Beidtel in den Sitzungsberichten der kaiserl. Akademie der Wissensch. Philos. histor. Classe Jahrg. 1851 S. 708. Vergl. A. Wolf, Oesterreich unter Maria Theresia. Wien 1855.

eine Persönlichkeit war im Hause Habsburg seit Maximilian und dem ersten Rudolf, dem Gründer, nicht mehr gesehen worden; Alles war begeistert und voll Bewunderung, selbst die Ungarn vergaßen die blutigen Tage der Zeit Leopolds I. und Josephs I. und standen in den Vorderreihen, als es galt, ihren „König" zu schützen. Willig ertrugen Alle den stolzen habsburgischen Sinn und die ererbte Herrschsucht, die nur feiner aber nicht minder stark in Maria Theresia wirkte und statt der herben, starren Formen ihrer Ahnherren sich in die milden und gewinnenden Formen persönlicher Liebenswürdigkeit zu kleiden verstand.

Indem sie in dem Kampfe sich siegreich behauptete gegen Frankreich und den wittelsbachischen Kaiser und außer der Abtretung Schlesiens die Integrität der Erbschaft rettete, ging sie ihrerseits an moralischer Macht nur verstärkt aus dem Erbfolgekriege hervor, zumal sie Friedrichs II. Plan, die Verbindung Oesterreichs mit der Kaiserwürde zu zerreißen, glücklich vereitelt, das Haus Lothringen völlig in die Rechte der Habsburger eingewiesen und Oesterreichs Einfluß auf Deutschland neu befestigt hatte.

Von besonderer Bedeutung war aber ihr Walten in den Erbstaaten selber. Bis dahin existirte, wie wir früher wahrnahmen, keine österreichische Monarchie, kein Gesammtstaat, nur ein lockerer Staatenbund, dessen Mittelpunkt in der Dynastie lag. Nur am Hofe und im Palaste bestand eine Einheit; in der Verwaltung so wenig, wie in den bunt zusammengewürfelten Bevölkerungen. Nun begann ein allmäliges Aufgeben der alten Regierungsmaximen, Reformen wurden in fast allen Verwaltungszweigen vorgenommen, der Einfluß der Regierung auf Kirche, Schule, Provinzialstände und Korporationen erweitert, die unteren Classen auf Kosten der höheren gefördert, nach allen Seiten hin auf Vermehrung der materiellen Staatskräfte hingewirkt. Maria Theresia that den ersten Schritt, die Bänder dieser laxen Formen, bei denen eine nachdrückliche Regierung nicht möglich war, straffer anzuziehen und eine Einheit der Verwaltung herzustellen, bei welcher der Staat das Bewußtsein und den Gebrauch seiner Kräfte erlangen konnte. In den Zeiten Karls VI. war die Decentralisation der Provinzen bis zur äußersten Schwäche und Getrenntheit gediehen; die Gefahren, die mit dem Jahre 1740 eintraten, nöthigten von selber zu einem Wechsel der Politik. Die schwankenden Stimmungen, die Neigungen zum Abfall, die sich damals in Böhmen kundgaben, wurden von Maria Theresia mit der überlieferten habsburgischen Strenge*) dazu benutzt, jeden Versuch provinziellen oder körperschaftlichen Widerstandes in der Wurzel zu ersticken.

Auch wo sich solche Anlässe nicht boten, wurden allmälig die alten Formen umgestaltet und der Uebergang in ein neues staatliches Dasein vorbereitet. Sie verfuhr dabei stets bedächtig, nie in gewaltsamer Hast, sie lehnte

*) S. das Actenstück in Hormayr's Anemonen I. 172 ff.

sich gern an das alte Herkommen an, auch wo sie anfing, dasselbe wesentlich umzubilden. Diese frauenhafte Feinheit ihres Thuns, mit welcher die stetige Ausdauer eines männlichen Charakters verbunden war, hat nicht wenig dazu beigetragen, ihr den Erfolg zu sichern. Selbst in Ungarn, wo die mittelalterlichen Formen noch eine zähere Lebenskraft zeigten, ward bei aller Schonung der äußern Zeichen und Symbole der alten Freiheit ein erster glücklicher Schritt gethan, die Verschmelzung vorzubereiten. Die Contribution ward erhöht, das Verhältniß der Grundherrn zu den Unterthanen genauer geregelt, das Land zu den Militärleistungen mehr herangezogen. Eine Anzahl vornehmer Ungarn wurde zu wichtigen Stellen erhoben, und auf dem friedlichen Wege gesellschaftlicher Annäherung dem deutschen Element mehr Einfluß verschafft, als es jemals in Ungarn besessen hatte.

Noch war, als sie die Regierung antrat, in einem großen Theile der Kronlande eine gewisse Selbständigkeit einzelner Gemeinden und Körperschaften erhalten, deren Verwaltung, Polizei und Rechtspflege zwar oft wunderlich formlos und verworren, aber doch wieder eingelebt und volksthümlich waren. Nach dem Vorgang anderer absoluter Staaten ward nun überall die mittelalterliche Vielfältigkeit beseitigt, die überlieferte Verwaltung und Justiz durch eine einförmige, gelehrt juristische ersetzt. Es ist sehr interessant zu beobachten, zumal im Vergleich mit Joseph II., wie sicher und planmäßig man dabei zu Werke ging. Um z. B. diese alten Gemeindeverfassungen nach und nach zu beseitigen, ward erst durch ein Gesetz von 1749 die herkömmliche freie Wahl städtischer Stellen an die Bestätigung geknüpft, dann durch ein Hofdecret vom Jahre 1751 die Aufsicht über Gewicht und Maß von den städtischen Behörden zur Aufsicht den Kreisstellen übergeben, dann durch ein Patent vom Jahre 1753 die Leitung der Gewerbsachen durch die Städte beschränkt, endlich durch ein Gesetz vom folgenden Jahre die Zünfte abhängig gemacht. Dazu kam eine neue Organisation der peinlichen Rechtspflege, eine neue Dienstbotenordnung, die Zerstückelung der Gemeindeweiden, die Einführung des neuen Staatsschulwesens — lauter Schritte, durch die man stufenweise dem alten Gemeindewesen den Boden entzog und der neuen Bureaukratie Bahn brach.*) In ähnlicher Richtung wirkte auch die neue Gesetzgebung, namentlich die Gerichts- und Proceßordnungen, die, unmittelbar an die preußischen Grundsätze sich anlehnend, die localen Verschiedenheiten ausmerzten, Einförmigkeit und Gleichheit vorbereiteten und im Civil- und Criminalrecht, wie im Proceßwesen eine völlige Umgestaltung herbeiführten. Es ward nicht Alles, was auf diesem Gebiete eingeleitet war, vollendet, aber es geschah genug, um eine völlige Umwälzung nicht nur der gesetzlichen Ordnungen, sondern auch der Sitten und Anschauungen im Volke selber hervorzurufen.**)

*) S. darüber Beidtel in den Sitzungsberichten der Akademie der Wissenschaften 1852. S. 26—39.

**) Beidtel a. a. O. 1851. 806—818.

Die oberste Verwaltung, bisher lose und ohne Einheit, ward durch Maria Theresia und ihren Minister, den Grafen Haugwitz, zum ersten Male centralisirt. Während es früher besondere Kanzleien nicht nur für Italien und Ungarn, sondern auch für Böhmen und für die ober-, inner- und vorderösterreichischen Lande gab, wurden diese letzteren jetzt vereinigt, für die Rechtspflege eine oberste Justizstelle geschaffen und alle anderen Geschäfte an das große Directorium in publicis et cameralibus gewiesen, dessen Chef Haugwitz selber war. Die neugeschaffene Behörde war, wie schon der Name andeutet, eine Nachbildung des preußischen Generaldirectoriums, nur daß in Oesterreich der Geschäftskreis derselben noch viel mehr erweitert, die Justiz in ihrer Wirksamkeit noch mehr beschränkt ward.*) Eine ähnliche Trennung ging fortan auch durch die Provinzialbehörden; neu eingerichtete Kammern hatten sich durchaus der Verwaltung der Provinzen und vor Allem der Finanzen zu widmen und standen unter der Leitung des Directoriums. Nun erst bestand eine Centralregierung in Oesterreich, von der die Initiative und Entscheidung in allen wichtigen Angelegenheiten ausging. Die neuen Provinzialgubernien wurden aus den Begabtesten, nicht aus den Höchstgebornen zusammengesetzt; die alte aristokratische Verwaltung, wie sie sich unter Leopold I. bis auf Karl VI. festgesetzt, verschwand, und eine neugeschaffene talentvolle Bureaukratie trat an die Stelle. Mit diesen bürgerlichen Elementen verbündet, durchbrach die neue centralisirende Regierung den Widerstand der Aristokratie, stützte und begünstigte die Unterthanen gegen den grundbesitzenden Adel und half die gewichtigste der Umgestaltungen Maria Theresias durchsetzen: das neue Steuerwesen.

Auch hier war das Vorbild Preußens entscheidend. Nicht als wenn man die ängstliche Sparsamkeit und Ordnung in allen Zweigen der Verwaltung, die knappe, fast dürftige Ausstattung des Hofes und der Regierung, wie sie in Preußen bestand und bestehen mußte, nach Oesterreich übertragen hätte; der Hof blieb verschwenderisch und die Verwaltung sorglos, fast wie in den Tagen des alten Regiments. Man verließ sich auf den Reichthum unerschöpflicher Hülfsquellen und that, als bedürfe man der kleinlichen Sorgfalt nicht, die das preußische Regiment auszeichnete.**) Drum befand sich auch in jedem kritischen Zeitpunkt die Regierung in Geldnöthen; schon nach dem Erbfolgekrieg war Oesterreich in einer Finanzbedrängniß, die man in Preußen nicht kannte, und im siebenjährigen Kriege behielt Friedrich, trotz aller ungeheuren Opfer, trotz der Ausplünderung und Verheerung des eignen Landes, gleichwohl „den letzten Thaler" in der Tasche. Dazu war freilich nöthig, daß Friedrich selbst seine eignen Bedürfnisse auf einige hunderttausend Thaler be-

*) S. den Bericht des Großkanzlers Fürst in Ranke's historisch-politischer Zeitschrift II. 692.

**) S. die Angaben Fürst's a. a. O. 675.

schränkte, während in Wien der Hof viele Millionen verschlang, oder daß er seine Staatsdiener knapp besoldete, während die Conferenzminister Maria Theresias Gehalte von 60 bis 70,000 Gulden bezogen. Geschenke, wie sie die Kaiserin ihren Ministern machte, die sich in die Hunderttausende beliefen, waren in Preußen ebenso undenkbar, als wenn König Friedrich in einem Jahre die Summe von 10,000 Ducaten im Spiel verloren hätte, wie Kaiser Franz I., der noch dazu das ökonomischste Talent am ganzen Hofe war. *)

Aber um diese Bedürfnisse zu decken und große Kriege zu führen, war eine ganz andere Ausbeutung der Staatsquellen nöthig, als sie vor 1740 stattfand. Durch eine geschickte Manipulation wußte man die Contribution der einzelnen Lande zugleich zu erhöhen und auf eine Reihe von Jahren sich zu sichern; die versprochene Verminderung trat nicht ein. Vielmehr steuerten schon um die Mitte des Jahrhunderts z. B. Böhmen, Steiermark und Unterösterreich beinahe das Doppelte von dem, was sie unter Karl VI. beigetragen hatten, und das Gesammteinkommen dieser Contribution betrug um ein Viertel mehr als zu der Zeit, wo man die Erblande noch in ihrer ganzen Integrität besessen, Serbien noch nicht an die Türken, Schlesien noch nicht an Preußen verloren hatte. Wohl zog das Mauthsystem alle Schattenseiten einer solchen Einrichtung, Chikanen für den Verkehr, Immoralität der Verwaltung und Schmuggel im Gefolge nach sich; dazu kamen lästige Consumtionssteuern und ein Lotteriespiel, das auch dem kleinsten Einsatz des armen Mannes offen stand. Es gehörte die ganze Beliebtheit der Kaiserin und die ganze Fülle von neu erweckter Loyalität im Volke dazu, um diese lästigen Neuerungen erträglich zu machen; daß ihr Druck peinlich empfunden ward, darüber lassen die Zeugnisse der Zeitgenossen keinen Zweifel. Auf der andern Seite erfolgten die ersten eingreifenden Schritte, die Last der Feudalität vom Volke abzuwälzen. Auch wo nicht, wie in Mähren, Böhmen und Krain, noch die volle Leibeigenschaft bestand, waren die bäuerlichen Besitzverhältnisse bis 1740 traurig genug, die herrschaftliche Justiz und Polizei, die Besteuerung, das Frohndwesen u. s. w. ließen den Landmann wenig gedeihen. Das Interesse der monarchischen Gewalt wie der Finanzverwaltung gebot in gleichem Maße hier eine Veränderung eintreten zu lassen. Mit der festen Regulirung der Grundsteuer und der genaueren Controle über die Gutsherren ward in dem ersten Jahrzehnt von Maria Theresias Regierung begonnen, um allmälig zur Beschränkung der Frohnlasten und zur käuflichen Ablösung herrschaftlicher Lasten vorzuschreiten. **)

Durch dieses Alles gewann das Ganze des Staates ungemein an Stärke und Zusammenhang. Wie durch die neue Organisation im Innern eine ganz

*) S. Fürst, S. 675. 678. 683.

**) Das Nähere hierüber s. in einem Aufsatze von Beidtel. Sitzungsber. der Akademie 1852. S. 474 ff.

andere Macht und Einheit des Regiments aufgerichtet ward, so wurden nach allen Seiten hin die erweiterten Hülfsquellen benutzt, die Kraft und Beweglichkeit des großen Ganzen zu erhöhen. Die Heeresmacht z. B., die unter Karl VI. so tief verfallen war, ward durch Maria Theresia von Grund aus organisirt. Eine Reihe von Verbesserungen, die man in den ersten Kriegen an den Preußen kennen und schätzen gelernt, wurden herübergenommen, das Verpflegungssystem verbessert, Kasernen gebaut, durch Lascys Organisationstalent eine ganz neue Art, die Armee zu bilden, eingeführt, alle Waffengattungen verbessert, das Festungswesen nach den Ansprüchen der neuen Zeit umgestaltet, die Heeresmasse, die bei Karls VI. Tode lange nicht 150,000 Mann stark war, auf 2—300,000 Mann gesteigert. Die Kaiserin selbst verstand es meisterhaft, diesem neugeschaffenen Heerwesen einen geistigen Aufschwung zu geben und zwischen sich und der Armee ein Verhältniß ritterlicher Treue und Begeisterung herzustellen. Nicht nur, daß sie für Sold, Verpflegung und Bekleidung des Soldaten eifrige Sorge trug, für Invaliden, Wittwen und Waisen Anstalten schuf, durch Auszeichnungen und Orden den militärischen Geist anspornte; auch persönlich stand sie dem Heere näher und sichtbarer vor Augen, als irgend einer ihrer Vorfahren seit dem ersten Maximilian. Sie hatte auch hier dem Vorgang ihres großen Gegners in Preußen das Geheimniß abgelernt, durch die Persönlichkeit der Monarchie eine höhere Weihe zu verleihen.

In allen diesen Dingen gibt sich ein kühner und schöpferischer Herrschergeist kund, zugleich aber auch das eifersüchtigste Bemühen, der fürstlichen Gewalt nach allen Seiten hin ihre volle Freiheit und Unbeschränktheit über die hergebrachten Schranken zu sichern. Am bezeichnendsten tritt dies in dem Verhältniß zur Kirche und Geistlichkeit hervor. So sehr Maria Theresia an kirchlichem Eifer und Intoleranz gegen die Protestanten ihren habsburgischen Vorfahren glich, so war sie doch nicht wie die Ferdinande und Leopold geneigt, mit dem Clerus die Herrschaft zu theilen. Sie hielt das landesherrliche Placet in der strengsten Form aufrecht, beschränkte die Wirksamkeit der Nuntien, verbot den directen Verkehr des Clerus mit Rom, besteuerte ohne römische Einwilligung die Geistlichkeit des Reiches, ja sie fing an, fast in josephinischer Weise, in die Organisation der Klöster, das Uebermaß der Processionen, der Wallfahrten, der Feiertage u. s. w. da einzugreifen, wo es ihr das materielle Interesse der Staatsverwaltung zu gebieten schien. Die neue Einrichtung des Schulwesens bewies am sprechendsten, daß man entschlossen war, die alte clericale Alleinherrschaft zu verdrängen. Schritt für Schritt ging die kaiserliche Regierung vor, um aus den Kirchenschulen Staatsschulen zu machen und die ganze Leitung des Unterrichts allmälig der Allgewalt des Staates in die Hand zu geben.*) Nachdem man fast dreißig Jahre lang in

*) Darüber s. die Mittheilungen von Beidtel, S. 716—728. Vgl. Wolf, Maria Theresia. S. 386 ff., 476 ff.

dieser Richtung thätig gewesen, erfolgte dann der letzte bedeutungsvolle Act, die Vertreibung der Jesuiten — eine Handlung, die zwar den kirchlichen Anschauungen der Kaiserin völlig widersprach, zu der sie sich aber herbeiließ, weil Kaunitz geschickt das Verhältniß der monarchischen Autorität mit ins Spiel gebracht hatte.

So verknüpfte sich allenthalben mit den Traditionen der alten habsburgischen Politik die richtige Erkenntniß in die Mittel und Kräfte, wodurch die neue Zeit die Staatseinheit und Regierungsgewalt verstärkte, und die Bedeutung Friedrichs II. gab sich auch darin zu erkennen, daß er mittelbar eine allmälige Umgestaltung Oesterreichs hervorrief. Wohl bestanden dort noch die alten Ueberlieferungen fort, ja sie machten sich wahrscheinlich mit mehr Nachdruck geltend, denn sie stützten sich jetzt auf eine größere Centralisation des Reiches, eine compaktere Einheit des Regiments, eine tüchtigere Organisation der Steuer- und Heeresmacht des Landes. In dem Verhältniß zum deutschen Reiche trat wenigstens die alte Tradition in aller Schärfe hervor: das Bestreben, habsburgische Hausinteressen mit Hülfe, ja nöthigenfalls auf Kosten des Reiches durchzusetzen. Um dieser Interessen willen wird für die Erhaltung der Integrität des habsburgischen Erbes Deutschland mit einem furchtbaren Kriege heimgesucht, Baiern namentlich von jenen barbarischen Banden des Ostens (unter Trenck, Menzel u. s. w.) überschwemmt und verwüstet. Wenn gar die Allianz zu ihrem Ziele kam, gegen die Friedrich II. 1756 nach Sachsen einbrach, so fiel ohne Zweifel Ostpreußen an Rußland, Pommern ganz an Schweden, Gebiete in Belgien und am linken Rheinufer an Frankreich, kurz Deutschland erlebte eine zweite Auflage des westfälischen Friedens, aber es ward ein österreichisches Interesse dadurch befriedigt: die Zertrümmerung Preußens und die Wiedererwerbung Schlesiens. Friedrich II. vereitelte das; bei Roßbach, Zorndorf, Minden ward der Uebermuth der Fremden gezüchtigt, aber Deutschland doch immerhin zur Wahlstatt eines furchtbaren Krieges gemacht, den französischen und russischen Räubereien preisgegeben und seinem Wohlstande Wunden geschlagen, die kaum nach Jahrzehnten vernarbten — Alles, um einem österreichischen Interesse zu genügen, für welches man Elisabeth von Rußland, die Pompadour, die schwedische Aristokratie, deutsche Minister wie Brühl in Bewegung zu setzen wußte. In diesem Sinne hatte auch, der überlieferten Politik getreu, die Tochter Karls VI. die Uebertragung der Kaiserwürde auf Franz Stephan von Lothringen durchgesetzt; es galt, wie der siebenjährige Krieg am treffendsten beweist, nicht sowohl dem alten Reiche einen kräftigen Schutz und Schirm zu gewähren, als in der hergebrachten Weise das Reich in die Hausinteressen Oesterreichs und deren Verfolgung zu verflechten.

So hat sich in den Ereignissen von 1740—1763 eine ganz eigenthümliche Gestaltung der deutschen Verhältnisse ausgebildet: die Form des Reiches, selbst in der lockeren Verbindung von 1648, ist in voller Zerrüttung

begriffen und es konnte von einer politischen Macht und Geltung, so weit sie mit dem Bestand desselben verknüpft war, keine Rede mehr sein; dagegen haben sich zum Theil innerhalb desselben und mit deutschen Kräften zwei Großmächte ausgebildet, deren Vereinigung eine größere Fülle von politischer Selbständigkeit und militärischer Stärke darstellt, als Deutschland und das alte Reich sie seit Jahrhunderten hatten entwickeln können. Ohne diese beiden Staaten oder gar ihnen beiden feindselig gegenüber bedeutete das Reich nichts mehr; mit ihnen und unter ihnen vermochte Deutschland allein noch eine Geltung zu gewinnen. Beide Großstaaten hatten aber aufgehört, Glieder des Reiches zu sein im alten Sinne des Wortes: Preußen fühlte sich zunächst als ein europäischer Staat, Oesterreich desgleichen: aber beide waren auch wieder gleichmäßig darauf hingewiesen, den brauchbaren Stoff an Kräften und Mitteln, der noch im übrigen Deutschland vorhanden war, in ihrem Sinne zu nützen und sich mit dem Reiche in dieser Richtung in engem Zusammenhang zu erhalten.

Darum war auch in dem Verhältnisse beider Staaten zum Reich niemals dieses selber mit seinen bestehenden Formen und Interessen das eigentlich Maßgebende, sondern eben nur der Vortheil Oesterreichs oder Preußens. Es konnte z. B. im Interesse der wiener Politik liegen, in der Bewahrung der Formen des Reiches eine Verstärkung der eignen Macht zu finden, während man in Berlin umgekehrt von der Ueberzeugung ausging, nur durch die trotzige Geringschätzung und Schwächung der überlieferten Formen an Stärke zu gewinnen; es konnte aber auch ebenso vom Kaiser aus der Versuch gemacht werden, auf Kosten des Reiches und seiner Verfassung den österreichischen Einfluß zu erweitern, in welchem Falle dann sicherlich Preußen die Rolle der conservativen Politik übernahm und für die Aufrechthaltung des deutschen Reiches und seiner Freiheit in die Schranken trat. In der Periode des siebenjährigen Krieges kam der eine, zur Zeit des bairischen Erbfolgekriegs und des Fürstenbundes der andere Fall vor.

Es läßt sich denken, in welch seltsame und ungewöhnliche Lage das Reich selber durch dieses neue Verhältniß der Großmächte und ihre wechselnden politischen Strömungen gerathen mußte. Wir wollen versuchen von dessen Zustande, seinen einzelnen Gruppen, seinen Verfassungsformen, wie sie sich seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts gestaltet hatten, ein übersichtliches Gesammtbild zu geben.

Vierter Abschnitt.

Das deutsche Reich und seine Verfassung.

Die Ueberzeugung, daß die Form des deutschen Reiches im Verfalle sei und den Bedürfnissen einer staatlichen Ordnung nicht genügen könne, war im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert eine allgemein verbreitete; wenn dieselbe sich nicht wirksamer im Leben geltend machte, so mochte neben der Langsamkeit und Schwerfälligkeit des deutschen Wesens besonders die Thatsache dazu beitragen, daß sich in den einzelnen Territorien mannigfach ein regsames und gedeihliches Staatsleben entwickelte und für das Unzulängliche der Reichsordnung einen gewissen Ersatz bot. In Oesterreich und Preußen zumal lernte man den Verfall des Reichs leicht verschmerzen und lebte sich allmälig in die Gewohnheit ein, sich diese Staatenexistenz genügen zu lassen. Ebendarum war dort, wo sich ein solch particulares politisches Dasein nicht hatte ausbilden können, die Anhänglichkeit an das Reich viel lebendiger und die Sehnsucht nach einer Verjüngung desselben auf dem Boden der überlieferten Grundlagen noch keineswegs abgestorben.

Unleugbar hatte das Reich immer noch eine moralische Bedeutung, die über diese engen Grenzen hinausging und durch die Schwäche der Formen überhaupt nicht bedingt war. Es ist gewiß eine richtige Bemerkung,*) daß das Bewußtsein, einstmals Träger des h. römischen Reichs gewesen zu sein, wesentlich dazu beigetragen hat, unser Volk auch in den Zeiten der tiefsten Erniedrigung vor Selbstverachtung zu bewahren und ihm in der Ansicht der europäischen Völker eine Stellung zu erhalten, auf welche die bestehenden Zu-

*) S. Perthes, deutsches Staatsleben vor der Revolution, S. 13. Jeder Bearbeiter dieser Epoche, auch wenn Ziel und Plan vielfach verschieden sind, wird sich dieser anregenden und stoffreichen Schrift zu Dank verpflichtet fühlen. Auf der andern Seite haben wir das reichste Material in den immer noch unentbehrlichen Schriften beider Moser vorgefunden.

stände keinen Anspruch mehr gewährt hätten. Wenn selbst auf dies gegenwärtige Geschlecht, dessen Zusammenhang mit dem alten Reiche doch so vielfach durchbrochen ist, die Erinnerung an vergangene Herrlichkeit und Macht noch solchen Einfluß übt, wie mußte der Stachel in den Gemüthern derer wirken, die durch die noch bestehenden Umrisse und Formen des alten Baues jeden Augenblick an die Vergangenheit gemahnt wurden!

Aber die staatliche Form war tief verfallen. Das Kaiserthum selber, so wie es sich seit lange ausgebildet, viel mehr der Schatten des römischen Kaiserthums als das Erzeugniß alten deutschen Königthums, hatte eben darum nicht sowohl eine deutsche, als eine europäische, völkerrechtliche Bedeutung. Die frühere Lehensverbindung bestand nur noch dem Namen nach; hätte nicht das bizarre, altfränkische Ceremoniel der kaiserlichen Belehnung noch daran erinnert, in der Wirklichkeit hielt dies Band das Ganze nicht mehr zusammen und der Kaiser konnte nicht daran denken, etwa heimgefallene Reichslehen einzuziehen oder von den Landesherren als von seinen Vasallen Lehenspflichten und Dienste zu fordern. Selbst die Form der Belehnung ward von den größeren Territorien, wie Preußen, Hannover, im achtzehnten Jahrhundert verweigert. In der That zerfiel das ganze Reich in mehr als dreihundert größere oder kleinere Gebiete, die theils von erblichen und von gewählten Fürsten, theils von republikanischen Gewalten wie unabhängige Staaten regiert wurden; Gebiete, über welche das Reichsoberhaupt als solches unmittelbar regiert hätte, existirten so wenig als es äußere Mittel gab, aus denen der Kaiser sein Regiment oder seinen Hof hätte unterhalten können. Man schlug das, was von kaiserlichen Einkünften aus älteren Zeiten noch übrig geblieben und was aus einigen Reichsstädten, aus Urbarien, dem Judenzoll u. s. w. gezogen ward, im Ganzen auf etwa 13,000 Gulden an;*) dazu kamen noch als außerordentliche Beisteuer die Charitativsubsidien der Ritterschaft, die für diesen einzelnen Reichsstand nicht immer unbedeutend waren, aber doch lange nicht hinreichten, die kaiserliche Armuth nothdürftig zu verdecken. Was für Reichsbelehnungen entrichtet ward, war der Reichskanzlei und dem R.-Hofrath als Theil ihrer Besoldung angewiesen. Ueber alle wichtigeren Angelegenheiten, allgemeine Gesetzgebung und Polizei, Krieg und Frieden, konnte der Kaiser nur gemeinsam mit den Reichsständen Schlüsse fassen, und wenn der Krieg beschlossen war, reichten die Beisteuern an Geld und Leuten niemals hin, denselben mit einigem Erfolg zu führen. Fast jede neue Wahlcapitulation fügte neue Beschränkungen der kaiserlichen Gewalt hinzu; damit der Kaiser nichts Böses thue, sagt Dohm treffend, war ihm das Vermögen genommen, überhaupt etwas zu thun. Selbst die Wahl der Männer, durch welche er die Reichsgeschäfte betrieb, war ihm nicht selber überlassen; der Reichskanzler und alle Officianten des Reichs wurden vom Kurfürsten von

*) S. Dohm, Denkwürdigk. III. 4 f.

Mainz als Erzkanzler aufgestellt und diesem so gut wie dem Kaiser verpflichtet.

Der Kaiser selbst aber war, wie wir bei der Entwicklung Oesterreichs wahrnahmen, zugleich mit ganz anderen Interessen als denen des Reichs verflochten, und während ihm die Reichsstände eine Würde übertrugen, die mehr Last als Macht gab, während sie von ihm Pflichten forderten, ohne ein billiges Maß von Rechten zu gewähren, während sie ihm gern die kostspielige Obliegenheit der Reichskriege überließen, ohne ihm zureichende Mittel zu geben, war das Kaiserthum von selber darauf angewiesen, seine Stärke zugleich anderswo als im Reiche zu suchen, seine staatliche Sonderexistenz, so weit sie an die habsburgische Hausmacht geknüpft war, auszubilden und, wo immer möglich, das Reich für seine besonderen Zwecke zu gebrauchen. In dieser Verflechtung mit der habsburgischen Hausmacht blieb aber das Kaiserthum, ohne wie in alter Zeit eine wirklich europäische Macht zu sein, doch ein wesentliches Glied der europäischen Politik. Es konnte, wie bei der Wahl des ersten Lothringers, wohl vorkommen, daß die Vortheile und Wünsche auswärtiger Mächte an der Besetzung des Kaiserthrones wirksameren und unmittelbareren Antheil hatten als die nationalen Interessen.

Das Bewußtsein, daß das Kaiserthum längst aufgehört hatte, neben seiner weltgeschichtlichen Stellung zugleich die Bedeutung eines nationalen deutschen Königthums zu haben, war denn auch seit Jahrhunderten in die Kreise der Nation selber eingedrungen. Die bekannten Versuche im fünfzehnten Jahrhundert, der obersten Reichsgewalt eine neue Stellung inmitten der Stände des Reichs zu schaffen, gingen bereits aus diesem Gedanken hervor; nachdem zum Schaden Deutschlands dieser Weg verlassen war, tauchten Vorschläge und fromme Wünsche, auch wohl einzelne Associationen auf, die darauf abzielten, den Dingen in Deutschland eine nationale Gestaltung zu geben, d. h. neben der Vielheit und Mannigfaltigkeit der einzelnen Gruppen und Territorien zugleich der Einheit wieder eine organische Grundlage zu schaffen. Der Gang der Ereignisse im siebzehnten Jahrhundert, insbesondere der westfälische Friede hatte gegen solche Bestrebungen ein mächtiges Hinderniß aufgerichtet; die Erstarrung Oesterreichs auf der einen, die selbständige Ausbildung Preußens auf der andern Seite mußte jeden Versuch, der nicht von der gewaltsamen Zerstörung des Vorhandenen ausging, von vornherein scheitern machen.

Daß der Kaiser noch Adelsbriefe austheilte und Standeserhöhungen vornahm, bei der Errichtung von Zöllen und Münzstätten die formelle Genehmigung ertheilte, neu errichtete Universitäten mit Privilegien dotirte, Messen erlaubte, bedrängten Schuldnern gegen ihre Gläubiger Fristen (Moratorien) auswirkte, Concessionen und Bücherprivilegien vergab, uneheliche Kinder legitimirte, diese und ähnliche Rechte, deren Ausübung zudem meistens Conflicte mit den Ansprüchen der Landeshoheit hervorrief, erinnerten zwar immer noch daran, daß eine einheitliche oberste Gewalt dem Namen nach existirte, waren

aber zugleich ganz unzureichend, eine wirksame und lebendige Autorität des Kaiserthums im Reiche herzustellen.

„Es ist oft schwer," sagt ein berühmter Publicist des vorigen Jahrhunderts,*) „noch jetzt die fortwährende Einheit des deutschen Reiches überall wahrzunehmen; unmittelbar ist sie eigentlich nur noch am kaiserlichen Hofe, am Reichstage und am Kammergerichte, also an den drei Orten zu Wien, Regensburg und Wetzlar sichtbar." Aber gerade die Betrachtung dieser drei Orte drängte zu der Ueberzeugung, daß die einheitliche Form des Reiches in tiefem Verfalle begriffen sei.

Wir erinnern uns, welch eine Veränderung 1663 mit dem Reichstage vorging, als er aus einer periodischen Versammlung eine „immerwährende" geworden war. Der wesentliche Vorzug, den die alten Reichstage bei aller fehlerhaften Organisation immer noch gehabt, der Werth persönlichen Erscheinens und unmittelbaren Verkehrs unter den Reichsständen ging nun verloren; es war eine schwerfällige Versammlung diplomatischer Vertreter daraus geworden, deren Gliederung und Geschäftsgang gleich wenig dazu angethan war, ihnen eine eingreifende politische Bedeutung zu verschaffen. Da saßen noch die drei alten Reichscollegien, das kurfürstliche unter dem Vorsitze von Kurmainz, welches zugleich das allgemeine Reichsdirectorium führte, das fürstliche unter der wechselnden Leitung von Oesterreich und Salzburg und das reichsstädtische unter der Führung von Regensburg, aber sie entbehrten des lebendigen Zusammenhanges, boten keine wirkliche Vertretung des Reiches mehr und waren in ein Labyrinth schwerfälliger Formen und pedantischer Ceremonien verstrickt.

Das kurfürstliche Collegium vereinigte zwar noch die durch ihr Wahlrecht, ihre Erzämter, ihre Privilegien hervorragende höchste Aristokratie des Reiches, wie sie in der goldnen Bulle bestellt war, aber die alte Einrichtung hatte, was die geistlichen Glieder anging, so wenig ihre Bedeutung bewahrt, wie die Leitung durch Kurmainz den gegenwärtigen Verhältnissen entsprach. Die geistliche Aristokratie der drei Kurfürsten von Mainz, Cöln und Trier, — was wollte sie in ihrer verfallenen politischen Macht bedeuten gegenüber den weltlichen Gliedern des Collegiums, unter denen zwei Großstaaten wie Oesterreich und Preußen und ein Kurfürst saß, der zugleich die Krone von Großbritannien und Irland trug!

Auch das fürstliche Collegium bewies nur die Umgestaltung der Verhältnisse, zu denen die alte Form nicht mehr paßte. Die 33 bis 34 geistlichen Stimmen (Osnabrück wechselte zwischen beiden Kirchen, Lübeck war protestantisch) waren nur ein Schatten von dem, was sie einst gewesen. Die Kirchenspaltung des sechszehnten Jahrhunderts, die Säcularisationen und Territorialveränderungen drückten namentlich auf diese geistliche Bank des Fürstencolle-

*) Pütter, histor. Entwicklung der heut. Staatsverfassung. III. 215.

giums; die Gebietsverluste des Reiches und die Lockerung seines territorialen Zusammenhangs waren hier am empfindlichsten zu spüren, denn eine Reihe von Ständen, wie der Erzbischof von Besançon, die Bischöfe von Trient, Brixen, Basel, Lüttich und Chur waren nur noch dem Namen nach zu ihnen zu zählen. Was übrig blieb, das Erzstift Salzburg, der Hoch- und Deutschmeister, der Johannitermeister, die Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Worms, Eichstädt, Speyer, Straßburg, Constanz, Augsburg, Hildesheim, Paderborn, Freisingen, Regensburg, Passau, Münster, Fulda, die Aebte und Pröbste von Kempten, Elwangen, Berchtesgaden, Weißenburg, Prüm, Stablo und Corvey, — das war keine mächtige Vertretung mehr, wie sie einst die Kirche im Reiche gehabt. Wie im Kurfürstencollegium, so war hier der Verfall des geistlichen Elements augenfällig und sprach sich auch in der immer wieder erwachten Besorgniß vor neuen Säcularisationen aus. Dies Gefühl der Schwäche und Unsicherheit war der Vorbote, daß dieser Rumpf des ehemaligen geistlichen Körpers die nächste gewaltsame Erschütterung nicht überdauern werde.

Aber auch das weltliche Element im Fürstencollegium war theils durch die Erhebung größerer fürstlicher Gebiete, wie Baiern und Hannover zu Kurstaaten, merklich geschwächt, theils seltsam genug zusammengesetzt; da saßen neben Aremberg, Lobkowitz, Salm, Dietrichstein, Auersperg und Taxis die Kronen Oesterreich, Preußen, die Kurfürsten von der Pfalz, von Baiern, von Hannover, von Sachsen und vereinigten in sich meist eine ganze Reihe fürstlicher Territorien; von den 60 Stimmen, die man damals zählte, hatte z. B. Oesterreich drei, Preußen sechs, Hannover sechs, der zahlreichen abhängigen Stimmen nicht zu gedenken, die moralisch gebunden waren, sich einer der Großmächte anzuschließen. *)

Dem Fürstencollegium gehörten ferner jene Reichsprälaturen an, die einer Anzahl von Aebten, Pröbsten, Landcomthuren und Aebtissinnen in Schwaben und am Rhein zustanden, **) aber nur Collegiatstimmen führten und auf zwei Bänke, eine schwäbische und rheinische, vertheilt waren. Endlich saßen in dem Collegium die „Reichsgrafen und Herrn“, d. h. jener Theil des alten Reichsadels, der an Stand und Rang zwar den Fürsten und gefürsteten Grafen nachstand, aber doch auch dem gewöhnlichen Ritteradel voranging und seit dem 17. Jahrhundert manchen Zuwachs erhalten hatte durch Familien, die wohl in den Fürstenstand erhoben worden, aber keine fürstlichen Virilstimmen erlangten. Diese Gruppe theilte sich in vier Curien: das wetterauische, das schwäbische, das fränkische und westfälische Grafencollegium, und hatte eine gewisse Berühmtheit erlangt durch das Uebermaß ihrer aristokratischen Prä-

*) Vgl. J. J. Moser, von den Reichsständen. 1767. 4.

**) Die namhaftesten waren in Schwaben: Salmansweiler, Weingarten, Ochsenhausen, Elchingen, Ursperg, Schussenried, Petershausen, Gengenbach u. a. Zum rheinischen Votum gehörten u. A. Kaisersheim, Odenheim, Werden, Essen, Quedlinburg, Herford, Gandersheim.

tensionen. Obwohl unter diesen Reichsgrafen einzelne waren, die sich gegen ihren Lehnsherrn ausdrücklich verpflichten mußten, von Gerechtsamen nichts als das Recht der reichsgräflichen Unmittelbarkeit und die damit verbundene Stimme anzusprechen, übrigens „zu ewigen Zeiten an sothaner Grafschaft Einkünften und Rechten keinen Anspruch zu machen, auch nicht von den Gerichten und schuldigen Landeslasten zu eximiren, auch ihre Stimme nach des jedesmaligen Landesherrn Intention und Gutbefinden zu führen“, so war doch gerade in diesem Kreise das Bemühen, sich geltend zu machen und zu überheben, besonders rege. Sie ahmten die Kurfürsten- und Fürstenvereine durch Grafenvereine nach, hatten eigne Directorien, suchten Gesandte zu halten und rührten die abgeschmacktesten Streitigkeiten über das Ceremoniel an. Bei feierlichen Aufzügen waren sie in der Regel die Störenfriede, indem sie irgend eine Streitfrage des Ranges oder der Reihenfolge dazwischen warfen; hatte man doch z. B. an den gräflichen Höfen in der Wetterau ernste Debatten, ob man einem gewöhnlichen Reichsritter die — Hand geben dürfe. Moser, der dies erzählt, fügt treffend hinzu: So entsteht daraus, daß jeder über sein Nest hinaus will, eine Confusion nach der andern.

Diese vielfältige Gliederung ist nicht selten als ein Vorzug der alten Reichsverfassung angesehen worden, während sie doch die gesunde Mannigfaltigkeit deutschen Wesens nur verzerrt und ungesund darstellte. Denn eine selbständige politische Bedeutung hatten z. B. im Fürstencollegium weder die geistlichen Stifter, noch die kleinen Fürsten, noch die Prälaturen, noch die vier Grafencollegien; das entscheidende Gewicht übten in der Regel nur die größeren Territorien. Jene kleinen Gruppen hemmten und verwirrten höchstens, oder fachten endlose Streitigkeiten über Formen an, während in jeder wichtigen Entscheidung in erster Linie immer nur Oesterreich und Preußen, in zweiter Hannover, Sachsen, Baiern, Pfalz in Frage kamen. Bei allem Werth, der auf jene Mannigfaltigkeit in der Einheit, die unserm Volke eigen, zu legen war, gab es doch eine Grenze, wo der verständige Grundsatz entartete und nur Verkehrtheit und Schwäche erzeugte. Oder wie hätte dieser bunte Körper, in welchem wirkliche politische Kraft mit kleinstaatlicher Ohnmacht verquickt war, wo neben Oesterreich und Preußen in einer gewissen Gleichberechtigung Duodezfürsten, heruntergekommene Bischöfe, winzige Aebte und verarmte Reichsgrafen standen, eine gesunde Thätigkeit entwickeln können! So ganz verschiedene Gruppen und Stände, neben einander aufgeschichtet, vermochten niemals einen lebenskräftigen Organismus zu bilden; sie dienten nur dazu, die Bewegung des schwerfälligen Körpers vollends zu hemmen und die Zerrüttung des Ganzen zu beschleunigen. Denn je abgelebter solche Gewalten sind, denen nur der Aberglaube an die alten Formen ein künstliches Dasein fristet, um so leichter verliert sich ihr ganzes Thun in leeres Ceremoniel und pedantische Casuistik, wie dies in der letzten Lebenszeit des deutschen Reiches mit der Regensburger Versammlung der Fall war.

Diesem Reichstage standen im Namen des Kaisers der „Principalcommissarius“, d. h. ein Vertreter des Reichsoberhaupts aus fürstlichem Stande, und ein sogenannter Concommissarius gegenüber. Bei der Eröffnung der Geschäfte trat jener erste in der Regel mit einer kaiserlichen Hauptproposition vor die Reichsstände; er war es auch, der im Laufe der Verhandlungen die kaiserlichen Botschaften, Hofdecrete genannt, unterschrieb und dem Reichstage überreichte. Darüber entspann sich dann die Berathung in den einzelnen Collegien: war die Form an sich schleppend, so wurde sie es noch mehr dadurch, daß bei mangelnder Instruction häufig die Stimme suspendirt und das Protokoll offen gehalten ward, oder daß sich ein Streit darüber entspann, ob in dem gegebenen Falle die einfache Majorität zureiche, und nicht vielmehr das jus eundi in partes erlaubt sei, oder ob diese oder jene Stimme das Recht zu votiren habe? Waren die einzelnen Collegien für sich zum Ziele gelangt, so stand ein Schweres erst noch bevor: aus ihren particularen Beschlüssen einen gemeinsamen Reichsschluß zu bilden. Es erfolgten Relationen und Correlationen, zunächst zwischen den „beiden höhern Collegien“, d. h. den Kurfürsten und Fürsten; führten sie zu keinem Ziele und war selbst die Vermittlung des Kaisers erfolglos, so blieb häufig die Sache auf sich beruhen. Kamen die beiden höheren Collegien zu einem Einverständniß, so begann das Geschäft der Relation und Correlation mit den Reichsstädten. Es kam wohl vor, daß alle drei Collegien ihre besonderen Meinungen hatten und behaupteten; dann war natürlich eine Erledigung des Geschäfts nicht möglich; aber auch wenn zwei von ihnen, entweder beide fürstliche, oder eines derselben mit dem städtischen sich geeinigt hatten, kam die Sache in der Regel zu keinem Ende. Zwar wurden Fälle erwähnt, wo ohne die Einstimmigkeit der drei Collegien das Gutachten der zwei höheren und die abweichende Meinung der Städte dem Kaiser überreicht wurden; allein gültiges Herkommen war es doch, daß eine Majorität zweier Collegien gegen eines nicht bestand. Weder die Städte wollten sich von den beiden höheren Curien überstimmen lassen, noch ließen diese letzteren es zu, daß die Städte mit den Kurfürsten oder Fürsten eine Mehrheit zu bilden ansprachen.

War das schwierige Werk gelungen, eine Vereinigung aller drei Körper herzustellen, so wurde das Ergebniß in einem „Reichsgutachten“ dem Kaiser übergeben, durch dessen bestätigende Entschließung es zum „Reichsschlusse“ erhoben ward.

Lähmender als alle diese weitläufigen Formen wirkte auf den Reichstag der Umstand, daß er längst aufgehört hatte, eine lebendige Vertretung der Reichsstände zu sein. In alter Zeit hatte das persönliche Zusammensein der Glieder des Reichs denn doch anregend und fördernd gewirkt und die Schwerfälligkeit der Formen häufig überwunden; ein ununterbrochener, aber spärlich besuchter diplomatischer Congreß, dessen Thätigkeit von entlegenen Instructionen abhing, konnte beim besten Willen Einzelner zu nichts recht Gedeih-

lichem gelangen. Kurz vor dem Ausbruche der französischen Revolution (1788) bestand der ganze Reichstag aus 29 Personen, welche sämmtliche Stimmen führten, folglich alle Reichstagsangelegenheiten verhandelten; theils Sparsamkeit, theils ein natürliches Gefühl der Abhängigkeit bestimmte die kleineren Reichsstände, auf eigne Gesandte zu verzichten und ihre Stimmen den größeren zu übertragen. So zählte damals das fürstliche Collegium statt der gesetzlichen 100 Stimmenden*) nur 14; die 52 Reichsstädte waren durch 8 Stimmen vertreten. Der preußische Gesandte führte außer der brandenburgischen Kurstimme noch 10 Stimmen im Fürstenrath, theils im Namen fürstlicher Territorien, die von Preußen erworben waren, theils übertragene; ebenso viel führte der kurkölnische Gesandte; nach ihm kamen der hannoversche mit neun, der bischöflich augsburgische mit acht, der kurpfälzische und der österreichische jeder mit sieben. Die Stimmen der Reichsstädte waren gar an Regensburger Magistratsmitglieder übertragen, deren Gespräche auf der Trinkstube nicht in gutem Leumund standen;**) ein Herr von Selpert z. B. vertrat beinahe die Hälfte der Städte.***) Diese schmächtige Versammlung, von der man ziemlich genau berechnen konnte, wie viele Stimmen Oesterreich, wie viele Preußen zufielen, berieth dann Jahre lang über Verbesserungen der Reichsjustiz, die nie zu Stande kamen, über Besetzung erledigter Reichsgeneralitätsstellen, über Recurse, die gegen kammergerichtliche Urtheile eingelegt worden waren. Die Gewohnheit, das Stimmrecht zu übertragen und den Reichstag zu einer kleinen Versammlung diplomatischer Vertreter zusammenschrumpfen zu lassen, beweist aber zur Genüge, wie in den einzelnen Reichsständen selbst (zumal allen kleineren) die Einsicht allmälig durchdrang, daß der alten Stimmenvertheilung keine innere Wahrheit mehr zum Grunde lag.

Es wurde diese langweilige Stille der Versammlung in der Regel nur dann unterbrochen, wenn ein Formen- oder Rangstreit angefacht war. Fragen wie die, ob die fürstlichen Gesandten nur auf grünen Sesseln sitzen dürften, die kurfürstlichen aber auf rothen, oder ob das Vorrecht der kurfürstlichen Vertreter, ihren Sessel auf den Teppich zu stellen, nicht wenigstens dadurch ein Aequivalent erhalten müsse, daß die fürstlichen Stühle auf die Franzen gesetzt würden — Fragen dieser und ähnlicher Art versetzten noch im achtzehnten Jahrhundert den schwerfälligen Körper zu Regensburg in eine größere Aufregung, als die wichtigsten Staatsangelegenheiten der Zeit. Es kam vor, daß wegen eines Rangstreites, den der Gesandte eines winzigen Gräfleins angezettelt, feierliche Züge unterbrochen wurden und Halt machten,

*) Nämlich 34 geistliche, 60 weltliche Fürsten, 2 Curiatstimmen der Prälaten und 4 Curiatstimmen der Reichsgrafen.

**) Ranke, preuß. Gesch. III. 15. f.

***) S. J. E. Graf Görtz, Denkwürdigk. II. 234.

„bis die Sache redressirt war"; oder es wurden noch in der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts darüber, daß ein geistlicher Vertreter bei einem Diner hintangesetzt worden, nicht weniger als zehn Staatsschriften im Druck veröffentlicht.*)

Unter den Formfragen hat in jener Zeit eine besonders sich eine traurige Berühmtheit erworben. Als auf Josephs Anregung die Kammergerichtsvisitationen wieder in Gang gebracht waren, erließ Kurmainz ein Schreiben an das westfälische Grafencollegium und berief für eine der Deputationen von diesem evangelischen Körper einen katholischen Vertreter (Juni 1774); derselbe erschien auch und seine nur von einem Mitgliede unterzeichnete Vollmacht ward angenommen, jedoch nicht ohne heftigen Widerspruch fast sämmtlicher protestantischen Abgeordneten. Auf katholischer Seite ward geltend gemacht, der Turnus der reichsgräflichen Vertretung erfordere diesmal einen katholischen Gesandten; die Protestanten bestritten dies nicht, betonten aber den Umstand, daß gerade das westfälische Grafencollegium evangelisch sei, und wollten in der Zulassung eines katholischen Vertreters im Namen einer evangelischen Körperschaft die Tendenz erkennen, die Protestanten um eine ihrer Stimmen zu bringen. Kurz nachher (1775) trat mit dem fränkischen Grafencollegium ein ähnlicher Fall ein. Darüber entspann sich denn der confessionelle Hader alter Zeiten, natürlich nicht ohne die Beimischung der politischen Rivalität Oesterreichs und Preußens. Wie dann zu Ende des Jahres 1778 der bisherige evangelische Reichstagsgesandte des westfälischen Grafencollegiums gestorben war und ein katholischer eintrat, dessen Vollmacht wieder nur von einem Mitgliede unterzeichnet war, dagegen ein protestantischer mit einer vom Directorium ausgestellten Vollmacht zurückgewiesen ward, ergriff der Streit allmälig das gesammte Reich und brachte volle fünf Jahre (1780—1785) die Thätigkeit des Reichstags in Stocken!

Wenn das junge Geschlecht, dessen Pietät für die alten Formen ohnehin schwächer war, diese Unfähigkeit mit dem Wirken eines Friedrich verglich, wer will sich wundern, daß es dann mit mehr deutschem Stolz auf den Sieger von Roßbach und Leuthen blickte, als auf die Versammlung, die gegen ihn als den Friedensstörer Execution anordnete?

Die Einsicht, daß diese Formen einer Verjüngung bedurften, war allmälig eine allgemeine geworden; sie sprach sich in der politischen Literatur, in den Staatsschriften und in den kaiserlichen Wahlcapitulationen aus. Man drang laut und vielfach auf die Auflösung des permanenten Reichstages, man hoffte eine Besserung von der Wiederherstellung periodischer Versammlungen. Indessen der größte Kenner des Staatsrechts jener Zeiten, J. J. Moser, meinte: es sei ein rechtes Glück, daß der Reichstag nun schon über hundert

*) Pütter, hist. Entwicklung II. 267. III. 60. J. J. Moser, von den deutschen Reichsständen S. 1032.

Jahre beisammen geblieben, da es sonst dem Kaiser schwer fallen würde, einen neuen zu Stande zu bringen. Und doch sei dieser Reichstag das letzte Band, welches die verschiedenen deutschen Lande an einander knüpfe; sollte auch dieses zerreißen, so „werde Deutschland eine Landkarte vieler vom festen Lande getrennten Inseln werden, deren Bewohnern Fähren und Brücken fehlten, die Verbindung unter sich zu erhalten."

Die Reichsstände klagten den Kaiser an, und der Kaiser die Reichsstände; Beide hatten bis zu einem gewissen Punkte Recht. Schon 1685 sprach ein kaiserliches Decret die Klage aus, daß, „in wichtigen Reichstagsgeschäften nichts verhandelt und die edle Zeit mit allerhand Gezänk und unnöthigen Dingen zersplittert, dagegen die Stände des Reichs vielfach beeinträchtigt, unterdrückt und hülflos gelassen würden." Schon damals beschwerte sich das Reichsoberhaupt, daß „die unwiederbringliche Zeit und schwere Kosten verschwendet, nichts ausgerichtet, sondern nur den Fremden Anlaß gegeben werde, die deutsche Nation, deren vor Alters berühmte Consilia und Tapferkeit verächtlich zu verkleinern und zu verlachen, als wäre solche nunmehr in lauter Ceremonial- und Wortgezänke verwandelt." Aber es blieb beim Alten. Im Jahre 1742 verlangten die Kurfürsten vom Kaiser, er solle die „seither angewachsenen Mängel und Unordnungen" beseitigen; 1745 wiederholten sie ihr Verlangen — aber es blieb beim Alten. Von allen Seiten wuchsen die Beschwerden über Langsamkeit, Erfolglosigkeit, über das Hereinziehen unnützer Dinge, über Zank wegen Formen und Ceremonien, über Bruch des Amtsgeheimnisses — aber geändert wurde Nichts. Gab man von kaiserlicher Seite der Schwäche des monarchischen Ansehens und dem Treiben der landesherrlichen Selbständigkeit oder der planmäßigen Opposition der größeren Reichsstände die Schuld, so wurde von den Reichsständen Beschwerde geführt über die Art, wie der Kaiser die Reichsjustiz des Kammergerichts durch den Reichshofrath paralysire, das Reichsdirectorium in seinem Sinne mißbrauche und vorzugsweise solche Dinge vorbringe, die das besondere österreichische Interesse berührten. Der Reichstag sah sich in der auswärtigen Politik ganz vernachlässigt, durch kaiserliche Generale Uebergriffe begangen, in die wichtigsten Stellen Personen hereingebracht, die nicht dazu taugten, und klagte selber, er werde zu einem Congreß- und Bewilligungstag und habe den Charakter einer reichsständischen Versammlung verloren.

Die Einrichtung, in welcher das einheitliche Element der Reichsverfassung den bedeutendsten Ausdruck fand, war das **Reichskammergericht**, dieses „Kleinod der deutschen Verfassung", wie es von Publicisten des achtzehnten Jahrhunderts noch genannt worden ist.

Es war gewiß einer der glücklichsten Gedanken der Reformperiode des fünfzehnten Jahrhunderts gewesen, in einem solchen gemeinsamen Gerichts-

hofe, der weder vom Kaiser, noch von den Landesherren abhing, die Einheit des Reiches zu erneuern. Ein oberstes Gericht, das nur vom ganzen Reiche seinen Unterhalt erhielt, an dessen Besetzung alle Reichsstände Theil nahmen, vor dem jeder Deutsche Recht finden konnte auch gegen die widerrechtliche Gewalt seines Landesherrn, dessen Mißbräuche abzustellen in der Macht des Reiches selber lag, ein solches Gericht, das überall der Selbsthülfe und der Gewaltthat ein Ende zu machen bestimmt war, konnte gewiß als eine der vortrefflichsten Einrichtungen des alten Reiches und als ein bleibendes Denkmal der patriotischen Einsicht seiner Schöpfer gelten.

Allein die Wirklichkeit entsprach diesem Bilde nicht. Schon den Gründern war es ja nicht gelungen, das Institut so hinzustellen, wie es in ihrem Plane lag; der Kaiser verzichtete nur mit Widerstreben auf seine oberstrichterliche Gewalt und sah in der Errichtung eines solchen unabhängigen Gerichtshofes eine Beeinträchtigung der eigenen Macht. Dieser Eifersucht auf die eigene Autorität verdankte dann früh ein anderes Institut seinen Ursprung, dessen Rivalität von vornherein die Wirksamkeit des obersten Reichsgerichts schwächte. Der Kaiser ließ nämlich an seinem Hofe durch diejenige Gerichtsbehörde, welche für österreichische Landessachen die höchste Instanz bildete, bisweilen auch Rechtshändel der Reichsstände aburtheilen, und obwohl die Stände mit allem Recht sich dagegen auflehnten und darin den bedenklichen Anfang einer Doppeljustiz im Reiche erblickten, setzte der Kaiser sein Vorhaben dennoch durch und es entwickelte sich aus jenem österreichischen Oberlandesgericht der Reichshofrath als rivale Macht neben dem R.-Kammergericht. Beide höchste Gerichtshöfe standen einander unabhängig gegenüber; es konnten streitende Parteien sich an eines oder das andere wenden, und nur der frühere Spruch des Urtheils gab dann dem einen das Vorrecht, im gegebenen Falle der gültige Gerichtshof zu sein; im Uebrigen waren die Vorrechte, das Ansehen und selbst zum größten Theil die Gerichtsbarkeit beider gleich. Freilich war das Reichskammergericht vom Reich, der Reichshofrath vom Kaiser zusammengesetzt — ein Unterschied, der nach einer oder der andern Seite hin den Grad des Vertrauens bestimmte, den der Gerichtshof genoß.

Dieses Doppelverhältniß, das wieder recht sprechend den Zwiespalt der österreichisch-kaiserlichen Interessen mit denen des Reichs darlegte, schwächte von Anfang an das so schön entworfene Werk. Im Laufe der folgenden Zeit trugen dann die nämlichen Ursachen, die sonst zur Schwächung der einheitlichen Formen mitwirkten, auch zum Verfalle des Kammergerichts bei. Namentlich seit es, durch die Verheerungen des orleansschen Krieges gezwungen, seinen alten Sitz zu Speyer mit Wetzlar vertauscht (1689), schien es zu keiner recht gedeihlichen Wirksamkeit mehr kommen zu wollen. Dieselben lähmenden Einflüsse territorialer Selbständigkeit, welche den Zusammenhang des alten Reiches überhaupt lockerten, verkümmerten nun auch die Wirksamkeit des Reichsgerichtes; alle größeren und zu einer gewissen Unabhängigkeit ge-

langten Territorien wußten sich entweder faktisch oder durch förmliche Privilegien der Wirksamkeit eines Gerichtes zu entziehen, das sowohl durch seine Ueberordnung über die Landesfürsten, als durch den Schutz, den es bedrängten Unterthanen verhieß, mit den Vorstellungen und Ansprüchen des neuen landesfürstlichen Absolutismus unverträglich war. Die große Schwierigkeit, die sich in allen Verhältnissen des Reiches kund gab — Geld für allgemeine Zwecke zu bekommen — trat hier in erhöhtem Grade ein, weil die Absicht der Saumseligkeit zu Hülfe kam; denn indem man das Gericht Mangel leiden ließ, erreichte man zugleich den politischen Zweck, die Thätigkeit einer Justiz zu hemmen, die dem Souverainetätsgelüste unbequem war. Der Geldmangel minderte die Zahl der Arbeiter; die Unzulänglichkeit der Arbeitskräfte zog die Entscheidung der Rechtsfälle über Gebühr hinaus und untergrub das Vertrauen zu der Rechtspflege des Gerichts. In dem Gerichte selber wirkten aber die nämlichen Ursachen des Unfriedens, die den Reichstag lähmten; entstand doch wegen innerer Zänkereien 1704 ein Stillstand, der volle sieben Jahre den Fortgang der Justiz hemmte; oder in den vierziger Jahren war der leere Streit über die Führung des rheinischen Vicariats Ursache, daß die Ausfertigungen des Kammergerichts eine Zeitlang völlig unterblieben.

Weltkundig waren diese Mißbräuche, ja man führte Klage über noch Schlimmeres: über Bestechlichkeit und Unredlichkeit der Justiz. In einem fürstlichen Gutachten von 1741 wird die „abscheuliche und sträfliche Ungerechtigkeit" gerügt, daß des Kaisers Recht um Geschenke willen gebeugt werde. Der Kaiser wie die Reichsstände werden nicht undeutlich beschuldigt, mündliche oder schriftliche Recommandationen geübt zu haben; einzelne Personen des Gerichts selbst aber waren im Verdacht, das Amtsgeheimniß schnöde preiszugeben.*)

So minderte sich die sittliche Autorität des Gerichts, während es zu gleicher Zeit von materieller Noth bedrängt ward. Man hatte 1720 eine neue Einrichtung getroffen, wonach 25 Beisitzer mit 91,069 Thalern Einkünften das Gericht bilden sollten; diese Summe einzubringen, waren Matricularbeiträge sämmtlicher Reichsstände im Betrag von 103,600 Thalern angesetzt. Aber es gelang nicht ein einziges Mal diese Summe vollständig zusammenzubringen. Man versuchte es 1732 mit einer neuen Feststellung, deren Erfolg wieder unter dem Anschlag blieb. Seitdem wurde die Auffindung neuer ergiebiger Quellen zum Unterhalte des Kammergerichts eines der stehenden Staatsprobleme. Die Einen schlugen Wiedereinführung der Sporteln, die Andern Stempeltaxen, wieder Andere die Bildung eines Capitals vor, aus dessen Zinsen das Gericht unterhalten werden sollte; Einzelne machten den naiven Vorschlag, durch ein den Juden im Reiche aufzulegendes Kopfgeld die

---

*) S. J. J. Mosers Anmerk. zu Kaiser Karls VII. Wahlcapitulation III. 200. Vgl. F. C. v. Moser, Patriot. Archiv IV. 515.

Reichsjustiz bezahlt zu machen, oder gar durch Gründung einer Reichslotterie; — aber während alle diese zum Theil sehr wunderlichen Vorschläge sich durchkreuzten, nahmen die Rückstände immer zu, und das, was an Geld einging, reichte nicht einmal mehr hin, 17 Beisitzer zu bezahlen.

Inzwischen war auch die Zuständigkeit des Reichskammergerichts immer mehr beschränkt, theils vom Kaiser aus durch den Reichshofrath, theils von den Reichsständen aus durch ihre landesherrliche Justiz. Vor Allem waren alle Criminalsachen, dasjenige ausgenommen, was Landfriedensbruch betraf, dem Reichskammergericht entzogen; ebenso die Kirchen-, Ehe-, Lehens- und Kreissachen, die Bann- und Achtangelegenheiten, Polizeisachen und alle diejenigen Rechtshändel, welche die vom Kaiser ertheilten Freiheiten und Privilegien angingen, namentlich Schutzbriefe und Moratorien.

Dem steigenden Verfalle zu wehren, fehlte es zwar nicht an frommen Wünschen, aber durchaus an dem durchgreifenden Entschluß und der Raschheit des Handelns. Die heillose Schwerfälligkeit und Uneinigkeit des officiellen Deutschlands, die „Reichsverwirrung", wie ein Publicist jener Tage den bestehenden Zustand bitter aber wahr bezeichnet hat, gab sich kaum irgendwo in so verzweifelter Gestalt kund, wie in den vielen vergeblich unternommenen Versuchen, das Reichsjustizwesen wieder zum Leben zu wecken. Nachdem die alte Kammergerichtsordnung unbrauchbar geworden, entwarf man 1598 eine neue, deren Entwurf 1603 dem Reichstage vorgelegt, dann bis zum dreißigjährigen Kriege verschoben und schließlich dem permanenten Reichstage übergeben ward — um von diesem nie erledigt zu werden. Glücklicherweise wurde man nachgerade durch diese Umstände genöthigt, den unerledigten Entwurf einstweilen als wirkliches Gesetz zu gebrauchen.

So bilden auch die außerordentlichen „Kammergerichtsvisitationen" eine Reihe von mißlungenen Experimenten, die, alle Paar Jahrzehnte von Neuem wieder aufgenommen, jedesmal mit der nämlichen Erfolglosigkeit endeten. Eine gewisse Berühmtheit hat die Visitation von 1767 erlangt, jener Erstlingsversuch Josephs II., sein kaiserliches Ansehen zur Abstellung von Mißbräuchen im Reiche anzuwenden. Aller früheren Erfahrungen ungeachtet waren die Erwartungen von einem günstigen Erfolge doch wieder rege geworden. Aber theils die unglaubliche Pedanterie und Umständlichkeit in der Behandlung der Geschäfte, theils der Zwiespalt der Höfe, der bei einzelnen Anlässen in den heftigsten Streit ausschlug, machte alle diese Hoffnungen zu nichte. Nach neunjähriger Arbeit trennte sich (Mai 1776) die Commission, wie Dohm sagt, „mit gegenseitiger Erbitterung"; das einzige Resultat war die Beseitigung einiger strafbaren Mitglieder und die Vermehrung der Beisitzer auf die alte Zahl von 25. Die Revision und endliche Entscheidung der verschleppten Processe, die man damals auf mehr als 60,000 angab, blieb liegen, die neue Gerichtsordnung war ein unerledigter Entwurf. Daß der Reichstag die Frucht neunjähriger Arbeit nützen und die Sache zum Ziele führen werde, war nicht

zu erwarten; denn der war damals durch den berüchtigten westfälischen Grafenstreit Jahre lang außer Thätigkeit gesetzt.

Ging das Reichskammergericht einer unvermeidlichen Auflösung entgegen, so war darum dessen Nebenbuhler, der Reichshofrath in Wien, nichts weniger als in gutem Gedeihen begriffen. War das Vertrauen auf die Justiz zu Wetzlar allmälig geschwunden, so konnte man von der Rechtspflege in Wien von vornherein nicht viel Vortreffliches erwarten. Hier waren die Richter vom Kaiser ernannt und von ihm abhängig; die Justiz war eine Administrativjustiz, deren Unbescholtenheit in noch viel schlimmerem Rufe stand, als die zu Wetzlar. Die Herrenbank bestand meist aus unfähigen Leuten vom Adel, denen man hier Versorgungen anwies; die Gelehrtenbank stand, einzelne ehrenvolle Ausnahmen abgerechnet, im schlimmsten Rufe der Bestechlichkeit. Schon um die Mitte des Jahrhunderts galt es als eine weltkundige Sache, daß bei diesem trägen, unfähigen und geldgierigen Gerichtshofe die Justiz verkauft und verrathen war;*) schon damals klagte ein scharfsichtiger Beobachter die adeligen Mitglieder der Unwissenheit an und nannte die Räthe der gelehrten Bank geradezu „feile Seelen." Den Präsidenten, einen Grafen Harrach, verglich F. C. von Moser, der selbst Mitglied war, mit dem Reichhofrathspräsidenten des chinesischen Reichs**) und sagte ihm nach, er besitze neben der Liebe zu den alten Sitten und Methoden eine gründliche Verachtung aller Neuerungen, wenig Achtung vor seiner eignen Würde, dagegen in der Beurtheilung der Moralität gewisser Grundsätze mehr Nachgiebigkeit, als sie der Chef eines Justiztribunals haben sollte. Wie der Proceßgang war, läßt sich danach beurtheilen.

In einer historisch-politischen Zeitschrift jener Tage, die verdientes Ansehen genoß, dem „Patriotischen Archiv" von F. C. von Moser***), ist ein Gutachten abgedruckt, worin es mit dürren Worten heißt: an den drei wichtigsten Erfordernissen des Richters — Kenntniß des Rechts, Liebe zur Gerechtigkeit und redlichem Sinne — fehle es „notorisch bei den Meisten." Es sei freilich schwer, tüchtige Leute zu dem Gerichte zu finden; denn einmal möchten die „jungen Leute von Stand überhaupt nichts mehr lernen", dann ziehe der Militärstand und der Dienst in den einzelnen Staaten die besseren Köpfe mehr an. Auch hinterließen „selbst die Bestechlichen" kein Vermögen, und ein „Reichshofrath, der ehrlich gedient und nicht gestohlen habe, lasse bei seinem Tode seine Familie in äußerster Verlassung zurück." Von der Trägheit und Unfähigkeit werden die grellsten Schilderungen entworfen. In dem ganzen Gerichtshofe zählte man z. B. nur drei fleißige Räthe, und es

---

*) Siehe den Bericht des Großkanzlers Fürst in Ranke's histor. politischer Zeitschrift II. 679 f.

**) Patriot. Archiv X. 369.

***) Bd. X. 347 f.

galt als sicher, daß zu Wetzlar, wo man sich doch auch nicht übermäßig anstrengte, in einem Jahre mehr gearbeitet ward, als hier in sechs. Die Unfähigkeit der Adelsbank, die freilich zum Theil aus diensthuenden Kammerherren bestand, war so groß, daß sich manche ihrer Mitglieder ihre Arbeiten von ihren Schreibern — ja selbst von den Agenten der Parteien ausarbeiten ließen!

Es mußte gewiß weit gekommen sein, wenn solche Dinge in anerkannten Zeitschriften gedruckt werden konnten, oder wenn ein Kaiser mit einem Gerichtshofe so reden durfte, wie es Joseph II. nach seinem Regierungsantritte gethan hat. Es existiren wohl kaum Actenstücke, so grob in der Form und so beschämend in ihrem Inhalte, wie die Rescripte Josephs, worin er die Mißbräuche des Reichshofraths rügte.*) Aber freilich der hohe Gerichtshof konnte in seiner Vertheidigungsschrift selber nicht leugnen, daß die „Accidentien und Geschenke" gebräuchlich seien, ja er hatte die große Offenheit, als erlaubte Nebenverdienste dieser Art z. B. „willkürliche Douceurs" bei Thronbelehnungen, „Erkenntlichkeiten" bei Vergleichen, Geschenke bei Mündigkeitserklärungen ausdrücklich zu bezeichnen. Das Verfahren Josephs führte hier so wenig zum Ziele, wie zu Wetzlar die Kammergerichtsvisitationen; er griff die Sache mit seiner gewöhnlichen Hast und Leidenschaftlichkeit auf und ließ sie dann, wie so Vieles, unbeendigt fallen. Einige Vereinfachungen des Geschäftsganges waren die ganze Frucht des Sturmes, den der Kaiser in der ersten Hitze über den Gerichtshof hatte ergehen lassen.

Jene Schilderungen der Zeitgenossen selber legen zugleich Zeugniß ab, wie tief das Bewußtsein des Verfalles in die Gemüther eingedrungen war. Selbst Männer, die voll der lebendigsten Pietät für das Alte und Ueberlieferte waren (dazu gehörten beide Moser gewiß), übergossen diese Formen mit Spott und Hohn und erwarteten nichts mehr von einzelnen Ausbesserungen, wo das Ganze so von Grund aus faul war. Wenn andererseits daran erinnert ward, daß in diesen obersten Gerichtshöfen, namentlich im Reichskammergericht, immer noch eine gewisse Gleichheit und Einheit des Rechts ihre Stütze fand, Selbsthülfe und Gewaltthat abgewehrt ward, so zeigt ein Blick auf die Zustände wie sie waren, was es mit dieser Wirksamkeit der obersten Reichsjustiz in der Praxis auf sich hatte. Wohl wurde im achtzehnten Jahrhundert gegen Mecklenburg, Würtemberg, Nassau-Weilburg und Lippe noch einmal Recht gefunden, ja noch in den siebziger Jahren auf Josephs Andringen drei ganz heillose reichsgräfliche Tyrannen von Reichswegen unschädlich gemacht, aber diese Fälle konnten mehr wie Ausnahmen gelten und bewahrheiteten nur den alten Spruch, daß man Mücken seige und Kameele verschlucke. Welche zahllose Gewaltthaten waren seit dem westfälischen Frieden in den deutschen Reichslanden, fast keines ausgenommen, ungestraft verübt

*) S. dieselben in Mosers patriot. Archiv VIII. 79 ff.

worden, bis einmal die verspätete Rache Lippe-Detmold traf, oder ein paar unverbesserliche Reichsgrafen daran gemahnt wurden, daß noch eine höchste Autorität des Reiches über ihnen stehe! Drum hatten diejenigen Recht, welche nicht ohne bitteres Achselzucken des alten Wortes gedenken konnten: die höchste Reichsjustiz sei ein „Palladium der deutschen Freiheit."

Die Periode der Reform, welche im funfzehnten und sechszehnten Jahrhundert sich die Umgestaltung der Reichsverfassung auf ständischen Grundlagen vorgesetzt und zu dem Ende den ewigen Landfrieden, das Kammergericht, das Reichsregiment aufgerichtet, schuf auch die Kreisordnung des Reiches, damit sie ein Gegengewicht werde gegen die Vervielfältigung der landesherrlichen Selbständigkeit und gegen die Gefahren kleinstaatlicher Zersplitterung. Diese Kreiseintheilung bildete in dem Reiche wenigstens größere Gruppen, ordnete ihnen die übermäßige Zahl einzelner Territorien und Landesherren unter und sollte dazu beitragen, in der bunten Mannigfaltigkeit von vielen hundert besonderen Gewalten den Gedanken einer einheitlichen Verbindung des Reiches im Gedächtniß zu erhalten.

Auch von dieser Kreiseintheilung freilich galt, was bei allen überlieferten Einrichtungen der Reichsverfassung wahrzunehmen war: man hatte die alte Form bestehen lassen, ohne zur rechten Zeit ihre Mängel zu beseitigen und sie den neuen Bedürfnissen anzupassen. So hatte sich die Kreisverfassung bis in diese Zeit erhalten, zwar nicht ohne manche wohlthätige Wirkung, wie sie im Geiste der Einrichtung lag, aber doch im Ganzen ohne dem Zwecke ihrer Schöpfung völlig zu genügen.

Nicht unbeträchtliche Theile deutschen Gebietes, wie Böhmen, Mähren, die Lausitz, Schlesien, Preußen, standen außerhalb der zehn Reichskreise; sie bildeten Provinzen der österreichischen und preußischen Monarchien. Der burgundische Kreis, seit seiner Gründung wesentlich verkleinert, längere Zeit sogar vom Reiche ganz getrennt und jetzt nur noch die österreichischen Antheile von Brabant, Mecheln, Limburg, Luxemburg, Geldern, Flandern, Hennegau und Namur umfassend, hieß zwar ein Kreis des deutschen Reiches, war aber der That nach auch nur eine Provinz in dem österreichischen Gesammtbesitze. Der österreichische Kreis, weitaus der größte an Umfang (er umfaßte 2025 □Meilen), umschloß das Erzherzogthum, Steiermark, Kärnthen, Krain, Istrien, Friaul, das Litorale, Tirol und Vorarlberg, den Breisgau und Oberschwaben, also eine kostbare Reihe überwiegend deutscher Lande und Völker; aber auch hier war der Name „Kreis" eine Bezeichnung, welcher die Wirklichkeit der Dinge wenig entsprach. Vielmehr war, wie Moser sagt*), der österreichische

*) J. J. Moser, von der deutschen Craysverfassung. S. 168. Außerdem s. F. C. v. Mosers kl. Schriften VII. Für die statistischen Angaben ist meistens Büsching, Erdbeschr. (Bd. V—IX. Siebente Aufl. 1789.) benutzt.

Kreis „niemals in irgend einem Stücke der Verfassung so beschaffen, wie es ein Kreis sein sollte;" diese Lande bildeten den Kern der im Werden begriffenen österreichischen Monarchie, und es fanden auf sie die meisten Einrichtungen des Kreiswesens aus natürlichen Ursachen gar keine Anwendung.

Allein auch die übrigen, wie grundverschieden waren sie bei näherer Betrachtung, und wie wenig entsprachen sie mehr dem ursprünglichen Gedanken: eine gleichmäßige Eintheilung des Reiches in größere Ländergruppen darzustellen! Eine vielfach ähnliche Bewandtniß, wie mit dem burgundischen und österreichischen Kreise, hatte es mit dem niedersächsischen: auch hier war die Kreisverfassung dem überwiegenden Einflusse selbständiger territorialer Macht unterlegen. Auf einem Flächenraume von 1420 □Meilen waren in diesem Kreise nur wenige kleinere Herrschaften und nur sechs Reichsstädte (Lübeck, Hamburg, Bremen, Goslar, Mühlhausen, Nordhausen) eingeschlossen; das ganz entschiedene Uebergewicht war bei Preußen, das mit Magdeburg und Halberstadt, und bei Kurhannover, das mit den Fürstenthümern Bremen, Celle, Grubenhagen und Calenberg dem Kreise angehörte. Selbst Fürstenthümer wie Braunschweig, die holsteiner Zweige und beide Mecklenburg, also noch lange nicht die kleinsten im Reiche, hatten keine selbständige Geltung gegenüber den beiden Kreisständen, hinter denen die preußische Monarchie und die hannoverisch-britische Politik standen. Hier hatte daher die Kreisordnung den größten Theil ihrer Bedeutung verloren; die „Kreistruppen", als solche, wollten hier nichts heißen, dagegen hatten die einzelnen Territorien, wie Preußen, Hannover und Braunschweig, eine selbständige Kriegsmacht ausgebildet, die gerade diesen Theil des Reiches außer Oesterreich zum wehrkräftigsten und bestgerüsteten machte. Ein ähnliches Verhältniß bestand im obersächsischen Kreise; von einem Flächenraume von 1950 □Meilen nahmen Kursachsen und Preußen den größten Theil ein; alle übrigen, die kleinen thüringischen Fürstenthümer, Schwedisch-Pommern, Anhalt, beide Schwarzburg und andere noch kleinere Gebiete, bildeten zusammengenommen dagegen noch kein Gegengewicht. Es leuchtet ein, wie die Kreisverfassung sich unter diesen Einflüssen gestalten mußte. Waren die größeren Staaten einig, wie dies z. B. während des siebenjährigen Krieges im niedersächsischen Kreise der Fall war, so bildeten sie für sich die entscheidende Gewalt, und an die Stelle des Kreises trat eine selbständige Staats- und Heeresmacht Preußens, Hannovers und Braunschweigs; waren sie uneinig, wie dies zu gleicher Zeit zwischen Brandenburg und Sachsen im obersächsischen Kreise der Fall war, so war die natürliche Folge der Stillstand oder die Zerrüttung der ganzen Kreisverfassung. Auch galt es unter den Publicisten des vorigen Jahrhunderts als angenommen, daß, wie Moser sich ausdrückt, die „Jalousie und differente Staatsprincipia" in Ober- und Niedersachsen die Kreisverfassung längst zerrüttet hatten.

Wenden wir uns von Niedersachsen westwärts, so ist das Verhäl
schon ein anderes. Der westfälische Kreis zählte auf einem Flächenraume
über 1200 □Meilen keinen einzigen an Gebiet so überwiegenden Kreisst
daß daneben alle anderen ihre Bedeutung verloren hätten. Hier trug
Alles mehr das Aussehen der alten Mannigfaltigkeit; das neue Streben,
auf Arrondirung und Gründung einer selbständigen Staatsmacht ausg
war hier noch nicht zur ausschließenden Herrschaft gelangt. Wohl spann
über diesen Kreis Preußen die Fäden seines Einflusses, da es ihm mit C
Geldern, Meurs, Minden, der Grafschaft Mark und Ravensberg, mit
friesland und einigen kleineren Gebieten angehörte; aber die alten For
hatten dennoch hier noch mehr Lebenskraft bewahrt. Da breiteten sich
die ansehnlichen geistlichen Gebiete der Hochstifter Münster, Osnabrück, Pa
born, Lüttich aus, da hatten die Abteien Corvey, Stablo, Malmedy, Wer
Corneliusmünster, Essen, Thoren, Herford ihre Reichsunmittelbarkeit noch
hauptet; da waren noch außer dem pfalzbaierischen Jülich und Berg, außer
nassauischen Landen, außer Oldenburg und den Reichsstädten Dortm
Aachen und Cöln eine ansehnliche Zahl jener gräflichen Herrschaften vorhan
die den Fürsten zwar nicht gleich standen, aber doch mit ihnen eine S
im Reichsfürstencollegium des Reichstags behaupteten. Die Dynastien
Wied, Sayn, Lippe, Rittberg, Aspremont, Metternich, Manderscheidt,
burg-Styrum, Ostein, Nesselrode u. a. bildeten hier noch ein eigenthüml
Element, das in dieser Gestalt und Bedeutung in den beiden sächsischen K
sen, wie in Oesterreich nicht vorhanden war.

Indessen das classische Gebiet der kleinstaatlichen Vielfältigkeit und
bietszersplitterung bildeten doch die südwestlichen Reichskreise. Hier war
Gebiet des ganzen Kreises um das Drei- bis Vierfache kleiner, als in Ni
und Obersachsen oder in Oesterreich, aber die Zahl der reichsunmittelb
Kreisstände um's Doppelte, ja Drei- und Vierfache größer. Um vom ö
reichischen Kreise gar nicht zu reden (denn hier gab es faktisch nur einen K
stand, Oesterreich selbst), es betrug doch auch in Ober- und Niedersachsen
Zahl der Stände nur 22 und 23, und unter diesen übten wieder einer
zwei ein ganz unbestrittenes Uebergewicht. Schon in Westfalen verthe
sich die 1200 □Meilen des Gebiets auf 52 Herrschaften, in Franken ka
auf 484 □Meilen 29 Gebiete, in Schwaben gar, ohne die zahlreichen re
ritterschaftlichen Enclaven zu zählen, theilten sich einige neunzig Reichsst
in ein Territorium von 729 □Meilen. Während in den beiden sächsi
Kreisen zwei oder höchstens drei Kurfürstenthümer fast alle andern Re
stände absorbirten, war hier eine ungemessene Zahl von geistlichen und
lichen Fürsten, unter denen kaum einer oder der andere von mittlerer Be
tung war, mit Grafen und Herren, Rittern, Städten und Abteien in
sehr mäßiges, bis ins Unvernünftige zersplittertes Gebiet zusammengedrä
Waren im kurrheinischen Kreise auf einem freilich kleinen Raume

vier rheinischen Kurfürsten, deren politische Stellung ihnen immer noch einiges Gewicht gab, doch nur 6 kleinere Reichsstände angehängt, oder übte im baierischen auf einem schon ansehnlichen Gebiete von 1020 □Meilen doch Baiern immer die überwiegende Macht*), so drohte in den drei andern, dem oberrheinischen, fränkischen und schwäbischen, die Kleinstaaterei alle gesunde Staats- und Wehrkraft aufzuzehren. Im oberrheinischen Kreise z. B. waren Hessencassel und Hessendarmstadt schon die bedeutendsten Reichsstände; neben ihnen standen, zum Theil in sehr zersplitterten und schlecht arrondirten Gebieten, Pfalzzweibrücken, die an Kurpfalz gefallenen Fürstenthümer Simmern und Lautern, das zwischen beiden pfälzischen Linien getheilte Veldenz, Homburg, ein Theil von Nassau, dann die Hochstifter Worms, Speyer, Straßburg, Basel und Fulda, die Abtei Prüm, die Probstei Odenheim, das Johannitermeisterthum zu Heitersheim, eine Menge Grafschaften, wie Sponheim, Salm, Waldeck, Solms, Leiningen, eine Anzahl Herrschaften und die Reichsstädte Worms, Speyer, Friedberg, Wetzlar und Frankfurt, von denen nur die letzte noch etwas bedeutete. Ein ähnliches Verhältniß bestand im fränkischen Kreise, der sich auf einen Raum von 484 □Meilen beschränkte; da waren die beiden Stifter Würzburg und Bamberg entschieden das gewichtigste Element. Sie bildeten mit Eichstädt und dem Deutschorden die geistliche Bank; die hohenzollernschen Fürstenthümer in Franken, die hennebergischen und schwarzenbergischen Fürsten, Löwenstein und Hohenlohe die weltliche. Daran reihten sich, wie in Westfalen, eine ziemliche Anzahl Reichsgrafen und die Reichsstädte Nürnberg, Rothenburg, Windsheim, Schweinfurt und Weißenburg. Am buntesten aber hatte sich diese Ohnmacht der Mannigfaltigkeit im schwäbischen Kreise gestaltet. Auf einem Raume von 729 □Meilen waren dort vier geistliche Fürsten (Constanz, Augsburg, Elwangen, Kempten), dreizehn weltliche, unter denen Würtemberg, Baden und Fürstenberg die bedeutendsten, über 20 Abteien, eine beträchtliche Zahl Grafschaften und 31 Reichsstädte**)

*) Der kurrheinische Kreis enthielt außer den Kurstaaten Mainz, Trier, Köln und Pfalz: das Fürstenthum Aremberg, Thurn und Taxis (ohne Besitzungen im Kreise), die Deutschordensballei Coblenz, die nassauische Herrschaft Beilstein, die wied'sche Grafschaft Niederisenburg und das den Grafen von Sinzendorf zugehörige Burggrafthum Reineck. — Im baierischen Kreise bildeten das Erzstift Salzburg, die Hochstifter Freisingen, Regensburg, Passau, die Probstei Berchtesgaden, die Abteien S. Emmeran, Niedermünster und Obermünster die geistliche Bank; weltliche Kreisstände waren Baiern, Neuburg, Sulzbach, Leuchtenberg (alle drei dem pfalzbaierischen Hause angehörig), die Grafschaften und Herrschaften Steinstein, Haag, Ortenburg, Ehrenfels, Sulzburg, Hohenwaldeck, Breiteneck und die Reichsstadt Regensburg.

**) Von den reichsgräflichen Geschlechtern sind zu erwähnen: Taxis, Königsegg-Aulendorf und Königsegg-Rothenfels, Truchses-Zeil, Truchses-Waldburg, Truchses-Wolfegg; drei Linien Fugger, Stadion u. s. w.; eine Anzahl der Grafschaften war in den Händen Baierns, Badens und Fürstenbergs. Die Reichsstädte sind: Augsburg,

zusammengedrängt — der winzigen ritterschaftlichen Territorien nicht zu gedenken, womit, wie der oberrheinische und fränkische, so auch der schwäbische Kreis reichlich heimgesucht war.

Wenn anderwärts durch die selbstgenügsame Macht größerer Territorien die Kreisverfassung zerrüttet ward, so wurde sie hier durch die winzige Mannigfaltigkeit unzähliger kleiner Herrschaften erhalten. Die Schwäche der Einzelnen drängte dazu, in der Association den nothwendigen Schutz zu suchen, zumal die politische Lage Deutschlands gerade diesen Theil des Reiches den gefährlichsten Angriffen von Außen bloßgestellt ließ. Konnte darum irgendwo noch im Reiche von einer Lebensthätigkeit der Kreisverfassung die Rede sein, so war es hier, wo die Noth dazu zwang. Hier suchte man nicht nur die alten Formen zu erhalten, sondern um der eigenen Sicherheit willen neue Vereinigungen zu bilden. So entstanden jene Associationen der „vorderen Reichskreise", deren z. B. eine (die beiden rheinischen, der fränkische und schwäbische Kreis mit Oesterreich) während des spanischen Erbfolgekrieges eine nicht unbeträchtliche Kriegsmacht ins Feld gestellt hatte.

Diese militärische Seite der Kreisverfassung war denn auch die wichtigste. Bei einem plötzlichen Angriff auf die westlichen Grenzlande war durch jene Verbindung zu größeren Gruppen wenigstens ein Schutz gegen den ersten Andrang geschaffen; ohne solche Associationen hätte ja keiner von den zahllosen Reichsständen, welche in den vorderen Reichskreisen ohnmächtig neben einander lagen, sich auch nur nothdürftig schirmen können. Bei einem Reichskriege war freilich das Heerwesen immer noch kläglich genug beschaffen; aber ohne diese Kreisorganisation war auch das Wenige, was noch geschah, nicht mehr zu Stande zu bringen. Oder wie wollte, falls ein Reichskrieg beschlossen war, das Reich die Mittel an Menschen, Waffen und Geld zusammenbringen, wenn es mit diesen zahllosen einzelnen Herren die Sachen hätte zum Ende führen sollen! Die Kreisorganisation hob doch einen Theil der Uebelstände, die mit der Kleinstaaterei in den vordern Reichskreisen verknüpft waren; indem die Kreistruppen wenigstens den Stamm einer militärischen Rüstung bildeten, die Kreistage für die Leistung an Geld und Mannschaft sorgten, war noch eine nothdürftige Ausrüstung herzustellen, die, den Einzelnen überlassen, geradezu unmöglich gewesen wäre. Von der Noth gedrängt, hatten sich schon zu Ende des siebzehnten und zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts die vorderen Reichskreise entschlossen, auch im Frieden eine kleine Militärmacht zu unterhalten, die, unter den Befehl des Kreisobersten gestellt, theils zur Handhabung der Sicherheit und Polizei gebraucht wurde,

---

Ulm, Eßlingen, Reutlingen, Nördlingen, Hall, Ueberlingen, Rotweil, Heilbronn, Gmünd, Memmingen, Lindau, Dünkelsbühl, Biberach, Ravensburg, Kempten, Kaufbeuern, Weil, Wangen, Isny, Leutkirch, Wimpfen, Giengen, Pfullendorf, Buchhorn, Aalen, Bopfingen, Buchau, Offenburg, Gengenbach, Zell.

theils den Stamm bildete für die künftige Rüstung zum Kriege. In den vorderen Reichskreisen war diese Einrichtung immer eine Wohlthat, insofern sie Schlimmeres abwehrte; in den norddeutschen Kreisen freilich, wo entweder eine selbständige bedeutende Heeresmacht wie in Preußen existirte, oder wie in Hannover und Braunschweig, für eine tüchtige militärische Ausbildung gesorgt war, brauchte man keine Kreistruppen und erwarb mit den eigenen Soldaten ganz andere Lorbeeren, als sich z. B. im siebenjährigen Kriege die in die Reichsarmee übergegangenen Kreiscontingente hatten erkämpfen können.

Aber auch außer dem militärischen Gebiete behauptete, wenigstens in den gedachten Gegenden, die Kreisverfassung noch einen gewissen Werth; sie war es allein noch, die inmitten zahlloser kleinstaatlicher Sondersouverainetäten die noch bestehenden Ordnungen des Reiches aufrecht erhielt. Zwar litten die Kreistage an dem nämlichen schwerfälligen und weitläufigen Ceremoniel, wie der Reichstag, dem sie überhaupt mannigfach nachgebildet sind, aber sie waren es doch, die noch hier und da den Schwachen schützten, der Reichsjustiz durch ihre Execution Nachdruck gaben, die Reichsumlagen und Kammerzieler zur Erhaltung des Reichsgerichts eintrieben, in Münz-, Verkehr- und Polizeiangelegenheiten den Beschlüssen des Reichstages theils Geltung verschafften, theils selbständig der wachsenden Auflösung entgegenwirkten. Wenn die Reichsjustiz überhaupt noch eine Geltung hatte inmitten dieser Anarchie der Particulargewalten, wenn in die Reichskasse wenigstens noch ein Theil der ausgeschriebenen Umlagen floß, so hatten die Kreistage dabei das größte Verdienst. Und wie die äußere Sicherheit, wenn auch nur nothdürftig, geschirmt ward durch diese Organisation, so hatte es eine ähnliche Bewandtniß mit der Sicherheit im Innern. Wie hätte man sich nur gegen Diebe und Landstreicher sichern wollen, wenn z. B. in Schwaben den Fürsten, Prälaten, Aebten, Reichsstädten und Reichsrittern die alleinige Sorge dafür überlassen worden wäre; oder welche Zerrüttung hätte den Handel, das Münzwesen, ja selbst den Verkehr mit Getreide und Lebensmitteln bedroht, wenn nicht bisweilen der Kreistag sich ermannt und eine gemeinsame Anordnung getroffen hätte! Indem die Kreisverfassung auf diese Weise die Selbständigkeit der unzähligen Sondergewalten so mannigfach beschränkte, war sie doch zugleich eine Bürgschaft ihres Fortbestehens; denn fiel einmal diese Organisation zusammen, so ward die bunte Anarchie zahlreicher, zum großen Theil lebensunfähiger Territorialgewalten sehr bald unerträglich und der Verlust ihrer Selbständigkeit war dann eine Forderung des öffentlichen Wohles.

Der Mangel einer einheitlichen Ordnung und Leitung eines Staates tritt in der Regel an keiner Stelle nachtheiliger hervor, als in den Verhältnissen nach Außen. So war denn auch der Verfall des alten Reiches nirgends fühl-

barer, als da wo es auf die Leitung der äußeren Politik und auf die Führung des **Kriegswesens** ankam. Der Zustand dieses letzteren namentlich hat schon den herben Spott der Zeitgenossen herausgefordert und kein Deutscher im achtzehnten Jahrhundert hielt es für unpatriotisch, die Reichsarmee in ihrer kläglich verfallenen Gestalt als ergiebigen Stoff für die Satire zu betrachten. Der Tag von Roßbach war im größten Theile des Reiches populär geworden, nicht nur weil der französische Uebermuth eine verdiente Züchtigung erfuhr, sondern auch weil man der Reichsarmee ihre Niederlage selbst da gönnte, wo man sein Contingent dazu stellte. Dafür ergötzte man sich an den Siegen des königlichen Helden, gegen den der Regensburger Reichstag Execution verhängt, und pries — selbst in loyalen Reichsstädten — die Grobheit des brandenburgischen Reichstagsgesandten, der dem mit der „Insinuation" beauftragten Notarius die Thüre gewiesen hatte. Und freilich war es eines der treffendsten Wortspiele des Zufalls, daß in dem Ausschreiben des Reichstages, das die Bildung einer „eilenden Executionsarmee" verkündete, durch einen Druckfehler daraus eine „elende" Armee gemacht war. Sagt doch selbst der treffliche J. J. Moser, der in den alten Formen eingelebt und heimisch war: „Die bei einem Reichskriege und einer Reichsarmee sich äußernden Gebrechen sind so groß, auch viel und mancherlei, daß man, so lange das deutsche Reich in seiner jetzigen Verfassung bleibt, demselben auf ewig verbieten sollte, einen Reichskrieg zu führen."*)

Allerdings war ein Rückblick auf die Vorgänge des letzten Jahrhunderts nicht geeignet, die Kriegslust des Reiches zu steigern. Entweder war in sehr dringenden Fällen, z. B. in den französischen Kriegen der sechziger und siebziger Jahre des siebzehnten Jahrhunderts und im nordischen Kriege, wo das Reich auf's lebhafteste interessirt war, der schwerfällige Körper nicht in Bewegung zu bringen, oder wenn er sich einmal durch die habsburgische Hauspolitik in Bewegung setzen ließ (z. B. 1734 und 1757), so wurde dabei weder Vortheil noch Ehre erworben. Das Jahrhundert von den Schlachten bei S. Gotthard, Fehrbellin und Zentha bis zu Roßbach, Zorndorf und Minden war für den deutschen Waffenruhm eines der reichsten, und sowohl die Schweden und Türken als die Franzosen haben damals die alte deutsche Tapferkeit wieder anerkennen gelernt; aber freilich auf die Reichsarmee fiel von diesen Lorbeeren nur der allergeringste Theil.

Was wäre aus Deutschland geworden, wenn es nicht damals die selbständigen Militärkräfte Oesterreichs und Preußens geschützt hätten, wenn unsere Sicherheit von den Beschlüssen der Regensburger Versammlung und von der Raschheit und Tüchtigkeit der Reichsarmee abhing! Im spanischen Erbfolgekriege z. B. hatte das Reich schon 1702 den Krieg beschlossen, gegen Ende des Jahres mußte der Kaiser wiederholt Beschleunigung anempfehlen,

*) Moser, von den Reichstagsgeschäften S. 810.

dann am 24. Februar 1703 den Reichstag auffordern, „nunmehr die Kriegsmaterien und Anstalten unverlängt in die Hand zu nehmen" und einige Wochen später abermals „die Unverschieblichkeit des Werkes vorstellen." Endlich im Juli 1703 kamen die beiden höheren Reichscollegien zu einem Beschluß; aber erst am 11. März 1704 wurde daraus ein allgemeines Reichsconclusum. Aber wie weit war noch von diesem zur Ausführung; und mit welch unbeschreiblicher Misère hatte selbst ein ausgezeichneter Feldherr, wie Markgraf Ludwig, bei der Ausführung selber zu kämpfen! Indessen begannen Eugen und Marlborough ihren Siegeslauf von Höchstädt bis Turin, Ramillies, Oudenarde und Malplaquet — und es waren meistens deutsche Truppen, denen sie diese Erfolge verdankten. Dasselbe Material an Menschen, das als Reichsarmee verkümmerte und in ganz Europa verspottet ward, wurde unter andern Verhältnissen und in andern Händen der Kern der besten Heere jener Zeit.

Die Schuld dieser kläglichen Dinge schob wie sonst einer dem andern zu. Der Kaiser klagte, daß ihm die Reichsgesetze nicht Macht genug ließen, die Zustände von Grund aus zu verbessern; die Reichsstände klagten, daß der Kaiser selbst die vorhandene Macht zur Bedrückung der Schwächeren mißbrauche, daß seine Generale und Kriegsbeamten sich auf unverantwortliche Art bereicherten und die Reichstruppen sich oft so aufführten, „daß man oftmals weit lieber feindliche Völker statt ihrer aufnähme."*) Es war richtig, daß der Kaiser bisweilen bei Besetzung der Reichsgeneralstellen eine kleine persönliche oder confessionelle Parteilichkeit an den Tag legte oder hie und da im Einzelnen einen Uebergriff wagte, auch hatte er (1702) dem verständigen Vorschlage, in Friedenszeiten eine Reichsarmee von 8000 Mann aufzustellen, sich widersetzt; aber wie wenig wollte das bedeuten gegenüber der Weitläufigkeit der geltenden Formen, den zahlreichen politischen und religiösen Clauseln, wodurch des Kaisers Macht beschränkt war, dem Mangel an jedem Gemeinsinn, den gerade in solchen Lagen die Reichsstände wie wetteifernd an den Tag legten! Der Reichstag in seiner Schwerfälligkeit wollte von Allem mit unterrichtet sein; Alles mit leiten; und doch, wenn auch die äußerste Noth drängte, vermochte er meistens zu keinem Schlusse zu gelangen. Erfolgte endlich ein Beschluß, so stand er eben nur auf dem Papier; Jeder suchte, wie Moser sagt, die Last von sich auf Andere abzuwälzen, viele Contingente wurden gar nicht oder nicht ganz gestellt, und oft war das, was gestellt war, an Mannschaft, Pferden, Equipagen, Sold und Proviant so schlecht beschaffen, daß man keinen Gebrauch davon machen konnte. Die Truppen einzelner Reichsstände standen auch wohl in so üblem Rufe, daß man ihnen die Winterquartiere verweigerte oder sich ihren Durchmärschen widersetzte. Die Kreise selbst machten in der Regel gewisse Vorbehalte; die Folge war, daß die

*) J. J. Moser, von den Reichstagsgeschäften S. 811 ff.

Kreisgenerale dem Reichscommando nur bedingt gehorchten und die gegebenen Ordres nicht selten „examinirten", statt sie zu vollziehen. „Sehe man einen sauer drum an, so laufe oder schreibe er zu seinen Ständen und finde sonderbares Gehör." Sogar die Gemeinen, die aus dem Lager heim liefen, wurden freundlich behandelt, auf Requisition von den heimischen Behörden angelegentlich entschuldigt und zu Hause besser verpflegt als im Felde. Kein Wunder, wenn es dann dort alle Mühe kostete, zu hindern, daß nicht die Kreistruppen haufenweise zu ihren heimischen Fleischtöpfen entliefen. Wurde einer ausgemustert, so kam der Ersatzmann entweder später oder schlechter, oder gar nicht; rügte es der commandirende General, so that es noth, daß „er erst darum mit den Ständen libellirte." Wie unter diesen Umständen die Reichskriegskasse bestellt war, läßt sich denken; man könnte dafür eine reiche Blumenlese sammeln von fast komischen Zügen. Wenn z. B. selbst die an Oesterreich vermietheten Truppen Baierns und Würtembergs in der Schlacht bei Leuthen angewiesen waren, „langsam zu feuern, damit die Munition nicht mangeln möge",*) so darf man mit Sicherheit annehmen, daß in den reichsständischen Contingenten der Reichsarmee die Sparsamkeit noch weiter ging.

In den Zeiten der Bedrängniß durch Ludwig XIV. hatte das Reich sich zu dem Entschluß ermannt (1681), als einfachste Quote des Reichscontingents, als sogenanntes Simplum, die Zahl 40000 anzunehmen, und diese in der Art auf die Reichskreise zu vertheilen, daß Oesterreich etwa 8000 Mann, der burgundische, schwäbische, die beiden sächsischen und der westfälische jeder etwas über 4000 M., der oberrheinische und kurrheinische je 3300, der fränkische 2800, der bairische 2300 Mann zu stellen hatte. Ein Beispiel mag zeigen, wie wenig selbst dieser mäßige Anschlag eingehalten ward.**) Der schwäbische Kreis, der als Simplum 4028, also in 3 Simplen 12084 Mann zu stellen hatte, rüstete nach einer Angabe nur 3000 Mann aus, und selbst diese Zahl war noch höher als — der wirkliche Bestand. Es fehlten im Ganzen 4124 Mann an dem Contingent von 12084 Mann, und der Rest war von 4 geistlichen, 14 weltlichen Fürsten, 14 Prälaten, 4 Aebtissinnen, einigen 30 Grafen und Herren und etwa 30 Reichsstädten tropfenweise zusammengeholt. Nach dieser Probe hat die Angabe, daß der ganze Betrag von 3 Simplen statt 120000 Mann bisweilen nur aus 20000 Mann wirklich bestand, alle Wahrscheinlichkeit für sich. Denn während die kleinstaatlichen Gewalten aus Ohnmacht und Saumseligkeit ihr Contingent nicht stellten, wollten die größeren ihr Landesheer nicht durch die Absendung des Contingents zur Reichsarmee schwächen und ihr Beispiel war wieder ein erwünschter Vorwand für die

---

*) Archival. Notiz bei Pfister, deutsche Gesch. V. 367.

**) F. C. v. Moser, kl. Schriften VIII. 2 ff., der Beschluß von 1681 findet sich in Pachners Sammlung der Reichstagsschlüsse II. 325.

kleineren, ihr Pflichtversäumniß zu entschuldigen. Die Ausrüstung entsprach der Art der Zusammensetzung. Jedes Contingent hatte seine eigene Art der Verpflegung, so daß ein Regiment, das aus 12 solchen Contingenten bestand, an 12 verschiedene Orte schicken mußte, um Brod und Fourage zu bekommen. Jede Bewegung war dadurch gehemmt, jede rasche und heimliche Operation unmöglich. Ebenso war die Bezahlung des Soldes, die Kleidung, die Verpflegung der Kranken fast bei jedem Reichsstande verschieden und meist darum die Quelle unsäglicher Unordnungen. Das Caliber war so verschieden, daß z. B. bei Roßbach von 100 Flinten kaum 20 Feuer gegeben haben! Und wie wurden erst die Offiziere ernannt! Bei einer Compagnie des schwäbischen Contingents stellte Gmünd den Hauptmann, Rotweil den ersten, die Aebtissin von Rotenmünster ernannte den zweiten Lieutenant, der Abt von Gengenbach den Fähndrich.*)

Eine Armee dieser Art, so zusammengesetzt und jedesmal erst beim Ausbruch des Krieges gebildet und geschult, hätte noch weniger leisten können, als sie wirklich geleistet hat, wenn sie nur aus diesen Contingenten der einzelnen Reichsstände bestanden hätte. Aber in der Regel verband man mit ihr einerseits eine Anzahl kaiserlicher Truppen, andererseits sogenannte Auxiliarvölker, d. h. solche, die entweder durch besondere Verträge zum Dienst gewonnen waren oder die, wie z. B. die preußischen und hannoverschen, ihren Dienst gegen das Reich lieber in dieser Gestalt von Hülfsvölkern leisteten, als in unmittelbarer Verschmelzung mit den Reichscontingenten. Diese besser geübten und gerüsteten Contingente sahen denn auch mit Geringschätzung auf die buntscheckige Schaar herab, die zum Theil aus allem möglichen Gesindel zusammengeworben, schlecht gekleidet und bewaffnet neben ihnen diente; an einen innern Zusammenhalt war bei diesen seltsamen Bestandtheilen nicht zu denken, vielmehr empfand jeder Theil Schadenfreude über das Unglück, das dem andern widerfuhr.

Der Zustand der „Reichsoperationskasse" war natürlich nicht besser als der des Heeres. Es sollten verfassungsmäßig außer den sogenannten Kammerzielern, den regelmäßigen Beiträgen zur Unterhaltung des Kammergerichts, zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse die Römermonate von den einzelnen Reichsständen erhoben werden, deren einer auf ungefähr 50,000 Gulden, etwas mehr als das Drittheil des ursprünglichen Ertrags, veranschlagt war. Statt der früheren Legstätten ward die Stadtkämmerei zu Regensburg mit der Sammlung und Vertheilung beauftragt, wo es denn wohl vorkam, daß durch einen Einbruch ins Rathhaus die ganze Reichskriegskasse gestohlen ward. Der Voranschlag war hier so wenig erreicht, wie bei den Kammer-

*) Pütter, histor. Entwickl. III. 102. Schilderung der jetzigen Reichsarmee in ihrer wahren Gestalt. Köln 1796.

zielern und den Contingenten; davon werden wir unten Gelegenheit haben uns aus der Praxis zu überzeugen.

So waren die Verfassungsformen und Institute beschaffen, auf denen noch die Reichseinheit in ihren unvollkommenen Ueberresten beruhte. Ein Reichsoberhaupt an der Spitze, das in der That weder die gesetzgebende noch die vollziehende Gewalt besaß, das im Gebrauch aller Regierungsrechte eng beschränkt war und an Einkünften vom Reiche nicht mehr zog als ein wohlhabender Privatmann; unter demselben Hunderte von Reichsständen, die nur durch lose Bande unter sich und mit dem Kaiser verknüpft, an Macht und Größe aber unter sich außerordentlich verschieden waren. Könige von europäischer Bedeutung, Kurfürsten und Herzöge, Grafen, Ritter, Reichsstädte und Reichsdörfer in bunter Mannigfaltigkeit neben einander; die Verbindung aller dieser Glieder zu einem Ganzen, wie sie einst im Reichstage bestanden hatte, außerordentlich gelockert und seit der Umgestaltung des Reichstags zu einem diplomatischen Congresse aller der lebendigen Berührung entbehrend, welche das persönliche Zusammenkommen auf den alten Reichstagen noch gegeben hatte. Die alten Formen in eine bedenkliche Erstarrung gerathen, die nur dann einer vorübergehenden Gährung wich, wenn der Streit über Ceremonien die Reichspedanten aus ihrer Unbewegtheit aufschreckte; überall neue Zustände ausgebildet, zu denen die überlieferten Formen, so wie sie waren, nicht mehr passen wollten.

Wohl rühmten diejenigen, die an der Möglichkeit einer friedlichen Reform nicht verzweifelten, daß diese Reichsverfassung noch den Despotismus der Fürsten zügele, wenigstens die minder mächtigen durch Kaiser und Kammergericht in Schranken halte und vor offenen Gewaltthaten schütze; aber wie widersprach dem die fast allenthalben ausgebildete Selbständigkeit unbeschränkter Gewalten, oder wie selten wurde einmal an einem ohnmächtigen Reichsstand ein strafendes Exempel statuirt, und wie langsam war die Reichsjustiz überhaupt, bei der ein Kläger selten ein Urtheil, noch seltener dessen Vollziehung erlebte! Wenn die Freiheit im Ganzen noch besser geschirmt war, als in benachbarten Einheitsstaaten, so war nicht sowohl die Reichsverfassung die Ursache, als die ganze Natur und Entwicklung des deutschen Volkes. Ein Despotismus so uniformer und monotoner Art, wie ihn Ludwig XIV. in Frankreich begründete, war auf deutschem Boden überhaupt nicht möglich; diese Tendenz, das ganze politische, geistige und religiöse Leben eines Volkes von einem Mittelpunkte aus zu bestimmen und wie eine Münze auszuprägen, fand an der Eigenthümlichkeit deutschen Wesens den stärksten Widerstand. Indem wir uns zu keiner Zeit von einer Hauptstadt oder einem Hofe aus unser Leben und unsere Cultur beherrschen ließen, sondern uns in vielfältigen einzelnen Kreisen entwickelten, richteten wir die stärkste Schutzwehr gegen die

Art von einförmigem Despotismus auf, wie sie in Frankreich besonders seit dem siebzehnten Jahrhundert heimisch geworden war. Es mochte bei uns an einzelnen Stellen ein ganz ähnliches Regiment geübt werden, wie es damals von Versailles ausging; aber es konnte nie jene allgemeine Geltung erlangen, die Mannigfaltigkeit war eben die Zuflucht der Freiheit. Wohl mochte die alte Reichsverfassung bisweilen noch die Kraft haben, ein bedrohtes Recht zu wahren, gegen Cabinetsjustiz zu schirmen, auch wohl einen kleinen unverbesserlichen Tyrannen zu züchtigen; aber wie wenig bedeuteten diese seltenen Fälle im Vergleich mit dem natürlichen Schutze, den unsere innerste Natur uns selber gab! Und dieser Natur gemäß uns in bunter Mannigfaltigkeit zu entwickeln, darin störte uns allerdings die Reichsverfassung nur allzu wenig; sie ließ, indem sie in die eigenthümliche Freiheit des Einzellebens wenig eingriff, auch das Unkraut lebensunfähiger Kleinstaaterei in aller Ueppigkeit aufwuchern.

Wie sich in Oesterreich und Preußen ein selbständiges und bedeutendes Staatswesen entwickelte, das in den Rahmen der alten Reichsverfassung nicht mehr paßte, haben wir früher gesehen; aber die Darstellung deutscher Zustände in dieser letzten Lebensperiode des Reiches ist damit noch nicht erschöpft. Neben jenen Großstaaten, deren Stellung fast ebenso sehr eine außerdeutsche, wie eine deutsche war, existirten, von demselben laxen Bande der Föderation umschlungen, eine zahlreiche Masse einzelner Territorien, von ebenso verschiedenem Umfang, wie verschiedenartiger Lebenskraft, theils von reger Beweglichkeit, theils in ähnlicher Erstarrung begriffen, wie die Formen des Reiches selber.

Wir wollen einen Augenblick bei ihnen verweilen.

Fünfter Abschnitt.

Die einzelnen Stände des Reiches.

Mit dem Verfalle der Reichsverfassung hatte seit lange die Ausbildung der Landeshoheit gleichen Schritt gehalten; je mehr die einheitlichen Formen an Kraft verloren, desto unbeschränkter konnte sich die Gewalt der Fürsten in ihren Territorien geltend machen. So war es im achtzehnten Jahrhundert eine ausgemachte Sache, daß wenigstens die größten Reichsfürsten in ihrem Lande thun konnten, was sie wollten, und daß „von dem Bande, worin sie mit Kaiser und Reich stehen,*) wenig oder gar nichts mehr zu beobachten sei." Die Reichsstände zweiten Ranges strebten diesem Beispiele nach Kräften nach, und nicht selten war auch ihr Land und ihre Verbindung mit mächtigeren Höfen so beschaffen, daß man sie in diesem Streben nicht hemmen konnte. So bestand denn höchstens gegenüber den kleinen und schwachen Reichsgliedern eine fortdauernde Einwirkung des Reiches; auf sie übte der Kaiser, der Reichstag, das Reichskammergericht noch eine gewisse Autorität, und sie konnten auch mit den überlieferten Rechten und Verfassungen des Landes und der Unterthanen so leicht nicht fertig werden wie die größeren. Doch war auch bei den Kleinsten Neigung genug vorhanden nach dem gleichen Ziele und unter einem recht unthätigen und sorglosen Reichsoberhaupt stand dem Gelingen nichts im Wege. Im Allgemeinen gab es daher solcher Gebiete nur noch wenige, wo die alten Rechte im Wesentlichen erhalten waren und ein ungestörtes Verhältniß zwischen Regierungen und Regierten bestand; in manchen Territorien hätten die bedrängten Stände und Unterthanen gern Recht gesucht, aber sie unterließen es in der Besorgniß, das Uebel ärger zu machen, „da, wie Moser sagt, die Medicin oft schlimmere Folgen hatte, als die Krankheit selber."

---

*) S. J. J. Moser, von der Landeshoheit S. 40. 41.

Diese mächtige Entfaltung der landesherrlichen Gewalt in den einzelnen Territorien ist eine geläufige Klage der Publicisten des achtzehnten Jahrhunderts. Selbst der loyale Pütter, indem er den Eifer der besseren Regierungen rühmt, womit sie „Recht und Gerechtigkeit handhabten, Kirchen und Schulen mit tüchtigen Männern besetzten, Wege besserten, über Münze und Polizei wachten und den Nahrungsstand der Unterthanen förderten,“ klagt doch zugleich, daß einzelne Landesherren mit ihren Ländern und Unterthanen so schalteten, wie ein Gutsherr mit seinem Gute und den dazu gehörigen Leibeigenen, daß sie nur persönliche Neigungen und Leidenschaften befriedigten, ihr Land aussaugten und für nichts Interesse zeigten, als für Jagd- und Soldatenwesen. Drum gebe es auch Länder, wo der Unterthan mit Abgaben und Diensten bis zum Unerträglichen beschwert werde, wo von Herren und Dienern fast Alles für Geld, nichts ohne Geld zu haben sei, wo an Kirchen- und Schulwesen, an Anlegung und Erhaltung von Verkehrsmitteln, an Beförderung der materiellen Wohlfahrt kaum gedacht werde, wo Gerichtswesen, Münze und Polizei sich in der größten Unordnung befänden.

Schon der westfälische Friede hatte die Landeshoheit von den meisten Schranken befreit, welche bis dahin die Ausbildung einer unbedingten Fürstengewalt noch aufgehalten hatten. Es kam dann jene Bestimmung (§. 180) des Reichsabschieds von 1654, worin eine wichtige Stütze der alten Freiheit beseitigt ward. Mit der scheinbar unverfänglichen Verfügung, daß gegen die Executionsordnung des Reiches Klagen bei den Reichsgerichten nicht angebracht werden, die Unterthanen vielmehr schuldig sein sollten, „zur Unterhaltung der nöthigen Festungen und Garnisonen ihren Landesfürsten und Herrschaften mithülflichen Beitrag“ zu leisten, war für die landesherrliche Gewalt ein großer Schritt zu ihrer vollen Unabhängigkeit gethan worden. Während die kaiserliche Gewalt verfiel, die Reichsgerichte ihre Geltung verloren, war den Landesherren das Mittel gewährt, eine stehende Militärmacht zu erlangen und damit ihre Selbständigkeit nach oben und unten zu behaupten. Das Beispiel Frankreichs und der von dort ausgehenden Staatsmaximen, die Vorgänge in Oesterreich und Preußen drängten immer weiter auf dieser Bahn. Die Furcht vor dem Kaiser und Reichsgericht war nun kein Damm mehr gegen die neue Souveränetät; daß aber, wie in alter Zeit, etwa die Unterthanen zur Selbsthülfe greifen würden, war bei der Ermattung nach dem dreißigjährigen Kriege nicht zu fürchten, zumal es jetzt zureichende Mittel gab, solche Auflehnungen zu bändigen.

Die Erinnerung an die „alte deutsche Freiheit“, wie sie im Volke durch den furchtbaren Bürgerkrieg und die fremde Invasion abgeschwächt ward, verwischte sich noch rascher bei den Dynastien. Das Gedächtniß daran, was die Landesherren einst gewesen und was sie ihrem Lande schuldig waren, schwand in dem Maße, als die französischen Anschauungen des Zeitalters Ludwigs XIV. größeren Eingang fanden. Im achtzehnten Jahrhundert waren selbst die bie-

dersten Fürsten von altem deutschen Schlage, z. B. Friedrich Wilhelm I. von Preußen, so antifranzösisch sie sonst dachten, doch von den französischen Staatsmaximen über die fürstliche Gewalt völlig durchdrungen. Dazu kam die überwiegend soldatische Erziehung, die von Kindheit eingesogene Gewohnheit, Alles auf militärischem Fuße zu behandeln, die steigende Einbildung von der angeborenen Würde und das Bestreben, ihr einen glänzenderen äußern Ausdruck zu geben — Alles Dinge, die sich mit der alten beschränkteren Form des Regiments nicht vertrugen und die alten Rechte und ständischen Befugnisse nur als lästige Fesseln erscheinen ließen. Die Strömung der Zeit kam aber in ganz Europa dem fürstlichen Souveränetätsgelüste zu Hülfe, sie unterstützte nirgends die Erhaltung der ständischen Rechte.

So kam der alte Satz: „der Reichsstand vermöge so viel in seinem Lande, wie der Kaiser im ganzen Reiche,“ völlig außer Geltung; vielmehr ward die Kluft zwischen beiden immer größer, indem man auf landesherrlicher Seite seine Gerechtsame ebenso rührig und erfolgreich ausdehnte, als dieselben auf Seiten des Kaisers immer mehr verkürzt wurden.

Der Gegensatz der alten Fürstengewalt zu der neuen spricht sich denn auch in der politischen Literatur des achtzehnten Jahrhunderts bezeichnend genug aus. Es gab eine Schule von Publicisten — die „Ober- und Kerzenmeister der Souveränetätsmacherzunft“ nennt sie J. J. Moser *) — welche die officiellen Ansichten von der Souveränetät der Landesherren in Systeme brachten und als das ächte deutsche Staatsrecht verkündigten. Ihnen gegenüber erinnerten die Moser und selbst Pütter daran, daß die Landeshoheit nicht nur nach den Reichsgrundgesetzen und Landessatzungen der alten Zeit, sondern selbst noch nach einzelnen Bestimmungen des westfälischen Friedens eine eingeschränkte sei und in Ansehung der Appellationen, Zölle, Steuern, Münzen, des Reformationsrechts u. s. w. durchaus nicht als souverän gelten könne. Aber daß der Zustand, wie er war, von diesen älteren Ueberlieferungen weit verschieden sei, stellten auch sie nicht in Abrede. „Die Souveränetätsbegierde, klagt J. J. Moser, **) bemeistert sich immer mehr der fürstlichen Höfe; man hält Soldaten so viel man will, man schreibt Steuern aus so viel man will, legt Accis und andere Impesten auf, kurz man thut was man will, läßt die Landstände und Unterthanen, wann es noch gut geht, darüber schreien oder macht ihnen, wenn sie nicht Alles, was man haben will, ohne Widerspruch thun, auch die nöthigsten und glimpflichsten Vorstellungen zu lauter Verbrechen, Ungehorsam und Rebellion.“

Allerdings boten die alten Landstände gegen die neue Staatsgewalt keine Schutzwehr; allenthalben hatten die landesherrlichen Autoritäten sicheren Boden gewonnen, sich gewisse feste Abgaben gesichert, auch wohl neue Steuern, so-

*) Von der Landeshoheit S. 256.

**) A. a. O. 252. 253.

gar solche, welche den Landständen in der Regel am verhaßtesten waren, wie die Consumtionssteuern, erhoben, und obwohl es noch immer Rechtens war, daß dazu die Genehmigung der Landschaft erforderlich sei, so geschah es dennoch auch ohne diese. Entweder waren die alten Landstände ganz verschwunden und ihre Einberufung ruhte, wie in den meisten Gebieten der österreichischen und preußischen Staaten, oder sie bestanden noch fort (wie in Kursachsen, Baiern u. s. w.), aber nur ihre Harmlosigkeit fristete ihnen noch ihr Dasein, oder sie suchten zwar ihre Gerechtsame nach alter Weise zu behaupten (wie in Würtemberg, Mecklenburg), allein die seltenen Fälle, wo ihnen dies gelang, kamen nicht in Anschlag gegenüber den vielen, wo sich die Excesse der Gewalt durch ihren Widerstand nur steigerten.

Diese letzteren sind es, die vorzugsweise einem freimüthigen und gewissenhaften Manne der alten Zeit, wie J. J. Moser, so bittere Klagen abzwingen. Aus eignen Erfahrungen schildert er uns,*) wie vergeblich alle Vorstellungen waren, wie die alten Mißbräuche blieben, man die ständischen Beschwerden verschleppte, zu den Acten legte und wohl auch auf wiederholtes Anrufen Verweise ertheilte, „daß man den Herrn so oft und zur Unzeit incommodire." ... „Noch glimpflicher, fügt er hinzu, und dennoch kein Haar besser ist es, wenn der Landesherr eine Antwort ertheilt, selbige auch wohl lauter Honig und süße Worte im Munde führet und doch am Ende auf ein pur lauteres Nichts hinausläuft. Der in landschaftlichen Sachen Erfahrung hat, kann leicht ein ganzes Lexicon von solchen Resolutionen, Redensarten, Touren, Versicherungen, Canzleitröstten, dilatorischen Antworten u. s. w. zusammentragen; davon man aber hier nur aus dem Grunde abstrahiret, damit nicht ein oder der andere Hof, an welchem die Ausstudirung neuer dergleichen Formeln ein Stück der wichtigsten Staatsgeschäfte ist, meinen möchte, man habe ihn damit abschildern wollen."

Daß dies ständische Wesen so geräuschlos vor dem neuen Regiment zusammenbrach, lag indessen keineswegs nur an der Macht und Gewaltthätigkeit der Fürsten, sondern das ständische Wesen selber hatte sich überlebt. Indem es nur die Sonderinteressen der Einzelnen und der Körperschaften vertrat, beraubte es sich des populären Rückhalts, auf den sich eben der neue Absolutismus wesentlich mit stützte. Indem es überall die mittelalterlichen Sondergewalten eigensinnig festhalten wollte, widerstrebte es einer Einheit des Regiments, die keineswegs nur eine despotische Laune, sondern eine Wohlthat und Nothwendigkeit für die Gesammtheit war. Die alten Landstände waren es nicht, welche der feudalen Ueberbürdung der Unterthanen, welche der Leibeigenschaft, der nun ganz sinnlos gewordenen Steuerfreiheit zu Leibe gingen, das thaten nur die Fürsten. Dort, wo der neue Absolutismus in seiner ge-

*) S. Moser, von der deutschen Reichsstände Landen, deren Landständen u. s. w. 1769. S. 1311. 1313.

sündesten und uneigennützigsten Gestalt auftrat, gründete er die Einheit der Staatsgewalt, schuf Ordnung, brachte einen gewissen wenn auch beschränkten Rechtsschutz für Alle zur Geltung, steigerte die Hülfsquellen des Staates, hob den Wohlstand der Bürger und Bauern, weckte in ihnen wieder das Gefühl ihres Werthes, gab dem Staate eine tüchtige militärische Rüstung, förderte die Volkserziehung und die Wissenschaft — Alles Wohlthaten, welche die Fortdauer der alten Formen den gedrückten Bevölkerungen nimmer hätte gewähren können.

Es ist keine Frage, daß dieses neue Regiment in Deutschland mit sehr verschiedenem Glück und Geschick gehandhabt ward. An einzelnen Stellen behauptete noch das französische Wesen seinen alten Einfluß; verschwenderische Hofhaltungen, kostspielige Liebhabereien, Maitressenthum und Soldatenspiel saugten noch den Wohlstand der Länder auf, und obwohl auch da meistens ein regerer Trieb des Schaffens und Reformirens geweckt war, herrschten doch noch die Versailler Muster im Ganzen vor. In andern Ländern war man geschickter, die Härten und Gewaltthätigkeiten der neuen Regierungsweise nachzuahmen, als deren wohlthätige Wirkungen zu erzielen. Wie verschieden war nicht vom Regiment des großen Königs in Preußen die bunte Wirthschaft, die dicht daneben in Sachsen getrieben ward, wie wichen die Regierungen von Kurpfalz und Hessencassel von dem Muster ab, das Friedrich II. aufstellte, und wie arg trieb es manche der kleineren Regierungen, z. B. die würtembergische, im Vergleich mit dem väterlich milden Regiment, das in Braunschweig, Baden, Weimar geübt ward! Aber unleugbar war es doch, daß die neue Staatsanschauung Friedrichs II., die sich in das bekannte Wort: „Alles für das Volk, nichts durch das Volk“ fassen ließ, eine ganz andere Generation von Fürsten großgezogen hatte, als sie unter den Eindrücken des „l'état c'est moi“ zu Ende des siebzehnten und am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts aufgewachsen waren. Es war ein Bewußtsein der Pflicht, ein Gefühl der Würde und der segensreichen Bedeutung des fürstlichen Regiments in die regierenden Geschlechter eingedrungen, wie es so frisch und thatkräftig weder vorher noch nachher sich kund gegeben hat. Blieb auch Friedrich selber unerreicht, so hatte doch das deutsche Fürstenthum seit lange nicht eine solche Reihe würdiger persönlicher Vertreter gehabt, wie damals; an Maria Theresia und an Joseph II., an Carl August von Weimar, Carl Friedrich von Baden, Max Joseph III. von Baiern, Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig, dann an einzelnen Persönlichkeiten aus der Reihe der geistlichen Fürsten in Cöln-Münster, Mainz, Würzburg-Bamberg läßt sich am besten erkennen, welch eine treffliche Schule aus der neuen Ansicht eines wohlwollenden, humanen und uneigennützigen Fürstenregiments im vorigen Jahrhundert erwachsen war. Wohl waren die herrschenden Maximen nicht frei von Einseitigkeit und doctrinärer Despotie; sie verleiteten gern zum Systematisiren und Experimentiren, aber gleichwohl bleibt dieser Abschnitt das rühmlichste Blatt,

das die ganze neuere Geschichte des deutschen Fürstenthums aufzuweisen hat. Die Humanität und Duldung war in das ganze Regiment eingedrungen; überall machte sich eine gesündere und freiere Auffassung der menschlichen Dinge, ein lebendiger Sinn für die Interessen des Volkes und ein Trieb der Thätigkeit und Bewegung geltend, dessen Wirkung selbst in den am meisten erstarrten Gebieten des großen deutschen Landes allmälig fühlbar ward. Es wurde seit Friedrich II. guter Ton an den Höfen, den Aufwand zu beschränken, Wissenschaft und Kunst zu schützen, religiöse Duldung zu handhaben und die neuen Ansichten vom Volkswohle als die herrschenden Staatsmaximen anzunehmen.

Nicht überall ward dabei die Eigenthümlichkeit deutschen Wesens mit dem richtigen Tacte geschützt; die Klage war gegründet, daß man zu viele Dinge unter eine Regel bringen und lieber der Natur ihren Reichthum benehmen, als das herrschende System ändern wolle. Nicht mit Unrecht klagte Justus Möser, daß man die Staatsverfassung auf einige allgemeine Gesetze zurückbringen wolle; „sie soll, sagt er, *) die unmannigfaltige Schönheit eines französischen Schauspiels annehmen, und sich wenigstens im Prospect, im Grundriß und im Durchschnitt auf einen Bogen Papier vollkommen abzeichnen lassen, damit die Herren beim Departement mit Hülfe eines kleinen Maßstabs alle Größen und Höhen sofort berechnen können."

Dessenungeachtet ward ein großes Resultat erreicht: die alte Starrheit gerieth in lebendigen Fluß, der Bann eines dumpfen und schwerfälligen Lebens, die schlimmste Erbschaft der Vergangenheit, war gebrochen und eine Fülle von frischen Lebenskräften geweckt, deren Selbstthätigkeit einen neuen Aufschwung des deutschen Volkslebens vorbereitete.

Aber es wurden auch Bedürfnisse eines staatlichen und bürgerlichen Lebens wach, die bisher zum größten Theil geschlummert hatten; sie zu befriedigen waren eine große Menge kleiner Gebiete ihrer Natur nach außer Stande. Die zahlreichen geistlichen Territorien, die kleinen Grafschaften, die ritterschaftlichen Gebiete, die Reichsstädte waren seit geraumer Zeit ebenso wenig wie die Reichsverfassung dazu angethan, den staatlichen und gesellschaftlichen Geboten des Jahrhunderts zu genügen. Je stärker solche Forderungen sich der Gemüther bemächtigten, um so mehr mußte die ganze Existenz jener winzigen Staatengruppen als eine Anomalie erscheinen. Ihr innerer Zustand war zum Theil nicht schlimmer, als in den vorangegangenen Zeiten, aber es war ein Umschwung in der politischen Gesellschaft eingetreten, dessen ganze Ungunst auf sie fallen mußte.

Wir wollen versuchen, die Lage dieser kleineren Territorien zu veranschaulichen.

---

*) J. Mösers Werke, herausg. von Abeken. II. 21. 26.

Die geistlichen Staaten waren eine Eigenthümlichkeit des heil. römischen Reiches; ihre Häupter repräsentirten noch die mittelalterliche Vermischung deutschen Staatswesens mit der römischen Kirche. Drei geistliche Kurfürstenthümer, ein Erzbisthum (Salzburg), eine Reihe theils altangesehener, theils noch immer durch Reichthum und Umfang hervorragender Hochstifter, wie Würzburg, Bamberg, Münster, Osnabrück, Paderborn, Hildesheim, Lüttich, Worms, Speyer, Straßburg, Basel, Constanz, Augsburg, Fulda, Freisingen, Regensburg, Passau, Eichstädt, dann eine ansehnliche Reihe von reichsunmittelbaren Abteien und endlich die beiden Orden der Johanniter und der Deutschherren — das waren die immer noch nicht unbeträchtlichen Ueberreste des geistlichen Staatenthums, welche die Reformation überdauert hatten. Aber die *alte* Bedeutung war auch für diese verloren gegangen, seit die katholische Einheit der abendländischen Welt durchbrochen und die ganze politisch-kirchliche Gliederung des Mittelalters erschüttert war. Die Zeit war ohnedies längst vorüber, wo, gegenüber der streng aristokratischen Ordnung mittelalterlicher Stände, die kirchlichen Stifter die einzige Zuflucht waren für den begabten, aber unbemittelten Theil der untern Volksklassen, wo Talente ohne Stammbaum und ohne Vermögen durch die kirchliche Laufbahn allein zu einer hohen gesellschaftlichen Stellung gelangen, ja, wie Peter Aichspalter, zu Fürsten und Kurfürsten des h. Reichs, zu leitenden Rathgebern der Kaiser und Herren der Welt sich emporschwingen konnten. Diese demokratische und volksthümliche Bedeutung hatten die kirchlichen Stifter ebenso verloren, wie sie die apostolische Einfachheit des Hirtenamtes früherer Jahrhunderte abgelegt hatten. Sie waren Fürstenthümer geworden, Fürstenthümer mit den meisten Schattenseiten weltlicher Staaten, ohne doch ihrer Natur und ihrem Umfange nach die Vorzüge dieser letzteren sich aneignen zu können.

Die populäre Stellung der alten Zeit hatten sie daher eingebüßt und erschienen nur noch mit dem Interesse eines Standes im Reiche innig und unmittelbar verflochten. Denn sie waren jetzt vorzugsweise eine Zufluchtsstätte, die den deutschen Adel versorgte; die Domcapitel namentlich erschienen wie große, opulente Pfründnerhäuser für die jüngeren Söhne der adeligen Familien. Es galt für eine ausgemachte Sache, daß ein herabgekommenes Herrenhaus, wenn es auch nur nach mehreren Generationen einmal dazu kam, eine Domherrenstelle oder gar einen geistlichen Fürstenhut zu erlangen, dadurch in den Stand gesetzt ward, seinen unvermeidlichen ökonomischen Verfall wenigstens auf eine Zeitlang noch abzuhalten. Was hier von Einzelnen galt, das konnte man mit Fug und Recht vom reichsmittelbaren Adel im Ganzen behaupten. So lange die Kirchenstifter dazu verwandt wurden, die jüngeren Söhne der verarmten Freiherren und Grafen zu unterhalten, so lange fristete der Reichsadel überhaupt noch seine Existenz; andrerseits mußte die Auflösung und Säcularisirung der geistlichen Stifter den Ruin des Adels als unmittelbarste Folge nach sich ziehen.

Was aber die geistlichen Staaten dem Adel so schätzbar machte, das trug gerade nicht dazu bei, sie in den Augen der Anderen als unentbehrlich erscheinen zu lassen. Man hielt es für ein arges Vorrecht der jüngeren Herren von der Aristokratie: ohne Arbeit und Verdienst einem bequemen, oft verschwenderischen Müßiggange zu leben. Man wollte nicht einsehen, warum gerade dieser Adel, der allerdings nur selten respectable Proben von hervorragender Tüchtigkeit an Geist und Sitte lieferte, ein solches Privilegium behielt; man spottete über die bald rohe und ungeschlachte Art der Junker im geistlichen Gewand, bald über ihre französirte, weltmännisch-frivole Sitte und Art, zu welcher der geistliche Beruf in seltsamem Gegensatze stand.

Wie es immer ein Nachtheil für ein politisches Institut ist, wenn es nur einem einzelnen Bruchtheile der Gesellschaft dient, so haben auch die geistlichen Staaten des alten Reiches immer mehr die Last dieser Ungunst empfinden müssen. Ihr Verhältniß wäre z. B. ein ganz anderes gewesen, wenn sie, nachdem die mittelalterliche Bedeutung einmal verloren war, es wenigstens verstanden hätten, durch hervorragende Talente aus dem Volke die alternden Corporationen zu verjüngen. Statt die peinlichen Ahnenproben anzustellen, wäre es den Domcapiteln viel förderlicher geworden, wenn sie einen frischen Zusatz demokratischen Blutes sich beigelegt hätten. Talente ohne Ahnen konnten ihnen nur nützlich sein, während der Ruf, adelige Versorgungsanstalten zu sein, ihren Credit und ihre Popularität untergrub.

Der bedeutungsvollste Körper dieser geistlichen Fürstenthümer war eben das Domcapitel; es stand dem geistlichen Fürsten selber wie ein Senat zur Seite. Aus der Wahl der Domherren ging das Oberhaupt selbst hervor und sie haben natürlich nicht versäumt, dies Recht in ihrem eigenen Interesse auszubeuten. Das Domcapitel hatte seine Besitzthümer, seinen Antheil an den Regierungsrechten, eine gewisse controlirende Macht gegenüber dem geistlichen Landesherrn selber, und wie im Großen die Fürsten gegenüber dem Kaiser jede neue Wahl zur Erlangung neuer Concessionen in der Wahlcapitulation benutzten, so ähnlich im Kleinen die Mitglieder des Capitels gegenüber dem erwählten Oberhaupt. An sich schon hatte eine Körperschaft, die sich selber ergänzte und dadurch eine ununterbrochene Stetigkeit bewahrte, eine natürliche Bedeutung, die den geistlichen Fürsten in engen Schranken hielt.

So war denn aus den geistlichen Staaten fast allein der straffe fürstliche Absolutismus ferngehalten worden; die Herren vom Domcapitel bildeten ein Gegengewicht gegen die monarchische Autorität, das viel mehr bedeutete, als die hie und da noch vegetirenden landständischen Körperschaften. Aber man würde sich gleichwohl irren, wenn man daraus auf eine besonders gedeihliche Entwicklung der Freiheit oder eines festen Rechtszustandes schließen wollte. Die Capitel rekrutirten sich aus einer Anzahl adeliger Familien, zum Theil solchen, die dem Lande wie seinen Interessen fremd und fern waren. Was also hinter ihnen stand, war nicht etwa die gewichtige und zahlreiche Aristokratie des

Landes, sondern eine Coterie von Familien, die in der Regel an dem Stift kein anderes Interesse hatte, als es für ihre Angehörigen auszubeuten. Das Streben des Capitels ging darum auch viel seltener darauf aus, den Vortheil des Landes und des Stiftes, als den eigenen, zu verfolgen; sein Gegensatz zum Landesherrn drehte sich in der Regel um Conflicte, die solchen Interessen entsprangen, und nur allzuhäufig hatten die gewöhnlichen Streitigkeiten zwischen Bischof und Capitel keine andere Wurzel als die beiderseitige Rivalität, sich die Einkünfte des Stiftes nach Kräften nutzbar zu machen. Ein tüchtiger und rühriger Fürst fand bei seinem Bestreben nach Reformen und Erleichterungen am Domcapitel nicht selten den zähesten Widerstand; ein eigensüchtiger gerieth mit ihm in Hader über die beiderseitigen Vorrechte und Vortheile.*) Für das Erstere können die ehrwürdigsten geistlichen Fürsten des vorigen Jahrhunderts, z. B. Franz Ludwig von Erthal, als Beispiel dienen; das Andere läßt sich durch zahlreiche Streitigkeiten und Processe zum Theil sehr ärgerlicher Art belegen.

Es leuchtet ein, welches der eigentliche wunde Fleck dieser geistlichen Staaten war. Sie litten nicht unter dem Drucke der Abgaben, womit der hohe Militärstand die Bevölkerungen der weltlichen Gebiete heimsuchte; der Militäretat in den geistlichen Landen war in der Regel unbedeutend. Sie hatten keine Maitressenregierungen, denn obwohl die Sitten der geistlichen Herren oft weltlich genug waren, ist doch auch kaum im ganzen achtzehnten Jahrhundert ein geistlicher Staat zu finden, wo die Staatsregierung so herabgewürdigt war, wie es in Sachsen unter August dem Starken, in Würtemberg unter Eberhard Ludwig, in Pfalz-Zweibrücken unter Herzog Carl der Fall war — anderer Beispiele nicht zu gedenken. Aber die Regierung stand meistens außer innerer Verbindung mit dem bleibenden Interesse des Landes; der Fürst war zu sehr versucht, nur für sich zu sorgen, das Domcapitel zu sehr darauf angewiesen, eben nur den Vortheil der interessirten Familien wahrzunehmen. Was es hieß, einem Fürsten preisgegeben zu sein, der ohne jede innere Verknüpfung das Land nur als brauchbares Mittel für außerhalb liegende Zwecke betrachtete, das hat z. B. im Anfang des achtzehnten Jahrhunderts das Treiben des Kurfürsten Joseph Clemens in Cöln zum bitteren Nachtheil des Landes und Stiftes bewiesen. Was eine geistliche Aristokratie, die im Lande nicht geboren und ansässig, oft auch nicht einmal da wohnhaft war, sondern nur dessen Einkünfte zog, dem Gedeihen des Landes selber zutrug, dafür waren die Belege allerwärts zu finden. Hier drängte nicht, wie in den weltlichen Staaten, die Sorge um Dynastie und Nachkommenschaft darauf hin, die Hülfsquellen des Landes sorgfältig zu pflegen, die Lasten des Volkes zu erleichtern, den Druck der Aristokratie und Feudalität zu mildern, die Kräfte des Bürgers und Bauers zu heben, einen geordneten und sparsamen Haus-

*) S. darüber Perthes, deutsches Staatsleben S. 107 ff.

halt herzustellen; vielmehr war die Erhaltung der aristokratischen Mißbräuche, das Verharren im alten Wuste hier durch die Zusammensetzung der herrschenden Klasse von selber begünstigt.

Nun war es seit dem Ende des siebzehnten Jahrhunderts Brauch geworden, jüngere Prinzen aus mächtigen deutschen Fürstenhäusern zu einzelnen Kurwürden zu erheben und den Glanz ihrer Stellung dadurch zu steigern, daß man eine Reihe solcher Stifter auf einen Einzigen zusammenhäufte. Das war z. B. dem baierischen Fürstenstamme mit dem Kurfürstenthume Cöln lange Zeit gelungen, und einer aus dem Hause, Clemens August, war nicht nur Erzbischof von Cöln (1724—1761), sondern zugleich Fürstbischof von Münster, Osnabrück, Paderborn und Hildesheim, auch Hoch- und Deutschmeister. Es gab das den Stiftern eine äußerlich glänzende Stellung, aber meistens um einen hohen Preis. In der Regel waren die Lasten, die solch ein hochgeborner Fürst dem Bisthum auferlegte, größer, sein Interesse für das Wohlergehen des ihm untergebenen Landes geringer. Er war mit den dynastischen Interessen seines Hauses verflochten, wurde durch sie in Allianzen und Kriege verwickelt, deren Last das Land tragen mußte, vernachlässigte dann wohl die Verwaltung des Landes, in dem er sich selber wie ein Fremdling erschien, und suchte, gestützt auf seine mächtige Verwandtschaft und Verbindungen, die etwa noch bestehenden ständischen Schranken gewaltsam wegzuräumen. Die Regierung des Kurfürsten Joseph Clemens war in dieser Hinsicht ein warnendes Exempel gewesen. Die Wiederkehr ähnlicher Zeiten abzuwenden, tauchte noch gegen Ende des vorigen Jahrhunderts in einem Hochstifte der Vorschlag auf*), durch ein förmliches Statut sich darüber zu vereinigen, daß nie ein Oberhaupt aus den größeren Fürstenhäusern, sondern stets aus dem alten deutschen Adel gewählt werden sollte. Aber die Erfahrung zeigte, daß auch der Adel zum Theil dem Stifte fremd war, zahlreiche Pfründen auf einem Haupte zu vereinigen suchte und den Ertrag dieser Pfründen bald da bald dort verzehrte. Unter allen Umständen wurde jedoch durch dieses Verhältniß die Wahl selber der Spielraum für auswärtige Intriguen. Ward z. B. in einem der bedeutenderen Stifter ein Prinz aus einem der größeren Fürstenhäuser als Candidat genannt, so waren natürlich alle widerstreitenden dynastischen und politischen Interessen herausgefordert, dagegen zu agiren; selbst protestantische Mächte, wie Preußen, mischten sich dann auf's angelegentlichste in die Wahl eines Erzstiftes, wenn etwa die Ernennung eines österreichischen Prinzen bevorstand.

Es ist einleuchtend, daß bei solchen von außen hereinwirkenden Interessen der Vortheil des Landes nur eine untergeordnete Rolle einnahm. Hatte doch der Gewählte in der Regel die unterlegene Minderheit zu Gegnern, vielleicht zu Nachfolgern; wie unsicher war Alles, was er von selbständigen Werken

*) Dohm, Denkwürdigk. I. 364.

begann! Nur selten traf es sich, daß die gewählten Regierungen eine lange Zeit ausfüllten;*) in der Regel war den geistlichen Regenten eine kurze Frist gegönnt, die ihnen kaum Zeit ließ, rasch und flüchtig aufzubauen, was die nächstfolgende Regierung meistens wieder zusammenriß. Denn die neue Regierung stand häufig im vollsten Gegensatze zu den vorangegangenen und begann darum mit der ungeduldigen Zerstörung der Werke des Vorgängers. Welch ergiebiges Feld für die geistliche Neigung zur Intrigue, aber auch welch ein Zustand allgemeiner Unsicherheit, wenn gleichsam jede Regierung nur wie eine Uebergangszeit erschien und von der Ungeduld der lauernden und hoffenden Erben bereits umringt war!

Unter solchen Umständen war es das Natürlichste, daß bei den meisten geistlichen Regierungen der Reformeifer nicht allzugroß war; man war sich der Unsicherheit zu sehr bewußt. Es schien räthlicher, so lange die Gewalt dauerte, den Ertrag des Staates auszubeuten und zu genießen, als politische Neugestaltungen zu unternehmen, deren Dauer doch nur ephemer war. Die geistlichen Staaten waren deßhalb diejenigen, welche sich der neuen Staatsansicht, wie sie sonst das Jahrhundert fast allerwärts zur Geltung brachte, am längsten verschlossen. In ihnen war am wenigsten geschehen, die Ungleichheiten der Feudalität zu mildern; hier stand, zum Theil noch in scharfem Gegensatze, einem verschwenderischen und schwelgenden Stiftsadel und einem sorglosen Beamtenthum ein gedrückter Bauernstand und ein Bürgerthum ohne Nerv und Aufschwung gegenüber. Hier war noch am wenigsten gethan worden, eine wohlgeordnete Verwaltung, eine rasche und unbestochene Justiz herzustellen, die Kräfte des Landes und Volkes zur Selbstthätigkeit anzuspornen. Drum hatte auch die Bevölkerung in den geistlichen Landen eine ganz andere Physiognomie als in den besser regierten weltlichen Gebieten. Man genoß sorglos den reichen Ertrag, den die üppige Natur der geistlichen Territorien ohne besondere Opfer und Arbeit gab; es war hier nicht der menschliche Fleiß, der die Natur bezwang, sondern die Verschwendung der Natur nährte die träge Sorglosigkeit. Die Fesseln wegzunehmen, die auf der Arbeit lasteten, und die Arbeitskräfte zur höchsten Thätigkeit anzuregen, widersprach der geistlichen Politik durchaus; man gewöhnte das Volk vom Vorhandenen zu zehren, aber auch in den hergebrachten Geleisen zu verharren. Das Beispiel der zahlreichen Geistlichen, die müßig gingen, war an sich nicht ermuthigend für den Fleiß des Volkes; es verstand sich zudem in geistlichen Landen von selbst, daß eine große Zahl von Menschen theils durch Stellen und Sinecuren, theils durch Wohlthätigkeitsanstalten und Almosen unterhalten ward, und die mensch-

*) Im Stift Würzburg z. B. sind vom Anfang des achtzehnten Jahrhunderts bis zum letzten Fürstbischof neun verschiedene Regenten aufzuzählen, in Bamberg in derselben Zeit sieben. Von den Erzstiftern hatten Kurmainz und Kurtrier im Laufe des Jahrhunderts jedes sechs verschiedene Regenten.

liche Trägheit gewöhnte sich leicht an den Gedanken, daß dies in der Ordnung sei. Elend und äußerste Noth trat darum in den geistlichen Landen selten ein, davor schützte der Reichthum der Natur selbst, aber Armuth war genug vorhanden, und was schlimmer war, es fehlte auch jener aufstrebende Wohlstand und jenes Ehrgefühl der Arbeit, wie es in Gebieten von viel kargerer Begabung heimisch war. Die geistlichen Lande waren dafür das Paradies geistlich-contemplativen Müßigganges und hochadeligen Nichtsthuns, die rechte Heimathsstätte der Protection, der Sinecuren, der Vetterschaften und des großen und kleinen Bettels. Namentlich das Beispiel der mönchischen Trägheit mußte von unwiderstehlicher Macht sein; denn es schützte dagegen weder die angeborne Art eines rührigen und begabten Volksstammes, noch die Ueberlieferung früheren Glanzes, der durch Arbeit erworben war.

Die geistlichen Gebiete hielten sich darum auch so lange wie möglich abgesperrt von der Berührung mit andern Einflüssen; ein sicherer Instinct leitete sie z. B., selbst das kleinste Eindringen protestantischer Elemente nach Kräften abzuwehren und dabei die alte mönchische Art des Schulunterrichts zu erhalten. Oder während man in den größeren weltlichen Territorien aus Staatsraison tolerant geworden war, kam es in einem geistlichen Erzstifte noch im achtzehnten Jahrhundert vor, daß man die paar protestantischen Gemeinden mit grausamer Härte ins Elend stieß; und während man dort Flüchtige aufnahm, neue Zweige der Industrie und des Handwerkes mit Opfern hereinzog, war man in den geistlichen Territorien bis zur Mitte des achtzehnten Jahrhunderts eifrig darauf bedacht, sich diese gefährlichen Elemente fern zu halten. Indeß man anderwärts bemüht war, alle vorhandenen Hülfsquellen in Umlauf zu setzen, Ackerbau, Industrie und Handel dadurch zu heben, wurden hier die reichen Einkünfte des Landes in Ueppigkeit — zum Theil außerhalb des Landes selbst — genossen und blieben der Arbeit der Bevölkerung entzogen. Bei dieser Staatskunst gelangte man freilich nicht dazu, in sandigen und versumpften Gegenden allmälig eine fleißige und wohlhabende Bevölkerung großzuziehen, wohl aber rechnete man auf tausend Menschen, die in geistlichen Landen die Quadratmeile bewohnten, 50 Geistliche und 260 Bettler!*)

Wir begreifen die Klage derer, welche sich nicht darüber trösten wollen, daß diese „gute alte Zeit“ entschwunden ist. Allerdings war der Hofhalt und das Leben der herrschenden Classe nirgends üppiger als an den geistlichen Höfen, der Reichsadel niemals bequemer versorgt als in diesen Stiftern, aber gewiß war auch das Wesen dieser geistlichen Staaten zu keiner Zeit dem nationalen wie dem kirchlichen Zwecke ihrer Gründung fremder geworden, als damals. Die Ueberzeugung, daß dem so sei, hatte sich der Zeitgenossen viel

*) Angabe bei Perthes S. 116.

zu lebhaft bemächtigt, als daß diese geistlichen Gebiete die nächste politische Erschütterung hätten überdauern können.

In der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts schien das Bewußtsein davon auch über die geistlichen Fürsten selber zu kommen. Denn es bricht sich allmälig auch in den Stiftern die neue Politik Bahn; man fängt an im Stile der Zeit zu reformiren, ein thätiges und tolerantes Regiment verdrängt vielfach das alte Wesen, und jener aufgeklärte Absolutismus, der die Mehrzahl der größeren weltlichen Territorien ergriff, drang auch in die geistlichen Gebiete ein. Seit langer Zeit hatte man so achtungswerthe und tüchtige geistliche Fürsten nicht gesehen, wie gerade in den letzten Jahrzehnten vor der französischen Revolution; aber sie konnten die Gefahr nicht beschwören, welche ihre Staaten bedrohte. Ihre Reformen kamen zu spät, um eine friedliche Umgestaltung vorzubereiten, sie kamen aber noch früh genug, um die alten Ordnungen vollends zu zerrütten und die gefürchtete Krisis zu beschleunigen.

In den Stiftern am Niederrhein und in Westfalen machte sich diese neue Richtung zum Theil mit besonderer Rührigkeit geltend. In Kurcöln zwar hatte sich bis über die Mitte des Jahrhunderts das alte Wesen in seinem vollen Glanze behauptet. Jener bairische Prinz Clemens August (1724—1761), der mit der cölner Kurwürde die sämmtlichen westfälischen Stifter vereinigte, war noch ein ächter Repräsentant des alten, stolzen Kirchenfürstenthums. Hier bestand noch eine vornehme und glänzende Hofhaltung, ein bis zur Verschwendung freigebiges Regiment, dessen Härten und Druck übrigens die milde, wohlwollende Persönlichkeit des Kurfürsten vielfach milderte; hier entstanden Schlösser und Prachtbauten, hier wurde die Kunst in königlicher Weise unterstützt, hier ward mit freigebiger Hand Allen gegeben, so lange die Mittel zureichten.*) Doch wandte sich der freigebige Sinn des Fürsten auch unmittelbar nützlichen Zwecken zu; die Straßen im Lande wurden verbessert, den ärmeren Classen Beschäftigung gegeben, dem Schulwesen eine größere Sorge als bisher gewidmet. Kein Wunder indessen, wenn der Nachfolger Max Friedrich (1761—1784), aus dem Geschlechte der Königsegg-Rothenfels, bei beschränkteren Mitteln suchen mußte, die vornehme Wirthschaft des Vorgängers vielfach zu beschränken, und wenn er denn dadurch das Mißvergnügen aller Derer herausforderte, denen ein geistliches Regiment, wie es Clemens August geführt, als das rechte Ideal kurfürstlicher Verwaltung erschien. Unter ihm sind denn auch schon die Anfänge einer Politik zu spüren, in denen man die Rückwirkung von Friedrichs und Josephs Zeit erkennt. Es werden Gelehrtenschulen errichtet, eine Akademie gegründet, das Volks-

*) S. v. Mering, Geschichte der Burgen, Rittergüter u. s. w. in den Rheinlanden. 6. Heft. 1842. Desselben, Clemens August, Herzog von Baiern, Kurfürst und Erzbischof zu Cöln. Cöln 1851.

schulwesen gefördert und — was am übelsten vermerkt ward von den Anhängern des Alten — ein Beitrag dazu von den Klöstern gefordert. Der Kurfürst suchte zudem die Rechtspflege zu verbessern, verminderte die Ueberzahl der Feiertage und nahm in dem Erziehungswesen des Clerus die ersten Veränderungen vor. Diese josephinischen Anwandlungen erhielten eine natürliche Stütze an dem Nachfolger, dem letzten Kurfürsten Maximilian Franz, dem Bruder Josephs II., der unter den Eindrücken der brüderlichen Politik aufgewachsen und vielfach von ihr bestimmt war.

Viel ausgeprägter machte sich die neue Politik im Stifte Münster geltend, das zwar schon seit Joseph Clemens (1719) in dem Kurfürsten von Cöln zugleich seinen Bischof hatte, aber ungeachtet dieser persönlichen Verbindung unter einer besonderen Verwaltung stand. Münster war das einzige Stift, das die beneidenswerthe Einrichtung sich erhalten, die Mitglieder des Capitels nur aus dem einheimischen Adel zu wählen. Die Nachtheile einer gleichgültigen Fremdenregierung kannte man hier nicht; vielmehr stellte der Domherr Friedrich Wilhelm Franz von Fürstenberg, der seit dem siebenjährigen Kriege dort leitender Minister war, ein edles Beispiel jenes patriotischen Geistes auf, den der rechte und ächte Adel als sein schönstes Vorrecht betrachten sollte.*) Ganz von den Reformideen der Zeit durchdrungen, aber mehr nach dem Vorbilde Friedrichs als Josephs II., voll warmen Eifers für die Hebung des Landes und doch ohne die ungeduldige Hast und Gewaltthätigkeit der despotisirenden und revolutionären Aufklärer, nimmt Fürstenberg eine der ehrenvollsten Stellen ein unter den deutschen Staatsmännern des Jahrhunderts. Während Max Friedrich in Cöln nur schüchtern die neue Bahn betrat, führte die Regierung, die Fürstenberg in seinem Namen in Münster leitete, eine glückliche Periode der Reform über das Fürstenthum herauf. Das durch den Krieg schwer heimgesuchte Land wird gehoben, die Schuldenlast erleichtert, Ackerbau und Industrie mit wachsamer Fürsorge gefördert, in allen Kreisen des kleinen Staates Leben und Bewegung geweckt, für bessere Schulen und tüchtige Erziehung der Geistlichen gesorgt und in Verwaltung, Rechtspflege und Polizei ein Zustand hergestellt, wie er sonst in keinem dieser kirchlichen Gebiete existirte. Die münsterischen Gesetze z. B. über das Medicinalwesen galten nach dem Urtheile der Kenner für die besten in Europa.**) Die Verordnung über die Verbesserung der Schulen ward von einem Manne wie Dohm gerühmt, „daß sie der gesunden Vernunft ihr Recht herstelle, ohne der echten Gelehrsamkeit etwas dafür abzuziehen." Fürstenbergs Verordnung von 1778 über die Bildung der Ordensgeistlichen ist in Form und Inhalt

*) S. die Mittheilungen Dohms, Denkw. I. 319 ff.

**) S. die angeführten Actenstücke in den Materialien für die Statistik von Dohm II. 134 ff.

eines der schönsten Zeugnisse der ächten Humanität jener Tage; sie mag nicht überall ganz römisch sein, aber sie ist durchaus christlich.

Auch in Kurtrier wie in Cöln lagen die alte und neue Richtung des öffentlichen Lebens mit einander im Kampfe. Nach einer schlichten und altväterischen Regierung Franz Georgs von Schönborn war dort mit dem Kurfürsten Johann Philipp (von Walderndorf 1756—1768) die prachtlustige und verschwenderische Sitte der Zeit eingezogen.*) Ein glänzender Hofstaat, muntere Gesellschaft, Jagd und Tafelfreuden, ein bisher ungekannter Luxus und eine wachsende Schuld bezeichnen das nachgiebige und freigebige Regiment dieses geistlichen Herrn. Die Nachfolge eines Prinzen, und zwar eines sächsischen Prinzen, Clemens Wenceslaus, schien nicht der Weg, in bescheidenere Bahnen einzulenken, und allerdings war der letzte Kurfürst von Trier bemüht, seinen Rang und seine Abstammung auch in der äußeren Haltung geltend zu machen; aber gleichwohl stand auch seine Verwaltung unter den mächtigen Eindrücken der Zeit, der sie angehörte. In den Traditionen seines Hauses aufgewachsen, von der vornehmen und künstlerischen Bildung des Dresdner Hofes, dabei streng altgläubig und der Aufklärung der Zeit innerlich fremd, aber von mildem, wohlwollendem Wesen, auch biegsam genug, um sich dem Einflusse der Zeit hinzugeben, so erschien Kurfürst Clemens recht wie eine Persönlichkeit des Ueberganges aus der alten in die neue Zeit. Die wohlmeinenden Verordnungen, mit denen er begann, hinderten nicht, daß manch grober Mißbrauch fortdauerte, der Handel mit Stellen und Aemtern z. B., ungeachtet des Verbotes, in ärgerlichster Weise gehandhabt, die Erkaufung der unbequemen ständischen Abgeordneten mit einer gewissen Naivetät betrieben ward. Mit der Vollziehung des Befohlenen nahm man es gerade in den geistlichen Staaten nicht allzustreng; ist es doch ein bezeichnender Zug geistlichen Regiments, daß Clemens eine eigene Verordnung erließ, wonach Verordnungen auch genau gehalten werden mußten! Gleichwohl wird auch dieser Fürst, dessen vornehme Verwandtschaften, dessen feinere Genüsse, dessen Bauten und Hoffeste eher an einen königlichen als an einen geistlichen Haushalt erinnern, von der Bewegung der Zeit wie unwillkürlich mit fortgerissen; er legt große Straßen an, sucht die Industrie und Arbeitskraft des Landes zu heben, ja er gibt sogar die alte confessionelle Ausschließlichkeit der Trierschen Politik auf und läßt Protestanten ins Land, wie das Toleranzedict (1783) mit schätzenswerther Aufrichtigkeit sagt, „weil eines Theils durch die Entfernung alles Scheines des Verfolgungsgeistes unsere heilige Religion verehrungswürdiger gemacht werde, andern Theils aber durch die Niederlassung reicher Handelsleute und Fabrikanten das inländische Commercium befördert, der müßige Bettler beschäftigt und fremder Reichthum in das Vaterland gebracht werden möchte.“ So

*) Ueber die Kurfürsten von Trier s. von Stramberg's Rhein. Antiquarius I. 1. 569 ff. I. 2. 53.

weitab Clemens Wenceslaus von den Ideen und Handlungen Josephs II. steht, dient er doch durch den Beitritt zum Emser Congresse der Politik des Kaisers, versucht Reformen im Unterrichtswesen, läßt sogar noch 1789 die Aebte der Klöster zusammentreten, um sie über deren Umgestaltung zu berathen — bis die Ereignisse, die gleichzeitig im Westen erfolgten, hier wie anderwärts auf diese flüchtigen Reformanwandlungen einen sehr fühlbaren Rückschlag üben.

Aber die milde und nachgiebige Regierung des Kurfürsten hinderte nicht, daß auch hier dieselben Ursachen des Verfalles wirkten, die überall die Existenz der geistlichen Staaten untergruben; dies wird selbst von Zeugen eingeräumt, die ihrer ganzen Anschauung nach zu den warmen Verehrern der „guten alten Zeit“ zu zählen sind. „Dem tiefen Verfalle der höheren Geistlichkeit — sagt einer von ihnen,*) fast noch ein Zeitgenosse — dem Verfalle, der Trägheit der höheren Stände im Allgemeinen vermochte der Kurfürst nicht abzuhelfen; es versanken seiner Gewalt morsche Stützen; nicht gerade eine Veränderung wünschten die Massen, aber das Bestehende war ihnen verletzend, mitunter verächtlich geworden, alles Alte in Ungunst gerathen ... Die Wehen einer neuen Zeit ließen nicht lange sich erwarten.“

Auch Kurmainz hatte im achtzehnten Jahrhundert einen Fürsten aufzuweisen, der sich den Besten der Zeit würdig anreihte. Der Kurstaat war vom siebenjährigen Kriege schwer heimgesucht, mit Lasten und Schulden überbürdet, als 1763 Emmerich Joseph, aus dem Geschlechte der Breidbach-Bürresheim, zum Kurfürsten gewählt wurde. Kein großer schöpferischer Geist, aber ein edler, einsichtsvoller Mann, den die Tugenden des reinsten Wohlwollens und unbegrenzter Herzensgüte schmückten, freigebig ohne Verschwendung, ein frommer Bischof und zugleich ein rühriger, wachsamer Regent, so hat Emmerich Joseph eilf gesegnete Jahre über den rheinischen Kurstaat gewaltet. Das Wort, das er seinem Minister Großschlag bei der Einführung in sein Amt aussprach: „Das Wohl der Völker ist die erste Regentenpflicht“ ist durch alle seine Handlungen im Leben bestätigt, mochte es gelten die alten Wunden zu heilen, die Folgen unerwarteter Schläge, wie des Hungerjahres von 1771, abzuwenden oder durch Eifer und Fürsorge die Grundlagen künftigen Glückes zu legen. Die Verwaltung, die Rechtspflege und der Staatshaushalt waren niemals in Kurmainz besser bestellt als unter dieser Regierung. Es wurden neue Straßen angelegt, manche Fessel, die auf den Handel drückte, weggenommen, und wo es im Einzelnen zu helfen und zu erleichtern galt, war der Kurfürst allezeit bereit, denn es war seiner Gutmüthigkeit schwer, selbst dem verschuldeten Unglück eine Bitte abzuschlagen. Emmerich Joseph war, wie Clemens Wenceslaus von Trier, von den humanen und milden Ansichten des Zeitalters beherrscht, ohne in Glaubenssachen die Aufklärermeinun-

*) v. Stramberg im Rhein. Antiquarius I. 2. 59.

gen zu theilen; doch gab auch er dem Bedürfnisse nach, in das bestehende Kirchenthum reformirend einzugreifen, im Klosterwesen Veränderungen vorzunehmen, für eine wissenschaftliche Bildung des Clerus Sorge zu tragen und dem Schulwesen eine Theilnahme zu schenken, die, zumal in geistlichen Staaten, bis dahin sehr selten gewesen war. *) Tolerant gegen Andersgläubige, hatte der treffliche Kurfürst zugleich noch ein lebendiges Bewußtsein von dem geistlichen Berufe, den ihm seine Stellung zur Kirche anwies. Dies sprach sich am deutlichsten in den Decreten aus, worin er reformirend in die Kirchenverhältnisse eingriff, namentlich in der schönen Verordnung von 1771, welche die Verbesserung der Klöster betraf. **) Emmerich Joseph ging davon aus, daß eben die wachsenden Angriffe auf die Religion und ihre Gebräuche dazu ermuntern müßten, „alle Unordnungen mit doppeltem Eifer zu ersticken und den Mißbräuchen bei Zeiten zuvorzukommen.“ Auch hielt ihn seine geistliche Stellung nicht ab, in einer denkwürdigen Verordnung dem übermäßigen Anhäufen des Landesvermögens in todter Hand entgegenzutreten, damit dem „bürgerlichen Nahrungsstande“ kein Abbruch geschähe.

Ein solcher Fürst, der bis zum letzten Athemzuge dem Wohle des Landes gelebt, der einen großen Theil seines Vermögens den Armen und Wohlthätigkeitsanstalten vermacht, der noch in seinem Testamente um die Bezahlung der Kriegsschulden und um die Förderung des Schul- und Kirchenwesens Sorge getragen, ein solcher Fürst hätte in jedem anderen Staate auf eine lange Zeit hinaus segensreich einwirken müssen. Daß dies nicht der Fall war, davon trug theils die Kürze seiner Regierung die Schuld, die er erst sechsundfünfzigjährig antrat, theils die allgemeine Beschaffenheit geistlicher Staaten. In diesem Erzstift, das man damals sammt dem Eichsfeld und Erfurt auf kaum 320,000 Einwohner anschlug, gab es 2928 Personen geistlichen Standes und — die Soldaten, Officiere und Schullehrer nicht mitgerechnet — außerdem noch gegen 2200 Beamte. Ungefähr 5100 Personen bedienen, wie Dohm sich ausdrückt, ***) mit Rechtssprechen und Geldeincassiren, Lehren und Beschützen, mit Tragen grauer, schwarzer und weißer Röcke, mit Abscheerung ihres Hauptes oder Anhängen eines Schlüssels an ihren Rock, die 318,000 Einwohner des Staates, deren 62ster Mensch ein Besoldeter, deren 106ter ein Geistlicher war.

Auf die Regierung seines Nachfolgers, des Kurfürsten Friedrich Carl Joseph, die letzte des Mainzer Kurstaates, werden wir noch weiter unten zurückkommen, wenn sie dem Andrange der Revolution von Westen als erstes widerstandloses Opfer erliegt. Hier reihen wir an diese geistlichen Kurfür-

---

*) S. die Mittheilungen im Rhein. Antiquarius. I. 2. S. 201 ff.

**) Die im Folgenden angeführten Urkunden sind abgedruckt in Dohm's Materialien für die Statistik. II. 181 ff. 224 ff. 239 ff.

***) Materialien zur Statistik II. 179.

stenthümer nur noch zwei der angesehensten fürstbischöflichen Staaten: Würzburg und Bamberg. Ihre Regierung, damals über beide Stifter gemeinsam, schließt sich auch am würdigsten an das Beispiel Joseph Emmerichs an.

Franz Ludwig von Erthal,*) dessen segensreiches Regiment 16 Jahre (1779—1795) die beiden fränkischen Hochstifter leitete, war einer der edelsten Repräsentanten jener humanen und volksfreundlichen Schule von Regenten, die sich an das große Muster Friedrichs II. anreihte. Diesem hohen Vorbilde ähnlich, hielt er als leitenden Grundsatz fest: „ich weiß nur zu wohl, daß ich der erste Bürger und Diener des Staates bin," und betrachtete sich nur als den „Verwalter, nicht als den Eigenthümer der öffentlichen Gelder." Und diesen Worten entsprachen alle seine Handlungen. Wachsam gegen die Beamten, ohne Nachsicht gegen die faulen und talentlosen Inhaber einträglicher Sinecuren, ein Feind der feudalen Bedrückungen und des Jagdunfugs, unermüdlich, wo es galt, der Erblichkeit und Käuflichkeit der Stellen, den Unterschleifen und der Corruption entgegenzutreten — so wirkte der treffliche Fürstbischof, nicht ohne manchen zähen Widerstand der Privilegirten, oft auch zum unverhohlenen Verdrusse des hohen Adels und Clerus, aber mit Recht verehrt und gepriesen von den Unterthanen beider Stifter, die eine thätigere und sorgsamere Regierung noch nicht gesehen hatten. Die schwachen Stellen aller geistlichen Staaten, Verwaltung und Rechtspflege, wurden unter Franz Ludwig trefflich bestellt, in der Finanzverwaltung umsichtige Sorge getragen um das Wohl des Volkes, das Armenwesen musterhaft geordnet, die Schulen gehoben, die Universität Würzburg in dem freisinnigen und duldsamen Geiste gefördert, der das ganze Regiment Franz Ludwigs durchdrang. Man sperrte sich in den fränkischen Bisthümern nicht ab gegen die neue Strömung nationaler Cultur, die überwiegend aus protestantischem Geiste erwachsen war, man strebte vielmehr von ihr Nutzen zu ziehen und fand auch in dem wissenschaftlichen Geiste, den man gepflegt, das beste Gegengewicht gegen die modische und blinde Neuerung, die so leicht da Platz griff, wo das Alte einmal aus den Fugen gewichen war. So standen die geistlichen Stifter am Main in dem guten Rufe, eine Universität zu besitzen, die sich den neu aufgeblühten akademischen Anstalten im protestantischen Norden würdig anschloß; die Ansichten des Fürstbischofs über das Volksschulwesen — das sonst keineswegs die Lichtseite geistlicher Fürstenthümer war — fanden weithin in Deutschland Anerkennung. Hier herrschte keine confessionelle Ausschließlichkeit, Proselytenmacherei war dem verständigen Sinne Franz Ludwigs fremd, vielmehr lebten die beiden Bekenntnisse in erträglicher Duldung neben einander. Drum stand auch namentlich die Stadt Würzburg in der ganzen Zeit in einem Rufe, dessen sich sonst die Bischofssitze nicht rühmen konnten; man pries die Stadt nicht nur wegen ihrer heitern Geselligkeit, sondern auch um des aufgeklärten

*) S. Bernhard's Franz Ludwig von Erthal. Tüb. 1852.

und ungezwungenen Tones, um des wissenschaftlichen Interesses willen, das auch in den geistlichen Kreisen herrschte.

So wohlwollend und freisinnig wie Franz Ludwig, wie Emmerich Joseph, wie Heinrich VIII. von Fulda,*) hatte das geistliche Staatenwesen des deutschen Reiches freilich nicht viele Fürsten aufzuweisen. In anderen Stiftern Süddeutschlands sah es zum Theil noch wirr und bunt genug aus; dort wucherten die Mißbräuche geistlichen Wesens in voller Ueppigkeit, ohne die milden Seiten eines patriarchalisch-priesterlichen Regiments. Da hatte sich die alte Verwirrung der Verwaltung, die Sorglosigkeit des Haushaltes, die Gunst des Privilegiums noch in unbeschränkter Geltung erhalten; indem man die „Aufklärung" fern hielt, blieb man auch den materiellen und moralischen Verbesserungen fremd, die davon abhingen. Und das ganze Wesen war darum nicht etwa innerlich tüchtiger, weil man an den alten Formen mit strengerer Gläubigkeit festhielt. Klagte man die „Aufklärung" der Zeit vielfach an, daß sie neben der lichteren und verständigeren Denkweise auch französischen Sitten und Lebensanschauungen Raum gebe, so galt dieser Vorwurf doch auch da, wo man von der Aufklärung der Meinungen und Ansichten sich frei gehalten hatte. Der größere Theil des Clerus war verweltlicht und hatte fast die Erinnerung seines Ursprungs verloren, die Aristokratie, welche die Stifter füllte, war in der Mehrzahl von derselben Frivolität der Sitten und der Leichtfertigkeit der Denkungsart angesteckt, wie die übrige vornehme Gesellschaft. Schlichter und kernhafter Sinn, altväterische Einfachheit und naive Religiosität war überall schwer zu finden, mochte man in den „aufgeklärten" Regionen danach suchen, oder in den anderen, wo sich nicht selten mit der Bigotterie der alten Zeit die Regierungsmaximen Ludwigs XIV. und die Hofsitten Ludwigs XV. zu einem unerbaulichen Ganzen verbanden. Indessen, wenn man auch nur die besser verwalteten Gebiete ins Auge faßte, es blieb doch immer eine höchst bemerkenswerthe Erscheinung, wie wenig die Vortrefflichkeit der Personen dem inneren Verfall des Institutes vorbeugen konnte. Gewiß war keine Epoche der geistlichen Staaten reicher an ehrenwerthen und eifrigen Regenten und Staatsmännern, als die Zeit Emmerich Josephs, Franz Ludwigs und Fürstenbergs; aber gleichwohl waren die geistlichen Staaten die ersten, welche der nächsten allgemeinen Erschütterung erlegen sind. Jene strebsamen Reformregierungen haben diese Krisis eher beschleunigt als aufgehalten. Indem sie die alten Zustände in eine gewisse Bewegung und Gährung brachten und bemüht waren, das Regiment der geistlichen Lande mehr auf den Fuß weltlicher Staaten zu setzen, erschütterten sie die überlieferte Dumpfheit und Passivität, weckten neue Bedürfnisse und förderten nur die allgemeine Einsicht, daß das geistliche Regiment sich überlebt habe. Die Privilegirten, der stiftsfähige Adel namentlich, fühlten sich durch die Reformen vielfach be-

*) S. über ihn Mosers patriot. Archiv II.

einträchtigt, der Bürger und Bauer nicht völlig befriedigt. Vielmehr ward dieser erst jetzt recht inne, an welch unheilbaren Mängeln das geistliche Staatenthum an sich leide, Mängeln, die ein Emmerich Joseph und Franz Ludwig mildern, aber nicht beseitigen konnte. Die Trägheit des Clerus, die Ueppigkeit des Adels, die Käuflichkeit der Verwaltung und Rechtspflege wurden erst Recht Gegenstände allgemeinen Aergernisses, seit man in einzelnen geistlichen Staaten selber bessere Regierungen gesehen hatte. Die trefflichen Fürsten fanden eine wohlverdiente Anerkennung, die aber dem moralischen Credit der geistlichen Staaten nicht zu Gute kam.

Das Bewußtsein, daß dem so sei, war in den letzten Jahrzehnten vor der Revolution ziemlich allgemein geworden; es sprach sich auch in den immer wieder auftauchenden Gerüchten von Säcularisationsplanen und in dem Gefühl der Unsicherheit aus, das die geistlichen Regierungen selber zum Theil erfüllte. Als dann der Sturm von Westen kam, waren es vorzugsweise und im Grunde allein die geistlichen Gebiete, die sich willig und mit unverhohlener Sympathie der revolutionären Strömung hingaben. Der klarste Beweis, daß der politische und gesellschaftliche Zustand dort kein gesunder war.

Das deutsche Reich selber hatte, namentlich in einer Hinsicht, kein Interesse an dem Fortbestand der geistlichen Stifter; denn sie machten es schwach und ungeschützt im Westen. Wo sich jetzt, bei aller Buntscheckigkeit, wenigstens theilweise größere staatliche Gebiete als Grenzländer ausbreiten, Gebiete mit tüchtiger militärischer Rüstung und starken Grenzfesten, da waren zu jener Zeit die unzusammenhängenden Lande der geistlichen Herren von Cöln, Trier, Mainz, Osnabrück, Münster, Worms, Speyer u. s. w. verzettelt, Territorien ohne Arrondirung, ohne militärische Organisation und ihrer Natur nach auf ein friedfertiges, kriegsuntüchtiges Regiment angewiesen. Ein Blick auf die heutige Grenzwehr Deutschlands und den Schutz, den damals die kurkölnischen, kurtrierischen und kurmainzischen Truppen dem Reiche gewährten, die Vergleichung der Festungsreihe, die uns jetzt nach Westen schützt, z. B. des heutigen Coblenz, Mainz und Rastatt mit dem alten Coblenz, Mainz und Philippsburg reicht hin, um zu erkennen, wie die Schwäche des Reiches gerade an der verwundbarsten Stelle durch die Existenz der geistlichen Stifter am Rhein bedingt war. Die Ereignisse seit 1792 haben dies in so empfindlicher Weise aufgedeckt, daß schon aus diesen äußeren Gründen an eine Wiederherstellung der einmal zertrümmerten Priesterstaaten nicht mehr zu denken war.

Die geistlichen Staaten waren indessen nicht die einzigen abgelebten Ueberreste der alten Zeit, es gab der kleinstaatlichen Mißbildungen manche andere im Reiche, die mit einer gesunden politischen Entwicklung noch unverträglicher waren, als selbst das Regiment der Domcapitel und stiftsfähigen

Geschlechter. Neben den großen und mittleren Territorien, neben den geistlichen Fürsten bestanden, gleichfalls als reichsunmittelbare und selbstherrliche Stände des Reichs, die zahlreichen Reichsfürsten winzigsten Umfangs, die Reichsgrafen, die Reichsritterschaft, die Reichsstädte und sogar noch einige Dörfer, die sich durch die Gunst der Verhältnisse ihre „Reichsunmittelbarkeit" erhalten hatten.

Einer der wunderlichsten Ueberreste der alten Zeit waren die kleinen Reichsfürsten und Reichsgrafen. In den Kreisen des Reichs, wo die größeren und arrondirten Gebiete theils die ausschließliche Macht, theils das Uebergewicht behaupteten, also im österreichischen und in den beiden sächsischen Kreisen, waren sie entweder wenig zahlreich oder fehlten ganz. Schon in Westfalen aber stoßen wir auf eine ansehnliche Zahl solcher Herrschaften, von Lippe, Wied und Sayn an bis zu den Herrschaften Gimborn (Walmoden), Wykradt (Quadt), Mylendonk (Ostein) und Hallermund (Platen) herab. Auch der oberrheinische Kreis zählte seine Leiningen, Wittgenstein, Wiedrunkel, seine Wild- und Rheingrafen, der fränkische seine Hohenlohe-Neuenstein, Castell, Wertheim, Erbach, Limburg, Seinsheim, und in Schwaben, wo die Parcellirung überhaupt am weitesten gediehen war, gehören die Fürstenberg schon zu den mächtigeren Reichsständen; an sie schließen sich in langer absteigender Reihe die Oettingen-Wallerstein, Taxis, beide Linien Königsegg, die Truchses-Zeil und T.-Wolfegg, die verschiedenen Zweige der Fugger, die Stadion und andere an — der zahlreichen Gebiete nicht zu gedenken, die zwar die staatsrechtliche Eigenschaft solcher kleinen Fürstenthümer hatten, aber bereits an die größeren Reichsstände des Kreises übergegangen waren.

Der eigenthümliche Widerspruch in dem Dasein dieser Territorien lag vornehmlich darin, daß zwar ihr Umfang durchschnittlich sehr klein, aber die Prätension ihrer Souveräne, im großen Stile zu herrschen, deshalb nicht minder lebhaft war. Auch in diesen Gebieten, in denen höchstens für eine patriarchalisch-einfache Verwaltung Raum war, versuchte man zu herrschen, bestand ein Hof, existirten Minister, wurden Rechtspflege, Kirchen- und Schulwesen, Finanzen und Militärsachen wie umfassende Departements gesondert, und je mehr die Kleinheit der Mittel einen Zweifel an der fürstlichen Herrlichkeit wecken mochte, um so eifersüchtiger ward auf die Machtvollkommenheit der von „Gottes Gnaden" eingesetzten Souveränetät gehalten. Es läßt sich denken, wie sich das „l'état c'est moi" in diesen Kreisen praktisch ausnahm; in der That fand sich hier der reichste Stoff für den satirischen Schilderer kleinstaatlicher Karrikaturen. Begnügten sich die Herren mit der Rolle, die ihnen die Natur anwies, größere Gutsherrn zu sein und als solche unter ihren Unterthanen ein patriarchalisches Regiment zu führen, so war der Zustand leidlich, wenn es gleich immer für die Nation ein Unglück war, daß sich so viele winzige, zu einer staatlichen Existenz unfähige Sondergebiete ausschieden und aller der Vortheile entbehrten, die ein größeres staatliches Dasein dem

Einzelnen wie der Gesammtheit gibt; allein jene schlichte Patriarchalität war allenthalben im Aussterben, und es gab der kleinen Fürsten nicht mehr viele, die sich dabei beruhigten, große Landjunker zu sein. Der Umschwung in den Sitten, den Lebensanschauungen, der in den größeren Gebieten wahrzunehmen war, ergriff auch diese kleineren und kleinsten. Die französische Art höfischer Verschwendung und Genußsucht im Stile Ludwigs XIV., die militärische Liebhaberei des Jahrhunderts, das Bestreben des aufgeklärten Absolutismus, in den einzelnen Ländern eine selbständige Staatsmacht aufzurichten, das Alles machte sich in den kleinen Grafschaften und Herrschaften ebenso fühlbar, wie in den größeren Territorien. Nahm es sich schon in diesen größeren, z. B. in Kursachsen, Kurpfalz, Würtemberg u. a. seltsam und unglücklich genug aus, wenn der Regent sich nach den französischen Staatsmaximen richtete, wie mußte das in Gebieten werden, die höchstens nur wenige Quadratmeilen zählten, oder gar sich auf „zwölf Unterthanen und einen Juden nebst einigen Höfen und Mühlen" beschränkten! War es für die größeren Gebiete eine Calamität, wenn fürstliche Persönlichkeiten ans Ruder kamen, die, in dem vornehmen und leichtfertigen französischen Stil erzogen, aller gediegenen Bildung des Geistes und Herzens entbehrten, dagegen mit höfischen und soldatischen Liebhabereien erfüllt waren, wie mußte es werden, wenn diese Ansteckung auch die kleinsten Höfe ergriff! Selbst die bessere Richtung, in welche seit der Mitte des Jahrhunderts nach dem Vorgange Preußens und Oesterreichs die meisten Dynastien und Regierungen einlenkten, konnte diesen kleinen Gebieten nicht zu Gute kommen. Der schöpferische Geist bürgerlicher und militärischer Organisation und das Streben der physiokratischen Reformer, in den größeren Territorien von so anregender und wohlthätiger Wirkung, konnte hier nicht viel Gutes fördern; es fehlte der Raum dafür.

Aber die Mehrzahl dieser kleinen Dynasten hatte auch nicht einmal den Ehrgeiz, dem Vorbilde Friedrichs und Maria Theresias zu folgen; vielmehr schien sich das alte Unwesen in dem Augenblick, wo es aus den größeren Territorien verscheucht ward, recht eigentlich in diese Miniaturstaaten zu flüchten. In den meisten von ihnen war in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Alles in voller Blüthe, was anderwärts schon besseren Staatsmaximen und humanerer Sitte gewichen war. Hier war noch jene prahlende Armseligkeit großen Hof- und Beamtengefolges heimisch, hier war noch das Eldorado der fremden Abenteuerer und Schmarotzer, hier gab es zu einer Zeit, wo die größeren Territorien, geistliche wie weltliche, eine Reihe trefflicher Fürsten aufwiesen, kleine Tyrannen, Jagdwütheriche und Bauernquäler, oder auch Persönlichkeiten, die in Trunk und Unsittlichkeit auf die traurigste Weise verkommen waren. In solchen Händen war, wie ein verdienter Dar-

*) Perthes a. a. O. 153.

steller jener Zeiten sagt, die souveräne Gewalt „ein furchtbares Spielwerk, ein schneidend Schwert in der Hand des schwachen Kindes, zum Ernst zu wenig, zum Scherz zu viel."

Je kleiner die Gebiete waren, desto drückender mußte der souveräne Dünkel für die armen Unterthanen sein. Denn hier ward das Vielregieren und Sich-in-Alles-mischen mit der größten Emsigkeit betrieben; da es an Stoff fehlte für eine Regententhätigkeit, wie man sie wollte, so machte man sich auf kleinem Raum so viel Geschäfte wie möglich. Wir sahen früher, wie selbst in den größeren Staaten die Neigung des Jahrhunderts, Alles zu normiren, an Allem seine experimentirende Neigung zu versuchen, die hergebrachte Eigenthümlichkeit und Freiheit im Einzelnen vielfach untergrub; es läßt sich denken, wie dies in den Duodezstaaten ward. Da verfiel man denn auf die Statistik und die Proscription der Hunde, von welcher der Ritter von Lang erzählt. Und wenn sich nur immer die Leidenschaft des Regierens in so harmloser Weise geäußert hätte; allein die Geldnoth trieb oft zu seltsamen finanziellen Experimenten und fiskalischen Bedrückungen ohne Beispiel, und es war weder die laxe Praxis der geistlichen Staaten, noch die verständigere Staatswirthschaft der größeren weltlichen Territorien, was die verderbliche Wirkung solchen Treibens milderte.

Diese reichsgräflichen Gebiete waren darum auch die einzigen, wo Kaiser und Reich noch zuletzt durch das unerträgliche Aergerniß sich veranlaßt sahen, von Reichswegen einzuschreiten. Wohl war ihre Schwäche mit Ursache, daß sich hier noch einmal die Oberherrlichkeit der Reichsgewalt in wohlthätiger Weise geltend machte, allein es gab doch auch nirgends sonst fürstliche Gewalten, welche durch den Mißbrauch ihrer Macht ein Einschreiten so sehr herausforderten. Hier setzte es denn Joseph II. noch in mehreren Fällen durch (1770, 1775, 1778), daß nach reichshofräthlichen Erkenntnissen die kleinen Tyrannen unschädlich gemacht wurden. Aber wie arg hatten sie es treiben müssen, bis es zu dem Aeußersten kam! Der Graf von Leiningen-Guntersblum, der 1774 als der Letzte seines Geschlechts starb, wurde wegen „schreckbarer Gotteslästerung, attentirten Mordes, Giftmischerei, Bigamie, Majestätsbeleidigung, Bedrückung seiner Unterthanen und unerlaubter Mißhandlungen fremder, auch geistlicher Personen" verhaftet und entsetzt; der letzte Wild- und Rheingraf, Carl Magnus, ward wegen „der von ihm selbst eingestandenen Betrügereien, unverantwortlichen Mißbrauchs der landesherrlichen Gewalt und vielfältig begangener, befohlener und zugelassener Fälschungen" eingesperrt, der Graf von Wolfegg-Waldsee ward wegen „ahndungswürdigen Betragens ernstgemessenst verwiesen und zur wohlverdienten Strafe" auf zwei Jahre nach Waldburg in Verwahrung gebracht. Wie Mancher freilich kam ungestraft weg, der es bunt genug getrieben, auch wenn zu dieser äußersten Maßregel kein Anlaß vorlag! Sah sich doch auch das Reichskammergericht veranlaßt, einen Grafen von Sayn-Wittgenstein wegen seiner „unanständigen,

einen landesverderblichen Mißbrauch der Landeshoheit involvirenden Grundsätze" in eine Geldstrafe zu verfällen.

Eine ganz eigenthümliche Gruppe in der Mannigfaltigkeit der alten Reichsstände und Corporationen bildet die reichsunmittelbare **Ritterschaft***) in Schwaben, Franken und am Rhein. Von dem gewöhnlichen landsässigen Adel war sie dadurch unterschieden, daß sie als Reichsstand angesehen ward, auf ihrem Gebiete nicht nur Gesetzgebungs- und Besteurungsrecht übte, sondern auch die Regalien der Münze, des Zolls, des Geleits, der Posten, der Jagd, der Gerichtsbarkeit und Polizei, also eine Reihe von Hoheitsrechten anzusprechen hatte, welche den Landsassen versagt waren.**) Auf der andern Seite waren die Ritter den übrigen Reichsständen doch auch wieder nicht ganz gleich; denn außerdem, daß die Macht des einzelnen Ritters selbst der eines kleineren Fürsten weit nachstand, war auch die staatsrechtliche Stellung der Ritterschaft eine andere: sie war der einzige unmittelbare Reichsstand, der auf dem Reichstage keinen Sitz hatte. So standen die Ritter ganz isolirt im deutschen Staatssysteme da, weder den größeren Reichsständen noch deren Un-

---

*) Wir fügen, zur genaueren Kenntniß dieser merkwürdigen Körperschaft, einige statistische Notizen bei. Die Ritterschaft in **Schwaben** theilte sich in 5 Cantone: **Donau** (darunter die Familien der Freiberg, Hornstein u. a.), Canton **Hegau-Algäu-Bodensee** (z. B. die Bodmann, Enzberg, Reichlin-Meldegg), Canton **Neckar-Schwarzwald-Ortenau** (Gemmingen, Leutrum, Kniestädt, Waldner, Wurmser u. s. w.), Canton **Kocher** (Welden, Adelmann, Racknitz, Sturmfeder, Wöllwarth u. a.), Canton **Kraichgau** (Gemmingen, Helmstädt, Massenbach, Göler u. s. w.)

Die Ritterschaft in **Franken** zerfiel in 6 Cantone: den C. an der **Baunach** (die Rotenhan, Gutenberg, Hutten, Liechtenstein u. a.), C. am **Odenwalde** (Rüdt, Weiler, Stetten, Berlichingen, Gemmingen u. a.), C. **Gebürg** (Pölnitz, Künsberg, Redwitz, Aufsee u. a.), C. **Rhön-Werra** (Tann, Bibra, Gleichen, Gebsattel u. a.), C. am **Steigerwald** (Seckendorf, Pölnitz u. a.), C. **Altmühl** (Schenck, Eyb, Leonrod u. a.).

Die Ritterschaft am Rhein zerfiel in die drei Cantone: **Oberrhein** (Dalberg, Elz, Ingelheim, Gagern, Walbrunn u. a.), **Niederrhein** (Kerpen, Breidbach, Boos-Waldeck u. s. w.), und **Mittelrhein** (Waldbott-Bassenheim, Stein, Bettendorf, Schütz u. a.). Vgl. Moser's vermischte Nachrichten von reichsst. Sachen. 1772, Desselben Schrift von den Reichsständen S. 1310 ff. Kerner, Staatsrecht der Reichsritterschaft. 1786. Im Ganzen nahm man an, daß die 14—1500 reichsritterschaftlichen Güter (668 in Schwaben, 702 in Franken, 150 am Rhein) kaum einen Raum von 200 Quadratmeilen ausfüllten, worauf etwa 450,000 Menschen wohnten.

**) S. J. J. Moser, vermischte Nachrichten von reichsritterschaftlichen Sachen. S. 49 f.

terthanen ähnlich, weder Repräsentanten noch Repräsentirte auf dem deutschen Reichstage, zwar Glieder des Reiches, aber ohne dem Reiche Steuern zu bringen; nach ihrer eigenen Meinung dem Reiche nur verpflichtet mit Leib und Blut zu dienen und außerdem bereit, dem Kaiser in Zeiten der Noth eine freiwillige Steuer zu entrichten, wie sie wieder kein anderer Reichsangehöriger zu bezahlen gewohnt oder verpflichtet war.*)

Nur in Franken, Schwaben und am Rhein hatte sich diese mittelalterliche Körperschaft so erhalten; überall sonst im Reiche war der alte Ritteradel der Landeshoheit unterlegen und hatte aufgehört, unmittelbarer Reichsstand zu sein. In Schwaben, Franken und am Rhein freilich war in der nämlichen Zeit, wo sich anderwärts größere fürstliche Gebiete abrundeten, durch das Zerschlagen der hohenstaufischen Hausmacht die Gefahr ferner gerückt, von der fürstlichen Territorialgewalt verschlungen zu werden; das Verschwinden eigener Herzöge von Franken und Schwaben gab dort den schwächeren Ständen, den Grafen, den Rittern, den Städten mehr Raum und Sicherheit, als sie irgendwo sonst gewinnen konnten. Gleichwohl hatten die Ritter lange aufgehört, das zu sein, was sie ehedem waren. Mit der Existenz des Kaiserthums unter allen Reichsständen fast am innigsten verknüpft, hatten sie von dessen Verfalle auch den Rückschlag am schwersten empfunden, und während im 14. und 15. Jahrhundert die übrigen Stände mächtig aufblühten, blieb die Ritterschaft stehen, verlor in dem Umschwung der Zeiten ihr Waffenprivilegium an die neue Art der Kriegführung und sträubte sich vergebens in Gewaltthat und Selbsthülfe gegen die neuen Ordnungen des Staates und der Gesellschaft. Eine gesunde Kraft verwilderte, weil ihr der Spielraum einer natürlichen und normalen Thätigkeit fehlte. Wie dann das Fehde- und Faustrecht verschwand, die neuen bürgerlichen Ordnungen Wurzel schlugen, die Landeshoheit immer mächtigere Ausbreitung gewann, da büßte der mittelalterliche Ritterstand seine frühere Bedeutung allmälig ein, und es konnte noch als eine besondere Gunst des Schicksals gelten, daß nicht auch die alte Reichsunmittelbarkeit an die landesfürstlichen Gewalten verloren ging.

Die Theilnahme an dem Reichstage war der Ritterschaft entgangen, in gewissem Sinne durch eigene Schuld, insofern ihre Weigerung, zur Bezahlung des gemeinen Pfennigs beizutragen, einer der Gründe war, sie von den reichsständischen Berathungen fernzuhalten. Aber die Versuche, sie unter die Landeshoheit einzuschmelzen, waren doch auch mißlungen; noch zuletzt scheiterten die Bemühungen in dem westfälischen Friedensgeschäft, und der abgeschlossene Vertrag befestigte ihre Reichsunmittelbarkeit, statt sie zu erschüttern.**) Zu-

*) Kerner, Staatsrecht III. 2.

**) Großen Werth legte man namentlich auf den Art. V. §. 28 des Osnabrücker Friedens, worin die Ritterschaft als libera et immediata imperii nobilitas bezeichnet und ihr dasselbe Recht in Kirchensachen eingeräumt war, wie den Kurfürsten, Fürsten und Reichsständen.

gleich war von den Ueberlieferungen der alten Zeit eine in voller Kraft geblieben: das freundliche Verhältniß zum Kaiser. Der Kaiser nahm die Rolle eines Beschützers, die ihm die Natur anwies, mit aller Sorgsamkeit wahr; und so beschränkt seine Macht sein mochte, sie war gerade noch groß genug, der Reichsritterschaft schätzbare Vorrechte und Begünstigungen zu schaffen. Sie genoß durch kaiserliche Feststellung ein Privilegium gegen jeden Arrest, es hätte sich denn um ein gemeines Verbrechen, wie Mord, Brandstiftung u. s. w. handeln müssen; sie hatte als Körperschaft bei ritterschaftlichen Gütern, die in andere Hände überzugehen drohten, das Vorkaufsrecht. Sie besaß ferner den Blutbann, die Vollmacht, Bündnisse zu schließen, und das sogenannte Collectationsrecht, wonach theils die Ritterschaft als Reichskörper, theils die Einzelnen, wo es ihnen rechtlich zustand, Steuern auflegen durften. Andere Vorrechte, wie die Zollfreiheit, wurden zwar angesprochen, aber nicht ohne Widerspruch ausgeübt.*)

Für alle diese Gunst war die Ritterschaft ihrerseits dem Kaiser eng verbunden. Sie bildete den letzten Reichsstand, bei dem die Unmittelbarkeit noch eine Wahrheit, und die Regierung durch den Kaiser wörtlich zu nehmen war. Die Ritterschaft, wenn auch die Einzelnen zu schwach waren, bildete doch in ihrer Gesammtheit noch ein gewisses Gegengewicht gegen die Landeshoheit in Süddeutschland; ohne sie und ohne die geistlichen Stifter hätte der Kaiser auch dort, wie im Norden, jeder reellen Regierungsthätigkeit entbehren müssen. Aber nicht allein dieser Rest einer Regierungsgewalt machte dem kaiserlichen Interesse die Ritterschaft werth, der Kaiser bezog zugleich in den freiwilligen Charitativsubsidien, welche der gesammte ritterschaftliche Körper leistete, den einzigen Geldbeitrag aus dem Reiche, der an sich nicht unbeträchtlich und zugleich der Verfügung des Kaisers allein unterworfen war. Darum lag ihm soviel daran, diese Ausnahmestellung der Ritterschaft zu erhalten. Als sie z. B. zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts daran dachte, die Theilnahme an dem Reichstage durch Bezahlung eines Matrikularbeitrags zu erlangen, war es außer dem Widerstande anderer Reichsstände hauptsächlich der Kaiser, der es hinderte; er wollte nicht statt der Charitativsubsidien den kargen und unsicheren Beitrag einer Matrikelquote eintauschen.

Zum Schutze gegen die Uebergriffe der fürstlichen Landesherrn waren die ritterlichen Vereine entstanden. Die einzelnen Ritter hatten sich zu sogenannten Cantonen verbunden, aus diesen erwuchsen ihre drei Kreise Schwaben, Franken und Rhein, die dann vereinigt die gesammte ritterschaftliche Corporation bildeten. Jeder Canton oder „Ritterort“ hatte seinen Ortsvorstand, der aus einem Ritterhauptmann (Director), etlichen Räthen und Deputirten der Ritter, dann einigen gelehrten Beisitzern, den Syndicis oder Consulenten, und dem

*) S. Mader, reichsrittersch. Magazin Th. VIII. 1 ff. Ueber die Steuernorm J. J. Moser's vermischte Nachrichten S. 948 ff. Ueber die Zölle s. Kerner III. 197 ff.

Cassen- und Schreiberpersonal bestand. Für jeden einzelnen Kreis war ein Directorium bestellt, das die Correspondenz mit dem Kaiser und dessen Räthen führte und im Allgemeinen die Freiheiten und Gerechtsame der Ritterschaft zu wahren hatte; die Directorien der Kreise führten dann abwechselnd das General-Directorium über die ganze Körperschaft. In Orts- und Kreisconventen traten bei Wahlen und anderen Anlässen Cantone und Kreise zusammen.

Diese Organisation mochte mangelhaft und schwerfällig sein, allein sie hatte doch den unverkennbaren Werth, die zahllosen kleinen Parcellen ritterschaftlicher Gebiete zu einem Ganzen zu verbinden und die ganze Corporation den natürlichen Gegnern, den Landesfürsten, gegenüber als eine Gesammtheit darzustellen. Die Verwirrung unter diesen einzelnen Herren, deren Zahl über tausend betrug, deren Besitzthum im höchsten Fall aus einigen Städtchen, Flecken oder Dörfern, oft auch nur aus einem mäßigen Grundbesitz und einigen Gefällen bestand, wäre noch viel größer gewesen, als sie war, wenn nicht die Organisation zu einem Ganzen der natürlichen Schwäche und Zerrissenheit eine gewisse Grenze gesetzt hätte. Gegen Uebergriffe und Beeinträchtigungen der Mächtigeren war ohnedies ein Widerstand der einzelnen Landjunker nicht möglich; er konnte nur von dem gesammten Körper, hinter dem meistens Kaiser und Reichsgerichte standen, geübt werden.

An Zerwürfnissen fehlte es gleichwohl zu keiner Zeit. Während der landsässige Adel mit Eifersucht das Vorrecht der Ritterschaft ansah und dessen geschichtliche Berechtigung bestritt, waren die größeren Landesherren unablässig bemüht, Rechte und Einkünfte des ritterschaftlichen Körpers zu verkürzen. Die Frage über die Grenzen der beiderseitigen Rechte ist ein stehendes Thema in der Publicistik des achtzehnten Jahrhunderts, und es geht eine Art von Zwiespalt durch die staatsrechtliche Literatur jener Zeit, je nach der Freundschaft oder Feindseligkeit gegen die ritterschaftlichen Privilegien. Schon zu Ende des sechszehnten Jahrhunderts klagten die Ritter über Beeinträchtigung ihrer Lehensgerechtsame, über Beschränkung ihrer Jagdrechte, über Auflegung ungewöhnlicher Zölle und Mauthen. Oder sie beschwerten sich über Entziehung der ihnen eigenen Leute, über die Hindernisse, die man der Besteuerung ihrer Unterthanen und Hintersassen in den Weg lege, über Entziehung ritterschaftlicher Güter und Unterwerfung ihrer Eigenthümer unter die Landeshoheit, und deren Lasten und Verpflichtungen. Auch das ritterschaftliche jus circa sacra kam oft genug ins Gedränge.*) Aber die häufigste Klage war doch die, daß die Landesherren sich bestrebten, die Rechte der Ritterschaft an ihre Unterthanen zu verkürzen. Sie nennen als solche Rechte: die schuldigen Frohnen, Dienste, Renten, die Zinsen, Gefälle und Gerechtigkeiten, „wie die Lagerbücher

*) S. J. J. Moser's Beiträge zu reichsrittersch. Sachen S. 476 ff. F. C. von Moser's kleine Schriften XI. 73 ff.

und das alte Herkommen" sie vorschrieben, dann Auslösung im Kriege, Beihülfe in Noth und, außer den herkömmlichen Steuern, auch „in vordringenden Nöthen eine außerordentliche Collecte", endlich Zölle, Brücken-, Weg- und Ohmgelder, Accise, Abzug- und Nachsteuer.*)

Sah man das hundertfach durchbrochene und zusammenhanglose Territorium an, so wurden die endlosen Streitigkeiten begreiflich. Denn außerdem, daß diese kleinen ritterschaftlichen Gebiete überall, wie Enclaven, zwischen den fürstlichen und städtischen Territorien eingestreut lagen, kam es nicht selten vor, daß auf einem ritterschaftlichen Gebiete zugleich Hoheitsrechte anderer Reichsstände hafteten. Bald strebte der Ritter die Ausübung des fremden Hoheitsrechtes zu stören, bald war der Inhaber dieser Rechte bemüht, die ritterschaftlichen Gerechtsame vollends zu verschlingen. Auf allen Correspondenztagen der Ritterschaft kehrten dieselben Klagen wieder. Der schwäbische Ritterkreis, obwohl der größte und zahlreichste,**) ward auch am meisten von den Landesherren des Kreises bedrängt; der fränkische war, die Irrungen mit Brandenburg und Coburg ausgenommen, durch die Nachbarschaft der geistlichen Staaten etwas besser geschützt, der rheinische dagegen, an Macht der schwächste, hatte unaufhörlich zu klagen über die Beeinträchtigungen, die ihm von Kurmainz, Trier, Pfalz, Darmstadt, Zweibrücken, Nassau u. a. widerfuhren.

Der Kaiser blieb sich zwar consequent in dem Schutze, den er der Ritterschaft gewährte. Außer dem, daß er die zweifelhaften oder angefochtenen Rechte durch neue Privilegien bestätigte und die Ritter durch Auszeichnungen ehrte, suchte er auch wohl auf günstige Entscheidungen des Reichshofrathes hinzuwirken und legte gegen solche Reichsgutachten, die der Ritterschaft unwillkommen waren, das kaiserliche Veto ein. Aber gleichwohl scheint es der Ritterschaft bisweilen schlecht genug ergangen zu sein. Der ältere Moser deutet wenigstens unverblümt darauf hin,***) daß bei streitigen Fragen der Reichstag selbst durch Geldspenden der größeren Reichsstände gegen die Ritterschaft gestimmt werde, und meint: „wenn wir in Deutschland eine englische Preßfreiheit hätten, ließen sich gar viele Betrachtungen machen, sowohl in Ansehung der ganzen Reichscollegien, als vieler einzelnen Mitglieder derselben."

Andererseits waren sämmtliche auf dem Reichstage vertretenen Stände, Kurfürsten, Fürsten und Städte einig in ihrem Interesse gegen die Ritter und klagten sie wieder an, ihre Vorrechte ungebührlich ausdehnen zu wollen. Schon 1713 schlossen Pfalz, Würtemberg, Hessen und andere Länder eine Union gegen das Bestreben der Ritterschaft, sich der schuldigen Jurisdiction

*) F. C. v. Moser XI. 280 f.

**) Bei einer Steuer von 90,000 fl. zahlte Schwaben 42,352 fl. 58 Kr., Franken 31,764 fl. 42 Kr., der Rhein nur 15,882 fl. 20 Kr.

***) Neueste Gesch. der reichsunmittelb. Ritterschaft II. 6. 62. 576.

zu entziehen, den Heimfall der Lehen zu hindern, die Zahlung der Zölle zu weigern, und erhoben die laute Klage (die wohl begründet war), „es sei bei den ritterschaftlichen Directorien gegen die von Adel fast niemalen einige Justiz, viel weniger Execution zu erlangen.“ Im Jahre 1744 erhoben sich der ganze schwäbische und oberrheinische Kreis, um die Ritterschaft wegen ähnlicher Beschwerden zu verklagen, und ein Jahr darauf traten die Städte mit der Beschuldigung hervor, die Ritter suchten sich die Gewalt über Personen anzumaßen, die ihrer Jurisdiction unterworfen seien.*)

Unter diesen Umständen war F. C. von Mosers Rath an die Ritterschaft freilich der beste**): „sich unter einander zu einigen und übrigens nach dem Sprüchwort procul a Jove procul a fulmine sich mit den größeren Reichsständen so wenig als möglich zu thun zu machen.“ Aber dieser Rath war leichter zu geben, als zu befolgen, und die Ritterschaft, selbst wenn sie friedfertiger gewesen wäre als sie war, konnte es nicht hindern, daß ihr durchbrochenes und umschlossenes Territorium Verluste erlitt, zu welchem die neuen Erwerbungen in keinem Verhältniß standen. Selbst die kaiserlichen Privilegien, wonach die an einen Dritten veräußerten ritterschaftlichen Güter zurückgekauft werden konnten und die an andere Stände übergegangenen Besitzungen dem ritterschaftlichen Besteuerungsrecht unterworfen bleiben sollten, selbst diese wichtigen Vorrechte, welche das ritterschaftliche Territorium zu einem Gebiete umschufen, blieben in der Praxis nichts weniger als unangefochten.

Diese äußeren Einbußen waren freilich nicht die einzige Ursache der ökonomischen Zerrüttung, die im Ritterstande um sich griff. Einmal war das Unwesen aufgekommen, die Zahl derer, die keine Handbreit unmittelbaren Landes besaßen und doch die staatsrechtlichen Eigenschaften der Ritter ansprachen, die sog. Personalisten, ins Ungemessene anwachsen zu lassen, so daß mit der Minderung des Besitzthums die Vermehrung der Genießenden und Prätendenten vollkommen gleichen Schritt hielt. Dann war der Haushalt in der Regel ganz schlecht; die adeligen Herren selber, wie ihre Beamten, standen als Finanzmänner in gleich übelm Rufe. Daß die Ordnung des Schuldenwesens bei der Ritterschaft zu den schwierigsten Dingen der Welt gehöre, Execution und Zahlung fast unmöglich zu erlangen sei, das galt selbst bei den Vertheidigern des Ritterstandes***) als eine ausgemachte Sache. Aber es wurden noch schlimmere Dinge geübt; Berichte der Zeit†) klagen, daß ritterschaftliche Beamte falsche Hypotheken machten, entweder auf erdichtete Schuldner oder ohne deren Wissen und Willen, und daß sie zu solchem Betrug das Amtssiegel in schändlicher Weise mißbrauchten.

*) Moser a. O. 180 a. f. 348. 389.

**) Kleine Schriften II. 29.

***) Mader, reichsrittersch. Magaz. VI. 455.

†) Mosers vermischte Nachrichten von reichsrittersch. Sachen S. 570 f.

Der ökonomische Ruin ward indessen zugleich durch den sittlichen Zustand der Ritterschaft beschleunigt. Die Verluste vieler Güter schrieb z. B. F. C. von Moser der „Schwelgerei und dem Großthun" der Ritter selber zu, und sogar das Aussterben einzelner Familien gab man dem Sittenzustande des Adels Schuld. „Die jungen Herren — klagt ein ritterschaftlicher Beamter*) — zumal wenn sie das Unglück haben, ihre Väter zeitig zu verlieren, lernen die französische und englische Lebensart kennen, verschwenden ihre Kräfte zu bald, halten den Ehestand nicht heilig und erzielen entweder keine rechtmäßige, oder nur eine schwächliche Nachkommenschaft, welche von Generation zu Generation abnimmt und endlich gar verlöscht." Allerdings war die schlichte, altväterische Sitte längst gewichen, und schon im 17. Jahrhundert verabredete sich ein ritterschaftlicher Canton:**) „alles unordentlichen Lebens, als Fressen, Saufen, Hurerei und anderer Laster müßig zu gehen und sich fortan eines ehrbaren Lebens zu befleißen, auch der übermäßigen Pracht bei ihren Weibern und Töchtern, die es nunmehr den Fürsten gleich und zuvor thun wollen, sich zu enthalten, endlich Siegel und Brief, Treu und Glauben besser als bisher in Acht zu nehmen und nicht so schlechtlich in den Wind zu schlagen."

Solche Verabredungen sind in der Regel nur Symptome, nicht Heilmittel des Verfalles: sie scheinen auch die Ritterschaft nicht viel gebessert zu haben, zumal seit ein Theil des Ritteradels seine natürliche Stellung völlig verließ und sie mit fürstlichen Diensten vertauschte. F. C. von Moser gibt uns eine treue Schilderung von dem Ruin, der damit in die Ritterburgen Eingang fand.***) „Einem Fürsten, sagt er, dient man ja wohl eine Zeitlang um die Ehre; man sucht ihm gefällig zu werden, man opfert seine letzten Kräfte, um der nächste an ihm zu sein, und die Hoffnung läßt den Muth niemals sinken, wenn auch Geld und Credit verschwinden. Das Cabinet macht reich; der Hof macht selten reich. Der Fürst gibt dem Edelmann eine ehrliche Besoldung und hilft ihm durch Spiel und Gala sie ehrlich wieder verzehren. Man muß allmälig von dem Seinigen zusetzen, man borgt, der Gläubiger dringt auf seine Zahlung. Der Fürst erfährt's, die Kammer zahlt dem Ritter seine Schulden, bekommt dagegen seine Güter, und dieser einen vornehmen Dienst beim Stall, Hof, Küche oder Keller, welcher ihm, so lange er lebt, hinreichend ist, seine glänzende Knechtschaft zu vergessen."

Daneben fehlt es nicht an abschreckenden Zügen roher und verwilderter Sitte. Die gemeinen Verbrechen der Fälschung, des Betruges, der Falschmünzerei, des Mordes, ja der Blutschande und ähnlicher Gräuel waren häu-

*) Mader, Magazin III. 569.

**) J. J. Moser, Beiträge S. 464.

***) Kleine Schriften II. 10.

figer, als man denken sollte;*) sie entsprangen aus schlechter Erziehung und der Gewohnheit, in dem kleinen Kreise, in dem man Herr war, sich Alles für erlaubt zu halten. Diese Rohheit und Unbändigkeit machte auch die körperschaftliche Organisation nicht selten unwirksam; klagte doch Kaiser Karl VI. in einem öffentlichen Actenstück über den Ungehorsam und die Gewaltthätigkeit, welche die einzelnen Ritter gegen Vorstand und Directoren an den Tag legten, und Joseph II. nahm einmal Anlaß, das „höchst unanständige" Betragen der Ritterschaft eines Cantons mißfällig zu rügen.**) Wenn das die Beschützer des Ritterstandes thaten, wie mußte das Urtheil der Anderen lauten!

Wohl gab es einzelne Familien, in denen der tüchtige und edle Stoff, der in dem Ritterthume lag, weder verweichlicht noch verwildert war; aber die Beispiele waren nicht häufig. Verband sich freilich mit dem alten Bewußtsein, die edelsten der Nation zu sein, und mit dem überlieferten Sinn für Freiheit und Ehre, die gute Zucht der Väter, so wurde auch etwas Rechtes daraus. Die Exempel eines Breidbach, Erthal, Gagern und vor Allen Stein beweisen schlagend, was aus dem Ritteradel zu machen war, aber diese Exempel bilden eben Ausnahmen. Ein großer Theil, statt in einem mächtigen nationalen Leben ein tüchtiges Element zu werden, ging in Standeshochmuth, Kleinstaaterei, rohen oder wüsten Sitten ökonomisch und sittlich zu Grunde.

Es erklärt dies die bezeichnende Erscheinung, daß kein Stand im alten Reiche bei der Mehrzahl der Nation so unpopulär war, wie der alte Reichsadel; daß ihn die nächste Umwälzung verschlungen hat, war zwar zunächst durch die auswärtige Einwirkung einer Revolution und eines fremden Eroberers veranlaßt, aber die Ursachen lagen tiefer. Die Privilegien des Adels, seine Steuerfreiheit, sein Vorrang in den bürgerlichen und militärischen Stellen, seine Versorgung durch die geistlichen Stifter, die Lasten, die er seinen Unterthanen in reicher Fülle auflegte, — diese ganze Summe von Gunst und Vorrecht wäre dem erwachenden Bewußtsein staatsbürgerlicher Gleichheit immer so gehässig gewesen, wenn der Ritteradel selber sich seines Vorrangs würdiger gezeigt hätte. Die Opposition gegen den Adel war schon im siebzehnten Jahrhundert in unserer Literatur sehr nachdrücklich hervorgetreten,***) sie wuchs außerordentlich bei dem Anblick des unerquicklichen Bildes, welches die ökonomischen und sittlichen Zustände eines großen Theils der Ritterschaft gewährten. In den Anschauungen, die kurz vor der Revolution über den Adel

*) Kerner, Staatsrecht II. 434. Vgl. Mader, Sammlung reichsgerichtlicher Erkenntnisse.

**) J. J. Moser, neueste Gesch. der Reichsr. II. 690. Dessen vermischte Nachrichten 579.

***) S. die Auszüge aus Opitz, Moscherosch u. a. bei Perthes S. 236.

herrschten, streiten sich Haß und Geringschätzung um den Vorrang;*) es bedurfte nur eines äußeren Anstoßes und die Reichsritterschaft fiel ungeschützt und unbeklagt zu Boden.

Diese Stimmungen zu mildern war freilich die Art ihres Regiments am wenigsten geeignet. Die ritterschaftlichen Enclaven schienen recht eigentlich bestimmt, die Folgen der kleinstaatlichen Misère aufzudecken. Wo sie zwischen die größeren Gebiete geistlicher und weltlicher Fürsten oder der Reichsstädte eingestreut waren, da trugen sie nur dazu bei, die gesunde staatliche Entwicklung zu hemmen. Laut klagte man, daß die ritterschaftlichen Gebiete den Verkehr störten, die öffentliche Sicherheit beeinträchtigten und daß durch sie jede strenge Handhabung der Justiz und Polizei unmöglich werde. In den ritterschaftlichen Gebieten, hieß es, kann keine Commerz- und Zollordnung aufkommen, dort findet man die trefflichen Schulen nicht, die überall ringsum bestehen. Wohl aber hausen dort die Vagabunden, Zigeuner, Betteljuden und Afterärzte. Und diese Klagen waren nur zu begründet. Man lese z. B. den Vertrag, den Kurpfalz 1779 mit der kraichgauer Ritterschaft über die Herstellung der großen Landstraße schloß,**) um zu begreifen, welche Mühe und Umschweife es kostete, damit eine Strecke von wenig Meilen dem Verkehr zugänglich ward, und nicht etwa die große Handelsstraße von Nürnberg nach dem Rhein an den paar Dörfern der Herren von Massenbach, Gemmingen u. s. w. ein unüberwindliches Hinderniß fand. Auf der andern Seite thaten auch die angrenzenden Reichsstände in der Regel was an ihnen war, die verhaßten ritterschaftlichen Gebiete durch Hemmung des freien Verkehrs zu isoliren. Drum konnte schon das Handwerk dort nicht gedeihen; es hatte keinen Markt und entbehrte des ungestörten Verkehrs nach Außen. Die Bewohner waren in der Regel auf den Ackerbau und solche Handwerkszweige reducirt, die sich noch neben dem Ackerbau treiben ließen. Alles was Polizei und öffentliche Sicherheit anging, lag in den ritterschaftlichen Territorien in tiefster Zerrüttung. Kam ein Verbrechen vor, so sah man sich erst nach einem auswärtigen Juristen um; eine eigene Organisation und rechtliche Ueberlieferung bestand so wenig, als ordentliche Zuchthäuser. Es kam dann wohl vor, daß der Proceß so bunt geführt ward, daß der Angeklagte gerechten Anlaß hatte, Klage zu führen über die Ordnungswidrigkeiten und Gewaltthaten, die er habe leiden müssen; oder umgekehrt ward das loseste Gesindel mit solch nachlässiger Toleranz behandelt, daß alle Nachbarn sich beschwerten, die ritterschaftlichen Orte seien die Zuflucht aller Diebe und Gauner. Die Lage der Unterthanen war denn auch schlecht genug; wohl gab es noch ehrenwerthe Familien, die in der Weise alter Landjunker eine schlichte patriarchalische Wirth-

---

*) Statt vieler anderen nennen wir nur die Schrift von Pfeiffer: der Reichscavalier. 1787.

**) S. Maders Magazin II. 323 ff.

schaft führten und wenig von sich reden machten; aber es fanden sich auch Andere, die ihre reichsunmittelbare Stellung und die Lähmung aller öffentlichen Gewalt und Justiz des Reiches schmählich mißbrauchten. Von ihnen werden unzählige Bedrückungen der Unterthanen, Auflegung harter Frohnden und Steuern, persönliche Quälereien in reicher Zahl erwähnt, nicht selten auch bei verschiedener Confession der Herren und Unterthanen religiöse Unterdrückung geübt. Je kleiner der Kreis dieser winzigen Tyrannen war, desto unerträglicher wurde natürlich für jeden Einzelnen der Druck und die zum Theil ganz persönliche Chikane und Verfolgung. Es muß arg getrieben worden sein, denn nach den Schilderungen der Zeitgenossen standen viele ritterschaftlichen Gebiete selbst tief unter jenen fürstlichen Landen, deren Regierung nichts weniger als musterhaft war. In manchen Gegenden, sagt Moser, braucht man sich gar nicht nach der Ortsherrschaft zu erkundigen, man sieht es dem ganzen Dorfe an, daß es ritterschaftlich ist.

Nicht allein in diesen kleinstaatlichen Gruppen war der Umschwung der Zeit wahrzunehmen, auch bei einer vordem sehr gewichtigen Körperschaft, den Reichsstädten, ließ sich der Verfall des alten Reiches und seiner Bestandtheile nicht mehr verkennen. Einst war von diesen deutschen Städten die große Bewegung des Welthandels ausgegangen; sie hatten den Binnenverkehr an sich gerissen, sie beherrschten die Meere und die Häfen des europäischen Nordens. Durch sie ward im funfzehnten Jahrhundert nicht nur die bekannte Welt ausgebeutet, auch die ersten Entdeckungsfahrten nach der neuen gingen von ihnen aus. Die eigenthümlichsten Züge des deutschen Wesens, die zähe Geduld und Ausdauer, die Sinnigkeit und Tiefe in der Arbeit hatten sich damals hinter die Mauern dieser Städte geflüchtet und wirkten dort vereint zu einem großen Ziele, indeß sich draußen die Kraft des Einzelnen in Unbändigkeit und Selbsthülfe verlor. Welch eine Fülle des Wohlstandes war in diese Städte damals zusammengeströmt! Nicht nur die Pracht und Ueppigkeit eines Lebensgenusses, wie ihn die Höfe und Burgen kaum kannten, war hier eingekehrt; nicht nur in stolzen Bauten, Malereien und Zierrathen kündigte sich der satte Reichthum dieser Sitze bürgerlicher Arbeit an, auch die Kunst und die Wissenschaft fand lange Zeit hier die sicherste Pflege. Ja es konnte vorübergehend die Furcht oder Hoffnung auftauchen, es werde aus der Verbindung dieser städtischen Macht eine bleibende Umgestaltung der deutschen Reichsverfassung hervorgehen. Für den deutschen Südwesten wenigstens und die Gebiete an der Nord- und Ostsee lag im vierzehnten Jahrhundert die Wahrscheinlichkeit nahe genug, daß die städtischen Eidgenossenschaften Fürstenthum und Ritterschaft überwältigen und eine ähnliche Verbindung herstellen würden, wie die Städte und Bauern Oberalemanniens sie in der schweizer Eidgenossenschaft gegründet hatten.

Wie weit lag von solchen kühnen Zielen das Städtewesen des achtzehnten Jahrhunderts ab! Noch bestanden zwar einundfunfzig reichsunmittelbare Städte, darunter neben vielen winzigen und lebensunfähigen auch die Reste der einst großen und mächtigen, noch saßen sie in zwei Bänke (die schwäbische und rheinische) vertheilt auf dem Reichstage und bildeten ein besonderes Collegium mit einer eigenen Stimme; aber wir haben bereits früher gesehen, wie wenig Werth diese Stellung noch hatte und wie wenig Gewicht sie selber auf dies überlieferte Verhältniß legten. *)

Das sechszehnte Jahrhundert hatte die Reichsstädte noch in dem Vollgenuß ihres Wohlstandes, ihres behaglichen Lebens, ihrer Blüthe in Kunst und Wissenschaft gesehen, aber es war auch der Zeitraum, in welchem der Umschwung begann. Rasch nach einander folgte eine Reihe tiefeingreifender Ereignisse, welche die Katastrophe vorbereiteten. Der Welthandel suchte sich neue Wege, die Niederlande fielen vom Reiche ab, die nordischen Königreiche emancipirten sich, Liefland ging verloren, die Privilegien der Hanse in England wurden beschränkt, und nirgends bot sich ein Ersatz für die Einbuße des Binnenverkehrs, für den Verlust der Herrschaft auf den Meeren und die Verkürzung der Handelsmonopole. Die Periode des confessionellen Haders zu Ausgang des sechszehnten Jahrhunderts mußte diese Wunden nur schärfen; denn die kirchliche Ausschließlichkeit zersplitterte vollends, was sich mit aller Eintracht hätte zusammenfassen sollen. Die Austreibung der Protestanten aus Cöln z. B. schlug der Stadt eine lange nachwirkende Wunde, und neue Sitze bürgerlichen Fleißes, wie Crefeld, Elberfeld, nährten sich mit den Kräften und Capitalien, welche die Unduldsamkeit verstoßen. Die Bedrückung der wälschen Reformirten in Frankfurt a. M. legte den Grund zu der selbständigen Blüthe von Hanau und Offenbach. **)

Es folgte der dreißigjährige Krieg, der, wie er dem ganzen Reiche und dessen einzelnen Gebieten verderblich ward, so doch die Städte mit der nachhaltigsten Verwüstung heimsuchte und kaum eine ganz verschont ließ. Die Zeit nach dem westfälischen Frieden schaffte aber keine Erholung. In sich se

---

*) Auf der rheinischen Bank saßen: Aachen, Bremen, Cöln, Dortmund, Frankfurt, Friedberg, Goslar, Hamburg, Lübeck, Mühlhausen, Nordhausen, Speyer, Wetzlar, Worms; auf der schwäbischen: Aalen, Augsburg, Biberach, Bopfingen, Buchau, Buchhorn, Dünkelsbühl, Eßlingen, Gmünd, Gengenbach, Giengen, Hall, Heilbronn, Isny, Kaufbeuern, Kempten, Leutkirch, Lindau, Memmingen, Nördlingen, Nürnberg, Offenburg, Pfullendorf, Ravensburg, Regensburg, Reutlingen, Rotenburg, Rotweil, Schweinfurt, Ueberlingen, Ulm, Wangen, Weil, Weißenburg, Wimpfen, Windsheim, Zell. Davon wurden Aachen, Buchau, Buchhorn, Cöln, Gmünd, Gengenbach, Isny, Offenburg, Pfullendorf, Rotweil, Ueberlingen, Wangen, Weil, Zell als katholische, Augsburg, Biberach, Dünkelsbühl, Ravensburg als paritätische Städte betrachtet; der Rest war protestantisch.

**) Bartholds Geschichte der Städte IV. 433 ff.

tief erschüttert und zum Theil für immer in ihrem Wohlstand gebrochen, schienen die Städte schon damals dem Schicksale der Einverleibung in die fürstlichen Gebiete erliegen zu müssen, das sie anderthalb Jahrhunderte später traf. Von der landesherrlichen Macht allenthalben umdrängt, von ihrer Vergrößerungspolitik bedroht und gequält, hat damals manche früher gewaltige Stadt ihre Unabhängigkeit eingebüßt, und man durfte sich fast darüber wundern, daß die übrigen sie dem Namen nach behielten. Kaum fristeten noch die am Rhein eine bescheidene Existenz, als der furchtbare orleansische Krieg hereinbrach und die alten fränkischen Königsstädte, wie Worms und Speyer, der völligen Zerstörung preisgab. Sie verloren ihre frühere Geltung nun für immer und sanken zu Landstädtchen herab, in denen höchstens noch die alten Dome an vergangene Herrlichkeit erinnerten. Denn die Zeit war vorüber, wo sich die friedlichen Künste des Lebens, bürgerlicher Fleiß, Wissenschaft und Kunst fast nur hinter den Mauern der Reichsstädte in ungestörter Blüthe entfalten konnten; die größeren fürstlichen Gebiete waren jetzt der Raum geworden, auf dem sich das staatliche und Culturleben rührig entwickelte.

Im achtzehnten Jahrhundert hatte darum die große Mehrzahl ihre Bedeutung verloren, auch wenn sie dem Namen nach die alte Reichsunmittelbarkeit, die Selbstregierung durch gewählte Magistrate bewahrt hatten, noch ihre Directorien und Kreistage hielten und auf dem Reichstage eines der drei Collegien bildeten. Zu diesem stolzen Gehäuse der alten Zeit paßte indessen der Inhalt nicht mehr. Nur noch wenige Städte, wie Ulm und Nürnberg, besaßen noch ein reichsstädtisches Gebiet, waren aber dafür mit Schulden überhäuft. Zum Theil war diese ökonomische Bedrängniß dadurch verursacht, daß die Städte ihre Macht verloren hatten, der Handel meistens ganz darniederlag, sie jedoch gleichwohl nach dem Maßstabe ihrer früheren Kräfte von Reichswegen taxirt und besteuert wurden. Aber viel Schuld lag auch an ihnen selber. Ihre Verwaltung stand in ebenso schlechtem Rufe, wie die Redlichkeit und Uneigennützigkeit ihrer Magistrate; das rief den bitteren Hader zwischen dem Regimente und der Bürgerschaft hervor, bis am Ende eine kaiserliche Commission erschien und in jahrelanger Untersuchung der Stadt neue Schuldenlasten aufbürdete. Dazu kamen die unausgesetzten Bedrängnisse der angrenzenden Landesherren, denen die Städte zu widerstehen theils zu schwach, theils zu uneinig waren. Zwar hatte der westfälische Friede auch ihre Landeshoheit ausdrücklich anerkannt, aber sie ward zugleich vom Kaiser und den Reichsgerichten, die hier fast allein noch eine wirksame Autorität entfalteten, und von den Landesfürsten in sehr bescheidene Grenzen eingeengt.

Innerhalb dieser engen Grenzen selber hatte der Verfall lange begonnen. Den Verfassungen auch der besseren fehlte die Fähigkeit, das Regiment durch frischen Stoff aus der Gemeinde zu verjüngen; in der Regel war entweder das Uebergewicht bei den Zünften, oder es herrschte eine Anzahl patricischer Familien mit allem Unverstand und allem Uebermuth, dessen Oligarchien fä-

hig sind. Indessen ob aristokratisch oder demokratisch, allenthalben waren die Verfassungen in eine gleichmäßige Erstarrung gerathen; in der Aristokratie klagte man über unerträgliche Despotie einer Coterie von Familien, in der Demokratie über unsaubere Wahlumtriebe und eigennützige Kameradschaften. Familienselbstsucht und Nepotismus war in beiden gleich heimisch, und wir hören nicht, daß die eine oder die andere Form vor den geläufigen Gebrechen, vor Begünstigung der Unfähigen, Ausbeutung des Staatsvermögens, Käuflichkeit und Bestechlichkeit hat schirmen können. Wo das Uebel minder grell auftrat, war es Verdienst der Personen; aber im Ganzen stand die städtische Administration und Justiz in einem so üblen Rufe, wie nur immer die der geistlichen Staaten, der Grafschaften und der ritterschaftlichen Gebiete. Bald gingen bei Processen die Acten verloren, bald ließ man den Inquisiten laufen und der Kaiser oder der Reichshofrath mischte sich in die tief verfallene Rechtspflege, bald kamen bei Civilhändeln, namentlich bei Concursprocessen, die gröbsten Unredlichkeiten vor, kurz die Fälle, wo diese Rechtspflege die Einmischung des Reiches hervorrief, sind so häufig und noch häufiger als die Klagen über die Justiz- und Polizeianarchie auf den ritterschaftlichen Gebieten. Das Schuldenwesen, theils durch wirkliche Ueberbürdung und den Verlust des alten Wohlstandes, theils aber auch durch sorglose und unredliche Verwaltung hervorgerufen, war eine fast allgemeine Krankheit der Reichsstädte; selten daß eine verschont blieb von den kaiserlichen Commissarien, deren Kosten dann in der Regel den Bankerutt beschleunigten. Das früher so blühende bürgerliche Gewerbe war verfallen; der handwerktreibende Theil der Bevölkerung theils in eine tiefe Erschlaffung gerathen, theils durch eine verkehrte Zunftgesetzgebung gehindert, sich zu einer freien und selbständigen Thätigkeit zu entwickeln. *)

So war denn auch besonders seit dem westfälischen Frieden mit der materiellen Kraft zugleich das Selbstvertrauen und der kühne Freiheitsstolz der alten Zeit verloren gegangen. Die bekannten Episoden im vorigen Jahrhundert, wo einzelne kühne Freibeuter, z. B. im siebenjährigen Kriege, mit einer Handvoll Husaren die größeren Städte zu hohen Brandschatzungen zwangen, bezeugen hinlänglich, wie sehr selbst die Erinnerung an die früheren Zeiten verwischt war. Die städtischen Contingente bildeten an Material und Rüstung den Theil der Reichsarmee, der am meisten dazu beitrug, die ganze Einrichtung dem Gelächter preiszugeben, und es waren nicht etwa nur die Männer von Bopfingen, Aalen, Isny oder Giengen, welche diesen Spott herausforderten, sondern auch die Heereskraft größerer Städte war in ähnlichen tiefen Verfall gerathen. Das ganze Gedächtniß an die alte Zeit mit ihrem ungebeugten Freiheitssinne, ihrer Tapferkeit und ihrem Opfermuthe schien erloschen;

*) J. J. Moser's reichsstädtische Regimentsverfassung S. 218 ff. 293 ff. Barthold IV. S. 483 ff. Vergl. auch Biedermann's Deutschland im achtzehnten Jahrhundert I. 187 ff.

die förmliche und bedächtige Art der Vorfahren war in wunderliche und pedantische Manieren umgeschlagen, denen man die dumpfe Schwerfälligkeit des hergebrachten Lebens und den engen Gesichtskreis anfühlte, in dem sich die städtische Bevölkerung selber festgebannt. Zur Charakteristik der Veränderung, die mit diesen ehemaligen Sitzen bürgerlichen Unternehmungsgeistes vorgegangen war, wüßten wir kaum einen bezeichnendern Zug zu nennen, als die Beschwerde, womit der reichsstädtische Körper 1790 vor den Reichstag trat. Die Städte klagen darin wegen vielfältiger Beeinträchtigung durch das Postwesen; es werde dadurch das uralte und wohlhergebrachte Stadt- und Landbotenwesen gestört. Sie bitten daher „die zum größten Nachtheil der bürgerlichen Nahrung errichteten Postwagen“ entweder wieder abzustellen, oder doch dieselben auf alleinigen Transport der Reisenden und ihres Gepäcks zu beschränken, auch keine neuen zu errichten, ohne Zustimmung der Reichsstände, deren Gebiet sie berühren.*)

Daß das alte städtische Leben verfallen sei und einer vollständigen Erneuerung bedürfe, diese Ueberzeugung verbreitete sich immer allgemeiner, je tiefer und unheilbarer namentlich der materielle Wohlstand verfiel. Die Frage, wie dem Handel und Handwerk aufzuhelfen sei, beschäftigte die einsichtsvollsten Patrioten, z. B. Justus Möser**), aber der Verfall schritt unaufhaltsam vorwärts. Innerhalb der überlieferten Formen war dem herabgekommenen Geschlechte nicht mehr zu helfen; es mußte eine andere Zeit kommen, die durch gewaltsame Erschütterungen hindurch auf den Trümmern des alten die Grundlagen eines neuen deutschen Bürgerthums legte.

Im achtzehnten Jahrhundert hat sich ein regeres Leben fast nur in den fürstlichen Städten entwickelt. Während die Reichsstädte kümmerlich ihre Existenz fristen, von den benachbarten Landesherren und dem eigenen Verfall bedrängt sich abschließen gegen die Strömung der Zeit, erhoben sich, wohl zum Theil künstlich gepflegt, neue Residenzstädte, die Lieblinge des fürstlichen Wohlwollens, und wurden rasch zu bedeutsamen Mittelpunkten des geistigen Verkehrs der Zeit. Man konnte aus diesen extemporirten Städten freilich auch nicht entfernt das machen, was die alten Reichsstädte einst gewesen, zumal nicht selten die ganze Anlage geographisch verfehlt und mehr durch fürstliche Liebhabereien als durch natürliche Hülfsquellen bedingt war. Aber sie und noch mehr die wieder zu selbständiger geistiger Thätigkeit aufblühenden Universitäten übten doch eine Wirkung auf das Gesammtleben der Nation, wie die Reichsstädte sie seit lange verloren hatten. Oder um von den beiden Hauptstädten Oesterreichs und Preußens nicht zu reden, war nicht der Einfluß, den im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts Städte wie Weimar, Jena, Göttingen, Königsberg u. a. auf die deutsche Entwicklung geltend machten,

*) Reichstagsschriften Cart. 472 auf der Münchn. Bibl.

**) S. Mösers Werke, herausgegeben von Abeken. I. 96. 113. 147 f. 263. 337. 349.

unendlich viel bedeutender als Alles, was die Reichsstädte dagegen einzusetzen hatten? An die Reichsstädte von wenigen tausend Einwohnern, an Bopfingen, Giengen, Isny, Gengenbach und ähnliche konnte man auch nicht einmal die Anmuthung stellen, daß sie sich über den engen Kreis ihrer localen Misère erheben sollten; aber auch Nürnberg, Augsburg, Ulm, Frankfurt und Cöln hatten nicht die lebendige Beziehung mehr mit dem geistigen Leben der Nation, die sie früher gehabt. Eine gewisse Bedeutung behauptet im vorigen Jahrhundert nur Hamburg und auch dieses aus andern Gründen, als weil es eine Reichsstadt war.

Ein Zustand solcher Art konnte eine größere Erschütterung nicht mehr überdauern. Von der geistigen Bewegung der Nation abgesperrt, aller der Vortheile entbehrend, welche das Staatsleben auf einem größeren Raume gewährte, in materiellem Wohlstande tief herabgekommen und zugleich in Schlaffheit und Verknöcherung befangen, ohne lebendigen Trieb, aus der Zerrüttung sich emporzuarbeiten, sondern eben nur von dem Schatten alter Größe und Herrlichkeit zehrend — so konnten die Reichsstädte wohl noch in friedlichen Zeiten fortvegetiren, aber dem Sturme nicht mehr trotzen, den eine neue Weltepoche brachte. Sie theilten mit den geistlichen Staaten und den Gebieten der kleinen reichsunmittelbaren Herren das Loos, von Stoffen der Gährung am stärksten erfüllt und jeder revolutionären Berührung am meisten ausgesetzt zu sein. Drum erlagen sie auch mit jenen am raschesten dem ersten Einflusse der neuen Zeiten.

Das Bewußtsein dieser Schwäche machte sich denn auch mit jedem Tage mehr geltend. Als im Anfange der neunziger Jahre über das tief zerrüttete Nürnberg wieder einmal eine Commission (des fränkischen Kreises) kam und die Gründe der ökonomischen Krisis prüfte, da tauchten natürlich von Seiten der Nürnberger die alten Klagen auf: der geänderte Zug des deutschen Handels, der dreißigjährige Krieg, die Kriegsbedrängnisse der späteren Zeit, Theuerung und Getreidesperre, auch unbillige Matrikularanschläge hätten sie so tief herabgebracht. Aber mit Recht sucht die Commission die Quellen des Verfalles zugleich in den Bürgern selbst und schließt ihren Bericht mit dem ahnungsvollen Worte, das für den größten Theil der Städte galt: „Keine menschliche Kraft noch Weisheit kann den hereinbrechenden Umsturz und alles das unermeßliche Elend, was die Folge davon sein muß, abhalten, es sei denn, daß eine ganz neue Schöpfung in der gesammten Staatshaushaltung eintritt. Eine ganz neue Schöpfung muß es sein, welche die todten Kräfte beleben, die schlummernden wecken, ein richtiges und ungehindertes Zusammenwirken herstellen und Alles auf den Mittelpunkt des öffentlichen Wohles vereinigen kann.“*)

Die wunderliche Zergliederung des Reiches in zahllose Sonderexistenzen

*) Reuß, Staatscanzlei XXXIII. 46.

war mit den kleinen Reichsstädten und ritterschaftlichen Enclaven noch nicht erschöpft; es gab selbst noch reichsunmittelbare Dörfer.*) Etwas mehr als ein Dutzend dieser Dörfer hatten sich in Schwaben und Franken die Reichsunmittelbarkeit gerettet, übten das Hoheitsrecht in Kirchensachen, errichteten Dorfordnungen, wählten ihre Schultheißen, setzten gerichtliche Personen ein und ab und handhabten auch eine Art von Rechtspflege. Ferner gab es Personen, Familien und Körperschaften, welche reichsunmittelbare Güter besaßen und, ohne Reichsstände zu sein, doch als reichsunmittelbar betrachtet wurden. Manche Kirche und Abtei, manche kleine Gutsherrschaft, auch einzelne Familien befanden sich in diesem Verhältniß; zur Zeit, wo es galt, von ihnen Beisteuern ähnlicher Art, wie die ritterschaftlichen Charitativsubsidien zu erheben, da war, wie ein Publicist sagt, der kaiserliche Hof „in diesem Stück ebenfalls in Gnaden ihrer eingedenk."

Eine gesunde und natürliche Gliederung konnte man dies nicht mehr nennen. Vielmehr hatte der alte Moser vollkommen Recht, wenn er unmuthig ausrief:**) „Vormals wußte man von keinem fürstlichen Hause ohne Fürstenthum, keinem gräflichen ohne Grafschaft; nun ist das Alles anders, wir haben 150 Personalisten gegen einen Realisten. . . . . . Es ist Alles bei uns in Confusion, so gut oder ärger, als Polen durch Verwirrung regiert wird."

Aeußerungen wie diese ließen sich eine ganze Reihe aufzeichnen; sie beweisen, wie wenig Illusionen über den Werth der bestehenden Formen sich die klarsten und einsichtsvollsten Köpfe damals machten. Und wenn ein Moser so urtheilte, dessen Bildung und Lebensansicht eben mit dieser alten untergehenden Zeit innig verflochten war, wie mußte das junge Geschlecht denken, das unter den Eindrücken der Thaten Friedrichs des Großen aufgewachsen und von den Richtungen der neuen Geistesbildung seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts beherrscht war! Diesem jungen Geschlecht war auch die Pietät für die überlieferten Formen fremd, welche die ältere Generation unverkennbar noch erfüllte; ihm erschien das alte Reich nur wie eine wunderliche Ruine mittelalterlich-byzantinischer Zeiten, die es ohne Haß und ohne Liebe betrachtete. Von dem Geiste antiker classischer Bildung und moderner Speculation erfüllt, war das Interesse und die Thätigkeit dieser Generation

*) S. Jenichens Vorrede zu Lünigs wohl abgefaßten Schreiben. Bamberg 1751. In Franken waren es die Dörfer Gochsheim und Sennfeld; im Nordgau Kaldorf, Petersbach, Biburg, Wengen, Priesenstatt, Huttenheim, Maynberheim, Haidingsfeld, Sainsheim, Aahusen; in Schwaben Großgartach, Ufkirchen, Suffelheim, Godramstein und einige andere.

**) Von den deutschen Reichsständen S. 1264.

auf ganz andere Ziele gerichtet, als auf die politische und publicistische Betrachtung, der noch zwei so treffliche Kernnaturen der alten Zeit, wie die beiden Moser, ihr ganzes Leben gewidmet hatten.

Eine gewaltige Revolution unseres geistigen Lebens ward von diesem jungen Nachwuchse vorbereitet. Indessen der Dichter der Messiade das religiöse und nationale Pathos im deutschen Volke neu erweckte, in Form und Inhalt der Trivialität der hergebrachten Bildung den Krieg erklärte und in der Jugend namentlich sich einen begeisterten Anhang gleichen Sinnes großzog, befreite uns Lessing von der Herrschaft französischer Muster und Theorien und führte die Nation zu jener antiken Natur und Einfachheit zurück, die unserem innersten Wesen verwandt war. Diese unblutigen Kämpfe, die Emancipation nationaler Kunst und Kritik von den Fesseln fremder Mode und fremden Zopfes, das Wiederaufleben antiker Bildung, das Ringen gegen den starren und geistlosen Formalismus in der Kirche, der Schule und dem Hause, die Erzeugung eigener und originaler Kunstschöpfungen an der Stelle fremder Copien — diese ganze Umwälzung, deren Verlauf wir hier nicht darzustellen haben, mußte auch das politische Leben der Nation einer zwar langsamen aber durchgreifenden Revolution entgegenführen. Welches der Ausgang sein würde, ob das geistige Gebiet des Denkens und Dichtens den Trieb politischen Handelns vollends absorbiren, oder ob die literarische Umwälzung die Brücke werden würde zu einer neuen Erweckung auch des äußeren nationalen Lebens, das lag im Schooße der Zukunft; nur das Eine war klar, daß die überlieferten Formen des alten Reiches in der neuen Geistesbewegung keine Stütze finden würden. Das junge Geschlecht, von den Anschauungen antiker Kunst erfüllt, von dem enthusiastischen Eifer der Aufklärung und Humanität des Jahrhunderts begeistert, stand den alten Formen zum wenigsten fremd, wenn nicht feindselig gegenüber; ja, seine ausschließlich abstracte Bildung, wie seine humane und weltbürgerliche Lebensansicht zog es vom Gebiete äußerer politischer Dinge überhaupt ab. Die neue Bildung fand ihren Stolz darin, nicht auf einer realen Grundlage nationaler und politischer Zustände zu ruhen; sie rühmte sich mit einem Eifer, der uns fast undeutsch klingt, ihrer weltbürgerlichen und humanen Unbegränztheit. Das Wort von Herder, der spöttisch fragt: „was ist eine Nation?“ und darin nichts finden will, als „einen großen ungejäteten Garten voll Kraut und Unkraut, einen Sammelplatz von Thorheiten und Fehlern, wie von Vortrefflichkeit und Tugend“, ist bisweilen als ein bezeichnender Ausdruck dieses ungestümen kosmopolitischen Eifers angeführt und gerügt worden. Aber auch Lessing, der unter allen Trägern der neuen Bildung am meisten dafür gethan, den deutschen Geist aus fremden Banden zu lösen und wieder zu sich selbst zurückzuführen, dem, wie jede Uebertreibung, so auch die des Kosmopolitismus fremd war, zieht sich auf den Standpunkt nationaler Entsagung zurück. „Ueber den gutherzigen Einfall, — ruft er bitter aus — den Deutschen ein Nationaltheater zu ver-

schaffen, da wir Deutschen doch keine Nation sind! Ich rede nicht von der politischen Verfassung, sondern nur von dem sittlichen Charakter. Fast sollte man sagen, dieser sei: keinen eignen haben zu wollen.“ Derselbe Mann, der sein Leben dem Kampfe für die geistige Erweckung der Nation geweiht, sprach das charakteristische Wort aus: „ich habe von der Liebe des Vaterlandes keinen Begriff und sie scheint mir aufs höchste eine heroische Schwachheit, die ich recht gern entbehre.“

Es bedurfte ohne Zweifel noch gewaltiger Durchgänge und herber Prüfungen, bis diese weltbürgerliche Gleichgültigkeit des jungen Geschlechts überwunden war. Vielleicht war der völlige Umsturz der alten Formen, eine neue Theilung deutschen Landes und Volkes, eine Fremdherrschaft und eine Unterdrückung, schlimmer als die des dreißigjährigen Krieges, nothwendig, um die Ueberzeugung, die im alten Reiche verloren gegangen, neu zu erwecken: daß die Liebe zum Vaterlande etwas mehr sei, als eine „heroische Schwachheit.“ Für's Erste war bis dahin noch ein weiter Weg zurückzulegen. Wir irren so leicht bei der Beurtheilung der politischen Handlungen jener Zeiten, indem wir den Maßstab unserer Betrachtung anlegen. Wir sind jetzt gewohnt, den westfälischen Frieden und was voranging, als eine Calamität Deutschlands zu betrachten, weil wir den letzten Ausgang dieser Entwicklung, den Rheinbund und die Dreitheilung Deutschlands vor Augen haben; uns erscheint französischer Schutz und französische Einmischung, in welcher Gestalt sie sich auch geltend machen mag, als schmachvoll, weil wir unter den Erinnerungen bonapartescher Herrschaft aufgewachsen sind. Aber diese Anschauungen sind Ergebnisse unseres Jahrhunderts, sie waren dem literarischen Geschlechte des vorigen fremd. Nicht die Kritiker und Poeten allein, auch die Geschichtschreiber und Politiker jener Tage sind von Meinungen beherrscht, wie sie in heutiger Zeit kaum Jemand wagen dürfte, offen zu bekennen. Der Ansicht z. B., daß der westfälische Friede die Grundlage „deutscher Freiheit“ sei, begegnen wir in den meisten hervorragenden Schriftstellern jener Tage. Oder ein Mann wie Dohm konnte beim Abschluß des Fürstenbundes offen erklären, daß die Vereinigung Baierns mit Oesterreich dem französischen Interesse zuwider sei, indem sie das Eindringen der Franzosen in das Herz der österreichischen Erblande erschwere; und er durfte, ohne Spott und Erbitterung zu erregen, dies als einen Beweggrund geltend machen, jenen österreichischen Projecten entgegenzutreten.

Diese Stimmung der Geister macht es begreiflich, daß ein Mann wie Justus Möser im Großen und Ganzen doch eigentlich einen nur mäßigen Einfluß hat üben können. Ein Geist, wie der seinige, der, an die noch gesunden niedersächsischen Verhältnisse anknüpfend, vom Kleinen und Einzelnen zur Reform des Großen und Allgemeinen hinstrebte, dem die kosmopolitische Bildung des Jahrhunderts den feinen Takt für das Volksthümliche und Deutsche nicht abgestumpft, der mit dem richtigsten Verständniß für die Man-

nigfaltigkeit des deutschen Lebens der aufkeimenden Richtung des Uniformirens und Centralisirens entgegentrat, ein solcher Geist konnte in einer Zeit, wo der kosmopolitische Humanitätseifer in voller Blüthe stand, nur eben einen begränzten Einfluß gewinnen. Und doch ist in den kleinen Aufsätzen von ihm nicht nur das locale Dasein seiner westfälischen Heimath mit dem feinen Sinn des Geschichtschreibers und Politikers behandelt, sondern die wichtigsten und eingreifendsten Fragen, welche die Erweckung des gesammten nationalen Lebens berührten, haben dort ihre Erörterung gefunden. Was er „patriotische Phantasien" nannte, ist von luftiger Phantasterei so frei, wie irgend etwas in dieser stürmischen und kraftgenialen Zeit; aber eben diese nüchterne Realität widersprach der vorwiegenden Neigung des jüngeren Geschlechts in der Literatur, und jene beredten Prediger der Humanität, denen eine Nation nur wie ein „ungejäteter Garten voll Kraut und Unkraut" erschien, trafen ohne Zweifel mit der herrschenden Stimmung der Geister näher zusammen, als der osnabrückische advocatus patriae.

Es stand eine Zeit bevor, die dem ästhetischen Genießen und der unthätigen Beschaulichkeit gewaltsam ein Ziel setzte; die künstlerische Selbstgenügsamkeit und die Schwärmerei des Weltbürgerthums ward unsanft genug aus ihrer Ruhe aufgeschreckt, und die Fragen, was eine Nation, was die Liebe zum Vaterlande werth sei, erhielten dann wieder eine praktische Bedeutung, welche sich die großen Träger der literarischen Umwälzung seit 1750 nicht träumen ließen. Was der Ausgang dieser Erschütterungen sein würde, das lag völlig im Ungewissen; nur über das Schicksal der alten Formen des Reiches konnte kaum ein Zweifel bestehen. Waren sie in sich selber nicht lebenskräftig genug, den ersten Sturm zu überdauern, so gab die geistige Richtung der Nation noch weniger eine Bürgschaft für ihr Bestehen.

Sechster Abschnitt.

Friedrich II. und Joseph II.

Während die Formen des Reiches und die winzigen kleinstaatlichen Gruppen von Tag zu Tag tiefer verfielen, waren jene neuen Kräfte innerhalb des Reiches emporgewachsen, von denen fortan die Macht und politische Entwicklung Deutschlands bestimmt war: Oesterreich und Preußen standen sich in ihrer äußeren Verknüpfung durch das Reich und zugleich in ihrem scharfen, rivalen Gegensatze gegenüber. Dieselben Jahre, welche die tiefe Zerrüttung der alten Ordnungen des Reiches vor Aller Augen enthüllen, sind darum zugleich von weltgeschichtlicher Bedeutung durch das Entstehen und Wachsthum der neuen Staatsmächte. Es ist die Zeit, wo Friedrich II. unserem gesammten nationalen Leben eine andere Richtung gab, und den Regierungen das Vorbild einer neuen Staatsweisheit ward, deren Wirkungen bald bis in die kleinsten Kreise unseres politischen Lebens hereindrangen. Zwar liegt es jenseits der Grenze unserer geschichtlichen Aufgabe, diese Zeit im Einzelnen zu schildern, doch durften wir den großen und bleibenden Einfluß nicht unerwähnt lassen, den Friedrichs und Maria Theresias Zeiten auf das gesammte Dasein der deutschen Nation übten. Friedrich besonders, indem er erst seinem jungen Königthume eine breitere Grundlage an Macht und Umfang schuf, hierauf in den eilf Friedensjahren von 1745—1756 die innere Ordnung des Staatswesens aufrichtete und dann in einem furchtbaren Kampfe sieben Jahre lang gegen den größeren Theil von Europa das unübertroffene Muster des Feldherrn und königlichen Helden aufstellte, war zu einem Grade europäischer Anerkennung gelangt, wie es seit Jahrhunderten keinem deutschen Fürsten mehr gelungen war. Seine friedliche Regententhätigkeit hatte dazu eben so viel mitgewirkt, wie seine Siege; man war allenthalben eifrig bemüht, nicht nur die Armeen, sondern auch die Staatsordnung nach preußischem Muster einzurichten. Der wachsame haushälterische König, der mit unermüdlicher Sorgfalt wüste Stellen seines Landes urbar machte, Colonisten hereinzog, Ackerbau und Gewerbe unterstützte, jedem Zweige bürgerlicher Thätigkeit seine

Aufmerksamkeit schenkte und bei den bescheidensten persönlichen Bedürfnissen die ganze Frucht seiner Sparsamkeit wieder nur dem Ganzen zuwendete, ward im Großen und Kleinen, mit Erfolg und auch oft genug ganz unglücklich, allenthalben nachgeahmt. Man bewunderte diesen wohlgeordneten Staat, seine straffe militärische Verwaltung, die finanzielle Pünktlichkeit, den regen Arbeitstrieb der Bevölkerung, man pries das tolerante und aufgeklärte Regiment des großen Königs, man rühmte mit Recht die treffliche Rechtspflege, die allen Unterthanen eine höhere Sicherheit der Person und des Eigenthums gab, als sie irgendwo bis dahin in einem absoluten Staate vorhanden gewesen und die eben durch das Gefühl, nicht blos von Willkür, sondern von Gesetzen und Rechten abzuhängen, jedem Einzelnen ein Selbstbewußtsein verlieh, wie es sonst nur unter dem Schutze der Freiheit gedeiht.

In fast allen europäischen Staaten, den romanischen Ländern des Südens und Westens, wie im scandinavischen Norden, in den größeren und kleineren weltlichen Territorien Deutschlands, wie in den geistlichen Landen, gibt sich diese bewundernde Nachahmung von Friedrichs Regierungsweise kund. Die Erfolge freilich sind so verschieden, wie es die nachahmenden Persönlichkeiten waren, und wie es zu geschehen pflegt, war man in der Nachahmung der Schattenseiten häufig nicht minder eifrig, als in dem Wetteifer um die Vorzüge. Am gewöhnlichsten ward äußeren mechanischen Hebeln das als Verdienst zugerechnet, was immer vorzugsweise die gesegnete Wirkung von Friedrichs Persönlichkeit war. Denn so merkwürdig die Maschine des preußischen Staates war, sie war doch wieder zu complicirt und gespannt, um nicht manche Nachtheile zuzulassen, die eben nur das wachsame, tiefblickende Herrschergenie des Königs selbst abzuwenden oder zu mildern vermochte. Dieser Mechanismus der preußischen Cabinetsregierung, den unter Friedrich ganz Europa für unübertrefflich hielt, wirkte unter einem verschiedenen Nachfolger geradezu verderblich und ward 20 Jahre nach Friedrichs Tode als eine der unzweifelhaften Ursachen des Untergangs der alten Monarchie angesehen. Ja, auch von Friedrich selber sind, wie Dohm sagt,*) Entscheidungen ausgegangen, die auf mangelhafter Kenntniß, auf Vorurtheilen, Neigungen oder Abneigungen beruhten, und waren sie einmal ausgesprochen, so mußten sie befolgt werden, denn strenge Consequenz und unveränderte Behauptung ihrer Verfügungen mußte gerade bei einer Regierung, wie die Friedrichs war, für etwas höchst wichtiges gelten. Drum begreifen wir auch die Klage, die derselbe warme Bewunderer Friedrichs ausspricht: wie unter einem Regenten, der mit so großer Einsicht, so edlem Willen, so unglaublicher Thätigkeit 46 Jahre lang selbst regiert hat, doch so viel Gutes nicht geschehen ist und so viel Schlechtes dem Regenten unbemerkt hat einwurzeln können.

Mit allem Rechte rühmte man z. B. an der Verwaltung des großen

*) Denkwürdigk. IV. 126. 370.

Königs, daß kaum irgendwo der Bauer in einem so erträglichen Zustande sich befinde, wie in Preußen, und doch stand die Wirklichkeit weit hinter dem zurück, was der König erstrebte und durch seine Anordnungen zu erreichen hoffte. Noch bestand in einem großen Theile der Monarchie, namentlich in den alten Provinzen, die Last der Erbunterthänigkeit; war auch seit 1717 die persönliche Leibeigenschaft gefallen, so blieb doch die am Boden des Gutes haftende Unfreiheit noch drückend genug. Die feudalen Lasten und Abgaben in ihrer oft sehr unbestimmten Begrenzung, das Fuhren- und Vorspannswesen, die gutsherrliche Justiz u. s. w. bestanden fort und konnten auf die Dauer das Aufkommen eines tüchtigen und selbständigen Bauernstandes nur hindern. Ein Vergleich des Zustandes in der Mark, in Pommern, in Preußen und selbst in dem so sichtbar aufblühenden Schlesien mit den Bauern im Halberstädtischen und Magdeburgischen, in Ostfriesland und einzelnen Strichen am Rhein, wo mäßige Abgaben und festbegrenzte Pflichten herrschten, fiel durchaus zu Gunsten der letzteren aus; der Wohlstand war größer und darum auch die Rührigkeit und geistige Cultur bedeutender. Es lag entschieden im Willen des Königs, jenen Zustand wenigstens zu mildern und durch feste Normen die feudale Willkür zu zügeln. Wie viele Mühe ward nicht angewendet, den Bauer zu heben, ihn vor dem Uebermaß der Belastung zu schützen, gutsherrliche Mißhandlungen gründlich zu beseitigen, die Frohnen zu reguliren, das Prügeln der Bauern abzuschaffen u. s. w. — und wie unvollkommen ward des Königs treffliche Absicht erreicht!*) Der Mechanismus war stärker als sein edler Wille; gegenüber dem Adel und Beamtenthum, so sehr beides gerade in Preußen disciplinirt war, erwies sich doch selbst eine Persönlichkeit, wie die Friedrichs, nicht selten als unzulänglich. Welche Gewähr gegen jene Uebel gab aber die bestehende Maschine, wenn ein Geist und ein Wille, wie der des großen Königs, nicht ausreichte, den eingewurzelten Mißbrauch zu überwinden!

Es war einer der verhängnißvollsten Irrthümer der folgenden Generation, daß sie dies Verhältniß völlig verkannte; sie hielt den Mechanismus für unfehlbar, wo doch nur der wachsame Geist eines unvergleichlichen Fürsten dessen natürliche Fehler gemildert und beseitigt hatte. Dies zu erreichen, bedurfte es bei dem Umfange und den Mitteln des Staates der allereifrigsten Sorge; denn Preußen war nicht so beschaffen, daß man, wie anderwärts, unbekümmert auf unerschöpfliche Hülfsquellen hin hätte sündigen können. Treffend schildert ein preußischer Geschichtschreiber**) den großen König mit den Worten: „Da saß der alte Meister in seinem Sanssouci sorgenvoll und rechnete von früh bis spät und sah nach, daß die Zähne des künstlichen, vielfach abge-

*) S. die belehrende Ausführung in Stenzel, preuß. Gesch. IV. 307—316. Vgl. Dohm IV. 403 f.

**) Stenzel II. 5.

stuften Räderwerkes vollkommen in einander griffen, daß die Reibung nicht zu stark würde, oder wohl gar die Zapfen aus den Löchern wichen, immer half er Stockungen nach, änderte aber im Wesentlichen nichts, denn er würde das Ganze vernichtet haben, was noch Dauer versprach, sondern suchte nur noch die Bewegung zu erleichtern und zu beschleunigen, ohne doch die Federkraft zu erhöhen, denn diese war auf's Aeußerste gespannt."

Diese äußerste Spannung war eine Folge des Mißverhältnisses, welches zwischen dem Umfange und den natürlichen Kräften der Monarchie und zwischen ihrer äußeren Weltstellung obwaltete. Ein Staat, der die am wenigsten begünstigten Landschaften Deutschlands umfaßte, ungleich bevölkert und zum Theil erst der Cultur erobert, von mäßigem Umfang und schlecht arrondirt, nach allen Seiten hin eifersüchtigen und feindseligen Nachbarn offen, ein solcher Staat, den nur das wachsamste und tüchtigste Regiment und nur die rührigste Arbeitskraft seiner Bewohner über die natürlichen Schwächen seiner Lage hinwegheben konnte, war mit einem Male in die Reihe der Großstaaten Europas eingetreten und mußte eine Heereskraft unterhalten, wie sie dieser Stellung entsprach. Unter den europäischen Großstaaten der jüngste und bei weitem kleinste, ohne überlieferte Allianzen, vielmehr mit Mißtrauen von Allen, mit Haß von den Meisten angesehen, konnte er nur durch die höchste Entfaltung aller Kräfte der Regierenden und Regierten auf solch angefochtener Höhe sich behaupten.

Der siebenjährige Krieg hatte Preußens moralische Macht in der Feuerprobe eines furchtbaren Kampfes gestählt und bewährt; aber die materiellen Folgen des Krieges, dem das Land als Schauplatz und als Nahrung gedient, waren darum doch nur sehr schwer und langsam zu verschmerzen. Die Finanzen des Landes waren so beschaffen, daß schon im Frieden alle Kräfte straff zusammengenommen werden mußten; ein Krieg wie der siebenjährige überstieg die Tragkräfte des Staates. War es der höchsten Bewunderung werth, daß König Friedrich nach allen Katastrophen des Kampfes doch den „letzten Thaler in der Tasche" behielt, so war es nicht weniger gewiß, daß dies nur bei tiefster Erschöpfung des Landes möglich war.

Niemand hat dies lebhafter und klarer erkannt, als Friedrich selbst. Seine eigene Darlegung*) zeigt am einleuchtendsten, welche Anstrengungen und welche Sparsamkeit nöthig waren, um das Land wieder zu Athem zu bringen. „Die Ruhe, sagt der König, war für Preußen nöthiger, als für die übrigen Staaten, weil es fast allein die Last des Krieges getragen. Man kann sich diesen Staat nur vorstellen, wie einen Menschen, der von Wunden zerrissen, von Blutverlust erschöpft und in Gefahr war, unter dem Druck seiner Leiden zu erliegen; er bedurfte einer Leitung, die ihm Erholung gab, stärkender Mittel, um ihm seine Spannkraft wiederzugeben, Balsam, um seine

*) Oeuvres T. VI. 73 ff. V. 4 ff. 233.

Wunden zu heilen. Unter diesen Umständen hatte die Regierung die Aufgabe eines weisen Arztes, der mit Hülfe der Zeit und sanfter Heilmittel einem erschöpften Körper seine Kräfte wiedergibt. Diese Betrachtungen waren so mächtig, daß die innere Verwaltung des Staates meine ganze Aufmerksamkeit absorbirte; der Adel war erschöpft, die kleinen Leute ruinirt, eine Menge von Ortschaften verbrannt, viele Städte zerstört; eine vollkommene Anarchie hatte die Ordnung der Polizei und Regierung umgeworfen; die Finanzen waren in größter Verwirrung, mit einem Worte, die allgemeine Verwüstung war groß." Diese gespannte Lage macht es begreiflich, daß der König in den Versuchen zu helfen nicht immer im Falle war, die mildesten und glücklichsten Heilmittel anzuwenden, sondern zu manchem Experiment seine Zuflucht nahm, welches den Druck steigerte, statt ihn zu mindern. Schon war in Preußen das Mercantilsystem in einer Stärke ausgebildet, welche bei allen Vortheilen, die man bezweckte und erreichte, doch auch unvermeidliche große Nachtheile nach sich zog; nun kam noch als schlimme Nachwirkung der Noth des siebenjährigen Krieges das System indirecter Abgaben, über dessen materielle und moralische Wirkungen von den Zeitgenossen wie von den Späteren gleich ungünstig geurtheilt worden ist.

Die Rückwirkungen des Krieges erstreckten sich aber auch auf die Hauptstütze der Weltstellung Preußens, auf das Heer. Die nächste Generation hat sich hier von demselben Irrthum, der sie bei Beurtheilung der bürgerlichen Verwaltung leitete, verblenden lassen: sie glaubte an die Unübertrefflichkeit des Instituts, bis eine furchtbare Katastrophe aller Welt verkündete, daß die alten Formen sich überlebt hatten. War doch die Armee Friedrichs schon nach dem großen Kriege das nicht mehr, was sie vorher gewesen! „Das Heer, sagt der König selber,*) war in keiner besseren Lage, als das übrige Land; 17 Schlachten hatten die Blüthe der Officiere und Soldaten vernichtet; die Regimenter waren zerrüttet und zum Theil aus Deserteuren oder Kriegsgefangenen gebildet. Die Ordnung war fast ganz verschwunden und die Disciplin so sehr gelockert, daß die alte Infanterie nicht mehr werth war, als eine neugebildete Miliz. Man mußte daher daran denken, die Regimenter zu ergänzen, Zucht und Ordnung wiederherzustellen, vor Allem die jungen Officiere durch den Sporn des Ruhmes anzufeuern, damit diese herabgekommene Masse ihre alte Energie wieder erhielte." Eine fast dreißigjährige Friedenszeit, nur unterbrochen durch den demoralisirenden Scheinkrieg von 1778 und die wohlfeilen holländischen Lorbeeren von 1787, war freilich wenig geeignet, diese Aufgabe zu lösen. Des Königs eigener Lieblingsgedanke,**) durch die Begünstigung des Adels bei den Officierstellen in dem Heere ein natürliches Standes- und Ehrgefühl anzupflanzen und deshalb lieber fremde

*) Oeuvres de Frédéric VI. S. 5.

**) S. Oeuvres VI. 94.

Adelige als eingeborene Bürgerliche an die Spitze der Soldaten zu stellen, dieser Gedanke, den der bisherige Zustand des Bürgerthums und das hohe militärische Verdienst des preußischen Adels zu rechtfertigen schien, hat gleichwohl, wie die Erfahrung der folgenden Zeit bewies, die Katastrophe eher beschleunigt als aufgehalten.

Die Aeußerungen des großen Königs selbst sprechen ein sehr lebhaftes Bewußtsein dieser Schwäche aus. „Da Preußen nicht reich ist, sagt er, so müssen wir uns vor Allem hüten, uns in Kriege zu mischen, bei denen nichts zu gewinnen ist. Da das Land arm ist, muß der Regent dieses Landes sparsam sein und in seinen Angelegenheiten die strengste Ordnung halten; gibt er das Beispiel der Verschwendung, so werden seine Unterthanen, die arm sind, ihm nachzuahmen suchen und sich dadurch ruiniren.“ Ein andermal beklagt er die offene und ungeschützte Stellung gegen Oesterreich, wie gegen Rußland und Schweden; er hält zur Sicherheit der Monarchie die Erwerbung Sachsens für unentbehrlich. Er warf wohl den Gedanken hin, daß man durch die Eroberung Böhmens oder Mährens ein Tauschobject für Sachsen gewinnen könne und dieses dann als das natürliche Grenzland nach Süden befestigen müsse. Geschähe dies nicht, so könne jede feindliche Armee den Weg nach Berlin einschlagen ohne Hinderniß. Mit Oesterreich aber, bemerkt er an derselben Stelle, scheine es fast unmöglich, ein festes Band politischer Allianz zu schließen. *)

Diese Stellung Preußens, durch die natürliche Lage des Landes, die Erschöpfung des Krieges, den Mangel natürlicher Allianzen veranlaßt, muß man sich vergegenwärtigen, um ein Ereigniß zu begreifen, dessen verhängnißvolle Bedeutung kein Politiker der Zeit richtiger erkannte, als eben Friedrich II. Wir meinen die Theilung Polens, die Preußen und Deutschland die Wucht russischer Macht unmittelbar an die offenen Grenzen rückte und an die Stelle eines ungefährlichen, nichts weniger als offensiven Nachbarn einen compakten, rührigen und auf Eroberung angewiesenen Staat vor die Thore stellte: eine Wendung der Dinge, bei der Polen zu Grunde ging, die deutschen Großstaaten für die Abfindung mit dünnbevölkerten Quadratmeilen ihre natürliche Macht auf allen Seiten schwächten, und nur Rußland den vollen, ungetrübten Gewinn davon trug. Ein solch unberechenbarer Umschwung in der Politik Europas ward aber wesentlich mit herbeigeführt durch die Erschöpfung Preußens, durch sein Bedürfniß der Erholung und Ruhe, durch seine Entzweiung mit Oesterreich, „mit dem, wie der König sagte, dauernde Bande anzuknüpfen nicht möglich schien.“

Wohl schwebte das Schicksal der Auflösung lange schon über Polen und war auf die Dauer allerdings kaum abzuwenden. Es schien dies Land zum warnenden Beispiel ausersehen, wohin die ungezügelte Herrschaft von Junkern

*) Oeuvres de Frédéric T. IX. 187. 189 f.

und Priestern ein Volk führen muß. Lange bevor die treulose Politik der Nachbarn dort gewaltsam in die Dinge eingriff, war das endliche Loos dieser zerrütteten Staatsverbindung mit Sicherheit vorauszusehen: erlag sie nicht einem feindseligen Stoße von Außen, so mußte sie an dem Prozesse innerer Zersetzung zu Grunde gehen, den der Mangel aller gesunden gesellschaftlichen Bildung und jeder staatlichen Organisation langsam, aber sicher, vorbereitete. Ein Volk von Sklaven, tumultuarisch geleitet von einer leichtfertigen und abenteuernden Aristokratie, in welcher sich die Untugenden der Barbarei mit Lastern der Civilisation verschmolzen, „rohes Sarmatenthum und überfeines, verfaulendes Franzosenthum an einander geklebt," das Alles unter einer sogenannten Verfassung, welche die Anarchie der Einzelwillkür, die Gedanken- und Gesetzesverwirrung auf den Thron erhob, wer wollte von diesem unheilbaren Wuste eine gedeihliche Entwicklung erwarten? Zumal wenn die Masse des Volkes nicht nur aller Erziehung, sondern selbst des Bildungsbedürfnisses entbehrte, wenn sie ohne blühenden und freien Landbau, ohne Schifffahrt und Handel, von Adeligen, Pfaffen und Juden um die Wette ausgepreßt und im Schmutze fast erstarrt, dahinvegetirte! Ein solches Volk, das gegen Westen an die mächtigsten und cultivirtesten Staaten des Erdbodens grenzte, nach Osten von einem zwar noch barbarischen Reiche berührt ward, dessen Macht aber in einer Hand vereinigt war, konnte inmitten dieser andringenden Gegensätze auf die Dauer ein unabhängiges Leben nicht behaupten.

Drum war die Auflösung dieses Reiches keine Angelegenheit von heute; schon um die Mitte des 17. Jahrhunderts konnte die Besorgniß einer Theilung Polens ausgesprochen werden, und seitdem waren eine Menge von Ursachen hinzugekommen, dies tragische Loos unvermeidlich zu machen. Möglich, daß noch ein Jahrhundert zuvor die Uebertragung der Krone an einen Fürsten und an ein Land, bei denen sie vor der kläglichen Lage eines machtlosen Wahlkönigthums sicher war, Polen ohne gewaltsame Katastrophen durch eine allmälige völlige Umgestaltung retten konnte, aber diese Zeit war versäumt worden. Welch anderes Verhältniß trat z. B. in Osteuropa ein, wenn statt des sächsischen Hauses das brandenburgische zum polnischen Throne gelangte und statt der Könige, die auf die letzten Wasa's folgten, der große Kurfürst die polnische Macht mit der neugegründeten preußischen vereinigte!

Aber die Zeit war versäumt und das Verhängniß rückte immer näher. In Rußland hatte im Sommer 1762 eine Herrscherin den Thron bestiegen, welcher der Wille wie die Fähigkeit innewohnte, die Ueberlieferungen Peters des Großen mit neuer Energie wieder aufzunehmen. Die jugendliche Kraft des Volkes nach Außen zu nützen, den Verfall des osmanischen Reiches zu beschleunigen und zugleich die Vorposten russischer Politik nach Warschau vorzuschieben, um so mit Westeuropa in unmittelbare Berührung zu kommen, auf dies Ziel deuteten schon die Anfänge Katharinas II. so unverkennbar hin, wie ihre letzten Arbeiten und Erfolge sich darum bewegt haben. Mit beson-

derer Rührigkeit und Ausdauer ergriff sie frühe die polnischen Dinge, indem sie sich bald trotzig bald geschmeidig in die inneren Verhältnisse eindrängte, die Unduldsamkeit der Priester gegen die Akatholiken im Namen christlicher Toleranz ausbeutete, die Nation durch einen leeren und haltlosen König vollends in den Staub zog und allem Ungesunden und Verworrenen, was Polen und seine Verfassung in sich barg, Schutz und Schirm angedeihen ließ. Auf diesem Wege mußte es früher oder später dazu kommen, daß wenn auch die polnische Republik noch dem Namen nach als selbständiger Staat vegetirte, doch Rußland in ihr die Leitung übte, und zwar allein sie übte, ohne mit den Nachbarn theilen zu müssen. Wenn man die polnischen inneren Angelegenheiten so würdigte, wie sie sich darstellten, so war es für die Nachbarstaaten an sich keine ganz leichte Wahl: ob sie ihre äußere Macht dransetzen sollten, die Existenz Polens gegen den östlichen Dränger zu schützen, oder ob sie Theil nahmen an dem Vortheil einer That, die vielleicht nicht einmal zu hindern war. Darum mußten bei ihnen am ersten sich die Gedanken einer Theilung regen, während in Rußland die ursprüngliche Tendenz auf eine möglichst ausschließliche Beherrschung der polnischen Republik ausging.

Das Verhalten Friedrichs II. zu der Katastrophe, die sich im Osten vorbereitete, enthüllte sehr schlagend die schwierige Stellung, in welcher sich Preußen nach dem siebenjährigen Kriege befand. Durch eine seltsame Fügung der Dinge waren die beiden mächtigsten Staaten des Westens, Frankreich und England, so verschieden sie sonst waren, fast aus gleichen Ursachen zu einer Rolle der Unthätigkeit und Schwäche verurtheilt, die weder ihrer Größe noch ihrer Vergangenheit entsprach. War es in Frankreich die sittliche Verfallenheit des Königthums und der Einfluß von Maitressen und Höflingen, was die Ueberlieferung früherer Politik vergessen ließ, so brachte es in England das Regiment einer höfischen Camarilla und ihrer Creaturen dahin, daß die Colonien in Amerika und der politische Einfluß in Europa fast zu gleicher Zeit auf schmähliche Weise verloren gingen. So sah sich Preußen in der Lage, auf die Mächte im Westen, die ihm im schlesischen und im siebenjährigen Kriege abwechselnd Stützen gewesen waren, nicht mehr zählen zu können; mit Frankreich erschien nach den Erlebnissen des siebenjährigen Kriegs ein näheres Einverständniß kaum denkbar und bei der inneren Lage jenes Staates in der That auch von geringem Werth, mit England ein neues Bündniß zu suchen war dem König von Preußen nicht zuzumuthen, nach der bitteren Erfahrung von Treulosigkeit, die ihm Lord Butes Ministerium am Ende des letzten Krieges bereitet hatte. So hatte Friedrich alte Verbündete verloren und neue nicht gewonnen; denn mit Oesterreich — in der polnischen Sache dem natürlichsten Alliirten Preußens — hatte der Friede von 1763 nur den Kampf, aber nicht die innere Entzweiung beendet.

So blieb nur die Verbindung mit Rußland selbst, die allerdings eher geeignet war, Gefühle der Sorge, als der Sicherheit zu erwecken. Indessen

wie die Lage freilich beschaffen war, mußte es Friedrich noch als eine Gunst ergreifen, durch diese mächtige Allianz aus der Isolirung herauszutreten, in welcher ihn der Ausgang des Krieges gelassen hatte, wenn gleich die Allianz selber ihn vielleicht nöthigte, in die Entwürfe der Czarin einzugehen und für ihre weiterstrebende Macht zu arbeiten. Es war, wie Dohm richtig bemerkt,*) das erste Mal, daß der König in eine Verbindung eintrat, die ihm doch eine untergeordnete Stellung anwies, in welcher er nicht wie bisher die Rolle des Leiters übte, sondern sich vielfach mußte bestimmen lassen. So entstand der Vertrag vom 11. April 1764, der auf acht Jahre Preußen und Rußland zu engem Bündniß vereinigte und in dessen berüchtigtem geheimen Artikel beide Mächte sich verbanden, Alles zu hindern, was die Anarchie in Polen zügeln, die königliche Gewalt stärken und dem wüsten Zustande Polens, den man euphemistisch „la constitution et ses loix fondamentales“ nannte, ein Ende machen könnte.

Friedrich war schon zur Zeit, wo er das Bündniß schloß, nicht unbesorgt über die Gefahren, welche die polnische Verwirrung dem Frieden Europas bereite; **) aber er mochte hoffen, die Krisis noch zu verzögern. Dagegen war Rußland in vollem Zuge, inmitten der allgemeinen Abspannung sein Uebergewicht rastlos geltend zu machen, nicht nur an der Weichsel, sondern auch am Bosporus. Die einzige fühlbare Einwirkung, die von den Westmächten Frankreich in diese Verwicklung übte, war der unbesonnene Krieg, in welchen man die Türken hereinstürzte und den Rußland so glücklich und ruhmvoll führte, wie es je einen Krieg geführt hat. Wer wollte jetzt Katharinen hindern, nach Polen und der Türkei zugleich die Hand auszustrecken, ihre Herrschaft mit einem Zuge nach Warschau und nach Constantinopel vorzurücken?

Preußen, von Frankreich und England verlassen, mit Oesterreich innerlich entzweit und an Rußland durch einen Bund gekettet, der es verpflichtete, die russischen Eroberungsentwürfe mit Truppen oder Subsidien zu unterstützen — Preußen konnte auf seine Hand jenes Aeußerste nicht abhalten, auch wenn Friedrich hätte daran denken dürfen, mit der Kühnheit und Jugendfrische, womit er einst Schlesien überfallen, wenige Jahre nach dem siebenjährigen Kriege dem übermächtigen Nachbar den Handschuh hinzuwerfen. Mit seinen spärlichen Hülfsquellen, durch den Krieg noch furchtbar erschöpft, von allen Seiten angefeindet, war er physisch außer Stande, mit offenem Visir zu hindern, was sich im Osten vorbereitete und den russischen Invasionsgedanken gegenüber etwa seine schützende Hand zugleich über Polen und das osmanische Reich zu halten. Seine Stärke bestand vornehmlich in seiner Wachsamkeit; vielleicht blieb ihm kaum eine andere Wahl, als das geringere Uebel zu wäh-

*) Denkwürdigkeiten IV. 258 f.

**) S. den Brief an Prinz Heinrich; Oeuvres XXVI. 299.

len, um das größere abzuwehren. Daß Polen aufgelöst werden würde, war schon vor dem Vertrag von 1764 zu erwarten, nach demselben kaum mehr zu vermeiden; Friedrichs Rechnung konnte daher nur sein, die Auflösung möglichst lange zu verhindern und, wenn sie unvermeidlich war, ihr die möglichst günstige Wendung für Preußen zu geben. Aber wie viel scharfe Beobachtung, wie viel Vorsicht, Geschmeidigkeit und selbst Duplicität war nöthig, um den gefährlichen Verbündeten dauernd im Zaume zu halten! Die Diplomatie jener Tage, in ihrem oft ganz blinden Hasse gegen den König, weiß nicht Worte genug zu finden, um seine Perfidie und Zweideutigkeit zu verurtheilen; gleichwohl scheint es uns unzweifelhaft, daß Friedrich seine staatsmännische Voraussicht und Ueberlegenheit kaum in einer äußeren Verwicklung mehr bewährt hat, als in dieser von Anfang bis zu Ende wenig tröstlichen Angelegenheit. Er allein war der Wachsame und Scharfsichtige, in einem Augenblick, wo der Unverstand der Polen wie im Wetteifer den Russen in die Hände arbeitete, wo die Staatsmänner Frankreichs, Englands und selbst Oesterreichs unthätige Zuschauer waren oder nur müßige Klagen in Bereitschaft hatten.

Am wenigsten von Allen war Friedrich versucht, die Gefahr vor den Russen zu unterschätzen. Schon frühe überkam ihn die Sorge, daß diese rastlos vordringende Macht mit der Zeit ihm selber Gesetze vorschreiben wolle wie den Polen; schon in der ersten Zeit nach dem geschlossenen Bündnisse mußte er dem Uebermuth eines russischen Unterhändlers die Lection geben: er werde zwar stets der Freund der Russen, aber niemals ihr Sclave sein. „Das ist eine furchtbare Macht, schrieb er seinem Bruder Heinrich, die in einem halben Jahrhundert ganz Europa wird zittern machen. Es könnte dann wohl den Oesterreichern Schmerz und Reue bereiten, daß sie dies barbarische Volk nach Deutschland gerufen und es den Krieg gelehrt haben. Aber ihre Leidenschaft und ihr Haß hat sie über die Folgen geblendet, und wie die Sachen jetzt stehen, sehe ich keine Rettung mehr, als daß man mit der Zeit einen Bund der größten Staaten bildet, um sich diesem gefährlichen Strome entgegenzustellen.“ *)

Des Königs Lage war in der That peinlich genug. Von dem ungeduldigen Ehrgeiz seiner russischen Verbündeten bedrängt, durch das Mißtrauen der Oesterreicher und die unthätige Schwäche der Westmächte isolirt, sah er das Verhängniß immer näher kommen, zumal die Polen in ihrer blinden Verworrenheit und die Türken mit ihrer kläglichen Kriegführung den Entwürfen Katharinens aufs erwünschteste zu Hülfe kamen. „Ich beschränke mich darauf, schrieb er 1769, die Conföderirten zu Frieden und Eintracht zu ermahnen; ich wünschte Europa bliebe in Frieden und alle Welt wäre zufrieden. Ich glaube, ich habe diese Empfindungen vom seligen Abbé de St. Pierre

*) Oeuvres de Frédéric VI. 15. 24. XXVI. 313.

geerbt und es kann mir, wie ihm, begegnen, daß ich der einzige meiner Secte bleibe. Es ist mir genug, diese Zeit der Ruhe zu benutzen, um die noch blutenden Wunden des letzten Krieges allmälig zu heilen." ... „Es scheint mir, schrieb er später, es wäre meiner theuern Verbündeten würdiger, Europa den Frieden zu geben, als einen allgemeinen Brand anzufachen."

Die doppelte Gefahr des russischen Vordringens nach Polen und einer Eroberung der türkischen Donauländer abzuwehren, das war nur durch eine Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen möglich. In Oesterreich machte sich der Einfluß des jungen Kaisers Joseph bemerkbar; der theilte in keinem Falle die persönliche Erbitterung, welche von dem schlesischen Kriege her die ältere Generation in Wien beherrschte, er zählte vielmehr wie das ganze jüngere Geschlecht zu den Verehrern und Bewunderern Friedrichs. Schon 1766 hatte daher der König einen Anlaß gesucht, mit dem jungen Kaiser persönlich zusammenzutreffen; damals hatte aber die alte Abneigung in Wien noch den Sieg behauptet und der junge Kaiser durfte der Aufforderung Friedrichs nicht folgen. Erst im Spätsommer 1769 gelang es die beiden Monarchen zusammenzuführen; Joseph besuchte Friedrich in Neisse und dieser begab sich im Jahre darauf nach Neustadt in Mähren, um den Kaiser und Kaunitz zu sprechen. Die ersten Versuche einer Annäherung schienen von gutem Erfolge. Man versprach sich in den Zerwürfnissen zwischen Frankreich und England gegenseitige Neutralität und Frieden zu erhalten. Für Oesterreich, sagte Joseph II., gibt es kein Schlesien mehr. Und Friedrich sprach das merkwürdige Wort: „ich denke, wir Deutschen haben lange genug unter einander unser Blut vergossen; es ist ein Jammer, daß wir nicht zu einem besseren Verständniß kommen können." Auch Kaunitz meinte nachher zu Neustadt: Die Vereinigung Oesterreichs und Preußens sei der einzige Damm gegen den wilden Strom, welcher Europa zu überfluthen drohe.*) Treffliche Worte, die nur leichter auszusprechen, als zu befolgen waren!

Den Vortheil hatte indessen diese erste Annäherung, daß Oesterreich und Preußen nun eine Zeit lang eine einträchtigere Haltung zeigten und dadurch Rußland nöthigten, die Ziele seines Ehrgeizes etwas zu mäßigen. In der Zeit, wo die Verständigung mit Oesterreich versucht ward, hatte Friedrich zuerst bei Katharinen den Gedanken angeregt, in einer Theilung einiger polnischer Provinzen zwischen Oesterreich, Preußen und Rußland die Lösung der östlichen Wirren zu finden, aber Rußland, dem seine Siege gegen die Türken damals die Zuversicht viel größerer Erfolge gaben, ließ diesen Versuch einer Abfindung vorerst ganz unberücksichtigt.**) Es dauerte einige Zeit, bis Katharina etwas zugänglicher ward und den Gedanken einer umfassenden Gebietserwerbung auf Kosten der Türken vorerst noch vertagte. Nach mancher mühe-

*) Oeuvres de Frédéric VI. 26. 29. Raumer: Beiträge IV. 249. 274.

**) Oeuvres de Frédéric VI. 26. 27.

vollen Unterhandlung gelang es Friedrich jenem Theilungsgedanken mehr Eingang zu verschaffen, aber auch Rußland zugleich zu bestimmen, daß es sich mit mäßigeren Forderungen gegenüber den Türken begnügte.*) Wie denn Oesterreich in ungeduldiger Sorge, leer auszugehen, den Zipser Kreis besetzen ließ (1770), gab das den Verbündeten von 1764 den erwünschten Vorwand, die letzte Scheu gegen Polen abzulegen und zur That zu schreiten.

So erfolgte der Theilungsact von 1772, der Rußland ungefähr um 2200, Oesterreich um 15—1600, Preußen um 631 Quadratmeilen vergrößerte. Friedrich pries es als einen unter diesen Umständen sehr günstigen Erfolg, daß es ihm gelungen war, den Frieden zu erhalten, das osmanische Reich vor der drohenden Auflösung zu schützen und zugleich sich eine Vergrößerung zu schaffen, die sein Land vortrefflich arrondirte, Pommern und Ostpreußen mit einander verband und für die Verluste des Krieges eine Entschädigung gab. Aber zu bedenken war doch, daß dieser erste Act einer unerhörten Politik zu immer weiteren Wiederholungen drängen mußte; denn die Lebensfähigkeit Polens war nach dieser Beraubung vollends erschüttert und der letzte Zauber einer Unabhängigkeit dahin. Darum mußten die Theilungen sich fortsetzen, bis das Schicksal Polens erfüllt war; wer dann schließlich den Gewinn davon trug, das mußte die Zeit lehren. Oesterreich sah 1772 verstimmt einer Katastrophe zu, die es doch gern gehindert hätte, deren Vortheile mitzugenießen es sich beeilte, sobald sie unvermeidlich schien; Rußland war über den Ausgang nur halb befriedigt, da seine Politik dahin gestrebt hatte, nicht sowohl Polen zu theilen, als es sich völlig und allein zu unterwerfen; Preußen war zuletzt am eifrigsten bei der Theilung, da ihm das Loos einmal über Polen geworfen schien und es alle seine Thätigkeit glaubte daran setzen zu müssen, von dem unabwendbaren Gewaltact wenigstens den größten Vortheil zu ziehen. In gewisser Hinsicht gelang das. Denn so bedeutsam für Rußland das Vordringen nach Westen war, der Besitz von Marienburg, Pomerellen, Kulm und Ermeland war für Preußen allerdings eine wichtige Erwerbung, vorausgesetzt, daß man die übrigen Nachtheile der That von 1772 nicht in Rechnung brachte. In jedem Falle trug aber auch Preußen den größten Antheil an dem Gehässigen der That; denn es zeichnete die Lage vollkommen richtig, wenn ein englischer Diplomat (1774) schrieb: ich kenne keinen Hof in Europa, der eine Thräne vergießen wird, was sich auch in Berlin ereignen möge.**)

Am raschesten trat in dem Verhältniß zu Oesterreich nach den flüchtigen Freundschaftsanwandlungen von 1769 und 1770 wieder die alte Entfremdung ein.

---

*) Oeuvres de Frédéric VI. 41. 44.

**) Raumer's Beiträge V. 265.

Die Erhebung Josephs II. zum römischen König (1764) und bald nachher, als Franz I. rasch hinwegstarb, zum Kaiser (1765), schien anfangs in dem persönlichen Benehmen beider Höfe eher eine freundliche als eine feindselige Umstimmung hervorzurufen. Josephs erste Bemühungen, ohne Erblande und eigene Staatsmacht (denn die hielt seine Mutter noch in Händen) sich eine politische Geltung zu verschaffen, waren in jedem Falle nicht geeignet, große Besorgnisse zu erwecken. Sein Bestreben, der Kaiserwürde wieder eine selbständige Bedeutung zu geben, hatte höchstens den Werth, aller Welt kund zu thun, daß innerhalb dieser alten Formen ein jugendlicher, ehrgeiziger und strebsamer Charakter nicht im mindesten weiter kam, als die träge und phlegmatische Politik der vorangegangenen Kaiser; die Unruhe des preußischen Rivalen zu erregen, dazu waren diese Erstlingsversuche nicht angethan. Hatten sie doch auch für Joseph selber die warnende Bedeutung, fortan vermittelst der kaiserlichen Formen keinen Einfluß mehr suchen zu wollen. Der trostlose Ausgang der von ihm so wohlwollend angeregten Versuche, die Reichsjustiz zu reformiren, den groben Mißbräuchen des Reichshofraths abzuhelfen, im Reichskammergericht den alten Wust durch eine umfassende Visitation zu säubern, setzte den jungen Kaiser über den Zustand der Reichsverfassung erst ins Klare, und er war nicht der Mann, der nur Eines unternahm oder mit zäher Hartnäckigkeit ein einmal Begonnenes bis zu Ende durchführte.

Vielmehr war dies Scheitern des ersten Anlaufes gerade die Ursache seiner veränderten Politik. Seine Meinung über den Werth der Reichsverfassung und die Bedeutung der Kaiserwürde in Deutschland näherte sich der geringschätzenden Ansicht Friedrichs II.; wie dieser suchte er fortan die Mittel der Macht nicht in den verknöcherten Formen des Reiches, sondern in der materiellen Vergrößerung seines Gebietes, in Erwerbung neuer Besitzungen, Arrondirung der alten. Die Theilung Polens mußte diese Neigung mehr reizen, als befriedigen; es galt für die Einbuße Schlesiens, für den an Preußen verlorenen Einfluß in Deutschland einen Ersatz zu finden. So entstand der Gedanke, das Aussterben der jüngeren wittelsbachischen Linie zur Erwerbung Baierns zu benützen.

Zur Zeit, als dieser Plan auftauchte, war das Verhältniß Oesterreichs und Preußens, noch bevor der Tod Maximilian Josephs von Baiern (1777) die Ausführung zur Reife brachte, wieder in die frühere Kälte umgeschlagen, ja man erzählte aus dem Munde des Fürsten Kaunitz Aeußerungen über Preußen und seinen Monarchen, die eine geradezu feindselige Gereiztheit ankündigten.

Der Tod des letzten Kurfürsten von Baiern und der offene Versuch Oesterreichs, sich aus der Hinterlassenschaft zu vergrößern, schien daher den Kampf des schlesischen und siebenjährigen Krieges erneuern zu wollen, und hätte ihn auch erneuert, ohne die ausgeprägte Neigung zur Erhaltung des

Friedens, worin sich diesmal Friedrich II. und Maria Theresia begegneten. Als der Kaiser ungescheut versuchte, einen Theil von Baiern diplomatisch zu erschleichen, war es nur Friedrich, der dies Beginnen durchkreuzte. Von seiner eigenen Diplomatie unzulänglich bedient, wählte er den Grafen Görtz, um diesen auf seine Hand die Gegenmine legen zu lassen. Die politischen Rollen wurden in seltsamer Weise vertauscht. Friedrich II., sein Lebenlang ein Verächter der deutschen Reichsverfassung, tritt jetzt auf einmal als ihr Schützer auf; Oesterreich, das sich so viel zu Gute that auf die Erhaltung der alten Formen, verfolgt eine revolutionäre Politik, die sich auf keinen andern Titel mit Grund und Wahrheit stützen konnte, als auf das Recht des Stärkeren. Deutsche Unterthanen werden verhandelt wie russische Bauern, in einem diplomatischen Areopag, in dem das Ausland mit sitzt und stimmt. In Baiern selbst wirkt adelige und priesterliche Abneigung gegen Joseph „den Neuerer" ebenso viel mit, wie der berechtigte Widerwille des Volkes, sich von der gewissenlosen Schwäche des Landesherrn verkauft zu sehen. Als schlimme Beigabe kam hinzu die nun anerkannte Intervention Rußlands, deren Bedeutung Deutschland bald sollte kennen lernen. Und hätte man nur in Oesterreich, durch diesen ersten Versuch belehrt, die Wiederholung sich erspart. Aber wir werden sehen, der Gedanke ist fünfundzwanzig Jahre lang nicht aus der österreichischen Politik zu verdrängen gewesen und hat sich jedesmal in der unglücklichsten Stunde wieder geltend gemacht, um die deutschen Dinge gründlich zu verwirren und der Einmischung des Auslandes die Bahn zu brechen.

Oesterreich erlangte zwar im Teschener Frieden eine kleine Erwerbung, zum lebhaften Verdruß der erbitterten Baiern, die lieber einen Kampf auf Leben und Tod, Aufgebot der Massen und neue Sendlinger Volkskämpfe hervorgerufen hätten; aber was es davon trug, stand doch außer Verhältniß zu dem, was es hatte erlangen wollen. Joseph hatte die schlesische Expedition Friedrichs copirt, gegen einen viel schwächeren Gegner und unter nicht ungünstigen Umständen, und war am Ende mit einer Abfindung zur Ruhe gebracht worden. Das war lange kein Ersatz für den moralischen Nachtheil, den der baierische Erbfolgestreit Oesterreich in Deutschland brachte. Der ganze dynastische und particulare Widerwille gegen die frühere habsburgische Vergrößerungspolitik war mit neuer Stärke erwacht und Preußen in den Stand gesetzt, im Bunde mit diesen Elementen gegen Oesterreich eine imposante Stellung im Reiche zu gewinnen. Einem lange erwünschten Ziele, die kleineren deutschen Fürsten ins Schlepptau zu nehmen, war dadurch die preußische Politik um ein gutes Stück näher gekommen.

Es dauerte nicht lange und es bot sich ein genügender Anlaß, diese Politik zur vollen Geltung zu bringen. Inzwischen trat anderthalb Jahre nach dem Teschener Frieden ein Ereigniß ein, das die Wahrscheinlichkeit eines gewaltsamen Zusammenstoßes beider Großmächte unzweifelhaft näher rückte:

der Tod Maria Theresias. „Nun beginnt eine neue Ordnung der Dinge," sagte damals Friedrich II. und gleich die nächsten Ereignisse schienen diese Prophezeiung zu bestätigen.

Joseph II. war nun erst Alleinherrscher in der österreichischen Monarchie geworden.

Dem friedfertigen und vorsichtigen Frauen-Regimente der Maria Theresia und ihren bedächtig unternommenen Reformen folgte nun in Oesterreich eine wesentlich revolutionäre Regierung, die das alte Wesen von Grund aus zerrüttete, den zähen und erstarrten Stoff den gewaltsamen Experimenten physiokratischer und encyclopädistischer Aufklärung unterwarf und eine Verwirrung und Gährung hervorrief, deren Nachwirkungen weit über die Regierungszeit Josephs II. hinausreichten. Erst jetzt streifte Oesterreich das Mittelalter völlig ab und trat aus der Zeit der Ferdinande in das achtzehnte Jahrhundert hinüber. Erst jetzt ward auch diese bunte Ländermasse dem System des „aufgeklärten" Despotismus zugänglich gemacht und Oesterreich allmälig dem Niveau der übrigen Staaten und ihrer Bildungsfähigkeit näher gerückt.

Joseph kam wie ein Fremdling in diese alte österreichisch-habsburgische Welt. Von jener Unruhe und Beweglichkeit, die seinen lothringischen Ahnen eigen war, erfüllt und der starren Monotonie seiner mütterlichen Vorfahren durchaus entgegengesetzt, voll Widerwillen gegen Clerus und Adel, welche die Stützen des alten habsburgischen Regiments gewesen, fand er sich auf einen Boden verpflanzt, wo ihm Alles widerstrebte, wo seine Umgebung, seine Familie, seine Beamten ihm versagten, wo er fast Niemandem vertrauen konnte, als sich selbst. Kaum ließ sich ein seltsamerer Gegensatz denken, als dieses alte halb spanische halb römische Wesen der Habsburger, namentlich des siebzehnten Jahrhunderts, und die Aufklärung des achtzehnten, deren ächtester Zögling eben Joseph war. Das achtzehnte Jahrhundert mit seiner Philanthropie und Humanität, und doch wieder seiner Härte und Gewaltthätigkeit, wo es galt, die theuern Theorien durchzuführen, die Zeit voll wunderlicher Widersprüche, bald für die Freiheit schwärmend, bald brutal despotisch, hier von einem höheren Bewußtsein des Rechtes erfüllt, dort wieder jedes Recht mißachtend, tolerant und doch auch wieder unfähig, eine fremde Meinung zu toleriren, diese seltsame Zeit war kaum in einer bedeutenden Persönlichkeit so scharf ausgeprägt wie in Joseph II.

Von den Erfolgen Friedrichs II. angespornt, hoffte Joseph ähnliche Früchte zu erzielen; aber der Boden war so verschieden, wie die Persönlichkeiten beider Fürsten. Während Friedrich in einen Staat eintrat, in dem Alles seit hundert Jahren gleichsam auf ihn vorgearbeitet hatte, und wo jene Politik bereits an eine geschichtliche Ueberlieferung anknüpfte, fällt Joseph ohne Vorarbeit mit aller revolutionären Hast und Ungeduld in Verhältnisse

herein, die seit Jahrhunderten im schärfsten Gegensatze zu den jetzt geltenden Meinungen des Zeitalters ausgebildet waren. Joseph war durchaus Theoretiker und Doctrinär, Friedrich das praktische Genie seines Jahrhunderts; Joseph sanguinisch im Unternehmen, unbeständig in der Durchführung, von einem zum andern überspringend und hundert schwierige Dinge zugleich in Arbeit nehmend; Friedrich von der zähesten Ausdauer und Geduld, von unwandelbarer Consequenz; der Eine gibt sich den Strömungen des Jahrhunderts mit einem jugendlichen Enthusiasmus hin, der Andere handelt mit einer staatsmännischen Ruhe und Sicherheit, die das Produkt eigener Erfahrung und auf Geschichte und Ueberlieferung gestützt war; bei Joseph überwiegt die Aufwallung der humanisirenden und physiokratischen Richtung, bei Friedrich geht Alles aus ruhigster, verständigster Berechnung hervor; dort ist sehr Vieles eben nur Experiment, das rasch unternommen und ebenso rasch wieder aufgegeben wird; hier erwächst Alles aus einer wohlerwogenen Staatskunst, die sich auf ihrem Terrain heimisch fühlt und die Kräfte und Mittel genau kennt, die ihr zu Gebote stehen. Drum stand Friedrich wie ein geistiger Herrscher der sittlichen und politischen Umgestaltung der Zeit gegenüber; Joseph II. war von den Stimmungen, so wie den Launen und Schwankungen des Zeitalters wie ein Kind dieser Zeit getrieben und beherrscht.

Wohl war unter Maria Theresia die Regierung und Administration der alten Zeit gefallen und eine größere Einheit hergestellt worden, aber immer noch war Oesterreich sehr weit entfernt von dem Ideale der Centralisation und Uniformität, das vor Josephs Seele stand. Noch war, trotz Maria Theresias finanziellen Neuerungen, der Staat und seine Hülfsquellen lange nicht so nutzbar gemacht, wie sie es werden konnten, noch hemmten feudale Vorrechte des Adels und der träge Reichthum des Clerus die freie und wohlhäbige Entfaltung des Ganzen, und es war der barbarischen Gewohnheiten und Gesetze des Aberglaubens und der Unduldsamkeit noch eine reiche Fülle vorhanden, den materiellen und sittlichen Aufschwung des Ganzen zu stören. Ein Regent, der die Einflüsse beseitigte, durch die der rasche Gang des Regiments gehemmt ward, der den Bauer frei machte, den Bürger emporhob, die faulen Privilegien wegräumte, der Duldung und Humanität die Wege ebnete, unbenutzte Quellen des Nationalwohlstandes eröffnete, die geistige Dumpfheit der Bevölkerung überwand, einen erträglichen Rechtszustand begründete, die Volkserziehung förderte — ein solcher Regent konnte nicht nur zum Wohlthäter der darniederliegenden Klassen der Bevölkerung, er konnte zum Regenerator des Staates werden. Und aller großen Mißgriffe ungeachtet, die Josephs doctrinärer Eigensinn, seine Vorliebe für das Experimentiren und sein Hang zur Einförmigkeit eines bureaukratischen Mechanismus hervorrief, hat er gleichwohl jene regenerirende Wirkung besessen und dem Staate eine Beweglichkeit und Lebenskraft mitgetheilt, ohne welche er die Erschütterungen der folgenden Jahrzehnte nimmer überdauert hätte.

Josephs Ungeduld freilich und seine Gewohnheit, zugleich das Verschiedenartigste anzufassen, ehe einer der begonnenen Versuche völlig geglückt war, wenn er damit gleich eine wohlthätige Gährung im großen Ganzen hervorrief, störte doch auch wieder im Einzelnen das Gelingen. Sein Bemühen, alle nationale und provinzielle Selbständigkeit in eine Uniform einzuzwängen, ein Bemühen, das, wenn nicht von vornherein verfehlt, doch jedenfalls verfrüht war, schuf ihm die unüberwindlichsten Hindernisse; seine unstete Art, gleichsam auf der Reise zu regieren, beim Anblick des Mißliebigen rasch eine Menge von Entwürfen zu extemporiren, um sie bald wieder fallen zu lassen und durch neue zu ersetzen, und dann neben dieser sanguinischen Unbeständigkeit doch der unzugängliche Eigensinn gegen jeden verständigen Rath, der gegen seine „Philosophie" ging, das rief nicht selten eine Verwirrung hervor, in der zwar das Alte zu Grunde ging, aber das Neue doch auch nicht Wurzel schlagen konnte. Und wie konnte es anders sein bei einem unruhigen Kopfe, in welchem die verschiedensten Dinge, kleine Specialitäten und die umfassendsten politischen Entwürfe sich bunt durchkreuzten, von dem heute hastig ein Gesetz erlassen ward, bis man sich morgen von der Unmöglichkeit der Ausführung überzeugte, der an einem Tage Eilboten durch die Monarchie schickte zur Verkündung eines Befehls, den ein Eilbote des nächsten Tages wieder beschränken oder aufheben mußte! Wohl war ein solches Regiment, das die Menschen und ihre Natur in der Regel kaum in Rechnung brachte, dagegen auf die Allmacht des Papiers, der Ziffern und der Ordonnanzen Alles setzte, mehr dazu geschaffen, eine Gährung und Verwirrung ohne Gleichen, als einen geordneten behaglichen Zustand herzustellen; allein wenn auch nichts als jene Gährung erreicht worden wäre, so war die Wirkung für die ganze Zukunft der Monarchie schon groß und bedeutungsvoll genug.

Josephs gute Seiten traten im Einzelnen weniger hervor, als die drückenden Wirkungen des Systems. Gewiß besaß der Kaiser vielseitige Kenntnisse, einen durchdringenden Verstand, war wißbegierig, voll Feuer und unermüdlicher Thätigkeit. Es schmückten ihn die königlichen Tugenden der Einfachheit und Selbstverleugnung, seine Sorge für Bauer und Bürger wurzelte in wirklich humanen und wohlwollenden Gesinnungen, er wollte mild und gerecht regieren, den Druck des Vorrechts, das Privilegium der Trägheit von dem Volke abwälzen. Aber das Alles sollte, ohne Vorarbeit, im Sturme erreicht werden; die Aufgaben, zu denen in einem viel kleineren und gleichartigeren Staate, wie Preußen, über ein Jahrhundert und drei hervorragende Regenten nöthig gewesen waren, wollte er mit der Ungeduld des Enthusiasten lösen. Sein Freisinn und seine Humanität war aber die des achtzehnten Jahrhunderts, in welcher ein gut Stück Despotie und Absolutismus versteckt war. Nun sollte rasch in einem Lande, in dem seit Jahrhunderten der strengste Glaubensdruck geherrscht, die Toleranz durch Verordnungen eingeführt, aus dem Leibeignen schnell ein freier Bauer werden; in einer Monarchie, in der

alle frischere Geistesbewegung seit lange verwelkt war, sollte durch die Verkündung der Gedankenfreiheit ein neues selbständiges Geistesleben im Nu zur Entfaltung kommen. Keine natürliche Verschiedenheit der Nationalität, der Sitte, Sprache und Culturstufe sollte dabei in Rechnung gezogen werden; in Belgien wie an der türkischen Grenze sollte die gleiche Norm gelten, und mit einem gewaltsamen Sprunge diese bunte Länder- und Völkerwelt aus der Zeit der Ferdinande, aus der Periode priesterlich-aristokratischer Bevormundung in die Aufklärungsform des achtzehnten Jahrhunderts umgeschmolzen werden. An Abneigung und Widerstand konnte es nicht fehlen; aber alles Widerstreben erbitterte den Kaiser, der von der Richtigkeit der Mittel ebenso lebhaft überzeugt war, wie von der Vortrefflichkeit des Zieles; er sah in jeder Klage, jeder Vorstellung nur eben aufrührerische Widerspenstigkeit, wollte mit Gewalt seine Entwürfe durchsetzen, wurde ungerecht und hart, wo er doch nur humane und volksfreundliche Zwecke vor Augen hatte. Bisweilen gelang es denn doch ihn zu ermüden; die Widerstrebenden wurden dadurch um so mehr ermuthigt und fanden natürliche Verbündete in der großen Mehrzahl der Beamten und Werkzeuge, die theils die Absichten des Herrn nicht verstanden, theils zu ihrer Ausführung nicht mitwirken wollten. Klagte doch der Kaiser selbst sehr bald (1783), daß „er mit aller Sorgfalt und Langmuth doch nichts erreiche, weil die meisten Beamten seine Gesinnungen und Absichten nicht begriffen und sich deren Erreichung nicht wahrhaft angelegen sein ließen, vielmehr nur gerade so viel leisteten, um die Cassation zu vermeiden.“ So entstand denn, wie ein einsichtsvoller Zeitgenosse sagt, ein Mittelzustand zwischen Altem und Neuem, der wegen seiner Unentschiedenheit auch die Besten verstimmte. *)

Selbst die ersten und wohlthätigsten Neuerungen, welche die alte Intoleranz beseitigten, die Leibeigenschaft verdrängen sollten, erreichten nur zum geringen Theil den Zweck, der ihnen vorgesetzt war. Unbefangene Beobachter weissagten schon damals nur bescheidene Erfolge. „Der Kaiser, sagt ein englischer Diplomat, **) hegt strenge und feste Grundsätze über Gerechtigkeit und Billigkeit, und kein Herrscher kann ein größerer Feind der Unterdrückung sein. Es ist jedoch eine gewisse Härte und Steifheit in ihm, welche erst die Reife des Alters und der Erfahrung mildern kann, und welche ihn jetzt zu schnell und zu oft zu dem Schlusse verleitet: dies ist recht, also soll und muß es sein. Er achtet nicht genug auf die allgemeinen Vorurtheile und Schwächen der Menschen, räumt ihnen zu wenig ein und bedenkt zu wenig, mit welcher außerordentlichen Vorsicht allgemeine Neuerungen, selbst wenn sie weise sind, eingeführt werden müssen. Er fühlt nicht genug, daß der geringste Schein einer Unterdrückung ein wahres Uebel ist, weil die Menge eben so

*) Dohm, Denkwürdigkeiten II. 269 f.

**) Raumer's Beiträge IV. 425.

sehr vor dem Scheine fliehet, wie sie vor wirklicher Unterdrückung fliehen würde."

Die Schonung der populären Gefühle war aber um so nothwendiger, je gefährlicher der Kampf war, in den er sich mit dem katholischen Clerus, nach seinem eigenen Ausdrucke „den gefährlichsten und unnützesten Unterthanen in jedem Staate," begeben wollte. „Ich habe — so lauten seine charakteristischen Aeußerungen — ein schweres Geschäft vor mir; ich soll das Heer der Mönche reduciren, soll die Fakirs zu Menschen bilden, sie, vor deren geschorenem Haupte der Pöbel in Ehrfurcht auf die Knie niederfällt und die sich eine größere Herrschaft über das Herz des Bürgers erworben haben, als irgend etwas, welches nur immer einen Eindruck auf den menschlichen Geist machen konnte. Seitdem ich den Thron bestieg und das erste Diadem der Welt trage, habe ich die Philosophie zur Gesetzgeberin meines Reiches gemacht. Zufolge ihrer Logik wird Oesterreich eine andere Gestalt bekommen, das Ansehen des Ulemas eingeschränkt und die Majestätsrechte in ihr erstes Ansehen wieder kommen."

Zwar hatte Maria Theresia, wie sie nach allen Richtungen hin die Zügel des Regiments straffer anzog und die Decentralisation der alten Zeit langsam umzugestalten suchte, so auch dem Clerus gegenüber ihre Autorität wachsamer zu wahren gesucht, als ihre Vorfahren; aber gleichwohl war von allen Ueberlieferungen der alten Zeit keine so wenig erschüttert, als die Macht der Geistlichkeit. Das Selbstgefühl des absoluten Herrschers fühlte sich dadurch in Joseph fast mehr gekränkt, als das humane und aufgeklärte Streben der Zeit durch den Aberglauben und die Intoleranz verletzt war. So folgten denn rasch auf einander die Maßregeln, welche die Selbständigkeit der römischen Kirchenmacht zerbrechen, den Zusammenhang des Clerus mit Rom lockern und ihn der Regierungsgewalt unterordnen sollten. Zwei Decrete vom März 1781 entbanden die geistlichen Corporationen von der Verbindung mit auswärtigen Oberen und stellten das kaiserliche Placet für päpstliche Breven und Bullen her; ein anderes dehnte dies Majestätsrecht auch auf die apostolischen Briefe des Papstes aus. Eine Verordnung vom Oktober 1781 beschränkte die Recurse nach Rom auf die Ehesachen; später (1787) wurden auch die Gnaden- und Gunstbezeugungen des Papstes an die österreichischen Bischöfe unter die landesherrliche Controle gestellt. Die bischöflichen Hirtenbriefe, Anordnungen u. s. w. wurden durch ein Gesetz vom April 1784 von der landesherrlichen Genehmigung abhängig gemacht.

Zugleich mit diesen ersten Schritten, in denen die absolute und einheitliche Regierungsgewalt der corporativen Selbständigkeit der Kirche den Krieg erklärte, wurde auch gegen das geistliche Ordenswesen eingeschritten. Die rein contemplativen Orden verschwanden ganz; auch unter den übrigen wurde thätig aufgeräumt. Aber zu welch einer Armee war auch das Mönchsthum in Oesterreich herangewachsen! Man rechnete, daß Joseph in acht Jahren 700

Klöster mit 36,000 Ordensleuten aufhob, und doch blieben noch 1324 übrig, in denen noch 27,000 Mönche und Nonnen hausten! Während die reicheren Klöster angewiesen wurden, Schulen anzulegen und zu unterhalten, wurde zugleich für alle ein neuer Bildungsgang angeordnet. Der Besuch des Collegium germanicum in Rom ward untersagt (Dec. 1781); dafür dem Clerus eine eigene Erziehungsweise von Seiten der Regierung vorgezeichnet. „Sie sollten — hieß es in einer solchen Verordnung*) — sich nach der Schrift und nach Kirchenvätern, wie Basilius und Augustin bilden", das „scholastische Getöse, die spitzigen Trugschlüsse, Händel und schimpfende Streitigkeiten" sollten vermieden werden. Die Zöglinge seien besonders zu gewöhnen, genau darauf zu sehen, „worin wir mit Leuten, die außer unserer Kirche sind, übereinstimmen, und worin wir mit ihnen uneins sind. Bei solcher Betrachtung werden sie einsehen, daß es nicht so viele Punkte gibt, in welchen wir von ihnen unterschieden sind, als der Pöbel polemischer Theologen meint."

Indem der Kaiser auf diese Weise die ganze Hierarchie umgestaltete, das Mönchsthum einschränkte, die übermäßigen Dotationen der größeren Bisthümer verminderte, aus dem Kirchenvermögen Schulen errichten ließ, der alten Intoleranz entgegentrat und eine neue Art der Erziehung für den Clerus einführte, kam er zunächst nur mit der Geistlichkeit selbst, den mächtigeren Bischöfen und mit Rom in Collision; manche der Neuerungen trafen verjährte Mißbräuche und kamen der Gesammtheit zu Gute. Schwerlich ist auch ihretwegen eine Mißstimmung im Volke entstanden, das sich wohl kaum dadurch beeinträchtigt fühlte, daß der geistliche Müßiggang beschränkt, der Clerus dem Staate untergeordnet, für größere Thätigkeit und eine vielseitigere Bildung der Geistlichkeit Sorge getragen, oder das Uebermaß der Einkünfte des hohen Clerus verkürzt ward. Aber Joseph ging weiter, er griff in den Cultus und die innere Organisation des Kirchenthums ein, veränderte die Gebräuche am Altare, beschränkte die äußere Ausstattung des Gottesdienstes, erklärte den Verzierungen, den Prozessionen u. s. w. den Krieg, wollte bestimmen, wie die Monstranz gebraucht werden müsse und Aehnliches mehr. Kein Wunder, wenn das Volk selber an diesen Neuerungen, deren taktlose Ausführung meist die Verkehrtheit des Unternehmens noch überbot, argen Anstoß nahm, sich in der Uebung seines alten Glaubens gehemmt sah und seine Ungunst auch auf die unverfänglichen Schritte josephinischer Humanität und Toleranz übertrug.

Diese bitteren Eindrücke der Gegenwart ließen auch das wirklich Gute und Wohlthätige verkennen, bis eine spätere Zeit, in der die Früchte gereift waren, jene lebendige und warme Erinnerung an Joseph erweckte, wie sie aus dem Bewußtsein früheren Undankes entspringt. Denn Joseph hatte, bei aller Härte der Mittel und allem Eigensinn seines autokratischen Willens, doch

*) S. Großhoffinger's Geschichte Josephs II. Bd. II. 114.

ein warmes Mitgefühl für das Volk und dessen bedrängten Zustand. Seine Bemühungen, der Schutzlosigkeit der Unterthanen gegenüber der Gewaltthat abzuhelfen, seine Sorge für Beseitigung unbilligen Druckes, hoher Gerichtssporteln und Chikanen, sein Bestreben, die feudalen Lasten auf feste Normen zurückzuführen und die persönliche Unfreiheit völlig zu beseitigen — dies Alles war des höchsten Lobes werth, und doch fand des Kaisers unermüdeter Eifer weder bei seinen Untergebenen die rechte Unterstützung, noch bei den Erleichterten den wohlverdienten Dank. *)

Allerdings war der neue Zustand im Ganzen nichts weniger als behaglich. Aus der bisherigen Lethargie und der bequemen Gewohnheit eingewurzelter Mißbräuche aufgescheucht, ward die Bevölkerung nicht allmälig in neue, bewegtere Verhältnisse eingeführt, sondern es trat ein allgemeines Chaos ein, in welchem nichts an seiner gewohnten Stelle blieb. Während das alte Kirchenthum und Schulwesen verändert ward, kam zugleich eine ganz neue Gesetzgebung, Gerichtsordnung und Polizei, wurde das Armenwesen, die Gesundheitspflege u. s. w. nach den Humanitätsansichten des Jahrhunderts umgestaltet, und indeß in diesen Schöpfungen Josephs, in Spitälern, Findel- und Waisenhäusern, sich seine freundliche und wohlwollende Natur kundgab, geschahen wieder dicht daneben Schritte, in denen der Groll über den Widerstand und die Hindernisse ihn zum Härtesten vermochten. Da sollte die alte Trägheit, die abergläubische Intoleranz verschwinden, sollten alle Confessionen in friedlicher Eintracht zusammen leben, dort gab der Kaiser selbst das unerquickliche Beispiel äußerster Intoleranz gegen jede fremde Meinung. Indeß hier Eifer und Thätigkeit angefacht war, Handel und Industrie rasch aufblühen sollten, neue Straßen und Verkehrsmittel entstanden, wurde dort wieder das Volk durch das mißlungene Experiment neuer Steuerordnungen heimgesucht; oder während überall Milde und Humanität officiell an der Tagesordnung war, hatte das Militärwesen, die neue Criminal- und Polizeiordnung Josephs manche Seite, die von der Barbarei der alten Zeiten nicht abwich. Behaglich wird aber überhaupt ein Zustand niemals sein, in welchem vom obersten Regiment, von der Kirche und Schule an bis zur Gesetzgebung, Rechtspflege, Besteuerung, bis zur Polizei, zum Forst- und Postwesen herab nichts auf der alten Stelle bleibt, das Meiste geradezu auf den Kopf gestellt, hundert liebgewonnene Gewohnheiten gekränkt, Altes und Eigenthümliches beeinträchtigt wird, überhaupt Alles den Charakter des gewaltsamen und revolutionären Ueberganges aus einer alten in die neue Zeit an sich trägt.

Erst als der Sturm dieser Zeiten vorüber war, ward die Generation, über die er hinweggegangen, des Wechsels sich bewußt und fühlte die wohlthätigen Wirkungen. Daß durch Aufhebung der Leibeigenschaft die öf-

---

*) Ueber die Einrichtungen, wodurch das Feudalwesen erschüttert ward, s. Beidtel in den Sitzungsber. der Akademie IX. 925 ff.

fentliche Wohlfahrt außerordentlich gewonnen, daß die Cultur des Bodens, daß Industrie, Handel und Schifffahrt einen Aufschwung erhalten, die Staatskräfte ungemein gesteigert, und auf allen Gebieten des geistigen Lebens eine wohlthätige Erregung stattgefunden, leuchtete dann erst recht ein, als die natürlichen Härten einer solchen Revolution in Vergessenheit geriethen. Wohl waren die einzelnen Institute, rasch und flüchtig wie sie entstanden, auch wieder rasch zu beseitigen, und der papierne Theil der neuen Organisation, ohne tiefere Wurzeln im Volke, überdauerte kaum das Leben des Erschaffers. Aber Eines war nicht mehr rückgängig zu machen: die vollständige Zerrüttung der alten Staatsmaschine; dieselbe war so gründlich zerstört, daß auch die eifrigste Restaurationspolitik an ihre Herstellung nicht mehr denken konnte. Indem durch die heftige Gährung der josephinischen Revolution eine Reihe von schlummernden Lebenskräften geweckt und neue Bedürfnisse angeregt wurden, war die Rückkehr in die alten Bahnen unmöglich geworden; es mußte ein neuer Weg gesucht werden, der denn vielfach mit den von Joseph eröffneten Bahnen zusammenstieß. Nach einer Seite namentlich war die stürmische Anregung des Kaisers nicht verloren: seine Tendenzen zur Einheit und Centralisation der Monarchie ließen in der politischen Tradition Oesterreichs einen Eindruck zurück, den selbst Josephs Mißlingen nicht schwächen konnte. Der Gedanke, den Föderalismus der Provinzen gewaltsam zu überwinden, war einmal mit seiner ganzen verführerischen Macht geweckt; er mußte um so lebendiger bei den Einen sich geltend machen, je drohender das Bestreben der Anderen war, den lockeren Föderalismus vollends zur Trennung zu erweitern. Drum ist es dem josephinischen Thun neuerlich selbst aus dem Munde solcher, die Josephs Ansichten über Adel, Clerus u. s. w. am wenigsten theilen, die Anerkennung zu Theil geworden, daß ihm bei allen Fehlern doch die sehr richtige Würdigung dessen nicht entging, was die Zukunft des österreichischen Staates verlangte; indem die späteren Ereignisse in Galizien und Ungarn die „beredteste Apologie" der politischen Absichten Josephs enthielten.*)

Auch das äußere Verhältniß Oesterreichs fing an durch Josephs Einfluß sich völlig umzugestalten.

Wir erinnern uns, die flüchtigen Anwandlungen eines österreichisch-preußischen Bündnisses (1769—1770) waren rasch in die frühere Entfremdung umgeschlagen, und mit dem baierischen Erbfolgestreit drohte die Rivalität zum offenen Kampfe zu führen. Wohl wandte die Friedensliebe der beiden alten Gegner, Friedrichs und Marien Theresiens, dies Aeußerste ab, so sehr

*) Graf Ficquelmont in seiner bekannten Schrift: Lord Palmerston, England und der Continent. I.

auch Joseph dahin drängte, aber die Stimmung beider Großmächte war trotz des Teschener Friedens so gespannt wie je. Friedrich II. bemühte sich, sein Bündniß mit Rußland auch für die Zukunft fester zu knüpfen, und dachte daran, eine der westlichen Mächte in den Bund einzuschließen. So hoffte der große König den unruhigen Ehrgeiz Katharinas und Josephs II. zugleich im Schach zu halten, die Integrität der Türkei zu schützen und die glorreiche Stellung eines „Schiedsrichters in den europäischen Dingen" ohne kriegerische Kraftanstrengung zu behaupten.*) Die Erneuerung des russisch-preußischen Bündnisses von 1764, die Beiziehung Frankreichs oder Englands, die Aufnahme des osmanischen Reiches in die Allianz, das waren die Wege, auf denen Friedrich sein Ziel am sichersten zu erreichen hoffte. Aber der Diplomat, den der König zu diesem Ende nach Petersburg schickte (Herbst 1779), Graf Görtz, fand dort ganz entgegengesetzte Neigungen; die Lieblingsentwürfe Katharinens, das osmanische Reich aufzulösen und ein byzantinisch-russisches am Bosporus aufzurichten, stimmten wenig zu der Allianz mit Preußen, sie forderten ein Bündniß mit Joseph II., der in ähnlicher Weise durch die Auflösung der Türkei sich zu vergrößern dachte, und dessen benachbarte Streitkräfte den russischen Planen eine ganz andere Mitwirkung verhießen, als das weit entlegene Preußen mit seinen spärlichen Subsidienzahlungen. Görtz fand daher in Petersburg die Stimmung entschieden einem österreichischen Bündnisse zugewandt; der einzige Graf Panin verfocht noch die Allianz mit Preußen. So scheiterte Friedrichs Versuch, eine Allianz mit Rußland ohne und gegen Oesterreich zu bilden; nicht einmal die nähere Verbindung Oesterreichs mit Rußland vermochte er zu hindern. Im Sommer 1780 fanden jene Besprechungen zwischen Joseph und Katharina statt, welche das russisch-österreichische Bündniß einleiteten; vergebens suchte Friedrich durch die Absendung seines Neffen an den russischen Hof die drohende Allianz zwischen Wien und Petersburg zu stören, Katharina erneuerte den preußischen Bund von 1764 nicht mehr, trat aber zur österreichischen Politik in immer engere persönliche und politische Beziehungen.

So schlug denn auch ein anderer Plan Friedrichs fehl, an Rußland eine Stütze gegen den österreichischen Einfluß im deutschen Reiche zu erlangen. Er glaubte dies durch jene berüchtigte Stelle des Teschener Friedens, wodurch Rußland diesen Vertrag garantirte und zugleich der westfälische Friede ausdrücklich von Neuem bestätigt war, erreicht zu haben. Die Erfahrung der nächsten Jahre bewies, daß damit eben nur Rußland durch eine Hinterthür als „Bürge des westfälischen Friedens" eingeführt und ihm die Erbschaft der Politik eröffnet war, die bisher Frankreich und Schweden als Garanten der Verträge von 1648 mit so großem Nutzen verfolgt hatten. Die

*) S. die Mittheilungen in Görtz, Denkwürd. I. 106 ff.

preußische Politik ging aber noch einen Schritt weiter; um ein Gegengewicht gegen Oesterreich zu schaffen, sollte eine ganz unmittelbare Intervention Rußlands in den deutschen Dingen eingeleitet werden. Das was man Deutschland und deutsches Reich nannte, war so sehr zum bloß geographischen Begriff geworden, daß es kaum mehr für anstößig galt, das Schiedsrichteramt des Auslandes in die innern deutschen Angelegenheiten hereinzuziehen. Man überlegte damals kaltblütig in Berlin, ob man sich in seinem Widerstande gegen Oesterreich lieber auf einen der alten Garanten des westfälischen Friedens stützen, oder Rußland als neuen Bürgen beiziehen solle. Aus Gründen, die in der angedeuteten politischen Conjunctur der Zeit lagen, entschied man sich für Rußland, dem der Teschener Friede die Brücke gebaut zur Einmischung in die deutschen Dinge. Es entsprach der Herrschsucht und der Eitelkeit der russischen Kaiserin, auch hier die Hand im Spiele zu haben, und der preußische Gesandte in Petersburg übernahm es, die Mittel und Wege anzugeben, auf denen Rußland in die durch Frankreichs und Schwedens Schwäche erledigte Stelle eines Bürgen des westfälischen Friedens einrücken könne.*)

Es gelang in der That den Bemühungen Preußens, auch das deutsche Reich zum Tummelplatz der russischen Diplomatie zu machen; im Herbst 1781 erschien Graf N. Romanzof in Frankfurt, um von dort aus bei den verschiedenen kleinen Höfen der vorderen Reichskreise zu intriguiren und in Norddeutschland ward ein H. v. Groß beauftragt, von Hamburg aus die gleiche Mission zu erfüllen. Die Instructionen, welche diesen diplomatischen Agenten ertheilt wurden, waren unter Mitwirkung des preußischen Gesandten ausgefertigt, und die Berliner Politik glaubte sich nun ihres Erfolges ganz sicher: mit Hülfe des russischen Einflusses den österreichischen im Reiche zu paralysiren. Aber die bittere Strafe folgte auf dem Fuße; die durch Preußen eingeführte Intervention im Reiche wandte sich, wie wir sehen werden, gleich im ersten praktischen Falle gegen Preußen und unterstützte Oesterreich, den neugewonnenen Alliirten.

So befand sich also Friedrich II. im Anfang der achtziger Jahre in völliger Isolirung. Zu Oesterreich war das Verhältniß seit 1777 so gespannt wie je, von den westlichen Mächten war Frankreich noch nicht ganz aus dem österreichischen Familienbunde gelöst und außerdem auch in einer Lage, die zu einer engeren Allianz nicht ermuthigen konnte; England legte, so lange Lord North und seine Freunde regierten, eine widersinnige Gehässigkeit gegen Preußen an den Tag, und die flüchtige Hoffnung Friedrichs, bei der Erhebung des Whigministeriums (1782) einen Verbündeten an England zu finden, zerschlug sich fürs erste. Der Bund mit Rußland aber,

*) S. Görtz, Denkw. I. 141—146.

seit 1764 eine der Stützen von Preußens Haltung nach Außen, war gelöst. Zwar wiederholte Rußland die früheren Versicherungen unveränderter Freundschaft, aber die Allianz hörte auf, seit Rußland mit Oesterreich in ein engeres Verhältniß getreten war. Wohl fing der russisch-österreichische Bund an, die Besorgnisse des europäischen Westens zu erregen, und als Katharina II. (1783) sich der Krim, Tamans und Kubans bemächtigte und die Pforte dies geschehen ließ, tauchte auch in Frankreich der Gedanke auf, durch einen engeren Bund mit Preußen die Auflösung des osmanischen Reiches durch Joseph und Katharina zu hindern; allein die Verhandlungen darüber hatten kein Ergebniß, weil Friedrich gerechte Bedenken hatte, sich mit der scheuen und unsichern Politik der damaligen französischen Regierung tiefer einzulassen.*)

Diese isolirte Stellung Preußens mußte dem König um so bedenklicher erscheinen, je rühriger Joseph II. bemüht war, die Vortheile der Lage auszubeuten. Durch das Kaiserthum und dessen verfassungsmäßige Macht eine gebietende Stellung in Deutschland zu erlangen, war ihm zwar mißlungen, er gab diesen Weg auf und suchte durch Erweiterung seiner Hausmacht, durch glückliche Erwerbungen den territorialen Einfluß zu befestigen, den ihm seine kaiserliche Würde nicht geben konnte. Der Versuch, Baiern an sich zu reißen, war freilich beim ersten Anlauf fehlgeschlagen, aber er war doch auch nicht ganz ohne Früchte geblieben. Kurz nach dem Teschener Frieden ward, in bescheidnerer Form, etwas Aehnliches unternommen, indem Joseph sich bemühte, seinen jüngeren Bruder Maximilian zum Kurfürsten von Cöln und Bischof von Münster wählen zu lassen. Als Besitzer des ansehnlichsten Gebietes am Niederrhein, als Mitdirector des westfälischen Kreises konnte dann der österreichische Erzherzog dem preußischen Einflusse an einer Stelle entgegenwirken, wo derselbe bis jetzt in unbestrittenem Uebergewicht gewesen war. Es entstand darüber ein kleiner diplomatischer Krieg zwischen Oesterreich und Preußen; süße und herbe Mittel, Bestechung und Drohung wurden in Bewegung gesetzt, und es schien einen Augenblick, als sollte es darüber zum gewaltsamen Conflicte kommen (1780); wenigstens hoffte die unterliegende Partei auf dies letzte Mittel.**) Aber Friedrich, der zwei Jahre zuvor bei einem viel gewichtigern Anlaß nur ungern das äußerste Mittel gewählt, hatte doch gerechte Bedenken, wegen einer Coadjutorwahl in Cöln und Münster einen vielleicht europäischen Krieg anzufachen. Auf dem diplomatischen Schlachtfelde von Oesterreich überwunden, fügte er sich in die geschehene Wahl des österreichischen Erzherzogs und bemühte sich nur zu hindern, daß Maximilian

*) S. die Denkschrift von Vergennes von 1784 in Flassan's hist. de la dipl. française VII. S. 384 ff.

**) Dohm, I. 347. 348.

nicht auch in Lüttich, Paderborn und Hildesheim das Gleiche erreichte, wie in Cöln und Münster.

In ähnlicher Weise wurden von Joseph die mannigfaltigen kleinen Mittel, deren Gebrauch zum Theil verjährt, in Anwendung gebracht, um dem Kaiserhause wieder Einfluß, Stimmen und pecuniäre Vortheile zu erwerben. Ein alter längst verfallener Gebrauch war es, daß der Stifter oder Schirmvogt eines Klosters, auch wohl ein fürstlicher oder kaiserlicher Wohlthäter und Beschützer, dem Stifte einen alten Diener oder hülfsbedürftigen Schützling zur Verpflegung zuwies, oder wie der Ausdruck lautete, einen Panisbrief für ihn ausstellte. Die Natural-Verpflegung ward allmälig in eine Geldleistung umgewandelt und erhielt so das Ansehen einer Steuer, welche den geistlichen Stiftern vom Kaiser auferlegt ward; aber der Gebrauch war in Abnahme gekommen und in den Grundgesetzen des Reiches, namentlich dem westfälischen Frieden, hatte das Recht der Panisbriefe keine ausdrückliche Anerkennung mehr erlangt. Wie war man überrascht, als Joseph II. nun, namentlich seit 1780, eine Reihe solcher Panisbriefe erließ, ja zum Theil auf Stifter anwies, die längst säcularisirt oder protestantisch geworden waren! War es doch eine seltsame Zumuthung, von ehemals katholischen Stiftern im preußischen oder im braunschweig-lüneburgischen Gebiete die Versorgung österreichischer Invaliden zu verlangen, und Friedrich II. gab diesem Gefühl einen richtigen Ausdruck, wenn er in einem Erlaß an die halberstädtische Regierung das kaiserliche Beginnen „grundlos, unerhört und höchst befremdend" nannte. So war denn auch der Erfolg des Schrittes kein anderer, als daß, wer irgend im Stande war, das Ansinnen Josephs abzuweisen, die Panisbriefe verweigerte und die unerwartete Contribution schließlich an den Schwächeren und Kleineren haften blieb, denen die Macht und der Muth fehlte, sie zu versagen.

Solche Prätensionen blieben aber nicht vereinzelt. Bald wurde durch ein kaiserliches Provisorium der Markgrafschaft Burgau gegen altes Herkommen die „österreichische uneingeschränkte Landeshoheit" auferlegt, oder gar dem Reichshofrath förmlich verboten, die burgauischen Insassen richterlich zu schützen; bald wurde bei Werbung und Durchmärschen die Ohnmacht der Schwachen in anstößiger Weise mißbraucht. So finden wir in den Reichstagsverhandlungen aus der letzten Zeit Josephs II. die Beschwerde der vorderen Reichskreise*) über den sogenannten „Wiener Schub", eine auch erst seit Josephs österreichischem Regierungsantritt aufgekommene Gewohnheit der Wiener Polizei, verlaufenes und herrenloses Gesindel, ja selbst ansässige, aber verarmte Bewohner der Hauptstadt dem baierischen Kreise zuzuschieben, der dann, wie die Beschwerde am Reichstage sagt, „dies von Allem entblößte,

*) Reichstagsschriften auf der Münchn. Bibl. Cart. 472.

hülfsbedürftige und vielfältig mit ekelhaften Krankheiten angesteckte, aber eben dadurch sowohl für die öffentliche Sicherheit, wie für die Gesundheit gefährliche Gesindel" dem schwäbischen Kreise zuwies, dem es schließlich zur Last fiel. Auf demselben Reichstage wird auch von dem schwäbischen Kreise Klage geführt über die gewaltthätigen Uebergriffe österreichischer Landvogteien, welche die Gerichtsbarkeit usurpirten, kreisständische Unterthanen mit Arresten, Einquartirung u. s. w. beschwerten, im Zoll- und Forstwesen eigenmächtig verführen, Handelsbeschränkungen und Zunftzwang auferlegten. Aehnliche Klagen hörte man allenthalben, wo es in Schwaben noch kaiserliche Landgerichte oder österreichische Lehenshöfe gab; es war der Klagen kein Ende gegen ihre „fortwährenden Anmaßungen."

Die Anlässe dieses Haders waren an sich klein, aber sie waren nicht geeignet, die deutsche Politik Josephs II. populär zu machen. Diese rechtswidrigen Uebergriffe, dieser gewaltthätige Uebermuth gegen Schwächere und Kleinere erbitterten um so mehr, je öfter man die Erfahrung machte, daß der Kaiser vor dem Widerspruch des Mächtigen zurückwich.

Größeres Aufsehen erregte schon die Angelegenheit des Bisthums Passau. Das Stift hatte den größeren Theil seines Sprengels in Oesterreich, wo auch viele ihm zugehörige Güter lagen. Unter Kaiser Karl VI. war mit Einwilligung des Stiftes ein Theil des Sprengels an das neucreirte Wiener Erzbisthum abgetreten, aber zugleich von Oesterreich zugesagt worden, niemals, unter irgend einem Vorwande, eine Zerstückelung des Hochstiftes weder zu beantragen, noch zuzulassen. Jetzt, als im März 1783 der Sitz erledigt war, ließ Joseph II. den im österreichischen Gebiete gelegenen Sprengel ohne Weiteres von Passau trennen und den Diöcesen von Wien und Linz zutheilen. Der Vorwand, die Seelsorge gebiete das, mußte besonders frivol erscheinen, wenn man sah, wie zugleich alle im Oesterreichischen gelegenen Güter ohne Weiteres mit Beschlag belegt wurden. Das Verfahren im Einzelnen war so gewaltsam und tumultuarisch, wie früher in der bairischen Erbfolgesache, später gegenüber den Holländern. Vergebens wandte sich das bedrängte Stift an den Reichstag; Drohungen von Wien bewirkten, daß man die angebrachte Klage für's Erste ruhen ließ. Auch Preußens Einsprache war erfolglos; der neugewählte Passauer Bischof, ein Graf von Auersperg, ward durch einen Vergleich von Joseph genöthigt (Juli 1784), den Antheil des Sprengels, der im Oesterreichischen lag, abzutreten und für die Zurückgabe der Güter, die unstreitig rechtmäßiges Eigenthum waren, viermalhunderttausend Gulden zu bezahlen. Freilich war in einem Schreiben von Kaunitz an das Passauer Stift offenherzig der Grundsatz bekannt: es sei des Kaisers Pflicht, nach Zeiten, Umständen und andern aus dem festgesetzten Regierungssystem fließenden Verhältnissen, für die Religion und Seelsorge bedacht zu sein; alle Rechte müßten diesem weichen.

Diese widrige Art, gegen kleine und machtlose Reichsstände mit Drohung

und Gewaltthat vorzuschreiten und die unerhörtesten Ansprüche mit handgreiflicher Rabulistik stützen zu wollen, stand gerade dem Kaiser am wenigsten an; sie widersprach den herkömmlichen Ueberlieferungen und entfremdete ihm die natürlichsten Verbündeten. Aehnliche Schritte, wie gegen Passau, wurden gegen die Stifter Lüttich, Constanz, Chur und Regensburg unternommen; bei Salzburg wurde wenigstens der Versuch gemacht und, wie es Josephs unstete Art war, auch wieder aufgegeben. Das Stift Paderborn ward wegen der Geldforderung eines jüdischen Lieferanten fast in ähnlicher Weise bedrängt, wie in unsern Tagen Griechenland von der britischen Politik wegen der angeblichen Forderungen eines portugiesischen Juden mißhandelt worden ist.

Wohl war durch solche Schritte zunächst das landesfürstliche Interesse bedroht und die Besorgniß der mit Oesterreich rivalisirenden Territorien erweckt; aber man hat offenbar aus Abneigung gegen das Landesfürstenthum und gegen die geistlichen Stifter nicht selten vergessen, daß auch das ganz unbefangene Rechtsgefühl in der Nation dadurch verletzt ward und man in Joseph allmälig immer mehr den ungeduldigen Despoten, als den Reformator erblickte. Allerdings muß man die officielle Phrase jener Zeit, das Gerede von „deutscher Freiheit", von „Aufrechterhaltung der Reichsverfassung" mit vorsichtigem Ohr aufnehmen, und namentlich im Munde Friedrichs II. und seiner Staatsmänner hatte das einen seltsamen Klang; aber es war gleichwohl richtig, daß die Ungeschicklichkeit Josephs II. mit einem Male die überlieferten Rollen vertauschte und dem König Friedrich den Beruf eines Beschützers der deutschen Verfassung, also den leitenden Einfluß in den deutschen Dingen in die Hände spielte.

Die jüngste Zeit war ganz dazu angethan, die früher geltenden Meinungen umzustimmen. Nicht Josephs Haltung allein, sondern die ganze Richtung der Zeit forderte zu Vergleichungen heraus, die Friedrich II. nicht nur, wie in früheren Tagen, als den kühnsten und siegreichsten König, sondern auch, wenigstens in Deutschland, als das Vorbild einer gerechten und conservativen Politik erscheinen ließen. Nur in Preußen existirte ein gewisser Rechtszustand und eine gesicherte Wirksamkeit der Gerichte; selbst der berüchtigte Vorfall mit dem Müller Arnold vermochte diese Ueberzeugung nicht zu erschüttern; der schmähliche Menschenverkauf, womit die Regierungen in Cassel und Stuttgart sich befleckten, hatte in der philanthropischen Zeit doch nur in Friedrich einen Fürsten gefunden, der nicht allein in Worten, sondern auch in Thaten dem Mißbrauch entgegentrat. Zu dem Verfahren der angesehensten katholischen Regierungen, in Ansehung des Kircheneigenthums, stand die Haltung des ketzerischen Königs und der Schutz, den er dem katholischen Kirchengut gewährte, in einem merkwürdigen Gegensatze. Der Jesuitenorden, dessen Mitglieder in den meisten katholischen Landen jetzt ebenso gewaltthätig und roh behandelt wurden, wie man sich dort früher ihrem Einflusse in blin-

der Unterwürfigkeit hingegeben, fand an Friedrich einen Schützer gegen die Modeverfolgung der Zeit. Selbst die Gegner Preußens konnten nicht leugnen, daß in diesem Staate eine Rechtssicherheit und eine Achtung vor dem Rechte bestehe, wie sie unter allen Reichsfürsten gerade der Kaiser am wenigsten bethätigte.

Dies Alles wirkte zusammen, um das traditionelle Verhältniß der beiden Großmächte im Reiche mit einem Male umzugestalten. Es kam ein neuer Anlaß hinzu, der die Gefahren der josephinischen Politik für den Bestand des Reiches besonders dringend erscheinen ließ.

Siebenter Abschnitt.

Der Fürstenbund.*)

Je mehr sich der Reichsverband lockerte, desto näher lag der Gedanke, besondere Vereine und Bündnisse innerhalb des Reiches zu errichten. So sind denn auch, namentlich seit der Zeit, wo das Reich und seine Kriegsverfassung nicht mehr den zureichenden Schutz gewährte, Verbindungen einzelner Reichsstände zu einem bestimmten Zwecke nichts Ungewöhnliches. Sich im Innern gegenseitig zu schirmen, den äußeren Feind abzuwehren, die Kriegsverfassung in einen besseren Stand zu setzen, diese Ziele waren seit der zweiten Hälfte des siebzehnten Jahrhunderts viel sicherer auf dem Wege der besonderen Verbindung zu erreichen, als durch die verfassungsmäßigen Mittel, welche das Reich gewährte.

Ein neuer Antrieb dazu lag in der veränderten Ordnung der Dinge, wie sie sich durch die Erhebung Preußens, namentlich seit 1740 feststellte. Mit der Ausbildung zweier selbständigen Großmächte im Reiche hatte die Reichsverfassung ihre Eigenthümlichkeit vollends eingebüßt und mehr als je lag es an den einzelnen Reichsständen, in neuen Vereinigungen einen Ersatz für den Schutz und die Sicherheit der untergehenden Reichsordnung zu suchen. Aber nicht nur in den einzelnen Reichsständen, deren Selbständigkeit nun von zwei großen Mächten erdrückt zu werden drohte, sondern auch in einer der beiden Großmächte selbst mußte der Gedanke solch einer Sonderverbindung leichter als vorher erwachen. Preußen, im Kampfe gegen die Form des alten Reiches groß geworden und von Oesterreich immer noch vermittelst der Ueber-

*) Die folgende Darstellung ist vorzugsweise auf das urkundliche Material gestützt, welches W. A. Schmidt in der Gesch. der preußisch-deutschen Unionsbestrebungen 1851. I. veröffentlicht hat. Dazu vergleiche den Aufsatz von Göbecke in dem Archiv des histor. Vereins für Niedersachsen 1847.

lieferungen der obersten Reichsgewalt im Schach gehalten, mußte sich bemühen, dem Reiche mit seiner österreichischen Leitung, seinen habsburgischen Verbindungen und Traditionen ein Gegengewicht entgegenzustellen durch einen engeren Bund, der die Elemente der Opposition gegen Oesterreich unter preußische Fahnen schaarte.

In dieser doppelten Richtung bewegen sich die Versuche, welche im achtzehnten Jahrhundert zur Gründung solcher Verbindungen gemacht worden sind.

Erst suchte Friedrich II., zu der Zeit, als er das habsburgisch-lothringische Kaiserthum durch ein wittelsbachisches zu verdrängen strebte, eine solche Verbindung zu gründen, die seinen neuen Kaiser schützen sollte. Die Ueberlieferungen des Reiches neigten noch vielfach zu Oesterreich; man mußte suchen, dem neuen bairischen Kaiserthum, durch welches Preußen seinen Einfluß im Reiche zu üben dachte, eine Union im Reiche als Rückhalt aufzurichten. Schon 1742, als das Glück der Waffen zuerst Karl VII. verließ, entwarf Friedrich II. solch einen Plan, wonach einzelne Kreise und Stände des Reiches sich vereinigen und den neuen Kaiser unter Mitwirkung Preußens schützen sollten; aber der Entwurf scheiterte, wie Friedrich damals klagte, „aus sclavischer Furcht der Reichsstände vor dem Hause Oesterreich." Der große König war indessen nicht der Mann, der so leicht eine einmal erfaßte Idee fallen ließ; er griff den Plan bald von Neuem auf (1743), wandte sich an seine fränkische Agnaten und andere kleinere Fürsten, den Bund in's Werk zu setzen. Abermals gescheitert, versuchte er die Höfe in Cassel, Cöln, Mannheim und Stuttgart für den Gedanken zu gewinnen, war aber nicht glücklicher als zuvor. Sie verlangten Subsidien, die nicht zu beschaffen waren; point d'argent, point de prince d'Allemagne, rief Friedrich ärgerlich aus, als ihm sein Entwurf zum dritten Male mißlungen war.*) Gleichwohl erreichte des Königs Beharrlichkeit schließlich doch das Ziel; die Frankfurter Union (Mai 1744) verband den Kaiser, Preußen, Kurpfalz und Hessen-Cassel zu gegenseitigem Schutz und zur Aufrechterhaltung der hergebrachten Verfassung des Reiches; Cöln, Sachsen, Lüttich sollten zum Beitritte eingeladen werden. Aber die neue Wendung der Dinge, die mit dem Tode Karls VII. zugleich das wittelsbachische Kaiserthum begrub, nahm auch der Union ihre Bedeutung; Friedrich überließ Oesterreich seine überlieferte Stellung im Reiche und zog sich auf die Politik seiner preußischen Monarchie zurück — um erst vierzig Jahre später aus dieser zuwartenden und indifferenten Haltung herauszutreten.

Während Friedrichs Unionsentwürfe schlummerten, tauchte aus der Mitte der kleineren Staaten der Plan einer Verbindung auf, welche die Reichsstände zweiten und dritten Ranges vor dem unruhigen Ehrgeiz der beiden

*) S. Oeuvres de Frédéric. T. II, 141. III, 24. 31.

Großmächte sicherzustellen bestimmt war. Unter dem Eindruck der Schrecken des siebenjährigen Krieges entwarf der hessen-kasselsche Minister von Schlieffen den Gedanken einer Union, welche die mittleren und kleineren Fürsten vereinigen und gegen die aufgenöthigte Theilnahme an den österreichisch-preußischen Kämpfen schützen sollte. Die Verbindung sollte eine rein defensive sein, aber doch durch gut geordnete Finanzen und ein schlagfertiges Heer unterstützt jedes gewaltsame Ansinnen ablehnen, das sie in eine Theilnahme an den Kriegen zwischen den beiden Großmächten zu verflechten trachtete. Der Entwurf, im Jahre 1763 in Cassel, Mannheim und Zweibrücken angeregt und besprochen, führte indessen ebenfalls zu keinem bestimmten Ergebniß.

Die unruhige, gewaltsam übergreifende Thätigkeit Josephs II. fachte die alten Entwürfe von Neuem an, und zwar begegneten sich jetzt zum ersten Male die Gedanken Preußens und der kleineren Staaten. Anlässe zu schärferer Wachsamkeit lagen in Josephs Politik genug vor. Die bairische Verwickelung von 1777—1779 hatte eine Reihe von kleineren Reichsfürsten um ihre Existenz besorgt gemacht; schon hieß es, Würtemberg sei von ähnlichen Heimfallsansprüchen bedroht, wie Baiern. Die Coadjutorwahl in Cöln und Münster hatte diese Befürchtungen neu geweckt; das Vorschreiten gegen die Kirchengüter, die Angriffe gegen geistliche Stifter, wie Passau und Salzburg, erfüllten auch die geistlichen Fürsten mit Unruhe. Weiter klagte man, Oesterreichs Einfluß hemme den Reichstag, verleite den Reichshofrath zu ungesetzlichen Uebergriffen, oder suche durch die kaiserlichen Debitcommissionen überschuldete Reichsstände durch finanzielle Rücksichten vom kaiserlichen Hofe abhängig zu machen. Andere Beschwerden, wie die, daß Oesterreich eine neue ihm ergebene Kurwürde an Würtemberg schaffen und durch eine römische Königswahl sich auch den künftigen Einfluß im Reiche sichern wolle, beruhten zwar zunächst nur auf Vermuthungen; aber die Aeußerung von Kaunitz in der Passauer Sache, die, übereinstimmend mit dem Verfahren gegen die Generalstaaten, überlieferte Rechte und Verträge wie nicht vorhanden betrachtete, ließ das Aergste befürchten. Noch hatte man im Reiche keine Ahnung, daß die Erwerbung Baierns auf dem Wege des Tausches von Neuem im Werke war; und doch wog dies allein viel schwerer, als alle jene kleinen Arrondirungsversuche zusammengenommen.

Mit dem Interesse der schwächeren Reichsstände traf aber das preußische diesmal zusammen. Friedrich II. hatte schon in der baierischen Sache den ersten Schritt gethan, sich in die Reichsangelegenheiten einzumischen; seitdem waren andere Gründe hinzugekommen, sein zurückgezogenes Verhältniß zum Reiche aufzugeben. Die Auflösung des Bundes mit Rußland, die Anfänge einer russisch-österreichischen Allianz, Preußens Isolirung, Josephs Politik im Reiche — das Alles enthielt die deutliche Aufforderung, eine Stütze preußischer Macht in Deutschland selbst zu suchen, wo die Stimmung sich lebhafter

als je gegen Oesterreich wandte. So kam Friedrich zu den Gedanken zurück, die er vierzig Jahre zuvor erfolglos betrieben hatte. Es war im Laufe des Jahres 1783, als er gegen den Herzog von Braunschweig äußerte: es sei wohl jetzt an der Zeit, einen Bund, ähnlich dem schmalkaldischen, zu schließen; damals (Mai) wurde zuerst mit Hertzberg die Gründung einer solchen Union vorläufig besprochen.

Fast gleichzeitig und, wie es scheint, davon ganz unabhängig, tauchte ein ähnlicher Gedanke im Kreise der kleineren Fürsten auf; Markgraf Karl Friedrich von Baden war es, der mit einem solchen Projecte, das sein Minister Edelsheim verfaßt, bei einzelnen kleineren Höfen anklopfte. Hier war es die Besorgniß vor Oesterreich, die den Gedanken weckte; die Uebergriffe des Reichshofraths, der schleppende Gang des Reichstages, die Vorgänge in Passau und Aehnliches wurden ausdrücklich als Grund angeführt, und auf das Schicksal Polens, als ein warnendes Exempel für Deutschland, verwiesen. Man dachte zunächst an eine Verbindung der Fürsten, namentlich der Häuser Sachsen, Braunschweig, Hessen und Holstein, indessen die Kurfürsten einen ähnlichen Verein abschließen und aus der Verschmelzung beider die deutsche Union erwachsen sollte. Gemeinsames Handeln auf dem Reichstage, Wiederbelebung der Thätigkeit dieses Körpers, Schutz aller weltlichen und geistlichen Reichsstände, gegenseitiger friedlicher Austrag der Streitigkeiten, Unterstützung in Schuldsachen, um Oesterreichs Einfluß fernzuhalten, Widerstand gegen neue, im österreichischen Interesse zu schaffende Kurwürden, Beschränkung der Uebergriffe des Reichshofraths, endlich die Bildung einer Bundeskasse und Bundesstreitmacht mit der Verpflichtung, keine Truppen in fremden Sold zu geben — das waren die wesentlichen Gesichtspunkte, von denen dieser badische Entwurf ausging. Eine günstige Gelegenheit, die den Reichsständen freie Hand ließ, etwa der Ausbruch des bevorstehenden Türkenkrieges, sollte zum Abschlusse der Union benützt werden; auswärtige Stützen hoffte man an Preußen, an Frankreich, selbst an Rußland zu finden. Man sieht, der Gedanke des Bundes ruht völlig auf der Anschauung des westfälischen Friedens und suchte seine Berechtigung in der bekannten Bestimmung der Verträge von 1648, welche den einzelnen Reichsständen das Recht einräumte, Verträge unter sich und mit andern Staaten abzuschließen. Der nächste Zweck war auch nur die Sicherheit der kleineren Reichsstände: Preußen sollte nicht in die Union eintreten, sondern, ähnlich wie Frankreich oder Rußland, eine Stütze gegen Oesterreich sein.

Der Herzog von Braunschweig, an den durch Anhalt-Dessau der badische Entwurf gebracht ward, äußerte sich im Allgemeinen dem Plane günstig; doch war er durch seine Verhältnisse zu Hannover und Preußen gebunden. Er meinte, man müsse äußerst vorsichtig und geheim verfahren, zunächst sich auch nur auf die allgemeinsten Umrisse beschränken und die einzelnen Artikel, namentlich welche die Finanzen und die Heeresrüstung betrafen, erst dann

ausarbeiten, wenn man über die Ausdehnung des Bundes und über die Mitglieder im Klaren sei. In Zweibrücken, Gotha, Weimar war man dem Plane geneigt, in Dessau wünschte man vorerst die Meinung des braunschweiger Hofes zu erfahren.

Im Januar 1784 machte der Herzog von Braunschweig dem preußischen Minister Hertzberg darüber Mittheilung; auch dessen Ansicht ging dahin, daß der Zeitpunkt des Abschlusses noch nicht gekommen sei. Hertzberg dachte zunächst an ein ganz geheimes Bündniß „zwischen einigen wenigen patriotischen Fürsten, die sich auf einander völlig verlassen könnten"; die Bedingungen sollten ganz allgemein sein, so daß der Anfang weder Aufsehen machte, noch Vorwürfe herausforderte. Wenn dann ein Türkenkrieg ausbreche, oder durch den Tod Karl Theodors die zweibrücker Linie zur pfalzbairischen Churwürde gelange, oder auch wenn in Preußen ein Thronwechsel eintrete, dann sei der Moment, eine größere und allgemeinere Verbindung zu gründen. Ueber den Umfang und die Leitung eines solchen Bundes dachte der preußische Staatsmann freilich anders, als der Urheber des badischen Entwurfes; ihm erschien Preußen als das einzig natürliche Oberhaupt. Der hiesige Hof, sagte er, ist ganz dazu geneigt und entschlossen, er wird, sobald es die Umstände mit sich bringen, sich an die Spitze stellen, da er der einzige ist, der den Plan ausführen kann und will. So lautete die Meinung Hertzbergs, der, wie es scheint, mit dem König selbst darüber nicht gesprochen, sondern nur den Prinzen von Preußen davon in Kenntniß gesetzt hatte.

Wie sehr damals das Bedürfniß solcher Einigungen gleichsam in der Luft lag, ergibt sich aus dem gleichzeitigen Auftauchen verschiedener Entwürfe an mehreren Orten. Während Friedrich die Sache anregte, Baden seinen Entwurf ausarbeitete, ging davon unabhängig etwas Aehnliches von dem Hause Zweibrücken aus. Der zweibrücker Hof war seit den Ereignissen von 1777 völlig dem preußischen Einfluß hingegeben; es war die Rede von einer Vermählung des nachherigen Königs Maximilian mit einer preußischen Prinzessin, und zwischen dem regierenden Herzog und dem Prinzen von Preußen bestand ein sehr freundschaftliches persönliches Verhältniß. Eine Sendung des zweibrückischen Ministers von Hofenfels nach Berlin (Herbst 1783) hatte diese Beziehungen noch enger geknüpft und wohl den Anstoß dazu gegeben, daß auch in Zweibrücken ein Unionsentwurf auftauchte.

Die Ansicht des zweibrücker Hofes, wie sie nachher in einer Denkschrift vom 10. Febr. 1784 niedergelegt ist, unterschied sich nun von den bisher laut gewordenen vornehmlich darin, daß sie wo möglich eine Verbindung aller Reichsstände ohne den Kaiser als Ziel vorsetzte. Eine Union einzelner Fürsten erschien unzulänglich, ja insofern eher gefährlich, als sie die Thätigkeit Oesterreichs wahrscheinlich nur steigern würde, ohne die nöthige Kraft des Widerstandes zu besitzen. Träten eine Anzahl Reichsstände zusammen, so würde der kaiserliche Hof die Verbindung als Complot bezeichnen

und unter dem Vorwand, die allgemeine Ruhe und Sicherheit des Reiches zu schützen, seine Majestätsrechte noch weiter ausdehnen. Man müsse dem von lange her vorbereiteten österreichischen Plan einen ähnlichen entgegenstellen, und die Mittel der Vertheidigung einstweilen vorbereiten, um im günstigen Moment zur Ausführung zu schreiten. Vorerst solle man eine vertrauliche Correspondenz eröffnen, auf dem Reichstag zusammenstehen, sich an die Reichsverfassung halten und sich nicht mehr wie bisher zu „blinden Nachbetern des kaiserlichen Ministers" machen.

Waren die bisherigen Entwürfe vorzugsweise von weltlichen und protestantischen Höfen ausgegangen, so fehlte es auch im katholischen Lager nicht an verwandten Tendenzen; ja die geistlichen Stände fühlten sich durch die jüngsten Vorgänge in Passau, Cöln, Münster u. s. w. noch mehr beunruhigt als die weltlichen. Man sprach damals von einer Vereinigung unter ihnen, die bereits abgeschlossen sein sollte; man wollte wissen, zu Mainz habe ein Congreß stattgefunden, und der Bischof von Speyer sei das eifrigste Glied dieses geistlichen Fürstenbundes. Daß dieser Verein nicht in Preußen seine Stütze suche, sondern sich lieber an Frankreich anlehnen wolle, ward als eine natürliche Folge der confessionellen Verhältnisse angesehen.

Bezeichnend ist in jedem Falle dies gleichzeitige Auftauchen verwandter Vorschläge zur Abwehr der kaiserlichen Uebergriffe. Es ist die Politik des westfälischen Friedens, die sich zum Widerstande rüstet, seit Joseph den Versuch gewagt, die österreichische Stellung im Reiche auf den Standpunkt vor 1648 zurückzuführen. Zwei politische Richtungen, die in der deutschen Geschichte bereits eine verhängnißvolle Bedeutung erlangt haben, gerathen hier noch einmal ernstlich an einander: auf der einen Seite das habsburgisch-österreichische Bemühen, Deutschland auszubeuten für die Vergrößerung und Abrundung der eigenen Hausmacht, auf der andern das Bestreben des Landesfürstenthums, diese wieder auflebenden Kaisergelüste auf ein geringstes Maß zurückzuführen, nöthigen Falls ganz aus dem Reiche hinauszudrängen. Beide Richtungen hatten ihr Redliches dazu beigetragen, Deutschland auf den Standpunkt zu bringen, auf dem es sich befand; die österreichische Absonderung auf Kosten des Reiches und der landesherrliche Particularismus theilten sich vorzugsweise in die Schuld, die Reichsordnung so zerrüttet zu haben, wie sie es war. Diese alten Gegensätze regen sich noch einmal kurz vor der Auflösung des Reiches in aller Schärfe; wie in früheren Tagen sucht Joseph am Reiche seinen Vergrößerungs- und Arrondirungseifer für den österreichischen Erbstaat zu befriedigen und um dem zu begegnen, wollen die Einen das Reich vollends in eine Anzahl Gruppen auflösen, die Andern sich unter Preußens Leitung zu einer antiösterreichischen Verbindung vereinigen, Alle zusammen im Nothfall die Protection Rußlands oder Frankreichs gegen die wiedererwachenden kaiserlichen Prätensionen zu Hülfe rufen. Daß diese Entwürfe eine gewisse Aehnlichkeit mit dem späteren Rheinbunde an sich tragen, ist nicht zu-

fällig; von der Grundlage des westfälischen Friedens ausgehend, mußte man, so wie die Dinge sich gestaltet hatten, früher oder später beim Rheinbund anlangen.

Alle jene Anregungen, wie sie Karl Friedrich von Baden gegeben, wie sie vom Prinzen von Preußen, von Hertzberg und dem Hofe in Zweibrücken ausgingen, stellten indessen die Ausführung in ziemlich ungewisse Ferne, und man darf wohl behaupten, daß diese Entwürfe, gleich früheren Projecten, wieder zu den Acten gelegt worden wären, ohne die anspornende Thätigkeit, die jetzt von anderer Seite kam.

Friedrich II. war es, welcher den Gedanken mit neuer Lebhaftigkeit aufgriff.

Die Besorgniß, daß Oesterreich jene Politik, die zwar im Teschener Frieden eine Niederlage erlitten, aber unmittelbar nachher in der Cölner Coadjutorwahl u. s. w. Siege erfochten hatte, mit zäher Ausdauer und vielleicht besserem Erfolge als 1777—1779 verfolgen werde, war in dem König wach geblieben; das Gefühl seiner Isolirung, seit ihm die österreichische Staatskunst auch in St. Petersburg den Vorrang abgewonnen, steigerte seine Befürchtungen. England und Frankreich waren für ihn die Stützen nicht mehr, die sie ihm einst zu verschiedenen Zeiten gewesen; Rußland war aus einem engen Verbündeten ein lauer Freund geworden, Oesterreich blieb nach wie vor ein mit aller Thätigkeit und Umsicht operirender Gegner. In dieser Vereinzelung blieb der Einfluß in Deutschland das letzte freie Feld für die preußische Politik. Es hatte etwas Seltsames, daß Friedrich am Abend seines Lebens in dem Reiche, das er so lange gering geschätzt und dessen Freundschaft ihm jeder Zeit leichter gewogen als die Hülfe Frankreichs, Großbritanniens oder Rußlands, eine politische Stütze suchen mußte; allein es war unverkennbar, daß ihn der Gedanke lebhaft beschäftigte. Seine Aeußerungen gegen den Herzog von Braunschweig und gegen seine eigenen Minister ließen darüber keinen Zweifel. Was um dieselbe Zeit von den kleinen Höfen ausging und zwischen Berlin, Carlsruhe und Zweibrücken verhandelt ward, war ihm noch unbekannt; Hertzberg hatte, weil er die Sache nicht für zu dringend hielt und Friedrichs persönliche Einmischung ihm seine eigene Taktik stören konnte, dem König davon noch nichts mitgetheilt. Indessen schrieb aber der Gesandte in Regensburg auf's Neue beunruhigende Nachrichten über die Thätigkeit Oesterreichs, „sich in Deutschland durch Einziehungen, Säcularisationen, römische Königs- und Bischofswahlen, ja wohl gar durch Wiedereroberung abgetretener Länder zu entschädigen."

Dies Alles wirkte zusammen, um Friedrich zur Ergreifung der Initiative zu bestimmen. In einer merkwürdigen Cabinetsordre an den Minister von Finkenstein (6. März 1784) drang er mit aller Entschiedenheit auf die Bildung eines Fürstenbundes. Er schildert die politische Vereinzelung Preußens, die geringe Hoffnung, die Frankreich und England biete, das Erkalten Rußlands. „Wir sind, schreibt er, ohne alle Verbündete; drum ist es von

äußerster Wichtigkeit, mit allen unseren Kräften auf eine Verbindung der Art im Reiche hinzuarbeiten, wie sie einst im schmalkaldischen Bunde lag. Es ist die einzige Hülfe, die uns bleibt, weil wir nicht mehr völlig auf Rußland zählen können.“ Wie sehr die Sorge der Isolirung Preußens den greisen König beschäftigte, das spricht sich in dem Wunsche aus: wo möglich noch vor seinem Tode diesen Bund geistlicher und weltlicher Fürsten gegen Oesterreich abgeschlossen zu sehen. „Man muß, schreibt er seinem Minister, die Sache nicht lässig betreiben, sondern sie wo möglich zu überzeugen suchen, daß ihr eigenes Interesse einen solchen Bund gebiete. Bleiben wir müßig, so wird Niemand die Sache auf sich nehmen. Drum schmieden Sie das Eisen so bald als möglich und erinnern Sie sich, daß ich mich schon vorigen Herbst über Alles das gegen Sie ausgesprochen habe ....“ „Allerdings äußerte der König am folgenden Tage, ist das nicht eine Sache von vierzehn Tagen, so viele Köpfe unter einen Hut zu bringen, aber man kann wenigstens sondiren, zunächst etwa bei Hessen, Hannover und den Kurfürsten von Mainz und Trier .....“ „Es ist Zeit, fügt er hinzu, die Gesinnungen zu prüfen, damit wir wissen, auf wen wir zählen können; es ist keine Bagatelle, vielmehr muß, wie die Sachen liegen, diese Angelegenheit mit der größten Emsigkeit betrieben werden.“

Die Minister des Königs, Finkenstein wie Hertzberg, hielten die Sache nicht für so dringend; sie wollten temporisiren und eine günstige Gelegenheit abwarten, etwa den Tod Karl Theodors und die Erhebung der zweibrücker Linie zur pfalzbairischen Chur. Friedrich selber meinte wohl auch, „es sei besser für Preußen, wenn der alte Kurfürst beim Teufel sei, aber es könne noch lange dauern, denn das Sprüchwort sage: Unkraut verdirbt nicht“ — indessen er wollte, um dieser günstigeren Gelegenheit willen, nicht den ganzen Plan vertagen. Er wies wiederholt auf die politische Isolirung Preußens hin, die ihm so bedenklich schien, daß er das bezeichnende Wort aussprach: „Wenn wir mit gekreuzten Armen zusehen und unsere Feinde arbeiten lassen, so sind wir verloren.“ Je umständlicher eine solche Unterhandlung sei — und Friedrich rechnete auf anderthalb bis zwei Jahre — desto früher müsse man die Sache angreifen.

Diesem Willen des Königs zu entsprechen, mußte etwas geschehen; das Ministerium richtete daher Instructionen an die preußischen Gesandten im Auslande und fing an, bei einzelnen Regierungen zu sondiren. Indessen diese Schritte geschahen ohne besonders lebhaften Eifer; Hertzberg namentlich beharrte auf seiner zögernden Politik und erlaubte sich sogar, die eifrigen Instructionen, wie sie dem König vorgelegt worden, durch kühlere Privatbriefe zu dämpfen. Die Gefahr, die man abwenden wollte, war sein Bedenken, werde durch die Unionsprojecte nur beschleunigt. Auch der Herzog von Braunschweig war dieser Ansicht; die Ohnmacht der Einen, äußerte er, und das Mißtrauen der Andern wird Alles hemmen.

In der That entsprachen die ersten Schritte kaum diesen mäßigen Erwartungen. Die süddeutschen Entwürfe, die Hertzberg dem König jetzt mittheilte (9. April), ließen auf Baden, Pfalz-Zweibrücken, Gotha, Weimar, Mecklenburg, Braunschweig, vielleicht auch Hessencassel mit einiger Sicherheit zählen; dagegen schienen zwei Regierungen, die zur Ausführung der Union unentbehrlich waren, Sachsen und Hannover, ziemlich zweifelhaft. So rückten denn die Dinge, ungeachtet der König so lebhaft gedrängt, Monate lang um keinen Schritt vorwärts; wohl aber dienten die unbestimmten Gerüchte, die über den Plan verlauteten, mehr dazu, die Thätigkeit auf der andern Seite herauszufordern. Schon als der zweibrückische Minister Hofenfels im Herbst 1783 in Berlin gewesen, schöpfte man zu Wien Verdacht, und daß man auf der richtigen Spur war, bewiesen die diplomatischen Gerüchte zu Versailles, es sei ein Fürstenbund im Werke, dessen Abschluß Zweibrücken betreibe, an welchem Preußen Theil nehmen solle. Der französische Hof war darüber beunruhigt; denn so gern man dort die kleineren Fürsten mit dem Kaiser entzweit sah, so wenig war man davon erbaut, daß solch ein Bund wahrscheinlich ein Machtzuwachs für Preußen werden solle. Das zweibrückische Ministerium, das immer mit ängstlicher Aufmerksamkeit auf Frankreich blickte, hielt es für nothwendig, ausdrücklich beruhigende Versicherungen nach Versailles zu richten. Ein Grund mehr für die zweibrücker Politik, jenen Weg äußerster Vorsicht, den sie gleich anfangs angerathen, nicht zu verlassen; Hofenfels warf sogar den Gedanken hin (Mai 1784), es sei besser, wenn Preußen und Pfalz-Zweibrücken, beide als die eifrigsten Gegner der österreichischen Politik bekannt, anfangs bei den Vorbereitungen zu dem künftigen Bunde gar nicht hervorträten, damit so dem Kaiser jeder Anlaß fehle, bei den anderen Höfen den Plan der Verbindung im Keime zu ersticken. Eine Ansicht, die vollkommen den Hertzbergischen Anschauungen entsprach! So wurde die Angelegenheit, in welcher der König so dringend zur Raschheit gerathen, Monate lang verschleppt; wartete man doch volle fünf Wochen, bis man nur die Denkschrift und Depesche des zweibrückischen Ministers (vom Mai) dem Könige mittheilte. Von Hannover kamen höfliche, aber unbestimmte und aufschiebende Antworten, Sachsen wollte offenbar ungern seine neutrale Stellung verlassen, und von den meisten kleineren Höfen im Westen galt es für ausgemacht, daß sie ohne die Einwilligung und Anregung Frankreichs nichts in der Sache thun würden.

Wieder war es Friedrich II. selber, welcher der fast eingeschläferten Sache einen neuen Impuls gab. In einem Entwurfe, den er am 24. Oct. 1784 seinen Ministern mittheilte, waren die Gesichtspunkte dargelegt, unter welchen der König den Beitritt der einzelnen Fürsten glaubte erreichen zu können. Der Bund sollte nicht offensiver Natur, sondern nur zu dem Zwecke geschlossen sein, die Rechte und Freiheiten aller deutschen Fürsten, welcher Religion sie auch angehörten, zu schützen. Es soll durch ihn nur ein ehrgeiziger und

unternehmender Kaiser gehindert werden, die bestehende Reichsverfassung durch langsames Zerbröckeln der einzelnen Theile allmälig zu zerstören und seine florentinischen oder modenesischen Neffen in den deutschen Bisthümern und Abteien zu versorgen. Diese Gefahr und die Sorge, daß die so an das Haus Oesterreich gebrachten Stifter säcularisirt und eine Menge von Stimmen dem kaiserlichen Interesse damit zugeführt würden, sollte nach des Königs Ansicht die geistlichen Fürsten dem Bunde gewinnen. Für die anderen Reichsstände mußten der Angriff auf die bairische Erbschaft, die Vorgänge am Reichstag und das Verfahren der Reichsjustiz Gründe genug sein, sich einem solchen schützenden Bunde anzuschließen. Dessen Werth bestehe darin, daß, wenn der Kaiser seine Macht mißbrauchen wolle, die vereinigte Stimme des ganzen deutschen Reichskörpers ihn zu gemäßigten Gedanken zurückführen könne.

In dem Augenblicke, wo Friedrich dem Unionsplane diesen neuen Impuls zu geben suchte, kamen Nachrichten aus Zweibrücken, deren Inhalt zu raschem Handeln drängte. Die österreichische Politik war nämlich in Zweibrücken nicht müßig gewesen. An einem Hofe, wo Maitressen und ihre Clientel die wichtigste Rolle spielten, wo (wie ein Augenzeuge sagt) „unverständige Bauten, kostbare Meublirung, zahllose Liebhabereien, Alles, was nur dem Gelde wehe that, im Gange war, tausend Pferde im Marstalle, noch mehr Hunde in den Zwingern gefüttert wurden, und das ganze Land ein Thiergarten zum Verderben der Unterthanen war," *) an einem solchen Hofe mußte es nicht allzuschwer sein, auch mit groben Künsten Boden zu gewinnen. Indem man die Hofjuden und Gelegenheitsmacher des Herzogs in das Interesse zog, dem geldarmen Herzog selber baares Geld und Pretiosen in Aussicht stellte, dem Pfalzgrafen Maximilian, dem Bruder des Herzogs, eine glänzende Stellung und eine österreichische Prinzessin als Gemahlin verhieß, ließ sich vielleicht an solch einem Hofe viel erreichen, zumal wenn die russische Diplomatie sich zur Mitwirkung hergab. Auch waren Leute, wie Graf Ludwig Lehrbach und Prinz Christian von Waldeck, durchaus die rechten Persönlichkeiten, um selbst auf dunkeln und unreinen Wegen unverdrossen ihr Ziel zu verfolgen. Daß es einen Augenblick schlimm genug ausgesehen und den Anschein gehabt, als solle Oesterreich doch seinen Zweck bei der zweibrücker Linie erreichen, so daß selbst Frankreich aufmerksam geworden und von seiner Nachgiebigkeit gegen den Wiener Hof zurückgekommen sei — das war die Botschaft, die jetzt ganz im Geheimen Hofenfels nach Berlin gehen ließ. Von dem Projecte eines Ländertausches zwischen Baiern und Oesterreich, wie es schon jetzt vorbereitet ward, hatte der wachsame Gegner der österreichischen Politik am zweibrücker Hofe noch nicht einmal Kenntniß; aber auch das, was er mit Augen gesehen, war für ihn Grund genug, in Berlin Sturm zu läuten.

*) Gagern, Antheil an der Politik I. 16.

Dem König kam diese Botschaft ganz erwünscht, um seine säumigen Minister für den eben wieder aufgenommenen Unionsplan zu erwärmen. „Feuer! Feuer! — hieß es in einem eigenhändigen Schreiben an die Minister (29. Oct.) — man darf nicht gleichgültig zusehen, wie Joseph II. die ersten Schritte thut, deren Folgen dem Reiche und sämmtlichen Souveränen von Europa verderblich sein werden." Die Minister konnten nun nicht länger zögern; wenige Tage nachher legte Hertzberg den Entwurf des beabsichtigten Bundes vor. Zunächst — das war die Meinung — solle man im Verein mit Sachsen und Hannover die Thätigkeit des Reichstages wieder zu beleben suchen, dann vor diesen Körper alle die Beschwerden bringen, die gegen die kaiserlichen Uebergriffe zu erheben seien, und falls der Kaiser sich dem widersetze, sofort zum Abschlusse eines Bundes mit „den mächtigsten und zuverlässigsten" Reichsständen schreiten, dem sich wohl die kleineren dann rasch anschließen würden. Dem König schien dieser Weg zu langsam und weitläufig; er beschied die Minister zu sich nach Potsdam, um persönlich mit ihnen über die leitenden Gedanken der Fürstenunion zu verhandeln. Aus diesen Unterredungen im November 1784 ging eine Denkschrift hervor, welche die Grundlinien des künftigen Bundes vorzeichnete.

Die Denkschrift ist von bleibendem geschichtlichen Interesse, weil sie in aller Consequenz die Auffassung der landesfürstlichen Politik entwickelt, die vor 1648 und seitdem aus Deutschland eine Art von aristokratischer Republik gemacht hatte. Diese Fürstenrepublik zu erhalten und jedem Versuche einer stärkeren monarchischen Einigung entschieden zu begegnen, wird dort als eine Forderung zugleich des deutschen und europäischen Interesses angesehen; der westfälische Frieden, sammt den französisch-schwedischen Garantien, die goldene Bulle, die Wahlcapitulationen und die Reichstagschlüsse sind als die Grundpfeiler der deutschen Verfassung bezeichnet. Um diese für das deutsche wie für das europäische Gleichgewicht gleich wichtige Ordnung zu bewahren, hätten die Fürsten zu verschiedenen Zeiten von ihrem verfassungsmäßigen Rechte Gebrauch gemacht: sich unter einander zu verbinden. Wenn jemals, so sei eine solche Allianz im gegenwärtigen Augenblicke geboten, wo man Wahl- und Erbstaaten willkürlich umgestalte, durch geheime Umtriebe Bisthümer und Wahlstaaten in einzelnen mächtigen Häusern concentrire, wo gerade katholische Fürsten die Säcularisation der Klöster als ein Mittel der Vergrößerung benutzten, während den Protestanten dies durch den westfälischen Frieden untersagt sei, wo der Reichstag zur Unthätigkeit verurtheilt werde und die obersten Gerichte des Reiches zu sichtbar von einem vorherrschenden politischen Einflusse bestimmt würden, als daß man auf eine gute und unparteiische Justiz rechnen könne. Einem Bunde der Reichsstände, in solch einem Augenblicke geschlossen, sei der Zweck von selber vorgezeichnet. Zunächst gelte es, die Thätigkeit des Reichstages durch gemeinsames Zusammenwirken wieder zu beleben, dann die Recurse zu erledigen, die verschiedene Reichsstände

gegen Urtheile der obersten Gerichtshöfe an den Reichstag ergriffen hätten, ebenso die Frage über die willkürliche Säcularisation der Klöster zur Verhandlung zu bringen, die Unabhängigkeit der obersten Gerichtshöfe durch deren bessere Besetzung sicherzustellen, jeden Eingriff in den Besitzstand und die Integrität geistlicher und weltlicher Fürstenthümer durch verfassungsmäßige Mittel zu hindern und zugleich die Wahlfreiheit der geistlichen Stifter herzustellen, in die man statt der berechtigten Mitglieder des Reichsadels neuerdings versucht habe, die jüngeren Prinzen der großen Fürstenhäuser einzudrängen. Diese Zwecke an die Spitze zu stellen, schien der preußischen Politik der sicherste Weg, den Abschluß des Bundes zu erleichtern. Es waren darin populäre Gesichtspunkte aufgestellt, es war den weltlichen Fürsten die Sicherheit ihres Gebietes und ihrer Selbständigkeit verheißen, das Interesse der geistlichen Fürsten gegenüber der revolutionären Politik des Kaisers gewahrt und dem Reichsadel die Aussicht eröffnet, wieder ungetheilt in den geistlichen Stiftern sich versorgen zu können. Ein solcher Bund konnte sich rühmen, eine conservative Politik zu verfolgen und zugleich alle corporativen und particularen Interessen der einzelnen Reichsglieder gegenüber den monarchischen Anwandlungen des Kaiserthums sicherzustellen.

Man hätte denken sollen, nun wäre die Sache rasch zum Abschluß gediehen, allein es trat abermals ein Stillstand von einigen Monaten ein. Es bedurfte erst eines sehr drastischen Mittels, um dem schläfrigen Gange der Diplomatie neues Leben einzuhauchen. Im Januar 1785 war es, wo die ersten unbestimmten Nachrichten nach Berlin gelangten: Oesterreich stehe auf dem Punkte, durch einen Ländertausch Baiern zu erwerben, und Rußland mache seinen ganzen Einfluß geltend, den Herzog von Zweibrücken zur Zustimmung zu nöthigen. Jetzt erhielt der Ruf: „Feuer! Feuer!", den der König im October an seine Minister gerichtet, mit einem Male die ernsteste Rechtfertigung; es blieb kein Vorwand mehr, mit der Verfolgung des Planes länger zu zögern.

Oesterreich hatte den Plan, sich durch Baiern zu arrondiren, der 1777 gescheitert war, geschickt und vorsichtig wieder aufgenommen; es verfolgte den Gedanken eines Ländertausches, der schon zur Zeit Josephs I. einmal aufgetaucht und auch in den Verhandlungen von 1777 angeregt worden war. Kurfürst Karl Theodor, ohne Interesse für seine Dynastie und seine Agnaten, nur um die Versorgung seiner Bastarde bekümmert, war nicht schwer dafür zu gewinnen, seine Besitzungen in Ober- und Niederbaiern, der Oberpfalz, Neuburg, Sulzbach und Leuchtenberg, die ihm stets fremd geblieben, hinzugeben für den Erwerb der österreichischen Niederlande (außer Luxemburg und Namur), der ihm mit dem blendenden Titel eines Königs von Burgund geboten ward. Der Plan eines solchen Tausches, von Graf Lehrbach zu München in aller Stille betrieben, schien jetzt um so sicherer gelingen zu müssen, als man sich in Wien Frankreichs Schweigen und Rußlands Hülfe sicher

glaubte. Der russische Gesandte beim oberrheinischen Kreise, Graf Romanzoff, gab sich zu dem gehässigen Vermittleramte her, den Herzog von Zweibrücken halb freundlich, halb drohend dahin zu stimmen, daß er nachgebe und sich seine Ansprüche abkaufen lasse. Das war die Botschaft, die der Herzog selber am 3. Januar 1785 nach Berlin meldete. „Ew. Majestät — hieß es in dem verzweiflungsvollen Schreiben des Herzogs an Friedrich II. — sind allein im Stande, die umfassenden Entwürfe eines Fürsten aufzuhalten, dessen verzehrender Ehrgeiz und dessen Habgier mit seiner Macht zunimmt. Ihre Großmuth und erhabene Weisheit geben Ihnen den Willen, Ihre Macht die Mittel dazu. Geruhen Sie, ich flehe Sie achtungsvoll und dringend darum an, sie dazu anzuwenden im Verein mit Frankreich, um die Vernichtung eines Fürstenhauses abzuwenden, das Ew. Majestät bereits so großmüthig gerettet haben."

Es ließ sich kaum ein wirksamerer Anlaß denken, um die Pläne des Fürstenbundes in rascheren Gang zu bringen. Da war ja mit einem Male die österreichische Politik gleichsam auf frischer That ertappt, und alle jene Besorgnisse, die man gegen Joseph II. hatte zu erwecken suchen, auf's Entschiedenste bestätigt. Und wie waren durch den Ländertausch alle Interessen gleichmäßig berührt, um gegen Oesterreich mit Erfolg zu agitiren! Die Landesfürsten waren beunruhigt, indem solch ein Vorgang, wenn er gelang, ohne Zweifel bald nachgeahmt ward, um Oesterreich noch weiter zu vergrößern und auch andere Fürstenhäuser aus Deutschland hinauszudrängen. Man berechnete jetzt die Macht, die Oesterreich in Schwaben bereits besaß, die Gefahr, welcher die weltlichen Fürsten, die dreizehn geistlichen Stifter in Franken, Schwaben und Baiern, die 37 Reichsstädte dieser drei Kreise ausgesetzt waren. Hatten nicht die Vorgänge gegen Passau, Salzburg, Lüttich u. s. w. Beispiele genug gegeben, daß kein herkömmliches Recht die Gewaltschritte der österreichischen Politik aufzuhalten vermöge? Hatten nicht Wiener Hof- und Staatspublicisten über die „städtischen Rathsherren in ihren stattlichen Perücken, ihre Zunftschmäuse, ihre Patricier-Vorrechte und ihre verschwenderische Aristokratenwirthschaft" deutlich genug gesprochen, um zur Wachsamkeit zu mahnen? *) Sollte nicht Oesterreich jüngst noch das Andenken seiner Anwartschaft auf Würtemberg erneuert haben? Schon sahen die Mißtrauischen, wenn der Tausch gelang, alle diese ehemaligen Territorien des deutschen Südwestens in die österreichische Hausmacht eingeschmolzen, Baden allenfalls auch durch einen Tausch beseitigt und die österreichische Grenze bis an den Rhein vorgeschoben. Waren aber auch solche Sorgen übertrieben, so gewann Oesterreich durch den Eintausch Baierns immerhin eine gewaltige Verstärkung. Herr dieses fruchtbaren Landes, auf den beiden Flanken durch die natürliche Lage Böhmens und Tirols befestigt, im Besitze fast der ganzen Donau, durch eine

*) S. Joh. v. Müllers Leben XXIV. 177 ff.

Reihe kaiserlicher und althabsburgischer Ansprüche und Rechte auch da von überwiegendem Einfluß, wo das Gebiet durch die kleinen geistlichen, weltlichen und reichsstädtischen Territorien durchbrochen war, seine Besitzungen im Breisgau, in der Ortenau, am Bodensee, an der Donau nun mit dem wohlabgerundeten Hinterlande in Zusammenhang setzend — war Oesterreich allerdings zu einer Machtfülle und Abrundung seines Besitzes gelangt, die ihm vom Rhein bis zur türkischen Grenze ein fast ununterbrochenes Gebiet und in der ganzen südlichen Hälfte Deutschlands die Herrschaft in die Hände legte.

Dies zu hindern hatte die landesfürstliche Politik und das Ausland ein gleich lebhaftes, dringendes Interesse. Indessen würde man irren, wollte man nur von dieser Seite Opposition erwarten. Auch das bessere Gefühl in der Nation ward verletzt durch diesen Länderwucher und Menschenverkauf, zu dem ein Landesfürst im Widerspruche mit seinem eigenen Lande die Hand bieten wollte, ohne Scham und Pietät für den sechshundertjährigen Besitz seines Hauses. War es schon mehr als zweifelhaft, ob ein solcher Tausch nach den Landes- und Reichsgesetzen rechtlich zuzulassen sei, so gab sich — mit Ausnahme der österreichischen Politik und ihrer Anhänger — über die moralische und politische Seite unter den Zeitgenossen eine fast einstimmige Meinung kund, und wenn Preußen bei diesem Anlaß Oesterreich gegenüber trat, so hatte es zugleich alle landesfürstlichen Sympathien in Deutschland, das Interesse des europäischen Gleichgewichtes und die populäre Stimmung der Nation auf seiner Seite. Und darin lag der große Fehler von Josephs II. Politik; er half Preußen zum zweiten Male das zu sein, was es bereits im Teschener Frieden geworden, der Schützer der Reichsverfassung, in deren Bekämpfung die preußische Monarchie einst groß geworden war. In dem Maße als das Mißtrauen, das Josephs Politik weckte, Oesterreich selbst seinen natürlichen und überlieferten Anhang entfremdete, erlangte Preußen eine unbestrittene Hegemonie in Deutschland.

Friedrich II. würdigte diese Gunst der Lage vollkommen; er sah in dem Abschlusse einer deutschen Fürstenunion ein politisches Werk, welches unter Preußens Vermittlung die öffentliche Ordnung und das Gleichgewicht in Europa auf neuen Grundlagen feststellen müsse. Drum faßte er die Sache mit jugendlichem Eifer auf; er trieb und drängte seine Minister, als könne man nicht rasch genug die glückliche Gelegenheit des Augenblicks benützen. Sein Protest gegen den angesonnenen Ländertausch bewies, daß er entschlossen sei, das Patronat des Hauses Zweibrücken noch einmal zu übernehmen, und wenn auch Rußland auf Oesterreichs Seite stand, Frankreich lau und träge blieb, die Wirkung dieses Schrittes war doch nicht verloren. Oesterreich und Karl Theodor wußten nichts Besseres zu thun, als den Tauschplan so plump und ungeschickt abzuleugnen, wie es nur der mitten in der Arbeit ertappte Vollbringer einer verbotenen That thun konnte; die Reichsstände geriethen in Be-

wegung, selbst da wo Eifersucht und Abneigung gegen Preußen vorherrschte, setzte man sich jetzt darüber hinweg. So war es z. B. jetzt gleich anfangs kaum mehr zweifelhaft, daß auch Hannover an der neuen Verbindung gegen Oesterreich Theil nehmen würde.

Um die Mitte März war der „Entwurf einer reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten" ausgearbeitet worden, den man als Grundlage der Unterhandlung an die Höfe schicken wollte. Als Ziel war darin angegeben: „ein Bündniß zu errichten, welches zu Niemandes Beleidigung gereichen, sondern lediglich den Endzweck haben solle, die bisherige gesetzmäßige Verfassung des gesammten deutschen Reiches in seinem Wesen und Verbande, und Jedem sowohl der hierin Verbundenen, als auch jeden andern Reichsstand bei seinem rechtmäßigen Besitzstande durch alle rechtliche und mögliche Mittel zu erhalten und gegen widerrechtliche Gewalt zu schützen." Als Mittel zu diesem Endzwecke waren bezeichnet: vertrauliche Correspondenz sowohl über die allgemeinen, als über die besonderen Angelegenheiten, gemeinsame Wirkung aller Bundesglieder, um den Reichstag in Thätigkeit zu erhalten, Reform und Unabhängigkeit der obersten Reichsgerichte, Hemmung der eigenmächtigen und unnöthigen Einquartierungen oder Durchmärsche, gegenseitige Garantie, einen jeden deutschen Reichsfürsten ohne Unterschied, gegenüber allen eigenmächtigen Ansprüchen, Säcularisationen, Vertauschungen u. s. w. in seinem Besitzstande zu erhalten. Ueber die Vorbereitungen und die Mittel sollte in jedem besonderen Falle die Entschließung gefaßt werden; der Bund — so lautete die wiederholte Versicherung — sollte „zu Keines Nachtheil noch Beleidigung, sondern lediglich zur Erhaltung des alten gesetzmäßigen Reichssystems" abgeschlossen und sämmtliche Fürsten und Stände des deutschen Reiches, ohne Unterschied der Religion, demselben beizutreten eingeladen werden. Dieser Entwurf ward gegen Ende März 1785 an die Höfe versandt; in dem Begleitschreiben waren vorläufig Weimar, Gotha, Zweibrücken, Braunschweig, Mecklenburg, Baden, Anspach, Hessen und Anhalt als die wahrscheinlich zuerst beitretenden Glieder des Bundes bezeichnet.

In der That fand der Entwurf an mehreren der genannten kleinen Höfe bereitwillige Aufnahme; aber es läßt sich denken, daß Preußen vor Allem Werth darauf legte, Hannover und Sachsen für das Bündniß zu gewinnen. Der sächsische Hof schien freilich zweifelhaft; die ersten Gerüchte von dem Aufgeben des Tauschprojects wurden dort begierig ergriffen, um den Beitritt ablehnen und die beliebte Neutralität festhalten zu können. Dagegen zeigte sich Hannover nicht ungünstig gestimmt. Die ersten Lebenszeichen von dort waren zwar zurückhaltend, und Georg III. wünschte namenlich seine Stellung als britischer Monarch von der des deutschen Kurfürsten genau getrennt zu sehen, allein er wies doch jeden Entwurf eines Ländertausches auf's Bestimmteste zurück und zeigte sich im Allgemeinen nicht abgeneigt, mit Preußen und Sachsen ein Einverständniß zur Abwehr solcher Projecte einzugehen. Ueber

die Form des Bundesvertrags hatte Hannover eine abweichende Meinung, es schien ihm am besten, denselben ganz allgemein zu fassen und gegen Niemanden namentlich zu richten, überhaupt nicht zu viele Objecte hineinzuverflechten. Auch wollte es ihm nicht zusagen, daß die Verhandlung bei vielen der kleinen Höfe zugleich begonnen ward; waren die drei protestantischen Kurhöfe einmal einig, so müßten nach seiner Ansicht die andern von selbst nachfolgen. Indessen alle diese einzelnen Bedenken wogen doch nicht so schwer, wie die für Preußen erfreuliche Thatsache, daß Hannover nicht nur den ernsten Willen hatte, dem Bunde beizutreten, sondern daß es auch bereit war, in Dresden für die Union thätig zu sein. Wenn es allmälig gelang, die Neutralitätsneigungen des sächsischen Hofes zu überwinden, so ist das hauptsächlich den Bemühungen Hannovers zu danken gewesen.

Nun ließ sich auch Oesterreich vernehmen. Ein Circularschreiben, das Fürst Kaunitz (13. April) an die Gesandten im Reiche erließ, bezeichnete den Entwurf des preußischen Bündnisses als darauf berechnet, „des Kaisers Majestät als den Gegenstand der gemeinsamen Sorge, des gemeinsamen Argwohns, Mißtrauens und Hasses darzustellen; man wollte damit allen übrigen Reichsständen die Ehre erweisen, sie jener Animosität gegen das Reichsoberhaupt, die von jeher die Triebfeder der preußischen Politik gewesen, allgemein für fähig zu halten, und sie bewegen, gleichsam als neue Romanenritter gegen vorgespiegelte Abenteuer, die außer dem Munde des Verleumders sonst nie und nirgends existirt haben und nie existiren werden, sich zu verbinden und auf die Fahrt zu gehen." Zugleich war die österreichische Diplomatie in Dresden, Stuttgart, Karlsruhe, Hannover bemüht, dem Bunde entgegenzuwirken; sie hatte dabei die Stirne, „heilig zu versichern", daß der Kaiser an die vorgeblichen Säcularisations- und Tauschplane niemals gedacht habe.

Diese Schritte, wie das nachher versuchte Bemühen, die Höfe einzeln abwendig zu machen, waren verfehlt und trugen in ihrer Form vielleicht nur dazu bei, das preußische Project zu fördern. Der Tauschplan hatte nun einmal das Mißtrauen fast aller Höfe geweckt, man glaubte nicht an die österreichischen Ableugnungen, und man hatte ein Recht dazu. Hannover war gewonnen, Sachsen stand auf dem Punkte, ins Lager der Union überzugehen. Drum war auch Friedrich II. durch das Verhalten Oesterreichs innerlich befriedigt; wir haben Alles gewonnen — schrieb er am 7. Juni — sobald unser Bund den Kaiser mit Unruhe und Besorgniß erfüllt. Zwar fing auch Rußland an sich zu regen und im Sinne Oesterreichs zu beschwichtigen, aber die Art seiner Mitwirkung verschlimmerte die Lage der kaiserlichen Politik. Denn während die österreichischen Diplomaten „heilig" versicherten, Kaiser Joseph habe nie an Tauschprojecte gedacht, gestanden die russischen Unterhändler den Tauschplan offen ein und meinten, da ja das ein freiwilliges Abkommen zwischen dem Kaiser und Pfalzbaiern sei, werde die Reichsverfassung dadurch nicht alterirt werden. Empfindlicher konnte die Taktik des Ableug-

nens nicht Lügen gestraft, wirksamer das Mißtrauen der Reichsstände nicht geweckt werden. Auf die Haltung Hannovers und Sachsens namentlich war der Eindruck dieser verfehlten Schritte unverkennbar.

Noch waren freilich nicht alle Schwierigkeiten geebnet. In Cassel regten sich Bedenken wegen eines engeren Anschlusses der hessischen Kriegsmacht an die preußische; in Hannover hatte man über die Art der Verhandlung eine andere Ansicht, als das Berliner Cabinet. Doch kam man endlich, durch Nachgeben von beiden Seiten, dahin überein, daß die Verhandlung in Berlin gepflogen werden solle und zwar durch Bevollmächtigte, die ihre Instructionen von den einzelnen Regierungen empfingen. Am 24. Juni traf der hannoversche Geheime Rath Beulwitz in der preußischen Hauptstadt ein, um mit Hertzberg und dem Grafen Zinzendorf, dem Vertreter Sachsens, die Conferenzen zu eröffnen. Der Auftrag des hannoverschen Bevollmächtigten ging dahin, zunächst die drei Kurhöfe zu einem Bündniß zu vereinigen, aus dessen Acte möglichst alles ferngehalten und in geheime Artikel verwiesen würde, was den besonderen Zweck der Abwehr gegen Oesterreich und die Mittel des Widerstandes betraf. In seinen Instructionen war daher großer Nachdruck darauf gelegt, daß die Verabredungen in eine Hauptconvention, in einen Separatartikel und in geheime Artikel getheilt und wo möglich die hannoverschen Entwürfe der Verhandlung zu Grunde gelegt würden.

Die Verhandlung begann am 29. Juni und ward vorzugsweise zwischen Hertzberg und Beulwitz gepflogen; Graf Zinzendorf spielte eine ziemlich unbedeutende Rolle. Von Hertzbergs Talenten und Kenntnissen sprach Beulwitz mit großer Achtung, beklagte indessen theils die Ueberraschungen seines lebhaften Geistes und seine aufbrausende Heftigkeit, theils seine Art und Weise, mit dem deutschen Staatsrecht umzugehen. Dem in den Formen der alten Reichsjurisprudenz wohlgeschulten hannoverschen Minister verursachte es wohl ein leichtes Entsetzen, wenn er sah, wie brüsk und kurz angebunden Hertzberg die Formen der bestehenden Reichsverfassung behandelte. Doch gelang es der Zähigkeit des Hannoveraners, dem raschen Hertzberg manchen Vorsprung abzugewinnen. Die Verhandlung begann mit der Vorfrage, ob der preußische oder der hannoversche Entwurf zu Grunde gelegt werden sollte; da König Friedrich, um die Sache zum Abschluß zu bringen, auf alle Formen wenig Nachdruck legte, so gelang es Beulwitz, wenn auch zum unverkennbaren Verdrusse Hertzbergs, seinen Willen durchzusetzen.

Die Nachgiebigkeit trug indessen ihre Früchte; indem man den hannoverschen Entwurf zu Grunde legte, kam man gleich in den ersten Conferenzen vom 29. und 30. Juni über einen großen Theil der Bundesacte ins Reine; die ersten 7 Artikel des für die Oeffentlichkeit bestimmten Vertrags wurden bis auf die Einschaltungen einiger Worte, in denen sich theils Sachsens Vorsicht, theils Preußens Entschiedenheit ausprägte, unverändert nach diesem Entwurfe angenommen. Erst bei dem achten Artikel gingen die Mei-

nungen ernstlich auseinander. Preußen wollte hier einen Satz aufgenommen wissen, der davon sprach, kein deutscher Reichsstand dürfe sich „willkürliche Vertauschungsanträge alterblicher Lande aufdringen" lassen, während Hannover darin eine allzu deutlich betonte Anspielung auf Joseph II. erblickte und die Besorgniß aussprach, es möchte dadurch der Beitritt mancher Reichsstände gehindert werden. Seiner Ansicht nach genügte die Bestimmung, jeder Reichsstand solle in dem Gebrauche seiner Stimmfreiheit und dem Besitze seiner Lande und Leute gegen widerrechtliche Ansprüche und willkürliche Zumuthungen geschützt werden. Fast schien sich daran der ganze Plan zerschlagen zu wollen, bis es nach drei Tagen dem hannoverschen Bevollmächtigten auch hier gelang, Hertzberg zur Nachgiebigkeit zu bewegen und durch einige harmlose Redactionsänderungen zu beruhigen. Besser glückte es Preußen, bei den geheimen Artikeln seinen Ansichten Geltung zu verschaffen. Hier wurde theils die Fassung vielfach im Sinne Preußens verstärkt, theils — wie in dem geheimsten Artikel — der hannoversche Entwurf wesentlich nach den preußischen Anträgen verändert.*) Ein Separatartikel, welcher das Rangverhältniß der kurfürstlichen Gesandten gegenüber dem Vertreter Oesterreichs auf dem Reichstage betraf, blieb auf Preußens Vorschlag weg; ein anderer geheimer Artikel, welcher gegen das Bemühen Oesterreichs, seine Prinzen in den geistlichen Stiftern unterzubringen, gerichtet war, fand bei Sachsen Bedenken und wurde deshalb in eine Specialconvention Preußens und Hannovers umgestaltet.

Man sieht, es kostete selbst einem Manne, wie Friedrich II., Mühe genug, auch nur bei zwei der deutschen Reichsstände die Bedenken des Particularismus zu überwinden; aber er kam doch durch seine Raschheit, wie durch seine kluge Nachgiebigkeit zum Ziele. Ihm mußte gegenüber von Oesterreich das Factum, daß der Bund abgeschlossen war, die Hauptsache sein; es kam

---

*) Dahin gehören namentlich in dem (zweiten) geheimen Artikel (bei Schmidt S. 305.) der gesperrt gedruckte Zusatz: „dem von dem gesammten Reiche und andern deutschen Mächten garantirten Teschenschen Frieden"; dann die Einschaltung: „sondern über kurz oder lang wieder vorgenommen werden möchte", ebenso die Worte: „noch solche geschehen lassen", und „mit allen Kräften", dann der Satz: „wegen der dagegen zu ergreifenden kräftigen und thätigen Maßregeln", ferner die Worte: „solche mit möglichster und vereinigter Wirksamkeit ausführen zu wollen", ebenso das Wort „Zergliederungen". Alle diese Einschaltungen und noch einige weniger bedeutende wurden nach preußischem Antrag angenommen. Ebenso hatte der „geheimste Artikel" ein überwiegend preußisches Gepräge. Dort wurde insbesondere, wo es sich vom Angriffe auf das Land der Verbündeten handelte, der hannoversche Zusatz „in dem deutschen Reichsverbande begriffenen Landen" nach Preußens Wunsch gestrichen, dagegen, wo von der Hülfeleistung die Rede war, die Clausel aufgenommen: „insofern es die Beschützung der eigenen Grenzen und das davon zugleich abhangende gemeinsame Wohl der übrigen verbundenen Mächte gestattet."

dann nicht soviel darauf an, wie im Einzelnen die Bestimmungen gefaßt waren. So sah denn auch Friedrich die Differenzen als unbedenklich an; sie waren ihm nichts als Bagatellen, wenn nur der Hauptzweck erreicht ward. Noch während der Unterhandlung hatte es einmal geschienen, als sollte alle Arbeit vergeblich sein. Der sächsische Gesandte hatte nach den ersten Sitzungen neue Instructionen von Dresden verlangt, und darüber waren die Verhandlungen auf einige Tage ausgesetzt worden; aber es verging eine, es verging eine zweite Woche und der Dresdener Hof gab kein Lebenszeichen von sich. Nahm man hinzu, daß die österreichisch-russische Gegenwirkung gerade jetzt eine besondere Rührigkeit entfaltete, und halb drohend, halb schmeichelnd ein Fürstenbund unter Josephs II. Aegide herumgeboten ward, so war es sehr natürlich, daß die preußischen Minister höchst unruhig wurden und der Besorgniß nachgaben, Sachsen werde noch im letzten Augenblick ins entgegengesetzte Lager entwischen. Doch war der Verdacht diesmal ungegründet; Sachsen gab auf die österreichischen Anmuthungen einen sehr unverblümt ablehnenden Bescheid, und am 16. Juli waren endlich auch die ersehnten Instructionen eingetroffen. Diese Festigkeit machte in Berlin einen sehr guten Eindruck; man war nun zu jedem kleinen Opfer bereit, um den Abschluß zu beschleunigen. Sachsen hatte noch verschiedene Wünsche, auf deren Erfüllung bereitwillig eingegangen ward; außer einigen unbedeutenden Punkten, welche die Fassung des Vertrages angingen, legte es einmal darauf einen Werth, daß die Ausschließung der österreichischen Prinzen von den geistlichen Stiftern aus der Bundesakte wegblieb, und dann sah es gern seiner natürlichen Neigung zur Neutralität noch eine kleine Hinterthür geöffnet. In beiden Fragen kam Preußen den sächsischen Wünschen entgegen. So war denn gleich nach dem Eintreffen der Instructionen von Dresden die Verständigung erfolgt; schon am 17. Juli waren die letzten Bedenken weggeräumt und in den nächsten Tagen der förmliche Abschluß vollzogen. Am 23. Juli erfolgte die Unterzeichnung; in den ersten Tagen des August verließen die Minister Hannovers und Sachsens Berlin. König Friedrich bezeigte sich namentlich gegen Beulwitz sehr gnädig. Er wünsche, äußerte er, daß die jetzigen deutschen Fürsten ihren Nachfolgern ihre Lande und Besitzungen wieder ebenso und in der Verfassung überlassen möchten, als sie solche von ihren Vorfahren erhalten hätten. Man müsse sich in keinen fremden Krieg mischen, sondern nur Deutschland, dessen Lande und Verfassung im jetzigen Zustande zu erhalten suchen und weder die Ländervertauschungen noch die Säcularisation der Bisthümer geschehen lassen. „Ich bin nun ein alter Mensch, waren die Worte des Königs, und weiß gewiß, daß ich diese meine Gesinnungen niemals mehr ändern werde.“ .. „Ich werde mich, fügte er gegen Beulwitz hinzu, Ihres Namens immer mit vielem Pläsir erinnern, nicht nur Ihres Namens, sondern auch Ihrer Person und Meriten.“

Der „Associationstractat“, den die drei Kurfürsten am 23. Juli abge-

schlossen, zerfiel in eine Reihe einzelner Abtheilungen. In dem öffentlichen Vertrage, der aus eilf Artikeln bestand, vereinigten sich die Verbündeten zur Aufrechterhaltung des Reichssystems nach den bestehenden Gesetzen, versprachen einträchtiges Zusammenwirken auf dem Reichstage, Abwehr von Neuerungen und Willkürlichkeiten, Schutz der Reichsgerichte zur Handhabung einer unparteiischen und unbefangenen Rechtspflege, Erhaltung der Reichskreise in ihren Rechten, überhaupt Wahrung eines jeden einzelnen Reichsstandes in seinem Stimmrecht, seiner Besitzungen gegen jede willkürliche Zumuthung. Dazu sollten alle verfassungsmäßigen Mittel angewandt, Widerspruch und Gegenvorstellungen, Aufforderung der Reichsversammlung, Abmahnung vom gesammten Reiche versucht werden, und wenn dies nicht zureiche, so werde man sich „über die etwa zu ergreifenden weiteren reichsverfassungsmäßigen kräftigen und wirksamen Maßregeln und Mittel" näher unter einander zu verständigen suchen. Da dieser Bund nur die Erhaltung der bestehenden Reichsverfassung bezwecke, so sollten alle anderen gleichgesinnten patriotischen Stände, ohne Unterschied der Religion, zum Beitritt eingeladen und aufgenommen werden.

Der öffentlichen Acte folgten zwei geheime Artikel; in dem einen waren die zum Beitritt einzuladenden Fürsten genannt; der andere enthielt die bestimmte Verpflichtung, dem beabsichtigten Ländertausch, sowie jedem ähnlichen Projecte, allen Säcularisationen und Zergliederungen mit kräftigen und thätigen Maßregeln entgegenzutreten, und zwar hatte es Preußen durchgesetzt, daß die bedenkliche Clausel wegfiel, wonach es scheinen konnte, als werde man den Ländertausch nur dann hindern, wenn sich die Betheiligten nicht freiwillig fügten. Der „geheimste Artikel" setzte dann fest, daß für den Fall solche Schritte drohten und alle gutwilligen Vorstellungen erfolglos seien, die Verbündeten binnen zwei oder höchstens drei Monaten sich mit gewaffneter Hand zu Hülfe kommen würden; als Hülfscontingent für jeden der drei verbundenen Fürsten waren 15,000 Mann festgesetzt. Diesem Allem schlossen sich noch die Separatartikel an, in welchen, für den Fall einer römischen Königswahl, der Abfassung einer Wahlcapitulation oder der Errichtung einer neuen Kurwürde, die Verbündeten sich zu verständigen und gemeinsam zu handeln versprachen.

Friedrich II. war sehr zufrieden mit dem glücklichen Abschluß; er bemerkte mit Genugthuung, daß schon der Anfang des Bundes auf Oesterreich einen unverkennbaren Eindruck mache. „Ich fange an zu vermuthen, äußerte er richtig über Joseph, daß dieser Fürst sehr inconsequent ist und, sobald er ernstliche Hindernisse sieht, seine Projecte gleich fallen läßt." Noch gab freilich Oesterreich seine Sache nicht verloren; gerade in diesem Augenblicke des Abschlusses wurde wieder die hannoversche Regierung — allerdings ohne Erfolg — mit russischen und österreichischen Noten bestürmt. Indessen hatte die Sache des Bundes, geringe Hemmungen abgerechnet, ihren Fortgang. Die verabredeten Erklärungen an die Mitstände und an die auswärtigen Mächte

wurden versandt, die Ratification am 21. August vollzogen und die diplomatischen Bemühungen um den Beitritt der einzelnen Staaten inzwischen mit regem Eifer begonnen.

Die Erklärungen an die auswärtigen Mächte — im Wesentlichen übereinstimmend mit dem Circular an die Mitstände — erörterten ausführlich das österreichische Tauschproject, dessen rechtliche Unzulässigkeit und die Gefahren für das europäische und deutsche Gleichgewicht, die darin lägen. Die Vorwürfe der österreichischen Minister wurden zurückgewiesen und die Versicherung wiederholt, daß der Bund gegen Niemanden offensiv sei, in keiner Weise der Würde und den Rechten des Kaisers zu nahe treten wolle, sondern lediglich die Erhaltung der reichsverfassungsmäßigen Ordnung bezwecke.

Von den auswärtigen Staaten waren es namentlich Rußland und Frankreich, deren Haltung von allgemeinerem Interesse war. Daß Rußland den Bund mit Widerwillen sah, ist nach dem, was vorausging, nicht auffallend; seine diplomatische Antwort legt auch den Unmuth über den Abschluß des Vertrags in sehr unverblümter Weise an den Tag. Frankreich schien seiner diplomatischen Haltung nach günstiger gestimmt; allein es stellte sich bald heraus, daß auch dort der Bund mit Mißtrauen angesehen und, im Widerspruch mit den officiellen Erklärungen, bei einzelnen Fürsten gegen den Beitritt gewirkt ward. Frankreich suchte einer Idee Eingang zu verschaffen, die allerdings den französischen Interessen besser entsprach: einem Bunde zwischen Sachsen, Hannover, Baiern u. s. w. gegenüber den beiden Großstaaten Oesterreich und Preußen. Die seit Jahrhunderten mit der französischen Staatskunst eng verwachsene Tendenz der späteren Rheinbundspolitik machte sich also auch bei diesem Anlasse geltend. Im Ganzen tritt die eine bemerkenswerthe Wahrnehmung hervor, daß das Ausland in dem Fürstenbunde etwas sah, was höchstens mit der Zeit daraus werden konnte: ein engeres Zusammenschließen der deutschen Länder unter preußischer Leitung, wodurch der fremden Intervention im Reiche kein Raum mehr blieb. Das Ausland that durch seine Besorgnisse dem Bunde zu viel Ehre an. Wohl mochte Friedrich an die Weiterbildung des Bundes in jenem Sinne denken, zunächst war er aber nichts weiter, als ein Act der Abwehr von Seiten der landesherrlichen Selbständigkeit, und dieselben particularen Interessen, die ihn hatten entstehen lassen, konnten ihn auch rasch wieder lösen. Der Bund war so wenig gegen Frankreich und dessen Einfluß gerichtet, daß einer der wärmsten Anhänger der Politik, die den Fürstenbund geschaffen,*) vielmehr das offene Bekenntniß ablegt: es sei für das Gleichgewicht von äußerstem Interesse, daß Frankreichs Macht gegen Oesterreich nicht geschwächt werde, Oesterreich vielmehr seine verwundbare Seite und Frankreich seine Verbündeten im deutschen Reiche behalte, damit bei einem künftigen Kampf die französischen Heere ohne Wi-

*) Dohm, Denkwürd. III. 251.

derstand ins Herz der österreichischen Monarchie eindringen könnten — just so, wie es nachher in den Jahren 1796 und 1800 gedroht hat, 1805 und 1809 geschehen ist!

Inzwischen waren im Laufe des Jahres 1785 und in den ersten Monaten des nächsten Jahres dem Bunde beigetreten: Sachsen-Weimar und Gotha, Zweibrücken, Kurmainz, Braunschweig, Baden, Hessen-Cassel, die anhaltschen Fürsten, der Herzog von York, als Bischof von Osnabrück, der Markgraf von Anspach und die pfälzischen Agnaten; spätere Beitritte nach Friedrichs II. Tode erfolgten von den beiden Mecklenburg und dem Mainzer Coadjutor. Natürlich waren die Kleinen und Wehrlosen die ersten, die sich zudrängten; bei denen, die schon eine gewisse militärische Selbständigkeit besaßen und durch ihre geographische Lage für Preußen und den Bund besonders bedeutend waren, dauerte es länger; so namentlich bei Hessen-Cassel, das nur sehr schwer auf den Gedanken verzichtete, eigene Politik zu machen, und auch, als es beitrat, nicht unterließ, von Preußen die Mitwirkung zur Erlangung einer neuen Kurwürde zu fordern. Von hoher Bedeutung schien der Beitritt von Mainz; derselbe löste die Verbindung auf, welche bisher aus politischen und kirchlichen Motiven zwischen dem Kaiser und den geistlichen Kurstaaten bestand. Allerdings war der Kurfürst persönlich mit dem Wiener Hofe überworfen und von den landesfürstlichen Besorgnissen gegen Josephs II. Politik so lebhaft durchdrungen, daß er bereits im April 1785 in Berlin angefragt, ob, im Falle kriegerischer Unruhen im Reiche, auf Hülfe gegen Oesterreich zu zählen sei; aber es bedurfte doch einer geschickten und umsichtigen Leitung, um diesen plötzlichen Uebergang in eine neue Politik zu vermitteln. Ein Unterhändler an einem geistlichen Hofe befand sich auf einem schlüpfrigen Boden; es waren da so viele kleine persönliche Interessen und Eitelkeiten zu beachten; der Kurfürst selbst mußte für die Idee gewonnen, die Räthe, Günstlinge und Weiber, die an dem Hofe eine Rolle spielten, in der Antipathie gegen Oesterreich bestärkt und dazu bekehrt werden.*) In dieser nicht gar leichten und einfachen Mission hat der damals 27jährige Freiherr Karl vom Stein, der spätere Wiederhersteller der deutschen Unabhängigkeit, seine politische Erstlingsarbeit gethan; seit Juli 1785 befand er sich am kurfürstlichen Hofe, wußte den wiederholten Versuchen der österreichischen Diplomatie mit Erfolg entgegenzuwirken und den Zutritt des Kurfürsten zu dem Bunde zu erlangen (October). Friedrich II. war über diesen Beitritt besonders erfreut; er sah dadurch die Aussicht eröffnet, die Mehrheit des Kurfürstencollegiums in seinem Sinne leiten und weiteren Entwürfen Josephs dort entgegentreten zu können. Das Uebergewicht der Stimmen im Kurcollegium, schrieb er, ist eine unübersteigbare Grenze gegen die Plane des Kaisers, eine römische Königswahl vorzunehmen und eine neunte Kur zu errichten.

---

*) Eine treffende Zeichnung dieses Hofes s. in Pertz, Leben Steins I. 41 ff.

Dagegen scheiterte der Versuch, Hessen-Darmstadt zum Beitritt zu bewegen; theils Abhängigkeit von Oesterreich, die durch die verworrene Finanzwirthschaft herbeigeführt war, theils französische Einflüsterungen wirkten da zusammen. Auch die Bischöfe von Eichstädt und Würzburg-Bamberg blieben neutral, wenn gleich im Allgemeinen die geistlichen Reichsstände, bei aller Scheu, sich unter die Leitung des ersten protestantischen Reichsfürsten zu begeben, das Bündniß nicht ungern sehen mochten.*)

Die Meinungen über den Werth des Bündnisses gingen schon damals vielfach auseinander, wie sich dies theils in den diplomatischen Streitschriften, theils in den publicistischen Arbeiten der Zeit kundgab. Im Ganzen war es nicht allzuschwer, die Politik Preußens und des Fürstenbundes vom Boden der bestehenden Reichsverfassung aus zu vertheidigen, zumal wenn ein Dohm gegen den Verfasser des „deutschen Hausvaters", Freiherrn O. v. Gemmingen, für Preußen die Feder führte. Aber über den Werth des Bundes war man nicht einmal in Preußen selbst übereinstimmender Ansicht. Der Bruder des Königs, Prinz Heinrich, der französischen Allianz geneigt, sah in dem Bündnisse ein Hinderniß engerer Verbindung mit Frankreich; der erste Cabinetsminister, Graf von Finkenstein, galt ebenfalls nicht für einen Bewunderer des Fürstenbundes, und Hertzberg, mehr vom König dazu gedrängt, als aus eigenem Antrieb für den Abschluß thätig, trug sich lange Zeit mit der wunderlichen Idee, der Nachfolger sei geeigneter den Bund zu Stande zu bringen, als der große König selber. Ein angesehener preußischer Diplomat sah eine Last für Preußen darin, daß es alle die Kleinen und Schwachen schützen und für jede Bagatelle seine Macht einsetzen solle, während doch außer Hannover, Sachsen und Hessen alle übrigen Reichsstände bei ihrer kläglichen Verfassung Preußen nichts nützen könnten und auch selbst bei ihrer eigenen politischen Kannegießerei nicht einmal von gutem Willen zu sein pflegten.**) Nur Friedrich hatte die Sache mit dem lebhaftesten Eifer betrieben und rühmte sich, daß er die patriotische Pflicht erfüllt, „sein Vaterland in den Rechten und Pflichten zu erhalten, worin er es beim Eintritt in die Welt gefunden hatte."

Auch die spätere Zeit hat vielfach abweichende Urtheile gefällt; zum Theil allzu günstige, weil sie in den Bund Wünsche und Bedürfnisse hineindeutete, die ihm fremd waren; zum Theil zu unbillige, weil sie auf das Gelingen der josephischen Entwürfe größere Erwartungen baute, als dieselben erfüllen konnten. Man sollte auf keiner Seite vergessen, daß der Bund zunächst be-

*) Dohm, Denkwürd. III. 103. 104.

**) Aus einer handschriftl. Correspondenz des Grafen Goltz mit Hertzberg.

stimmt war, den bairischen Ländertausch und ähnliche Uebergriffe des Kaisers zu hindern, und diesen Zweck hat er erreicht. Weitere Ziele hatte diese fürstliche Allianz für die meisten Mitglieder nicht; das Bedürfniß des Augenblickes hatte sie geschaffen und konnte sie ebenso wieder lösen. Im Interesse des „Gleichgewichts" geschlossen, konnte z. B. das Bündniß in keinem Falle die Absicht haben, dies Gleichgewicht zu Gunsten Preußens zu verändern und die landesherrliche Selbständigkeit, deren eifersüchtiger Bewahrung es seinen Ursprung verdankte, etwa einer preußischen Oberherrlichkeit unterzuordnen. Wer die Schwierigkeiten bei dem Abschlusse, die ängstliche Sorge der Einzelnen um ihre Sonderstellung im Auge behielt, der durfte kaum erwarten, daß die Allianz allenfalls die Grundlage eines preußisch-kaiserlichen Einflusses in Deutschland werden konnte. Preußen mußte mit dem moralischen Erfolge zufrieden sein: die Stellung des österreichischen Kaiserthums im Reiche erschüttert, dessen älteste Allianzen gelockert und sich selber aus der Rolle eines rebellischen, mit der Achtung bedrohten Reichsfürsten in die Stellung eines Schirmherrn der deutschen Reichsverfassung emporgehoben zu sehen. Gleich der erste Versuch, eine materielle Machtvergrößerung zu gewinnen, durch Abschluß von Militärconventionen mit Braunschweig und Hessen-Cassel, scheiterte; die beiden Verbündeten wollten ihre Contingente nicht unter Preußen stellen lassen, damit, wie der Herzog von Braunschweig sich äußerte, es nicht den Anschein gewinne, als sei der Bund nur ein Werkzeug Preußens.

Auf der anderen Seite haben manche Geschichtschreiber in dem bairischen Ländertausch das Mittel nicht etwa nur einer Arrondirung Oesterreichs, sondern einer einigeren Organisation Deutschlands überhaupt erblicken wollen; sie haben laute Klagen gegen diejenigen erhoben, die das gehässige Project, seine theils schleichenden, theils gewaltsamen Mittel rechtzeitig durchkreuzten. Sie priesen den deutschen Sinn Josephs II., seine Rathgeber und Helfer, unter denen doch die Lehrbachs und Romanzoffs die erste Stelle einnahmen, gegenüber dem engherzigen Particularismus Preußens und der zweibrücker Pfalzgrafen. Es scheint uns, als entspräche jenes Lob so wenig wie dieser Tadel den Verhältnissen, wie sie in Wirklichkeit waren. Wurde etwa mit der Einschmelzung Baierns die Einigung Deutschlands erreicht oder auch nur gefördert? Was war wohl die nächste Folge des Ländertausches, wenn er gelang? Oesterreich war dann ohne Zweifel im Stande, seine Abrundungsplane gegen Fürsten, Stifter und Städte in Süddeutschland mit allem Nachdruck zu verfolgen, Preußen seinerseits darauf angewiesen, dasselbe im Norden zu versuchen. Es gab Staatsmänner und einflußreiche Personen genug in Preußen — man rechnete den Prinzen Heinrich und selbst einzelne Minister Friedrichs dahin — die offen dazu riethen, diesen Weg einzuschlagen: man solle Oesterreich sich im Süden ausbreiten lassen, während Preußen das Gleiche im Norden thue. Der Dualismus in Deutschland bildete sich dann in seiner schroffsten Gestalt aus, und dieselbe Scheidung der politischen Interessen und

Bestrebungen, die bis jetzt Preußen und Oesterreich aus einander gehalten, dauerte in höherem Maße fort. Die preußische Militärmonarchie absorbirte die eine, der österreichische Absolutismus die andere Hälfte von Deutschland; es erfolgte eine wirkliche Theilung, und aus dem Allem, was an Volksart, Bildung, Religion den Norden und Süden an sich schon vielfach schied, wurden nun unvermittelte Gegensätze ohne Annäherung und Ausgleichung. Preußen suchte seine Alliirten wahrscheinlich unter den westlichen Staaten, Oesterreich schloß sich an Rußland an. Das Gelingen des Planes förderte also die Einheit nicht, sondern vollendete nur die Halbirung. Die trübsten Abschnitte der nächstfolgenden Geschichte, die Zeit des Baseler Friedens, der Demarcationslinie, die Hinneigung Preußens zu Frankreich, während Oesterreich gegen die Franzosen in Waffen stand — das Alles wäre uns wohl auf diesem Wege ebenso wenig erspart worden, wie auf dem andern. Die föderativen Bestandtheile der deutschen Reichsverfassung wurden dadurch gründlich zerstört und doch die einheitlichen nichts weniger als gefördert.

Wir haben früher schon auf die Seite des Fürstenbundes hingedeutet, die uns als die am meisten charakteristische erscheint. Als natürliche Folge des westfälischen Friedens und in gewissem Sinne als der letzte Versuch, die zu Münster und Osnabrück festgestellte Ordnung der deutschen Angelegenheiten auch für die Zukunft zu sichern, hat er eine unläugbare Bedeutung für die Geschichte der deutschen Staatsentwicklung. Namentlich ist es von Interesse, in dem Werke selbst und in der Beurtheilung der Zeitgenossen die Ansichten zu erkennen, welche kurz vor dem Ausbruch der weltgeschichtlichen Katastrophe von 1789 die Fürsten, Staatsmänner und Publicisten über die Reichsverfassung und deren Lebensbedingungen gehegt haben. Deutschland erschien ihnen als eine locker verbundene Föderation; die Erinnerungen der alten Königs- und Kaisergewalt waren ihnen ebenso fremd, wie die später auftauchenden politischen Begehren nach einer strafferen Staatseinheit. Für sie bestanden nur die Verträge von 1648 mit ihrem Schattenkaiserthum, ihrer Territorialselbständigkeit, ihrem bis zum Unvernünftigen ausgebildeten Individualismus der Gewalten, ihren auswärtigen Garanten dieser Verfassung. Würde es heutzutage die politischen Anschauungen aller gewissenhaften Männer in der Nation verletzen, wenn man die fremde Intervention in unsere heimischen Dinge aufböte, so lag innerhalb des Kreises von Ansichten, wie sie die Entwickelung seit 1648 geboren, darin nichts Anstößiges. „Frankreich, sagt Johannes Müller in seiner Schrift über den Fürstenbund,*) hat dringende Interessen, daß Baiern bleibe, wie es ist. Die Operationslinie von Wien bis an den Rhein beträgt über zweihundert Stunden und läuft sechs Zehntheile des Weges über fremden, bairischen oder schwäbischen Boden. Wenn

*) Sämmtl. Werke Bd. XXIV. S. 187 f.

der König als Gewährleister des westfälischen Friedens erscheinen müßte, so könnten Schwaben und Baiern ihm Alles erleichtern, allenthalben auf die österreichische Linie agiren, von der Grenze des Königreiches allen Angriff entfernen, hingegen die Waffen des Beschirmers der germanischen Freiheit in das Herz der Erblande fördern. Dieses Alles ohne sehr große Mühe; das Land ist sehr durchschnitten, voll Berge, überall Pässe, das Volk zu solchem Kriege desto geschickter, da es die Eigenschaften hat, welche den Franzosen fehlen, so daß der Krieg des Königs in Actionen aller Art, in lebhaftem Angriff und in beharrlichem Treffen, durch seine tapfere Nation und durch solche Hülfstruppen auf's Herrlichste vollbracht werden könnte. Viel anders, wenn die Grenze der österreichischen Monarchie fünfzig Stunden vorwärts kommt, und nach und nach die vorderen Lande mit ihr zusammenhängend werden, wenn Baiern gehorcht, Schwaben zittert, wenn die Operationslinie sicher, alle Pässe besetzt sind, und gern oder ungern, Land und Volk für Oesterreich streitet!" Oder wem das Wort eines späteren bonaparteschen Ministers vielleicht nicht vollwichtig sein sollte, der höre einen anderen Staatsmann, dessen Bildung und Gesinnung ihn den Besten seiner Zeit an die Seite stellt. „Daß Frankreichs Macht — sagt Dohm*) — gegen Oesterreich nicht zu sehr geschwächt werde, ist für das Gleichgewicht von Europa von äußerster Wichtigkeit. Allen Mächten desselben muß daran gelegen sein, daß Oesterreich seine schwache Seite durch den Besitz der Niederlande nicht verliere und durch den Erwerb von Baiern nicht Frankreich auf immer außer Stand setze, im deutschen Reiche Alliirte zu haben und, wenn unter diesen, wie natürlich, der Regent von Baiern sich befindet, durch den Besitz der Donau bis ins Herz der österreichischen Staaten vorzudringen."

Man mag an solchen Aeußerungen, deren sich viele zusammenstellen ließen, erkennen, welch eine Umwandlung in den allgemeinen Anschauungen seitdem vor sich gegangen ist. Nicht als wenn solche Meinungen heute außer dem Bereiche der Möglichkeit lägen, allein selbst die verrannteste Rheinbundspolitik würde sie so aufrichtig nicht mehr aussprechen. Wir sind dieser Anschauungsweise entwachsen; damals war sie die herrschende und nach ihr wurde auch der Fürstenbund beurtheilt. Indem derselbe bestimmt war, jede Störung des „Gleichgewichts", wie es 1648 aufgerichtet worden, zu hindern, verstand es sich von selbst, daß auch die Einmischung der auswärtigen Bürgen im Nothfalle angerufen werden konnte, und es lag allerdings ein gewisser Trost darin, daß der Zweck diesmal mit deutschen Mitteln erreicht und die fremde Intervention vermieden war. Insofern konnten sich seine Gründer sogar einer deutschen That mit Recht rühmen; denn besser immer, die Fürstenrepublik von 1648 wurde mit eigenen Kräften aufrecht erhalten, als mit franzö-

*) Denkwürd. III. 251.

sischen Diplomaten und Bajonneten! Daß dieser Zustand die „deutsche Freiheit" sei, daß diese bunte Zusammenfügung territorialer Gewalten ein der Pflege und Erhaltung werthes Ganze bilde, dessen Fortdauer nicht nur von dem überlieferten geschichtlichen Recht, sondern auch von einer gesunden und richtigen Politik geboten werde — das waren nun einmal die gültigen Vorstellungen selbst bei Solchen, die, wie z. B. Dohm, die groben Mißbräuche und Abnormitäten der deutschen Verfassung nicht verkannten.

In diesem Sinne war der Fürstenbund einer der letzten Erfolge, welche die Territorialgewalten des alten Reiches im Geiste der Verfassung von 1648 errungen haben. Mehr sollte er nicht sein: gelang es ihm, die Gelüste kaiserlicher Restauration und habsburgischer Vergrößerungssucht abzuwehren, so war sein Zweck erfüllt.

Wohl hat man, zum Theil schon in jener Zeit, noch etwas Anderes darin erblicken wollen: den Keim einer staatlichen Bildung und innigeren Organisation der verbündeten Staaten. Freilich sind dabei die Urtheile vielfach von dem Einflusse späterer Ansichten und patriotischer Wünsche bestimmt worden. Wir können wenigstens in dem Bunde und seiner Entstehungsgeschichte nichts finden, was bei den Gründern und Theilnehmern auf solche Neigung schließen ließe. Und wie sollte auch, nur geographisch betrachtet, dieses territorial so wenig abgerundete Bündniß solche Gedanken haben verfolgen können! Oder wie konnte das ganz im Geiste territorialer Selbständigkeit geschlossene Bündniß auf eine Beschränkung dieser letzteren ausgehen! Ein solcher Gedanke, hätte er sich auch nur in der schüchternsten Einkleidung kund gegeben, mußte den Plan des Bundes im Keime ersticken. Die Vorstellungen von einer einheitlichen Leitung auf Kosten der Sondersouveränetät, die gesammtstaatlichen, bundesstaatlichen und parlamentarischen Ideen — wie sie seit den Freiheitskriegen lebendig geworden sind und binnen eines Menschenalters in der Nation so viel Terrain gewonnen haben — waren dem damaligen Geschlechte noch völlig fremd, und selbst die Wünsche, die sich auf den Reichstag und das Reichsgericht bezogen, sind eben auch nur aus der eifersüchtigen Sorge um die landesherrliche Sondersouveränetät erwachsen.

Wenn sich Forderungen geltend machten für eine weitere Ausbildung des Bundes, so waren dies patriotische Phantasien Einzelner, welche ungehört verklangen. Das Bekannteste in dieser Richtung ist die Flugschrift Johannes Müllers: „Deutschlands Erwartungen vom Fürstenbunde." Ein Jahr nachdem er (1787) sich zum Lobredner des Bundes aufgeworfen und mit lauter Stimme das Wort ergriffen für die Erhaltung der Verfassung von 1648, forderte der leichtbewegliche und wandelbare Mann die deutschen Fürsten auf, die Reorganisation Deutschlands durch den Fürstenbund zu bewirken (1788). Seine Aeußerungen haben eben nur die Bedeutung, die in seiner Persönlichkeit liegt, aber sie bieten auch zugleich den bezeichnenden

Beleg, wie hoch sich damals die Reformwünsche der am weitesten gehenden Ansicht verstiegen.

Müller hatte 1787 gemeint, die Reichsverfassung sei, wie alles Menschliche, der Besserung bedürftig, aber die besten Mittel seien in ihr selber, sowohl in ihren Formen, „die zu beseelen von der Wärme unseres Willens abhängt, als in ihrem ursprünglichen Freiheitsgeiste.“ In welcher Richtung jene Verbesserungen geschehen sollten, darüber spricht die Schrift des folgenden Jahres („Deutschlands Erwartungen“) sich aus. „Wenn die deutsche Union, meint er dort, zu nichts Besserem dienen sollte, als den gegenwärtigen Status quo der Besitzungen zu erhalten, so ist sie unter den mancherlei politischen Operationen, die in Deutschland vorgenommen wurden, wirklich die uninteressanteste; sie ist wider die ewige Ordnung Gottes und der Natur, nach der weder die physische noch moralische Welt einen Augenblick in statu quo verharren, sondern alles ein Leben ordentlicher Bewegung und Fortschreiten sein soll. — — Ohne Gesetz, ohne Justiz, ohne Sicherheit vor willkürlichen Auflagen; ungewiß unsere Söhne, unsere Ehre, unsere Freiheiten und Rechte, unser Leben einen Tag zu erhalten; die hülflose Beute der Uebermacht; ohne wohlthätigen Zusammenhang, ohne Nationalgeist zu existiren, so gut bei solchen Umständen einer mag — das ist unserer Nation status quo. Und die Union wäre da, ihn zu befestigen? Diese weltgepriesene Union reducirte sich also am Ende auf zwei Puncte: 1) zu machen, daß Baiern das Glück habe, statt Josephs II. den Herzog von Zweibrücken zum Landesvater zu bekommen; 2) wenn Kaiser Joseph mit rascher Hand, ohne zuvor ein Menschenalter hindurch über die Form zu deliberiren, einen eingewurzelten Mißbrauch hinwegreißen will, diesen Mißbrauch auf's Aeußerste zu vertheidigen, damit er doch seine 50 Jahre noch stehe und wirken möge.“ Indem Müller sich diese Seite des Fürstenbundes vor Augen hält, kann er die Sorge nicht unterdrücken: es möge der Bund, statt neue Lebenszeichen zu verrathen, „nur eben ein letzter Lebenshauch gewesen sein, wie ein ausgehendes Licht gemeiniglich noch ein Flämmchen wirft.“

Die Vorschläge zur Reform, die er macht, lassen sich in den einen Satz zusammenfassen: „endlich einmal den Machtsprung zu thun, hinaus über die jahrhundertalten Pedanterien zu ordentlichen Kammergerichtsvisitationen, einer wohleingerichteten Reichshofrathsvisitation, festen Vorschriften und einem subsidiarischen Gesetzbuch; zu einer zweckmäßigen, billigen und beständigen Wahlcapitulation, einer thätigeren Reichstagsverfassung, einer guten Reichspolizei, einer angemessenen Defensivanstalt; zu ächtem Reichszusammenhange“ — und, fügt er sanguinisch hinzu, „alsdann auch zu gemeinem Vaterlandsgeiste, damit auch wir endlich sagen dürften: wir sind eine Nation!“

Solche Hoffnungen, aus einem einzelnen erregbaren Gemüth hervorgegangen, lagen dem Fürstenbunde ebenso fern, wie es vergeblich war, an die alte Reichsverfassung Erwartungen auf eine Reform dieser Art zu knüpfen.

Es stand eine Zeit europäischer Umwälzungen bevor, deren erschütternde Macht manchen Staat und manche Staatsordnung der alten europäischen Welt aus den Angeln gehoben hat. Auch die Verfassung des h. römischen Reiches deutscher Nation war bestimmt, diesem Sturme von Westen zu erliegen; der Fürstenbund ist so wenig im Stande gewesen, diese Katastrophe abzuwenden, daß seiner in den Tagen der Krisis kaum einmal Erwähnung geschieht. Nur kümmerliche Spuren seines Daseins werden wir noch im Anfange dieser Periode der Erschütterungen wahrnehmen können.

Zweites Buch.

Vom Tode Friedrichs II. bis zum Frieden von Basel.
(1786—1795.)

Erster Abschnitt.

Oesterreich und Preußen bis zum Reichenbacher Vertrag (Juli 1790).

Der Abschluß des deutschen Fürstenbundes war der letzte politische Erfolg in Friedrichs II. ruhmreichen Regentenleben; ihn zu befestigen und auszubilden blieb ein Vermächtniß für den Nachfolger. Ein Jahr nach der Gründung des Bundes, am 17. August 1786, war die Regierung des größten deutschen Fürsten zu Ende gegangen.

Aus einem Lande von 2300 Quadratmeilen mit zwei Millionen und einigen hunderttausend Einwohnern war ein Staat von 3600 Quadratmeilen mit sechs Millionen Bewohnern geworden; das Heer, das ihm der Vater einst hinterlassen, war von 76,000 auf 200,000 Mann vermehrt, die Einkünfte von 12 Millionen Thalern beinahe auf das Doppelte gehoben,*) der Staatsschatz, aller furchtbaren Kriege ungeachtet, mit 60 bis 70 Millionen Thalern gefüllt. Der Anbau des Landes, die Thätigkeit seiner Bewohner, die Wachsamkeit und Ordnung der Verwaltung stand noch allenthalben in ebenso unbestrittenem Ansehn, wie die Heereskraft Preußens und seine diplomatische Leitung. Es genoß der Staat einen Ruf von Macht und Geschick, der im Auslande beneidet, im Lande selbst wie ein unzerstörbares Capital betrachtet ward. Schien es doch der Selbstüberhebung, die in rasch entwickelten und überzeitigten Staaten von mäßigem Umfange sich am leichtesten einstellt, beinahe hinreichend, von dieser moralischen Macht des preußischen Namens, die das Werk dreier bedeutenden Fürsten gewesen, in thatloser Selbstgenügsamkeit zu zehren.

So ward auch in Preußen nur allzu schnell vergessen, wie viel von dieser Größe durch die Persönlichkeit des Königs bedingt war. Denn nicht der

*) Auf 22 Millionen Thaler (Grundsteuer 6½ M., Zölle und Regie 5½ M., Domänen und Forsten 10 M.) gibt Preuß IV. 289 das Staatseinkommen an.

Umfang des Staates, noch seine geographische Lage und reiche natürliche Hülfsquellen hatten den Nachfolger der „**marquis de Brandenbourg**“ zum **arbitre des destinées de l'Europe** gemacht; Friedrichs Feldherrngröße, sein schöpferischer, staatsmännischer Geist, und die königlichen Tugenden einer unermüdlichen Thätigkeit und wachsamen Sorge hatten das Mißverhältniß der natürlichen Macht des Landes zu seiner äußeren Weltstellung verdeckt. Der Mechanismus hatte seine großen Mängel und war doch zugleich ein so fest zusammengefügtes Ganze, daß ohne eine großartige und weise Umgestaltung eine gründliche Abhülfe der einzelnen Schäden nicht zu denken war; die Kräfte des Staates waren auf's Aeußerste angespannt und erforderten, um auf dieser Höhe der Leistungen zu bleiben, eine zugleich so geniale und so umsichtige Leitung, wie sie von Friedrich geübt ward. Wie Hertzberg sich ausdrückte*): ein Herrscher von Preußen kennt seine Interessen zu gut, um nicht einzusehen, daß ein so mittelmäßiger und künstlich zusammengesetzter Staat sich in seiner überlegenen Stellung nicht lange behaupten könnte, wenn er nicht allezeit durch diese Energie, diese Thätigkeit und diese patriarchalische Regierung getragen würde, durch die er einen so hohen und schnellen Flug gemacht hat.

Der große König verkannte nicht das Vergängliche dieser Macht; die wohlthätigen wie die harten Maßregeln, die er nach dem siebenjährigen Kriege nahm, seine auswärtige Politik seit 1764, sein Bemühen, eine feste und natürliche Allianz zu finden, auf die Preußen sich stützen könnte, seine Unruhe und Besorgtheit über die Folgen der österreichisch-russischen Annäherung, seine aufrichtigen Eingeständnisse der bedrängten Lage, worin sich das Land nach dem Kriege befand, beweisen hinlänglich, wie wenig er geneigt war, sich in das sorglose Gefühl unerschütterlicher Macht und Größe einzuwiegen. Ueberkam ihn doch selbst bisweilen die trübe Ahnung, daß Trägheit und Hochmuth der Nachgeborenen rasch zerstören könnte, was äußerste Thatkraft und ungewöhnliche Herrschergaben mühsam aufgebaut hatten!

Wohl war Friedrich auch nach dem furchtbaren Kriege unablässig thätig gewesen, die Wunden siebenjähriger Verwüstung zu heilen. Seine Bemühungen, die Landwirthschaft zu heben, durch Urbarmachung wüster Stellen und Brüche den Wohlstand zu fördern, seine Unterstützungen an verarmte Gemeinden, seine öffentlichen Bauten, seine gesteigerte Wachsamkeit in der Verwaltung, seine Anstalten zur Hebung von Handel und Gewerbe haben in den 22 Jahren nach dem Hubertsburger Frieden wohlthuende Früchte in Menge erzielt; aber es kam auch die französische Regie, das Tabaksmonopol, die hohe Besteuerung des Kaffeegenusses, Maßregeln, deren drückende Wirkung so groß war, wie ihre Impopularität. Ein überspanntes Merkantilsystem, über dessen

*) Hertzberg, memoire sur la troisième année du regne de Fréderic Guillaume II., lu dans l'academie des Sciences, le 1. Oct. 1789.

staatswirthschaftliche Nachtheile schon den Zeitgenossen gerechte Bedenken aufstiegen, brachte die Kräfte des Landes vielfach in Stocken, die der König doch mit äußerster Rührigkeit zu wecken bemüht war. Nur sein sparsamer und sorgfältiger Haushalt, sein gerechtes Regiment und die auf allen Seiten sichtbare anspornende Macht einer aufgeklärten, fähigen und wohlwollenden Regierung vermochten einen Theil der Uebelstände zu mildern, die aus der fiskalischen Natur des Systems entsprangen. Indem er selber das nachahmungswertheste Beispiel sparsamer Entbehrung aufstellte, mit äußerster Thätigkeit über Noth und Mißbrauch wachte, einem Jeden gleiches Recht und gleichen Schutz angedeihen ließ und alle Hülfsquellen eben nur wieder der Wohlfahrt und Größe des Staates selber zuwandte, erschienen freilich die Lasten leichter, die der hohe Preis dieser Macht und Größe waren. Aber die Beschränkung der einfachsten und populärsten Lebensgenüsse, die Chikanen des Zoll- und Steuerwesens, die Eingriffe in die Verhältnisse des Privatlebens zogen doch eine verhaltene Mißstimmung groß, die sich in den letzten Zeiten des großen Königs auch vernehmlich genug kund gegeben hat.

Daß die Armee nach dem Ende des siebenjährigen Krieges nicht mehr die alte war, hat Friedrich II. selbst unverhohlen ausgesprochen. Nur theilweise durch Aushebung aus den Landeskindern gebildet, aus aller Herren Ländern zusammengeholt, nicht selten aus dem Abhub der Gesellschaft ergänzt, konnte sie allein durch eine eiserne Disciplin und die strengste physische Züchtigung zusammengehalten werden; der schlimme Einfluß, den diese Bestandtheile übten, griff auch die einheimischen Elemente des Heeres an, zumal da durch ausgedehnte Befreiungen alle gebildeteren Theile der Nation vom Soldatendienst fern blieben und nur das rohere Volk hereingezogen ward. Friedrichs unabläßige Wachsamkeit hielt diesen alternden, bunt zusammengewürfelten Körper aufrecht; ohne daß er freilich hindern konnte, daß sich manche üble Gewöhnung einschlich, mancher Mißbrauch der Friedenszeit Wurzeln schlug. So knapp und spärlich Sold, Bekleidung u. s. w. zugemessen war, so bedenklich einzelne Mittel der Ersparniß auf die Sittlichkeit und das Ehrgefühl zurückwirkten, verschlang dies Heer gleichwohl von den baaren Staatseinkünften die größere Hälfte, der drückenden Fourageverpflegung durch die Unterthanen, der Leistung des Vorspanns und ähnlicher Lasten nicht zu gedenken, die dem Gedeihen des Bauern- und Bürgerstandes unübersteigliche Schranken entgegenwarfen.*)

Eine Persönlichkeit, wie die des Königs, vermochte allerdings viele Mängel zu decken und manche Härten zu mildern; sie war es auch, die das Heer lebendig erhielt. Aber — fragten einsichtige Zeitgenossen mit Recht — kann man hoffen, daß alle Nachfolger Friedrichs so unermüdlich sein werden wie

*) S. Preuß, Friedrich d. Gr. IV. 306. 315 ff. Höpfner, der Krieg von 1806 und 1807. Bd. I. 46 f., 72 f.

er, daß sie jährlich, gleich ihm, in allen Theilen des Staates die Inspectionen vornehmen, daß sie alle Berichte über jedes einzelne Regiment lesen und prüfen, daß weder der Einfluß eines Höflings, noch eines Freundes, noch einer Geliebten einen Augenblick das Interesse des Heeres überwiegen, oder niemals irgend eine Parteilichkeit, Genuß oder Intrigue auf die Leitung des Ganzen einwirken werden?*) Solche Warnungen blieben allerdings damals unbeachtet, wiewohl selbst unter angesehenen militärischen Autoritäten die mangelhafte Ausstattung des preußischen Heerwesens als eine ausgemachte Sache galt. „Wenn — so äußert einer — nach dem Tode dieses Fürsten, dessen Genie allein dieses unvollkommene Gebäude erhält, ein schwacher König ohne Talent folgt, so wird man in wenigen Jahren das preußische Militär entarten und in Verfall gerathen sehen; man wird diese ephemere Macht in die Stärke zurückkehren sehen, welche ihre wirklichen Mittel ihr anweisen, und wird sie vielleicht einige Jahre Ruhmes sehr theuer bezahlen müssen." Aehnliche Prophezeiungen, zum Theil mit schadenfroher Hoffnung ausgesprochen, finden sich in diplomatischen Berichten jener Zeit.**)

Nur in Preußen selbst wiegte man sich gern in das Gefühl stolzer Sicherheit. Je rascher der Aufschwung der preußischen Macht gewesen, desto näher lag die Versuchung, nur sich selber und dem eigenen Verdienste beizumessen, was doch vorzugsweise die gesegnete Arbeit eines genialen Herrschers war. Die Berichte der Zeitgenossen lassen uns kaum daran zweifeln, daß die Verstimmung über die drückenden fiscalischen Künste sich bis zum stillen Groll gegen das Regiment des großen Königs steigerte und sich wohl in der geringschätzigen Beurtheilung des greisen Herrschers oder in der Sehnsucht nach einer neuen Regierung unverblümt aussprach. Es macht einen unheimlichen Eindruck, wenn man mit dieser Verkennung Friedrichs die eigene Selbstgenügsamkeit der öffentlichen Meinung Preußens vergleicht. Man fing an, den Werth eines solchen Königs zu unterschätzen; man gefiel sich in dem Glauben an die Vortrefflichkeit der mechanischen Staats- und Heeresordnung und beruhigte sich in der Zuversicht, daß Preußen durch seine Verwaltung wie durch seine Armee nach wie vor der wohlgeordnetste und schlagfertigste Staat in Europa sei.

Die gespreizte, fast übermüthige Haltung des Preußenthums jener Tage sprach sich am lautesten in der Hauptstadt aus, und dies war eben die Stätte, die schon den Zeitgenossen am lebhaftesten den Eindruck des Verfalles erweckte. Gerade dort hatte die Vorliebe des Königs für französische Bildung und Sitten die nachhaltigsten Wirkungen zurückgelassen; das altfränkische, pedantische aber kernige Geschlecht, das Friedrich Wilhelm I. erzogen, war nicht mehr, aber dafür eine schlimme Aussaat voltairescher Bildung und wäl-

*) Mirabeau, de la monarchie prussienne IV. 2. 334 f.

**) S. Raumer's Beiträge V. 288. 298.

scher Sitte aufgewuchert. Die Aufklärung erschien dort in einer Gestalt, die einen Geist wie Lessing mit Ekel erfüllte; „sagen Sie mir, schreibt er an Nikolai, von Ihrer berlinischen Freiheit zu denken und zu schreiben ja nichts; sie reducirt sich einzig und allein auf die Freiheit, gegen die Religion so viel Sottisen zu Markte zu bringen als man will.“*) Britische Staatsmänner, die Berlin damals sahen, urtheilen ähnlich; sie fanden eine Aufklärung dort, deren Quelle nur die Frivolität war, eine „Freiheit“, die sich zunächst nur in zügellosen Sitten kundgab, im Uebrigen mit serviler Unterwürfigkeit der Gesinnung Hand in Hand ging. Freilich hatte der König später selbst einen Widerwillen gegen die Fremden, als er jene bekannte Marginalresolution auf das Anstellungsgesuch eines Franzosen schrieb: „ich will keine Franzosen mehr, sie sind gar zu liederlich und machen lauter liederliche Sachen“ — aber sie hatten doch lange genug den Ton in der Hauptstadt angegeben, auf Bildung und Sitte fühlbar eingewirkt, zuletzt gar noch einen wichtigen Theil der Verwaltung beherrscht. Es war eine Umgestaltung eingetreten, welche die altväterische Einfalt durch Leichtfertigkeit verdrängte, lockere Sitten förderte, und die frühere Nüchternheit und Sparsamkeit, in welcher Preußen groß geworden, durch die modische Genußliebe der Zeit zu ersetzen drohte. Allerdings war dies zunächst noch auf die Hauptstadt beschränkt, aber die Wirkung erstreckte sich doch bald auf die officiellen und einflußreichen Kreise und vibrirte dann weiter ins Land hinein, um allerwärts die Wirkungen hervorzurufen, welche die folgende Geschichte bis 1806 darlegen wird.

Diese Lage Preußens erforderte eine Persönlichkeit von dem Gepräge der drei Regenten, um welche die preußische Geschichte von 1640—1786 sich dreht; der Staat bedurfte einer ebenso energischen als umsichtigen Leitung, es mußte die friedliche Reform des überlieferten Mechanismus durch eine weise und schöpferische Staatskunst vorbereitet, das geistige und sittliche Leben der Nation erfrischt und gestählt werden.

Der neue König Friedrich Wilhelm II. (geb. 1744) war der Sohn jenes früh verstorbenen Prinzen August Wilhelm, der während des siebenjährigen Krieges von seinem königlichen Bruder hart, vielleicht ungerecht, angelassen das Lager verließ und während der gefahrvollsten Zeiten des Krieges zu Oranienburg gestorben war (Juni 1758). Es scheint, dieser jüngere Sohn Friedrich Wilhelms I. war von weicherem und zerbrechlicherem Metall, als das übrige Geschlecht; vielleicht die Erinnerung an jenen Zwiespalt, vielleicht auch der Gedanke, daß die weiche Seele des Vaters auf den Sohn übergegangen, war die Ursache, daß Friedrich II. seinen jugendlichen Neffen lange Zeit nie mit rechter Freude und Vorliebe behandelte, ihn kaum zu den Staatsgeschäften

*) S. Lessing's Werke, Ausgabe von Maltzahn. 1857. XII. 278.

heranzog*) und erst seit dem baierischen Erbfolgekrieg ihm eine freundlichere Anerkennung zuwandte. Eine unglückliche Ehe, deren Unfriede von beiden Theilen verschuldet war, wirkte verwüstend auf das Leben des jungen Fürsten ein, zumal das unselige Verhältniß des Prinzen zu einem leichtfertigen, verschmitzten Weibe diese Zerrüttung unheilbar machte. Die Tochter des Kammermusikus Enke, erst mit dem Kammerdiener Rietz verheirathet, dann zur Gräfin Lichtenau erhoben, beherrschte mit allen Künsten, die einer intriguanten Buhlerin zu Gebote stehen, die nachgiebige Natur des preußischen Thronerben. Ein Aergerniß, das bis jetzt dem preußischen Hofe ganz fremd gewesen, das Verhältniß zu einer anerkannten Maitresse, ward durch den Prinzen in dem früher so sittenstrengen und nüchternen Staate mit einer Oeffentlichkeit betrieben, die an das Beispiel des französischen Hofes erinnerte. Auch Friedrichs II. Jugend war reich an Verirrungen gewesen; aber das Unglück seiner Jünglingsjahre hat ihn gezüchtigt, der Umgang mit hervorragenden Geistern gab ihm einen Aufschwung und einen edlen Wetteifer, der die trüben Erinnerungen früherer Zeit verwischte.

Die weiche, biegsame Natur Friedrich Wilhelms erlag den schlimmen Einwirkungen, die der Umgang mit frivolen Weibern und weibischen Männern üben mußte, und diese Einflüsse ließen denn auch seine guten Eigenschaften nicht zur rechten Entfaltung kommen. Friedrich Wilhelm war von edlem Gemüthe, trotz der Aufwallungen seines Jähzorns erfüllte ihn Milde und Wohlwollen, er war großherzigen Anregungen zugänglich, auch ritterlich und tapfer wie seine Ahnen; allein die Natur hatte ihm neben einem kräftigen Körper zugleich eine so starke Zugabe von Sinnlichkeit mitgegeben, daß in deren Befriedigung leicht die besseren Züge seines Wesens untergingen. Durch ein wirres Jugendleben gewöhnt, sein Wohlwollen an Weiber und Günstlinge zu vergeuden, in seiner Vereinzelung auf den Umgang mit selbstsüchtigen und mittelmäßigen Menschen angewiesen, in seiner Güte grenzenlos mißbraucht, bald zu sinnlichen Excessen hingedrängt, bald von der frömmelnden Heuchelei speculativer Mystiker ausgebeutet, entbehrte Friedrich Wilhelm vor Allem der männlichen Strenge, Zucht und Zähigkeit, durch die das Walten seiner Vorfahren so hervorragend war. Ein Regiment, das von einer solchen Persönlichkeit getragen war, mußte auf jeden Staat eine erschlaffende Wirkung üben, für Preußen und seine Lage im Jahre 1786 war es eine Calamität.

Die öffentliche Stimmung, die den neuen Regenten empfing, war gleichwohl eine durchaus günstige; man erwartete von der Milde des wohlwollenden, gutmüthigen Königs manche Erleichterung von dem Drucke, zu dem Friedrich II. mehr durch die Nothwendigkeit als aus eigener Wahl war vermocht worden; man hoffte auf eine Regierung, die durch heitere und freigebige

*) S. Dohm IV. 564.

Nachsicht das knappe und strenge Regiment des großen Königs überbieten werde. Selten ist ein neuer Herrscher mit solchem Beifall empfangen, Lob und Schmeichelei selten in so verschwenderischer Fülle einem Nachfolger entgegengebracht worden, wie Friedrich Wilhelm II.; der „Vielgeliebte" war der Beiname, womit ihn die öffentliche Stimme empfing. Schon Zeitgenossen haben es beklagt*), daß man die ersten Momente des neuen Königs mit diesem Schwall von Schmeichelworten übertäubte, und es läßt sich wohl glauben, daß sie auch auf Friedrich Wilhelm nicht ohne die einschläfernde Wirkung geblieben sind, welche die traurige Frucht solcher Künste ist. Bezeichnend aber ist die Thatsache, daß diese Stimmung äußersten Lobes und Jubels erstaunlich rasch in das vollständige Gegentheil umgeschlagen und unter dem Eindrucke der Enttäuschung später eine Schmähliteratur aufgetaucht ist, wie sie kaum irgendwo ärger zu finden war; so daß sich schwer sagen läßt, was einen peinlicheren Eindruck weckt, die taktlose Schmeichelei von 1786, oder die schmutzigen Pamphlete, die schon zwei, drei Jahre nachher über den König, seine Geliebten und seine Günstlinge verbreitet wurden.

In diesen Jubel, womit der neue Herrscher begrüßt ward, mischte sich in der Regel ein sehr starker Ausdruck preußischen Selbstgefühls. Fast wie ein Mißton klangen in diese Stimmung die Mahnungen Mirabeaus**), welche bei aller Bewunderung für Friedrich II. die Schattenseiten von dessen Staatswirthschaft aufdeckten und, um eine große Umwälzung abzuwehren, auf eine friedliche Reform des ganzen Staatswesens drangen. Es sollte nach Mirabeau's Rath die „militärische Sklaverei" verschwinden, das Merkantilsystem mit seinen nachtheiligen Wirkungen beseitigt, die feudale Scheidung der Stände gemildert, das einseitige Vorrecht des Adels in bürgerlichen und militärischen Aemtern aufgehoben, Privilegien und Monopole vernichtet, das ganze System der Besteuerung verändert, dem Volke die Lasten abgenommen werden, die seine freie Production hemmten, Verwaltung, Rechtspflege und Schulwesen eine neue Förderung erhalten, die Censur fallen, überhaupt dem alten Soldaten und Beamtenstaat ein frischer Antrieb politischen und geistigen Lebens mitgetheilt werden. Es bedurfte eindringlicherer Lehren, bis man die Bedeutung solcher Rathschläge begriff. Erst zwei Jahrzehnte später hat sich eine Richtung des Staatsruders in Preußen bemächtigt, die im Ganzen von ähnlichen Anschauungen ausging; die Reformgesetze von 1807—1808 über

---

*) Z. B. Kosmann in „Leben und Thaten Friedrich Wilhelms II." Berlin 1798. Daneben läßt sich eine ganze Literatur von Flug- und Festschriften verzeichnen, womit der neue Monarch begrüßt ward.

**) Außer dem bekannten Werk: la monarchie prussienne, namentlich: Lettre remise à Fréderic Guillaume II. de Prusse le jour de son avènement au trône. 1787.

die Aufhebung der Unterthänigkeit, den „freien Gebrauch des Grundeigenthums", die Beseitigung der feudalen Unterschiede, die Städteordnung, die neue Heeresverfassung u. s. w. treffen in der Idee wesentlich mit dem zusammen, was Mirabeau beim Regierungsantritt Friedrich Wilhelms gerathen hatte. Damals war man unzugänglich für solche Mahnungen; das Gefühl der Sicherheit war noch zu groß, als daß nicht der unerbetene Rathgeber hätte Verdruß erregen sollen.

Einen Augenblick konnte es scheinen, als wolle die neue Regierung auf die von dem französischen Publicisten vorgeschlagene Bahn einlenken, aber schwerlich war sein gegebener Rath die Ursache. Es war die Neigung einer jeden neuen Regierung, sich durch Abschaffung drückender Maßregeln des Vorgängers die öffentliche Gunst zu erwerben, eine Neigung, die in dem persönlichen Wohlwollen Friedrich Wilhelms eine natürliche Unterstützung fand. So fiel denn vor Allem die verhaßte französische Regie sammt dem Tabaks- und Kaffeemonopol; die französischen Angestellten wurden beseitigt und eine neue aus preußischen Beamten gebildete Behörde dem Accise- und Zollwesen sowie den verwandten Zweigen vorgesetzt. Nur war die drückende Steuer leichter abgeschafft als ersetzt; man mußte zu andern fiscalischen Künsten, zum Theil zur Besteuerung nothwendiger Lebensbedürfnisse, die Zuflucht nehmen, um den Ausfall, der entstanden war, zu decken (Januar 1787). Es ist begreiflich, daß die Popularität des ersten Schrittes dadurch fühlbar gemindert ward. Auch was sonst in dieser Richtung geschah, z. B. zur Erleichterung des Verkehrs und Verminderung der Durchgangszölle, beschränkte sich auf schüchterne Aenderungen, deren Erfolg natürlich weder den Erwartungen noch den Bedürfnissen entsprach. Wollte man die Mißstände beseitigen, so war eine vollkommene Umgestaltung der wirthschaftlichen Staatsmaximen in Preußen nothwendig; solch vereinzelte Maßregeln, die aus einem ehrenwerthen aber kurzsichtigen Wohlwollen entsprangen, beseitigten die Mängel der ganzen Organisation nicht, sondern minderten höchstens den Ertrag von Friedrichs scharf ausgeklügeltem System. Die neuen Hülfsmittel zur Deckung der Lücken waren dann bisweilen drückender als die alten.

Einen ähnlichen Charakter tragen die übrigen Erstlingsreformen der neuen Regierung; man gab dem flüchtigen Eifer, einzelne Mißstände zu beseitigen, augenblicklich nach, um dann bald die Dinge völlig so gehen zu lassen, wie sie waren. So wurde als zweckmäßige Neuerung ein Directorium des Krieges geschaffen, dessen Leitung der Herzog von Braunschweig und Möllendorf erhielten; die Aenderung war um so nothwendiger, da bisher Alles auf die Persönlichkeit des Königs allein gestellt war und Friedrich, unterstützt von einigen Inspectoren und Adjutanten, die ganze Kriegsverwaltung selber leitete. Auch wurde das Werbwesen im Auslande besser geordnet, gewaltsames Pressen von Rekruten untersagt, in der Vertheilung der Cantone manche Neuerung vorgenommen, Officiere und Unterofficiere ver-

mehrt, ihre äußere Ausrüstung verbessert.*) Ferner sollte der rohen und barbarischen Behandlung des Soldaten gesteuert, der Soldat menschlich behandelt, die eigennützigen Künste der höheren Officiere, wozu sie ihre Stellung als Werb- und Aushebungsofficiere mißbrauchten, beseitigt werden. Alle die Reformen, deren wohlmeinende Absicht Niemand leugnen konnte, berührten freilich die Wurzel des Uebels nicht, das Friedrich selber noch mit Besorgniß wahrgenommen hatte; sie trafen nur die Oberfläche und bedurften selbst in dieser bescheidenen Begränzung, wenn sie fruchtbar werden sollten, einer größeren Energie und Wachsamkeit, als sie der neuen Regierung eigen war.

Das Beispiel, das Friedrich II. durch aufmerksame Beachtung der öffentlichen Bedürfnisse, durch Ermunterung und Unterstützung derselben gegeben, schien für seinen Nachfolger nicht verloren. Es wurde die Rechtspflege und Gesetzgebung durch Staatszuschüsse unterstützt, die Industrie erhielt Hülfsgelder, es ward für die Naturalverpflegung der Reiterei, jene drückende Last des Landes, eine Unterstützung aus der Staatscasse bezahlt. Was von diesen und ähnlichen Ausgaben im ersten Jahre bewilligt ward, was in Festungsbau, Straßenanlagen, öffentlichen Bauwerken, provinziellen und localen Unterstützungen angewiesen ward, belief sich nach Hertzbergs Angabe im ersten Regierungsjahre auf 3,160,000 Thaler. Auch der Volksunterricht ward nun reichlicher bedacht, als unter Friedrich. Die Hoffnung zwar, Friedrich Wilhelm werde einen regen Antheil an der Entwicklung deutscher Nationalbildung nehmen und der Poesie eine Förderung angedeihen lassen, wie sie von viel kleineren Höfen ausging, erfüllte sich nicht; was er that, beschränkte sich auf einige Acte königlicher Freigebigkeit an preußische Schriftsteller, unter denen nur Ramler einen ausgebreiteteren Namen hatte. Dagegen ward in das gesammte Erziehungswesen durch Errichtung einer gemeinsamen obersten Schulbehörde (Februar 1787) mehr Plan und Zusammenhang gebracht als bisher; der ganze Unterricht in seiner Abstufung von der Universität bis zur Dorfschule herab sollte von diesem großentheils aus practischen Schulmännern zusammengesetzten „Oberschulencollegium" in einem Geiste geleitet, klassische und reale Bildung genauer gesondert und der Unterricht überall so gegeben werden, wie er dem Bedürfniß gelehrter, bürgerlicher und bäuerlicher Erziehung entsprach. Noch stand der Minister von Zedlitz, unter Friedrich recht eigentlich der Minister der Aufklärung, an der Spitze des gesammten Unterrichtswesens; das schien zu verbürgen, daß man im Großen und Ganzen die unter Friedrich eingehaltene Richtung nicht verlassen wollte.

Die Entlassung von Zedlitz und noch bezeichnender, die Ernennung seines Nachfolgers sammt dem, was sich zunächst daran knüpfte (Juli 1788), ward der Wendepunkt für diesen Theil der inneren Politik.

*) Ueber alles dies s. Hertzberg in dem Vortrage, den er am 23. Aug. 1787 in der Akademie über Friedrich Wilhelms erstes Regierungsjahr hielt.

Schon vor Friedrichs II. Tode war die Vermuthung laut geworden, daß sein Nachfolger sich zu der strenggläubigen Richtung mehr hingezogen fühle, als zu der Anschauung seines Oheims. Die Aufklärung der Zeit war in ihren letzten Ausläufern, wie Bahrdt und Consorten, in einer Gestalt aufgetreten, welche einen Rückschlag zu Gunsten der orthodoxen Auffassung sehr wohl erklärte; fühlte sich doch ein Mann wie Lessing, den man seit der Herausgabe der Wolfenbüttler Fragmente gern als den Führer der ganz heterodoxen Richtung bezeichnete, angeekelt von diesem widrigen Gemisch von Flachheit und Trivialität, das sich namentlich in Berlin selber gern für Aufklärung ausgab. Drum lag eine Reaction der gläubigeren Richtung durchaus in der Zeit: verstand sie es, den lockeren, französirenden Ton der Hauptstadt zu bekämpfen, Ernst und Sittenstrenge neu zu erwecken, so war eine solche Rückwirkung für das gesammte Leben Preußens eine Wohlthat. Ein schlichtes starkgläubiges Geschlecht, das aus der Religion Ernst machte und der wachsenden Zuchtlosigkeit entgegentrat — so war ja einst das Volk und das Regiment beschaffen gewesen, wodurch Preußen im Gegensatz zur wälschen Ansteckung der meisten übrigen deutschen Lande, groß geworden war.

Das Leben Friedrich Wilhelms II. und seine Umgebungen ließen freilich auf eine ganz andere Gegenwirkung schließen. Nicht der strenge Ernst altväterischer Orthodoxie war da heimisch, sondern jene weibische Frömmelei, die mit Sinnlichkeit und Schwäche entweder Hand in Hand geht, oder deren Erbschaft antritt. Traf doch die stärkere Betonung strenger Rechtgläubigkeit mit dem Zeitpunkte zusammen, wo der König dem alten Verhältniß mit der Rietz ein Ehebündniß zur „linken Hand“ mit dem Fräulein von Voß folgen ließ, der kleinen Aergernisse nicht zu gedenken, durch deren bereitwillige Unterstützung die Rietz sich unentbehrlich zu machen suchte. Solche Vorgänge weckten denn freilich eine üble Vorstellung von dem plötzlichen Bemühen, die alte Glaubenseinfalt und Frömmigkeit wieder zu beleben.

Wenn wir die Stimmung jener Zeit richtig verstehen, so galt die lebhafte Opposition, die sich gegen die neue Richtung kundgab, eben diesem Widerspruche der Sitten mit der von oben anbefohlenen Religiosität des Glaubens; sie entsprang nicht, wie man es wohl gedeutet, lediglich aus einem tiefen Widerwillen gegen jede Altgläubigkeit. Man verwarf die neue Gläubigkeit, weil die öffentlichen Sitten ihr Hohn sprachen, weil man die Rathgeber und Freunde Friedrich Wilhelms keiner wahrhaften religiösen Erregung für fähig hielt. Unter diesen Rathgebern sahen die Zeitgenossen besonders zwei Männer als die Träger der neuen Richtung an: den Major von Bischofswerder und den Geheimen Finanzrath von Wöllner. Hans Rudolf von Bischofswerder, um's Jahr 1741 im thüringischen Sachsen geboren, dann in militärischen und höfischen Diensten verschiedener Herren, hatte seit dem

baierischen Erbfolgekriege sich näher an den Prinzen von Preußen herangedrängt und war allmälig sein unzertrennlicher Begleiter und Rathgeber geworden. Von feinem intriguantem Geiste, einer unergründlichen Zurückhaltung, mit dem Höflingstalente ausgestattet, unbedeutend zu erscheinen, und doch auch wieder sehr geschickt, durch eine geheimnißvolle, mystisch-feierliche Außenseite zu imponiren, voll Herrschsucht, ohne sie äußerlich an den Tag zu legen, hatte er die arglose und offene Natur Friedrich Wilhelms völlig umstrickt, und höchstens der Einfluß der Rietz war im Stande, vorübergehend den seinigen zu durchkreuzen. Johann Christoph von Wöllner, 1732 zu Döberitz bei Spandau geboren, von Hause aus Theolog und seit 1755 Pfarrer zu Behnitz, hatte seit 1759 diesen Beruf aufgegeben und war der Gesellschafter eines märkischen Adeligen, seines früheren Zöglings, geworden; bald ward der Begleiter des jungen Itzenplitz der Mitpächter der Behnitz'schen Güter, später dessen Schwager. Früher nur durch gedruckte Predigten als Schriftsteller hervorgetreten, warf er sich nun völlig auf Land- und Staatswirthschaft; seine literarischen Versuche auf diesem Gebiete machten ihn sogar zum Mitarbeiter der Nicolaischen „allgemeinen deutschen Bibliothek". Seit 1782 unterrichtete er den preußischen Thronfolger in denselben Fächern, war dann unter der großen Zahl derer, an die der neue König 1786 den Adelstitel verschwendete, und erhielt neben der Stelle eines Geheimen Oberfinanzraths zugleich die Intendantur über die königlichen Bauten, sammt der Aufsicht über die sogenannte Dispositionscasse. Dies bunte Leben zeugte von ähnlicher Geschicklichkeit, Menschen und Verhältnisse zu lenken und auszubeuten wie bei Bischofswerder; nur mischte sich in Wöllner die Natur eines Intriguanten mit Frömmelei und pfäffischer Herrschsucht. Beide, Bischofswerder und Wöllner, waren seit Jahren befreundet, dieser zum Theil durch die Unterstützung des Andern emporgekommen, beide in die mystischen Gesellschaften verflochten, deren Geheimbündelei, deren Geistersehen und anderer Spuk einen so wunderlichen Gegensatz zu der Aufklärungssucht jener Tage bilden. Es wird immer schwer zu ergründen sein, wie weit diese Männer und ihre Genossenschaft das weiche Gemüth des Königs und seine reizbare Phantasie zu rosenkreuzerischem Betrug mißbrauchten; unter den Zeitgenossen bestand eine reiche Ueberlieferung über das frevelhafte Gaukelspiel dieser Art, womit sie sich ihre Gewalt über Friedrich Wilhelms Gemüth gesichert haben sollen. Eine Hauptquelle dieser Ueberlieferung ist freilich die Rietz, die mit der frömmelnden Genossenschaft um die Alleinherrschaft über den König rang. Daß die beiden Männer solcher Künste fähig waren, ist in hohem Grade wahrscheinlich; daß die Zeitgenossen sie deren für fähig hielten, nicht zu bezweifeln. Die Beurtheilung und der moralische Eindruck der kirchlichen Restaurationsmaßregeln richtete sich aber vorwiegend nach der Ansicht, die man von der sittlichen Würdigkeit der Urheber hatte.

Am 3. Juli 1788 ward Wöllner zum Justizminister ernannt und ihm die Leitung der geistlichen Angelegenheiten anvertraut; Zedlitz war der erste von den Ministern Friedrichs des Großen, der weichen mußte. Wenige Tage später erschien (9. Juli) ein Edict über das Religionswesen, welches man als Manifest des neuen Regierungssystems ansehen durfte. Es war in diesem merkwürdigen Actenstück,*) das nach Form und Inhalt einen sehr mäßigen Begriff von den neuen Staatsmännern erweckte, zunächst zwar dem Einzelnen die volle Gewissensfreiheit garantirt, „so lange ein Jeder ruhig als guter Staatsbürger seine Pflichten erfülle, seine jedesmalige besondere Meinung aber für sich behalte und sich sorgfältig hüte sie auszubreiten;“ aber es war diese seltsame Verheißung zugleich von heftigen Ausfällen gegen die „zügellose Freiheit“, gegen den Modeton der Lehrart begleitet, und die Neuerer beschuldigt, die elenden längst widerlegten Irrthümer der Socinianer, Deisten, Naturalisten und anderer Secten mehr wieder aufzuwärmen und solche mit vieler Dreistigkeit und Unverschämtheit durch den äußerst gemißbrauchten Namen „Aufklärung“ unter das Volk auszubreiten. „Solche Irrthümer öffentlich oder heimlich auszubreiten, sollte den Geistlichen und Lehrern bei unausbleiblicher Cassation und nach Befinden noch härterer Strafe und Ahndung fortan verboten sein; denn es müsse eine allgemeine Richtschnur und Regel feststehen und diese sei bisher die christliche Religion nach ihren drei Hauptconfessionen gewesen, bei der sich die preußische Monarchie so lange immer wohl befunden habe, daher schon aus politischen Gründen der König nicht gemeint sein könne, dieselbe durch die Aufklärer nach ihren unzeitigen Einfällen abändern zu lassen.“ Wiederholt war dann dem Einzelnen seine Gewissensfreiheit zugesagt; ja aus „Vorliebe des Königs für die Gewissensfreiheit“ sollten diejenigen Geistlichen, die notorisch von den Irrthümern angesteckt seien, noch in ihren Aemtern bleiben dürfen — falls sie sich in ihrer Amtsführung streng an den alten Lehrbegriff hielten, d. h. eine Lehre predigten, die mit ihrer Ueberzeugung im Widerspruche stand. Eine strenge Ueberwachung der Pfarrer und Lehrer und die Zurückweisung aller Candidaten, die von anderen Grundsätzen ausgingen, sollte vor dem Eindringen der neuen Lehren schützen.

Es hat wenig Maßregeln gegeben, die ihren Zweck so völlig verfehlten, wie dies wunderliche Edict. Ist es an sich immer ein unglückliches Beginnen, durch äußere Verordnungen und mit polizeilichen Mitteln einen im Verfall begriffenen Glauben stützen zu wollen, so ging hier die sittliche Wirkung vollends verloren durch das Exempel, welches die glaubenseifrige Regierung selber gab. Ein Hof, an welchem die Rietz und Bischofswerder sich um die Herrschaft stritten, war nicht dazu angethan, eine neue Periode religiöser Wiedergeburt einzuleiten; seine verspätete Frömmelei war nur allzusehr verdäch-

*) S. dasselbe in Moser's patr. Archiv IX. 453 ff.

tig, die Frucht sinnlicher Entnervung zu sein. Und welche Blößen gab das Edict selbst, wie forderte es in seiner ganzen Haltung den Angriff und Spott heraus! Wie nahe lag der Vorwurf, daß man mit solchen Mitteln nie und nimmer fromme Gläubigkeit erwecken könne, sondern höchstens zu der vorhandenen Verderbtheit noch ein neues Uebel hinzufüge: die Gleißnerei pharisäischer Formen!

Das Unzulängliche der Maßregel fühlten die Urheber selbst, und dies drängte sie zu Weiterem. Jene stolze Sicherheit und Geringschätzung gegen Angriff und Kritik, die Friedrich II. fast in seinem ganzen Regentenleben unwandelbar bewährt, fehlte den Rathgebern des Nachfolgers; schon gleich im Anfange, als sich über die Regie ein Streit in der Presse erhob, hatten sie eine Empfindlichkeit an den Tag gelegt, die für die Freiheit der Erörterung nichts Gutes verhieß. Nun folgte das Censuredict vom 19. Dec. 1788; es beseitigte die Freiheit der Presse, wie sie sich in der letzten Zeit Friedrichs, freilich mehr auf dem literarischen und religiösen als dem politischen Gebiete, thatsächlich ausgebildet hatte. Mit der geläufigen Hindeutung auf den Mißbrauch, womit der Preßzwang sich zu allen Zeiten motivirt, war auch hier die strenge Wiedereinführung der Censur begründet; sie traf die leichte Tagesliteratur wie die schwerer wiegenden wissenschaftlichen Erzeugnisse mit gleicher Schärfe und erreichte am wenigsten den Zweck, den man sich verständiger Weise hätte vorsetzen können. Jene frivole und nichtsnutzige Literatur fand überall Schlupfwinkel, aus denen sie sich über Preußen ausbreitete, und die Jahre nach dem Censuredict sind wahrhaftig nicht arm gewesen an Erzeugnissen der schmutzigsten Gattung;*) aber der freimüthigen und wohlthätigen Erörterung der öffentlichen Zustände wurden Bande angelegt, der lästigen Chikanen nicht zu gedenken, die man dem Buchhandel und dem literarischen Verkehr überhaupt bereitete.**)

Indem man so die Debatte abschnitt, vermochte man freilich nicht, die Quellen der Unzufriedenheit zu verstopfen; vielmehr sprach sich diese in Schriften aus, denen der Reiz des Verbotenen nur eine größere Verbreitung sicherte. Darin ward vornehmlich über die sorglose und verschwenderische Regierung geklagt; die Hoffnung einer Erleichterung der Abgaben, hieß es, sei unerfüllt geblieben; man habe verschiedene Finanzoperationen versucht, ohne den rechten Punkt zu treffen. Dagegen sei im Huldigungsjahr eine nutzlose Vermeh-

*) Wir rechnen dahin: „Der klägliche König, eine Geschichte aus sehr alten Zeiten, jedoch mit falschen Namen" u. s. w.; dann: Aug. Wilh. Baranius Versuch einer Biographie der Frau Gräfin Lichtenau. Zürich und Lindau 1800. „Wöllner's und einiger seiner Getreuen Leben, Meinungen und Thaten." Spandau 1797. 2 Thle. Fast reine Pasquillantenliteratur. Auch das satyrische „Gebetbuch des Königs von Preußen." 1790. gehört dahin.

**) Diesen Gesichtspunkt hat besonders die Schrift von J. F. Unger, „einige Gedanken über das Censuredict." Berlin 1789.

rung des Adels erfolgt. Das Lagerhaus übe nach wie vor den Druck seines Monopols. Die erhöhte Accise auf Weizenmehl diene zur Bedrückung Aller, man nehme ungescheut von einem und demselben Grundstücke doppelte Abgaben. Aehnliche Klagen richteten sich gegen die schlimmen Wirkungen des Zollsystems, die Stempeltaxe und namentlich die gedrückte Lage der Landwirthschaft. Als dringendste Wünsche in dieser letzten Richtung hörte man Abschaffung der Fouragelieferungen und Versorgung der Cavallerie aus öffentlichen Magazinen; Beseitigung der Vorspannfuhren, schleunigere Bezahlung der Entschädigungsgelder. Schutz gegen die Willkür der Aemter, die Vereinfachung der ökonomischen und Dorfpolizei, „damit nicht der arme Bauer aus den Händen der Justiz- und Oekonomiebeamten unter die unbarmherzigen Baubedienten, Deichinspectoren und Landreiter falle," ernsthafte Fortsetzung der Regulirung der Urbarien zur Abstellung des willkürlichen Drucks, Erleichterung der Jagdbeschwerden — solche und ähnliche Wünsche tauchten in Menge auf; die Censur vermochte kaum die verbotene Besprechung, geschweige denn die Unzufriedenheit selber abzuschneiden.

Wir haben früher darauf hingedeutet, wie häufig selbst eine so einsichtsvolle und kräftige Regierung, wie die Friedrichs war, hinter dem Ziele zurückblieb, das sie sich vorgesetzt; es läßt sich denken, wie es unter einem schlaffen Regiment werden mußte. Friedrich II. hatte sich z. B. unablässig bemüht, der willkürlichen Belastung des Bauern ein Ziel zu setzen; er hatte unter andern schon in den siebziger Jahren verordnet, daß die Dienste der Unterthanen durch ordentliche Dienstreglements und Urbarien bestimmt werden sollten, eine Arbeit, die, als der große König starb, noch unvollendet war. Eine Verordnung Friedrich Wilhelms II. bestimmte, daß die begonnenen Urbarien nur dort, wo Processe seien, fortgesetzt werden sollten; damit war eine der wohlthätigsten Maßregeln zur Beschränkung gutsherrlicher Willkür beseitigt. Hätte man eine Dorfgeschichte, sagt die Schrift eines hohen Beamten jener Tage, so würde man darin lesen, daß der Hofdienst seit Jahren die größten Zerrüttungen angerichtet hat, daß solcher von den Unterthanen jederzeit mit Unwillen geleistet und aller Trieb zur Erfindung und Verbesserung dadurch erstickt wird. Untersucht man die Sache genauer, so findet man, daß die Leistung des Hofdienstes den Unterthanen ungleich mehr kostet, als derselbe zu Geld angeschlagen ist, und sie zu dessen Verrichtung an manchen Orten eine Meile und weiter reisen, auch wohl, wenn die Witterung der zu verrichtenden Arbeit ungünstig ist, ohne Arbeit und Entschädigung zurückkehren müssen. Der Hofdienst setzt die Güter der Unterthanen außer Werth und hilft dem Berechtigten wenig, weil die Leistung nicht so erfolgt, wie sie geschehen sollte. *)

*) S. Schreiben eines pr. Patrioten am 48. Geburtstage seines Königs, den 25. Sept. 1788. Philadelphia; Kosmann, Leben Friedrich Wilhelms II. Berlin 1798; v. Ernsthausen, Abriß von einem Polizei- und Finanzsystem. Berlin 1788.

So blieben alte Mißbräuche bestehen, indessen sich neue Stoffe gährender Unzufriedenheit ansammelten.

In der auswärtigen Politik ist die Zeit von 1786—1790 eine Zeit der Krisis gewesen. Die alten Ueberlieferungen preußischer Politik, zunächst Friedrichs II., sind noch keineswegs verwischt, aber sie werden doch nicht mehr mit der Sicherheit und Stetigkeit des großen Königs festgehalten; manche persönliche und dynastische Motive, z. B. in der holländischen Sache, wirken mächtig ein und zersplittern die Staatskräfte in fruchtlosen Unternehmungen. Schöpfungen, die Friedrich II. noch begonnen hatte, deren Vollendung aber ein Vermächtniß an den Nachfolger war, wie der Fürstenbund, werden vernachlässigt und sterben langsam ab. Doch überwiegt noch im Cabinet, zumal so lange Hertzberg einen leitenden Einfluß behält, die antiösterreichische Politik der letzten Jahre Friedrichs II. und scheint sich sogar in der orientalischen Angelegenheit zu einem besonders kühnen Anlauf erheben zu wollen, aber mit dem Mißlingen dieses Versuchs tritt auch die völlige Umkehr ein. Die überlieferte preußische Politik schlägt mit einem Male in ein österreichisches Bündniß um, dessen Vortheil vorzugsweise Oesterreich und Rußland zu Gute kam; damit beginnen denn die Schwankungen der Unselbständigkeit, die Preußen zwischen den östlichen und westlichen Allianzen, zwischen Bekämpfung und Bund mit der Revolution hin- und hertreiben und deren Katastrophe mit dem Untergang der alten preußischen Monarchie zusammenfällt. Wir wollen die wichtigsten Momente dieser Zeit des Uebergangs, vom Tode Friedrichs des Großen bis zum Reichenbacher Vertrag (Juli 1790), im Einzelnen verfolgen.

Die holländischen Wirren, die der preußischen Politik Friedrich Wilhelms II. den ersten Anlaß gaben, nach Außen aufzutreten, reichten noch in die Zeit Friedrichs II. zurück. Der alte Hader zwischen dem republikanischen und monarchischen Element, die in der Verfassung Hollands unversöhnt neben einander lagen, war unter der Erbstatthalterschaft Wilhelms V., der mit der Schwester Friedrich Wilhelms II. vermählt war, mit neuer Stärke erwacht, nicht ohne die Schuld des Statthalters selbst, aber auch nicht ohne die Einwirkung der Zeitbewegungen, namentlich der Eindrücke des nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieges. So standen sich denn seit Jahren die einzelnen Landschaften, Gewalten und Stände gegenüber; die bürgerlichen Magistrate stützten sich auf einen Theil der Städte und Provinzen, während die Oranier ihren Halt im Adel, den Truppen und einem Theil der unteren Volksklassen suchten. Die große europäische Politik spielte vielfach in diese Verwicklungen herein; die oranische Partei war der alten Ueberlieferung gemäß mit England verknüpft, die Gegner suchten und fanden bei Frankreich Unterstützung. Seit Josephs II. leidenschaftlichem Verfahren gegen die Re-

publik hatte der Einfluß Frankreichs, das die Kosten der Vermittlung und des Friedens trug, einen bedeutenden Vorsprung gewonnen und eine engere Allianz schien die Generalstaaten dauernd in das französische Interesse zu verflechten, zumal die schwächliche Kriegführung in den Jahren 1780—84 den Haß gegen England und das Mißtrauen gegen den Oranier gleichmäßig gesteigert hatte.

Preußen, dem sowohl das politische Interesse als das verwandtschaftliche Verhältniß die holländischen Angelegenheiten nahe legte, hatte unter Friedrich II. eine beobachtende Stellung eingenommen; der greise König war weit entfernt, den Frieden, um dessen Erhaltung sich seine Politik seit 1764 unablässig bemühte, durch einen Kampf für das Haus Oranien unterbrechen zu wollen. Er mahnte von unbesonnenen Schritten ab, suchte nach beiden Seiten hin gemäßigtere Gesinnungen zu wecken; seine Rathschläge stützten sich aber durchaus mehr auf die moralische Kraft seines Namens, als auf die Hindeutung, materielle Gewalt gebrauchen zu wollen. Indessen kam man dort von kleinen Zänkereien und feindseligen Demonstrationen zu immer heftigerem Streit, es gab blutige Auftritte, in denen sich der Bürgerkrieg ankündete. Die Republikaner suchten die Befugnisse des sogenannten Reglements von 1674, das Wilhelm III. einst unter dem Eindrucke der blutigen Katastrophe von 1672 dem Hause Oranien errungen hatte, zu schmälern; die oranische Partei ließ es ihrerseits, wo sie das Uebergewicht besaß, an Herausforderungen und Gewaltthätigkeiten nicht fehlen. Der Erbstatthalter selbst hatte, seit ihm der Oberbefehl über die Truppen im Haag entzogen war, die Provinz Holland verlassen und sich in Gegenden zurückgezogen, wo das Uebergewicht des Adels oder die günstige Stimmung der Bewohner ihm einen natürlichen Rückhalt gab, namentlich nach Geldern. Aber auch in dieser sonst für oranisch geltenden Provinz machte sich, zumal an den Grenzen der republikanisch gesinnten Landschaften, z. B. Overyssels, die Opposition gegen Oranien geltend. Zwei Städte im Norden, Hattem und Elburg, lehnten sich offen gegen das alte Herkommen auf; Hattem wollte ein vom Erbstatthalter eingesetztes Mitglied, weil es im Dienst des Prinzen stehe, nicht anerkennen, Elburg weigerte die Publikation eines von den Generalstaaten ausgegangenen Edicts. Es schien, als sollten sich die Kämpfe des sechszehnten Jahrhunderts erneuern; die beiden Städte erklärten, als man ihnen Execution drohte, sich bis auf den letzten Mann vertheidigen zu wollen, ja im Nothfall die Stadt anzuzünden, und aus Overyssel und Holland, den antioranisch gesinnten Landschaften, strömten Freischaaren herbei, die bedrohten Städte zu schützen. Freilich bewies eben der Ausgang, daß die Zeit des sechszehnten Jahrhunderts vorüber sei; aller prahlerischen Drohungen ungeachtet wurden die Städte fast ohne Widerstand militärisch besetzt (Sept. 1786), indessen ein großer Theil der unzufriedenen Bewohner in den republikanisch gesinnten Landschaften Schutz suchte. Einzelne Ausschweifungen der Soldaten, noch mehr die

Ausgewanderten selbst, wurden aber ein heftiges Gährungsmittel gegen das oranische Interesse. Immer mehr nahmen nun die Dinge das Ansehen eines Bürgerkrieges an; die Provinz Holland entsetzte den Erbstatthalter seiner Generalcapitainsstelle, warb Truppen und machte Anstalten, die bedrohte Sache der Republikaner oder „Patrioten“ mit den Waffen in der Hand zu schützen.

Es war um die Zeit, wo Friedrich Wilhelm II. den Thron bestieg. Wohl wirkte auf ihn lebhafter als auf Friedrich II. ein persönliches Interesse für das Schicksal seiner Schwester, einer kraftvollen, an Entschluß und Herrschsucht fast männlichen Persönlichkeit, die auch nicht unterließ, die Lage mit den düstersten Farben vorzustellen; allein im Wesentlichen war der neue König doch entschlossen, der Politik seines Vorgängers getreu sich nicht in einen Kampf einzulassen, der die preußische Politik von ihren östlichen Interessen abzog. Auch die bedenkliche Wahrnehmung, daß Frankreich, wiewohl selbst am Vorabend einer Revolution, die revolutionäre Partei in den Generalstaaten unter der Hand ermuthige und mit ihr Einverständnisse pflege, konnte in Berlin die Ansicht noch nicht ändern, daß eine Vermittlung ohne alle Androhung bewaffneter Intervention genügen werde. Die Sendung des Grafen Görtz, desselben Diplomaten, der früher in der bairischen Successionssache, dann am Petersburger Hofe gebraucht worden (Herbst 1786), hatte zunächst nur den Zweck, diesen friedlichen Ausgang durch gegenseitige Verständigung anzubahnen. Der außerordentliche Bevollmächtigte kam allerdings in dem kritischen Augenblicke an, wo die Vorgänge in Hattem und Elburg die Gährung auf's Höchste steigerten, wo Holland rüstete und mit der Drohung hervortrat, sich von der Union zu trennen; er besuchte zuerst den oranischen Hofhalt zu Loo in Geldern und ließ sich dort von der Prinzessin von Oranien die neuesten Vorgänge berichten.*)

Gleichwohl verließ man in Berlin noch nicht die Linie der gemäßigten und vermittelnden Politik, wie sie früher Friedrich II. eingehalten. Man suchte aufrichtig im Einverständniß mit Frankreich die Wirren friedlich auszugleichen und die Vorschläge, die man brachte, trugen dies Gepräge der Mäßigung. Eher war auf französischer Seite das Bestreben unverkennbar, den Erbstatthalter als den Verbündeten des englischen Interesses völlig bei Seite zu drängen und durch Begünstigung der antioranischen Bewegungen die Republik noch enger als bisher in die französische Politik zu verflechten. Friedrich Wilhelm II. war von dem Gedanken bewaffneten Einschreitens damals noch so fern, daß er (19. Sept.) eigenhändig an seinen Gesandten schrieb: „Ich kann keinen Krieg bloß um des Interesses der Familie des

*) So werthvoll die Mittheilungen von Görtz (Denkwürd. II. S. 202) sind, so tragen sie doch das Gepräge der Einseitigkeit und einer vorgefaßten Meinung, die vom oranischen Standpunkt beherrscht war.

Statthalters willen anfangen, und wollte ich mich auf bloße Demonstrationen beschränken, so würden Frankreich und die Opposition solche leicht nach ihrem wahren Werthe anzuschlagen wissen, ich selbst mir aber nur schaden, wenn ich erst Demonstrationen machte und dann nicht handelte." In ähnlichem Sinne äußerte sich der König noch zwei Monate später; „mein Interesse, schrieb er am 26. Dec., erlaubt mir in der gegenwärtigen Lage nicht, den Prinzen mit gewaffneter Hand zu unterstützen." Ja, es entging ihm durchaus nicht, daß ein Theil der Schuld am Erbstatthalter liege, und die Hartnäckigkeit, womit der Hof zu Loo auch alle billigen Auswege der Vermittlung abwies, verstimmte den König sichtbar. Er beauftragte seinen Gesandten (Ende Dec.), den Prinzen und seine Gemahlin zur Nachgiebigkeit zu bestimmen, und setzte eigenhändig unter die Depesche: „wenn der Prinz von Oranien nicht bald sein Benehmen ändert, so wird er sicherlich den Hals brechen."

Die heftigen Gegenvorstellungen der Prinzessin hätten in Friedrich Wilhelm so leicht keinen Umschwung bewirkt, wären nicht zwei Zwischenfälle eingetreten, welche die Lage wesentlich änderten. Zuerst scheiterte (Jan. 1787) der Versuch Preußens, im Einklang mit Frankreich zu vermitteln; Graf Görtz reiste ab, und der Parteikampf loderte heftiger als je auf, von den Rüstungen kam es bereits zu Gewaltstreichen beider Parteien und zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Bürgern und Soldaten (Mai). Dann unternahm in diesem Augenblicke heftigster Erregung die Prinzessin eine vielleicht wohlberechnete Reise nach dem Haag (Juni), angeblich um persönlich zu vermitteln; sie ward an der Grenze der Provinz Holland aufgehalten und zum Umkehren genöthigt. Was alle früheren Vorstellungen des Erbstatthalters und seiner Gemahlin, was die Rathschläge von Görtz und Hertzberg nicht vermocht, das erreichte jetzt der oranische Hof durch das mehr ungeschickte als beleidigende Benehmen, welches die Bürgerwache an der Grenze gegen die Prinzessin eingehalten. Mit ungemeiner Rührigkeit wußte man den an sich sehr unbedeutenden Vorfall von oranischer Seite auszubeuten und ihn, den auswärtigen Höfen gegenüber, als eine Kränkung und Beleidigung darzustellen, die weder beabsichtigt noch erfolgt war. Die britische Politik, durch den geschickten Harris (Lord Malmesbury) vertreten, verstand den zufälligen Anlaß sehr gewandt für ihren Zweck — die Trennung Hollands von Frankreich — zu benutzen, und Friedrich Wilhelm, bisher den ungestümen Drängern unzugänglich, ließ sich jetzt von einem Gefühl beherrschen, das persönlich nicht zu tadeln, aber politisch nachtheilig war. Sein königliches und ritterliches Ehrgefühl schien ihm gleich laut zu gebieten, die beleidigte Schwester nicht zu verlassen. Er verlangte wiederholt Genugthuung, und als sie ihm geweigert ward, zog sich ein preußisches Truppencorps, unter dem Befehl des Herzogs von Braunschweig, an der holländischen Grenze zusammen. Die „Patrioten" lebten der festen Meinung, Preußen werde den Krieg nicht wa-

gen, und verließen sich auf die klägliche und hülflose Politik Frankreichs; diese Stütze war denn freilich ebenso werthlos, wie ihre eigene militärische Rüstung unzureichend, ihre Festungen, Truppen und Führer zu jedem ernstlichen Kampfe untüchtig waren. Am 9. Sept. 1787 überreichte der preußische Gesandte den Ständen von Holland das Ultimatum seines Königs; es fand keine genügende Antwort, und vier Tage später überschritten die preußischen Truppen, einige zwanzigtausend Mann stark, bei Nymwegen und Arnheim die Grenze. Indeß Frankreich die schmachvolle Rolle spielte, die „Patrioten“ erst zum Widerstand zu reizen und dann im Stich zu lassen, wirkten im Lande selbst die Ueberraschung, die lange kriegerische Ungewohnheit, und die natürliche Untüchtigkeit von Bürgerwehren und Freischaaren gegen geordnete Truppen zusammen, dem preußischen Heere einen erstaunlich wohlfeilen Triumph zu verschaffen. Gorkum fiel ohne Widerstand, Utrecht ward preisgegeben, schon am 20. Sept. kehrte der Erbstatthalter nach dem Haag zurück, und vor Mitte October war auch Amsterdam von den Preußen besetzt, der ganze Aufstand ebenso schnell wie unblutig unterdrückt.

Das Wort des Königs, daß er nur um der Beleidigung seiner Schwester willen zu den Waffen gegriffen, ward im Verlauf des Kriegszuges treu gehalten. Mit mehr Großmuth als sie in der Politik zuträglich ist, verzichtete er auf den Ersatz der Kriegskosten und ließ sich weder politische, noch mercantile Begünstigungen gewähren. Doch schien der gewonnene Vortheil groß genug für die Opfer, die Preußen durch die Kriegsrüstung gebracht. Sein Ansehen war gehoben, das Frankreichs gedemüthigt, mit England ein freundlicheres Verhältniß als unter Friedrich vorbereitet; in Deutschland hatte es durch den Fürstenbund der österreichischen Politik den Vorrang abgewonnen, die preußische Politik erschien einmal wieder als die schiedsrichterliche in Europa, Preußens Waffenmacht als unüberwindlich.*) Die unmittelbare Frucht des Siegeszuges war die engere Allianz mit Holland und mit England, die durch die Bündnisse vom April und August 1788 besiegelt ward.**) Die Hoffnung auf diese Bündnisse war für Hertzberg vorzugsweise der Beweggrund gewesen, sich in diese holländischen Dinge tiefer einzulassen; wir werden bald sehen, welche weitgehenden Combinationen er darauf baute.

Der Erfolg hat freilich gezeigt, daß diese neuen Allianzen für Preußen von geringem Werthe gewesen sind; sie entschädigten nicht einmal für die pecuniäre Einbuße, die der Feldzug verursacht, geschweige denn für die moralischen Nachtheile, welche aus dem wohlfeilen Triumph von 1787 entsprungen sind. In der Republik Holland zog man sich keinen Verbündeten groß; denn die Ereignisse von 1787 sind dort erst der Keim einer antiora-

*) So urtheilt z. B. Ségur hist. des princ. événemens du regne de Frédéric Guillaume II. T. II. 15.

**) Die Verträge finden sich bei Martens, Recueil III. 133 ff.

nischen Revolution geworden. Unter dem Eindrucke einer bewaffneten Restauration, ihren Thaten der Gewalt und Rachsucht sind die Stimmungen erwachsen, die sieben Jahre später den leichten Sieg der Revolution herbeigeführt haben. Preußen selbst ist durch diese unblutige Besiegung der holländischen Patrioten in dem gefährlichen Gefühl der Sicherheit nur allzusehr befestigt worden; statt die Mängel des Kriegswesens kennen zu lehren, hat dieser glückliche Triumphzug durch Holland Führer und Heer in jene Selbstgenügsamkeit vollends eingewiegt, die nachher so verderblich ward. Denn nicht nur das Bewußtsein eigener Unüberwindlichkeit war dadurch übermäßig gesteigert worden, auch die Geringschätzung gegen jede bürgerliche und revolutionäre Bewegung hatte sich daran genährt. Man bemaß später die Revolution von 1789 nach der Bewegung der holländischen Patrioten von 1787 und ist im Jahre 1792 mit den Eindrücken nach Frankreich eingedrungen, welche der leichte Siegeszug von Arnheim nach Amsterdam zurückgelassen hatte.

Die holländische Intervention zeigt uns die persönlichen Neigungen des Königs und die Politik Hertzbergs noch in vollem Einklang. Hatte Friedrich Wilhelm sich mehr von der augenblicklichen Erregung über die Begegnung seiner Schwester, als von politischen Motiven zum Einschreiten bestimmen lassen, so sah Hertzberg in der holländischen Verwicklung zugleich den erwünschten Anlaß, seinen Plan der auswärtigen Politik für Preußen zur Geltung zu bringen. Als den Gedanken, der ihn seit Friedrich Wilhelms Thronbesteigung erfüllte, bezeichnet Hertzberg selber den Plan:*) die „glorreiche Rolle eines Schiedsrichters der europäischen Angelegenheiten und des Gleichgewichts“, die Friedrich II. in den letzten Jahren seines Lebens so glücklich durchgeführt, auch dem Nachfolger zu erhalten, und zwar in noch höherem Maße, als es vor 1786 der Fall gewesen. Er hoffte auf diesem Wege Preußen noch zu erwerben, was ihm fehlte, und seine geographischen Lücken auszufüllen. Die Intervention in Holland erschien dem preußischen Staatsmann als der erste bedeutende Erfolg auf dieser Bahn. Preußen, sagt er, hat dadurch Frankreich gedemüthigt, ihm seinen Einfluß in Holland und Deutschland entzogen, dafür England die verlorene Verbindung mit Deutschland wieder hergestellt, ihm seine Besitzungen in Indien durch die Allianz mit Holland und die Bündnisse von 1788 gesichert, endlich den Grund gelegt zu diesem großen Bundessystem, durch welches die drei verbundenen Mächte, Preußen, England und Holland, sich nicht nur zu gegenseitiger Vertheidigung beistehen, sondern auch das Gleichgewicht in ganz Europa gegen die Angriffe jeder anderen Macht sicherstellen.

*) S. die Denkschrift in Schmidts Zeitschrift für Geschichtswissenschaft I. 23.

In solchem Sinne erschien die Intervention von 1787 und die Tripelallianz des nächsten Jahres allerdings als ein Erfolg, wenn auch die Erfahrung der folgenden Zeit dargethan hat, daß dessen Werth weit überschätzt worden ist. Von diesem politischen Gesichtspunkte aus erwogen, erschien Anderes, wie die weitere Ausbildung des deutschen Fürstenbundes, als eine Angelegenheit von untergeordneter Bedeutung. Wir erinnern uns, daß Hertzberg von Anfang an nicht allzu eifrig dem Plane des Fürstenbundes zugethan war; er trug sich, wenn dies nicht eben nur ein Vorwand der Verzögerung war, mit wunderlichen Vorschlägen, wie z. B. dem, erst beim Eintritt neuer Eventualitäten, etwa des Todes von Friedrich II., durch dessen Nachfolger die Fürstenassociation durchzuführen. Friedrich II. persönliches Verdienst war es gewesen, daß die Sache nicht einschlief; sein Neffe und Nachfolger legte wohl ein Interesse dafür an den Tag und knüpfte auch einzelne persönliche Einverständnisse an, aber er war nicht, wie Hertzberg in einer seiner akademischen Festreden aus höfischer Gefälligkeit sagt, der Gründer des Bundes. Es hatte auch nicht den Anschein, als würde der Bund den großen König lange überleben. Wohl traten unter der neuen Regierung die beiden Mecklenburg und der Coadjutor von Mainz dem Bündnisse bei, auch ließ sich Friedrich Wilhelm II. bald nach seinem Regierungsantritt Bericht abstatten über den Stand der Sache, aber dabei hatte es auch sein Bewenden. Die Gefahr des Ländertausches, die den Plan des Bundes zur Reife gebracht, war nun vorüber; damit verlor sich auch in den meisten Kreisen das Interesse für den Bund. In Berlin namentlich legte man, nachdem Hannover und Sachsen gewonnen waren, eine Gleichgültigkeit gegen die Kleineren an den Tag, die unter diesen sichtbar verstimmte. Sie erwarteten vertraute Mittheilungen, hofften, daß man sie zum Beitritt zu den geheimen Artikeln einladen und eine stete Correspondenz über die Unionssache einleiten werde. Man muß erlauben, schrieb Einer dieser Kleineren, daß wir Mindermächtige ihnen hie und da gute Vorschläge machen, man muß uns wie Ihresgleichen behandeln und so viel als möglich mit dem Aussehen schmeicheln, als wenn wir an der Führung der Union vielen Theil hätten. Vorschläge dieser Art gingen von Fürsten, wie dem Herzog von Weimar, von Staatsmännern, wie Graf Görtz, aus;*) die Antworten, die man darauf in Berlin gab, bewiesen aber zur Genüge, daß dort keine Neigung vorhanden war, diese Weiterbildung der Union in die Hand zu nehmen. Zugleich kam ein störender Zwischenfall, der bei den Gegnern des Bundes eine berechtigte Schadenfreude weckte. Der Landgraf von Hessen-Cassel hatte den Tod des Grafen von Lippe-Bückeburg (Febr. 1787) benützt, um veraltete Lehensansprüche, deren Ungrund rechtlich nachgewiesen und durch ein reichsgerichtliches Urtheil ausgesprochen war, zum Nachtheil des unmündigen Nachfolgers gewaltsam gel-

*) Schmidt, Unionsbestrebungen S. 396. Görtz, Denkwürdigk. II. 210 ff.

tend zu machen. Ein nicht unbedeutendes Mitglied des Bundes, der zur Erhaltung „deutscher Freiheit" und zur Garantie des bestehenden Rechtszustandes geschlossen war, brach plötzlich mit Heeresmacht in die kleine Grafschaft ein und schien ernstlich entschlossen, seinen Anspruch gegen Kaiser, Reich und Fürstenbund aufrecht erhalten zu wollen. Es dauerte Monate, bis er sich überzeugte, daß er in diesem Falle Alles gegen sich haben werde; dann räumte er die Grafschaft und ersparte dadurch dem König von Preußen die Verlegenheit, als Mitglied des westfälischen Kreises gegen eines der angesehensten Glieder des Fürstenbundes militärische Execution zu üben.

Solche Vorgänge zeugten eben nicht von der Lebenskraft des neuen Bundes, sie forderten den schadenfrohen Spott der Gegner heraus. Um so dringender erschien es den Wenigen, die bei der Gründung des Bundes etwas mehr im Auge gehabt, als die Abwehr des Ländertausches, die weitere Ausbildung zu einem nationalen Einigungswerke nicht zu versäumen. Es war besonders Herzog Carl August von Sachsen-Weimar, der diesen Gedanken mit Eifer verfolgte.*) Im Sommer des Jahres 1787 begab er sich nach Berlin, um seine Ansichten über eine Ausdehnung des Bundes zur Reform der Reichsverfassung dort zur Anerkennung zu bringen; man gab ihm freundliche Zusicherungen, wir sehen aber nicht, daß die frühere Lauheit in regeren Eifer umgeschlagen wäre. Der Herzog ging dann zu Ende des Jahres nach Mainz, um bei dem ersten geistlichen Fürsten des Reiches seinem Plane Eingang zu verschaffen. Die unirten Fürsten sollten auf dem Reichstage den Antrag einbringen, daß vom gesammten Reiche die Verbesserung der Justizformen, der Civil- und Criminalgesetze durch Deputationen vorbereitet und dann dem Reichstage zur Berathung vorgelegt werde; um die Arbeiten dieser Deputationen zu erleichtern, sollten erfahrene Rechtsgelehrte in Mainz und an anderen Orten aufgefordert werden, über die Civil- und Criminalgesetzgebung, die Visitation der Reichsgerichte, überhaupt über die Verbesserung der Justiz Gutachten und Entwürfe vorzubereiten. Die dringendsten Gebrechen der Justizverfassung müßten sofort wegfallen, die Visitation der Reichsgerichte hergestellt, das Verfahren der Recurse verbessert werden. Zugleich, meinte der Herzog, sollten die Fürsten, auf eine Einladung des Kurfürsten von Mainz in dessen Residenz zusammentreten und die Punkte einer künftigen Wahlcapitulation einstweilen verabreden. Als solche Punkte bezeichnete Friedrich Karl von Mainz: Verbesserung der Justiz, Herstellung der Visitationen, Prüfung des angeblichen österreichischen Privilegiums von 1156 und dessen willkürlicher Auslegung, Abwehr jedes erneuerten Versuchs, den bairischen Ländertausch durchzusetzen, verfassungsmäßige Abwehr gegen die österreichische Ten-

*) Im Folgenden ist außer den gedruckten Quellen namentlich auch die handschriftliche Correspondenz benützt, die Carl August mit Friedrich Wilhelm II., Hertzberg, dem Kurf. von Mainz, Dalberg u. A. führte.

denz, die wichtigeren Bisthümer an Prinzen des Hauses zu bringen, Erweiterung des Bundes, namentlich durch den Beitritt der geistlichen Fürsten, und Revision der Bundesacte selber. Unter den politischen Persönlichkeiten der Zeit gab sich den Vorschlägen Carl Augusts der spätere Fürst Primas, damals Statthalter von Erfurt, Carl Theodor von Dalberg, am willigsten hin. Seine Hoffnung war,*) daß „der treffliche Fürstenbund nach und nach ein Bund des ganzen Reiches und sogar des Kaisers werde und daß dieser Bund nicht blos geheime Schrift bleibe, sondern Grundfeste gemeiner Wohlfahrt in Justiz, Verkehr, Kreisverfassung und Zollwesen werde." König Friedrich Wilhelm dagegen meinte: Wenn wir Alle unirt wären, dann brauchten wir keinen Fürstenbund mehr; der ist aber nöthig, weil wir Alle nie eines Sinnes werden können. Dalbergs politische Autorität war in Berlin keine Empfehlung für die Vorschläge; man sah dort das flackernde Feuer von Dalbergs Begeisterung, seine weiche und unbeständige Hingabe an jeden neuen Eindruck ungefähr so an, wie sie sich in dem späteren politischen Leben des Mannes gezeigt hat. Ein preußischer Diplomat jener Tage meint, das „sentimental-politische Gewäsch von Freund Dalberg sei ein wiederholter Beweis, daß der Kurfürst von Mainz nicht so Unrecht habe, wenn er ihn nicht zum Coadjutor wolle;" und ein andermal wird geradezu die Besorgniß ausgesprochen, Dalberg möchte als Kurfürst Alles drunter und drüber bringen, vermöge der „Unionomanie, die ihn beseele." So lauteten die Urtheile in dem Augenblick, wo Preußen sich alle Mühe gab, Dalbergs Wahl zum Coadjutor durchzusetzen.

Der preußischen Politik lag das Bestehen des Fürstenbundes allerdings am Herzen; wir werden später sehen, wie sie, um dessen Dauer zu sichern, die Coadjutorwahl in Mainz in ihrem Sinne zu leiten suchte. Auch klopfte sie zu gleicher Zeit beim Fürstbischof von Speyer an, um dort durch die Wahl eines ergebenen Coadjutors dem Bunde Eingang zu schaffen; sie ließ Johannes Müller, der damals nach Rom reiste, in der Schweiz mit Steiger darüber verhandeln, ob nicht etwa der Zutritt der Eidgenossenschaft zur Union zu erlangen wäre.**) Aber die Thätigkeit Carl Augusts war ihr unwillkommen; während Hertzberg nur an eine feste politische Allianz dachte, die sich von den Alpen bis zum Meere ausdehnen sollte, kam ihm der Herzog

*) Aus einem Schreiben Dalbergs an Carl August vom 12. Febr. 1787 und zwei Briefen des Freiherrn Joh. Friedr. vom Stein, vom 24. Febr. und 1. März. Stein, damals Gesandter in Mainz, war der älteste Bruder des Ministers Karl vom Stein.

**) In dem Berichte Johannes Müllers heißt es: les dispositions sont très bonnes; aber man müsse doch des Beistandes von Frankreich oder Oesterreich versichert sein, durch den Papst die katholischen Orte bearbeiten lassen, in der Neuenburger und Constanzer Sache den Schweizern gefällig sein u. s. w., wenn man zum Ziele kommen wolle. (Aus der angef. Correspondenz.)

mit dem unbequemen Gedanken einer Umgestaltung der Reichsverfassung in die Quere. Carl August war indessen in edlem patriotischem Eifer unermüdlich, schrieb und reiste, so daß man ihn spöttisch den „Courier des Fürstenbundes" nannte, ging nach Darmstadt und Stuttgart, um die beiden noch unbetheiligten Höfe hinzuziehen, aber seine Mühe war erfolglos.

Die Antwort, die Hertzberg auf die Vorschläge gab (Januar 1788), bewies unzweideutig, daß Preußen die weitere Fortbildung des Bundes nicht wollte, und daß die Gründe und Bedenken, die es vorschützte, eben nur gesuchte Vorwände waren, die innere Abneigung zu verbergen. Man höre nur! Eine solche Versammlung in Mainz — war der Sinn von Hertzbergs Gutachten — würde eine ungesetzliche Trennung und gleichsam ein Gegenreichstag sein; Alles, was der Bund gesetzlich thun könne, sei, die Materialien der künftigen Reform durch ein geheimes Einverständniß vorzubereiten, was durch die bevollmächtigten Minister der Kurhöfe allenfalls in Mainz geschehen könne. Alles Andere, was Lärm und Gegenanstalten Oesterreichs hervorrufen könne, müsse vermieden werden. Man solle die Privilegien Oesterreichs ruhen lassen, sich begnügen, Materialien zur Gesetzgebung zu sammeln; die Acte des Fürstenbundes bedürfe keiner Revision, Maßregeln desselben wegen des Tausches von Baiern seien nunmehr nicht dringend, wohl aber könne man sich über gemeinsame Schritte einer etwaigen Hülfsleistung gegen jede versuchte Zertrümmerung Baierns vorläufig verabreden.

Diese Antwort war in der Hauptsache eine abschlägige, auch wenn man durch scheinbares Eingehen die Schärfe der Ablehnung milderte. In Mainz erregte sie daher sichtbare Verstimmung, und König Friedrich Wilhelm hielt es für nöthig, in einem besonderen Schreiben, das auftauchende Mißtrauen in die Fortdauer des Bundes zu bekämpfen.*) Er betheuerte darin auf's Bestimmteste, daß er die betretene Bahn nicht verlassen und daß er den Bund wie sein eigenes Werk aufrecht halten werde. Er lehnte den Vorschlag weiterer Besprechungen nicht ab, aber wiederholte doch die Gründe Hertzbergs gegen den Plan eines „allarmirenden Congresses" in Mainz, und meinte auch, der Hauptzweck des Bundes sei, die Besitzungen der Reichsfürsten gegen jeden Angriff und jede Verminderung sicherzustellen. Dem Herzog von Weimar sollte die ablehnende Antwort damit versüßt werden, daß man ihm vorschlug: die in Mainz beglaubigten Gesandten der drei Kurhöfe (Preußen, Sachsen und Hannover) möchten mit den übrigen Mitgliedern des Bundes eine ununterbrochene Correspondenz über dessen Angelegenheiten unterhalten. Aber Carl August täuschte sich darüber nicht, daß sein Plan vereitelt war; er machte seinem patriotischen Unmuth darüber in einem Schreiben an Hertzberg Luft. Wenn mich, schrieb er,**) gegenwärtig Jemand um Rath fragte,

*) Schreiben an Stein vom 29. Febr. (In der angef. Correspondenz)

**) Brief vom 29. März 1788. (In der angef. Correspondenz.)

ob diese deutsche Union Energie genug hätte, die Rechte der Unterdrückten zu vertheidigen, ob darin ein Geist und allgemeine Grundsätze lebendig seien, nach denen der Bund das Ziel verfolgt, welches ihm die öffentliche Stimme zuschreibt; wenn man wissen wollte, ob diese vermeintlich vereinigten Fürsten vereinigt genug sind, um eine besondere Politik über irgend etwas Bedeutendes zu verfolgen, was über die Linie des gewöhnlichen Tagewerkes des Reichstages hinausgeht — dann würde ich dem Frager offen antworten: ich riethe ihm, sich ruhig zu halten, da Deutschland nicht im Stande sei, sich aus der untergeordneten Stellung zu erheben, in die es seine Unthätigkeit versenkt, sondern die Mehrzahl seiner Stände nicht Nerv genug habe, auf große Dinge auszugehen, und weit entfernt, einen guten Zeitpunkt zu nützen, in welchem sie sich als Nation erheben und die Einigung zu heilsamen Maßregeln gebrauchen könne, es vielmehr vorzöge, sich in den gegenwärtigen Zustand einzulullen und zu glauben, dies sei das höchste Ideal einer guten Verfassung, die auch nur anzurühren man sich wohl hüten müsse.

Der Herzog hatte gehofft, die Dinge im Reiche auf einen Punkt regerer und zugleich zuverlässigerer Wirksamkeit zu bringen. „Das System der Union — schrieb er an den sächsischen Minister von Löben*) — schien mir hierzu, nach Maßgabe der zu Mainz angegebenen Entwürfe, vorzüglich geschickt und als eine feste und unerschütterliche Grundlage, welche dem Charakter der deutschen Nation angemessen wäre, um als ein würdiges Denkmal derselben bestehen zu können. Alle Entwürfe hatten nur Einen Endzweck, nämlich die Vereinigung der verschiedenen wirkenden Kräfte auf Einen Punkt. So schmeichelte man sich, daß der Nationalgeist in unserem Vaterlande erweckt werden könnte, von dem leider auch die letzten Spuren täglich mehr zu erlöschen scheinen. Man hoffte, daß der träge Schlummergeist, der Deutschland seit dem westfälischen Frieden drückt, endlich einmal zerstreut werden könnte, und daß mit diesem Kranze die deutsche Union sich als ein wahres, wirksames Corps zur Aufrechterhaltung deutscher Freiheiten, Sitten und Gesetze zuletzt schmücken sollte."

Die Antwort, welche der sächsische Minister darauf ertheilte, ist bezeichnend, weil sie rückhaltslos den Gedanken ausspricht, der die Gründer des Bundes bei dessen Abschluß leitete. Nicht die Verbesserung, äußerte er, sondern nur die Erhaltung der Reichsverfassung sei der Zweck des Fürstenbundes; jeder Versuch einer Verbesserung würde nicht nur an sich selbst mit unendlichen Schwierigkeiten verbunden sein, sondern er könnte auch zur Auflösung älterer und neuerer reichsständischer Verbindungen und vielleicht selbst zur Erreichung jener Absichten führen, die man dadurch zu vereiteln suche.

*) Den 30. März.

Wenn der Leiter der preußischen Politik sich mit einem Male so vorsichtig und beinahe scheu über das Vorgehen gegen Oesterreich aussprach, wie dies Hertzberg in den angeführten Verhandlungen gethan, so darf man daraus nicht folgern, daß der Gegensatz seiner Politik zu Oesterreich sich irgend gemildert hatte. Hertzberg war von der antiösterreichischen Richtung viel lebhafter durchdrungen, als jene mainzisch-weimarischen Vorschläge; nur war ihm die Erweiterung des Fürstenbundes nicht das rechte Mittel dazu, er zog den Weg europäischer Bündnisse vor. Im Uebrigen blieb die preußisch-österreichische Rivalität in kleinen und großen Dingen ungeschwächt und war der leitende Gedanke der preußischen Politik von 1787—1790. Am merkwürdigsten gab sie sich kund in der Haltung beider Großmächte gegenüber dem Papst und der katholischen Kirche; während Joseph II. in Oesterreich einen hartnäckigen Krieg gegen die römische Hierarchie führte, stellte sich eben deshalb die erste protestantische Macht in Deutschland auf die Seite des Papstes.

Die josephinische Aufklärung hatte, wie wir früher wahrnahmen, auch die geistlichen Fürstenhöfe zum großen Theil ergriffen und sie zu Thaten der Reform und Toleranz veranlaßt, die den römischen Ueberlieferungen entschieden widersprachen. Bei den mächtigeren geistlichen Fürsten kam die Neigung des Jahrhunderts, die landesherrliche Allgewalt von allen hemmenden Schranken zu befreien, jener Reformthätigkeit zu Hülfe; sie widerstrebten dem römischen Einflusse, weil sie ihre geistliche Souveränetät ähnlich vom Papst zu emancipiren dachten, wie die weltliche sich des Kaisers entledigt hatte. So arbeiteten Absolutismus und Aufklärung zusammen, um innerhalb der katholischen Kirche eine Bewegung hervorzurufen, die in Rom bald mehr Sorgen weckte, als die Ketzerei der Protestanten. Die Herstellung einer päpstlichen Nuntiatur in Baiern, von Kurfürst Karl Theodor theils aus eigennützigen Beweggründen (er wollte die Geistlichkeit mit Hülfe Roms zur Besteuerung beiziehen), theils aus Verdruß über die Reformbestrebungen der größeren geistlichen Höfe veranlaßt, gab den Anstoß, diese schon früher durch Hontheims Febronius und die Thätigkeit Josephs II. angefachte Bewegung mit neuer Stärke zu erwecken (1785). Die bairische Nuntiatur drohte im Namen Roms unmittelbar in die Kirchenregierung einzugreifen und zwar auf Kosten der bischöflichen Macht, namentlich von Salzburg, Augsburg u. s. w.; zu gleicher Zeit sollte auch am Rhein die herkömmliche Stelle des päpstlichen Nuntius mit diesen Vollmachten bekleidet und damit den Metropolitanrechten der größeren deutschen Kirchenfürsten gleicher Abbruch zugefügt werden. Ein solcher Versuch war vortrefflich geeignet, der Opposition gegen Rom neue Stärke zu verleihen. Denn wenn auch davon zunächst das geistliche Hoheitsrecht der größeren und mächtigeren Herren bedroht war, ließ sich doch zugleich mit dem Kampf für dieses hierarchische Interesse der Erzbischöfe der alte nationale Gegensatz gegen Rom leicht verflechten und der

Sache der Anschein geben, als handle es sich hier um die deutsche Unabhängigkeit von römischer Herrschsucht und Ausbeutung. Auf die Unterstützung des Kaisers war, wenn man seine eigene Lage in Betracht zog, mit Gewißheit zu rechnen; in der That sprach er sich denn auch alsbald dem bischöflichen Interesse günstig aus. Der Papst dagegen wies die Vorstellungen der Erzbischöfe ab, und im Frühjahr 1786 erschienen die beiden Nuntien in München und am Rhein, ernstlich entschlossen, sich als unmittelbare Vollmachtträger des römischen Stuhles zu benehmen. Dies veranlaßte die vier Erzbischöfe von Mainz, Trier, Cöln und Salzburg zu einem entscheidenden Schritte. Im August 1786 traten im Bade Ems ihre Bevollmächtigten zu einem Congresse zusammen und stellten in einer eigenen Punctation ihre bischöfliche Auffassung des Kirchenrechtes dem päpstlich-römischen gegenüber. Ausgedehntere episkopale Gewalt, Beseitigung der Recurse und Exemtionen, Erweiterung des bischöflichen Dispensationsrechts, Regelung des Instanzenzuges, Herabsetzung der Annaten und Palliengelder — das waren die wesentlichen Forderungen der Emser Punctation. Es sind, wie man sieht, dieselben Beschwerden, die schon auf den Concilien zu Constanz und Basel verhandelt waren; das Kirchenrecht der Basler Beschlüsse reagirt noch einmal gegen die Concordate von 1448 und der alte Gegensatz der bischöflichen gegen die päpstliche Hierarchie, der das fünfzehnte Jahrhundert so heftig aufgeregt, wird hier von Neuem lebendig.

Die vier Erzbischöfe traten nun den Nuntien und ihrer Wirksamkeit offen entgegen; sie fanden dabei einen Rückhalt am Kaiser, der (Febr. 1787) ein entsprechendes Conclusum des Reichshofraths veranlaßte. Andererseits nahm sich die pfalzbairische Regierung ebenso entschieden der Ansprüche der Nuntiatur an, und auch Rom war nicht müßig, sein Interesse gegen die Erzbischöfe zu verfechten. Gleichwohl wäre in der damaligen Zeitlage der Kampf ohne Zweifel gegen Rom entschieden worden, wenn die erzbischöfliche Opposition zur Durchführung ihrer Sache die rechten Wege eingeschlagen hätte. Klug war es wenigstens nicht, daß sie es unterließen, die Bischöfe in das gleiche Interesse gegen Rom zu verflechten, und damit den sehr einleuchtenden Vorwurf der Gegner herausforderten: es handle sich nur um einen herrschsüchtigen Anspruch der e r z bischöflichen Oligarchie, der gegenüber die Bischöfe ihre natürlichste Stütze in Rom hätten. Aber auch die rechte Energie zur Durchführung einer so ernsten Sache war in diesem Kreise kaum zu finden: der Illuminatismus mit seiner kosmopolitischen Weltbildung, seiner vornehm gnädigen Toleranz, seinem literarischen Dilettantenthum konnte wohl Leute wie Karl Theodor von Dalberg hervorbringen, aber die Charaktere eines Hutten und Luther nicht, die das Vollbringen einer solchen Aufgabe erforderte. So war denn auch die nöthige Festigkeit und Eintracht unter den vier geistlichen Herren zu vermissen; während die Nuntien, von Baiern unterstützt, in die bischöflichen Gerechtsame von Trier (Augsburg) und Salzburg ein-

griffen, war die Haltung von Mainz und Cöln lau, beinahe zweideutig zu nennen.

Das war der Augenblick, wo die erste protestantische Macht mit Erfolg für Rom intervenirte. Die Hertzbergische Politik besorgte, es könnte sich durch den Streit über die Nuntiatur wieder ein engeres Verhältniß zwischen dem Kaiser und den geistlichen Kurfürsten, namentlich Mainz, herstellen, das dann vielleicht den ganzen Erfolg des Mainzischen Beitritts zum Fürstenbunde wieder aufhob; drum entschloß sie sich, für Rom zu vermitteln und die Erzbischöfe, namentlich den von Mainz, mit Rom wieder zu versöhnen. Ohne sich, wie er sagte, zum Richter machen zu wollen, sprach der König die Ansicht aus, es sei besser, wenn man die Sache durch Hartnäckigkeit nicht auf die Spitze treibe und dadurch ein Schisma in der deutschen Kirche hervorrufe. Seine Diplomaten beurtheilten die Emser Politik ohne Enthusiasmus und überaus nüchtern, aber im Ganzen ohne Zweifel richtig. Etwas Priesterstolz, schreibt Stein, mit des Kurfürsten Friedrich Karl angeborenem Stolz und Uebermuth amalgamirt, möchte Mainz gar zu gern die deutsche Tiara aufsetzen und würde es vielleicht gar gern sehen, wenn der König unbedachtsam genug wäre, diese Sache in das Geleise bringen zu wollen.*) Die ersten Zeichen dieser Politik kündigten sich in dem äußeren Verhältniß des Nachfolgers von Friedrich dem Großen zum römischen Hofe an. Derselbe Nuntius Pacca, dem die geistlichen Herren in Trier und Cöln mit unverhohlener Feindseligkeit entgegentraten, ward von der preußischen Regierung zuvorkommend behandelt und seiner Wirksamkeit im Clevischen Lande kein Hinderniß bereitet; Rom zeigte sich dafür dankbar und im Jahre 1787 führte der römische Staatskalender den preußischen Monarchen zum ersten Male mit seiner königlichen Würde auf. Die Sendung des Marchese Lucchesini an den Mainzer Hof enthüllte dann offen den preußischen Plan, die Emser Verbindung zu sprengen und den Kurfürsten Friedrich Karl wieder mit Rom auszusöhnen. Der Lohn, den sich Preußen dafür vorbehielt, war die Zustimmung des Papstes zur Ernennung eines Coadjutors, der Preußen genehm war, und den man in der Person Karl Theodors von Dalberg glaubte gefunden zu haben. Wir gehen nicht in die einzelnen Vorgänge ein, welche die Wahl Dalbergs herbeiführten: es ist die gewöhnliche Geschichte der geistlichen Wahlen. Bemühungen um die Stimmen der einzelnen Wähler, Einfluß auf Weiber und Günstlinge, nöthigenfalls durch Geld erkauft, das waren die Mittel, durch die Dalberg, wie so vielen andern Fürsten der deutschen Kirche, der Weg zum erzbischöflichen Stuhle geebnet ward. Während sich das zu Mainz abspielte, war Lucchesini nach Rom gegangen, hatte dort, ohne Dalbergs zu erwähnen,

*) Die obigen Aeußerungen sind einem Briefe des Königs an Lucchesini vom Febr. 1787 und einem Schreiben Steins an Carl August vom 24. Febr. in der handschriftlichen Correspondenz entnommen.

die Curie für die Wahl eines Coadjutors günstig zu stimmen gewußt und ein Abkommen getroffen, das zugleich den preußischen und päpstlichen Wünschen entsprach. Der eine Theil der Verabredung setzte fest, daß der neu Gewählte den Grundsätzen des Fürstenbundes treu bleiben solle, der andere verlangte, daß der Erzbischof und sein Coadjutor die Emser Convention fallen lassen und sich mit dem Status quo begnügen sollte. Da traf die Nachricht ein, daß (1. April) Dalbergs Wahl gesichert war. Der erste Eindruck in Rom war ihm nicht günstig, weil die Curie wegen seines Illuminatismus nicht außer Sorge war; doch wußte es Lucchesini dahin zu bringen, daß auch ihm die Bestätigung unter den angegebenen Bedingungen versprochen ward. In Mainz dagegen war man wegen des Ausdrucks „Status quo" nicht ganz beruhigt; zwar gab (2. Mai) der Kurfürst eine Erklärung an Lucchesini, die den römischen Forderungen in der Hauptsache entsprach, aber er fügte doch den Wunsch bei, Rom möge sich verpflichten, die bischöflichen Rechte des Mainzer Stuhls in Pfalzbaiern nicht ferner verkürzen zu lassen. Das drohte die Unterhandlung hinauszuziehen; drum ließ Friedrich Wilhelm II. durch Lucchesini dringend anempfehlen, man möge den preußischen Wünschen nachgeben und nicht durch Zögern das Gelingen der ganzen Verhandlung aufs Spiel setzen.*) So vereinigte man sich denn vorläufig; Dalberg ward gewählt, Kurmainz gab die Emser Beschlüsse preis und begnügte sich mit der zweifelhaften Bürgschaft Lucchesini's, daß Rom keine weiteren Eingriffe in seine erzbischöflichen Rechte versuchen werde. Rom hatte also seinen Zweck erreicht, die Emser Verbindung aufzulösen, und Preußen schmeichelte sich mit dem Erfolg, die engere Verbindung zwischen dem Kaiser und den Erzbischöfen gehemmt zu haben; diese letzteren, namentlich Mainz, trugen die Kosten der Vermittlung. Denn es zeigte sich bald, wie Rom das Abkommen nicht dahin deutete, daß es seine kirchenherrlichen Ansprüche in Deutschland aufgeben wollte, vielmehr entstand aus neuen Eingriffen neuer Hader, der nie zum Austrag gekommen, sondern erst durch die welterschütternden Ereignisse seit 1789 allmälig in Vergessenheit gerathen ist. Hertzberg selbst, als er seinen nächsten Zweck erreicht, suchte die preußische Politik aus dem mißlichen Handel herauszuwinden und überließ die streitenden Parteien sich selber.

Wichtigere Angelegenheiten als die Frage, welches Kirchenrecht in Deutschland gelte, nahmen die preußische Politik völlig in Anspruch: das Vorgehen Rußlands gegen das osmanische Reich und der Anschluß Josephs II. an die moskowitischen Eroberungstendenzen. In keiner politischen Verwicklung jener Tage läßt sich das Verhältniß der beiden Großmächte so genau beobachten, wie in dieser orientalischen Sache; in ihr nimmt auch die Hertzbergische Po-

*) Aus der Correspondenz Lucchesini's, die er von Rom aus mit Mainz führte.

litik ihren letzten mächtigen Anlauf, um dann überwunden vom Schauplatze abzutreten. Wir wollen dem Verlauf dieser Dinge, an die sich der Umschwung der österreichisch-preußischen Politik im Jahre 1790 knüpft, genauer nachgehen; unsere Darstellung ist aus den reichen handschriftlichen Quellen geschöpft, welche uns über die preußische Politik im Orient während der Jahre 1787—1790 vorliegen.*)

Wir haben früher gesehen,**) wie sich jene österreichisch-russische Verbindung anknüpfte, welche Friedrich II. vergebens zu hindern trachtete, und wie das östliche Bündniß auch in die inneren Angelegenheiten Deutschlands so wirksam hereinspielte, daß Preußen in einem Bunde der deutschen Fürsten einen Ersatz für die verlorene Allianz im Osten suchen mußte. Inzwischen hatte Rußland den ganzen Vortheil der Verbindung mit Oesterreich zu seinen Gunsten ausgebeutet, sich der Krim, Tamans und Kubans bemächtigt und die Türken genöthigt, diese neue Erwerbung gut zu heißen (Jan. 1784). Vergebens suchte Joseph II. einen Ersatz in Deutschland und in Holland; sein unruhiger und leidenschaftlicher Eifer, irgendwo eine Vergrößerung zu finden, entsprang eben aus dem Mißmuth über die ungleiche Verbindung mit Katharina II., die den Russen den Weg nach Constantinopel bahnte, ohne daß ihm selber dafür eine Entschädigung ward. In der baierischen wie in der holländischen Angelegenheit war er gescheitert, und während Rußland seine ganze Kraft nach dem osmanischen Reiche hin wenden konnte, hemmte ihn der Widerstand auf allen Seiten; ja es drohte die wachsende Gährung in den einzelnen Kronlanden seine ganze Thätigkeit nach Außen zu lähmen. Joseph II. befand sich fast in einer ähnlichen Lage, wie zwölf Jahre zuvor Friedrich vor der polnischen Theilung; er war ebenso fest davon überzeugt, daß die türkische Nachbarschaft an der Donau der russischen vorzuziehen sei, wie damals Friedrich lieber Polens als Rußlands Nachbar geblieben wäre; aber es blieb ihm gerade, wie damals dem großen König, nur eben die Wahl zwischen einer entschlossenen Abwehr Rußlands und zwischen einer engen Verbindung, die ihn die Früchte von dessen Vergrößerung mit genießen ließ. Indessen ging Rußland immer entschlossener vor; die Reise der Kaiserin in die neue Provinz Taurien, das prahlende Gepränge russischer Macht, das entfaltet ward, die unverhohlene Hindeutung auf die Schöpfung eines neuen byzantinischen Reiches stellten es außer Zweifel, daß sich ein entscheidender

*) Aus dem Nachlasse von Diez, dem preußischen Gesandten in Constantinopel, stammen die Handschriften, die wir dabei benutzt haben; sie enthalten sowohl die Copien von D.'s Depeschen nach Berlin, als die Originalien von Hertzbergs Correspondenz an Diez, nebst einer Anzahl Actenstücke, welche sich auf den Reichenbacher Vertrag beziehen. Dazu kommt noch eine andere handschriftliche Correspondenz zwischen Hertzberg und dem Grafen Goltz. Seitdem ist von Zinkeisen's Gesch. des osman. Reiches der sechste Theil (1859) erschienen, dem wir weitere Ergänzungen verdanken.

**) S. oben S. 154. 155.

Schlag vorbereitete. Auch Joseph II. begab sich (Mai 1787) nach Cherson; er hätte in diesem Augenblicke freilich die russischen Eroberungspläne gern vertagt gesehen, da er sich nicht mehr darüber täuschte, daß nur Rußland der Löwenantheil zufallen würde, aber er war ebenso entschlossen, bei einem neuen Angriff auf die Türkei lieber energischen Antheil zu nehmen, als wieder, wie in den Jahren 1783—1784, leer auszugehen. Seine Besorgnisse über das Wachsthum russischer Macht verbarg er kaum, er sprach sie nicht nur gegen den französischen Gesandten Segur — wohl mit berechneter Offenherzigkeit — damals aus; auch in einem vertraulichen Schreiben an Kaunitz schrieb er auf dem Rückweg aus Taurien: „Die Vortheile, welche Rußland aus der Acquisition dieser Provinz hat, sind sehr wichtig für dieses Reich. Es kann die Osmanen nach Zerstörung ihrer Armada auf's Aeußerste bringen; es kann Stambul zittern machen, und damit erhält es den Weg nach Poros und dem Hellespont, dem ich aber auf der Seite Rumeliens zuvorkommen muß."

So lange Friedrich II. lebte, nahm Preußen zu diesen Dingen eine nur beobachtende Stellung ein; wäre der König in seinen jungen Jahren vielleicht rascher entschlossen gewesen, eine active Rolle in den orientalischen Händeln zu spielen, so war er jetzt nach den Nachwirkungen des siebenjährigen Krieges zu einer Zeit, wo seine ganze Politik auf die Erhaltung des Friedens gestellt war, in jedem Falle nicht geneigt, zur Abwehr einer Krisis, die er noch nicht so nahe glaubte, sein Heer und seine Finanzen einzusetzen. Er nannte das „de faire le Don Quixote des Turcs". Sein Vertrauen zu der Integrität und Zuverlässigkeit osmanischer Staatsmänner war zudem außerordentlich gering; mit so käuflichen Leuten, meinte er, dürfe man sich in Nichts tiefer einlassen. Sein Geschäftsträger zwar, Heinrich Friedrich von Diez, der Preußen seit 1784 bei der Pforte vertrat, neigte zu einer thätigeren Politik; er hielt es für Preußens Pflicht, das türkische Reich gegen seine Bedränger zu schützen, schon wegen des Zuwachses an Macht, der im Falle der Auflösung Rußland und Oesterreich verstärkte. Aber Friedrich blieb in seiner zwar freundlichen, doch zurückhaltenden und vorsichtigen Stellung. „Se. Majestät — klagt darum Diez am 10. Juli 1786 dem Minister Hertzberg — hat zu wenig Neigung bezeigt, die Türken zu unterstützen, als daß ich hätte wagen können, Vorschläge darüber zu machen. So habe ich mich darauf beschränkt, in meine Depeschen Gedanken einzustreuen, welche darauf hinweisen können, was sich zum Wohle der Pforte und Preußens etwa thun ließe. Aber ich war nicht so glücklich, sie nur zur Erörterung gebracht zu sehen. Ich bin daher zur Rolle eines traurigen Neuigkeitsträgers ohne System und ohne Thätigkeit verurtheilt und muß vor der Pforte und selbst vor meinem Dragoman die Gleichgültigkeit des Königs und meine Unthätigkeit verhehlen, damit ich wenigstens den Faden dann wieder aufnehmen kann, wenn die preußische Regierung sich entschließen sollte, ein dem osmanischen Reiche günstigeres System

anzunehmen.“ Hertzberg vertröstete den Gesandten auf den bevorstehenden Regierungswechsel,*) indessen Diez auf eigene Hand seine türkenfreundliche Politik trieb und sich theilweise tiefer einließ, als es im Willen Friedrichs und selbst im Plane Hertzbergs lag.

Mit dem Tode des Königs trat nur insofern eine leise Veränderung ein, als Diez nun den Rang eines außerordentlichen Gesandten und eine dem entsprechende Dotation erhielt. Allein der Wunsch der Pforte, zu Preußen in ein näheres Verhältniß zu treten, womöglich durch ein Bündniß sich gegen Rußland zu verstärken, fand ungeachtet der eifrigen Verwendung von Diez in Berlin keinen Anklang. Man wollte dort Alles vermeiden, was die Beziehungen zu Rußland trüben konnte und fühlte sich zudem durch die holländische Verwicklung vollauf beschäftigt. Selbst der Vorschlag, Preußen solle etwa im Verein mit Frankreich die Vermittlerrolle übernehmen, hatte keinen besseren Erfolg. Hertzberg wäre wohl dazu geneigt gewesen, indessen er stand, wie es scheint, mit dieser Ansicht allein. „Ich rathe Ihnen, schrieb er am 24. April 1787 an Diez, auf unsrer Vermittlung nicht zu bestehen, wiewohl ich sie für nützlich halte. Man findet aber hier keinen Geschmack daran; ich würde allein die Verantwortlichkeit tragen. Außerdem sehe ich voraus, daß Rußland, Oesterreich und Frankreich sie nicht wollen und für jetzt lohnt sich die Sache der Mühe nicht. Wir müssen uns für wichtige Gelegenheiten aufsparen.“ Eben darum rieth auch Hertzberg, das früher aufgetauchte Project einer türkischen Gesandtschaft nach Berlin fallen zu lassen. „Sie würde uns zu viel kosten, sagte er, und das Geld ist bei uns nicht mehr so im Ueberfluß vorhanden, wie in den früheren Zeiten.“ Das wiederholte Drängen von Diez vermochte diese Ansicht nicht zu erschüttern; man beschränkte sich in Berlin auf freundschaftliche Rathschläge, ohne weitere Verpflichtung. Auch Hertzberg, der sonst dem Standpunkt von Diez näher stand, meinte nur (Juli), der Gesandte solle beiläufig zu verstehen geben: der König werde die Vermittlung gern übernehmen, wenn sie von beiden Theilen verlangt würde.

Die Pforte verkannte indessen nicht, daß sich ein russisch-österreichischer Angriff gegen sie vorbereite; das Auftreten Katharinens in Taurien, die Anwesenheit Josephs ließen darüber keinen Zweifel mehr. Aber sie hatte, durch Diez zum Theil bestärkt, sich der Hoffnung hingegeben, in der Vermittlung Preußens eine zureichende Hülfe zu finden, bis die letzten Nachrichten aus Berlin diese Hoffnung vereitelten. Hatte sie drei Jahre zuvor ein äußerstes Beispiel nachgiebiger Schwäche gegeben, so ließ sie sich diesmal im Grolle über Rußlands Benehmen, über die Wühlereien unter der christlichen Bevöl-

---

*) Je crois aussi que dans le même cas (nach dem Tode Friedrichs) je pourrais prendre des mesures et pour jeter la base d'une liaison plus étroite entre la Prusse et la Porte et pour rendre l'état de celleci plus assuré et plus utile à ses amis. (Depesche Hertzberg's vom 6. Juni 1786)

kerung des Reiches, deren Mittelpunkt die russische Gesandtschaft selber war, zu dem verzweifelten Entschluß einer plötzlichen Kriegserklärung fortreißen (24. August 1787). *)

In Berlin war man von diesem schnellen Entschlusse unangenehm überrascht. Man hielt den Krieg für ein Wagstück und Hertzberg meinte, keine europäische Macht werde sich „aus Liebe für die Türken" compromittiren wollen; Diez ward daher angewiesen, den Türken keine Hoffnung zu wecken; er solle lediglich Beobachter sein und nur „jeden Posttag" genauen Bericht geben von den Mitteln, Planen und Maßregeln, zu denen die Pforte greife. Der preußische Minister legte in diesem Augenblicke den Dingen am Bosporus noch kein großes Gewicht bei; er war fast berauscht von dem Erfolge seiner Politik in Holland, und seine Depeschen an Diez strömen über von Ausdrücken des Triumphes über die glänzende Rolle, die Preußen dort spiele. Er vergleicht Preußens Stellung mit der gebieterischen Politik jenes Römers Popilius Länas, der einen Kreis um Antiochus zog und ihm befahl, Frieden zu machen, bevor er aus dem Kreise heraustrete. „In meiner ganzen politischen Laufbahn — schreibt er am 6. Oct. — habe ich auf den Moment gelauert, Preußen diese Ehre zu verschaffen, und bin endlich dazu gelangt. Es ist wahr, es hat mich Mühe gekostet, und seit zwei Jahren habe ich dieses System allein gegen alle Welt aufrecht erhalten. Frankreich verliert dadurch die Allianz mit Holland und den Rest seines Ansehens in Europa."

Indessen die Russen den preußischen Geschäftsträger in Constantinopel beschuldigten, er habe die Türken zum Kampfe ermuthigt, war Diez durch die Weisungen, die er von Berlin erhielt, zu einer Neutralität und Unthätigkeit gezwungen, die er allerdings nur mit Widerstreben ertrug. Hertzberg wiederholte die Erklärung, daß die Lage Preußens nicht gestatte, sich den Gefahren eines Krieges für ein so weit entferntes und halbbarbarisches Volk auszusetzen, trat aber zugleich mit einem eigenen Plane hervor, der nach seiner Ansicht die ganze orientalische Verwicklung in endgültiger Weise lösen sollte. **) „Da wir — schreibt er — die holländischen Angelegenheiten so glücklich erledigt und nun die Hände frei haben, so möchte ich wohl, was in meinen Kräften liegt, thun, um den gegenwärtigen Türkenkrieg zu einer Verherrlichung meines Ministeriums zu benutzen. Sie können dazu mitwirken, aber Sie müssen mit größter Einsicht, Kraft und einem undurchdringlichen Geheimniß verfahren, dessen Mitwisser nur wir beide und die Personen, welche diese

*) „Elle se flatta de trouver cet ami dans le Roi de Prusse et c'est pour cela qu'elle sollicita ses bons offices si instamment. Or comme mes explications générales ne donnoient aucune espérance, s'écartant toujours de ses desirs, elle a franchi le pas et remis sa destinée à Dieu et à ses armes" — schreibt Diez unmittelbar nach der Kriegserklärung.

**) Schreiben Hertzbergs an Diez d. d. 24. Nov. 1787.

Briefe schreiben und chiffriren, sein dürfen. Es hat wenig Anschein, daß die Pforte sich gegen die beiden kaiserlichen Höfe wird behaupten können. Frankreich wird für sie wenig oder nichts thun und kein anderer Hof wird sich ohne Hoffnung auf große Vortheile für sie exponiren wollen. Ich habe mir einen Plan ausgedacht, den Sie errathen können, der aber das größte Geheimniß erfordert. Glauben Sie, man könnte die Pforte dazu bringen, dem Kaiser die Moldau und Wallachei und den Russen die Krim, Oczakow und Bessarabien abzutreten, jedoch unter der Bedingung, daß Preußen, Frankreich und andere Mächte, die ich beiziehen würde, dem osmanischen Reiche seine dauernde Existenz jenseits der Donau in der Weise garantirten, daß die Donau und die Unna die ewige Grenze zwischen dem osmanischen Reiche und der Christenheit bilden würden? Ich sollte glauben, es wäre zugleich dahin zu bringen, daß um diesen Preis Rußland auf die Vasallenschaft Georgiens und alles dessen, was jenseits des Flusses Cuban liegt, verzichte, sich nicht mehr in die inneren Verhältnisse der Türkei einmische und seine Handels- und Schifffahrtsprivilegien auf Grenzen zurückführe, die billig und mit der osmanischen Souveränetät verträglich sind. Zugleich habe ich die Idee eines guten Aequivalents, welches von Seiten der beiden kaiserlichen Höfe Preußen erhalten würde; die Türkei würde dabei kein Opfer bringen, sie hätte Preußen nur einen recht günstigen Handelsvertrag zu bewilligen und die freie Schifffahrt im Mittelmeere vor den Barbareskenstaaten zu schützen."

Wenn man an die Erschütterungen der folgenden Zeit denkt, und wie wenig solch diplomatische Abkommen in dem lebendigen und wilden Drange entfesselter Kräfte und Leidenschaften den Charakter der „Ewigkeit" sich bewahren können, so mag man sich kaum eines Lächelns erwehren über die Art, wie Hertzberg die Lösung der großen Weltfrage, der Zukunft des byzantinischen Ostens, ausgedüftelt hatte; aber es ließ sich nicht leugnen, zum Wesen der Gleichgewichtspolitik paßte diese Combination. Dem Einwande, daß die Türken sich so leicht die Abtretung nicht würden gefallen lassen, begegnete der preußische Staatsmann mit der Erwiederung, daß sie dann gewaltsam wahrscheinlich noch mehr verlieren würden, ohne den unstreitigen Vortheil, durch jenes Opfer den ruhigen Besitz des Restes und eine dauernd anerkannte Grenze zu gewinnen. Daß es dabei dem preußischen Staatsmanne keineswegs nur um den Ruhm zu thun war, die orientalische Frage erledigt zu haben, sondern daß im Hintergrunde seiner Berechnungen zugleich ein reeller Vortheil für Preußen lag, versteht sich von selbst. Für die Abtretung der Moldau und Wallachei verlangte nämlich Hertzberg von Oesterreich die Rückgabe Galiziens an Polen, und dies letztere sollte dann an Preußen dafür Danzig, Thorn und die Palatinate Posen und Kalisch abtreten. Damit erlangte Preußen eine besser arrondirte Grenze, und die Erwerbungen der ersten polnischen Theilung erhielten durch den unentbehrlichen Besitz von Danzig den rechten Abschluß, indeß zugleich der russischen Macht nach Südosten hin eine Grenze

gezogen, Oesterreich aber durch die Donauprovinzen nach dem Osten hingewiesen und durch deren Erwerbung am unmittelbarsten dafür interessirt ward, gegen weitere russische Vergrößerungen wachsam zu sein.

Solch verwickelte Combinationen, die Alles auf das diplomatische Abkommen stellten, hatte vom westfälischen Frieden an bis zu den Verträgen von Utrecht, Aachen, Teschen die Politik des Gleichgewichts gar manche entworfen; Hertzberg, indem er dies Gewebe von Ländertäuschen und Gebietsabtretungen ausgesonnen, ließ sich darum nicht so leicht irre machen durch den Hinweis auf die Masse von Hindernissen, die zu überwinden waren. Die lebhaftesten Einwände machte der preußische Gesandte in Constantinopel selbst. Er schilderte die Türken als durchaus unzugänglich für solch einen Vorschlag; selbst der Hinblick auf größeren Verlust werde sie nicht abhalten, lieber Alles auf's Spiel zu setzen, als einem solchen Abkommen sich zu fügen. Sie seien in einer so gereizten Stimmung, daß sie vom Frieden kaum wollten reden hören, am wenigsten von einem Frieden, der mit irgend einer Abtretung verbunden sei. Ein feiger Friede, glaubten sie, werde den Appetit der Feinde nur steigern und das Verfahren der Großmächte gebe ihnen einen so geringen Begriff von deren Loyalität, daß sie auf eine angebotene Garantie kein Vertrauen setzten. Diez hielt darum den Augenblick für sehr gelegen, den vereinten Vergrößerungsentwürfen Oesterreichs und Rußlands entgegenzutreten; Preußen, meint er, müsse sich mit Schweden, Polen und Großbritannien zur Erhaltung der Türkei verbinden und die österreichisch-russische Allianz mit äußerster Energie bekämpfen. Die früheren Verhältnisse Preußens zu Rußland sah er als aufgelöst an, zumal seit die veränderte Stellung Preußens im deutschen Reiche die Beweggründe für ein russisches Bündniß sehr geschwächt habe. Die Macht Rußlands aber und Oesterreichs im Osten, nun gar vereinigt, könne nicht bedenklich genug angesehen werden;*) man müsse sie mit allen Mitteln bekämpfen, z. B. die Gährung in Ungarn zur Schwächung Oesterreichs benutzen und Ungarn als ein unabhängiges Königreich aufrichten, damit man nicht zu spät die schlimmen Folgen des Versäumnisses erfahre. Kein Augenblick sei dazu günstiger, als der gegenwärtige; Rußland und Oesterreich befänden sich theilweise in innerer Gährung, die Türkei und Polen würden sicher erkenntlich dafür sein, daß Preußen durch seine thätige Hülfe sie beide von der Wucht österreichisch-russischen Ehrgeizes befreit habe. „Mit einem Worte — so schließt Diez seine ausführliche Darlegung — es ist dies der

*) Si la Russie et l'Autriche en conservant leurs possessions actuelles parviendroient un jour à mettre à profit les ressources immenses, qu'elles ont, comme l'Empereur a déjà commencé à exécuter depuis plusieurs années, la Prusse aura tout à craindre de leur part. Or pour que ceci n'arrive point, il faudrait à bonne heure abattre leurs forces et diviser leurs pays en nous appropriant de bons morceaux qui puissent nous leur rendre superieurs pour toujours. Schreiben von Diez d. d. 8. März 1788.

glücklichste Augenblick für Preußen, eine ungemeine Größe zu erwerben und Europa Gesetze vorzuschreiben, indem es sich nicht blos an Ansehen, sondern auch an wirklicher Stärke zur ersten Macht Europas erhebt. Es ist wahr, es wird uns ein paar lebhafte Kriegsjahre kosten, aber das wäre nur ein Capital auf Interessen angelegt, denn dieser Krieg gäbe uns Ruhe für ein Jahrhundert und eine überlegene Macht gegen jeden Feind."

Hielt Diez die Hertzbergschen Vorschläge für unmöglich, so nannte Hertzberg die Diezschen Plane „unausführbare Ideen." Keine Macht werde sich gern in einen Krieg für die Türken einlassen, die sich ja selber nicht zu helfen wüßten, und bei denen man nie sicher sei, daß sie mit Preisgebung ihrer Verbündeten einen Separatfrieden schlössen. Eine Allianz mit Polen und Schweden gebe keine Macht, auch England sei nur zur See von Bedeutung, Preußen würde daher bei der Unzuverlässigkeit der Türken Alles auf's Spiel setzen. Er blieb bei seinen früheren Ansichten; führe die Türkei einen glücklichen Krieg, so brauche sie allerdings nichts abzutreten, aber die Vermittlung Preußens werde ihr dann doch von Werth sein; gestalte sich, wie es wahrscheinlich sei, der Krieg unglücklich, so werde es den Türken immer noch erwünscht sein müssen, mit jenen Abtretungen eine feste Grenze zu gewinnen.*)

Die Meinung, die Diez verfocht, war indessen keineswegs vereinzelt; auch andere preußische Staatsmänner hielten es für nothwendig, diesen Moment zu benutzen, um einerseits die Macht der österreichisch-russischen Allianz zu sprengen, andererseits Preußen eine bessere Abrundung zu schaffen. In einer diplomatischen Denkschrift jener Tage**) ist der Standpunkt dieser Meinung mit aller Offenheit erörtert. „Es ist eine unbedingte Nothwendigkeit für Preußen — so lautet die Schlußfolge — daß es sein Augenmerk auf eine mit Klugheit zur gelegenen Zeit zu erreichende Vergrößerung errichtet. Bei seiner Lage, wo es von zwei stolzen und mächtigen Reichen, die immer weiter zu greifen bedacht sind, umschlossen ist, von Reichen, deren jedes für sich Preußen an Macht und Größe überwiegt, befindet es sich stets in einer bedenklichen und sorgenvollen Krisis und muß alle seine Kräfte anstrengen, um sich in Würde und Ansehen zu erhalten. Eine beständige Anspannung der zweckmäßigsten Mittel ist ihm durchaus nothwendig, denn jede selbst unbedeutend scheinende Erschlaffung kann für diesen Staat von den nachtheiligsten Folgen sein. König Friedrich II. war es vorbehalten durch seinen an Hülfsquellen unerschöpflichen Geist alles das zu ersetzen, was seinem Lande an Hülfsmitteln fehlte. Sein großes Beispiel, stets mehr zu bewirken, als gemeinhin menschliche Kräfte vermögen, diente allen Patrioten des Landes

*) Schreiben H.'s vom 9. Febr. und 26. April. Er fügt hinzu: Je crois que vous devez goûter et approuver ce plan, si vous ne vous abandonnez à votre entêtement.

**) Aus der Correspondenz zwischen Goltz und Hertzberg.

zur treuen Nachahmung, und es glaubte Jeder seiner Unterthanen, weil er ein Preuße, ein Diener und Werkzeug König Friedrichs war, unter seiner Leitung und Anordnung mehr leisten zu können, als jedes Individuum irgend einer andern Nation zu thun vermöchte. So unterzog sich der Diener des Staates mit Eifer und Lust den größten Beschwerden, jeder Kriegsmann stritt mit ausnehmender Tapferkeit und überhaupt Jeder erfüllte das volle Maß seiner Pflichten zur Erreichung des großen Zweckes. Dieses außerordentliche zwischen König und Volk obwaltende Vertrauen bewirkte Preußens Flor; willig ertrug Jedermann die Lasten, weil er sie den Zeitumständen angemessen und nützlich für das allgemeine Beste hielt; wogegen aber auch der König bei seiner genauen Landeskenntniß und Verbindung aller Umstände gewiß war, daß Alles, was er wollte, geschehen konnte und geschah. Wenn nun aber auf eine solche außerordentliche Anspannung aller Kräfte und eine so weise Leitung nicht für alle Zeiten zu zählen ist, so ist es zu Preußens Sicherheit höchst nothwendig, eine jede günstige Gelegenheit wahrzunehmen, wo es sich auf Kosten seiner überlegeneren Nachbarn vergrößern kann, um zu den Kräften dieser selbst in das nöthige Gleichgewicht zu kommen. Nun ist kaum ein Zeitpunkt dafür besser zu finden, wie der gegenwärtige; versäumt Preußen diese Gelegenheit, seine Nachbarn zu schwächen, so ist nichts gewisser, als daß es einst dafür büßen muß und durch das zunehmende Uebergewicht seiner Feinde von der Größe seines jetzigen Standpunktes herabzufallen Gefahr läuft. Denn es ist der politischen Klugheit eines Staates nicht angemessen, sich nur auf die Vertheidigung zu beschränken und den schimmernden Namen eines mäßigen und friedliebenden Regenten durch ruhige Zulassung unausbleiblich herannahender Gefahren allzu theuer zu erkaufen."

So dachten die Anhänger einer agressiven Politik. Sie hielten Hertzbergs fein ausgesponnene Vermittelung für einen bedenklichen Traum; nur mit den Waffen in der Hand, meinten sie, könne Preußen der österreichisch-russischen Allianz seine Mediation aufdringen. Und diese Waffen müsse man denn auch mit aller Energie handhaben, sich eng mit den Seemächten verbinden, die dänisch-schwedische Flotte Rußland auf den Leib hetzen und mit der eigenen ungetheilten Macht Oesterreich angreifen. Die Vertheidiger dieser Meinung dachten an nichts Geringeres, als an einen combinirten Angriff, den Schweden, Polen und die Türken gegen Rußland unternehmen sollten, indessen Preußen seine Waffen gegen Oesterreich wende. Die Verdrängung Rußlands vom schwarzen Meere, die Rückgabe Ingermannlands und Kareliens an Schweden schien, für den Fall eines glücklichen Kampfes, kein unwahrscheinlicher Siegespreis. Preußen selbst würde seine ganze Macht gegen Oesterreich ins Feld führen; man berechnete, daß drei Feldzüge hinreichen würden, Oesterreich zu Paaren zu treiben. Im ersten sollte man Pleß und Königsgrätz gewinnen, der zweite auf die Eroberung von Brünn,

Olmütz und ganz Mähren abzielen, der dritte ins Herz der österreichischen Staaten hineingespielt werden. Die Erwerbung des Restes von Schlesien und eines Theiles von Böhmen und Mähren dachte man sich als Entschädigung für Preußen.

Solche Wünsche waren freilich weit entfernt, den bestimmenden Einfluß auf das Berliner Cabinet zu erlangen; es waren kühne Gedanken Einzelner, die selbst Hertzberg, der in Wien für den erbittertsten Feind Oesterreichs galt, keineswegs theilte. Aber es gewähren diese entgegengesetzten Meinungen auch heute noch ein Interesse, insofern sie die verschiedenen Richtungen erkennen lassen, in welchen sich nach dem Tode Friedrichs des Großen hervorragende preußische Staatsmänner bewegten. Während der folgenden türkischen Verwicklung ist dann, wie wir sehen werden, in der Haltung Preußens jener widersprechende Einfluß nicht zu verkennen, den die persönliche Ansicht Hertzbergs, des Ministers, und die Meinung von Diez, dem Gesandten, abwechselnd auf die diplomatischen Schritte übten.

Indessen hatte der Krieg mit den Russen wie mit den Oesterreichern begonnen. Im Jahre 1787 war nichts Bedeutendes geschehen, außer einem glücklichen Schlag, den Suworoff gegen die Türken bei Kinburn ausführte; dagegen machte Oesterreich außerordentliche Rüstungen, und es blieb kein Zweifel mehr, daß es entschlossen sei, mit Rußland gemeinsam den Türkenkrieg auf's Thätigste zu führen. Die Abmahnungen Preußens beantwortete Joseph II. in einem merkwürdigen Briefe,*) der mit einer gewissen Naivetät den Grundgedanken seiner Politik ausspricht: sich irgendwo, gleichviel ob unter rechtlichen Vorwänden oder nicht zu vergrößern. Er zählt alle die Erwerbungen Preußens und die Verluste Oesterreichs seit 80 Jahren auf, er meint, der Brocken von Polen, den man ihm zugeworfen, sei nicht als Abfindung zu rechnen, denn Preußen habe ein besseres Stück bekommen. Dieser Politik entsprach es vollkommen, daß der Kaiser, noch bevor der Krieg erklärt war, einen Handstreich auf Belgrad versuchte (Dec. 1787), und wie dieser mißlang, der Türkei im Februar 1788 den Krieg erklärte. In Berlin hatte man dies wohl erwartet, war aber davon um nichts weniger peinlich berührt. Die dortigen Staatsmänner fürchteten nicht sowohl eine rasche Eroberung der Türkei, als einen schimpflichen Frieden, in welchem die Pforte überrascht Alles gewähren würde, was Rußland und Oesterreich zunächst erlangen wollten. Darauf waren die ersten Weisungen berechnet, die der preußische Gesandte in Constantinopel unter dem Eindruck der österreichischen Kriegserklärung erhielt.**) Er solle, hieß es, alles Talent und alle Geschick-

*) S. Lebensbilder aus dem Befreiungskriege II. 11 f.

**) Die folgenden diplomatischen Actenstücke befinden sich in einer D.'schen Handschrift: „mes negociations secretes pour la guerre entre les deux Cours Imperiales et la Porte ottomanne de 1787.“

lichkeit anwenden um zu hindern, daß die Pforte keinen übereilten Frieden schließe ohne preußische Vermittelung; er müsse den Türken klar machen, wie nur Preußen und England ein entschiedenes Interesse an der Integrität der Türkei hätten und lediglich ein Friede unter ihrer Vermittelung und Bürgschaft den Interessen der Pforte entsprechen werde. Weiter sollte Diez gesprächsweise den Türken rathen, sich in keine große Schlacht einzulassen, deren Entscheidung leicht verderblich werden könne, sondern die Armee zwischen der Donau und dem Balkan aufzustellen, sich auf die Vertheidigung zu beschränken, die Kräfte der Feinde durch fliegende Corps zu theilen und zu ermüden, und so durch den kleinen Krieg und durch Mangel an Lebensmitteln und Magazinen die Feinde zu verderben.

Indessen hatte der König seinen Adjutanten, den Oberstlieutenant von Goetze, mit geheimen Weisungen an Diez abgesandt. Goetze reiste im strengsten Incognito, in der Verkleidung eines Kaufmannes, Namens Schmidt; seine Beziehungen zu Diez sollten möglichst verborgen bleiben, zum Heere sollte er nur gehen, wenn es im tiefsten Geheimniß geschehen könne. Er brachte die vertraulichen Instructionen, im Namen des Königs selbst ausgefertigt, welche in die Politik Preußens einen vollkommenen Einblick gewähren.*) Das Ansinnen eines Bündnisses sollte auf gute Art abgelehnt, für den Fall eines raschen Friedens der preußisch-britischen Vermittelung Eingang verschafft, und, wenn die Türken sich zu Opfern und Abtretungen verstehen mußten, im Sinn der Hertzberg'schen Vorschläge verfahren werden. Der Gesandte sollte dann der Pforte klar machen, daß sie im Falle solcher Abtretungen jedenfalls ein Aequivalent für Preußen bedingen müsse; denn nur so sei Preußen im Stande, den beiden Kaiserhöfen die Wage zu halten und den Türken ein nützlicher Freund zu sein. Dies Alles solle Diez mit größter Umsicht betreiben, auch wo es nöthig sei, das Geld nicht sparen,**) sich möglichst enge an den britischen Gesandten anschließen, gegen die übrige Diplomatie, namentlich gegen den Vertreter Frankreichs, zurückhaltend sein. Noch bestimmter tritt in der „geheimsten Instruction" jener Plan Hertzbergs in den Vordergrund, durch Abtretungen die beiden Kaiserhöfe zu befriedigen und zugleich Preußen eine Gebietserweiterung zu verschaffen. Für den als wahrscheinlich angenommenen Fall, daß durch das Glück der Waffen die Donauprovinzen sammt Serbien und Bosnien bedroht würden, schien den Türken kaum etwas anderes übrig zu bleiben, als durch eine allgemeine Feststellung ihre Existenz in Europa zu retten und sich vor neuen Angriffen sicher zu stellen. Die Grundzüge dieser Feststellung kennen wir aus Hertzbergs Vorschlägen: Rußland sollte durch die Krim, Oczakow und Bessarabien, Oesterreich durch die Moldau und Wallachei

*) S. das kön. Schreiben d. d. 3. April 1788 und vom nämlichen Tag eine „instruction particulière et secretissime."

**) Es waren ihm 50,000 Dukaten angewiesen worden.

nebst der Handels- und Schifffahrts-Freiheit auf dem schwarzen Meere abgefunden werden; dafür würde aber Rußland auf die Oberherrlichkeit in Georgien verzichten, seine Agitationen und Wühlereien in den christlichen Gebieten des osmanischen Reiches einstellen und als dessen bleibende Grenze feierlich die Donau anerkennen. Ein so begrenztes Gebiet, von Preußen und den Seemächten auf ewige Zeiten garantirt, müsse den Türken werthvoller erscheinen als der schwankende Besitz stets angefochtener und schlecht verwalteter Provinzen. Wie dann Oesterreich für seine Erwerbung an der Donau Galizien an Polen zurückgeben und mit polnischen Gebieten an der Weichsel Preußen besser abgerundet werden sollte, ist früher erwähnt worden.

Die Hertzbergschen Entwürfe hatten also in Berlin gesiegt,*) und Diez mußte, wenn er bleiben wollte, sich der Ausführung von Gedanken bequemen, die er von Anfang an bekämpft hatte. Doch versprach er seine Thätigkeit dafür anzuwenden, da es sich nun nicht, wie er früher geglaubt, darum handle, sofort den Türken mit solchen Vorschlägen entgegenzutreten, sondern erst, wenn gewisse Voraussetzungen eingetroffen wären. Hertzberg schärfte ihm dann wiederholt ein,**) den Türken gegenüber ja nicht zu große Verpflichtungen einzugehen, namentlich nie zu vergessen, daß der König sich nicht in einen Krieg einlassen wolle, der ihm zugleich Rußland, Oesterreich und Frankreich auf den Hals hetze, vielmehr den Türken klar zu machen, wie Preußen schon dadurch dem osmanischen Reiche einen großen Dienst leiste, daß es die österreichische Kriegführung theile und den Kaiser nöthige, eine ansehnliche Armee in Böhmen und Oesterreich stehen zu lassen.

Indessen gestaltete sich der Krieg nicht so, daß man der Pforte von Gebietsabtretungen hätte reden können. Kaiser Joseph hatte über 200,000 Mann in einem ungeheueren Cordon, der sich von Dalmatien bis nach den Karpathen hin ausdehnte, aufgestellt, versäumte aber die beste Jahreszeit zum Angriff, verlor viel Zeit mit umständlichen Arbeiten vor Semlin, fing Belgrad erst an zu belagern und hob dann die Belagerung wieder auf; kurz bis zur Mitte des Jahres beschränkte sich sein ganzer Erfolg auf die Einnahme von Schabacz. Der Kaiser selbst war kein Feldherr und hatte doch die bedenkliche Prätension, Alles leiten und Alles verstehen zu wollen; sein militärischer Mentor Lascy, ein sehr verdienter Administrator, aber kein großer General, ordnete sich dem Starrsinne des Kaisers mit allzuviel Geschmeidigkeit unter. Nun kam die heiße Jahreszeit; Klima und schlechte Nahrung wurden der kaiserlichen Armee bald verderblicher, als eine blutige Schlacht. Schon im Juni zählte

*) H. selbst begleitet die obigen Instructionen mit den Worten (d. d. 4. April): je me refére en tout aux instructions qu'il vous porte que j'ai dressées aussi bien que j'ai pu selon mes idées que le Roi a approuvées entièrement et qu'il soutiendra avec vigueur.

**) Depesche vom 24. Mai.

man 12,000 Kranke, im Juli steigerte sich die Zahl auf 20,000, und manche Bataillone waren so gelichtet, daß man aus drei kaum eines zusammensetzen konnte. Dieser Gang der Dinge schien die Auffassung des preußischen Gesandten im Stambul vollständig zu rechtfertigen. Seine Vorstellungen bei der Pforte standen denn auch unter dem Eindruck dieser günstigen Lage.*) Er schilderte mit lebendigen Farben die Verluste der Oesterreicher, mahnte die Türken, wie bisher jede große Schlacht zu vermeiden, sich auf den kleinen Krieg zu beschränken und den Feind durch Entbehrung und Klima zu schwächen. Obwohl in diesem Augenblick von einem Frieden keine Rede war, so stellte er doch das dringende Verlangen, keine Unterhandlung ohne preußische Vermittelung einzugehen; denn Preußen sei die einzige Macht, welche mit der vollen Unpartheilichkeit zugleich die besten Mittel zur Herstellung eines vernünftigen Friedens vereinige.

Man konnte es den Türken kaum verdenken, wenn sie, durch Erfahrungen belehrt, ein sehr geringes Vertrauen in die Loyalität der europäischen Mächte setzten. So waren sie denn auch keineswegs mit sich darüber im Reinen, ob nicht Preußen in heimlichem Einverständniß mit Oesterreich und Rußland handle, zumal bei jedem dringenderen Verlangen um eine thätige Hülfe der preußische Diplomat auswich, oder sich auf ganz allgemeine Zusagen beschränkte. Diez versicherte z. B., daß der König von Preußen nach Erlassung des österreichischen Kriegsmanifestes seine offene Mißbilligung gegen den Kaiser kundgegeben,**) und daß in diesem Augenblick ein Bündniß mit Holland und England abgeschlossen sei, das sich gegen die Eroberungsentwürfe der östlichen Mächte richte. Oder er rühmte, daß Preußen im benachbarten Polen große Getreideeinkäufe mache, um den Kriegführenden die Verpflegung ihrer Heere zu erschweren, und daß es die Getreideausfuhr aus dem eigenen Lande verboten habe. Auch versäumte er nicht, den Türken zu Gehör zu reden, daß der Krieg nur entstanden sei, weil man die Kräfte des osmanischen Widerstandes zu gering anschlage, und dazu habe die eigene Politik der Pforte den Anstoß gegeben. Dieselbe habe durch jeden neuen Vertrag ihr moralisches Ansehen mehr erschüttert und die Gegner zu neuen Forderungen ermuthigt. Ein solches allmäliges Zerstören des äußeren Ansehens müsse einen jeden Staat vernichten. Darum müsse es das erste Gebot der türkischen Politik sein, sich nicht voreilig zu neuen Concessionen drängen zu lassen; das zweite: sich durch Vermittelung und Bürgschaft anderer Mächte vor neuen An-

*) S. die von ihm selbst aufgezeichneten „Insinuations faites à la Porte“, worin er seine und seines Dragomans Verhandlungen mit der türkischen Regierung verzeichnet hat.

**) „Cette reponse était en propres termes: que le Roi regrettait beaucoup de voir s'étendre le feu de la guerre et qu'il souhaitait le retablissement de la paix.“

griffen sicherzustellen. An dies Alles knüpfte Diez wiederholte Schilderungen von dem kritischen Zustande der österreichischen Armee und der Schwierigkeit, den Krieg lange fortzusetzen; Schilderungen, welche, wie die Erfahrung zeigte, im Ganzen nicht übertrieben waren.

Aus den diplomatischen Actenstücken, die damals von Berlin und Constantinopel ausgingen, ergibt sich indessen deutlich, daß die Politik Hertzbergs mit der, welche Diez verfolgte, nicht vollkommen übereinstimmte. Hertzberg hatte nur ein sehr geringes Vertrauen auf die türkische Kriegstüchtigkeit und drängte mit Ungeduld auf die Vorlage seines Entschädigungsplanes; Diez seinerseits hatte eine viel bessere Erwartung und arbeitete sehr vorsichtig, um nur für den äußersten Fall auf den Hertzbergschen Entwurf vorbereitet zu haben. Hertzberg warf Diez vor, er sehe die Dinge zu rosig an und bestärke die Türken in ihrer erfolglosen Kriegslust; Diez versicherte seinerseits, daß vorerst nicht daran zu denken sei, mit dem Hertzberg'schen Plane durchzudringen. Aus den Erörterungen Beider ist es deutlich herauszuhören, daß der Gesandte eine sofortige Verbindung Preußens mit der Pforte abgeschlossen, der Minister sie vermieden wünschte. Seit den ungünstigen Gefechten, die der Capudan Pascha zu Ende Juni mit der Flotte im schwarzen Meere den Russen geliefert, drängte Hertzberg mit neuem Eifer auf die Vorlage des Abtretungsplanes; Diez schrieb zurück, der Eindruck jener Niederlage sei in Constantinopel bei weitem nicht so stark, wie es auswärts scheinen könne, und die türkische Kriegslust sei ungeschwächt.*) Diese Verschiedenheit der Meinungen führte in dem Verkehr beider Staatsmänner bisweilen zur offenen Entzweiung; Hertzberg verbarg seinen Mißmuth darüber nicht, daß die Schilderungen des Gesandten so wenig zu seinem Plan paßten, und Diez bot schon im Herbst 1788 seine Entlassung an.

Für Hertzberg gab es in der ganzen Verwicklung nur einen Hauptzweck: nicht die Integrität des osmanischen Reiches, sondern die Erwerbung von Danzig und Thorn und die Verdrängung Oesterreichs aus Galizien. Drum ist er geradezu verdrießlich über die schlechte Kriegführung der Alliirten. „Der König, schreibt er am 30. Aug., ist ganz eingenommen von meinem Plane und wünscht sehr ihn auszuführen. Jetzt sehe ich nur, daß die Oesterreicher und Russen durch ihre unbegreifliche Ungeschicklichkeit ihn hindern; denn es konnte doch Niemand erwarten, daß sie mit 300,000 Mann regulärer Truppen nicht im Stande sind, die Türken über die Donau zu werfen. Das ist die Folge des Mißgriffs, den der Kaiser beging, als er mit der traurigen Defensive begann.“ Er dachte dann wohl an neue Combinationen, wonach die Türken mit geringeren Opfern, als der Moldau und Wallachei, Oesterreich befriedigen und dasselbe zur Abtretung Galiziens vermögen sollten; doch durfte Diez den anderen Plan nie aus dem Auge verlieren, sondern sollte die Türken

*) Depeschen vom 15. Juli und 1. Sept.

wo möglich davon überzeugen, wie für die zukünftige Sicherheit ihres Besitzes die Abtretung der Donauprovinzen kein zu hoher Preis sei. Auch für den Fall, daß die Türken den Krieg noch glücklicher führen und Eroberungen machen sollten, hatte Hertzberg einen Plan bereit. Diez sollte dann die Pforte dazu zu bringen suchen, daß sie von Oesterreich die Abtretung Galiziens verlange, und dafür eine gegenseitige Allianz mit Preußen zu Schutz und Trutz in Aussicht stellen.*)

In der That hatte sich im Herbst 1788 die Lage der kriegführenden Mächte ungünstiger gestaltet. Nachdem der Sommer für die Oesterreicher fruchtlos, aber mit ansehnlichen Opfern verstrichen war, setzten sich im August die Türken in Bewegung, warfen die Kaiserlichen bei Orsova zurück, drangen ins Banat ein und zwangen sie, sich auf Karansebes zurückzuziehen. Wie tief die Armee zerrüttet war, bewies der panische Schrecken, der sich dort plötzlich auf blinden Lärm hin der Truppen bemächtigte und eine wilde, verworrene Flucht gegen Temesvar zur Folge hatte (20. Sept.). Mit welcher Verachtung, bemerkt darüber ein österreichischer Officier,**) hatte man nicht die türkischen Streitkräfte abgeschätzt, und jetzt floh ein Theil der österreichischen Armee blos auf den blinden Lärm hin, daß die Türken nahe seien; schien es nicht, als wollte ein boshafter Zufall das stolze Selbstvertrauen europäischer Kriegskunst verhöhnen und durch diesen letzten Act den ganzen Feldzug des Jahres 1788 mit dem Fluch des Lächerlichen belasten?

Zur nämlichen Zeit hatte Gustav III. von Schweden eine Diversion zu Gunsten der Türken gemacht, am Anfang Juli den Krieg erklärt und die Russen zu Land und zur See angegriffen, — ein Unternehmen, dessen Erfolg freilich tief unter den Erwartungen blieb. In Polen, um dessen Bündniß bald beide Theile warben, war der preußische Einfluß im Uebergewicht, und mit England hatte Preußen am 13. August ein Bündniß zu Berlin geschlossen, das unzweideutig gegen Rußland und Oesterreich gerichtet war; der Vertrag von Loo (13. Juni), worin sich die Cabinete von Berlin und Westminster zunächst nur über eine gemeinsame Schlichtung der holländischen Händel verabredet hatten, war hier zu einem Bündniß mit gegenseitiger Hülfe gegen jede Störung des Friedens und der Ruhe ausgedehnt.***) Rußland war bemüht, ein Gegenbündniß mit Polen herzustellen, und sondirte beim Reichstage über eine solche Allianz;†) der Einfluß Preußens vereitelte den Plan (Herbst

*) Depesche vom 11. Sept.

**) Oesterr. Milit.-Zeitschr. 1831. III. 62.

***) Beide Verträge s. bei Martens, Recueil des Traités T. III. 138 ff., 146 ff. Im letzteren sind 16,000 M. Fußvolk und 4000 M. Reiter als Hülfscontingent festgesetzt; Hertzberg bemerkt aber in einer Depesche vom 11. Sept.: Elle (l'Angleterre) nous a promis dans un article secret d'assister le Roi en cas de besoin de toutes ses forces maritimes et d'une armée alliée de 50,000 hommes.

†) „Dont l'unique objet serait la sureté et l'intégrité de la Pologne ainsi

1788), und der polnische Reichstag bewies sich zu einem Bündniß mit Preußen geneigt. Ebenso rühmte sich die preußische Politik, sie habe durch eine gebieterische Vermittlung die Dänen gehindert, Schweden während seines Angriffes auf Rußland in die Flanken zu fallen.

Selbst Hertzberg gewann eine günstigere Meinung von den Türken. Ich sehe nun, schreibt er an Diez,*) daß Sie Recht gehabt haben; die beiden Kaiserhöfe können den Krieg nicht führen, und die Türken wären wohl im Stande, die Krim wieder zu nehmen. So müssen wir denn unseren ganzen Plan dahin wenden, die Türken zu ermuthigen, daß sie den Krieg mit Kraft fortsetzen, den Frieden nur unter der Bürgschaft Englands und Preußens schließen und Ungarn erst räumen, wenn sich der Kaiser verpflichtet, Galizien und was er diesseits der Karpathen besitzt, an die Republik Polen abzutreten, wofür dann diese an Preußen Danzig, Thorn und das Gebiet bis zur Wartha abtreten würde. In diesem Falle können Sie der Pforte eine unbegrenzte Defensivallianz Preußens und eine Garantie der türkischen Besitzungen gegen Jedermann anbieten. Diez hätte zwar am liebsten seinen früheren Gedanken — energische Theilnahme Preußens am Kriege — ausgeführt und ließ auch wohl in seinen Briefen durchklingen, wie nahe es jetzt liege, zu Schlesien noch Böhmen und Mähren zu gewinnen, Polen und Schweden durch Vergrößerung auf Kosten Rußlands dauernd an sich zu knüpfen, aber er verfolgte doch die von Berlin aus ihm vorgezeichnete Bahn. In den letzten Wochen des Jahres 1788 glaubte er am Ziele zu sein; er rühmt sich die Türken gedrängt zu haben, und hofft die schriftliche Zusicherung dessen, was Hertzberg wünschte, zu erlangen.**)

Der Gang des Krieges in den letzten Monaten des Jahres 1788, namentlich der Umschwung der österreichischen Kriegführung, seit Laudon gerufen war, und die Einnahme von Oczakow durch die Russen, kühlte die preußische Politik merklich ab. Man kam in Berlin von dem Gedanken eines engeren Bündnisses mit den Türken wieder zurück und meinte, es sei von Preußen genug geschehen, wenn man Schweden, Dänemark und Polen dem russischen Bündniß entfremdet und den Kaiser genöthigt habe, eine ansehnliche Armee in Böhmen und Mähren zu lassen.***) Hertzberg war darum der Ansicht,

---

que la défense contre l'ennemi commun." Preußen reclamirte gegen die Aeußerungen, insofern sie im Munde Rußlands nur auf Preußen oder die Pforte bezogen werden könnten, und man gegen Beides sich verwahren müsse. Die Erklärungen des polnischen Reichstages (20. Okt. und 8. Dec.) entsprachen dieser Ansicht Preußens vollkommen.

*) S. Correspondance, Depesche vom 16. Sept.

**) In der Depesche vom 22. Dec. heißt es: je montrai les dents aux Turcs, je les brusquai et je suis venu à bout. Ils se sont trop ouverts pour qu'ils puissent reculer et nous nous sommes emparés d'eux et de leurs affaires.

***) Hertzbergs Depesche vom 10. Jan. 1789.

der Türkei das Dilemma vorzuhalten: entweder den ersten Plan der Abtretung anzunehmen, und dafür die Garantie Preußens für die fernere Integrität des Reiches zu erlangen, oder gewärtig zu sein, daß Preußen sich den Gegnern der Pforte anschließe. Diez dagegen meinte, so weit sei es noch lange nicht und blieb bei seiner Ueberzeugung, daß nur eine innige und thatkräftige Allianz Preußens mit der Pforte zum Ziele führen werde.

Dieser Zwiespalt und das Schwanken in der politischen Haltung Preußens konnte nicht günstig auf die Verhandlungen wirken. An sich schon war die räumliche Entfernung ein Hinderniß für rasche, zutreffende Entschlüsse; war in Berlin eine Instruction entworfen, so hatten sich, bis sie nach Constantinopel kam, nicht selten alle Voraussetzungen geändert, auf denen sie beruhte. Dazu kam die innere Verschiedenheit der Ansichten, von denen der Minister und der Gesandte beherrscht waren: sie vertraten zwei widersprechende Systeme der Politik, denn während Diez durch eine energische Kraftentwicklung gegen Rußland und Oesterreich, im Bunde mit Türken, Polen, Schweden und den Seemächten das Uebergewicht Preußens auf dem Continent dauernd festzustellen dachte, war Hertzberg jeder gewaltsamen Theilnahme an den politischen Wirren abgeneigt und hoffte nur durch geschickte Benutzung der Conjuncturen eine erwünschte Arrondirung für Preußen zu erlangen.*) War zwischen diesen abweichenden Richtungen an sich schon schwer ein Vereinigungspunkt zu finden, so wuchs diese Schwierigkeit noch durch die nicht ungeschickten Einflüsterungen der österreichischen Politik in Berlin, deren Spuren bisweilen Hertzbergs Berichte tragen, und durch das persönliche Mißverhältniß, in welchem Diez zu dem britischen Gesandten Ainslie, dem Vertreter der nächsten verbündeten Macht, stand. Die Stellung von Diez war nach allem dem nicht beneidenswerth. Seit er die Hindeutung auf ein engeres Bündniß gegeben, drängten die Türken in ihn und verlangten offene Theilnahme Preußens an dem Kriege; er mußte dann wieder zurückziehen und die Unzulässigkeit einer offensiven Verbindung mit den Türken darthun. Diese Schwankungen dienten natürlich nicht dazu, seine Stellung und sein Vertrauen in Constantinopel zu verstärken, indessen auf der andern Seite seine persönliche Neigung für eine active Theilnahme am Kriege ihm in Berlin den Verdacht zuzog, als wolle er Preußen tiefer in die türkischen Dinge verwikkeln, als es im Plane der politischen Lenker lag.

Im Mai und Juni 1789 rechnete Hertzberg sicher darauf, die Türken für sein Lieblingsabkommen zu gewinnen, und Diez hatte diesmal alle Mühe, das Ungestüm des Ministers zu beschwichtigen. Der Gesandte sollte zugleich versprechen und drohen, namentlich den Uebergang Preußens zu den kriegfüh-

*) S'ils sont malheureux et repoussés jusqu' au Danube, alors le Roi se montrera avec sa mediation armée et proposera aux parties belligerantes nôtre plan général, schreibt H. am 4. April 1789.

renden Mächten in Aussicht stellen, um die Pforte zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Hertzberg hatte einen Vertrag oder eine Verabredung im Auge, wonach Preußen zusagen würde, binnen Jahresfrist mit ganzer Macht den Türken beizustehen, falls die osmanischen Besitzungen jenseits der Donau gefährdet seien; die Pforte sollte dann nur versprechen, keinen Separatfrieden zu schließen, und, wie auch die Dinge sich wenden möchten, jene polnisch-preußischen Entschädigungen stets im Auge behalten. Ein königliches Schreiben vom 18. Sept. bestätigte diese Auffassung ausdrücklich. „Sollten die Feinde, heißt es darin, die türkischen Truppen über die Donau zurückwerfen, so kann die Pforte auf meinen vollen Beistand zählen und ich biete ihr für diesen Fall ein Trutz- und Schutzbündniß an. Es ist mein ausdrücklicher Wille, daß Sie die Pforte versichern, ich würde sie im nächsten Frühjahr kräftig und wirksam unterstützen, wenn sie mir fest verspricht, keinen Frieden zu schließen ohne meine Vermittlung und ohne mich mit einzuschließen.“ Schon in einer früheren Weisung (Mai) hatte Diez die Ermächtigung erhalten, in dieser Richtung mit den Türken zu unterhandeln.

Die kriegerischen Vorgänge seit dem Sommer des Jahres 1789 versprachen die Erreichung dieses Zieles zu beschleunigen. Der Verbündete der Pforte, Gustav III., war nach einem kurzen Anlauf kriegerischer Fortschritte im Juli und August zur See und zu Land geschlagen worden, und die Waffen der Türken selbst hatten keinen besseren Fortgang. In der Wallachei wurden sie von Suworoff und Coburg bei Fockschan (31. Juli) und bei Martinesti am Flusse Rimnik (22. Sept.) völlig geschlagen, indessen Laudon Belgrad belagerte und am 8. Oct. die wichtige Grenzfestung gewann. Der Eindruck dieser Niederlagen war so groß, daß selbst Diez jetzt glaubte, für die Abtretungsvorschläge Eingang zu finden. Hertzberg sah in dem Fall von Belgrad den „Gnadenstoß“ für die Türken und hatte nur die eine Besorgniß, es möchte rasch ein übereilter und schimpflicher Friede abgeschlossen worden sein.*) Diese Sorge zwar war unbegründet, allein auch der Abschluß des Bündnisses ging bei den trägen und mißtrauischen Türken nicht so schnell von Statten. Dieselbe Unordnung und Schwäche dieser „kindischen Regierung“, wie Diez sagte, welche die klägliche Kriegführung verschuldet, trat auch einem raschen Abschlusse der Verhandlungen in den Weg. Diez selber kommt allmälig zu der Ueberzeugung, die Hertzberg längst gehegt, daß man durch Drohungen suchen müsse, die Osmanen zur Freundschaft zu zwingen.**)

Waren die Heere der Pforte nicht glücklich, so kam jetzt Hülfe von anderer Seite. In Polen hatte Preußen einen entschiedenen Erfolg über die

*) Depesche vom 17. Okt.

**) „V. E. gagne du tems pour s'entendre avec les deux Cours imperiales, car pour porter à la fin des fins ces gens à des cessions dont l'echange revienne à la Prusse, il faut les y forcer moyennant l'accord avec leurs ennemis. Sans cela ils nous échapperont“ — schreibt Diez am 1. Jan. 1790.

russische Politik davongetragen. Schon früher war der Wunsch Katharinens, ein Bündniß mit den Polen einzugehen, durch Preußens Thätigkeit abgewiesen worden; die Polen hatten dann auch Beschwerde gegen die russischen Durchmärsche und die Besetzung einzelner polnischer Landstriche erhoben,*) und Rußland hatte es für gut gehalten, dieser Beschwerde nachzugeben. Nun tauchte der Plan eines polnisch-preußischen Bündnisses auf und fand im Reichstage einmüthige Beistimmung (Dec. 1789). In Rußland selber regte sich aber eine Opposition unter dem Adel und erhob Klage über die starken Aushebungen, die hohen Getreidepreise und den Mangel an baarem Gelde; Hertzberg gab sich der Hoffnung hin, daß diese Bewegung nicht ohne Folgen bleiben werde. Eine noch wichtigere Diversion zu Gunsten der Türken war der belgische Aufstand. Die preußische Politik erwartete davon einen bedeutenden Erfolg; sie rechnete jetzt darauf, daß die Moldau und Wallachei den Türken verbleiben und Oesterreich schon durch die Abtretungen des Passarowitzer Friedens für die Zurückgabe Galiziens genügend könne entschädigt werden.**) „Mein Plan ist, schreibt Hertzberg am 5. Dec., daß der König und die beiden Seemächte nun als Bürgen der belgischen Verfassung sich einmischen und die belgischen Provinzen dem Kaiser nur mit einer sehr beschränkten Verfassung unter unserer Garantie und der Bedingung zurückgegeben werden, daß Oesterreich die Moldau und Wallachei räumt und sich mit den Grenzen des Passarowitzer Friedens begnügt. Das setzt freilich immer voraus, daß die Pforte die Krim und Oczakow den Russen überläßt. Die Pforte müßte sich aber dann ganz an Preußen anschließen und etwa nach einem geheimen Artikel den Oberstlieutenant von Götze zur Armee senden und ihm die Leitung der Kriegsoperationen überlassen. Geschieht dies Alles, so soll nach meiner Ansicht der König im März den kriegführenden Mächten meinen früher dargelegten Plan vorschlagen, sich aber zugleich mit einer Armee von 200,000 Mann in vier Armeecorps in Bewegung setzen, um den anzugreifen, der nicht binnen vier Wochen unseren Vorschlag annimmt." Und drei Tage später schreibt Hertzberg: „wir haben das große Hülfsmittel, daß alle belgischen Provinzen sich empört haben, was die Kräfte des Kaisers furchtbar spaltet. Die Ungarn und Galizier stehen auf dem Punkte, dasselbe zu thun, wenn die Pforte festhält. Sparen Sie darum weder Geld noch Mühe, um die Hauptsache zu erreichen. Sobald Sie mir die Antwort der Pforte schicken, werde ich Ihnen mit einem Courier neue Instructionen schicken, die so präcis und bestimmt wie möglich sind. Die Polen warten nur auf unseren Bund mit den Türken; auch herrscht zu Moskau eine große Aufregung. Niemals sind die Chancen für uns so günstig gewesen."

*) Hertzberg, Recueil II. 488 ff.

**) Königl. Schreiben d. d. 4. Dec. 1789.

Indessen war Diez mit den Türken in lebhafter Verhandlung. Aber die Dinge gestalteten sich nicht so einfach, wie der preußische Diplomat erwartete. „Ich thue Alles, schreibt er am 1. Nov., um die Pforte zum Abschluß zu drängen. Ich mache jeden Tag dem Ministerium, dem Serail und den Ulemas die stärksten Vorstellungen, aber ich erhalte keine genügenden Erklärungen." Einer schob die Entscheidung auf den Andern, und was Diez anfangs für Mangel an Entschluß und Ungeschicklichkeit gehalten, stellte sich immer mehr als eine wohlberechnete Taktik heraus. Eine ebenso überraschende als unerfreuliche Entdeckung gab dazu den Schlüssel. Die Türken hatten bereits den Bündnißentwurf in Händen, auf dessen Grundlage Diez unterhandeln sollte, sie besaßen seine geheimen Instructionen,*) ja sie wußten, daß Diez Auftrag hatte, zum Scheine zu drohen, sie waren also in seine ganze Taktik eingeweiht. Die Gegner der preußischen Politik hatten sehr schlau operirt; sie waren wahrscheinlich durch Bestechung des Dragoman in den Besitz der Actenstücke gekommen, und Diez erfuhr das Ganze zuerst durch Hertzberg, dem in Berlin türkische Uebertragungen der preußischen Noten vor Augen lagen.

So zögerten denn die türkischen Staatsmänner und wußten immer neue Vorwände zu finden, um die Verhandlung zu vertagen. Machte schon diese hinhaltende Taktik den preußischen Unterhändler ungeduldig, so wurde er durch das absichtlich ausgestreute Gerücht, es sei ein Waffenstillstand mit den Russen und Oesterreichern im Werk, noch mehr beunruhigt. Offenbar hofften die Türken den Gesandten durch Ungeduld und Furcht nachgiebiger zu machen, und die Folge bewies, daß sie nicht falsch gerechnet hatten. Dieser wohlberechneten und geschickten Taktik gegenüber zeigte sich Diez nicht gewachsen. Seine Bestechungskünste kosteten Geld, halfen aber nichts; er ging weiter und versuchte allerlei verdächtige Manöver gegen den Reiseffendi ins Werk zu setzen, steckte mit Pfaffen und Höflingen zusammen, um eine Palastrevolution zu Stande zu bringen.**) Auf diesem schlüpfrigen Boden der Serailintriguen war Diez, bei aller Kenntniß des türkischen Wesens, doch nicht heimisch; das unglückliche Beginnen diente nur dazu, seine Lage zu verschlimmern.

Es vergingen die letzten Monate des Jahres 1789, ohne daß die Unterhandlung einen Schritt vorwärts kam. Zwischen unbestimmten Zusagen und leeren Ausflüchten der Türken hin- und hergetrieben, ohne irgend einen festen Boden und unter stetem Wechsel der politischen Witterung, hatte der preußische Diplomat zuletzt keine andere Auskunft mehr gefunden, als die drohende Erklärung, Alles abzubrechen, wenn man die Dinge nicht zu einem

*) „dont une partie était nature fort peu ostensible," schreibt Hertzberg am 15. Dec.

**) Je mets toute mon espérance dans une revolution que je tâche de produire. J'ai pour cet effect instigué un certain Hussein aga etc., schreibt D. selbst am 22. Nov., und auch in anderen Briefen finden sich ähnlicher Aeußerungen manche.

Abschluß bringe. Zu Anfang des neuen Jahres 1790 war darum die Unterhandlung weiter vom Ziele entfernt als je; die Türken verstanden sich zu nichts Bestimmtem und Diez setzte eine peremtorische Frist bis zum 8. Januar, nach deren Ablauf er sich von allen früheren Zusagen werde entbunden ansehen und die Pforte ihrem Schicksal überlassen müsse. Da erfolgte denn am 9. Jan. von Seiten der Pforte die Ueberreichung eines Vertragsentwurfes, dessen Inhalt freilich den preußischen Ansichten keineswegs entsprach. Vor Allem sollte Preußen danach mitwirken, den Türken die Krim und die anderen Verluste wieder zu verschaffen, und nur unter dieser Voraussetzung wollte die Pforte sich verpflichten, die Rückgabe Galiziens von Oesterreich zu verlangen.*) Diez lehnte dies ab und erhielt ein paar Tage später einen neuen Entwurf mit einigen unwesentlichen Aenderungen und dem wiederholten Versprechen, die Allianz binnen kurzer Zeit zum Ziele zu führen; inzwischen unterhielt er fortwährend mit Absicht das Gerücht, daß er auf dem Punkte stehe abzureisen. Die Unterhandlungen wurden von Neuem aufgenommen; Diez gab in wesentlichen Punkten nach und veränderte die ursprüngliche Grundlage der ihm von Berlin gegebenen Vorschläge. Der Hauptpunkt der Hertzbergschen Politik, die Erwerbung der polnischen Gebiete durch die Rückgabe Galiziens, erschien in dem späteren Vertrag in anderer Gestalt; daß die Pforte erst Frieden schließen wolle, wenn sie sich der Krim wieder bemächtigt habe, widersprach geradezu der wiederholt ausgesprochenen Meinung des preußischen Ministers, und die schroffe Stellung, welche dem Vertrage nach Preußen zu Oesterreich und Rußland einnehmen sollte, vertrug sich nicht mit der durch Hertzberg von Anfang an zäh festgehaltenen Taktik, ohne Krieg durch kriegerische Demonstrationen eine Gebietserweiterung für Preußen zu erlangen. Und selbst diesen Vertrag von zweifelhaftem Werthe kostete es Mühe zum Abschluß zu bringen. Mehrere Tage lang stockte die Unterhandlung völlig; der preußische Diplomat war außer Stande, eine Antwort zu bekommen und es drang nur das beunruhigende Gerücht zu seinen Ohren, daß die Türken gleichzeitig mit Oesterreich und Rußland unterhandelten. Er suchte die Türken zugleich durch die Lockspeise preußischer Macht zu gewinnen und durch die Drohung eines feindlichen Bruches einzuschüchtern; er wiederholte das Schauspiel seiner bevorstehenden Abreise; er erklärt am 26. Jan. binnen drei Tagen Constantinopel zu verlassen und verlangt seine Pässe. Kurz, er wandte nach seinem eigenen Ausdruck alle Mittel an, welche ihm Vernunft und Politik menschenmöglich machten, um den Abschluß zu erlangen.

---

*) Surtout en ce que selon le 1. article on veut l'obliger de ne faire la paix qu'après la conquête de la Crimée et de tous les autres pays perdus ce qui implique la garantie de ces pays et que dans ce seul cas la Porte veut ridiculement s'intéresser pour que la Gallicie soit rendue — schreibt D. am 15. Jan. an den König.

Am 31. Januar 1790 erfolgte die Unterzeichnung; Diez meldete mit triumphirenden Tone die „große Neuigkeit“ nach Berlin, doch mit dem Beisatze, daß man aus seinen Depeschen ersehen werde, welch verzweifelte Mittel er noch habe anwenden müssen, um die Unterzeichnung zu gewinnen.*)

In Berlin war indessen schon vorher die Abberufung von Diez beschlossen. Die unangenehme Entdeckung von dem Verrath der Depeschen, woran Diez freilich unschuldig war, hatte in Berlin eine lebhafte Verstimmung gegen ihn erweckt; man bildete sich zugleich ein, oder nahm wenigstens den Schein an es zu glauben, als sei den Türken selber das längere Verbleiben von Diez unerwünscht. Bereits am 12. Januar hatte sich Hertzberg in einem vertraulichen Schreiben an einen befreundeten Diplomaten dahin geäußert, daß man Diez der Pforte opfern müsse;**) nur wolle man nicht mitten in der eben begonnenen Unterhandlung ihn abberufen. Indessen erfolgte die Zurückberufung; ein Schreiben Hertzbergs vom 27. Jan. kündigte dem Gesandten den Entschluß an und bezeichnete als Motive den Verrath der Depeschen und die Unzufriedenheit der Türken. Als Nachfolger ward der Major von Knobelsdorf geschickt.

Fast in dem Augenblick, wo diese Meldung von Berlin abging, schickte Diez den fertigen Vertrag vom 31. Januar an Hertzberg. Man nahm ihn dort nicht so triumphirend auf, wie Diez ihn angekündigt; vielmehr füllte der Vertrag das Maß der Unzufriedenheit mit dem Gesandten. „Was haben Sie gedacht — schrieb Hertzberg am 13. März — zu versprechen, der König werde sowohl gegen Rußland als gegen Oesterreich den Krieg erklären und erst nach Wiedereroberung der Krim die Waffen niederlegen? Das findet sich in keiner Ihrer Instructionen und bringt mich in die größte Verlegenheit, sowohl in Bezug auf die Ratification, als in Ansehung der Ausführung; wir wollten wohl gegen Oesterreich Krieg führen, aber nicht auch gegen Rußland, und die Wiedereroberung der Krim zu versprechen, ist uns unmöglich.***) Ich weiß auch, daß die türkischen Minister sich rühmen, Sie vermöge Ihres all-

---

*) Par quels moyens désespérés j'ai forcé l'affaire.

**) — Vous pourriez faire connoître au Reis-Effendi que le Roi regrettait d'avoir appris que D. lui avait déplu et qu'il avait été sur le point de la rappeler pour le faire voir le grand cas que S. M. faisait de lui.

***) Diez vertheidigt sich in einem Schreiben an den König (d. d. 8. Mai) mit den Worten: Je dirai ici seulement que la reprise de la Crimée n'est stipulée nulle part dans le traité et que la Porte ayant insisté à nommer les ennemis aux quels V. M. voulait faire la guerre, ne je pouvois point m'y refuser sans rendre suspectes mes vues. Aussi V. M. ne m'a-t-elle jamais dit auparavant qu'elle voulait faire seulement la guerre à l'Autriche mais pas à la Russie. Il faut même dans ce moment la plus grande circonspection pour cacher ici cette idée afin que la Porte n'en prenne pas d'ombrage et ne se prête pas aux propositions de paix favorables que la Russie vient de lui faire.

zugroßen Drängens vollkommen düpirt zu haben; diese versprechen uns nichts und Sie haben ihnen Alles versprochen! Ich weiß nicht, was ich in dem Augenblicke thun soll; doch da wir fünf Monate Zeit haben zur Ratification, werde ich diese so lange als möglich verzögern, um die Ereignisse abzuwarten."

Hertzberg selber erkannte wohl, wie wenig Aussicht sei, die kriegführenden Mächte lediglich durch kriegerische Demonstrationen zu einem Frieden zu bewegen, wie er den Wünschen der Pforte entspreche. Doch fürchtete er den Krieg nicht, auch wenn er ihn nicht gewollt hatte. „Wenn uns die Oesterreicher zuerst angreifen — schrieb er am 30. März —, so werden sie gut empfangen werden. Der König wird sie mit drei Armeecorps von je 50,000 Mann und 30,000 Mann Polen angreifen, während ein anderes Corps von 30,000 Mann die Russen beschäftigt. Aber es muß alles Mögliche geschehen, damit die Türken zu Ende Mai im Felde erscheinen und den Krieg mit aller Kraft führen, so daß wenigstens 100,000 Oesterreicher und 100,000 Russen beschäftigt werden und der König nicht die ganze Macht der beiden großen Monarchien allein auf sich hat." Auch versichert der preußische Staatsmann, daß der König sehr bereit sei zum Kriege,*) wenn die beiden Kaiserhöfe sich nicht zur Abtretung Galiziens, der Moldau und Walachei bereit zeigten; aber die Türken müßten sich dann doch dazu verstehen, die Krim und die Grenzen des Passarowitzer Friedens aufzugeben.

Es war nicht zu leugnen, der preußische Gesandte, der den Vertrag vom 31. Januar abgeschlossen, hatte seine Vollmacht überschritten; denn abgesehen von einzelnen Abweichungen, war die Hauptsache zu einem anderen Ergebniß geführt, als man in Berlin wollte. Von einer preußischen Vermittlung und Bürgschaft, deren Lohn Danzig und Thorn sein sollten, war man nun doch zu einem engeren Verhältniß mit den Türken gekommen; aus einer Defensivallianz war ein Schutz- und Trutzbündniß geworden, und während der König seinem Botschafter früher ausdrücklich anbefohlen, ihn nicht in einen Krieg zugleich mit Rußland und Oesterreich zu verwickeln, so schien jetzt eben ein solcher Krieg so gut wie unvermeidlich und man mußte sich in Berlin an den Gedanken gewöhnen, daß man im Mai 1790 gegen beide Kaiserreiche zugleich die Waffen kehren müsse. War es Absicht, war es Zufall, die Dinge, wie sie geworden waren, sahen den ersten kriegerischen Entwürfen von Diez mehr ähnlich, als dem Projecte bewaffneter Vermittlung Hertzbergs. Und wer wollte, wenn einmal der erste Kanonenschuß gefallen war, den Lauf der folgenden Dinge berechnen? Denn wie gering man auch von der Kriegsleitung der Türken, Polen und Schweden denken mochte, vereinigt und von einer energischen Politik Preußens geführt, stellten sie doch eine Masse von

*) Am 3. April. Le Roi est fort porté pour faire la guerre et entrer en campagne vers la fin de mai etc.

Kräften ins Feld, die dem russisch-österreichischen Bündniß genug konnte zu schaffen machen. Dazu war Ungarn in heftigster Gährung, Belgien in offenem Aufstande und Abfall begriffen, Frankreich durch seine eigenen Erschütterungen außer Stande, Verpflichtungen gegen Oesterreich zu erfüllen, Preußen dagegen durch enge Bündnisse mit England, Holland, Polen und der Pforte verbunden; wohl konnte man mit Diez und Hertzberg sagen: noch nie ist der Moment günstiger gewesen für eine Erhebung Preußens auf Kosten der österreichischen und russischen Macht. Es ist gewiß, ein solcher Krieg mußte den größeren Theil von Europa ergreifen und vielleicht länger dauern, als die „paar Jahre", die ihm Diez prophezeit, aber es standen auch, wie in keinem früheren, neben der wohlgeordneten Rüstung an Heereskräften Verbündete zur Seite in den aufrührerischen Bewegungen, von denen ein guter Theil der österreichischen Monarchie ergriffen war. Daß die Politik Hertzbergs sich nicht bedenken werde, diese Aufstände als erwünschte Verbündete anzusehen, das konnten wir bereits früher aus seinen eigenen vertraulichen Aeußerungen herauslesen; jetzt eben im Laufe des Jahres 1789 ergab sich ein öffentlicher Anlaß, der beweisen konnte, daß der Leiter der auswärtigen Politik in Preußen, wo es den Vortheil und die Macht seines Landes galt, sich weder von Revolutionsfurcht noch von einer eingebildeten Solidarität monarchischer Interessen bestimmen ließ.

Locale Mißverhältnisse zwischen der Stadt Lüttich und dem Fürstbischof waren dort seit dem Jahre 1789 rasch zu politischen Bewegungen herangewachsen und hatten unter dem Eindrucke der Ereignisse im Westen in dem heißblütigen Wallonenvolke eine Miniaturrevolution hervorgerufen. Der Fürstbischof nahm seine Zuflucht zu der beliebten Taktik: er gab nach und adoptirte alle Neuerungen wie freiwillige Zugeständnisse — um bessere Zeiten abzuwarten. Als er die Stadt in Vertrauen eingewiegt, verließ er heimlich das Gebiet, ließ beim Reichskammergericht ein Urtheil gegen das „verabscheuungswürdige Unterfangen" auswirken und Execution androhen. Die Angst vor der Revolution beflügelte diesmal den Schneckengang der kammergerichtlichen Verhandlungen. Preußen gab den Klagen der Lütticher Gehör und schickte Dohm hin, um an Ort und Stelle die Sachlage zu prüfen. Der spätere Ausgang freilich bereitete der preußischen Politik eine herbe moralische Niederlage, aber es hing auch dies wie vieles Andere mit dem Umschwunge in Preußen zusammen, den wir im Folgenden werden kennen lernen. Für jetzt schien kein Zweifel darüber, daß in dem bevorstehenden Kriege des Jahres 1790 Preußen mit allen Volksbewegungen in Ungarn, Polen, Belgien, Lüttich im engsten Bunde auf den Kampfplatz gehen werde. Die Abgeordneten der Brabanter wie der Ungarn fanden in Berlin freundliche Aufnahme, in Warschau wie in Lüttich stand die preußische Politik für die freieren Verfassungen und neugewonnenen Volksrechte ein.

Ward diese Politik so consequent festgehalten, wie sie kühn angelegt war,

welch andere Gestalt stand der europäischen Politik in den nächsten Jahren bevor! Während, mit Hertzberg zu reden, in Frankreich der revolutionäre Vulcan in sich selber austobte, unberührt und nicht genährt von auswärtiger Einmischung, wandte sich fast die ganze vereinigte Macht Mitteleuropas, die Seestaaten, Schweden, Polen und die Pforte unter preußischer Leitung zum Kriege gegen das schon tief zerrüttete Oesterreich und gegen Rußland, um vielleicht, wie Diez früher hoffte, die Macht beider auf ein Jahrhundert unschädlich zu machen. Der Gedanke, Rußland wieder zu Gunsten der Schweden, Polen und Osmanen um einen Theil der Gebiete zu bringen, durch die es sich seit Peter dem Großen erweitert, lag, wie wir sahen, wenigstens einzelnen Personen als letzter Wunsch im Sinne. Es ist ganz anders gekommen, und das Jahr 1790 ist für die europäische Politik eben dadurch bedeutend geworden, daß eine geradezu entgegengesetzte Strömung damit begann. Die europäische Coalition gegen den Osten löst sich überraschend schnell, fast lautlos auf; die bisher entzweiten Mächte rüsten sich zu einer bewaffneten Einmischung in den westlichen Vulcan und bereiten dessen entzündenden Stoffen den Weg nach Außen; Rußland konnte ganz ungestört der Verfolgung seiner östlichen Entwürfe nachgehen.

Zu dieser völligen Umkehr der politischen Lage wirkten zunächst zwei sehr verschiedene Ereignisse gleich mächtig mit: die wachsende Ausbreitung der französischen Revolution und der Tod Josephs II. In Frankreich waren alle die Experimente, durch die man seit 1774 versucht hatte, dem tiefzerrütteten Staatswesen aufzuhelfen, mißlungen; sie hatten nur dazu gedient, die hülflose Ohnmacht der alten Gewalt stufenweise zu enthüllen und den Zauber, der einst die alte Monarchie umgeben, völlig zu zerstören. Die ökonomischen Verlegenheiten, die Händel mit den privilegirten Körperschaften, die fruchtlosen Verständigungsversuche mit Parlamenten und Notabeln waren seit 1789 in eine gewaltige Umwälzung umgeschlagen, welcher zuerst die überlieferte Autorität der Monarchie, dann die Vorrechte des Feudaladels erlegen waren, nun auch die mittelalterliche Kirche zu erliegen drohte. Aus dem Streite über die Formen der Verwaltung und Verfassung, über die Steuern und deren Vertheilung war eine furchtbare Revolution geworden, welche in Frankreich selbst bereits die Grundfesten der Gesellschaft erschütterte, und deren wachsende Macht den ganzen Zustand Europas umzugestalten drohte. Der feudalen Ordnung, auf welcher die alten Staaten Europas beruhten, war hier mit solch wilder Entschiedenheit und durchgreifender Consequenz der Krieg erklärt, daß für alle Gewalten und Stände der europäischen Welt, deren Existenz mit dieser Ordnung verknüpft war, ein gleich lebhaftes Interesse bestand, sich dem weiteren Vorschreiten der Revolution zu widersetzen. Gelang es, die Fürsten und Regierungen in dies Interesse hereinzuziehen, so war eine völlige Umkehr der europäischen Politik die nächste Folge: statt des Streites im Osten um türkisches und polnisches Gebiet entwickelte sich im Westen ein Kampf gegen die propagandistische Macht der Revolution.

Der Tod Josephs II. erleichterte diese Umwandlung. Es war dem Kaiser das traurige Loos geworden, alle seine Entwürfe gescheitert, sein ganzes Lebenswerk in wildester Zerrüttung zu sehen. Lauter unvollendete und zum Theil vergebliche Arbeit umgab ihn; in den wichtigsten Lebensfragen seiner Politik hatte er den Rückzug antreten müssen. In Ungarn regte sich theils der barbarische Widerwille gegen jede Ordnung, theils die nationale Antipathie und trotzte seinen Versuchen der Verschmelzung und Nivellirung; in Belgien wirkte die adelige und kirchliche Feudalität mit wirklich revolutionären Elementen zusammen, sein Werk zu zerstören; der österreichische Erbstaat, dessen Einheit und Uniformität das Ziel seines Lebens gewesen, war in voller Auflösung begriffen, der noch unbeendigte Türkenkrieg, von dessen Ausgang sich der Kaiser die eine Hälfte des osmanischen Reiches versprochen, zog sich in schleppender Einförmigkeit dahin und drohte ihm die vereinigte Macht Preußens und seiner Verbündeten auf den Nacken zu hetzen. Der Kaiser siechte hin, von körperlichen Leiden, Familienunglück und dem schmerzlichen Bewußtsein einer fruchtlosen Lebensthätigkeit gewaltsam aufgezehrt. Er starb am 20. Febr. 1790 und seine letzten Worte enthielten das wehmüthige Geständniß, „er habe das Unglück gehabt, alle seine Entwürfe scheitern zu sehen."

Die bleibende Wirkung, die Joseph für die österreichische Monarchie gehabt — eben die unwiederbringliche Zerrüttung und Durchgährung des alten Zustandes — verschwand in diesem Moment vor dem unmittelbaren Eindruck chaotischer Verwirrung, den der Anblick des Reiches gewährte. Die Niederlande waren im vollen Aufstande, in Ungarn drohte ein Gleiches; Böhmen war in einer Gährung, wie seit dem dreißigjährigen Kriege nicht mehr, bis nach Kärnthen, Steiermark und Tirol erstreckte sich der Widerstand gegen das kaiserliche System, und selbst im deutsch-österreichischen Erzherzogthume und in Vorderösterreich, wo die verjährte Politik jede selbständige Regung dauernd erstickt zu haben schien, zuckten Lebenszeichen einer politischen Bewegung auf. Josephs gewaltsames Bestreben, den österreichischen Einheitsstaat zu erzwingen, hatte gerade das Ergebniß gehabt, die einzelnen Nationalitäten zum Bewußtsein zu wecken, indessen sein einförmiger und mechanischer Bureaukratismus die verschiedensten Interessen empfindlich verletzte.

Die Bedrängniß der Lage war den Nachbarmächten kein Geheimniß. Die diplomatischen Berichte des preußischen Gesandten sind erfüllt mit Schilderungen des erschütterten Zustandes der ganzen Monarchie, der wachsenden Gährung in Ungarn und Belgien, der Sorge vor Rußland, der Furcht vor einem Conflict mit Preußen.*) Es ist, schreibt in den ersten Tagen des Jahres 1790 der preußische Gesandte, empörend, von allen Seiten zu hören, wie die eignen Unterthanen dieses Fürsten nur den Wunsch hegen von

*) S. die Relationen des Baron Jacobi-Klöst (Im preuß. geh. Staatsarchiv).

ihm befreit zu sein; denn es herrscht darüber nur eine Stimme, daß sein Tod allein die Monarchie vor dem Abgrund bewahren kann, an welchem sie sich befindet. Josephs letzten Schritte sprachen denn auch deutlich aus, daß seine Energie gebrochen war; er entschloß sich zu Concessionen im Innern, welche dem Aufgeben seines Systems gleich kamen. Aber auch nach Außen, so wollte die fremde Diplomatie aus manchem Anzeichen schließen, war er geneigt einzulenken, als sein Tod der Lösung der Krisis zu Hülfe kam.

Es war eine günstige Fügung für Oesterreich, daß eine Persönlichkeit wie Leopold II. dem stürmischen und ungeduldigen Joseph folgte. Leopold war wie Joseph ein Zögling jenes aufgeklärten Absolutismus, der die Throne und Cabinete der Zeit beherrschte, aber er war weder von dem humanitarischen Feuereifer seines kaiserlichen Bruders erfüllt, noch seiner Natur nach zu so ungestümen und gewaltsamen Mitteln angelegt. Von stark sinnlicher Anlage und nicht wie Joseph von Entwürfen und Thaten innerlich aufgerieben, sondern weit nachgiebiger gegen den Genuß des Lebens, geschmeidig und mild in den Formen, und darum in der Regel seines Zieles viel sicherer als Joseph, hatte er in Toscana eine viel bewunderte Verwaltung im humanen und aufklärenden Stile der Zeit geleitet. Daß diese humane und freisinnige Mode jener Tage nicht allzu tief bei ihm ging und er keineswegs geneigt war, im Kampfe dafür sein Leben einzusetzen, wie Joseph, das bewies er in der Regierung, die er fortan in Oesterreich führte. Sein Aufenthalt in Italien war von sichtbarem Einfluß auf sein ganzes Leben; wie durch ihn die schlimmen Künste südlicher Despotie, die Spionage und geheime Polizei, erst recht organisirt worden sind in Oesterreich, so war auf ihn auch etwas von jener Ueberlieferung florentinischer Staatskunst übergegangen, die mit Feinheit und Ausdauer die von Josephs Ungestüm verlorenen Posten wieder zu erobern wußte.

Er begann damit, der furchtbaren Gährung im Innern durch Nachgiebigkeit zu steuern; ohne das Ziel Josephs, die österreichische Staatsmacht und Staatseinheit, aufzugeben, hielt er es doch für gerathen, die straff angezogenen Bande der Centralisation etwas zu lockern. Den Ungarn ward versprochen, ihre aristokratische Feudalverfassung solle wieder hergestellt werden, den Belgiern die gleiche Aussicht eröffnet, den Clerus und Adel aller Provinzen beschwigtigte er durch Verheißungen der Restauration, die josephinische Steuerverfassung ward beseitigt. In Ungarn erstanden die Obergespannschaft des Bacser Comitats, die croatische Banuswürde, die königliche und Septemviraltafel, die höchsten Gerichtsstellen in Ofen von Neuem; die Krönung ward in alter Weise vorgenommen, der Landtag wieder eröffnet. Auch in Böhmen und Mähren ward dem aristokratisch ständischen Interesse nachgegeben; der Adel hoffte sogar eine Zeitlang, wenn auch vergebens, die Leibeigenschaft wieder aufleben zu sehen. In allen diesen Maßregeln gab Leopold dem feudalen Interesse auf Kosten der Masse des Volkes nach; allein auch bei ihm

war die Sorge für die eigene Regierungsgewalt lebhaft genug, um weitergehende Concessionen zu verhindern. Die Generalseminarien verschwanden, einzelne Klöster erhielten ihre Güter, der Paulinerorden seine Landstandschaft, das Kloster Mölk seine Vorrechte zurück, die Aufrechterhaltung des Piaristenordens ward verfügt — aber vergeblich hoffte der Clerus auf die volle Restitution der Klöster und die Abstellung der geistlichen Hofcommission. In der äußeren Gestalt des Hofes verschwand die soldatische Schlichtheit Josephs und kehrte die reichere Repräsentation und äußere Pracht zurück. Die Büchercensur ward streng gehandhabt und ausdrücklich eingeschärft, die „Bücher und Brochüren nicht zuzulassen, welche die Religionslehren und das, was in die kirchliche Verfassung einschlägt, sammt den Dienern der Religion dem Gespötte preisgeben." *)

Das Wichtigste blieb aber die Lösung der auswärtigen Verwicklungen. So lange der Krieg mit der Pforte Heer und Finanzen aufzehrte, die Verhältnisse zu Polen und den Seemächten in offene Feindseligkeit auszuschlagen drohten und ein Krieg mit Preußen bevorstand, war an eine innere Beruhigung der Monarchie nicht zu denken. Die Gefahr, den ganzen Bestand der österreichischen Ländermacht vermindert, Galizien verloren, dafür Preußen mit neuen Abtretungen vergrößert und durch die Clientel Polens, Schwedens, Hollands verstärkt zu sehen, wog schwer genug, um für's Erste alle weitreichenden Entwürfe, wie sie Joseph noch 1787—1788 gehegt, aufzugeben und vor Allem den Bestand der Gesammtmonarchie sicherzustellen.

Mit äußerster Spannung folgte man in Preußen den ersten Schritten des neuen Regenten. Welche Maßregeln er nehmen, ob er die Rüstungen fortsetzen, ob er dem russischen Bündniß zugethan oder zur Annäherung an Preußen geneigt sein, wie er sich zu Frankreich stellen und welche Schritte er thun würde, um das Innere der Monarchie zu beruhigen — diese und ähnliche Fragen beschäftigten das preußische Cabinet mehr als Alles andere. Der erste Eindruck, den dasselbe empfing, zeugte von äußerster Vorsicht und Zurückhaltung Leopolds. Schlauheit und Verstellung, so berichtete der preußische Gesandte, sind die großen Talente dieses Fürsten. Daß aber ein Versuch der Annäherung gemacht werden würde, darauf deutete Leopold gleich im ersten Momente hin, als er durch Fürst Reuß seine Thronbesteigung ankündigen ließ. Wie er im Innern durch Zeichen der Nachgiebigkeit Vertrauen gewonnen, so mochte er auch hoffen, durch eine versöhnende Haltung gegen Preußen den König mit Hertzbergs Politik zu entzweien.

Er wandte sich wenige Wochen nach Josephs Tod (25. März 1790) an Friedrich Wilhelm II. Im freundlichsten Tone der Nachgiebigkeit und der

*) S. Sartori, Leopoldinische Annalen. Zwei Theile. Augsb. 1792. 1793. Vgl. auch Beidtel über die Justizreformen unter K. Leopold II. in den Sitzungsberichten der Akademie IX. 233 f.

geschmeidigen Weise florentinischer Politik suchte er die persönliche Stimmung des preußischen Monarchen für den Frieden zu gewinnen, der ihm selber so außerordentlich nothwendig war. „Er habe — äußerte er*) — im Kampfe gegen die Türken nichts erreichen wollen, als sein gutes Recht, wie es ihm schon der Friede von Passarowitz verheißen habe; nur die Besorgniß vor einer Theilnahme Preußens und Polens am Kampfe hätte ihn veranlaßt, lediglich zu seiner Vertheidigung die Truppenmassen in Böhmen, Mähren und Galizien zu sammeln. Er denke an keinerlei Vergrößerung; er wolle nur seinen eigenen Heerd vertheidigen. Er werde gern die Hände bieten zu Allem, was ein vollkommenes Vertrauen und Beruhigung herstellen könne. Auch über den Fürstenbund hege er andere Ansichten, als man sie bei ihm vorausgesetzt; zum Beitritte eingeladen, würde er nicht zögern Theil zu nehmen, falls gegenseitige Gleichheit zwischen sämmtlichen Verbündeten bestehe."

Die rauhe und trotzige Sprache, wie sie Joseph liebte, stimmte nicht zur Lage der österreichischen Monarchie; vielleicht führte der milde und friedfertige Ton des Nachfolgers besser zum Ziele. In Berlin war man freilich noch weit entfernt, in die friedlichen Worte, die Leopold auch mündlich gegen den preußischen Gesandten hören ließ, großes Vertrauen zu setzen. Die Eröffnungen aus Wien, schrieb der König am 31. März, sind immerhin nützlich, um Zeit für die Rüstungen zu gewinnen; ich betrachte sie aber nur unter diesem Gesichtspunkt und bin im Uebrigen überzeugt, daß sie ebenso hinterlistig als unannehmbar sind. Höchstens regte sich die leise Hoffnung, daß es gelingen werde, in Wien die Gefährlichkeit der russischen Ansprüche darzulegen und dem Nachfolger Josephs das Bündniß mit Rußland zu verleiden. Auch Hertzberg hielt einen Separatvertrag Oesterreichs mit Preußen für nicht undenkbar. Aber Vertrauen zur Politik Leopolds bestand noch keines. Sie werden, schrieb Friedrich Wilhelm seinem Minister am 8. April, aus unsrer Antwort Alles entfernt halten, was die Miene eines Ultimatums an sich trägt; das müssen wir vermeiden, bis ich marschfertig bin.

Indessen fühlte sich die preußische Politik doch einigermaßen gehemmt durch das Verhältniß zu ihren Verbündeten. In England weckte die Allianz Preußens mit der Pforte ernste Sorgen; man trug sich dort mit dem Gedanken, allen kriegführenden Parteien einen Waffenstillstand vorzuschlagen, während dessen man über den Frieden auf Grundlage des Status quo vor dem Kriege unterhandeln könne. In Berlin ward das ungern vernommen; man sah darin einen Rückzug der britischen Politik, die doch bisher Preußen zu kräftigem Vorgehen angespornt habe.**) Wenn der Waffenstillstand, schrieb

*) Hertzberg, Recueil des deductions III. 61 f. Das Uebrige findet sich in den Berichten Jacobi's, einer ministeriellen Depesche vom 26. Febr. und der Correspondenz Friedrich Wilhelms II. vom Ende März. (Im geh. Staatsarchiv.)

**) Ueber die Verhältnisse seit Leopolds II. Regierungsantritt und die Verhandlungen zu Reichenbach gibt Hertzberg (Recueil III.) aus naheliegenden Gründen nur

der König am 13. April, stattfindet, so kann er sich natürlich nur auf die in den Krieg verwickelten Mächte beziehen; ich werde die Rüstungen fortsetzen und mich durch listige Vorschläge nicht hinhalten lassen. Um jedoch nicht für den Angreifer zu gelten, würde ich den Vorschlag unter der Bedingung annehmen, daß die Waffenruhe nur zwei Monate dauert, damit ich die Zeit nicht verliere und noch dieses Jahr ins Feld gehen kann. Das war auch die Ansicht des Ministeriums. Bei allem unverholenen Verdruß über die britischen Anträge, hielt man es doch für rathsam, England nicht zurückzustoßen, damit Preußen nicht dem Vorwurf sich aussetze, es wolle einen Vergrößerungskrieg um jeden Preis. An sich erschien zudem der Vorschlag auf Grund des Status quo über den Frieden zu verhandeln, nicht gar bedenklich, weil aller Voraussicht nach schon Rußland denselben ablehnen würde.*)

In diesem Sinne ward die Antwort an Leopold entworfen; sie wies zwar das Friedensanerbieten nicht zurück, allein es waltete darin doch der Gedanke der Hertzberg'schen Politik vor. Das Verhalten Preußens war durch den Gang der österreichisch-russischen Politik motivirt, die Bereitwilligkeit ausgesprochen, auf den Grund des Status quo Frieden zu schließen. Daran reihte sich dann der Vorschlag Hertzbergs: eine dauernde Erledigung der orientalischen Frage dadurch herzustellen, daß ein von allen Mächten anerkanntes und verbürgtes Abkommen den ferneren Bestand des osmanischen Reiches begrenze und sicherstelle. Zugleich verwies der König auf seine Bündnisse mit Holland und England, auf die Verträge mit Polen und mit der Pforte, die es ihm nicht gestatteten, sich „auf bestimmtere Erklärungen einzulassen."

Der Eindruck dieses Schreibens in Wien war verschieden; Leopold, so meldeten die Berichte, habe sich befriedigt gezeigt, auch wenn er schwerlich die Hand bieten werde zur Abtretung Galiziens. Kaunitz dagegen verhehlte sein

---

fragmentarische Mittheilungen, die durch das precis de la carrière diplomatique du Comte de H., welches Köpke in der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft I. 1—36 veröffentlicht hat, zum Theil ergänzt werden. Außer den schon in unserer ersten Bearbeitung benutzten Actenstücken, welche die früher erwähnten Papiere von Diez enthielten, haben wir neuerlich das ganze urkundliche Material, welches das k. preuß. geh. Staatsarchiv enthält, zu Rathe ziehen können. Es sind außer den Jacobischen Relationen hauptsächlich die papiers et actes touchant la marche du Roi en Silésie, die Correspondenz Hertzbergs mit Finkenstein, die Papiers concernant la correspondance immédiate au Roi avec Leopold Roi de Hongrie etc., und verschiedene zerstreute Actenstücke, die zur Vervollständigung dienen.

*) Wie eine Note des Ministeriums sagt, man könne darauf eingehen sous la condition preliminaire que l'Angleterre engageant la cour de Vienne et de Petersbourg à accepter d'avance le status quo avant la guerre, condition que l'Angleterre ne pourra jamais obtenir de la Russie, ce qui les brouillera et fera gagner à V. M. le tems de se bien preparer pour la campagne.

Mißvergnügen nicht und fand die Vorschläge Preußens geradezu beleidigend.*) Inzwischen brachte England seinen Antrag eines Waffenstillstandes und zwar ohne die bestimmte Bedingung anzufügen, der Friede müsse als Grundlage den Zustand vor dem Kriege haben. Natürlich war das in Berlin willkommener, als die erste Form des britischen Vorschlags. Nun haben wir freie Hand, schrieb Hertzberg am 27. April, und können auf unserem Tauschproject bestehen, ohne durch den Status quo des englischen Cabinets genirt zu sein. Aber für friedlich sah man die Situation noch nicht an; gerade in jenen Tagen dachte man daran, diejenigen deutschen Fürsten, mit denen man in engeren Beziehungen stand, zur raschen Bereitschaft ihrer Contingente aufzufordern. Auch was man von Wien vernahm, ließ sich im Sinne kriegerischer Aussicht deuten.

Da kam das zweite Schreiben Leopolds vom 28. April; es war in sehr verbindlichem Tone gehalten, wenn auch ohne bestimmte Zusagen; der britische Vorschlag eines Waffenstillstandes war nur kurz berührt und im Uebrigen auf die Verbindlichkeiten verwiesen, in denen Oesterreich zu Rußland stand. Kriegerisch lautete der Brief in jedem Falle nicht; noch weniger die Erklärungen, die Fürst Reuß mündlich gab. In einer Conferenz, die derselbe mit dem preußischen Ministerium hatte, fiel die Andeutung, daß sein Monarch und Fürst Kaunitz nicht völlig gleiche Meinung hegten, daß vielmehr Leopold zum Frieden geneigt sei, wenn man die Verhandlung nur nicht durch zu schroffe Erklärungen erschwere. Auf preußischer Seite fand man dabei nichts Bedenkliches; binnen eines Monats, äußerte das Ministerium am 3. Mai, könne man entweder zu einer Verständigung oder zum Kriege kommen, zu welch letzterem übrigens Leopold nicht die geringste Neigung zu haben schien. Auch der König meinte: bis Ende des Monats wolle er noch warten; doch dürfe man, wenn die Armee marschfertig und die Jahreszeit günstig sei, mit Unterhandlungen keine Zeit mehr verlieren.

In einer besonderen Audienz legte dann der König dem Fürsten Reuß die Vorschläge Preußens dar. Die Pforte solle das Gebiet, das sie zwischen Donau und Dniester verloren, zurückbekommen; dagegen Oesterreich von der Walachei und Serbien behalten, was ihm im Frieden von Passarowitz eingeräumt war. Von Galizien solle der südöstliche Winkel, der von Ungarn und Siebenbürgen begrenzt sich bis zum Dniester, zum Stry und dessen Mündung in den Dniester ausdehnt, bei Oesterreich bleiben, der Rest an Polen zurückfallen. Preußen erhielt dafür Danzig und Thorn und verpflichtete sich die Pforte zu bestimmen, daß dieselbe die Krim an Rußland, die Passarowitzer Grenzen an Oesterreich überlasse; außerdem stimmte Preußen für die Kaiserwahl Leopolds und trat der Unterwerfung Belgiens nicht entgegen. Oesterreich ward auf diese Weise genügend entschädigt, jeder Grund einer Eifersucht

*) So berichtet Jacobi in zwei Depeschen vom 24. und 26. April.

zwischen Oesterreich und Preußen beseitigt, im Orient das Gleichgewicht hergestellt. Nur wünschte Preußen auf diese Vorschläge raschen Bescheid zu erhalten, jedenfalls vor Ende des Monats. Ich habe, schrieb der König (6. Mai) an sein Ministerium, lange mit ihm über die Abtretung von Galizien gesprochen; er schien mir nicht dagegen zu sein und es dünkte ihm nicht unmöglich, seinen Hof dazu zu bestimmen. In diesem Sinne fiel die Antwort aus, womit (9. Mai) der preußische Monarch das letzte Schreiben Leopolds erwiderte. Mit Berufung auf seine Verpflichtungen, die einen längeren Aufschub nicht duldeten, begehrte Friedrich Wilhelm einen klaren und unumwundenen Bescheid; man könne sich ja über Präliminarien verständigen, deren weitere Erörterung einem Congreß anheimgegeben würde; dabei war auf die Eröffnungen verwiesen, die der König eben dem Fürsten Reuß gemacht hatte.

Die Schwäche der preußischen Stellung war gleich in diesen Anfängen der Verhandlung das unsichere Verhältniß zu England gewesen; statt einer raschen Entscheidung wollte die britische Politik die Angelegenheit hinausziehen, statt des Hertzbergschen Entschädigungsplanes wünschte sie Frieden auf der Grundlage des Zustandes vor dem Kriege. Drum suchte man sich in Berlin vor Allem nach dieser Seite hin zu decken. Am Tage nach dem Schreiben an Leopold, am 10. Mai, gingen dringende Eröffnungen an die britischen Staatsmänner. Auf der einen Seite, hieß es darin, werde Preußen gedrängt von den Türken, Polen, Schweden, Belgiern, auf der andern Seite versage ihm die unentbehrliche Unterstützung der Seemächte. Wiederholt ward dann das Hertzbergsche Ausgleichungsproject als der sicherste Ausweg empfohlen und dringend das Begehren erneuert, daß England bei Verfolgung dieses Planes Preußen nicht im Stich lasse. Allein das Londoner Cabinet blieb bei seiner früheren Ansicht. Es verbarg sein Mißbehagen über die türkisch-preußische Allianz nicht und beharrte bei dem Status quo als Grundlage des Friedens.*) Die Vertreter der Seemächte in Berlin, dort von einflußreicher Seite unterstützt, drangen in Hertzberg, daß er diesen Ausweg nicht verwerfe.**) Es sei ja möglich, daß Oesterreich gegen den Unnadistrict sich eine kleine Abtretung Galiziens gefallen lasse, und dafür Danzig und Thorn zu erlangen sei. Hertzberg setzte doch den Gesandten in Wien davon in Kenntniß, damit er die Stimmungen dort erforsche. Von Wien freilich drängten sich ziemlich widersprechende Nachrichten; bald entschiedene Friedenszeichen, bald Anderes, was auf kriegerische Aussichten hinwies; Leopold hieß es, neige zum ersteren,

*) Note des Herzogs von Leeds vom 21. Mai.

**) Les ministres d'Angleterre et de Hollande, schreibt am 29. Hertzberg nach Wien, et nos premiers personnages instruits par eux sont venus me tourmenter pour que je n'insiste pas sur un demembrement de la Gallizie, si le roi de Hongrie nous offroit simplement le retablissement du status quo.

Kaunitz zum Widerstande. In Berlin tauchte wohl der Verdacht auf, daß dies Alles nur ein berechnetes Spiel sei, um Zeit zu gewinnen und der preußischen Politik den Vortheil des Moments zu entwinden. In einer Unterredung, die der preußische Gesandte mit Spielmann hatte,*) versicherte der Letztere, daß man nichts dagegen habe, wenn Preußen irgend eine Erwerbung mache, ja daß man bereit sei zur Erwerbung von Danzig und Thorn mitzuwirken, nur könne sich Oesterreich nicht die eigenen Besitzungen zur Erreichung dieses Zweckes verkürzen lassen. Der preußische Gesandte empfing aus Allem, was er hörte und sah, den Eindruck, daß Leopold wohl den Frieden wünsche und dafür auch ein kleines Opfer nicht scheue, daß er aber lieber zu den Waffen greifen, als Galizien abtreten werde.

Damit stimmte auch die Antwort überein, die Leopold auf den preußischen Ausgleichungsvorschlag, zunächst nur in der Form von „vorläufigen Betrachtungen", abgehen ließ; er erklärte sich bereit zu Friedensunterhandlungen auf der Grundlage des Zustandes vor dem Kriege, lehnte aber die preußischen Tauschanträge ab. Leopold sah Galizien durch den in Aussicht gestellten türkischen Gebietstheil durchaus nicht ersetzt, der letztere sei ein Länderstrich ohne Cultur, ohne Gewerbfleiß, zum Theil ohne Bewohner, während Galizien durch seine Bevölkerung wie durch seinen Ertrag gleich wichtig sei. Galizien sei im Einverständniß mit Preußen, ja auf seine Veranlassung erworben und in feierlichen Verträgen garantirt worden; der vorgeschlagene Tausch erscheine darum nur wie eine preußische Vergrößerung auf Kosten Oesterreichs. Die Kaiserwürde betrachtete Leopold nur als eine Ehre, die aus persönlichen Vertrauen entsprang, nicht als einen Zuwachs an Macht. Am wenigsten wollte er sich aber dazu verstehen, daß eine diplomatische Einmischung in die belgischen Händel stattfinde; denn das Recht Oesterreichs sei hier unzweifelhaft, und man kenne unter den europäischen Souveränen keinen, dessen Haß gegen Oesterreich so maßlos sei, daß er darüber alle die Betrachtungen vergessen könnte, die einen Fürsten abhalten müssen, die empörten Unterthanen eines andern zu unterstützen.

Die Antwort verfehlte in Berlin ihren Eindruck nicht. Noch schmeichelte man sich zwar dort mit der Aussicht, Leopold werde zur Erwerbung von Danzig und Thorn mitwirken, allein man verkannte doch nicht, daß er den Status quo vor dem Kriege allen andern Auswegen vorziehen werde. Damit war aber die Lage wesentlich verändert; es fehlte der Grund zu einem Angriffe Preußens, sobald Leopold sich erbot, den Besitzstand vor dem Kriege herzustellen. Unter diesen Umständen, meinte auch Hertzberg,**) sei die Annahme dieser Grundlage einem Kriege von ungewissem Ausgang vorzuziehen. Vielleicht gelinge es doch, einige Vergrößerungen für Polen und damit Dan-

*) Depesche Jacobi's vom 22. Mai.

**) Bericht an den König d. d. 30. Mai.

zig und Thorn zu erlangen; das gebe neben den reellen Vortheilen einen Zuwachs an Ansehen, insofern Preußen die Pforte geschützt und den kriegführenden Mächten ihre Eroberungen entwunden habe. Der König, schlug er vor, solle von dem Fürsten Reuß eine rasche und deutliche Antwort fordern; auch könne er sich zur Armee nach Schlesien begeben, nicht um den Krieg zu beginnen, sondern um auf alle Ereignisse gefaßt zu sein und die entscheidende Verhandlung zu beschleunigen. Rußland sei durch militärische Demonstrationen zu imponiren, Schweden von einem Separatfrieden abzuhalten, durch eine Aufstellung in Geldern die Brabanter und Lütticher zu ermuthigen. Der König erklärte sich damit einverstanden; er wollte nach Schlesien gehen und Hertzberg sollte ihn begleiten. Die Antwort an Oesterreich sollte Preußens Bereitwilligkeit zu einem Waffenstillstand auf Grund des Status quo aussprechen, aber doch zugleich einige Abtretungen für Polen vorbehalten, um gegen sie Danzig und Thorn einzutauschen. Am 2. Juni erfolgte die Erwiderung des berliner Cabinets. Noch einmal war der Tausch Galiziens als vortheilhaft für Oesterreich dargestellt, aber zugleich die Hand geboten zu einer günstigeren Vertheilung des Gebiets. Dem Vorwurf, daß ja Preußen die Erwerbung Galiziens veranlaßt, ward mit der Erinnerung begegnet, daß vielmehr Oesterreich durch die Wegnahme der Zipser Städte den ersten Anstoß zur Theilung Polens gegeben habe. Ueber Belgien und die Kaiserwahl enthielt sich die preußische Note weiterer Erörterungen; es ward nur bemerkt, daß im Falle die beiden Höfe sich über die Hauptsache nicht einigten, Preußen in Bezug auf jene zwei Punkte völlig freie Hand habe.

In ähnlichem Sinne ward Jacobi, der Gesandte in Wien, instruirt.*) Er sollte, indem er sich auf die Grundlage des Status quo einließ, doch zugleich der Idee einer Abtretung Eingang verschaffen und soviel wie möglich von Galizien abzuhandeln suchen. Geht der Wiener Hof, so schrieb ihm das Ministerium, einmal auf den Gedanken ein, von Galizien ein Stück abzugeben, so wird sich das Uebrige leicht ordnen. In den nämlichen Tagen hatte aber der Gesandte in Wien mehrere ausführliche Unterredungen mit dem Grafen Cobenzl, die ihn selber überzeugten, daß es ganz verlorene Mühe sei, den Oesterreichern von einer Abtretung Galiziens zu reden. Cobenzl beschränkte sich auf allgemeine, ziemlich vage Versicherungen in Betreff des Waffenstillstandes, er betrachtete die belgische Verwicklung als eine rein innere Angelegenheit; jede Hindeutung aber auf eine Abtretung Galiziens wies er nicht nur mit unverkennbarem Widerwillen, sondern selbst mit einer gewissen Gereiztheit zurück. Es fiel wohl auch gelegentlich der Wink, daß hinter Leopold noch ungeduldigere Ansichten drängten, die lieber einen Krieg wollten, als ein unwürdiges Nachgeben. Wenn Preußen durchaus auf Danzig und Thorn ausgehe, so gebe es wohl ein Mittel, die Polen zu entschädigen. Oesterreich

---

*) Depeschen vom 2. und 4. Juni.

habe soviel türkisches Gebiet erobert, daß man damit, etwa mit der Moldau, die Polen abfinden könne. Und das werde wohl Preußen nicht verlangen, daß es eine Erwerbung auf Kosten Oesterreichs mache.*) Dieser letzte Hinweis auf die Moldau fand in Berlin keine freundliche Aufnahme, man sah darin nichts als eine Hinterlist, darauf berechnet, Preußen und die Pforte zu entzweien.

Das Resultat aller dieser Erörterungen beschränkte sich also zunächst darauf, daß Oesterreich zwar die Hand zum Frieden bot, aber jede Verpflichtung zurückwies, diesen Frieden anders als auf Grundlage des Zustandes vor dem Kriege zu schließen, während Preußen eine solche Basis nicht wohl ablehnen konnte, aber doch auch die Hoffnung nicht aufgab, spätere Modificationen durchzusetzen. Diese Hoffnung ruhte freilich auf schwankendem Grunde; die Möglichkeit zwar hatten die Oesterreicher nicht völlig abgelehnt, aber doch jede bindende Aeußerung darüber vermieden. Als der preußische Gesandte in jenen Tagen eine Audienz bei Leopold hatte, empfing er von ihm die freigebigsten Versicherungen seiner Friedensliebe und seines Wunsches einer Verständigung mit Preußen, aber auf das wiederholte Berühren der Entschädigungs- und Tauschprojecte wußte der österreichische Monarch jedesmal auszuweichen.

Indessen hatte in Preußen seit Ende Mai die Bewegung der Truppen nach Schlesien begonnen; der König selbst begab sich dahin, während Graf Henkel die in Ostpreußen vereinigten Streitkräfte an der lithauischen Grenze zusammenzog, und ein anderes Corps unter Usedom und Kalkreuth sich fertig machte, von der Weichsel durch Polen den Marsch nach Schlesien anzutreten. Wenn es zum Kriege kam, so lagen die Chancen für Preußen nicht ungünstig; die Gährung in Ungarn und Belgien, die Unmöglichkeit einer französischen Einmischung, die Bündnisse Preußens mit östlichen und westlichen Mächten gaben einen Schein von Ueberlegenheit. Doch erschienen die Allianzen stärker als sie waren. Vor Kurzem (29. März) war zu Warschau das Bündniß Preußens mit Polen abgeschlossen worden. Beide Staaten verbanden sich darin zu gegenseitiger Freundschaft, zur Garantie ihrer Gebiete und bei einem feindlichen Angriffe, von welcher Seite er auch komme, zunächst zu friedlicher Vermittlung, dann zu bewaffneter Hülfe; jede fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten Polens ward zurückgewiesen. Diesem Bündniß sollte ein Handelsvertrag nachfolgen, um den widerwärtigen Plackereien und gegenseitigen Chicanen ein Ziel zu setzen, die durch die ungeschickte Abgrenzung an der Weichsel herbeigeführt wurden. Eine gründliche Lösung lag freilich nur in der Abtretung von Danzig und Thorn. So lange beide Städte polnische Enclaven in Preußen blieben, war nicht allein der preußische Handel gehemmt, sondern auch der polnische durch die hohen Weichselzölle, die Preußen auflegte, in seiner Entwicklung gestört. Drum sah Preußen mit

*) Berichte Jacobi's vom 2. 3. 4. und 9. Juni.

Recht nur in der Abtretung beider Städte die durchgreifende Abhülfe; mit der bekannten Gebietsentschädigung und der Erleichterung des Weichselhandels hoffte es die Polen zu befriedigen. Der Entwurf eines Handelsvertrags, den die preußische Regierung damals vorlegte, enthielt die Feststellung dieser Punkte; eine persönliche Correspondenz zwischen den beiden Monarchen sollte die Schwierigkeiten ebnen. Allein die Bemühungen waren fruchtlos; Polen wollte sich ebenso wenig zur Abtretung der beiden Weichselstädte herbeilassen, als Oesterreich zum Austausch eines Theils von Galizien und die Pforte zur Hergabe der Passarowitzer Grenzen. Und stand es etwa mit der Unterstützung der Seemächte besser? Hollands Auftreten war durch die Haltung Englands bedingt, und England, wegen Grenzstreitigkeiten in Nordamerika mit Spanien entzweit und mit Frankreich gespannt, hegte wenig Neigung, seine Verlegenheiten in Europa zu mehren, vollends für eine Verstärkung Preußens an der Weichsel und eine Hebung des preußisch-polnischen Ostseehandels! Der von Oesterreich angebotene Status quo war vielmehr gerade das, was den britischen Wünschen und Interessen am meisten zu entsprechen schien.

Man sieht, wenn die kriegerischen Aussichten auch für Preußen günstig genug erschienen, seine diplomatischen Beziehungen waren unsicher und drohten im entscheidenden Augenblicke zu versagen. Die Rechnung, die sich das berliner Cabinet gemacht, entbehrte der soliden Grundlage; dasselbe war nach keiner Seite hin gewiß, mit seinen Ausgleichungsvorschlägen Eingang zu finden. Mit der Türkei war ein Bündniß geschlossen, das von den für Oesterreich bestimmten Abtretungen nichts erwähnte; mit Polen ward eben ein Allianzvertrag unterzeichnet, worin von dem Austausch Danzigs und Thorns keine Rede war. Die Seemächte waren nicht geneigt und nicht gebunden, die preußischen Forderungen um jeden Preis durchzusetzen und Oesterreich hatte sich zwar zum Frieden auf der Grundlage des Status quo bereit erklärt, aber zugleich jede Verpflichtung über diese Grenze hinaus beharrlich zurückgewiesen. Gerade die letzten Nachrichten aus Wien ließen eine Aenderung darin nicht erwarten. Ich habe mich überzeugt, schreibt am 18. Juni Baron Jacobi, daß man entschlossen ist, nicht ein Dorf von Galizien abzutreten, sondern lieber die Gefahren eines Krieges auf sich zu nehmen.

So standen die Dinge, als der preußische Monarch sich um Mitte Juni nach Schlesien begab. Vor Allem, schrieb er am 14. Juni, liegt mir daran, daß sich Alles in weniger als drei Wochen entscheidet; denn ich will meine Zeit nicht verlieren in fruchtloser Verwendung enormer Summen und in der Schwächung meiner Armee durch Desertion und Krankheiten. Zudem ist es lächerlich, die Zeit mit Complimenten hinzubringen, wenn man an der Spitze einer Armee steht, wie die meinige ist. In Schönwalde, zwischen Reichenbach und Glaz, schlug der König (18. Juni) sein Hauptquartier auf; Hertzberg war ihm gefolgt; die Gesandten der befreundeten Mächte hatten sich nach Breslau begeben.

Gerade von ihnen wurden der preußischen Politik die ersten Schwierigkeiten bereitet. Der König hatte, als die Reise nach Schlesien zuerst besprochen ward, nur im Allgemeinen geäußert: Hertzberg und die Minister von England, Holland und Polen sollten ihn begleiten. Später, im Monat der Abreise erklärte er: lediglich Hertzberg möge ihm folgen, die Uebrigen in Breslau bleiben. Ihre unmittelbare Nähe schien bedenklich. „Ein Minister von Ihrer Fähigkeit, schreibt Friedrich Wilhelm am 21. Juni an Hertzberg, braucht die Unterstützung eines Ewart und Reede nicht; dieselben denken ohnedies mehr an den Vortheil ihrer Höfe, als an den Nutzen und die Ehre Preußens. Wissen wir einmal von den österreichischen Eröffnungen genug, um unsere Entscheidung zu treffen, dann kann man ihnen Mittheilungen machen; vorher würde ihr Geschwätz sicherlich mehr Schaden als Vortheil bringen." Hertzberg verhehlte zwar seine Besorgniß nicht, daß die Vertreter der verbündeten Mächte das übel nehmen könnten; allein es blieb dabei. Am 26. Juni trafen dann Fürst Reuß und Baron Spielmann in Reichenbach ein, um als Bevollmächtigte Oesterreichs die Verhandlung mit Preußen zu eröffnen. Jetzt verlangte der britische Gesandte Ewart zu den bevorstehenden Conferenzen zugelassen zu werden. Den Seemächten, meinte er, gebühre das große Verdienst, Oesterreich zur Nachgiebigkeit zu stimmen; sie hätten dem Wiener Cabinet die Anerkennung des Status quo vor dem Kriege „abgerungen". So nannte man die Annahme einer Friedensbasis, die jetzt für Oesterreich bereits der erwünschteste Ausweg war! Auch sei der britische Gesandte in Wien, Lord Keith, für die Annahme eines „guten Ausgleichungsplanes" thätig gewesen und werde fernerhin in dieser Richtung wirken. Die Abweisung von den Conferenzen werde England compromittiren; der Gesandte könne dann auch nicht in Breslau bleiben, sondern müsse sich ganz zurückziehen. Hertzberg war natürlich dieser Zwischenfall höchst unwillkommen; zunächst ließ sich erwarten, daß Oesterreich, wenn ihm einmal die geringe Eintracht unter den Verbündeten bekannt war, seinen Ton und seine Ansprüche steigern werde. Auf der andern Seite schien es doch bedenklicher, die Alliirten durch Zurückweisung zu verletzen, als sie zur Theilnahme beizuziehen. Dahin neigte denn auch der Ausweg, den er dem König vorschlug. Er wollte die erste Conferenz mit den österreichischen Bevollmächtigten allein halten, um die Hauptgrundlage des Friedens festzustellen, dann die Gesandten der Verbündeten nach Reichenbach einladen. Die weiteren Conferenzen würden den Ausgleichungsplan betreffen, der durch die Unterstützung der Seemächte nur vortheilhafter werden könne.

Der König schien indessen fest. Wenn die Abtretung, welche die Oesterreicher bieten, zu klein wäre, schrieb er am Tage der Eröffnung der Conferenzen, so sei sie unzulässig, denn sie würde dann nur die Pforte kränken und das Vertrauen der Polen verscherzen. Lieber dann den Status quo ohne jede Aenderung; das sei ehrenvoller. Und auf das Begehren des britischen Vertreters äußerte er gegen Hertzberg am 27. Juni: man müsse erst die Vor-

schläge Oesterreichs abwarten; wenn es sich um einen Bruch und die Vorbereitungen zum Kampf handle, brauche man die fremden Diplomaten nicht. „Gehen Sie von der Ueberzeugung aus, schloß der Brief, daß ich an der Spitze meines Heeres weniger nachgiebig sein darf, als wenn ich in meinem Cabinet zu Berlin unterhandelte.“ Doch gab er am andern Tage dem Wunsche Hertzbergs nach, die Minister der Alliirten nach Reichenbach einzuladen.

An demselben Tage hatten die Conferenzen begonnen. Von den Oesterreichern aufgefordert, entwickelte Hertzberg zunächst den preußischen Entschädigungsplan. Als er die Abtretung von Danzig und Thorn nebst einigen Grenzdistricten in Erwähnung brachte,*) wollten die österreichischen Bevollmächtigten den Umfang und Werth dieser Abtretungen wissen; Hertzberg schlug das Ganze auf 120,000 Einwohner und — absichtlich etwas übertrieben — auf 600,000 Thaler Einkünfte an. Baron Spielmann fand dies hoch und meinte, man könne auch die versprochenen Zollerleichterungen von dem für Polen bestimmten Aequivalent in Abzug bringen, was Hertzberg mit dem Bemerken ablehnte, das sei eine Angelegenheit, welche nur die Regierungen von Polen und Preußen angehe. Wiederholt kam der österreichische Unterhändler auf den Status quo als Grundlage des Friedens zurück, der preußische Minister wich jedesmal aus.**) Spielmann versäumte nicht darauf hinzuweisen, daß Oesterreich nicht nur für die etwaigen Abtretungen an Polen eine Entschädigung durch die Türkei erhalten müsse, sondern auch ein Aequivalent für die Vergrößerung Preußens. Hertzberg verlangte dann von den Oesterreichern eine Erklärung darüber, was sie an Polen abtreten und was sie als Ersatz von der Türkei verlangen wollten. Nach einigen Umschweifen bezeichnete Spielmann die Grenzen des Passarowitzer Friedens als die Forderung Oesterreichs; auch könne man des Ehrenpunktes wegen Belgrad nicht zurückgeben. Hertzberg meinte, aus demselben Ehrengrund könne Preußen nicht zulassen, daß diese wichtige Grenzfeste den Türken genommen werde, zumal Oesterreich durch die Donau, Aluta und Unna genügend geschützt sei. In ähn-

*) „Les villes de Dantzig et de Thorn avec leurs territoires en outre cela les districts en deçà de l'Obra depuis son confluent de la Warta jusqu'aux frontières de la Silesie et l'enclavure ou le district entre la Netz et la Warta jusqu' à Obernicki et delà en ligne droite jusqu' à Thorn ou jusqu' au confluent de la Vistule et de la Drewenza“ — hieß es in H.'s Bericht vom 27. Juni.

**) — „que j'ai toujours taché d'éluder parcequ'il ne convient pas à V. M.“ schreibt Hertzberg. Aehnlich schrieb er am 28. an Ewart, als er ihn und die Vertreter Hollands und Polens einlud, herüberzukommen. Je me flatte que vous voudrez appuyer par vos consiels les preliminaires que j'ai projetés et que vous ne voudrez pas faire mention du status quo, qui n'est qu'un pis aller, au quel il ne faut venir, que quand on ne peut pas faire agreér nos projets conciliatoires.

licher Weise wurden dann die polnischen Abtretungen erörtert. Hier gingen denn freilich die Ansichten beider Theile noch mehr auseinander. Hertzberg verlangte ein ansehnliches, für Polen gut gelegenes Stück von Galizien, die Oesterreicher boten einen ungünstig gelegenen Theil, der ihrer Versicherung nach etwa 300,000 Einwohner enthielt und 343,000 Gulden Einkünfte brachte. Hertzberg wollte es scheinen, als betrage dies ganze angebotene Stück nicht den achten Theil von Galizien, die Oesterreicher brachten aber eigene Karten bei, welche sie für richtiger ausgaben. Vergebens forderte der preußische Minister Brody und die Salzwerke von Wieliczka, die österreichischen Diplomaten wollten sich auf nichts weiter einlassen, ohne erst neue Instructionen von Wien zu haben.

Hertzberg schien mit diesem Anfang zufrieden. War doch der Status quo umgangen und die Verhandlung an den Entschädigungsentwurf angeknüpft; die Oesterreicher hatten sich darauf einlassen und ihre eigenen Forderungen angeben müssen. Nun, dachte der preußische Staatsmann, sei die Sache in gutem Zuge. Er übergab (29. Juni) einen Plan gegenseitiger Verständigung; darin waren die Abtretungen der Türkei, die in Galizien und die in Polen festgestellt, die Vermittlung für einen allgemeinen Frieden ausgemacht, den Belgiern bei gütlicher Unterwerfung eine Amnestie und ihre alte Verfassung garantirt und die Lütticher Angelegenheit einer gütlichen Vermittlung überlassen. Darauf erklärten die Oesterreicher erst neue Instructionen einholen zu müssen; sie erhielten dieselben am 11. Juli und legten sie zwei Tage später Hertzberg vor. Es waren Vorschläge, welche zwar statt Hertzbergs Entschädigungsentwurf mehrere davon abweichende Alternativen enthielten, aber doch den Grundsatz einer Abtretung einzelner Districte von Galizien und des Ersatzes durch türkische Abtretungen einräumten. Damit hätte Hertzberg die Hoffnung noch nicht aufgegeben, seinen Plan durchzuführen. Der König freilich hatte schon vorher geäußert, wenn man die Türken zu den verlangten Abtretungen nicht bestimmen könne, so sei die Herstellung des Besitzstandes vor dem Frieden der ehrenvollste Ausweg, worauf Hertzberg erwiderte, ehrenvoll möge es wohl sein, aber nicht vortheilhaft. Man verzichte damit auf die Erwerbung von Danzig und Thorn, auf den Ersatz der Kriegskosten und auf die Früchte der jüngsten Allianz mit Polen. Der König widersprach dem nicht und Hertzberg glaubte, die Sache sei im richtigen Geleise. *)

*) In der Correspondenz vom 6. Juli erörtert Hertzberg die verschiedenen Möglichkeiten und bleibt dabei, seinen Ausgleichungsplan als den besten Weg zu bezeichnen. Am Schluß sagt er: Si V. M. faisait venir en attendant le M. de Lucchesini et le colonel de Zegelin, Elle pourrait se servir de l'un pour endoctriner les Polonais et de l'autre pour traiter avec les Turcs. Der König schrieb zurück: j'attendrai la reponse de la Cour de Vienne d'après la quelle je vous ferai part tout de suite du parti que je jugerai à propos de prendre; j'attends le M. de Lucchesini à chaque instant.

Aber die Dinge sollten sich ganz anders wenden, ehe noch die österreichische Antwort eintraf. Schon seit Ende Juni waren die Gesandten der Seemächte nach Reichenbach gekommen und gaben die Erklärung ab, sie würden zu einem Entschädigungsplan, wie der Hertzbergs sei, die Hand nicht bieten und seien auch durch die Allianz mit Preußen dazu nicht verpflichtet; sie könnten nur zu einem Frieden mitwirken, der auf der Grundlage des strengen Status quo geschlossen werde. So war also eingetreten, was Hertzberg einmal gefürchtet: die Seemächte, statt Preußen zu stärken, kamen nur, indem sie ihre Uneinigkeit mit Preußen recht grell an den Tag legten, der Politik Oesterreichs zu Hülfe. Nun traf auch (10. Juli), vom König gerufen, Lucchesini aus Warschau ein und machte sehr starke Zweifel geltend, ob die Polen sich friedlich zur Abtretung von Danzig und Thorn herbeilassen würden. Während in Erwartung der österreichischen Antwort die Verhandlung ruhte, begann man im preußischen Hauptquartier sich von Neuem die verschiedenen Möglichkeiten zu erwägen. Die Wagschale fing an sich zu Gunsten des Status quo zu neigen; man dachte eine kurze Frist zu stellen und außer der Garantie der belgischen Verfassung auch noch die der ungarischen, gestützt auf einen Vertrag von 1606, zu verlangen. Hertzberg sah diese Wendung kommen; er sei, schrieb er (11. Juli) an den König, in sein Ausgleichungsproject nicht verliebt, allein er habe gemeint, dasselbe sei nützlich für Preußen und im Ganzen wohl ebenso schnell zu erreichen, wie die Unterhandlung auf Grund des Zustandes vor dem Kriege. Wenn man dem letzteren Bedingungen anhänge, wie die Garantie der ungarischen Verfassung, so schaffe man sich neue Schwierigkeiten, ja möglicher Weise einen Kriegsfall.*) Indessen Hertzberg sah sich mit seiner Ansicht schon ziemlich isolirt. Wie er selbst damals an Finkenstein schrieb: ich glaube, wir werden Mühe haben, in Wien, Petersburg und bei der Pforte den reinen Status quo durchzusetzen, der uns dann 20 Millionen unnützer Ausgaben kostet; mein Ausgleichungsproject ließ sich mit einiger Anstrengung durchsetzen, hätte uns Ansehen erworben und die Ausgaben ersetzt, allein ich kann den Strom nicht aufhalten. In der That erfolgte diese Wendung. Noch am 11. Juli erhielt Hertzberg durch Lucchesini den neuen Plan des Königs. Die Polen, hieß es darin, wollten nichts von einem Tausche, die Türken nichts von einer Abtretung wissen; dies und die hinhaltende Taktik des Wiener Hofes lasse als den besten und ehrenvollsten Weg erscheinen: einfach den Zustand vorzuschlagen, wie er vor dem Kriege bestanden habe. Dem sei aber ausdrücklich die Garantie der belgischen und ungarischen Verfassung anzufügen.

Die Ankunft der österreichischen Antwort erschien als ein Grund mehr, einen solchen Weg zu wählen. Man müsse, hieß es, den Knoten zerhauen, den die Schlauheit des Fürsten Kaunitz zu schürzen suche; es sei klar, daß

*) Schreiben Hertzberg's an den König und an Finkenstein, beide vom 11. Juli.

man in Wien nur darauf sinne, Preußen hinzuhalten, bis es die beste Zeit und das Vertrauen seiner Verbündeten verloren habe. Eben darum sei die Aufstellung des Zustandes vor dem Kriege die ehrenvollste und vortheilhafteste Bedingung für Preußen. *)

So war Hertzbergs Politik aufgegeben. Friedrich Wilhelms sanguinische und rasche, aber nicht ausdauernde Natur begann vor den Schwierigkeiten zu weichen, die sich dem erst so eifrig ergriffenen Ausgleichungsproject entgegenstellten. Hertzberg selbst glaubte, es hätten jetzt wie früher Einflüsse, die ihm persönlich ungünstig waren, ihm entgegengewirkt; daß Lucchesini seine Plane in den letzten entscheidenden Punkten durchkreuzt hatte, scheint unverkennbar; es mögen wohl auch geschickte österreichische Einflüsterungen die Thätigkeit der diplomatischen Höflinge unterstützt haben. Der König aber, noch in der letzten Woche des Juni stolz und kriegslustig gestimmt, war jetzt mit einem Male verstimmt über die wachsenden Schwierigkeiten; er klagte über den Undank der Polen, die Haltung der Türken und fand Hertzbergs verwickelten Plan mit dem Hintergrunde der Erwerbung von Danzig und Thorn zu weitaussehend, er wollte eine rasche Lösung, auch wenn Preußen dabei leer ausginge. Gerade auf eine Persönlichkeit wie die seine machte die Betrachtung Eindruck, daß der reine Status quo noch ehrenvoller scheine, als jeder andere Ausweg. Der König von Preußen gab dann der Pforte den Frieden und erschien im Glanze höchster Uneigennützigkeit; man konnte ihm nicht nachsagen, er habe sich für seine Friedensdienste mit einem Stück Polen bezahlen lassen. Eine solche Lösung entsprach den verschiedensten Eigenthümlichkeiten von Friedrich Wilhelms II. Naturell: seiner Abneigung gegen ausdauernde Arbeit und seiner Zugänglichkeit für generöse und uneigennützige Motive in der Politik.

Am Morgen des 14. Juli ward Hertzberg zum König beschieden und in Gegenwart des Herzogs von Braunschweig und Lucchesini's die Frage noch einmal besprochen. Die Annahme des Status quo und der Verzicht auf Danzig und Thorn war nun entschieden, wiewohl Hertzberg noch einmal vergeblich sein Ausgleichungsproject verfocht. Auch wünschte der König, daß Lucchesini an den Conferenzen Theil nehme; das lehnte Hertzberg aber ab. Man trennte sich in Frieden, allein noch am Nachmittag erhielt der Minister ein Schreiben des Königs, aus welchem unverhüllt eine herbe und mißmuthige Stimmung herausklang. „Ich bestehe durchaus darauf, schreibt der König, daß alle Weitläufigkeit vermieden wird; wir werden uns entzweien, wenn Sie die Sache noch länger hinausziehen; sie soll auf die eine oder auf die andere Art entschieden werden. Ihre Absichten sind gut, aber Sie schaden dem Staatswohl, wenn Sie nicht Alles, was die Verhandlung verzögern kann, kurzweg abschneiden. Sie sollen sich nicht länger von Fürst Kaunitz hinhalten lassen. Wenn ich für jetzt auf Danzig und Thorn verzichte, so wird das den Wiener

*) Zwei Schreiben des Königs vom 13. Juli.

Hof nöthigen, deutlich zu reden und nicht mehr tausend Ausflüchte zu finden; drum muß man den strengen Status quo vorschlagen, wie ich Ihnen ausdrücklich aufgetragen habe." Man sieht, die Ungeduld, die in jedem Falle einen raschen Abschluß will, kleidet sich hier noch in einen drohenden hohen Ton; die Oesterreicher sollen zur Entscheidung genöthigt, ihnen der Status quo gleichsam aufgedrungen werden. Friedrich Wilhelm II. schien also nicht zu ahnen, daß, was er hier den Oesterreichern abtrotzen will, ihnen das wünschenswertheste sein mußte; er wiegte sich noch in dem Glauben, Herr der Situation zu sein, während die combinirten Manöver der Gegner wie der Alliirten ihn zum vollen Rückzug drängten.*)

Hertzberg vertheidigte sich in einem Schreiben, das er noch am nämlichen Abend an den König richtete. Er rühmte sich darin, selbst früher den Status quo als einen Ausweg angerathen zu haben, und nur im vollen Einverständniß mit dem König habe er den Entschädigungsentwurf vorgelegt. Aber auch mit diesem hätte die Verhandlung rasch ihren Abschluß gefunden, wie er denn auch an allen Verzögerungen ganz unschuldig sei. „Meine Anhänglichkeit an das Staatswohl, so schloß er in gekränktem Tone, glaube ich in 45jährigen Dienst bewährt zu haben; aber ich werde nicht mehr mit der früheren Ruhe und Befriedigung dienen, seit man glaubt, Drohungen gegen mich anwenden und mir Fehler zurechnen zu müssen, deren ich mich unschuldig weiß."

So ward also der Status quo als Friedensbasis vorgeschlagen; binnen zehn Tagen sollten die Oesterreicher sich darüber erklären. Trotz dieser peremptorischen Form, die Preußen vorschrieb, hatte in der Sache Oesterreich das Spiel ganz gewonnen; das fühlte Niemand tiefer als Hertzberg. Ihm war eine politische Arbeit, an der er Jahre lang zusammengeflochten, wie in einem Anfall übler Laune bei Seite geworfen und ein anderer Weg eben nur aus dem Grunde gewählt, weil er der kürzeste schien.

Hertzberg vollzog die königliche Weisung; eine Note vom 15. Juli erklärte den österreichischen Unterhändlern, daß Preußen bedauere, auf die vorgeschlagene Grundlage, wie sie die letzte Note des Fürsten Kaunitz enthalte, nicht mehr eingehen zu können, daß es dagegen bereit sei, sich unter der Bedingung des strengen Status quo, wie er vor dem Kriege war, zu verständigen. Preußen wünsche daher, daß Oesterreich auf dieser Basis einen vorläu-

*) Auch am 17. äußerte sich brieflich der König in ähnlich dringendem Tone; ja noch am 20. trug er Hertzberg auf, da die Oesterreicher hinhalten wollten, am Kriegsmanifest zu arbeiten, „pour qu'il soit prêt si ce gens vouloient encore m'amuser; toutes mes mesures sont prises et rien ne peut ni doit les arrêter que l'acceptation du status quo en plein." Gegen Hertzberg blieb aber eine Gereiztheit, die sich auch im letzten Stadium der Unterhandlung noch einmal geltend machte. Le premier devoir d'un ministre, schrieb am 25. Juli der König, est d'obéir à son maître et j'espère que je n'auroi pas besoin de vous en faire souvenir, worauf Hertzberg sichtlich gekränkt erwiederte.

figen Waffenstillstand und dann den definitiven Frieden mit der Pforte abschließe; die Erklärung darüber erwarte man in möglichst kurzer Frist. Die beiden österreichischen Botschafter nahmen die Miene der Ueberraschung und Betroffenheit an; sie thaten, als erblickten sie in dieser brüsken Wendung ein kriegslustiges Ultimatum und Friedrich Wilhelm selber befand sich noch in der Täuschung, die Hertzberg nicht mehr theilte, man könnte in Wien die preußische Forderung verwerfen; indessen die Raschheit, womit man dort Antwort gab, bewies am besten, wie sehr diese Wendung den Wünschen Oesterreichs entsprach. Schon am 20. Juli ward in Wien die zustimmende Antwort ausgefertigt; am 23. war sie in den Händen der Bevollmächtigten zu Reichenbach. Man hatte in der That die kürzeste Frist eingehalten. Am folgenden Tage berichtete Hertzberg dem König über den Inhalt der österreichischen Erklärung. Leopold — schrieb er — wolle sich zu einem Waffenstillstand nach dem stricten Status quo herbeilassen und erwarte nur, daß die Pforte, in Anbetracht der Zurückgabe aller Eroberungen, ein freundliches Einverständniß über Sicherstellung der Grenzen eingehe, natürlich unter Vermittlung Preußens und seiner Verbündeten. Hertzberg sah damit die Absicht des Königs erreicht; der letzte Vorbehalt enthalte nichts Bindendes und scheine nur bestimmt, den Rückzug Oesterreichs auf eine anständige Weise zu decken. In jedem Falle könne man, etwa in einem geheimen Artikel, die Bedingung beifügen, daß für jeden Zuwachs an Gebiet, der Oesterreich vielleicht zufalle, Preußen einen Ersatz, etwa in Oberschlesien, enthalte. Die österreichischen Bevollmächtigten seien dazu nicht abgeneigt, versicherten jedoch, es handle sich um keine Vergrößerung, sondern nur um eine Grenzberichtigung, die Oesterreich vor den Einfällen der Bosnier sicherstelle. Auch die Gesandten der Seemächte, die der Conferenz beiwohnten, meinten, man solle der österreichischen Politik diesen Rückzug einräumen, und erklärte sich bereit, ein Protokoll aufzunehmen, welches jede bedenkliche Deutung dieses Zusatzes abschneide. Weiter wollte Leopold erklären, daß er, im Fall Rußland nicht gleichzeitig den Frieden mit der Pforte abschließe, keine andere Verpflichtung gegen seinen Verbündeten einhalten, sondern nur die Festung Chotzim als neutrales Pfand bis zum Frieden besetzen werde; ihre sofortige Rückgabe an die Türken würde nur die Folge haben, daß die Pforte, außer Stand sie zu behaupten, sie den Russen überlassen müsse. Im Uebrigen wünsche Oesterreich dringend den raschen Abschluß des Friedens zwischen Rußland und der Pforte, da die Fortsetzung des Krieges voraussichtlich nur den Türken neue und größere Verluste zuziehen müsse; es fiel dabei die Andeutung, daß für die Abtretung der Provinz Oczakow bis zum Dniester der Friede mit Rußland zu erlangen sei. Hertzberg selbst war mit dem ersten einverstanden; er und der britische Botschafter sprachen zugleich den Wunsch aus, Schweden in den Frieden aufgenommen zu sehen und zwar auf Grund der früheren Verträge. In Bezug auf die Form waren die österreichischen Minister der Ansicht, es solle dar-

über von beiden Seiten eine Erklärung gegeben und diese nach der Zurückziehung der beiderseitigen Truppen ratificirt werden. Endlich verlangte Oesterreich eine Erklärung von Seiten Preußens, daß es die Unterwerfung der Niederlande mit Zusicherung der alten Verfassung nicht hindern werde, auch die Garantie der Verfassung durch die Seemächte und das Reich, nicht durch Preußen allein, gegeben werden solle.

Die Antwort des Königs schrieb Hertzberg kurz die Punkte vor, auf denen das Uebereinkommen beruhen solle. Die preußische Erklärung solle erstens die Annahme des Status quo als Grundlage des Friedens hinstellen und diese Grundlage nicht nur von Oesterreich ausdrücklich anerkannt, sondern auch von den Gesandten der Seemächte sofort zu Reichenbach garantirt werden.*) Zweitens solle die preußische Erklärung der weiteren Wünsche Oesterreichs nur unter der Voraussetzung erwähnen, daß Preußen ein Ersatz zugesichert werde. Drittens werde Preußen sich in Betreff Belgiens, seiner Unterwerfung wie seiner Verfassung, niemals von den Seemächten trennen. Viertens sei der Friede mit Rußland eine Sache für sich und man solle es Preußen überlassen, die Interessen der Pforte wahrzunehmen, ohne sich vorher über Abtretungen zu bereden, die dem Status quo widersprächen. Fünftens solle die Unterhandlung über den Frieden selbst nur unter der Aufsicht und Vermittlung der drei Bevollmächtigten von Preußen, England und Holland stattfinden.

Darauf erfolgte am 27. Juli die österreichische Erklärung; sie nahm den Status quo als Grundlage des Waffenstillstands und Friedens an, behielt sich aber jene Modificationen zur Sicherstellung der Grenzen und die vorübergehende Besetzung von Chotzim vor. Da dies den Forderungen Preußens nicht völlig entsprach, so gab Hertzberg der Declaration, die er am nämlichen Tage im Namen Preußens ausstellte, den Character einer näheren Erläuterung. Oesterreich sollte den Status quo streng festhalten, der Pforte Alles zurückgeben, was sie vor dem Kriege besessen, und falls Oesterreich eine Gebietserweiterung an den Grenzen erhalte, so müsse dies ganz mit freiem Willen der Pforte geschehen und Preußen ein verhältnißmäßiges Aequivalent bekommen. Das Verhältniß zu Rußland erläuterte die preußische Declaration dahin, daß, im Falle der Krieg fortdauere, Oesterreich sich durchaus nicht mehr einmischen und weder mittelbar noch unmittelbar Rußland gegen die Pforte beistehen werde. Die weitere Vermittlung und Garantie des künftigen Friedens, dessen Grundlage die eben abgeschlossene Uebereinkunft bilde, solle von Preußen und seinen Alliirten, den Seemächten, gemeinsam übernommen werden. Daran schloß sich eine dritte Erklärung, welche Belgien betraf; Preußen erklärte, kraft

*) „Pour obvier à l'inconvenient que les Autrichiens ne trainent pas trop en longueur la négociation à effet d'avoir le temps de realiser leurs espérances" — fügt das königliche Schreiben (d. d. Schönwalde 25. Juli) hinzu.

der mit den Seemächten bestehenden Verträge, auch fernerhin gemeinsam mit diesen handeln zu wollen, sowohl was die Unterwerfung, als was die alte Verfassung der österreichischen Niederlande betreffe.

Diese Erklärungen, von den Monarchen beider Staaten ratificirt und von den Seemächten verbürgt, bilden jenen Reichenbacher Vertrag vom 27. Juli 1790, durch welchen einer der bedeutendsten Wendepunkte der preußisch-österreichischen Politik bezeichnet ist.

Der ganze Verlauf der Dinge, die zu dem Abschluß von Reichenbach geführt haben, macht es einleuchtend, welch ein Wechsel mit der Politik Preußens vorgegangen war, und so gebieterisch der Schein war, in dem die Politik Friedrich Wilhelms II. noch in den letzten Augenblicken vor der Unterzeichnung auftrat, in der Sache gab doch Preußen die meisten Positionen auf, die es bisher mit Eifer vertheidigt hatte. Nach einem viel versprechenden Anlauf zu kühnen Dingen war die schwankende und unsichere Haltung der preußischen Politik vor aller Welt enthüllt. Während Oesterreich seiner inneren Wirren ledig ward, und ihm aus einem Kriege, dessen Ausgang durch die Ereignisse im Westen sehr zweifelhaft geworden, ein nicht unehrenhafter Rückzug bereitet war, hatte Preußen seine Heereskraft und seine Finanzen aufgewendet, um schließlich nichts zu erlangen, als den zweifelhaften Ruf einer politischen Uneigennützigkeit, welche die Gegner belächelten. Hertzberg selbst schlägt das, was die holländische und die letzte Heeresrüstung gekostet (mit Einschluß des bairischen Erbfolgekrieges) auf ungefähr 40 Millionen Thaler an;*) es war also ein guter Theil von Friedrichs II. Schatze vergeudet und was hatte man gewonnen?

Am wenigsten die Allianz mit Oesterreich; vielmehr war die innere Entzweiung so groß als zuvor und wuchs in dem Maße, als man in Preußen anfing einzusehen, daß man überlistet war. Wer wollte die hohe Bedeutung verkennen, die es für die Verhältnisse Deutschlands gehabt hätte, wenn die Politik fünfzigjähriger Feindschaft und Rivalität zwischen Oesterreich und Preußen aufgegeben, die Stellung beider Mächte scharf begrenzt und in aufrichtiger Eintracht ein Bündniß beider hergestellt ward, das stark genug war, uns nach Westen wie nach Osten zu schirmen? Aber dem war nicht so; der Reichenbacher Vertrag verdeckte die überlieferte Feindseligkeit, um sie mit neuer Stärke zu erwecken. Die Politik der folgenden Zeiten, die Kriege von 1792—1795, der Baseler Friede u. s. w. können die beste Aufklärung darüber geben, was es mit der Reichenbacher Freundschaft auf sich hatte. Rußland aber, das zu demüthigen man mit so viel Zuversicht sich vorgesetzt hatte, war in Verfolgung seiner Pläne nirgends gehemmt, vielmehr durch den Rückzug Preußens voraussichtlich in noch entschiedenerem Uebergewicht bei der Pforte, bei Polen und bei Schweden.

*) Recueil III. S. XXI.

Hertzbergs Credit war sichtlich erschüttert; auch das machte Reichenbach zu einem bedeutenden Wendepunkt, daß hier zuerst die Staatsmänner der nächsten fünfzehn Jahre, diesmal Lucchesini persönlich, die Oberhand gewonnen haben über den alten Minister Friedrich's des Großen. Die unwilligen Briefe Friedrich Wilhelms II. ließen mit Bestimmtheit erwarten, daß Hertzberg den Congreß von Reichenbach nicht lange überdauern würde. Noch mochte der Minister dies Aeußerste nicht fürchten; aber sein Mißbehagen verhehlte er doch nicht. An den König schrieb er schon am 25. Juli: man gebrauche ihn nur wie ein Sprachrohr, wiewohl er die Interessen des Staates gerade so gut zu wahren wisse, „wie andere Leute." Und gegen Finkenstein äußerte er am Tage nach der Unterzeichnung: Ich habe den größten Verdruß gehabt, namentlich aus dem Hauptquartier. Man müßte ein ganzes Buch schreiben, um davon Rechenschaft zu geben. Lucchesini hat dabei seine Rolle gespielt; ich habe zu dem Vertrag nur meinen Namen und meine Feder hergegeben, sonst war mir Alles vom König vorgeschrieben.*)

Es läßt sich denken, wie die Anhänger jener Angriffspolitik, deren wir oben gedachten, über diesen Ausgang geurtheilt haben. Sie meinten,**) ohne große Prophetengabe hätte man das voraussehen können. Wäre Preußen „ohne langweilige Declarationen" schon im August 1788 mit der Armee in Böhmen oder Mähren eingebrochen, so würde es freilich nie so weit gekommen sein. Warum, fragten sie nicht ohne Vorwurf gegen Hertzberg, hatte man durch die schmächtigen Vergrößerungsabsichten auf Kosten Polens sich allen Widerspruch und allen Haß geweckt, wie ihn der offenste Angriff nicht schlimmer hätte aufregen können? Preußen, schrieb einer dieser Politiker,***) hat sich bei diesem Türkenkriege durch sein rückhaltendes und unbestimmtes Verfahren überall Feinde zugezogen; ein Schicksal, dem es allemal um so eher ausgesetzt ist, je mehr sein schleuniges Wachsthum ihm längst von allen Mächten beneidet wird. Sehr irrig war die Meinung, nach welcher man die Pforte in einen Krieg mit zwei ihr weit überlegenen Mächten stecken ließ, ohne daß dieselbe irgend einen anderen Alliirten hatte, als den König von Schweden, dem es an Geld, Kriegsbedürfnissen, militärischer Kenntniß und Beharrlichkeit fehlte. Man wollte Acquisitionen machen, ohne doch das Mindeste wagen zu wollen. Genug, der Zeitpunkt ist auf immer verloren, wo die ohnmächtigen Nachbarn Rußlands, durch Preußens kraftvolle Unterstützung beseelt, demselben gefährlich werden konnten und ihm für lange Zeit die Spitze zu bieten vermögend gewesen wären.

---

*) Briefe vom 25. und 28. Juli im k. pr. Staatsarchiv (In den Papiers et actes etc. und in der Correspondenz Hertzberg's mit Finkenstein).

**) Schreiben vom 24. Sept. 1790 in der angeführten Goltz-Hertzbergschen Correspondenz.

***) d. d. 22. Dec. a. a. O.

Und allerdings war der Nachtheil für Preußen unverkennbar, mochten auch die Erklärungen vom 27. Juli noch leidlich klingen. Preußen hatte im entscheidenden Moment seinen Rückzug angetreten und ihn vergebens durch unzeitige Großmuth zu maskiren gesucht. Für einen Staat, der seit einem halben Jahrhundert beneidet und gehaßt mit so überraschender Schnelligkeit aufgeblüht war und dessen schmale geographische Grundlage durch eine unermüdliche, wachsame und kühne Politik ergänzt werden mußte, war aber der erste Rückzug besonders bedeutsam. Er mußte eine Reihe von Nachgiebigkeiten nach sich ziehen, unter deren Eindruck das ganze moralische Ansehen des Staates vermindert ward. Die Schwächeren, die sich gern an Preußen hielten, so lange es Macht und Entschluß bewies, gingen bald ins gegnerische Lager über, wo die Thatkraft und der Erfolg war. Jene Clientel von Schweden Polen, und der Türkei, die Preußen bis dahin um sich gesammelt, löste sich rasch auf und bildete das Gefolge von Rußland oder Oesterreich. Die bedrängten Unterthanen, von Preußen bisher gegen ihre Regierungen geschützt, nun allmälig preisgegeben, mußten in Lüttich und Belgien die ganze Wucht einer siegreichen und rachsüchtigen Reaction ertragen, und der moralische Nachtheil für Preußen war größer, als wenn es sich nie in diese Händel eingemischt hätte. Der ganze Haß der Unterdrückten wandte sich gegen die unentschlossene Politik der früheren Beschützer, deren Schwanken man als unerhörte Treulosigkeit anklagte. So war, bevor ein Jahr verging, die preußische Politik, die sich bis 1790 der stolzen Rolle eines „arbitre des destinées de l'Europe" gerühmt, im deutschen Reich, in Polen, in Schweden, in der Türkei aus dem Felde geschlagen und in Lüttich und Belgien durch eine moralische Niederlage getroffen, die so schlimm war wie ein unglücklicher Feldzug. Schon konnte Oesterreich es wagen, selbst die mäßigen Verpflichtungen des Reichenbacher Uebereinkommens unerfüllt zu lassen. Erst wurden die Unterhandlungen mit der Pforte durch allerlei Künste hinausgezogen, dann in dem schließlichen Abkommen selbst die wenigen Concessionen nicht erfüllt, die Preußen am 27. Juli 1790 noch zugesagt worden waren. Wir werden darauf noch zurückkommen.

So folgte der ersten Nachgiebigkeit eine Reihe von anderen; die ganze Ueberlieferung der Politik Friedrichs des Großen ward zum ersten Male verlassen und zwar aus Unentschlossenheit verlassen; es war schwer zu sagen, wann man den Weg zu ihr zurückfinden würde. Mit dem Schritte, den Preußen zu Reichenbach gethan, war die Bahn auswärtiger Politik betreten, die in Basel und Tilsit ihren Ausgang gefunden hat.

Zweiter Abschnitt.

Das deutsche Reich bis zum Anfang der Revolutionskriege (1790—1792).

Die Angelegenheiten im Osten und die Umwälzung in Frankreich nahmen das Interesse der großen Politik so sehr in Anspruch, daß für die häuslichen Angelegenheiten des Reiches und für dessen innere Reform daneben nicht viel Raum blieb. Indessen ganz unbeachtet waren doch diese Fragen nicht; die jüngsten Verwicklungen, die Josephs II. Politik hervorgerufen, hatten vielmehr die Verhandlung darüber wieder in frischen Gang gebracht. Seit lange war, wenigstens in Wort und Schrift, die Verfassungsfrage Deutschlands nicht so lebhaft erörtert worden, wie in den Jahren 1788—1790, und so verschieden die Stimmen und Richtungen auch sein mochten, es überwog, bezeichnend genug, bei allen das Gefühl der Schwäche und Unzulänglichkeit der überlieferten Formen des Reiches.

Eine politische Schrift jener Zeit, die sich dem Fürstenbunde entschieden entgegenstellt*), hat doch zugleich zugegeben, daß die Interessen und Zustände innerhalb der Reichsverfassung viel zu sehr auseinander liefen, als daß sie einen gemeinsamen Patriotismus anregen könnten. Der Gegensatz der weltlichen Reichsstände, die innere Verfallenheit der geistlichen Staaten wird in dieser vom österreichischen Standpunkt aus gehaltenen Darlegung so scharf wie irgend wo sonst betont und laute Klage darüber erhoben, daß es der vaterländischen Richtung an jedem gemeinsamen Mittelpunkte fehle. Eine andere Stimme**) schildert den hoffnungslosen Zustand des Reichstages, den Mangel aller eingreifenden Thätigkeit und die Verschleppung der Geschäfte durch for-

---

*) Etwas vom Patriotismus im deutschen Reiche. Von einem Deutschen mit deutscher Freiheit. 1788.

**) Betrachtungen über den deutschen Reichstag. 1789.

melle Händel so grell, wie nur immer unsere gegenwärtige Betrachtung den verworrenen Mechanismus der Regensburger Versammlung beurtheilen kann. Oder ein Schriftsteller, der voll Lobes für den westfälischen Frieden*) die „halb monarchische, halb aristokratische Verfassung und die darin enthaltene deutsche Freiheit" als die Grundlage betrachtet, „worauf die Wohlfahrt des Reiches beruhe", ist doch über die angemaßte Gewalt der Oligarchie der Kurfürsten ungehalten und erblickt nur in einer Verstärkung des monarchischen Ansehens das Mittel zur Erhaltung der äußeren Wohlfahrt Deutschlands.

Zu einem ähnlichen Ergebniß gelangt eine Schrift, die unter dem Eindruck des Todes von Joseph II. und der bevorstehenden Kaiserwahl geschrieben ist.**) Sie findet, daß eine Reform der Reichsverfassung unumgänglich sei. Einmal bestehe eine vollständige Ungewißheit über die gesetzliche Kraft und Verbindlichkeit so vieler widersprechenden Verabredungen, Gewohnheiten und Satzungen, dann sei die Vollstreckung der wesentlichsten Reichsgrundgesetze durchaus mangelhaft und schwankend. Die einheitlichen Bande seien in immer bedenklicherer Weise gelockert worden; noch zuletzt habe die Wahlcapitulation Josephs dem Kaiser alle Macht, Gutes zu wirken, entzogen, die eigenen Regeln durch Ausnahmen wieder aufgehoben und Dinge festgesetzt, deren Ausführung theils unmöglich sei, theils von den Verfassern des Aktenstückes am ersten bekämpft werden würde. Schon ist der Reichstag, fügt die Schrift hinzu, öfters in dem Falle sich mit Gegenständen zu befassen, die der Würde einer solchen Versammlung nicht angemessen sind; schon fängt die heilsame Verfassung der Reichskreise an zu stocken oder zu schlummern, schon vermehren sich die Unionen, Cabinetscabalen, Privatnegotiationen und Verbindungen einzelner deutscher Höfe in Dingen, die noch nach Vorschrift der Gesetze das ganze Reich angehen — lauter traurige Vorbilder einer vielleicht nicht weit mehr entfernten Auflösung unserer alten guten deutschen Verfassung. Soll diesem Unglück vorgebeugt werden, soll unsere wankende Verfassung erhalten, soll solche zum Besten des Ganzen, mithin nicht blos zum Besten des Kaisers oder der Stände allein, sondern zum Flor, zur Aufnahme, Sicherheit, Ruhe und Glückseligkeit des deutschen Staatsbürgers und Einwohners, ohne Rücksicht auf Stand und Würde allgemein befestigt und erhöht werden, nun so müssen wir ein allgemeines nützlich und billig Alles umfassendes Reichsgrundgesetz haben, wodurch das Band zwischen Haupt und Gliedern unter sich von Neuem verknüpft wird.

Aehnliche Stimmen aus der Zeit ließen sich noch manche verzeichnen;

---

*) Betrachtungen über die Freiheit und Wohlfahrt des d. Reiches und die Mittel zu deren Erhaltung, von einem Patrioten. 1789.

**) Freimüthige Betrachtungen über die Gesetzgebung der Deutschen bei Gelegenheit der Wahl eines röm. Kaisers. 1790.

die Klage, daß die Stellung des Kaisers an sich des rechten materiellen und ökonomischen Haltes entbehre, daß die feudale Verbindung erloschen sei, daß selbst die unbestrittenen Rechte schwer ohne Widerspruch zu üben wären und die ganze Stellung des Kaisers sich wesentlich nur auf das moralische Vorrecht seiner Würde, als der obersten Schirmherrschaft der Christenheit, beschränke, diese Klage spricht sich auch in Schriften der Zeit aus, die sich sonst ganz auf der Linie unbefangener geschichtlicher Betrachtung halten.*)

Aus allen diesen Aeußerungen spricht ein Gefühl der Unsicherheit, welcher das Reich bei jeder größeren politischen Krisis preisgegeben war. Und diese Krisis war bereits im Anzug. An den westlichen Grenzen war jene Revolution schon in vollem Siegeslauf begriffen, deren Grundsätze die ganze feudale Ordnung des alten Europa erschüttern mußten, deren Natur es mit sich brachte, daß sie nicht auf die Grenzen ihres Heimathlandes beschränkt blieb. Hatte die alte Lehnsverbindung des h. römischen Reiches deutscher Nation mit ihrer wunderlichen Verschnörkelung im Reiche selbst schon das Vertrauen zum guten Theil verloren, bevor die Erschütterung von 1789 eintrat, wie mußte erst das Beispiel einer Revolution wirken, die eben so verführerisch wie gewaltsam die feudale Ordnung eines Jahrtausends binnen wenig Monaten umstieß! Die Grundsätze aber, von denen jene westliche Erschütterung ausging, und die sie als Programm voranstellte, durften ohnedem in Deutschland selbst auf verwandte Berührungen zählen. Der humane und philanthropische Charakter, womit die Anfänge der Revolution von 1789 sich schmückten, hatte in Deutschland seit einem Menschenalter in den Kreisen der Regierungen wie der Regierten, der Staatskunst, wie der Literatur ein mächtiges Terrain erobert und die Lehren der physiokratischen Schule, das Evangelium des Genfer Philosophen hatte kaum in Frankreich eifrigere Jünger, wie eben im alten Reiche. Gemäß unserer Entwicklung, die sich mehr weltbürgerlich als national gestaltet, die mehr auf dem Gebiete des Denkens und Dichtens als des Handelns emporgewachsen war, faßten wir in Deutschland die neuen Anregungen vager und theoretischer auf, als in Frankreich, aber darum gerade in den literarischen Kreisen doch mit einer Erregbarkeit, die unsere zähe, schwerfällige Natur kaum erwarten ließ.

Ein besonderes Interesse gewährt es, die Politiker von Fach über den Eindruck zu vernehmen, den die Ereignisse im Westen auf sie machten; bei den wunderlichen Schwankungen, denen ihr Urtheil ausgesetzt war, ist es kaum zu verwundern, wenn die Laien in der Politik sich in den neuen Ereignissen nicht zurechtfinden konnten. Als die ersten Ausbrüche von 1789 erfolgten, waren selbst trockene Publicisten von der enthusiastischen Strömung ergriffen, und ein Mann wie Schlözer, der die nordamerikanische Erhebung

*) S. Unparteiische Betrachtungen über die Vorrechte und Vortheile der Kaiserkrone. 1790.

so bitter angegriffen, meinte damals,*) diese Vorfälle seien eine kräftige Lection für alle Menschenbedrücker in allen Weltgegenden und unter allen Ständen. „Welcher Menschenfreund, ruft er aus, wird das nicht sehr schön finden! Eine der größten Nationen in der Welt, die erste in allgemeiner Cultur, wirft das Joch der Tyrannei, das sie anderthalbhundert Jahre lang komisch-tragisch getragen hatte, endlich einmal ab: zweifelsohne haben Gottes Engel im Himmel ein Tedeum laudamus darüber angestimmt." Selbst die ersten blutigen Thaten der siegreichen Revolution vermochten diesen Jubel nicht zu trüben. Wie Johannes Müller damals den Tag der Bastilleerstürmung als „den schönsten Tag seit dem Untergange der römischen Weltherrschaft" pries**) und sich in dem Gedanken tröstete, „um wenige Burgen reicher Barone, um die Köpfe weniger, meist schuldiger, Großen sei diese Freiheit wohlfeil erkauft" — so ruft auch der Staatsanzeiger beruhigend aus: „Wo läßt sich eine Revolution ohne Excesse denken! Krebsschäden heilt man nicht mit Rosenwasser. Und wäre auch unschuldiges Blut dabei vergossen worden (doch unendlich weniger als das, was der völkerräuberische Despot Ludwig XIV. in Einem ungerechten Kriege vergoß), so kömmt dieses Blut auf Euch, Despoten, und Eure infamen Werkzeuge, die Ihr diese Revolution nothwendig gemacht habt!"

Aber bald rief der Gang der Dinge, wie er sich seit Herbst 1789 in Frankreich gestaltet, in Schlözer eine Umstimmung hervor. Statt der Rechtfertigungsreden kamen nun Anklagen gegen die Revolution, statt des überschwänglichen Lobes über die Franzosen herber Tadel und ein wahrer Fanatismus gegen die Hauptstadt; die Nationalversammlung ward nun offener „Greuel" beschuldigt und in komischer Kleinlichkeit den Parisern vorgerechnet, wie viel — Nahrung ihnen durch die Auswanderung der Vornehmen und die Abnahme des Fremdenbesuches entzogen sei! Wenn das am grünen Holze geschah, wie sollte es abwärts und aufwärts in den Schichten der Nation aussehen, die selbst der dürftigsten politischen Bildung aus Büchern entbehrten! Und doch erkannte wieder Schlözer mit richtigem Blick die verführerische Gewalt, die in der Revolution gelegen war. Er nahm z. B. trotz alles Mißmuthes ein andermal wieder die Erklärung der Menschenrechte in Schutz und meinte:***) „Aller Orten werden über kurz oder lang auch ohne Laternenpfähle, Monarchen- und Aristokrateninsolenz, Wildbann, Wildzaun und Falkenhäuser, todte Hand und Zinshühner, Obrigkeiten, die ihre Mitbürger beschatzen und nicht sagen wollen, was sie mit dem Gelde anfangen, Erbadel, der sich ausschließlich von Sinecuren mästen will u. s. w., so allgemein unbekannt werden, wie solche schon längst in England und Hamburg und nun auch in Frankreich sind.

*) S. Staatsanzeiger XIII. 466. 467 f.

**) Sämmtl. Werke XXX. S. 222 f.

***) Staatsanz. XVI. 85.

In der That wirkte auf die Massen, die nicht urtheilten, sondern ihrem Instinkt nachgaben, der Eindruck der Ereignisse im Westen fühlbar zurück. In den am meisten vernachlässigten oder Frankreich zunächst gelegenen Gebieten kamen wohl schon einzelne Auflehnungen vor, anderwärts trat wenigstens ein Wechsel in der Gesinnung ein. „Auch wo kein förmlicher Aufruhr entstanden ist — sagt eine der Revolution abgeneigte Schrift*) — da hat doch Unzufriedenheit, laute Klage und ein gewisser hochgestimmter Ton sich in die Stelle der Unterwürfigkeit und der ruhigen Befolgung der fürstlichen Willensmeinung eingeschlichen.“ Gerade von solch loyaler Seite ward denn auch den Quellen der Unzufriedenheit in vielen Territorien des Reiches nachgeforscht. Da wird die sorglose Verwaltung der Justiz, die hohen Taxen der Rechtspflege, das Jagdunwesen, die Unthätigkeit des ganzen Regiments, wenn auch schonend, doch verständlich genug, als die natürlichste Quelle der Mißstimmungen bezeichnet. „Möchten doch, sagt eine solche Stimme,**) unsere Fürsten und Herren weniger auf Schauspiele, Opern, Jagden, Maitressen u. s. w. verwenden und von dem Ueberschuß die Schuldiener besser besolden, damit sie rechtschaffene und geschickte Männer in ihre Dienste ziehen könnten, welche gute und nützliche Unterthanen bildeten.“

Der Druck unbilliger Steuern und deren ungleiche Vertheilung, die feudalen Belastungen, das Jagdunwesen und der Mangel einer unbefangenen Rechtspflege, diese Klagen kehren überall mit gleicher Stärke als die Hauptbeschwerden der Masse des Volkes wieder. Der noch sehr grelle Unterschied der Stände und die Mißachtung, in welcher Bürger und Bauer gegenüber dem Privilegirten standen, wird bisweilen mit einer wohlmeinenden Naivetät geschildert, die einen tieferen Eindruck macht, als der stärkste Angriff. „Wenn — sagt eine ebenfalls nicht revolutionär gesinnte Schrift***) — ein angesehener Herr verlangt, daß ein Bürger ihm Geld oder Waare borge, so darf es der gemeine Unterthan kaum abschlagen: verlangt dieser von Jenem nachher die Bezahlung, so hält es schwer, dieselbe zu erhalten; selbst die Richter getrauen sich oft nicht, es zu wagen, das was die Rechte vorschreiben zu bewerkstelligen. Wird ein gemeiner Mann von einem Angehörigen der Mächtigeren gemißhandelt, so scheint die Justiz gleichsam nicht einheimisch zu sein.“ Nur die Bauernsöhne, klagt der Nämliche, hole man zum Kriegsdienst, während die Söhne des Dorfrichters, des reicheren Mannes, des Bürgers, des Edelmannes, ja selbst des Burgmannes und Lehensmannes frei sind.

*) Patriotenstimme eines freimüthigen Teutschen über die dermaligen Empörungen, Unruhen und Gährungen in- und außerhalb des Reiches. Gedruckt in dem kritischen Jahre 1790. 4.

**) A. a. O. 53.

***) Von der Obliegenheit der Landesregenten und der Landstände, den Druck des gemeinen Mannes zu erleichtern. Wien 1791.

Indessen war der Augenblick herangekommen, wo der verstorbene Kaiser einen Nachfolger erhalten mußte. Das Reichsverweseramt war vom Ende Februar bis Anfang October 1790 nach dem Herkommen bei den Kurfürsten von Pfalzbaiern und von Sachsen gewesen; ungemein bezeichnend für die Art, wie man selbst in den höchsten Kreisen die Reichsverfassung ansah, war das Verfahren, welches sich der pfalzbaierische Reichsvicarius während dieses Interregnums erlaubte. Ganz übereinstimmend mit der Weise Josephs II. beutete er sein vorübergehendes Vorrecht aus, einigen Begünstigten ansehnliche Pfründen zu verschaffen, indem er auf eine durchaus ungehörige Art sich in die Wahl der Stifter Freisingen, Regensburg und Eichstädt einmischte und den dortigen Capiteln seine Candidaten fast gewaltsam aufdrängte. Der aufgeklärte Joseph II., wie der jesuitenfreundliche Karl Theodor, stimmten völlig zusammen, wenn es galt, die Stellung im Reiche zu niederem Gewinne auszubeuten und ein paar schutzlose Kirchenstifter die Macht weltlicher Usurpation fühlen zu lassen. Diese Kirchenstaaten selbst aber, schon in ihren Fundamenten so tief erschüttert, wie sollten sie dem Sturme der nächsten Revolution Trotz bieten, wenn von Seiten Derer, denen die Erhaltung der alten Formen anvertraut war, die innere Haltlosigkeit derselben vor aller Welt aufgedeckt ward!

Die Wahl Leopolds von Ungarn und Böhmen zum Nachfolger Josephs konnte als ausgemacht gelten. Preußen hatte selbst in den Zeiten bitterster Spannung die Hand dazu geboten, jetzt nach der Reichenbacher Verständigung war natürlich noch weniger Widerspruch zu besorgen. Seit dem 11. August 1790 hatte sich der Wahlconvent in Frankfurt versammelt und entwarf die neue Wahlcapitulation.

Diese neue Handfeste, die man für den künftigen Kaiser aufsetzte, entsprach im Ganzen den früheren; nur einzelne Bestimmungen waren durch die besonderen Verhältnisse der Zeit hervorgerufen. Wer darin etwa eine durchgreifende Reform der Reichsverfassung, oder auch nur eine Beseitigung der augenfälligsten Mißstände erwartete, der würde sich ähnlich getäuscht gefunden haben, wie bei früheren Wahlcapitulationen; es waren die privilegirten Stände des Reiches und unter diesen vorzugsweise wieder die höchste Classe, die sich ihre Vorrechte durch den Kaiser verbürgen ließ. Eine solche Handfeste galt für um so vortrefflicher, je mehr sie allen Möglichkeiten eines Eingriffes in die kurfürstlichen Privilegien vorbeugte. So überwog denn in der neuen Acte dieselbe Neigung, die kaiserliche Autorität auf's Engste zu begrenzen, wie in den früheren; er sollte ihre Vorstellungen gern vernehmen und mit kaiserlichem Vertrauen beantworten, bei Friedensverhandlungen durften die einzelnen Reichsstände, ihrer besonderen Angelegenheiten wegen, Gesandte abordnen, die Reichspolizei und der Verkehr mußte nach den bestehenden Gesetzen aufrecht erhalten, auch darüber berathen werden, wie man beides, Polizei und Verkehrsverhältnisse, bessern könne. Der Kaiser sollte nicht

mehr für sich allein an das Kammergericht Instructionen und Verfügungen erlassen dürfen, wohl aber für Herstellung der ordentlichen Visitationen und ein bestimmtes Regulativ Sorge tragen. Andere Bestimmungen, gegen die Beschränkung der geistlichen Metropolitanrechte, gegen die Panisbriefe, dann der Satz, daß die Concordate Eugens IV., deren Gültigkeit Rom bestritt, zur Anerkennung gebracht würden — das waren Vorsorgen, welche durch die jüngsten Erfahrungen, die man mit dem Kaiser und mit dem Papst gemacht, hervorgerufen wurden. Wieder andere Stellen zeigten die erste Rückwirkung der französischen Revolution. So vor Allem die Abwehr der Beeinträchtigungen, welche die neue Ordnung der Dinge den deutschen Reichsständen zufügte, eine Angelegenheit, auf die wir unten ausführlicher zurückkommen werden. Dann der Antrag, nichts zu dulden, was mit den herrschenden Glaubenssymbolen und den guten Sitten unvereinbar sei, oder wodurch der Umsturz der gegenwärtigen Verfassung und die Störung der öffentlichen Ruhe befördert werden könne. Diese Gefahr schien den Kurfürsten so ernst, daß sie noch in einem besonderen Collegialschreiben, das dem Kaiser die dringendsten Anliegen nachdrücklich anempfahl, darauf zurückkamen, die allzugroße Schreib- und Lesefreiheit dem Reichsoberhaupte in Erinnerung zu bringen.

So fand denn am 30. Sept. die Kaiserwahl statt, die einstimmig auf Leopold fiel; am 9. Oct. ward er gekrönt. Wie die Wahl selber, so machte auch diese Feierlichkeit den Eindruck, daß, je inhaltloser die Sache selbst wurde, desto wunderlicher das pedantisch strenge Ceremoniel byzantinischen und mittelalterlich kirchlichen Ursprunges sich ausnahm, womit man das Schemen römischen Kaiserthums noch umgab. Wie diese leblosen Formen sich vor der jugendlichen Einbildungskraft idealisiren, wie sie unter der schöpferischen Macht dichterischer Phantasie Leben und Gestalt annehmen konnten, das ist von Goethe in der Schilderung der Krönung von 1764 meisterhaft gezeigt worden; wie sie dem nüchternen und prosaischen Auge der Kinder des achtzehnten Jahrhunderts erschienen, hat uns nach seiner Art nicht ohne skurrile Beimischung, aber doch auch nicht übertrieben, der Ritter von Lang, der 1790 Augenzeuge war, in seinen Memoiren geschildert. Mit Recht bemerkt er, daß Nichts ein treueres Bild der eiskalt erstarrten und kindisch gewordenen altdeutschen Reichsverfassung geben konnte, als das Fastnachtsspiel einer solchen in ihren zerrissenen Fetzen prangenden Kaiserkrönung.

Wenige Wochen nach der Wahl und Krönung Leopolds II., am 5. Nov. 1790, waren die üblichen Reichstagsferien abgelaufen; die allgemeine Lage der europäischen Verhältnisse enthielt Anregungen genug, der diesmaligen Sitzung eine erhöhte Thätigkeit und ein frischeres Interesse zu verleihen. Aber schon über das Jahr 1789 hatte ein Zeitgenosse die trübe Betrachtung angestellt: während ringsumher alle Cabinete der Großen in Bewegung gesetzt wurden, behauptete die Reichsversammlung ihren auf den ganzen jetzigen

Geist der deutschen Verfassung gegründeten Charakter und harrte der Zukunft, ohne ihr weder durch irgend einen öffentlichen Schritt entgegenzugehen, noch auch eine constitutionsmäßige Veranlassung dazu zu erhalten.*) Die Jahresperiode von 1789 zeichnet sich daher durch keinen Reichsschluß, ja nicht einmal durch eine förmliche Berathschlagung des Reichstages über irgend eine Materie aus. Aehnliche Betrachtungen weckten die Verhandlungen des Jahres 1790. Die wirklichen politischen Fragen von allgemeinerem Interesse, z. B. die Stellung der Reichsvicarien, oder die Thätigkeit des Reichstages während des Zwischenreiches, wurden verschleppt und kamen zu keiner sicheren Entscheidung; die Revision des Reichsgerichtswesens zog sich wie eine „ewige Krankheit" fort, ohne zu einem Abschlusse zu gelangen; dagegen nahm es einen nicht unwichtigen Theil der Zeit weg, über Angelegenheiten zu berathen, die der gewöhnlichste Schreiber, oder auch ein sachverständiger Handwerker hätte ins Reine bringen können. Sollte man es z. B. für möglich halten, daß die Baufälligkeit des Kammergerichtsgebäudes in Wetzlar, namentlich Fragen wie die: ob der Maurermeister Schneider wirklich daran die Schuld trage und die Reparatur im Betrage von fünfzehnhundert Gulden sogleich vorzunehmen oder zu verschieben sei — die deutsche Reichsversammlung in einem Augenblick beschäftigten, in welchem die ganze alte Ordnung Europas in voller Auflösung begriffen war? Und diese Sache zieht sich in den zwei Jahren 1790 und 1791 durch die Reichsverhandlungen hindurch!

Nur eine Angelegenheit von einem höheren politischen Interesse vermochte dauernd die Thätigkeit des Reichstages zu fesseln, und auch diese nur, weil sie tief in die Interessen einflußreicher Reichsstände einschnitt: es war die Beschwerde über die Nachtheile, welche durch die neue Ordnung der Dinge in Frankreich den deutschen Reichsfürsten zugefügt waren.

Der westfälische Friede hatte außer den drei lothringischen Bisthümern auch das Elsaß an Frankreich abgetreten, allerdings mit der ausdrücklichen Bedingung, daß die französische Krone nur eben in die Hoheitsrechte, die bisher das Haus Oesterreich besessen, eintreten, übrigens die unmittelbaren Reichsstände, deren im Elsaß noch eine ansehnliche Zahl, in Lothringen, der Freigrafschaft und Luxemburg wenigstens einzelne übrig waren, in derselben Freiheit und Unmittelbarkeit verbleiben sollten, deren sie bisher genossen. Das war freilich leichter ausgesprochen als durchgeführt; einmal war es der französischen Diplomatie gelungen, einzelne Zusätze in das Friedensinstrument hineinzubringen, die wenigstens eine Handhabe zu entgegengesetzten Deutungen gaben;**) dann war bei der anerkannten Ohnmacht des Reiches und dem ebenso

*) S. Reuß, Staatscanzlei Bd. XXVIII. S. 177. XXXVIII. 252.

**) In den §§. 73 u. 74 des Münsterschen Friedens war die Abtretung der angeführten Herrschaften an Frankreich („absque ulla reservatione cum omnimoda jurisdictione et superioritate supremoque dominio) ausgesprochen; im §. 87 hatten

entschiedenen materiellen Uebergewicht des französischen Königthums die gewaltsame Ausdehnung der französischen Hoheitsrechte nur allzu nahe gelegt. Zwischen der hergebrachten Reichsunmittelbarkeit und der neuen Landeshoheit Frankreichs war die Grenze ohnedem so schwer zu ziehen, daß eine ungewöhnliche Wachsamkeit des Reiches und eine ebenso seltene Selbstbeschränkung der französischen Politik dazu gehört hätte, um Collisionen jeder Art zu vermeiden. Frankreich benutzte aber nach dem westfälischen Frieden die ganze Gunst der Lage, in welcher sich die französische Macht gegenüber dem Reiche befand, und dehnte die königliche Gewalt usurpatorischer Weise in unzweifelhaftem Widerspruche mit den bestehenden Verträgen weiter aus. Schon auf den Friedenscongressen zu Nymwegen und Ryswick kamen diese Mißverhältnisse zur Erörterung, doch ohne erledigt zu werden. Zu Ryswick war auf Seiten des Reiches allerdings die Absicht vorhanden, die Angelegenheit zur Entscheidung zu bringen, aber die Ausführung war so ungeschickt, wie zu Münster und Osnabrück, und gab nur neuen Stoff zu streitigen Deutungen beider Theile. Die schwächeren Reichsstände erlagen nachgerade dem Drucke dieser Macht; die meisten Reichsstädte wurden in Landstädte umgewandelt, die Ritterschaft und die kleinere Geistlichkeit erwehrte sich kaum des Verlustes ihrer Herrenrechte, und nur den mächtigeren Reichsständen gelang es, noch eine Zeitlang ihre Ausnahmsstellung zu behaupten. Sie waren es auch, die, um den Rest ihrer landesherrlichen Gerechtsame zu retten, sich zu Verträgen mit der Krone Frankreich herbeiließen, worin sie die französische Souveränetät anerkannten, aber damit die förmliche Garantie der ihnen noch übrig gebliebenen Rechte erkauften. Solcher Verträge — allerdings ohne Zustimmung des Kaisers und Reiches — waren zu Ende des siebzehnten und im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts eine ganze Reihe geschlossen worden; in der Regel verkündete eine lettre patente des Königs den Parlamenten das neue Verhältniß, in welchem sie einerseits zur Krone, andererseits zu ihren Unterthanen standen, und von den Parlamenten wurden diese königlichen Briefe gleich anderen Edicten einregistrirt. In solch ein Verhältniß war schon zu Ende des siebzehnten Jahrhunderts das Stift Straßburg getreten, später (1756) auch Speyer, Würtemberg (1758), Pfalzzweibrücken (1768), Kurtrier (1778) und Andere, soweit ihnen im Elsaß, in Lothringen und Burgund Güter und Rechte zustanden. Zur Zeit, wo die Revolution ausbrach, bestanden diese Verträge zu Recht; zwar erkannte das Reich dieselben nicht an; die deutschen

---

dann die einzelnen Reichsstände sich ihre bisherigen Rechte verbürgen lassen und den Zusatz durchgesetzt, daß Frankreich nur dieselben Rechte, wie bisher das Haus Oesterreich, ansprechen dürfte; daran hatte dann Frankreich wieder eine Clausel zu Gunsten seiner Souveränetät anzuhängen gewußt (ita tamen ut praesenti hac declaratione nihil detractum intelligatur de eo omni supremi dominii jure, quod supra concessum est).

Reichsstände aber, die solche eingegangen, glaubten sich in ihrem Besitzstande, den sie mit erheblichen Opfern erkauft, fortan vertragsmäßig in der Weise geschützt, daß darin nur mit ihrer freien Zustimmung und durch neue Verträge eine Aenderung vorgenommen werden könnte.

In regelmäßigen und ruhigen Verhältnissen war darauf auch mit einer gewissen Sicherheit zu zählen; aber nicht in einer Revolution, die der ganzen alten Ordnung der europäischen Verhältnisse den Krieg erklärte. Schwerlich machte eine Umwälzung, welche die gesammte Feudalität in ihren Fundamenten erschütterte, vor den Verträgen Halt, welche eine Anzahl deutscher Reichsfürsten mit der Krone Frankreichs geschlossen hatten.

Der erste entscheidende Schritt geschah in der berühmten Nacht des 4. August 1789 und in den an den nächsten Tagen (6—8. 11. Aug.) gefaßten Beschlüssen. Alle Rechte, die aus der Leibeigenschaft entsprangen, die gutsherrliche Gerichtsbarkeit, das Jagdrecht, die geistlichen Zehnten wurden darin abgeschafft, alle Arten von Grundzinsen, Gülten und andere Feudallasten für ablösbar erklärt. Das Zweite, was in die Berechtigungen deutscher Reichsstände tief einschnitt, waren die Beschlüsse über die Kirche. Der Abschaffung des geistlichen Zehntens folgte (Nov. 1789) der Beschluß, daß der Nation die Verfügung über alle Kirchengüter zustehe, dann die Aufhebung aller fremden geistlichen Gerichtsbarkeit (Juni 1790), endlich der völlige Umsturz der alten hierarchischen Ordnung und die Herstellung einer neuen Kirchenverfassung, mit welcher die geistlichen Berechtigungen der deutschen Stifter am Rhein ebenso wenig vereinbar waren, als sich die patrimoniale Verwaltung und Rechtspflege der deutschen Lehensherren mit der neuen Eintheilung in Departements, Districte, Cantone und Municipalitäten vertrug.

Die Kurfürsten von Mainz, Trier und Cöln, der deutsche Orden, die Fürstbischöfe von Straßburg, Speyer und Basel, die Herzöge von Würtemberg und von Pfalz-Zweibrücken, der Landgraf von Hessen-Darmstadt, der Markgraf von Baden, die Fürsten von Nassau, Leiningen und Löwenstein, sie alle waren in ihren Rechten und Besitzungen durch jene Beschlüsse mehr oder weniger beeinträchtigt. Würtemberg besaß außer Mömpelgard noch neun Herrschaften, die vom französischen Gebiete eingeschlossen waren, Pfalz-Zweibrücken die Aemter Lützelstein, Bischweiler, Gutenberg, Selz, Hagenbach, Cleeburg im unteren, Rappoltstein im oberen Elsaß, Hessen-Darmstadt die Grafschaft Hanau-Lichtenberg und die Reichsherrschaft Ochsenstein, die zusammen über 90 Ortschaften enthielt, Baden das im Elsaß gelegene Amt Beinheim und die luxemburgische Herrschaft Rodemachern. Dazu kam der Johanniterorden mit zwei Comthureien, der Deutschorden mit der Ballei Elsaß und Lothringen, die Abteien Weissenburg, Münster, die Stifter Murbach und Romainmoutier, endlich der in seiner Bedeutung allerdings sehr verringerte ritterschaftliche Adel. Ohne Ersatz sollten die weltlichen Herren die Kopf- und

Gütersteuern, die Frohnen, die Jagdrechte, die Zölle, Accise, das Umgeld, das Salzmonopol, das Schutzgeld und alle die Abgaben verlieren, die aus der Leibeigenschaft entsprangen; für eine Ablösungssumme sollten sie alle Grundzinsen, Gülten, Zehnten und ähnliche an Grund und Boden haftende Gefälle hingeben. Ihre hohe und niedere Gerichtsbarkeit fiel natürlich mit der neuen administrativen und richterlichen Organisation Frankreichs zu Boden; machte man doch hie und da von Seiten einzelner Municipalitäten den Versuch, diese deutschen Lehensherren als französische Bürger zu behandeln, sie in die Steuerlisten einzutragen und zu den gemeinsamen Lasten beizuziehen. Jenen geistlichen Stiftern und Körperschaften aber stand ein noch Aergeres bevor; ihnen drohte, außer der Entziehung des Zehntens, der Verlust der gesammten Güter und die Auflösung des hierarchischen Verbandes, durch welchen sie seit einem Jahrtausend mit den ihnen unterworfenen Diöcesen verknüpft waren. Kam die neue Kirchenordnung, wie sie in der constitution civile du clergé entworfen war, zur Ausführung, so ward die bischöfliche Stellung aller Stifter am Rhein auf's stärkste erschüttert, manche, z. B. Basel, Straßburg und Speyer, hörten vollkommen auf das zu sein, was sie vordem gewesen.

Wenn wir uns erinnern, welche Aufregung die einzelnen Eingriffe Josephs II. in die bischöflichen Rechte von Salzburg, Passau u. s. w. verursacht, so wird sich ermessen lassen, wie tief der Eindruck dieser Vorgänge war. Josephs Schritte konnten im Vergleich damit als Bagatellen erscheinen und doch hatten sie die gesammte deutsche Fürstenaristokratie in Bewegung gebracht! Daß das geschriebene Recht für die gekränkten Reichsstände sprach, war ebenso unzweifelhaft, wie die Verpflichtung des Reiches, seine Angehörigen vor diesen Reunionen in neuer Form zu schützen. Aber freilich kommen in solchen Verwicklungen noch andere, als nur rechtliche Momente in Betracht, und eben diese lagen nicht zu Gunsten der berechtigten Reichsfürsten. Einmal hatte die Revolution thatsächlich die Macht, diese vom Reiche getrennten Enclaven nach dem neuen französischen Zuschnitt zu behandeln, dann stand dem überlieferten Feudalrecht als gewaltiger Gegner das neue Natur- und Menschenrecht gegenüber, vor dessen Schranken alle jene Ansprüche nur ebenso viele Gewaltthaten und Mißbräuche waren. Eine populäre Theilnahme konnten die Beleidigten nicht erwarten; es war weltkundig, wie schwer diese elsassischen Unterthanen bedrückt waren durch ihr doppeltes Verhältniß als Steuerpflichtige der Krone Frankreichs und als Lehensunterthanen der deutschen Reichsstände. Ihnen verhieß der revolutionäre Act vom 4. Aug. sammt denen, die folgten, eine ungeheuere Entlastung; sie selber, wie alle diejenigen, welche den Untergang der Feudalität und die Befreiung des Grundes und Bodens wünschten, waren nicht darüber in Zweifel, wem in diesem Rechtsstreite ihre Sympathien angehörten. Natürlich nur der Revolution, nicht den Lehensherren, deren Sieg ihnen entweder neue Zehnten, Zinsen, Gülten, Frohnden,

Jagdlasten, Schutzgelder u. s. w. auferlegen, oder von den alten sie nur für ansehnliche Ablösungssummen befreien mußte.

Eine Zeitlang konnte es indessen scheinen, als werde dieser letzte Weg eingeschlagen. Der König von Frankreich selbst erinnerte die Nationalversammlung daran, daß es sich hier um Berechtigungen handle, die auf Verträgen beruhten, und auch die Versammlung schien dieser Ansicht nicht unzugänglich. Indessen setzten die betroffenen Fürsten die vorderen Reichskreise, denen sie angehörten, in Bewegung und richteten zu Anfang 1790 Beschwerden an den Reichstag. Der Gang der Revolution brachte es freilich mit sich, daß hier, wie in andern Fragen, die Wahrscheinlichkeit einer friedlichen Lösung immer geringer ward. Ein Decret der Nationalversammlung vom 15. Mai 1790 stellte zwar noch eine Entschädigung für die „Besitzer gewisser Lehen im Elsaß" in Aussicht, aber eine Entschädigung, die dem Ermessen der Nationalversammlung, nicht der gegenseitigen vertragsmäßigen Verständigung anheimgegeben ward. Spätere Beschlüsse hielten den nämlichen Gesichtspunkt fest und rückten die Entscheidung zugleich in eine ziemlich ungewisse Ferne. Auch die Sendung Ternaus (im Sommer 1790) an die westdeutschen Höfe, obwohl sie den Gedanken einer gegenseitigen Verständigung wieder aufzunehmen schien, stellte nur im Allgemeinen eine Entschädigung fest; der Unterhändler war aber weder mit den nöthigen Vollmachten versehen, noch entsprach die Art der Entschädigung den Wünschen und Interessen der Betheiligten. Einmal wurden sie dem übrigen Adel Frankreichs gleichgestellt, dann war der Ersatz, den man im Hintergrunde zeigte — Assignaten oder Nationalgüter — am allerwenigsten geeignet, den Verlust fürstlicher Hoheitsrechte vergessen zu machen.*)

Die meisten Berechtigten lehnten es geradezu ab, sich auf diese Weise entschädigen zu lassen. Die Verhandlungen darüber fielen in die Zeit des Zwischenreiches; die Wahl eines Reichsoberhauptes gab natürlich der Angelegenheit einen neuen Sporn, Leopold II. ward sofort darum angegangen, die Interessen der bedrohten Reichsstände zu vertreten. Er that es in einem Schreiben, das er am 14. Dec. 1790 an Ludwig XVI. richtete; darin war die Wiederherstellung des Zustandes verlangt, wie er vor den entscheidenden Beschlüssen gewesen war. Wenige Wochen zuvor hatte die Nationalversammlung einen Beschluß gefaßt (28. Oct.), worin sie den Grundsatz aussprach, es sei keine andere Souveränetät als die der Nation auf französischem Boden zu dulden und sämmtliche Beschlüsse zum Vollzug zu bringen; doch solle in Anbetracht der freundschaftlichen Verhältnisse, in denen die deutsche Nation so lange zu Frankreich gestanden, eine friedliche Ausgleichung mit ihnen ver-

*) Die Eingaben der Betheiligten sammt den Actenstücken, worauf sich ihr Recht gründet, finden sich in Reuß, Staatscanzlei Bd. XXIV—XXVI. XXIX. XXX.

sucht werden. Das waren die Gesichtspunkte, wie sie zu Ausgang des Jahres 1790 von beiden Seiten geltend gemacht wurden.

Als der Reichstag im Januar 1791 seine Geschäfte wieder aufnahm, war es vorzugsweise diese Entschädigungsangelegenheit, der seine Thätigkeit galt.*) Außer jenen stabil gewordenen Sachen, wie die Unterhaltung und Visitation des Reichskammergerichts, die sich, nie erledigt, wie ein Erbübel durch alle Verhandlungen durchschleppen, ist nichts von allgemeiner Bedeutung, als die Berathungen über das Verhältniß zu Frankreich. Die Durchführung der angedrohten Neuerungen hatte indessen dort ihren Fortgang genommen; gleich in einer der ersten Sitzungen lief eine Beschwerde von Kurtrier ein, daß man in dem neuen Departement der Ardennen einen Bischof gewählt und diesem einen Theil der Trierschen Erzdiöcese zugewiesen habe. Aehnliche Beschwerden kamen von Speyer, vom Capitel des Stiftes Weissenburg und von Hessen. Auf der andern Seite war von dem französischen Gesandten am oberrheinischen Kreise, Baron Groschlag, an den Bischof von Speyer die Aufforderung ergangen, einen Gesandten zur gütlichen Verhandlung nach Paris zu schicken; „die Nationalversammlung habe eingesehen, daß bei der auf der einen Seite bestehenden Unzulässigkeit einiger Ausnahmen es auf der andern Seite billig wäre, für diejenigen der abgeschafften Rechte, welche auf Friedensschlüsse oder sonstige völkerrechtliche Verbindnisse gegründet seien, eine gerechte Entschädigung zu verstatten.“ Der Bischof sah in dieser Erklärung das Eingeständniß, daß man ein Unrecht begangen, die Sendung nach Paris lehnte er ab. Eine ähnliche Aufforderung, an den Trierer Hof gerichtet, erhielt dort gleichfalls eine ablehnende Antwort (20. Jan.); man fand namentlich das Princip einer Entschädigung durch Geld mit den reichsfürstlichen wie mit den geistlichen Pflichten unvereinbar. Vergebens machte, gegenüber von Speyer, der Vertreter Frankreichs geltend (1. Febr.), wie wenig an eine Rücknahme der Beschlüsse zu denken sei, und wie es doch immer zweckmäßiger erscheine, einen Zwist mittelst eines annehmlichen Vergleiches zu schlichten, als solchen dem ungewissen Schicksale zufälliger Ereignisse zu überlassen. Allein der Fürstbischof von Speyer wies den Grundsatz der „Convenienz und Gleichförmigkeit“ zurück, er fuhr fort, sich auf sein gutes Recht als Reichsfürst und seine bischöfliche Pflicht zu berufen. Indessen ward aber die neue Ordnung ungehemmt in Vollzug gesetzt; die Kirchensprengel der deutschen Bischöfe wurden der neuen französischen Gesetzgebung unterstellt, und den Geistlichen die Alternative vorgelegt, den Eid auf die neue Kirchenordnung zu leisten oder ihren Stellen zu entsagen.

---

*) Die folgenden Mittheilungen sind einer umfangreichen Reichstagscorrespondenz (1791. 2 Bde. Fol.) entnommen, welche wir für diese wie für die folgenden Jahre benutzt haben.

Alles drängte darauf, daß der Kaiser und der Reichstag sich der Bedrohten thätiger annehmen müsse. Der erste Schritt Leopolds II., jenes Schreiben vom 14. Dec. 1790, war erfolglos geblieben; die Antwort der französischen Regierung meinte, das Reich sei bei der Sache gar nicht interessirt und der ganze Conflict nur ein Streit zwischen der Krone Frankreich und ihren Vasallen, der am einfachsten durch friedliche Annahme der angebotenen Vorschläge sein Ende finde. Nun gab Leopold dem Drängen der Betheiligten nach; am 26. April 1791 überreichte der kaiserliche Principalcommissarius, Fürst Karl von Thurn und Taxis, ein kaiserliches Commissionsdecret, wonach die Stände des Reiches zur Berathung über die Sache aufgefordert wurden. „Allerhöchstdieselben — hieß es darin — gewärtigten über diesen Gegenstand ein baldiges ausgiebiges Reichsgutachten, um hierdurch in den Stand gesetzt zu werden, über diese Sache einen Reichsbeschluß zu fassen, sodann in Gemäß desselben die weitere reichsobristhauptliche Vorkehr eintreten lassen zu können.“

Bei der Berathung am 9. Mai brachte dann der kurmainzische Gesandte die Sache vor die Versammlung. Er ging den geschichtlichen Verlauf der Beschwerde durch, erinnerte daran, wie schon in der Wahlcapitulation der Kaiser veranlaßt worden, sich der Sache anzunehmen, wie aber seine Vorstellung bei Frankreich keinen Eingang gefunden und er darum den Weg betreten habe, ein „ausgiebiges Reichsgutachten“ über die Beschwerdeangelegenheit zu fordern. Zur Erleichterung des Geschäftes faßte dann der Gesandte den ganzen Stoff in fünf Fragen, wonach die Instructionen eingeholt und die Verhandlungen vorgenommen werden sollten. Die erste Frage lautete: ob nicht alle bisherigen Schritte Frankreichs wider den Besitzstand der Reichsstände und wider ihre geistlichen und weltlichen Rechte für ungerecht, nichtig und friedensschlußwidrig anzusehen seien? Die zweite Frage ging dahin, ob nicht alles dasjenige, was vom Elsaß an Frankreich, wie namentlich und deutlich durch den Münsterschen Frieden und spätere Verträge, unterworfen worden, dermalen noch als zum deutschen Reiche gehörig zu betrachten sei? Drittens wurde erwogen, ob einzelne deutsche Besitzer im Elsaß durch eigene stillschweigende oder ausdrückliche Anerkennung der französischen Souveränetät dem deutschen Reiche etwas hätten vergeben dürfen, und ob dergleichen Uebereinkommen zumal jetzt noch in Betracht kommen könnten, wo die französische Nation selber sich daran nicht mehr weiter binden wolle? Weiter wurde dann die Frage aufgeworfen, ob das Reich, wenn den Beschwerden nicht abgeholfen werde, nicht ebenfalls befugt sei, gegenüber von Frankreich alle diejenigen Friedensschlüsse für unverbindlich und aufgehoben anzusehen, wodurch ehemals zur Erhaltung des Friedens so viele Provinzen vom deutschen Reiche abgekommen seien? Der fünfte Punct endlich betraf die Mittel und Wege, um sowohl diejenigen Besitzungen, geistlichen und weltlichen deutschen Gerechtsame, welche nie wirklich der französischen Souveränetät unterwor-

fen waren, zu behaupten, als auch was in Ansehung der wirklich unterworfenen das Reich als Bürge, zumal für die eigenen Reichsmitstände, zu beschließen habe.

Der Gesandte schlug den 20. Juni als Tag der Berathung vor; bis dahin könnten die Instructionen wohl eingeholt sein, er selber — fügt er hinzu — sei bereits in der Lage, sein Votum abzugeben, und zwar bejahe er alle gestellten Fragen, die dritte allein ausgenommen.

Am rührigsten waren die geistlichen Reichsstände. Kurmainz wandte sich an Preußen, Sachsen und Hannover und forderte „auch alle übrigen unirten Höfe zur unionsmäßigen Hülfe nachdrucksamst" auf;*) es suchte also noch einmal den Fürstenbund zur Thätigkeit zu wecken. Es protestirte gegen die Schritte im Elsaß, instruirte seinen Gesandten, „mit starker Sprache vorzugehen", und ermahnte die anderen Bischöfe, ein Gleiches zu thun. In einem Schreiben an den Kaiser (21. März) hebt der Erzkanzler des Reiches das Widerrechtliche der geschehenen Schritte hervor, beschwert sich über die jüngsten Vorgänge in seinem Sprengel (Absetzung des Bischofs von Straßburg, Wahl eines neuen u. s. w.) und fügt dann hinzu: „es ist für die Sicherheit der vorderen Reichskreise wesentlich nothwendig, daß das mit seinen übrigen Provinzen so sehr concentrirte mächtige französische Reich in seinen mit Deutschland grenzenden Provinzen eine dem deutschen Reiche analoge Constitution behalte, wodurch es gehindert werde, in diesen angrenzenden Landen so frei und willkürlich zu herrschen, wie es in seinen übrigen alten Provinzen räthlich finden mag."

Aehnliche und noch stärkere Aeußerungen kamen von den anderen geistlichen Höfen; sie beeilten sich auch, während die Instructionen der Uebrigen säumig genug eintrafen, ihre vorläufige Meinung einstweilen kundzugeben. So schlug (Juni) Kurcöln vor, auch das deutsche Reich solle sich an die vorhandenen Verträge nicht mehr gebunden erachten, vielmehr seine Rechte auf die an Frankreich abgetretenen Lande wieder geltend machen, dann durch einen eigenen Reichsschluß alle französischen Waaren und Producte verbieten, gegen Frankreich einen militärischen Cordon ziehen und alle in Deutschland gelegenen französischen Besitzungen und Einkünfte sequestriren. Außerdem da die französische Nationalversammlung „verschiedene Mitglieder von der sogenannten Congregation de Propagande nach Deutschland schicke, um allda democratische Grundsätze auszubreiten, diese aber sich mit der deutschen Reichsverfassung nicht vertrügen, so wäre durch ein Reichsgutachten beim Kaiser anzutragen, daß ein Reichsgesetz erlassen werde, wonach gegen alle Franzosen oder Deutsche, welche democratische Grundsätze öffentlich oder heimlich ausbreiten würden, nach Beschaffenheit der Umstände mit Leibes- oder Lebensstrafe

*) Aus einem kurmainz. Schreiben an den Bischof von Speyer d. d. 4. April (in der Reichstagscorrespondenz).

verfahren werden solle, auch alle Bücher dieser Art zu verbieten wären." Ob Frankreich nicht auch sofort mit einem Reichskriege zu überziehen sei, das überließ Kurcöln wohlweislich denn doch noch dem Ermessen „kaiserlicher Majestät und der mächtigeren Reichsstände."

Gegen diese ungeduldige Heftigkeit der geistlichen Herren, die allerdings fühlten, daß ihre Existenz auf dem Spiele stand, machten die weltlichen Reichsstände einen vorwiegenden Eindruck der Mäßigung. In einer vorläufigen Aeußerung Preußens sind die Schritte Frankreichs zwar als vertragswidrig und nichtig bezeichnet, aber es wird doch auch von der Gerechtigkeit und Billigkeit des französischen Hofes erwartet, daß er sich von der wahren Lage der Sache genau unterrichten und einsehen werde, wie der Münstersche Friede, der durch die jüngsten Maßnahmen verletzt werde, auch die Grundlage des ganzen französischen Besitzrechtes im Elsaß bilde. Ehe weitere Entschlüsse eintreten könnten — meint der preußische Gesandte — sollte der unbefriedigenden Antwort Frankreichs ungeachtet der Weg der Vorstellung und gütlichen Behandlung noch fortgesetzt und der Kaiser von Reichswegen ersucht werden, seine Vorstellungen und Verwendungen bei Frankreich zu erneuern und zu verdoppeln, von dem Erfolg aber dem Reichstage Kenntniß zu geben. Ein Gleiches könnten denn auch die übrigen mächtigeren Reichsstände thun.

Zu dieser Ansicht neigte sich denn auch die große Mehrzahl der Reichsstände. Als die auf den 20. Juni angesetzte Berathung am 4. und 5. Juli stattfand, war es im Rathe der Kurfürsten, wie der Reichsfürsten, jene vorläufige Meinung Preußens, der sich die Meisten anschlossen. Im Reichsfürstenrath eröffneten Salzburg, Baiern und Oesterreich gleich anfangs mit dieser mildern Ansicht die Abstimmung; auch mußte es Eindruck machen, wenn der Gesandte Oesterreichs meinte: „es möge für dermalen genug sein, wenn Se. kaiserl. Maj. ersucht würden, durch nachdrückliche Vorstellungen an dem französischen Hofe bessere Entschließungen zu erwirken." Die hannoversche Stimme, welcher nicht einmal die rechtliche Gültigkeit der deutschen Forderungen ganz unzweifelhaft erschien, wollte die Sache durch eine Reichsdeputation geprüft sehen und warnte vor Maßregeln und Entschließungen, welche zu weit gehen und die Würde wie die Ruhe des Reiches compromittiren könnten. Selbst einige geistliche Stände, namentlich Würzburg-Bamberg schlossen sich noch diesen gemäßigten Meinungen an. Damit die revolutionäre Ansteckung abgewehrt und doch auch wieder nicht der landesherrliche Despotismus begünstigt werde, meinte Bamberg, sollte ein Reichsgesetz erlassen werden, wonach gegen alle Verbreiter aufrührerischer Grundsätze mit Leibes- oder Lebensstrafe zu verfahren, auch derartige Bücher und Schriften zu verbieten und keiner Zeitung der Vertrieb zu gestatten sei, „welche auf eine anpreisende und belobende Art, oder auch nur mit einzelnem Beifall von einer in auswärtigen Ländern vorgekommenen Handlung der Empörung berichtete."

Die stärksten Anträge kamen wieder von den geistlichen Ständen am Rhein; sie schienen die Schwäche ihrer politischen Macht durch die Energie ihrer Erklärungen gleichsam ergänzen zu wollen. „Es verstehe sich von selbst — erklärte Worms (Kurmainz) im Fürstenrathe — daß, wenn es einmal bei einer Nation so weit komme, daß eingebildete Convenienz mehr als Völkerrecht gelte, man wechselseitig jeder völkerrechtlichen Verpflichtung überhoben und das Reich berechtigt sei, alle jene Verträge für aufgehoben zu erklären, durch welche Elsaß, Lothringen, Burgund u. s. w. an Frankreich gekommen sind. Dies solle man Frankreich erklären, und wenn es auf seiner früheren Meinung bestehe, solle die deutsche Nation zu solchen Mitteln schreiten, welche der Ehre und Würde eines ansehnlichen Reiches angemessen seien." Diesem drohenden Kriegsrufe schlossen sich Speyer und Straßburg, auch Augsburg (Kurtrier) an; Hildesheim wollte zwar noch eine „ernstliche und standhafte Vorstellung zulassen, wenn dieselbe aber wieder so abschlägig und unanständig sein sollte, wie die frühere, so solle man auf jene weiteren, dem Ansehen und der Ehre des deutschen Reiches anpassenden Maßnahmen Bedacht nehmen, wozu sich dasselbe durch das Völkerrecht und die natürliche Befugniß, das Eigenthum zu behaupten, berechtigt finden wird."

Doch war die Mehrheit zu überwiegend im Sinne jener Ansicht, die Preußen kundgegeben, als daß die kriegsmuthigen Anträge der geistlichen Herren von Cöln, Trier, Mainz und Speyer eine Bedeutung hätten haben können. In einer Conferenz, welche am 9. Juli stattfand, erklärte denn auch Kurcöln, „daß es sich zwar zu anderen Begriffen nicht entschließen könne, nichts desto weniger aber sich von der überwiegenden Mehrheit nicht absondern wolle."

Während die noch ausstehenden Stimmen nachgeholt wurden und das Zustandekommen eines einmüthigen Reichstagsschlusses in Aussicht stand, kam in der Nacht vom 12.—13. Juli eine Estafette von Wien und beauftragte den kais. Concommissarius: für jetzt noch die elsasser Sache zu sistiren. Die Flucht Ludwigs XVI., seine Gefangenschaft und Suspension habe die Lage insofern verändert, als es nun völlig an einem Organ fehle, an welches die vom Reichstag beabsichtigte Vorstellung gerichtet werden sollte. Hoffentlich werde man dem Kaiser nicht zumuthen wollen, daß er hiedurch in ganz Europa den Vorgang machen solle, den König als abgesetzt anzusehen und bei einer etwa aufgestellten Kronverwaltung ein kais. Reichsschreiben abzugeben, anderer Bedenken zu geschweigen, welche sich von Tag zu Tag ändern könnten. Dieser Zwischenfall verstimmte namentlich die Ungeduldigen; es bedurfte der ausdrücklichen Versicherung, daß dies der bestimmte Wille des Kaisers sei — wie denn auch eine gleichzeitig eingelaufene Instruction an den kurcölnischen Gesandten bewies, daß man in Wien ernstlich wünsche, die Sache nicht beschleunigt zu sehen.

Indessen fuhr man fort, die weitläufige Arbeit eines Reichsgutachtens

langsam zum Ende zu bringen. Die drei Collegien des Reichstages faßten ihre Beschlüsse und arbeiteten ihre Anträge aus; um Mitte August waren die drei Beschlüsse fertig und das Reichsgutachten konnte zur Diktatur gelangen. Es dauerte freilich noch bis zum 10. Decbr., bis das kaiserliche Commissions- und Ratificationsdecret erfolgte. Das Reichsgutachten berief sich auf die Verträge von 1648, verwarf sowohl die besonderen Uebereinkünfte einzelner Reichsstände als die neuesten Decrete der Nationalversammlung als widerrechtlich und wies dem Reiche die Pflicht zu, sich der betroffenen Stände anzunehmen. Dem Kaiser ward für seine bereits bewiesene Theilnahme gedankt, die Antwort aber, die Frankreich gegeben, als ungenügend bezeichnet; indessen wolle man das Vertrauen noch nicht aufgeben, daß eine gerechtere Ansicht in Frankreich überwiege, falls der Kaiser seine nachdrücklichen Vorstellungen im Namen des ganzen Reiches erneuern wolle. Zwar müsse es bei der dermaligen unsichern Lage Frankreichs lediglich dem weisen Ermessen des Kaisers überlassen bleiben, ob und inwiefern solch eine Verwendung eintreten solle; wenn sie aber erfolge, sei es wohl zweckmäßig, wenn auch alle anderen Reichsfürsten, welche eigene Gesandten am französischen Hofe haben und zu den Garanten der Verträge zu zählen sind, jene Vorstellung nachdrücklich unterstützen wollten. Außerdem möge der Kaiser dafür Sorge tragen, daß nicht nur auf eine gleichförmige Art der Verbreitung der zum Aufruhr anfachenden Schriften und Grundsätze durch wachsame Aufsicht und Strafe begegnet, sondern auch mittelst Herstellung des reichsverfassungsmäßigen Wehr- und Vertheidigungsstandes Gehorsam, Ordnung und Sicherheit gehandhabt werden möge. Das kaiserliche Ratificationsdecret erhob diese Anträge zum Reichsschluß. Die Schritte, die demgemäß der Kaiser that, bestanden zunächst in einem Schreiben an den König der Franzosen, worin noch einmal das Recht der deutschen Reichsstände mit Nachdruck geltend gemacht und die Erwartung ausgesprochen war, daß die seit August 1789 eingetretenen Veränderungen aufgehoben und der alte Zustand wieder hergestellt werde. Dann erließ Leopold ein Ausschreiben an die Kreisvorstände und forderte dieselben auf, gemäß den bestehenden Reichsgesetzen sowohl Störungen der Ruhe und Aufwiegeleien gehörig vorzubeugen, als auch dafür zu sorgen, daß die „reichsconstitutionsmäßige Verfassung des gemeinsamen und vereinten Reichs-Wehr- und Vertheidigungszustandes thätigst hergestellt, auch zu dem Ende sich mit anderen Reichskreisen in vertrauliches Einvernehmen gesetzt werde."

Dieser letzte Schritt verrieth eine fast übertriebene Sorge, wie sie wenigstens durch die inneren Vorgänge noch nicht gerechtfertigt war. Was von revolutionären Gährungen bis jetzt vorgekommen, beschränkte sich auf ganz locale Ausbrüche der Unzufriedenheit, und nur in Lüttich war die Bewegung von der Art, daß sie allgemeineres Aufsehen und Sorge erregen konnte. Einsichtsvolle Staatsmänner jener Zeit klagen wohl über den Mangel an

richtiger Auffassung, der sich unter den deutschen Unterthanen und Regenten zugleich bemerkbar machte; von diesen namentlich hätten Einige durch Entmuthigung und unzeitige Nachgiebigkeit, da wo ruhige Fassung und Festigkeit Noth that, Andere durch unkluge Beharrlichkeit, wo es galt, billigen und zeitgemäßen Wünschen zu genügen, gerade das befördert, was sie verhindern wollten.*) In jedem Falle war es aber bezeichnend für den inneren Zustand Deutschlands, daß alle größeren Staatsgebiete von der politischen Bewegung noch ganz unberührt waren; nur in geistlichen, reichsgräflichen und höchstens in Territorien winziger Fürsten, übten die Exempel vom Westen eine aufregende Wirkung aus. Wo ein verständiges Regiment den Bedürfnissen der Zeit entgegengekommen war, da hatte es mit der Revolution keine Gefahr; nur wo übertriebene Lehenslasten auf dem Lande drückten, wo Kleinstaaterei und Verknöcherung den gesunden Blutumlauf hemmten, da traten verwandte Stimmungen hervor, wie die, welche den dritten Stand in Frankreich bewegten. So war namentlich in den geistlichen Gebieten von Trier, Straßburg Speyer eine gewisse Aufregung bemerkbar, die sich bisweilen bis zu unruhigen Auftritten steigerte; so waren die Gebiete der Grafen von Leyen, der Grafen Bentheim und von den Reichsstädten das kleine Gengenbach von der Gährung ergriffen. Aber auch diese Unruhen waren so bedenklich nicht, wie man sie aus Angst oder Absicht darzustellen suchte. Wohl lehnten sich z. B. in der Ortenau die Bauern gegen ihren Landvogt auf oder es wurde in Bühl das Volk gegen den Amtmann widerspenstig; in der Pfalz machte sich jetzt der lange verhaltene Groll gegen die Allgewalt eines unwürdigen Beamtenthums geltend, oder die Bauern hielten aus freien Stücken eine Hetzjagd auf das in Uebermaß gehegte Wild, das ihre Saaten verwüstete. Unverkennbar war dabei nur das Eine, daß die geistlichen Gebiete solcher Gefahr meistens ausgesetzt waren; der Ruf, den die Unterthanen von Stablo und Malmedy hören ließen — „wir wollen Freiheit von dem Joch der Mönche“ — war an vielen Orten das Stichwort der Bewegung. In dem alten Reichsstift Frauenalb nöthigten die Bauern ihre Aebtissin, bei Baden Schutz zu suchen; in Schwarzach wurden die Mönche aus dem Kloster gejagt und das Kirchengut von den Bauern in Besitz genommen. Viel Aufhebens ward von dem gemacht, was damals im Bisthum Speyer geschah. In der fürstbischöflichen Residenz Bruchsal hatte sich die Bürgerschaft schon im Herbste 1789 geregt, um ihre Beschwerden in einer Vorstellung an den Bischof zu bringen; als man Miene machte, sie zu hindern, erklärten sie, sich selber helfen zu wollen, falls man sie abzuhalten suche, die Vorstellung herumzusenden oder auf dem Rathhaus zur Unterzeichnung aufzulegen. Aehnliche Bewegungen zeigten sich auch am Haardtgebirge, namentlich in den Gemeinden Deidesheim und Niederkirchen. Und was betrafen diese Beschwerden? Außer ganz localen An-

*) S. Görtz, Denkwürdigk. II. 250 ff.

liegen klagte man über die allzuhohe Schatzung, das Milizgeld, die Nachsteuer, über verschiedene andere Steuern, wie das Chausseegeld, das Lagergeld, die Erbschaftssteuer und ähnliche Lasten, dann aber vornehmlich über die drückenden Folgen des Lehenswesens und der Leibeigenschaft. Die Bitten der Unterthanen geben uns eine gute Einsicht in das Walten dieser fürstlichen Patriarchalität. Es ward z. B. die Bitte rund abgeschlagen, daß ein Unterthan, ohne die Regierung zu fragen, in anderen Orten des Hochstifts Güter kaufen und bürgerliche Nahrung treiben dürfe. Oder die Aufzählung der einzelnen Lasten setzte es außer Zweifel, daß die fürstliche Verwaltung sich einer schmählichen Ausdehnung ihrer Fiscalrechte schuldig machte und das Land mehr ausbeutete als regierte. Auch bestanden noch Verordnungen wie die, daß Gemeinden den Jägern die ihnen auf ihrer Markung entwendeten Fuchseisen bezahlen und die Unterthanen, auf deren Gütern Hasenschlüpfe gefunden worden, deßhalb bestraft werden sollten!

Forderungen, wie die obengenannten, in ungeduldigem Tone vorgebracht und von unruhigen Auftritten begleitet, bewogen den Fürstbischof, sogleich beim Reichshofrath um Hülfe nachzusuchen. Es erfolgte eine unerwartet schnelle Entscheidung des obersten Gerichts (5. Oct.), die in ihren Motiven alle die Vergehen der Unterthanen aufzählt. „Ein ausgelassener Pöbel, heißt es darin, habe sich nicht nur unterfangen, an dem Hause eines fürstlichen geheimen Raths sträflichen Unfug zu begehen, sondern nach Anzeige glaubhafter Personen sei auch ohne Scheu davon gesprochen worden, die Sturmglocken zu ziehen und die benachbarten Ortschaften zu Hülfe zu rufen; ferner verlaute es, daß zu Bruchsal in später Nacht noch Leute mit geladenem Gewehr wahrgenommen würden, ja auch in der Nachbarschaft sei die allgemeine Rede, wie man nur auf die Bruchsaler Sturmglocke warte, um mit gesammter Hand der Stadt zu Hülfe zu eilen." Das wurde den betreffenden Gemeinden nun ernstlich verwiesen und gedroht, daß alle etwa entstehenden aufrührerischen Zusammenrottirungen durch militärische Mannschaft getrennt und niedergeschlagen, sowie auch wider die Aufwiegler und Rädelsführer mit unausbleiblicher schärfster Leibes- und Lebensstrafe vorgegangen werden solle. Außerdem ward den ausschreibenden Fürsten des oberrheinischen Kreises aufgegeben, dem Fürst-Bischof, falls er militärischer Hülfe bedürfe, eifrig an die Hand zu gehen. Als diese Verfügung die Aufregung mehrte, statt sie zu beschwichtigen, ward sie später (Febr. 1790) in geschärfter Form erneuert. Den Beschwerden ward natürlich nur wenig abgeholfen; man faßte die Zügel der Gewalt straffer, statt späteren Krisen mit weisen Milderungen vorzubeugen.

Die gewaltsamste Lösung fand das früher erwähnte Zerwürfniß in Lüttich; der traurige Ausgang ist auch deßwegen von Interesse, weil er unter allen Nachwirkungen, welche für die preußische Politik aus dem Reichenbacher Abkommen entsprangen, eine der bittersten war. Wir haben früher erwähnt,

wie der Fürstbischof von Lüttich durch eilfertige Nachgiebigkeit die Aufregung zu beschwichtigen suchte, allerdings von dem geheimen Gedanken geleitet, alle Verheißungen zu gelegener Zeit zurückzunehmen. Bereitwillig kam er den kaum ausgesprochenen Wünschen der Bevölkerung entgegen, stellte die alten Rechte wieder her, ließ es geschehen, daß man den bestehenden Magistrat zum Rücktritt zwang und ihn durch populäre Mitglieder ersetzte, und legte gegen diese ein Benehmen an den Tag, das jeden Verdacht einer rückhaltigen Gesinnung verstummen ließ. Aber an demselben Tage (27. Aug. 1789), wo er den neuen Magistraten die Theilnahme an dem eben berufenen Landtag verhieß, entfloh er heimlich aus seiner Residenz zu Seraing und bald enthüllte sich das ganze trügerische Spiel. Zwar ließ er eine Erklärung zurück, die seine Abreise als unverfänglich darstellte und jeden Gedanken an auswärtige Hülfe oder jede Klage bei den Reichsgerichten von sich wies. Aber bereits war das Reichskammergericht bearbeitet und legte diesmal eine Raschheit und Energie an den Tag, die man sonst in den dringendsten Angelegenheiten vergeblich bei ihm suchte. An dem nämlichen Tage, wo der Fürstbischof entfloh, wurde zu Wetzlar ein reichsgerichtliches Mandat erlassen, wonach Alles, was zu Lüttich geschehen war, als Störung der öffentlichen Ruhe und des Landfriedens mißbilligt und den kreisausschreibenden Fürsten des westfälischen Kreises der Auftrag ertheilt ward, mit der erforderlichen Mannschaft auf Kosten der Rebellen zu Lüttich dem Fürstbischof zu helfen, die alte Verfassung wieder herzustellen und die Empörer zu strafen. Vergeblich waren die Bitten der Lütticher an den Fürstbischof, zurückzukehren; vergeblich die Vorstellungen an das Kammergericht, dessen Raschheit diesmal eines gewissenhaften Gerichtshofes noch unwürdiger war, als seine sonst sprüchwörtlich gewordene Langsamkeit.

Es erfolgte, was der fürstliche Flüchtling wohl erwartet hatte. Bald entstanden wirklich Unordnungen, da es an einer festen, anerkannten Regierung fehlte, und der gerechte Groll die frühere Freudigkeit loyalen Vertrauens verwischte; hinter den Gemäßigten, die einst mit Zustimmung des Fürstbischofs an's Ruder gekommen waren, drängte eine ungestüme, bewegte Masse heran, denen Jene nicht gewachsen waren. Erst erhob sich Streit über die Rechtmäßigkeit der noch vom Bischof berufenen Stände, dann machte sich in der Stadt Lüttich das unverständige Verlangen nach völliger Abgabenfreiheit geltend, und als der Magistrat zu seiner Sicherheit eine Miliz aufrichtete, entstand darüber (Anfang Oct.) ein wilder Tumult, der mit der Niederlage der Regierung endete.

So war also die Unordnung da, auf die man speculirt hatte. Zwar, wenn der Fürstbischof ehrlich und versöhnlich dachte, gab es jetzt eine erwünschte Gelegenheit, den Frieden herzustellen. Die Stände waren mit ihren Verfassungsberathungen zum Ziele gekommen und hatten im Wesentlichen jenen alten Grundvertrag wiederhergestellt (den „Frieden zu Fexhe" 1316), der ihnen

im siebzehnten Jahrhundert gewaltsam war entrissen worden. Der Fürstbischof konnte auf dieser Grundlage in die dargebotene Hand der Verständigung einschlagen. Aber er ließ die Maske nun völlig fallen. Er verwarf die dargebotenen Artikel, erklärte, die von ihm selber berufenen Stände seien nicht legal versammelt, und betrieb in Wetzlar eifrigst die Vollziehung des kammergerichtlichen Mandats (Mitte October).

Preußen war schon durch seine Nachbarschaft bei diesen Händeln interessirt; als Herzog von Cleve hatte der König mit Kurköln und Jülich (Kurpfalz) die Kreisexecution zu vollziehen. Eben darum konnte er nicht wünschen, daß man die Dinge zum Aeußersten trieb, um der herrschsüchtigen Laune eines Einzigen willen. Nur wenige Stunden weit vom Lütticher Gebiet war jener Brabanter Aufstand in vollem Fortschritt begriffen, den Preußen eine Zeit lang nicht ungern sah, dessen Ausbreitung nach Lüttich selbst es aber nicht wünschen konnte. Und doch ließ sich Alles dazu an; Brabanter Gesandte kamen nach Lüttich und boten Hülfe an, ein gewaltsames Vorschreiten konnte also leicht dazu führen, daß man die belgische Revolution ins deutsche Reich verpflanzte. Eine vermittelnde Haltung war daher für Preußen ebenso durch politische Gründe geboten, wie die Billigkeit und das Recht dafür sprach, die Lütticher nicht der schmachvollen Reaction preiszugeben, die der Fürstbischof vorbereitete. Drum hatte Preußen anfangs nach zwei Seiten hin vermittelnd gewirkt; es hatte den Bischof zur Rückkehr, das Reichskammergericht zur Aufhebung jenes Mandats vom 27. August zu bewegen gesucht. Nachdem dies mißlungen, suchte man in Berlin wenigstens der vom Kammergericht anbefohlenen Execution eine andere Richtung zu geben. Während das Executionsheer, ungefähr 7000 Mann stark (aus Preußen, Pfälzern und Cölnern bestehend) unter Generallieutenant von Schlieffen, sich im November den Grenzen des Hochstifts näherte, bemühte sich der preußische Kreisgesandte von Dohm zugleich, eine billige Verständigung einzuleiten. Er suchte — trotz des unverständigen Widerspruchs von Cöln und Jülich — die Versöhnung dadurch herzustellen, daß er in einer Conferenz mit den Lüttichern (26. Nov.) ihren Magistrat zum Rücktritt bewog, dagegen ihnen Abhülfe der Beschwerden und allgemeine Amnestie verhieß. Vier Tage nachher rückten die preußischen und pfälzischen Executionstruppen in Lüttich ohne Widerstand ein und es zeigte sich, daß die von dem preußischen Bevollmächtigten vorgeschlagene Auskunft der natürliche Weg für die Ausgleichung aller Interessen war. Aber die Vertreter von Cöln und Jülich arbeiteten dieser Verständigung insgeheim und öffentlich entgegen und der Bischof erwirkte indessen bei dem willigen Reichskammergericht ein neues Mandat (4. Dec.), worin die rücksichtslose Herstellung des Zustandes, wie er vor den bischöflichen Concessionen gewesen, gefordert, die preußische Vermittlung abgewiesen und die stricte Vollziehung der Execution befohlen war. Es entstand nun eine völlige Spaltung unter den mit der Vollziehung beauftragten Reichsständen; Cöln und

Pfalz beriefen sich auf den Wortlaut der Wetzlarer Mandate, Preußen machte das höhere Gebot der Billigkeit und der wahren politischen Interessen des Reiches geltend; und man konnte allerdings nicht im Zweifel darüber sein, daß das Reich niemals eine unzeitigere Energie entfaltet, Preußen zu keiner Zeit verständiger und gerechter gehandelt, als diesmal. Die Briefe, die der König an den Fürstbischof richtete, sind durchweg in diesem einsichtsvollen und billigen Geiste gehalten, die Antworten des Bischofs bezeichnende Documente autokratischer Verstocktheit. Preußen blieb dabei, sich nicht zu der Art von Execution herzugeben, die das Reichsgericht vorschrieb und die Cöln und Pfalz unterstützen wollten. Der König erklärte vielmehr in einem Schreiben an den Fürstbischof (9. März 1790), daß er lieber seine Truppen zurückziehen und „eine Mission, die er nicht glaubte mit Gerechtigkeit und Ehren durchführen zu können," aufgeben wolle, wenn der Bischof sich nicht zu verständigen Concessionen herbeilasse. Als solche Concessionen bezeichnete der König: keine gewaltsame Restauration, Amnestie, Abdankung der während der Unruhen aufgestellten Behörden, freie Wahl neuer Magistrate, friedliche Herstellung des Rechtszustandes unter Vermittlung der Kreisgesandten — Bedingungen, durch die es unzweifelhaft gelingen werde, auch dem Fürstbischof sein volles Recht und seine Sicherheit zu verbürgen. Diese Vorschläge wurden abgelehnt und der König ließ nun, wie er es vorher gesagt, seine Truppen aus Lüttich wegziehen (16. April 1790); großmüthig, wie es in seiner Natur lag, hatte er die Lasten des mißlungenen Zuges selber getragen und den Lüttichern die Executionskosten erlassen.

Bis hieher war sich die preußische Politik vollkommen treu geblieben und was damals in die Oeffentlichkeit kam, ließ keinen Zweifel darüber, daß das Verhalten Preußens, insbesondere seines Vertreters Dohm, ebenso verständig wie loyal gewesen war. Was aber nun von Reichswegen geschah, konnte der preußischen Politik nur zur Rechtfertigung dienen. Das Kammergericht bot nämlich die fränkischen, schwäbischen, rheinischen Kreise zur Execution auf und im Sommer 1790 setzte sich eine Truppenmacht von 8000 Mann in Bewegung, um Lüttich zu unterwerfen. Es geschah, wie Preußen vorausgesagt; was man friedlich hätte beilegen können, kostete nun gewaltsame Anstrengungen ohne Erfolg; die Executionstruppen wurden von den Lüttichern zurückgeschlagen, ein Beweis, wie tief diese militärische Organisation der Kreise verfallen war. Abermals sah man sich genöthigt, die preußische Mitwirkung anzugehen; Kurmainz übernahm es, Preußen um seine Vermittlung zu ersuchen. Im Sept. 1790, während die Botschafter der Kurfürsten zur Wahl in Frankfurt zusammenkamen, erschienen auch einige Lüttticher Abgeordnete, und Preußen übernahm die Vermittlung. Die Punkte, über die man übereinkam, waren von der Art, daß der Bischof sich dabei beruhigen konnte, zumal die Lütticher Stände selbst sich auf diese Bedingungen hin unterwerfen wollten und nur den einen Vorbehalt, die freie Wahl ihrer Magistrate, hin-

zufügten. Abermals scheiterte die Verständigung an dem Bischof; die Umstände waren inzwischen für ihn günstiger geworden. Preußen hatte durch den Reichenbacher Vertrag alle Vortheile seiner Lage aus der Hand gegeben und Oesterreich aus dem Labyrinth seiner Verlegenheiten geholfen; Oesterreich hatte die Brabanter Unruhen bewältigt und war nun dort in einer militärischen Stellung, die ihm die Unterwerfung Lüttichs nicht schwer machte. Noch im Dec. 1790 hatten die Reichsexecutionstruppen bei Viset eine Schlappe erhalten; nun wandte sich das Reichskammergericht an das österreichische Gouvernement zu Brüssel, um im Namen des burgundischen Kreises die Execution zu übernehmen. Im Jan. 1791 erfolgte der Einmarsch und damit die gewaltsame und rücksichtslose Wiederherstellung des Alten. Die Regierung benahm sich so blind und rachsüchtig, wie sie sich in ihrem bisherigen Verhalten angekündigt. Die preußische Politik mußte zusehen, wie allen ihren Bemühungen einer Verständigung Hohn gesprochen ward; ihre Vertreter mußten Zeugen der ärgerlichen Vorgänge sein, ohne doch den Einfluß einer thätigen Mitwirkung zu genießen. Die öffentliche Meinung entlud zum Theil ihren Groll gegen Preußen durch die laute Anklage der Perfidie, während das ganze Verhalten nur eine der bitteren Früchte der Reichenbacher Nachgiebigkeit war. Die Zeitgenossen sahen*) nicht mit Unrecht in der Lütticher Sache ein Armuthszeugniß für den Fürstenbund; er hatte sich in dem ersten gewichtigen Anlaß mit nichten als „Schützer der deutschen Freiheit" bewährt, vielmehr hatte Preußen, als es sich der Lütticher annahm, gerade auch unter den Gliedern des Bundes, namentlich bei Kurmainz und Hannover, statt Unterstützung, lebhaften Widerspruch gefunden. Und welcher Vortheil erwuchs dem Reiche aus seiner dienstfertigen Hingebung an den geistlichen Landesherrn von Lüttich? Das lockere Band, welches dies Hochstift noch mit dem Reich verknüpfte, ward durch die Vorgänge von 1790 bis 1791 nicht befestigt; das ohnedies mehr französische Lüttich ward eine der ersten Beuten der westlichen Revolution, um nie wieder zu Deutschland zurückzukehren.

Diese beiden Vorgänge — in den fürstbischöflichen Landen von Speyer und Lüttich — lassen erkennen, wie es in den westlichen Gebieten des Reiches aussah. Gerade die geistlichen Grenzlande waren am meisten im Verfalle begriffen und die Art, wie man der Gährung des Volkes dort entgegentrat, war viel mehr geeignet, das Feuer zu schüren, als zu dämpfen. Nur ein kleiner Anstoß von Seiten der siegreichen Revolution im Westen und

*) S. Görtz, Denkwürd. II. 248. Vgl. auch Gronau, Ch. W. v. Dohm 204 ff. Daß man in Berlin das Vorgehen des Kaisers sehr bitter empfand, beweist die Correspondenz Hertzbergs mit dem Gesandten in Wien. Je vois de plus en plus, heißt es in einer Note vom 14. Febr., qu'on n'avance en rien avec les ministres autrichiens par des représentations et des bons procédés et qu'on n'obtient rien d'eux, qu'on n'arrache pas par la force.

diese wunden Stellen des Reiches fielen widerstandlos der erobernden Propaganda in die Hände! Wie wenig aber gerade dort in den regierenden Kreisen eine richtige Schätzung der Lage heimisch war, bewiesen die Verhandlungen in Regensburg; denn während die größeren Staaten Deutschlands — Oesterreich, Preußen, Kurhannover — hier eine Mäßigung an den Tag legten, wie sie von der ungewöhnlichen Lage geboten war, führten diejenigen das lauteste und trotzigste Wort, deren überlebte Existenz das erste Opfer eines Zusammenstoßes mit der Revolution werden mußte.

Diese eigenthümliche Lage machte es räthlich, sich mit der Revolution wo möglich in Frieden auseinanderzusetzen und jeden Anlaß zu meiden, der Frankreich die Handhabe gab, den gerechten völkerrechtlichen Beschwerden des deutschen Reiches andere, vielleicht nicht minder gerechte entgegenzusetzen. Die verhängnißvolle Kurzsichtigkeit der geistlichen Herren an der Grenze, deren einige ihre schutzlosen Stifter zum Lager der Contrerevolution umschufen, brachte es dahin, daß der ganze Standpunkt verrückt, die deutschen Beschwerden in den Hintergrund gedrängt wurden und den Franzosen sich der erwünschte Anlaß gab, die Rolle der Verklagten mit der der Kläger zu vertauschen.

In Worms hatten schon im Frühjahr 1791 die Prinzen der Linie Condé eine Zuflucht gefunden und eine Anzahl geflüchteter französischer Officiere um sich versammelt. Um die Mitte Juni traf der Graf von Artois in Koblenz ein; ihm folgte bald der Graf von Provence und ein mächtiger Schwarm von Flüchtlingen aus Frankreich, die sich zum guten Theil auf Kosten des Kurfürsten Clemens Wenceslaus dort einquartirten.*) Koblenz und Schönbornslust wurden fortan die Mittelpunkte des auswärtigen Frankreichs. Die Prinzen und die Herren vom Adel trieben dort, was sie in der Heimath getrieben; der genußsüchtige Müßiggang und der Leichtsinn des Versailler Hofes erschienen plötzlich wie ein seltsamer Spuk an dem Trierschen Hofe, um dann zugleich mit dem alten Kurstaate in der Zerrüttung der folgenden Zeiten für immer zu verschwinden. Als hätte man im Kleinen die Gründe des Untergangs der französischen Monarchie veranschaulichen wollen, so copirte man in allen Dingen das leichtfertige Spiel des alten königlichen Hofes. Theils in Festgelagen und ausgelassenen Zerstreuungen, in Comödien, Hasardspiel und

*) „Die ersten 4 Wochen wurde Alles auf Kosten Serenissimi defrayiret, bis es endlich dahin regulirt worden, daß Serenissimus das Silber, Weißzeug, Küchengeschirr, Wildpret, Brod, den Tischwein (jedoch mit Ausschluß der fremden Weine), das Holz, die Kohlen und die Fourage hergeben, das übrige Erforderliche aber der Graf von Artois selbsten auf seine Kosten anschaffen lassen wollte; es wurden auch Hof-Postzüge und Klepper zum Dienst nach Schönbornslust eingestellet." So erzählt der Bericht im Rheinischen Antiquar I. 1. S. 7 f., der die treueste Vorstellung vom Treiben der Emigranten gibt. Dort sind auch die einzelnen Schmausereien, womit sie ihre Zeit ausfüllten, treu verzeichnet. Auch baares Geld mußte der Kurfürst „vorschießen", z. B. als Artois seinem Bruder entgegenreiste, 2000 Carolins.

Liebeshändeln brachte der junge Adel dort seine Tage zu, theils machte er seiner royalistischen Begeisterung Luft in lärmenden Demonstrationen für das bedrängte Königthum. Der kindische Leichtsinn der Fremden, ihre Genußsucht und ihre übermüthige Verachtung aller der Verhältnisse und Personen, von deren Gnade sie nun lebten, war selbst für diejenigen ein Anstoß, die sonst mit ihrer Sache vollkommen sympathisirten.*) Auch Calonne fehlte nicht; er organisirte ein Finanz- und Polizeiministerium, dem er selber vorstand, machte den alten Marschall Broglio zum Kriegsminister und bildete, wie ein Zeitgenosse sagt, aus „courtisans valets“ und aus „valets courtisans“ eine Art von Staatsrath. Allmälig theilte man die immer anwachsende Zahl von emigrirten Militärs in Compagnien von Gensdarmes, Mousquetaires, Chevaurlegers und Gardes du Corps, rüstete und vertheilte sie, und nicht nur in Koblenz selbst, sondern auch in Neuwied, Andernach und an andern Orten lagen kleine Corps, deren jedes in der Regel mehrere hundert Mann stark war. Man konnte in Wahrheit sagen, daß hier das alte Frankreich vor 1789 gegenwärtig war. Wie dort herrschte die größte Finanznoth und Verschwendung, so daß der gute Kurfürst nicht Geld genug auftreiben konnte und noch dazu sein Weißzeug und Silbergeschirr dabei in die Schanze schlagen mußte.**) Wie im alten Frankreich wurden viele Hunderte von Müßiggängern genährt, nur nach Gunst und Cameraderie gewählt, alle tüchtigeren Menschen zurückgestoßen. Wie in der alten Monarchie war Alles, was den Ernst des Geschäftes anging, in Nichtigkeit und hohler Form untergegangen; wie dort vergab man die höheren Officierstellen an vornehme alte Herren, die nie gedient, oder an Knaben, deren Stammbaum ihre Untüchtigkeit verdecken sollte. Wohl war diese ganze Zurüstung für das revolutionäre Frankreich mehr lächerlich als gefahrbringend und es entsprang allerdings nur aus einer wohlberechneten Taktik, wenn man sich dort über die „Horden der Contrerevolution“ besorgt stellte, aber das Benehmen des Trierer Kurfürsten verstieß darum doch gegen allen völkerrechtlichen Gebrauch. Die Flüchtigen, die schon zu einer Zahl von vielen Tausenden angewachsen waren, wurden mit ihrem sogenannten Ministerium, ihrem Generalstab u. s. w. nicht nur geduldet, sondern unterstützt. Man wies ihnen öffentliche Gebäude an, ließ sie Magazine errichten, öffentliche Aufrufe zur Anwerbung bekannt machen, ja man gab ihnen, schon frühe Waffen aus dem kurfürstlichen Zeughause.

Alle diese Vorgänge konnten nicht verborgen bleiben; sie erregten Un-

*) S. den Bericht eines Augenzeugen im Rhein. Antiquar I. 1. 52 ff.

**) Nach dem Rhein. Antiquar I. 1. 21 f. betrug der tägliche Aufwand für die prinzliche Tafel wenigstens 3000 Livres; eine unzählige Dienerschaft, allein 20 Köche, beförderte vorzüglich die Verschleuderung; Silberwerk und Weißzeug hatte man von dem Kurfürsten erborgt, und es fehlten bei der Rückgabe 90 silberne Couverts und 800 Dutzend Servietten u. s. w.

ruhe im eigenen Lande, wie in Frankreich. Die Landstände des Erzstifts machten bereits im November 1791 in sehr dringenden Vorstellungen auf die Gefahren aufmerksam, *) die ein solches Verfahren nach sich ziehen werde; man fertigte sie im patriarchalischen Herrentone der alten Zeit mit ganz nichtssagenden Antworten ab. Auch von der französischen Regierung selber kam (Dec.) eine Beschwerdenote, die von dem Kurfürsten mit der Behauptung, es geschehe nichts Feindliches gegen Frankreich, fast trotzig erwiedert ward. **) Es war nicht die Lebhaftigkeit deutschen Nationalstolzes, was den Kurfürsten eine so vornehme Haltung gegen Frankreich annehmen ließ; diese Herren am Rheine hatten ja in der Regel eine sehr geschmeidige Politik gegen Frankreich eingehalten, es war die aristokratische Verstockung gegen die Revolution, was sie mit Gefahren spielen ließ, deren erste Woge sie rettungslos verschlang.

Indessen man so im Westen, der nahen Revolution gegenüber, theils die Aufregung nährte, statt sie zu beschwichtigen, theils ohne Noth gerade an den schwächsten Stellen eine herausfordernde Haltung annahm, erwuchsen auf anderen Seiten dem Reiche aus den ersten Berührungen mit dem Frankreich von 1789 sehr unerwünschte Verhältnisse. In die ersten Reichstagsverhandlungen über die Entschädigung der Reichsfürsten spielt eine eigenthümliche Episode herein: der Anspruch Rußlands, als Bürge des westfälischen Friedens angesehen zu werden. ***) Die russische Politik hatte in dem Bemühen, sich in die deutschen Angelegenheiten zu mischen, eine ganz consequente Taktik eingehalten. Als Oesterreich den Anspruch auf die bairische Erbschaft erhob, hatte Katharina II. (Dec. 1778) zuerst ihren Entschluß kundgegeben, als Schützer der bedrohten Reichsverfassung aufzutreten, und ein deutscher Publicist hatte damals in seiner politischen Unschuld gemeint, „das seien tröstliche Aussichten für die Verfassung, Freiheit und Ruhe Deutschlands, zumal wenn man damit die ganz besonders theilnehmende Art verbinde, womit die große Katharina sich in Absicht auf Deutschland erklärt habe." Der Teschener Friede sprach die russische Garantie förmlich aus, und da in dem Teschener Vertrag zugleich die früheren neu bestätigt waren, war es nicht schwer zu beweisen, daß fortan auch Rußland zu den Garanten des westfälischen Friedens gehöre. Wie Friedrich II. dazu mitwirkte, die russische Einmischung zu fördern, haben wir früher erzählt. Als nun 1791 auf dem Reichstage über die Beschwerden gegen Frankreich verhandelt ward, rief Kurtrier geradezu Rußland als Bürgen des westfälischen Friedens an. Auch in Kurmainz schienen ähnliche Gedanken umzugehen, wenigstens schrieb ein main-

---

*) S. die Actenstücke in Häberlin's Staatsarchiv I. 314 ff.

**) Au surplus, lautete der Schluß, S. A. E. saura employer tous les moyens convenables et justes pour prévenir les malheurs dont on la menace.

***) Reuß, Staatscanzlei Bd. 37. 38.

zischer Beamter eine Schrift zu Gunsten der russischen Garantie und erhielt dafür, außer einem kaiserlichen Belobungsschreiben, eine „schwere goldene Medaille“. Indessen in dem Reichsgutachten von 1791 fand die russische Garantie doch keine Stelle. Darüber erhob Rußland Beschwerde, wandte sich an die geistlichen Kurfürsten und ließ durch seinen Gesandten in Regensburg im Sinne der russischen Garantie intriguiren. Bei den kleineren Reichsständen waren diese Bemühungen nicht erfolglos; ja ganze Kreise, wie der fränkische und schwäbische, brachten dem russischen Einflusse in Erklärungen und Dankschreiben die demüthigsten Huldigungen dar. Doch wirkten diesmal Oesterreich und Preußen vereint dem Ansinnen Katharinas entgegen und auch in der öffentlichen Meinung gab sich zum ersten Male ein regeres Mißtrauen gegen die russischen Tendenzen kund. Sollen wir zugeben — hieß es in einer aus dieser Veranlassung nachher erschienenen Schrift — daß die Prophezeihung, die man nach der ersten Theilung Polens einem Magnaten dieses Reiches in den Mund legte, in Erfüllung gehe? Sie sei der Vorbote, sagte er, einer Theilung von Deutschland. Man zerstückt jetzt Polen zum zweiten Male! Nur noch einige Kanonen mehr vor das Rathhaus zu Grodno und die ungeheuere Lawine liegt vor den Thoren unseres Vaterlandes. Und wir sollten russische Garantien unserer Constitution annehmen?

Wir haben die Vorgänge im Reich bis zu dem Augenblick verfolgt, wo sich in dem Verhältniß zu Frankreich und zur Revolution jene Spannung und Erregtheit kund gab, von der nicht mehr weit war zur offenen Entzweiung. Waren auch die gekränkten Reichsfürsten in ihren Worten vielleicht kriegslustiger als in ihren Thaten, und das Treiben der Emigration am linken Rheinufer für Frankreich mehr anstößig als gefahrdrohend, so erhitzte sich doch an den Verhandlungen darüber die Leidenschaft und dies konnte bei so unberechenbaren Zuständen wie die französischen waren, plötzlich und vielleicht unwillkürlich zu einem gewaltsamen Conflicte führen. Doch sind die Momente, welche den Zusammenstoß von 1792 herbeiführen, in einem anderen Kreise zu suchen, als am Reichstag und in den geistlichen Staaten am Rhein; die Verwicklung der Dinge in Frankreich selbst und die allgemeine Lage Europas wirkten gleichmäßig dazu mit, den Umschwung von 1792 hervorzurufen, unter dessen erschütternden Nachwirkungen die Form des tausendjährigen Reiches zusammengebrochen ist und durch außerordentliche Katastrophen hindurch eine neue Gestaltung Deutschlands sich vorbereitet hat.

Oesterreich und Preußen — erinnern wir uns — hatten zu Reichenbach ihren äußeren Frieden gemacht, von dem freilich zur inneren Verständigung und wahren Eintracht noch ein weiter Weg war. Den Preis des Friedens hatte zunächst Preußen bezahlt, indem es seine Entwürfe im Osten aufgab, Oesterreich aus drückenden Verlegenheiten befreite, der Unterwerfung Ungarns

und Belgiens ruhig zusah und in der Lüttticher Angelegenheit eine brennende Niederlage seiner Politik geduldig hinnahm. Bald sollte Preußen die bittere Erfahrung von Neuem machen, daß es für einen Staat, dessen rasch emporgewachsenes Ansehen auf eine kühne und entschlossene Politik gebaut war, mit einem ersten Schritte des Rückzugs nicht gethan ist; auf allen Seiten erfolgten kleine Niederlagen und Kränkungen, nachdem einmal der Zauber jener trotzigen und gebieterischen Politik verschwunden war, der sich noch zuletzt um Hertzbergs östliche Politik verbreitet hatte. Oesterreich, dem es zu Reichenbach so leicht gelungen, die preußischen Angriffsplane zu vereiteln und die ganze Freiheit seiner Action wieder zu gewinnen, ward durch diesen überraschenden Erfolg seiner Politik ermuthigt, weiter vorzuschreiten; es entschloß sich, über die Reichenbacher Verabredung hinauszugehen und weder im Orient noch in Belgien die Bedingungen zu erfüllen, die es sich noch in dem Vertrage vom 27. Juli 1790 hatte auferlegen lassen. Die preußische Politik aber sah sich bald in der peinlichen Alternative, entweder unter viel ungünstigeren Umständen als im verflossenen Sommer die Waffen gegen Oesterreich zu wenden, oder um des Friedens willen sich zu immer größeren Nachgiebigkeiten herbeizulassen.

So wurde gleich anfangs die Friedensverhandlung mit den Türken absichtlich verzögert und erst in den letzten Wochen des Jahres 1790 der Congreß zu Szistowa eröffnet. Indessen hatte Rußland durch den Frieden von Werelä sich des Krieges mit Schweden entledigt (Aug.), eine Reihe von glücklichen Fortschritten gegen die Türken gemacht und schien weniger als je geneigt, sich zur Herausgabe seiner Eroberungen zu verstehen. Auf dem Friedenscongresse trat dann Oesterreich mit Forderungen hervor, die theils mit dem ausbedungenen Status quo in der strengen Bedeutung, wie er festgesetzt war, unverträglich waren, theils das Wesen des Vertrags von Reichenbach geradezu aufhoben. Es sollte weder in dem neuen Abkommen des Vertrags vom 27. Juli Erwähnung geschehen, noch dasselbe von den vermittelnden Mächten gewährleistet werden. Seit Februar 1791 stand der Congreß zu Szistowa völlig still, weil die Gesandten sich erst neue Instructionen einholen wollten. Preußen und seine westlichen Verbündeten mußten darum in kriegerischer Rüstung bleiben. Zugleich erlitt auch in Belgien die Politik der drei verbündeten Mächte eine empfindliche Niederlage. Gemäß dem Reichenbacher Vertrag schlossen Preußen, England und Holland am 10. Dec. 1790 mit Oesterreich das Abkommen im Haag, wonach den Belgiern Amnestie versprochen, ihre alte Verfassung, wie sie ihnen durch Karl VI. und Maria Theresia zugesichert war, gewährleistet und in einer Reihe von Punkten die Bedingungen festgesetzt waren, unter denen Leopold die Herrschaft jener Lande wieder antreten und die verbündeten Mächte den Besitz garantiren sollten. Allein hier, wie in den östlichen Verwicklungen war Oesterreich offenbar nicht geneigt, die Grenze des Abkommens streng einzuhalten.

So blieb Alles im Ungewissen, und die Friedensaussichten waren in den ersten Monaten des Jahres 1791 kaum größer als ein Jahr zuvor. Namentlich Preußen hatte sich allenthalben, nicht nur in Szistowa und in Brüssel, über Zeichen einer unfreundlichen Gesinnung des Wiener Hofes zu beklagen. Wenn z. B. Hessen-Cassel damals die Erlangung der Kurwürde in Wien betrieb, so zeigte sich der kaiserliche Hof zwar selber wenig geneigt, dies zu unterstützen, aber er versäumte doch nicht, gelegentlich dem Bewerber anzudeuten, daß er sich auf Preußen nicht verlassen könne. Wenn die durch die Revolution beschädigten Fürsten ihre Sache in Wien vorbrachten, so hieß es: der Kaiser könne nicht mehr thun, weil von Preußens Unterstützung nichts zu erwarten sei. Oder wenn in Warschau bedenkliche Gerüchte umgingen über einen neuen Theilungsplan, so waren die preußischen Staatsmänner darüber nicht im Zweifel, daß die Quelle solcher Ausstreuungen in Wien zu suchen sei.*)

Gleichwohl war Leopold II. von einer Annäherung an Preußen und seine Verbündeten minder entfernt, als diese ahnten. Das Vordringen der russischen Politik erfüllte auch den Kaiser mit Sorgen; ihm ward täglich Gelegenheit, im eignen Verkehr mit diesem Alliirten, an dessen Trotz zu sehen, in welch schiefe Stellung Josephs Hingabe an die Czarin Oesterreich versetzt hatte. Es lag nun ganz in seiner Weise, ohne sich von Rußland zu trennen, doch in einem freundlicheren Verhältniß zu Preußen und England ein Gegengewicht gegen Katharinens Uebermuth zu suchen. Der Wunsch war um so lebhafter, als die französischen Verhältnisse doch die Möglichkeit eines Conflictes näher brachten. Darüber zwar herrschte z. B. auf preußischer Seite noch im Januar und Februar des Jahres 1791 kein Zweifel, daß Leopold trotz Marien Antoniens Bitten nichts weniger begehre, als eine Intervention in Frankreich und daß er sich vollends den abentheuerlichen Projecten der Emigrirten beharrlich widersetzen werde. Viel entsprechender fand man es seinem Wesen, daß er durch Verbindung mit einem der revolutionären Führer, wie Mirabeau, die Stellung des französischen Hofes zu verstärken suchte. Auf der andern Seite ließ sich aber doch nicht berechnen, ob nicht neue Verwicklungen in Frankreich Leopold am Ende nöthigten, dem Drängen seiner Schwester nachzugeben.

Aus solchen Erwägungen entsprang wohl der Schritt, den der Kaiser im Frühjahr 1791 durch den Fürsten Reuß in Berlin that: die Eröffnung nämlich, daß er eine innigere Annäherung an Preußen wünsche. Der Antrag fand am berliner Hofe eine willige Aufnahme; auch England, davon in Kenntniß gesetzt, erwies sich geneigt. „Ich bleibe dabei, äußerte der König,

---

*) Depeschen Jacobi's vom 16. März und aus späteren Tagen. Das folgende aus einer Note des pr. Minist. vom 24. Jan. und aus Jacobi's Berichten vom 31. Januar und 9. Februar.

stets auf dem Status quo von Reichenbach stehen; meine Absicht bei dem Ganzen ist, Rußland zu imponiren, daß es auf den von uns zu proponirenden billigen Bedingungen Frieden schließt, eventuell wenn es sich weigerte, mich der Neutralität des Kaisers in dem dann unausbleiblichen Kriege zu versichern."*) Von anderer Seite erfuhr man, daß Leopold sich besorgt über Rußlands Wachsthum äußere und die russenfreundliche Politik seines Bruders jetzt für einen Fehler erkläre; er sei voll Ungeduld, schrieb nachher ein britischer Diplomat aus seiner Nähe, mit Preußen ins Reine zu kommen. Es war eine sehr folgenreiche Wendung der Dinge, die damit eingeleitet ward. Zunächst fiel Hertzberg.

Derselbe hatte nur noch mit Mühe die Ueberlieferung von Friedrichs II. Politik behaupten können. Seit dem Vertrag von Reichenbach, den er wider seinen Willen abschließen mußte, war seine Stellung nicht mehr die alte; der König behandelte ihn während der Verhandlung und nachher mit einer Kälte, ja selbst Härte, von der es ungewiß blieb, ob sie mehr dem Widerwillen gegen seine bisherige Politik oder den Einflüsterungen der höfischen Günstlingsschaft zuzuschreiben war. Schon wurde neben ihm und hinter ihm, namentlich in den französischen und polnischen Dingen, eine Politik verfolgt, deren Rathgeber nicht Hertzberg, sondern Bischofswerder und seine Geschöpfe waren. Hertzberg fuhr inzwischen fort, in seiner Weise zu wirken; er rieth, den österreichischen Entwürfen im Reiche entgegenzutreten und in Polen die drohende Umwandlung in ein erbliches constitutionelles Königreich mit aller Macht zu hindern; er meinte, man solle sich möglichst eng mit England, Schweden u. s. w. zu verständigen suchen, um Rußland zu einem billigen Frieden mit der Pforte zu zwingen. Aber unter seinen Händen veränderte sich die ganze Lage. In Polen bereitete sich ein Umschwung vor, der Preußen um das ganze Uebergewicht brachte, in dem es dort 1788 bis 1790 gewesen; Schweden hatte durch die Reichenbacher Politik das Vertrauen auf Preußen verloren und wollte ohne sehr große Zusicherungen den Frieden mit Rußland nicht von Neuem brechen; England hatte erst die Miene kriegerischer Rüstungen und Demonstrationen angenommen, dann aber unter dem Eindruck der Ungunst, der die Gefahr eines Krieges in einem großen Theile der Nation begegnete, rasch eingelenkt und sich zu sehr nachgiebigen Präliminarien mit Rußland verstanden, die nachher die Grundlage des russisch-türkischen Friedens bildeten. So sah Hertzberg seine Versuche überall schei-

*) Nach einer späteren Depesche an Lucchesini vom 16. Mai und einem Berichte Elgins d. d. Florenz 15. Mai. In einem Actenstücke aus denselben Tagen hieß es: Mon intention et celle du ministère britannique dans cette negociation avec l'Empereur n'a principalement que deux objets pour but: savoir celui d'en imposer à la Russie et de l'engager par là à conclure promptement et sans delai la paix avec la Porte.

tern und es ward ihm höchstens die traurige Genugthuung, daß im Ganzen aus der Nachgiebigkeit zu Reichenbach alle die Mißverhältnisse hervorgingen, die er vorausgesagt.

Während ihm so alle alten und alle neu gesuchten Verbindungen unter den Händen zerflossen, ward aber auch gegen ihn selber die Mine gefüllt, die ihn sprengen und für den völligen Wechsel des Systems freie Bahn machen sollte. Am Hofe war längst eine Richtung thätig, welche die politischen Mißverhältnisse, in denen Preußen sich befand, keineswegs dem Reichenbacher Vertrag zuschrieb, sondern darin eben nur die unvermeidlichen Folgen einer verkehrten und verderblichen Politik sah, deren Autorschaft und Verantwortlichkeit man auf Hertzberg schob. Die französische Revolution erweckte Empfindungen, denen die bisherige Taktik, in Belgien, in Lüttich, in Ungarn den Kampf der Bevölkerungen gegen gewaltthätige Regierungen zu unterstützen, als gleichbedeutend und gleich verwerflich mit dem Jakobinismus erschien; die ganze frömmelnde und mystische Gesellschaft, die das Ohr des Königs hatte, war solchen Anschauungen natürlich sehr zugänglich und Friedrich Wilhelm selbst gab sich mit einer unverkennbaren Lebhaftigkeit, an der sein monarchisches Bewußtsein, wie seine Großmuth gleichen Antheil hatten, den Ansichten hin, welche die schon an allen Höfen geschäftige Emigration des französischen Adels verbreitete. So bildete sich allmälig unter den Eindrücken der Revolutionsangst das Dogma aus, daß es eine Politik der Solidarität conservativer Interessen gäbe, gegenüber welcher die alten Ueberlieferungen, wie die alten Gegensätze schweigen müßten. Eine Verständigung mit Oesterreich, ein Kreuzzug nach Frankreich zur Herstellung des legitimen Thrones und die gemeinsame Behauptung der alten Autoritäten in Staat und Kirche, das schien den Trägern dieser Politik, namentlich Bischofswerder, ein schönerer Erfolg, als der Zuwachs an Gebiet und äußerem Ansehen, den Hertzberg gemäß den Ueberlieferungen Friedrichs II. mit allen zweckdienlichen Mitteln und allen brauchbaren Verbündeten erreichen wollte. Noch bis zum Frühjahr 1791 schien indessen Hertzbergs Richtung das preußische Cabinet zu bestimmen. Dem commandirenden General an der östlichen Grenze wurden damals noch Weisungen ertheilt, wie eine etwa versuchte Landung russischer Truppen an der Ostseeküste abgewehrt und das Land gegen einen Ueberfall von dort sichergestellt werden solle.*) Aber dies waren nur die letzten Nachklänge der alten Politik. Denn gleichzeitig (März) ward in Folge der Eröffnung des Fürsten Reuß Bischofswerder zu Leopold II. abgesandt, um eine Verständigung über das unterbrochene Friedensgeschäft einzuleiten. Leopold deutete damals dem preußischen Abgesandten an, daß eine Ausgleichung und ein einträchtiges Zusammenwirken nicht zu erwarten sei, so lange der Vertreter der überlieferten preußischen Politik am Ruder stehe; er ließ

*) Königl. Cabinetsordre an General Favrat vom 9. April 1791. (Handschrift.)

dabei selbst einen leisen Vorwurf auf Kaunitz fallen und schien der Ueberzeugung, so lange man diese beiden alten Repräsentanten der früheren Gegensätze nicht entfernt habe, sei ein dauerhafter Friede zwischen Wien und Berlin nicht möglich. Es läßt sich denken, wie solche Aeußerungen Bischofswerder willkommen waren; er neigte ohnehin zum österreichischen Bündniß und war durch des Kaisers wohlberechnete Auszeichnungen vollends für Leopold gewonnen worden. Er kam so voll Eifer für die neue Allianz nach Berlin zurück, daß sich dort der mißtrauische Widerspruch der alten antiösterreichischen Tradition vernehmlich regte; aber seine Mittheilungen über Hertzberg fielen nicht auf unfruchtbaren Boden. Wenige Wochen nach Bischofswerders Rückkehr geschah der erste Schritt, den Minister Friedrichs II. zu beseitigen. Am 1. Mai 1791 erfolgte eine Cabinetsordre, wonach wegen des hohen Alters des Grafen von Finkenstein und der angeblichen Kränklichkeit Hertzbergs zwei neue Minister, die Grafen von Schulenburg-Kehnert und von Alvensleben, dem Departement des Auswärtigen als Mitglieder beigegeben und die bedeutsame Verfügung hinzugefügt war, daß kein Minister mit der diplomatischen Vertretung im Auslande in besonderen Briefwechsel treten dürfe. Zugleich ward der bisherige Lenker der auswärtigen Politik von der Kenntniß der Verhandlungen mit Oesterreich ausgeschlossen.*) Hertzberg, der, nach seiner eigenen Aeußerung, den Staat nicht wie ein Unterthan, sondern wie ein Verwandter ansah, und der an dessen Leitung fest wie an einem angestammten Gute hing, konnte sich zum Rücktritt noch nicht entschließen. Er arbeitete mit seinen neuen Collegen, mußte aber bald wahrnehmen, daß man ihm wichtige Unterhandlungen verbarg, namentlich ihm keine Einsicht in das gestattete, was von den preußischen Gesandten zu Wien, Szistowa, Warschau und Petersburg betrieben ward. Er beschwerte sich und erhielt die Antwort, das geschehe auf ausdrücklichen Befehl des Königs. Nun forderte er seinen Abschied, es ward ihm (5. Juli) zunächst noch der gnädige Bescheid, daß er das Vertrauen des Königs noch genieße und nur um seine Last zu erleichtern jene Bestimmung getroffen sei; beigefügt war die Aufforderung, neben der Leitung der Akademie und des Seidenbaues — zweier Stellen, die unter allen in der preußischen Monarchie freilich am wenigsten Arbeit machten — die Geschichte Friedrichs II. zu schreiben, wozu die Archive ihm alles nöthige Material zu Gebote stellen sollten. Damit war er beseitigt, konnte aber weder auf sein ausdrückliches Verlangen der Entlassung ohne Pension, noch auf die Bitte um eine Aufklärung einen königlichen Bescheid erlangen. Bald fand er sich vernachlässigt, auch gesellschaftlich zurückgesetzt,

*) Le comte Hertzberg et le Sr. Steck n'en doivent point être informés encore, jusqu' à ce que les choses s'arrangent de la manière desirée, schrieb der König eigenhändig am 8. Mai. Gleichzeitig wurde aber verfügt, daß Alvensleben Mitwisser sein solle, und nach einem Handschreiben vom 15. Mai auch Lucchesini.

vom König mit eisiger Kälte behandelt und selbst jenes Versprechen, die Archive zu benutzen, ward ihm nicht gewährt. Die Höflinge schienen eine Geschichte Friedrichs II. aus seiner Feder wie einen unerfreulichen Spiegel zu fürchten und hinderten den greisen Staatsmann in der freien und ungestörten Einsicht der Archive, die er selbst geordnet, deren meiste Stücke durch seine Hand gegangen oder von ihm verfaßt waren. Später ward ihm denn auch verboten, den dritten Theil seines Recueil zu veröffentlichen, der sich auf den Umschwung der Politik von 1790 bezog.

Hertzberg war nicht der Mann, der dies mit philosophischer Ruhe ertrug. Er war ein Menschenalter an der Spitze der Geschäfte gewesen, von Friedrich II. mit Vertrauen geehrt, seine Thätigkeit war bewunderungswürdig, er war lange Zeit auch geschickt und glücklich gewesen, dabei vom lebhaftesten und rücksichtslosesten Eifer für Preußens Macht und Größe durchdrungen, und bei allen einzelnen Mißgriffen in seinen Mitteln und Zielen doch ein durchaus ehrenhafter, unbestechlicher Charakter, dessen Thätigkeit und stets wache Sorge in den Augen der Gegner sein größtes Verbrechen war. Nicht nur das Selbstgefühl, wie es eine solche lange eingewöhnte Stellung gibt, machte Hertzberg empfindlich gegen die Zurücksetzung, er sah darin auch eine Calamität für die Gesammtheit. Er sah sich an als das Opfer eines Systems, das — wie er sich in einem hinterlassenen Aufsatze ausdrückte — ihm als durchaus verderblich für das Vaterland und für die wahren Interessen des Hauses Brandenburg erschien. Diese können — sagt er — niemals völlig mit denen Oesterreichs versöhnt werden; sie erfordern nicht immer einen Krieg, wohl aber eine fortgesetzte Wachsamkeit, um sich gegenseitig aufzuklären und den wahren Patriotismus beider Theile für das Glück und die Ruhe des deutschen Reiches, wie von ganz Europa, auf diesem Wege zu unterhalten.

Es war bezeichnend und sollte Preußen eine Art von Bürgschaft geben, daß in Oesterreich, wenn auch in der Form minder verletzend, zur nämlichen Zeit dem freilich achtzigjährigen Kaunitz in ähnlicher Weise die Einsicht in die auswärtige Politik verkürzt und sein Nachfolger ihm einstweilen wie zur Unterstützung an die Seite gesetzt ward. So waren also die beiden Träger der überlieferten Politik österreichisch-preußischen Gegensatzes beseitigt und der neuen Staatskunst der Eintracht und Verbindung beider Großmächte der Weg gebahnt. Wie weit diese neue Eintracht auf tiefen und klar erkannten Grundsätzen ruhte, wie weit sie aufrichtig und darum segenbringend war, darüber wird die Geschichte der nächstfolgenden Zeiten Aufschluß geben. In jedem Falle, mochte man auch vom Standpunkt einer höheren deutschen Auffassung die Politik, deren Träger Hertzberg und Kaunitz waren, verdammen, die beiden greisen Rivalen waren Staatsmänner gewesen, die in ihrer Zeit und innerhalb der Anschauungen der Gleichgewichtspolitik die hervorragendsten Stellen einnahmen. Was ihnen

nachkam, entbehrte der Fähigkeit wie der Tradition; es war ein Nachwuchs von Intriguanten, denen man um Alles nicht die Ehre anthun darf, sie als Träger eines großen Princips, wie etwa der innigen Eintracht zwischen Oesterreich und Preußen, anzusehen. Bei Thugut in Wien, wie bei den neuen jetzt auftauchenden Größen in Berlin, bei Bischofswerder, Lucchesini und Haugwitz, konnte von allen andern Motiven in der großen Politik die Rede sein, nur nicht von festen Systemen und consequenten Grundsätzen. Diese waren, wie die folgende Geschichte zeigen wird, mit Kaunitz und Hertzberg aus den Cabineten der beiden Großmächte gewichen; in Preußen trat dies sehr rasch zu Tage, in Oesterreich ward es noch durch Leopolds persönliches Geschick verdeckt, um dann um so unerbittlicher enthüllt zu werden.

Wir sind hier den Ereignissen vorangeeilt, indem wir die Geschichte von Hertzbergs völliger Entfernung berichteten; allein ehe dieselbe erfolgte, war bereits der entscheidende Umschwung der preußischen Politik eingetreten und Hertzberg selber mußte wenigstens mit seinem Namen ein System vertreten, das seinen Grundsätzen und Ueberlieferungen gleichmäßig widersprach.

Zunächst erfolgte in Polen eine Wendung, die für Preußen abermals die Bedeutung einer Niederlage hatte. In Warschau war seit der Forderung von Danzig und Thorn die anfangs so eifrig gepflegte Freundschaft sichtbar erkaltet und durch den Reichenbacher Vertrag vollends in Mißtrauen umgeschlagen; man sprach wohl von neuen Theilungsprojecten, die Preußen angeblich betriebe. Ungeachtet des Bündnisses vom 29. März 1790 verlor daher die preußische Politik auch in Polen an Terrain und zwar wieder zum Vortheil Oesterreichs. Der Plan, Danzig und Thorn zu erwerben, war in Berlin noch nicht aufgegeben, wiewohl auf günstigere Zeiten verschoben; man wiegte sich dort noch eine Zeit lang in der Hoffnung, die Polen würden vielleicht selber so klug sein, diesen Zankapfel zwischen beiden Nachbarn wegzuräumen und um diesen mäßigen Preis die Freundschaft Preußens sich sichern. Drum ward der Gesandte in Warschau angewiesen, vorsichtig abzuwarten und jeden Schein ungeduldiger Begier zu vermeiden;*) drum ward, als (Febr. 1791) der britische Geschäftsträger mit ungestümem Eifer einen

---

*) Eine Note an Goltz vom 12. Jan. 1791 sagt: Pour cequi regarde l'acquisition de Danzig et Thorn, je m'en remets à votre zèle et à votre prudence de choisir le tems et les moyens que vous trouverez les plus propres pour y réussir. Und am 20. Jan. schrieb der König eigenhändig unter eine Depesche: Il faut instruire Goltz qu'il menage ses termes de façon à ne pas faire paraître trop d'avidité de faire les acquisitions, dont il s'agit ici. Die Theilungsgerüchte bezeichnet Hertzberg in einer Depesche vom 15. März als eine „imposture et un mensonge affreux, inventé sans doute dans les vues les plus malicieuses pour compromettre la Prusse avec la republique de Pologne.“

Handelsvertrag betrieb, der die Cession von Danzig unter freilich sehr lästigen Bedingungen in Aussicht stellte, von Berlin aus abgemahnt; in der gegenwärtigen Lage, schrieb das Ministerium am 30. April an Goltz, muß man zu beruhigen suchen und die Sache mit Danzig schlafen lassen. Das Verhältniß zu den Polen wurde jedoch dadurch nicht freundlicher; daß der Reichstag jeden Abtretungsgedanken trotzig von der Hand wies, und gleichzeitig die Stadt Danzig des immerwährenden Schutzes der Republik Polen versicherte, diese und ähnliche Demonstrationen, die eben so nutzlos wie unpolitisch waren, empfand man in Berlin mit Recht als gegen Preußen gerichtet.

Indessen bereitete sich aber ein Neues vor: die Umwandlung der polnischen Republik in eine constitutionelle und erbliche Monarchie. In aller Stille war der Plan gereift, die Reform der inneren Verhältnisse Polens dadurch zu krönen, daß man eine feste und verfassungsmäßige Gewalt begründe und das Königthum erblich im Hause Sachsen mache. Die preußischen Staatsmänner hatten davon keine Ahnung. Erst zwei Tage bevor, einem Staatsstreich ähnlich, die Umwälzung in Warschau erfolgte, machte Goltz darüber eine aus Gerüchten geschöpfte Mittheilung. Ich höre, schrieb er am 1. Mai, daß die einflußreichsten unter den Patrioten sich dahin verständigt haben, beim ersten Anlaß den Antrag auf Erblichkeit der Monarchie an den Reichstag zu bringen; man hat daraus das größte Geheimniß gemacht und nur durch einen Zufall habe ich es erfahren. Der Gesandte befand sich in Verlegenheit, wie er sich benehmen solle; sofort dagegen auftreten schien ihm doch bedenklich, weil man sich dadurch die Sympathien der Männer verderbe, die bisher Preußen am freundlichsten gesinnt waren. Das Ministerium sprach in seiner Erwiderung an Goltz (16. Mai) die Hoffnung aus, daß die Sache nur Entwurf bleiben werde; wenn es freilich schon zu spät sei, solle er sich zunächst passiv verhalten. Aber wenn man noch darüber verhandle, dann solle er sich alle Mühe geben, durch guten Rath sie zu verhindern. Denn auf diesem Wege werde Polen wahrscheinlich im Innern und nach Außen nur eben die Gefahr heraufbeschwören, der es entgegenwirken wolle.

Am nämlichen Tage, wo diese Note geschrieben ward, traf in Berlin die Nachricht ein, daß am 3. Mai in Warschau die angekündigte Umwälzung wirklich erfolgt sei. Noch war diese Botschaft mit vielen Freundschaftsversicherungen der polnischen Parteiführer versüßt; noch wußte man in Berlin nicht, daß unter den Motiven der Verfassungsänderung ausdrücklich die angeblichen Theilungsentwürfe Preußens aufgeführt waren. Aber der erste Eindruck war doch derselbe, den die erwähnte Note aussprach. Wie Hertzberg darüber dachte, war nicht zweifelhaft. Er hatte schon 1789 einmal, als der Gedanke einer Erbmonarchie in Polen angeregt war, dem König erklärt: man dürfe so etwas nie zugeben, es sei denn, daß Oesterreich auf allen polnischen Besitz verzichte und Preußen einen Zuwachs erhalte, der es gegen

Polen ganz sicher stelle.*) In gleichem Sinne hatte er sich oft und viel geäußert; drum war er nicht ohne Mißtrauen dem allzu cordialen Benehmen Lucchesinis in Warschau gefolgt und hatte selbst bei der Allianz von 1790 seine Bedenken. Sein Rath war darum auch jetzt, den Vorgang vom 3. Mai offen zu mißbilligen. Im Einverständniß mit den andern Ministern hatte er gleich auf die erste Nachricht den Entwurf einer Instruction verfaßt, die sich gegen die polnische Verfassungsveränderung so bestimmt wie möglich aussprach und diese Ansicht mit allen den Gründen stützte, die aus dem Interesse Preußens geschöpft waren.**)

Es ist keine Frage, diese Politik war durch die Lebensinteressen der preußischen Monarchie zur Genüge motivirt; sie war nicht großmüthig, aber sie

*) Bericht vom 9. Juli 1789. In diesem Sinne war auch Lucchesini damals instruirt worden.

**) Die Minister schlugen als Instruction an Graf Goltz vor: „que si cette loi avait passé affirmativement il devait se tenir passif et tranquille, pour ne pas mécontenter inutilement le parti bien intentionné par des objections et critiques qui n'étaient pas de saison, mais que si l'affaire était encore en discussion il devait faire tout son possible, pour dissuader les chefs confidens du parti bien intentionné de ce projet, en leur faisant comprendre par de bonnes raisons, que d'un côté cette loi serait contrariée par les deux Cours Imperiales et par leurs adherents en Pologne, et pourroit occasionner la contrerévolution qu'on voulait prévenir, que d'un autre côté l'élection héréditaire d'une famille souveraine pourroit devenir funeste à la liberté et au bien être de la Pologne, parcequ'on ne peut pas être sûr, que tôt ou tard cette élection héréditaire ne tombe à force d'intrigues sur quelque prince des maisons d'Autriche ou de Russie ou de tel autre prince entièrement dependant de ces deux Cours.

Nous soumettons à la sagesse et à la haute décision de V. M., si elle veut approuver cette instruction. Nous y avons été portés par les principes suivants:

1. Parceque la Pologne par sa position géographique ne peut que devenir extrêmement dangereuse et même destructive pour la monarchie Prussienne, si elle était bien gouvernée par un Roi héréditaire de quelque maison, qu'il soit surtout, s'il était d'une des maisons préponderantes d'Autriche ou de Russie, ce qu'on ne pourra peut-être pas empêcher dans le temps futur.

2. Parceque ce royaume, s'il n'était même gouverné héréditairement que par un prince de Saxe, de Hesse ou d'une autre maison inférieure et qui s'attacheroit aux deux Cours Imperiales deviendroit également dangereux à la monarchie Prussienne et que celle-ci ne sera jamais en sûreté qu'autant que le royaume de Pologne reste électif et libre et ne parvient pas à donner trop de consistance à sa constitution.

3. Parcequ'il est difficile de supposer qu'un prince de la maison royale de Prusse puisse être élu Roi de Pologne par une majorité suffisante et que dans ce cas possible les deux Cours Imperiales s'y opposeront plutôt par une guerre, en s'attachant une partie de la nation.

war aufrichtig und consequent. Indessen der König vermochte sich nicht zu entschließen, sie gut zu heißen. Wohl die Sorge vor einem nahen Conflict mit Rußland, bei dem man Polens bedurfte, gab dabei am meisten den Ausschlag; vielleicht wirkte auch der Wunsch mit, gerade jetzt Oesterreich nicht offen in Polen entgegenzutreten, und die gewohnte Neigung Friedrich Wilhelms, politische Großmuthsacte zu üben. Genug es wurde unter dem Widerstreben des Ministeriums beschlossen, die polnische Staatsveränderung in ihrem ganzen Umfang zu billigen und den Polen wie dem Kurfürsten von Sachsen herzlich Glück zu wünschen. Ich gebe meinen ganzen Beifall, hieß es in einer Note vom 9. Mai, zu dem entscheidenden Schritt, den die polnische Nation gethan hat und den ich für ungemein geeignet halte, ihre Wohlfahrt zu befestigen. Die Nachricht ist mir um so erwünschter gewesen, je mehr ich durch Bande der Freundschaft mit dem tugendhaften Fürsten verbunden bin, der bestimmt ist, Polen glücklich zu machen.

Es paßte zu dieser Wendung und war den Anschauungen Hertzbergs in gleichem Maße zuwider, was in den nächsten Tagen, allerdings schon ohne sein Vorwissen, gegenüber von Oesterreich geschah. Nach Sziistowa ging natürlich die Weisung, in Bezug auf die streitigen Fragen nachzugeben und nach Wien (12. Mai) der förmliche Antrag, ein Bündniß mit Oesterreich abzuschließen. Der Kaiser befand sich damals in Florenz; in seiner Nähe weilte Lord Elgin, um eine Annäherung an England vorzubereiten. Der berichtete dann am 15. Mai, Leopold wolle Rußlands Uebergriffen nicht länger zusehen und betrachte die Allianz, die Joseph mit der Czarin geschlossen, als einen politischen Fehler. Er erwarte voll Ungeduld eine bestimmte Erklärung von Preußen; am liebsten würde es ihm sein, wenn man ihm wieder Bischofswerder schicke. Diese Botschaft entschied.*)

In einem Ministerrath, der am 25. Mai stattfand, ward die Absendung Bischofswerders beschlossen. Derselbe sollte, so lautete seine Instruction, auf der Durchreise den Kurfürsten von Sachsen begrüßen, ihm von der neuesten Wendung zu Oesterreich Kenntniß geben und ihm zugleich zureden, daß er die Anträge der Polen nicht zurückweise. Dem Kaiser sollte Bischofswerder erklären: wenn der König bisher auf dessen Eröffnungen nicht geantwortet habe, so sei daran nichts Schuld als die Weiterungen, wodurch Kaunitz den

---

Nous soumettons ces principes et ces raisonnements au bon plaisir et à la haute resolution de V. M.

Berlin le 6. Mai 1791.

Finkenstein. Hertzberg. Schulenburg. Alvensleben.
(Aus der ungedruckten Correspondenz Hertzbergs.)

*) Ein Billet des Königs sagt darüber: La bonne volonté que l'Empereur temoigne pour l'alliance, le degoût qu'il a fait appercevoir contre celle avec la Russie et le souhait qu'il a manifesté pour que je lui envoie une personne de confiance — — — tout cela m'engage à faire partir le colonel Bischofswerder.

Abschluß des Friedens verzögert habe. Jetzt nach den neuesten Nachrichten Elgins sei er bereit in ein Defensivbündniß einzutreten, vorausgesetzt, daß in Szistowa der Abschluß ohne Zögern erfolge. Auch in Bezug auf Polen sei der König geneigt, mit der österreichischen Auffassung zu gehen; er habe zwar keinen Antheil an der dortigen Umwälzung, allein die vollendete Thatsache sei von ihm bereitwillig anerkannt worden; nur müsse dabei ausdrücklich festgestellt werden, daß weder ein russischer noch ein österreichischer oder preußischer Prinz jemals den polnischen Thron besteige. Die deutsche Reichsverfassung solle garantirt werden, unbeschadet jedoch des Fürstenbundes. Eine Theilnahme Rußlands an dem beabsichtigten Bündniß sei natürlich nicht zuzulassen; dagegen müsse der Kaiser, für den Fall eines Krieges zwischen Preußen und Rußland, die Neutralität Oesterreichs zusagen.

Mit dieser Auffassung war auch England einverstanden. Rußland, schrieb damals Ewart an Lord Elgin, könne man in einen Bund nicht aufnehmen, dessen vornehmster Zweck eben sei, diese unruhige Macht zu zügeln. Die vom Kaiser gewünschte persönliche Begegnung mit dem König von Preußen werde keine Schwierigkeit haben, sobald der Abschluß zu Szistowa erfolgt sei. Daß dieser rasch erfolge, schien allerdings nach den Aeußerungen Leopolds nicht zweifelhaft.

Da kamen aber von verschiedenen Seiten Berichte, die ganz anders klangen. In Szistowa erhob Oesterreich neue Schwierigkeiten; die Forderung von Orsowa und dem Unnadistrict war noch nicht aufgegeben. Mündliche Aeußerungen eines Monarchen seien nicht bindend, sagte Kaunitz. Warum solle Oesterreich ganz leer ausgehen, da man doch für Rußland vom Status quo abgehen wolle, hieß es in Wien. Man könne Rußland nicht ohne weiteres vor den Kopf stoßen, „den einzigen Alliirten, der nicht gleich bei einer Vergrößerung Oesterreichs Lärm schlage.“ Man müsse deshalb darauf bestehen, daß Rußland in das Bündniß aufgenommen werde. Rußland selbst, wurde berichtet, ermuthige Oesterreich; die Czarin habe erklärt, nicht eher die Waffen niederzulegen, als bis Oesterreich seinen Antheil erhalten habe. Die Verhandlungen mit den Türken nahmen aber statt des verheißenen Abschlusses einen so stürmischen Verlauf, daß in der zweiten Hälfte Juni der Congreß zu Szistowa abermals still stand. Wer die Aeußerungen der leitenden Männer in Wien hörte und damit die Rüstungen und Truppenmärsche verglich, der konnte kaum daran zweifeln, daß der gewaltsame Bruch nahe bevorstehe.*)

In Berlin machten diese Nachrichten einen sehr peinlichen Eindruck. Diejenigen, welche von Anfang an der Ansicht waren, man müsse auf der Hut sein vor Leopolds Schlauheit, sahen jetzt fast schadenfroh ihre Warnun-

*) Nach der Correspondenz des preuß. Ministeriums und den Berichten Ewarts an Elgin.

gen bestätigt; der Minister Alvensleben versicherte, er werde nie an die aufrichtige Freundschaft Oesterreichs glauben und Jacobi schrieb aus Wien, das sei die Politik, die selbst Kaunitz florentinisch nenne und die der Kaiser in der Schule des Bischofs von Pistoja erlernt habe.*) Aber auch der britische Gesandte meinte: dieser plötzliche Wechsel entspringe aus der Berechnung, daß England ohnmächtig und die neuen Leiter der preußischen Politik ganz österreichisch gesinnt seien. Nach den Verhandlungen in Szistowa konnte man in der That nicht mehr zweifeln, daß der Kaiser auch das letzte Stück des schon durchlöcherten Reichenbacher Vertrags — den Status quo — zu beseitigen strebte und die Abreise seiner Unterhändler in Szistowa (18. Juni) in der Berechnung erfolgt war, im Einklang mit Rußland von den Türken weitere Zugeständnisse zu erlangen. Man mochte jetzt erkennen, wie fein und allmälig Leopold II. Preußen aus allen Positionen verdrängte; erst hatte er zu Reichenbach in milder und nachgiebiger Weise die preußischen Kriegsgedanken abgewendet, dann sich stufenweise von den Verpflichtungen des dort geschlossenen Vertrages losgewickelt, Preußen von seinen östlichen und westlichen Verbündeten getrennt, seinen wachsamsten und scharfsichtigsten Minister beseitigt und nun, wo Preußen lange nicht mehr in der kampffertigen Lage vom Frühjahr 1790 war, dachte er den Türken den Frieden geradeso abzutrotzen, wie es einst Josephs Ungestüm vergeblich versucht hatte. Dies Alles rief in Berlin, wenigstens vorübergehend, die alten Kriegsgedanken noch einmal zum Leben. Man entwarf, wie im Winter 1789—1790, Pläne für den bevorstehenden Krieg, man zog den Herzog Carl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig zu Rathe über die Führung dieses Krieges. Es wurde damals berechnet, daß zu Ende August ungefähr 80,000 Mann an der böhmischen Grenze stehen, sich auf österreichischem Boden festsetzen und den künftigen Feldzug vorbereiten könnten. Der Herzog war bereit, wo der König wollte, sich verwenden zu lassen. Er rieth in einem Schreiben vom 10. Juli, die Armee so tief nach Böhmen und Mähren hineinzuführen, als nur immer thunlich sei, daselbst vortheilhafte Stellungen zu nehmen, aus denen man in der ungünstigen Jahreszeit sich auf eine wohlvorbereitete Vertheidigungslinie zurückziehen und Alles zu einer nachdrücklichen Offensivcampagne in Stand setzen könne.**) In dem Augenblick freilich, wo der Herzog das schrieb, war aber bereits eine neue Wendung eingetreten; am 5. Juli ward Hertzberg voll-

*) Alvensleben am 8., Jacobi am 14. Juni. Letzterer schrieb: c'est le principe que ce monarque a puisé dans l'école de l'evêque de Pistoja; c'est le seul qui convienne à sa grande timidite naturelle et à son desir de voir venir et de profiter des accidens. Le prince Kaunitz repugne jusqu'ici à cette politique, qu'il appelle florentine et indigne de la première cour de l'Europe. Son esprit fier ne saurait s'accommoder de ces sortes de ruses qui pour être trop subtiles trahissent tôt ou tard la trame.

**) Aus der handschr. Correspondenz des Herzogs.

ends bei Seite gesetzt und die preußische Politik, nun von Bischofswerder geleitet, lenkte rückhaltlos in die Wege des österreichischen Bündnisses ein.

Bischofswerder war am 28. Mai von Berlin abgereist. Er sollte dem Kaiser erklären, daß er komme, um das Defensivbündniß abzuschließen, das Leopold selbst gewünscht und das, indem es die beiden Höfe dauernd vereinige, der Ruhe in Europa und dem Gedeihen Deutschlands so zuträglich sei. Als Beweis, wie loyal der König verfahre, sollte er hervorheben, daß Preußen, um jeden Anlaß zum Mißtrauen zu beseitigen, den Anspruch an Danzig habe fallen lassen; um so genauer müsse er aber auch ergründen, ob nach Szistowa wirklich die betreffenden Weisungen abgegangen seien. Darnach werde man die Aufrichtigkeit der österreichischen Versicherungen bemessen können.*)

Geraume Zeit hörte man nichts von dem Erfolg der Absendung, vielmehr schien nach den erwähnten Anzeichen Alles wieder in Frage gestellt; da traf am 24. Juni eine kurze Botschaft Bischofswerders (vom 14.) aus Mailand ein. Der genauere Bericht, hieß es darin, welcher nachfolgen wird, mag E. M. zeigen, wie sehr die Sachen verdorben waren; ich schmeichle mir, daß Alles wieder gut gemacht ist. Der Kurier, der den Befehl rückhaltlosen Abschlusses nach Szistowa bringt, ist abgegangen. Die Zusammenkunft in Pillnitz ist für Ende August angenommen; ich selbst werde in Kurzem den Kaiser nach Wien begleiten, um dort über den Allianzvertrag zu verhandeln.

Die erste Audienz bei Leopold hatte Bischofswerder am 11. Juni gehabt; sie verlief anfangs etwas kühl. Zwar versicherte der Kaiser, er erwarte jeden Augenblick den Abschluß in Szistowa, allein er erklärte zugleich: keineswegs könne er in diesem Moment mit Rußland nicht brechen. Eine Allianz wolle er zunächst mit Preußen schließen; der könnten dann England und Rußland beitreten. Mit England werde er erst verhandeln, wenn der türkische Friede geschlossen sei. Den Bedenken des preußischen Unterhändlers hielt er wiederholt die Versicherung entgegen, daß der Abschluß nahe bevorstehe; er möge ihn nur nach Wien begleiten, dort werde sich Alles rasch in's Reine bringen lassen. Ueber die Zusammenkunft beider Monarchen war man einig; den Vorschlag Bischofswerders, in Pillnitz zusammenzutreffen, fand Leopold vortrefflich. Er werde den Erzherzog Franz mitbringen, um ihn in den preußischen Gesinnungen zu befestigen. Dort könne man auch die französischen Angelegenheiten besprechen, die ein gemeinsames Einverständniß in allen Fällen verlangten. Die Emigranten hatten zwar eben einen thörichten Versuch einer Gegenrevolution ohne Geld und

*) Ce sont des points essentiels, hieß es in der Instruction, sur lesquels il faut être eclairci, puisqu'ils serviront de pierre de touche, si les promesses verbales de l'Empereur sont suivies ou si sa faiblesse ne lui promet pas de resister aux volontés de son ministre.

ohne Truppen machen wollen, er habe aber einen Befehl Ludwigs XVI. an den Grafen Artois erwirkt, der diesen anwies, sich ruhig zu verhalten. Auch über Polen sprach sich der Kaiser aus; er war mit der Erwählung des Kurfürsten von Sachsen ganz einverstanden, rühmte die Haltung Preußens in dieser Frage und war ganz dafür, daß man in einem besonderen Artikel die Ausschließung der drei Nachbarmächte vom polnischen Thron festsetze.

Am 13. Juni hatte Bischofswerder eine zweite, am 18. Juni eine dritte Audienz. Beide Male wiederholte Leopold die früher gegebenen Verheißungen eines nahen Friedensschlusses; er werde in Szistowa abschließen auf Grundlage des genauen Status quo und Rußland weder mittelbar noch unmittelbar unterstützen. Den Hauptinhalt dieser beiden Unterredungen bildeten aber die französischen Angelegenheiten. Die Franzosen, sagte der Kaiser am 13. in einem stundenlangen Gespräch darüber, verbreiteten den Aufruhr in andere Länder, namentlich nach Italien; eben darum wünsche er so sehr eine Zusammenkunft mit dem König, damit man das Uebel mit der Wurzel ausrotten könne. In der Audienz, die fünf Tage nachher stattfand, meinte er freilich vorsichtiger: die französischen Dinge dürfe man nicht überstürzen; man müsse sie reifen lassen, bis die Nation selbst das Bedürfniß einer Verfassungsänderung fühle.*) Später (1. Juli) kam denn noch einmal die Rede auf denselben Gegenstand; Leopold äußerte, die Bedrohung der königlichen Familie und das üble Beispiel, das in den französischen Vorgängen für ganz Europa liege, könne am Ende doch eine Einmischung nothwendig machen; dazu sei aber eine Verständigung zwischen allen Mächten erforderlich. Bischofswerder ging in diesen Unterredungen bereitwillig in des Kaisers Ideen ein und zweifelte, nach seinen Berichten, durchaus nicht mehr an einem raschen und aufrichtigen Einverständniß zwischen Oesterreich und Preußen.

In Berlin sah man die Dinge nicht so hoffnungsvoll an; die jüngsten Erfahrungen hatten tiefes Mißtrauen erweckt und trotz der so bestimmten Versicherungen des Kaisers hörte man immer noch von keinem Abschlusse in Szistowa. Drum war auf Bischofswerders ersten Bericht die Sorge vor einem gewaltsamen Bruch durchaus nicht gemindert; die Rüstungen wurden fortgesetzt. Wie Manstein am 6. Juli schrieb: S. M. haben sich darüber geäußert, daß es recht gute Worte wären, er müsse aber Thaten sehen und

*) Das eine Mal lautete, nach Bischofswerder's Bericht, der Ausdruck: Il me parla du feu de l'emeute que les Français ne discontinuaient de souffler dans ses pays et partout en Italie, surtout en dernier lieu à Turin et repeta qu'il desirait d'autant plus l'entrevue avec V. M. pour se concerter avec Elle sur les objets de cette nature et particulièrement sur les affaires de France pour exstirper le mal avec la source. Das andere Mal äußerte der Kaiser, qu'il le croyait necessaire de ne pas se précipiter avec les affaires de la France et de les laisser mûrir au point que la nation sente de plus en plus la necessité du changement de leur nouvelle constitution.

bis dahin bliebe Alles nach den getroffenen Arrangements fest und unverändert. Zu den späteren Berichten bemerkte einer der Minister, Alvensleben: ich bin mehr als je davon überzeugt, daß der Kaiser sein Spiel mit uns treiben will und daß es stets sein Plan war, uns in die französischen Händel zu verwickeln.

Mit diesem letzten Satze ist zugleich der wesentliche Punkt berührt, der neben den jüngsten Erlebnissen seit Reichenbach das preußische Ministerium so mißtrauisch machte gegen die Verhandlungen Bischofswerders mit dem Kaiser. „Wenn er sich nur nicht fortreißen läßt" — diese Besorgniß spricht sich an mehr als einer Stelle der ministeriellen Acten jener Tage aus. Es war unverkennbar, daß, wenn Leopold sich jetzt zum Abschluß in Szistowa bereit fand, nichts so sehr dazu mitgewirkt hatte, als die wachsende Verwicklung in Frankreich, aber eben so klar, daß in diesem Falle Preußen sehr auf der Hut davor sein müsse, statt einer Kriegsgefahr eine größere einzutauschen.

Es war das erste Mal, daß die verhängnißvolle Frage einer Einmischung in Frankreich an die preußischen Staatsmänner näher herantrat; man kann in jedem Falle nicht behaupten, daß sie dieselbe leicht genommen hätten. Wir erinnern uns, im Anfang des Jahres war die preußische Politik noch vollkommen sicher darüber, daß Leopold nichts mehr scheue, als eine Einmischung in die französischen Verhältnisse. Noch am Ende April, als der Kaiser sich nach Italien begeben hatte und allmälig Gerüchte auftauchten von Verabredungen mit Sardinien und mit den Emigranten, blieb man auf preußischer Seite überzeugt, daß die „ungemeine Vorsicht" Leopolds ihn abhalten werde, irgend einen raschen Schritt in den französischen Angelegenheiten zu wagen.*) Und diese Ansicht überwog so sehr in der preußischen Politik, daß darüber die Minister, wie die Gesandten in Wien, in London, in Paris durchaus die gleiche Ueberzeugung und die gleiche Abneigung gegen alle Einmischung kundgaben. Dem Grafen Goltz in Paris gab das Ministerium die bestimmte Erklärung, daß auch nicht ein Schatten eines Einverständnisses für eine Contrerevolution bestehe und er allen lächerlichen Aeußerungen darüber keck entgegentreten könne. Dem französischen Cabinet gegenüber stellte man ebenso bestimmt in Abrede, daß Preußen die in Verlust gerathenen deutschen Reichsstände in ihrem Widerstande ermuthige; aber freilich, fügte man hinzu, wenn die Sache an den Reichstag kommt, wird Preußen nicht umhin können, dem zuzustimmen, was nach den Verträgen Rechtens ist. Der preußische Gesandte in Paris, Graf Goltz, beurtheilte, wie wir aus seiner Correspondenz ersehen, die Revolution in gemäßigtem Sinne; namentlich war er mit seinem Ministerium darüber vollkommen einig, daß alle contrerevolutionären Handstreiche mißlingen würden. Die Projecte der Emigranten, schrieb das Ministerium selber noch im Juni, werden alle in Rauch aufgehen ohne die Un-

*) Depeschen Jacobi's vom 27. April und 28. Mai.

terstützung fremder Truppen und da können wir nur wiederholen, daß dazu für jetzt gar keine Aussicht vorhanden ist.*)

Indessen war aber Leopold II. doch einen Schritt vorgegangen. Er wurde von seiner Schwester gedrängt, ein Abgesandter Ludwigs XVI., Graf Alfons Durfort, suchte ihn in Italien auf; eben dahin begab sich auch Graf Artois. Zu Mantua fanden am 20. Mai Besprechungen statt, in denen Artois einen von Calonne entworfenen Plan entwickelte: mit etwa 100,000 Mann an den Süd- und Ostgrenzen Frankreichs einzubrechen und dazu außer den deutschen Mächten die Hülfe der Schweiz, Sardiniens und Spaniens in Anspruch zu nehmen. Leopold trat diesem Plane nicht geradezu entgegen, allein er knüpfte ihn doch an Bedingungen, die ihn im Wesen veränderten. Es sollte zunächst bei Demonstrationen bleiben und erst auf einem europäischen Congresse die Frage bewaffneten Einschreitens zur Entscheidung kommen. Indessen Artois schöpfte daraus doch lebhafte Zuversicht und schrieb einen Tag nach der Conferenz in Mantua einen Brief an Friedrich Wilhelm II., worin er Leopolds wie der Andern Versprechungen stark übertrieb, Ludwigs XVI. Zustimmung betheuerte und um die Mitwirkung Preußens nachsuchte. Friedrich Wilhelm holte den Rath seiner Minister ein; die waren denn einstimmig darin, daß man vor Allem den Abschluß in Szistowa erwarten, daß man aber auch, wenn der erfolgt sei, sich zweimal besinnen müsse, ehe man sich in eine Unternehmung werfe, die Preußen nur große Lasten und wahrscheinlich eine Spannung mit England eintrage, Oesterreich allein Nutzen bringe. In diesem Sinne beantwortete denn auch der König das Schreiben; er freute sich über das Interesse, das Leopold für Ludwig XVI. an den Tag legte; allein, fügte er hinzu, er könne nichts thun, so lange sein unsicheres Verhältniß zu Oesterreich und Rußland nicht geordnet sei.

Völlig beruhigt war indessen das preußische Ministerium dadurch nicht. Sowohl das weiche und bestimmbare Naturell Friedrich Wilhelms, als sein monarchisches Selbstgefühl ließ doch die Möglichkeit zu, daß die Ereignisse in Frankreich auf seine Persönlichkeit tiefer wirkten, als seinen Staatsmännern lieb war. Drum schrieb damals Finkenstein: „Die ausweichende Antwort des Königs an Artois ist sehr gut; doch sehe ich leider eine Spur von Velleität, sich nach Umständen in dies Unternehmen einzulassen, von dem jeder treue Diener S. M. aus allen Kräften abhalten muß." Der Minister mochte seine Gründe haben zu solcher Besorgniß, wiewohl in dem Verhalten des Königs sich noch keine bestimmte Neigung nach dieser Seite hin erkennen läßt. Noch am 7. Juni schreibt er an Bischofswerder: Preußen könne sich in keine Verhandlungen über Frankreich einlassen, bevor die türkische Angelegenheit erledigt sei.

*) Aus Noten des Ministeriums vom 11. und 18. April, vom 30. Mai und 24. Juni 1791.

Da erfolgte die mißlungene Flucht Ludwigs XVI. und seine Gefangennehmung; der Eindruck war nach allen Seiten hin tief und mächtig. In Wien zeigte sich Kaunitz sichtbar erschüttert und meinte, die Sache Ludwigs sei die aller Souveräne; in Berlin sprach Fürst Reuß nun wieder dringender von der Nothwendigkeit einer engeren Verbindung zwischen Oesterreich und Preußen. Die französischen Dinge, meldete Jacobi, absorbirten alles Andere; es war nicht zu verkennen, daß namentlich die bis dahin festgehaltene Sprödigkeit des Wiener Cabinets in der türkischen Frage nun etwas nachließ.*) Auch in Berlin machte das Ereigniß große Sensation; bei den Ministern freilich vorerst nur in der Richtung, daß sie nun eher auf Oesterreichs Nachgiebigkeit glaubten zählen zu können.**) Nach einer von den französischen Emigranten inspirirten Quelle wäre dagegen Friedrich Wilhelm II. tief bestürzt und voll banger Sorge über das Schicksal des französischen Monarchen gewesen.***) Gewiß ist, daß die Minister noch in ihrer kühlen und ablehnenden Haltung verharrten. Es sei dringend zu wünschen, äußerten sie am 16. Juli, daß der König in dieser Sache fest bleibe und dem Kaiser alle thätigen Maßregeln überlasse. Man wird uns zwar, meinten sie, Ruhm vorspiegeln; das würde uns aber unser gutes Geld kosten. Und durch Sparen halten wir uns die französische Krankheit am Sichersten vom Leibe; weil wir dann das Volk nicht mit neuen Auflagen belasten müssen.

Den Kaiser hatte indessen die Nachricht von Ludwigs XVI. Flucht genöthigt, aus seiner zuwartenden Haltung herauszutreten und einen öffentlichen Schritt zu thun. Am 6. Juli erließ er in Padua eine Aufforderung an die Souveräne Europa's, sie möchten Frankreich kundgeben, daß sie die Sache Ludwigs wie ihre eigne betrachteten und für den König Freiheit und Sicherheit verlangen. Eine Erklärung an die Nationalversammlung ward zwar entworfen, aber da der König zunächst nicht weiter gefährdet schien, vorerst bei Seite gelegt. Auch von kriegerischen Vorbereitungen war die Rede; doch wollte das, was wirklich geschah, nicht viel bedeuten. Man sieht, Leopold verleugnete auch da seine Vorsicht und Zurückhaltung nicht, wo ihn die Umstände nöthigten, seine passive Haltung aufzugeben. Diesen Eindruck machten seine Schritte auch auf Preußen. Der Wunsch des Kaisers, sagte dort das Ministerium, scheint, obgleich er es verbergen will, dahin gerichtet, daß wir in den französischen Sachen vorgehen und er so viel Vortheil als mög-

*) Berichte Jacobi's vom 6. und 9. Juli.

**) Am 3. Juli schreibt das Ministerium: Cette nouvelle — — aura fait sans doute une forte impression à Vienne et sur l'esprit de l'Empereur, dont l'honneur semble intéressé à ne pas abandonner le Roi son beau frère et la reine sa soeur — — vous sentirez de vous même de donner une très grande attention à cet objet qui paraît devoir porter plus que jamais ce monarque à s'assurer de mon amitié pour pouvoir agir librement de ce côté là.

***) Mémoires d'un homme d'état I. 95.

lich aus unserer Intervention zieht. Allein wir sind sehr entschlossen, ihn ruhig kommen zu lassen und in dieser dornigen und ungemein wichtigen Angelegenheit mit aller der Vorsicht zu handeln, welche die Natur und die Folgen der Sache wie die überlieferte Art der Wiener Politik nothwendig machen. Aus Wien selbst meldete in denselben Tagen Jacobi: er sei überzeugt, man wolle es dort durchaus nicht zu einem Eclat kommen, sondern „die Dinge in Frankreich reifen lassen". Das gab dann dem Berliner Cabinet neuen Anlaß, zu betonen, daß man sich in keinem Falle voranstellen lasse in einer Angelegenheit, die den Kaiser viel unmittelbarer berühre als Preußen. Und wie Jacobi meldete, daß es mit den angeblichen Rüstungen nicht viel auf sich habe, äußerte das Ministerium: das bestärkt uns in der Ueberzeugung, daß man durch eine energische Sprache und vielleicht einige Demonstrationen uns in dieser delicaten Sache vorwärts drängen und sich die Gelegenheit erhalten möchte, dann nach Umständen größeren oder geringeren Antheil zu nehmen.*) Drum konnte man auch mit gutem Grunde dem Grafen Goltz nach Paris schreiben (11. Juli): er habe der herrschenden Partei gegenüber alle Gerüchte über eine angebliche Verabredung zum Zwecke einer Contrerevolution entschieden in Abrede zu stellen, denn eine solche existire nicht; nur solle er auch nicht verbergen, daß der König von Preußen weit entfernt sei, den Gang der Nationalversammlung zu billigen, daß er vielmehr persönlich lebhaften Antheil nehme an dem Schicksal des französischen Monarchen.

Dies war noch wenige Wochen vor der Zusammenkunft in Pillnitz die Anschauung der preußischen Politik; sie war von jeder Ungeduld einer Einmischung in Frankreich so weit wie möglich entfernt. Auch Bischofswerder, der jetzt den Kaiser nach Wien begleitete, hielt vorerst seine Wünsche noch zurück und sprach sich in Bezug auf die französischen Dinge im Wesentlichen ebenso aus wie die preußischen Minister. Dagegen seine Vorliebe für das österreichisch-preußische Bündniß wurde von Leopold II. mit Erfolg ausgebeutet. Dem preußischen Unterhändler war ausdrücklich vorgeschrieben, nicht abzuschließen, ehe er noch einmal in Berlin angefragt und ehe der türkische Friede unterzeichnet sei. Gleichwohl ließ sich Bischofswerder schon fünf Tage nach des Kaisers Rückkehr bestimmen (am 25. Juli), zu Wien einen vorläufigen Vertrag zu unterzeichnen, dessen Inhalt überwiegend vortheilhaft für Oesterreich war. Es garantirten sich darin beide Mächte ihre gegenseitigen Besitzungen gegen jeden Angriff und versprachen, ohne Vorwissen des andern Theiles kein Abkommen mit einer dritten Macht zu schließen, auch nichts gegen die Verfassung und Integrität der polnischen Republik zu unternehmen. In Bezug auf die Revolution hieß es: die Höfe werden sich über das Zusammenwirken verständigen, wozu der Kaiser eben die Hauptmächte Europas

*) Noten des Ministeriums an Jacobi vom 18., 21. und 25. Juli, und Jacobi's Berichte vom 16. und 21. Juli.

eingeladen hat und sich gegenseitig unterstützen, falls die innere Ruhe des einen oder andern der beiden Staaten bedroht werden sollte. Mochte man die innere Lage des Kaiserstaats, namentlich die Verhältnisse in Belgien und Ungarn, im Auge haben, oder an dessen äußere Politik, z. B. an das Verhältniß zu Polen und zu Rußland denken, in allen Fällen fiel der größere Gewinn dieses Vertrags zu Gunsten Oesterreichs.

Zwei Tage nach dessen Abschluß übergab Fürst Reuß in Berlin eine Denkschrift, worin die Ansicht des Kaisers über die Schritte gegen die Revolution niedergelegt waren. Zunächst eine abmahnende Erklärung an die Nationalversammlung, dann, wenn das fruchtlos bliebe, Abbruch des Handels und Verkehrs mit Frankreich, und Berathung auf einem Congresse, etwa zu Aachen oder Spa, über die weiteren Maßregeln — das war die Stufenfolge, die Leopold vorschlug. Alle Schritte sollten übrigens von den Mächten gemeinsam getroffen, und wenn es zum Kampfe komme, auf jede Eroberung und Vergrößerung verzichtet werden.

Wenn schon nach diesen Vorschlägen und vermöge der schwierigen Voraussetzung einer gemeinsamen Action aller Mächte die Einmischung in die französischen Zustände nicht eben den Charakter der Raschheit und Energie an sich trug, so brach die Antwort, die Preußen am 28. Juli gab, dem Unternehmen vollends die Spitze ab. Allerdings, hieß es darin, sei eine Dazwischenkunft in den französischen Angelegenheiten nothwendig, sowohl um der Würde der Monarchie, als um der ansteckenden Macht willen, die in der Revolution liege. Deshalb sei Preußen sehr geneigt, an den gemeinsamen Maßregeln der Mächte Theil zu nehmen — freilich erst dann, wenn der Friede zu Szistowa und der mit Rußland definitiv geschlossen sei. Es sei auch damit einverstanden, daß zunächst eine feierliche Erklärung der Mächte vorangehen müsse, allein es scheine doch nothwendig, sich auch über das Weitere zu einigen, falls dieselbe fruchtlos bleibe; Preußen werde sich dann auch Maßregeln der Gewalt nicht entziehen, aber der Kaiser, welcher dabei besonders interessirt sei, solle einen bestimmten Plan vorlegen. Den Verkehr und Handel mit Frankreich abbrechen, sei ein zweischneidiges und zugleich in der Ausführung ungemein schwieriges Mittel. Ebenso sei der vorgeschlagene Congreß bedenklich; eine solche Versammlung werde nur Aufsehen machen und die allgemeine Aufmerksamkeit in gefährlicher Weise erregen. Darin habe aber der Wiener Hof ganz Recht, daß kein Staat die Sache allein auf sich nehmen könne; vor Allem sei England dringend nöthig — England, von dem die preußischen Staatsmänner damals mit Bestimmtheit wissen konnten, daß es allen Interventionsgedanken auf das Entschiedenste widerstrebe! Ueber alles Uebrige sprach sich die Note mit größter Zurückhaltung aus. Wegen der Ablehnung aller Eroberung müßten bestimmte und übereinstimmende Erklärungen gegeben werden; was die Verfassung betreffe, so dürfte man sich wohl darauf beschränken, die königliche Ordnung so weit wiederherzustellen,

als es das Wesen der Monarchie durchaus erfordere.*) Gegen die Theilnahme des deutschen Reiches hatte Preußen nichts einzuwenden; indessen müsse auch darüber und über die Frage, wie man dessen Beschwerden abhelfe, ein fester Plan aufgestellt sein.

Dieser amtlichen Antwort war dann eine vertrauliche Mittheilung an Jacobi beigelegt, welche die Auffassung des preußischen Cabinets in noch bestimmteren Umrissen kundgibt. Es seien, hieß es darin, wenn es wirklich zu der gemeinsamen europäischen Action komme, zwei Fälle möglich: entweder es gelinge einfach, die gewünschte Ordnung wieder aufzurichten, oder es erweise sich das als unausführbar. Im ersten Falle werde man wohl die Rechte der Reichsfürsten im Elsaß wiederherstellen, und im Uebrigen auf jede Vergrößerung verzichten. Allein wenn der zweite, vielleicht wahrscheinlichere Fall eintrete, die Herstellung der Monarchie mißlinge, was dann? Wenn z. B. die Verbündeten dann Elsaß und Lothringen besetzten, Eroberungen, die zurückzugeben man dann allerdings keine Ursache habe, was sollte damit geschehen? Wenn Oesterreich diese Provinzen wieder wolle, so sei das für Preußen natürlich nicht gleichgültig; um jedem Zwiespalt zu begegnen, scheine es darum unerläßlich, sich vorher über diesen Punkt zu verständigen. Wenn man in solch einen Kampf eintrete, müsse jeder Grund des Verdachts und Mißtrauens vorher weggeräumt sein. In dieser vertraulichen Mittheilung war zugleich noch bestimmter wiederholt, daß Preußen für sich nichts weniger als geneigt sei, in die Bresche einzutreten und daß darum die Mitwirkung der übrigen Mächte, namentlich Englands, eine unerläßliche Vorbedingung sei.**)

Man sieht aus dem Allem, wie unsicher und weitaussehend diese Entwürfe noch waren und wie gern jeder Theil dem andern die Last und Ge-

---

*) Ce sera une question, lautet die Stelle, à laquelle tant de rapports différens pourront se lier, et qui ne pourra aussi qu'être sujette à une grande variété d'opinions. La mienne tendrait dans la vue de ne pas rendre la chose trop difficile et d'écarter la resistance peut-être invincible, qu'on risquerait sans cela de rencontrer, à retablir l'autorité royale autant qu'il sera necessaire pour maintenir les formes essentielles de la monarchie et de manière qu'elle correspondit à la constitution emanée des pouvoirs constatés, de la nation et librement avouée et sanctionnée par le roi; ne me cachant pas toutefois, que sur cet objet important il sera question de prendre conseil encore des circonstances et de l'opinion à laquelle les puissances coopérantes voudront se réunir.

**) Bien que je n'aye voulu me refuser aux propositions qui viennent de m'être faites, et que dans cette vue j'aye donné à la Cour de Vienne la reponse ostensible, je n'en continue pas moins à être très-eloigné de vouloir me mettre à la brêche sur cet objet et je suis decidé d'attendre avant toutes choses le sentiment que les autres puissances voudront donner à connaître et surtout la façon de penser de la cour de Londres. Vertrauliche Depesche an Baron Jacobi d. d. 28. Juli.

fahr zugeschoben hätte. Wir begreifen darum auch wohl, daß, wie in den nämlichen Tagen aus Wien gemeldet ward, die Emigranten im höchsten Grade übellaunig waren über diese hinhaltende Taktik. Wie nun vollends um dieselbe Zeit aus Frankreich der nahe Abschluß der Verfassung angekündigt ward, sanken die Aussichten eines Einschreitens noch tiefer. Kaunitz sprach jetzt mit Anerkennung von der Haltung der Nationalversammlung und Leopold selbst äußerte in einer Audienz gegen den preußischen Gesandten: Es scheint, diese Herren kommen von ihrer früheren Lebhaftigkeit zurück und werden gemäßigt. Wenn sie so fort machen, wird Alles gesagt sein und unsere Maßregeln kommen zu spät.*) In diese Stimmung fiel dann die Ankunft der preußischen Eröffnung vom 28. Juli; man fand in Wien, dieselbe sehe einer Ablehnung gleich. Im Gespräch klopfte dann Spielmann noch einmal bei Jacobi an, ob man nicht eine vorläufige gemeinsame Erklärung erlassen solle, worauf der preußische Gesandte erwiderte: das könne wohl räthlich sein, da es Monate und vielleicht Jahre dauern werde, bis das „europäische Concert“ zu Stande gekommen sei; indessen man müsse doch auch den Fall erwägen, daß die Franzosen in Anbetracht, wie wenig die Mächte zur That gerüstet seien, dieselben mit einer beleidigenden Antwort abfertigen könnten.

Freilich wurde durch den Abschluß des Friedens zu Szistowa (5. August) eine der Bedingungen erfüllt, an welche Preußen seine Mitwirkung geknüpft und die Nachricht davon machte auch in Berlin einen dem Einverständniß mit Oesterreich durchaus günstigen Eindruck; allein in den nämlichen Tagen kam eine weitere Botschaft, welche Preußens Bedenken wieder verstärken mußte**): England lehnte jede Mitwirkung ab. Es sei den Grundsätzen der Loyalität wie den Interessen des britischen Hofes zuwider, sich mittelbar oder unmittelbar in diese Angelegenheiten zu mischen; wenn die Franzosen, wie es den Anschein habe, einig seien, so würden alle Anstrengungen der verbündeten Mächte erfolglos bleiben. England, für welches Frankreich niemals weniger furchtbar war, als in seiner gegenwärtigen Lage, könne sich daher in keinem Falle den unberechenbaren Folgen eines Krieges aussetzen; es werde die Schritte der andern Mächte nicht hindern, aber auch durchaus nicht dazu mitwirken.

Faßte man diese Eindrücke und die Gefahr zusammen, die in den polnischen Verwicklungen lag, so war nichts unwahrscheinlicher, als ein rascher Entschluß zur thätigen Intervention in Frankreich. Wenn nicht alle Anzeichen trügten, so war der bevorstehende Fürstencongreß in Pillnitz mehr dazu angethan, die Sache zu beendigen, als sie zum Leben zu wecken. Vielleicht

*) Depeschen Jacobi's vom 29. Juli, 6. und 10. August.

**) Am 17. August kam die Nachricht vom Frieden; eine minist. Note vom 21. Aug. enthält die Antwort Englands.

daß man noch irgend etwas Scheinbares that, um sich mit früheren Verheißungen abzufinden; aber ein Kreuzzug gegen die Revolution lag zu keiner Zeit weniger in den Gedanken der beiden Mächte, als in diesem Augenblick.

Drum war auch der Besuch, den gerade jetzt Graf Artois in Wien machte, dort höchst unwillkommen und die Aeußerungen, welche der Kaiser und seine Minister gegen die preußischen Staatsmänner machten, stimmten alle darin überein, daß man seinen Wünschen gegenüber sich ablehnend geäußert und ihm nicht verborgen habe, daß sein Erscheinen in Pillnitz erfolglos bleiben werde. Die Emigranten zwar nahmen die Miene an, als wenn Alles im besten Gange sei; nur Einzelne klagten vertraulich: erst habe der Kaiser alle denkbaren Versprechungen gegeben, dann stürze sein Ministerium Alles um. Auch war im Allgemeinen davon die Rede, Artois habe den Oesterreichern Lothringen versprochen und die Letzteren für diesen Fall Hülfe zugesagt, vorausgesetzt, daß auch Preußen mitwirke. In Berlin machte diese Mittheilung Eindruck und man wünschte durch den Gesandten genau zu erfahren, was es damit für eine Bewandtniß habe; aber der Gesandte sprach sich selbst dahin aus, der Kaiser denke höchstens daran energische Erklärungen zu geben, von deren Erfolg man sich in Wien offenbar zu große Hoffnungen mache.*)

Am 25. August begaben sich Leopold und Friedrich Wilhelm nach Pillnitz; es liegt, so weit unsere Quellen reichen, kein Anzeichen vor, daß sie das sächsische Lustschloß mit andern Gesinnungen betreten hätten, als die waren, welche sie unmittelbar vorher gegen einander aussprachen. Als ungebetener Gast erschien auch Graf Artois und legte das Programm der Emigrantenpolitik vor.**) Es sollten darnach vor Allem Schritte geschehen, die den König von Frankreich ermuthigten, die Verfassung nicht anzunehmen, die man „ihm aufzudringen" im Begriffe war. Die Brüder Ludwigs XVI. und die übrigen Prinzen würden zu dem Zweck ein Manifest erlassen, worin gegen jeden Act der „usurpatorischen" Nationalversammlung protestirt, ihre Beschlüsse sämmtlich als null und nichtig bezeichnet, und Verwahrung eingelegt wäre gegen jede erzwungene Zustimmung des Königs. Der Graf von Provence würde sich dann als Regent proclamiren, die Versammlung auffordern, unverzüglich dem König die Freiheit wiederzugeben, und für den Fall der Weigerung die bewaffnete Intervention des Auslandes ankündigen. Sollte der König und die Seinen irgendwie bedroht werden, so wird die Stadt Paris dafür verantwortlich gemacht und ihr ungefähr in denselben Worten, die nachher dem Manifest von 1792 eine traurige Berühmtheit gaben, mit

---

*) Berichte Jacobi's vom 20., 22., 27. Aug. und Ministerialdepesche vom 27. August.

**) Unter dem Titel: points à fixer préalablement aux grandes operations et sur lesquelles la circonstance présente demande que l'Empereur veuille bien prononcer sans délai. (Im k. pr. Staatsarchiv.)

Vernichtung gedroht. An den Regenten sollten dann auch die Beschwerden der deutschen Reichsstände gerichtet werden. Zur Unterstützung der angekündigten Drohungen hätten Oesterreich und Preußen ihre Streitkräfte in Bewegung zu setzen; die Mitwirkung von Spanien, der Schweiz u. s. w. wäre zu sichern, mit Hessen-Cassel ein Vertrag wegen eines Hilfscontingents zu schließen, den der Kaiser garantire. Für die Truppen und Officiere, die sich um die Prinzen sammelten, war Aufenthalt und Sammlung in den Grenzgebieten verlangt, außerdem auch die Unterstützung des Kaisers zu einem Anlehen von 10—12 Millionen, welches der „Regent" sofort nach dem Manifest ausschreiben würde.

Es bedarf wohl kaum der Bemerkung, daß die Politik, die aus diesen Forderungen heraussprach, auf eine Sympathie der beiden Monarchen nicht zählen konnte; dieselbe war eher geeignet, von jeder Einmischung abzuschrecken, als dazu zu verlocken. Leopold und Friedrich Wilhelm zögerten denn auch nicht, ihre Ansicht darüber unumwunden auszusprechen. Der König, erklärten sie, würde in moralischer Unterstützung, welche ihm das Einverständniß der Mächte gebe, die beste Ermuthigung finden; die Erklärung einer Regentschaft dagegen müsse einen geradezu entgegengesetzten Erfolg haben. Ebenso wenig Nutzen versprachen sich die beiden Monarchen von einem Manifest, wie es Artois vorschlug; die Drohungen vollends, womit dasselbe gewürzt werden sollte, schienen ihnen nicht nur unnütz, sondern geradezu gefährlich. Was die Rechte der deutschen Fürsten angehe, so werde der Kaiser sie gemäß der Reichsverfassung zu schützen wissen; die Leistungen der Reichsstände zu einem Kriege seien gesetzlich festgestellt und der Kaiser darum nicht in der Lage, eine Garantie zu leisten, wie sie in Betreff Hessen-Cassels verlangt war. In Bezug auf die Mitwirkung Spaniens und der übrigen Mächte ward auf die Erklärungen verwiesen, die von denselben zu erwarten seien; sofortige Aufstellung von Truppen aber kurz und bestimmt abgelehnt. Ebenso wurde die militärische Sammlung und Rüstung von Emigrantencorps als unzulässig bezeichnet und das Ansinnen wegen des Anlehens war ohnedies schon mit der Ablehnung der Regentschaft beseitigt.

Die Emigrantenpolitik, die sich hier in ihrer ganzen Selbstsucht und Blindheit offenbarte, war also in Pillnitz aufs bestimmteste zurückgewiesen; schon daraus ließ sich ungefähr entnehmen, wie sich die Monarchen selber zur französischen Angelegenheit stellen würden. Aller Voraussicht nach beschränkten sie sich auf vorsichtige und abwartende Schritte. Die Erklärung, über die sie sich am 27. August verständigten, widersprach dem auch nicht. Die französischen Zustände waren darin als ein Gegenstand bezeichnet, der alle europäischen Souveräne gemeinsam berühre und daran die Hoffnung geknüpft, daß dieselben nicht versagen würden, auf's wirksamste dafür thätig zu sein, daß der König in vollster Freiheit die Grundlagen einer Ordnung feststellen könne, die den Rechten der Souveräne ebenso entspreche wie der Wohlfahrt

der Franzosen. „Dann und in diesem Falle sind Ihre genannten Majestäten entschlossen, rasch und in gegenseitigem Einverständniß mit den nöthigen Kräften für das vorgesetzte, gemeinsame Ziel zu wirken. Einstweilen werden sie ihren Truppen die nöthigen Befehle geben, damit dieselben bereit sind, sich in Bewegung zu setzen."

Die Erklärung von Pillnitz blieb also bei der Voraussetzung eines gemeinsamen Einverständnisses aller Souveräne; nur „dann und in diesem Falle" sollte zur That geschritten werden. Wir haben oben gesehen, wie zweifelhaft jene Gemeinsamkeit und wie unbestimmt darum der Augenblick des Handelns war. Zu dieser Taktik stimmten auch die Aeußerungen, die man unmittelbar nach dem Congresse in Wien und in Berlin vernahm. Kaunitz äußerte gegen Jacobi: so lange die Hauptmächte nicht vollkommen einig seien, komme nichts heraus; offen gestanden glaube er aber nicht mehr an das Gelingen eines solchen europäischen Einverständnisses. Es werfe einer dem andern den Ball zu. Wenn Ludwig XVI. aber die Verfassung annehme, so sei sofort Alles zu Ende.*) Nach dieser Anschauung war in Pillnitz eher zu viel als zu wenig geschehen; drum äußerte Kaunitz gelegentlich, es sei nicht gut wenn die Monarchen unmittelbar über politische Fragen miteinander verhandelten. Es regte sich in ihm die Sorge, der Kaiser könne sich doch fortreißen lassen zu allzubestimmten Verpflichtungen.**) Was Leopold selbst freilich in den nämlichen Tagen gegen Jacobi äußerte, das lautete sehr friedfertig. Er sprach hauptsächlich von den Schwierigkeiten des französischen Unternehmens und meinte auch: wenn Ludwig XVI. die Verfassung annehme, dann sei nichts mehr zu thun. Die europäische Vereinigung aber sah man in Wien wie „einen schönen Traum" an.

Wer wollte nach dem Allem noch zweifeln, daß die Meinung irrig ist, welche in der Besprechung von Pillnitz ein contrerevolutionäres Bündniß gegen Frankreich erblickte? Die Gedanken und Absichten der beiden Monarchen wiesen auf alles andere eher als auf eine rasche Action hin. Allein ganz

*) Depesche Jacobi's d. d. 29. Aug., worauf das preuß. Ministerium am 3. Sept. erwiedert, diese Betrachtungen seien völlig solid und man könne ihnen nur zustimmen. Und in einem Actenstück vom gleichen Tage äußert das Ministerium: wiewohl der mahnende und lehrende Ton des Fürsten Kaunitz nicht angenehm sei und man auch in den deutschen Dingen mit ihm nicht überall einig sein werde, „il faut convenir cependant, que pour les affaires de France sa manière de voir correspond dans ce moment parfaitement avec le nôtre."

**) Nach einem Bericht Jacobi's vom 31. Aug. heißt es: plusieurs propos — — prouvent même qu'il craint que le comte Artois — — ne parvienne à entraîner l'Empereur dans des engagements trop precis à cet égard. Dazu stimmt eine Aeußerung des preußischen Ministeriums in der erwähnten Note vom 3. Sept.: il (Kaunitz) ne sera pas plus édifié que nous de ce qui s'est passé à Pillnitz et il sera également porté à empêcher qu'il n'en resulte des effets serieux.

harmlos und unbedenklich war die Pillnitzer Erklärung in ihren Wirkungen doch nicht, und so haben sie damals auch die österreichischen wie die preußischen Staatsmänner nicht betrachtet. Es kommt in solchen Lagen oft weniger darauf an, was die Urheber eines Schrittes wollen, als darauf, wie die Andern ihn deuten. Die Stimmung der beiden Monarchen in Pillnitz war, wie uns unbestreitbar scheint, nichts weniger als zu einem Kreuzzug gegen die Revolution angelegt; aber wer von den Andern kannte die wirkliche Stimmung genau? Wir sahen eben, die Minister jener Fürsten waren selbst darüber nicht außer Zweifel; wie sollten es die Uebrigen sein? Aus der so vorsichtig gedachten Erklärung des 27. August ließ sich darum ebenso gut die ganz entgegengesetzte Folgerung ziehen. Denn es war am Schlusse doch auf Maßregeln und auf kriegerische Vorbereitungen hingewiesen; das nahm man in Paris vielleicht viel ernster, als es in Pillnitz gemeint war. Es ist ein eignes Ding mit der Reizbarkeit des Nationalgefühls, zumal in stürmischen Zeiten, wo dessen Erregung eine furchtbare Waffe werden kann in den Händen revolutionärer Partheien. Vielleicht war das in Pillnitz nicht ganz richtig gewürdigt worden, als man dort Worte, die eine drohende Deutung zuließen, niederschrieb und doch von Maßregeln abstand, die den Worten Nachdruck geben konnten. Der Gedanke, daß sich fremde Mächte in die inneren Angelegenheiten eines andern Landes einmischen könnten, ist bei einem ehrliebenden Volke von furchtbar aufregender Macht; wie harmlos es darum auch Leopold erscheinen mochte, die französische Verfassungsfrage durch ein „europäisches Concert" verhandeln zu lassen, die Franzosen hatten darüber wahrscheinlich eine ganz andere Meinung. Schlimm genug in jedem Falle, wenn einmal solch ein Verdacht in ihnen geweckt war; Zeit und Umstände trugen dann schon dazu bei, ihn zur Flamme zu schüren. Und das ist unseres Bedünkens die verhängnißvolle Wirkung des Tages von Pillnitz gewesen; er hat den Keim gelegt zu der Besorgniß vor bewaffneter Contrerevolution des Auslandes und dieser Keim hat in der entscheidenden Stunde mit einer Raschheit und Macht sich entfaltet, die alle Berechnungen der Urheber weit überstieg.

Dazu kam, daß von den beiden Monarchen, die sich in Pillnitz trafen, wenigstens einer weich und zugänglich genug war, um mit lebhafterer persönlicher Betheiligung in die Dinge einzutreten. Friedrich Wilhelm II. wog nicht wie Leopold, in welchem der Bruder Marien Antoniens stets durch den kaltblütigen Politiker in Schach gehalten ward, die äußeren Vortheile und Nachtheile der Sache, er gab sich mit der ganzen Lebhaftigkeit seiner Empfindungen den Eindrücken hin, welche das Schicksal des königlichen Hauses und die Schilderungen der Emigranten ihm erweckten. Wir haben in der äußeren Politik schon mehr als einmal wahrnehmen können, wie leicht eine nachlässige und freigebige Stimmung seine Entschlüsse bestimmt, wo er sich nur von der nüchternsten Berechnung der Vortheile sollte leiten lassen, und

wie er darum den kaltblütigen Rechnern, deren Calcul keine Großmuth kennt, nicht selten zum Opfer wird. So setzte er auch vielleicht dereinst die Vortheile preußischer Politik aus den Augen, um den Kampf gegen die Revolution verfolgen zu können. Ein solcher Gedanke entsprach nicht allein seiner angebornen Neigung, er mochte darin auch Trost finden für die bitteren letzten Erfahrungen seiner äußeren Politik, die durch nichts glänzender schienen verwischt werden zu können, als durch eine ruhmvolle königliche Kreuzfahrt gegen die demokratische Revolution.

Ein Mißtrauen, daß dem so sei, war den Ministern schon früh erwacht; sie fürchteten auch jetzt, daß der Tag von Pillnitz solcher Neigung Vorschub leisten könne. Es scheint, daß diese Besorgniß nicht grundlos war. Wenigstens hat einer der Minister, Alvensleben, als er sich später in einem sehr unerquicklichen Augenblick (Spätjahr 1793) Rechenschaft ablegte über den verhaßten Krieg, darüber bemerkt: nach dem Abschluß der Wiener Convention strömten Leute wie Roll, Bouillé, Heymann, Caraman nach Berlin und Potsdam und suchten den König zum Krieg zu bestimmen. Die Emigranten fanden allmälig Gehör, wurden mit Geld unterstützt, die unförmliche Uebereinkunft von Pillnitz unterzeichnet, die den französischen Demokraten so erwünschten Vorwand zum Bruch gab. Unbemerkt gewannen die Emigranten noch mehr Boden; eines Tages kam Schulenburg aus Potsdam zurück und sagte: der König will durchaus den Krieg.

Neben diesen persönlichen Einwirkungen auf den König blieben wohl auch auswärtige Einflüsse nicht ganz erfolglos. Rußland, welches nichts sehnlicher wünschen konnte, als Preußen in einen Krieg im Westen verwickelt zu sehen, um indessen freie Hand im Osten zu haben, predigte mit Heftigkeit den Kreuzzug gegen die Revolution, gegen die es selber nicht einen Mann ins Feld zu stellen geneigt war. „Ich zerbreche mir den Kopf, äußerte ein paar Monate später Katharina II. zu Chrapowitzki, um das Wiener und Berliner Cabinet in die französischen Angelegenheiten zu bringen. Habe ich Unrecht? Es gibt so manche Gründe, die sich nicht sagen lassen; ich möchte sie in Geschäfte verwickelt sehen, um die Hände frei zu haben; denn so viele Unternehmungen liegen unbeendigt vor mir, und jene müssen beschäftigt werden, damit sie mich nicht hindern.“ *)

Noch war man zwar weit entfernt, sich dieser Taktik der Czarin blindlings hinzugeben. In Polen ließ die Thätigkeit der russischen Politik so deutlich wahrnehmen, daß schon im September über ihre Absichten in Berlin und Wien kein Zweifel mehr bestand. Rußland, schrieb am 24. Sept. das preußische Ministerium, wird in alle Absichten des Kaisers gegenüber Frankreich eingehen, wenn dafür Oesterreich in Polen die Augen schließt. Rußland, äußerte dasselbe sechs Tage später, wird diesen Hauptpunkt seiner Po-

*) So berichtet eine russische Quelle: Smitt's Suworow II. 359.

litik nicht aus den Augen verlieren und die noch wenig befestigte Verfassung wird ihm Vorwände genug geben, sich einzumischen. Man war also gewarnt in Wien wie in Berlin, und an beiden Orten bestand für jetzt keine Neigung, der russischen Politik den erwünschten Dienst zu leisten.

Namentlich Leopold hatte Ursache, vorerst zufrieden zu sein; die Revolution im Westen war von ihm geschickt benutzt worden, Preußen in seiner Thätigkeit zu lähmen und in Ungarn, Belgien und der Türkei von fremder Einmischung ungestört seine Entwürfe zum Ziele zu führen. Ein Weiteres hatte er nicht gewollt; es lag ihm nie im Sinne, zum Kreuzritter an der Revolution zu werden. Die überlieferte Hauspolitik erfüllte ihn ganz, ihr zu Liebe blieb er gern in Frieden mit der Revolution, statt durch einen Kampf gegen sie alle wiedergewonnenen Vortheile in Ungarn, Belgien u. s. w. auf's Spiel zu setzen. Drum hatten alle seine Schritte und Erklärungen entweder nur den Zweck gehabt, Preußen zur Nachgiebigkeit gegen die österreichischen Interessen zu stimmen, oder sie waren ihm durch die moralische Nothwendigkeit, wenigstens irgend etwas für Ludwig XVI. und seine Dynastie zu thun, abgezwungen worden. Weiter zu gehen, war er in keinem Falle geneigt. Zur Zeit der Erklärungen von Padua und Pillnitz wurde in Oesterreich die Truppenmacht vermindert, statt vermehrt; nach der Erklärung von Pillnitz wich man in Wien beharrlich allen zudringlichen Forderungen eines thätigen Vorschreitens aus und sann nur auf Mittel, den Verbindlichkeiten zu entgehen, die vielleicht aus jenen Erklärungen abgeleitet werden sollten. Nach preußischen Berichten hätte kurz vor der Conferenz in Pillnitz Leopold einen Augenblick geschwankt, weil die Lockspeise des Erwerbs von Lothringen, die ihm Artois vorhielt, eine gewisse Versuchung übte; allein bei ruhiger Ueberlegung seien doch alle Schwierigkeiten hervorgetreten und der Entschluß nur um so mehr befestigt worden: nichts zu unternehmen gegen Frankreich, es sei denn, daß alle Hauptmächte Europas gemeinsam zusammenwirkten.*)

Diese Haltung des Kaisers trat recht sprechend hervor, als sich um die Mitte September der Erbprinz von Hohenlohe als preußischer General in Prag einfand, um dort die gemeinsamen militärischen Schritte gegen Frankreich zu besprechen. Der fand gleich bei der ersten Audienz, „daß der Kaiser zu einer thätigen Hülfsleistung für den König von Frankreich wenig geneigt sei, doch aber das Gegentheil gern glauben machen möchte, sein Zaudern ganz geschickt zu entschuldigen wisse und die Schuld auf die Emigranten werfe, die er durch eine Menge erzählter Anekdoten lächerlich zu machen und gegen die er auch seine, des Erbprinzen, Abneigung zu wecken suche."

*) Depesche Jacobi's d. d. 7. Sept.; das Folgende aus einem Berichte Hohenlohes an den König d. d. Prag 17. Sept. 1791, und Depeschen Jacobi's vom 27. Sept., Cäsars vom 28. Sept.

Hohenlohe sprach dem Kaiser von dem Eifer des Königs, den allgemein einreißenden demokratischen Gesinnungen entgegenzuwirken, und drückte seinen Wunsch aus, mit Bouillé und einem kaiserlichen General den nöthigen Plan zu verabreden; aber „dies wurde eludirt." Der Kaiser nannte den General nicht, dem er das Commando geben wollte, und als der Erbprinz zu Lascy ging, gab auch der eine ausweichende Antwort. In dem Gefühle, daß seine Anwesenheit den kaiserlichen Hof in Verlegenheit setze, hielt der preußische General nun zurück und vermied es, wie er selber sagt, „mit Affectation", von der Kriegsangelegenheit zu reden. Ein freundliches und vertrauliches Entgegenkommen ward ihm nur bei dem Erzherzog Franz, bei Colloredo und den Wenigen, welche zugleich die preußische Allianz und die Kriegsplane gegen Frankreich billigten; sie selber gestanden aber ein, „daß man in Wien an den blauen Rock noch nicht gewöhnt sei." Indessen wurden von Cobenzl die Emigranten, namentlich Polignac und Bouillé, mit kriegsverheißenden Redensarten abgespeist; „der österreichische Minister, schreibt Hohenlohe, schien hierbei jedoch nicht zu wünschen, daß Bouillé mir davon Eröffnung thun möchte, welches seltsame Benehmen aber nur daraus entsprungen sein mag, daß er glaubte, gegen diese Herren sich eher ein unverbindliches Gerede erlauben zu dürfen, als gegen mich." Eine ähnliche Taktik ward gegen den bekannten Grafen Fersen eingehalten, der wegen der Landung schwedischer Truppen im Norden Frankreichs einen Vertrag abschließen sollte. Der Kaiser erklärte ihm in einer Audienz, welcher Hohenlohe beiwohnte, er warte nur auf einen Courier aus Petersburg; Hohenlohe wartete vergebens auf dessen Ankunft, er kam nicht. Wohl wurden einige Regimenter in Bereitschaft gehalten und Vorderösterreich als ihr Bestimmungsort angegeben, aber der Erbprinz setzte auch darin kein rechtes Vertrauen, da noch nichts geschehen war, um den Durchmarsch durch das Reich zu ordnen.

In demselben Sinne rieth Leopold auch in Paris zur Annahme der Verfassung und war von Herzen erfreut, als sie erfolgt war. In einem Gespräch mit dem preußischen Gesandten äußerte er: Jetzt ist Alles zu Ende. Man müßte denn, fügte er scherzend hinzu, dem König von Frankreich selber den Krieg erklären wollen, der sich durch die Verfassung verpflichtet, sich gegen das Ausland mit allen Kräften zu vertheidigen. Das wollte zwar der Kaiser nicht verkennen, daß noch Schwierigkeiten und Gefahren genug in der französischen Situation vorlägen, allein es scheine ihm doch besser, abzuwarten und die Dinge reifen zu lassen. Die Proteste der Emigranten, die gleichzeitig erfolgten, mißbilligte er entschieden, nannte ihre Plane schlecht entworfen und spottete über den Grafen von Provence als „Regenten in partibus infidelium". „Ich erinnere mich, schloß er die Unterredung, daß ich auch zu Pillnitz in Gegenwart des Grafen Artois gesagt habe: sobald Ludwig XVI. die Verfassung angenommen habe, sei Alles zu Ende. Der König von Preußen hatte damals die Güte, sich damit einverstanden zu erklären."

Aehnlich lauteten die Erklärungen der Minister; nur Fürst Reuß in Berlin schlug einen etwas besorgteren Ton an. Aber Kaunitz äußerte zu Lucchesini, als die Nachricht vom Abschlusse der Verfassung kam: das befreit uns von der Verlegenheit, gegen Frankreich Krieg zu führen. Spielmann meinte: das sei ein seltenes und glückliches Ereigniß, eine so gewaltige Umwälzung mit so wenig Blutvergießen durchgeführt zu sehen. Darnach mußte man glauben, man betrachte in Wien die französische Revolution als beendigt.

Auch in dem Verhältniß zum Reiche war diese friedfertige Haltung wahrzunehmen. Nachdem die Entschädigungsfrage auf dem Reichstage Monate lang unter mancherlei Vorwänden hingehalten worden, erfolgte endlich im December die Sanction der Reichstagsschlüsse, und zwar in einer Form, die, so wie die Dinge einmal lagen, jedenfalls sehr gemäßigt war. Auch sonst, wo sich Anlaß gab, wurde die gleiche Taktik innegehalten. Der Abschluß des Wiener Vertrags, der (25. Juli) zwischen Oesterreich und Preußen den Grund einer Allianz legte, hatte im Reich mancherlei Bedenken erweckt und es ward wohl die Besorgniß laut, der Vertrag könne den Rechten und der Sicherheit des deutschen Reiches gefährlich werden. Das gab den beiden Verbündeten Anlaß, in besonderen Rundschreiben jeder Befürchtung dieser Art entgegenzutreten und ausdrücklich zu versichern: daß bei den blos defensiven Absichten der beiden Mächte und dem Wunsche, Frieden und Ruhestand in ganz Europa zu erhalten, keine den Gesetzen und dem Glück des deutschen Staatskörpers entgegenlaufende Absicht vorwalten könnte, vielmehr der genannte Bund die Erhaltung und Versicherung der Rechte des deutschen Reiches und seiner Verfassung ausdrücklich mit zum Zwecke habe. Von irgend einer kriegerischen Stimmung gegen Frankreich war hier so wenig wie sonst die Rede.

Während Leopold II. so der Ueberzeugung lebte, den drohenden Sturm diplomatisch beschworen zu haben, zogen sich auf einer andern Seite neue Wolken zusammen, die alle Kunst des Kaisers scheitern machten. Die neue französische Nationalversammlung ließ sich gleich anfangs so an, daß von ihr schwerlich eine Befestigung der Septemberconstitution, viel eher deren rasche, gewaltsame Zerreißung zu erwarten war. Unter einer Masse von jugendlichen, unerfahrenen und mittelmäßigen Elementen mußte der Einfluß rasch an einen rührigen Kreis von Rednern und Agitatoren fallen, wie die sogenannte Gironde ihn bildete. Mächtig durch ihre feurige und glänzende Rhetorik, die von der Erregbarkeit und Leidenschaft des Südens getragen war, dabei ehrgeizig und nicht ohne eine ausgesprochene Neigung zur Intrigue, gewannen sie mit ihrem doctrinären Demokratismus, wie er aus Schulerinnerungen des Alterthums und aus Meinungen des achtzehnten Jahrhunderts zusammengeflossen war, sehr rasch eine überwiegende Stellung in einer Versammlung, die meist aus Neulingen bestand und aus welcher durch einen Act unerhörter

Naivetät alle wirklichen Talente und Erfahrungen der ersten Assemblée nationale ausgeschlossen waren. Erwiesen sich die Männer der Gironde zwar unfähig, eine dauernde Schöpfung aufzurichten, so besaßen sie doch die revolutionäre Gabe, durch ihre rednerische Agitation die Leidenschaften zu schüren, mit der Macht der Phrase ein entzündliches Volk, wie die Franzosen, in Fieberglut zu setzen und ohne mit der groben, handgreiflichen Demagogie Eins zu sein, doch den Zielen wildester demagogischer Zerrüttung erfolgreich in die Hände zu arbeiten. Die Verfassung vom September 1791 stand dieser Partei im Wege; dieselbe widersprach theils ihrer theoretischen Vorliebe für die freistaatliche Form, theils war sie ein Hinderniß für die Befriedigung ihres Ehrgeizes. Leicht befreundeten sich ihre Führer mit der Idee, daß nur ein Zusammenstoß mit dem Auslande die revolutionäre Macht in ihrer ganzen Ursprünglichkeit entfesseln und ihnen selber die Leitung der Dinge in die Hände spielen werde. Zwar waren sie, gleich den Höflingen und blinden Anhängern des Alten, eifrig bemüht, die neue constitutionelle Ordnung zu einer friedlichen und regelmäßigen Thätigkeit nicht gelangen zu lassen, aber es beunruhigte sie doch der Gedanke, es könne die Stimmung des Volkes sich durch das Gefühl des Besitzes jener Verfassung einschläfern lassen und es dem Könige dann zu besserer Zeit gelingen, die neue Ordnung wieder in seinem Sinne umzugestalten. Ein Krieg mit dem Ausland beseitigte nach ihrer Rechnung alle diese Verlegenheiten; er setzte den König in die Alternative, zwischen einer willenlosen Hingebung an die Revolution und zwischen dem gewaffneten Ausland zu wählen. Im einen wie im andern Falle ging die Revolution über Ludwig XVI. hinweg, mochte er ihr Werkzeug oder ihr Opfer sein.

Auf dieses Ziel arbeitete die tonangebende Partei, theils mit Bewußtsein, theils mit einem unklaren Instincte, seit October und November 1791 hin. Wie erwünscht war es ihr, daß das ärgerliche Treiben der Emigration am Rhein einen so gelegenen Vorwand bot, die Massen mit dem Schreckbild ausländischer Einmischung und Contrerevolution zu erhitzen! Schwerlich hat ihr der Haufe von Ausgewanderten, der in Worms und Koblenz seine Streitkräfte rüstete, ernstliche Sorge eingeflößt, aber der Lärm, den sie machten, und die allerdings völkerrechtswidrige Unterstützung, die ihnen von den geistlichen Fürsten am Rhein ward, eignete sich trefflich dazu, den Beschwerden der deutschen Reichsfürsten andere Beschwerden im hohen Tone entgegenzusetzen und aus der Rolle der Beleidiger in die der Beleidigten überzugehen. Man sieht, welch guten Dienst die Verblendung der Fürsten am Rhein und das tolle Treiben der Emigration den äußersten Factionen in Frankreich geleistet hat. Und nicht nur den äußersten; auch ein Theil der Constitutionellen unter Lafayettes Leitung gab sich, wiewohl in anderer Berechnung, dem Gedanken an den Krieg bereitwillig hin.

Schon zu Ende October hatte Brissot, damals der Hauptführer der

kriegslustigen Gironde in der Nationalversammlung, das Wort ausgesprochen, man dürfe nicht mehr schwanken, sondern müsse die Mächte, die Frankreich zu bedrohen wagten, zuerst angreifen. Im Jacobinerclub aber sagte er am 16. Dec. mit dürren Worten: „Ich habe seit sechs Monaten, ja seit dem Anfang der Revolution darüber nachgedacht und aller Zauber unserer Gegner wird mich nicht irre machen. Aus Gründen und Thatsachen habe ich mich überzeugt, daß ein Volk, welches nach zehn Jahrhunderten der Knechtschaft sich die Freiheit erobert hat, einen Krieg haben muß. Wir müssen den Krieg haben, um die Freiheit zu befestigen, um sie von den Lastern der Despotie zu reinigen, um alle die verschwinden zu machen, welche sie verderben wollen ... Können wir noch schwanken anzugreifen? Unsere Ehre, unser Credit, die Nothwendigkeit, unsere Revolution moralisch zu machen und zu befestigen, macht uns das zur Pflicht." *) Kurz zuvor (29. Nov.) ließ sich die Nationalversammlung zu einem Decret fortreißen, welches ein energisches Vorgehen gegen die Fürsten am Rhein, welche die Emigration beschützten, und ein Aufgebot der nationalen Streitkräfte forderte. Vergebens setzte Ludwig XVI. nach wie vor seine Hoffnung auf die friedliche Intervention, wie sie in Leopolds II. früheren Erklärungen verheißen war, vergebens widersetzten sich seine Minister; die kriegerische Strömung war einmal in vollem Wachsthum begriffen und bereits mußte der König erst durch die Ernennung Narbonnes zum Kriegsminister der Agitation ein Opfer bringen, dann in der Erklärung vom 14. December den Ton anschlagen, den die kriegerische Partei verlangte. Darin war den Fürsten am Rhein der 15. Januar 1792 als Frist gesetzt, bis zu welcher sie den Rüstungen der Emigrirten ein Ende gemacht haben sollten, widrigenfalls man mit Waffengewalt gegen sie verfahren werde. Damals ward auch an den Kurfürsten von Trier jene Note gerichtet, deren wir früher gedacht haben; gleiche Erklärungen ergingen an den Kurfürsten von Mainz als Bischof von Worms. Zugleich verkündete der neue Kriegsminister, daß eine Armee von 150,000 Mann an der Ostgrenze werde aufgestellt werden. In milderer Form war die Erklärung abgefaßt, welche vom friedfertigen Theil des Ministeriums am 14. Dec. an den Kaiser gerichtet ward. Darin war von den Schritten, die man gethan, Rechenschaft abgelegt und der Kaiser ersucht, sowohl in Mainz, als in Koblenz auf die Nachgiebigkeit der Kurfürsten hinzuwirken. „Es handelt sich darum — so schrieb der französische Minister — die Gemüther zu beruhigen; sie sind bewegt und erbittert durch das Benehmen der Emigranten, und dieser Zustand hindert es, daß Ruhe und Ordnung sich befestige." Die Erwiederung, die der Kurfürst von Trier gab, war, wie wir früher gesehen haben, nicht gerade dazu angethan, den Zwiespalt auszugleichen; aber die Antwort des Kaisers (21. Dec.) schlug immer noch einen versöhnlichen Ton an.

*) S. Histoire parlementaire de la revol. fr. XII. 410.

Denn bis zu dieser Stunde hatte man in Oesterreich und in Preußen die Hoffnung auf Erhaltung des Friedens noch nicht aufgegeben. Nach Annahme der Verfassung schien zunächst nichts übrig zu bleiben, als zuzusehen und abzuwarten. Bei der Ablehnung Englands, der Scheu Spaniens und Sardiniens und den eigenen noch unbeschwichtigten Händeln im Innern war namentlich Oesterreich nicht sehr versucht, sich zu exponiren; Kaunitz redete daher auch mit Ostentation von der beruhigenden Aussicht der französischen Dinge und von den Uebertreibungen, welche die Emigranten verbreiteten. „Das thut er gewiß nicht, schrieb damals das preußische Ministerium,*) aus Vorliebe für die demokratischen Grundsätze, sondern er will einen Ausbruch vermeiden, der Oesterreich gefährden kann, und hat wahrscheinlich die stille Hoffnung, daß sich allmälig wieder gemäßigtere Grundsätze in Frankreich Bahn brechen werden." Nur Eines hielten beide Mächte für nothwendig, den Plan der europäischen Verständigung nicht aufzugeben;**) denn sobald man davon abstehe, war Kaunitz' Meinung, dann würde die Nationalversammlung wahrscheinlich noch weiter gehen und der Kaiser habe doch, schon der verwandtschaftlichen Beziehungen wegen, einige Gründe mehr als die anderen Mächte, sich um Ludwigs XVI. Schicksal zu bekümmern. Auf preußischer Seite war man damit einverstanden; Oesterreich, sagte man sich, rettet sich auf diese Weise vor dem Vorwurf, daß es nichts mehr thue, nachdem es doch zuerst die Sturmglocke gezogen, und zugleich hat ihm die Aussicht auf ein „europäisches Concert" den Werth, die Malcontenten im eigenen Reich im Zaum zu halten.

Aus dem vertraulichen Verkehr der preußischen Diplomaten in Wien und Paris mit ihren Ministern ergibt sich nun mit unzweifelhafter Klarheit, daß seit den kriegsdrohenden Reden in der Versammlung und seit ihren letzten Beschlüssen ein Wechsel in dieser beruhigten Stimmung eintrat. Die Berichte, die z. B. Goltz aus Paris schrieb, bisher überwiegend noch von Vertrauen und Optimismus erfüllt, schlagen seit den ersten Decembertagen einen besorgten Ton an; mit Unruhe sah man in diesen Kreisen, wie die Agitation der Pariser Bevölkerung wuchs, der König wieder heftiger gedrängt ward und sich vielleicht in der Verzweiflung entschloß, einen zweiten Fluchtversuch zu wagen. Dieselbe Stimmung war zu Wien und zu Berlin zu bemerken; man hoffte zwar noch immer, den Frieden zu kitten und behielt die ablehnende Haltung gegen die Emigranten bei, allein man fürchtete entweder einen Ausbruch im Innern Frankreichs oder irgend einen verwegenen Streich nach Außen, dem man unmöglich ruhig zusehen konnte.

Diese Sorge war im Ganzen bestätigt durch ein vertrauliches Schreiben, welches Ludwig XVI. am 3. Dec. an die Höfe richtete. Daraus ergab

*) Depesche vom 24. Okt. und die Berichte Jacobi's vom 15. und 19.

**) „marquer la continuation du concert entamé" lautet der Ausdruck.

sich zwar, daß er mit der Emigration nicht den gleichen Weg ging und durch ihr Gebahren sich eher in Verlegenheit gebracht fühlte, aber er mußte sich doch bedroht glauben und den Zustand im Innern für unhaltbar ansehen, sonst hätte er nicht in so dringender Weise den Congreß begehrt, der, durch eine bewaffnete Macht gestützt, ihm Luft machen sollte.*)

In Wien und in Berlin folgte man darum mit erhöhter Spannung jedem neuen Symptom der wachsenden Agitation. Den Emigranten zwar kam das nicht zu gut; man scheint sie vielmehr schroffer als vorher behandelt zu haben.**) Aber es wurde doch die Befürchtung wach: der Geist der Gewaltthätigkeit und Verbitterung, der die Versammlung zu beherrschen anfange, könne die Dinge zum Aeußersten treiben; man besorgte einen zweiten Fluchtversuch des Königs oder einen neuen Aufstand in Paris. Der König, meinte Kaunitz, sei wohl zur Zeit, als er die Verfassung annahm, frei gewesen, aber jetzt sei er es offenbar nicht mehr. Spielmann äußerte gegen den preußischen Gesandten, man müsse einen nachdrücklichen Schritt thun, z. B. eine Erklärung in Paris abgeben, in der man als Fälle der Einmischung bezeichnete: die Verletzung der königlichen Familie, der Umsturz des Thrones und die verweigerte Genugthuung für Deutschland. Der preußische Diplomat meinte: Erklärungen ohne Maßregeln hätten das Gefährliche, daß man sich compromittire und vielleicht nur eine trotzige Antwort der Franzosen hervorrufe. Ueberhaupt war man noch auf keiner Seite ungeduldig zur That. In Wien wurden die bis dahin verfolgten Principien noch unverrückt festgehalten und in Berlin meinte man, selbst im alleräußersten Falle seien doch erst die Eröffnungen des französischen Monarchen abzuwarten.***) Auch wünschte man an der letzten Stelle nicht, daß unter die Voraussetzungen einer Intervention der Umsturz des französischen Thrones mit aufgenommen würde; dafür habe Preußen kein unmittelbares Interesse, es interessire sich nur für Ludwigs XVI. persönliches Schicksal. In solcher Stimmung ward denn natürlich mit Eifer jeder Schimmer ergriffen, der Hoffnung auf eine friedliche Lösung gab, und als in den letzten Tagen des Jahres die Pariser Nachrichten wieder etwas

*) Der Brief d. d. 3. Dez. schlägt vor: l'idée d'un congrès des principales puissances de l'Europe, appuyé d'une force armée, comme la meilleure manière, pour arrêter ici les factieux, donner les moyens de retablir un ordre des choses plus désirable et empêcher que le mal qui nous travaille puisse gagner les autres états de l'Europe. Der eigenh. Brief findet sich im k. preuß. Staatsarchiv.

**) L'importunité des Princes est extrèmement à charge à l'Empereur, schreibt Jacobi am 3. Dezember und fügt am 7. hinzu: Ils sont dans un abattement qui marque assez leur peu d'espérance de succès auprès de l'Empereur. Auch Artois sprach noch einige Wochen später erzürnt über Leopolds „conduite inexplicable," wiewohl eine früher versprochene Geldsumme gerade damals ausgezahlt ward.

***) Depeschen Jacobi's vom 11. und 14. Dez. Das Folgende aus Berichten vom 23. und 28. Dez.

ruhiger klangen, war Niemand froher über diese Botschaft, als die beiden Höfe.

Den gleichen Eindruck von Friedfertigkeit und doch zugleich einer besorgteren Ansicht der Dinge erweckte auch der diplomatische Verkehr mit Frankreich. In der österreichischen Note vom 21. December, die sonst noch friedlich lautete, war doch die Besorgniß ausgesprochen, es möchten die gemäßigten Grundsätze des französischen Ministeriums hie und da vergessen werden; für diesen Fall, erklärte die Note, sei dem Marschall Bender in den Niederlanden der Befehl gegeben worden, die kurtrierschen Lande, wenn sie durch feindliche Einfälle verletzt oder bedroht würden, zu schützen. Inzwischen hatte die französische Regierung (23. Dec.) aus Anlaß der trierschen Antwort eine wiederholte Beschwerde durch einen neuen Botschafter, Bigot de S. Croix, nach Koblenz gehen lassen*) und die Aufforderung an den Kaiser, sich bei Kurtrier für die Verständigung zu verwenden, in dringender Weise erneuert. Man sah es den Noten des Ministeriums an, wie viel ihm daran gelegen war, eine friedliche Genugthuung zu erlangen, damit es den stürmischen Kriegsrufern beschwichtigend gegenübertreten konnte. So faßte man die Sache auch in Wien auf; eine österreichische Note vom 5. Januar 1792 sprach die nämlichen vermittelnden Gesinnungen aus und deutete nur mit allem Rechte darauf hin, daß die Rüstung von 150,000 Mann, der Lärm der Presse, die drohenden Declamationen der Nationalversammlung nicht geeignet seien, auf Seiten der deutschen Staaten beruhigend zu wirken. Ein Eindringen französischer Truppen auf das triersche Gebiet wird, wie natürlich, als eine Kriegserklärung gegen das ganze deutsche Reich bezeichnet.**)

So mühten sich Beide, das Ministerium Delessart wie die kaiserliche Regierung, aufrichtig ab um die Erhaltung des Friedens; aber die extremen Parteien wirkten ebenso rührig zusammen, dieses Bemühen zu vereiteln. Auf die Demokratie in Paris und Emigration in Koblenz fällt dabei ungefähr die gleiche Verantwortung. Leopold II. hatte, seiner Zusage getreu, dem Kurfürsten von Trier nicht nur dringend angerathen, alle bewaffneten Corps der Emigranten aufzulösen und die Rüstungen zu verbieten, sondern er machte seinen kaiserlichen Schutz davon abhängig, daß der Kurfürst die Aufnahme

*) Aus dem zeitgenössischen Bericht im Rhein. Antiquar I. 1. S. 43—45 über die Aufnahme des Gesandten ergibt sich klar, daß zwar offiziell gegen ihn nichts versäumt ward, aber die Emigration auch nichts unterließ, ihn mit kindischem Muthwillen zu insultiren — trotz der Abmahnung des Kurfürsten. „Sie blieben, heißt es u. A. dort, haufenweis auf der Straße vor den Fenstern stehen, pfiffen ihn aus und machten vor seiner Zimmerthüre Unreinlichkeiten, womit sie sogar das Schlüsselloch nicht verschonten." Diesem und Aehnlichem gegenüber benahm sich der Gesandte mit Tact und Mäßigung.

**) Die Actenstücke in Neuß, Staatscanzlei XXXVI.

der Emigranten innerhalb der Grenzen der Gastfreundschaft halte. Gleiches geschah in Worms und bei dem Fürstbischof von Straßburg, wohin sich Condé, als man ihm in Worms die Gastfreundschaft gekündigt, begab, um sich mit der Legion des Vicomte de Mirabeau zu vereinigen. In Koblenz war die Folge die, daß am 3. Januar 1792 eine kurfürstliche Verordnung erschien, laut welcher die militärischen Corps untersagt, alle kriegerischen Uebungen, Cantonnements u. s. w. verboten wurden. Die Emigranten fühlten sich indessen schon so sehr als Herren, daß sie mit unanständigem Trotz der Regierung gegenübertraten, und, wie ein Emigrant (Las Cases) selbst berichtet, übten sich und manövrirten die Truppencorps fortwährend öffentlich, während die diplomatischen Noten versicherten, es habe damit nichts auf sich. Ja noch mehr; nicht nur die fremden Flüchtlinge insultirten den neuen französischen Gesandten, auch von trierscher Seite selbst that man das Gleiche. In demselben Augenblick, wo eine Note der französischen Regierung, unter dem Eindruck der kurtrierschen Verordnung vom 3. Januar, freundlich entgegenkam und die Versicherung aussprach, es sei an alle Militär- und Civilbehörden der gemessene Befehl ergangen, jede Beunruhigung der Grenzen zu meiden, in demselben Augenblick ließ sich das Koblenzer Intelligenzblatt, die Staatszeitung des Kurfürstenthums, über den neuen französischen Gesandten in den Worten aus: „O Schande, o ewige Schande, welche durch kein Blut mehr kann abgewaschen werden! Ein Spion aus dem Jacobinerclub, aus jener verruchten Gesellschaft, welche noch vom Blute trieft, das in Avignon vergossen worden; ein Zögling des Mirabeau und des Necker erfrecht sich, vor Clemens Wenceslaus zu treten, vor den tugendhaftesten Fürsten seiner Zeit; mit einem Decrete, das in dem Gefängniß der Tuillerien ist sanctionirt worden, öffnet er sich den Eingang in den Palast des Oheims seines Königs; er kommt, ihm mitten an seinem Hofe zu drohen." *)

Man sieht, die Emigration in Koblenz arbeitete dem Jacobinismus in Paris eifrig in die Hände. Auch dieser war natürlich indessen nicht unthätig gewesen; die Clubs bestürmten mit drohenden Adressen und Deputationen die Versammlung, deren Rednerbühne zugleich von Brissots, Isnards und Anderer kriegsdrohenden Reden wiederhallte. Unverhohlen sprachen es die Wortführer der Gironde bereits aus, daß der Krieg allein Frankreich retten könne; mit allen Mitteln rhetorischer Agitation wurde dem Schrecken des Krieges der Reiz einer rettenden Maßregel verliehen und die Regierung dazu gedrängt, einen entscheidenden Schritt zu thun. Sie mußte es geschehen lassen, daß am 1. Januar 1792 die Anklage gegen die ausgewanderten Prinzen und die übrigen Führer der Emigration für zulässig erklärt ward, sie konnte es nicht hindern, daß die Girondisten ihre Taktik, den Krieg zur po-

*) Rhein. Antiq. I. 1. S. 48.

pulären Tagesfrage zu machen, mit allem Erfolge fortsetzten. Gegenüber dieser mächtig anwachsenden Bewegung, die über die Presse, die Tribüne, die Clubs gebot, die mit jedem Tage mehr in den Massen das Bewußtsein weckte, daß nur das Chaos eines Krieges ihre politischen Wünsche erfüllen könne, befand sich die französische Regierung in einer wahrhaft trostlosen Lage. Der König selbst und seine Gemahlin standen unter dem Einflusse der Rathschläge des Kaisers; ihre Hoffnung war auf einen Congreß, wie ihn Leopold wollte, gestellt und auch ihnen ward das Treiben der Emigranten, das nur ihre Verlegenheiten steigerte, ohne Hülfe zu bringen, mit jedem Tage mehr zur Last. Der friedfertige Theil des Ministeriums, noch durch Delessart an der Spitze der auswärtigen Angelegenheiten, suchte eine Form der Verständigung, die den Krieg abhielt, und hoffte, unterstützt durch Leopold, eine Art von Genugthuung zu erlangen, womit man die Kriegslärmer abfinden konnte. Die zum Girondismus neigende Fraction des Ministeriums, durch Graf Louis von Narbonne vertreten, machte mit jenem kindlich naiven Leichtsinn, der die französische Aristokratie der Revolution auszeichnet, das Kriegsgeschrei mit, schürte und half mit Lärm schlagen, ohne sich irgend eine Rechenschaft über die Folgen abzulegen. Von dieser Seite ging auch der wunderliche Plan aus, durch die Sendung Birons mit Geld und Intriguen den Berliner Hof für das revolutionäre Frankreich zu gewinnen; denn man war in völliger Unwissenheit darüber, daß der König von Preußen sich noch am ersten den Emigrantenanschauungen hingab. Es vollendete das Bild namenloser Verworrenheit, daß der gemäßigte Theil des Ministeriums dieser Sendung Birons unter der Hand durch Segur eine andere entgegensetzte und erst allmälig sich dazu herbeiließ, die ganz erfolglosen Bemühungen eines windigen Roué, wie Biron war, zu unterstützen. Damit hingen denn wieder andere abenteuerliche Gedanken zusammen, z. B. der Versuch, den Herzog von Braunschweig für den französischen Oberbefehl zu gewinnen, Großbritannien mit dem revolutionären Frankreich näher zu verbinden, und ähnliche diplomatische Seifenblasen mehr, wie sie in den Pariser Salons unter männischen Weibern und weibischen Männern ausgesonnen wurden.

Welch andere Thätigkeit entfalteten indessen die Agitatoren der Kriegspartei! Alle Vortheile, welche ihnen die Rathlosigkeit der Regierung und der Unverstand der Emigration in die Hände gab, wurden von ihnen meisterhaft benutzt, um aus der inhaltschweren Frage des Krieges nicht eine Sache ruhiger politischer Erwägung, sondern eine Angelegenheit der nationalen Empfindung und des revolutionären Enthusiasmus zu machen. Man prüfte und berieth nicht, man exaltirte sich nur mit jedem Tage mehr. So ließ sich Isnards wilde, südliche Glut in der Rede am 5. Januar vernehmen, so ward am 14. Januar ein folgenreicher Beschluß im Sturme heftigster Erregung gefaßt. Leopold II. hatte in seiner Erklärung vom 21. Dec. auf das „Einverständniß der Fürsten zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ehre

der Throne" hingedeutet; wir wissen, was das in seiner diplomatischen Sprache bedeutete und wie wenig das „europäische Concert", an dem er arbeitete, den Franzosen eine unmittelbare Gefahr brachte. Aber Leopold unterschätzte, bei aller seiner Feinheit, sowohl die Reizbarkeit eines ehrliebenden Volkes, als die Macht der Revolution; was seinen Augen harmlos genug erschien, war für die Rede der Gironde ein gewaltiger Hebel, das Nationalgefühl in seiner ganzen Mächtigkeit zu entflammen. In einem Taumel der Begeisterung, von dem die Gemäßigtsten mit fortgerissen wurden, beschloß man, jeden Franzosen für „ehrlos" zu erklären, der an einem Congreß, wie ihn der Kaiser in Aussicht stellte, Theil nehmen werde. So brach Leopolds Lieblingsplan, womit er bis jetzt die Kriegslust der Ungeduldigen zu beschwichtigen gewußt, vor einem Momente leidenschaftlicher Erregung zusammen; es blieb ihm nun keine Ausflucht mehr, den Drängern zum Krieg seine Mitwirkung zu versagen. Die Stellungen waren mit einem Male vertauscht; die Nationalversammlung hatte die Rolle des drohenden und angreifenden Theils übernommen und der Kaiser befand sich in der peinlichen Alternative, entweder demüthig zurückzugehen oder sich zum Kriege nöthigen zu lassen. Denn schon am 25. Januar faßte die Versammlung den Beschluß, dem Kaiser eine entschiedene Erklärung abzufordern, und wenn sie nicht bis zum 1. März erfolgt wäre, den Krieg zu erklären. Wohl ward am 1. März der Krieg noch nicht erklärt, aber der Tag war darum nicht weniger bedeutungsvoll: es war der Tag, an dem Leopold II. starb und somit auch auf Seiten Oesterreichs die kriegerischen Gedanken das Uebergewicht erlangten.

Leopold hatte sich, seiner zähen und kaltblütigen Natur gemäß, nicht fortreißen lassen von den Leidenschaften des Augenblicks. Zwar erzählte man von ihm Aeußerungen, wie die: die Franzosen wollen den Krieg, sie werden sehen, daß Leopold der Friedfertige ihn führen kann — aber er ging aus seiner gemessenen Haltung nicht heraus. Er blieb fortwährend den extremen Richtungen abgeneigt, wollte mit der Emigrantenpolitik nichts gemein haben, und seine Rathschläge an den französischen Hof tragen, wie immer, das Gepräge der Mäßigung. Wir sind in der Lage, aus den unmittelbarsten Quellen die Stimmung der beiden deutschen Großmächte wiederzugeben, wie sie sich unter den wechselnden Eindrücken jener entscheidenden Wochen gestaltet hat. Die Berichte, welche in den ersten Tagen des Jahres 1792 nach Wien kamen, lauteten beunruhigend über die Situation in Paris; selbst Beobachter, die nicht zu den Pessimisten gehörten, schilderten eine „Explosion" als unvermeidlich und die Aussicht, auf friedlichem Wege zur Ordnung zu gelangen, als überaus gering. Die Frage des Krieges trat nun auch in Wien mehr in den Vordergrund, und die Möglichkeiten desselben wurden erwogen, wiewohl Kaunitz immer noch meinte: man solle nicht eher losbrechen, als bis man des Erfolges ganz sicher sei. Dagegen machten Andere geltend, daß

man wahrscheinlich keine Wahl mehr habe, da die Franzosen wohl selber zum Angriff schreiten würden.*)

Die Nachrichten, welche zur nämlichen Zeit dem preußischen Cabinet durch Goltz zukamen, lauteten noch keineswegs so allarmirend; dieser Diplomat lebte nach wie vor der Zuversicht, daß bei dem zunehmenden Mißcredit der Nationalversammlung, bei der Auflösung des Heeres und der Zerrüttung aller inneren Ordnung an Krieg nicht zu denken sei, wenn ihn nicht das Ausland geradezu provocire. In Berlin war man mit dieser Auffassung nicht ganz einverstanden; man bestritt die Thatsachen nicht, die Goltz meldete, aber man zog daraus andere Folgerungen. Ihre Mittheilungen, schrieb das Ministerium um Mitte Januar, beweisen uns nur, wie sehr die Nationalversammlung mit Blindheit geschlagen ist, daß sie mit so unzulänglichen Mitteln gleichsam ganz Europa herausfordert.**) Drum war man dort mit dem österreichischen Cabinet über die Gefahr der Lage einig und schärfte dem Gesandten in Paris dringend ein, mit der Erklärung nicht zurückzuhalten, daß Preußen jeden Einfall in die Grenzgebiete des deutschen Reiches als Kriegsfall betrachten werde.

Verkennen läßt sich nicht, daß in Berlin die Stimmung lebhafter war, als am österreichischen Hofe. Von hier meldete Jacobi noch am 18. Jan., daß nach seiner Ueberzeugung Leopold sich so wenig als möglich in den französischen Dingen compromittiren wolle; denn Spielmann habe ihm geradezu gesagt: man müsse zwischen der Sache des Königs und jener der französischen Prinzen wohl unterscheiden; die Absichten der Letzteren zu unterstützen, sei unmöglich; wenn nur das Wesentliche der monarchischen Formen erhalten werde, so sei das Mehr oder Weniger weder für Oesterreich noch für Preußen von großem Belang. Jene Unterscheidung zwischen dem König und den emigrirten Prinzen fand auch das preußische Cabinet in einer Depesche vom 23. Januar ganz gegründet; allein, fügte dasselbe hinzu, es ist nicht weniger wichtig, daß die Wendung, welche die Dinge in Frankreich nehmen, leicht ein ernsteres Einschreiten vor unserer Zeit nöthig machen kann. Drum fand auch die früher erwähnte Sendung Segurs in Berlin eine sehr kalte Aufnahme; man gab ihm wie einem andern Emissär, der für eine Allianz Frankreichs mit Preußen und den Seemächten arbeiten wollte, deutlich zu verstehen, daß dazu gar keine Aussicht sei.***) „Man wird zugeben, schrieb

*) Nach Depeschen Jacobi's vom 4., 7. und 11. Januar.

**) Bericht von Goltz vom 6., Noten des Ministeriums vom 12. und 16. Jan.

***) In Paris hatte Pethion in einer Unterredung mit Goltz den gleichen Versuch gemacht, worüber derselbe am 16. Jan. berichtete. Darauf erwiedert am 26. das preuß. Ministerium: comment peut-il entrer dans des têtes un peu saines que je puisse écouter à des propos d'alliance avec un pays, qui est sans gouvernement et à de telles propositions, me venant par un membre de la nouvelle admini-

darüber das Ministerium, daß, von allen anderen Betrachtungen abgesehen, es eine seltsame Verblendung ist, zu glauben, Frankreich werde in seiner gegenwärtigen Lage Mächte finden, die sich mit der Bürde eines solchen Verbündeten belasten wollten."

Es ist darnach leicht zu ermessen, wie die bekannten Januarbeschlüsse in Berlin angesehen wurden. Wir sind ungeduldig zu erfahren, schrieb das preußische Ministerium, wie man in Wien das wilde Decret der Nationalversammlung aufnehmen, und ob die entschiedene Neigung des kaiserlichen Hofes für gemäßigte Entschlüsse noch Stand halten wird gegen eine so insolente Sprache. Nun, auch in Wien machten die drohenden Demonstrationen tiefen Eindruck und Kaunitz verhehlte darüber seinen Unwillen nicht, aber er unterließ auch nicht beizufügen: daß ein Krieg mit Frankreich „bei der gegenwärtigen Stimmung der Geister" große Gefahren in sich tragen werde. In Berlin war man etwas ungeduldiger. Man fand, daß der Beschluß vom 25. Januar von einer Unschicklichkeit sei, die alle Grenzen überschreite, und daß der politische Wahnsinn die Mehrheit der Versammlung ergriffen habe. Selbst der Allerscharfsichtigste, meinte das Ministerium, wird es nicht verstehen, wie man ohne Geld, ohne Credit und inmitten von Unruhen und Spaltungen, welche das Reich von den Pyrenäen bis zum Rhein erschüttern, durchaus Europa herausfordern will, und zwar mit einer Keckheit, die, wie man sie auch betrachtet, kein Seitenstück in der Geschichte hat.*)

Leopold II. gab die Hoffnung noch nicht auf, den Frieden zu erhalten; er betonte immer wieder die Nothwendigkeit einer allgemeinen europäischen Verständigung und gab auch jetzt noch, wie die diplomatischen Berichte versichern, Rathschläge der Mäßigung an seine Schwester nach Paris; aber eine unmittelbare Wirkung hatten die letzten Eindrücke doch, sie beschleunigten den Abschluß des Bündnisses zwischen Oesterreich und Preußen, das im Juli vorigen Jahres in Aussicht gestellt war. Am 7. Febr. 1792 ward zu Berlin der Bundesvertrag unterzeichnet, worin sich beide Theile ihre Besitzungen verbürgten und zu gegenseitiger Hülfsleistung verpflichteten. Zwar wollten sie beide für Erhaltung des Friedens arbeiten und, wenn eine von beiden Mächten durch eine Invasion bedroht würde, ihre guten Dienste anwenden, um dieselbe zu verhindern. Indessen, wenn das fruchtlos bliebe und ein wirklicher Angriff erfolgte, wollten sie sich mit einem Corps von 20,000 Mann unterstützen. Die Seemächte, Rußland und Sachsen sollten zum Beitritt eingeladen, über die Aufrechthaltung der deutschen Verfassung in ihrer ganzen Integrität, so wie sie durch die Gesetze und vorausgegangenen Tractate festge-

---

stration, tandis que je ne connais que la personne du Roi T. C. dans les relations et les communications d'affaires entre la Prusse et la France?

*) Minist. Depeschen an Jacobi vom 29. Jan., 5. und 6. Febr., an Goltz vom 26. und 30. Jan.

setzt worden, sorgfältig gewacht werden. In Separatartikeln war die gemeinsame Thätigkeit für das europäische Concert, die gegenseitige Hülfe im Falle innerer Unruhen und die Sorge für Polens Integrität und Freiheit verabredet.

Die erregtere Stimmung in Preußen hatte also die Bedenken alle überwunden, die noch ein halbes Jahr vorher das Berliner Cabinet bestimmten. Ich bin begierig, sagte das Ministerium jetzt, ob der Abschluß der Allianz dem Wiener Hofe nicht mehr Zuversicht und Kraft geben wird. Ohne Zweifel fühlte man sich in Wien dadurch besser gedeckt, aber kriegslustig war man darum noch nicht. Vielmehr stellte sich bald heraus, daß Leopold II. bis an die äußerste Grenze der Nachgiebigkeit gehen werde, um einen Krieg zu vermeiden, zu dem Oesterreich in seiner damaligen Lage die innere Festigkeit und die Mittel zu fehlen schienen.*) Ja noch zwei Tage nach Leopolds Tod sprach man in Berlin die Ueberzeugung aus, daß Oesterreich den friedfertigsten Gang einhalten und die ganze Reihe von Entwürfen einer Einmischung schließlich in Rauch aufgehen würden.

Einen andern Sinn sollte auch die Erklärung nach Paris nicht haben, worin (17. Febr.) der Kaiser die bekannten Kundgebungen vom Januar beantwortete. Die Deutung, die man in Frankreich seinen früheren Schritten gegeben, war darin mit Thatsachen zurückgewiesen und der Wahrheit gemäß hervorgehoben, wie er sich nur unablässig bemüht, einerseits die Rüstungen der Emigranten abzustellen, andererseits jeden Act der Gewalt vom deutschen Reichsgebiete abzuwehren. Was den beabsichtigten Congreß der europäischen Mächte anging, der in den Januardebatten so viel Sturm auf der Tribüne der Nationalversammlung erregt, so erinnerte die kaiserliche Note an die Lage des Königs seit seiner Gefangennehmung bis zur Vollendung der Constitution, durch welche allein ein solcher Plan hervorgerufen und gerechtfertigt

---

*) So Jacobi am 11. und das Ministerium am 15. Februar. Auch in einer Depesche vom 19. spricht das Letztere von den dispositions vacillantes du cabinet de Vienne. Ebenso die vom 3. März, die zugleich hinzufügt, man sei zu weit gegangen, „pour ne pouvoir échapper entièrement au danger de se voir compromis, danger cependant qui doit retomber tout entier sur la cour Imperiale." Der letzte Vorschlag Leopolds war dahin gegangen, die Forderungen der vereinigten europäischen Mächte sollten sich auf folgende Punkte beschränken: Zurückziehung der Armeen von den Grenzen, Herstellung der beschädigten Reichsfürsten, Rückgabe von Avignon, Anerkennung der bestehenden Verträge, Sicherheit des Königs und seiner Familie, Verhinderung republikanischer Bestrebungen. Die beiden letzten Sätze schlug Preußen vor wegzulassen, um nicht Ludwig XVI. dem Verdachte der Mitwissenschaft auszusetzen und dafür die Auflösung des Jacobinerclubs zu verlangen. Auch hielt es P. für das Wünschenswertheste, wenn die französische Nation den König zum Vermittler zwischen sich und Europa bestelle. Für dieses Programm sollte jede der Mächte 40,000 (nach P.'s Vorschlag 50,000) Mann aufstellen. (Note an Goltz d. d. 10. Februar 1792.)

worden war. Seit der Annahme der Verfassung habe jener Verein des Kaisers mit den Mächten nur noch eventuell bestanden und auch dies nur aus Gründen, welche in den inneren Zuständen Frankreichs gelegen seien. Die zunehmenden Symptome von Unsicherheit und Gährung, welche der königlichen Familie ein ähnliches Schicksal, wie früher, zu bereiten drohten, Symptome, die wohl nicht den Rüstungen der Emigranten, sondern dem wachsenden Einflusse der republikanischen Partei zuzuschreiben seien, die Gräuelscenen, welche die nämliche Partei verschuldet, der künstlich angefachte Kriegslärm, den eben diese Fraction zu unterhalten suche, weil sie durch die Rückkehr von Ruhe und Ordnung ihren politischen Einfluß gefährdet sehe, die herausfordernden Reden und Rüstungen, womit man, wie es scheine, das Ausland zum Krieg zu reizen wünsche, Beschlüsse, wie der vom 25. Januar, unter dem Einfluß jener Partei gefaßt, dies Alles sei Grund genug für das Ausland, den inneren Zustand Frankreichs nicht für so günstig anzusehen, wie die Noten des französischen Ministeriums. Gleichwohl werde der Kaiser sich aus seiner gemäßigten Haltung nicht verdrängen lassen, zumal er die Ueberzeugung hege, daß die Mehrheit der Nation diesen und ähnlichen Vorgängen fremd sei. Eine Note von Kaunitz, welche dieser Staatsschrift beigegeben war, zeichnete die jacobinische Partei sammt ihrem Treiben noch schärfer und nannte sie geradezu bei ihrem Namen; ob der gesetzwidrige Einfluß dieser Secte über Gerechtigkeit, Wahrheit und das öffentliche Wohl der Nation den Sieg davontragen werde, das sei die Frage, von deren Beantwortung alle andern abhingen.

Es fragt sich, ob es in diesem Augenblick von Leopold, der noch immer den Frieden wollte, geschickt gehandelt war, durch diese Ausfälle Oel in's Feuer zu gießen und die peinliche Lage des Königs zu verschlimmern; auch war diese Art von politischer Lection über die innere Lage eines anderen Staates ungewöhnlich. Allein die Thatsachen, auf die er anspielte, waren unzweifelhaft wahr. Daß daher die Jacobiner murrten, wie sie sich und ihre Künste so treu geschildert sahen, daß ein Mensch, wie Bazire, die kaiserliche Erklärung ein „Pamphet" nannte, und daß die Kriegsagitatoren in den Clubs und der Presse die Erklärung in ihrer Weise ausbeuteten, das Alles war sehr begreiflich; die Wahrheiten, die Leopold aussprach, gingen zu sehr ins Fleisch, als daß die Getroffenen nicht hätten aufschreien sollen. Aber auch in die Geschichtsschreiber ist, wie auf Verabredung, die Sage übergegangen und selbst die Emigrantenliteratur hat mit eingestimmt, daß der „nationale Stolz in Frankreich sich empört habe gegen die drohenden Rathschläge des Auslandes."*) Wir finden in den Verhandlungen des Tages, wo jene Actenstücke der Versammlung mitgetheilt wurden, nichts davon; die Sitzung verläuft im Ganzen ruhig, das Ministerium geht mit einer leisen Mißbilligung über die

*) So sagen z. B. die Mémoires d'un homme d'état I. 198.

Stellen hinweg, welche den inneren Zustand Frankreichs betreffen, und spricht unter dem Beifalle der Versammlung seine lebhafte Freude aus über die „friedlichen und freundschaftlichen Eröffnungen des Kaisers." *) Der diplomatische Ausschuß der Versammlung aber ist nichts weniger als aufgeregt und es dauert über eine Woche, bis die Jacobiner im Stande sind, die Note in ihrem Sinne auszubeuten. Man sah also in Paris die Erklärung vom 17. Febr. nicht anders an, als sie Leopold II. betrachtet wissen wollte; aber der Zustand der französischen Hauptstadt war allerdings so unberechenbar geworden, die Partei des Krieges und der Bewegung so rührig und unbedenklich in ihren Mitteln, der Royalismus so ohnmächtig, die Constitutionellen so rathlos und kurzsichtig, daß der Bruch doch mit jedem Tage wahrscheinlicher ward, auch wenn der Wiener Hof sich zu den furchtsamsten Erklärungen verstanden hätte.

An demselben Tage (1. März), wo der Nationalversammlung die letzte Note vorgelegt ward, war Leopold II. ebenso rasch wie unerwartet gestorben; es war begreiflich, daß man in der aufgeregten Zeit an Vergiftung denken konnte, während eine andere Ueberlieferung jener Tage den schnellen Tod dem übermäßigen Genuß sinnlicher Reizmittel Schuld gab.**) Die Kürze der Regierung Leopolds und der stürmische Drang der Zeiten, die zunächst folgten, sind Ursache gewesen, daß der Eindruck im Ganzen weniger tief ging, als es sonst wohl der Fall gewesen wäre. Man lernte diesen feinen, florentinischen Politiker, der mit seiner geschmeidigen Consequenz, seinem kalten Blute und seiner Mäßigung so rasch die schlimmsten Niederlagen gut gemacht, die Josephs II. heißblütige Staatskunst Oesterreich bereitet, erst dann recht schätzen, als bittere Erfahrungen zeigten, wie wenig er ersetzt war. Für die deutsche

---

*) S. Moniteur de 1792 No. 63. Damit stimmen die Berichte von Goltz überein (von 2. u. 5. März), die bis zur Anklage des Ministeriums die Ueberzeugung festhalten, der Erfolg jener Depesche werde ein friedlicher sein.

**) Der Bericht des Wiener Cabinets an den deutschen Reichstag schilderte die letzten Tage L.'s mit den Worten: S. M. l'Empereur fut surpris le 28. fevrier d'une fièvre rhumatique avec attaque de la poitrine; on s'opposa d'abord à la violence du mal avec les saignées et les remèdes nécessaires. Le 29. fevrier la fièvre augmenta. On saigna trois fois avec quelque soulagement; mais la nuit suivante était bien inquiete et abattait beaucoup les forces. Le 1. mars l'Empereur commença à vomir avec des horribles agitations et rendait tout ce qui'l prenait. A trois heures et demie après midi en vomisant il expira. (Aus der Reichstagscorrespondenz.) Das Gerücht eines gewaltsamen Todes war übrigens so allgemein, daß das pr. Ministerium darüber bei Jacobi anfragte. Dieser gab in einem Bericht vom 31. März den Bescheid, daß solche Gerüchte auch in Wien verbreitet gewesen, und man sogar habe wissen wollen, schon zu Prag sei dem Kaiser Gift beigebracht worden, aber der Verlauf der Krankheit und die Section widersprächen dem Verdacht.

und europäische Weltlage war der Tod insofern von Bedeutung, als damit eine der letzten Stützen des Friedens zusammenbrach; dies Gefühl sprach sich am bezeichnendsten in der schlecht verhehlten Schadenfreude aus, womit die französische Emigration die Todesbotschaft aufnahm. Der vierundzwanzigjährige Nachfolger, Erzherzog Franz, noch ohne politische Erfahrung und von mittelmäßigen Leuten umgeben, ließ sich wahrscheinlich leichter von der kriegerischen Strömung des Tages lenken, als der Vater; wir erinnern uns ja, daß der preußische General, der die Kriegsplane verabreden sollte, bei ihm weitaus die freundlichste Aufnahme fand und daß schon damals der Thronfolger den Widerwillen gegen die neue preußische Allianz nicht theilte, der bei den Anhängern der überlieferten österreichischen Politik so natürlich war und von dem sich auch wohl Leopold nicht ganz frei wußte. Im Allgemeinen galt es denn auch als ausgemacht, daß Franz II. eher zum Kriege neige, als sein Vater. Der neue Regent, so berichtete der preußische Gesandte unmittelbar nach seiner Thronbesteigung, sei von zarter Constitution und müsse alle anstrengenden Bewegungen und Vergnügungen meiden. Er gelte für religiös und mitleidig, aber auch für eigensinnig und mißtrauisch, namentlich gegen seine Brüder, sei kein Beschützer von Adel und Clerus und neige wohl mehr zu Rußland, als Leopold II. Für die Verbindung mit Preußen äußere er sich sehr warm; diese Allianz, sage er, sei das Beste, was sein Vater gemacht habe. Was man sonst von seiner Stimmung vernahm, deutete eher auf eine Beschleunigung des Krieges, als auf längeres Abwarten. Manches Wort von Kaunitz freilich erinnerte wieder an die Taktik Leopolds und in Berlin war man in der zweiten Hälfte März noch immer in Zweifel darüber, ob Oesterreich sich nicht im entscheidenden Moment zurückziehe.*)

Inzwischen war in Paris die Partei, welche durch den Krieg den Triumph der Demokratie zu erreichen hoffte, mit ihrem Plane ins Reine gekommen: das noch monarchisch gesinnte Ministerium sollte gestürzt, die Kriegserklärung gegen Oesterreich durch Erhitzung der Leidenschaften im Sturme erlangt werden. Der diplomatische Ausschuß der Versammlung zeigte sich in seiner Mehrheit nicht geneigt, der Exaltation der Clubs zu dienen; drum rüstete sich die Gironde zu einem Hauptschlage. Neun Tage, nachdem die Versammlung den Bericht des Ministers vernommen und den Friedenshoffnungen, die er an Leopolds letzte Erklärung geknüpft, Beifall zugerufen, bestieg Brissot die Rednerbühne, um durch ein Anklagedecret Delessarts das Ministerium zu

*) Eine minist. Depesche vom 17. März spricht noch ihr entschiedenes Mißtrauen gegen den Ernst kriegerischer Gesinnungen in Wien aus. L'essentiel serait seulement de savoir enfin positivement à quoi s'en tenir à cet égard, pour se regler en consequence et empêcher au moins qu'on ne soit compromis par une marche incertaine et equivoque ou par des declarations qui ne seraient pas soutenues.

sprengen und einer jacobinischen Verwaltung den Weg zu bahnen. In einer Advocatenrede voll Uebertreibungen und Trugschlüssen, die aber für ihren Zweck meisterhaft berechnet war, wußte er darzuthun, wie Leopold schon seit Jahresfrist gegen Frankreich thätig gewesen, wie sein Verein mit den europäischen Mächten nur eine schlecht verhüllte Verschwörung gegen die französische Nation sei und der Minister Delessart dem Allem gegenüber eine Haltung eingenommen, welche die Anklage auf Hochverrath rechtfertige.*) Alle die Künste demagogischer Verdächtigung und Verdrehung der Thatsachen, worin der Jacobinismus jetzt und nachher seine Meisterschaft bewies, waren in dieser Rede angewendet; sie und die Verhandlung, in welcher die Girondisten das große Wort führten, erscheint wie ein rechtes Muster der Taktik, welcher ein Jahr später die Partei selbst verdienter Maßen erlegen ist. Die Anklage gegen Delessart ward in tumultuarischer Eile durchgesetzt, das monarchische Ministerium dadurch gesprengt und dem König ein Ministerrath von jacobinischer Färbung aufgedrungen. Die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten in dem neuen Cabinet fiel an Dumouriez, einen äußerst fähigen aber durchaus grundsatzlosen Intriguanten, der es in diesem Augenblick seinem Interesse gemäß fand, mit der Gironde und ihren Kriegsagitationen gemeinschaftliche Sache zu machen. Er vertauschte sogleich die friedfertige und vermittelnde Sprache, wofür man seinen Vorgänger vor Gericht gestellt, mit jenem barschen, trotzigen und kurz angebundenen Tone, der wohl in der Diplomatie ungewohnt war, aber dem Geschmack der Clubs und Tribünenredner um so besser mundete. Noch am 18. März hatte Kaunitz dem französischen Gesandten in Wien eine Erklärung gegeben, welche über die Linie der früheren Aeußerungen nicht hinausging; an dem nämlichen Tage richtete Dumouriez eine Eröffnung nach Wien, die zuerst jenen gebieterischen Ton anschlug. Eine zweite Note vom 27. März verlangte eine „categorische Antwort“; der Wiener Hof müsse, wenn er Frieden haben wolle, alle Verträge auflösen, die er ohne Frankreichs Vorwissen und in feindseliger Absicht gegen dasselbe abgeschlossen, auch die Truppen ohne Säumen zurückziehen. „Wenn diese Erklärung, hieß es wörtlich, nicht durchaus rasch und unumwunden erfolgt, so wird der König nach Ankunft des nächsten Couriers den Krieg als erklärt betrachten und die ganze Nation, die nach einer raschen Entscheidung seufzt, wird ihn mächtig unterstützen. Versuchen Sie diese Unterhandlung, wie es auch sei, vor dem 15. April zu beendigen. Wenn wir von jetzt bis dahin hören, daß die Truppenzüge an unserer Grenze fortdauern

*) Delessart selber hatte sich gegen Goltz kurz vorher über die Erwähnung des europäischen Concerts beklagt. Cette phrase semblait au Sr. de Lessart propre par son ambiguité à telle interpretation que les Puissances concertées voudroient lui donner dans la suite jusqu'à attaquer la constitution française (Goltz am 27. Januar.)

und sich mehren, dann wird es uns nicht mehr möglich sein, den gerechten Unwillen einer stolzen und freien Nation zurückzuhalten, die man zu erniedrigen, einzuschüchtern und hinzuhalten sucht, bis alle Vorbereitungen zum Angriff fertig sind."*) Ein Brief in ähnlichem Sinne, den man Ludwig XVI. hatte schreiben lassen, ward gleichzeitig durch einen besonderen Abgesandten nach Wien gebracht.

Selbst Leopold II., wäre er noch am Leben gewesen, hätte es schwerlich vermocht, diesem kriegslustigen Drängen gegenüber seine friedfertige Haltung zu bewahren; wie viel weniger sein Nachfolger, für den manche Bedenken, die auf den Vater gewirkt, nicht vorhanden waren! Die Erklärungen, die Graf Cobenzl als Antwort auf das Dumouriezsche Ultimatum am 4. April ertheilte, waren im Tone gemäßigt: aber ihr Inhalt ließ nach der Lage, wie sie in Paris war, keine Aussicht mehr auf friedliche Ausgleichung. Wenn Oesterreich entwaffnen und sein Einverständniß mit den anderen Mächten auflösen sollte — so lautete der Bescheid des österreichischen Ministers — so müsse Frankreich für's Erste die beeinträchtigten deutschen Reichsfürsten befriedigen, dann dem Papst wegen Avignon Genugthuung geben und endlich im Innern Einrichtungen treffen, „die der Regierung hinlängliche Macht gäben, Alles zu unterdrücken, was die anderen Staaten beunruhigen könnte." Im Uebrigen berief man sich auf die früheren Erklärungen, zunächst die vom 18. März.**)

Schwerlich hatten Dumouriez und seine Freunde etwas Anderes erwartet und gewünscht, als sie den hohen Ton ihrer letzten Erklärungen anschlugen; sie wollten die zögernden Bedenken, die in Wien immer noch vom Kriege abmahnten, durch ungestümen Trotz überwältigen und der österreichischen Politik keine Wahl mehr lassen, als die zwischen Krieg und schmachvoller Nachgiebigkeit. Nun, da man in Wien zur letzteren sich nicht hatte entschließen können, war die Kriegspartei in Paris auf's Eifrigste bemüht, den rührig vorbereiteten Bruch zu beschleunigen. Am 20. April erschien Ludwig XVI. in der Nationalversammlung mit dem Antrag, den Krieg an den König Franz von Böhmen und Ungarn zu erklären, und die Versammlung beeilte sich, tumultuarisch und wie berauscht, ohne Prüfung und ohne eigentliche Debatte, den Krieg zu beschließen.

Wir kennen kaum ein Beispiel in der Geschichte, wo selbst ein kleiner Kampf mit solch unüberlegter Hast entschieden worden wäre, wie es hier der Fall mit einem Kriege war, der fast ein Menschenalter die Geschichte der Welt ausgefüllt hat. Es gehörte der ererbte französische Leichtsinn und die blinde Hitze des Parteigeistes dazu, um ohne Geld, ohne Armeen, ohne Vorräthe, mitten in der wildesten inneren Zerrüttung einen Fehdehandschuh hin-

*) Die angeführten Actenstücke s. bei Reuß, Bd. XXXVI. S. 220 und Moniteur de 1792 no. 109.

**) S. Moniteur no. 111.

zuwerfen, den, wie man sich wohl sagen konnte, ohne Zweifel nicht Oesterreich allein aufnehmen würde. Aber seltsamer Weise meinte jede der verschiedenen Parteien in Frankreich ihr Ziel auf diesem Wege zu erreichen, auch wenn dabei jede von einer anderen Berechnung ausging. Die Einen hofften im Kriege den Rest von monarchischen Formen abschütteln und auf den Trümmern des Thrones ihre papierne Republik aufrichten zu können, die Anderen sahen aus der Feuerprobe eines auswärtigen Kampfes eine neue Heeresmacht und im Bund mit ihr die militärische Dictatur hervorgehen, deren die innere Zerrüttung zu bedürfen schien. Ehrenwerthe Patrioten wünschten den Kampf, weil sie der tröstlichen Hoffnung lebten, ein gesunder Krieg werde die schwüle Atmosphäre reinigen und statt der schmutzigen und gemeinen Leidenschaften, wie die Anarchie sie erzeugte, alle besseren zum Leben wecken; mit ihrem Wunsche stimmten wieder die gewissenlosesten Factionsleute überein, denen ihr Instinct sagte, daß eine furchtbare Krisis, wie die, welche man heraufbeschworen, anderer Menschen und anderer Mittel bedürfe, als Doctrinäre und Enthusiasten sie bieten können oder mögen.

Mächtiger als alle diese Wünsche und Berechnungen wirkte freilich zu der Katastrophe der tiefe, unversöhnliche Gegensatz zwischen dem feudalen Europa und der Revolution, ein Gegensatz, dessen man sich auf beiden Seiten wohl bewußt war. Drum, so viele persönliche Beweggründe und Leidenschaften auf den Kriegsact vom 20. April 1792 auch hinwirkten und ihn beschleunigten, man kann doch immer glauben, daß es in der Macht irgend eines Menschen und seiner diplomatischen Geschmeidigkeit gelegen hätte, den früher oder später unabwendbaren Bruch aufzuhalten. Es war die Idee einer europäischen Propaganda so sehr im Wesen und in den ersten Anfängen der Revolution begründet, daß unvermeidlich einmal der Zusammenstoß mit den alten feudalen Ordnungen Europas erfolgen mußte; constitutionell oder republikanisch eingerichtet, von einem revolutionären Club oder einem Militärdictator beherrscht, m u ß t e das Frankreich von 1789 angreifend zu Werke gehen, wenn sich nicht etwa die alten Staaten Europas freiwillig und friedfertig der neuen Strömung von Westen unterwerfen sollten. Dieser inneren Nothwendigkeit der Dinge gegenüber waren alle jene Vorgänge außerhalb Frankreichs, Pillnitz wie Koblenz, nur von untergeordneter Bedeutung; die Revolution, wie sie gleich am 4. August mit dem alten Staatsrecht auch das alte Völkerrecht umwarf, verfuhr angreifend und mußte so verfahren, wenn sie ihre innerste Natur nicht verleugnen wollte. Der Congreß zu Pillnitz, der österreichisch-preußische Bund vom 7. Februar, selbst die Emigration mit ihren Rüstungen hat dazu im Verhältniß wenig beigetragen; aber sie gaben willkommenen Stoff an die Hand, auf der Tribüne, in der Presse und dem Club über die Kränkungen zu klagen, welche der französischen Nation und ihrer Ehre widerfahren seien.

Die Vorgänge, die wir zuletzt erzählt haben, berührten das deutsche Reich auf's allernächste. Auch wenn seine geographische Lage ihm gestattet hätte, bei dem drohenden europäischen Zusammenstoß ruhiger Zuschauer zu bleiben, so ließ ihm das politische Verhältniß, in dem es sich befand, keine Wahl zwischen Krieg und Frieden. Es war gleich nach dem Tode Leopolds Niemanden zweifelhaft, daß König Franz von Böhmen und Ungarn dessen Nachfolger in der Kaiserwürde sein werde; seine Erwählung machte es fast unvermeidlich, in den Krieg einzutreten, zumal der seltene Fall vorlag, daß beide deutsche Großmächte, diesmal durch eine Allianz verbunden, den Kampf gegen die Revolution gemeinsam aufzunehmen entschlossen schienen. Der Gegenstand des Krieges berührte zudem das Reich noch näher, als Oesterreich; gegen seine überlieferte feudale Ordnung mußte der Angriff der Revolution sich fast zuerst wenden und selbst die Beeinträchtigung der einzelnen Fürsten war nur ein kleines Vorspiel von dem, was bevorstand, wenn die siegreiche Revolution einmal die französischen Grenzen überschritt. Die Lebhaftigkeit, womit der Reichstag jene Beschwerden behandelt hatte, zeigte klar, daß ein großer Theil des Reiches sich bereits zu einer Zeit als beleidigt ansah, wo Oesterreich und Leopold II. die Aussicht einer friedlichen Vermittelung noch nicht aufgegeben hatten.

Der Tod des Kaisers war in einem Augenblicke erfolgt, wo die Gesammtheit der Lage schon den nahen Bruch erwarten ließ. Unter dem Eindruck dieser Nachricht und der übrigen Ereignisse fühlte sich selbst die so schwerfällige Maschine des Reichstages zu Regensburg zu einer ungewohnten Regsamkeit angespornt. Oesterreich konnte nun mit dem Antrag hervortreten, bei „den jetzigen kritischen Umständen“ den Wahltag schnell und ohne große Kosten in Regensburg abzuhalten, und wenn auch Kurmainz die Wahl wie gewöhnlich nach Frankfurt ausschrieb, so schlug es doch zugleich vor, dieselbe zu beschleunigen, die Zahl der Gesandten, die Festlichkeiten und Formen abzukürzen, sich mit der Wahlcapitulation kurz zu fassen, und diese Anträge fanden Beifall. Ein Streit, der zwei Jahre zuvor die Zeit des Interregnums in sehr widerwärtiger Weise ausgefüllt — das Verhältniß der Reichsvicarien zum Reichstage — fand diesmal eine raschere Erledigung. Es galt schon für ein gutes Zeichen, daß Pfalzbaiern jetzt in seinen Ausschreiben die Titulaturen nach dem Wunsche der Reichsstände feststellte und dadurch eine Quelle unsäglichen Zankes abschnitt; auf der andern Seite thaten die Kurstimmen von Brandenburg und Braunschweig einen verständigen Schritt, indem sie, um die Frage vom Verhältniß der Reichsverweser zum Reichstage schnell zu lösen, mit dem Antrag hervortraten, die beiden Vicarien sollten einen Principalcommissarius ernennen und unter dessen Leitung dann auch während des Interregnums die Reichstagsgeschäfte fortgesetzt werden. Damit wäre denn der vielbesprochene Zweifel gelöst gewesen, ob und wie der Reichstag ohne Reichsoberhaupt thätig sein könnte? Wohl fehlte es auch jetzt nicht an man-

nigfaltigen Schwierigkeiten und weitläufigen Schreibereien; Oesterreich sah eine solche Permanenz des Reichstages ungern, ein Theil der Reichsstände beharrte in eigensinniger Opposition gegen das Ansinnen, den Reichstag von den Vicarien geleitet zu sehen, und die Reichsverweser selbst waren wegen der Titulatur nicht ganz unbesorgt, wollten sich auch das Recht vorbehalten, Beschlüsse, die ihnen bedenklich schienen, zu suspendiren. Aber man kam bei allem dem doch einmal zum Ende; Oesterreich ließ das Unangenehme geschehen*), die Reichsverweser einigten sich in leidlich kurzer Zeit und am 18. Mai konnte der zum Principalcommissarius ernannte Bischof von Freisingen, unter der stillschweigenden Opposition einer kleinen Minderheit, sein Amt antreten. So ward noch vor der letzten deutschen Kaiserwahl eine vielbestrittene Frage entschieden, deren Erledigung freilich nur dies eine Mal eine praktische Bedeutung hatte.

Indessen war der Krieg zwischen Oesterreich und Frankreich unvermeidlich geworden; es mußte sich nun zeigen, ob die Wehrkraft des Reiches so furchtbar war, wie die drohenden Reden, welche bei der elsasser Entschädigungsdebatte gefallen waren. Oesterreich und Preußen regten schon im April bei den vorderen Reichskreisen die Erneuerung einer Association an, wie sie wohl früher, z. B. in der Zeit des spanischen Erbfolgekrieges, nicht ohne Nutzen gegründet worden war. Aber seit dieser Zeit war der Verfall aller Reichsinstitute mächtig fortgeschritten und von den mittleren und kleineren Reichsständen — so stolz zum Theil ihre Reden in Regensburg geklungen — war keinerlei nennenswerthe Hülfe zu erwarten; wo die Ohnmacht nicht die Schuld trug, wirkte böser Wille mit. Das eine galt von den meisten Zwergstaaten der schwäbischen und rheinischen Kreise, die andere Erfahrung ward jetzt zunächst an Pfalzbaiern gemacht. Dumouriez kannte seine Leute vortrefflich, wenn er gleichzeitig mit der Kriegserklärung in trotzigem Tone zu München eine kategorische Antwort darüber verlangte**): ob der Kurfürst der Coalition oder Association beigetreten sei? In diesem Falle würde man die pfälzischen Lande mit derselben Feindseligkeit behandeln, wie das Gebiet des Königs von Ungarn. Der Minister Karl Theodors erklärte: der Kurfürst wisse von keiner Association, noch weniger sei er darum angegangen worden; er sei bisher bestrebt gewesen, mit Frankreich in guter Harmonie zu bleiben, und wäre gesonnen, davon nicht abzugehen; nur wenn das deutsche Reich angegriffen würde, müsse er als Reichsstand an den Vertheidigungsanstalten Theil nehmen. Am Reichstage aber überreichte Pfalzbaiern (6. Mai) eine Vorstellung,

---

*) In einem Rescript von König Franz an Kursachsen (d. d. 28. April) heißt es: „Weit entfernt, die Vereinigung hierüber im Geringsten durch Parteilichkeit zu erschweren, haben wir unserem königlichen Comitialen aufgetragen, sich hierüber ganz leidend zu verhalten.“ (Aus der angeführten Reichstagscorrespondenz.)

**) Nach der Reichstagscorrespondenz.

die unter wortreichen Versicherungen patriotischen Eifers eine Reihe von Bedenken gegen die kriegerische Rüstung der vorderen Reichskreise erhob, ihre hülflose Lage schilderte und zu erwägen gab, ob sie nicht in ihre ausgesetzten Lage bei einer Theilnahme am Kriege würden der gänzlichen Zerstörung unterworfen sein? Es war das erste Lebenszeichen der pfalzbairischen Neutralitätspolitik, die wir nachher durch alle Kriegsläufe werden verfolgen können, und die es schon 1792 und 1793 zu einem gewissen Einverständniß mit dem Reichsfeind gebracht hat. Für jetzt fand jene Kundgebung noch eine sehr unwillkommene Aufnahme bei Oesterreich und Preußen; die Gesandten beider Mächte erklärten mündlich dem Reichstage (12. Mai), sie würden das Gebiet aller bedrohten Reichsstände schützen, aber auch erwarten, daß die Reichsstände schnell und thätig die schuldige Unterstützung leisteten. In welcher Weise diese Leistung erfolge, wolle man den Einzelnen überlassen; wenn sie „ohne Verzögerung und redlich“ geschehe, werde sie immer willkommen sein. „Sollte man aber gegen alle Erwartung die Frage aufwerfen, ob es sich um Defensionsanstalten für das ganze Reich, oder nur um Sicherstellung der österreichischen Provinzen handle, und würde ein Reichskreis oder ein Reichsstand sich berechtigt glauben, eine solche Frage auf eine Art zu beantworten, durch die er sich der Last der mitwirkenden Unterstützung zu unterziehen gedächte, so wäre dies allerdings höchst bedauerlich. Beide Höfe müßten es aber geschehen lassen und würden dann Ihre Vertheidigungsanstalten auf die eigenen Provinzen und auf die mit ihnen verbundenen Reichstände beschränken. Wohl wären sie berechtigt nach dem Grundsatz zu handeln, wer nicht für uns ist, ist wider uns; allein weit entfernt, die Verlegenheit der Reichsstände zu vermehren, würden sie sich herzlich freuen, wenn die von ihnen getrennten Reichsstände so glücklich sind, ein anderes Mittel zu finden, die bestehende Verfassung ihrer Länder vom Untergange zu retten und sich vor den unabsehbar unglücklichen Folgen eines an den Grenzen wirklich ausgebrochenen Krieges sicherzustellen.“

So sah es mit der Einheit und Wehrkraft des Reiches in einem Augenblick aus, wo die Gelegenheit günstiger als je gegeben schien, alte Unbilden durch neue Siege den Franzosen zu vergelten. In Paris hatte man in unbeschreiblichem Leichtsinn zum Kriege gedrängt, während die Kassen leer waren, Handel und Industrie dem Ruin verfielen, der Credit verschwand, die nöthigsten Zurüstungen versäumt waren, die Ordnung und Zucht des alten Heeres sich vollends auflösten. Leichtfertig, wie man den Krieg beschlossen, ward er auch geführt. In der trügerischen Hoffnung auf starke revolutionäre Sympathien in Belgien hatte Dumouriez den Plan entworfen, gleich nach der Kriegserklärung auch den Angriff zu beginnen und in den letzten Tagen des April Belgien zu überfallen. Ein Corps von etwa zwölftausend Mann sollte von Givet gegen Namur vorgehen, eine gleich starke Macht von Valenciennes auf Mons rücken, kleinere Abtheilungen Tournay

und Furnes bedrängen. Am 29. April rückte Biron mit 12,000 Mann gegen Mons und stieß bei Jemappe auf ein österreichisches Corps von nicht einmal 4000 Mann; er wagte nicht anzugreifen, sondern trat am andern Morgen, sobald die Oesterreicher vorrückten, den Rückzug an, der durch die Verfolgung der Oesterreicher verlustvoll genug ward. Ebenfalls am 29. war Theobald Dillon mit 3000 Mann gegen Tournay vorgegangen, ließ sich aber von drei Bataillons und einigen Schwadronen Oesterreicher so in Angst jagen, daß er, ohne ein Gefecht zu liefern, in wilder Verwirrung nach Lille zurückfloh. Lafayettes Unternehmung nach Namur, zu der er sich am 30. in Bewegung gesetzt, unterblieb nach diesen Unfällen. Die Zuchtlosigkeit im Heere, die Unfähigkeit der Führer und das gegenseitige gerechte Mißtrauen, das Beide gegeneinander erfüllte, hatte den schmachvollen Ausgang verschuldet; die Ermordung Dillons durch seine Soldaten krönte dann die Schande dieser Tage.

Dieser erste kriegerische Angriff der Revolution enthüllte den sträflichen Leichtsinn, womit die Tribünenredner und Clubmänner in Paris die Katastrophe des Kampfes heraufbeschworen hatten. Wenn jetzt das Reich in mäßiger Rüstung gewesen, wenn die Heereskraft Oesterreichs und Preußens rasch an die Grenzen geführt worden wäre, welchen Erfolg hätte ein Angriff haben müssen, der die nach Birons und Dillons Niederlagen völlig demoralisirte Armee in den Niederlanden traf! Es ist eine ganz geläufige Meinung, den Plan eines Krieges gegen Frankreich im Jahre 1792 als eine außerordentliche Vermessenheit anzusehen, deren verdiente Strafe dann der schlechte Erfolg gewesen; die Geschichtschreibung der Franzosen hat es dabei nicht an den nöthigen Lobpreisungen eigenen Verdienstes fehlen lassen, und wir in Deutschland haben dem in der Regel nachgebetet. Und doch liegt die Ursache der Unfälle, die nun über Deutschland hereinbrachen, viel weniger in dem Entschluß zum Kriege selbst, der ja auf unserer Seite kaum mehr ein freiwilliger war, als in der Art, wie man den einmal beschlossenen Krieg führte. Was die politische Ordnung des Reiches dazu beitrug, war freilich nicht gering anzuschlagen und auch so leicht und rasch nicht zu ändern; aber auch von den noch vorhandenen Mitteln ward ein so unzeitiger und unvollkommener Gebrauch gemacht, jetzt und später die kostbarsten Momente mit solchem Ungeschick versäumt, daß wohl die Ansicht hat Geltung erlangen können, eben nur an der unwiderstehlichen Gewalt der Revolution und an der kriegerischen Unbesiegbarkeit der Franzosen habe der deutsche Angriff sich machtlos gebrochen. Eine ganz vorurtheilsfreie Betrachtung zeigt das Gegentheil: jetzt im Frühjahr und Sommer 1792, und noch ein Jahr nachher, war die Waffenmacht und Kriegskunst der alten Staaten den Franzosen und ihrer Revolution nicht nur völlig gewachsen, sondern unstreitig überlegen und es war nur die Schuld der Führer und der angewandten Mittel, daß diese Ueberlegenheit im Ganzen und im Einzelnen den Erfolg nicht ge-

habt hat, den sie haben konnte. Im Sommer 1792 und 1793, gegenüber zerrütteten Armeen und vertrauenslosen Führern, bei voller Auflösung der Staatsordnung, drohendem Bankerutt und der wildesten Entzweiung der Factionen war es durchaus kein abenteuerliches Beginnen, mit einem raschen und entschlossenen Schlage die weitere Entfaltung des revolutionären Angriffs zu erdrücken, während es allerdings nachher ungemein schwer geworden ist, die entfesselte, zum Bewußtsein ihrer ganzen Macht gelangte, militärisch erprobte und wohlgeschulte Kriegsmacht der Revolution zu besiegen.

Jenen ersten Weg mit aller Entschlossenheit einzuschlagen, das hätte dem Reiche schon seine Selbsterhaltung gebieten müssen; denn nur ein energischer Angriff konnte hindern, daß die geistliche und weltliche Kleinstaaterei am Rhein nicht gleich dem ersten Stoß der Revolution erlag; und war einmal ein gewaltsamer Riß in diese überlieferte, so künstlich verschlungene Ordnung der Dinge erfolgt, wer wollte sagen, wann die Zerrüttung und Auflösung ihr Ende fand! Indessen gleich in diesem ersten Augenblick, den man so trefflich hätte nützen können, waren sehr bezeichnende Wahrnehmungen zu machen; einmal ist die militärische Organisation des Reiches völlig in Erstarrung gerathen, dann machen einzelne Fürsten Miene, sich von der gemeinsamen Sache in furchtsamer Selbstsucht auszuschließen, und die beiden Großmächte selber, welchen die Mittel zur Action nicht fehlten, sind zu spät gerüstet und verlieren die kostbarste Gelegenheit. Insofern geben die Vorgänge vom April und Mai 1792 schon einen charakteristischen Vorgeschmack von dem Gange des großen Kampfes, wie er nun bevorstand.

Dritter Abschnitt.

Der Feldzug in der Champagne (1792).

Seit Mitte Juni waren die Bevollmächtigten des Kurfürstenraths in Frankfurt versammelt, um die Wahl des letzten deutschen Kaisers vorzubereiten. Der Drang der Umstände kürzte Vieles ab, was zu anderen Zeiten weitläufige Verhandlungen verursacht hätte. Wohl fehlte es nicht an zahlreichen Wünschen und Bedenken, die in der neuen Wahlcapitulation eine Befriedigung erwarteten; aber es war nun die Zeit nicht, dem abzuhelfen. Die neue Handfeste blieb im Wesentlichen dieselbe, wie die Leopolds II., und man beschränkte sich darauf, einzelne Worte zu ändern oder wegzulassen. Am 5. Juli fand der feierliche Wahltag statt, und wie zu erwarten war, fiel die Wahl einstimmig auf König Franz von Ungarn und Böhmen. Noch einmal, wenn auch schon in beschränkterem Umfang, ward die Zurüstung byzantinisch-mittelalterlicher Ceremonien entfaltet, welche die Wahl und Krönung begleiteten; zum letzten Male übten die drei geistlichen Kurfürsten persönlich ihre Functionen, als der neue Kaiser Franz II. in Frankfurt eintraf und am 14. Juli — am Jahrestage des Bastillesturmes — nach allen Förmlichkeiten der goldenen Bulle sich salben und krönen ließ.

Mehr als auf die verlebten Feierlichkeiten in Frankfurt waren die Augen der Welt auf den großen Fürstencongreß gerichtet, der sich wenige Tage nach der Kaiserkrönung in Mainz versammelte. Ueber 50 fürstliche Personen, berichteten die Zeitungen der Zeit, gegen 100 Grafen und Marquis sammelten sich dort am 19., 20. und 21. Juli um den neuen Kaiser und seinen Verbündeten König Friedrich Wilhelm von Preußen; ein Fest folgte dem andern, die alte monarchische und feudale Welt Mitteleuropas, welcher die Demokraten in Paris den Tod geschworen, schien sich wie zum Trotze hier noch einmal in aller Pracht entfalten zu wollen, bevor sie ihren Schlag mit dem Schwerte gegen die Revolution führte und den legitimen Thron der

Bourbons wieder aufrichtete. Denn daß dieser Kampf unmittelbar bevorstand, war nun gewiß.

Ob er freilich mit der Energie und Eintracht geführt werden würde, die Noth that, konnte Einem zweifelhaft erscheinen, wenn man auch nur die Vorgänge zwischen Oesterreich und Preußen erwog, unter denen der Entschluß zum Kriege erfolgt war. Wie Oesterreich bis zuletzt sich bemühte, dem gewaltsamen Bruche auszuweichen, bis ihm die kriegerische Ungeduld des Jacobinerministeriums in Frankreich keine Wahl mehr ließ, haben wir früher gesehen; die letzten Begebenheiten hatten dann auch gezeigt, wie dies löbliche Bemühen, der Kriegslust und Parteileidenschaft die Friedensliebe und Besonnenheit entgegenzusetzen, den üblen Erfolg gehabt hat, daß Deutschland in dem Augenblick noch ungerüstet stand, wo der Sieg über die revolutionären Heere am wohlfeilsten zu erlangen war.

In Preußen, erinnern wir uns, war allmälig eine andere Meinung am Hofe aufgekommen; wäre es den Wünschen Friedrich Wilhelms II. nachgegangen, so hätte die bewaffnete Invasion in Frankreich nicht erst im Spätsommer 1792 begonnen. Sein großmüthiger Sinn hatte an diesem Restaurationseifer so vielen Antheil, wie der Wunsch, eine kriegerische Thätigkeit zu finden, die Ruhm gewährte und nicht zu lange Zeit in Anspruch nahm; es wirkte wohl auch die stille Hoffnung mit, für die peinlichen Schwankungen und Rückzüge der auswärtigen Politik seit 1790 einen Trost und Ersatz zu finden, der die Erinnerungen von Reichenbach und dem, was gefolgt war, verwischen konnte. Wo Leopold dem Krieg immer noch auszuweichen hoffte, da konnte Friedrich Wilhelm seine Ungeduld kaum bemeistern, und während man in Wien die Emigranten geringschätzig bei Seite schob, waren sie es vorzugsweise, die in Berlin das Ohr des Königs hatten.

So wie der König den Kampf gegen die Revolution betrachtete, faßten ihn indessen in Preußen selbst die Allerwenigsten auf. Es lag seiner Anschauung eine royalistische Romantik zum Grunde, die schon seine eigene höfische Umgebung nicht zu würdigen verstand, und die den Politikern der Tradition Friedrichs des Großen, wie den nüchternen Finanzleuten und Verwaltungsmännern gleich lebhaft widerstrebte. Persönlichkeiten, wie Manstein, Haugwitz und Lucchesini, deren Einfluß auf die folgenden Dinge wir kennen lernen werden, dachten darüber schon jetzt oder sehr bald ungefähr ähnlich, wie Prinz Heinrich, der Herzog von Braunschweig, Graf Hertzberg und eine große Zahl von ehrenwerthen Leuten im Heer und Beamtenstande, denen weder die theure österreichische Allianz, noch der kostspielige uneigennützige Krieg im Westen behagen wollte. Ein hervorragender preußischer Diplomat hatte sich schon vor dem Reichenbacher Vertrag die Möglichkeit eines Einverständnisses zwischen Oesterreich und Preußen zur Herstellung des Thrones in Frankreich vorgestellt und dabei die Meinung ausgesprochen, Oesterreich werde dies nicht umsonst thun, sondern „pro studio et labore eine oder die andere

Provinz für sich acquiriren.“ Er dachte dabei an die französischen Niederlande oder an das Elsaß, wogegen dann Oesterreich „einen an Schlesien gelegenen, für Preußen convenablen District von Böhmen oder Mähren“ demselben abtreten würde.*) Das war nur eine persönliche Meinung, mit der aber ohne Zweifel sehr Viele in Preußen einverstanden waren. Jetzt, als die Franzosen, in ihrer völligen Unkenntniß von Friedrich Wilhelms individueller Ansicht, zweimal, erst durch Segur, dann durch den jüngeren Custine, den Versuch in Berlin machten, einen Verbündeten gegen Oesterreich an Preußen zu finden, war solch ein Bemühen zwar bei dem König ganz vergeblich, aber es gab Leute genug, und Hertzberg vor Allem gehörte zu ihnen, die das für eine bessere Politik hielten, als die Allianz mit Oesterreich und den kostspieligen Krieg im Westen. Es erschien damals eine kleine Schrift,**) welche dies Glaubensbekenntniß mit aller Offenheit darlegte. Allianz mit Frankreich, Wachsamkeit gegen Oesterreich und Rußland, namentlich gegen dessen Uebergriffe in Polen und der Türkei, ist dort als die Politik empfohlen, welche Preußen durch sein Interesse wie durch die natürliche Lage auferlegt werde. Das russische Drängen zum Kampf gegen die Revolution sieht die Schrift mit nüchternem Auge nur als einen geschickten Calcül Rußlands an, seine beiden wichtigsten Nachbarn in einen weit entlegenen Krieg zu verwickeln und inzwischen seinen Entwürfen im Osten ungestört nachzugehen.

Gegenüber den prahlerischen Reden der Höflinge, die nach Emigrantenart nur mit tiefster Verachtung von dem revolutionären Frankreich sprachen, oder der bekannten Aeußerung, die man Bischofswerder in den Mund legt: „Meine Herren, kaufen Sie sich nicht zu viel Pferde, die Komödie wird nicht lange dauern,“ gegenüber allen den Illusionen und Großsprechereien, die am Hofe, in der Diplomatie und theilweise auch im Heere damals gehört wurden, und denen die Abkühlung so rasch und bitter gefolgt ist, thut es doppelt Noth, daran zu erinnern, daß es auch ganz entgegengesetzte Ansichten in Preußen gab, deren Einfluß mit der ersten Enttäuschung ungemein wachsen mußte. Das Gemüth des Königs war weich und wechselnden Eindrücken sehr ausgesetzt: drum, wenn der glorreiche Kreuzzug nach Frankreich sich in Mühe ohne Ruhm auflöste, gewannen sicherlich auch bei ihm jene Meinungen die Oberhand, die den Krieg von Anfang an laut oder im Stillen bekämpft hatten. Und wir werden sehen: sie machten sich sehr frühe geltend, als der erste Eifer einmal verraucht war.

Schon in diesem Augenblick, als die Kriegslust des Königs noch in voller Blüthe stand, trat aber eine Angelegenheit in den Weg, die verhängnißvoller als irgend eine andere auf den Gang des Revolutionskampfes einge-

*) Schreiben des Grafen Goltz vom 25. Mai 1790, aus dessen früher angeführter Correspondenz mit Hertzberg.

**) „Winke über das Staatsinterresse der preußischen Monarchie.“ 1792.

wirkt hat: die Krisis in Polen. Es klang wie eine Warnung, sich nicht zu tief im Westen einzulassen, so lange eine so ernste Verwicklung im Osten, unmittelbar an den Thoren der preußischen Monarchie, deren Sicherheit und Existenz bedrohte.

Wir haben früher gesehen, wie unerwartet die polnische Verfassungsreform vom 3. Mai 1791 der preußischen Politik gekommen war. Ein reorganisirtes Polen mit einem erblichen Königthum, einem kräftigen Regiment, einem vielleicht aufblühenden Bürgerthum und einer tüchtigen Armee — das war unter allen Möglichkeiten diejenige, die den Traditionen und Interessen Preußens am entschiedensten widersprach. Was darüber ein in den Geschäften ergrauter Staatsmann, wie Hertzberg, dachte, ist bereits aus seinen vertraulichen Aeußerungen mitgetheilt worden, und wir können hinzufügen, daß seine Anschauungsweise von den meisten preußischen Staatsmännern getheilt ward. Ein Mann, der in den polnischen Sachen unmittelbar thätig war, Graf Goltz, hatte schon im September 1790 geschrieben: „Polen darf nicht zu mächtig werden, wie dies bei einer festgesetzten, regelmäßigen Regierungsform wohl der Fall sein würde; für Preußen ist es am besten, wenn Polen ein Wahlreich bleibt, damit solches bei steten Unruhen keine innere Stärke bekomme und Preußen bei jeder günstigen Gelegenheit von seiner Schwäche Nutzen ziehe." *) In gleichem Sinne war, nach dem Ereigniß vom 3. Mai, der Rath des Ministeriums ausgefallen; dasselbe schlug, wie wir uns erinnern, vor: die Umwandlung Polens in eine Erbmonarchie offen zu mißbilligen und zu bekämpfen. Allein der König hatte damals anders entschieden; er trat den Vorgängen in Warschau nicht nur nicht entgegen; er wünschte vielmehr den Polen Glück zu ihrer unblutigen Revolution, er rieth dem Kurfürsten von Sachsen selber zu, die angebotene Krone ohne Bedenken anzunehmen. Alles, was er sich vorbehielt, beschränkte sich auf den Wunsch, daß niemals ein Prinz aus einem der Häuser, die in den benachbarten Großstaaten herrschten, auf den polnischen Thron gelange. Unter dieser Einwirkung scheint auch das Ministerium ganz in die gleiche Bahn eingelenkt zu haben; wenigstens finden wir in seiner Correspondenz vom Sommer 1791 keine Spur einer polenfeindlichen Gesinnung, wohl aber nicht selten die Besorgniß, eine Verschleppung der Verfassungsfrage könne den Feinden Polens zu Gute kommen.

Wo diese Feinde zu suchen seien, darüber bestand bezeichnender Weise von Anfang an weder bei Polen noch bei Preußen der geringste Zweifel; daß Rußland die neue Ordnung der Dinge nicht wünsche, sondern ihr wahrscheinlich nach Kräften entgegenarbeiten werde, galt in Berlin wie in Warschau als ausgemachte Sache. Drum hätten die Urheber der Verfassung von 1791 gern von Preußen die bestimmte Garantie erlangt, daß es bei jedem Anlaß und zu jeder Zeit einstehen werde für die neue Constitution; allein soweit

*) Aus der angeführten Correspondenz mit Hertzberg.

wollte man in Berlin doch nicht gehen. Ein von Polen gestelltes Gesuch in dieser Richtung ward erst in freundlichem Tone abgelehnt, dann, als es wiederholt kam, wie eine Zudringlichkeit aufgenommen. Aus dem Compliment an den Kurfürsten von Sachsen, hieß es in einem Schreiben des Ministeriums vom 28. Nov., wird man doch nicht eine Garantie der polnischen Verfassung ableiten; es ist ein großer Unterschied zwischen einem einfachen Zeichen der Höflichkeit und Theilnahme und zwischen einer Verpflichtung, wie man sie uns aufbürden möchte und wie wir sie niemals im Sinne gehabt haben einzugehen.

In diesem Punkte schien auch Oesterreich damals gleicher Ansicht, wenn anders die Aeußerungen des Fürsten Kaunitz den Sinn der österreichischen Politik richtig wiedergaben. Derselbe klagte ungefähr zur nämlichen Zeit, aus der jene Aeußerung des preußischen Cabinets stammt, laut über die Leichtfertigkeit und Inconsequenz der Polen und meinte, es sei am besten, sie sich selber zu überlassen, und es ihnen anheimzustellen, wie sie ihre inneren Händel entwirren wollten. Die Zumuthung einer Garantie nannte der österreichische Staatsmann eine Unverschämtheit; alles, was die beiden Nachbarn thun könnten, sei eine vollkommene Neutralität in den inneren Angelegenheiten; damit weise man auch am sichersten die russischen Umtriebe zurück.

Eines war aber unverkennbar: die preußische Stimmung gegen Polen hatte sich schon nach Monaten merklich abgekühlt und war nicht mehr dieselbe wie zu der Zeit, wo man in warmen Worten den Polen Glück gewünscht hatte zu ihrer neuen Verfassung. Die Berichte aus Warschau kamen dieser Wendung trefflich zu Statten; man hörte von den Schwierigkeiten der Situation, von der Verworrenheit der Zustände, dem sinkenden Kredit der Patrioten von 1791 und der mit jedem Tage geringeren Wahrscheinlichkeit, die Verfassung, so wie sie war, durchzuführen. So befreundete man sich allmälich mit dem Gedanken, die Constitution, deren Entstehung man einst mit Freuden begrüßt, an ihrer eigenen Unhaltbarkeit scheitern zu sehen. „Wir werden, schrieb das Ministerium am 23. Dec. an Lucchesini, weder für noch gegen handelnd auftreten, sondern lediglich passiv bleiben in der Hoffnung, daß die neue Ordnung der Dinge, wie sie durch die Revolution vom 3. Mai festgesetzt ist, sich von selbst zerstören wird." Die Sympathie für die Verfassung schlug also erst in Gleichgültigkeit, dann in unverhüllte Feindschaft um; schon sah man schadenfroh der wachsenden Verwirrung zu und näherte sich den Gegnern der neuen Ordnung. Denn die Ansicht, die Lucchesini damals aussprach: es sei nicht gut, die Unzufriedenen in Polen ganz zurückzustoßen und sie so Rußland in die Arme zu treiben, diese Ansicht ward auch in Berlin als die richtige betrachtet.*)

*) Lucchesini am 21. Dez; ähnlich äußerte er sich am 28. Dez. und im Ganzen übereinstimmend eine Note des Ministeriums vom 21.

Indessen hatte Rußland seine Kraft gesammelt zu einem entscheidenden Schlage. Der Friede mit der Pforte ward am 9. Januar 1792 geschlossen und damit die russischen Streitkräfte gegen Polen verfügbar; die Unzufriedenheit der Factionen in Polen, die offenbar unzulängliche Kraft der Verfassungspartei selbst, die rastlosen Umtriebe der Gegner gaben Anlaß genug, offen und unmittelbar der neuen Ordnung der Dinge den Krieg zu erklären.

Der erste Eindruck dieser Wendung der Dinge war in Berlin kein freudiger; so gering auch bereits die Liebe für die Verfassung von 1791 war, so ungern sah man doch die Russen in Polen Meister werden. Drum rieth damals das Ministerium den König, vorerst abzuwarten, bis man Rußlands Absichten genau ergründet: man könne ja die Verfassung von 1791 unter der Bedingung anerkennen, daß Modificationen eingeführt würden, die Polen dauernd in politischer Ohnmacht hielten. Als dann kurz nachher über die Allianz mit Oesterreich verhandelt ward, kam der Wiener Hof auf seine alte polenfreundliche Politik zurück und schlug vor, die beiden Mächte sollten „die freie Verfassung" Polens garantiren; das lehnte aber Preußen auf's Bestimmteste ab, weil diese Fassung nur an die Constitution von 1791 denken ließ. Man traf dann schließlich die Auskunft, die Bürgschaft nicht auf die Verfassung vom 3. Mai auszudehnen, sondern überhaupt nur von einer freien Verfassung Polens zu reden. Das macht, sagte das preußische Ministerium, die Stipulation ganz allgemein, denn sie paßt auf eine jede Verfassung, die man nach den Umständen als eine freie betrachten will.

In diesem Augenblick gab Rußland ein bestimmteres Lebenszeichen. Am 3. Februar meldete Goltz aus Petersburg, er habe ein Handbillet der Czarin an Subof gesehen, worin es hieß: „sobald mit den Türken abgeschlossen ist, soll sich Repnin zur Armee begeben und 130,000 Mann nach Polen rücken lassen. Wenn sich Oesterreich und Preußen wiedersetzen, dann schlage ich ihnen Entschädigung oder Theilung vor." Die Nachricht machte in Berlin begreifliche Sensation. Sie sind der Erste, sagte die Antwort, der mir darüber Nachricht gibt; das Geheimniß wollen wir auf's strengste bewahren. Aber um so wichtiger ist es, Fortschritt und Entwicklung des Planes so viel wie möglich zu ergründen.*) Erst in den letzten Tagen des Monats gelang es Goltz, Genaueres zu erfahren; das russische Cabinet rückte offener mit der Sprache heraus. Wenn die Verfassung in Polen Bestand gewinne, erklärte Ostermann, so werde durch die Verbindung mit Sachsen ein Staat ersten Ranges entstehen, der auf Preußen noch mehr drückt als auf Rußland. Ueber

*) Le secret vous sera gardé religieusement et vous pouvez compter qu'il ne percera point; mais le silence même qu'on observe envers moi devient un motif de plus pour approfondir autant que possible les progrès et le developpement du plan. Aus einer Depesche vom 15. Februar. Das Folgende aus einem Goltz'schen Berichte vom 29. Febr.

die Begehren Rußlands sprach sich der Minister nicht aus; doch vermuthete Goltz, daß es den Russen vor Allem um eine territoriale Verbindung mit Oczakow zu thun sei. Für alle Fälle empfahl Ostermann strenges Geheimniß; es handelt sich, sagte er, nur um uns drei; sind wir einig, so können wir der Andern spotten.

Diese Nachricht traf ungefähr zusammen mit der Kunde von Kaiser Leopolds Tode. Damit war ein mächtiges Hinderniß für die Feinde Polens weggeräumt; denn der Verstorbene hatte am eifrigsten den Plan einer dauernden Verbindung Sachsens und Polens verfolgt, dessen Gelingen Oesterreich eine gewaltige Stellung inmitten seiner Nachbarn gegeben hätte. An keiner Stelle wurde darum auch sein Tod bitterer empfunden, als in Polen; ob sein Nachfolger mit gleichem Geschick und gleicher Zähigkeit verfahren würde, war mindestens zweifelhaft. Auch in Berlin machte wohl die jüngste Mittheilung darum noch tieferen Eindruck, weil sie gerade mit diesem Todesfall und der wachsenden Aussicht eines französischen Krieges zusammentraf. Rußland, sagte sich der König, ist also mit dem Gedanken einer neuen Theilung beschäftigt; das wäre freilich das wirksamste Mittel, die Macht eines polnischen Staates zu beschränken.*) Schwierigkeiten lagen allerdings noch genug im Wege: vor Allem die Frage, wie man Oesterreich abfinde, dann die Allianz vom 7. Februar, in der man — vor kaum fünf Wochen — die Integrität Polens und „eine freie Verfassung" verbürgt, und endlich der Bund von 1790 mit Polen selber, an dessen Spitze die Garantie der gegenseitigen Gebiete stand. Das Alles ward wohl erwogen, aber die Aussicht auf die Erwerbung des linken Weichselufers übte doch eine mächtige Versuchung; mächtig genug in jedem Falle, um die Glückwünsche und Verheißungen von ehedem in den Hintergrund zu drängen.

Jetzt ließ sich auch Oesterreich vernehmen, allerdings noch mehr in den Traditionen Leopolds, als man zu Berlin und Petersburg erwarten mochte. Eine Denkschrift, die Spielmann verfaßt, bezeichnete es als gleich wichtig für Oesterreich und Preußen, daß in Polen Ruhe herrsche. Oesterreich habe kein Bedenken gegen die Erblichkeit des Königthums und gegen die Verbindung mit Sachsen; um jeder Gefahr vorzubeugen, könne die Verfassung ja in einzelnen Punkten modificirt und die Stärke der Armee auf ein bestimmtes Maß beschränkt werden. Aber in dieser veränderten Gestalt könnten Oesterreich und Preußen wohl die Bürgschaft für sie übernehmen.

Dieser Vorschlag ward in Berlin rund und entschieden abgelehnt; nichts sei gefährlicher, als eine dauernde Verbindung Sachsens mit Polen. Wäre man nicht von Oesterreichs Loyalität überzeugt, man könnte über solch einen Vorschlag stutzig werden.

---

*) Aus einem Cabinetschreiben an das Ministerium d. d. 12. März und einer Depesche vom 13.

Vorerst war aber durch diesen Antrag Oesterreichs die Idee der Theilung wieder in die Ferne gerückt; ein Einverständniß der drei Mächte war bei solcher Differenz der Standpunkte zunächst nicht zu erwarten. Rußland nahm darum gegen Oesterreich die Miene des Schmollens an und fuhr fort, Preußen zu locken. Wenn wir einig sind, sagte Ostermann, und unser altes Zutrauen, wie ich hoffe, sich wieder erneuert, so gibt es keine Schwierigkeit weder für Euch noch für uns.*) Aber die Bemerkung, die Kaunitz damals machte: das Hereinwerfen dieser Angelegenheit werde nur von der französischen Sache abziehen, mochte doch in Berlin als richtig empfunden werden; auch war man darüber mit sich im Reinen, daß man ohne Oesterreich in der Sache nicht vorgehen könne und wolle. Drum ward dort der Plan vorerst wie eine aufgegebene Sache angesehen; einstweilen wollte man Rußland gegenüber in vorsichtiger Zurückhaltung bleiben. Denn wie man sich dem russischen Drängen allzu willig hingebe, so werde das die Prätensionen der Czarin nur steigern.**)

Das Verhältniß, in welchem Preußen zu den Polen stand, ließ bereits errathen, daß seine Politik in einem Moment des Uebergangs begriffen war. Als damals (April) der polnische Gesandte in Berlin auf Rußlands drohende Pläne hinwies und eine Audienz beim König nachsuchte, ließ sich dieser mit militärischen Geschäften entschuldigen. In Warschau war Lucchesini in die geheimen Verhandlungen mit Petersburg und Wien eingeweiht und hatte den Befehl, Allem auszuweichen, was Preußen in Verlegenheit setzen konnte. Der Wunsch der Polen, von Preußen Waffen zu erlangen und einen General (man dachte an Kalkreuth), fand natürlich in Berlin keine Erfüllung. Es liegt in der Natur der Dinge, daß bei einer Umkehr, wie sie Preußen jetzt machte, von der Allianz mit Polen zur Theilung Polens, die Stimmungen sich nicht etwa in einer neutralen Mitte halten; die frühere Freundschaft schlägt um so rascher in Feindseligkeit um, je weniger man das Bewußtsein eigenen Unrechts unterdrücken kann. Vor einem Jahre hatte man der polnischen Umwälzung beifällig zugenickt; jetzt fand die preußische Regierung, daß der polnische Reichstag um nichts besser sei, als die revolutionäre Versammlung in Frankreich. Jeder Schritt der Polen rief in Berlin eine herbe Kritik hervor; was dagegen die Polen Rußland thaten, ward entschuldigt oder gar in Abrede gestellt, daß sie Feindseliges im Schilde führten.***) Die Stärke des Umschlags zeichnet am treffendsten eine Reflexion, die sich in einem der ministe-

---

*) Aus einer Note von Goltz vom 27. März.

**) Wie das pr. Ministerium am 22. April schreibt: pour peu qu'on fit soupçonner de pareils desseins, la Russie ne manquerait pas d'en tirer ses avantages, et nous la verrions bientôt hausser son ton et ses pretentions. Dans ces sortes de matières il vaut toujours mieux voir venir que de faire les premières avances.

***) Noten vom 22. und 27. April 1792.

riellen Actenstücke aus diesen Tagen findet. Einen gewissen vorwiegenden Einfluß, hieß es da, wird Rußland in Polen immer üben, allein derselbe wird den Interessen Preußens weniger widerstreben, als die neue Verfassung Polens und die Erbmonarchie. Die Erfahrung hat bewiesen, daß zur Zeit, als wir mit Rußland den Einfluß im Lande theilten, wir besser daran waren, als in der Epoche unserer Allianz mit Polen, wo wir von unsern theuren Alliirten selbst Chicanen und Widersprüche zu ertragen hatten, die uns Rußland nie bereitet haben würde.

Aber gern hätte man doch mit der Entscheidung gezögert. Vor sich einen Krieg, dessen Ausbruch jede Stunde erwartet werden konnte, im Rücken eine unberechenbare Verwicklung in Polen, die Preußen viel näher anging als der Krieg in Frankreich, mit Oesterreich im Bündniß und zur Erhaltung der Integrität Polens durch zwei Verträge verpflichtet, von Rußland gelockt mit der Aussicht auf eine ebenso reiche und wohlfeile Beute — die preußische Politik hätte in der That anders begabt und anders geführt sein müssen, als sie es war, um in diesem Gewirre widerstrebender Tendenzen rasch die richtige Lösung zu finden. Denn, wie sehr sie sich auch losgewickelt von den Reminiscenzen früherer Polenfreundschaft, sie konnte sich doch nicht verhehlen, daß ein Eingehen auf die russischen Vorschläge den offensten Bruch unzweideutiger Verträge enthalte, der sich denken ließ. Und wer wußte denn, was im Hintergrunde der russischen Pläne lag? Drum tauchte wohl die Sorge bisweilen auf, daß Rußland „vielleicht doch nicht ganz so uneigennützig handeln werde, wie es jetzt ankündige." Andrerseits Rußland entgegenzutreten in einem Augenblick, wo der Krieg mit Frankreich gewiß war, schien kaum thunlich — auch wenn es nicht allen preußischen Traditionen widersprochen hätte, einen so gefahrvollen Krieg zu führen, lediglich für die Verstärkung und Macht Polens.

Eben darum war Rußlands Drängen in Berlin nicht willkommen; gern hätte man dort die Entscheidung noch hingehalten und sich mit einer Uebereinkunft geholfen, wonach Rußland nur unter Zustimmung Oesterreichs und Preußens dauernde Anordnungen in Polen treffen könne. Aber Rußland hatte keine Lust länger zu säumen. Es verhehlte nicht, daß es am liebsten ein besonderes Bündniß mit Preußen schließen würde; der Allianz vom 7. Febr. erklärte es nicht beitreten zu können, da dort ein Artikel ausdrücklich die Garantie der polnischen Integrität aussprach. Dafür schien Rußland zu allem Andern gern bereit und war nicht sparsam mit Verheißungen. Es nahm z. B. die Miene an, als wolle es sich an dem französischen Kriege mit allem Eifer betheiligen; es sprach von 15,000 Mann, die es an den Rhein senden werde, es zeigte sich völlig damit einverstanden, daß wenn auch nicht von Eroberungen die Rede sei, doch der Grundsatz der Entschädigung unbedenklich anerkannt werden müsse.*)

*) Berichte von Goltz vom 1. und vom 25. Mai; Depesche des Minist. v. 18.

Inzwischen waren die Dinge in Polen zur Entscheidung gereift. Schon vor dem Frieden mit den Türken hatte Rußland mit gutem Erfolg die ruhige Entwicklung der neuen Verfassung gestört, Unfrieden und Verwirrung angezettelt, die feilen Großen erkauft und Alles zur Contrerevolution vorbereitet. Jetzt trat als die Frucht seiner Thätigkeit (Mai) die Targowiczer Conföderation zu Tage, von dem malcontenten Theil der polnischen Aristokratie unter russischem Schutz gebildet und im russischen Interesse gegen die neue Ordnung von 1791 gerichtet. Eine Erklärung Katharinens, die ein Musterstück war von der Taktik, die der Wolf in der Fabel dem Lamme gegenüber übt, nahm die Maske vollends ab; russische Truppen überschritten die polnische Grenze und halfen im Bunde mit den Verschworenen von Targowicz und mit einem schwachen, treulosen König die Ordnung von 1791 zertrümmern. Auch Preußen beseitigte jetzt jeden Zweifel über seine künftige Haltung; wer etwa noch gutmüthig genug war, an die Polenfreundschaft von ehedem zu denken, den mußten die Eröffnungen eines Besseren belehren, die Preußen am 4. und am 25. Mai gab. In der einen erklärte es, „von den Anordnungen, womit sich der polnische Reichstag beschäftige, keine Notiz nehmen“ zu können; in der andern lehnte es die Hülfe, die Polen vertragsmäßig anrief, rund und unzweideutig ab. Der Uebergang Preußens vom Schutz- und Trutzbündniß zur Theilung Polens stand also außer Zweifel.

Rußlands energisches Vorgehen in Polen bestimmte Oesterreich, einen gemeinsamen Schritt mit Preußen zu thun; nämlich eine Erklärung an Rußland abzugeben (Juni), wonach die Führer der Conföderation sich an Oesterreich und Preußen um Herstellung der alten Verfassung wenden sollten und die drei Mächte dann gemeinsam eine Uebereinkunft über Polen eingehen würden. Preußen seinerseits verhehlte nicht mehr, daß es entschlossen sei, auf die russischen Vorschläge einzugehen und in Polen seine Entschädigung zu suchen.

Oesterreich schien jetzt auf die Politik zu verzichten, die es noch im Anfang März durch die Spielmann'sche Denkschrift vertreten hatte: die Erhaltung von Polens Integrität und die Gewähr einer besseren Verfassung. Es zeigte keine Abneigung gegen den Plan einer preußischen Erwerbung; aus den Gesprächen des nämlichen Spielmann mit Jacobi ergab sich jetzt, daß der Kaiser zu einer Abrundung Preußens in Polen wohl stimmen werde, vorausgesetzt, daß Oesterreich an einer anderen Stelle Ersatz finde. Der Wiener Hof, schrieb Friedrich Wilhelm II. (28. Juni) an Schulenburg, hat die Thüre offen gelassen und wird um so williger sein, als bei Erfüllung meiner Plane auch sein Interesse gedeckt ist. Aehnliches berichtete auch Haugwitz, der in der zweiten Hälfte Mai nach Wien gegangen war; ihm ward, als er Berlin verließ, noch größte Vorsicht anempfohlen in der Besprechung dieses delicaten Punktes; er fand aber die Stimmung viel günstiger, als man in

Preußen gedacht hatte.*) Er empfing den Eindruck, daß nicht allein die jüngste Allianz, auf welche Oesterreich so großen Werth lege, das Wiener Cabinet einer preußischen Entschädigung in Polen geneigt mache, sondern auch die Erwägung eignen Interesses. Oesterreich könne ja seinen Ersatz auf französische Kosten suchen. Nach einer Aeußerung Cobenzls habe man in Wien auf das französische Flandern und Hennegau die Augen geworfen, was Haugwitz sehr passend fand, nicht allein der Vergrößerung wegen, sondern weil damit auch für die übrigen belgischen Besitzungen eine festere Stütze gewonnen werde. Auch sei ein Wachsthum Preußens nach der polnischen, Oesterreichs nach der französischen Seite offenbar die solideste Grundlage, um die glückliche Allianz beider Höfe zu verewigen.

Von weiteren Vergrößerungsentwürfen fand der preußische Diplomat damals keine Spur; er war vielmehr überzeugt, daß das alte verhängnißvolle Project des bairischen Ländertausches völlig aufgegeben sei.**) In Berlin war man nicht so optimistischer Ansicht, weder in Betreff der Leichtigkeit einer Verständigung, noch in Bezug auf das Aufgeben des Tauschplanes. Sie können sicher sein, schrieb am 13. Juni das Ministerium an Haugwitz, daß, wenn sich Oesterreich auch jetzt im Nothfall mit belgischen Erwerbungen begnügt, der Gedanke eines Tausches gegen Baiern stets der Lieblingsplan der österreichischen Politik bleibt, von dem sie nur abgehen wird, wenn sich unüberwindliche Hindernisse entgegenstellen.

Wenn diese Prophezeiung zutraf (und lange ließ die Bestätigung nicht auf sich warten!), dann durfte man sicher sein, daß die Schwierigkeiten und Zerwürfnisse sich häuften. Schon jetzt weckte das polnische Begehren einen ersten leisen Mißton in der jungen Allianz zwischen Oesterreich und Preußen. Cobenzl äußerte gesprächsweise: in Wien sage das Publikum, die Oesterreicher ließen sich von den Preußen dupiren, worauf das preußische Ministerium erwiederte: in Berlin heiße es umgekehrt, Oesterreich nehme Preußen in's Schlepptau; indessen auf solch politisches Geschwätz dürfe man beiderseits keinen Werth legen. Thatsache war, wie wir uns aus den Acten und Correspondenzen überzeugt haben, daß man in Berlin den größten Werth darauf legte, mit Oesterreich in gutem Einvernehmen zu bleiben und wo möglich sich mit ihm über gemeinsame Vorschläge zu verständigen, mit denen man dann erst vor die Russen treten würde. Oder wie Friedrich Wilhelm II. am 4. Juli eigenhändig schrieb: „wir dürfen zunächst über unsere Absichten nichts

*) Aus Haugwitz' Correspondenz.

**) Je crois qu'il n'est plus question d'un troc contre la Bavière, schreibt er am 6. Juni. On est peut-être parvenu à sentir l'inadmissibilité de ce projet, qui du reste serait eloigné pour toujours, si la maison d'Autriche pourrait acquérir un aggrandissement considérable du côté de la Flandre. (Aus der Haugwitz'schen Correspondenz.)

Entscheidendes schriftlich abgeben, sondern müssen wo möglich Rußland dazu bringen, daß es eine uns entsprechende Erklärung gibt; dann ist es durchaus nöthig, mit aller möglichen Rücksicht gegen den Wiener Hof zu verfahren, um ihm im Punkte dieser Unterhandlungen nicht den mindesten Verdacht zu erwecken." Aber Rußland hütete sich, einen bestimmten Vorschlag zu machen; es räumte nur im Allgemeinen den Grundsatz der Entschädigung ein, gab auch zu verstehen, daß es dieselbe nicht Frankreich aufgebürdet wünsche, also Polen dafür preisgebe; allein über die Art und die Grenzen der Ausführung beobachtete man in Petersburg ein kluges Schweigen. Rußland war es jedoch, welches das schlummernde Gelüst nach dem bairischen Tausche wieder wach rief. Der Gesandte in Wien, Rasumowsky, nahm Gelegenheit, in einem Gespräch mit Spielmann die Aufmerksamkeit auf diesen alten Plan, als auf den einfachsten Ausweg, hinzuleiten, und auf den Zweifel des Letzteren, ob der Moment wohl günstig sei, wies der Russe auf die Allianz von Oesterreich und Preußen hin, die ja wohl jetzt den früheren Widerspruch werde verstummen machen.

Es geschah, was man in Berlin voraus gesehen: die alte Lust auf Baiern erwachte mit aller Stärke und das Wiener Cabinet klopfte durch Fürst Reuß bei dem preußischen Ministerium wegen Baierns an. In Berlin aber fand, wie Rasumowsky vorausgesagt, das Project in der That nicht mehr den Widerstand, den Friedrich II. zweimal mit Erfolg dagegen aufgeboten. Man war bereit, dem Tausche zuzustimmen, wenn Preußen eine genügende Entschädigung in Polen erhalte. Diese Wahrnehmung überwand dann in Wien die letzten Bedenken; nachdem man dort noch im März einen Rettungsplan für Polen entworfen, war man jetzt bereit, selber in Petersburg den Vorschlag zu machen, der in eine Theilung Polens willigte, falls auch in Deutschland getheilt ward.

So war die Staatskunst der beiden deutschen Mächte beschaffen, die sich zur Kreuzfahrt gegen die Revolution anschickten, deren Monarchen, Feldherren und Minister eben jetzt am Rhein versammelt waren, um den Kampf mit Frankreich zu eröffnen. In den Conferenzen zu Frankfurt und Mainz sollte denn auch die Entschädigungsfrage zur Verhandlung kommen. Schulenburg trat mit Cobenzl und Spielmann deshalb zusammen.

In diesen Conferenzen stellte Oesterreich offen das Begehren des bairischen Tausches und fügte sogar das Ansinnen an Preußen hinzu, das freilich abgelehnt ward, es solle selber die Eröffnung an die Zweibrücker Fürsten übernehmen. Wie dann Preußen mit seiner polnischen Forderung hervortrat und die Palatinate Posen, Gnesen, Kalisch, Kujavien und ein Stück von Sieradien begehrte, da erklärten die österreichischen Unterhändler, daß Baiern wohl eine politische, aber keine finanzielle Vergrößerung für Oesterreich sei. Sie fanden die Partie nur dann gleich, wenn Preußen auch noch die Fürstenthümer Ansbach und Baireuth an Oesterreich abtrete, die es am An-

fang des Jahres durch Cession des letzten Markgrafen in Besitz genommen hatte.

Dies neue Begehren machte auf preußischer Seite eine gewaltige Sensation; der König lehnte es ab, einer der Minister, Alvensleben, nannte den Vorschlag „erschreckend, um nicht zu sagen insolent.“ Es war vorauszusehen, daß damit Oesterreich nicht durchdringen würde. Stand doch auch noch Alles in der Schwebe und war, wie der König von Preußen sich damals ausdrückte, der Streit um das Fell des unerlegten Bären, so lange man nicht Rußlands Ansicht über die polnische Forderung kannte. Es blieb also vorerst bei unfruchtbaren und unerquicklichen Erörterungen.*)

Es bedarf weiterer Worte nicht, um die verhängnißvolle Verwicklung zu kennzeichnen, die sich hier in der allerbedenklichsten Stunde in den Weg drängte. Allerdings hatten die Ereignisse in Frankreich und die ungestüme Kriegslust der Factionen das Ihrige dazu beigetragen, diese Früchte rascher zu zeitigen. Für den bevorstehenden Kreuzzug gegen die Revolution war es aber eine schlimme Vorbedeutung, daß man dort im Osten mit Grundsätzen und Thaten vorgeschritten war, die hinter den verrufensten Erzeugnissen des Jacobinismus um nichts zurückstanden. Und dem Kampf selber war wenigstens auf Seiten Preußens schon ein Theil des Nervs genommen, seit es diese Krisis im Rücken hatte, die geographisch und politisch die ganze Existenz der preußischen Monarchie unmittelbarer und drohender berührte, als die demokratischen Parteien in Frankreich. Jetzt zwar wiegte man sich noch in dem Glauben, vor Anfang des Winters mit den Franzosen im Reinen zu sein und dann seine ungetheilte Kraft den Dingen in Polen zuwenden zu können. Wenn sich aber das als Täuschung auswies, der Krieg sich in die Länge zog und die Finanzen und Heereskräfte Preußens aufzehrte, wenn während dem Rußland mit völlig freier Hand in Polen agirte, Oesterreich lieber die russischen Plane ertrug, als eine Vergrößerung Preußens, und wenn sich so dicht an den offenen Grenzen des Staates statt des gefürchteten polnischen Erbkönigthums gar Rußland ausdehnte und abrundete — was war dann wahrscheinlicher, als daß in der preußischen Politik die Meinung siegte, die von Anfang an dem französischen Kriege abhold gewesen, und daß man dann aus der so zuversichtlich unternommenen Heerfahrt gegen die Demokratie mit einem Male, um das eigene Haus zu schützen, in Frieden und Freundschaft mit der Revolution hinübersprang?

Wir haben diese Folge von Ereignissen hier nur als möglich hingestellt; die folgende Geschichte wird uns zeigen, daß so und nicht anders die Begebenheiten sich wirklich entwickelt haben. In Polen ist zum Theil die Erklärung zu den räthselhaften Vorgängen am Rhein im Jahre

*) Schulenburg's Bericht vom 21. Juli; dann eine Depesche von Haugwitz vom 26. und ein Schreiben des Königs aus Coblenz vom 29. Juli.

1793 zu suchen; von dort aus wird die Haltung Preußens im Feldzuge von 1794 bestimmt, dort wird der Uebergang von dem Kreuzzug gegen die Revolution zum Frieden von Basel vorbereitet. Wir werden im Stande sein, dafür in der ausführlichen Darstellung der folgenden Zeiten die urkundlichen Beweise zu geben.

Seit dem Abschluß des Februarvertrags zwischen Oesterreich und Preußen waren beide Mächte damit beschäftigt gewesen, die Einzelnheiten des Kriegsplanes festzustellen. Die militärische Führung war dem Herzog Karl Wilhelm Ferdinand von Braunschweig zugedacht, einem Feldherrn, der damals so allgemein als die bedeutendste militärische Persönlichkeit angesehen ward, daß zugleich auf der entgegengesetzten Seite, bei den Franzosen, der abenteuerliche Gedanke auftauchen konnte, ihm den Oberbefehl anzubieten. In der Schule des großen Königs gebildet und von dem Glanze der Siege des siebenjährigen Krieges mit verherrlicht, dann durch den leichten aber blendenden Triumphzug nach Holland zu neuem Ruhme gelangt, vertrat der Herzog in den Augen der Zeitgenossen gleichsam die lebendige Ueberlieferung der Kriegsglorie Friedrichs des Großen. Ein musterhafter Regent seines Landes, ein Repräsentant der physiokratischen und aufgeklärten Richtung jener Tage, mit reichen Gaben des Geistes und Gemüthes ausgestattet, war Karl Wilhelm Ferdinand ohne Frage eine der hervorragendsten Persönlichkeiten seiner Zeit. Was ihm fehlte, war nicht die klare Einsicht in die Verhältnisse, wohl aber der rasche, durchgreifende Entschluß zur That. Er war eine von jenen unglücklich angelegten Naturen, die in der Regel das Richtige erkennen und doch ebenso oft das Entgegengesetzte thun. In der Doppelstellung eines selbständigen regierenden Fürsten und eines Unterthanen des preußischen Staates hatte er sich leider die gewichtige Stellung nicht zu wahren gewußt, die ihm nach Einsicht, Erfahrung und Gesinnung in Preußen gebührte; er erkannte, wie wir sehen werden, bis 1806 fast überall die Abwege, welche die preußische Politik seit 1786 ging, aber es fehlte ihm doch die gebieterische Entschlossenheit, sich dem zu widersetzen, was er als verkehrt mißbilligte. Seine Handlungen trugen dann häufig das doppelsinnige Gepräge eigener besserer Einsicht und äußerer Impulse, denen er wider Willen folgte.

So war denn auch sein Verhältniß zu dem Kriege ein ganz eigenthümliches; er gehörte, den Traditionen Friedrichs getreu, zu den Gegnern des österreichischen Bündnisses und mißbilligte den Krieg gegen Frankreich; er haßte die Emigranten und ihre contrerevolutionären Prahlereien. Allein er hatte doch auch wieder den Muth nicht, mit seiner Meinung der ganz entgegengesetzten Ansicht des Königs schroff entgegenzutreten, sondern ließ sich dazu herbei, nach dessen Auftrag eine Denkschrift über die Führung des Krieges zu entwerfen (Febr. 1792). Aber die Denkschrift ließ zugleich wieder deutlich

zwischen den Zeilen lesen, daß er den Krieg anders ansah, als die militärischen Höflinge und Emigranten. „Wenn — sagt er bezeichnend — in der französischen Armee nicht alle Mannszucht verloren gegangen wäre, wenn die Officiere, welche ehemals die Zierde dieser Armee waren, sich noch an der Spitze ihrer Corps befänden, wenn diese Armee von geschickten und erfahrenen Generalen angeführt würde, und man mit der französischen Monarchie, nicht mit der jetzt in Frankreich herrschenden Partei, Krieg führen wollte, so ist es keinem Zweifel unterworfen, daß sich unserer Unternehmung unzählige und unsägliche Schwierigkeiten entgegensetzen würden." Er warnt vor den Versprechungen, welche „die Ausgewanderten mit so großer Leichtigkeit ausstreuen;" er meinte, „es könnten Ereignisse eintreten, deren Folgen unberechenbar seien, weil die Köpfe, von denen Frankreich regiert werde, eine Schwungkraft erhielten, von welcher man die außerordentlichsten Beschlüsse erwarten könne."

In den Conferenzen, die dann im Mai mit einem österreichischen General zu Sanssouci gehalten wurden, war derselbe Widerstreit zwischen den Emigrantenillusionen und zwischen den Bedenken des Herzogs bemerkbar. Nach dem dort verabredeten Plane sollte ein preußisches Heer von 42,000 Mann durch das Luxemburgische nach Frankreich rücken, Longwy, Montmedy und Verdun nehmen und verstärkt durch ein österreichisches Corps über die Maas vordringen. Doch war es, und hier besonders schied sich der Herzog von der Meinung des Hofes und der Emigranten, noch von den Erfolgen an der Maas abhängig gemacht, wie weit man dann vorgehen wolle. Von den 56,000 Mann Oesterreichern, die angeblich in den Niederlanden standen, sollte nur ein Theil zur Deckung der brabantischen Hauptstadt zurückbleiben, die größere Masse mit den Preußen vereinigt operiren. Ein anderes österreichisches Heer sollte sich im Breisgau sammeln und der größere Theil, über 20,000 Mann, nach Mannheim vorgeschoben werden, um von dort aus die Bewegungen der Angriffsarmee zu unterstützen; die Emigranten waren bestimmt, an der Schweizergrenze über den Rhein zu gehen und von dort das Elsaß oder die Freigrafschaft anzugreifen. Nach diesem Plane hätten die Angriffstruppen der Oesterreicher und Preußen in den Niederlanden, sammt dem österreichischen Corps am Oberrhein, ungefähr die Stärke von 110,000 Mann erreicht: eine Zahl, die jedenfalls auf die günstigsten Umstände rechnen mußte, wenn sie daran denken wollte, das revolutionäre Frankreich völlig zu unterwerfen und den legitimen Thron wieder aufzurichten. Aber diese Zahlen standen zudem zum Theil nur auf dem Papier. Das österreichische Corps am Oberrhein, auf 50,000 Mann berechnet, betrug in der That erst 11,000 und konnte vor Ende Juli die angegebene Höhe nicht erreichen. Wie es mit der Hülfe der deutschen Reichsstände aussah, auf deren Mitwirkung in den Conferenzen von Sanssouci mit gerechnet war, haben wir aus den früheren Mittheilungen entnehmen können; die militäri-

sche Rüstung der vorderen Reichskreise ging nur im langsamsten Schneckengang vorwärts, die lautesten Kriegsdroher von 1791 bedurften mehr des Schutzes, als daß sie ihn hätten geben können, Pfalzbaiern trug seine Neutralitätswünsche mit einer gewissen Naivetät selbst am Reichstage vor, und nur der Landgraf von Hessen-Cassel hatte ein tüchtiges Armeecorps von 6000 Mann bereit, welches er gegen das Versprechen der Kurwürde und gegen billige Entschädigung mit den Verbündeten wollte marschiren lassen.

So verstrich einer der kostbaren Zeitpunkte, wo man die Franzosen hätte überraschen und zu Paaren treiben können, in zögernder Zurüstung, und selbst das, was man endlich im Spätsommer auf die Beine brachte, war weit unter dem Bedürfniß, wenn man in der That die Revolution mit einem Schlage überwältigen wollte. Und das war doch der eigentliche Plan. Wie Kaunitz kurz nach der Kriegserklärung unter Zustimmung des preußischen Cabinets gesagt hatte: „wir dürfen nur einen Feldzug machen und dem Feind nicht Zeit geben, in mehreren Campagnen den Krieg zu lernen. Aber eben darum müssen entscheidende Schläge geführt werden." Statt dessen geizte man mit den Streitkräften und war verschwenderisch mit der Zeit. Für den obersten Anführer aber, der von vornherein mit innerem Widerwillen in den Kampf ging, war dieser Gang der Rüstungen nur ein Grund mehr, den militärischen Ereignissen mit Abneigung und Mißtrauen entgegenzusehen.

Während die verbündeten Fürsten in Frankfurt und Mainz weilten, war ein vertrauter Abgesandter Ludwigs XVI. dort angelangt, dessen Mittheilungen über die Lage Frankreichs und die Stimmungen der königlichen Familie jedenfalls mehr Gehör verdienten, als die Renommistereien der Emigration. Es war der Genfer Mallet du Pan, das einzige hervorragende Talent der damaligen französischen Journalistik, das sich mit uneigennützigem Eifer der Sache des Königthums hingegeben hatte. Zäh und hartnäckig wie ein Genfer Doctrinär, aber voll Muth und Energie, dabei neben allem Royalismus von der Nichtswürdigkeit der alten Zustände Frankreichs auf's lebhafteste durchdrungen, bietet Mallet du Pan in seinem Leben und Wirken ein recht charakteristisches Beispiel des tragischen Geschickes, dem in solchen Zeiten alle vermittelnde und gemäßigte Charaktere inmitten der leidenschaftlichen Extreme verfallen sind. In das engste Vertrauen Ludwigs XVI. eingeweiht, hatte er die delicate Aufgabe, einmal den kriegführenden Mächten klar zu machen, wie scharf sie zwischen der Nation und den Factionen trennen müßten, wenn ihr Einmarsch in Frankreich irgend einen moralischen Erfolg haben sollte, dann aber auch die Emigranten zu vernünftigen und besonnenen Gedanken zu ermahnen. Ihnen sollte er vorstellen, wie jede andere Haltung nur die Lage des Königs verschlimmern und die Revolution verstärken könne; den verbündeten Mächten sollte er die Grundgedanken

eines Manifestes angeben, das den gemäßigten Theil der Nation den Heeren der beiden Monarchen zuführen würde. In einem solchen Manifest, meinte Ludwig XVI., müßten die Jacobiner und Factiösen aller Art von dem übrigen Theil der Nation scharf gesondert, die Verirrten beruhigt, und allen Denen, die, ohne die alten Mißbräuche zu wollen, doch an der Revolution und dem gegenwärtigen Zustande gesättigt seien, ein anständiger Weg zur Umkehr geöffnet werden. Keine Eroberungsgedanken, kein Vorschreiben einer bestimmten politischen Ordnung durch die fremden Waffen, keine Betheiligung der Ausgewanderten am Kampfe — das war die Meinung des Königs, die Mallet jetzt nach Koblenz und Frankfurt bringen sollte. Die Aufnahme, die der ehrliche Royalist bei den entlaufenen Prinzen und Adeligen fand, mochte ihn wohl überzeugen, daß, wenn man diesen die Herstellung des Thrones in Frankreich in die Hände gab, allerdings jeder andere Zustand für die Nation begehrenswerther war. In denselben Tagen, wo der hülflose König den frechen Insulten des Pariser Gassenpöbels in seinem Palaste ausgesetzt war und sich die rothe Mütze aufsetzen lassen mußte, that sich die Emigration nach wie vor nur durch ihre Unvernunft hervor und trug höchstens dazu bei, den wilden Feinden des gefangenen Monarchen neue Waffen und Vorwände in die Hand zu geben.

Auch in Frankfurt schien anfangs der Coblenzer Einfluß, durch den russischen Gesandten Romanzoff verstärkt, mächtig genug, Mallet fern zu halten; doch erhielt er Zutritt bei den verbündeten Fürsten und hatte (15—18. Juli) mit Cobenzl und Haugwitz vertraute Conferenzen. Im Ganzen hatten die beiden Regierungen in Oesterreich und Preußen immer den Gesichtspunkt geltend gemacht, den Mallet jetzt vertrat. Als kurz nach der Kriegserklärung auf ein Manifest die Rede kam, war man in Wien und Berlin darüber einig, daß man jede Absicht einer Contrerevolution wie die engere Gemeinschaft mit den Emigranten ablehnen müsse und lediglich die französischen Herausforderungen und Angriffe betonen dürfe. Wie dann im Juni schlimme Nachrichten über die Lage des Königs kamen, schlugen „unterrichtete Personen" vor, dem Manifest eine ernste Drohung an die Pariser vorangehen zu lassen. Allein das fand bei den Cabineten keinen Anklang; sie fühlten sich mit den Emigrantenanschauungen in einem immer grelleren Widerspruch und blieben darum dabei, daß der Zweck jedes Manifestes nur darin bestehen könne, den verständigen Theil der Nation zu gewinnen. So ging man denn auch jetzt in Frankfurt bereitwillig in Mallets Auffassung ein, schenkte ihm Glauben, als er versicherte, daß die große Mehrheit des Volkes den alten Zustand nicht wolle, mißbilligte mit ihm das Treiben Calonnes wie der tonangebenden Emigranten, und Mallet schied mit der Ueberzeugung, daß Oesterreich und Preußen in allen Punkten seinen Rathschlägen gemäß handeln würden. Ueber das Manifest namentlich glaubte er vollkommen im Reinen zu sein; es sollte nach seiner Ansicht nichts als die Herstellung

des freien königlichen Willens verlangen, die Nationalversammlung und alle öffentlichen Autoritäten für die Sicherheit des Königs und seiner Familie verantwortlich machen, aber zugleich Vertrauen durch die Erklärung einflößen, daß man nur die Ordnung herstellen, die inneren Angelegenheiten den Franzosen selber anheimstellen wolle. Das Manifest, meinte Mallet, müßte alle Verständigen beruhigen, aber zugleich den Anderen zeigen, daß es mit der angedrohten Einmischung des Auslandes nun Ernst werde.*) Wir werden bald sehen, daß Mallet sich getäuscht hatte.

In den Conferenzen, die während der Festlichkeiten zu Mainz stattfanden, wurden zwar Beschlüsse über das Verhältniß zu den Emigranten gefaßt, die nicht eben Zeugniß von einer besonders günstigen Gesinnung gegen sie ablegten. In einer Berathung vom 20. Juli, an welcher der Herzog, Lascy, Schulenburg und Spielmann Theil nahmen, wurde verabredet, ihnen das rückständige Geldquantum von 200,000 Gulden sofort anzuweisen, aber als letzte Zahlung. Sie selber sollten in 3 Corps getheilt werden; eines unter dem Befehl der Brüder des Königs, welches die Zahl von 8000 Mann nicht übersteigen dürfe, ward der preußischen Armee zugewiesen, ein zweites unter Condé und Bouillé, nicht über 5000 Mann stark, ward dem kaiserlichen Corps im Breisgau beigegeben, ein drittes von höchstens 4000 Mann sollte sich Clerfayts Armee anschließen. Alle übergetretenen Regimenter waren bestimmt, den Emigranten zugetheilt zu werden und, „insofern es unumgänglich nöthig sein sollte", ihre Löhnung auf gemeinschaftliche Kosten beider Höfe zu empfangen. In besetzten Gegenden werde es vom Herzog von Braunschweig abhängen, einen einstweiligen Gouverneur einzusetzen, bis der König selbst darüber bestimmen könne. „Sollte sich — so lautet der bezeichnende Zusatz dieser Verabredung**) — der ganz unverhoffte Fall ereignen, daß sich die französischen Prinzen die oben festgesetzten Bedingungen nicht gefallen lassen und nach ihrem eigenen Dünkel separatim agiren wollen, so bliebe nichts weiter übrig, als daß des Herrn Herzog Durchl. eine Proclamation ergehen ließen und darin die Prinzen ihrem eigenen Schicksal preisgeben, ohne daß die vereinigten Armeen an ihren Unternehmungen einen weiteren Antheil nähmen. Diese Warnung wird auch im Voraus an sie zu erlassen sein."

Nach diesem Beschlusse hätte man denken sollen, das Hauptquartier hätte sich allmälig von dem Emigranteneinflusse ganz frei gemacht und auch das Manifest wäre ganz nach Mallets Vorschlag ausgearbeitet worden. Aber seltsam genug; in dem Augenblick, wo man der Emigration halb den Ab-

*) Ueber das Obige s. Mémoires et Correspondance de Mallet du Pan. Paris 1851. I. 280—316. 427—449. Das Andere aus diplomat. Actenstücken vom 21. Mai, 13., 23. und 30. Juni im k. pr. Staatsarchiv.

**) Die obigen Mittheilungen sind dem handschr. Protocoll entnommen.

schied gab, ward jener Aufruf an die französische Nation ganz in ihrem Sinne entworfen. Es war wieder des Herzogs Art, zwar die Uebertreibungen der Emigranten zu mißbilligen, aber doch auch nicht Festigkeit genug zu haben, um ihre Einwirkung auf das Manifest zurückzuweisen. So erhielt Einer aus der Koblenzer Gesellschaft, ein Marquis von Limon, den Auftrag, das Manifest zu entwerfen, und aus seiner Hand ging dann jenes Machwerk hervor, das zur Versöhnung zu drohend war und dessen papierne Ohnmacht doch zugleich den Eindruck der Drohung schwächte. Vielleicht hatten Ludwig XVI. und seine Rathgeber überhaupt die Bedeutung eines solchen Aufrufs überschätzt, aber in jedem Falle entsprach die Form, die sie ihm geben wollten, im Ganzen den Umständen. Ernst zeigen und zugleich Vertrauen wecken, die Factionen verdammen und der Nation doch die Aussicht auf eine bessere Zukunft eröffnen, das war der Grundgedanke, von dem Mallets Entwurf ausging. Das Manifest aber, das am 25. Juli zu Koblenz erschien und dem der Herzog, nach einigen kleinen Aenderungen, mit innerem Widerwillen seine Unterschrift beisetzte, hatte alle jene Züge verwischt und brachte dafür die fameusen Stellen, worin den Orten, die sich widersetzen würden, mit Demolirung und der französischen Hauptstadt mit einer auf alle Zeiten denkwürdigen exemplarischen Züchtigung gedroht war. Es ist gewiß, solche und schlimmere Drohungen haben die Franzosen aller Parteien, die Jacobiner wie Bonaparte, bei passendem Anlasse unzählige ergehen lassen, aber sie haben nie die Lächerlichkeit begangen, zu drohen, wo ihnen die Macht der Vollziehung fehlte.

Den Eindruck, den dies Manifest auf die Franzosen machte, haben sich die Parteien nach Gefallen zurechtgelegt; die Emigranten versicherten ernstlich, die Wirkung sei eine ganz vortreffliche,*) die Jacobiner, die Freunde der Revolution und deren französische Geschichtschreiber haben uns dagegen Wunderdinge erzählt von der nationalen Erbitterung, die es hervorgerufen. Wir finden durch die Thatsachen keine von beiden Meinungen bestätigt; das Manifest — und hierin lag allerdings seine schärfste Verurtheilung — fiel ganz platt zu Boden. Als es in den ersten Tagen des August zu Paris bekannt ward, waren die Royalisten verlegen, die anderen Leute lachten oder zuckten die Achseln, die Massen wußten nicht einmal von seiner Existenz, und erst allmälig bemächtigten sich die demokratische Presse und die Clubs des gar zu willkommenen Stoffes, um die Gemüther zu erhitzen. Die Lage

*) In den benutzten Correspondenzen findet sich ein Brief von der Hand Limons (d. d. Brüssel 5. August), worin der Autor die Wirkung seines Manifestes sehr rühmt („la tranquillité s'y rétablit et tout fait espérer que les jours du roi et de la reine seront en sûreté — Paris ouvrira les yeux et se rendra à son devoir") und nur beklagt, daß man an die Aechtheit nicht recht glauben wolle! S. dagegen die unbefangenen brieflichen Mittheilungen bei Mallet I. 322 f.

in Paris war aber von der Art, daß dort viel unmittelbare und gewaltsamere Eindrücke als das gedruckte Manifest auf die Gemüther der Menschen wirkten.

Indessen hatte sich in fünf Colonnen die preußische Armee nach dem Rheine in Bewegung gesetzt und traf seit Ende Juni in der Nähe von Koblenz ein; von dort sollte der Marsch nach der Champagne angetreten werden, die Bouillé als die beste Stelle zum Angriff bezeichnet hatte. Glänzende Festlichkeiten feierten die Ankunft des preußischen Monarchen, der in der Nacht vom 22. auf den 23. Juli in der kurfürstlichen Residenz anlangte. Unglaublichen Eindruck machte, nach dem Berichte eines Zeitgenossen,*) die Persönlichkeit des Königs, seine majestätische, beinahe kolossale Haltung, seine freundliche und doch würdige Herablassung, der unverkennbare Ausdruck einer Ueberzeugung, die ihn antrieb, für die bedrohte Sache des Königthums in die Schranken zu treten. Die Siegeszuversicht der Emigranten war beim Anblick des Königs und seiner Truppen höher wie je gestiegen; daß ihr Einfluß auf das Ohr des Monarchen wieder der alte war, hatte das Manifest bewiesen. Auch der Herzog ward von ihnen förmlich belagert; er hatte, wie Massenbach sagt, kaum die Ellenbogen frei, machte Complimente über Complimente, war aber im tiefsten Innern ergrimmt über die zudringlichen Fremden, über ihr Drängen zum Krieg und ihre rosigen Schilderungen, denen er keinen Glauben schenkte. Ihre eigene Kriegsrüstung sah fast mehr einem Hofgefolge als einer Armee ähnlich, und die Berichte, die dem Herzog vom Oberrhein und aus den Niederlanden durch den Mund verlässiger Officiere zukamen, waren noch weniger geeignet, die Abneigung des obersten Feldherrn gegen den ganzen Krieg zu überwinden. Da stellte sich heraus, daß von den 50,000 Oesterreichern, die theils den Oberrhein decken, theils die linke Flanke der preußischen Armee unterstützen sollten, im höchsten Falle zwischen 30,000 und 40,000 Mann wirklich vorhanden waren und auch die österreichische Armee in den Niederlanden statt 56,000 Streiter sich nicht einmal auf 40,000 beliefe. Ueber 100,000 Mann hatte Oesterreich zu stellen versprochen, jetzt waren es höchstens einige siebzigtausend; die Hauptarmee, die Frankreich erobern sollte, war auf mindestens 110,000 Mann veranschlagt, nun war sie im äußersten Falle über 80,000 stark. Es ist begreiflich, daß nach diesen Erfahrungen sich der Herzog in „einem furchtbaren Humor" befand. Von der Natur und moralischen Beschaffenheit des Landes, das angegriffen ward, hatte man nur mangelhafte oder ganz verkehrte Kenntniß; ein mächtiger Troß erschwerte die rasche Bewegung der Armee und die noch bestehende Verpflegung durch Magazine hing sich wie ein Bleigewicht an

*) Rhein. Antiquar I. 1. 104.

den schnellen Fortgang der Operationen. Kein Wunder, wenn sich im militärischen Hauptquartier immer bestimmter eine andere Meinung über den Kampf festsetzte, als die, welche den König und die ihn umgebende Emigration beherrschte. Während diese hier sicherer denn je auf einen Triumphzug nach Paris rechnete, wurden dort alle Schwierigkeiten des beginnenden Kampfes bedächtig abgewogen und es tauchte immer bestimmter der stille Wunsch auf, an der Maas Halt zu machen, dort die Festungen zu belagern und die Fortsetzung des Kampfes auf den nächsten Feldzug zu vertagen. Ohnedies war in den Verabredungen von Sanssouci das Vorrücken über die Maas in der Schwebe gelassen worden; jetzt, nach den neuesten Erfahrungen über die verfügbaren Mittel schien noch weniger Grund vorhanden, sich zu weit vorzuwagen.

Aus diesen Wünschen entsprang wenigstens zum Theil die auffallende Langsamkeit des Marsches nach der französischen Grenze; denn man braucht nicht einmal, wie eine angesehene militärische Autorität thut,*) Blüchers weltgeschichtlichen Winterfeldzug von 1814 mit dieser Sommercampagne zu vergleichen und den bedächtigen, methodischen Herzog an dem Maßstab des Marschall Vorwärts zu messen, und man wird es doch ungewöhnlich finden, daß die Armee von Koblenz bis an die französische Grenze zwanzig, und bis Valmy, zur möglichen Lösung des Knotens, über fünfzig Tage brauchte, obwohl die Hindernisse, die der Feind bereiten konnte, diesmal geringer, als in jedem anderen Falle waren. Die Macht der Franzosen, die unter Luckner, Lafayette und Custine von Valenciennes und Sedan an bis Thionville, Metz und Landau ausgedehnt stand, betrug damals noch nicht über 80,000 Mann, und die innere Krisis, die Zerklüftung der Parteien, die schwankende Stellung der Generale verringerte noch um ein Merkliches die Bedeutung dieser Zahlen. So war denn auch auf französischer Seite nichts geschehen für die Wegnahme der Posten, welche die Heerstraßen um Trier beherrschen, und als sich in den letzten Tagen des Juli die preußische Armee von Koblenz moselaufwärts in Bewegung setzte, konnte sie ganz ungestört über Trier und Conz vorrücken; keines der Defileen, die dort den Weitermarsch erschweren konnten, war besetzt. Schon dort aber machte die Armee ihren ersten achttägigen Halt (5—12. August); Artillerie, Fuhrwesen und Verpflegung trugen die Schuld dieser Zögerung, die natürlich auf den kriegerischen Eifer der Truppen nicht günstig einwirkte. Man entschloß sich, Luxemburg zum Waffenplatz des Heeres zu machen, die Magazine und Lazarethe dahin zu verlegen, was mit den Behörden der österreichischen Niederlande viel Förmlichkeiten und Schreibereien verursachte, und setzte sich dann in Bewegung, um zwischen Thionville und Longwy die französische Grenze zu überschreiten und die letztere Festung im Verein mit dem von Namur heranziehenden Corps Clerfayt's an-

*) S. (Valentini) Erinnerungen eines alten preuß. Officiers. 1833. S. 1 f.

zugreifen. Am 14. August war das Gros der Armee bei Montfort angekommen und blieb dort wieder vier Tage stehen; es waren diesmal nicht die Verpflegungsanstalten allein, die dies abermalige Säumen hervorriefen; die politischen Nachrichten aus Frankreich, die Botschaft vom Umsturz des Thrones, der Gefangennehmung des Königs, der Herstellung einer jacobinischen Regierung weckten neue Bedenken und Erwägungen, was nun zu thun sei. „Durch diese neue Revolution, schreibt ein Augenzeuge,*) hatten die Umstände eine ganz andere Gestalt bekommen; die Partei, deren Untergang man beschlossen hatte, war nun so mächtiger geworden, der Anhang des Königs und der gemäßigten Partei nun völlig unterdrückt und um so weniger im Stande, den Absichten der verbundenen Mächte zu entsprechen. Die Hoffnungen, mit denen man den Krieg beschloß und anfing, waren verschwunden; es war abzusehen, daß man die Häupter der Royalisten alles Einflusses berauben würde; die geheimen Anhänger des Königs konnten sich nun nicht zeigen, und auch im Commando der Armeen und Festungen ließen sich große Veränderungen erwarten." Das war nicht die einzige Stimme dieser Art; als die Armee am 19. August bei sehr unfreundlichem Wetter aufbrach, um die Grenze zu überschreiten, wuchs unter den Officieren der üble Humor. „General Courbière — schrieb der Kronprinz an jenem Tage**) — macht sehr gegründete Bemerkungen über unsere Expedition und findet es bedenklich, mit einem so schwachen Corps in das Innere von Frankreich einzudringen, indem er fürchtet, die mannigfaltigen und von den Emigranten so leicht gegebenen Verheißungen nicht in Erfüllung gehen zu sehen; und welcher Unbefangene könnte ihm darin Unrecht geben?" Der Kronprinz bemerkt auch, daß die französische Bevölkerung, so weit man mit ihr an der Grenze in Berührung gekommen, die Dinge nicht gerade verkehrt oder unvernünftig ansehe; aber es ist ihm ebenso unzweifelhaft, daß von Sympathien für die einmarschirenden Truppen sich keine Spur gezeigt habe.

Die materielle Lage der Truppen war nicht behaglich zu nennen; große Regengüsse hatten die Wege bodenlos gemacht und hinderten Gepäck- und Proviantwagen, rechtzeitig zu folgen, so daß der Soldat nicht selten neben der Nässe und Kälte auch Hunger leiden mußte; denn das Zartgefühl gegen die Franzosen, die man durch Requisitionen nicht erbittern wollte, ging so weit, daß zu dem Brode, das die Truppen bei Longwy und Verdun aßen, das Mehl meistens aus Preußen herbeigeschafft ward. Doch brachten die nächsten Tage auch wieder Anderes, was ermuthigte und erfrischte. Der erste Zusammenstoß, den die Avantgarde am 19. August zwischen Fontoy und Aumetz mit den Franzosen bestand, bezeugte die militärische Ueberlegenheit

*) Aus einem handschr. Bericht des Generals Lecoq.

**) In dem Tagebuche, das er über diesen Feldzug vom 19. August bis 23. October führte.

der deutschen Truppen auf's Rühmlichste; die Verworrenheit der französischen Zustände nahm mit jedem Tage zu und das ganze Heerwesen befand sich in einer Krisis, welche den Sieg der Verbündeten ungemein zu erleichtern versprach. Zugleich kam die Nachricht, daß Clerfayt (16. August) mit etwa 15,000 Mann Oesterreichern bei Arlon angelangt sei und der Vereinigung mit den Preußen zum Angriff auf Longwy nun nichts mehr im Wege stehe. Am 20. standen die vereinigten Truppen um Longwy und hatten den Platz von allen Seiten eingeschlossen; in den nächsten beiden Tagen beschoß man die Festung, die zwar mit 2600 Mann Besatzung versehen, aber im Uebrigen vernachlässigt war und schon am 23. August sich ergab. Die Truppen erhielten gegen das — bald nachher gebrochene — Versprechen, in diesem Kriege nicht mehr zu dienen, freien Abzug, alle Vorräthe, Munition und Waffen wurden den Verbündeten übergeben und die Stadt im Namen des Königs von Frankreich von einer österreichisch-preußischen Garnison besetzt.*)

Mit diesem Erfolge trafen die ersten Nachrichten zusammen von den Ereignissen bei der Nordarmee, von Lafayette's Flucht und der Auflösung, in welche die führerlosen Truppen gerathen waren. Das österreichische Hülfscorps unter Fürst Hohenlohe-Kirchberg, das am 2. August von Mannheim nach der lothringischen Grenze aufbrach und sich bei Landau mit dem Feinde in kleine Plänkeleien eingelassen, war an dem Tage vor der Uebergabe von Longwy in Merzig angelangt und überschritt dann die Mosel, um Thionville einzuschließen und während des Vorrückens der Hauptarmee deren linke Flanke zu decken. Die Verbindung war nun nach allen Seiten hergestellt; der ganze Oberrhein schien hinlänglich geschützt, Trier besetzt und der Zustand von Mainz beunruhigte nicht, weil man theils von der Tüchtigkeit der militärischen Führung dort, theils von dem patriotischen Eifer der kleinstaatlichen Regierungen am Rhein besser dachte, als beide verdienten.

So ward am 29. August mit dem Hauptheer von Longwy aufgebrochen und auf Verdun marschirt, das mit etwa vierthalbtausend Mann besetzt, aber freilich in schlechtem Vertheidigungszustande und von einer nichts weniger als revolutionär gesinnten Bürgerschaft bewohnt war. Am 31. August war die Stadt eingeschlossen; eine mäßige Beschießung reichte hin, dem Widerstande des Commandanten Beaurepaire und eines Theils der Besatzung zum Trotz den Unterwerfungsgedanken die Oberhand zu verschaffen, zu welchen die städtischen Behörde und die Bürger neigten. Schon am 1. September ward ein Waffenstillstand verabredet; am nächsten Tage capitulirte die Stadt mit allen Vorräthen gegen freien Abzug der Besatzung.

*) Die Emigranten waren naiv genug, zu verlangen, daß man ihnen nun sofort den Platz nebst Vorräthen u. s. w. übergebe. Es bedurfte erst eines Schreibens des Ministers Schulenburg (d. d. 30. Aug.), um sie über das richtige Verhältniß in's Klare zu setzen.

Die Einnahme der beiden Plätze schien auf den ersten Blick die Prophezeiungen derer zu bestätigen, welche einen leichten und wohlfeilen Siegeszug verkündet hatten. Gleichwohl gaben sich nur die Emigranten diesem günstigen Eindruck hin; gerade in den militärischen Kreisen war man weit entfernt, die Dinge so rosig anzusehen. Die Truppen litten Noth und entbehrten, selbst als sie im Besitze von Verdun waren, des Nothwendigsten an Lebensmitteln und Fourage.*) Der Mangel eines geordneten Requisitionssystems hatte die üble Folge, daß die Soldaten und die Führer anfingen, nach Willkür und planlos zu requiriren. Das schlimme Wetter verbreitete schon vor der Einnahme von Longwy die Ruhr im Heere; nun traten jene furchtbaren Regengüsse ein, welche den Spätsommer und Herbst des Jahres 1792 fast ohne Unterbrechung fortdauerten. Ueber die Gesinnung der Bewohner bestand aber bei allen Unbefangenen kein Zweifel mehr; war doch selbst in dem für royalistisch geltenden Verdun der Einzug der ausgewanderten Prinzen ganz kühl vorübergegangen.**) Der Tod Beaurepaire's, der sich bei der Uebergabe der Stadt eine Kugel durch den Kopf gejagt, machte auf die Preußen tiefen Eindruck und erregte selbst ihre Bewunderung;***) der zuversichtliche Ruf der abziehenden französischen Garnison: „à revoir aux champs de Chalons", zeugte wenigstens von keiner Sympathie für die gewaffnete Contrerevolution. Der Herzog von Braunschweig verbarg nun nicht mehr seinen Unmuth über die trügerischen Vorspiegelungen der ausgewanderten Franzosen. Am 1. September, als die Armee vor Verdun stand, kam es im königlichen Tafelzelt, in Gegenwart mehrerer Emigranten, zur Erörterung darüber. Sehr ernstlich hielt ihnen der Herzog alles das vor, was sie über die Leichtigkeit einer Expedition gegen Frankreich geäußert, und fragte sie, was denn aus allen den Verheißungen geworden, die sie von ihren Einverständnissen im Lande, von den vortheilhaften Gesinnungen der Festungscommandanten, dem Mißvergnügen der Linientruppen und den royalistischen Gesinnungen der Nation gegeben hätten? Niemals, fügte er hinzu, sei es seine Absicht gewesen, in einer Spitze so rasch vorzugehen und mehrere wichtige Plätze theils hinter sich, theils zur Seite liegen zu lassen, wenn sie nicht den König mit ihren grundlosen Hoffnungen getäuscht und die ganze Expedition so leicht hingestellt hätten. So dauerte die Unterhaltung geraume Zeit fort; der Herzog sprach mit vieler Entschiedenheit und so laut, daß auch die außerhalb des Zeltes Stehenden daran Theil nahmen. Sie freuten sich von Herzen, daß den Emigranten einmal derb die Wahrheit gesagt ward.†)

*) S. Minutoli, der Feldzug der Verbündeten im Jahre 1792 S. 141.

**) So berichtet der Kronprinz, der Augenzeuge war, in seinem Tagebuche.

***) S. Minutoli S. 139.

†) Dem angeführten Bericht des Kronprinzen entnommen.

In dem Operationsplan, den man im Mai verabredet, war es, wie wir uns erinnern, von den Umständen abhängig gemacht, ob man weiter über die Maas vorgehen werde; der Herzog aber hatte seit dem Abmarsch von Koblenz nicht verhehlt, daß er an der Maas stehen bleiben wolle. War es zu wundern, daß bei der Stimmung, wie sie sich nun aussprach, die militärische Ansicht auch anderer Personen im Hauptquartier dahin neigte, man dürfe nicht weiter vorgehen, müsse sich auf die Einnahme der Maasfestungen, die Belagerung von Thionville und Saarlouis beschränken und in dieser Stellung, gegen alle Ungunst der Jahreszeit geschützt, die ferneren Ereignisse abwarten? War man dann im Besitz der Festungslinie von Verdun bis Givet, war die rechte Flanke durch die österreichische Armee in den Niederlanden, die linke durch Hohenlohe-Kirchberg genügend gedeckt, so konnte man, das war die Meinung, mit aller Zuversicht den Ergebnissen des nächsten Feldzuges entgegensehen. So die Ansicht des Herzogs und einer Anzahl einflußreicher Offiziere. Dagegen ward von anderer Seite eingewandt, daß gerade dieser Feldzug nicht auf Belagerung von Festungen berechnet sei, daß man der Belagerungsgeschütze, der nöthigen Depôts und Munition entbehre und daß der ganze Kriegsplan den Zweck habe, durch ein rasches Erscheinen zu schrecken und eine Gegenrevolution zu bewirken. Nur wenn die anderen Maasfestungen so leicht zu haben wären, wie Longwy und Verdun, sei jener Plan ohne Bedenken; leistete z. B. Sedan Widerstand, dann bliebe wahrscheinlich keine andere Wahl, als ein verlustvoller Rückzug. Daß nicht alle Plätze so wohlfeil zu nehmen wären, beweise Thionville, das die Emigranten durch Einverständnisse zu erlangen sich gerühmt hätten und an dem jetzt die Versuche des Hohenloheschen Corps scheiterten; und liefe man dann nicht, bei einem mißlungenen Angriff auf Thionville oder Sedan, ernstlich Gefahr, inzwischen Verdun wieder zu verlieren und so um die ganze Frucht des Feldzugs gebracht zu werden? Drum bliebe immer der natürlichste Plan der, den zwar nicht die regelrechte Taktik, aber die politischen Verhältnisse anempfahlen: rasch vorzudringen, die royalistischen Stimmungen zu nützen, den Franzosen eine glückliche Schlacht zu liefern und dadurch mit einem Male den Umschlag für die Sache des Königs hervorzurufen.*)

Dieser Zwiespalt der Meinungen, selbst in den rein militärischen Kreisen, ist nicht auffallend, da noch heute eben dort über den Feldzug keine Einstimmigkeit des Urtheils herrscht. Denn zu jener vorsichtigen und methodischen Kriegführung neigen auch jetzt noch sachkundige Autoritäten. Eine Armee, sagt eine von diesen, reist nicht im Postwagen und findet kein Unterkommen in Wirthshäusern; dazu gehören andere Dinge, und wenn man auch früher geglaubt hatte, dieser entübrigt sein zu können, so mußte die erlangte Ueberzeugung vom Gegentheil einen Stillstand herbeiführen, dessen Folgen sich nicht

*) Nach dem handschriftl. Berichte von Lecoq.

gleich übersehen ließen. Es ist möglich, daß ein mit einem hohen Grade von Kühnheit begabter Feldherr sich über diese Rücksichten hinweggesetzt und das Ziel seiner Unternehmung erreicht hätte; allein die Kühnheit setzt Viel und oft Alles auf einen Wurf, und nicht jeder ist zu Wagstücken geneigt. Wer hoch spielen will, der muß wenigstens Herr über die Summen sein, die er auf's Spiel zu setzen gedenkt, und wer etwas wagen soll, der muß auch die Aussicht haben, einen verhältnißmäßigen Gewinn zu machen. Allein was hatte die preußische Armee zu erwarten? Wenn das Wagestück gelang, so wurde ihr die Ehre zu Theil, den französischen Monarchen wieder in seine Rechte eingesetzt zu haben; im unglücklichen Falle aber verlor sie 50,000 Menschen, ein ungeheures Material an Ausrüstungskosten, Ehre und Reputation und wer weiß, was noch mehr.

Diesen bedächtigen Erwägungen steht heute, wie damals, die Meinung derer entgegen, welche die Verfallenheit der französischen Streitkräfte, die innere Zerrüttung des Landes, den ganzen Zweck und die Anlage des Feldzugs für Gründe genug halten, von der gewöhnlichen Regel abzugehen. Von dieser Seite wird es als ein „Gebot der gesunden Vernunft“ bezeichnet, von Verdun gleich die Vorhut nach den Argonnen vorzuschieben, den Feind aufzusuchen, wo er zu schlagen war, und da man ihm früher bei Sedan nicht entgegengegangen, ihm lieber bei Chalons oder Grandpré in den Weg zu treten. Die Sorge, Verdun möchte verloren gehen, wenn die Armee sich davon entferne, wird von den Anhängern dieser Meinung fast komisch gefunden und in das Urtheil des alten Husarenführers Wolfradt eingestimmt, der die gelehrten Strategen des Generalstabs wegen der Wichtigkeit, die sie dem Abschneiden und Abgeschnittenwerden beimaßen, sarkastisch die „Abschneider“ genannt hat.*)

Wir sind in diese verschiedenen Ansichten eingegangen, nicht um uns ein technisches Urtheil darüber zu gestatten, sondern nur um zu zeigen, welches für die beiden einander entgegenstehenden Gesichtspunkte — die hergebrachte methodische Kriegführung und die kühne, durch das Ungewöhnliche der Lage motivirte Strategie — die Gründe waren, so und nicht anders zu denken. Wir können nicht einmal sagen, für welchen von beiden Wegen der Erfolg gesprochen hat; denn das Unglück war eben, daß keine der beiden vorgezeichneten Richtungen, der kecke Angriff, wie das bedächtige Verharren an der Maas, rein und consequent verfolgt worden ist.

Der Herzog mit seinem Generalstab war für das Bleiben an der Maas und verfocht diese Meinung in Verdun mit aller Lebhaftigkeit; der König,

*) Die entgegenstehenden Ansichten sind einerseits in Wagner's Feldzug von 1793. Berlin 1831. S. VIII. und von Minutoli, Geschichte des Feldzugs von 1792. S. 17—19, andererseits in (Valentini's) Erinnerungen eines alten preuß. Offiziers. Glogau 1833. S. 3 ff. dargelegt.

die Emigranten und der soldatische Instinkt der Massen waren für kühnes Vorgehen. Daß bei dem König die Erinnerung an das ursprüngliche Ziel des Feldzugs und der Gedanke an das Schicksal Ludwigs XVI. noch mehr, als die Vorstellungen der Emigranten und ihrer Agenten dazu beitrugen, die langsame und zögernde Taktik des Herzogs zu verwerfen, ist unzweifelhaft; wie sollte er, nach den ersten Erfolgen von Longwy und Verdun, nun plötzlich furchtsam Halt machen und den gefangenen König bis zum nächsten Jahre in den Händen wüthender Factionen lassen? Wir begreifen, daß dies für Friedrich Wilhelm II. eine moralische Unmöglichkeit war; für ihn hieß es „Vorwärts", auch wenn er sich nur daran erinnerte, warum er gegen Frankreich zu Felde ausgezogen war. Wie schüchtern oder wie entschieden der Herzog dem gegenüber seine Meinung verfochten haben mag, sie konnte sich dieser persönlichen Situation und Stimmung des Königs gegenüber nicht behaupten. Der Herzog gab nach und es ward beschlossen, vorwärts zu gehen.

Damit war das Schicksal des Feldzugs entschieden; aber nicht deßhalb entschieden, weil man damit den Weg der Vorsicht verlassen und die kecke Bahn einer abenteuerlichen Kriegführung betreten hätte, wie von einer Seite behauptet worden, sondern weil aller Voraussicht nach der kühne und rasche Entschluß des Königs nur eine furchtsame und zögernde Vollziehung fand. Dem König gegenüber in seiner Meinung unwandelbar zu beharren oder lieber den Oberbefehl abzugeben, das hatte der Herzog nicht über sich vermocht; er gab im letzten Augenblick wieder nach, aber mit der tiefen Ueberzeugung, daß das zum Verderben führe, was beschlossen sei. Dies Verderben abzuwenden, wirkte er dann mit seiner zaghaften Vorsicht den kühnen Entschlüssen stillschweigend entgegen, zauderte und wich jedem raschen und kecken Schlage geflissentlich aus, so daß allerdings das nicht geschah, was der König vor Verdun gewollt hatte. Vielmehr erfolgte das Unglücklichste von Allem; indem er die möglichen Vortheile verscherzte, welche entweder das Bleiben an der Maas oder das kühne Vordringen auf Paris unzweifelhaft gewährte, ging der Herzog einen inconsequenten Mittelweg, der keinen sicheren Erfolg bot, wohl aber die doppelten Nachtheile einer zugleich unbesonnenen und schüchternen Kriegführung bereiten konnte.

Hätte der Herzog freilich eine genaue Kenntniß von den militärischen Zuständen auf französischer Seite gehabt, er wäre bei aller seiner bedächtigen und methodischen Kriegführung wahrscheinlich doch rasch auf das Ziel losgegangen, wie es der König wollte. Aber einmal fehlte es durchaus an genauen Mittheilungen über die Zustände im feindlichen Lager und dann hatte die Enttäuschung, die nach den Prahlereien der Emigranten eintrat, die natürliche Folge, daß man nun die Kräfte und Mittel der Gegner überschätzte. So wußte man im preußischen Hauptquartier nicht, wie groß die Zerrüttung im Heere seit den Augustereignissen, wie gering der Zuzug, wie mangelhaft

alle militärischen Mittel waren. Schwerlich wäre der Moment nach Lafayette's Flucht unbenutzt geblieben, hätte man die ganze Noth der Franzosen gleich anfangs gekannt. Wohl war jetzt in Dumouriez der Armee ein neuer Führer gegeben worden, der rührig und unverzagt zum bösen Spiele gute Miene machte, mit abenteuerlicher Keckheit die Gefahr verachtend für jede neue Verlegenheit neue Auskunftsmittel in Bereitschaft hielt, überhaupt der wachsenden Noth eine gute Dosis französischen Leichtsinns entgegenstellte, die zu der vorsichtigen und methodischen Art des preußischen Oberfeldherrn in einem sonderbaren Gegensatze stand. Aber das unbegrenzte Selbstvertrauen auf sein Talent und eine großartige Leichtfertigkeit ließen ihn viel grellere Mißgriffe begehen, als die, welche man dem Herzog vorwarf. War er doch noch in der zweiten Hälfte des August mit seinem Lieblingsplane, der Eroberung Belgiens, ernstlich beschäftigt und gleichwohl konnte man in einem Augenblick, wo die Verbündeten die Maasfestungen theils wegnahmen, theils bedrohten, ein solches Unternehmen kaum anders als abenteuerlich nennen. So sah es auch der Kriegsminister Servan an, der gegen die Meinung des Feldherrn und seines Kriegsrathes den Gedanken festhielt, man müsse zunächst das Vordringen der deutschen Armee hindern und zwar durch eine geschickte und starke Aufstellung in dem Argonnerwalde.*) Indessen man darüber hin- und herschrieb und hochtönende Pläne machte, den Verbündeten plötzlich im Rücken Belgien wegzunehmen, gingen Longwy und Verdun verloren, breitete sich die Armee der Verbündeten an der Maas in einer Stellung aus, die vor Allem die Vereinigung Dumouriez's mit Kellermann, der bei Metz stand, fast unmöglich zu machen schien. Griff der Herzog nun vollends rasch zu und besetzte die nur zwei Märsche von Verdun entfernten Päſſe des Argonnerwaldes, so war nach übereinstimmender Ansicht aller Sachverständigen die Lage der Franzosen geradezu verzweifelt. Dieser Argonnerwald, der zwischen Verdun und St. Menehould den Weg verlegte, war zwar kein Thermopylenpaß, wie ihn Dumouriez pathetisch nennt, wohl aber ein weit ausgedehntes Gehölz mit mäßigen Höhen und engen Thaleinschnitten, dessen lehmiger und feuchter Boden bei nassem Wetter schwer zugänglich war, durch anhaltende Regengüsse aber in undurchdringliche Moräste umgewandelt werden konnte. Die Franzosen hatten von Sedan aus bis nach dem nächstgelegenen wichtigeren Passe dieses Höhenzuges, bis Grandpré, ungefähr zwölf Meilen, die Verbündeten von Verdun bis zum nächsten Defilé, bis zu den sogenannten Islettes, nur sechs Meilen zurückzulegen; gleichwohl unterließ es der Herzog, ein Corps dahin zu schicken, weil es allen Regeln widerspreche, zwischen zwei feindlichen

*) S. darüber Sybel I. 567 f. namentlich gegen Dumouriez selbst, der sich bekanntlich nachher das Verdienst zuschrieb, wie die komische Phrase lautet, die Argonnen „als Frankreichs Thermopylen" erkannt zu haben. Was es mit diesen Thermopylen auf sich hatte, werden die folgenden Vorgänge zeigen.

Armeen, die zu Sedan und Metz standen, sich so weit vorzuwagen.*) In allen diesen entscheidenden Momenten rächte sich die kurzsichtige Sparsamkeit der Kriegsrüstung auf's Bitterste; hätte der Herzog die 20—30,000 Mann gehabt, die Oesterreich versprach, aber nicht lieferte, schwerlich überwogen dann in ihm jene vorsichtigen Bedenken, welche ihm die Zahl seiner Truppen wecken mußte.

Dumouriez zögerte, nachdem Verdun einmal verloren schien, keinen Augenblick, sich diese Bedenken zu Nutze zu machen; an dem Tage, bevor die Stadt sich ergab (1. Sept.), brach er rasch gegen die Argonnen auf und näherte sich am 4. Sept. dem Passe von Grandpré, indeß Dillon über Varennes nach St. Menehould vorgerückt war und das Defilé Islettes (5. Sept.) besetzte. Dort wollte man die Vereinigung mit Kellermann herstellen, der versprochen hatte, von Metz über Commercy und Barleduc vorzugehen, um etwa in der Mitte des Monats einen starken Tagemarsch südlich von St. Menehould einzutreffen. Im Lager der Verbündeten weckte diese Wendung nicht nur keine Sorge, sondern Freude; wir wurden, sagt Massenbach, als die Nachricht von der bevorstehenden Vereinigung Kellermanns und Dumouriez's eintraf, alle neu belebt, weil man mit einiger Hoffnung einer schönen Zukunft entgegensehen zu dürfen glaubte und, wie es schien, die ganze Macht des Feindes mit einem Schlage zu Boden werfen wollte. So blieb die Armee acht Tage (3—11. Sept.) in der Umgebung von Verdun, bis die einzelnen Abtheilungen herangezogen und die Magazinanstalten getroffen waren, als deren Mittelpunkt man Verdun auserwählte. Mittlerweile hatte sich Dumouriez in den Argonnen festgesetzt; zog Verstärkungen aus dem Innern an sich und sah der Annäherung Kellermanns mit Sicherheit entgegen; er hatte die ganze Keckheit, die acht Tage vorher doch etwas wankte, jetzt wiedergefunden und imponirte durch seine zuversichtliche Haltung den Soldaten, deren moralische Stimmung nach den Vorgängen vom August allerdings einer starken Aufrichtung bedurfte.

Am 11. Sept. endlich brach der Herzog von Verdun gegen Landres auf; die Argonnen sollten jetzt durch Umgehung genommen werden. Kalkreuth ward gen Briquenai entsendet, um sich dort mit Clerfayt zu vereinigen, der bisher gegen Stenay gewendet, die Franzosen auf dieser Seite von Verdun abgehalten hatte; am 12. Sept. erfolgte die Vereinigung. Durch eine geschickt und energisch ausgeführte Bewegung bemächtigte sich Clerfayt des Punktes bei Croix aux Bois, behauptete sich gegen den lebhaften Angriff der Franzosen und zwang sie dadurch, den nun unhaltbaren Posten bei Grandpré zu verlassen (14. Sept.). Eine kühne und zugreifende Kriegführung hätte von diesem Unfalle den allerentscheidendsten Vortheil ziehen können. Die Truppen, kaum erst aus der Zerrüttung des August etwas gehoben, waren

*) S. Massenbach I. 54.

durch die Schlappe bei Croix aux Bois völlig demoralisirt und die Verfolgung einiger Schwadronen preußischer Husaren reichte hin, Tausende von flüchtigen Franzosen in panischem Schreck gegen St. Menehould, Chalons und Rheims zu jagen. Dumouriez hatte alle Mühe zu hindern, daß die Fliehenden nicht das Gros der Armee mit sich fortrissen; ohne seine und seiner Untergenerale Besonnenheit wäre diese Flucht von Grandpré wahrscheinlich der entscheidende Tag des Feldzuges geworden. Wir können uns darum vollkommen in die Stimmung des Königs denken, der auf die Nachricht von Dumouriez's Rückzug heftiger als je auffuhr, nach seinem Pferde verlangte und dem Major Massenbach, der die Botschaft gebracht, zürnend den Vorwurf zurief: „Warum hat man mir den Rückzug nicht früher gemeldet? Nun wird der Feind mir entwischen!" Nicht allein die Gegner der methodischen Kriegführung des Herzogs klagen hier, daß der „König den Willen, nicht aber die Einleitung und Ausführung in Händen behalten hatte und deshalb den künstlichen Bewegungen seines Feldherrn nicht gründlich zu begegnen vermochte", sondern auch die Vertheidiger geben zu, daß es ein großer Fehler war, den Feind wieder zu Athem kommen zu lassen, indem man, statt ihn rastlos zu verfolgen (16. und 17.), bei Grandpré wieder aus „Brod- und Backgründen" ein paar Tage stehen blieb*).

Indessen hatte Dumouriez sich auf St. Menehould zurückgezogen und hielt den dortigen Höhenzug besetzt; an ihn lehnte sich gegen die Argonnen zu Dillon, der seit dem 5. in dem Passe der Isletten eine feste Aufstellung genommen hatte. Von Chalons her traf vom 18. zum 19. Sept. Beurnonville bei Dumouriez ein; am nämlichen Tage erfolgte auch die Vereinigung mit Kellermann, der von Metz 17,000 Mann herbeiführte. So war der größte Theil der französischen Streitkräfte, gegen 60,000 Mann stark, zwischen St. Menehould und den Argonnen vereinigt; es konnte nun der Schlag auf die ganze feindliche Armee erfolgen, dem man im preußischen Lager mit so lebhafter Sehnsucht entgegengesehen. Die verbündete Armee war nach der Rast bei Grandpré die Aisne heraufgezogen und näherte sich der Ebene westlich von den Argonnen, welche, nach der Marne hin ausgebreitet, ihr den Weg gegen Chalons und Rheims eröffnete. Massenbach bezeichnet als die Idee des Herzogs: sofort an der Herstellung der Gemeinschaft mit Verdun zu arbeiten, mit dem linken Flügel auf dem Rücken des Argonnengebirges vorzugehen und durch ein zweites Manövre die feindliche Armee zu nöthigen, nicht nur dieses Gebirge zu verlassen, sondern selbst hinter die Marne zu fliehen. Sie dann auf dem Rückzuge anzugreifen und zu schlagen, das mußte ihr, so dachte man im Hauptquartier, das sichere Verderben bereiten. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese methodische Operation,

*) S. die Erinnerungen eines alten preuß. Offiziers S. 5. Massenbach I. S. 67. 68.

wenn sie consequent durchgeführt ward, ihr Ziel erreichte; aber das Mißgeschick dieses Feldzuges war eben, daß man keinen der gefaßten Pläne unverrückt bis zum Ende vollzog. Wieder machte sich der Doppelgeist in der Führung geltend; hatte vorher des Herzogs Bedächtigkeit das schnell entschlossene Handeln des Königs gehemmt, so trat diesmal Friedrich Wilhelms Neigung zum raschen Angriff der Entwickelung des herzoglichen Planes in den Weg. Die Armee war am Mittag des 19. Sept. eben im Begriff, sich auf den Höhen von Massige zu lagern, wie es dem Entwurf des Herzogs entsprach, als der König befahl, sofort gegen Somme Tourbe aufzubrechen. Es war nämlich die irrige Nachricht eingetroffen, Dumouriez rüste sich aus seiner Stellung von St. Menehould sich nach Chalons zurückzuziehen; der König wollte den Feind nun nicht zum zweiten Male, wie am 14. und 15. bei Grandpré entwischen lassen, fand den Plan des Herzogs zu langsam und entschloß sich, frischweg in der Richtung vorzugehen, wo er den Feind finden mußte.

Wohl waren die Franzosen nicht im Rückzuge begriffen, aber ihre Stellung doch von der Art, daß der rasche Angriffsplan des preußischen Monarchen ihnen sehr gefährlich werden konnte. Kellermann hatte, wie es scheint aus Mißverständniß eines Befehles von Dumouriez, sich nicht auf dessen linker Flanke aufgestellt, sondern war auf die Höhen von Valmy vorgegangen. Dort stand er dicht zusammengedrängt; sein eigenes Gepäck hemmte ihn in der freien Entwicklung seiner Kräfte, und Dumouriez war wenigstens so weit entfernt, daß er nicht sofort zur Stelle sein konnte. Allerdings war die französische Armee im Ganzen an Zahl der verbündeten überlegen*), aber dies ward durch die bessere Disciplin und Kriegsfähigkeit der letzteren vollkommen ausgeglichen. Zudem — wie ein ausgezeichneter preußischer Veteran sagt — stand die Regel, so genau seine Feinde zu zählen, nicht in den Instructionen Friedrichs des Großen. Die ganze Situation mußte zum Kampfe ermuthigen. Die französische Armee, zwischen der Bionne und Auve eingeschlossen, im Rücken die Aisne und das von den Verbündeten besetzte Verdun, vorwärts von Chalons abgeschnitten, war nach einer verlorenen Schlacht in einer ganz verzweifelten Lage; die Flucht nach Vitry konnte ihr dann leicht verlegt werden, der Rückzug über die Aisne und die Argonnen trieb sie einem feindlichen Corps in die Arme.**) Und daß die Schlacht wahrscheinlich verloren würde, dafür sprach doch Alles: die Trennung Kellermanns von Dumouriez, die Art seiner Aufstellung bei Valmy und die militärische Ueberlegenheit des verbündeten Heeres über die Franzosen.

Es war ungefähr 7 Uhr, als am Morgen des 20. Sept. die Avant-

---

*) Die preußische betrug zwischen 30 und 40,000; die französische war ungefähr um 20,000 stärker.

**) S. die Erinnerungen S. 7. 8.

garde der preußischen Armee, unter dem Erbprinzen von Hohenlohe, sich aus ihrer nächtlichen Aufstellung den Höhen von Valmy näherte; Alle hofften, jetzt werde es einmal zur Schlacht kommen, und freuten sich der endlich näher gerückten Entscheidung. Als sich das Corps im Anmarsch zeigte, kam vom Feind ein lebhaftes Geschützfeuer, dessen Lärm aber größer war als der Schaden. Die Preußen entwickelten sich auf den benachbarten Höhen indessen ungehindert und säumten nicht, durch ihr Geschütz die feindliche Begrüßung wirksam zu erwidern. Obwohl der dichte Nebel den größten Theil des Morgens die freie Aussicht über die Bewegungen des Feindes hemmte, gaben die preußischen Geschütze doch ein gut gezieltes Feuer auf die Höhen von Valmy, und als einige Pulverwagen aufflogen, entstand, wie Kellermann selber eingesteht, eine Verwirrung, die alle Anstrengung der Offiziere erforderte, wenn eine Niederlage abgehalten werden sollte. Erfolgte in diesem Augenblicke ein energischer Angriff auf die Höhen, so waren die Franzosen unzweifelhaft verloren. Die Preußen hofften das auch und waren des besten Muthes; dies Kanoniren erschien ihnen fast scherzhaft. „Dies Alles — schreibt der Kronprinz in seinem Tagebuche — kam mir noch so revue- und manövermäßig vor, daß ich bei ganz heiterer Laune und Zuversicht blieb, zu den Grenadieren von des Herzogs Regiment ritt und ihnen scherzschaft den Butterberg bei Cörbelitz wies, den wir angreifen sollten, was sie mit tröstlichem Gesicht und freundlichem Lächeln erwiederten.“ Diese ruhige Zuversicht der Truppen bildete allerdings einen merkwürdigen Gegensatz zu der Verwirrung im französischen Lager; sie gab die sichere Bürgschaft des Sieges, mochten die Zahlen noch so ungleich sein.

Aber rasch mußten die Momente der Verwirrung benutzt werden, wenn der Erfolg leicht und sicher sein sollte. Wir haben am Tage zuvor gesehen, wie des Königs Entschlossenheit den Herzog zu schnellerer Action antrieb; nun war es wieder der Herzog, welcher die ungeduldige Angriffslust des Königs vom Ziele ablenkte. Beide waren, wie der Kronprinz in seinem Tagebuche versichert, an diesem Tage sichtbar gespannt; „jeder berathschlagte und recognoscirte für sich“, der Kronprinz bemühte sich vergebens, aus ihren Aeußerungen einen einmüthigen Entschluß herauszulesen. Nur traten die Bedenken des Herzogs wieder mit aller Bestimmtheit hervor; er hielt eine förmliche Schlacht für unbedingt verwerflich. Ob es wirklich die Erinnerung an die ähnlich gelegenen Höhen in der Wetterau war, wo er im siebenjährigen Kriege gegen die Franzosen unglücklich gewesen, was ihn mit einer fast abergläubischen Besorgtheit erfüllte — genug, er widerrieth die Schlacht, und der König schien denn doch auch nicht gegen den Rath der ersten militärischen Autorität handeln zu wollen. Es war ohne Zweifel ein unglückliches Verhängniß, nicht jetzt allein, sondern auch später, daß in einem Staate, wo mehr als irgendwo sonst seit dessen Bestehen der König allein und vorzugsweise gewohnt war, an der Spitze seines Heeres zu befehlen, nun diese mo-

narchische Unbedingtheit des Commandos gegen ein Abwägen und Berathen mehrerer Autoritäten vertauscht war, das alle rasche und eingreifende Action lähmte.

Als der König am Mittag auf dem Schlachtfelde eintraf, war zwar der günstigste Moment schon verloren und den Franzosen bereits Zeit gegeben, die Folgen von Kellermanns Mißgriff einigermaßen abzuwenden; aber auch jetzt noch, wenn der König, seinem militärischen Instinct folgend, rasch angriff, war aller menschlichen Wahrscheinlichkeit nach der Sieg gesichert. Statt der Schlacht entschloß sich der Herzog zu einer Demonstration; der Feind sollte auf seiner Anhöhe stark beschossen und dadurch zum Rückzuge gezwungen werden, man wollte ihn dann verfolgen. So begann jene Kanonade, von der Valentini sagt: eine fruchtlose Kanonade kostet bei weitem mehr, als eine herzhafte Schlacht. Jeder Theil verschoß etwa 20,000 Kugeln und Granaten, es wurden dadurch ein paar hundert Menschen und Pferde getödtet*), auch demontirten die Preußen einige feindliche Geschütze, aber der Erfolg hob sich auf, die Preußen wie Kellermann behaupteten bis zum Abend, wo das Feuer schwieg, ihre Stellung. Im Dunkel der Nacht verließ dann Kellermann seine vorgeschobene Position und stellte seine nähere Verbindung mit Dumouriez wieder her.

Wir haben die Vorgänge im Einzelnen verfolgt, nicht weil diese berühmte Kanonade auch nur mit irgend einer nennenswerthen Schlacht der nächsten 23 Jahre verglichen werden kann, sondern weil sie durch ihre moralischen Folgen der Wendepunkt dieses Krieges geworden ist. In jeder andern Lage wäre diese militärische Evolution ganz spurlos vorübergegangen, in dieser eigenthümlichen Verkettung der Umstände erhob sie sich zur Bedeutung eines weltgeschichtlichen Ereignisses. Wie es so gekommen ist, daß der schon aufgehobene Arm der Preußen wieder inne hielt und sie sich die schönste und wohlfeilste Gelegenheit des Sieges entschlüpfen ließen, darüber hat man die wunderlichsten Deutungen versucht; geheime Verabredungen, Geld und weiß der Himmel was noch sollen die Ursache gewesen sein. Uns scheint, die schlichte Darlegung der Ereignisse, wie sie sich seit Longwy und Verdun entwickelten, wird jeden Unbefangenen überzeugen, daß Alles mit natürlichen Dingen zugegangen ist.

Die Gelegenheit des Sieges, die sich das deutsche Heer hatte entschlüpfen lassen, war nicht nur augenblicklich verloren; es war gewiß, sie bot sich niemals so wieder dar. Für die Franzosen, als Neulinge im Kriegshandwerk, war es — wie Valentini sagt — schon genug, nicht geschlagen zu sein; die jungen Schaaren hatten in der Kanonade gelernt, daß nichts im Kriege so gefährlich ist, als es aussieht. Zum ersten Male war an diesem Tage ihr

*) Die Angaben über den Verlust der Preußen schwanken zwischen hundert und zweihundert Mann; die Franzosen haben 3—400 verloren.

militärisches Selbstbewußtsein erwacht und der Zauber der Unüberwindlichkeit der Armee Friedrichs des Großen war für sie dahin. Ihr Selbstvertrauen und ihr Hochmuth war jetzt so groß, wie noch wenige Tage zuvor bei Grandpré ihre Angst und ihr panischer Schrecken. Auf der andern Seite war bei den Preußen die Stimmung tiefer Niedergeschlagenheit eingezogen. Zu den äußeren Entbehrungen, dem Mangel, der sie vier Tage ohne Brod ließ, dem Regen und der Kälte, wodurch die Ruhr immer hartnäckiger ward, kamen nun die widerwärtigen Eindrücke, wie sie der 20. September erwecken mußte. War auf der einen Seite durch den lebhaften Widerstand der Franzosen auch die letzte Emigrantenillusion von royalistischer Gesinnung und Abfallsneigungen der Soldaten gründlich beseitigt, so erregte es doch im Heere zugleich ein Gefühl von Zorn und Beschämung, daß man durch eigene Unentschlossenheit den Uebermuth der Anderen gesteigert hatte.

Von irgend einem andern militärischen Mißgeschick war nicht die Rede. Noch am Abend des 20. Sept. traf Clerfayt's Corps auf dem Schlachtfelde ein und die verbündete Armee behielt ihre Stellungen, indeß Kellermann die seinige verlassen hatte. Wohl war es nicht rathsam, daß sie in dieser nun werthlosen und in mancher Hinsicht bedenklichen Position längere Zeit verblieb, aber die Franzosen waren ungeachtet des Tages von Valmy noch lange nicht über alle Gefahren hinweg. Es konnte in dem Hauptquartier der Verbündeten nachträglich noch irgend ein kühner, unerwarteter Entschluß zur Reife kommen, womit man das Versäumniß vom 20. gut zu machen dachte; dann war eben, trotz der Kanonade jenes Tages, die militärische Tüchtigkeit und Uebung doch wieder ganz auf Seiten der deutschen Truppen, und es gelang vielleicht nicht zum zweiten Male, so wohlfeil wie bei Valmy wegzukommen. Dies zu hindern, übte Dumouriez eine Taktik, welche auf die Herabstimmung der früheren Illusionen gut berechnet war: er knüpfte Unterhandlungen an, um die Verbündeten mit der leeren Hoffnung einer friedlichen Restauration hinzuhalten und inzwischen jede kühne, angreifende Thätigkeit von ihrer Seite zu lähmen. Vielleicht gelang es ihm gar, der preußischen Politik den Krieg zu verleiden und die österreichisch-preußische Verbindung, deren wunde Stellen ihm nicht verborgen waren, zu sprengen.*)

Es kam ihm dabei der Eindruck der letzten Vorgänge und der Zufall gleich glücklich zu Statten. Ein erwünschter Zufall und nichts Anderes war es, daß am 20. eine streifende Colonne, die in den Rücken der preußischen

*) Die folgenden Unterhandlungen sind aus den nämlichen ungedruckten Quellen geschöpft, aus denen Sybel das richtige Verhältniß ermittelt und dargestellt hat. Indem wir ganz ins Detail eingehen und die Actenstücke so viel wie möglich ihrem Wortlaut nach wiedergeben, glauben wir der Berichtigung der einzelnen Irrthümer überhoben zu sein, die kaum an einer Stelle der Geschichte jener Zeit mit solcher Zuversicht aufgetreten sind, wie hier.

Armee gerathen war, dort beim Train eine Anzahl Gefangene machte, unter ihnen den Cabinetssecretär Lombard. Möglich, daß dieser die Stimmungen nicht verhehlte, die auch im preußischen Hauptquartier anfingen laut zu werden: Abneigung gegen diesen wenig lohnenden Krieg, Bereitwilligkeit ein Abkommen zu schließen, wenn man nur eine sichere Aussicht auf die Restauration des Königthums dagegen erhielt. Nicht der König, auch nicht die Stimmung des Heeres neigte zu dieser Ansicht, wohl aber Diejenigen, die von Anfang an dem Kriege abhold gewesen, oder deren Träume von einem leichten Triumphzug nach Paris nun ebenso rasch in lebhaften Widerwillen gegen den Krieg umgeschlagen waren. Zu ihnen gehörte namentlich eine einflußreiche Person in der nächsten Umgebung des Königs, der Generaladjutant Oberst Manstein, ein Mann, der jetzt und später auf die politischen Dinge die allerunmittelbarste Einwirkung geübt hat, und dessen Briefwechsel mit den in bedeutendsten Persönlichkeiten im Militär und der Diplomatie die reichsten Aufschlüsse über das geheime politische Gewebe jener Tage gewährt. Manstein gehörte dem Kreise an, den Bischofswerder und Wöllner repräsentirten; aber er trieb die Politik zunächst im eigenen persönlichen Interesse, folgte den Schritten auch der ihm befreundetsten Personen nur mit lauerndem Mißtrauen und übte in seinem scheinbar strengen, fast finstern äußeren Auftreten einen unverkennbaren Einfluß auf die arglose Seele des Königs. Manstein hat damals den lebhaftesten Antheil an den Besprechungen mit Dumouriez gehabt, wie er später am zähesten und unermüdlichsten auf die Lostrennung der Preußen von der Coalition hingearbeitet hat.

Der Gedanke, mit Dumouriez zu unterhandeln, war schon acht Tage zuvor in ganz unverfänglicher Weise aufgetaucht; der preußische Oberfeldherr, wie der Führer des österreichischen Corps (Hohenlohe-Kirchberg) waren sich darin begegnet. Man lebte der Hoffnung, Dumouriez sei des wüsten revolutionären Treibens satt und werde vielleicht die Hand bieten zu einer monarchischen Restauration. Damals war Dumouriez, mit dem peinlichen Rückzug von Grandpré beschäftigt, dem Vorschlag ausgewichen; jetzt, wo die Umstände sich ganz anders gestaltet, kam er selber darauf zurück. Er hoffte, wie er nachher an den Kriegsminister schrieb, sich auf 80,000 Mann zu verstärken und inzwischen die Feinde mit eitlen Unterhandlungen zu amüsiren. Die Gefangenschaft Lombards und seiner Schicksalsgefährten, wegen deren Herausgabe am 21. Sept. eine der zweideutigen Persönlichkeiten jener Zeit, Generalmajor Heymann, zu den französischen Vorposten geschickt ward, bot einen günstigen Anlaß der Annäherung. Dumouriez hatte dem Cabinetssecretär, als er ihn frei ließ, eine Denkschrift mitgegeben, welche die Lage der Verbündeten als sehr kritisch bezeichnete, die französischen Streitkräfte übertrieb und durchblicken ließ, daß man durch friedliches Abkommen eher als durch Fortsetzung des Kampfes das Schicksal des gefangenen Königs mildern werde. Der Herzog und Manstein begegneten sich diesmal in der Meinung, man dürfe dies An-

erbieten nicht abweisen. Am 22. Sept. traf man sich wieder bei den Vorposten, Heymann und Manstein mit Dumouriez und Kellermann, und verabredete sich, am folgenden Tage eine Besprechung zu Dampierre sur Auve zu halten. Mochten die beiden Persönlichkeiten, die Preußen vertraten, gegründete Bedenken wecken, die Vorschläge, wozu sie zunächst ermächtigt, waren unverfänglich. Die Grundlagen, auf welchen man unterhandeln wollte, waren: Freiheit des Königs, Herstellung seiner Autorität sowie Begründung einer Regierungsform, welche dem Wohle Frankreichs entspricht, und Einstellung der revolutionären Propaganda. Damit waren die Hauptgesichtspunkte, unter denen man den Krieg unternommen, festgehalten. Diesen Entwurf legte man (23. Sept.) Dumouriez vor; er gab wortreiche Versicherungen, ohne sich jedoch auf etwas Bestimmtes einzulassen, und erklärte, er werde den Vorschlag an den Convent schicken. Im Uebrigen verabredete man nur, während dieser Besprechungen die Neckereien der Vorposten einzustellen.*)

Die Verantwortlichkeit der weiteren Verhandlung trug Manstein; es enthüllte sich bald, daß er dabei die Linie überschritt, die man im Hauptquartier wollte eingehalten wissen. Er lud am 24. Sept. Dumouriez zu sich ein, um nebst einem Begleiter von Paris bei ihm zu speisen und sich dem König selbst vorstellen zu lassen; der Begleiter war Westermann, Dantons Freund, dessen jüngste politische Thaten allein schon für den König Grund genug gewesen wären, sich mit ihm nicht tiefer einzulassen. Dumouriez sagte erst zu; aber noch am Abend kam ein zweites Schreiben, worin er, wie Lucchesini richtig bemerkt, unter falschen Vorwänden die Einladung ablehnt und zugleich berichtet, daß ihm eben von Paris die Botschaft zukomme, der König sei abgesetzt und die Republik ausgerufen. Er bedauere, schrieb er, nicht kommen zu können; denn während seiner früheren Conferenz mit Manstein habe man auf seine Vorhut gefeuert und sie zurückzudrängen gesucht. Auch sei es wohl klüger, erst den Bescheid von Paris abzuwarten und nicht Unterhandlungen anzuknüpfen, die ganz vergeblich wären, wenn der Nationalconvent sie nicht genehmige. Er freue sich übrigens, einen so vortrefflichen Mann wie Manstein kennen gelernt zu haben; auch er bedaure einen Krieg, welcher den Grundsätzen der Philosophie, Humanität und Vernunft widerspreche. Dieser Krieg sei für Vorurtheile begonnen und werde damit enden, alle Vorurtheile zu zerstören. Manstein, statt, wie es nach den neuesten Nachrichten von Paris natürlich war, nun abzubrechen, erklärte in seiner Antwort das Feuern auf die französische Avantgarde durch ein begreifliches Mißverständniß; man habe glau-

*) **Dumouriez ne signe qu'un reçu de la pièce, mais promet beaucoup en paroles à Manstein**, schreibt Lucchesini in seinem Tagebuche. Lucchesini war am 7. Sept. zum Stellvertreter Schulenburgs bestimmt worden, und am 14. im Hauptquartier eingetroffen.

ben müssen, die französischen Truppen wollten einen Angriff machen.*) Wenn keine anderen Gründe Dumouriez vom Kommen abhielten, so könne er unbedenklich sein früheres Versprechen erfüllen; es würde während seiner Abwesenheit nichts unternommen werden.

Allein Dumouriez blieb bei seinem Entschlusse und schützte in einem weiteren Briefe (25. Sept.) vor, seine Soldaten hätten ihm durch eine Deputation den Wunsch ausgesprochen, er solle das Lager nicht verlassen, eine Bitte, die er nicht habe abschlagen dürfen. Dagegen lud er in zwei folgenden, sehr verbindlichen Schreiben vom nämlichen Tage Manstein ein, nach Dampierre zu kommen.**) Manstein lehnte dies ab und schlug vor, Dumouriez möge einen vertrauten Mann mit den nöthigen Vollmachten in das preußische Lager senden, um sowohl über die Auswechslung der Gefangenen als über „andere wichtige Dinge“ zu verhandeln.

Jeder Andere, der nicht so ungeduldig in seinem Eifer war, wie Manstein, hätte nach diesen Vorgängen das Spiel von Dumouriez durchschauen müssen. Er wollte vor Allem die Zeit gewinnen, die er auf's Rührigste benutzte, sich zu verstärken, dann wo möglich den Samen der Zwietracht zwischen Oesterreichern und Preußen aussäen. Kamen doch französische Soldaten zu dreißig und vierzig ohne Gewehr an die preußischen Vorposten, versicherten in deutscher Sprache (man hatte Elsasser und Lothringer herausgesucht), wie sehr sie die Preußen liebten, die Oesterreicher verabscheuten, und diese zudringlichen Besuche hörten erst auf, als man den Franzosen anzeigte, man werde auf sie feuern lassen. Von dem, was man im preußischen Hauptquartier wollte, von der Befreiung des Königs und der Herstellung einer monarchischen Ordnung, war in Dumouriez's Briefen auch nicht mit einer Sylbe die Rede. Es war klar, Manstein hatte sich handgreiflich dupiren lassen, und Dumouriez war während der diplomatischen Kreuz- und Querzüge, womit er ihn fünf Tage lang hinhielt, unablässig beschäftigt gewesen, seine Stellung zu verbessern und Reserven an sich zu ziehen.***)

---

*) Inwiefern auf preußischer Seite man mit Grund so etwas vermuthen konnte, ist aus Dumouriez's eigener Darstellung (Mém. III. 63 f.) zu ersehen. Er hielt sich daran, daß das gegenseitige Versprechen, den Angriff ruhen zu lassen, sich nur auf die Front der Armee beziehe. „Messieurs de Manstein et Heymann proposèrent de faire cesser les tirailleries sur le front du camp, en spécifiant eux mêmes que ce ne serait que sur le front du camp. Dumouriez convint que ces tirailleries étaient inutiles et dès le soir (22.) la suspension d'armes fut établie sur le front des deux armées.“

**) „Nous entrerons ensemble dans une des maisons de Dampierre et nous causerons à fond sur les interêts de deux nations faites pour s'aimer et pour être alliées.“

***) In einem Berichte an das Ministerium d. d. Hans 29. Sept. schrieb darüber Lucchesini: L'on s'abandonna pendant quelque tems à l'espoir illusoire, d'attacher

Am Morgen des 26. Sept. traf Lucchesini, der am 21. nach Verdun gesandt war, wieder im Hauptquartier zu Hans ein; mit ihm kam gleichzeitig aus dem französischen Lager Thouvenot, der Adjutant von Dumouriez. Rasch überschaute der Marquis aus den Mittheilungen, die man ihm machte, wie die Dinge lagen; Alles, zusammengenommen mit den Nachrichten aus Paris und den Aeußerungen Thouvenots, ließ keinen Zweifel über die wahre Absicht des französischen Feldherrn, und es kostete Lucchesini nicht viele Mühe, dem Herzog klar zu machen, daß Dumouriez die preußischen Unterhändler sehr geschickt mystificirt habe. Thouvenot's Anwesenheit hatte keine weitere Folge, als einen Austausch der Gefangenen. Der Eindruck dieser Erörterungen war noch frisch und hatte die Neigungen zur weiteren Verhandlung sehr abgekühlt, als am 27. Sept. eine neue Botschaft von Dumouriez ankam, die freilich nur Oel in's Feuer goß. Der französische General glaubte Manstein so weit weich gemacht zu haben, daß er nun unverblümter mit seinem geheimen Gedanken hervortreten könnte; allein so wie die Stimmung jetzt im preußischen Hauptquartier war, konnte er damit zu keiner ungelegneren Zeit kommen. In jener zudringlich vertraulichen Weise, die auch den Ton seiner letzten Schreiben bezeichnet, schickte er an Manstein für den König 12 Brode und eben so viel Pfund Kaffee und Zucker; das sollte einer der Beweise sein, wie sehr der preußische Monarch in Frankreich geliebt und geachtet sei! „Wie haben wir — fuhr er fort — Alle geseufzt über die Mißgriffe eines leichtfertigen und treulosen Hofes, der uns um eine für beide Nationen nützliche Allianz gebracht hat! Ich bitte Sie, den König zu veranlassen, daß er den beiliegenden Aufsatz mit Aufmerksamkeit liest. Es handelt sich um das Geschick von zwei großen Nationen, ja von ganz Europa; die Könige sind die Lenker der Völker und tragen die Verantwortlichkeit des Glückes und Unglückes, das sie hervorrufen. Wenn die Rache nicht durch die Völker vollzogen wird, so wird sie der Vorsehung und der Geschichte vorbehalten. Unser Unglück hat eine Revolution herbeigeführt, welche die Abschaffung der Monarchie nach sich zog. Nun muß man entweder mit uns unterhandeln oder uns vernichten, aber eine muthige Nation von 26 Millionen kann man nicht ohne Weiteres aus der Welt schaffen."

Noch deutlicher trat der Hintergedanke Dumouriez's in dem beigelegten Aufsatze hervor;*) es war eine Anklageschrift gegen Oesterreich und zugleich ein unverblümter Antrag einer französisch-preußischen Allianz. Man muß —

le général français plus ou moins à notre cause et de contribuer efficacement par son secours à opérer un changement de système en France. Si à mon arrivée ici, qui eut lieu dans ces entrefaites, j'ai trouvé plusieurs esprits imbus de cette espérance flatteuse, il convient cependant d'observer, que le Roi se doutait de leur illusion.

*) Es ist derselbe, der in seinen Mémoires (Paris 1823) T. III. S. 401 ff. abgedruckt ist.

hieß es darin — die Republik anerkennen oder bekämpfen; Rebellen sind nur die Emigrirten. Einen großen Theil der Schuld an der Revolution trage Oesterreich und die Familienallianz von 1756. Preußen werde einst alle Verbrechen Oesterreichs kennen lernen; man habe die Beweise davon in den Händen. Warum wolle Preußen Geld und Armeen einem Systeme des Ehrgeizes und der Perfidie opfern, dem es fremd sei, von dem es sich nur mißbrauchen lasse?*) Den Ausfällen und Schmähungen gegen Oesterreich war dann eine entsprechende Fülle von Schmeichelreden für Preußen und den König beigemischt.

Es hätte der vorausgegangenen Enttäuschung im preußischen Hauptquartier nicht einmal bedurft: diese plumpe Aufdringlichkeit in Dumouriez's Erklärungen deckte den Abgrund auf, an den Mansteins ungeduldiger Eifer die Verhandlung geführt hatte. Der König hatte am 21. gehofft, den französischen Thron friedlich retten zu können; jetzt war er nach sechs Tagen um keinen Schritt weiter, wohl aber machte man ihm mit unverschämter Aufrichtigkeit das Anerbieten, seinen Verbündeten zu verlassen und mit der Revolution, gegen die er in ritterlichem Eifer zu Felde gezogen, ein Trutz- und Schutzbündniß zu schließen.

Der König war mit Recht erzürnt, gab Manstein einen heftigen Verweis, daß er die Brücke zu solchen Erörterungen gegeben, und beauftragte ihn, den Franzosen nun kurz abzufertigen. Manstein vollzog diese Weisung noch am nämlichen Tage; er ersuchte Dumouriez, sich in dieser Art nicht weiter bemühen zu wollen. „Was den beigelegten Aufsatz anbelangt, so muß ich Ihnen unsere dringende Bitte wiederholen, auf die gegenwärtigen Verhältnisse Preußens mit dem Wiener Hofe nicht mehr zurückzukommen. Jedermann hat seine eigenen Principien; der König, mein Herr, hat den Grundsatz, eingegangenen Verpflichtungen treu zu bleiben — ein Grundsatz, der gewiß nur die in Frankreich über ihn geltende gute Meinung bestätigen kann. Er wird diesem Grundsatz nicht untreu werden, mag er nun im Falle sein, den Krieg fortzusetzen, oder die süße Genugthuung haben, den Frieden wiederherstellen zu können."

Im Hauptquartier herrschte die Ansicht, daß das noch nicht genüge; man hatte dort das richtige Gefühl, daß die Verhandlung außer allen anderen Nachtheilen auch die üble Folge habe, unverdienter Weise ein schiefes Licht auf die preußische Politik zu werfen. Unverdienter Weise — denn was die Manstein, Lombard und Heymann für Gedanken mit sich herumtragen mochten, es war vom König kein Schritt geschehen oder autorisirt worden, den

*) Die Stelle lautet vollständig: à un système de perfidie et d'ambition qu'il ne partage pas et dont il est la dupe. Il est temps qu'une explication franche et pure termine nos discussions ou les confirme et nous fasse connoitre nos vrais ennemis.

man verdammen konnte. Sein Ehrgefühl empörte sich beim Anhören der Dumouriez'schen Insinuationen und es sollte der Welt recht eclatant gezeigt werden, daß sein monarchischer Eifer gegen die Revolution so wenig erkaltet sei, wie seine Bundestreue gegen Oesterreich. So entstand das neue Manifest, das der Herzog von Braunschweig am 28. Sept. erließ; darin war wieder der schroffe Ton gegen die Revolution angeschlagen, der jeden Gedanken an eine friedliche Verständigung mit derselben für jetzt ausschloß. Nicht allein der König war unwillig über die Art, wie Manstein seinen Namen mißbraucht, auch der Herzog war ärgerlich und verlegen, daß ihn sein Eifer für friedliche Ausgleichung so irre geführt.*) Was Manstein nach diesen Vergängen noch mit Verhandlungen zu erreichen hoffte, ist schwer zu sagen; gleichwohl klopfte er noch einmal (29. Sept.) bei Dumouriez an, nachdem er diesem am Tage zuvor das neue Manifest hatte übersenden müssen. Dumouriez, der sich jetzt überzeugte, daß Weiteres nicht zu erreichen war, lehnte jede fernere Verhandlung ab, so lange ein Actenstück wie die neue Kundgebung des Herzogs vorliege.

In der ersten Aufregung, die Dumouriez's Vorschläge hervorriefen, hatte man im Hauptquartier Alles begierig ergriffen, was die Loyalität der preußischen Politik recht ins Licht stellen konnte. Es ward das Manifest vom 28. Sept. erlassen, der russische Bevollmächtigte, Prinz von Nassau, meinte, man solle sich schnell an die Kaiserin wenden, damit sie noch im Laufe des Herbstes ein russisches Corps nach Frankreich sende, und die Frage, ob man nicht jetzt eine Schlacht liefern solle, ward alles Ernstes erwogen. Da konnte man sich denn freilich nicht verhehlen, daß es eine Verwegenheit gewesen wäre, jetzt das zu unternehmen, was man am 20. Sept. für bedenklich gehalten hatte. Denn das Eine hatte Dumouriez mit seinen Verhandlungen erreicht,

*) In einer Depesche Lucchesini's an das königliche Staatsministerium in Berlin (d. d. Termes 3. Oct.) heißt es: Quant à la marche politique des affaires pendant cet intervalle, l'évènement n'a que trop justifié les motifs qui m'avaient engagé à faire rompre toute négociation ultérieure avec le général Dumouriez. Vos E. verront par les pièces ci-jointes de quelle manière étrange ce général a abusé d'un peu trop de facilité qu'on lui a montrée de notre part à entrer en pourparlers avec lui. Le Roi en a été indigné et la bonté de son coeur ne l'a pas empêché d'exprimer son mécontentemant vis-à-vis de Mr. de Manstein, premier mobile de ces pourparlers, d'une manière assez energique pour l'affliger sensiblement. Le Duc qui par cette tournure des choses en est au regret de son empressement de vouloir finir la guerre par une négociation quelconque, n'en cache pas non plus son chagrin et son embarras. J'ai proposé sans balancer de rompre absolument toute communication ultérieure avec ces gens dépourvus de tout pouvoir légal et arbitraire, avec lesquels on ne saurait négocier sans se compromettre et de ne repondre que par le mépris du silence à l'outrage de leurs écrits et messages.

daß er die preußische Armee acht Tage in Unthätigkeit wie gebannt festhielt, seine Stellungen verstärkte und seine Armee beträchtlich vermehrte. Und in welchen Zustand war das verbündete Heer, zum Theil durch das unglückliche Zögern der letzten Woche gekommen! „Die Ruhr, — schreibt der Kronprinz am 27. und 28. Sept. — die seit Verdun in der Armee immer zunahm, erreichte hier ihren Gipfel. Wenig Dörfer in der Nähe, keine Einwohner darin, also auch keine Lebensmittel zu haben; unsere Communication mit Grandpré äußerst unsicher durch französische Streifpartien, die öfter unsere Convois beunruhigten, plünderten und Gefangene machten, die Wege dorthin fast ganz impracticabel durch den Regen. Alles dies war Schuld, daß wir kein Brod von der Bäckerei erhalten konnten, und wenn je etwas herankam, so war es gewöhnlich ungenießbar, so daß unsere Noth täglich wuchs und den höchsten Grad erreichte." *)

Diese Zustände im Lager ließen keine Wahl mehr: man mußte sich zum Rückzug entschließen. Am 29. Sept. ward denn zunächst ein Theil des Gepäcks vorausgeschickt, am Tage darauf setzte sich die Armee selbst in Bewegung, um sich in derselben Richtung auf Verdun zurückzuwenden, in der sie gekommen war, und so die Argonnen zu umgehen. Bei dem physischen Zustande der Armee, den schlechten Wegen und Defileen, die man zu passiren hatte, dem wiederholten Verstopfen der Straße durch Truppen und Gepäck, das einmal (4. Oct.) für einen Weg von wenig Meilen einen Marsch von 30 Stunden nothwendig machte, war jeder feindliche Angriff bedenklich und konnte dem Heere die peinlichste Verlegenheit bereiten. Einzelne Streifzüge ausgenommen, die etwas Gepäck und einige Gefangene kosteten, war aber die

*) Diese Schilderung aus der Feder Friedrich Wilhelms III. stimmt vollkommen zusammen mit dem, was die andern Quellen berichten; wir erinnern nur an Minutoli, der Augenzeuge war, und an Valentini, der sonst die Kriegführung des Herzogs in allen Punkten bekämpft. Gleichwohl versichert der Rh. Antiq. I. 1. 116, der sich unter den neueren Darstellungen am meisten Mühe gegeben, die alten Emigrantenfabeln wieder in Cours zu setzen, Goethe sei es hauptsächlich gewesen, der (natürlich dazu bestellt) die Gerüchte vom schlechten Wetter, von der Unfruchtbarkeit der Champagne pouilleuse, von dem eingerissenen Mangel u. s. w. verbreitet habe. Nicht einmal die Regengüsse werden von dem Rh. Ant. zugegeben; in Paris habe man angemerkt, daß die acht ersten Tage des Septembers ungemein schön gewesen sind und auf den ganzen Monat kaum 6 Regentage kommen. So gewaltsam müssen die offenkundigsten Thatsachen verrenkt und die ehrenwerthesten Mitlebenden zu Lügnern gestempelt werden, damit das vom Emigrantenhaß eingegebene Märchen, der Herzog von Braunschweig habe mit Dumouriez unter einer Decke gespielt und den Rückzug verabredet, Glauben finde. Dumouriez hat in der Darstellung jener Tage (Mém. III. 61—72) Manches verschwiegen, Anderes verschoben, aber seiner Schlußbemerkung über Diejenigen, welche überall raffinirte Cabalen sehen, muß man vollkommen beistimmen. Goethe's Erzählung ist übrigens neuerlich durch Düntzer (Allg. Zeitg. 1858. Beil. 119. 120.) gegen die leichtfertigen Ankläger zur Genüge vertheidigt worden.

Verfolgung ganz unbedeutend und ungeachtet alles Aufenthaltes und aller Schwierigkeiten hatte Kalkreuth mit einem kleinen Corps, das vorausgeschickt war, doch am 6. Oct. die Gegend von Verdun erreicht, indessen das Gros der Armee und die Nachhut sich Dun und Stenay näherten. Daß die Verfolgung so lässig betrieben ward, hat dem unbewährten Gerücht, es sei vor dem Rückzuge eine förmliche Verabredung zwischen Dumouriez und dem Herzog von Braunschweig geschlossen worden, einen gewissen Anschein von Glaubwürdigkeit verliehen, und Dumouriez selbst hat es für nöthig gehalten, eine Erklärung darüber zu geben. Er schiebt die Schuld auf die mangelhafte Ausführung seiner Befehle, namentlich auf das Zerwürfniß mit Kellermann, das, bereits früher vorhanden, in diesen Tagen besonders schroff hervorgetreten sei. Möglich, daß diese Beschuldigungen einigen Grund hatten, aber gewiß geben sie nicht die vollständige Erklärung der so unerwarteten Lässigkeit der französischen Bewegungen. Denn so wenig vor dem Rückzuge ein Vertrag verabredet war, so wenig war die Ungeschicklichkeit von Dumouriez's Untergeneralen die einzige Ursache des ungehemmten Rückzuges der Preußen.

Die Unterredungen vom 21—27. Sept., die den Zustand der Armee so wesentlich verschlimmerten, hatten wenigstens das Eine gezeigt: wozu man in bedrängter Lage diplomatische Verhandlungen gebrauchen könne. Das Beispiel Dumouriez's war für die Preußen nicht verloren; sie schlugen ihn jetzt mit seinen eigenen Künsten. In dem Augenblick, wo man sich zum Abmarsch von Valmy vorbereitete, kamen vom Convent gesandt Benoit und Westermann an, um den Faden der Besprechung wieder aufzunehmen. Der Gedanke, Preußen durch einen Separatfrieden von Oesterreich zu trennen, war für die neuen französischen Machthaber eben so verführerisch, wie früher für Manstein und den Herzog die Idee, durch friedliche Ausgleichung Ludwigs XVI. wieder einzusetzen und sich des Krieges auf eine anständige Weise zu entledigen; die Franzosen gaben auch diesem Gedanken mit derselben kurzsichtigen Ungeduld nach, wie Manstein in den Verhandlungen vom 21—25. Sept. sich von seinen Friedensneigungen hatte fortreißen lassen. Dumouriez selber schien, nach der letzten Abweisung, anfangs von seinen Illusionen geheilt, aber auch er gab sich rasch wieder jenen Entwürfen hin, die ja vom Anfang an seine Lieblingsidee gewesen waren. Den Preußen kam in ihrer verzweifelten Lage dies zudringliche Bemühen nichts weniger als ungelegen.

Sie meinten nicht, im Ernste darauf einzugehen, aber die Zeit wollten sie so gut es ging für ihren Rückzug nützen. Noch dachte Niemand und am wenigsten der König an einen Abfall von den Oesterreichern; in der ganzen vertraulichen Correspondenz jener Tage finden wir auch nicht eine noch so verblümte Aeußerung, welche den Muth hätte, eine einseitige Verständigung mit der französischen Republik vorzuschlagen; wohl aber eine Menge von

Zeugnissen des Unwillens, daß man vor den Franzosen zurückgewichen und überhaupt sich zu Besprechungen mit ihnen herabgelassen.*) „Man hätte glauben sollen, schreibt am 3. October der preußische Gesandte in Brüssel, man hätte es mit Turenne und den alten Grenadieren Frankreichs zu thun; diese unglückselige Vorsicht hat unsere Soldaten herabgestimmt und die anderen ermuthigt. Man hat Frankreich erobern und doch nicht einmal ein Detachement Truppen einem Unfall aussetzen oder einen Mann verlieren wollen. Was wird dieser unglückliche Grundsatz der Welt noch Blut kosten!" Das Ministerium in Berlin aber verbirgt sein Mißbehagen nicht, daß man sich überhaupt nur in Besprechungen mit den Revolutionären eingelassen, und erinnert an den Ruhm des Königs und des Staates, den man nicht außer Augen setzen dürfe.**)

Auf dem kritischen Rückzug über Grandpré und die Argonnen hielt man es indessen für eine erlaubte Kriegslist, sich den Unterhandlungseifer der Conventscommissäre zu Nutz zu machen. Man kam ihnen freundlich entgegen, hielt während des Marsches mit Benoit und Westermann Besprechungen, wies diesmal den Gedanken eines Separatfriedens nicht so ungestüm zurück, wie am 27. Sept., hörte die Ausfälle auf die österreichische Politik jetzt ohne Widerspruch an und kam so glücklich durch die Pässe hindurch an die Maas. Nicht nur Westermann frohlockte über den Triumph, die Preußen nun von den Oesterreichern zu trennen, auch weniger sanguinische Leute gaben sich der Täuschung hin; namentlich Dumouriez gehörte wenigstens ein paar Tage lang zu den Gläubigen und nahm ohne Zweifel unter diesem Eindruck seine militärischen Maßregeln. Als die verbündete Armee Verdun erreicht hatte, änderte sich die Sprache der preußischen Unterhändler; sie wiesen nun den Gedanken eines Separatvertrages ganz zurück und nahmen als selbstverstanden an, daß jeder Vertrag, der geschlossen werde, Oesterreich mit umfassen müsse. Ueberhaupt traten die Friedensgedanken wieder in den Hintergrund; der Herzog hoffte seinen ursprünglichen Plan, an der Maas zu operiren und die Festungen zu nehmen, noch ausführen zu können; der König

*) Lucchesini schreibt in seinem nur für ihn selber bestimmten Diarium: „le 29 et 30 on discuta le point de la retraite, qui fut aussi résolue. Pendant la retraite on eut des pourparlers avec les généraux français devant Verdun et près de Longwion, pour gagner du tems et évacuer Verdun, passer le defilé de Longwion et vuider les magasins de Longwy." Die übrige diplomatisch-militärische Correspondenz jener Tage, die uns vorliegt, äußert sich ganz im gleichen Sinne. Wir verweisen namentlich auf den unten folgenden Brief von Kalkreuth.

**) Aus einem Schreiben von Recks, d. d. Brüssel 3. Oct., und einer Depesche des Ministeriums an Lucchesini, d. d. Berlin 11. Oct. Ebenso in einem Schreiben vom 8. Nov., wo das Ministerium sagt: on respire véritablement de voir couper court enfin à toutes ces négociations insidieuses, qui n'avaient d'autre but que de compromettre le nom prussien et de nous brouiller avec nos alliés.

sandte an die Höfe in London und Madrid, um diesen vorzustellen, wie es ebenso schicklich als wichtig sei, daß auch sie sich unmittelbar an dem Kampfe für die Herstellung des Königthums betheiligten und nicht Preußen allein die Last überließen.

Es liegt auf der Hand, daß bei diesem neu erwachten Kriegseifer die Unterhandlungen auf preußischer Seite in einem anderen Tone geführt wurden, als in den Tagen, wo man durch die Argonnen zog. Am 14. Octbr. kam zu Azenne, bei Verdun, Kalkreuth mit Kellermann und Dillon zusammen.*) Kellermann erklärte sich zu einem Waffenstillstand, der auch die Oesterreicher mit einschließe, ermächtigt, aber freilich unter der Bedingung, daß man die Republik anerkenne.**) „Man überlasse es dem König, zu sehen, ob dieser Waffenstillstand zum Frieden mit Oesterreich führen werde, so gern man mit dieser Macht den Krieg allein fortsetzen werde; es sei aber hinreichend, daß Se. Maj. für Oesterreich portirt wäre, um Frankreich zu bewegen, auch mit dieser Macht Frieden zu schließen.“ Man sieht, die Franzosen gaben ihre Taktik, Preußen herüber zu ziehen, nicht auf, aber König Friedrich Wilhelm hielt ebenso ausdrücklich an dem Bunde mit Oesterreich fest. Noch prägnanter tritt das Verhältniß in den weiteren Aeußerungen Kalkreuths hervor. „Ich habe in der Sache bisher nur zum Boten gedient, bescheide mich auch, keine höheren Fähigkeiten zu haben; aber als Bote bin ich nicht ohne Werth, wenigstens habe ich ruhige Arrièregarde verschafft. Die zurückgebliebenen Traineurs, Knechte und Packpferde gehen so ruhig nach, als in der letzten Allee ihrer Garnison, und die französischen Generale belachen jetzt selbst, daß ich sie angeführt und vollends möglich gemacht, bei unserer Retraite, die sie bewundern, die Oesterreicher, die sie anpacken wollten, in Sicherheit zu bringen.“

Die Unterhandlungen, denen so viel Böses nachgesagt worden ist, waren also eine Kriegslist ähnlicher Art, wie sie früher von Dumouriez war angewandt worden, und Keiner von den Diplomaten und Kriegsleuten im preußischen Lager, auch wenn er wirklich in seinem Innern die französische Allianz der österreichischen vorzog, hätte es damals gewagt, mit einem solchen Vorschlag dem König sich auch nur zu nähern. Gleichwohl hatte jene schlaue Taktik, die den sehr bedenklichen Rückzug der Oesterreicher und Preußen sicherte, unverkennbar auch ihre Nachtheile. Einmal wirkte diese Politik des Lagers nicht günstig auf das preußische Heer ein***) und dann erwachte unter

*) Das Folgende nach einem Bericht Kalkreuth's an den Herzog, d. d. Azenne 14. Oct.

**) „Unter einer Bedingung, schreibt Kalkreuth, die ich Ew. D. rathen, die ich aber, wie ich weiß, nicht auszudrücken wagen darf.“

***) „Cette politique de camp, schreibt Lucchesini am 19. Oct., fait un effet surprenant sur nôtre armée, les officiers degoûtés de ce genre de guerre la

dem Eindruck dieser Verhandlungen das ganze eingewurzelte Mißtrauen der Oesterreicher wieder. Wir müssen uns erinnern, wie jung diese Allianz zwischen Oesterreich und Preußen war, wenn wir verstehen wollen, wie leicht jetzt und nachher, auf einer wie auf der anderen Seite, auch selbst ganz grundloser Verdacht das Einverständniß hat erschüttern können. So sah man denn auch wenigstens im österreichischen Lager die Verhandlungen mit Dumouriez und Kellermann, durch die doch auch Clerfayts und Hohenlohes Rückzug gedeckt war, nicht für so unbedenklich an, wie sie es in der That waren. Man verglich das allerdings auffällige Buhlen der Franzosen um preußische Freundschaft mit ihrer ausgesprochenen Feindseligkeit gegen Oesterreich; man hörte, wie sie die preußisch-französische Allianz schon als eine fast abgemachte Sache besprachen und die Befreiung der österreichischen Niederlande als die erste Aufgabe des weiteren Kampfes bezeichneten. Oder Kellermann äußerte, man wisse wohl, daß Preußen an eine zweite Theilung Polens denke, und Frankreich werde sich dem nicht widersetzen.*) Hören wir Lucchesini selbst, wie er die französische Taktik beurtheilt. „Die Franzosen,**) sagt er, haben unverwandt den überlegten Plan verfolgt, sich als Freunde Preußens und unversöhnliche Feinde Oesterreichs zu zeigen; diese Leute haben es so wohl verstanden, diesen Geist überall zu verbreiten, daß ein Jeder bis zum gemeinen Soldaten sich davon belebt zeigte, nicht ohne Eindruck auf unsere Soldaten zu machen. Zwei Gründe mögen die Führer der Revolution und die Generale zu dieser Taktik bewogen haben: zuerst die Absicht, den Wiener Hof mißtrauisch zu machen und die Bande, welche uns mit ihm verbinden, zu lockern; dann aber namentlich der Gedanke, durch dies Benehmen sich die Sympathie unserer Armee zu erwerben und die alte Abneigung gegen Oesterreich wieder anzufachen. Sie sehen ein, daß die Loyalität des Königs ihn unverändert an dem Bunde mit Oesterreich wird festhalten lassen, und denken dann vielleicht, wenigstens in unserem Heere einen Widerwillen gegen den Krieg zu nähren, den man ihnen lediglich als eine Folge unseres Bundes mit dem Kaiser darstellt. Aber die Oesterreicher schöpfen doch in allem Ernste Verdacht. Spielmann hat seine Besorgniß geäußert; Hohenlohe, der Erzherzog Carl und selbst Clerfayt glauben, der König wolle einen Separatfrieden schließen, und der österreichische Bevollmächtigte im Lager, Fürst Reuß,

---

prônent au delà de ce que l'ancien esprit de subordination prussienne paroit comporter.

*) Si la guerre continue, l'on veut absolument rendre libres les pays bas autrichiens. Tels sont les propos du général Kellermann, qui a dit au Comte de Lindenau — — que l'on savait en France que nous visions à un second partage de la Pologne, que la France verroit avec plaisir augmenter par là les forces d'une puissance, qui doit tôt ou tard être son allié. Aus einer Depesche Lucchesini's, d. d. Longwy 19. Oct.

**) Depesche Lucchesini's an das Staatsministerium d. d. 17. Oct.

wiewohl er der Loyalität des Königs verdiente Gerechtigkeit widerfahren läßt, fürchtet doch den Eindruck, den diese argwöhnischen Einflüsterungen in Wien machen könnten. Und doch, fügt Lucchesini hinzu, scheint mir der König weiter als je davon entfernt, sich in irgend etwas von dem Wiener Hofe zu trennen."

Dieses Mißtrauen, so unberechtigt es war, ist in den letzten Vorgängen des Feldzugs doch sehr zu spüren. Schon im Anfange October machte Fürst Hohenlohe-Kirchberg in seiner Unruhe dem Herzog von Braunschweig den Vorschlag, lieber durch Räumung aller Plätze den sicheren Rückzug zu erkaufen — das hieß also gerade das den Franzosen gewähren, was die preußische Unterhandlung umgehen wollte.*) Wie man an entscheidender österreichischer Stelle sich vom Mißtrauen fortreißen ließ, haben die oben angeführten Aeußerungen Lucchesini's gezeigt. Diesem Mißtrauen, nicht allein der Bedrohung der Niederlande, war es vorzugsweise zuzuschreiben, daß man dort jetzt den unzeitigen Entschluß faßte (Anfang Oct.), das Corps des Fürsten Hohenlohe von der vereinigten Armee abzurufen. Es kam die beunruhigende Botschaft hinzu, daß das deutsche Rheinufer durch eine französische Invasion bedroht sei und der Landgraf von Hessen sein Contingent heimzuführen beschloß. Die Unsicherheit des österreichisch-preußischen Bundes und die Misère der deutschen Reichsstände enthüllten sich so zur gleichen Zeit und gaben den Kriegsoperationen eine Wendung, die selbst hinter den bescheidenen Erwartungen der vorsichtigen Kriegführung zurückblieb. Der Herzog von Braunschweig hatte wenigstens die Maasfestungen behaupten und von dieser Grundlage aus den Krieg fortsetzen wollen; nach dem Abgang von 20,000 Mann mußte auch das aufgegeben und der Rückzug über die französische Grenze fortgesetzt werden. Indessen die Oesterreicher unter Hohenlohe gegen Arlon, der Landgraf heimwärts zog, war man genöthigt (14. Oct.) Verdun zu räumen, und wie sich erwarten ließ, mußte auch Longwy dem Beispiele bald folgen. Am 18. ward eine Convention abgeschlossen, wonach auch dieser Platz den Franzosen am 22. Oct. zurückgegeben werden sollte. Die Bedingungen, unter denen dies geschah, zeigten die Ungunst der Lage. Nicht nur die Form widersprach den Anschauungen der preußischen Politik, auch in der Sache schlugen die Franzosen jetzt schon einen immer höheren Ton an. Das Verlangen eines Waffenstillstandes ward abgewiesen, so lange das französische Gebiet nicht ge-

*) Der Fürst schrieb (d. d. Glorieux 8. Oct.), die Lage sei sehr bedenklich und die Franzosen wollten die Oesterreicher allein als Feinde ansehen; er schlug daher vor, „gegen einen vierwöchentlichen Stillstand oder freien Abzug aller unter hochdero Commando stehenden Truppen bis an die bestimmten Oerter die Acquisitionen zurückzugeben." — — „Ich bin überzeugt, daß die Vortheile, so hieraus erwachsen, größer sein würden, als wenn man eine Bataille gewinnen könnte; im Falle aber E. Durchl. dies noch zu wagen für gut finden sollten, so bin ich nebst meinen Truppen hiezu augenblicklich bereit."

räumt sei; man wolle Frieden und Bündniß mit Preußen, aber unter der Bedingung, daß man das Land verlasse und die französische Republik anerkenne.*) So war am 22. Oct. auch Longwy verlassen. Bis zuletzt blieben die Franzosen bei ihrer Taktik, die Preußen zu liebkosen; der Kronprinz, welcher der Räumung Longwy's beiwohnte, erzählt in seinem Tagebuch, daß die französischen Officiere in höchst zutraulicher Weise ihre Achtung für Preußen und ihren Haß gegen Oesterreich äußerten, auch unverhohlen ein Bündniß Preußens mit der Republik gegen Oesterreich wie eine sehr wahrscheinliche Sache erörterten. Sie sprachen wegwerfend von ihren emigrirten Prinzen, überhäuften aber die preußischen mit Schmeicheleien; „ich glaube, setzt der Kronprinz scherzhaft hinzu, hätte es noch länger gedauert, sie hätten mich gar zu ihrem König gewählt."

Der Rückzug aus Frankreich war nun unvermeidlich geworden; über Tellancourt, Romain, Aubange schlug die Armee den Weg nach dem Luxemburgischen ein, am 23. und 24. October war Dippach und Luxemburg erreicht. Auch jetzt ging der Rückmarsch ungefährdet von Statten; denn die Franzosen gaben die Hoffnung immer noch nicht auf, durch Unterhandlungen ihr Ziel sicherer als durch die Waffen zu erreichen. Am 25. Oct. kamen auf dem Schlosse Aubange der Herzog und Lucchesini, der österreichische Bevollmächtigte Fürst Reuß, dem sich dann noch Fürst Hohenlohe anschloß, mit den Generalen Kellermann und Valence zusammen. Valence verlangte von Preußen eine förmliche Erklärung,**) daß König Friedrich Wilhelm der französischen Nation die Freiheit zugestehe, ihre Regierungsform zu ändern, und daß er auf jede Contrerevolution verzichte. Der General ließ dabei durchblicken, daß man in der Lage sei, die Revolution in die Nachbarlande zu tragen, namentlich die österreichischen Niederlande zu republikanisiren. Er deutete dann sehr offenherzig an, wenn Oesterreich die Niederlande tauschweise an Pfalzbaiern abtreten wolle und der neue Besitzer die Festung Luxemburg schleife, so werde

*) Die Convention, zu Martin Fontaine zwischen Kalkreuth und Valence am 18. Oct. abgeschlossen, enthielt im 6. Art. die Bestimmung: „pour donner plus d'authenticité à la présente convention elle sera scellée du cachet de S. M. le Roi de Prusse et du peuple français." Darüber schreibt Lucchesini an das Cabinetsministerium: S. M. m'ayant fait appeler peu d'instans avant la conférence à son camp de Felancourt, j'ai été extrêmement affligé de la teneur du 6ème article contenant une condition non usitée et qui associe le sceau du Roi à celui de la république française. La résolution de rendre Longwy à laquelle une nécessité imperieuse nous a portés, n'a pu être adoucie par aucune des espérances qu'on avait données précédemment à nos généraux pour nous y amener. Point d'armistice avant que nous sortions du territoire français: alors si nous voulons reconnoître la République on nous accordera la paix et l'alliance du peuple français.

**) „l'aveu formel."

Frankreich beruhigt sein. Schließlich richtete er sich an die Vertreter Preußens mit der Frage, ob Preußen im Falle des Friedens neutral bleiben oder sich mit Frankreich enger verbünden werde? Lucchesini wies eine förmliche Erklärung, wie sie gefordert war, einfach zurück; die gedrohte Propaganda werde Frankreich mit allen Staaten Europas in Conflict bringen. Auf die vorgeschlagenen Bedingungen einen Waffenstillstand zu schließen, sei durchaus unzulässig; wenn einmal Frankreich anfange, seine dreifache Festungsreihe zu rasiren, dann könne man von der Schleifung Luxemburgs reden. Auch sei es seltsam, von einer Allianz zu sprechen, wo man noch nicht einmal über die Bedingungen eines Waffenstillstandes einig werden könne. Kellermann meinte dann, die Anwesenden sollten im Allgemeinen das Verlangen nach Frieden aussprechen; Lucchesini lehnte auch dies ab; denn obwohl die Verbündeten nicht dagegen seien, die Uebel des gegenwärtigen Krieges zu beendigen, so handle es sich doch jetzt nur von der Möglichkeit eines allgemeinen Waffenstillstandes.*)

So blieben diese Verhandlungen ohne Erfolg. Lucchesini selbst rieth damals den Ministern in Berlin, sich überhaupt jetzt nicht mit den Franzosen einzulassen; ihr Plan, schreibt er, ist nur, uns mit dem Wiener Hof zu überwerfen und diesem durch die Besorgniß wegen der Niederlande vortheilhafte Bedingungen abzwingen zu können. Mißlingt ihr Schlag auf die Niederlande, so werden sie wohl tractabler werden. Ganz ähnlich äußert sich der Diplomat des Lagers, als kurz nachher durch Dohm in Cöln die Franzosen einen neuen Canal zum Separatfrieden mit Preußen zu finden hofften. Er erklärt dem König geradezu,**) es sei ebenso unklug wie unwürdig, wenn ein preußischer Minister dazu rathen wollte, sich in eine geheime Verhandlung mit den Franzosen einzulassen, die vielleicht gar eine engere Verbindung mit der französischen Republik zum Zweck habe. Auf der einen Seite, sagt er, bin ich überzeugt, daß auf die Vorschläge, die man uns machen würde, gar nicht eingegangen werden kann; und auf der andern würden solche Verhandlungen uns sicherlich nur mit dem Wiener Hofe entzweien. Wenn ich E. M. meinen unterthänigsten Rath geben darf, so glaube ich, man könnte dem Herrn von Dohm erwiedern: da die französischen Generale erklärten, der Convent dulde keine Unterhandlung mit den kriegführenden Mächten, bevor ihre Truppen das französische Gebiet geräumt hätten, so sei es billig, daß die Franzosen in Bezug auf das Reichsgebiet das Gleiche thäten und daß vor jeder Unterhandlung Custine mit seinen Truppen den deutschen Boden verlasse. Im Uebrigen sei das Interesse, das Se. Maj. an der Person des

*) Aus einer Depesche Lucchesini's an das Cabinetsministerium.

**) Schreiben L's. an den König, d. d. Luxemburg, 29. Oct. Ueber die Unterhandlungen, die in Cöln mit Dohm angeknüpft wurden, gleichfalls in der Absicht, Preußen von Oesterreich zu trennen s. Gronau a. a. O. 244 f.

gefangenen Königs und seiner Familie nehme, immer das gleiche und man müsse deßhalb preußischerseits vor Allem auf der Vorfrage bestehen, welche Mittel die gegenwärtige Regierung zu haben glaube, dem König seine Freiheit wiederzugeben. Wenn unterhandelt werde, so könne dies aber in jedem Falle nicht ohne die Mitwirkung des Wiener Hofes geschehen.*)

Einem jeden unbefangenen Auge wird nach diesen Mittheilungen aus der geheimen Correspondenz jener Tage das Verhältniß deutlich sein, in welchem die beiden verbündeten deutschen Mächte zu einander standen. Die Bemühungen der französischen Politik, Oesterreich und Preußen zu trennen, waren zunächst mißlungen; auf alle die Verhandlungen, die Preußen von Valmy bis Luxemburg pflog, ließ sich kein gegründeter Verdacht einer unredlichen Gesinnung werfen; der König hatte vielmehr alle französischen Anmuthungen dieser Art standhaft zurückgewiesen. Wohl aber war auf österreichischer Seite in manchen Gemüthern ein Mißtrauen zurückgeblieben, das, wenn auch an sich unberechtigt, doch durch die überlieferte Politik beider Staaten erklärt war; wie sich dies Mißtrauen schon in einzelnen Handlungen geltend machte, haben die letzten Vorgänge vor dem Rückzug nach Luxemburg gezeigt. Und dies war nicht der einzige Schatten, der die rückhaltlose Eintracht beider Staaten trübte. Die Thatsache war schon schlimm genug, daß dies erste Zusammenstehen Oesterreichs und Preußens, nach vieljähriger Entzweiung, gleich in seinem Beginnen so ungünstige Resultate gab. Erwachte darüber auf österreichischer Seite altes Mißtrauen, so wurde im preußischen Lager bald die Meinung wieder rege, daß dies Bündniß überhaupt keinen Segen bringen könne. Auch hatte Oesterreich durch die unkluge Sparsamkeit seiner Rüstung, die weit hinter dem Versprochenen zurückblieb, den Vorwurf herausgefordert, es wolle die größere Last auf Preußen wälzen. Zu dem Allem und den widrigen Eindrücken des mißlungenen Feldzuges kamen dann die noch ungelösten Knoten der äußeren Politik.

Wir erinnern uns, in welch verhängnißvoller Verknüpfung mit den westlichen Wirren die Krisis in Polen stand und wie über Preußens Verlangen einer Vergrößerung an der Weichsel das alte österreichische Project eines Tausches von Baiern wieder lebendig geworden war. Aber noch war die Verständigung über das Einzelne nicht erfolgt; die Gespräche, die kurz vor dem

*) Que V. M. ne saurait d'ailleurs se prêter à se donner à cette négociation sans le concours de la Cour de Vienne, lautet die Stelle in dem angeführten Schreiben Lucchesini's. Aehnlich äußerte sich gleich nachher der neu ernannte Minister Graf Haugwitz gegen Dohm in Cöln. Der König, sagte er, sei für treues Beharren in dem Bündniß mit Oesterreich. Von den Franzosen werde dasselbe, nicht ganz mit Unrecht, monstrês genannt, indeß könne von einer Annäherung zu Frankreich nicht eher die Rede sein, als bis dort ein Zustand eingetreten, der auf einige Festigkeit rechnen lasse. Gronau a. a O. 248.

Beginn des Feldzuges in Frankfurt stattfanden, hatten die Ausgleichung eher erschwert als gefördert. Seitdem hatte Rußland mit Oesterreich (am 14. Juli) eine Allianz geschlossen, in welcher zwar noch die Integrität Polens garantirt, aber die Maiverfassung preisgegeben war.*) Am 7. August ward dann ein Vertrag zwischen Preußen und Rußland unterzeichnet, der noch deutlicher sprach. Die Neuerungen vom 3. Mai 1791 sollten beseitigt und so viel wie möglich die Reichstagsschlüsse von 1768, 1773 und 1775 wiederhergestellt werden; die Krone dürfte nie erblich, kein Anderer als ein Piast sollte König werden.

Die Entschädigungsfrage blieb indessen immer noch in der Schwebe. In Wien äußerte man sich so ausweichend und schwankend, daß selbst Haugwitz, der mit sehr zuversichtlicher Stimmung hingekommen war, meinte: Preußen müsse eine feste und deutliche Sprache führen, um das österreichische Cabinet nachgiebig zu machen.**) In den Gesprächen, die der preußische Diplomat mit Spielmann hatte, schien der Letztere bisweilen geneigt, auf das polnische Project einzugehen, machte es aber von einer Abtretung Preußens abhängig, die von diesem rund abgelehnt ward. Oder er meinte einmal: man solle gar keine Entschädigung an Land fordern, sondern sich mit französischen Papieren begnügen! Klar war nur eines: daß der bairische Tausch alle Gedanken der österreichischen Politik beherrschte und daß man für diesen Plan Alles, ohne ihn nichts zu thun geneigt war. Der Gesandte in Petersburg, Graf Ludwig Cobenzl, verhielt sich bei allem dem schweigend; wenn Goltz fragte, wie es mit der Einwilligung seines Hofes stehe, erklärte er: es seien ihm über diese Frage noch keine Weisungen zugekommen. Man fand das in Berlin räthselhaft und in jedem Falle wenig verbindlich, und ward darum doppelt ungehalten, als jetzt in Wien wieder der Vorschlag einer Abtretung von Ansbach und Baireuth laut ward, den man schon in Frankfurt verworfen hatte. Noch entschiedener als vorher wies Preußen dieses Ansinnen zurück; von einer Cession der fränkischen Markgrafschaften könne nie die Rede sein und zu dem bairischen Tausche werde der König nur zustimmen, wenn seine polnischen Begehren erfüllt würden. Er habe ja von einer gerechten Entschädigung gleich anfangs sein Mitwirken abhängig gemacht und die beiden Kaiserhöfe hätten das damals als billig und nothwendig anerkannt. Auch Haugwitz meinte jetzt: das Ministerium flößt mir bei Weitem nicht mehr das Vertrauen ein, wie zur Zeit meiner Ankunft in Wien.***)

*) Der öffentliche Vertrag findet sich bei Martens VII. 497; die Bestimmung über Polen findet sich in einem geheimen Artikel, den wir, wie die Kenntniß des preußischen Vertrags vom 7. Aug., aus den Archivacten entnommen haben.

**) Depesche von Haugwitz vom 6. Aug.

***) Das Ministerium am 20. und 27. Aug. Haugwitz am 4. Sept. Das Folgende nach dessen Berichten vom 7. und 8. Sept.

Am 5. Sept. fand in Wien eine große Staatsconferenz statt, in welcher beschlossen ward, Spielmann an den König von Preußen zu einer unmittelbaren Verhandlung abzusenden. Ueber den Zweck derselben ward erzählt: Oesterreich sei im Allgemeinen sehr geneigt Frieden zu schließen und könne den Krieg in der bisherigen Weise nicht fortsetzen; doch solle Spielmann im äußersten Falle einen neuen Operationsplan mit Preußen verabreden. Auch sei, so ward berichtet, zugleich sein Auftrag, die preußischen Unterhandlungen, die einige Sorge machten, in der Nähe zu überwachen.

Am 12. Sept. verließen Spielmann und Collenbach Wien; ihnen folgte am gleichen Tage Haugwitz auf der Reise ins preußische Lager. Sie verließen Wien unter dem Eindruck einer immer lauteren Friedensstimmung und einer in allen Kreisen verbreiteten Abneigung gegen diesen Krieg. Das war schon so, als die ersten Nachrichten von dem Vordringen der Preußen kamen und, wiewohl nicht ohne Eifersucht vernommen, doch die Hoffnung eines raschen Ausgangs weckten; wie stieg erst das Mißvergnügen, als die Unglücksbotschaft von Valmy kam! Da wurde die Kriegführung des Herzogs von Braunschweig bitter angegriffen, und als der Moniteur vollends seine wohlberechneten Berichte über die Unterhandlungen mit den französischen Generalen brachte, gab sich laut der Verdacht kund, daß die Preußen ein doppelzüngiges, verrätherisches Spiel trieben.

Diese so wenig bundesfreundliche Gesinnung im Cabinet wie im Volke fand auf preußischer Seite schon ein Echo. Noch vor Valmy, Mitte September, hatte Lucchesini mißtrauisch geschrieben: was will Spielmann hier? Ich fürchte, man will Preußen an die Wand drängen, ehe die russische Unterhandlung reif ist. Die Nachrichten, die dann eintrafen, bewegten sich zwischen zwei gleich bedenklichen Extremen. Von Wien ward gemeldet, daß die Friedensliebe steige und man öffentlich vom nahen Abschluß rede, ja daß der Kaiser bereit sei, die französische Republik anzuerkennen; denn, so fügte nachher Spielmann selbst erläuternd hinzu, mit dieser Regierungsform sei Frankreich minder gefährlich. Auf der anderen Seite war dann wieder die Rede von einer größeren Ausdehnung des Kampfes und einer Umwandlung des österreichisch-preußischen Bündnisses in eine Offensivallianz zum Zweck der Eroberung. Ich werde alle meine Kraft aufbieten, schrieb damals Lucchesini, um eine so verderbliche Idee zu bekämpfen.*) Die letzten Vorgänge im Lager, der Rückmarsch der Oesterreicher, die Vorwürfe und Anklagen wegen der Verhandlungen, die kläglichen Pedanterien und Chicanen, welche die österreichische Verwaltung in Luxemburg schon wegen der Verpflegung machte,**) dies Alles hatte natürlich nicht dazu beigetragen, die Stimmung zu verbessern. Der König, schrieb am 23. Oct. Lucchesini, ist in tiefem degoût gegen Oesterreich und will Herr seiner Bewegungen werden.

*) Lucchesini d. d. Remonville 15. Sept. und aus Longwion 15. Okt.

**) Außer den handschr. Berichten Lucchesini's s. auch Valentini S. 13.

Unter solchen Eindrücken war im preußischen Lager der Entschluß gereift, sich in der Entschädigungssache nicht länger hinhalten zu lassen. Wie der leitende Minister des Hauptquartiers sich ausdrückte: wir sind entschlossen, Spielmann rund herauszusagen, daß Preußen in der gegenwärtigen Lage auch an die Interessen seiner Monarchie denken müsse, mit anderen Worten, die Erwerbungen in Polen dürfen nicht länger verzögert werden. In diesem Sinne hatte der König am 17. October aus Longwion an Katharina II. geschrieben und seine Forderung genauer betont. Nicht die Waffen der Feinde, schrieb er, sondern die Elemente haben uns zum Rückzug gezwungen; ich werde aber die große Sache nicht leichtsinnig verlassen. Jedoch bin ich, vor jedem weiteren Kampfe, es meinem Volke und mir selber schuldig, die Entschädigungen näher zu fixiren, die ich für den Verlust an Menschen und Geld anzusprechen habe. Und zwar waren die Entschädigungsbegehren jetzt höher als zu Frankfurt im Juli, weil nicht nur der vergangene, sondern auch der künftige Feldzug in Rechnung gebracht ward. In ähnlicher Richtung wollte der König sich gegen Spielmann aussprechen.

Wir sehen, der ursprüngliche Gedanke des Krieges tritt allmälig ganz in den Hintergrund; es ist keine Rede mehr von Abwehr der Revolution, von Rettung des französischen Monarchen, von Herstellung der überlieferten Ordnung. Die Emigrantenillusionen von ehedem waren gründlich abgestreift und man ließ die Ausgewanderten, deren Zuversicht im Hoffen noch immer so groß war wie ihre Dreistigkeit im Fordern, jetzt herb genug entgelten, daß man früher zu leichtgläubig gegen sie war. Beide Mächte, Oesterreich wie Preußen, waren im Stillen darüber einig, daß man den Krieg ebenso unbedachtsam begonnen wie zaghaft geführt hatte; gern hätte man ihn abgeschüttelt. Aber wenn er durchaus fortgesetzt werden mußte, so wollte man ihn wenigstens nur im eigenen Interesse und für eigene Vergrößerung führen. In Wien sah man die Sache des französischen Thrones als eine verlorene an; man gewöhnte sich an den Gedanken, aus dem Kreuzzug gegen die Revolution einen gewöhnlichen Eroberungskrieg zu machen, und der französische General, der die Idee von einem Austausch Baierns gegen Belgien hingeworfen, berührte damit den geheimsten Wunsch der österreichischen Politik. Auf der andern Seite ward von Oesterreich nicht mehr verhehlt, daß es den von Anfang an nicht allzueifrig unternommenen Kampf zu beendigen wünsche; Spielmann ließ dabei durchblicken, daß, nachdem einmal das Unabwendbare geschehen war, man sich wohl die Republik werde gefallen lassen müssen.*) So weit ging

*) In einer Depesche des preuß. Ministeriums vom 11. Oct. heißt es von den Eröffnungen Spielmann's: on dit qu'elles rouleront specialement sur l'article des indemnités, mais ce qui est encore plus probable, c'est qu'il épuisera toute son éloquence pour prêcher la paix, l'Empereur selon les lettres du Résident Cesar ayant soin de l'annoncer au public de Vienne comme très prochaine. In einer Note Lucchesini's vom 17. Oct. heißt es: nach Spielmanns Aeu-

Preußen noch nicht; alle Vorschläge auf dieser Grundlage begegneten dem tiefsten Widerwillen des Königs. Friedliche Neigungen waren wohl auch hier lebendig und wuchsen in dem Maße, als die polnischen Dinge sich verzögerten. Aber man wollte doch keinen Frieden, ohne seine Verheißungen gegen die Revolution wenigstens in irgend einer Weise erfüllt zu haben. Nun trat Spielmann unverblümter mit der Andeutung hervor, daß Oesterreich, wenn es den Krieg fortsetze, ihn nicht ohne Entschädigung zu führen gedenke und daß man dabei auf Preußens volle Unterstützung rechne. Das Bündniß vom 7. Febr. sollte zu einem offensiven Bunde werden, der beide Mächte zur thätigsten Kraftanstrengung gegen Frankreich vereinige. Lucchesini verbarg dem österreichischen Abgesandten nicht, was er in seinen Berichten an das Ministerium noch offener ausdrückt, daß weder der König noch seine diplomatischen Rathgeber in der Lage, wie sie war, dazu die Hand bieten würden. Und so war es; in den Besprechungen, die Spielmann im October mit Friedrich Wilhelm II. pflog, gab der König die Erklärung, nur dann über die Linie jenes Vertrages hinauszugehen und mit seiner Kriegsmacht Theil zu nehmen, wenn ihm unter Oesterreichs Mitwirkung die Entschädigungen in Polen sofort gewährt würden, die Preußen zuletzt begehrt hatte.

Eine Note, die Haugwitz am 25. Oct. auf des Königs Geheiß Spielmann übergab, legte den preußischen Gesichtspunkt deutlich vor Augen.*) Wenn das durch die Revolution veranlaßte europäische Concert, hieß es darin, zu Stande komme und die Mächte Alles aufbieten würden zur Bekämpfung der Revolution und zur Herstellung der monarchischen Ordnung, dann würde auch Preußen daran einen thätigen und dem Umfang seiner Macht angemessenen Antheil nehmen. Ebenso, wenn dies nicht der Fall wäre, aber das deutsche Reich sich veranlaßt sehe, einen Reichskrieg gegen Frankreich zu führen, werde der König als Stand des h. röm. Reichs seine Pflicht erfüllen. Sollte aber der Kaiser auch ohne diese beiden Voraussetzungen den Krieg fortsetzen wollen, so sei auch in diesem Falle der König von Preußen zur Mitwirkung bereit, halte sich jedoch berechtigt, sowohl dem vollkommenen und schleunigen Ersatz der bereits angewandten Kriegskosten entgegenzusehen, als auch eine Entschädigung für die noch aufzuwendenden Kosten zu verlangen. „Es erwartet daher der König, daß dasjenige Arrondissement in Polen, worüber S. M. sich bereits eröffnet, von dem kaiserlichen und von dem russischen Hofe Preußen zugesichert und von Ihrer preußischen Majestät wirklich in Besitz genommen werde."

Der österreichische Unterhändler schien über diese Forderungen sehr be-

ßerungen sehe Oesterreich in Frankreich nichts mehr, qu'une ancienne rivale, qui cesserait d'être redoutable à la maison d'Autriche dès qu'elle conserverait les formes républicaines.

*) Sie ist datirt: „Hauptquartier Merle den 25. Okt. 1792."

stürzt; er hatte außer dem bairischen Tausch noch einmal wegen der fränkischen Markgrafschaften angeklopft, dann auf weitere Vergrößerungen an der französischen Ostgrenze, schließlich auch auf eine Erwerbung Oesterreichs in Polen hingewiesen; das Alles war fruchtlos geblieben. Auf das preußische Begehren, wie es die Note von Merle formulirte, erklärte Spielmann, vorerst keine Antwort geben zu können, da es ihm dafür an Instructionen fehle. Er reiste nach Wien zurück; Haugwitz folgte ihm.

Die Fortsetzung des Krieges war indessen zunächst nicht zweifelhaft. Schon der Einfall Custines in die Rheinlande und die nun erklärte Absicht der Franzosen, nach dieser Seite erobernd vorzudringen, ließ den deutschen Mächten keine Wahl. In diesem Sinne sprach sich auch Kaiser Franz in einem Schreiben aus, das er am 29. Oct. an König Friedrich Wilhelm gerichtet hat. „Ich nehme an, hieß es darin, daß E. M. denkt wie ich, es sei nach dem Ausgang des letzten Feldzugs um so dringender, den Krieg mit aller möglichen Kraft fortzusetzen und sich sofort über die nöthigen Maßregeln zu verständigen. Am dringendsten erscheinen die, welche gegen die wiederholten Einbrüche der Franzosen in Deutschland getroffen werden müssen, und E. M. wird ohne Zweifel die Anordnungen treffen, um die Räubereien unserer Feinde zu zügeln ... Im Allgemeinen werden E. M. gern überzeugt sein, daß ich fest entschlossen bin, alle möglichen Anstrengungen gegen unsern gemeinsamen Feind zu machen und uns allen die Erleichterung und Entschädigung zu verschaffen, welche wir anzusprechen berechtigt und durch die Energie unserer vereinigten Streitkräfte uns zu verschaffen im Stande sein werden.“

Wir müssen zunächst die Ereignisse am Rhein ins Auge fassen, durch welche diese kriegerischen Entschlüsse so wesentlich gefördert worden sind.

Vierter Abschnitt.

Die Begebenheiten am Rhein (Oct. bis Dec. 1792).

In dem Augenblick, wo die deutschen Heere den traurigen Rückzug aus der Champagne antraten, hatte die Revolution ihren ersten glücklichen Angriff auf Deutschland selbst ausgeführt. Mit einem raschen Handstreich war sie auf die wundeste Stelle des alten Reichs gefallen, warf die hülflose Ohnmacht geistlicher und weltlicher Kleinstaaterei am Rhein ohne Mühe über den Haufen und feierte nun gerade an der Stelle ihre demokratischen Triumphe, wo drei Monate vorher die Fürsten und adeligen Herren sich zur Heerfahrt gegen die Revolution versammelt hatten. Dasselbe Mainz, wo im Juli Kaiser und König ihren Kriegsrath über die Unterwerfung Frankreichs gepflogen, wo sich damals die Siegeszuversicht der Fürsten, der Uebermuth des Emigrantenadels, die sorglose Sicherheit der geistlichen und weltlichen Feudalherren in glänzenden Festen berauschte, dasselbe Mainz sah jetzt eine blasse Copie der Pariser Jakobiner in seinen Mauern erstehen. Wo noch kurz zuvor das alte Reich gleichsam eine prunkende Todesfeier begangen, da entfaltete jetzt der neufränkische Demokratismus seine vorübergehende Herrschaft; wo die gewaffnete Contrerevolution damals ihre Manifeste geschmiedet, da sah man mit einem Male Clubs, revolutionäre Ausschüsse und jakobinische Commissarien ihr abenteuerliches Wesen treiben.

Ein solch wunderlicher Wechsel des Schicksals war noch selten gesehen worden; selbst der unverhoffte Ausgang des Champagne-Feldzugs — was wollte er bedenten gegen diese Misère deutscher Reichszustände? War es doch schwer zu sagen, was schmachvoller war für die Nation und ihre Häupter: ob die kopflose Angst der fürstlichen Herren, ob die Massendesertion des prahlerischen Lehensadels, oder die eilfertige Unterwürfigkeit der Regierungen, deren jüngst noch so contrerevolutionärer Muth jetzt vor einer Handvoll Franzosen Chamade schlug und von Landau an bis Mannheim, Darmstadt, Wetzlar und

Koblenz sich in lächerlichen Handlungen der Feigheit wetteifernd überbot? Ein solches Regiment war freilich nicht dazu angethan, die Schule des Gemeinsinnes und einer stolzen vaterländischen Gesinnung zu werden; die Unmündigkeit der Massen und der kurzsichtige Eifer der exaltirten Einzelnen, die schwerfällige Unreife der bürgerlichen Classen und die kosmopolitische Verschlissenheit der Gebildeten und Gelehrten, beides war die Folge desselben ungesunden politischen Zustandes und beides hat sich denn auch mit dem Regiment, wie es war, in die Schmach jener Tage getheilt.

Es war eine seltsame Unvorsichtigkeit der so überaus vorsichtigen Kriegführung von 1792, daß sie keine Sorge dafür trug, die deutschen Rheinlande vor einem Ueberfall der Franzosen von Landau und Straßburg her sicher zu stellen. Im August stand zwar noch ein österreichisches Corps von etwa 7000 Mann unter Graf Erbach bei Speyer; ihn verstärkte dann der brauchbare Theil des Mainzer Contingents um 2000 Mann, indessen die Reichsfestung selbst nur von kurmainzischen Invaliden und Rekruten und einigen Hundert bunt zusammengewürfelter Soldaten der nassauischen, wormsischen und fuldischen Contingente gedeckt blieb. Zu Anfang September ward der größte Theil des Erbach'schen Corps zur Belagerung von Thionville gezogen; das Mainzer Regiment und einige Hundert Oesterreicher blieben unter dem mainzischen Oberst Winkelmann in Speyer zurück; die Sicherheit von Mainz war also auf den Widerstand gestellt, den dies kleine Häuflein und die bunte Schaar von Fuldaer, Weilburger und Usinger Reichs- und Kreissoldaten zu leisten vermochte.

Eine fähige und wachsame Regierung, die sich auf einen gesunden Zustand des Landes und Volkes stützte, wäre indessen auch mit diesen bescheidenen Kräften im Stande gewesen, wenigstens den ersten Anprall abzuwehren, aber das Unglück wollte, daß die Grenzwacht Deutschlands dem pfälzer Beamtenthum und den geistlichen Regierungen in Speyer, Worms und Mainz überlassen war. Was wir früher von dem allgemeinen Zustand der geistlichen Gebiete bemerkt haben, das galt in vollem Maße von Kurmainz: ein sorgloses und schlaffes Regiment, ein zum Theil landfremder Adel, der den Staat ausbeutete, ohne mit ihm innerlich verwachsen zu sein, das Volk in dumpfer Schwerfälligkeit erhalten und höchstens durch platten Sinnengenuß angeregt, kein selbstthätiger durch Arbeit erworbener Wohlstand, wohl aber überall geistlicher Müßiggang, vornehmer und geringer Bettel war dort an der Tagesordnung. Selbst sehr ehrenwerthe und tüchtige Persönlichkeiten, deren das geistliche Fürstenthum im achtzehnten Jahrhundert eine ziemliche Reihe aufzuweisen hat, vermochten, wie wir früher gesehen haben, höchstens den ungesunden Zustand des geistlichen Staatenthums vorübergehend zu mildern, nicht die Wurzeln des Uebels abzuschneiden. Der letzte Mainzer Kurfürst aber, den wir bereits aus den Verhandlungen über den Fürstenbund und seinem Verhältniß zum Emser Congresse kennen, hielt schon in den Augen der Zeit-

genossen mit den besseren geistlichen Herren, z. B. seinem trefflichen Vorgänger Emmerich Joseph oder seinem hochverdienten Bruder Franz Ludwig in Würzburg-Bamberg, keinen Vergleich aus. Ein rechter Repräsentant der Verweltlichung im hohen Clerus, französisch gebildet und gesittet, auch von einem starken Anflug der vornehmen Modeaufklärung der Zeit beherrscht, von intriguanten Weibern und Höflingen geleitet und durch seinen Ehrgeiz, in der großen Politik die Hand im Spiel zu haben, bald von dieser, bald von jener Seite geködert, kein Bischof mehr und auch kein weltlicher Regent, so veranschaulichte Kurfürst Friedrich Carl recht bezeichnend das widerspruchsvolle Dasein dieser geistlichen Fürstenthümer. Daß ein Firniß voltairescher Aufklärung den Hof umgab, eine Anzahl literarischer Berühmtheiten, wie Müller, Forster, Heinse, zum Zierrath beigeholt waren und man sich viel auf die tolerante Freisinnigkeit zu Gute that, die in Mainz wie an vielen anderen Höfen zum Modeton gehörte, das hinderte gleichwohl nicht, daß im Großen und Ganzen der Staat eben doch nur für den stiftsfähigen Adel, für Priester und Mönche geschaffen schien. Die literarischen Prachtstücke, die der Hof herbeigezogen, waren, wie man mit Ostentation hervorhob, meistens Protestanten; dessenungeachtet war Schulwesen und Erziehung um nichts besser bestellt, als irgendwo sonst, wo Mönche, Nonnen und Exjesuiten die Volksbildung noch ausschließlich in Händen hatten.*) Seit der Erhebung Friedrich Carls auf den Kurfürstensitz war vielmehr ein Rückschlag gegen Emmerich Josephs Bemühungen auf diesem Gebiete eingetreten, und die wahrhaft humane Sorge um die Erziehung des Volkes hatte dem prahlerischen Schein vornehmer Cultur weichen müssen. Ein solcher Zustand konnte sich zur Noth erhalten, so lange der Bürger und Bauer die Herrschaft der Privilegirten in ruhiger Unterwürfigkeit ertrug und kein Bedürfniß einer selbständigeren Lebensthätigkeit erwacht war. Die französische Revolution hatte aber die eine unbestreitbare Wirkung gehabt, daß sie, so gering die politische Erregbarkeit der deutschen Nation im Ganzen war, doch in den bürgerlichen Kreisen der Glauben an die Vortrefflichkeit des alten Wesens erschütterte, daß sie Zweifel über die überlieferte ständische Gliederung der alten Zeiten hervorrief und eine unklare Ahnung bürgerlicher Rechte und Bedürfnisse erweckte, vor welcher die seit lange anerzogene Unterwürfigkeit der mittleren und unteren Klassen anfing zu weichen. Daß die Eindrücke dieser Art gerade in den geistlichen Gebieten sich am fühlbarsten machten, war eine Thatsache, die eben in dem Wesen des geistlichen Regiments ihre ausreichende Erklärung fand. Wohl war es richtig, was Forster über Mainz sagte und was von den meisten geistlichen Residenzen galt: die Bedürfnisse und der Luxus eines zahlreichen Adels und einer nicht minder zahlreichen Priesterschaft ernährten hier eine ungeheure Menge geschäftiger

*) Bezeichnende Notizen darüber siehe in Eickemeyers Denkwürdigkeiten. Frankf. 1845. S. 45 ff., 49 ff.

Müßiggänger, Vermittler oder Werkzeuge ihrer Ueppigkeit, und das Vorbild von Nichtsthun, Unwissenheit und sinnlichem Genusse, das oben gegeben ward, zog auch im Volke die Weichlichkeit, Leere und den Leichtsinn groß, der zur Physiognomie der geistlichen Bevölkerung gehörte. Aber eben weil der gesunde bürgerliche Kern fehlte, war auch — wie das Beispiel von Mainz bald sprechend bewies — nirgends leichter der Revolution in ihrer widrigsten Gestalt Eingang zu schaffen.

Die Haltung, welche das kurmainzer Regiment der Revolution gegenüber einnahm, war ungemein kurzsichtig. Statt eine verständige Nachgiebigkeit an das Billige und Unvermeidliche zu bethätigen und jeden Anlaß zu meiden, der die bedenkliche Berührung mit der Revolution herausfordern konnte, verstockte man sich blinder als je in den Mißbräuchen des alten Zustandes und hatte hier so wenig Bedenken, wie in Trier, der Revolution den erwünschten Vorwand zur Beschwerde zu geben. Wohl gehörte auch Mainz zu den durch die Revolution beeinträchtigten Reichsständen, aber weniger dies erlittene Unrecht, als die Eitelkeit des Kurfürsten, eine Rolle in der großen Politik zu spielen, verflocht ihn mit der Coalition und den Emigranten viel tiefer, als es einem geistlichen Fürsten dicht an den Grenzen Frankreichs die Klugheit rathen konnte.*) Wir erinnern uns des trotzigen Tones, den schon auf dem Reichstage diese kleinen Herrchen am Rhein in der französischen Entschädigungssache anschlugen; Kurmainz stand unter ihnen in erster Reihe und hatte keine Gelegenheit versäumt, seinen Groll gegen das revolutionäre Frankreich an den Tag zu legen. Die Ausgewanderten erhielten aus dem Zeughaus des Kurfürsten ihre Waffen, bildeten in Worms ein Feldlager und belästigten die Einwohner durch die freche Anmaßung, womit sie über die Reisenden Aufsicht übten, Leute arretirten und verhörten, ja sogar Mißliebige ins Gefängniß warfen. Außer Koblenz gab es keine Stadt in Deutschland, wo das schmarotzende Emigrantenthum sich so übermüthig und ausgelassen gebehrdete, wie in Mainz und Worms; hier wie dort war die Wirkung auf die Bevölkerung die gleiche, der Eindruck dieses leeren und frivolen Treibens gab von dem altmonarchischen Frankreich schlechte Begriffe und lehrte über die Revolution milder denken. In Mainz wie in Kurtrier beachtete man gegen den Gesandten Frankreichs auch nicht einmal die Regeln diplomatischen Anstandes; die kindischen Prahlereien des landesflüchtigen französischen Adels fanden bei der Regierung dieselbe aufmunternde Unterstützung, wie in Koblenz. Und der eigene Mainzer Stiftsadel, der sich nachher nur durch die Schnelligkeit seiner Flucht bemerkbar machte, stimmte jubelnd ein in die unsinnigen Prahlreden

*) S. die Schrift: der Untergang des Kurfürstenthums Mainz von einem Kurmainz. General. Herausgegeb. von Reigebaur. Frankf. 1839. S. 5 ff. Da der General Graf Hatzfeld als Verfasser der Darstellung gilt, ist das Zeugniß besonders unverdächtig.

der fremden Flüchtlinge; in den Salons dieser Herren sprach man mit Zuversicht davon, demnächst über Constitutionelle und Republikaner, über Lafayette wie über Pethion und Marat das große Strafgericht zu verhängen, und die Frage schien nur die, ob das Hängen oder Köpfen vorzuziehen sei. „Pendables“, des Hängens werth schienen aber dort Alle, welche seit Juli 1789 nicht durch schnelles Ausreißen ihren unbefleckten Royalismus bethätigt hatten.

Dieser Uebermuth ging, wie gewöhnlich, mit der Schwäche Hand in Hand. Als im Herbst 1790, aus Anlaß eines sonst unbedeutenden Tumults zwischen Studenten und Handwerksburschen, die Zünfte sich anfingen zu regen für die Abstellung alter Beschwerden, da enthüllte sich die ganze Ohnmacht dieser Regierung. Erst gewährte und versprach man in feiger Bereitwilligkeit, was immer gefordert ward; dann verschrieb man sich Truppen aus Darmstadt, und nun folgten drohende Rescripte, Einkerkerungen und strenge Strafen. „Mit einem Wort — schrieb damals Forster sehr richtig — man hat wieder Muth und wird den Deutschen wohl zeigen, daß sie keine Franzosen sind; die Art zu regieren geht denn so lange sie gehen kann.“ *)

Es kamen die Ereignisse von 1792: die Vorbereitungen zum Einfall in Frankreich, die Manifeste der Coalition, das Vordringen über die Grenzen Frankreichs. Außer den Mächten, deren Heere jetzt nach der Champagne zogen, außer Oesterreich, Preußen und Hessen-Cassel, hat damals kein deutscher Reichsfürst seine Feindseligkeit gegen Frankreich so unverhohlen bethätigt, wie der Kurfürst von Mainz. Er wartete die Kriegserklärung des Reiches nicht ab, er ließ in dem Augenblick, wo die verbündeten Monarchen sich Mainz näherten, dem französischen Gesandten seine Pässe geben, er rüstete sein kleines Contingent, um an den erwarteten Triumphen über die Franzosen selber Theil zu nehmen. Zwar klang der Kriegsruhm, den sich die kurmainzer Armada jüngst noch bei der Execution gegen Lüttich erworben, nicht gar fein, aber gegen das revolutionäre Frankreich schien auch die Tapferkeit der verspotteten „Pfaffensoldaten“ auszureichen. Die Truppen selbst erhielten eine neue Organisation, die vollends allen überlieferten Zusammenhang zerstörte; dazu kam denn der offene Zwiespalt zwischen den einflußreichsten militärischen Persönlichkeiten, General von Gymnich und Graf Hatzfeld, von denen bald der Eine, bald der Andere seinen Willen bei dem Kurfürsten durchsetzte. Was war aber überhaupt von einer Kriegsleitung zu erwarten, die sich jetzt vor dem Ausbruch des Krieges durch das denkwürdige Rescript verewigte: „allen Officieren, die dazu die Kräfte nicht fühlten oder deren häusliche Verhältnisse es nicht gestatteten, solle es freistehen, ihrer Ehre unbeschadet, nicht mit

*) G. Forster's sämmtliche Schriften VIII. 131 f.

ins Feld zu gehen!"*) Mainz selbst, die Grenzfeste des Reichs, bot ein sehr friedliches Aussehen; die Römermonate zur Erhaltung des Platzes gingen längst nicht mehr regelmäßig ein und die geistlichen Regenten waren begreiflicher Weise nicht allzueifrig, aus ihren Mitteln die Lücke zu decken. Seit Jahren bepflanzte der Commandant die Gräben mit Rebengeländen und Küchenkräutern und auf den Schanzen und Glacis waren Gärten und Lusthäuser angelegt. Der Kurfürst selbst hatte zwar in Wien und Berlin Schritte gethan, damit die Verbesserung der Werke von Reichswegen erfolge, aber er war es auch gewesen, der an wichtigen Stellen englische Gärten schuf, zur Verschönerung seines Sommerpalastes Schanzen verwüstete und zur Herstellung von Spaziergängen Batterien demolirte. Jetzt wie der Krieg kam, ward eine Kriegskasse von einigen hunderttausend Gulden gebildet, der Kurfürst verkaufte an diesen Fonds aus seinen Waldungen die nöthigen Pallisaden, gewann dabei ein hübsches Stück Geld, und ließ ein paar Monate an der Restauration der verfallenen Festungswerke arbeiten. Schon im Juli 1792, gleich nachdem die Verbündeten Mainz verließen, wurden die Arbeiten eingestellt, man schien nach einem so kräftigen Manifeste, wie es in Mainz geschmiedet worden, weitere Vertheidigungsmaßregeln für überflüssig zu halten.

Die große Armee der Verbündeten stand in der Champagne, das Corps, das Speyer gedeckt, war nach Thionville abgezogen, der Schutz des Mainzer Kurstaats beschränkte sich also auf das Häuflein Mainzer Truppen, die in Speyer zurückgeblieben, und auf die Invaliden, Rekruten und die kläglichen kleinen Contingente, die als Besatzung nach Mainz beordert waren. Es lag demnach die Gefahr sehr nahe, daß die Franzosen von Landau und Straßburg ein Corps den Rhein heraufschoben und mit mäßigen Kräften die ganze Gruppe geistlicher Staaten am Rhein durch einen Handstreich vor sich aufrollten. In Paris war die Lage dieser geistlichen Gebiete nicht unbekannt; Custine hatte darauf gestützt früh den Gedanken einer Invasion angeregt und in den Besprechungen bei Valmy ließ Dillon eine vertrauliche Aeußerung fallen, die über den Plan eines Ueberfalls keinen Zweifel ließ. In der That setzte sich Custine mit ungefähr 18,000 Mann in den letzten Tagen des Septembers von Landau aus in Bewegung und erschien am 30. vor Speyer. Die Unfähigkeit des mainzischen Oberst Winkelmann, der seine kleine Schaar von etwas über 3,000 Mann, in einzelne Colonnen zersplittert, im freien Feld aufstellte, erleichterte den Sieg; sie wurden geworfen, zur Capitulation genöthigt, Speyer mit seinen reichen Magazinen genommen, Worms besetzt und beide Städte gebrandschatzt.**) Ein Jahrhundert früher hatten die Fran-

*) S. die Hatzfeld'sche Darlegung S. 48. Dort ist auch die ganz mangelhafte Zurüstung nachgewiesen.

**) Die Verfälle bei Speyer sind am genauesten in der Hatzfeld'schen Darlegung, S. 71 ff., geschildert. Die Brandschatzung zu Worms betrug 1,480,000 Livres,

zosen beide Städte verbrannt, jetzt ward nur geraubt; insofern hatten die Creaturen Custines, wie Böhmer und Stamm, allerdings ein Recht, die französische Großmuth zu preisen! Nur hätte der französische Feldherr nicht die Phrase „Krieg den Palästen und Friede den Hütten" voranstellen sollen; denn es zeigte sich bald, daß, wenn einmal die Paläste leer waren, man auch kein Bedenken trug, in den Hütten zuzugreifen.

Es war kaum zu zweifeln, daß, wenn Custine jetzt ohne Säumen gegen Mainz aufbrach, der erste geistliche Kurstaat Deutschlands, dessen Kriegsmacht man eben am Rhein abgefangen, so rasch und widerstandslos überwältigt ward, wie die Bisthümer Speyer und Worms. Schon die erste verworrene Kunde von dem Ueberfall in Speyer machte einen unbeschreiblichen Eindruck; wäre der Feind bereits vor den Thoren gestanden, man hätte sich nicht komischer bestürzt und muthlos geberden können. Doch traf der Gouverneur noch Anstalten zur Vertheidigung. Er schickte die Bürgerschützen und Husaren zur Beobachtung des Feindes vor die Stadt hinaus, vertheilte die regulären Truppen in die Außenwerke und besetzte die inneren Festungswerke mit den Bürgercompagnien. Das schwere Geschütz ward auf die Wälle gebracht, junge Handwerksleute sollten zur Bedienung der Kanonen unterrichtet, die akademische Jugend bewaffnet werden.

Wie die Stimmung in den höchsten Kreisen war, zeigt ein Brief, den der preußische Ministerresident von Stein an seinen Monarchen richtete.*) Mit den lebhaftesten Farben schildert er die verzweifelnde Angst, von der nun alle Franzosenfresser am Rhein ergriffen waren. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt — schreibt er — hat auf alle wiederholten Bitten, sich mit seinen Truppen in die Stadt zu werfen, keinen anderen Bescheid gegeben, als den: die Franzosen hätten bis jetzt seine Besitzungen im Elsaß gut behandelt, und er wolle sich mit ihnen nicht überwerfen. Der Landgraf sorgte dann für seine eigene Sicherheit und zog seine Truppen bis Gießen zurück, damit sie ja aus der französischen Schußweite kamen. Das geschah in demselben Darmstadt, wo die riesigen Kasernen und Exercierhäuser angelegt waren, wo der Vorgänger des regierenden Landgrafen seine ganze Regierungszeit in kostbarem Soldatenspiel vergeudet hatte! Vergebens breitete man die Gerüchte aus, Graf Erbach sei auf dem Rückmarsch von Thionville, Esterhazy komme vom Oberrhein zum Entsatz; weder von dem Einen, noch von dem Anderen war Hülfe zu erwarten. Kein Wunder, wenn Kurfürst Friedrich Carl schon am 4. Oct., auf Steins Rath, das Weite suchte und den Weg über den Taunus und Fulda wählte, um sicher nach Würzburg zu ge-

---

wovon die Stadt 300,000 bezahlte, der Rest vom Bisthum, Domcapitel und den Klöstern gefordert ward. S. Girtanner, hist. Nachrichten über die französ. Revol. IX. 388 f.

*) d. d. 9. Oct. (in der angef. Lucchesini'schen Correspondenz).

langen! Bereits am 5. verursachte der Bericht eines betrunkenen Husaren die größte Consternation; die erhitzte Phantasie der Furchtsamen sah schon Custine auf drei Stunden der Stadt nahe gekommen und drei feindliche Colonnen zum Angriff vereinigt. Die pfälzische Regierung bezeichnet der preußische Geschäftsträger als ganz verächtlich; sie sei mit den Franzosen ganz einig. Die bewaffnete Bevölkerung — fährt sein Bericht fort — reicht wohl hin, dem Feind einige Zeit zu imponiren, kann aber die Stadt nicht vertheidigen, wenn sie kräftig angegriffen wird. Ihre Gesinnung ist gut, aber die Mittel der Vertheidigung sind durchaus null. Die Garnison besteht aus 1500 Mann, d. h. einem Haufen von Kreistruppen, die noch nie einen Feind gesehen haben und kaum exercirt sind*); bei dem ersten Allarm am 5. Oct. ist ein guter Theil davon ausgerissen. Der Umfang des Platzes ist sehr groß und wir haben nichts als Bürger und Bauern zur Vertheidigung. Ein Ingenieur, den uns Prinz Condé geschickt, ist mit General Walmoden gleicher Meinung, daß die Festung in ihrer gegenwärtigen Lage kaum einige Stunden einen kräftigen Angriff aushalten kann. Schon seit drei Tagen steht den Franzosen nichts im Wege, die Stadt zu nehmen; die Stadt ist von den angeseheneren Bewohnern, die mit dem Beispiel schmählicher Flucht vorangegangen sind, fast verlassen; die Bürger sollen jetzt Waffendienst thun und ihre Geschäfte liegen lassen. Der Bauer kann die Weinlese nicht heimschaffen, in der Stadt stockt aller Handel und Wandel und die Kassen sind leer.

Der Kurfürst selbst hatte sich zuerst in Sicherheit gebracht und damit das erwünschte Beispiel einer unbeschreiblich eilfertigen Desertion des gesammten hohen Kurstaates gegeben; gleichwohl besaß er den Muth, in demselben Augenblick beim König von Preußen einstweilen um Entschädigung für die vielen Opfer anzuhalten, die er erlitten habe!**) Die achtzehntausend Mann Franzosen unter Custine wurden schon in Mainz auf dreißigtausend angegeben; in Frankfurt wuchsen sie schon auf funzig-, in Würzburg gar auf achtzigtausend. Denn bis nach Franken hin verbreitete sich der pa-

*) In der Hatzfeld'schen Darlegung ist die Stärke der Besatzung höher angegeben: nämlich 1214 Mann Kurmainzer, die zum großen Theil aus den Resten der einzelnen Regimenter, aus Rekruten, aus den bei Speyer Versprengten bestanden, 591 Reichstruppen (Wormser, Fuldaer, Oranier, Weilburger, Usinger), dann 226 Mann, aus verschiedenen kleinen Detachements bestehend, und ein kaiserliches Commando von 800 Mann, das nach den Niederlanden bestimmt war. Diese letzteren, freilich zum Theil aus Rekruten bestehend, dazu schlecht bewaffnet und verpflegt, rückten erst ein, als Custine schon vor der Stadt stand und man den Kopf verloren hatte. Die Angaben Gymnichs in seiner Vertheidigungsschrift stimmen damit überein.

**) L'Electeur — heißt es in dem Briefe von Stein — implore l'assistance de V. M. pour obtenir à la paix prochaine un dédommagement équivalent aux pertes considérables, qu'il vient de faire.

nische Schrecken; die österreichischen Werber im Spessart eilten schnell nach Würzburg. Aber am tollsten war es in Mainz selbst. Was der durch vervielfältigte Zölle und adelige Privilegien gelähmte Handel nie vermocht hatte, — sagt Forster in seiner malerischen Schilderung der Flucht — das schuf in einem Augenblicke die Furcht: unser schöner ehrwürdiger Rhein gewährte zum ersten Male den erfreulichen Anblick des lebendigen Fleißes, wozu ihn die Natur so eigentlich hergegossen zu haben scheint. Unzählige Fahrzeuge von allerlei Größe, mit Waaren tief beladen, Jachten und Nachen mit Hunderten von Passagieren fuhren unaufhörlich nach Coblenz hinunter. Man zahlte unglaubliche Summen für die Fracht der Personen und Güter, und die zuletzt Abgehenden schätzten sich glücklich, um zehnfach den Preis, den es die Ersten gekostet hatte, fortzukommen. Mehr als zweimalhunderttausend Gulden gingen zur Bestreitung dieser schleunigen Reise aus den Koffern der Fliehenden in die Hände der arbeitenden Classen — und mit der Hälfte der Summe, jetzt noch dargeliehen, hätte man Mainz in einen Vertheidigungszustand gesetzt, der es vor dem Angriffe eines fliegenden Corps vollkommen sichern konnte! Die reichen, mit Edelsteinen und Perlen gestickten Infuln und Meßgewänder, die Bischofsstäbe, Altargeräthe, Heiligenbilder wurden nach Düsseldorf gebracht; eben dahin wanderte das Archiv des deutschen Reiches. Dem Kurfürsten ward nacherzählt, daß er bei der nächtlichen Flucht das Wappen an seinem Wagen habe auslöschen lassen; Thatsache ist es, daß die von ihm zurückgelassene Regierung, der Domherr von Fechenbach und Baron Albini der Statthalter, Seckendorf, Gymnich und Bibra als permanenter Ministerrath zum größten Theil ihres Herrn an Muth und Entschlossenheit vollkommen werth waren, und von allen den wilden Rufern zum Streit, die in Gedanken schon das ganze revolutionäre Frankreich am Galgen sahen, kein Einziger zurückblieb. Der Staatskanzler von Albini forderte in einer pathetischen Rede die Bürgerschaft mit der Anrede „liebe Brüder" auf, die Stadt auf's Aeußerste zu vertheidigen; inzwischen kam aber die Nachricht, daß eben die Packwagen des Herrn Kanzlers glücklich die Rheinbrücke passirt hätten. Und um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, erschien in dem Momente, wo Adel und Clerisei das Ihrige in Sicherheit gebracht, ein strenges Verbot, das allen übrigen Einwohnern die Flucht bei schwerer Ahndung untersagte.*)

*) S. die Mittheilungen in Eickemeyer's Denkwürdigkeiten S. 113 ff. 143 f. und G. Forster's Schriften VI. 382 ff. VIII. 224. 226 f. 230. Daß die Schilderungen der beiden späteren Clubisten nicht übertrieben, beweist außer vielen anderen Zeugnissen sowohl der angeführte Brief von Stein, als die Erzählung des Generals Grafen Hatzfeld. S. „der Untergang des Churfürstenthums Mainz, von einem churmainz. General," S. 89. 90. Die Notiz vom Verbot der Flucht ist Forsters Darstellung S. 384 entnommen; weil seine Briefe es nicht erwähnen, hält Klein (Gesch. von Mainz S. 51) die Mittheilung für zweifelhaft, ein Grund, der uns nicht stich-

Alle Augenzeugen versichern übereinstimmend, daß wenn Custine in dem Augenblicke dieser allgemeinen Verwirrung auch nur mit einer Handvoll Leuten vor den Wällen der Festung erschien, an Widerstand nicht zu denken war. Daß er von Speyer und Worms aus seine Vortheile nicht weiter verfolgte, sondern Wochen lang zögerte, das allein gab noch eine Aussicht auf möglichen Widerstand. Nun waren wenigstens die zugänglichen Stellen besetzt und verpallisadirt, Kanonen aufgefahren, die Bauern der Umgegend beschäftigt, neue Brustwehren aufzuwerfen, Bürger und Studenten nothdürftig bewaffnet und zum Wachtdienst aufgeboten. Schwerlich reichten diese Anstalten hin, einen energischen Angriff abzuhalten, aber sie deckten doch die Festung vor einem Handstreich. Wenn sich nur auf irgend einer Stelle des officiellen Mainz Muth und Einsicht zeigte, so war wenigstens die Ehre zu retten. Allein über der schmachvollen Flucht fast aller derer, die zum Staat und zur Regierung zählten, wich auch der gute Wille der Bürger. Ein Staat von Bevorrechteten, den diese selber so muthlos im Stiche ließen, verdiente nicht, daß sich eine Hand für ihn erhob. Wohl war die Grenzfeste Deutschlands der Vertheidigung werth, nicht um den Kurfürsten von Mainz und seine Klerisei zu halten, sondern es galt zugleich höhere vaterländische Interessen; aber wie hätte sich das Bewußtsein davon in den geistlichen Kleinstaaten des alten Reichs entfalten sollen?

Gouverneur der Festung war der Freiherr von Gymnich, ein General, dessen muthlose Unentschlossenheit sich kaum greller zeichnen läßt, als er es selber in seiner Vertheidigungsschrift gethan hat. Obwohl die Truppenzahl und die bewaffnete Bürgerschaft sich auf mehr als 5000 Köpfe belief, hielt er doch jeden Versuch einer Vertheidigung für vergeblich, und seine Taktik war die, welche er auch in seiner später veröffentlichten Darlegung verfolgt: die Streitkräfte der Franzosen übermäßig hoch anzuschlagen, die militärische Brauchbarkeit aller Truppengattungen der Besatzung noch tiefer herabzusetzen, als sie es verdienten. General Hatzfeld, mit Gymnich zerfallen, hat dessen Schwächen sehr richtig beurtheilt, aber zu einer besseren Führung des Ganzen nichts beigetragen. Ein Mann von Fähigkeit war der Oberstlieutenant Eickemeyer, den nachher die flüchtigen Herren vom Adel gern zum Sündenbock ihrer Mißgriffe gemacht und als den Verräther der Festung bezeichnet haben. Es bedurfte hier keines Verraths, wo so viel Feigheit und Unverstand zusammenwirkte.*) Eickemeyer gehörte zu den bürgerlichen Talenten,

---

haltig scheint. Außerdem gibt Klein zu, „daß den Bürgern weniger ein Paß verabfolgt wurde, als den Adeligen und Geistlichen."

*) Aus der großen Anzahl Schriften (es sind deren zwischen dreißig und vierzig), die uns über die Mainzer Vorgänge vorlagen, ergibt sich klar, daß die Annahme eines sorgsam vorbereiteten Verraths nur eben die bequeme Ausflucht war, womit man den Mangel an Muth und Einsicht verhüllen wollte. Die Mittheilungen

die sich in dem geistlich-adeligen Mainz vereinsamt und unbehaglich fühlten: er war ohne Liebe für den Staat, der sich jetzt so ruhmlos selbst verließ, ohne patriotische Anhänglichkeit an Deutschland, ein Kind der kosmopolitisch-aufgeklärten Zeit, dabei ein nüchterner mathematischer Kopf, der eine Wirksamkeit suchte, wo sie zu finden war, und darum wie viele Andere nachher ohne Bedenken in französische Dienste überging. Aber in jenen Tagen war er der einzige unter den höheren Officieren, der seine Kaltblütigkeit bewahrte und von furchtsamer Uebereilung abmahnte. Wie dann Alle im Wetteifer das lecke Schiff verließen, fühlte er sich freilich am wenigsten berufen, für eine Sache zum Ritter zu werden, die seinem Kopfe, wie seinem Herzen fremd war.

Am 5. October versammelte der Gouverneur einen Kriegsrath; schon war die Entmuthigung so allgemein, daß offen davon die Rede war, die Außenwerke der Festung preiszugeben. Eickemeyer war es, der aus militärischen Gründen davon abrieth; die Lage der Außenwerke war von der Art, daß ihr Verlassen die Uebergabe der Festung unvermeidlich machte. Mitten in die Berathung fiel dann plötzlich die Schreckensbotschaft, die Franzosen seien im Anmarsch und hätten bereits Nierstein besetzt. Es war eine betrunkene Husarenpatrouille, die sich von den pfälzer Bauern das Märchen hatte aufbinden lassen. Nun ward das Allarmsignal gegeben, Alles lief in buntester Verwirrung durcheinander und der Kriegsrath zerstreute sich nach allen Winden. Unter dem Eindruck der Angstbotschaft war man noch eilig übereingekommen, die Außenwerke zu verlassen, und es wäre wohl auch sofort geschehen, wenn sich diesmal nicht die Statthalterschaft zu einem entgegengesetzten Entschluß ermannt hätte.

Der Vorgang war bezeichnend für die Stimmung; war es bei dieser Verworrenheit der Führer zu verwundern, wenn das arme Weilburger Contingent, aus 62 Mann bestehend, beim ersten blinden Franzosenlärm ihrem Oberstlieutenant erklärte, sie seien nicht hergekommen, „um sich für die Mainzer todtschießen zu lassen“ und sie aller seiner Bitten ungeachtet von ihrem Posten am Raymunndithor vorsichtig heimwärts zogen? Das Benehmen der pfälzischen Regierung, deren Beamte sogar den Patrouillen der bedrohten Festung Schwierigkeiten bereiteten, der eilfertige Rückzug des Darmstädter Landgrafen, die Weigerung der Frankfurter, ihre Kanoniere herzuleihen, dies und Aehnliches bewies nur zu deutlich, wie heftig das Fieber der Angst die

Gymnich's und Hatzfeld's, wie die von Forster und Eickemeyer selbst, weichen in der Hauptsache nicht so sehr von einander ab, daß die sichere Ermittlung des wahren Verhältnisses allzuschwer würde. Wohl aber treffen die Muthlosen mit den wirklichen Renegaten (wie die Mémoires de Custine par un de ses aides de camp) darin zusammen, daß sie durch die vorgebliche Verrätherei Eickemeyer's die Anklage von sich selber abzulenken suchen.

Kleinstaaterei am Rhein ergriffen hatte, und es war darum den guten Weilburgern kaum so sehr zu verdenken, daß sie ihrerseits dem Beispiele folgten, womit Fürsten und Regierungen ringsumher vorangegangen waren.

Was aller Welt in trauriger Gewißheit vorlag, die gänzliche Verwahrlosung von Mainz und die bejammernswerthe Schwäche der kleinen Regierungen, das konnte auch den Franzosen nicht verborgen bleiben. Schon ihr Gesandter, der bis Juli 1792 in Mainz gewesen, hatte sich von der Faulheit der Zustände überzeugt und wahrgenommen, wie wenig Mühe es hier kosten würde, gestützt auf die unzufriedenen Elemente, einen raschen Schlag im Sinne der Revolution auszuführen. Custine zwar hatte bei seinem Anfall auf Speyer und Worms sich noch nicht getraut, Mainz anzugreifen, und war mit dem Erfolge bei Speyer, mit den Magazinen und Contributionen, die er erbeutet, zufrieden gewesen. Indessen gab der Ausgang des Kampfes in der Champagne die Mittel an die Hand, den Lieblingsplan der herrschenden Demokratie in Frankreich ins Werk zu setzen und längs der französischen Grenze von Savoyen bis Belgien den Angriff der bewaffneten Propaganda zu eröffnen. Nun setzte sich auch Custine gegen Mainz in Bewegung. Wir finden für alle die Ausstreuungen, daß er in engem Einverständniß mit den Mainzer Anhängern der Revolution gehandelt und ein wohl angelegter Plan des Verraths ihm die Thore der Stadt geöffnet, nirgends einen zureichenden Beweis; wohl aber besteht darüber kein Zweifel, daß man im französischen Lager von der kläglichen Schwäche der alten Gewalten und der ungeduldigen Sympathie der Enthusiasten vollkommen unterrichtet war. Drängten sich doch schon beim ersten Angriff eine Menge Leute an Custine heran, um ihm zu betheuern, wie sehnsüchtig das Volk der Befreiung vom Priester- und Adelsjoch entgegensehe. Die Festung selbst blieb während der ganzen Zeit so ungestört Jedermann zugänglich, daß er über die innere Lage ohne Mühe Kundschaft einziehen konnte. Leute, wie der frühere Göttinger Docent Georg Wilhelm Böhmer, damals Gymnasiallehrer in Worms, oder der in Mainz gut orientirte Vicarius Dorsch zu Straßburg, und ein gewisser Stamm betrieben die Propaganda mit aller Aufrichtigkeit. Zum Theil durch sie veranlaßt, hatte Custine eine Anzahl der gefangenen Mainzer Soldaten frei nach Mainz zurückgeschickt, damit sie dort das Lob der Franzosen und ihrer Glückseligkeit preisen konnten.

Dies Alles freilich hätte den Franzosen die Thore der deutschen Reichsfestung nicht eröffnet, wenn die, deren Obhut sie anvertraut war, Kopf und Herz hatten, sie zu behaupten. Wer wollte die weltbürgerliche Exaltirtheit Derer vertreten, die jetzt in kurzsichtigem Eifer vom alten Erbfeind deutscher Macht und Freiheit eine bessere Zukunft hofften? Aber den ersten Stein auf sie zu werfen, haben die am wenigsten ein Recht, die ohne Enthusiasmus und ohne jede muthvolle Ueberzeugung nur aus Furcht und Schrecken ihre eigne Sache schmachvoll verließen! Und doch sind die Nämlichen mit

der Anklage der Verrätherei am freigebigsten gewesen, deren charakterlose Schwäche vor Allem den Vorwurf des Verraths herausfordert.

Am 16. October traf die Kunde ein, daß Custine sich der Stadt nähere; Patrouillen, die am nächsten Tage ausgesandt wurden, bestätigten, daß er bereits bei Oppenheim stand. Seine Truppen waren zwölf- bis funfzehntausend Mann stark; Belagerungsgeschütz führte er keines mit sich. Am 18. Oct. näherten sich die ersten Colonnen dem Dorfe Weißenau; man konnte nun vom Stephansthurm aus die Stellung der Feinde überschauen und ihre Stärke annähernd abschätzen. Die ersten Schüsse, welche die Franzosen aus ihrem leichten Feldgeschütz gegen die Festung sandten, thaten natürlich wenig Schaden; aber auf den Wällen selber war Alles mangelhaft angeordnet, nirgends ein selbstthätiger Eifer, die Officiere, zum Theil nur an den Paradedienst gewöhnt, klagten über Beschwerden und die Bürger fingen an zu murren, daß man sie nun die Folgen der kurfürstlichen Politik entgelten lasse. Alle Vertheidigungsanstalten machten den Eindruck einer im tiefsten Frieden plötzlich erfolgten Ueberraschung; die Franzosen konnten an der Schläfrigkeit und dem Mangel an Zusammenhang aller militärischen Maßregeln, an der Art, wie die Werke besetzt waren und wie man feuerte, sehr leicht erkennen, daß hier an ernsten Widerstand nicht zu denken war.

Nun erschien am Mittag des 19. Oct. Oberst Houchard, von Custine gesandt, und brachte eine Aufforderung zur Uebergabe. Ein solcher Schritt, an der Spitze von höchstens 15,000 Mann gegen eine große Festung gethan, wäre unter andern Umständen wie eine lächerliche Bravade erschienen; wie die Lage in Mainz war, verfehlte er seinen Eindruck nicht. Houchard ward mit dem Bescheid weggeschickt, es werde in wenig Stunden Antwort kommen; am folgenden Tage wiederholte der französische General seine Aufforderung und schickte zugleich ein Schreiben an den Magistrat, das halb drohend, halb schmeichelnd den Bürgern zusprach, sich den Franzosen anzuschließen. Der Gouverneur berieth sich zunächst vertraulich mit dem Statthalter. Es wurde da, wie ein Eingeweihter sich ausdrückt, „manches darüber gesagt, manches vorgeschlagen und wieder verworfen.“ Endlich einigte man sich zu dem Entschluß, einen Kriegsrath zu berufen; bei den Herren von der Regierung und vom Commando war die Uebergabe schon eine stillschweigend beschlossene Sache. Als der Kriegsrath (20. Oct.) zusammentrat, begann Gymnich mit der Versicherung, es fehle an Mannschaft, an bearbeiteter Munition, an Artillerie, an Schanzzeug, kurz an Allem, Hülfe sei keine zu erwarten, der Feind aber stehe mit 25—30,000 Mann und zahlreicher Artillerie vor den Thoren der Stadt. Nach der Reihe stimmten nun die anwesenden Generale Hatzfeld, Faber, Rüdt u. s. w. für die Uebergabe; daß auch die Statthalterschaft dafür sei, hatte der Commandant ausdrücklich erklärt. Nur Eickemeyer meinte auf Befragen: die Lage sei allerdings bedenklich, aber es gebe doch Mittel, die Festung noch ein paar Tage zu behaupten. Aber die Mittel, die er vor-

schlug, schienen den anderen Herren nicht genügend; die Uebergabe ward beschlossen.*)

Zum Abgesandten ins feindliche Lager ward Eickemeyer bestimmt; er war unter den Stabsofficieren der französischen Sprache am kundigsten. Ein versiegelter Brief enthielt das Anerbieten des Gouverneurs: gegen freien Abzug des Heeres, der Beamten und der Geistlichkeit und gegen das Versprechen, das Eigenthum zu schützen, solle die Festung übergeben und die Feindseligkeiten eingestellt werden. Mündlich erhielt Eickemeyer den Auftrag, bei Custine wegen eines Neutralitätsvertrags für den Kurfürsten und freien Abzugs der Oesterreicher anzufragen. Fand dieser letzte Punkt bei dem französischen General nur eine ausweichende Erwiederung, so war derselbe um so lebhafter befriedigt von dem Antrag, den der Brief des Gouverneurs enthielt. Der sichtbare Eindruck der Entmuthigung, unter dem die Belagerten standen, spannte seine Forderungen schon höher; die abziehenden Truppen sollten ein Jahr lang nicht gegen Frankreich dienen, der französischen Republik müsse vorbehalten bleiben, nach den Verträgen über die Souveränetätsrechte zu entscheiden. Am frühen Morgen des 21. Oct. ward Eickemeyer abermals ins französische Lager geschickt, diesmal in Begleitung eines Mainzer Beamten, um die Capitulation vollends abzuschließen. Sie erfolgte nach den Bedingungen, welche die vorausgegangene Verhandlung erwarten ließ. Die Mainzer und Kreistruppen sollten gegen das Versprechen, ein Jahr lang nicht gegen Frankreich zu dienen, freien Abzug erhalten, auch ihr Gepäck und vier Feldgeschütze mitnehmen. Die Festungsartillerie, Pläne, Vorräthe, Munition verblieben den Franzosen; das Privateigenthum sollte geschützt sein, Beamte, Geistlichkeit und wer sonst wolle, mit ihrem Eigenthum die Stadt verlassen dürfen. Ueber die österreichischen Soldaten war nichts in die Capitulation aufgenommen; sie wählten den klügsten und kürzesten Ausweg, sie zogen am Morgen des 21., während zu Marienborn die Capitulation unterzeichnet ward, über die Rheinbrücke und traten den Marsch nach Koblenz an.**)

Welchen Eindruck die Mainzer Katastrophe längs des Rheins hervorrief, läßt sich nach den früheren Vorgängen ermessen. War drei Wochen früher durch die Wegnahme zweier offenen Städte, wie Speyer und Worms, die

*) So berichten, im Ganzen ziemlich übereinstimmend, die beiden Gegner Eickemeyer und Hatzfeld (s. Denkwürdigkeiten S. 134—138. „Untergang des Churfürstenthums Mainz". S. 132—137).

**) Das vorgefundene Kriegsmaterial betrug: 237 Kanonen, 20,983 Bomben, 27,684 Haubitzenkugeln, 7757 Granaten, 250,973 Kugeln, 2305 Kartätschen, 5137 Flinten und 1772 Musketen, 138,867 Pfund Blei und 468,000 Pfund Schießpulver. Auch ward durch die Ungeschicklichkeit des Commandanten ein großer Theil der Kriegskasse von den Franzosen vertragswidrig zurückbehalten.

ganze Kleinstaaterei im deutschen Westen bis zum Grunde erschüttert worden, hatte schon damals der gesammte Kurstaat eilig das Weite gesucht, Darmstadt sich nach Gießen retirirt, Kurpfalz in demüthiger Unterwürfigkeit um die Gunst der Sansculotten gebuhlt, so war es jetzt, wo die Grenzfestung gefallen, wirklich Ernst geworden mit der drohenden Invasion in Deutschland. Seit Mitte October fühlte sich keiner mehr von den kleinen Herren, die sich vom Breisgau bis nach Westfalen in die deutschen Rheinlande theilten, in seiner Residenz sicher; Alle zogen rückwärts, ließen zum Theil Land und Leute völlig in Stich und waren dann höchst erzürnt, wenn die Unterthanen sich nicht für einen Staat und eine Regierung todtschlagen lassen wollten, die sich so muthlos selber aufgab. Am schnellsten im Rückzuge waren in der Regel diejenigen, die einst am lautesten gedroht und getrotzt; der Bischof von Speyer, der gegen die Bitten seiner Bruchsaler Bürger vordem so unzugänglich gewesen, suchte jetzt im Odenwalde eine Zufluchtsstätte, der Kurfürst von Trier, der einst dem „auswärtigen Frankreich" ein Feldlager in seinen Landen eingeräumt, floh jetzt rheinabwärts und suchte bei Kurcöln Schutz, jenem Kurcöln, das 1790 und 1791 auf dem Reichstage die drohendsten Anträge gestellt und sich jetzt außer Stand erklärte, sich selbst, geschweige denn den Nachbar zu schützen. Aber nicht nur am Rheine war der Schrecken grenzenlos; er übte weithin seine ansteckende Macht. Der Bischof zu Würzburg, der zu Fulda und das Reichskammergericht zu Wetzlar erbaten sich Schutzbriefe von dem fränkischen General; ja bis nach Thüringen zitterte man vor den Waffen der Republik. Von Cassel — sagt ein Zeitgenosse von entschieden contrerevolutionärer Farbe*) — hatte sich bereits die landgräfliche Familie geflüchtet, zu Würzburg, Bamberg und sogar schon zu Regensburg war man mit dem Einpacken beschäftigt. Die Gesandten zu Regensburg mietheten schon Schiffe, um die Donau hinabzufliehen. Aber freilich — fügt derselbe Zeuge hinzu — die meisten angrenzenden Reichsfürsten waren in keiner Verfassung, ohne Geld und Soldaten; statt eines gut eingerichteten Militärs war an den meisten Höfen Pracht und Luxus der Gegenstand, woran Geld und Revenüen verschwendet wurden.

Nach diesen Proben durfte man sich über nichts mehr wundern; wenn etwa Custine jetzt, auf die Gefahr hin freilich, später abgeschnitten zu werden, rasch eine Handvoll Leute den Rhein hinabschickte, so war kaum ein Zweifel: die geistlichen Regierungen in Koblenz und Bonn liefen entweder eilig weg oder trugen den Franzosen schon von Weitem ihre Unterwerfung entgegen. Denn im Anfang October, als die Kunde von den Vorfällen in Speyer und Worms nach Koblenz kam, war des Kurfürsten erster Befehl ge-

*) Bericht im Rh. Antiq. I. 1. 134. Vgl. die damit ganz übereinstimmenden Berichte revolutionärer Quellen, z. B. Moniteur universel N. 293. 294. Forster's Schriften VI. 391. 394.

wesen — einzupacken. Diesem Beispiele folgte die ganze Stadt nach;*) alle vom Adel, vom geistlichen und weltlichen Rathstand, alle Klöster und wohlhabenden Bürger packten ein und mietheten um fabelhafte Summen Schiffe, die sie rheinabwärts bringen sollten. Als glaubwürdig wurde erzählt, Custine komme mit 40,000 Mann vom Elsaß her und werde sich auf dem Hundsrück mit einer andern Armee, die von Sarlouis komme, zum Angriff auf Koblenz vereinigen.

Eine sehr bemerkenswerthe Erscheinung war es, wie bei diesem Anblicke der Schwäche und Angst überall der alte überlieferte Respect der Masse vor der Herrschaft anfing zu weichen. Auch unser Koblenzer Gewährsmann legt mit Unmuth darüber Zeugniß ab, wie unter dem Eindruck der großartigen Desertion der olympische Nimbus der alten Autoritäten verschwand; viele „schlechtdenkende" Bürger — erzählt er — hätten die „Insolenz so weit getrieben, die vornehmen Flüchtlinge anhalten zu wollen, und überaus „vermessene" Reden ausgestoßen. Die Haltung der Autoritäten war aber auch wie dazu geschaffen, selbst die stärkste deutsche Geduld zu ermüden. Riethen doch damals, vom Kurfürsten befragt, die Regierung und der Kriegsrath offen dazu: dem anrückenden Feinde Deputationen entgegenzuschicken, um „wegen einer Brandschatzung gütlich mit ihm zu contrahiren", ihn dann in die Stadt zu lassen, ihm auch die „darin befindlichen preußischen Fruchtmagazine nicht zu verhehlen, und falls er Ehrenbreitstein verlange, ihm die Festung sogleich einzuräumen." Der Kurfürst war nur noch über den letzten Punkt zweifelhaft; die ersten Vorschläge wollte er genehmigen. Indessen dauerte die Flucht fort, der leitende Minister des Kurfürsten war zuerst nach Bonn geeilt und wollte ohne starke Eskorte nicht mehr nach Koblenz zurückkehren. Und das Alles geschah zwischen dem 5. und 8. October, also in denselben Tagen, wo Custine selbst schon wieder nach Speyer zurückgegangen war, um dann auf das falsche Gerücht vom Anmarsche der Oesterreicher sich unter die Kanonen von Landau zu flüchten.

Wie nun die Nachricht eintraf, die Franzosen seien von Neuem in Anmarsch, und zwar diesmal auf Mainz, zögerte der Kurfürst keinen Augenblick, mit seinem Hofstaate zunächst nach Bonn zu fliehen. Er hinterließ, wie sein College in Mainz, eine Statthalterschaft, jedoch mit der ausdrücklichen Vollmacht, auch fliehen und andere substituiren zu dürfen. Die Statthalterschaft, aus zwei Domherren bestehend, machte von dieser Erlaubniß sofort Gebrauch und übertrug dem Kanzler von Hügel das provisorische Regiment. Nun kam die Botschaft, Mainz sei gefallen; es schien den Koblenzern fortan kein Zweifel mehr, daß die Franzosen jede Stunde kommen müßten. „Jeder — berichtet unser Gewährsmann — war die ganze Nacht hindurch beschäftigt, seine Effecten einzupacken; man hörte die Nacht nichts als Kisten

*) S. den schon erwähnten Augenzeugen im Rh. Antiq. I. 1. 119 ff.

und Kasten zuschlagen und Karren durch die Straßen nach den Schiffen rollen. Alle Cavaliers, die meisten Geistlichen, kurfürstlichen Räthe mit Frauen und Kindern, sehr viele Bürger und Handwerksleute, die meisten Mönche und Nonnen flüchteten rheinabwärts. Auch der Gardeobrist von Landenberg fuhr mit seinen Officiers und Gemeinen in einem großen Schiff nach Leudesdorf!" In dieser allgemeinen Angst entschlossen sich denn die Stände des Kurfürstenthums eine Deputation nach Mainz zu schicken und dem französischen General dieselben Bedingungen anzubieten, die schon am Anfang October im ersten Schrecken von der Regierung selber beantragt waren; der provisorische Statthalter ist dem Entschlusse wahrscheinlich nicht fremd gewesen.*) Die Deputirten, an ihrer Spitze der Syndicus von Lassaulx, gingen nach Mainz, um die Capitulation abzuschließen — aber inzwischen kam in Koblenz unerwartete Hülfe. Am 27. Oct. rückten die ersten Abtheilungen des tapfern hessischen Contingents ein, das der Landgraf, wie wir uns erinnern, auf die erste Kunde von Custine's Streifzügen von Verdun hatte nach Deutschland zurückgehen lassen. Den Hessen folgten Preußen, und in Kurzem war die Stadt, deren Bewohner eben noch in jähem Schrecken geflüchtet, mit Truppen gefüllt, König Friedrich Wilhelm II. selber schlug dort sein Hauptquartier auf. Unter dem Schutz der vielen Bajonnette fand denn der hohe Kurstaat von Trier sein ganzes Selbstvertrauen wieder, und wie es zu geschehen pflegt, wandte sich der heftigste Groll der Flüchtlinge nun gegen Solche, welche nicht sowohl die Urheber als die Opfer der großen Desertion gewesen waren. An jener Mainzer Deputation, namentlich dem Syndicus Lassaulx, kühlte sich nachher die Scham und der Unmuth der zurückgekehrten Regierung; er mußte auf dem Ehrenbreitstein dafür büßen, daß er Anträge an Custine überbracht, deren erster Ursprung doch im Schooße der kurfürstlichen Behörden selber zu suchen war.

Hatte diesmal die Ankunft der deutschen Truppen am Niederrhein Koblenz und Ehrenbreitstein vor einem ähnlichen Handstreich, wie er Mainz traf, bewahrt, so war doch immer Custine's Stellung am mittleren Rhein gefährlich genug für die kleinen Staatengruppen im deutschen Süden und Westen. Der panische Schreck, der von Mannheim bis Regensburg, Wetzlar und Cöln alle geistlichen und weltlichen Herren erschüttert, hatte dem französischen General die ganze heillose Schwäche dieser westlichen Grenzlande enthüllt; er trug seinen Kopf höher als je, gab sich den kecksten Entwürfen hin und sah schon im Geiste dies ganze offene Gebiet Deutschlands zu Filialrepubliken im französischen Stile umgestaltet. Waren seine Thaten so kühn und gewaltig, wie seine Reden, entsprachen seine Handlungen wirklich dem neuen Evangelium von „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit", so entschied sich das Schicksal dieser westdeutschen Kleinstaaterei vielleicht schon, bevor ein

*) S. Rh. Antiq. I. 1. 129. 138.

neuer Feldzug beginnen konnte. Denn daß die Regierungen zum weitaus größten Theil nicht im Stande waren, sich selber zu behaupten, sondern dem ersten revolutionären Stoß erliegen mußten, das hatten die Erfahrungen der letzten Wochen mit unwidersprechlicher Klarheit erwiesen. Oder wo war etwa die Regierung, von der kurfürstlich pfälzischen an bis zu den kleinen Reichsgrafen, Städten und Ritterschaften herab, die nicht rasch das Weite suchte, sobald sich etwa jetzt eine revolutionäre Bewegung in der Bevölkerung selber kundgab? Es war im Grunde vor Allem das Verdienst Custine's und seiner Helfershelfer, daß dies nicht so kam, sondern die Revolution rasch bei der Masse des Volkes selber ihren populären Zauber verlor. Die deutschen Enthusiasten zwar klagten die Unreife des Volkes an; aber je reifer das Volk war, desto feindseliger mußte es sich von dieser Art von republikanischer Freiheit abgestoßen fühlen, deren theatralischer Apparat die rauhe Wirklichkeit von Willkür, Raub und Gewaltthat nicht verdecken konnte. Die „alten Franzosen in Deutschland, hinter der neufränkischen Maske verschlimmert“, so lautete der Titel einer damals erschienenen Schrift; es war der rechte Ausdruck für die populäre Empfindung, wie sie sich bald allenthalben kundgab.

In dem Augenblick, wo Mainz geräumt ward, zog auch schon eine Colonne Franzosen unter General Neuwinger auf Frankfurt los. Am 22. Oct. erschien der General vor den Thoren der Reichsstadt, begehrte anfangs nur Lebensmittel gegen Bezahlung, ertrotzte aber doch schon mit Drohungen den Eintritt in die Stadt und rückte dann, als die Truppen einquartirt waren, mit dem Auftrage Custine's heraus: der Rath von Frankfurt müsse binnen 24 Stunden 2 Millionen Gulden Brandschatzung bezahlen. Der abgenutzte Vorwand, unter dem vorher schon Worms geplündert worden war, „es sei den Emigranten dort Vorschub geleistet worden,“ paßte auf Frankfurt durchaus nicht; denn der Magistrat der Stadt hatte mit ängstlicher Sorgfalt Alles vermieden, was ihm Beschwerden von französischer Seite erwecken konnte. Vergebens suchte der Rath durch Vorstellungen zu wirken; es ward nichts erlangt, als daß Custine versprach, den Raub auf anderthalb Millionen zu ermäßigen, übrigens aber unerbittlich auf der raschen Zahlung bestand. Süßliche Proclamationen, worin von der Gerechtigkeitsliebe der französischen Nation, von ihrem Mitgefühl für den armen arbeitsamen Bürger und von dem Drucke, den die Reichen bisher geübt, die Rede war, kündigten den Frankfurtern an: nicht das Volk, sondern nur die reiche und regierende Classe habe die Summe beizubringen. Es sollte dies die praktische Anwendung von dem Spruche sein: Krieg den Palästen und Friede den Hütten. Eine verdiente Züchtigung für diese jakobinische Heuchelei war es, daß die Zünfte und Handwerker nachher in einer öffentlichen Eingabe dem General ausdrücklich erklärten, sie wollten von dieser volksfreundlichen Fürsorge nichts wissen, sie seien bisher mit ihrem Regiment leidlich zufrieden gewesen; wenn man aber ihren reicheren Mitbürgern das Geld abnehme, so müsse natürlich auch ihr Er-

werb und Verdienst damit auf's Empfindlichste getroffen werden. Indessen das Geld mußte herbei; Custine war ehrlos genug, die Summe wieder auf zwei Millionen zu erhöhen und durch persönliche Drohungen, Wegnahme von Geiseln u. s. w. die rasche Bezahlung des größten Theils zu erzwingen. Die Ermäßigung des Restes suchte die Stadt von der französischen Regierung zu erlangen.*)

Die ohnmächtigen Regierungen auf dem rechten Rheinufer konnten sich in der That bei Custine bedanken, daß er es auf sich genommen, das Volk von revolutionären Anwandlungen zu heilen; denn der Eindruck der Räuberei in Frankfurt war zu allgemein, als daß die pomphaften Proclamationen von Verbrüderung und Freiheit, von Abschüttelung der Despotie und Rückgabe der unveräußerlichen Rechte sonderlich hätten verfangen können. Der Landgraf Wilhelm von Hessen-Cassel z. B. mochte sein, wie er wollte, die Hessen vergaßen seinen Geiz und seine Härte, Angesichts der Glückseligkeit, welche die fremden Horden brachten. Nichts war darum verfehlter, als daß Custine jetzt am 28. Oct., unter dem frischen Eindruck der Frankfurter Dinge, eine wüthende Proclamation gegen den „Tiger“ und „Tyrannen“, wie er den Landgrafen nannte, erließ und den braven hessischen Soldaten „fünfzehn Kreuzer täglich, fünfundvierzig Gulden Pension, Bürgerrecht, Bruderliebe und Freiheit“ anbot — wenn sie zu ihm übergehen wollten!**) Der hartnäckige Widerstand, den ein Häuflein Hessen leistete, als die Franzosen in großer Uebermacht eine Razzia nach der Saline Nauheim machten, ließ erkennen, wie wenig Erfolg diese Propaganda haben würde; ein kühner und großsinniger Fürst hätte damals, bei der Erbitterung der Hessen, ohne Mühe eine Insurrection der Massen gegen das französische Wesen hervorrufen können. So dauerten freilich die Raubzüge wenigstens gegen die Schwächeren fort; erst gegen die schutzlosen Klöster in der Wetterau, dann wurde an der Lahn geplündert, Weilburg namentlich gebrandschatzt und ausgeraubt, lauter Heldenthaten, die Houchard in Custine's Auftrag vollzog. Militärische Maßregeln, welche das rasche Vorrücken der deutschen Truppen vom Niederrhein nach dem Main hätten erschweren können, nahm Custine nicht; es schien ihm genug, wenn er die Welt mit seiner abgeschmackten revolutionären Rhetorik erfüllte und daneben, als Anfang einer neuen Gleichheit, die Reichen arm, aber die Armen nicht reich machte.

Indessen war Mainz der Mittelpunkt einer revolutionären Propaganda geworden, die nicht, wie auf dem rechten Rheinufer, nur etwas äußerlich Auf-

*) Die Actenstücke über die Frankfurter Angelegenheit s. bei Rau, Gesch. der Deutschen in Frankreich und der Franzosen in Deutschland 1794. IV. 155 ff. und Tagebuch von der Einnahme Frankfurts bis zur Wiedereroberung 1793. Die Mittheilungen bei Girtanner u. A. sind daraus entnommen.

**) Wörtlich aus einem Originalabdruck des Aufrufs; vgl. in dem angef. „Tagebuch“ S. 70 f.

gedrungenes war, sondern wenigstens in einem Theil der dortigen Bevölkerung selbst ihre Stütze fand. Die alte Bischofsstadt hatte freilich, wie jeder Sitz geistlicher Herrschaft, an dem müßiggängerischen Proletariat, das an solchen Orten wie Unkraut aufwuchert, eine brauchbare Hefe revolutionärer Bewegung; aber Trieb und Leitung kam doch von einer anderen Seite. Indem Kurfürst Friedrich Carl mehr aus Eitelkeit und der Mode zu Gefallen, als aus einem tieferen Verständniß für die damalige deutsche Literatur, eine Reihe von literarischen Persönlichkeiten nach Mainz verpflanzte, in denen das protestantische, aufgeklärte und weltbürgerliche Streben der Zeit vertreten war, übersah er jedenfalls das Eine: daß, wenn ihre Wirksamkeit irgend eine Frucht haben sollte, der Boden, auf den er sie setzte, auch nicht der alte bleiben durfte. Oder was sollten diese Zierpflanzen mitten in der Umgebung alten Schlendrians, hergebrachten Aberglaubens und mönchischer Erziehung? Ohne rechte Thätigkeit, überall gehemmt und von Vielen mit unverhüllter Mißgunst angesehen, selber natürlich ohne Liebe für den Staat, in dem sie sich vollkommen fremd fühlten, hatten sie mehr das Ansehen einer hereingepflanzten Colonie, die in einer Zeit revolutionärer Gährung der natürliche Mittelpunkt der Bewegung gegen das Alte werden mußte. An diesen Kreis mißvergnügter Gelehrten und Schriftsteller schlossen sich dann die Unzufriedenen und Zurückgesetzten aus dem Mainzer Bereich selber an, Männer, wie Eickemeyer, oder die Geistlichen mit Illuminatenmeinungen, wie Blau und Dorsch. Der Parteigeist jener Tage hat die Meisten von ihnen mit Unrecht beschuldigt, durch eine weitläufig angesponnene Conspiration den Ueberfall von Mainz herbeigeführt zu haben. Wir haben gesehen, der ganze Gang der Octoberereignisse läßt den Gedanken eines absichtlichen Verraths kaum aufkommen, vielmehr fällt die Hauptschuld auf jene unfreiwillige Verrätherei, wie sie durch muthlose und verzagte Menschen zu jeder Zeit geübt wird, und was von Einverständnissen dabei mitwirkte, beschränkte sich eben auf die Kenntniß der trostlosen Lage der Stadt, über die sich, bis zum letzten Augenblick, Jeder durch die offenen Thore der Festung Gewißheit verschaffen konnte. Personen zweiten und dritten Ranges, wie der ehrgeizige Arzt Wedekind, damals heftiger Jacobiner, später als Freiherr und fürstlicher Leibmedicus verstorben,*) der tolle Böhmer, eine Persönlichkeit, wie sie das Literaten- und Journalistenthum unserer modernen Revolutionen vielfach aufweist, dann ein gewisser Stamm, halb Straßburger, halb Mainzer, dessen Leumund nicht eben der

*) Er war persönlich gegen die kurfürstliche Regierung gereizt, die wie er glaubte durch die Intriguen neidischer Gegner sich gegen ihn hatten verhetzen lassen und ihm in einer Ehrensache die strenge Gerechtigkeit, um die er nachsuchte, verweigerte. Uebrigens sagt er in einem Schreiben an den „Bürger-Commissär" d. d. Mainz 21. Febr. 1793, er habe Custine, als er schon die Stadt berannte, die nothwendigen Nachrichten selbst überbracht, auch Eickemeyer mit vieler Mühe gewonnen.

beste war, das sind die Personen, die man als die Zwischenträger des französischen Generals betrachten kann. Die Anderen sahen den Dingen, die sich vorbereiteten, mit der lebhaftesten Spannung, auch einer unverkennbaren Sympathie für die Grundsätze der Revolution im Westen, aber doch noch ohne thätige Theilnahme zu; Georg Forster namentlich geraume Zeit nur mit dem höheren Interesse des Geschichtskundigen und Publicisten, ohne Vertrauen auf die Stärke der alten Zustände und mit dem rechten politischen Seherblick in die Macht und Bedeutung der Ideen, die unter allem Schmutz wüster Leidenschaften und demagogischer Künste versteckt lagen.

Welch tragisches Geschick einer politischen Natur dieser Art auf dem damaligen Boden Deutschlands nothwendig bereitet werden mußte, ist von einem historischen Meister mit aller Wahrheit feiner psychologischer Charakteristik gezeigt worden; wir können dem nichts hinzufügen und möchten auch nichts von dem Interesse nehmen, das seitdem nach langer Vergessenheit in erhöhtem Maße dem Andenken Georg Forsters zu Theil geworden ist. Wohl konnte er auch in der Zeit bitterster Verkennung mit edlem Selbstgefühl von sich sagen: „ich habe keine Cabale, keine Intrigue je gekannt, und halte den Menschen für den elendesten seines Geschlechts, der mich einer schlechten Handlung fähig glaubt; ich bin arm, aber ich habe mein Bewußtsein.“ Wie immer haben Diejenigen am voreiligsten den Stab über ihn gebrochen, die nicht werth waren, zu ihm aufzublicken, und selbst die unbefangenere Beurtheilung hat nicht selten nur ihn verdammt, wo der allgemeine Zustand Deutschlands viel lauter anzuklagen war. Allein es wird doch immer eines der traurigsten Zeugnisse für die damalige Lage Deutschlands, wie für die weltbürgerliche Heimathlosigkeit seiner literarischen Größen sein, daß ein Kopf und ein Charakter, wie der Georg Forsters, keine bessere Stelle in der Geschichte jener Zeiten gefunden hat, als die Rolle, die ihm in der widrigen Episode des Mainzer Jakobinerthums zufiel.

Sein Briefwechsel läßt uns den inneren Verlauf der Stimmungen genau erkennen, durch die ihn sein Trieb einer praktischen öffentlichen Thätigkeit von der kaltblütigen geschichtlichen Betrachtung zur unmittelbaren Theilnahme an den revolutionären Dingen hinführte. Er sah den geistlichen Staat, dem er nur als Fremdling angehörte, haltlos auseinander fallen; wie hätte man von ihm Eifer und Hingebung für eine Sache erwarten dürfen, die von den Trägern und Lenkern dieser Staatsordnung selber so muthlos preisgegeben ward? Der Eindruck dieser unerhörten Desertion traf mit den ersten glänzenden Erfolgen der revolutionären Propaganda zusammen; nun schien auch ihm der Zeitpunkt gekommen, in Deutschland das Joch priesterlicher und feudaler Gewalt, das alle besseren Kräfte des Volkes niederhielt, zu zerbrechen. Die ersten Versuche des Menschen, der jetzt eben den Fesseln der Sklaverei entrinnt — so war dabei seine Betrachtung — mögen noch so tölpisch und unbeholfen erscheinen, dennoch erwecken sie eine Hoffnung in der Brust des Menschen-

freundes, die ihn an der weisen Lenkung der Schicksale seiner Gattung und an ihrer moralischen Causalität nicht verzweifeln läßt.

Gleich nach Custine's Einzug, am 23. October, hatte sich im kurfürstlichen Schlosse eine Gesellschaft von „Freunden der Freiheit und Gleichheit" aufgethan, welcher außer Wedekind, Blau, die Professoren Hoffmann, Metternich und einige Personen angehörten, die theils ihre Sympathie für die Revolution, theils ihre Charakterlosigkeit dem neu aufgehenden Gestirn zuführte. In kurzer Zeit war aus der Gesellschaft ein Club geworden, der sich kein geringeres Ziel als die Republikanisirung des linken Rheinufers vorsetzte. In dem Verzeichniß der Mitglieder*) finden wir neben den schon genannten Personen eine Anzahl Geistliche und mehrere ehemalige kurmainzische Beamte, Handwerker und Studenten aufgeführt. Forster selber klagt, daß man neben den achtbaren Elementen nur zu rasch einen Schwarm roher Studenten, unbärtiger junger Leute und übelberufener Personen ohne Prüfung und Auswahl aufgenommen habe. Er fürchtete, „die jugendliche Selbstzufriedenheit und Anmaßung der Einen, der Eigennutz und die zweideutigen Absichten der Anderen möchten bald der guten Sache mehr Schaden bringen, als die Einsicht und das Gefühl der achtungswürdigen Mitglieder zu ihrer Empfehlung wirken könnten." Ihm war das Lärmen und Schreien einer unreifen Masse, die revolutionären Farçen und Gaukelspiele in tiefster Seele zuwider; die Revolution schien ihm bei unbefangener Betrachtung überhaupt der Weg nicht zur deutschen Freiheit. „Deutschlands Lage, sagte er damals, der Charakter seiner Einwohner, der Grad und die Eigenthümlichkeit seiner Bildung, kurz seine physischen, sittlichen und politischen Verhältnisse haben ihm eine langsame, stufenweise Vervollkommnung und Reife vorbehalten; es soll durch die Fehler und Leiden seiner Nachbarn klug werden und vielleicht von oben herab eine Freiheit allmälig nachgelassen bekommen, die Andere von unten gewaltsam und auf einmal an sich reißen müssen. Die Uebereilungen der Reformatoren können diesen ruhigen Gang hemmen, die der Regenten ihn beschleunigen." Aber zugleich sprach doch der Beruf politischer Thätigkeit wieder zu laut in ihm, als daß er es über sich vermocht hätte, in kaltblütiger Neutralität zu bleiben. Er trat in den Club ein, in der sicheren Hoffnung, manches Gute fördern, der Ausartung und Unvernunft wirksam begegnen zu können; er lernte dann zu spät erfahren, wie wenig der Einzelne in solchen Zeiten vermag. Das verwegene Beginnen, eine Freiheit zu gründen ohne Nation und Vaterland, verlief sehr bald in dem Verlust der Freiheit wie der Nationalität; selbst ein Kopf wie Forster war nicht stark genug, auch nur einen der Mißgriffe und Ausartungen des Mainzer Jakobinismus, so tief er sie mißbilligte, hindern zu können. Wohl aber ward sein reiner Name in eine

*) S. „Getreues Namensverzeichniß der in Mainz sich befindenden 452 Klubisten, mit Bemerkung derselben Charakter. Im Mai 1793."

trostlose Episode verflochten, die mit Raub und Plünderung begonnen, mit dem Verrath deutschen Gebietes an das Ausland geendet hat.

Nur die ersten Tage dauerte die Illusion fort, es handle sich im Ernste um die Herstellung eines Zustandes wahrer Freiheit. Die ungeduldige Raubsucht der Fremden hielt sich noch in Schranken, man glaubte noch der Versicherung Custine's, daß es nur von der freien Selbstbestimmung des Volkes abhängen solle, sich seine künftige politische Form zu geben. Ich werde, hatte der General in einer Proclamation an das deutsche Volk gesagt, alle bestehenden Gewalten bis dahin beschützen, wo ein freier Wunsch den Willen der Bürger und Bauern in den Stiftern Mainz, Worms und Speyer, den Wunsch eines jeden dieser Stämme wird kundgegeben haben; selbst wenn ihr die Sklaverei den Wohlthaten der Freiheit vorziehen werdet, bleibt es euch überlassen, zu bestimmen, welcher Despot euch eure Fesseln zurückgeben solle. Das versprach eine aufrichtige Handhabung jener Grundsätze der Volkssouveränetät, wie die Revolution sie aufgestellt. Die zurückgebliebenen Behörden fuhren mit gutem Muthe fort, zu verwalten, der Bevölkerung erschien dieser Zustand um so erträglicher, je weniger diese Mäßigung zu den Greuelschilderungen paßte, welche die Emigranten von dem revolutionären Frankreich entworfen, und die Einsichtsvollen und Weiterblickenden, wie Forster, hofften, es ließe sich nun friedlich und ohne gewaltsame Uebergänge der Wust von Mißbräuchen beseitigen, den das geistlich-adelige Regiment hinterlassen. Aber schon am 30. Oct. sprach Custine in einem Schreiben an die Regierung von der „Eroberung des Kurfürstenthums“ und dem „Uebertragen aller Theile der Gesetzgebung und Verwaltung an die französische Republik“; die Behörden, die in ihrer Ehrlichkeit fortfuhren, sich „kurfürstlich“ zu nennen, wurden mit der ganzen „Schwere des nationalen Unwillens“ bedroht.*) Der Club, von dem selbst Forster und Eickemeyer mit unverdeckter Geringschätzung re-

*) Die Actenstücke finden sich sämmtlich in der sonst sehr einseitig gehaltenen „Darstellung der Mainzer Revolution.“ Frankf. u. Leipz. 1794. 2 Bde. Dazu kommen dann die Schriften von Böhmer, „Epistel an die lieben Bauersleute.“ Mainz 1792; „die Aristokraten am Rhein.“ Ebend. 1791. Dann von Seiten der kurfürstlichen Partei: „Etwas über die Mainzer Constitution in einem Sendschreiben des Dr. G. Teutsch.“ Frankf. 1792, wogegen wieder erschien: „Etwas über das Etwas des Dr. G. Teutsch.“ 1792. Ferner: „Ueber die Verfassung von Mainz.“ Deutschland 1793 (eine Schutzschrift für den alten Zustand) und „Die Constitutionsvorschläge des Handelsstandes zu Mainz, beantwortet von K. Boost.“ Mainz 1792. Hoffmann „Ueber Fürstenregiment und Landstände“. 1792. „Mainz im Genusse der Freiheit und Gleichheit.“ Deutschland 1793, und die schon früher gelegentlich citirten Schriften. Wir beschränken uns dabei auf die Erwähnung solcher Erzeugnisse, in denen sich geschichtliches Material irgend einer Art vorfindet; eine ganze Reihe anderer Brochuren, theils revolutionäre Declamationen, theils contrerevolutionäre Schmähungen, Satiren und Schmutzschriften bleiben wie billig unerwähnt.

den,*) und der in den ersten Tagen halb mit Gleichgültigkeit, halb mit Neugierde betrachtet worden, drängte sich nun in den Vordergrund und ward das rührige Werkzeug der französischen Incorporationsgelüste. Es begann ein ganz unwürdiges Spiel, das zu den pomphaft verkündigten Grundsätzen der Volkssouverainetät in sehr bitterem Gegensatze stand. Erst versammelte Custine die Zünfte, um ihre Meinung über die französische Verfassung zu hören. Es war kein Zweifel, daß der Kern der Bürgerschaft davon nichts wissen wollte; unter 97 Mitgliedern der Kaufmannsinnung fanden sich nur 13, welche die französische todtgeborne Constitution für Mainz geeignet hielten. Eine Eingabe, welche die Innung an Custine richtete, hob die natürlichen Verhältnisse von Mainz und die Beziehungen zum Reich hervor, verbarg die Gebrechen der alten Verfassung nicht, blieb aber doch dabei stehen, daß sie allein als Grundlage einer neuen dienen könne. Eine Repräsentation der Bürgerschaft, die dem Kurfürsten zur Seite stehe, Besetzung der Stellen durch Einheimische, Beseitigung der Privilegien des Adels, des Clerus, das waren die wesentlichsten Forderungen, welche sie durch ihre künftige Verfassung erfüllt wissen wollten.**) Man mag es naiv finden, daß die guten Mainzer Kaufleute eine Reform dieser Art von dem französischen Jakobinismus erwarteten; in jedem Falle beurtheilte aber hier der bürgerliche Instinct das deutsche und mainzische Bedürfniß viel richtiger, als die Männer, die sich nachher durch den Mainzer Convent und die Herstellung einer „Republik" zwischen Speyer und Kreuznach lächerlich gemacht haben.

Es charakterisirt allerdings die politische Unschuld unseres Volkes, daß die ehrlichen Mainzer glaubten, mit Gründen und Debatten eine Sache leiten zu können, die der jakobinische General nöthigenfalls mit der plumpsten Gewalt im französischen Interesse zu entscheiden entschlossen war. Als einer von ihnen den Versuch machte, die gemäßigte Ansicht im Club zu verfechten, wurden in die nächste Sitzung Soldatenpikets geschickt, um die unbequeme Opposition zum Schweigen zu bringen. Dann folgten, um die Enttäuschung zu vollenden, Requisitionen, Wegnahme der kurfürstlichen Hinterlassenschaft und der strenge Befehl, die Bürger zu entwaffnen. Vergebens copirten nun die Clubisten ihre französischen Vorbilder auch darin, daß sie die lächerliche Farce

*) Forster, Schriften VI. 402. Eickemeyer, Denkwürd. S. 152.

**) Die Eingabe ist abgedruckt in der Schrift: „Constitutionsvorschläge des Handelsstandes zu Mainz, beantwortet von K. Boost, Bürger, Mitglied der Gesellschaft der Freiheit und Gleichheit in Mainz." 1792. Als Gegenschrift ist von Interesse die derb und handgreiflich, aber mit populärem Geschick geschriebene Rede von Professor Andreas Jos. Hoffmann: „Ueber Fürstenregiment und Landstände." Hoffmann, eines der wenigen demokratischen Originale jener Zeit, ist erst vor wenigen Jahren, als neunzigjähriger Greis, zu Winkel im Rheingau gestorben und war, wie wir uns persönlich überzeugten, bis in seine letzten Lebenstage unverändert der Mainzer Clubist von 1792 geblieben.

republikanischer Umzüge, Errichtung von Freiheitsbäumen und dergleichen aufführten; das eigentliche Volk ward sich darüber immer klarer, daß statt der verheißenen Freiheit die unwürdigste Form revolutionärer Despotie in Mainz zur Herrschaft gelangt war. Die pathetischen Proclamationen, womit der närrische Böhmer in Custine's Namen das Volk überschüttete, verfingen gerade beim Volke am wenigsten; höchstens machte das auf die Pfaffen, Mönche, Professoren, Literaten und weiland kurfürstlichen Beamten, die im Club den Ton angaben, einigen Eindruck.

In diesem Augenblick trat Forster (5. Nov.) in den Club ein; sein Sträuben war überwunden, nicht durch die zudringlichen Vorstellungen eines Böhmer, Metternich oder Wedekind, sondern durch den Glauben, er könne weiterem Unverstand wirksam entgegentreten. Niemand hat wohl klarer die Fehlgriffe der Clubmänner erkannt, als er. Ungeschickte Freiheitsapostel, schrieb er später, rechtfertigen selbst in den Augen des Volkes, dem sie Freiheit aufdringen wollen, die Strenge der Maßregeln, womit sich einige Fürsten den Neuerungen widersetzen. Man hätte, war seine Meinung, jene ersten Zusagen Custine's treu halten und die Stimmung der Bürger für eine Abschaffung der Mißbräuche, Ungerechtigkeiten und Zwangsmittel der alten Regierung benützen sollen, statt durch revolutionären Zwang Jedermann zu empören. Er fand dann das Benehmen Custine's ebenso „planlos und widersinnig", wie das der Clubisten, tadelte ihre Brandschatzungen auf's strengste, nannte die Erpressungen in Frankfurt ebenso ungerecht, wie unpolitisch, und beklagte es, daß man durch das „unsinnige Manifest" an die Hessen nur die Eigenliebe und das Mitgefühl dieses tapferen und geduldigen Stammes für seinen Fürsten rege gemacht habe. Er sah in der allgemeinen Erregung und Entfesselung der Volkskraft nur eben das Mittel, allmälig zu einem besseren und freieren Zustande zu gelangen; sie wird kommen, ruft er aus, die Zeit, wo man den Werth der Menschen weder nach angeborenem, noch nach zufälligem Range, weder nach ihrer Macht, noch nach ihrem Reichthum, sondern allein nach ihrer Tugend und Weisheit schätzen wird; die Zeit wird kommen, wo das Blut des Bürgers, dem man Schutz versprach, so heilig sein wird, als jenes des Regenten, dem er um dieses Schutzes willen gehorchte.*)

Gerade bei einer solchen Ueberzeugung war es ohne Zweifel ein doppeltes Opfer für einen Mann wie Forster, aus seiner unthätigen Betrachtung der Dinge sich zur praktischen Theilnahme zu entschließen, und nur das reinste Motiv, das einen Mann ins öffentliche Leben führen kann — der Glaube, dem Gemeinwohl nützlich werden zu können — hat ihn dabei geleitet. Daß

*) Forsters Schriften VI. 404—406. 411. Daß diese Urtheile der Zeit nach später fallen, wie Klein a. a. O. 215 glaubt erinnern zu müssen, nimmt ihnen nichts von ihrem Werthe für Forster's Charakteristik. Und um diese handelt es sich hier.

sein Schritt gleichwohl ein Mißgriff war, bewies sehr bald der peinliche Widerspruch, in den er mit sich selber und der eigenen besseren Meinung gerieth. Am Tage nach seinem Eintritt in den Club führte Böhmer die unwürdige Komödie auf, ein rothes und ein schwarzes Buch, das „Buch des Lebens und des Todes" aufzulegen, in welches sich die Anhänger der Freiheit und die der Knechtschaft einzeichnen sollten; wir wissen aus Forsters eigenen Aeußerungen, wie entschieden er diesen groben jakobinischen Terrorismus verwarf, aber er mußte es geschehen lassen. Die Umstände waren stärker, als er. Bald predigte er selbst das französische Evangelium von der Rheingrenze, pries die große Vermischung der Völker, zu der die Franzosen den Weg gebahnt, beräucherte eine Nation, die nachher über den größten Theil von Europa den schmachvollsten Despotismus verhängte, mit dem Weihrauch übertriebensten Lobes und fand das Loos der Rheinlande beneidenswerth, dem „unzerstörbaren Freistaate" einverleibt zu werden.*) Noch mehr; derselbe Mann, der die Plünderung in Frankfurt so richtig beurtheilt, rechtfertigte die Custinesche Brandschatzung mit Sophismen, wie sie eines Gentz, aber nicht eines Forster würdig waren. Er fand es „dünkelhaft", daß dieser Magistrat einer deutschen Reichsstadt sich „gegen die Lichtmasse der Vernunft in der gesetzgebenden und vollstreckenden Gewalt der gebildetsten und aufgeklärtesten Nation des Erdrundes" auflehnen wolle, und sprach die handgreiflichen Unwahrheiten über Frankfurt nach, womit Custine seinen Raubzug hatte motiviren wollen.**)

Der Eindruck der Räubereien Custine's und die plumpe Zudringlichkeit, womit man dem Volke einen Zustand aufnöthigen wollte, für den es nun einmal weder vorbereitet, noch gestimmt war, verdarb den Erfolg der Revolution auch da, wo ihr eigentliches Terrain war. Litt doch das Landvolk unter dem Zehnten, dem Lagergeld, der Kopfsteuer, dem Heerdschilling, der Königsbede, dem Noth- und Frauengeld u. s. w.; waren doch die Zinshahnen, die Remigiischweine, die Martinsgänse, die Leibhühner, die Handlöhne, die Blutzehnten und Aehnliches mehr allenthalben verhaßt; gab es doch kaum einen Act im bürgerlichen Leben, von der Wanderschaft des jungen Handwerkers an bis zur Meisterannahme, zur Verheirathung und zum Hausbau, den der Fiscus nicht mit seinen Sporteln bedachte! Hier gab es also Stoff genug zu populärer Unzufriedenheit, und gleichwohl blieb die sympathetische Bewegung auch auf dem platten Lande hinter der Erwartung zurück.

Die zurückgebliebenen Regierungsräthe hatten sich lange genug zu der undankbaren Rolle gebrauchen lassen, dem Namen nach ein Regiment zu führen, das in der That von Custine und dem Club geübt ward; sie wurden

*) S. die am 15. Nov. gehaltene Rede „über das Verhältniß der Mainzer gegen die Franken," in den sämmtl. Schriften VI. 413 ff.

**) Ebendas. S. 482 ff.

am 19. Nov. beseitigt und durch eine Verwaltung ersetzt, in welcher, unter dem Vorsitze von Dorsch, auch Forster und Blau Platz nahmen. Die neue Regierung, als deren Aufgabe es Custine bezeichnete, in den drei Bisthümern Mainz, Worms und Speyer vom Volke die vielhundertjährigen Lasten wegzunehmen, begann zunächst, die Propaganda auf dem Lande rühriger in die Hand zu nehmen. Vor Allem wurden die Gemeinden mit Exemplaren der französischen Verfassung von 1791, die in Frankreich selbst in den letzten Zügen lag, überschwemmt, dann Commissäre in alle Städte, Dörfer und Flecken von Landau bis Bingen gesandt, um die Stimmen der Bewohner über die Beibehaltung der alten Verfassung oder die Annahme der neuen zu sammeln. Die Commissäre sollten einmal dem Volke begreiflich machen, daß die höchste Gewalt ihm selber zustehe, und dann dies souveräne Volk zu einer Erklärung veranlassen, worin der Schutz der Franken zur Einführung der neuen Verfassung angerufen und der Wunsch ausgedrückt war, fortan mit den französischen Nachbarn „nur eine Familie auszumachen." Die Formen waren von der Art, daß es nicht gar zu schwer sein mußte, eine Kundgebung in diesem Sinne als angeblichen Wunsch des Volkes herauszupressen. Gleichwohl gab sich mehr Widerstand kund, als man hätte erwarten sollen. Alles ist stupid und will befohlen haben, so klagt Forster selbst. Was wird es sein, wenn diese armen, stumpfsinnigen Leute erst wirklich inne werden, daß sie keinen anderen Herrn haben, als ihren Willen! Schwerlich war es aber die Anhänglichkeit an die feudalen Zustände, was den Widerstand erweckte; es war der schlichte Volksinstinkt, der sich gegen Experimente sträubte, zu denen der Boden und die Gemüther nicht vorbereitet waren.

Ein entscheidender Vorgang für die Lande links vom Rhein war das Decret, welches der Nationalconvent am 15. Dec. erließ. Darnach sollten die Generale in allen besetzten Gebieten die Souverainetät des Volkes, die Abschaffung der bestehenden Steuern und Abgaben, der Leibeigenschaft, der Zehnten, Lehenslasten, Zwangrechte, Frohnen, Jagdrechte und überhaupt aller Privilegien verkünden und zugleich das Volk in Ur- und Gemeindeversammlungen zusammenberufen, damit es sich seine provisorischen Beamten und Richter wähle. Alle Autoritäten, die bisher bestanden hatten, sollten aufgehoben, alle alten Beamten, Adeligen und Privilegirten von der Wahl wie von der Wählbarkeit ausgeschlossen sein. Alle Güter, die dem Fiscus, den alten Regierungen oder ihren „Anhängern und Trabanten gehörten", wurden mit Beschlag belegt, Contributionen auf die sogenannten Reichen ausgeschrieben und durch Revolutionscommissäre der neue Zustand angeblicher Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit terroristisch ins Werk gesetzt. Denn der Convent erklärte zugleich, daß die französische Nation jedes Volk, welches die ihm angebotene Freiheit und Gleichheit nicht annehmen werde, als feindlich betrachten, und die Waffen nicht eher niederlegen werde, als bis das von den französischen Truppen besetzte Gebiet seine Souverainetät und Unabhängkeit er-

langt habe. Zu Neujahr trafen dann Rewbel, Merlin und Hausmann ein, um im Einverständniß mit den neuen demokratischen Behörden die Umgestaltung zu vollenden. Was weiter folgte, die Urversammlungen, die Eidesleistung, die Wahl des Mainzer Convents und dessen Anschluß an Frankreich, darauf werden wir unten noch mit einem Worte zurückkommen; diese letzten entscheidenden Acte der Unabhängigkeitserklärung trafen gerade mit dem Zeitpunkt zusammen, wo die deutschen Heere ernste Anstalt trafen, Mainz und das Gebiet von Landau bis zur Nahe zurückzuerobern.

In diesem letzten Act der Mainzer Episode ist Georg Forster besonders thätig gewesen; an der Leitung der Urversammlungen, der Wahlen, der Eidesabnahme hatte er den allernächsten Antheil. Aber er hatte wohl recht, wenn er einmal meinte, sein „etwas philosophischer Zuschnitt habe ihn zum Demagogen verdorben"; wenigstens trieb er dies Handwerk jetzt ohne innere Befriedigung und fast im Widerspruch mit seinen eignen Meinungen. Zu ehrlich und zu scharfsichtig, um sich über die wahre Stimmung des Volkes Illusionen zu machen, befestigte er sich inmitten dieser Thätigkeit erst die volle Ueberzeugung, daß Deutschland zur Revolution nicht vorbereitet sei. Ich bleibe dabei, lautet sein merkwürdiges Bekenntniß,*) daß Deutschland zu keiner Revolution reif ist, und daß es schrecklich sein wird, sie durch das halsstarrige Bestehen auf der Fortsetzung des unglückseligsten aller Kriege unfehlbar vor der Zeit herbeizuführen. Ich möchte bittend vor allen Fürsten Deutschlands stehen und sie um ihres eigenen Lebens und um des Glückes ihrer Völker willen bitten, es bei dem, was geschehen ist, bewenden zu lassen und nicht Alles auf's Spiel zu setzen. Unser rohes, armes, ungebildetes Volk kann nur wüthen, aber nicht constituiren. Von oben herab ließe sich jetzt in Deutschland so schön eine Verbesserung friedlich und sanft verbreiten, man könnte so glücklich von den Vorgängen in Frankreich Vortheil ziehen, ohne das Gute so theuer erkaufen zu müssen. Der Vulkan Frankreichs könnte Deutschland vor dem Erdbeben sichern.

Wir haben die deutschen Heere in dem Augenblick verlassen, wo der Rückzug aus der Champagne vollendet war. Wir erinnern uns, erst im Luxemburgischen fanden die erschöpften Truppen einige Ruhe und Erholung; als schlimme Wirkung der unglücklichen Expedition war aber eine mißtrauische Verstimmtheit zwischen Oesterreichern und Preußen zurückgeblieben, die sich zumal in den militärischen Kreisen unverhohlen genug kundgab. Zum Theil der Eindruck dieser Stimmungen, zum Theil freilich die drängende Noth war es gewesen, was den österreichischen Oberfeldherrn in den Niederlanden bewog, das Corps Clerfayts von der preußischen Armee abzurufen und da-

*) VIII. 248.

durch dieser letzteren die Behauptung von Longwy und Verdun unmöglich zu machen. Denn es drohte in diesem Augenblick dem österreichischen Corps in den Niederlanden eine ganz unmittelbare Gefahr, die abzuwehren auch die Heranziehung von Clerfayt nicht hinreichte; es wandte sich die französische Invasion mit noch ausgedehnterem Erfolge, als Custine am Rhein, gegen die wunde Stelle der österreichischen Niederlande.

Herzog Albert von Sachsen hatte erst mit unzulänglichen Kräften Lille bedroht, dann, als ihn die Ereignisse in der Champagne dies aufzugeben zwangen, sich auf Mons zurückgewandt und in dessen Umgebung seine Streitkräfte in einer festen Stellung zusammengezogen. Der Ausgang der Dinge in der Champagne hatte den Franzosen Luft gemacht und sie konnten nun ihren und Dumouriez's Lieblingsplan, die Invasion in Belgien, mit besseren Aussichten als früher wieder aufnehmen. Es rächte sich jetzt die kurzsichtige Sparsamkeit der österreichischen Kriegsrüstung um so bitterer, je zweifelhafter die Stimmung des Landes und je schwächer seine militärische Lage war. Einst hatte die Politik des Gleichgewichts in gerechter Sorge vor der französischen Nachbarschaft in den Barrièrefestungen einen Gürtel von festen Plätzen aufgerichtet, deren gemeinsame Bewachung Oesterreich und der gleich lebhaft dabei interessirten holländischen Republik übergeben war. Blieben Namur, Tournay, Menin, Furnes, Ypern und andere Städte befestigt und besetzt, so war den Franzosen wenigstens nicht beim ersten Anlauf der ganze burgundische Kreis geöffnet. Allein erst hatte man die Plätze zerstören und verfallen lassen, dann zerriß Joseph II., im übermüthigen Vertrauen auf die ewige Dauer des österreichisch-französischen Familienbundes, gewaltsam jenen Barrièrevertrag, der, mit Einsicht und Kraft gehandhabt, Belgien wie Holland hätte schützen können. Nun standen die Oesterreicher, im Ganzen einige vierzigtausend Mann stark, in einem offenen Lande, gegen das Dumouriez eben mit einer doppelt so starken Armee sich zum Angriff rüstete. Wohl leisteten die Oesterreicher, als in den ersten Tagen des Novembers die Franzosen von Valenciennes auf Mons losdrängten, in einzelnen Vorpostengefechten tapfern Widerstand, und auch ihre Stellung bei Jemappes, um die sich am 6. November der entscheidende Kampf entspann, ward von ihnen mit aller Ausdauer vertheidigt, aber sie vermochten der Uebermacht eines angriffslustigen Feindes nicht zu widerstehen. Ganz Flandern, Brabant und Hennegau lag nach dem Siege bei Jemappes den Franzosen offen; von Ostende, Brügge und Gent an bis Brüssel und Namur waren alle wichtigeren Städte in wenig Tagen von ihnen besetzt und die Oesterreicher genöthigt, ihren Rückzug bis an die Dyle fortzusetzen. Nicht zwanzigtausend Mann mehr war das Heer stark, dessen Oberbefehl jetzt um die Mitte November Clerfayt übernahm, und noch ehe der Monat zu Ende war, hatten die Franzosen Lüttich besetzt, einzelne Colonnen bis Spaa und Malmedy vorgeschoben, um die Mitte December Aachen genommen, und es war zu besorgen, daß auch die Roer

und Erft, hinter welchen die Oesterreicher ihre Stellung genommen, den Feind nicht werde aufhalten können.

Aus dem Briefwechsel, in welchem Tauenzien, der preußische Bevollmächtigte, mit dem königlichen Hauptquartier stand, ersehen wir, daß auch die österreichische Armee, wie die preußische in der Champagne, unter der Ungunst des Feldzuges heftig gelitten hatte und Tauenzien sich vergeblich bemühte, sie vom rascheren Zurückgehen abzuhalten. Es stand einen Augenblick so, daß es so gut wie beschlossen war, das linke Ufer des Rheins zu verlassen,*) und wie es scheint, gelang es nur den dringenden Vorstellungen Friedrich Wilhelms II., den übereilten Entschluß zu hindern. Die pfalzbairische Regierung, die am Mittelrhein den Franzosen so förderlich gewesen, und von der Custine prahlen konnte, er könne Mannheim von ihr jeden Augenblick haben, wenn er ihr dafür eine Million und 200,000 Thaler zahlen wolle, diese Regierung trat auch hier mit ihrer schmachvollen Zweideutigkeit den deutschen Heeren störend in den Weg; in Jülich ließ der Commandant die kaiserlichen Truppen nicht durchmarschiren, und die Regierung in Düsseldorf machte ernstlich Miene, die Anlegung von Magazinen für das deutsche Heer zu untersagen. Man mußte ihr bedeuten, wie die Lage nicht so beschaffen sei, „daß man viel Umschweife mit ihr machen werde." **)

In diesen wie in ähnlichen Anlässen bewies König Friedrich Wilhelm II., daß er jetzt so wenig, wie damals auf dem Rückzug aus der Champagne, von der Verbindung mit Oesterreich zu trennen war. Unterhandlungen, die noch im Anfang November gepflogen worden, hatten sich dadurch zerschlagen, daß der König weder einen Separatfrieden eingehen noch eine andere Bedingung des Friedens zulassen wollte, als die Freigebung des Königs und den Verzicht auf revolutionäre Eroberung. Indessen das Verhältniß des Kampfes war für ihn doch ein anderes geworden; im Sommer 1792 war er zu einer ritterlichen Heerfahrt für das bedrohte Königthum ausgezogen, hatte unter den damals am Kriege Theilnehmenden die größten Anstrengungen gemacht, hatte seine eigene Person gleichsam dafür eingesetzt, Ludwig XVI. die Freiheit und die königliche Macht zurückzugeben. Ein solches Ziel schien nun freilich nicht mehr erreichbar; schon hing über Ludwigs Haupt das Damoklesschwert eines revolutionären Schreckenstribunals; das Aeußerste, was

*) Am 12. Dec. schreibt Tauenzien: Je suis désespéré de ce qu'arrive — — il n'y a pas moyen d'opérer autre chose si non que tout le monde est d'accord de passer le Rhin. Gleich nachher traf ein Schreiben des Königs von Preußen (d. d. 13. Dec.) ein, das dringend vom Uebergang über den Rhein abmahnte; am 17. meldet dann Tauenzien, der Plan sei aufgegeben.

**) Am 15. Dec. schreibt Tauenzien: „Comme il parait qu'ils ont ordre de repousser la force par la force, j'ai fortement insisté de faire des requisitions et d'agir en même tems. Il me semble qu'il ne s'agit pas de biaiser dans ce moment, au cas qu'on puisse avoir besoin des états electoraux palatins.

in dieser Richtung zu erreichen schien, war die Herstellung einer moderirten Regierung und vielleicht die Erhaltung der wiederhergestellten Krone bei dem Hause Bourbon. Dagegen machte die glückliche Invasion der Franzosen am Rhein und in Belgien die Fortdauer des Krieges aus anderen Gründen unvermeidlich; ein viel näheres Gebot der Ehre und der Selbsterhaltung als jene royalistische Solidarität, die zum Kriege gegen Frankreich gedrängt, legte den kämpfenden Mächten die Pflicht an's Herz, die Reichsfestung Mainz wieder zu erobern, Belgien von den Franzosen zu reinigen. Zu diesem Ziele war denn auch der König von Preußen vollkommen bereit die Hülfe zu stellen, die das Bundesverhältniß zu Oesterreich von ihm forderte, aber mehr nicht. Weder an die Spitze zu treten, noch in einen weit aussehenden Krieg der Repressalien und Eroberungen sich einzulassen, war seine Meinung, und hätte er ganz ungehemmt seiner Neigung folgen können, so war wohl die Wiedereroberung von Mainz, die Vertreibung der Franzosen aus den Rheinlanden und aus Belgien das Ziel des Kampfes, wobei er sich beruhigte. Die ungeduldige Kriegslust des Jahres 1792 war durch die Erfahrungen in der Champagne abgekühlt; Preußen war nun zufrieden, wenn es nur an Ehre und Besitz ungekränkt sich des lästigen Kampfes entledigen konnte. Die diplomatischen Rathgeber des Königs, so verschieden sie sonst waren, stimmten doch darin vollkommen überein, daß dieser Krieg eine Last sei, die Preußen so bald wie möglich abschütteln müsse; keiner von ihnen wagte zwar damals noch mit dem offenen Vorschlag des Friedens vor Friedrich Wilhelm zu treten, aber ihre vertrauten Aeußerungen verhehlten nicht, wie unbequem ihnen die Fortdauer dieses Krieges in seinem so ganz unerwarteten Verlaufe geworden war. Lucchesini hielt zunächst streng den Gesichtspunkt fest, daß Oesterreich die Leitung des Kampfes auf sich nehmen, Preußen nur in zweiter Linie als Hülfsmacht wirken solle; die beiden Mächte sollten also im nächsten Feldzuge die Rollen geradezu tauschen.*) Eine ähnliche Ansicht hatte Manstein, der auf des Königs persönliche Meinung vielleicht mehr Einfluß als irgend Jemand sonst ausübte. Als im November Custine, getreu der früheren Taktik der französischen Feldherren, sich Preußen zu nähern, durch den Landgrafen von Hessen-Homburg seine Bereitwilligkeit zum Frieden kundgab, meinte der Oberst, man solle dies nicht von der Hand weisen, wenn es vielleicht zunächst auch nur eine Kriegslist sei.**) „Uebrigens wünsche ich sehnlich, fügt er hinzu, daß dieser in so vielem Betracht uns schwer fortzusetzende und viel-

*) Schon am 3. Oct. schrieb Lucchesini nach Berlin: J'ai supplié le Roi, de permettre que les ministres autrichiens s'expliquent les premiers sur leur façon de penser sur l'état actuel des choses et sur le parti à prendre après l'abolition de la royauté en France, pour finir la guerre le plutôt possible. Je sens combien il est important, que nous n'allions pas en avant en tout ceci, et je mettrai tous mes soins à l'empêcher.

**) Schreiben an Rüchel, d. d. Koblenz 23. Nov. 1792.

leicht selbst von mancher Seite nachtheilige Krieg bald geendet werden möge; ich bin auch überzeugt, daß unser Ministerium ebenso wie ich denkt; was also immer zum Frieden beitragen kann, das werde ich sicherlich nicht verabsäumen." Zu dieser Ansicht der Dinge trug aber nichts so entscheidend bei, wie die gleichzeitige Wendung in Polen. Dort war die seit lange schwebende Verhandlung über die preußische Entschädigung jetzt eben dem Abschluß nahe; kam es dort zur Theilung, so gab es gewiß in Preußen keinen Feldherrn und keinen Staatsmann, der nicht die Vergrößerung Preußens an der östlichen Grenze für wichtiger gehalten hätte, als die möglichen Eroberungen auf Kosten Frankreichs. Dann war aber auch die ganze preußische Staatskunst und vielleicht ein Theil der Heeresmacht dort in Anspruch genommen, um russischer Schlauheit und Gewaltthat mit Erfolg das Gleichgewicht zu halten. Allerdings war diese Aussicht auf die längst ersehnte Arrondirung an der Weichsel eines der wesentlichen Mittel, die preußische Politik fester mit den Interessen der Coalition gegen Frankreich zu verknüpfen; aber in dem Maße, als sich dort die Entscheidung verzögerte, wuchs auch die Abneigung gegen die Fortdauer des Krieges im Westen.

Jetzt, in den letzten Wochen des Jahres 1792, tritt diese Spaltung der Interessen noch nicht so offen zu Tage; vielmehr drängte Friedrich Wilhelm II. lebhafter als alle anderen auf eine rüstige Gegenwehr gegen das Vordringen der Franzosen. Nachdem die Truppen die nöthige Ruhe genossen, traf man die Anstalten, sie von Koblenz gegen die Lahn hin in Bewegung zu setzen. Vor Allem sollten die Franzosen vom rechten Rheinufer verjagt und dann die Belagerung von Mainz vorbereitet werden; die Preußen zogen die Lahn herauf, setzten sich mit den hessischen Truppen bei Marburg, mit den Darmstädtern bei Gießen in Verbindung, und rückten, ohne daß außer kleineren Gefechten etwas Bedeutendes geschah, in den letzten Tagen des Novembers gegen den Main hin vor. Custine stand damals bei Höchst, Houchard bei Oberursel. Frankfurt war von vier Bataillonen unter van Helden besetzt. Frankfurt war kein fester Platz, vielmehr befanden sich die alten Wälle in ziemlich verfallenem Zustande, die Wallgräben waren leicht zu passiren und die zahlreichen Thore der Stadt waren von einer kleinen Besatzung schwer zu vertheidigen. Gleichwohl galt, wie es scheint, nach der methodischen Kriegführung jener Zeit, ein rascher Sturmangriff auf die Stadt wie eine Verwegenheit, und es scheint nicht zweifelhaft, daß der Herzog von Braunschweig nur mit Widerstreben dazu seine Einwilligung gab. Zur Leitung des Sturmes war Major Rüchel ausersehen, einer von den Zöglingen Friedrichs des Großen aus der letzten Zeit und ein Officier von Talent und Raschheit, dem, wie es scheint, später nur der Lenker und Meister seiner Jugend fehlte, um die Auszeichnung, deren ihn der große König gewürdigt, völlig zu rechtfertigen. Diesem entschlossenen, feurigen Führer war das kleine aber tapfere Contingent des Kasseler Landgrafen anvertraut, eine Truppe, die wie sie un-

ter allen kleinstaatlichen Armeen jener Zeit fast die einzige war, die kriegerischen Geist, Uebung und militärische Traditionen besaß, so auch, selbst nach der Versicherung preußischer Officiere, in dem unglücklichen Champagne-Feldzuge es allen anderen Truppen an Kriegstüchtigkeit und unverdrossener Ausdauer zuvorgethan hatte. Sie waren, wie wir uns erinnern, in Märschen, die damals für ungewöhnlich schnell galten, nach Koblenz zurückgekehrt und gaben dort dem bedrohten und flüchtigen Trierer Kurstaat Leben und Athem wieder; jetzt wurden sie dazu bestimmt, Frankfurt zu erstürmen.

Der Sturm war auf den 2. Dec. festgesetzt. Während preußische Colonnen, in Verbindung mit dem darmstädtischen Contingent, am Taunus von Oberursel und Homburg bis gegen Vilbel hin aufgestellt, die Bewegungen der Franzosen beobachteten, sollten die Hessen, durch darmstädter Chevauxlegers und preußische leichte Reiterei verstärkt, am Morgen die Stadt angreifen, und ein zweites preußisches Corps, bei welchem sich der König und der Herzog selbst befanden, theils den Angriff unterstützen, theils gegen Höchst hin Custine im Schach halten. Die hessische Sturmcolonne sollte zugleich an vier Stellen, am Allerheiligen- und am Friedbergerthor, von Sachsenhausen und zu Schiffe von der Mainseite her den Angriff beginnen; doch entspann sich der Kampf nur an den beiden Thoren der Stadt, da von der Mainseite nicht beizukommen war und die Colonne, die für Sachsenhausen bestimmt war, die Dinge schon entschieden fand. Der Angriff auf die beiden Thore ward mit der Lebhaftigkeit und Energie, die man an den Hessen gewohnt war, unternommen; der Verlust an Leuten war nicht unbedeutend, aber man kam rasch zum Ziele. Die Bevölkerung in der Stadt ward unruhig, als man einige Bomben hineinsandte; sie drängte in der Verwirrung des verhaßten Feindes an die Thore und ließ die Zugbrücken herunter. Rasch warfen sich die stürmenden Hessen in die Stadt hinein, indeß gleichzeitig das preußische Corps, unter dem König selbst, bereits gegen Bockenheim vorgerückt war und jede Unterstützung des Feindes von dieser Seite abwehrte. *) Der Kampf, so kurz er gedauert, war doch nicht unblutig gewesen; die Hessen zählten über dreißig Todte, darunter mehrere Officiere, und 130 Verwundete. Die Franzosen hatten ungefähr 70 Todte und Verwundete, aber der größte Theil der feindlichen Besatzung, gegen 1500 Mann, mit dem Commandanten und vielen Officieren waren gefangen. Mehr als diese Trophäen

*) Der Antheil, den die Bürgerschaft an dem Kampfe nahm, gab nachher den Franzosen Gelegenheit, das Mährchen zu ersinnen, als hätten die guten Frankfurter mit der Besatzung eine Art sicilianischer Vesper aufgeführt. Das Aeußerste der Art, ein rechtes Musterstück schwülstiger jakobinischer Lüge, leistete eine Darstellung, die Stamm, Custine's Adjutant, in die Mainzer Zeitung einrücken ließ; die Frankfurter ließen dagegen eine Erklärung erscheinen, die den abgeschmackten Vorwurf tückischen Meuchelmords nach dem Zeugniß der französischen Officiere selbst zur Genüge widerlegte.

des Tages, mehr selbst als die Befreiung der wohlhäbigen und wichtigen Handelsstadt war der Sieg selber werth; er war, wie ein Zeitgenosse sagt, die einzige kräftige Waffenthat im ganzen Feldzuge, und nachdem die methodische Langsamkeit die besten Gelegenheiten versäumt und das kriegerische Selbstvertrauen herabgestimmt, machte es einen sehr erfrischenden Eindruck, wieder einmal zu sehen, wie die alte soldatische Keckheit und der zugreifende unverdrossene Muth früherer Tage über die Methode den Sieg davon trug.

Custine sah sich nun genöthigt, seine Truppen zwischen Hochheim und Wiesbaden zu vereinigen und an Mainz anzulehnen; er hatte auf dem rechten Rheinufer keinen festen Punkt mehr, als die kleine Festung Königstein, die jetzt von den Preußen blokirt und im März 1793 zur Uebergabe genöthigt ward, und den Brückenkopf von Mainz, Castel, dessen Befestigung so ziemlich die einzige militärische Vorsorge von Bedeutung war, zu welcher sich Custine während seiner revolutionären Raubzüge Zeit genommen hatte. Seit Mitte December war er auf Castel zurückgeschoben, in der Nacht vom 13. auf den 14. war der Rest seiner Leute, die er noch in Hochheim gelassen, hinausgedrängt worden, und es begann nun, als erster Schritt zur Belagerung von Mainz, die engere Einschließung von Castel. In den letzten Wochen des Jahres standen die deutschen Truppen vom Rheingau, an den Taunus angelehnt, bis gegen Hochheim und Frankfurt in einem Bogen um Castel vereinigt, und trafen die Vorbereitungen, um das im October so schmachvoll verscherzte Mainz den Franzosen wieder abzunehmen.

Fünfter Abschnitt.

Der Kampf um Mainz und Belgien (bis Juli 1793).

In den Tagen, wo die Franzosen vom rechten Rheinufer verdrängt wurden und man die Belagerung von Mainz vorbereitete, war zwischen Preußen und Oesterreich die noch schwebende Entschädigungsfrage vorläufig erledigt worden.

Wir erinnern uns, noch auf dem Rückzug aus der Champagne hatte Preußen in der Note von Merle seinen Gesichtspunkt unumwunden dargelegt; es verlangte die alsbaldige Besitzergreifung der polnischen Gebiete, war aber im Uebrigen bereit, auch zu einer Vergrößerung oder Abrundung Oesterreichs mitzuwirken. Als Spielmann mit dieser Erklärung nach Wien kam, regten sich dort die lebhaftesten Bedenken. An sich war eine namhafte Vergrößerung Preußens den Oesterreichern natürlich nicht erwünscht; galt doch selbst das Lieblingsproject, der bairische Ländertausch, wie die früheren Begehren zeigten, dafür keineswegs als volles Aequivalent. Nun stand aber die Erfüllung dieses Wunsches immer nur erst in einer noch ungewissen Aussicht, indeß Preußen verlangte, ungesäumt den Besitz seiner Entschädigungen anzutreten. *)

Während Oesterreich sich besann, fuhr Rußland fort, klug zu zögern. Sein Verhältniß zu Preußen hörte nicht auf, freundschaftlich zu sein, aber es war doch auch nicht vertraulich; die russischen Staatsmänner zeigten sich schweigsam und ausweichend, sobald man auf den Inhalt der Frage ernstlich eingehen wollte. Aus Allem sprach nur die positive Erklärung Rußlands heraus: daß es bei einer neuen Theilung Polens Oesterreich nicht zugezogen wünschte. Ich hätte nichts dagegen, schrieb darum am 10. Nov. der König, daß auch Oesterreich sich in Polen vergrößerte; da aber Rußland das nicht will, so bleibt es bei dem bairischen Tausche.

So befand sich Preußen in einer unbehaglichen Schwebe; der neue Feldzug stand bevor und noch hatte es weder von Oesterreich noch von Rußland

*) Das Folgende nach den Acten des geh. Staatsarchivs.

28*

irgend einen bestimmten Bescheid über die Bedingung, von welcher es seine Theilnahme an dem Kriege abhängig machte. Denn das galt im preußischen Lager als ganz ausgemacht, daß man von dem Standpunkt der Note von Merle nicht abweichen werde. Haugwitz wie Lucchesini rühmen sich in ihren vertraulichen Aeußerungen, sie hätten den König fest gemacht in dem Entschlusse, keinen Mann marschiren zu lassen, ehe die polnische Forderung erfüllt war; auch schrieb der König selbst (12. Nov.) an Haugwitz: in Wien muß man sicher sein, daß es dabei sein Bewenden hat. Aber man war über Rußland fast mehr in Sorge als über Oesterreich; ob dasselbe nicht plötzlich zurückziehen werde, wenn es die nun erweiterte preußische Forderung vernahm, dagegen fühlte sich Preußen noch keineswegs sicher. Bei der Haltung Oesterreichs entstand daraus naturgemäß eine gewisse Abhängigkeit von Rußland. Schrieb doch damals das preußische Ministerium selber (22. Nov.): wir liegen ganz in der Hand der Czarin; wie es auch ausfallen möge, ganz gewiß wird diese Sache der preußischen Monarchie noch vielfache Verlegenheit bereiten.

Ungeachtet der wiederholt gegebenen kategorischen Erklärung, daß ohne sofortige Besitzergreifung der polnischen Landestheile eine weitere Theilnahme Preußens am Kriege nicht zu erwarten sei, verharrte doch der Wiener Hof in seinem ablehnenden Schweigen. Bald trug sich derselbe mit dem Gedanken einer polnischen Entschädigung, bald schlug Spielmann vor, bei der bekannten politischen Haltung des Kurfürsten von Pfalzbaiern kurzen Proceß zu machen, 40,000 Mann in Baiern einmarschiren zu lassen und den Tausch gewaltsam zu vollziehen; aber eine bestimmte Erklärung über die Note von Merle kam nicht. So wartete Preußen auf Rußland wie auf Oesterreich; beides mit Ungeduld und beides erfolglos. Seit Ende November hatte Goltz Vollmacht, den Vertrag zu schließen, die Truppen waren marschfertig, Alles zur Besetzung bereit, sobald Katharina das entscheidende Wort sprach; aber je dringender Preußen die Sache betrieb, desto kühler ward Rußland, desto unerschöpflicher war Ostermann in immer neuen Ausflüchten. Während gerade er es gewesen, der früher in der polnischen Sache die Preußen gedrängt, hieß es jetzt, die Kaiserin liebe es nicht, sich zu übereilen; während die russischen Aeußerungen vorher nur Feindseligkeit gegen Polen athmeten, meinte Ostermann jetzt: es sei schwer für Rußland, die Verheißungen, die es Polen früher gemacht, zuerst zu brechen! Wenn der preußische Gesandte auf eine Entscheidung trieb, so sagte der Russe: ehe man die Antwort von Wien kenne, ließe sich nichts thun; und wenn Goltz den Einmarsch in Polen als nothwendig bezeichnete, meinte Ostermann: „Ist das so eilig? Welchen Vorwand soll man denn nehmen, was soll die Kaiserin auf die Klagen der Polen antworten? Und was wird England dazu sagen?"*) Der König ward

*) Aus den Depeschen von Goltz vom 26. Okt., 13., 16., 23. November und 5. December.

unmuthig: wenn diese Tergiversationen nicht aufhören, erklärte er am 1. Dec., so werde ich aus dem französischen Kriege zurücktreten; an Alopeus ließ er gleichzeitig noch einmal die bestimmteste Erklärung geben, daß die Lösung der Entschädigungsfrage die absolute und unerläßliche Bedingung sei für jede fernere Mitwirkung zum Kriege.

In Wien rückte aber die Sache nicht von der Stelle. Schien es zu Anfang December einen Augenblick, als werde der Bescheid Oesterreichs in erwünschter Weise folgen, so hörte man gleich nachher wieder, daß der Kaiser entweder die augenblickliche Vollziehung des bairischen Tausches oder, wenn das nicht thunlich sei, ein Stück Polen als einstweilige Entschädigung begehre. Der bairische Tausch war allerdings jetzt schwerer als vorher in's Werk zu setzen, da eben noch durch die Räumung Belgiens das Entschädigungsobject verloren gegangen war; das führte denn von selber zu dem Begehren Oesterreichs, in Polen Ersatz zu finden — einem Begehren, das freilich nach den Erklärungen der russischen Politik kaum irgend eine Aussicht der Erfüllung bot.

So waren die letzten Wochen des Jahres herangekommen und über Preußens Theilnahme am Kriege immer noch nichts entschieden, als endlich von Petersburg aus den Dingen ein rascherer Impuls gegeben ward. Am 16. December meldete Goltz, die Czarin sei jetzt einverstanden mit dem Einmarsch in Polen und mit der von Preußen begehrten Grenze; aber freilich habe Ostermann ihm auch eine Landkarte vorgelegt, worauf die enormen Forderungen Rußlands verzeichnet waren.*) Als Goltz seine Ueberraschung über die Größe der Forderung nicht verhehlte, bemerkte Ostermann: der innere Werth der beiden Erwerbungen sei gleich und die Czarin erwarte eine runde Zustimmung. Der Einmarsch müsse gleich erfolgen, das Einzelne durch eine geheime Uebereinkunft geregelt werden. Bei dem bedenklichen Verhältniß zu Schweden und der Pforte, der Besorgniß vor britischer Einmischung und dem Zögern Oesterreichs, sei nichts Anderes zu thun, als eine rasche Erledigung der Sache. Es ward dem preußischen Gesandten ganz klar, daß Katharina nur mit den polnischen Dingen beschäftigt sei und daß sie auch dem Kriege im Westen nur eben soweit ihre Theilnahme zuwende, als er mit den polnischen Dingen zusammenhing. Indessen er konnte es doch nicht verwinden, daß der Preis, den Rußland forderte, so gar groß sei und er kam nochmals darauf zurück, aber wie er sich bald überzeugte, ohne alle Aussicht auf Erfolg.

In Berlin war die Freude über den endlich erfolgten Ausspruch größer,

---

*) „qu'elle consentait pleinement à l'acquisition d'après la ligne de demarcation tracée de Czenstochau par Rava à Soldau y compris Danzig et Thorn, il me présenta la ci-jointe carte ou la ligne tirée de Semigalle jusqu' à la Gallizie annonce ses enormes prétensions."

als die Sorge über Rußlands Ansprüche;*) der König, hieß es, fühle keine Eifersucht über den russischen Antheil, und die Entscheidung Rußlands habe nicht gelegener kommen können. In Wien erhoben sich eben neue Schwierigkeiten: man kam wieder bestimmter auf die Forderung eines polnischen Gebiets zurück und wollte Preußen nur eine eventuelle Besitzergreifung zugestehen. So faßte sich denn die Stimmung des preußischen Cabinets in die Worte zusammen, die ein ministerielles Actenstück vom 27. Dec. aussprach: Es ist freilich Grund da, zu erschrecken über die Forderungen Rußlands, aber dagegen opponiren, das hieße in diesem Augenblicke Alles verderben.

In dem Moment, wo man so nicht ohne Bedenken, aber doch kurz besonnen die ausgestreckte Hand Rußlands ergriff, schien denn auch in Wien die Sache ins Reine zu kommen. Wenige Tage nach der Meldung aus Petersburg kam eine Depesche von Haugwitz, die im Tone höchster Befriedigung den glücklichen Abschluß meldete. „Es ist mir gelungen, schrieb er, endlich alle Hindernisse zu besiegen; ich habe vom kaiserlichen Ministerium die förmliche Versicherung erhalten, daß der Kaiser bei Rußland sich für eine sofortige Besitznahme der preußischen Entschädigung verwenden wird, ohne daran eine andere Bedingung zu knüpfen als den Wunsch, daß Preußen und Rußland ihre Zustimmung zu dem bairischen Tausch verbürgten.**) Der Courier nach Petersburg wird unverweilt abgehen.“

Die Vorgänge, unter denen endlich diese Einwilligung erlangt ward, machten nicht den Eindruck, daß nun alle Schwierigkeiten beseitigt seien. Und war denn diese Einwilligung selbst so klar und unzweideutig, daß nicht etwa neue Bedenken erwachen konnten? Die ganze Erklärung war ja nur mündlich gegeben und stimmte nicht völlig zu den Eröffnungen, die Cobenzl in Petersburg machte. Da war zwar von einer momentanen Theilnahme Oesterreichs an dem Einmarsch und der Theilung in Polen nicht mehr die Rede, aber für den möglichen Fall, daß der bairische Tausch nicht gelinge, ward doch ausdrücklich auf einen Ersatz in Polen hingewiesen. Nur auf die interimistische Besitzergreifung ward also verzichtet, nicht aber auf die polnischen Ansprüche überhaupt. Auch weckte der zweideutige Ausdruck, die Garantie einer Zustimmung zum bairischen Tausch, einigen Verdacht; Preußen hatte immer erklärt, zwar seine guten Dienste dafür anwenden zu wollen, aber niemals Zwang. Der Ausdruck, hieß es darum damals, ist harmlos genug; aber vielleicht denkt man in Wien doch daran, nicht nur Verwendung, sondern thatsächlichen Beistand zu fordern.

So war die Sorge fast größer als die Befriedigung; aber man beru-

*) Je n'ai pas besoin de vous dire jusqu' à quel point j'ai bien d'être charmé de son contenu satisfaisant, hieß es in der Note vom 26. Dec.

**) „que l'Imperatrice veuille conjointement avec V. M. garantir son consentement à l'échange de la Bavière.“

higte sich durch die Zustimmung Rußlands. Die günstige Wendung in Petersburg, hieß es,*) entscheidet Alles.

Der Krieg von 1793 begann also unter ganz anderen Auspicien, als der frühere Feldzug. Der Gedanke einer monarchischen Kreuzfahrt gegen die Revolution, um die Wiederherstellung des Thrones oder selbst nur die persönliche Rettung des Königs, war völlig in den Hintergrund getreten; es handelte sich um die Erreichung von Zielen eines so nackten Egoismus, wie sie jemals eine Eroberungspolitik sich vorgesteckt hat. Nur darüber hatten sich die alten Rivalen und Gegner, Oesterreich und Preußen, jetzt verständigt, nicht mehr über den Kampf gegen die revolutionäre Democratie. Ob diese Verständigung dauern würde, war vorerst nichts weniger als gewiß; wie nahe lag die Möglichkeit, daß die Selbstsucht und der Argwohn das von der Selbstsucht geschlossene Bündniß zerreißen und der alte Gegensatz dann in erhöhter Schärfe und Bitterkeit hervorbrechen würde! Aber auch wenn sie einig blieben, der Kampf, wie er 1792 begonnen und angekündigt worden, war doch bereits in einen ganz andern umgewandelt. Die europäische Solidarität für die alte Ordnung und das alte Recht, die man damals proclamirt, war durch den egoistischen Calcul aller Einzelnen verdrängt; statt die Revolution und ihre Werke im Interesse gemeinsamer Sicherheit zu bekämpfen, rüstete man sich zu gleichen Thaten. Und gerade in einem Moment, wo die Revolution vielleicht erst anfing ihre ganze dämonische Macht zu entfalten, theilte man seine Kräfte auf zwei verschiedene Kriegsschauplätze, um wahrscheinlich an keiner der beiden Stellen Lorbeeren zu erringen, vielleicht aber im Westen Frankreich, im Osten Rußland den Weg zu bahnen zu einer leitenden Rolle in Europa.

Im Hauptquartier zu Frankfurt erwartete man indessen einen militärischen Abgesandten aus Wien, um den Plan des künftigen Feldzuges festzustellen. Vorerst galt als ausgemacht, daß Oesterreich den Hauptangriff führen, Preußen als Hülfsmacht die Deckung des Reiches übernehmen und den österreichischen Angriff wirksam unterstützen solle. Der Herzog von Braunschweig, aufgefordert, seine Meinung abzugeben, hatte in den letzten Tagen des Jahres 1792 geäußert: er halte eine Unternehmung auf die Niederlande immer noch für den leichtesten Angriffspunkt; Clerfayt solle nach erhaltener Verstärkung gegen Lüttich, Hohenlohe-Kirchberg durch das Luxemburgische gegen Namur vorgehen. Wir würden dann — fügte er hinzu — ganz oder zum Theil über den Hundsrück ins Triersche zu agiren haben, um die österreichischen Operationen zu unterstützen; die Hessendarmstädter und das Corps

*) Depeschen vom 29. und 31. Dec. 1792.

von Colloredo würden theils Mainz beobachten, theils das Reich decken und nach Umständen dem Feinde Abbruch thun.*)

In den nächsten Tagen (30. Dec.) trat der Herzog mit Manstein und dem österreichischen Feldmarschalllieutenant, Graf von Wartensleben in Frankfurt zusammen, um vorläufig die Hauptpunkte des Kriegsplanes festzustellen.**) In diesen Verabredungen trat noch deutlicher heraus, wie sich der Herzog die Ausführung seines oben angedeuteten Planes dachte. Da die Wiedereroberung der Niederlande als der erste und wichtigste Gegenstand angesehen ward, sollte sich eine kaiserliche Armee von 70—75,000 Mann am Niederrhein versammeln, durch ein combinirtes Corps aus preußischen, hannoverschen und kurcölnischen Truppen verstärkt werden und den Angriff auf Belgien übernehmen; Beaulieu mit etwa achtzehn Bataillonen sollte sich bei Trier concentriren und die Communicationen der Mosel festhalten, Ehrenbreitstein ward von dem Trierschen Contingent besetzt. Ein drittes österreichisches Corps unter Wallis, dessen Verstärkung erwartet wurde und dem sich die Contingente der fränkischen, schwäbischen und oberrheinischen Kreise anschließen sollten, hätte dann die Aufgabe gehabt, den Oberrhein von Heidelberg an bis in den Breisgau zu decken, den Feind im Oberelsaß im Schach zu halten, unter Umständen gegen eine und die andere Festung etwas zu unternehmen, oder auch die Operationen des preußischen Armeecorps zu unterstützen. Dieses preußische Armeecorps selbst, dem die Contingente von Kursachsen und von beiden Hessen sich anzuschließen hatten, war endlich dazu bestimmt, durch den Uebergang über den Rhein oberhalb oder unterhalb Mainz diese Stadt vom Elsaß abzuschneiden, ungefähr 14,000 Mann dort zurückzulassen und mit einer Masse von 55,000 Kämpfern angriffsweise vorzugehen. Es sollten dann Stellungen gegen das Unterelsaß und die Saar genommen werden, „wobei sich dann zeigen würde, wie weit es möglich wäre, eine oder die andere feindliche Armee anzugreifen um nach dem glücklichen Erfolge einer Schlacht eine oder die andere Belagerung vornehmen zu können."

In einem spätern Gutachten***) führt der Herzog diesen Plan, die Hauptoffensive gegen die Niederlande zu richten und davon die andern Bewegungen abhängig zu machen, noch genauer aus. Sämmtliche Armeen, so ist sein Rath, sollten zugleich ins Feld rücken, um die Aufmerksamkeit und Macht des Feindes zu theilen, und wegen des Ueberganges über die Maas und den

*) Aus einem Schreiben des Herzogs d. d. 24. Dec. 1792.

**) Aus dem handschriftl. Protokoll der Conferenz. Ueber die späteren Verabredungen vom Februar hat bereits Wagner, „der Feldzug der k. preuß. Armee am Rhein im Jahre 1793. Berlin 1831," das Bedeutendste aus den Protokollen mitgetheilt.

***) d. d. 30. Jan. 1793.

Rhein eine gemeinsame und gleichzeitige Verabredung treffen. War der Rhein überschritten, so sollte Mainz zunächst nur blokirt und die Belagerung erst dann unternommen werden, wenn ein glücklicher Vorgang dazu den Weg gebahnt und die kaiserliche Armee in den Niederlanden Erfolge erfochten habe. Denn das Gelingen einer Belagerung am Oberrhein hänge besonders von der völlig sichern Verbindung mit den unteren Gegenden ab, „ohne welche jene Unternehmungen nur als eine unverantwortliche Unvorsichtigkeit" zu betrachten wären.

Es ist in diesen Aeußerungen des Herzogs sein ursprünglicher Plan enthalten, dessen leitende Gedanken auch auf den spätern Verlauf des Feldzuges nicht ohne Wirkung geblieben sind; allein es gelang ihm nicht, diesen Entwurf, so wie er war, unverändert zur Annahme zu bringen. Wenige Tage nach dem angeführten Gutachten war der neuernannte Oberfeldherr der kaiserlichen Armee in den Niederlanden, Prinz Friedrich Josias von Coburg, in Frankfurt angelangt, und es fanden nun (6. bis 14. Februar) neue Conferenzen statt, denen, außer dem Herzog und den Obersten Manstein und Grawert, diesmal der König selbst, der Prinz mit seinen Adjutanten, den Obersten Mack und Fischer, und der Feldmarschalllieutenant Wartensleben beiwohnten. Hier wurden denn die Entwürfe des Herzogs nicht unwesentlich modificirt. Man kam dahin überein, daß vor Allem der Feind vom rechten Ufer der Maas zu vertreiben und Mastricht zu entsetzen sei; das combinirte Armeecorps am Niederrhein, welches der Prinz Friedrich von Braunschweig, der Bruder des Herzogs, commandirte, sollte dazu mitwirken. Mit den weitern Unternehmungen gegen die Niederlande sollte aber — und hierin war der ursprüngliche Plan des Herzogs verlassen — gewartet werden, bis Mainz wiedererobert sei; denn es scheine bedenklich, so lange diese Festung in Feindes Hand sei, die Maas zu überschreiten. Einmal glaubte man zur Verpflegung der Armee der ungehinderten Verbindung auf dem Rheine zu bedürfen; dann hatte man die Besorgniß vor Augen, es könne der Feind, durch Zuzug aus den Niederlanden verstärkt, sich auf die um Mainz und am linken Rheinufer aufgestellte Armee werfen und ihr mit überlegenen Kräften eine Schlacht liefern, deren Verlust durch die Schwierigkeit des Rückzuges höchst bedenklich werden müsse. Drum zog man es vor, sobald die Maas frei sei, mit aller Energie die Operationen am Mittelrhein aufzunehmen; es sollten zu diesem Zwecke auch noch 15—20,000 Mann von der kaiserlichen Armee dahin abgegeben werden, um die Operationen der Preußen zu unterstützen. War dann Mainz gefallen, so erschien es am räthlichsten, mit ganzer Macht die Maas zu passiren und die Eroberung der Niederlande dadurch zu bewirken, daß man zugleich auf Landau, Saarlouis und Thionville losgehe und ein Armeecorps gegen den Feind in den Niederlanden aufstelle — eine Operation, die wegen der zwischen allen einzelnen Heeren bestehenden Verbindung als die sicherste und zur Erreichung eines ehrenvollen Friedens als

die zweckmäßigste erschien. Doch war dabei vorausgesetzt, daß man der Unterstützung Hollands versichert war.

Zur Ausführung dieser Entwürfe rechnete man im Ganzen auf eine Truppenmacht von ungefähr 216,000 Mann*), eine Zahl, die allerdings ein Jahr früher wahrscheinlich hingereicht hätte, die Invasion in Frankreich und die Herstellung der Monarchie durchzusetzen. Ob sie jetzt vollkommen zureichte, war schon zweifelhaft. Man hoffte mit 66,000 Mann die Maas zu befreien, mit 33,000 Mann die wichtige Verbindungslinie von Koblenz über Trier und Luxemburg zu decken, mit einem Corps von 30—40,000 Mann sollte Mainz belagert und mit einem Heere von 50,000 Mann sowohl diese Belagerung gedeckt als der Angriff des Feindes von Landau und vom Elsaß her abgeschlagen werden. Es fällt in die Augen und ist auch in jenen Conferenzen zur Sprache gekommen, daß, wenn auf diese Weise 180—190,000 Mann vollständig beschäftigt waren, eine nur verhältnißmäßig geringe Macht zur Deckung des ganzen Oberrheins übrig blieb. Denn selbst, wenn jene kleinen Contingente, die für jetzt nur auf dem Papiere standen, in der That mobil wurden, so blieben nicht einmal 20,000 Mann übrig, um die Strecke von Mannheim bis an die Schweizergrenze zu besetzen. Man half sich, als der König von Preußen dies Bedenken anregte, auf eine eigenthümliche Weise; das Corps, das sich ungefähr in der Stärke von 29,000 M. Kaiserlichen und 4000 M. schwäbischer Kreistruppen in der Pfalz unter General Wurmser sammelte, und dessen eine Aufgabe die Unterstützung der preußischen Operationen war, wurde zugleich als ausreichend zur Deckung des Oberrheins bezeichnet. Damit war denn wieder die Stärke der preußischen Operationen um Mainz und auf dem linken Rheinufer verringert**) und die linke Flanke dieser Armeen einer feindlichen Diversion blosgestellt.

---

*) Diese Zahl war so vertheilt, daß 1) am Niederrhein 54,843 Oesterreicher und 11,400 Preußen und Hannoveraner unter Prinz Friedrich von Braunschweig, 2) zwischen der Mosel und Maas 33,441 Mann und 3) am Oberrhein 99,091 M. (56,618 Preußen, 23,973 Oesterreicher, 6000 Hessen, 5500 Sachsen, 3000 Darmstädter und 4000 schwäbische Kreistruppen) operiren sollten. Da dies zusammen erst 198,775 M. ausmachte, so hoffte man doch an Contingenten der kleineren Fürsten etwa 17,200 M. in Sold zu nehmen und dadurch den Stand von nahezu 216,000 M. zu erreichen.

**) Nach diesem Calcül blieben nämlich nur die 56,618 Mann Preußen und 14,500 Sachsen, Hessen und Darmstädter, also im Ganzen 71,118 Mann; es waren aber zur Belagerung von Mainz mindestens 33,000 M. als nothwendig angenommen und 50,000 zur Deckung und Besetzung des linken Rheinufers berechnet. Drum heißt es auch in dem Protokoll vom 14. Febr.: „Jedoch erhelle aus dem ganzen Calcül, daß das auf dem linken Flügel der kön. pr. Armee unumgänglich erforderliche Corps von 18,000 Mann auf dem completten Stande gänzlich abgängig sein würde.“

Es wäre, um diese Lücke auszufüllen, als der natürlichste Weg erschienen, während die Oesterreicher und die Kreistruppen den Oberrhein schützten, noch ein Corps von 18—20,000 Mann bei Mannheim aufzustellen, das die linke Flanke der preußischen Operationen gedeckt und im günstigen Falle deren weiteren Fortgang auf dem jenseitigen Rheinufer wirksam unterstützt hätte. Man wählte aber einen andern Ausweg, der für den Gang des Feldzuges verhängnißvoll geworden ist. Das Corps der Oesterreicher und Kreistruppen unter Wurmser sollte die doppelte Aufgabe lösen: den Oberrhein von Mannheim bis an die Schweizergrenze zu decken und zugleich mit einem Theil dieses Corps die Operationen der Preußen zwischen Mainz und Landau zu unterstützen. Es leuchtet ein, daß bei dieser combinirten Aufgabe eines dem anderen schaden mußte; ließ sich Wurmser tiefer in die Operationen der Preußen verflechten, so schien die Deckung des Oberrheins gefährdet: wandte er seine Stärke nach dieser Seite, so fehlte den Preußen die Unterstützung zur Linken, die sie selber in den Conferenzen als unumgänglich bezeichnet hatten. Diese Doppelseitigkeit des militärischen Zieles mußte aber naturgemäß auch auf die Stellung des Feldherrn, dem dies Corps übergeben war, zurückwirken; er hatte einerseits die Aufgabe, unter Leitung der Preußen mitzuwirken, und andererseits sollte er als eigener Anführer selbständige Aufgaben lösen; diese unvereinbare Combination zweier Stellungen ist auch in der Instruction Wurmsers unversöhnt ausgesprochen. Wurmser soll, sobald es das Vorrücken der preußischen Truppen jenseits des Rheins erlauben wird, diesen Fluß passiren und in Verbindung mit der preußischen Armee operiren. „Ohne im eigentlichen Verstand — heißt es dann wörtlich — zur königlich preußischen Armee angewiesen zu sein, hat Graf Wurmser dennoch in allen Stücken sich nach der Direction und Disposition, welche Se. Maj. der König oder der unter Höchstdemselben commandirende Herr Herzog von Braunschweig Durchl. mit diesem Corps Truppen zu veranlassen, für gut und nothwendig befinden werde, zu benehmen. Nur in dem Fall, wenn eine feindliche Uebermacht den Oberrhein bedrohen, oder wirklich übersetzen sollte, wäre von dem operirenden Corps ein kleinerer oder größerer Theil, wie es nothwendig sein könnte, zu detachiren und wohl auch das ganze Corps über den Rhein zurückzuziehen, wenn eine gar große oder augenscheinliche Gefahr solches erfordern sollte."

Es lag in dieser Anordnung ein Widerspruch, den nur eine sehr geschickte und geschmeidige Hand ohne Nachtheile zu lösen vermochte; gerade die Persönlichkeit Wurmsers ließ aber eher eine schärfere Betonung als eine Milderung des Zwiespaltes erwarten. Als er anfangs, wie es die Natur der Sache mit sich brachte, dem preußischen Commando unterstellt werden sollte, weigerte er sich geradezu, und in Wien war sein Einfluß größer als der des Prinzen von Coburg. So war denn jenes Zwitterverhältniß geschaffen, in welchem er, wie wir sehen werden, die Unabhängigkeit seiner Stellung noch

über die Grenzen jener Instruction hinaus erweiterte; ohne daß der Nothfall, das rechte Rheinufer zu decken, eintrat, benahm er sich doch wie der Führer einer selbständig operirenden Armee. Freilich litt der ganze Operationsplan des künftigen Feldzuges an dem Uebel eines vielfach getheilten und unzusammenhängenden Commandos; denn nicht nur die Armee in den Niederlanden und die bei Mainz waren, statt unter einer höheren gemeinsamen Leitung, zwei getrennten, gleichgestellten Feldherren unterworfen, sondern das combinirte Corps unter Friedrich von Braunschweig hatte wieder, gegenüber dem Prinzen von Coburg, ein ähnliches Verhältniß halber Selbständigkeit anzusprechen, wie der österreichische Feldherr gegenüber dem Herzog, und es schien eine Zeitlang, als sollte auch der Prinz Coburg an ihm seinen Wurmser finden; indessen ist doch nichts von so entscheidender Wirkung für den Feldzug gewesen, wie die Doppelstellung Wurmsers.

Eine solche Verlegenheit hätte freilich nimmer entstehen können, wenn die Reichs- und die Wehrverfassung Deutschlands noch eine innere Lebenskraft gehabt hätte. Was wollten denn die 20,000 Mann heißen, deren man bei Mannheim jetzt bedurfte? War nicht, um vom Reiche zu schweigen, schon der eine Kurfürst von Pfalzbaiern, auf dessen Gebiete der Kampf jetzt vorbereitet ward, mächtig genug, jene Zahl aufzubringen? War jene Schaar mittlerer und kleiner Herren, die in den Jahren 1791 und 1792 auf dem Reichstage so trotzige Reden geführt, nicht wenigstens, wenn man ihre territoriale Macht summirte, im Stande, eine Heereskraft von 20,000 Mann aufzustellen, oder die Mittel dazu an die Hand zu geben? Aber so tief war das Regiment in diesen Gebieten verfallen, Geldmittel und Heereskräfte so gründlich verwahrlost, oder, wo die Schwäche nicht die Schuld trug, Verrath und Treulosigkeit dem Reichsfeind ein so wirksamer Verbündeter, daß auch diese bescheidene Erwartung nicht zu erfüllen war.

Es liegt uns ein Schreiben vor*), welches der preußische Oberst Rüchel im Januar 1793 an die pfälzische Regierung in Mannheim richtete; daraus ist das ganze Elend dieser Reichszustände charakteristisch zu erkennen. Er beschwert sich darüber, daß französische Offiziere ungehindert in der Festung Mannheim aus- und eingehen, daß ein Adjutant und ein Secretär Custine's sich dort ungescheut als Spione und Emissäre der revolutionären Propaganda herumtreiben. Er fragt an, ob es wirklich wahr sei, daß in den überrheinischen Aemtern Verhandlungen gepflogen würden über Getreide, das man den Franzosen gegen Assignaten liefern wolle; und ob es mit Genehmigung der Regierung geschehe, daß man dem Reichsfeind Früchte und Vieh schaffe, ja sogar in Mannheim selbst Lieferungsverträge zu Gunsten der feindlichen Armee abschließe?! Auch in den Conferenzen zu Frankfurt kam diese Politik

*) Promemoria an den Grafen Oberndorff, d. d. 22. Jan. 1793 (in der angeführten Correspondenz).

des pfalzbairischen Cabinets zur Sprache; es ward auch von dort aus durch den Grafen Lehrbach in München der Regierung „auf die ernsthafteste und dringendste Weise" vorgestellt, daß der Kurfürst doch den thätigsten Antheil an der Reichsvertheidigung nehmen möge. Mit welchem Erfolge, werden wir später sehen.

Dies Benehmen einer Regierung, die zwei deutsche Kurfürstenthümer vereinigte, die klägliche Schwäche der geistlichen Staaten am Rhein, der tragikomische Schreck, der alle Regierungen vom Bodensee bis nach Westfalen ergriff, als Custine am Rhein erschien, dies Alles ließ ungefähr erwarten, was es mit der kriegerischen Rüstung des Reiches selbst auf sich haben werde.

Wir haben bis jetzt des Reichstages und seiner Thätigkeit seit dem Ausbruch des Krieges nicht gedenken müssen: denn so lagen einmal die Verhältnisse, daß in dieser ganzen Krisis das, was zu Regensburg geschah, fast am wenigsten in Frage kam.*) Man war am Reichstage gerade beschäftigt, den französischen Friedensbruch zu verhandeln, als in der ersten Woche des Octobers die Nachricht vom Einfall der Franzosen in Speyer und Worms, ihre Bedrohung der Reichsfestung dazwischen fiel. Der kurmainzische Gesandte schilderte die Lage der Stadt in den bedenklichsten Farben; es sei schleunige Hülfe nöthig, wenn die Grenzfeste nicht verloren gehen solle. Spät am Abend fuhr noch der österreichische Directorialgesandte, als die Nachricht angekommen, bei den fürstlichen Botschaftern umher, ihnen die äußerste Noth recht dringend ans Herz zu legen. Würzburg brachte einen schleunigen Antrag ein, daß zunächst der oberrheinische und fränkische Kreis zur raschesten Hülfe veranlaßt werden sollten. Auf den Vorschlag von Mainz wurde eine Note an die hohen und höchsten Höfe erlassen und eine schleunige Vorkehr gegen den Ueberfall des Feindes „zu einer Zeit, wo nicht einmal ein Reichskrieg erklärt sei", dringend nachgesucht. Man setzte sich sogar diesmal über die pedantische Weitläufigkeit der Formen etwas hinweg, da in einem Augenblick, „wo größere Gefahr auf einem jeden Verzug hafte, die sonst bei Erforderung der gesetzlichen Kreishülfe gewöhnlichen Vorschriften und Stufen eben nicht so genau eingehalten werden könnten"; man beschloß Staffetten auszusenden nach allen Seiten hin, „um denjenigen, so vergewaltigt oder mit Gefahr bedroht sind, unverzüglich die reichsverfassungsmäßige Hülfe zu leisten und die bereits aufgestellten Reichscontingente unverweilt vorrücken zu lassen."

Ein kaiserliches Rescript vom 11. October unterstützte diese dringenden

*) Das Folgende ist der angeführten Reichstagscorrespondenz von 1792 entnommen.

Schritte. Es erinnerte daran, wie der kaiserliche Hof noch unlängst an die vorderen Reichskreise auf rasche Zurüstung gedrungen habe. „Auch wäre es höchst wahrscheinlich gelungen, dem Eindringen des Feindes einen festen Damm entgegenzusetzen, wenn nur die nachdrücklich aufgerufene Hülfe mit eben der reichspatriotischen Bereitwilligkeit geleistet worden wäre, als die Gefahr und Hülfe dringend war. Indessen hat hierüber das deutsche Publikum ein unbefangenes Urtheil gefället." Nun wachse die Gefahr mit jedem Tage, Mainz sei schon bedroht, und noch ließe sich nicht bestimmen, wie weit des Feindes Absichten gingen, noch sehe man keine tröstliche Aussicht zur entscheidenden Hülfe. Eine so außerordentliche Lage erheische auch außerordentliche Mittel; der bedächtige Gang der deutschen Reichssatzungen reiche nicht hin, dem gegenwärtigen Uebel und der noch drohenden weiteren Gefahr zu steuern. „Wir erlassen daher, so schloß das Rescript, mit umgehender Post die dringendsten Weisungen an die kaiserlichen Minister im Reiche, alle bewaffneten Reichsstände zur Gegenwehr reichsväterlichst aufzumuntern, und halten uns hiezu durch das erste Grundgesetz aller Staatenverbindungen für die allgemeine Sicherheit der vereinigten Glieder vollkommen verpflichtet. Wir versprechen uns auch von unseren oberhauptlichen Bemühungen und den patriotischen Gesinnungen der Reichsstände die möglichst schleunige und thätige Hülfe, oder die Nachwelt würde erstaunend lesen, daß am Ende des achtzehnten Jahrhunderts kein Gemeingeist mehr die Nation der Deutschen beseelte und daß ein nachbarlicher Feind es wagen durfte, ihr mitten in ihrem Gebiete ungestraft Trotz zu bieten."

Welchen Erfolg diese Bemühungen gehabt, wissen wir; Mainz ging verloren, bevor die kaiserliche Mahnung irgend eine Wirkung üben konnte. Recht bezeichnend traf fast gleichzeitig mit dem kaiserlichen Schreiben ein pfalzbairisches Rescript (vom 11. Oct.) ein, worin gegen die Ausrüstung des Contingents alle möglichen Bedenklichkeiten geltend gemacht und von den vielen „Rücksichten" geredet war, welche der Kurfürst von der Pfalz für seine Person gegen Frankreich zu nehmen habe. Auch Kurtrier trug Bedenken; es hatte offenbar der panische Schreck von Custine's Einfall die bescheidene Thatkraft der westdeutschen Regierungen vollends gelähmt. Nur von Oesterreich, Preußen und Hannover kamen Erklärungen, daß Truppen zusammengezogen und die Feinde in Kurzem von weiterem Vordringen würden abgehalten werden.

War Mainz nicht mehr zu retten gewesen, so mußten wenigstens alle Mittel ergriffen werden, um nun den Reichskrieg mit größter Energie vorzubereiten. Schon hatte ein kaiserliches Hofdecret vom 1. Sept. den Antrag auf die Betheiligung des Reichs am Kampfe eingebracht, und die brandenburgische Stimme war in einem ausführlichen Votum gleich anfangs dem Vorschlage beigetreten; indessen waren durch den Angriff, der auf das Reich geschehen, die letzten Bedenken zum Schweigen gebracht worden. Man

nahm daher am 16. November die Berathung wieder auf, die der Kriegslärm vom Rheine bis dahin unterbrochen hatte. Das Gutachten des Reichs, am 23. Nov. dem kaiserlichen Principalcommissarius übergeben, ging in der Hauptsache dahin: „weil die vor Augen liegende und täglich zunehmende Gefahr des Reiches keinen Verzug gestatte, einstweilen und mit Vorbehalt umständlicher Begutachtung des kaiserlichen Hofdecrets, zur schleunigen Befreiung der bedrängten Reichskreise, das Triplum auf das unverzüglichste ins Feld zu stellen." Das Gutachten erhielt am 22. Dec. die kaiserliche Bestätigung.

Die Thätigkeit der Reichsversammlung in den nächsten Monaten bewegt sich fast ausschließlich um die Frage des Reichskrieges gegen die Revolution. Im Januar 1793 ward die Bildung einer Reichsoperationskasse beschlossen und einstweilen die Erhebung von dreißig Römermonaten angeordnet. Im Februar kam, offenbar durch die Vorgänge am linken Rheinufer angeregt, die Frage zur Besprechung: wie den besorglichen Volksverführungen Einhalt zu thun sei. Bei diesem Anlasse gab die kurböhmische Stimme im Kurfürstenrathe die Erklärung ab: „man müsse auf den schon erlassenen kaiserlichen Abmahnungsschreiben um so mehr bestehen, als inzwischen durch manche Zeitung sowohl als durch Druckschriften sich ergebe, daß unglückliche und brodlose sogenannte Philosophen ihre elenden Träumereien und gesetzwidrigen Belehrungen gegen Subordination, Sitten und Religion dreist dem Publicum vorgelegt haben. Da demnach der so groß angewachsene Mißbrauch der Preßfreiheit nothwendig alle wahre und gegründete Gelehrsamkeit ersticken, auch Unordnung und Empörung verbreiten müsse, zudem der friedliebende Unterthan seine Zeit und sein Geld unnütz und schädlich anwende: so erscheine es nothwendig, die alten Gesetze gegen den Mißbrauch noch anwendbarer zu machen, damit der unserer deutschen Nation angeborene und ererbte Geist unserer tugendhaften Voreltern nicht durch fremden Unsinn geschwächt und untergraben werde." Im Fürstenrath äußerte sich die hannoversche Stimme in ähnlichem Geiste; sie trug auch darauf an, daß bei Unruhen sogleich die Kreishülfe beigezogen und die Schuldigen bestraft werden sollten. Es war dies die allgemeine Ansicht der Versammlung; denn es wird in dem Reichstagsbericht, der uns vorliegt, als etwas Absonderliches angemerkt, daß ein Votum des Fürstbischofs von Würzburg-Bamberg den Standpunkt festhalte: „ein weiser Regent, der zugleich Freund und Vater seiner Unterthanen sei, habe nie Aufwieglung und Empörung in seinem Lande zu fürchten, aller Versuche von Außen ungeachtet." Der erzherzoglich österreichische Gesandte, dem die Führung der Stimme anvertraut, habe denn auch Bedenken getragen, solch ein Votum abzugeben.

Am 18. Februar kam dann ein Reichsgutachten zu Stande, wonach die deutschen Unterthanen an ihre Treue und Pflicht zu erinnern, vor den Volksverführern zu warnen, auch reichsväterlich zu ermahnen seien, an Unruhen

und Aufwieglungen nicht Theil zu nehmen, namentlich sich nicht zu Abänderung der herkömmlichen Verfassungen, Verbreitung der thörichten Freiheits- und Gleichheitsgrundsätze, Errichtung von Clubs, Aufstellung neuer Municipalitäten, Repräsentanten und Administrationen verleiten zu lassen. Was in dieser Richtung während der französischen Kriegsunruhen versucht werde, sei als nichtig und unstatthaft anzusehen; alle Schuldigen würden aber von den angedrohten Strafen getroffen werden.

Noch stand Eines bevor: die Berathung der noch unerledigten Punkte jenes kaiserlichen Hofdecrets vom September, welches die förmliche Kriegserklärung des Reichs an die französische Republik beantragte. Man hatte damals in dem ersten Drange der Noth (Nov., Dec.) zunächst nur einen Punkt, die Ausrüstung des Triplums und die Einziehung der Römermonate, beschlossen; noch immer war aber der förmliche Abbruch friedlicher Beziehungen nicht erfolgt. Es dauerte Wochen lang, bis die am 4. März begonnene, sehr umständliche Abstimmung zu Ende war; erst am 22. März war das Reichsgutachten fertig. Der Reichstag war darüber einig geworden, daß der von Frankreich durch Gewaltschritte angefangene und dem Reiche aufgedrungene Krieg für einen allgemeinen Reichskrieg zu erklären und als solcher zu verkünden sei; die früher geschlossenen Verträge mit Frankreich, seit dem Münsterschen, und die darin gemachten Abtretungen, seien demnach nicht mehr verbindlich. In Betreff der Volksverführer und Ruhestörer, so wie der aufwieglerischen Schriften, blieb man bei den bereits angeordneten Maßregeln; auch sollte auf den Briefwechsel, so weit er dem Feinde Vorschub leisten könne, geachtet, der Handelsverkehr, wenigstens mit Kriegsbedürfnissen, eingestellt*) und der Umlauf der Assignaten gehindert werden. Endlich solle allen Reichsangehörigen jede Neutralität, möge sie offen oder verdeckt sein, untersagt und in keinem Falle gestattet werden.

Am 30. April erfolgte das kaiserliche Ratificationsdecret, welches alle diese Anträge des Reichsgutachtens bestätigte. Es waren in diesem ausführlichen Aktenstück nicht nur alle die Beeinträchtigungen aufgezählt, welche das Reich seit 1789 von Frankreich erfahren hatte, sondern namentlich der tiefe principielle Gegensatz nachdrücklich betont, welcher die alte feudale Ordnung von den Neuerungen im Westen schied. Von dieser Seite angesehen, bot das Ratificationsdecret ein besonderes Interesse; es war das bedeutendste po-

*) Der dahin bezügliche Beschluß lautete: „das Commerz wäre mit wohlbedächtlicher Ausnahme aller in den kaiserlichen allerhöchsten Inhibitorien bereits verbotenen und namentlich ausgedrückten Artikel der Kriegsbedürfnisse auch noch während des Krieges, wenigstens in so lang als dasselbe nicht von Frankreich unterbrochen und zerstört würde, aufrecht und in seinem Gange zu erhalten; doch unabbrüchig derjenigen Vorkehre, welche deßfalls und überhaupt in Rücksicht der französischen Waaren ein jeder Landesherr nach der Lage und Convenienz seiner Lande auch im Einzelnen für sich und zu allen Zeiten zu verfügen befugt ist."

litische Manifest, welches in jener Zeit als officielle Kundgebung gegen die Revolution von deutscher Seite ausgegangen ist. Es ist darin zuerst die religiöse und politische Intoleranz, die Jeden mit dem Untergang bedrohe, der anderen Grundsätzen und Gesinnungen huldige, dann die verwegene und unheilvolle Proselytensucht hervorgehoben, die durch Schriften, geheime Verbindungen und Sendboten die revolutionären Ideen zu verbreiten suche. Es werden die Aeußerungen des Convents und seine bedenklichsten Beschlüsse durchgegangen, von dem bekannten Wort an: „Krieg den Palästen und Friede den Hütten", bis zu dem jüngsten Beschlusse vom 15. Dec., welcher in den besetzten Gebieten die Einführung des revolutionären Zustandes anordne. Nun müsse es aber jede gesellschaftliche Ordnung gefährden, wenn man, wie die Revolution thue, „abstracte philosophische Gemeinplätze und speculative Staatstheorien mit eigensinniger Zurückstoßung aller Vortheile der Weisheit und Erfahrungen voriger Zeitalter, ohne Rücksicht auf physische und moralische Verhältnisse", durchzuführen suche. Auch sei es völlig wider die Natur, „dem ganzen Menschengeschlechte über die Auswahl dieser Mittel und Wege zu seiner bürgerlichen Glückseligkeit nur einen Sinn aufdringen zu wollen." Eine Freiheit, welche nur für den Naturmenschen passe, müsse nothwendig den Endzweck jeder Staatsverbindung vernichten, und wenn sie nicht der individuellen Lage der Menschen angepaßt sei, zwar der Einbildungskraft des großen Haufens schmeicheln, aber früher oder später doch nur gewaltsame Erschütterungen hervorrufen und alle ersprießlichen Folgen einer allmälig wirkenden wohlthätigen Aufklärung und der darauf gegründeten Cultur zerstören. Eine vernünftige Gleichheit, die sich auf gleichen Schutz, Sicherheit und Gerechtigkeit erstrecke, sei unter jeder Regierungsform denkbar; es sei aber der rücksichtsloseste Despotismus, wenn man die Gleichheit darin suche, den Völkern die unbedingte Ausübung philosophischer Machtsprüche aufdringen zu wollen.

Wir hielten es der Mühe werth, diese einzelnen Vorgänge genauer zu verfolgen, die dem Kampfe des deutschen Reiches mit der Revolution vorangehen, einem Kampfe, dem das Reich sammt seiner Verfassung erlegen ist. Es konnte von diesem tragischen Ausgange schon jetzt eine Ahnung auftauchen, wenn man mit den großen Worten und drohenden Beschlüssen, die zu Regensburg gehört wurden, den unmittelbaren praktischen Erfolg verglich. Daß während dieser Vorbereitungen, zu Ende des Jahres 1792, Mainz verloren ging, Frankfurt gebrandschatzt, das rechte Rheinufer ausgeplündert ward, haben wir bereits erfahren; noch im Frühjahr 1793, nachdem der Krieg erklärt war, bestand aber die Reichsarmee eben nur in den Beschlüssen der Regensburger Versammlung. In einer Erklärung vom 31. März verkündet Hannover, es habe sein Contingent zur Reichsarmee stellen wollen; „nachdem jedoch wider Vermuthen es zur Bildung einer solchen Armee bis jetzt noch nicht gekommen, so habe man das Contingent nach Holland geschickt,

wo ein eigenes hannoversches Armeecorps aufgestellt werden solle." Vergebens mahnte dann der neue Reichsgeneral, der Prinz von Coburg, ihm das Contingent nach den Niederlanden zu schicken; man sei, so lautete die hannoversche Antwort, allerdings bereit, sein Contingent zur Reichsarmee, aber auch nur zur Reichsarmee zu schicken; da diese nicht existire, würden die Truppen nach Holland gehen.

Wie viele Reichsstände ließen sich aber anführen, die nicht einmal ein Contingent aufstellten! Ein Theil benahm sich, wie wenn jene Beschlüsse vom November und März gar nicht existirten; andere, zumal die Schwächeren, waren ehrlich genug, um förmliche Neutralität zu bitten. Die Reichsstadt Cöln erklärte schon im Dec. 1792, daß sie zu dem Reichskriege nicht concurriren könne und deshalb die Neutralität ergreife, „die auch anderen Ständen in derlei Fällen zugestanden sei." Hamburg war sehr ungehalten, daß man ihm verbieten wolle, den Franzosen Kriegsbedürfnisse zuzuführen; es gingen denn auch ganze Schiffsladungen Getreide nach Frankreich, um den Reichsfeind mit Lebensmitteln zu versorgen. Und ein Mann, wie Büsch, focht ganz eifrig den Satz durch, diese verrätherische Neutralität sei die einzig richtige Politik der Reichsstädte! Die hannoversche Regierung, die dem Reichsfeldherrn gegenüber selber das Beispiel der Widerspenstigkeit gegeben, war darüber mißvergnügt, brachte ein Hamburger Schiff, das mit einer großen Weizenladung nach Bordeaux bestimmt war, bei Stade auf und erhob Beschwerde bei dem Reichstage. Wir hören aber nicht, daß der Unfug aufgehört habe.*) Oder ein anderes Beispiel! Der Kurfürst von Cöln, der einst auf dem Reichstage so trotzige Reden geführt, sollte im Februar 1793 sein Contingent zu dem gemischten Corps des Herzogs Friedrich von Braunschweig stellen. Da wurden denn alle denkbaren Vorwände hervorgesucht, um dem zu entgehen, und als der Herzog gar das Städtchen Rheinberg besetzte und es zu befestigen Miene machte, erhob der geistliche Herr einen Lärm, als wenn ihm das bitterste Unrecht geschehen.**)

Was wollte aber diese selbstsüchtige Absonderung der Kleinen und Ohnmächtigen bedeuten gegenüber dem ärgerlichen Beispiel, das einer der ersten Reichsstände, der Kurfürst von Pfalzbaiern, gab? Erst hatte die pfalzbairische Regierung es mit der Bedrängniß durch die Franzosen entschuldigt, daß sie sich „leidend verhalten" und sich, „zur Befriedigung des grenzenlosen Patriotismus Sr. kurfürstlichen Durchlaucht", darauf habe beschränken müssen, durch das pfälzische Contingent Mannheim zu decken; dann, wie die

*) In einer späteren hannoverschen Beschwerde heißt es, der Handel werde, „zwar nicht mehr unter der hamburgischen Flagge, sondern unter der Flagge auswärtiger Nationen, jedoch, wie allgemein bekannt ist, von der eingesessenen Hamburger Kaufmannschaft zum größten Anstoß fortgesetzt. Der Magistrat sei darüber ganz und gar in keiner Unwissenheit und könne es auch nicht sein, gestatte es aber geflissentlich."

**) Aus der Correspondenz Friedrichs von Braunschweig.

Angst vor Custine nicht mehr vorgeschützt werden konnte, trat sie mit dem naiven Anerbieten auf, ihr Contingent „gegen annehmliche Bedingnisse, worüber vordersamst die nöthige Uebereinkunft zu treffen", dem Kaiser überlassen zu wollen.*) Das brachte denn doch selbst in dem phlegmatischen Kreise des officiellen Reichs einige Bewegung hervor; schon früher hatte Preußen sich über die Einverständnisse bitter ausgelassen, die ein Reichsfürst mit einer „bloßen Räuberbande, nicht einmal einem ordentlichen Kriegsheer" gepflogen; jetzt sprach auch der Kaiser (30. April) sein lebhaftes Mißfallen darüber aus, daß man sich vom allgemeinen Besten absondern wolle, und „statt die eigene Sicherheit in tapferen Wehrstand zu setzen, sie lieber auf verfassungswidrige Politik, Insinuationen und Neutralitätsgelüste bauen möge." Der Kaiser verwies auf die gefaßten Reichstagsschlüsse und auf die unumgängliche Pflicht jedes Reichsstandes, ihnen zu folgen; aber solche Gründe verfingen freilich bei dem Münchener Hofe nicht viel. Man hatte dort sogar noch den Muth, über die „Hintansetzung aller geziemenden Schonung und den Mangel der gebührenden Achtung", womit sich einzelne Reichsstände geäußert, beim Reichstag Beschwerde zu führen! Der ärgerliche Handel zog sich bis zur Eröffnung der Feindseligkeiten fort. Als dann im Frühjahr der Kampf am Mittelrhein begann, wollte natürlich Preußen sich die pfälzische Neutralität nicht gefallen lassen, und der Herzog von Braunschweig drang auf eine Aenderung. Es ist erstaunlich, spottete damals Lucchesini,**) daß ein so aufgeklärter Reichsfürst, wie der Herzog, nicht weiß oder vergessen hat, daß ja nach der gothischen Verfassung des heil. röm. Reichs ein Staat mit seinem Contingent den Reichsfeind bekriegen und mit dem Rest vollkommen neutral bleiben kann. Lucchesini selber mußte nachher alle seine diplomatischen Künste viele Wochen lang in Bewegung setzen (Mai), bis es ihm gelang, von der pfälzischen Regierung die Zusage zu erhalten, daß sie ihr Contingent in Bewegung setzen und dem preußischen Oberbefehl unterordnen wolle. Aber von der Zusage war weit bis zur Erfüllung, und es mußten noch im letzten Moment die stärksten Drohungen angewendet werden, damit die pfälzische Armada endlich in Bewegung gerieth.***)

Es läßt sich darnach ungefähr ermessen, welche zahllose Plackereien die verschiedenen kleinen Contingente verursachten, wie die Ausrüstung und Be-

*) Pfalzbair. Promemoria, d. d. 18. April 1793. (In der Reichstagscorrespondenz.)

**) Schreiben vom 6. Mai.

***) „Je n'étais pas d'humeur — schreibt Lucchesini am 19. Mai — à me laisser manquer de parole par qui que ce soit, et que j'avais tout lieu de croire, que justement indigné de tant de tergiversations vous prendriez enfin vôtre parti, Sire, vis-à-vis de Monseigneur l'Electeur Palatin et vous laisseriez que les autres prissent les leurs aussi ce qui pourroit bien ne point être à l'avantage des états de Monseigneur l'Electeur." (Aus der L.'schen Correspondenz.)

waffnung mancher Truppenabtheilungen beschaffen war! Erklärte doch der Landgraf von Hessen, der unter allen kleineren Herren die beste Armee besaß, er habe keine Materialien zur Herstellung eines Feldlagers, kein Fuhrwesen und keine Feldbäckerei und könne das Alles auch nicht stellen, so lange ihm der kaiserliche Hof die 40,000 Thaler nicht bezahle, die ihm für seine jüngste Mobilmachung aus der Reichskriegskasse versprochen waren. Wir werden diesen 40,000 Thalern, die in der diplomatischen Correspondenz jener Zeit bis zum Sommer 1793 eine bedeutende Stelle einnehmen, später noch einmal begegnen. Lucchesini hatte nicht Unrecht, wenn er damals schrieb:*) „die Hülfe des heil. röm. Reichs ist allerdings so viel wie Null. Dieser berühmte Fürstenbund war nichts als eine politische Vogelscheuche; er hat einen Augenblick die Leute erschreckt, aber je näher man ihm kam, desto mehr überzeugte man sich, daß er weder Körper noch Bewegung hatte."

Ueberblickte man alle diese Verhältnisse, die unzulängliche Kriegsrüstung selbst Oesterreichs und Preußens, den Mangel an Einheit in der Führung, die Verfallenheit des Reichs und seiner Wehrverfassung, den Egoismus der einzelnen Stände, so durfte man die Erwartungen von den Erfolgen des bevorstehenden Feldzugs sicher nicht zu hoch spannen; ja man hätte auf neue Unglücksfälle gefaßt sein dürfen, wäre nicht die grenzenlose Zerrüttung in Frankreich selber der beste Verbündete der deutschen Kriegführung gewesen. Eine Aeußerung des Herzogs von Braunschweig aus jener Zeit**) spricht dies Mißtrauen in den Gang des künftigen Feldzugs sehr nachdrücklich aus. „Wird dies Chaos von politischen und militärischen Combinationen, sagt er, ohne die Gunst des Zufalls zu irgend einem gedeihlichen Ziele führen, so will ich den Führern an der Spitze Glück wünschen. Wenn man nicht Meister der nöthigen Mittel ist, wenn man bitten muß, statt zu befehlen, wenn man erst um Truppen unterhandeln muß, statt sie gegen den Feind zu führen, wenn endlich jede der verbündeten Mächte ihre Hintergedanken hat und der leitende Faden nicht in einer Hand liegt, da muß man entweder die Augen verschließen oder annehmen, daß die nämliche zusammenhanglose Politik nicht auch die nämlichen Nachtheile hervorruft, die einst im siebenjährigen Kriege unser Glück gewesen sind."

Die erste Aufgabe des neuen Feldzugs sollte nach den Frankfurter Verabredungen der Entsatz von Mastricht sein; auf dem niederländischen Kriegsschauplatze begann also der Kampf. Die politische Verknüpfung Belgiens mit Oesterreich brachte es mit sich, daß das österreichische Hauptheer den Krieg in den Niederlanden zu führen hatte, während die geographische Lage die preu-

*) Schreiben an Tauenzien, d. d. 9. Juni.

**) Aus einem Briefe des Herzogs, d. d. Frankfurt, 20. Febr. 1793.

ßische Armee nach Belgien, die österreichische nach dem Mittel- und Oberrhein hingewiesen hätte. Statt dessen hatte die südlichste Macht ihre bedeutendsten Streitkräfte auf dem nördlichsten Kriegsschauplatze, und die natürlichen Hülfsquellen eines Heeres, das an der Maas, Schelde und Sambre den Krieg führen sollte, lagen in Böhmen und an der Donau. Die militärische Lage Belgiens war zumal seit der Schleifung der Barrièreplätze nicht besonders günstig; das Land hatte keine Festungen, nicht einmal einen guten Waffenplatz, wie ihn die österreichische Armee bedurfte. Gegenüber dem Gürtel französischer Festungen, der von Maubeuge und Valenciennes bis Lille und Dünkirchen die Nordostgrenze Frankreichs schirmte und der Vertheidigung des Landes es sehr leicht machte, große Truppenmassen zu concentriren, waren die österreichischen Niederlande ein offenes Gebiet, das durch eine verlorene Schlacht dem Feind preisgegeben werden konnte. Ein solches Terrain festzuhalten, war an sich keine leichte Sache, zumal mit einer Coalitionsarmee, die aus verschiedenen Bestandtheilen zusammengesetzt und deren Leitung vielfach von ganz widerstrebenden politischen und territorialen Interessen bestimmt war.*)

Die Folgen dieser Nachtheile sind in diesem und noch mehr im folgenden Jahre sehr sprechend hervorgetreten; jetzt freilich, in der ersten Hälfte von 1793, lagen die Verhältnisse noch entschieden zu Gunsten der verbündeten Kriegführung. Die innere Zerrüttung Frankreichs, der Mangel einer ausreichenden Kriegsrüstung, die Noth und Entbehrung der Truppen, der Zwiespalt der Parteimänner und der Feldherrn wog allerdings die meisten Schwierigkeiten auf, die in der militärischen Lage Belgiens und der Stärke der französischen Ostgrenze gelegen waren. Getrost konnte man noch vor Ablauf des Winters den Angriff an der Maas eröffnen und zum Entsatz von Mastricht schreiten, das seit dem 6. Febr. blokirt war. Während der Besprechungen in Frankfurt sandte der Prinz von Coburg seinen ersten Generaladjutanten, den Obersten Mack, mit dem Auftrag an Clerfayt, es sei der Plan, noch diesen Winter den Feind über die Maas zu treiben; er solle darum das rechte Ufer der Roer freimachen, seine Quartiere vorschieben und die Verpflegungsanstalten treffen, um „die Möglichkeit und Behendigkeit einer Unternehmung auf den zwischen Maas und Roer befindlichen Feind vorzubereiten.“ Es sollte Alles so beschleunigt werden, daß der Angriff zu Anfang März stattfinden könne.**) Lebhaft drängte zu dem Angriff auch Tauenzien, der militärische

*) Hier wie im Folgenden, wo in die Darstellung auch militärische Raisonnements verflochten sind, haben wir eine handschriftliche Arbeit über den Feldzug von 1793 benutzt, die uns der Herr Verfasser, ein hochgestellter preußischer Militär, mit derselben Bereitwilligkeit zu Gebote gestellt hat, deren wir uns auch sonst zur Förderung dieser Arbeit in dankenswerthester Weise von ihm zu erfreuen hatten.

**) Nach handschr. Aufzeichnungen von Mack, datirt von „Cöln am Rhein, 17. Febr. 1793.“

Bevollmächtigte Preußens; er hatte von der Widerstandskraft der französischen Truppen, wie sie in diesem Augenblick waren, eine sehr geringe Meinung und war voll der besten Erwartungen vom Feldzug. „Ich kenne den Prinzen Coburg nicht, schrieb er,*) ist es ein decidirter Herr, so wird Alles gut gehen.“ Er drückte damit nur die Stimmung seines Königs aus; auch dieser drängte auf rasches Vorgehen und mahnte auf's Angelegentlichste, durch den Verlust von Mastricht nicht die ganze Lage des künftigen Feldzugs verderben zu lassen. Man war im preußischen Hauptquartier zu Frankfurt nicht ohne Sorge, Mastricht möchte verloren werden, sei es durch Clerfayts Zögern, der noch etwas unter der Nachwirkung des Rückzugs vom November und December zu leiden schien, sei es, weil, wie man nicht ohne Grund vermuthete, die österreichische Stärke auf dem Papier wieder größer war, als in Wirklichkeit.**)

Doch ward diesmal der Plan, wie ihn Coburg durch Mack hatte überbringen lassen, glücklich ausgeführt. In der Nacht zum 1. März erfolgte bei Jülich und Dühren der Uebergang über die Roer, die Franzosen wurden am 1. und 2. aus allen ihren Positionen zwischen Roer und Maas herausgedrängt, am Tage darauf Mastricht von dem Belagerungscorps verlassen. So rasch wie die Franzosen im December diese Gebiete besetzt hatten, so schnell wurden sie nun geräumt; sie ließen die Maaslinie im Stich, wichen nach St. Tron und Tirlemont zurück und standen schon am 9. an der Dyle bei Löwen, während die Bewegungen des preußischen Corps unter Friedrich von Braunschweig, unterstützt von einigen holländischen und englischen Abtheilungen, sie zugleich nöthigten, das holländische Gebiet von Herzogenbusch bis Dortrecht und Willemstadt zu verlassen. Möglich, daß hier nur die systematische Bedächtigkeit des Prinzen Coburg, der über acht Tage lang an der Maas stehen blieb, von den Franzosen die völlige Auflösung abgewendet hat; wenigstens war ihr Rückzug verworren genug gewesen. Man rechnete, daß sie an Gefangenen und Deserteuren gegen 12,000 Mann und über 100 Kanonen auf dieser Flucht verloren, und es scheint kaum zweifelhaft, daß ein energischer Angriff sie damals rasch auseinandergeworfen hätte, zumal da die Erbitterung des Volkes über die räuberische Brutalität und Tyrannei der revolutionären Regierung nur eines Anlasses wartete, um gewaltsam gegen die Franzosen loszubrechen. Das Zögern des Prinzen, wohl veranlaßt durch scrupulöse Rücksicht auf den Frankfurter Kriegsplan, der erst den Fall von Mainz abwarten wollte, ließ dem Feinde Zeit, sich bei Löwen zu sammeln und zu erholen. Am 13. traf dann Dumouriez, der sich bis jetzt mit den Bewegun-

*) Aus einem Berichte Tauenzien's, d. d. 18. Febr.

**) Nach der Correspondenz Tauenzien's mit dem König; namentlich gehören hieher ein königliches Schreiben, d. d. 15. Febr., ein Brief Manstein's vom 16. Febr. und ein Bericht Tauenzien's vom 17. Febr.

gen gegen Holland beschäftigt, bei der Armee ein; mit einer Truppe, deren Disciplin durch die letzten Vorgänge vollends erschüttert war, dünkte es ihm unmöglich, Brabant und Flandern vertheidigungsweise zu behaupten. Eher schien ihm, bei dem französischen Naturell, eine Schlacht zu wagen, deren glücklicher Ausgang vielleicht den Truppen ihre Haltung wiedergab.

Indessen war Coburg mit dem Gros der kaiserlichen Armee, deren Stärke zwischen 36,000 und 42,000 Mann angegeben wird, von der Maas gegen Tongern und St. Tron aufgebrochen und hatte Tirlemont genommen (15. März). Auch für ihn war eine Schlacht der beste Entschluß. In den Frankfurter Verabredungen war zwar das weitere Vorgehen über die Maas und die Eroberung von Belgien als bedenklich erschienen, so lange Mainz nicht gefallen war; aber die Erfahrungen der letzten Tage hatten die Ansicht der Dinge verändert. Der rasche Rückzug der Franzosen, ihre sichtbare Auflösung ließ die Eroberung der Niederlande als kein so großes Wagestück mehr betrachten. Eine Schlacht auf dem Wege nach Brüssel, selbst wenn sie verloren ward, ließ den Oesterreichern den Rückzug auf Mastricht frei; wenn sie gewonnen ward, war Holland vor dem französischen Angriff gedeckt, Belgien befreit.

Am 16. ging Dumouriez vor, an Zahl den Oesterreichern ungefähr gleich, besetzte Tirlemont wieder und entwickelte seine Truppen in den nächstgelegenen Orten auf der Straße nach Lüttich. Um das Dorf Goidzenhoven, das hochgelegen die ganze Gegend zwischen der Chaussee und den beiden Flüßchen, der großen und kleinen Geete, beherrschte, entspann sich ein lebhaftes Gefecht; die österreichische Avantgarde griff an, wurde aber, bei aller Tapferkeit, von der Uebermacht zurückgedrängt, und das Hauptheer rückte nicht nach, zog vielmehr über die kleine Geete, die bereits überschritten war, wieder zurück, ohne sich in den Kampf einzulassen. Das glückliche Gefecht des Tages hatte für Dumouriez den Werth, daß es seinen Truppen, die der letzte Rückzug demoralisirt, ihr Selbstvertrauen wiedergab; er entschloß sich nun getrost zur Schlacht. Die Oesterreicher hatten sich auf dem Terrain hinter der kleinen Geete, von Racour über Oberwinden und Neerwinden, über die Lütticher Straße hinaus bis gegen Léau hin, ausgebreitet; dort stand mit dem rechten Flügel der Erzherzog Karl. Der zweiundzwanzigjährige Prinz, dessen Talent zuerst in diesem Feldzug größere Erwartungen weckte, hatte sich schon bei den Kämpfen zwischen der Roer und Maas, namentlich am 1. März bei Aldenhoven, ausgezeichnet; unter seiner Führung geschah jetzt auch das Entscheidende in der Schlacht, die Belgien den kaiserlichen Waffen wieder unterwarf.

Am Morgen des 18. März ließ Dumouriez den Angriff gegen die weit ausgedehnte Linie der Oesterreicher beginnen; ungefähr zwei Drittheile seines Heeres, gegen 30,000 Mann, griffen unter Valence und dem jungen Herzog von Chartres (Louis Philippe) das Centrum und den linken Flügel der Oe-

sterreicher an; der Rest, etwa 14,000 Mann, unter Miranda, wandte sich gegen den Erzherzog. Ein lebhaftes Gefecht entspann sich um die Dörfer Racour und Oberwinden, wo sich die Franzosen festgesetzt; zweimal wurden die Ortschaften von den Oesterreichern genommen und zweimal wieder verloren; zum dritten Male behaupteten sie sich, durch einen glücklichen Angriff der Reiterei unterstützt. Auch Neerwinden ward nun vom Feinde preisgegeben, und ohne Thouvenots Festigkeit hätte jetzt die überlegene österreichische Cavallerie dem französischen Corps eine völlige Niederlage beigebracht. Am Abend waren die Franzosen zwar nicht über die Geete zurückgeworfen, aber doch aus den Stellungen, deren sie sich am Morgen bemächtigt, herausgedrängt. Während sich hier die Oesterreicher gegen einen überlegenen Angriff, in einem Gefechte von sieben Stunden, glücklich behauptet hatten, war auf dem rechten Flügel die Entscheidung des Tages erfolgt. Dort war am andern Morgen Miranda gegen Dormael und Léau vorgegangen und es ward um Dormael heftig gefochten, bis am Nachmittag der Erzherzog die feindliche Infanterie in Verwirrung zurückwarf und ein nachdrücklicher Angriff der Reiterei die Niederlage der Franzosen vollendete; in wilder Flucht, mit Verlust des Geschützes, eilten sie bis hinter Tirlemont. Am andern Morgen traten denn auch die anderen französischen Colonnen den Rückzug gegen Tirlemont an.

Der Verlust der Oesterreicher — 97 Officiere und 2747 Gemeine — war nicht unbedeutend; aber die Entscheidung war folgenreicher, als die mancher blutigeren Schlacht. Zu der Einbuße von mindestens viertausend Mann und dreißig Kanonen kam auf französischer Seite die völlige Demoralisation des Heeres; eine viel größere Zahl, als die Schlacht gekostet, lief in bunter Verwirrung heim, und nach wenigen Tagen hatte Dumouriez nur noch ungefähr 20,000 Mann in seinem Lager. Hatte er vorher mit der doppelten Zahl die Niederlande nicht geglaubt vertheidigen zu können, so war nun, nach einer verlorenen Schlacht, der Rückzug unvermeidlich geworden. In der Stimmung der Belgier war zudem eine ähnliche Enttäuschung eingetreten, wie in der deutschen Bevölkerung am Mittelrhein.

Die Lage im Innern von Frankreich hatte sich so gestaltet, daß Dumouriez kaum hoffen konnte, die in vollem Fortschritt begriffene Schreckenspartei werde ihm sein Mißgeschick bei Neerwinden verzeihen. Sein geschmeidiges Talent war durch keine politische Ueberzeugung bestimmt; er war ja jederzeit ein Mann der Umstände und Gelegenheiten gewesen. Hatte er früher die Fahne der Gemäßigten mit der republikanischen vertauscht, so schien ihm jetzt der Moment gekommen, eine Schwenkung zum Royalismus vorzunehmen. Durch ein Einverständniß mit den Verbündeten sich den Rücken zu decken, die Niederlande zu räumen und die Schreckenspartei im Innern mit einem militärischen Staatsstreich zu überraschen, das lag jetzt ebenso sehr in der äußern Constellation, wie diese ihn im September 1792 vermocht, mit den

Jakobinern sich gegen den König zu wenden. Zwar hatte er nach dem Schlage von Neerwinden eine energische Verfolgung nicht zu besorgen; der Prinz von Coburg, ein Zögling der bedächtigen Kriegführung, hielt die feindliche Armee mit allen den zerstreuten Corps, die sie rasch heranziehen konnte, immer noch für 50,000 M. stark, er selber hatte nur dreißigtausend.*) Allein die Auflösung der französischen Armee nahm zu, und die Gedanken des Feldherrn waren mehr nach Paris als nach dem feindlichen Lager gerichtet. So ward am 23. März Löwen geräumt, wie Dumouriez behauptet, in Folge einer mündlichen Verabredung mit Oberst Mack, der im Namen der Kaiserlichen versprochen, den Rückzug nicht durch lebhafte Angriffe zu beunruhigen. Der Abmarsch von Löwen artete schon in volle Flucht aus, auch Brüssel war nicht zu halten; am 27. war das französische Hauptquartier schon in Ath.

Indessen hatte Dumouriez den Oberst Montjoie an den Prinzen gesandt und ihm erklären lassen: er wolle dem Elend in Frankreich ein Ende machen und das constitutionelle Königthum wiederherstellen; man solle ihm eine vertraute Person schicken, um das Weitere zu besprechen. Mack ging nach Ath, wo Dumouriez in Gegenwart von Valence, Thouvenot und anderen Officieren ihn empfing. Dumouriez erklärte, er werde den Convent sprengen, die königliche Familie befreien und Ludwig XVII. mit der Constitution von 1791 als König ausrufen; zur Vollführung dieser Aufgabe sei es aber nöthig, daß man ihn in seiner Stellung hinter der Dender nicht nur nicht beunruhige, sondern wo möglich unterstütze. Mack machte als Bedingung eines jeden Abkommens die Räumung der Niederlande geltend, und nach einigen Verhandlungen darüber versprach es Dumouriez gegen die Zusage: daß die Oesterreicher ihm nur bis zur Grenze folgen und erst dann weiter gehen würden, wenn Dumouriez selber sie zu seiner Hülfe herbeirufe. Sobald er seinen Marsch auf Paris antrete, solle die Festung Condé, als Pfand der Uebereinkunft, von ihnen besetzt werden. Es geschah, wie verabredet; in den letzten Tagen des März bewegten sich die verschiedenen französischen Colonnen im Rückzug auf Mons, Tournay und Courtray.

Aber freilich, der französische Feldherr erfuhr dieselbe Enttäuschung, der sein Vorgänger, Lafayette, erlegen war; die Truppen gehorchten ihm nur zum kleinen Theil, und es blieb ihm kein Ausweg, als mit seinen Getreuen am Morgen des 5. April eine Zuflucht im österreichischen Lager zu suchen. Noch

*) „Après les derniers avantages remportés par le Prince de Cobourg sur le général français l'armée autrichienne n'était que de 30000 hommes et celle de Dumouriez de 50000 —" so lautet die Erklärung, die nachher Mack bei den Antwerpener Conferenzen im Namen des Prinzen gibt. (Aus den handschriftlichen Mittheilungen und Protokollen über die Conferenzen, welche der folgenden Darstellung zu Grunde liegen.)

in der letzten Nacht vor der Katastrophe hatte Dumouriez, durch Mack's Vermittlung, den Prinzen vermocht, eine Proclamation zu erlassen, worin er den Franzosen ankündigte, er wolle nur im Verein mit Dumouriez die verfassungsmäßige Ordnung herstellen und verspreche feierlich: keine Eroberungen zu machen und die ihm eingeräumten Plätze nur als „ein heiliges, ihm anvertrautes Pfand" bis zum Frieden zu bewahren.*) Bis der Aufruf ins französische Lager kam, hatte Dumouriez schon fliehen müssen. Der Plan der Contrerevolution war damit vereitelt, aber die letzten Vorgänge, namentlich der Aufruf des kaiserlichen Feldherrn, hatten noch auf Seiten der Verbündeten eine Nachwirkung, die zu bezeichnend ist, als daß wir darüber schweigen dürften.

Der erste Eindruck von Dumouriez's Eröffnungen war verschieden gewesen. Das preußische Ministerium, dem Tauenzien am 28. März darüber Bericht gegeben, hegte kein rechtes Vertrauen zu dem „demokratischen General" und hatte ihm auch, wie es zu erwähnen nicht unterließ, seine Taktik in der Champagne noch nicht vergessen. Jedenfalls müsse man diesmal mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen, sich nur gegen solide Bürgschaften, z. B. die Räumung von Lille und Valenciennes, mit ihm einlassen.**) Lebhafter nahm Friedrich Wilhelm II. die Sache auf; er dachte nur an Eines: die mögliche Befreiung der königlichen Familie. Voll Freude hörte er, daß Dumouriez durch die Verhaftung der Conventscommissarien sich den Rückweg abgeschnitten hatte und nun den „Gefangenen im Tempel" vielleicht bald ihr Kerker erschlossen werde. In jedem Falle räth er (und dieser Rath war der beste), wenn auch Dumouriez in seinem Beginnen untergehe, solle Coburg rasch vorschreiten und die gebotene Gelegenheit sich nicht entschlüpfen lassen. Und wie dann die Sache wirklich gescheitert war, trieb er wiederholt den Prinzen an, wenigstens die Verwirrung der Franzosen

*) Die beiden Proclamationen finden sich bei Dumouriez IV. 287—296. In der handschriftlichen Mittheilung über die Erklärungen in den Antwerpener Conferenzen ist sie in folgender Weise motivirt: La déclaration ne pourrait avoir qu'un bon effet pour la cause des souverains, si Dumouriez réussissait. Si au contraire il échouait, on y gagnerait toujours l'avantage du désordre que son entreprise devait causer dans les armées françaises. Le général autrichien n'ayant pas une seule pièce d'artillerie de siège ni un nombre suffisant de troupes, ni même l'espérance d'avoir l'un ou l'autre avant six semaines, crut ne rien risquer en donnant cette déclaration qui pourrait toujours tourner au profit de ses opérations futures. Si après avoir reçu en depôt l'une ou l'autre place forte la Cour de Vienne ou les autres cours désavouaient sa déclaration, il tiendrait sa parole en les restituant, mais aurait gagné une connoissance exacte de leur intérieur et d'autres facilités pour en faire l'attaque.

**) Aus einer Depesche des Ministeriums des Auswärtigen an Tauenzien, d. d. Berlin, 5. April.

nach Kräften zu benutzen und der Armee ohne Führer scharf auf den Leib zu gehen.*)

Ganz andere Empfindungen wurden in dem großen Kriegsrath laut, der wenige Tage nach Dumouriez's Flucht zu Antwerpen stattfand. Der Herzog von York, der Erbstatthalter und der Erbprinz von Oranien, der Prinz von Coburg, dann von Diplomaten Graf Metternich, Lord Auckland, die Grafen Starhemberg und Keller, von Officieren Murray, Knobelsdorf, Mack und Tauenzien wohnten ihm bei. Außer den Erörterungen über die laufenden militärischen Fragen war es besonders die Proclamation des Prinzen, welche die Versammlung beschäftigte. Man war darüber allgemein ungehalten, und der Oberst Mack sah sich zu einer ausführlichen Rechtfertigung genöthigt. Aber das genügte nicht; der Prinz mußte (9. April) eine zweite Proclamation erlassen, worin er seinen ersten Aufruf förmlich zurücknahm. Der ritterliche Standpunkt, von dem aus der Krieg im vorigen Jahre begonnen — die uneigennützige Herstellung der Monarchie ohne jede Eroberung — war also nun aufgegeben. Man sprach sich darüber so unumwunden aus, daß jeder Zweifel schwand. Auf die Frage, ob York die Stellung zwischen Menin und Ostende einnehmen könne, erklärte Auckland, das entspreche ganz dem britischen Plane, „den Niederlanden eine gute Barrière zu erwerben;" auch verhehlte er nicht, daß seine Regierung an sehr beträchtliche Entschädigungen denke. Der Erbstatthalter meinte: da alle Mächte an Entschädigungen dächten, so werde hoffentlich Holland nicht leer ausgehen. Der anwesende preußische Bevollmächtigte schwieg, da Preußens Entschädigungen anderwärts lagen; in seinem Berichte spricht er aber die Vermuthung aus, daß für Oesterreich das französische Flandern als Entschädigungsobject ausersehen sei.**) Auf allen Seiten regt sich also nur die nackte Selbstsucht; ein allgemeineres Interesse vermag nicht mehr durchzudringen. Wie weit man damit der Revolution gegenüber kam, das mußte sich bald offenbaren.

Auch am Mittelrhein hatten indessen die militärischen Bewegungen begonnen. Es lagerten dort am rechten Ufer, vom Main bis zur Lahn, 50,000 Mann Preußen mit den Contingenten von Sachsen, Hessen-Cassel und Darmstadt, die zusammen etwa 14,000 Mann betrugen; zur Deckung des linken Flügels hatte Wurmser mit einem Theile des österreichischen Corps am

*) Schreiben an Tauenzien vom 7. April und vom 11. April.

**) Die Mittheilungen darüber finden sich theils in dem schon oben benutzten Actenstück (aus der Correspondenz des Herzogs Friedrich von Braunschweig), theils in dem Briefwechsel Tauenziens. Ueber die empfindliche Behandlung, die Coburg wegen der Verhandlungen mit Dumouriez von Wien aus erfuhr, s. Witzleben, Prinz Friedrich Josias von Coburg-Saalfeld II. 172. ff.

Oberrhein sein Hauptquartier in Heidelberg aufgeschlagen. Gegenüber stand, von Worms bis zur Nahe ausgedehnt, die Rheinarmee unter Custine, die immer noch gegen 40,000 Mann zählte; hinter der Saar lagerte die Moselarmee, ungefähr 25,000 Mann stark; die Garnisonen der festen Plätze waren in diesen Zahlen nicht einbegriffen. Nach dem Entsatz von Mastricht — so lautete die Frankfurter Verabredung — sollte vor Allem die Belagerung von Mainz begonnen werden; jetzt war nicht nur die Maas frei geworden, sondern es ward bald mit unerwarteter Raschheit durch einen glücklichen Schlachttag die Eroberung der Niederlande vollendet, die man nach jener Verabredung erst nach der Einnahme von Mainz hatte unternehmen wollen. Es war also kein Grund, mit dem Uebergang über den Rhein und der Einschließung der Festung zu zögern. Seit Mitte März begannen kleine Plänkeleien der leichteren Truppenschwärme, die vorausgesandt waren; am 24. ward eine Brücke bei Bacharach geschlagen, in den folgenden Tagen ging ein Theil der preußischen Armee hinüber und rückte gegen die Nahe. Am 27. März ward dann Neuwinger vom Erbprinzen von Hohenlohe bei Waldalgesheim geschlagen und gefangen, indessen Kalkreuth von der Mosel her, durch die französische Moselarmee nicht gehindert, nach der Pfalz verging und Custine nöthigte, seine Stellung bei Kreuznach schnell zu verlassen. Während der französische General am 28. und 29. März über Alzei den Rückzug gegen Worms antrat, drängten die Preußen nach, schoben (30. März) den Feind immer weiter zurück und lieferten ihm bei Oberflörsheim und Rheintürkheim glückliche Scharmützel, die ihn nöthigten, auch die Umgebung von Pfeddersheim und Worms preiszugeben und sich bis in die Nähe von Landau zurückzuziehen. Am 31. ging dann auch Wurmser, nachdem er Wochen lang vergeblich mit der pfälzischen Regierung wegen des Uebergangs bei Mannheim unterhandelt,*) bei Ketsch über den Rhein und schob seine

*) Es liegt uns darüber eine Correspondenz vor. Wurmser hatte am 15. März eine Estafette an den Grafen Lehrbach nach München geschickt; dessen Antwort (d. d. 19.) lautete aber nicht besonders tröstlich. „Es wäre zu wünschen, daß Ew. Exc. mit so vielen Truppen versehen wären, damit ohne fernere Rücksicht und Schonung dasjenige gebieterisch ausgeführt werden könnte, was das allgemeine Wohl und die Lage der Sache erheische. Ohne thätige Vorkehrungen wird man in diesen französischen Angelegenheiten mit dem kurpfälzischen Hofe nicht fertig; der Herr Minister Oberndorff ist dabei in mehrfältigem Betracht auch wegen Güter in der Pfalz interessirt; der Herr Kurfürst hat 18—20 Mill. in Frankreich angelegt, die der zu Mannheim wohnende geh. Rath H. Martin besorget; dieses sind Haupttriebfedern des allerseitigen kurpfälzischen Benehmens, welche nach der von mir gemachten Erfahrung durch die thätigsten Negotiationen nicht gehoben werden können, sondern ohne alle Rücksicht und Schonung mit der Gewalt durchgesetzt werden müssen." Dazu mochte sich denn Wurmser nicht stark genug fühlen; er wandte sich daher mit einer ähnlichen Beschwerde (d. d. 22. März) an den König von Preußen. Er solle — rieth ihm dieser — warten, bis die

Vorposten bis Germersheim vor. Die Franzosen standen demnach seit Anfang April zwischen Landau, Weissenburg und Lauterburg vereinigt und hielten ihre Verbindung mit der Moselarmee gesichert; das verbündete Heer, das sie beobachten sollte, während Mainz belagert ward, war theils zwischen Oppenheim und Worms aufgestellt, theils auf der ausgedehnten Linie von Landstuhl, Kaiserslautern über Neustadt bis nach Germersheim hin ausgebreitet. Es scheint, diese weite Ausdehnung hatte zum großen Theil eine politische Ursache: man wollte die Gebiete links vom Rhein, namentlich die zweibrückischen, vor jeder französischen Occupation bewahren, und breitete sich darum weiter aus, als es sonst die vorsichtige Kriegführung jener Zeiten und der natürliche Werth concentrirterer Stellungen rathsam machte.

So war also Mainz im April eingeschlossen und die in Frankfurt verabredete Belagerung konnte beginnen. Freilich war nicht Alles so geworden, wie es jene Conferenzen im Februar bestimmt hatten; vor Allem blieb die Zahl der Truppen wieder unter dem Anschlag. Es war eine leidige Praxis der damaligen österreichischen Kriegführung, deren Folgen auf Oesterreich selbst meistens am schwersten zurückfielen: die Streitkräfte, die man ins Feld stellte, viel höher anzugeben, als sie in der That waren. Welche Früchte das im Jahr 1792 getragen, haben wir früher wahrgenommen; auch diesmal war es eine der peinlichsten Störungen, daß bei den wichtigsten Unternehmungen wegen der fehlenden Truppen hin und her querulirt werden mußte. So verstimmte es gleich jetzt (April) auf preußischer Seite, daß, wie man die versprochenen 15,000 Mann Oesterreicher, von denen erst 6000 von Trier her gestellt waren, durch Coburg vervollständigt wünschte, dieser sich außer Stand erklärte, diese fehlenden 9000 M. seinerseits zu entbehren. Es war allerdings nur zu wahrscheinlich, daß seine Versicherungen allen Glauben verdienten; aber es verdroß auf preußischer Seite sichtbar, daß man getäuscht war und der Prinz den Preußen keinen andern Rath wußte, als sich durch darmstädtische, pfälzische und österreichische Truppen von Wurmsers Corps die fehlenden 9000 Mann zusammenzubetteln.*)

Preußen die Nahe überschritten hätten, und dann den Uebergang oberhalb Mannheim vornehmen. So geschah es denn auch.

*) Es ist darüber eine sehr lebhafte Correspondenz geführt worden, an welcher, außer dem König, namentlich Tauenzien, Manstein und das Ministerium des Auswärtigen in Berlin Theil hatten. Richtig ist die Bemerkung, die Tauenzien damals machte. Malgré les prétendus efforts de la Cour de Vienne, schreibt er, pour mettre une armée formidable en campagne, nommément dans les Pays bas, il paraît cependant qu'elle a d'abord suivi sa malheureuse maxime, d'être du double plus fort sur le papier qu'elle ne l'est effectivement, maxime funeste par laquelle elle se trompe ainsi que ses alliés. Nach einem andern Briefe desselben standen in den Tabellen, die ihm der Prinz einmal zeigte, 69,000 M.;

Dieser Zwischenfall war besonders aus dem Grunde unglücklich, weil er die methodische Kriegführung in ihrem Mißtrauen gegen kühnes und rasches Vorgehen noch bestärkte. Von den 86,000 Mann, die damals um Mainz vereinigt waren, mußte nach ihrer Rechnung etwa die Hälfte zur Belagerung verwendet werden; es blieben also für das Beobachtungsheer, das von Oppenheim bis Worms und von Homburg bis Germersheim ausgebreitet war, nur ungefähr 40,000 Mann übrig. Was dagegen die französischen Rhein- und Moselarmeen zu bieten hatten, schlug man auf 40—50,000 Mann an, ohne die Festungsgarnisonen und die Verstärkungen, die man noch erwartete, mitzuzählen. Gegen diese Rechnung wäre nichts einzuwenden gewesen, wenn die Verhältnisse der gegenseitigen Kräfte so gewesen wären, wie sie es in gewöhnlichen Lagen sind. Aber die letzten, wenn auch unbedeutenden Gefechte hatten gezeigt, welche Ueberlegenheit die deutschen Truppen vor den revolutionären voraus hatten. Um 40 Füsiliere vom Bataillon Wedell, die sich unter dem tapfern Lieutenant Gauvain in der Burg Stromberg bis auf den letzten Mann vertheidigten, zu überwältigen (20. März), hatten die Franzosen 12 Bataillone und 20 Escadronen verwandt, und sie schienen sich auf den Erfolg noch besonders viel zu Gute zu thun. Bei dem Rückzug am 30. hatten die braunen Husaren mit den baireuther Dragonern bei Alsheim ungefähr 3 französische Bataillone (vierzehnhundert Mann mit 3 Kanonen) gefangen genommen. Am nämlichen Tage erschien eine französische Colonne von 8000 M. von Mainz her, die den Weg zu Custine suchte; der Erbprinz von Hohenlohe jagte sie mit drei Bataillonen nach Mainz zurück. Nach diesen Proben, deren auch die folgende Zeit noch ähnliche aufweisen wird, war das Verhältniß beider Armeen damals zu beurtheilen. „Man muß sich — sagt ein preußischer Officier, der mitgefochten hat*) — die französische Armee jener Zeit nicht so denken, wie wir sie später in ihren glänzendsten Perioden haben kennen lernen. Die zerlumpten Carmagnolen, ohne wahren militärischen Geist und Haltung, die uns Schimpfreden und matte Kugeln (unerwiedert) täglich über den breiten Rhein zusendeten, flößten auf keine Weise Respect ein. Es war auch nicht ein Soldat in der Armee, der sich nicht seiner inneren Ueberlegenheit bewußt und des Erfolgs sicher gefühlt hätte, wenn es dazu kommen würde, sich ernstlich mit ihnen zu messen." Allerdings beweist die Geschichte des Feldzuges bis in den Spätherbst, daß, mit einziger Ausnahme der Besatzung von Mainz, dies strenge Urtheil auf die große Mehrzahl der Truppen bei der Rhein- und Moselarmee seine Anwendung fand.

---

in der That waren es nur 32,000. Die Manipulation war die, daß man die sämmtlichen halbcompletten Regimenter für vollzählig rechnete, Tausende von Kranken dazu zählte u. dgl. m.

*) Valentini, Erinner. S. 26.

Was lag darum näher, als diese moralische Ueberlegenheit der Truppen, den pomphaften Zahlen der Gegner zum Trotz, rasch und energisch zu gebrauchen? Wenigstens finden wir sehr verschieden denkende militärische Autoritäten darüber einverstanden, daß jetzt eine kecke Kriegführung, welche die gewöhnlichen Regeln der Methode einmal bei Seite setzte, des glänzendsten Erfolges sicher gewesen wäre. Gleichwohl ließ sich erwarten, daß im preußischen Hauptquartiere, soweit die Entscheidung vom Herzog von Braunschweig abhing, die langsame und methodische Art des Krieges nicht verlassen ward. Vor Allem war in den Verabredungen zu Frankfurt von etwas Anderem, als der Belagerung von Mainz und deren Deckung durch die Beobachtungsarmee, gar nicht die Rede gewesen; was weiter zu thun, die Frage hatte man sich dort nicht aufgeworfen. Es fehlte demnach, nach dem technischen Ausdruck, bei einem Angriff auf die beiden französischen Heere, an „einem strategischen Object.“ Selbständig zu agiren, lag ja ganz außer dem Plane, da Preußen diesmal nur als Hülfsmacht am Feldzuge Theil nahm und die Leitung der Bewegungen dem Wiener Hofe überlassen war. Kühn anzugreifen schien aber auch darum bedenklich, weil man Landau, die Weissenburger Linien, Bitsch und Saarlouis vor sich hatte, und die Franzosen, selbst geschlagen, ihre sicheren Rückzugslinien behielten; das Mißlingen einer Schlacht übte vielleicht selbst auf die Belagerung die entscheidendsten Folgen, während ein Sieg nichts in die Hände gab, „als einige Quadratmeilen Terrain.“*) Das waren ungefähr die Betrachtungen, die im Kreise der methodischen Kriegführung den Ausschlag gaben; die Bedenken gegen eine ungewohnte und regellose Art des Angriffs hatten sich seit den Erfahrungen in der Champagne eher gemehrt als vermindert. Namentlich kam noch ein Moment hinzu, das früher nicht mitgewirkt: die politische Betrachtung der Diplomatie im Lager, daß sich Preußen in weitläufige Eroberungspläne nicht einlassen, vielmehr, soweit es die Ehre und Sicherheit des Reiches gestatte, aus diesem unfruchtbaren Kriege herauswickeln müsse, um sich nach Osten zu wenden, wo seine dringendsten Interessen der Entscheidung nahten. Darauf werden wir unten noch ausführlicher zurückkommen.

Anders als der Herzog sah Wurmser die Kriegführung an. Von Haus aus ein tüchtiger Führer leichter Truppencorps, geschickt in raschen Bewegungen und Ueberfällen, hätte er den Krieg am liebsten so geführt, wie es seine angeborne Neigung und Begabung mit sich brachte. Streifzüge ins Elsaß machen, dort contrerevolutionäre Bewegungen hervorrufen, Straßburg einschüchtern und vielleicht durch Ueberraschung zur Uebergabe zwingen, das waren seine Lieblingsgedanken. Daß dabei sein Verhältniß als Mitglied der Ortenauer Ritterschaft, seine elsassische Abstammung und Verwandtschaft wesentlich mitwirkte, war unverkennbar. Fühlte sich der Herzog durch die po-

*) S. Wagner, Feldzug von 1793. S. 13. 14.

litische Conjunctur bei Mainz festgehalten, so sah sich Wurmser durch eine entgegengesetzte politische Berechnung nach dem Elsaß hingezogen; beschränkte sich die Thätigkeit des Einen auf bewunderte Combinationen in der Aufstellung des Truppencordons und in der wissenschaftlichen Benutzung des Terrains, so löste sich bei dem Andern der Krieg nur zu sehr in zahllose Plänkeleien auf, die man im Hauptquartier als Husarenstreiche betrachtete und spöttisch als eine nutzlose „Franzosenjagd“ ansah. So war von Anfang an ein Zwiespalt vorhanden, den Wurmsers persönliche Hartköpfigkeit mit der Zeit eher schärfen als mildern mußte, zumal er die Unklarheit seiner Instruction in ganz ungehöriger Weise dahin ausdehnte, sich der preußischen Oberleitung immer widerspenstiger zu entziehen. Das ist denn die eigentliche Calamität des Feldzuges am Rhein geworden: ein allzu vorsichtiger Oberbefehl, der vielleicht in einer Reihe von Fällen es versäumt hat, die vom Glück gebotene Gelegenheit rasch beim Schopfe zu ergreifen, dessen wirklich gute Combinationen aber durch den Ungehorsam eines Corpsführers vereitelt worden sind.

Schon jetzt im April, gleich nach Wurmsers Rheinübergange, beginnt diese Fronde innerhalb des verbündeten Lagers, durch die schließlich alle Vortheile des Feldzuges verloren gingen.*) Im preußischen Hauptquartiere wie in dem des Prinzen Coburg war man schon damals unzufrieden, daß Wurmser eine eigene Strategie zu verfolgen geneigt schien, und sagte ihm nach, er lasse sich von dem Emigranten Klinglin in seinen militärischen Entschlüssen bestimmen.**) Allerdings liegt eine Denkschrift dieses Klinglin uns vor, die in wesentlichen Punkten mit Wurmsers späterer Kriegführung zusammentrifft.***) Die Preußen sollten sich der Vogesenübergänge bemächtigen und

*) Von welchen Gesinnungen W. von vornherein erfüllt war, hat er selber in der späteren Vertheidigungsschrift: „Kurze Geschichte des Feldzugs von 1793“ (s. Wagner, der Feldzug am Rhein im Jahre 1793. S. 272 ff.) zur Genüge dargelegt, und an Proben der peinlichsten Art fehlte es gleich anfangs nicht. Als er z. B. im März den Befehl erhielt, bei Oppenheim über den Rhein zu gehen, so erklärte er dies für eine von den Preußen ihm gelegte „Mausfalle“ und ging an einer andern Stelle über.

**) Tauenzien schreibt d. d. Quievrain, 23. April: On est mécontent du général Wurmser, il est très inquiet et veut suivre un plan d'opération qu'il s'est formé sans vouloir agir de concert avec l'armée de V. M. On le dit entièrement dirigé par le général Klinglin: — — le feldmaréchal m'a dit qu'il venoit de lui écrire d'une manière très verte et qu'il supplioit V. M. de l'attirer à Elle et de l'envisager uniquement que comme un corps entièrement dépendant de ses ordres. Daß diese letzte Bemerkung gegründet war, ersehen wir aus der übrigen Correspondenz. Der Prinz von Coburg steht durchgängig auf Seiten des Herzogs gegen Wurmser.

***) Sie findet sich unter derselben Correspondenz unter der Ueberschrift: „Mé-

das Unterelsaß besetzen, die österreichische Armee am Oberrhein von Hüningen aus das Oberelsaß angreifen, beide sich der kleineren Plätze dort versichern, um dann die beiden isolirten Festungen, Landau und Straßburg, zu überwältigen. Dergleichen Entwürfe waren aber weder in den früheren Conferenzen auch nur zur Sprache gekommen, noch stimmten sie mit den militärischen und politischen Ansichten des preußischen Hauptquartiers. Darüber gab es denn gleich, im ersten Augenblick des Zusammenwirkens, widerwärtige Erörterungen, ja der Prinz von Coburg mußte schon gegen Ende April dazwischen treten und dem österreichischen General erklären, „er habe sich den Befehlen des preußischen Monarchen zu fügen und nicht etwa durch eigene gewagte und zu weit entfernte Operationen sich in die Lage zu bringen, daß er zu dem großen Ganzen nicht mitwirken könne.“ Aber Wurmser war eine von den Persönlichkeiten, die mit ungemeiner Zähheit die einmal gefaßte eigene Meinung festhalten; er fügte sich solchen Mahnungen äußerlich und nahm die Miene des Gehorsams an, allein er behielt die Verfolgung seiner persönlichen Ansichten nichts desto weniger unverrückt im Auge. Wohin das schließlich führen mußte, wird der Verlauf dieses Feldzuges zeigen.

Die Belagerung von Mainz hatte indessen begonnen; ein ansehnliches Armeecorps ward jetzt Monate lang gegen dieselbe Stadt verwendet, die ein halbes Jahr vorher ohne Schwertstreich war überliefert worden. Ehe wir zur Geschichte dieser Belagerung kommen, müssen wir noch in Kürze berichten, welchen Ausgang der Mainzer Republikanismus genommen hatte. Unsere frühere Erzählung hat da abgebrochen, wo in dem Decret vom 15. Dec. 1792 den Gebieten links vom Rheine ihre Revolutionirung im französischen Stile angekündigt ward. Seitdem begannen die gewaltsamen Experimente mit einem Volke, das für die vorgeschriebene Freiheit weder Anlage noch Neigung besaß. Ein Decret vom 18. Febr. berief die Urversammlungen zu den Wahlen ein und machte den Geistlichen, Beamten und Privilegirten die Auflage, sich durch eine eidliche Verpflichtung aller ihrer Vorrechte zu entledigen; auch die Wähler in den Urversammlungen sollten vorher den Eid auf die „Freiheit und Gleichheit“ leisten. In der Stadt selbst wie auf dem platten Lande war die Neigung gleich gering, den Eid zu schwören; die Clubmänner hatten nur die Wahl, ihre Schwäche vor aller Welt bloszustellen, oder den Eid durch unwürdige Mittel der Gewalt zu erzwingen. Seit Ende Februar befanden sich denn die Mainzer Republikaner auf der Rundreise, um den Eid zu erlangen. In den Ortschaften am Donnersberg finden wir Hoffmann und Bleßmann, in Begleitung des Conventsmitgliedes Merlin,

---

moire des Emigranten Klinglin, woraus sich die Wurmser'schen Operationen ableiten lassen.“

beschäftigt, dem widerspenstigen Volke den Eid aufzuzwingen.*) Im Amte Alsenz quälte sich ein ehemaliger Bonner Theolog, Pape aus Westfalen, und ein Student aus Walldürn vergeblich ab, den Schwur zu erlangen. Wohl war an manchen Orten mit Erfolg vorgearbeitet. In Saarwerden und der Umgegend, die von französischem Gebiet rings eingeschlossen war, hatte man schon im October die Beamten verjagt, Freiheitsbäume aufgepflanzt, die Zollstöcke umgeworfen, Jagd und Waldungen geöffnet und natürlich auch die Feudallasten beseitigt; aber weiter östlich, z. B. in Kirchheim und in den meisten Orten am Donnersberg, mußte der Eid mit militärischer Execution erzwungen werden. In dem kleinen Gebiete der Grafen von Leiningen war wieder Grünstadt der Sitz einer revolutionären Partei, die mit den Mainzern in Verbindung stand; da rückten denn am 21. Februar Forster und Bleßmann an der Spitze französischer Executionstruppen ein und befahlen den drei Leininger Grafen sammt ihrer Dienerschaft den Eid zu leisten, mit der Drohung, wenn sie sich weigerten, sie über die Grenze zu bringen und ihre Güter zu confisciren. Die Drohung wurde wirklich vollzogen und die drei Herren wurden in den letzten Tagen des Monats gefangen nach Paris geführt. Ungeachtet dieser Gewaltkuren wollte der neufränkische Republikanismus bei der Bevölkerung nicht recht anschlagen; Forster selbst klagt über den Aristokratismus, der in der Stadt wie auf dem platten Lande um sich greife. „Hier hat — schreibt er aus Mainz (Mitte März) — der Fanatismus und die Unwissenheit eine Verstockung unter die Einwohner gebracht, die man nur bedauern kann, aber zugleich auch mit der unerbittlichsten Strenge behandeln muß. Täglich schickt man Leute, die nicht huldigen wollen, zu dreißig und vierzig über den Rhein, und man wird bis zur Entvölkerung der Stadt damit fortfahren, wenn sie sich nicht rathen lassen!"

Unter diesen Vorgängen fand die Bildung der neuen Municipalitäten und die Wahl der Abgeordneten zum „rheinisch-deutschen Nationalconvent" statt, welcher über das Schicksal der occupirten Lande links vom Rhein entscheiden sollte. Am 17. März ward die Versammlung, deren Vorsitz Hoffmann und Forster führten, eröffnet, am 18. der Beschluß gefaßt, den ganzen Landstrich von Landau bis Bingen zu einem Freistaat umzugestalten, allen Zusammenhang mit dem deutschen Reiche zu lösen und die landesherrlichen Rechte der geistlichen Fürsten von Mainz, Worms und Speyer, der Fürsten von Nassau, von Baden, von Salm, von Leiningen, sowie der Grafen, Ritter

*) Es fehlte nicht an komischen Zügen. Als in Sarmsheim verkündet ward, das Volk sei frei, erklärten die Bauern: „Sieben Jahre lang haben wir bei der h. Messe deutsch gesungen; weil wir aber frei sind, so wollen wir wieder lateinisch singen." Gegen diese Interpretation der Freiheit schrieb dann Böhmer eine eigene Brochüre: „Epistel an die lieben Bauersleute zu Sarmsheim."

und Reichsstädte, die jenes Gebiet umschloß, für „ewig erloschen" zu erklären. Daß diese rheinische Republik nicht für sich existiren konnte, sondern der Protection eines mächtigeren Staates bedurfte, war klar; anders war auch vom französischen Convent die Republikanisirung des linken Rheinufers nicht verstanden worden.*) So erfolgte denn am 21. März der unvermeidliche Beschluß: „daß das rheinisch-deutsche freie Volk die Einverleibung in die fränkische Republik wolle und eine Deputation abgesandt werden solle, um diesen Wunsch dem fränkischen Nationalconvent vorzutragen." Außer einigen Droh- und Strafdecreten gegen die Nichtbeeidigten und Geflüchteten, außer einer servilen Adresse, worin sich das freie Volk der rheinisch-deutschen Republik den Franzosen mit würdeloser Unterwürfigkeit an den Hals warf, außer diesem ist von dem Mainzer Convent nichts Nennenswerthes mehr geschehen; er setzte am 30. März seine Sitzungen bis auf Weiteres aus, um natürlich nie wieder zusammenzutreten. Ein paar Tage früher war bereits die Deputation des rheinisch-deutschen Convents, Georg Forster, Adam Lux und der Kaufmann Potocki, nach Paris abgereist, um dort den Wunsch um Einverleibung den Repräsentanten der französischen Nation zu Füßen zu legen.

Die ersten und letzten Athemzüge der rheinisch-deutschen Republik trafen fast zusammen mit den kriegerischen Vorgängen links vom Rheine, welche die Einschließung der Stadt vorbereiteten; auf dem rechten Ufer war Castel bereits eingeschlossen, als Forster nach Paris reiste, um der französischen Nation Mainz anzubieten. Auf dieser Seite wurden im Laufe der Belagerung gegen 14,000 Mann, theils Preußen, theils Sachsen, Hessen und Pfälzer, zur Blokade verwendet; auf dem linken Ufer, wo die Einschließung im April begann, waren einige zwanzigtausend Mann, Preußen, Oesterreicher, und Abtheilungen der kleineren Contingente zusammengezogen. Graf Kalkreuth leitete die Operationen der Belagerung.**)

---

*) Auch die Mainzer „Patrioten" haben sich darüber wohl kaum getäuscht. Wenigstens hatte M. Metternich schon vorher in einer Schrift („Rede von den Bedenklichkeiten, welche den Mainzern gemacht wurden, sich eine neue Constitution zu geben." Mainz 1792) den Einwand, daß eine Mainzer Republik ein Unding sei, mit der aufrichtigen Erklärung zu entkräften gesucht: „Der Gedanke müßte von einem Rasenden gedacht werden, daß sich hier ein Fleckchen Land isolirt von der die Menschenrechte beschützenden Frankennation, umgeben aber von den eifersüchtigsten deutschen Fürsten, und festgehalten von den Ketten der Reichsdespotie, daß sich so ein Fleckchen Land eine haltbare Constitution geben könne; dieß ward noch nicht vorgeschlagen. Es ist mehreren bekannt, daß man sich unterredet hatte, ehe man zu einer dauerhaft glückbringenden Staatsumwälzung schreiten könne, vorher mit der Nation der Neufranken in Unterhandlung treten wolle und müsse, ob und wie wir in ihren Armen Schutz finden würden."

**) Bei der folgenden Darstellung sind außer den gedruckten militärischen Quellen

Die Dauer der Belagerung bewies in beschämender Weise, wie unverantwortlich der Leichtsinn und die Kopflosigkeit derer gewesen, welche die Stadt im October ohne Schwertstreich übergaben. Allerdings hatten die Franzosen die fünf Monate nicht unbenutzt verstreichen lassen; die Werke wurden ausgebessert, Schanzen angelegt, Castel namentlich aus einem Brückenkopf ohne Bedeutung durch die bekannten französischen Ingenieure Clement und Gay de Vernon in eine tüchtige Befestigung umgewandelt. Eine zahlreiche Besatzung, die aus den besten Truppen der damaligen Armeen am Rhein und der Mosel bestand, deckte nicht nur die Stadt, sondern dehnte sich auch auf verschiedene vortheilhaft gelegene Posten außerhalb der Festung aus. Außer Castel waren die Rheininseln, die Petersau und die Ingelheimer Au befestigt, die Orte Weißenau, Kostheim und Zahlbach gut besetzt worden. Seit dem 10. und 11. April erfolgte auch auf dem linken Rheinufer die engere Einschließung, zu gleicher Zeit machten die Franzosen einen Ausfall gegen Mosbach hin, der den Hessen einigen Schaden that. Indessen ward die Einschließung vollendet und die ersten Schanzen aufgeworfen, ohne daß die Kanonade von den Wällen die meist nächtlich unternommenen Arbeiten stören konnte. Gefochten wurde in diesen Tagen nur um Weißenau; dort hatten die Franzosen (am 16. April) nach einem lebhaften Angriff sich behauptet, wurden aber am Tage darauf durch preußische Schützenabtheilungen, die Prinz Louis Ferdinand mit gewohnter Energie und Todesverachtung anführte, aus dem Dorfe hinausgeworfen. Doch gab man den Ort wieder preis, da er, ganz unter den feindlichen Kanonen gelegen, vor Eröffnung der Trancheen nicht gut zu behaupten schien. Eine nicht unbedeutende Acquisition ward am 18. April gemacht; die fast verfallene Schanze, die Gustavsburg, die einst der Schwedenkönig auf der Mainspitze angelegt, ward von den Belagerern auf dem rechten Ufer besetzt und damit eine Stellung gewonnen, von der sowohl der Main gegen Kostheim als der Rhein gegen Weißenau und Castel hin bestrichen werden konnte. Die Besatzung suchte vergebens die dort errichteten Batterien durch ein lebhaftes Feuer außer Thätigkeit zu setzen; der Posten blieb den Belagerern. Außer kleinen Vorpostengefechten und Fouragirungen der Franzosen verliefen die nächsten zehn Tage ziemlich ruhig; erst in der Nacht vom 27. zum 28. April landete eine Abtheilung Feinde an der Mainspitze, überfiel die Batterie und führte das Geschütz weg, ohne freilich hindern zu können, daß die Belagerer sich in den nächsten Tagen von Neuem festsetzten und gegen ähnliche Ueberraschungen bessere Vorsorge trafen. Glücklicher waren die Franzosen bei Kostheim; schon am 1. Mai hatten die Franzosen den Ort überfallen, waren aber wieder hinausgeworfen worden, und wiederholten in der Nacht zum 3. ihren Angriff

---

auch verschiedene handschriftliche Mittheilungen benutzt, namentlich einige „Journale der Blokade und Belagerung."

mit besserem Erfolge. Das preußische Grenadierbataillon von Borch drang in den Ort hinein, warf den Feind tapfer zurück, wagte sich aber zu weit vor und wurde durch eine überlegene Macht der Franzosen mit Verlust geworfen. Am 8. Mai ward der Kampf erneuert; namentlich aus den Batterien der Gustavsburg ward der Feind heftig beschossen und ihm ein tapferes, nicht unblutiges Gefecht geliefert, aber Kostheim blieb in seinen Händen. Fruchtlos waren dagegen die Versuche der Franzosen, auf dem linken Ufer sich bei Zahlbach und Bretzenheim zu verschanzen; ein glücklicher Ueberfall des Prinzen Louis trieb sie heraus. Der heftigste Kampf in diesem ganzen Zeitraume der Belagerung entspann sich aber in der Nacht zum 31. Mai; die Franzosen hatten, von einem Bauer geführt, mit einer Colonne von mehreren tausend Mann einen Ausfall gegen die Einschließungslinie auf dem linken Ufer unternommen, und es fehlte nicht viel, so wäre es ihnen gelungen, die überraschten Belagerer aus ihren Verschanzungen herauszudrängen und die Arbeit von sechs Wochen zu vereiteln.

Erst jetzt, seit Anfang Juni, kamen allmälig die Mittel, die man zu einer ernsten und wirksamen Belagerung bedurfte; aus Wesel, Ehrenbreitstein, ja zum Theil aus Magdeburg, mußten das Geschütz und die Munition, die man zur Belagerung brauchte, herbeigeschafft werden. Nun erst legte man rüstig Hand ans Werk. In der Nacht vom 18. auf den 19. Juni entstand die große Arrièreparallele, die gegen jeden starken Ausfall eine ausreichend feste Stellung schaffen sollte; in den folgenden Tagen wurden ähnliche Arbeiten, trotz lebhafter, feindlicher Ausfälle, glücklich zum Ende geführt, die Wurfbatterien hergestellt und in der Nacht vom 27—28. Juni durch eine österreichische Abtheilung eine wichtige feindliche Redoute bei Weißenau weggenommen. Dasselbe Schicksal hatten in der Nacht vom 5—6. Juli einige Feldschanzen auf der Höhe bei Zahlbach; die zweite Parallele ging ihrer Vollendung entgegen.

Dies war der Augenblick, wo die Franzosen vom Elsaß und der Mosel her einen schwachen Versuch des Entsatzes machten. Es hatte sich auf dem Kriegsschauplatz, auf dem sich die Beobachtungsarmee ausbreitete, bis jetzt nichts Bedeutendes ereignet; nur war die Unverträglichkeit zwischen dem preußischen Obercommando und dem österreichischen General immer unheilbarer hervorgetreten. Der größte Theil des Monats Mai verging in kleinem Zank. Wurmser war, im Widerspruch mit den Anordnungen des Obercommandos, über die Queich vorgegangen; wiederholt ward ihm die Weisung, sich auf das linke Ufer des Flüßchens zurückzuziehen, er blieb eigensinnig stehen, und es bedurfte eines aus den Niederlanden vom Prinzen Coburg erwirkten Befehls, bis er Anstalten traf, seine vorgeschobene Stellung zu verlassen. Dazwischen kam es denn auch vor, daß er plötzlich die Besorgniß, es möchten die Franzosen auf's rechte Rheinufer gehen, ernstlich oder scheinbar verhielt, damit er sich, gemäß der Clausel, die in seiner Instruction stand, über den

Rhein zurückziehen und die Beziehung zu der preußischen Kriegsleitung ganz auflösen konnte. Die Correspondenz, die darüber geführt ward, hinterläßt den peinlichen Eindruck: daß, wie man auch von des Herzogs methodischem Cordonkrieg denken mag, es ein unleidliches Verhältniß war, mit dem Eigensinn eines Führers zu ringen, der untergeordnet sein sollte und sich doch wie selbständig benahm, ihn freundlich bitten zu müssen, wo man hätte befehlen sollen, oder gar auf dem Umweg über Belgien ihn zu Bewegungen zu veranlassen, die im Hauptquartier zu Guntersblum oder Edenkoben beschlossen waren. So paralysirten sich beide Führer gegenseitig; des Herzogs vorsichtige Methodik war Ursache, daß Wurmser, wenn er seiner Kampfesungeduld nachgab, ununterstützt blieb und dann in nutzlosen Plänkeleien die Zeit verdarb; Wurmsers Angriffslust, die, wie ein Kenner sagt, mehr „instinctartigen Raufsinn, als geregelte Combinationen verrieth," war dann wieder Schuld, daß die Früchte der vorsichtigen Kriegführung zum Theil verloren gingen. So wie es im Lager der Franzosen aussah, wäre allerdings etwas weniger Methode und etwas mehr zugreifende Raschheit auf deutscher Seite des Sieges ohne Zweifel sicher gewesen. Noch hatten sie sich von den Schlägen im März und April nicht erholt; wenn auch Verstärkungen aus dem Innern eintrafen, so wuchs dadurch doch nur ihre Zahl, nicht ihre militärische Brauchbarkeit, und die Führung war über alle Beschreibung kläglich. Ein Angriff, der am 17. Mai von der Rhein- und Moselarmee zugleich unternommen ward, enthüllte diesen Zustand in ganz trostloser Weise; mit einem Aufwand von 25,000 Mann, die freilich überall zur unrechten Zeit erschienen, sich gegenseitig den Weg versperrten und im Hin- und Hermarsch ermüdeten, waren die Franzosen nicht im Stande, drei österreichische Bataillone und acht Schwadronen, die rechts von der Queich standen, über den Haufen zu werfen. Bei solchen Zuständen, deren ganze Rathlosigkeit im andern Lager kaum geahnt ward, hätte allerdings die zugreifende Husarenart Wurmsers, den Krieg zu führen, ziemlich gewissen Erfolg gehabt. So aber, wie jetzt das Schicksal beide Feldherrn, den Herzog und den österreichischen Führer, an einander gekettet, konnte nur jeder von beiden die Brauchbarkeit des andern hemmen.

Es gewährt kein allgemeines Interesse, den einzelnen Debatten zu folgen, die während dieser ganzen Zeit zwischen beiden Führern stattgefunden haben: der Erfolg war, daß auf keiner Seite etwas Bedeutendes geschah, nur ward das gegenseitige Vertrauen und Einverständniß vollends zerrüttet.*)

*) Nach einer längeren Correspondenz äußert der Herzog in einem Schreiben an Oberst Grawert, d. d. 3. Juli: „Ich bin um keinen Schritt mit ihm weiter und ersehe vielmehr aus seiner Antwort, wie er, statt der von uns ihm übergebenen, nach sorgfältiger Untersuchung gewählten Position, eine andere, dem Terrain gar nicht angemessene nehmen will. Ich habe ihm dieses in meiner Antwort nur ganz kürzlich bemerklich gemacht."

Da ward es in den letzten Tagen des Juni auf französischer Seite lebendig; es sollte dem Entsatz von Mainz gelten. Die Bewegungen der Franzosen begannen vom Elsaß her mit kleinen Plänkeleien gegen Wurmser, den Vorboten des allgemeinen Angriffs, den die Franzosen am 19—21. Juli unternehmen wollten. Die Moselarmee, unter Houchard, sollte sich gegen Kusel und Lauterecken in Bewegung setzen, ein zweites Corps, unter Moreaux, in der Richtung von Pirmasens gegen Kaiserslautern die Höhen überschreiten, während Beauharnais mit der Rheinarmee vom Unterelsaß durch das Rheinthal nach dem Haardtgebirge vorgehen wollte. So wie die Leitung und Kriegstüchtigkeit der Armee damals bestellt war, griff keine der Bewegungen recht in die andere ein, die eine Colonne war zu früh, die andere zu spät vor dem Feinde. Wie die Kriegstüchtigkeit der Truppen beschaffen war, bewiesen die einzelnen Gefechte. Das französische Corps, das über die Höhen des Westrich gegen Lautern vordringen sollte, ward (19. 20. Juli) durch eine preußische Vorpostenabtheilung von 400 Mann und 2 Kanonen zum eiligen Rückzug auf Pirmasens gedrängt; weiter östlich, wo Beauharnais das Gros der Rheinarmee gegen die Abtheilungen Wurmsers und eine preußische Brigade aufbot, hielten ebenfalls ein paar hundert Preußen und Kroaten die ansehnliche französische Colonne Tage lang im Gebirge auf und Beauharnais schlug sich vom 21—24. Juli herum, bis er nur von der Queich bis Edesheim und Roth, also wenig Stunden weit vorgedrungen war. Gleichwohl gab der Mangel an Zusammenhang in der Führung der deutschen Truppen den Franzosen einen Vortheil in die Hand, den ein fähiger Feldherr trefflich hätte zu benutzen wissen. Durch ein Versehen, an dem Wurmsers Eigenwilligkeit einige Schuld trug, war Edenkoben am 25. unbesetzt, Neustadt dadurch entblößt und die Verbindung zwischen den Preußen und Wurmser fast zerrissen worden; welch ein Glück, daß nicht Bonaparte die Franzosen führte! Denn eben in dem Augenblick, wo es sich erwarten ließ, daß dieser Fehler benutzt ward, gingen plötzlich alle französischen Corps zurück (26. Juli); sie hatten das Schicksal von Mainz erfahren und brachen ihre Unternehmungen nun eben so eilig ab, wie sie ohne Geschick und Zusammenhang begonnen waren.

Mainz war indessen immer heftiger bedrängt worden. Die zweite Parallele war vollendet, die dritte begonnen, und in der Nacht vom 16—17. Juli einige französische Vorwerke, deren Besitz die weiteren Arbeiten bedingte, weggenommen. Die Batterien der Belagerer hatten schon seit Ende Juni ein wirksames Feuer begonnen; fast täglich brannte es in der Stadt, und die Haubitzen der Belagerer richteten mit jeder Stunde größere Verwüstungen an. Die Lebensmittel waren selten geworden, die Truppen ermüdet und ohne rechte Kampflust, die äußeren Werke stark beschädigt. Doch wäre die Festung immerhin noch zu halten gewesen, wenn nicht die eingeschlossenen Conventscommissäre, Merlin und Rewbel, aus Sorge um ihre persönliche Sicherheit,

es gern vermieden hätten, die Dinge zum Aeußersten zu treiben.*) Sie sahen es nicht ungern, daß auch die Meinung des Commandanten, d'Oyré, und der angesehensten Officiere, wie Aubert Dubayet und Kleber, dahin neigte, Unterhandlungen anzuknüpfen. Der Commandant schickte daher am 18. Juli ins preußische Lager den Vorschlag: Rewbel solle freies Geleit erhalten, um sich in einem französischen Hauptquartier oder in Paris über die Lage der Festung volle Gewißheit zu schaffen. Da dies abgelehnt ward, so erbot sich d'Oyré zu einer Capitulation und schickte (20. Juli) an den preußischen General einen Entwurf, der ebenfalls keine Billigung erhielt. Kalkreuth verlangte im Namen des Königs: die Belagerten müßten vor Allem auf den Gedanken verzichten, länger als 48 Stunden nach der Capitulation in Mainz zu bleiben, auch die Gesuche um Sicherheit von Personen auf solche beschränken, die zur französischen Nation gehörten, endlich nicht vergessen, daß die Stellung der deutschen Heere keine Bedingungen zulasse, die der Garnison von Mainz Mittel an die Hand gäben, alsbald wieder den Belagerern zu schaden. Der französische Kriegsrath wollte, in Betreff des ersten Punktes, nachgeben, auch über den letzten erwarte man Vorschläge; nur die Preisgebung der Personen, welche sich an der Revolution betheiligt, schien mit den Pflichten der Ehre und Menschlichkeit unvereinbar. Es ward darüber verhandelt, ohne daß es den Franzosen gelang, einen Satz zu Gunsten der Clubisten durchzusetzen. Indessen gaben die Geiseln, welche die Franzosen aus Mainz und den Rheinlanden weggeführt, eine gewisse Bürgschaft dafür, daß man die Mainzer Republikaner nicht zu streng behandeln werde — eine Ansicht, die auch Kalkreuth in einem Schreiben an d'Oyré unverblümt durchblicken ließ. Am 23. Juli ward zu Marienborn die Capitulation abgeschlossen; die Festung sollte sofort den Preußen übergeben werden, die Belagerten sie längstens binnen drei Tagen verlassen; die französische Besatzung erhielt freien Abzug mit allen militärischen Ehren, Waffen und Gepäck und versprach nur, ein Jahr lang gegen die verbündeten Mächte nicht zu dienen. Diese Bedingungen waren vortheilhaft genug für die Franzosen; noch im letzten Moment war ihnen die früher verweigerte Forderung zugestanden worden, ihre Waffen zu behalten.**) Dem Versprechen aber, ein Jahr lang nicht gegen die Ver-

---

*) In der Denkschrift des Commandanten, Mémoire sur la défense de Mayence et sur sa reddition 1793, S. 16, ist außer der Erschöpfung und Unlust der Truppen, dem Mangel an Lebensmitteln, namentlich hervorgehoben: à ces considérations se joignoit celle du sort des commissaires de la convention nationale et du pouvoir executif etc. Der Commandant selbst scheint freilich durch Zusagen und Geldsendungen von den Belagerern genommen worden zu sein.

**) Lucchesini beschwert sich darüber in einem Schreiben an Tauenzien, d. d. 23. Juli. C'est contre ma conviction et malgré les plus grands efforts que j'ai faits pour l'empêcher qu'on a accordé à la garnison selon moi bien mal-à propos le droit de conserver ses armes.

bündeten zu dienen, ward dadurch seine Bedeutung genommen, daß die Garnison nach der Vendée gesandt wurde und dort den Aufstand mit einem Erfolge bekämpfte, der allerdings auf den Gang der Kriegsereignisse an den Grenzen eine sehr fühlbare Wirkung übte.

Das wiedereingesetzte geistliche Regiment in Mainz benahm sich, wie alle Emigrantenregierungen. Je rascher die Flucht der großen Herren gewesen, desto unerbittlicher war nun ihre Rachsucht. Während der kopflose Commandant, der die Festung übergeben, nicht etwa vor ein Kriegsgericht gestellt, sondern mit einem Dank- und Belobungsschreiben des Kurfürsten geehrt ward,*) traf Mißtrauen oder Ahndung zunächst die Schwachen und Verlassenen, die der revolutionären Strömung nachgegeben, dann überhaupt alle Diejenigen, die nicht schleunigst dem großen Zuge der Flüchtlinge über die Rheinbrücke gefolgt waren. Von den Clubisten gelang es Einigen, im Strom der ausziehenden französischen Besatzung zu entkommen; wer aber zurückblieb oder unter dem Haufen der fremden Soldaten erkannt ward, verfiel der Rache der zurückgekehrten Regierung. So unvernünftig und wüst das Treiben der Mainzer Demokratie gewesen, so roh und zügellos waren die Anfänge der wiedereingesetzten legitimen Gewalt. Mißhandlungen und Confiscationen, Einkerkerungen und brutale Gewaltthaten, auch gegen Solche, die ihr Alter oder ihr Geschlecht hätte schützen sollen, waren an der Tagesordnung. Der hohe Stiftsadel, der seinen Staat so schmachvoll preisgegeben, weidete sich nun mit niedrigem Hohne an den Opfern der siegreichen Reaction. Die schalen Komödien des demokratischen Clubs, seine Umzüge, Freiheitsbäume und Brüderlichkeitsfeste wurden nun durch ebenso abgeschmackte Schaustellungen der Gegner parodirt; eine Verordnung vom 31. Juli z. B. bestimmte, die Reste des Freiheitsbaumes seien dergestalt zu verbrennen, „daß hierbei die Schinderknechte adhibirt, ein etwas erhöhtes Gerüst verfertigt, eine rothe Kappe darauf gesetzt, durch Zuziehung einiger Musikanten mehr Zuschauer herbeigelockt und die verhafteten Hauptclubisten, unter Bedeckung preußischer Soldaten, mit auf den Platz geführt würden." Die steife Jurisprudenz des heil. römischen Reiches schrieb weitläufige Abhandlungen, nach welchen Gesetzen und Strafen die Mainzer Revolutionäre zu behandeln seien;**) an die Wurzeln des Uebels, an den Mangel eines ge-

*) S. die angef. Hatzfeld'sche Schrift S. 149.

**) S. die Schriften: „Etwas über die Clubs und Clubisten." 1793. „Etwas über Verbrechen und Strafen." 1793. Dagegen versuchte der später als Naturdichter bekannt gewordene Bauer, Isaak Maus, in dem „Versuch einer Apologie." 1794., den milderen Ansichten Geltung zu verschaffen.

sunden politischen Daseins, an die geistliche Kleinstaaterei und ihre feudalen Mißbräuche ward, wie immer in dieser Bethörung eines ephemeren Sieges, am wenigsten gedacht.

Vielmehr war der Rückschlag, den die Entartung der französischen Revolution und die Mainzer Episode übten, auch in weiteren Kreisen fühlbar. Wir haben schon früher auf dem Reichstag wahrgenommen, wie dort die ersten Eindrücke der demokratischen Erschütterung im Westen sich in dem Verlangen nach einer schärferen Ueberwachung der Presse und strengeren Polizeimaßregeln bezeichnend kundgaben; seit den Anfängen bewaffneter revolutionärer Propaganda, seit dem Tode Ludwigs XVI. und dem Siege der wilden demokratischen Factionen war natürlich die Rückwirkung in dieser Richtung, auch in den kleinsten Kreisen, noch stärker geworden. Man fing jetzt an, die literarische Bewegung der jüngsten Generation genauer ins Auge zu fassen und in ihr verwandte Berührungspunkte mit der Revolution zu entdecken. Die Humanitätsrichtung des Jahrhunderts, die Ansteckung der amerikanischen Grundsätze, die Dichter des Hainbundes, die Kraftgenies der Sturm- und Drangperiode erschienen nun verdächtig, „ein sehr unbestimmtes, aber desto lebhafteres Gefühl für Freiheit und Haß gegen die Fürsten“ verbreitet zu haben. Durch den Einfluß des Rousseau'schen contrat social, die Lectüre britischer Historiker, die Wirksamkeit von Journalen, wie Schlözer's Staatsanzeigen, ja selbst durch das Studium der Alten sollte der Glaube an die alte Autorität der hergebrachten monarchischen Gewalten erschüttert worden sein. Man fand nun, daß sich der Menschen ein Trieb nach größerem Lebensgenusse bemächtigt habe, daß die „Abneigung gegen Alles, was dessen Befriedigung Zügel anlege, ein decidirter Zug der Gesinnungen des Zeitalters sei.“ Man musterte die Literatur durch und entdeckte, daß die Zahl der deutschen Schriftsteller „eine Armee von 7000 Mann ausmache,“ deren überwiegende Mehrzahl den Lieblingsmeinungen des Jahrhunderts huldige.

Wir erwähnen dieser Klagen eines Publicisten der alten Richtung,*) weil sie unter dem Eindruck jener Revolutionsjahre geschrieben sind und uns in den Gedankenkreis einführen, der die regierenden Schichten der deutschen Nation seit 1792 und 1793 beherrschte. Unzweifelhaft bestanden zwischen der literarischen Aufklärung des achtzehnten Jahrhunderts und den Ideen von 1789 sehr kennbare Berührungen; aber ihre politische Gefährlichkeit wurde damals offenbar von der Angst der Regierungsmänner überschätzt. Denn wer die Ausbreitung überschaut, die heutzutage die demokratischen Gedanken von 1789 in unserer Nation erlangt haben, dem müssen die Erscheinungen von 1792 und 1793 vielmehr den Eindruck erwecken, daß die Masse unseres Vol-

*) S. Brandes, über einige bisherige Folgen der französ. Revolution. Hannover 1793.

kes damals der westlichen Revolution noch ebenso unreif, wie unzugänglich gegenüberstand. Wie wenig bedeutete es, daß von der „Armee der 7000 Schriftsteller“ ungefähr sieben in Mainz das Banner der Revolution aufgerichtet hatten! Wie viel bemerkenswerther war die Thatsache, daß die Masse der Bevölkerung, selbst am linken Rheinufer, sich nur höchst widerwillig der Republikanisirung durch den Mainzer Club gefügt hat! Und welch ein Umschlag war in dem großen Kreise der literarischen Generation nun eingetreten! Gewiß, es mochte der Humanismus und die Philanthropie des Jahrhunderts sich noch so lebhaft durch die Anfänge der Revolution angeregt fühlen, tief ging dieses rein literarische Interesse nicht. Vielmehr, so naiv und ungestüm der erste Enthusiasmus der Gelehrten und Poeten gewesen war, so rasch war er nun abgekühlt; je kindlicher während der Flitterwochen der Revolution der Glaube gewesen, es ließe sich eine Erschütterung vielhundertjähriger Mißbräuche in friedlicher Begeisterung durchjubeln, desto erschrockener war man jetzt, seit die Bewegung zu ihren blutigen Folgerungen vorschritt. Wie loyal war nun der mürrische Schlözer geworden, welch erzürnte Oden dichtete jetzt der nordische Barde, dessen Jubelhymnen einst die Revolution am lautesten begrüßten! Derselbe Dichter aber, der zwei Jahrzehnte vorher dem wilden kraftgenialen Geschlecht trotzig die Bahn gebrochen, Goethe, er beschäftigte sich in den Jahren 1792—93 mit der Farbenlehre, schrieb Festprologe und wußte der großen Erschütterung im Westen offenbar keine andere pikante Seite abzusehen, als die er in dem „Bürgergeneral“ zum bleibenden Gedächtniß der literarischen Stimmungen jener Tage verewigt hat!

Wir müssen den Darstellern der Literargeschichte den genaueren Nachweis überlassen, welcher Art die Reflexe der Revolution in den poetischen und künstlerischen Kreisen damals gewesen sind; politische Gefahren, wie sie die officielle Publicistik zu besorgen schien, konnten daraus in jedem Falle noch nicht erwachsen. Auch sehen wir in der Presse jener Zeit, zumal seit Ende 1792, alles Andere eher, als jacobinische Anklänge, vertreten. Die Reaction der Zeit ist vielmehr an wenig Stellen greller wahrzunehmen, als eben in der öffentlichen Besprechung der Tagesereignisse; während die Begabteren schwiegen oder scheu der herrschenden Strömung folgten, gehörte das große Wort mehr als je den literarischen Taglöhnern und jener feilen Schaar, die im Denunciren und Verdächtigen alles dessen, was hoch über ihrem Gesichtskreise liegt, die rechte Feuerprobe loyaler Gesinnung erblickt. Unter den deutschen Schriftstellern jener Jahre aber kennen wir nur eine hervorragende Persönlichkeit, die auch in dieser Zeit den Muth bewahrt hat, den Meinungen, die oben die gültigen waren und unten gedankenlos nachgebetet wurden, mit der ganzen Schärfe geistiger Ueberlegenheit und durchgebildeter Grundsätze entgegenzutreten. Es war Johann Gottlieb Fichte in seinem „Beitrag zur Berichtigung des Urtheils des Publikums über die französische Revolution“; aber

eben das Schicksal dieser Schrift beweist schon zur Genüge, wie unpopulär damals solche Meinungen geworden waren. Dies anonym erschienene Buch, das, recht bezeichnend für unsere Nation, mit den Waffen schulphilosophischer Dialektik die Berechtigung der Revolution darthut, ist damals, bis auf den engeren Kreis von Fichte's Freunden und Anhängern, fast unbemerkt vorübergegangen und hat (eine einzige ausgenommen) in keiner der zahlreichen Zeitschriften Deutschlands auch nur eine vorübergehende Erwähnung gefunden.

Bei diesen herrschenden Stimmungen war denn allerdings nicht zu erwarten, daß sich der Wunsch, den Georg Forster einst ausgesprochen, es möchte die Revolution für uns der Anstoß zu friedlichen Reformen werden, in dieser Zeit erfüllte. Vielmehr wurden allenthalben die Zügel straffer gefaßt, und auch das bescheidenste Verlangen um Aenderung des Bestehenden wie jakobinische Wühlerei angesehen. Selbst conservative Publicisten beklagen es, daß die Erleichterung des Jagdunfugs in einigen Gegenden bis jetzt der einzige wohlthätige Rückschlag der Revolution gewesen sei, dagegen Spionage, Gesinnungsinquisition und Verletzung des Briefgeheimnisses in unerfreulichster Weise überhand nehme.*) Ein unbedeutender Vorfall, bisweilen auch ein ganz grundloser Verdacht war hinreichend, um mißliebigen Personen eine Verfolgung wegen angeblich revolutionärer Gesinnung zuzuziehen; die frühere politische Harmlosigkeit war verloren, und selbst eine ungewohnte Art der Tracht oder der Kopfbedeckung vermochte jetzt die Regierungen in ihrem Gefühl der Sicherheit und Allmacht aufzuschrecken. Wenigstens gab es Verordnungen genug, worin die Pantalons, die runden Hüte, die abgeschnittenen Haare als gemeingefährliche Abzeichen ernstlich verpönt werden.

Ueberhaupt war es unverkennbar, daß die patriarchale Despotie der kleinen Regierungen, die zu Friedrichs und Josephs Zeiten etwas an sich hielt, unter den Eindrücken der Revolution sich wieder mehr gehen ließ. Wenn sich etwa, wie im Stift Hildesheim, der Mittelstand gegen unberechtigte Forderungen der Privilegirten sträubte, oder, wie im Hannöverschen, die städtischen Vertreter die Art der Steuervertheilung unbillig fanden, da genügte es jetzt, die unbequemen Bittsteller als Revolutionäre, „die vom Schwindelgeist der Neuerungssucht angesteckt seien", kurzweg abzufertigen. Oder wenn, wie es in den Landen des Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst geschah, ein Justizbeamter durch Uebernahme einer ansehnlichen Testamentsvollstreckung den Neid der geldgierigen Regierung herausforderte, so ward die Annahme dieses Auftrags als „eines der frechsten und dümmsten Unternehmen" bezeichnet und dem Beamten mit Absetzung gedroht, wenn er in seiner Ignoranz es wage, eine „dergleichen äußerst freche und die größte Stupidität verrathende Handlung" vorzunehmen. Wie dann der Unglückliche nicht schwieg, so ward er

*) Brandes a. a. O. S. 4. f.

wirklich suspendirt und ihm zugleich bedeutet: „sein Bericht sei voll der dicksten Dummheit und lege die äußerste Ignoranz in Justiz- und Amtirungssachen klar zu Tage.“ In diesem beglückten Lande der Humanität war es nämlich Brauch, daß die Regierung mit Testamentsvollstreckungen ein einträgliches Geschäft trieb und darum in jeder Concurrenz einen Eingriff in ihre Rechte sah. Ebendaselbst war es auch Praxis, wegen angeblicher oder wirklicher Ehebrüche Geldstrafen zu verhängen und damit dem Fiscus aufzuhelfen. Kam aber eine Pfändung von Liegenschaften vor, so erstand der Hofjude Falck das ausgebotene Object um eine Kleinigkeit und theilte dann seinen Gewinn mit der fürstlichen Hofkammer. Alle diese Dinge waren so notorisch, daß selbst das Reichskammergericht sich ermannte; ob das freilich Erfolg gehabt hat, ist nicht zu sagen.*)

Wenn von einer revolutionären Gefahr die Rede sein konnte, so lag sie vor Allem in diesem nichtswürdigen Treiben der Kleinstaaterei; selbst eine fremde Gewalt, die hier Luft und Raum schaffte, fand wahrscheinlich bereitwillige Stimmungen. Die großen Vorbilder der vorangegangenen Epoche von Friedrich an bis auf Joseph, die selbst das Mittelmäßige gehoben hatten, fehlten jetzt und es war keine kleine Calamität für Deutschland, daß die beiden Großstaaten, zu deren Regenten man seit einem halben Jahrhundert bewundernd aufzublicken gewohnt war, nun selber keine besseren Muster aufwiesen, als Franz und Friedrich Wilhelm II. In solcher Atmosphäre konnte die Revolution nicht die mahnende und warnende Wirkung üben, die sie zum Heil der Könige haben sollte; sie machte nur noch verbitterter und verstockter. Das galt von den Regierenden selber, wie von den ihnen zunächst Stehenden, den bevorrechteten Classen der Gesellschaft. Gemäßigte und feste Männer — klagt ein streng conservativer Publicist — die keinen gewaltsamen Umsturz, die das Gute für das Volk, aber nichts durch das Volk, die eine dem Zeitgeist gemäße, ausgleichende Annäherung ohne Schwäche wollten, wurden wie gewöhnlich verkannt. Der Adel wie die Großen thaten nichts von dem, was die Zeitumstände geboten; man wollte Prätensionen mit Prätensionen erhalten.

Ein allmäliger Umschwung war aber in den Massen der Bevölkerung doch eingetreten; nicht durch die Revolution, sondern durch den langsamen Proceß geistiger Entwicklung, den das Jahrhundert durchgemacht hatte. Die Macht des Alten und Herkömmlichen war in Staat und Kirche, in Lebenssitte und Erziehung gewaltig erschüttert; allenthalben regte sich, zum Theil noch unklar, der Drang nach einer neuen Zeit, auf allen Gebieten hatte man sich losgerissen von der Herrschaft des Ueberlieferten und Conventionellen. Die Revolution war in ihrem ersten Abschnitt dieser Richtung des Jahrhunderts mächtig zu Hülfe gekommen, und wenn man sich auch in ihrem weiteren Gang

*) S. Häberlin, Staatsarchiv III. 102 ff.

erschreckt von ihr abwandte, der Eindruck, daß der Zauber der alten Autoritäten und Mächte dieser Welt einen furchtbaren Stoß erlitten, blieb doch unauslöschlich in den Gemüthern zurück.

Für eine weise Staatskunst gab es hier Stoff genug zur Arbeit. Allein der Mechanismus der Regierung, wie ihn selbst Friedrich handhabte und erhielt, zog wohl routinirte Geschäftsleute, aber keine Staatsmänner groß. Das tritt in der erschreckenden Armuth der folgenden Zeit grell genug zu Tage. Ein gesunder und kräftiger öffentlicher Geist in der Nation selber hatte sich nicht entwickeln können. Die Richtung des ganzen Volkes war überwiegend literarisch und dem Abstracten zugewendet; unsere Gelehrsamkeit und Forschung stand kaum in Beziehung mit dem concreten Leben der Welt und des Staates. Wohl war in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts eine etwas lebhaftere Erörterung politischer Fragen und ein größerer Aufschwung der Presse zu bemerken, aber es waren doch nur bescheidene Anfänge gewesen. Die wundesten Stellen unserer öffentlichen Zustände blieben doch meist unberührt; die freisinnige Presse schonte die Großen und schlug auf die Kleinen, sie seigte nicht selten Mücken, um daneben unbemerkt Kameele zu verschlucken. Ein selbständiger politischer Geist war nirgends vorhanden; das zeigten eben jetzt die Anfänge der Revolutionszeit schon frappant genug.

Wie tief die Reichsordnung im Großen und Ganzen verfallen war, davon hatten doch die Wenigsten eine recht klare Anschauung. Selbst eifrige Anhänger des Alten klagten nachher darüber, daß die Sorglosigkeit und der bequeme Glaube an die Ewigkeit dieser Formen die herrschende Stimmung gewesen sei. Für die Ansicht, welche die schärferen Beobachter vom heil. römischen Reiche hatten, war aber nichts bezeichnender, als die Aengstlichkeit, womit sie dasselbe vor jeder Berührung mit den großen Händeln der Welt abzusperren suchten. Die Klugheit rieth peremptorisch, sagt z. B. Brandes, das Reichsgebäude vor der Gefahr eines Stoßes von Außen oder von Innen sorgfältig zu bewahren. Institute, fügt er naiv hinzu, die nicht recht wirksam sein können und deren Aeußerungen sogar dem Sinne der Zeit nicht zusagen, hält man am besten aufrecht, wenn man nicht zu viel von ihnen hört.*) Indessen war freilich schon der entscheidende Schritt geschehen, der die Erfüllung dieses frommen Wunsches unmöglich machte.

Noch hatte zwar die Revolution im Westen sich nicht so sehr gesammelt und gerüstet, um mit einem gewaltigen Stoße diese alte Ordnung des Reiches zu zertrümmern; allein warnende Zeichen lagen doch genug in den Vorgängen vom Spätjahr 1792. Wie schwach unsere Grenzen gerade dort waren, wo die nächste Berührung mit der Revolution stattfand, daß es uns an hervorragenden Fürsten und tüchtigen Staatsmännern fehlte, daß die sitt-

*) S. die Betrachtungen über den Zeitgeist in Deutschland S. 10 f.

lichen Hebel, welche die frühere Zeit gehoben, jetzt gelähmt waren, daß ein kräftiger öffentlicher Geist nicht existirte, wohl aber Thatlosigkeit, Selbstsucht und weltbürgerliche Zerfahrenheit die Nation entnervten, diese Thatsachen waren schon jetzt offenbar geworden, als die Gefahr erst in halber Stärke herankam. Was aber werden würde, sobald die Revolution in ihrer vollen Kraft sich nach Außen wandte und kriegerisch gewappnet sich auf Deutschland warf, das ließen die Begebenheiten vom Herbst 1792 und das, was gefolgt war, klar genug ahnen.

Sechster Abschnitt.

Der Feldzug von 1793.

Mit dem Falle von Mainz war der deutsche Boden von den Franzosen wieder befreit; es fragte sich nun, wie weit man den Angriff gegen sie ausdehnen würde. Nach dem Zustande des französischen Heeres und nach den letzten Kämpfen vom Juli schien es kein verwegenes Beginnen, mit den nun vereinigten Streitkräften von Mainz aus der Moselarmee auf dem Fuße zu folgen, sie über die Saar zurückzudrängen und allenfalls durch das Lothringische nach dem Unterelsaß in den Rücken der Rheinarmee vorzudringen, um sie zum Verlassen der Linien bei Weissenburg zu nöthigen. Zwar war in den frankfurter Verabredungen eine solche Offensive noch nicht vorgesehen und nur die Wiedereinnahme von Mainz als nächstes Ziel der preußischen Kriegführung betrachtet worden; allein die Verhältnisse hatten sich im Ganzen viel günstiger gestaltet, als man zur Zeit der Berathung über den Kriegsplan hatte annehmen können. Wenn die Politik nicht störend dazwischentrat — militärische Erwägungen konnten in diesem Augenblick nicht von einer raschen Action abmahnen; vielmehr forderte Alles dringend dazu auf, die Verwirrung und Rathlosigkeit im feindlichen Lager, die gerade jetzt den Höhepunkt erreichte, so gut zu nützen als es immer möglich war.

Eines freilich war die erste Bedingung des Gelingens: daß die kriegführenden Mächte über das Ziel und die Mittel des Kampfes unter sich einig blieben. Nach den Verabredungen, die in den letzten Wochen des verflossenen Jahres stattgefunden, schien das vorerst noch zu erwarten; Oesterreich hatte darin den Preußen die polnische Beute, Preußen den Oesterreichern Baiern preisgegeben. Zugleich hatte Rußland zwar sich selber reichlich bedacht, aber doch auch den preußischen Begehren zugestimmt. Man empfand darüber in Berlin die größte Befriedigung; man glaubte, nun glücklich über alle Schwierigkeiten hinweg zu sein. So ist denn, Gott sei Dank, endlich unser großes Ziel erreicht, schrieb Friedrich Wilhelm II. am 31. Dec. 1792 eigenhändig unter eine Depesche an Goltz; es waren freilich große Anstrengungen noth-

wendig, aber wer nichts wagt, gewinnt auch nichts. Die Sorgen, die Ihnen Ihr Patriotismus eingab, sind nun beseitigt und wir genießen die Befriedigung, unsere Arbeiten vom glücklichsten Erfolge gekrönt zu sehen.

Ob diese fröhliche Zuversicht ganz berechtigt war, daran ließ sich freilich zweifeln. Die Nachrichten, die von Wien kamen, deuteten wenigstens nicht darauf hin, daß dort das letzte Wort schon gesprochen sei; sie ließen eher fürchten, daß man die jüngste Einwilligung schon bereue. Auch war es unverkennbar, daß seitdem die Ungeduld nach der bairischen Erwerbung mit jedem Tage wuchs und daß die Oesterreicher unruhig abwogen, wie viel näher Preußen seiner Beute stand, als sie der ihrigen. Kaum hielt man sich zurück, die franzosenfreundliche Haltung des pfalzbairischen Hofes als einen Vorwand zum offenen Angriff zu benützen; wenigstens äußerte Cobenzl unumwunden: wenn es zum Bruch mit Pfalzbaiern komme, um so besser; dann werde der Einmarsch ins Land sich von selber rechtfertigen. Ueberhaupt drehten sich alle Gedanken der österreichischen Politik mehr als je um den bairischen Tausch.*)

Indessen unterhandelte Preußen in Petersburg über den Theilungsvertrag, und zwar ganz im Geheimen; so hatte es Katharina gewollt. Verdrießlich über Oesterreichs Schritte in London, verlangte sie, daß der Wiener Hof erst nach dem Abschluß von dem Inhalt des Vertrags erfahre. Bei dieser Verhandlung waren es besonders zwei Punkte, auf die Preußen seine Thätigkeit wandte: einmal bemühte es sich, Angesichts der so großen Erwerbung Rußlands, eine noch bessere Grenze zu erlangen, etwa die Bezirke von Rawa und Ploczk oder einen Zuwachs in Samogitien; dann suchte es in Bezug auf den französischen Krieg und dessen Dauer sich jeder Verbindlichkeit zu entschlagen, die allzuläſtige Folgen haben konnte.**) Man war aber in beiden Fällen nicht glücklich; jede weitere Vergrößerung ward von den Russen rund abgelehnt und der Satz über Frankreich in den Vertrag aufgenommen. Einige Sorge weckte außerdem die Bestimmung über den bairischen Tausch, zu welchem die beiden Mächte dem Kaiser verhelfen sollten; wie weit sich die Verpflichtung hier ausdehnte, war nicht so klar begrenzt, daß jede Zweideutigkeit wegfiel. Indessen blieb der König bei seiner früheren Ansicht, zwar durch bewaffnete Hülfe zur Eroberung Belgiens mitzuwirken, aber gegen Baiern keinerlei Zwang anzuwenden; auch das Ministerium betonte das Gleiche mit allem Nachdruck und fügte hinzu: anders sei die Sache nie mit Oesterreich verabredet worden.***)

Doch waren alle diese Bedenken nicht mächtig genug, um die Vortheile aufzuwiegen, die der Vertrag nach preußischer Auffassung gewährte; gern war

*) Aus Caesar's Depeschen vom 3., 10., 12. und 26. Januar.
**) Berichte von Goltz vom 4. und 13. Jan.
***) Der König d. d. 22. Jan. und das Ministerium am 3. Febr.

man darum in Berlin bereit, zu unterzeichnen und nach dem Verlangen der Czarin auch das Geheimniß bis Ende März zu bewahren; „selbst gegen den Wiener Hof, wie das Ministerium sich ausdrückte, obwohl derselbe voraussichtlich großen Anstoß an der zweimonatlichen Verheimlichung nehmen wird."

So erfolgte denn in Polen die Entscheidung. Am 6. Jan. erschien das berüchtigte Manifest, worin Preußen den beabsichtigten Gewaltstreich mit der angeblichen Gefahr revolutionärer Umtriebe zu rechtfertigen suchte; acht Tage später rückten die preußischen Truppen ein. Am 23. Jan. ward zu Petersburg der Theilungsvertrag unterzeichnet. Außer den Bestimmungen über die Beute, die den Theilungsmächten zufiel, waren besonders die Artikel über den französischen Krieg und über den bairischen Ländertausch von Bedeutung. Rußland versprach, so lange die Unruhen in Frankreich und der Krieg mit den deutschen Mächten dauerten, seine Armee auf dem gegenwärtigen Fuß zu erhalten, nach den bestehenden Verträgen Hülfe zu leisten und auf die erste Requisition jeden Aufstand in Polen oder den preußischen und österreichischen Provinzen niederzuschlagen. Preußen sagte zu, wie bisher gemeine Sache mit Oesterreich gegen die französischen Rebellen zu machen und keinen Separatfrieden zu schließen, bevor die durch ihre Declarationen angekündigten Zwecke erreicht und die Gegner gezwungen seien, sowohl ihre feindlichen Unternehmungen nach Außen, als ihre Ruhestörungen im Innern aufzugeben. Beide Mächte verpflichteten sich, ihre guten Dienste und andere wirksame Mittel anzuwenden, um dem Kaiser den bairischen Ländertausch zu verschaffen, so wie andere Vortheile, die sich mit der allgemeinen Convenienz vertrügen.*) Der Vertrag blieb bis in die letzte Woche März geheim; dann ward er dem Kaiser vorgelegt, damit er beitrete und die Erwerbungen der beiden Mächte garantire, so wie diese ihm den Tausch, sobald er vollzogen war, sicherstellen sollten.

Man sieht, worin für Oesterreich das Beunruhigende lag. Die beiden Nachbarmächte hatten ihre Beute bereits in Händen, während Oesterreich auf die seine noch wartete und nur die „guten Dienste" Rußlands und Preußens dafür anzusprechen hatte. Denn unter den preußischen Staatsmännern war wenigstens keiner, der glaubte, Preußen dürfe oder solle mit Waffengewalt den Ländertausch für Oesterreich durchsetzen. Vielmehr riethen die Einflußreichsten, nur vorsichtig vorzugehen und die Linie der Hülfsmacht in keinem Falle zu überschreiten. „Wenn das Haus Oesterreich, schrieb Haugwitz damals,**) die Niederlande wieder erobern kann, desto besser für Oesterreich und für uns; wir wünschen es aufrichtig, aber ob es mit unserer Hülfe oder mit

---

*) „De n'omettre, hieß es im 7. Artikel, lorsqu'il en sera tems et qu'elles en seront requises, aucun de leurs bons offices ni autres moyens efficaces, qui sont en leur pouvoir." (Aus den Acten des Staatsarchivs.)

**) Aus Frankfurt am 9. März. (In der Tauenzien'schen Correspondenz.)

den eigenen österreichischen Kräften geschieht, das ist uns politisch ganz gleichgültig. Indessen dürfen Sie sicher sein, daß wir seine Sache nicht verlassen; nur dürfen wir nicht vergessen, daß es nicht an uns ist, voranzugehen. Unsere Entschädigungen sind allerdings gesichert und hängen nicht von den Chancen des Krieges ab; allein ich wiederhole es, wir werden die Sache unseres Verbündeten nicht verlassen, ihm unsere Hülfe leisten, aber sorgfältig vermeiden, die erste Rolle zu spielen."

Seit dem Vorschreiten in Polen konnte man in Wien nicht mehr daran zweifeln, daß eine Verabredung zwischen Rußland und Preußen schon getroffen war oder nahe bevorstand. Man war daher in zunehmender Aufregung und jede Depesche des preußischen Gesandten meldete von dem Verdruß, den diese Wendung in Wien errege, von den Vorwürfen gegen Cobenzl, von den Gerüchten einer Ministerkrisis.*) Da erfolgte am Nachmittag des 22. März eine erste authentische Mittheilung über den vor zwei Monaten geschlossenen Vertrag. Cobenzl und Spielmann zeigten die größte Betroffenheit; Cobenzl meinte, das sei eine Sache, über die er sich nicht einmal erlaube, eine Meinung zu haben; sie sei so groß, so entscheidend, von allen früheren Verhandlungen so unabhängig, daß er die Angelegenheit in ihrem ganzen Umfange vorerst gar nicht erfassen könne. Als dann Caesar an die Besprechungen, die Haugwitz im December gepflogen, erinnerte, wich Cobenzl aus. Er könne jetzt gar nichts Officielles erklären, aber alle jene früheren Verhandlungen seien nur eine Bagatelle im Vergleich mit dieser immensen Erwerbung. Als in denselben Tagen Rasumowski, der russische Gesandte, eine Audienz beim Kaiser hatte, suchte derselbe jede Erörterung zu meiden; noch habe er keine Zeit gehabt, den Vertrag zu lesen, werde aber mit seinen Ministern darüber berathen. Auf Rasumowski's Bemerkung, daß ihm doch wohl der Hauptinhalt bekannt sein werde und daß die Czarin, bei der drängenden Nähe des Vollzugs, auf eine rasche und günstige Entschließung des Kaisers hoffe, erwiederte Franz in kühlem Tone: er sei eben sehr beschäftigt und die Bedingungen des Vertrages von der Art, daß sie eine reife Ueberlegung verdienten; sobald er sich entschlossen, werde er die Entscheidung der Czarin mittheilen. Aber Kaiser Franz hatte seinen Entschluß bereits gefaßt und zögerte nicht, ihn auf bezeichnende Weise kund zu geben.

Am 27. März erfolgte unerwartet ein Ministerwechsel, der den Grafen Philipp Cobenzl auf das italienische Departement beschränkte, Spielmann durch eine diplomatische Sendung beseitigte und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten an Baron Franz Thugut übertrug. Damit trat eine Persönlichkeit an's Ruder, der an den traurigen Geschichten der folgenden Jahre, an der herrschenden Verwirrung und Auflösung ihr reicher Antheil zufällt. Ein Mann von Geist und Talent, aber ohne sittliche und politische Grund-

*) Namentlich sind Caesar's Depeschen vom 16. und 21. März davon erfüllt.

sätze, cynisch in der Schätzung der Menschen wie in der Wahl seiner Mittel, in der diplomatischen Schule der osmanischen Verhältnisse gebildet und später in den Unterhandlungen mit den Häuptern der Revolution gebraucht, verband der neue Lenker der österreichischen Politik die Neigungen eines orientalischen Veziers mit der jakobinischen Rücksichtslosigkeit eines plebejischen Emporkömmlings. Die Neigung zur Gewaltthätigkeit bis an die Grenze des Frevels und Verbrechens, die unverhüllteste Selbstsucht und ein unwiderstehlicher Hang zur Intrigue, eine Art von Leidenschaft für künstliche Verstrickung der Verhältnisse, das Alles war zugleich in diesem Manne repräsentirt und drängte sich auf eine Reihe von Jahren in die österreichische Politik ein, bis diese Staatskunst Katastrophen heraufführte, welche die Existenz des Staates selbst in Frage stellten.

Verhängnißvoll war darum dieser Ministerwechsel schon des Mannes wegen, der ans Ruder trat; er war es aber auch um der Motive willen, die man ihm unterlegte. Es galt als ausgemacht, daß der Abschluß in den polnischen Dingen, zu dem Preußen und Rußland gelangt waren, den Kaiser Franz tief verstimmt und ihn zur plötzlichen Entlassung seiner bisherigen Rathgeber bewogen habe.*) Die wieder schärfer betonte Rivalität gegen Preußen und das Aufgeben der Verständigung vom December war also der Sinn des Ministerwechsels. So sah man es wenigstens gleich Anfangs in Berlin an und Thugut selber ließ kaum eine Täuschung darüber aufkommen, daß diese Ansicht die richtige sei. Erst zeigte er sich mißgestimmt über die preußisch-russische Verständigung, die doch völlig zu den bisherigen Verhandlungen auch Oesterreichs paßte, dann ward allmälig eine bestimmte Gegenwirkung in Polen sichtbar, deren Spitze sich vorzugsweise gegen Preußen richtete, und nach kurzer Zeit war es kein Geheimniß mehr, daß das Wiener Cabinet der Theilung entgegen sei und die national-polnische Partei an ihm einen Rückhalt habe.**) Es waren die ersten Anfänge einer Staatskunst, die wahrscheinlich damit endete: daß Oesterreich zwar die polnische Theilung nicht hindern konnte, dafür aber die Angriffskraft gegen Frankreich lähmte und sich selber die ungeduldig erstrebten Vergrößerungen verscherzte.

---

*) In einer Depesche des ausw. Minist. d. d. Berlin 5. April heißt es: Je veux vous confier pour votre instruction particulière que cette révolution ministerielle doit être attribuée à la communication qui a été faite à la Cour de Vienne peu de jours auparavant de la convention secrète que j'ai conclue avec l'Impératrice de Russie sur les affaires de Pologne, et qui paraît avoir donné beaucoup d'humeur à l'Empereur relativement aux avantages qui en resultent pour son ancien allié. (Aus der Tauenzien'schen Correspondenz) Aehnlich Caesar am 3. April: Les ministres ont été renvoyés avec une humeur marquée de la part de l'Empereur, pour n'avoir pas prevenu les negociations separées entre V. M. et l'Imperatrice de Russie sur les affaires de Pologne.

**) Die einzelnen Momente dieser Wendung schildert Sybel II. 261 ff.

Zunächst schwand darüber jeder Zweifel, ob Oesterreich dem Petersburger Vertrag beitreten würde oder nicht. Durch Fürst Reuß ließ es in Frankfurt erklären: daß man seit der Conferenz von Pillnitz in allen späteren Besprechungen stets den Grundsatz vollkommener Gleichheit der Entschädigungen aufgestellt und festgehalten habe; auch Haugwitz habe bei der Wiener Verhandlung im jüngsten December diesem Princip zugestimmt. Jetzt erwerbe Preußen ohne Opfer ein Gebiet mit anderthalb Millionen Bewohnern, während Oesterreich, selbst wenn es den bairischen Tauschplan durchsetze, sich höchstens durch eine bessere Abrundung verstärke. Auch sei es jederzeit Maxime Oesterreichs gewesen, die unmittelbare Nachbarschaft mit Rußland zu vermeiden, durch den Petersburger Vertrag werde das geändert. Oesterreich könne deßhalb demselben nicht beitreten. Wenn man sich auf eine angebliche Einwilligung vom December 1792 berufe, so sei das ein Irrthum; damals seien nur vage Erklärungen gefallen und man habe in Wien wohl eine weitere Verhandlung, nicht aber die sofortige Occupation Polens erwartet.

Es entspann sich darüber ein weitläufiger Schriftenwechsel. Haugwitz, der Unterhändler von Merle und von Wien, bestritt die Richtigkeit der österreichischen Darstellung durchaus. Der Grundsatz der Parität sei von Oesterreich allerdings begehrt, aber von ihm niemals zugestanden worden. Dagegen könne nach der Erklärung von Merle und den Besprechungen in Wien kein Zweifel über die wahre Lage der Dinge bestehen. Dort sei ausdrücklich die Besitznahme der Entschädigungen von Preußen gefordert und, wiewohl nicht ohne Mühe, von Oesterreich zugestanden worden. Haugwitz berief sich auf die ausdrückliche Erklärung, die ihm damals Spielmann gegeben, und auf andere unzweideutige Aeußerungen. Bei der Abschiedsaudienz am 23. Dec. habe ihm z. B. der Kaiser gesagt: ich habe der preußischen Erwerbung zugestimmt, fürchte aber, die Czarin wird es nicht thun. Und noch Wochen lang später (29. Jan.) habe ihm Cobenzl geschrieben: Ihr könnt zufrieden sein mit uns, da wir Alles zugestanden haben, was Ihr verlangt habt.*)

Der Eindruck dieser Wendung ließ sich bald wahrnehmen, in der Diplomatie der Verbündeten wie in ihrer Kriegführung. Oesterreich erneuerte damals seine Bemühungen bei Pfalzbaiern und den Zweibrücker Prinzen, um der Idee des Tausches Eingang zu verschaffen; die Zweibrücker machten aus ihrer Abneigung keinen Hehl und wandten sich wie früher an Preußen um Unterstützung. Preußen ermuthigte sie nicht zum Widerstand, aber es sprach ihnen auch nicht zu, nachzugeben. Als der Herzog von Zweibrücken im April Lucchesini nach Mannheim zu sich einlud, ging dieser alte Gegner des Tauschprojects bereitwillig hin, wie er selber schrieb: um ihn anzuhören, nicht um ihm über den Kern der Frage eine präcise Antwort zu geben. Die Neigung Preußens, sich für das Tauschproject thätig zu beweisen, war aber unter dem

*) Aus Actenstücken vom 6. und 7. Mai. (Im Staatsarchiv.)

Eindruck der letzten Verhandlungen schon sehr gering geworden. Wie der Herzog von Zweibrücken dem genannten preußischen Diplomaten anvertraute, er wolle auch die Unterstützung Englands anrufen und sich deßhalb mit Lord Elgin in Benehmen setzen, da rieth ihm Lucchesini wenigstens nicht ab. Das preußische Ministerium billigte diese Haltung, nur wünschte es Alles vermieden zu sehen, was den Vorwurf eines doppelten Spiels herausfordern konnte; denn, hieß es in einer Depesche von 21. April, trotz unserer Abneigung gegen dieses unselige Project bleiben wir doch bei der Ansicht, daß der König die Miene annehmen muß, es zu fördern, sowohl wegen der Verabredungen mit Oesterreich, als in Folge des Petersburger Vertrags.*)

Nicht minder fühlbar wirkte dies Alles auf die Führung des Krieges zurück. Je mehr seit Thuguts Erhebung das Verhältniß zu Oesterreich an Vertrauen abnahm und mit jedem Tage argwöhnischer und hinterhaltiger ward, desto rascher schwand auch im preußischen Lager jede Neigung, sich zu großen und weitreichenden Operationen oder gar zu Eroberungsplanen, die Oesterreich zu Gute kamen, gebrauchen zu lassen; warum, hieß es, preußisches Blut für Oesterreich vergießen, das sich doch überall als der versteckte Gegner preußischer Interessen erweist? Wir finden schon in ministeriellen Correspondenzen vom Mai 1793 den entschiedenen Ausspruch, daß Preußen an einen weiteren Feldzug nicht mehr denken könne; Lucchesini machte offen Propaganda für den Gedanken, man müsse am Schluß dieses Feldzugs den Kopf aus der Schlinge ziehen! Drum fehlte es auch keineswegs an Leuten, die schon jetzt im Stillen zum Frieden mit Frankreich neigten. War doch damals (Mai 1793) auf französischer Seite aus dem Kreise der gemäßigteren Parteien der Gedanke aufgetaucht, man solle sich Preußen und Baiern zu Freunden zu machen suchen, indem man die drei geistlichen Kurstaaten am Rhein zu ihren Gunsten säcularisirte und die ganze Kraft des Krieges gegen Belgien wendete. Zwar ist die Katastrophe der Gemäßigten rasch gefolgt und hat diesen Gedanken mit zu Grabe getragen; ohne diesen Umschwung war es aber durchaus nicht unwahrscheinlich, daß wie für Baiern so auch für Preußen ein solcher Vorschlag etwas mächtig Verlockendes gehabt hätte.

Eines war in jedem Falle ausgemacht: Preußen beobachtete den Ver-

*) „— — doit avoir l'air de le favoriser.“ Dazu gehört noch die Aeußerung in einer späteren Depesche: il faut nous imposer de toute necessité les plus grands ménagemens pour écarter à Vienne et à Petersbourg jusqu'au moindre soupçon que nous serions capables de contrecarrer un plan en faveur duquel nous avons pris des engagemens formels avec les deux Cours Imperiales. Ces ménagemens nous paraissent d'autant plus essentiels que le Duc de Deuxponts est dans l'habitude d'initier le Prince Maximilien dans touts ses secrets, et que l'indiscretion connue de celui-ci pourrait aisément nous compromettre. (Aus der Lucchesini'schen Correspondenz vom Jan. bis April 1793 im Staatsarchiv, die für dies Verhältniß das meiste Material bietet.)

bündeten an seiner Seite so scharf wie nur immer den Gegner. Sich auf das Nothwendigste beschränken und nicht vom Schauplatz und vom Hauptziele preußischer Politik zu sehr ablenken lassen, dieser Grundton geht durch alle die Aeußerungen preußischer Staatsmänner und Diplomaten hindurch, die uns aus jenen Tagen vor Augen liegen. Der Herzog von Braunschweig, als man ihn im Mai über die weiteren Operationen berieth, äußerte: man solle das von dem Gang der Mainzer Belagerung abhängig machen. Sei diese Festung gefallen, so habe der König auf dieser Seite kein Object der Eroberung vor sich; man könne dann nur für Oesterreich arbeiten und dessen beabsichtigte Vergrößerungen im Elsaß unterstützen. Preußen könne das wohl begünstigen, aber es dürfe doch seine Armee inmitten feindlicher Festungen nicht aufs Spiel setzen.*) Man sollte daher, meinte der Herzog weiter, den Oesterreichern erklären: wenn sie eine Unternehmung gegen das obere Elsaß beabsichtigten, so werde man mit einem Theil der Preußen und den kleineren Contingenten die Queich beobachten, mit der Armee die Vogesen zu umgehen suchen, auch Alles aufbieten, dem Feinde allen möglichen Abbruch zu thun. Solch ein Anerbieten, schließt der Herzog, werde dem König freie Hand lassen, so zu verfahren, wie es die Interessen Preußens geböten.**)

Ein Schreiben Mansteins, das die Vorschläge (24. Mai) beantwortet, läßt die Ansicht des einflußreichen Generaladjutanten erkennen. „Der König, schreibt er, hat es noch nicht an der Zeit gehalten, sich über die künftigen Operationen auszusprechen, bevor der Kaiser, für welchen man den Kampf führt und dem man einige Entschädigungen verschaffen will, sich sowohl über die Natur und den Umfang dieser Entschädigungen, als über die Mittel, die er anwenden will, ausgesprochen hat. Der König, der nur Hülfsmacht ist, will und darf nicht den Feldzugsplan auf sich nehmen; er erwartet denselben vom Wiener Hofe und wird seine Mitwirkung theils von den Verhältnissen, theils von den Kräften und Stellungen des Feindes, sowie von der Stärke der Truppen abhängig machen, welche der Kaiser verwenden will.“ Die Gleichgültigkeit an einem Kampfe, der nach der Wiedereinnahme von Mainz Preußen keinen Reiz und Vortheil mehr gewährte, die finanzielle Bedrängniß, die eben durch die Kosten der Mainzer Belagerung mit jedem Tage gesteigert ward, die unruhige Sorge, welche die politische Wendung in Polen erweckte, dies Alles schwächte von Stunde zu Stunde die Lust an der Fortdauer des Krieges. Als sich damals Tauenzien befremdet darüber ausließ, daß Preußen nicht eine selbständige und rasche kriegerische Thätigkeit entwickle,

*) S. M. le Roi pourra les favoriser infiniment, sans compromettre son armée dans des sièges ou entre ce nombre de places fortes qui bordent les frontières de la France.“ Aus einem Schreiben des Herzogs, d. d. Edenkoben, 21. Mai.

**) „— — parcequ'elle laisse de la marge aux circonstances et les mains libres à S. M. d'agir selon ce qu'elle jugera être le plus de ses interêts, lorsque le moment de l'exécution arrivera.“

verwies ihn Manstein eben auf diese politischen Gründe. „Wir können, sagt er, dürfen und müssen gerade nicht mehr und nicht weniger thun, als wir thun. Diese Art zu handeln gefällt uns Militärs nicht und am allerwenigsten dem König, welchem es wohl am Herzen liegt, einige Glorie zu erwerben; allein wenn denn doch zugegeben werden muß, daß der König nicht allein als General, sondern als König, der außer dem militärischen Gesichtspunkte auch andere zum Wohl seines eigenen Staates zu nehmende Rücksichten nöthig hat, handeln muß, so kann uns diese gêne zwar nicht anders als wehe thun: aber man muß sich derselben trotz Allem unterwerfen. Nun ist es von äußerster Wichtigkeit, daß wir unsererseits den Krieg nicht länger als bis zu Ende dieser Campagne führen (das heißt auf unsere Kosten); denn wir können es auf keinerlei Weise thun, ohne uns in großes Risico zu versetzen. Das zwingt uns, uns in nichts einzulassen, was uns zu weit führen könnte; drum dürfen auch nicht wir diejenigen sein, welche Vorschläge thun oder Operationen anfangen, die wir nicht vor dem Schluß dieser Campagne beendigen könnten. Wir müssen uns vielmehr platterdings in der Lage erhalten, daß, sowie der letzte December da ist, wir nirgends gebunden sind, sondern unser Buch zumachen können."

Die Haltung des österreichischen Cabinets und Thuguts Neigung zum doppelten Spiel kam dem Allem sehr zu Hülfe. In London wirkte seine Diplomatie für den bairischen Tausch; den Russen und Preußen gegenüber schien sie darauf zu verzichten und an eine Entschädigung in Frankreich oder Polen zu denken. Im preußischen Lager, wo man dem Grundsatz einer Vergrößerung Oesterreichs zugestimmt, erweckte dies neue Sorgen; man wußte nicht mehr, wo der Kaiser eigentlich seine Beute suche, in Baiern oder an der Westgrenze oder in Polen? Die preußischen Diplomaten gaben sich alle Mühe, darüber Gewisses zu erfahren. Lucchesini bat z. B. Tauenzien,*) doch genau auf das Verfahren Oesterreichs in Belgien Acht zu haben, damit daraus entnommen werden könne, ob man in Wien geneigter sei, die Niederlande zu behalten oder Baiern einzutauschen? Wie dann der Prinz von Coburg Miene machte, im französischen Flandern Besitz zu ergreifen, ward ihm aus dem preußischen Hauptquartier bedeutet, man sei gern bereit, Erwerbungen, die der Verbündete Preußens machen wolle, zu fördern, aber man warte bis jetzt noch vergebens auf eine Erklärung von Wien, welches das künftige Schicksal der besetzten Gebiete sein solle und wie man sich in Bezug auf die Niederlande zu verhalten gedenke.**)

Das Eine war aber klar, daß die leiseste Verwicklung in Polen die ganze Situation der kriegführenden Mächte verschob, vielleicht die Coalition auflöste. Preußen vor Allem war dann in die peinliche Lage gedrängt, ent-

*) Schreiben d. d. 12. Juni.

**) Aus einem königl. Schreiben an Tauenzien, d. d. 28. Juni.

weder durch eine doppelte Kriegführung am Rhein und an der Weichsel den schon erschütterten Staatshaushalt vollends zu zerrütten, oder sich von dem Kriege am Rhein auf jede Weise loszumachen, damit es seinen Interessen an der östlichen Grenze nachgehen könne. Die Last eines doppelten Krieges zu tragen, galt schon jetzt bei allen Staatsmännern und Diplomaten, die damals Einfluß übten, für etwas auf die Dauer Unausführbares; die Wahl stand also nur so: sollte man am Rhein die ganze Kraft aufwenden, um Oesterreich Vergrößerungen zu schaffen, indeß Rußland sich in Polen festsetzte, oder sollte man seine Kraft gegen Osten wenden und am Rhein nur eben so viel Thätigkeit entwickeln, als ohne große Opfer an Geld und Soldaten thunlich war? Aus den erwähnten Aeußerungen hat sich ergeben, daß die einflußreichsten Rathgeber des Königs, der Herzog von Braunschweig so gut wie Haugwitz, Lucchesini und Manstein, nicht im geringsten verschieden darüber dachten, welcher der beiden Wege einzuschlagen sei. Noch war die Verwicklung in Polen so drohend nicht geworden, daß sie die Gedanken, an die man sich im preußischen Lager zu gewöhnen anfing, schon zu Entschlüssen gereift hätte; aber schon im Laufe der nächsten Monate, seit August namentlich, trat dort die kritische Wendung ein, die rasch und augenblicklich auf die Dinge am Rhein herüberwirkte. Wir werden seiner Zeit davon zu berichten haben.

Nicht am Mittelrhein nur lähmte die Verschiedenheit der politischen Interessen die rasche, kriegerische Thätigkeit der Coalition, auch in den Niederlanden tritt den Erfolgen, die mit den Waffen errungen waren oder noch errungen werden konnten, ein ähnlicher Widerstreit hemmend entgegen. War auch die Katastrophe von Dumouriez's Abfall und Flucht nicht so durchgreifend benutzt worden, wie es bei der Auflösung der französischen Truppen damals hätte geschehen können, so war doch das Uebergewicht der Verbündeten entschieden. Die österreichischen Niederlande waren wieder gewonnen, die noch erwarteten Verstärkungen, namentlich der Holländer und die von den Engländern gemietheten deutschen Contingente kamen allmälig an und es stand, zumal bei der moralischen Beschaffenheit der Gegner, dem Vordringen auf's französische Gebiet nun kein Bedenken mehr im Wege. Der Prinz von Coburg begann mit der Blokade der Festung Condé. Vergebens suchten die Franzosen (Mai), die in Dampierre einen tapferen Führer erhalten, durch eine Reihe von Gefechten den Platz zu entsetzen; diese Kämpfe hatten für sie höchstens den Werth, die fast aufgelöste Armee wieder ans Feuer zu gewöhnen; sie endigten, als Coburg ihre Stellungen bei Famars mit Macht angriff, mit dem Siege der Verbündeten. Auch Valenciennes ward jetzt eingeschlossen und bombardirt; Entsatz zu bringen, vermochten die Franzosen hier

so wenig, wie bei Condé. Am 10. Juli ergab sich Condé, durch Hunger zur Uebergabe gezwungen; am 28. fiel auch Valenciennes.

Ernster war zu keiner Zeit die Lage der französischen Republik gewesen, als in diesem Augenblick. Im Westen Frankreichs war der Bürgerkrieg in vollem Fortgang begriffen und bis jetzt fast überall siegreich über die republikanischen Waffen, das Innere zerrissen von Factionen, die Hauptstadt den Jakobinern, die Provinzen den Girondisten zugethan, die ersten Städte des Landes, Lyon, Bordeaux, Marseille u. s. w., entweder bereit, sich gegen Paris zu erheben oder schon in offenem Aufstande, die Armee zum großen Theile ohne Führer, überall geschlagen und entmuthigt, Geld keines in den Kassen und der Preis selbst der nothwendigsten Lebensbedürfnisse im steten Steigen — das war das allgemeine Bild französischer Zustände in einem Moment, wo eine feindliche Heereskraft von mehr als 250,000 Mann an den Grenzen des Landes stand und die ersten Festungen im Nordosten ihre Thore dem Feinde geöffnet hatten. Es ist eine verbreitete Meinung: es sei nur die unübertroffene Energie der Jakobiner gewesen, die in dieser Krisis Frankreich gerettet habe; und gewiß, was sich mit verzweifelten Mitteln des Schreckens und der revolutionären Erhitzung erreichen ließ, ist damals geschehen. Aber ehe die Hunderttausende im Felde standen, die jetzt das Geheiß des Convents in die Feldlager trieb, ehe die Waffen geschmiedet, die Geschütze gegossen, die Munition geschaffen war, ehe Carnot's organisatorischer Geist diese ungeübten Haufen anfing zu Soldaten zu bilden, ehe sich in den Armeen selber die natürlichen Talente Bahn brachen und die Leitung der Heere errangen, bevor also die Früchte unerhörter Energie gereift waren (und dies war erst im Jahre 1794 der Fall), konnte das entscheidende Loos über Frankreich längst gefallen sein! Oder widerspräche es etwa menschlicher Wahrscheinlichkeit, daß in diesem Augenblicke äußerster Bedrängniß eine Macht von zweimalhunderttausend Mann, welche die Saar und Schelde überschritt und auf die Hauptstadt losdrängte, stark genug war, im Bunde mit den Aufständen im Westen, die jakobinische Macht zu überwältigen? Daß auch nicht einmal der kühne Versuch gemacht ward, war nicht das Verdienst jakobinischer Energie, sondern lediglich der Coalition selbst, die vom März bis August 1793 überall vermocht hatte zu siegen, aber nirgends den Sieg entscheidend zu benutzen. Und wäre es nur die Pedanterie einer hergebrachten Methode gewesen, die in ungewöhnlicher Lage, gegenüber einem schlecht geübten und gerüsteten Gegner, die alten Regeln so steif festhielt, wie wenn es der Besiegung eines ebenbürtigen Heeres galt, auch diese Methode hätte im entscheidenden Moment sich von der seltenen Gunst der Verhältnisse zu einem rascheren Tempo fortreißen lassen! Aber die Coalition war in sich selber gespalten; denn jeder der Verbündeten folgte einem anderen politischen Ziele. Die Idee eines Kampfes für das Königthum war überall zurückgedrängt durch die Macht der Sonderinteressen. Wie es am Rhein im preußischen Lager aussah, haben wir oben

wahrgenommen; gern hätte Friedrich Wilhelm II. seine Ehrenschuld gegen das französische Königthum gelöst, aber ebenso gern diesen widerwärtigen Kampf beendet, dessen Last und Kosten ihm im Osten die Russen vor die Thore der preußischen Monarchie zu führen drohten. Wenn im österreichischen Lager in den Niederlanden der Kriegseifer größer schien, so war der Grund nur eben der, daß Oesterreich seine Vergrößerungen nicht im Osten auf Kosten Polens, sondern im Westen auf Kosten Frankreichs suchte. England hatte schon im April mit dürren Worten erklärt: daß ihm nur eine Sache am Herzen liege — die Einnahme von Dünkirchen.*) Jetzt eben ward vor aller Welt enthüllt, wie hohl es mit dem angeblichen Kampfe für den legitimen Thron bestellt war; der Prinz von Coburg nahm von Condé wie von erobertem Gebiete Besitz und errichtete eine österreichische Regierungscommission, die sich dort häuslich einrichtete, wie wenn die Behauptung des französischen Flanderns schon eine ausgemachte Sache sei. Die Anfragen Preußens, die Protestationen des bourbonischen Kronprätendenten stellten dann nur den inneren Widerspruch eines Kampfes bloß, der für das Princip der öffentlichen Ordnung begonnen sein sollte und doch in einen Eroberungskrieg für ganz widerstreitende Interessen ausschlug.

Wie hätte es unter diesen Verhältnissen dazu kommen sollen, mit einer gemeinsamen Kraftanstrengung die ganze Heeresmacht nach Frankreich zu werfen und die Revolution in ihrem gefährdetsten Augenblick mit einem Schlage zu überwältigen? Am Mittelrhein erwartete man die Weisungen von Wien, um nicht durch ein Zeichen von Selbstthätigkeit aus der Rolle einer Hülfsmacht herauszutreten; in den Niederlanden hatte der Prinz Coburg keinen höheren Wunsch, als den Rest des Jahres sich um Lille festzusetzen,**) und die Engländer drängten mit Ungeduld darauf hin, daß man ihnen Dünkirchen erobere. Der kaiserliche Feldherr war dem Plane zwar keineswegs geneigt, aber er mußte seine bessere Ueberzeugung den Verhältnissen unterordnen.***) Am 3. August fanden Conferenzen zu Herin

---

*) Le Colonel de Mack a été trouver le duc de York pour le solliciter à se porter sur Tournay: tout ce qu'il en a pu obtenir, c'est que cela seroit jusques aus tems que Condé pourroit se rendre, n'ayant d'autre but que de s'emparer de Dunkerque. Le ministère anglais y tient absolument et le Colonel Murray a declaré que c'était le grand motif qui eut décidé le parlement à consentir dans la guerre du Continent." (Aus einem Berichte Tauenzien's, d. d. 23. April.)

**) Nach einer handschr. Aufzeichnung: geheime Betrachtungen über die künftigen Operationen der combinirten Armee d. d. Rombies 9. Mai 1793.

***) „Ich muß, schrieb er am 1. Mai dem Kaiser, dieses Opfer den Engländern bringen und mich schließlich noch glücklich schätzen, daß ich unter diesen Verheißungen ihre Armee bei mir behalte" u. s. w. Witzleben, Prinz Friedrich Josias von Coburg. II. 241 und 270. In Wien billigte man aber den Plan, um sich England gefällig

statt;*) der Herzog von York erklärte da auf Befragen: er müsse nach den von London erhaltenen Befehlen Dünkirchen belagern, und sein Wunsch sei es daher, den Feind sogleich mit vereinigter Macht anzugreifen, dann sich nach Dünkirchen zu begeben, wozu er die Unterstützung von 15,000 Kaiserlichen verlange.

So geschah es. Vom 6. bis 8. August erfolgte auf die französischen Stellungen ein Angriff, der den Feind nöthigte, seine Position fast ohne Kampf zu verlassen und sich auf die Linie von Arras, Bapaume und Peronne zurückzuziehen. Der leichte Erfolg bewies am schlagendsten, wie wichtig es gerade jetzt war, die verbündeten Kräfte, denen die Franzosen offenbar nicht widerstehen konnten, ungetrennt zusammenzuhalten. Auch ward damals allgemein erwartet, die vereinigte Armee werde dem natürlichen Antriebe der Verhältnisse nachgeben, sich des Ueberganges über die Somme bemächtigen und direct gegen die französische Hauptstadt vorgehen, von der sie dann nur noch ein Zwischenraum von einigen zwanzig Meilen schied. Als sich das verbündete Heer mit einem Male trennte, York mit den Engländern, Hannoveranern, Hessen und 15,000 Oesterreichern nach Dünkirchen ging, das preußische Corps gemäß früherer Verabredung nach dem Rhein aufbrach, Prinz Coburg mit dem Rest Anstalten machte, Lequesnoy zu belagern, da war die Ueberraschung denn auch so allgemein, daß man es für nöthig hielt, in öffentlichen Blättern die Ansicht zu bekämpfen, welche für ein rasches Vorgehen auf Paris war. Die Armee, hieß es, sei nicht stark genug für ein solches Wagestück, und man dürfe die Erfahrungen des Feldzuges in die Champagne nicht vergessen. Aber eben dieser Feldzug war ja nur deshalb gescheitert, weil man niemals im rechten Augenblick entschlossen zum Angriff vorgegangen war.

In dem Augenblick, wo die überlegene Macht der Verbündeten ihre Streitkräfte weit auseinanderzettelte und sich zur Belagerung von Dünkirchen und Lequesnoy vertheilte, waren schon dreißigtausend Mann gedienter Truppen unterwegs, um das französische Heer an der Somme zu verstärken, und jeder Tag steigerte dort die Kräfte des Widerstandes.**) Die thatkräftige Partei der Revolution hatte sich ihrer Gegner entledigt und schuf jetzt eine concentrirte, allmächtige Regierungsgewalt, die sie selber die „Organisation des Schreckens" nannte. Das Aufgebot in Masse, die unbeschränkte Requisition aller Hülfsmittel des Krieges, kolossale Rüstun-

---

zu beweisen, dessen politische Unterstützung man suchte. S. die Briefe des Kaisers bei Witzleben II. 248 u. 294.

*) S. Graf Dohna, der Feldzug der Preußen in den Niederlanden im Jahr 1793 III. 155 ff. Die innere Zerfallenheit der Coalition ergibt sich auch aus der holländischen diplomatischen Correspondenz, welche Posselts Annalen 1810 IV. 101 ff. mittheilen.

**) S. Geschichte der Kriege in Europa seit 1792. Bd. II. S. 58.

gen an Waffen und Munition, gezwungene Anleihen, Einschüchterung aller Läßigen und Widerstrebenden durch die Guillotine gaben der herrschenden Partei eine Gewalt, wie sie niemals eine Regierung so unbeschränkt besessen und so erbarmungslos geübt hat. Der blutige Schrecken im Innern wandte zudem die Thätigkeit aller edleren Elemente nach Außen, wo bald die zusammenströmende Fülle vortrefflicher Kräfte in Carnot ihren Leiter und Organisator fand.

Während der Herzog von York sich im bedächtigen Schritt gegen Dünkirchen bewegte (er brauchte 9 Tage, um vierzehn Meilen zurückzulegen!) und die Einschließung dieses Platzes unter ziemlich ungünstigen Auspicien begonnen ward, hatten die Franzosen sich verstärkt und rüsteten sich, den schwächeren Theil des um Dünkirchen ausgebreiteten Heeres mit überlegener Macht anzugreifen. Am 6. September ward der hannoversche Feldmarschall Freitag von den Franzosen angegriffen und auf Hondscote zurückgedrängt. Am 7. dauerten die Gefechte fort und gestalteten sich am 8. zu einem lebhaften Treffen, in dem sich die Hannoveraner und Hessen zwar, trotz der starken Ueberzahl des Feindes und der Ungunst des Terrains, auf welchem ihre Reiterei sich nicht entfalten konnte, vier Stunden auf's tapferste schlugen, aber zuletzt mit einem Verluste von über viertausend Mann das Feld räumen mußten. Noch in der Nacht ward die Blokade von Dünkirchen aufgehoben und das Belagerungsgeschütz in den Händen des Feindes gelassen. Ein Glück noch für die Verbündeten, daß Houchard besser mit überlegener Macht zu siegen, als den Sieg zu verfolgen verstand. Wohl gelang es ihm noch (12. 13. Sept.), den Holländern eine Schlappe beizubringen, aber zwei Tage darauf wurden die nämlichen Truppen von Beaulieu mit geringeren Streitkräften bei Courtray geschlagen, Menin überrumpelt und der Feind bis unter die Mauern von Lille zurückgeworfen. Auch war indessen Lequesnoy gefallen. Damit waren die schlimmen Folgen der Gefechte bei Hondscote abgewendet, aber es blieben doch unwiederbringliche Momente verloren und statt einer raschen Entscheidung war die Aussicht auf einen langwierigen Kampf eröffnet.

Zunächst ward im Kriegsrath der Verbündeten die Belagerung von Maubeuge beschlossen; von Natur stark und durch ein verschanztes Lager gedeckt, bildete dieser Platz den Hauptverbindungspunkt zwischen der Nordarmee der Franzosen und den Theilen des Ardennenheeres, die sich bei Givet und Philippeville sammelten. In den letzten Tagen des Septembers ward die Sambre überschritten und die Blokade von Maubeuge begonnen. Noch immer war die Ueberlegenheit der Verbündeten unzweifelhaft; sie lag nicht in den Zahlen, aber in der Kriegstüchtigkeit der Truppen. Wohl schlugen sich die neuen Aufgebote der Franzosen mit Muth; der panische Schrecken der ersten Zeit war gewichen, der revolutionäre Fanatismus und die Energie des Regiments fingen an ihre Wirkungen zu üben, die Führung war nicht pedantisch,

langsam und uneinig, sondern kühn, rasch zugreifend und durch einen entschlossenen Willen bestimmt, die Feldherren selber von einer Verantwortlichkeit belastet, die ihnen nur die Wahl zwischen dem Siege und der Guillotine ließ. Dies Alles hätte indessen nicht hingereicht, die taktische Ueberlegenheit der alliirten Truppen, ihre Kriegsübung, die Vortrefflichkeit einzelner Waffengattungen, namentlich der Reiterei, aufzuwiegen, wäre nicht durch die Unsicherheit und den Mangel an Eintracht in der obersten Leitung die Frucht aller dieser Vorzüge verscherzt worden.

Die revolutionäre Regierung hatte in Houchard ein bezeichnendes Exempel aufgestellt, wie sie die Verantwortlichkeit ihrer Feldherren verstand. Weil er den Sieg von Hondscote nicht glücklicher benutzt und sein Heer bei Courtray hatte zurückdrängen lassen, war er abgesetzt und guillotinirt worden. Der Oberbefehl über alle die Truppen, die von der Maas und den Ardennen an bis zur Meeresküste zerstreut waren, ging nun an Jourdan über, einen Feldherrn, der, wie sich später zeigte, damals allerdings sehr überschätzt worden ist, aber an Raschheit und kühnem Entschluß dem Prinzen von Coburg jedenfalls überlegen war. Jourdan sollte Maubeuge entsetzen. Das war nicht leicht, wenn sich der Prinz dazu entschloß, einen Theil seines Heeres bei der Festung zurückzulassen und mit dem Gros den Franzosen entgegenzugehen; kostete es diesen doch Anstrengung genug, in den Kämpfen der folgenden Tage bei stärkerer Zahl über die gegen Avesnes hin vorgeschobene Observationsarmee der Oesterreicher einige Vortheile zu erringen. Am 15. Oct. stand man sich bei Wattignies gegenüber; es gelang den Franzosen aber nicht, die Oesterreicher aus ihren Stellungen zu verdrängen. Am 16. ward der Kampf mit Lebhaftigkeit erneuert. Wattignies, auf welches die Franzosen unter Carnot's Leitung die ganze Stärke ihres Angriffs richteten, ward genommen, verloren und wieder genommen. Aber in der Flanke der Franzosen waren die Oesterreicher entschieden im Vortheil, hatten den Feind zurückgeworfen, ihm Gefangene und Geschütz abgenommen. Gleichwohl erschien es dem Prinzen nicht räthlich, den Kampf fortzusetzen. Sein Begehren, das holländische Contingent solle herankommen, um die Oesterreicher abzulösen, die den Platz einschlossen, ward von dem Erbprinzen von Oranien abgelehnt; Coburg hielt sich nun nicht mehr für stark genug, das Gefecht zu erneuern. Wie günstig im Ganzen der Kampf verlaufen war, davon war er durch verspätete Meldungen nur unvollkommen unterrichtet. So erklärt sich sein Entschluß, das Gefecht abzubrechen. Die Armee, die sich gegen die Ueberzahl tapfer und mit Erfolg geschlagen, kein einziges Geschütz eingebüßt, aber gegen 30 feindliche Kanonen genommen hatte, mußte den Rückzug antreten. Es wird versichert, im französischen Lager habe man am Abend selber an den Rückzug gedacht und sei am andern Tage ziemlich überrascht gewesen, als der Feind seine Stellungen verlassen und die Belagerung von Maubeuge aufgegeben hatte. In der That lautete Jourdans Schlachtbericht vom Abend des 16.

noch bescheiden genug, und erst der Anblick des unverhofften Erfolges hat, scheint es, ihn den triumphirenden Ton des Siegers anschlagen lassen. Damit neigte der Feldzug des Jahres seinem Ende zu; es gelang den Franzosen nicht mehr, weitere Vortheile zu erfechten, viel mehr lernten sie, namentlich bei dem Ueberfall von Marchiennes (30. Oct.), wo Kray seinen Ruf als General begründete, die militärische Ueberlegenheit der Verbündeten zu ihrem Schaden kennen. Die revolutionäre Regierung gab ihren Plan auf, den Feldzug bis in den Winter fortzusetzen und die Verbündeten ganz vom französischen Gebiete zu verdrängen; die letzteren nahmen, als sie im Anfang November die Winterquartiere bezogen, ihre alten Linien im Hennegau und Westflandern ein und stützten sich wie früher auf den Gürtel von Plätzen, der sich von Charleroi bis Nieuport ausdehnt.

Der Feldzug in den Niederlanden, wie er im Jahre 1793 geführt ward, ist durch keine einzige größere Schlacht zum Nachtheil der deutschen Waffen bezeichnet, aber er besteht fast von Anfang bis zu Ende aus verlorenen günstigen Gelegenheiten. Die ganze Lage war fortan eine andere geworden; während die Verbündeten den Moment ihrer Ueberlegenheit nicht benutzt hatten, sondern an Macht und Eintracht verloren, war durch die Erfolge bei Hondscote und Wattignies das Selbstvertrauen der Franzosen außerordentlich gesteigert; zugleich trugen die revolutionären Maßregeln ihre Früchte, Menschen und Kriegsmaterial strömten nun von allen Seiten zusammen, die Soldaten erlernten praktisch das Kriegshandwerk, indessen junge Feldherrntalente die verdrängten Generale der alten Schule ersetzten. Waren im Jahr 1793 die Verbündeten noch entschieden im Uebergewicht gewesen, und ungeachtet der Mißgriffe, die man begangen, ihnen nirgends eine Niederlage bereitet worden, so ließ sich fast mit Gewißheit voraussehen, daß das nächste Jahr eine unzweifelhafte Ueberlegenheit der revolutionären Armeen und Führer herausstellen werde. Die Erdrückung der widerstrebenden Factionen im Innern, namentlich das furchtbare Schicksal, welches den Besiegten zu Lyon und Toulon bereitet ward, gab jetzt schon den Beweis, daß die Gewalt der Revolution anfing, die Angriffskräfte der großen monarchischen Allianz zu überflügeln.

Am Mittelrhein war jenes Uebergewicht der deutschen Waffen noch entschiedener als in den Niederlanden. Die brauchbarsten französischen Truppen waren von dort zur Nordarmee abgeschickt worden; was übrig blieb und durch die neuen Aufgebote ergänzt ward, war den deutschen Heeren in keiner Weise gewachsen. Eine anerkannte militärische Autorität, Gouvion St. Cyr, hat uns mit der Treue eines Augenzeugen den Zustand der neuen Aufgebote, den Mangel aller fähigen Leitung und die grenzenlose Verworrenheit ge-

schildert, wie sie bei der Rheinarmee in diesem Augenblick herrschend war.*) Seine Mittheilungen stimmen in dem Ergebniß vollkommen mit dem Urtheil überein, das von sachkundiger deutscher Seite gefällt worden ist: daß aller revolutionäre Aufschwung und alle patriotische Begeisterung, die zudem vorerst nur in mäßigem Grade vorhanden war, nicht hingereicht hätte, vor einem energischen Angriff der in jeder Hinsicht überlegenen Gegner Stand zu halten. Wenn jemals, so war uns hier die Gelegenheit gegeben, alte Scharten auszuwetzen und die trostlose Lage Frankreichs mit ähnlichem Erfolge zu benutzen, wie einst Ludwig XIV. die Agonien Deutschlands ausgebeutet hatte. Aber um dies zu erreichen, hätte Deutschland selbst anders gestaltet sein müssen, als es war. Durch den Dualismus zweier Großmächte auseinander gehalten, deren jede die Vergrößerung der anderen mit Eifersucht wahrnahm, von zwei unvereinbaren politischen Systemen geleitet, deren eines am Rhein, das andere an der Weichsel seine Eroberungen suchte, von dem Egoismus, der Zweideutigkeit und Ohnmacht der Mittleren und Kleineren vollends zerrüttet, war das deutsche Reich allerdings nicht dazu angethan, Erfolge zu erringen, die nur durch einen festen Willen und durch rasche Action erfochten werden können.

Nach der Einnahme von Mainz war zunächst eine Pause in den kriegerischen Bewegungen eingetreten. Es entsprang dieser Stillstand wohl zum Theil aus der natürlichen Nothwendigkeit, eine neue Aufstellung aufzusuchen, Magazine und Depots anzulegen, die Zufuhren zu organisiren — Anstalten, die nach der Kriegsart der alten Schule ganz besonders weitläufiger Natur waren — aber die politischen Beweggründe des Zauderns waren doch die entscheidenden. Preußens Aufmerksamkeit hatte sich vollends den polnischen Dingen zugewandt, seine Abneigung, sich noch tiefer in den Krieg am Rhein zu verwickeln, war ebenso unverkennbar, wie seine Unruhe über die Thugut'sche Politik, die hartnäckig darüber schwieg, was sie als Entschädigung für Oesterreich suche: ob die Niederlande, ob den bairischen Ländertausch, ob Eroberungen im Elsaß, oder dies Alles zusammengenommen? Eine hochsinnige oder auch nur eine kühne und aus Klugheit aufrichtige Politik in Wien hätte auch jetzt noch kein allzuschweres Spiel mit Preußen gehabt; gerade die Persönlichkeit des Königs war am ersten dazu angelegt, sich über die Grenze ängstlicher Rücksichten fortreißen zu lassen. Aber Thuguts schlecht verhehlter Preußenhaß, sein absichtliches Schweigen über das, was Oesterreich wollte, seine zweideutigen Gänge in Polen gaben auch im preußischen Hauptquartiere der Politik das Uebergewicht, welche die Fortsetzung des Krieges als äußerste Unklugheit, als nutzlose Aufopferung für Oesterreich, als den Ruin des preußischen Staatshaushaltes ansah. So war denn zunächst vorsichtige Zurückhaltung die Maxime, von der man ausging; nicht selbstthätig vorgehen,

*) Mémoires I. 80 ff. Vgl. auch Soult, Mémoires I. 63 f.

nur als Hülfsmacht agiren, den weiteren Kriegsplan von Oesterreich, den Lehrbach bringen sollte, abwarten — das war, wie wir aus den früheren Mittheilungen entnahmen, die schon seit Monaten von Manstein und Lucchesini, ja selbst dem Herzog ausgegebene Parole. Auch jetzt, gleich nach dem Falle von Mainz, schrieb Manstein: „In Ansehung der ferneren Operationen kann vor Ankunft des Freiherrn von Lehrbach nichts festgesetzt werden."*) So ganz unbestritten war freilich dieser Orakelspruch des einflußreichen Generaladjutanten noch nicht. Vielmehr trieb den König sein natürlicher Kriegseifer auch jetzt dazu, wenigstens etwas zu unternehmen; er dachte an eine Bewegung gegen die Saar und an die Blokade von Saarlouis. Es unterstützte ihn darin die Meinung des Prinzen von Coburg, der schon, bevor ihm der Fall von Mainz bekannt war, dies anrieth und durch das Vorgehen gegen die Saar und Mosel seine eigenen Bewegungen am besten unterstützt sah. Nach des Prinzen Ansicht genügte das für dieses Jahr; erst im folgenden drang man dann ins Innere vor. Gelang ihm selbst noch die Einnahme von Maubeuge und Philippeville, den Preußen die Eroberung von Saarlouis, so wäre dies, meinte er, „vor der ganzen Welt eine schöne Campagne, denn man habe die Niederlande und das Reichsgebiet zurückerobert, einige Erwerbungen in Feindes Land gemacht und sich sichere Winterquartiere erworben." Eifrig griff der König den Plan gegen Saarlouis auf, aber ehe es zur Ausführung ging, ward officiell die Ankunft eines österreichischen Generals, des Prinzen Waldeck (Anf. August) angekündigt, der die Mittheilungen über den österreichischen Kriegsplan bringen sollte.**)

Indessen hatte sich Wurmser auf eigene Hand mit den Franzosen zu schaffen gemacht. Es standen jetzt von kaiserlichen Truppen, die französischen Emigrantencorps mit eingerechnet, über 32,000 Mann auf dem linken Rheinufer; mit ihnen begann Wurmser einen Separatkrieg gegen die Weissenburger Linien. Die Reihe von Verschanzungen, die man so nannte, dehnte sich vom Rhein bis nach Weissenburg hin aus; zum Schutz ihrer linken Flanke, die am zugänglichsten war, hatte ein Theil der Moselarmee sich in die Vogesen

*) S. Wagner S. 60. Ueber die Vorgänge bis zur Schlacht bei Pirmasens verweisen wir auf die dort S. 60—103 abgedruckten Briefe. Außer diesen und den bei Massenbach I. 188—192 abgedruckten Aktenstücken haben wir noch eine Anzahl anderer benutzt, worauf wir uns an den geeigneten Stellen beziehen werden.

**) In einer Depesche Lucchesini's d. d. 30. Sept. heißt es darüber: Le jour de la marche des troupes était fixé quand S. M. fut officiellement avertie de l'arrivée prochaine de Mgr. le prince de Waldeck qui fit même expressément requérir le Roi de suspendre tout mouvement sur la droite, parceque les intentions de S. M. I. dont il était dépositaire dirigeaient ailleurs les opérations de guerre pour le reste de la campagne. Le Roi se prêta avec peine à prolonger l'inaction de son armée pour en compasser les mouvements d'après les voeux de son auguste allié.

vorgeschoben und an mehreren Stellen, bei St. Ingbert, Blieskastel, Neuhornbach und auf dem Ketterich verschanzte Lager bezogen. Diese Linien zu nehmen war nicht allzuschwer, wenn man sie zugleich in der Front angriff und in der linken Flanke umging. Landau mußte dann zugleich beobachtet, die Moselarmee beschäftigt, also in jedem Falle Wurmsers Angriff durch eine zusammenhängende Bewegung der preußischen Armee unterstützt werden. Indeß dies abzuwarten dauerte Wurmser zu lange; er zögerte nicht, gleich jetzt das zu beginnen, was er dann Monate lang fortsetzte; er griff nämlich vom Bienwald aus den Feind in der Fronte an und lieferte ihm eine Reihe von nutzlosen kleinen Gefechten; er ging, wie Massenbach spöttelte, „täglich im Bienwalde auf die Franzosenjagd.“ Allerdings war dieser kleine Krieg an der Lauter gerade so erfolglos, wie das unthätige Abwarten der Preußen am Haardtgebirge.

Nun kam der Prinz von Waldeck (6. August); es war der Augenblick, wo der König die Absicht gehabt, gegen die Saar vorzugehen. Der Prinz brachte zwar nicht den officiellen Kriegsplan des Wiener Hofes mit, aber seine Mittheilungen beruhten auf speciellen Weisungen Thugut's. Darnach schien es am vortheilhaftesten, die Einnahme von Landau ins Auge zu fassen. Wurmser — rieth der Prinz von Waldeck — solle die Weissenburger Linien von vorn angreifen, die Preußen sie in der Flanke umgehen, auch Landau decken helfen, vielleicht selbst eine Demonstration gegen die Saar machen. Indessen würde ein österreichisches Corps am Oberrhein den Fluß überschreiten und im Oberelsaß wirksam in diese Bewegungen eingreifen. Das war freilich das Gegentheil von dem, was der König von Preußen bisher mit Coburg verabredet; statt nach der Saar sollten sich die Operationen nun doch gegen das Elsaß richten. Gleichwohl gingen die Preußen in der Hauptsache darauf ein; nur wollten sie ihre Aufstellung so einrichten, daß sie gegen die feindliche Rhein- und Moselarmee zugleich vollkommen gedeckt waren. Der Prinz von Waldeck schien mit Allem einverstanden, die Preußen brachen ungesäumt auf, um die neuen Stellungen zu beziehen. Was bisher am Haardtgebirge gestanden, besetzte bei Edenkoben das linke Ufer der Queich, um Landau zu beobachten; die Corps des Herzogs, Kalkreuths und Hohenlohes gingen nach den Vogesen vor (11. Aug.), drängten die Abtheilungen der Moselarmee aus ihren verschanzten Positionen zurück (17. Aug.) und nahmen die starke Stellung bei Pirmasens ein, von wo man zugleich die Rhein- und die Moselarmee des Feindes im Schach halten konnte.

Das war für Wurmser ermuthigend genug, um wieder auf seine Faust der Franzosenjagd nachzugehen. Am 19. August griff er vom Bienwalde aus den Feind an und schlug sich an diesem und dem folgenden Tage tapfer mit ihm herum, ohne damit freilich einen dauernden Erfolg zu erringen. Dazu reichten weder seine Stellung noch seine Kräfte hin; die Schlägereien

kosteten ihn einige hundert Mann und im Uebrigen blieb Alles beim Alten. Im preußischen Lager erregte aber diese Eigenmächtigkeit lebhaften Verdruß; in dem Briefwechsel, der sich darüber entspann, verbarg der König seinen Unmuth über Wurmsers Verfahren nicht, auch wenn er der tapferen Kampfeslust des Generals Gerechtigkeit widerfahren ließ. Auch auf österreichischer Seite fühlte man, daß diese ungebundene Weise Wurmsers sich nicht passe; der Prinz von Waldeck entschuldigte sich beim König mit der Versicherung, er sei des festen Glaubens gewesen, das Alles sei zwischen dem General und dem preußischen Monarchen so verabredet. „Glauben Ew. Majestät, schrieb er, einem alten Soldaten, wie ich bin, und lassen Sie die gerechte Ungnade weder auf mich, noch auf die kaiserliche Armee fallen." Auch Wurmser erklärte, Alles aufbieten zu wollen, um die „allerhöchste Gnade wieder zu erlangen."*)

Man wäre auch wohl darüber weggekommen und hätte sich über einen kräftigen Angriffsplan geeinigt. Rieth doch selbst der vorsichtige Herzog von Braunschweig zum Angriff und verlangte (27. Aug.) für den Fall, daß ein solcher nicht beliebt würde, wenigstens eine ostensible Ordre des Königs, die ihm die Unthätigkeit vorschrieb; „denn dieses allein, sagte er, kann mich außer Verantwortung setzen; sonst sehe ich mich im Voraus der beißendsten Kritik ausgesetzt." Allein eben in dem Augenblick waren neue Verwickelungen eingetreten, die nicht aus militärischer, sondern wieder aus politischer Quelle entsprangen.

Das Verhältniß zu Oesterreich war noch so wenig geklärt wie im März; noch wußte man nicht, wie sich dasselbe zu dem preußisch-russischen Theilungsvertrag stellen und wo es seine eigne Entschädigung suchen würde. Rußland hatte wiederholt den Beitritt zu jenem Vertrage verlangt, Thugut nur bedingte und ausweichende Erklärungen gegeben. In den diplomatischen Kreisen zu Wien erzählte man sich, die Partei Colloredo wolle den Kaiser bestimmen, daß er auf das bairische Tauschproject verzichte, während Thugut daran festhalte. Wenigstens äußerte einer der Ersteren gegen Rasumowski, der Plan sei aufgegeben, indeß fast zur nämlichen Zeit Thugut dem preußischen Geschäftsträger bemerkte, der bairische Tausch sei einer der Gegenstände, worüber Lehrbach verhandeln solle.**) In der That hatte Thugut seiner Neigung zu intrigantem und zweideutigem Spiel völlig nachgegeben. Während er England insgeheim die Zusage gab, das bairische Project fallen zu lassen und lieber in Flandern und im Elsaß die Entschädigungen für Oesterreich zu suchen, ließ er sich von Rußland die Unterstützung des Tauschprojects

*) Beide Schreiben sind vom 26. August.

**) Aus einer Depesche Lucchesini's vom 21. Juni und den Berichten Caesars vom 12. 18. 20. 26. Juni und 31. Juli.

versprechen und begann von Neuem, den Münchener Hof zu drängen.*) Mit solcher Taktik mochte er hoffen, nach allen Seiten hin gedeckt zu sein. Entweder erlangte er mit Rußlands und Preußens Hülfe doch noch das ersehnte Baiern, unbekümmert um Englands Abneigung und den Widerstand der Wittelsbacher, oder er machte wenigstens Preußen für andere Concessionen mürbe und brachte es dahin, daß zu den Vergrößerungen in Flandern und im Elsaß noch ein Stück von Polen kam. Die triviale Geschichte von dem Thier in der Fabel, das zugleich die sichere Beute im Mund und den Schatten im Bach erhaschen möchte und darüber Beides verliert, hat selten auf eine große politische Situation so treffende Anwendung gefunden, wie auf diese Taktik Thuguts. Die raffinirten Künste, wodurch er alle denkbaren Vortheile zugleich zu erlangen hoffte, haben lediglich dazu gedient, die selbstsüchtige Verworrenheit auf allen Seiten zu steigern und nur dem Feind zu nützen, mit dessen Spolien man sich bereichern wollte.

Auf die preußische Politik übten diese Botschaften, zusammengenommen mit der zweifelhaften Haltung Rußlands in dem polnischen Theilungsgeschäft,**) vollends eine lähmende Wirkung. Die Neigung zum Frieden wuchs mit jeder Stunde. Es galt in den einflußreichen Kreisen des Ministeriums, Lucchesinis, Mansteins als eine ganz ausgemachte Sache, daß man den Krieg nicht fortsetzen könne und dürfe, und daß am Schluß dieses Feldzugs der König den Kampfplatz verlassen müsse. In diesem Sinne ward Friedrich Wilhelm II. tagtäglich bearbeitet und ihm vorgestellt, daß jede zu rasche Action ihn nur tiefer mit dem Krieg verflechte, und jedes zu willige Eingehen auf Angriffspläne es ihm erschwere, mit der Wiener Politik ins Reine zu kommen. „Ich wünschte, schrieb damals Lucchesini, daß der österreichische Unterhändler uns in einem Zustand militärischer Unthätigkeit fände, aus welcher nur der einfache Beitritt zum Petersburger Vertrag uns heraus nöthigen könnte." Des Königs Willigkeit, auf die Angriffspläne der Oesterreicher einzugehen, drohte das freilich zu vereiteln. „Ich habe es darum für meine Pflicht gehalten, fügte Lucchesini hinzu, dem König ebenso ehrfurchtsvoll wie freimüthig vorzustellen, daß, wenn er sich in irgend einen Operationsplan hereintreiben läßt, ehe er die Ansichten des Wiener Hofes über die Entschädigungen kennt, ich außer Stande bin, die preußische Monarchie vor den Gefahren eines dritten Feldzugs zu bewahren."***)

Inmitten dieser gründlich verworrenen Situation traf denn in der zwei-

*) Aus Berichten von Goltz d. d. 6. 20. August und den Depeschen des Minister. vom 23. Aug. und 2. Sept., Lucchesini's vom 26. Aug.

**) Darüber finden sich lebhafte Klagen in Goltz Berichten vom 5. und 30. Juli und den Depeschen des Minist. vom 23. Juli und 20. August.

***) Lucchesini am 28. Juli, 5. 8. August. Eben darum war auch von dieser Seite der Angriffsplan auf Saarlouis eifrig bekämpft worden.

ten Hälfte des August Graf Lehrbach, der Vertraute Thuguts, im preußischen Hauptquartier ein. Er kam von München, wo er erst eifrig für den Tauschplan gewirkt, dann als der Widerspruch Englands und die Opposition der zweibrücker Agnaten auf den alten Kurfürsten einstürmte, das ganze Project wie ein aufgegebenes bezeichnet hatte. Getreu dieser Taktik sollte er auch jetzt zuerst von Preußen begehren, daß es in den bairischen Tausch willige, selbst wenn die Wittelsbacher sich widersetzten; blieb Preußen fest, so sollte er eine Vergrößerung Oesterreichs in Polen vorschlagen.

Im preußischen Hauptquartier zu Edenkoben bereiteten Lehrbachs Eröffnungen die unangenehmste Ueberraschung. Man hatte vor acht Monaten zögernd in den bairischen Ländertausch gewilligt, vorausgesetzt, daß die polnische Beute ganz sicher war und das Haus Wittelsbach seine freie Zustimmung zu dem Tausche gab; seitdem hatten aber die Erfahrungen, die man an der Thugutschen Politik in Polen gemacht, merklich abgekühlt und weniger als je war Preußen Willens, im österreichischen Interesse die Wittelsbacher zur Abtretung ihrer Stammländer zu zwingen. Zum Ueberfluß kam denn auch noch in den nächsten Tagen aus England die Nachricht ins Hauptquartier, daß Oesterreich dort schon vor drei Monaten versprochen hatte, auf das bairische Project zu verzichten; entweder trieb also Thugut ein Spiel von arger Doppelzüngigkeit oder er suchte mit der drohenden bairischen Forderung Preußen für andere Begehren nachgiebig zu machen. Die Wahrscheinlichkeit sprach zunächst für das Letztere; denn Lehrbach rückte nun allmälig mit dem heraus, was man bis jetzt sorgfältig verborgen: er forderte für Oesterreich eine Vergrößerung in Polen. Das war denn freilich nicht geeignet, den preußischen Monarchen zu beruhigen; alle Sorgen um die polnische Sache, womit man sich seit Monaten getragen, erhielten dadurch eine neue Bekräftigung. Wenn nicht sofort eine herbe Ablehnung erfolgte, so geschah es wohl nur in der Hoffnung, daß schon die nächsten Tage den erwünschten Abschluß in Polen bringen würden. Wenn freilich auch diese Aussicht täuschte, so hinderte wahrscheinlich nichts mehr den offenen Bruch der Coalition.

Vorerst hatten diese Vorgänge die unmittelbare Wirkung, daß der von Wurmser gewünschte energische Angriff nach dem Elsaß, den auch der Herzog von Braunschweig für zeitgemäß hielt, unterblieb; man wollte in diesem Augenblick sich in keine weitere Unternehmung einlassen, die vorzugsweise im österreichischen Interesse schien. Um aber doch etwas zu thun, ward der früher aufgegebene Entwurf, eine Bewegung nach der Saar zu machen und Saarlouis zu bombardiren, von Neuem vorgenommen; die Kaiserlichen sollten die Linie vom Haardtgebirge zum Rhein hin decken, auch durch ein Corps von 8000 Mann die Preußen verstärken, deren Hauptmacht sich dann gegen Saarlouis in Bewegung setzen und durch eine lebhafte Beschießung die Festung zur Uebergabe zwingen sollte. Es wurde darüber mit Prinz Coburg verhan-

delt; noch immer, äußerte der König, sei der von Wien erwartete Feldzugsplan nicht eingetroffen und es gehe die schöne Jahreszeit ungenützt verloren. Coburg war natürlich mit diesem Vorschlage, der von Anfang an zu seinen Ansichten gestimmt, vollkommen einverstanden; aber der Plan blieb, wie das erste Mal, ein unvollendeter Entwurf.*)

Wurmser setzte indessen seinen kleinen Krieg gegen die Franzosen fort, obwohl ihm der König abermals seine Eigenmächtigkeit verwies und ihm unmuthig erklärte, er solle thun, „was er für gut fände", aber auch die Verantwortlichkeit dafür tragen.**)

Vielleicht in der Hoffnung, wenn er selber einmal im Feuer sei, die Preußen mit fortzureißen, entschloß sich nun der österreichische General, auf eigene Hand die Umgehung der feindlichen Linien zu versuchen, obwohl ihm die preußische Hülfe ausdrücklich versagt war. Am 6. u. 7. Sept. ging eine Colonne von 4000 Mann unter General Pejaczewich durch das Dahner Thal gegen den ersten französischen Gebirgsposten (bei Bondenthal) vor, welcher den Zugang zum Lauterthal und zur linken Flanke der Weissenburger Linien beherrschte; dem König und dem Herzog von Braunschweig begnügte sich Wurmser sein Vorrücken zu melden, ohne über Plan und Ziel eine Mittheilung zu machen.***) Erst wie die Truppen im Dahner Thale standen, schickte man zum Herzog nach Pirmasens und verlangte dessen Mitwirkung (10. September). Sie ward vom Herzog versagt; bei dem König war aber der ritterliche Eifer, seinen Verbündeten nicht im Stiche zu lassen, doch stärker als der Unmuth über Wurmser und die Einflüsterungen der diplomatischen Kriegführung. „Ungeachtet das Benehmen des Grafen Wurmser — schreibt er — unverantwortlich gewesen und jetzt noch ist, so wird mich dieses doch nicht bewegen, das allgemeine Beste aus den Augen zu setzen." Er selber werde, falls der österreichische Angriff gelinge, nach Pirmasens kommen, um die Moselarmee aus ihren Stellungen zu drängen und ins Unterelsaß vorgehen; schlage der Angriff fehl, so solle der Herzog wenigstens Sorge

*) In einem Briefe Mansteins an Tauenzien aus diesen Tagen ist darüber geklagt, daß man den Plan auf Saarlouis auszuführen sich früher durch die „Waldeck'schen Windbeuteleien" habe abhalten lassen und Wurmser indessen seine vergeblichen und verlustvollen Versuche auf die Linien unternommen habe. Drum, damit doch etwas geschehe, wolle man lieber jetzt noch den Plan auf Saarlouis wieder aufnehmen. „In eine förmliche Belagerung läßt sich der König auf keinen Fall jetzt mehr ein, sondern schlechterdings nur auf ein Bombardement" — — „In der That kann man es dem König nicht verargen, nicht in ein Mehreres entriren zu wollen, denn nach der Art, wie man zu Werke gegangen (und wie man sich in andern Dingen betragen), ist es in der That viel und muß einem die Sache so wie ihm am Herzen liegen, um einmal noch dies zu thun."

**) Schreiben des Königs d. d. 29. August.

***) S. die Actenstücke bei Wagner. S. 94—107.

tragen, den Rückzug der Kaiserlichen zu decken. Mit dem Angriff ging es freilich nicht besser, als es bei einer so wunderlich zwiespältigen Kriegführung zu erwarten war. Pejaczewich schlug am Morgen des 11. Sept. die Franzosen aus Bondenthal heraus, sah sich aber am nächsten Tage mit Uebermacht angegriffen, und kaum gelang es ihm, mit der Aufopferung von 1000 Mann Todten und Verwundeten sich zu behaupten. Eilig sandte er nun nach Pirmasens um Hülfe und der Herzog schickte ihm auch (13. September) einige Tausend Mann entgegen;*) ehe sie aber zur Stelle waren, fand sich der kaiserliche General mit seiner Handvoll Leute am frühen Morgen des 14. von Neuem mit Uebermacht angegriffen, schlug sich tapfer herum, bis sich seine Leute verschossen hatten und ihm keine andere Wahl als der Rückzug blieb. Bis gegen Dahn hin verfolgt, wandte er sich zum Hauptcorps zurück, nach seinem eigenen Eingeständniß mit beträchtlichem Verluste. Nicht im Gebirge allein hatten die Franzosen angegriffen; auch im Bienwalde, bei Bergzabern und Otterbach ward gefochten (12. September); eine Entscheidung war nirgends gefallen, wohl aber hatte Wurmsers Kampflust den Kaiserlichen einige tausend Mann gekostet, ohne irgend eine Frucht zu bringen.

Indessen war es auch bei Zweibrücken und Pirmasens lebendig geworden. Schon am 12. war es zu kleinen Plänkeleien gekommen; auf den 14. hatten die Franzosen einen Angriff gegen die Preußen festgesetzt. Aus ihren Verschanzungen in den Vogesen, namentlich aus den Lagern bei Hornbach und St. Ingbert, wollten sie aufbrechen, den Erbprinzen von Hohenlohe, der bei Zweibrücken, und das Kalkreuth'sche Corps, das weiter westlich stand, durch Demonstrationen beschäftigen und mit einem raschen Ueberfall sich bei Pirmasens auf den Herzog werfen. Es mochten ungefähr 15,000 Mann sein, die Moreaux am Morgen des 14. Septembers gegen Pirmasens führte, und allerdings, wie die Gegner der damaligen Kriegstheorie nicht unterlassen anzumerken, war bei allen möglichen Vorsichtsmaßregeln gerade die außer Auge gelassen, die den Ueberfall des Feindes abwehren konnte. Aber sobald die Gefahr einmal da war, wurde der Herzog ein anderer; rasch formirte er seine Schlachtlinie, hielt die feindliche Kanonade ruhig aus und warf, als der Feind seine Sturmcolonnen entwickelte, sie mit dem entschiedensten Erfolge zurück. Vergebens suchten sich die Weichenden von Neuem zu sammeln; ein letzter Stoß reichte hin, ihre Flucht zu vollenden. Das glänzende Treffen, in welchem die Franzosen viertausend Mann (darunter die Hälfte Gefangene)

---

*) Daß, wie Valentini S. 42 rügt, die Hülfsdemonstration nicht stärker war, entsprang wohl daraus, daß der Herzog in Pirmasens selbst angegriffen war; die Vorsicht der Kriegführung jener Zeit verbot eine stärkere Theilung der Kräfte. Im Uebrigen machte dem Herzog die Lage Pejaczewich's ernstliche Sorge, wie der Brief a. a. O. S. 105 beweist.

und zwanzig Geschütze, die Preußen ungefähr 150 Mann verloren, bewies sprechender als alles Andere, wie überlegen die deutschen Truppen den Franzosen, wie unfruchtbar die Kriegskünsteleien der gelehrten Strategen waren. Von allen den Vorbereitungen, Absteckungen u. s. w., die man seit Wochen ausgeklügelt, hatte am Tage der Schlacht keine zum Erfolg etwas beigetragen; überrascht, beinahe überfallen, hatten sich die Preußen rasch zur Schlacht formirt, und etwa drei Bataillone, unterstützt durch die Reiterei (mehr kamen nicht ins Gefecht), hatten hingereicht, die Franzosen bis Neuhornbach, ja bis nach Bitsch und Pfalzburg vor sich her zu jagen. Dieselben methodischen Bedenklichkeiten waren es denn auch, welche die erfolgreiche Benutzung des Sieges bei Pirmasens hinderten. Es scheint ganz unzweifelhaft, daß eine kühne Verfolgung des geschlagenen Feindes ihn vollends vernichten mußte; auch der König schien es nicht anders anzusehen. Er hatte ja schon am 10., für den Fall, daß sich Pejaczewich im Gebirge festsetze, einen Angriff auf alle die Lager in den Vogesen vorgeschlagen, wie viel mehr jetzt, wo der Feind in wilder Flucht nach jenen Lagern hinrannte. Aber seine Mahnung war vergeblich; der Herzog blieb ruhig und schien einen neuen Angriff abzuwarten.

An demselben Tage, wo sich die Preußen bei Pirmasens so rühmlich schlugen, war im königlichen Hauptquartier der Vicepräsident des Wiener Hofkriegsraths, Feldzeugmeister Graf Ferraris, eingetroffen und hatte endlich — im Herbst — den so lange erwarteten Kriegsplan mitgebracht. Die Wünsche des österreichischen Cabinets gingen dahin, daß ein Angriff auf das Unterelsaß unternommen, übrigens die Operationen auf das Terrain, auf dem sich die Armeen ausbreiteten, beschränkt werden sollten. Die Blokade von Landau verstand sich dabei von selber. Der Angriff auf das Elsaß sollte mit einem Sturm auf die Weissenburger Linien beginnen, während zu gleicher Zeit die Preußen durch ein Vorgehen gegen das Lager von Hornbach den Feind in seiner linken Flanke fassen würden. Zu Wurmsers Angriff sollte ein Theil der Oesterreicher vom rechten Rheinufer herübergezogen werden; die Preußen erwarteten noch das Knobelsdorff'sche Corps aus den Niederlanden, das in diesem Augenblick bei Trier angelangt war. Im Hauptquartier selbst schien eine regere Kriegslust angefacht; außer dem österreichischen Feldzeugmeister war auch ein britischer Diplomat, Lord Yarmouth, dort eingetroffen, der eben mit Hessen-Cassel einen neuen Subsidienvertrag (23. August) abgeschlossen und im Begriff war, ein Gleiches in Darmstadt zu thun. Der Landgraf von Hessen-Cassel, der einen großen Theil des Sommers um seine 40,000 Thaler vergeblich angeklopft, hatte geradezu gedroht, sich aus einem Kriege zurückzuziehen, bei dem er seine Rechnung nicht fand; drum war es hohe Zeit, daß England etwas für ihn that.*)

---

*) In einer Depesche vom 28. Juli berichtet Lucchesini: Le baron de Waitz

Der König selbst war jederzeit für die rasche militärische Action und hatte eben noch vor wenig Tagen einen Plan entworfen, der nach Ansicht der Sachverständigen allen Erfolg verhieß. Darnach hätte die preußische Armee die Lager in den Vogesen weggenommen und sich so zwischen die beiden französischen Heere, die Rhein- und Moselarmee, in die Mitte gedrängt. Der Weg, den man jetzt wählte, war vorsichtiger, aber minder wirksam. Die französischen Colonnen, die in den Vogesenlagern, bei St. Ingbert, Blieskastel, Neuhornbach standen, sollten von ihrem linken Flügel aus angegriffen und so nach einander aufgerollt werden; im anderen Falle, fürchtete man, könne die Moselarmee plötzlich sich gegen Mainz wenden und dem verbündeten Heere seine Verbindungen abschneiden! Der verabredete Plan ward am 26. Sept. und den folgenden Tagen ausgeführt. Ein Angriff Kalkreuths auf das Lager bei Blieskastel hatte dessen Räumung zur Folge (26.), am nächsten Morgen erschien Hohenlohe im Rücken des Hornbacher Lagers, das nun ebenfalls verlassen ward. Der Feind ward in den nächsten Tagen gegen Saargemünd verfolgt, indessen er auch weiter nördlich (28. Sept.) aus der Stellung bei St. Ingbert herausgeschoben und nach einigen vergeblichen Gefechten über die Saar zurückgedrängt ward.

Der König hatte diesen letzten Gefechten noch beigewohnt; er war bei den Kämpfen um das Lager bei Neuhornbach so weit vorgegangen, daß man einen Augenblick um seine persönliche Sicherheit besorgt war. Jetzt, am Mittag des 29. Sept., verließ er die Armee, um sich in den östlichen Theil seiner Monarchie zurückzubegeben; seit dem 18. Sept. war das beschlossene Sache, in deren Geheimniß freilich nur sehr Wenige eingeweiht waren. Der Schlüssel dazu lag in den polnischen Angelegenheiten.

Die Einmischung in Polen galt, wie wir uns erinnern, seit Herbst 1792 als eine abgemachte Sache und es waren gleich auf dem Rückzug aus der Champagne die Befehle nach Osten gegangen, Truppen mobil zu machen, „zur Herstellung des Cordons in Polen.“ *) Seit Anfang des Jahres stand Marschall Möllendorf an der westlichen Grenze der Republik, bereit um die Mitte des Januar einzumarschiren, der russische General Igelström näherte sich Grodno, und die Besetzung des Landes war für beide Feldherrn nur noch eine Frage der Zeit. Es war kein Zweifel mehr, das tragische Schick-

ajouta que son maitre ayant perdu jusqu' à l'espoir le plus éloigné d'obtenir le bonnet électoral et croyant voir dans les procédés de la Cour de Vienne et des trois Electeurs ecclesiastiques peu de disposition à lui procurer à la paix de justes indemnités, il était fermement resolu à mettre des bornes à ses procédés généreux etc.

*) Königliche Cabinetsordre, d. d. Koblenz 8. November. Aus dem handschr. Nachlasse des Feldmarschalls v. Möllendorf.

sal Polens war seiner Erfüllung nahe; die Politik der auswärtigen Intervention und ihrer Werkzeuge, der Targowiczer Verschworenen ließ die Maske allmälig fallen. Eine Declaration Preußens vom 6. Jan. 1793*) gab eine denkwürdige Probe der Staatskunst jener Tage, deren Thaten schon schlimm genug, deren Scheingründe der Rechtfertigung aber noch viel schlimmer waren. Die Targowiczer Verschworenen waren darin als die Mehrheit der Nation behandelt, die Verfassung von 1791, um die Preußen einst die Polen beglückwünscht, war nun verdammt, die Polen angeklagt, „den heilsamen Absichten des russischen Hofes hartnäckigen Widerstand entgegengesetzt zu haben", ihre Verfassung und deren Anhänger waren mit dem französischen Jakobinismus und dessen Emissären in einen Topf geworfen. Zu seiner Sicherheit allein lasse Preußen jetzt den General Möllendorf in mehrere Districte von Großpolen einrücken; diese Vorsichtsmaßregel habe nur die Absicht, die angrenzenden preußischen Länder zu decken, die übelgesinnten Aufwiegler und Ruhestörer zu unterdrücken, Ordnung und Ruhe wiederherzustellen und den wohlgesinnten Einwohnern einen wirksamen Schutz zu verleihen. Am 16. ward diese Erklärung in Warschau übergeben; acht Tage später rückten aus Westpreußen, der Neumark und Schlesien die preußischen Truppen in Polen ein. Die Protestationen der Polen verhallten wirkungslos; die Preußen breiteten sich in den Woiwodschaften Posen, Gnesen und Kalisch ungehindert aus, besetzten die wichtigsten Plätze ohne Widerstand; nur Danzig wollte sich nicht unbedingt dem neuen Herrn hingeben, und als die äußern Werke der Stadt besetzt wurden, wagte ein Theil der Bevölkerung sich zu widersetzen. Der blutige Auftritt hatte aber keine andere Folge, als daß die Stadt am 3. April doch in preußische Hände überging. Mit den Russen hatte man sich verständigt. Am 23. Januar war zu Petersburg der Theilungsvertrag unterzeichnet**) und in Warschau zwischen Buchholz, dem preußischen Geschäftsträger und zwischen Igelström die nöthigen Verabredungen getroffen worden. Es war ausgemacht, daß die Preußen ihren Cordon von Czenstochau über Rawa, Sochaczew, gegen Zakroczyn und Willenberg zogen, und die Russen ihnen dieses Terrain einräumten. Zwei Patente, ein preußisches vom 25. März, ein russisches vom 7. April, lösten dann jeden Zweifel; sie wiederholten die alten Anklagen und kündigten die förmliche Besitznahme der occupirten Landschaften als ein Gebot der eigenen Sicherheit an. Die preußische Verkündigung wandte sich an alle Stände und Einwohner der Woiwodschaften Posen, Gnesen, Kalisch, Sieradien, der Stadt und des Klosters Czenstochau, des Landes Wielun, der Woiwodschaft Lentschitz, der Landschaft Kujavien, des Landes Dobrzyn, der Woiwodschaft Rawa und Plozk,

*) Abgedruckt im polit. Journal 1793. S. 76 ff.

**) S. Miliutin. Krieg Rußlands im Jahr 1799. Uebers. von Chr. Schmitt. München 1856. I. 292 ff. Man vgl. die oben S. 482 gegebene urkundliche Mittheilung.

sowie der Städte Danzig und Thorn, erklärte ihnen, daß diese Gebiete der preußischen Monarchie einverleibt seien, und gebot den neuen Unterthanen, sich in der festgesetzten Frist zur Ablegung des Huldigungseides zu stellen. Am Jahrestag der Verfassung von 1791 nahm Rußland die Huldigung ein; vier Tage später Preußen. Die Gewaltthat gutzuheißen, sollte ein Reichstag zu Grodno zusammentreten, in welchem natürlich nur die noch nicht besetzten Gebiete vertreten und alle Elemente, die an der Verfassung von 1791 hingen, planmäßig ausgeschlossen waren. Auf den 17. Mai war dieser Rumpfreichstag einberufen, aber man hatte sich getäuscht, wenn man eine so leichte Zustimmung erwartete. Selbst in dieser Versammlung überwog der Widerstand gegen die neue Theilung, der Haß namentlich gegen Preußen, und das Bestreben, sich der Unterstützung des Auslandes gegen die beiden Theilungsmächte zu versichern. Es vergingen viele Wochen, ohne daß die preußisch-russische Diplomatie ihrem Ziele auch nur näher kam; mit Preußen wollte die Versammlung gar nicht, höchstens mit Rußland verhandeln; im Anfang Juli vertagte dann die Versammlung ihre Berathungen, unverkennbar in der Erwartung, daß vielleicht eine günstige Wendung von außen erfolge. Die Erwartung war so eitel, wie das Bemühen, den russischen Unterhändler zur Nachgiebigkeit zu stimmen. Derselbe legte am 13. Juli einen Vertragsentwurf vor, der die Abtretungen enthielt, und erklärte zugleich, er werde jede Weigerung und selbst jedes Zögern der Annahme, wie eine Kriegserklärung betrachten. Das wirkte; „uns selbst überlassen, erklärte der Reichstag, alles auswärtigen Beistandes beraubt, haben wir keine andere Unterstützung, als eine sehr kleine Anzahl Truppen und geschwächte Schätze; von allen Seiten mit schrecklichen Gefahren umlagert, die mit jedem Tage wachsen, scheint uns die Menschlichkeit selbst einen Krieg zu untersagen, den wir nicht würden führen können." Am 22. Juli ward der Abtretungsvertrag mit Rußland unterzeichnet.

Wir haben diese bekannten Vorgänge in gedrängter Kürze zusammengefaßt und wollen nun aus unseren diplomatischen Quellen ihre Rückwirkung auf die kriegerischen Begebenheiten am Rhein nachweisen. Die ersten Monate des Jahres 1793 zeigten ein völlig ungetrübtes Einverständniß zwischen der preußischen und russischen Politik, und die Staatsmänner und Diplomaten Preußens zweifelten damals nicht an einer raschen und glücklichen Lösung der polnischen Wirren. Erst wie der sogenannte Reichstag zu Grodno zusammentrat und die Polen zwar gegen Rußland, aber nicht gegen Preußen sich nachgiebig bewiesen, da erwachten die ersten Bedenken. Wohl war es nicht auffallend, daß die polnische Erbitterung gegen Preußen, den Verbündeten von 1790, viel größer war als gegen Rußland; auch ließ sich ohne Mühe durchschauen, daß es Taktik der Polen war, den Russen eher nachzugeben, um an ihnen eine Hülfe gegen die Preußen zu finden, aber die Letzteren waren auch der Haltung von Rußland selber nicht völlig versichert. Ließ doch

der russische Bevollmächtigte es öffentlich geschehen, daß in den Verhandlungen der Polen Preußen auf's Heftigste angegriffen, die preußische Forderung von der russischen getrennt und die letztere für sich allein am 22. Juli gewährt ward. Was er im Geheimen that, deutete eher auf eine Ermunterung des polnischen Widerstandes, als ein Unterstützen der preußischen Forderungen.

Noch ehe so die ersten Keime des Mißtrauens gegen den moskowitischen Verbündeten erwachten, war Preußen auch schon über seinen andern Alliirten besorgt geworden, über Oesterreich. Man hatte in Berlin gehofft, Kaiser Franz werde sich den Declarationen der Theilungsmächte anschließen; es geschah nicht. „Statt dessen — so berichtet Buchholz*) — hat sich der kaiserliche Geschäftsträger in Warschau leichter Reden bedient und gesagt, daß der Kaiser zu einer andern Zeit die Theilung nicht gestatten würde, sich aber gegenwärtig der Sache nicht widersetzen könne. Der General Igelström hat dieses sehr relevirt und mit dem Geschäftsträger eine ziemlich heftige Explication gehabt." Das schien von Wirkung; denn es verlautete bald, es sei von Wien die Weisung an den Gesandten ergangen, sich in gleichem Sinne mit den theilenden Mächten zu äußern. In persönlichen Schreiben, die Kaiser Franz an Katharina und Friedrich Wilhelm richtete, bestand der Kaiser darauf, „daß er sich in nichts einlassen könne, bevor man sich in Ansehung seiner Indemnitäten näher erklärt haben würde." Eben über diesen Punkt, die Entschädigung, erwartete aber Preußen die Erklärung Oesterreichs; wir wissen, daß der bairische Ländertausch von Neuem zur Sprache gebracht war, und es hatte jetzt allen Anschein, daß er den Widerstand nicht finden würde, wie acht Jahre vorher. Einzelne wenigstens sahen Oesterreich lieber in Baiern vergrößert, als an der Beute in Polen Theil nehmen. „Das bairische Project — schreibt Buchholz — werden die Höfe immer dem polnischen vorziehen, erstens, weil es einmal versprochen und halb abgeredet ist; zweitens, weil eine Einmischung einer dritten Macht in die polnische Theilung unseren ganzen Plan und unsere bisherigen Declarationen umstoßen würde; drittens, weil die nahe Grenze und Nachbarschaft des Kaisers geniren würde."

Das Schweigen Oesterreichs steigerte das Mißtrauen der preußischen Staatsmänner. Der Minister Schulenburg hielt es z. B. für ausgemacht, daß Oesterreich selber in Polen Vergrößerungen suche und daher die Pläne Rußlands und Preußens mit größter Unruhe betrachte;**) der Gesandte Buchholz wies seinerseits darauf hin, daß die polnische Emigration, also der Anhang der Verfassung von 1791, immer noch seine Hauptstütze im Wiener Hofe finde. Seit Thuguts Eintritt war es vollends kein Zweifel mehr, wie

*) Wörtlich aus einer Depesche an Möllendorf d. d. Grodno 8. Mai.

**) Schreiben an Möllendorf d. d. 16. Mai.

Oesterreich sich zu den polnischen Dingen stellte; in Gesandtschaftsberichten und Ministerialdepeschen wird denn auch von der „unterirdischen" Thätigkeit der österreichischen Politik wie von einer bekannten Sache gesprochen. Und man konnte diese Thätigkeit kaum mehr unterirdisch nennen. Nachdem das Wiener Cabinet erst sein Mißbehagen über die Dinge in Polen kundgegeben, dann den Widerstand gegen die Theilungsentwürfe ermuthigt, trat es allmälig offenherzig mit dem Verlangen hervor (April), selbst ein ansehnliches Stück der Beute zu erlangen, und zwar sollte, damit dies möglich ward, der Antheil Preußens verringert werden.

Je offener diese Feindseligkeit der österreichischen Politik gegen die preußischen Forderungen hervortrat, desto mehr war Preußen auf den guten Willen Rußlands angewiesen. Aber auch hier war das herzliche Einverständniß von ehedem geschwunden; die selbstsüchtige Sorge für den eignen Vortheil trat unverhüllt hervor. Der Abschluß des Vertrags vom 22. Juli, ohne Einschluß Preußens, erregte bei dem König die erste sichtbare Verstimmung; doch hieß es noch: „man muß die Eitelkeit einer Frau schonen und Geduld haben." Ein leiser Zweifel an dem guten Willen Rußlands stieg freilich schon in ihm auf und er wünschte recht dringend, daß die Umstände keine ernsthaften Schritte erfordern möchten.*) Dem preußischen Diplomaten aber, der in Grodno saß, erschien die Gesinnung Rußlands, soweit dessen Bevollmächtigter sie vertrat, mit jedem Tage bedenklicher; er klagt immer lauter über den nachtheiligen Einfluß, den seine Haltung auf die Verhandlungen übe. „Es ist schwer zu bestimmen — sagte er — ob er diese Gesinnung immer gehegt oder nur erst seit Kurzem angenommen hat.**) Rußland habe sich in Polen soviel Einfluß wie möglich zu verschaffen gewußt, ihn aber niemals mit Preußen theilen wollen." „Ich bin hier — klagt Buchholz — ohne russischen Beistand isolirt und habe also Alles mit dem russischen Gesandten und durch ihn bewirken müssen, denn der Name „Preuße" ist hier äußerst verhaßt, weil man uns die vorige und die jetzige Theilung Polens zur Last legt." In Petersburg aber habe man geradezu gegen Graf Goltz geäußert: „es sei eben ein Spiel, Rußland habe das große Loos erhalten, die Andern müßten nun auch für sich sorgen."***) Aus allen diesen Sorgen spricht zugleich der vielleicht ungegründete Verdacht heraus, Oesterreich sei es, welchem man die „Umstimmung" Rußlands zu verdanken habe.

Vergegenwärtigen wir uns, daß dies die große Angelegenheit war, die den König in seinem Feldlager am Rhein beschäftigte, und daß alle diese

*) Königl. Cabinetsordre d. d. Dürkheim 1. Aug., welche eine Depesche von Buchholz d. d. 22. Juli beantwortete.

**) Depesche von Buchholz d. d. 29. August.

***) Schreiben Schulenburg's d. d. 24. August.

Allarmbotschaften dort in die Berathungen des Kriegsraths hereinfielen, so wird die vorsichtige und abwartende Kriegführung keiner weiteren Erklärung bedürfen. „Wir stehen hier — schrieb Manstein in dieser Zeit*) — noch ganz ruhig, dürften aber wohl nun Landau etwas näher rücken, ohne indessen zu weit vorzugehen, indem wir vor allen Dingen die Ankunft des Grafen Lehrbach abwarten und sehen wollen, wie sich der österreichische Hof in Ansehung der polnischen Angelegenheiten nehmen wird, als welches uns allein bestimmen wird, mit mehr oder weniger Thätigkeit zu agiren.“ Nach dem Berichte eines andern Eingeweihten**) hatte der König, erzürnt über das lange Ausbleiben Lehrbachs, geradezu erklärt, keinen Schritt weiter zu gehen, bevor sich Oesterreich über seine Entschädigungsabsichten ausgesprochen und den Dingen in Polen seine Zustimmung gegeben habe.

So war durch diese Vorgänge schon im Sommer 1793 die Coalition in ihrem Innersten erschüttert und das Bündniß mit Oesterreich so sehr gelockert, daß es kein Wunder war, wenn all das diplomatische Flickwerk, womit man sie nachher von Neuem zu kitten suchte, kaum bis zum Frühjahr 1795 vorhielt. Die Sachen standen im August 1793 so, daß preußische Staatsmänner die Möglichkeit eines Krieges mit Polen, dem Rußland unthätig zuschaute, in Erwägung ziehen mußten. „Wenn dann auch — sagt einer — der russische Hof Beweggründe genug hat, sich nicht gegen uns zu erklären und gegen uns zu agiren, so wird es ihm doch nicht an Mitteln fehlen, uns indirect zu schaden.“***) Eine solche Möglichkeit, mit erschöpften Finanzen einen Krieg an der Weichsel und einen am Rhein führen zu müssen, konnte einem denn allerdings, wie sich derselbe Staatsmann ausdrückt, „die Haare sträuben machen.“ Natürlich, daß der Krieg am Rhein immer lästiger erschien; Schulenburg spricht es einmal schon offen aus, was manche Andere im Stillen dachten.†) „Hinge es von mir ab — sagt er — den Plan zu entwerfen, wie Preußen sich in der gegenwärtigen Lage zu verhalten hätte, so würde die Armee die französischen Grenzen den Augenblick verlassen, um sich gegen Jedermann, der uns zu attakiren Lust hätte, in Positur zu setzen. Auf diese Weise zögen wir uns auf der einen Seite aus einem verderblichen Spiel zurück, verbesserten vielleicht noch die Lage unserer polnischen Angelegenheiten und retteten unsere politische Consideration in Europa. Ein Schritt von der Art würde die benachbarten Höfe zum Nachdenken bringen und man würde so bald nicht wieder suchen uns hinter's Licht führen zu wollen.“ Aber nicht in den diplomatischen Kreisen allein, wo man des Krieges im Westen lange satt war, gibt sich diese tiefe Mißstimmung kund; es kommen von sehr

*) Schreiben an Buchholz d. d. 12. August.

**) Schreiben Schulenburg's an Möllendorf d. d. 18. und 22. Aug.

***) Schreiben Schulenburg's d. d. 28. Aug.

†) Schreiben an Möllendorf d. d. 1. Sept.

unverdächtigen Seiten ähnliche Aeußerungen. Ein Mann, wie Tauenzien z. B., der ohne diplomatische Seitengedanken die Dinge einfach als Soldat und Patriot ansah, der den Gedanken eines Separatfriedens rund abwies,*) ist doch sehr ärgerlich über den Gang der Dinge, über die Unthätigkeit des preußischen Heeres und ihre geheimen politischen Ursachen. „Die Welt weiß das nicht — schreibt er am 5. Sept. — und urtheilt nach dem Schein; jeder fragt sich und mit Recht, was macht der König von Preußen mit seiner großen Armee? Und Niemand weiß, aus welcher Ursache sie nichts macht.“ Ueber die Politik Thuguts hat er ganz die gleiche Meinung wie Lucchesini, Manstein und Schulenburg.

Indessen waren die Dinge in Grodno während des Juli und August ziemlich auf demselben Punkte stehen geblieben und erst zu Ende August schien sich Rußland aus seiner Rolle des ruhigen Beobachters aufrichten zu wollen. Aber die Art, wie es geschah, enthüllte erst die tieferen Gründe der russischen Taktik und ihrer schlau berechneten Unthätigkeit. Preußen hatte beim Einmarsch der Truppen seine Forderungen an Gebiet etwas weiter ausgedehnt, als es der Petersburger Vertrag festsetzte, und die Demarcationslinie, die Möllendorf zog, entsprach dieser besseren Abrundung. Man glaubte der stillschweigenden Zustimmung Rußlands sicher zu sein und verwies an die großen Erwerbungen an Land, die Rußland selber zufielen. Gleichwohl hatte die Zurückhaltung des russischen Unterhändlers zunächst den Zweck, diese Forderung auf ein bescheideneres Maß herabzustimmen, und wenn er durch sein Schweigen die Versammlung zu Grodno in ihrem Widerstand bestärkte, so geschah es eben in der Hoffnung, Preußen in seinen Bedingungen nachgiebiger zu machen. Vergebens hatte sich Buchholz bemüht, es zu einer Unterhandlung über seinen Vorschlag zu bringen; die Polen setzten bis zuletzt der Gewaltthat die Chicane entgegen, und wie der preußische Gesandte endlich die Vollmacht zur Unterhandlung über die Gebietsabtretung glaubte ertrotzt zu haben (Mitte August), so war es wieder nur eine Vollmacht — zur Abschließung eines Handelsvertrags mit Preußen.**) Jetzt erst, in den letzten Tagen des August, nahm der russische Botschafter wieder lebhafteren Antheil an den Verhandlungen, erließ mit einem Male drohende Erklärungen an die Versammlung und nahm die Miene an, als wolle er die im Schloß versammelten Polen durch Aufstellung von zwei Grenadierbataillonen und vier Kanonen gewaltsam zur Nachgiebigkeit zwingen (2. Sept.). In der That ließen die Polen sich nun dazu bei, mit Preußen zu unterhandeln, aber es war

*) „Ich gestehe Ihnen, werther Freund, daß ich nicht absehe, wie wir uns aus diesem Kriege ziehen können, ohne daß ein allgemeiner Friede bewerkstelligt werde,“ heißt es in einem Briefe T.'s an Manstein d. d. 14. Sept.

**) Der Vertragsentwurf von Buchholz findet sich im polit. Journal von 1793 II. S. 921 ff. Ebendas. S. 926 der Antrag der ausgedehnteren Grenzregulirung. Die daran sich knüpfenden Verhandlungen und Actenstücke s. S. 981—986.

wieder nicht der preußische Entwurf, den sie zu Grunde legten, sondern eine Modification, wie sie den russischen Wünschen entsprechend früher von Sievers war vorgelegt worden. Außer andern lästigen Auflagen waren darin die Abtretungen auf das Maß der Petersburger Bedingnisse zurückgeführt und der ganze Vertrag unter die Bürgschaft Rußlands gestellt. Die russische Politik hatte also ihr Interesse vortrefflich gewahrt; indem sie die Polen scheinbar mit den Waffen zur Annahme der preußischen Forderungen zwang, waren es doch nicht die preußischen, sondern nur ihre eigenen Vorschläge, die sie durchzusetzen suchte. Und zwar, wie Sievers ausdrücklich erklärte, damit Polen nicht zu abhängig von Preußen werde.*)

Während dies in Grodno vorging, hatte Friedrich Wilhelm II. jene peinlichen Erörterungen mit Lehrbach, die damit schlossen, daß der österreichische Abgesandte geradezu ein Stück von der Beute für Oesterreich forderte. Zu keiner Zeit konnten die Botschaften aus Polen unerwünschter sein, als eben jetzt. Während der eine Alliirte Preußens erst insgeheim, dann offen den polnischen Erwerbungen entgegentrat, schürte der andere den Widerstand der Polen. In jedem Falle wollte aber der König so bald wie möglich mit Rußland in Frieden auseinanderkommen. Er erließ daher an Möllendorf die Weisung,**) lieber auf die weiteren Ausdehnungen des Gebietes zu verzich-

*) Schon am 29. Aug. hatte Buchholz geschrieben: Ma position est desolante et affreuse. Je ne puis d'après nos premiers arrangemens pas faire un pas sans l'ambassadeur de Russie, car toutes les personnes qui influent sont dependantes de lui . . . Le Baron de Sievers qui devrait appuyer notre negotiation ne fait qu'étayer les prétentions polonaises, en mettant dans ses démarches toute la morgue possible. Dann am 7. berichtet er, wie ihm Sievers offen erklärt, que les Polonais ont des droits à la protection de S. M. Imp. et qu'il est même de l'intérêt de la Russie, de ne pas negliger l'article du commerce, que sa souveraine l'avait instruit à cet égard, et qu'il ne pouvait d'après ses ordres et sa propre conscience abandonner les Polonais sur ce point; que ce pays était à la merci de la Prusse et totalement perdu, si on ne s'entendoit sur ce point. Aehnliches meldete Goltz aus Petersburg. Nach ihm war es kein Zweifel, daß Rußland die Polen zum Widerstand ermuthigte. Das preußische Ministerium hatte noch weiteren Verdacht. Ce qui nous arrive à Grodno, schrieb es am 19. Sept., ne saurait être l'effet du hasard. Le coup part de plus loin et il est clair que la cour de Vienne s'en est mêlée.

**) Cabinetsordre d. d. 4. Sept. Ein beiliegender Brief von Manstein besagt dasselbe, ebenso eine Depesche Lucchesini's vom 5. Sept., worin es heißt: Il est évident, Mr. le Maréchal, que votre ligne de démarcation donnoit aux acquisitions que le Roi vient de faire en Pologne un degré de perfection militaire et financière, qui en rehaussait extrêmement le prix. Il est également vrai, que si l'équité présidait aux conseils des grands seigneurs, l'Impératrice de Russie n'aurait pas du refuser au Roi une extension de limites qui ne nuisait qu'à ces mêmes Polonais auxquels Elle a enlevé de si belles provinces, et qui n'ajoutait que peu

ten, um nicht eine Entzweiung mit dem russischen Hofe und vielleicht gar einen Krieg in Polen herbeizuführen. Gleiche Rathschläge kamen wenige Tage später aus Berlin.*) Wohl sei es nicht zu verkennen, daß der russische Gesandte seit der Unterzeichnung des eigenen Vertrags „seine Segel um ein Merkliches eingezogen und von dem früheren Einverständniß nach und nach abgewichen sei", auch wird diese Wendung der Thätigkeit der österreichischen Politik zugeschrieben; aber man müsse doch Alles vermeiden, was Preußen in diesem Augenblicke mit beiden Kaiserhöfen überwerfen könne. „Vielmehr — so schloß die Note — ist es dem Interesse des Königs und den Regeln der Staatsklugheit gemäß, lieber einen minder vortheilhaften Tractat einzugehen, als die Zerschlagung der ganzen Negotiation zu wagen und dadurch den Mächten, die uns unter der Hand entgegengearbeitet haben, gewonnen Spiel zu geben."

Aber diese Rathschläge bezogen sich nur auf die Grenzbestimmung, nicht auf den anstößigen Vorbehalt russischer Genehmigung und Bürgschaft — eine Bedingung, die den preußischen Staatsmännern sammt und sonders unannehmbar erschien. In dieser Bedrängniß tauchte der Gedanke auf, durch Friedrich Wilhelms II. persönliche Intervention die Entscheidung zu beschleunigen.**) Es war weniger auf Krieg als auf eine kriegerische Demonstration abgesehen: die Welt sollte sehen, daß der König nöthigenfalls das Lager am Rhein verlassen würde, um seine Interessen in Polen zu verfechten. Auf den preußischen Monarchen hatten die Botschaften aus Polen zwar einen tiefen Eindruck gemacht, aber der Gedanke, die Armee zu verlassen, widerstrebte ihm doch auf's Aeußerste. Aus den vertraulichen Mittheilungen von Lucchesini und Manstein ersehen wir, welche Anstrengung es kostete, ihn zu überreden. Sie hätten am liebsten gleich ganz abgebrochen, den größten Theil der Armee vom Rhein zurückgezogen und der Coalition den Dienst förmlich gekündigt. Friedrich Wilhelm aber entzog sich nur ungern der weiteren Mitwirkung; er fürch-

---

de choses au lot qu'elle nous avait adjugée précédemment. Mais V. E. connoît trop bien les grands et vrais interêts de la monarchie prussienne pour ne pas convenir avec moi qu'au prix de déplaire à l'Impératrice au moment où elle paraît se détacher plus que jamais de l'Autriche, il faut savoir s'imposer des petits sacrifices etc.

*) Depesche des Minist. des Ausw. d. d. 7. Sept.

**) In einem Schreiben vom 12. Sept. heißt es: „Wollte alsdann der König für seine Person das Kriegstheater verlassen und hierher kommen, so würde dies der Welt zeigen, daß seine Aufmerksamkeit auf die polnischen Dinge gerichtet sei, und ohne stärkere Demonstrationen einen Eindruck machen, der nicht anders als vortheilhaft für uns sein könnte, wenn auch Rußland und Polen dadurch nicht zum Nachgeben bewogen würden, weil doch wenigstens unsere politische Consideration gerettet sei, und dieser männliche Schritt auch unsern Gegnern Achtung einflößen und Nachdenken verursachen würde."

tete seinen militärischen Ruf zu compromittiren und sich mit Rußland zu entzweien. Er sprach darum von der Rückkehr an den Rhein, von der Führung eines dritten Feldzugs, was sein Ministerium wie seine diplomatischen Umgebungen mit wahrer Angst vernahmen. Am 18. und 19. Sept. fand darüber die entscheidende Verhandlung statt; nach lebhafter Debatte gab der König nach und verkündete dem Herzog von Braunschweig seinen Entschluß, zur Armee nach Polen abzugehen und sobald als möglich ins Gebiet der Republik einzurücken; „diese Bewegung müsse nothwendig geschehen, so lange die Versammlung in Grodno noch beisammen sei." *) Eine ausführliche Darlegung an Tauenzien**) war bestimmt, dem Prinzen von Coburg die Gründe dieser Wendung einleuchtend zu machen. Es war ein förmlicher Absagebrief an die Coalition. Durch die letzten Vorgänge in Grodno — hieß es darin — sei die ausdrücklich zugesagte Gebietserweiterung in Polen in Frage gestellt worden; der König habe daher das wichtigste Interesse voranstellen und sich entschließen müssen, selbst nach Polen zu gehen, jedoch werde er nicht unterlassen, durch persönliche Theilnahme an einem bevorstehenden Angriff bis zuletzt seine Anhänglichkeit an die Sache seiner Verbündeten zu bethätigen. Dann werde er aber gehen, jedoch so viel Truppen zurücklassen, als ihm wichtigere Beweggründe noch erlaubten, einer „fremden Sache" zu widmen. Er habe Alles gethan für seine Verbündeten, und erst die Lauheit, womit man seine Opfer belohnt, habe ihn genöthigt, entweder eine geringere Thätigkeit zu entfalten, oder seine theuersten Interessen zu opfern. Das Alles solle Tauenzien dem Prinzen im rechten Lichte vorstellen, auch nicht verhehlen, wie befremdend für den König die Rolle der österreichischen Politik in Polen gewesen sei.***) Auch scheide er von dem Kriegsschauplatz am Rhein mit wenig

*) Es liegt darüber ein ausführlicher Bericht von Lucchesini in den Akten, der das Schwanken des Königs und die Bemühungen seiner Umgebung lebhaft zeichnet. Am Schluß sagt er: Le colonel Manstein m'est témoin que je n'ai rien oublié pour ramener le Roi à la resolution . . . Après les plus vives discussions j'ai obtenu de garder du moins le fonds du plan. Das Schreiben des Königs an den Herzog ist mit dem bei Wagner S. 116. ff. abgedruckten nicht identisch. In einer eigenhändigen Nachschrift ist der im Text angeführte Zusatz beigefügt.

**) d. d. 21. Sept. Aehnlich Lucchesini an Lehrbach vom 23. Sept. Daß man die in jenen Tagen abgegebenen Erklärungen als Absagen betrachtet wissen wollte, beweist der Umstand, daß man später wiederholt sich in diesem Sinne darauf berief.

***) Menacé de voir méconnaitre leur droit (des dédommagements) j'ai du faire ceder l'accessoire au principal et je viens de me déterminer à m'arracher ici aux efforts que je consacrais à la cause de mes alliés pour aller en personne sur les frontières de mes nouvelles provinces, veiller à leur conservation et au maintien de mes droits . . . Il ne vous est pas défendu de regretter en présence de son A. S. que l'Autriche ait eu des raisons à préscrire un rôle passif à son ministre à Grodno et n'ait pu en pressant par l'expression puissante de sa vo-

Hoffnung auf Erfolge; denn es scheine nur zu unzweifelhaft, daß das Verfahren Wurmsers in Wien seine feste Stütze hätte.

Am 29. Sept. reiste der König ab; inzwischen war in Polen die Entscheidung gefallen. Der russische Botschafter war, wie die Preußen vermutheten, in Folge eines Winkes von Petersburg, seit dem 23. Sept. in „wahrer Reaction" begriffen und unterstützte nun den ursprünglichen preußischen Vorschlag, ohne die später hinzugefügten Erweiterungen, aber auch ohne die ärgerlichen Clauseln der Polen. Die letzten Mittel, die man brauchte, waren an gehässiger Gewaltthat des ganzen Werkes würdig. Durch Verhaftung Einzelner, durch Absperren und militärisches Bedrohen der Uebrigen erzwang man endlich die stumme Genehmigung des Theilungsvertrages vom 25. Sept., wodurch das von Preußen besetzte Gebiet, im Umfang von mehr als tausend Quadratmeilen und mit einer Bevölkerung von ungefähr 1,100,000 Einwohnern, an Friedrich Wilhelm II. abgetreten ward. Außer Danzig und Thorn waren es die Woiwodschaften Posen, Gnesen, Kalisch, Lentschitz, Sieradien, das Land Cujavien und ein Theil von den Woiwodschaften Krakau, Rawa und Plocz, die unter dem Namen „Südpreußen" dem preußischen Staate einverleibt wurden. Das war, alles Unrechts ungeachtet, das daran haftete, eine schöne Abrundung nach Osten und eine gute Grenze gegen Rußland — aber freilich um so schlimmer, wenn dies Neuerworbene verloren ging und nur zu Rußlands Gunsten Polen beraubt ward!

So war zwar die polnische Verwicklung für's Erste gelöst, aber die Eindrücke, welche die letzte Krisis geweckt, wurden damit nicht verwischt. Die Coalition gegen Frankreich war gelockert und Preußen stand nur noch mit halbem Herzen bei dem Kampfe am Rhein. Die Erklärung vom 21. Sept., die wir oben angeführt, und deren Verfasser wohl Lucchesini war, lautet schon wie eine Austrittserklärung aus der Allianz gegen die Revolution; über Oesterreich wird darin Beschwerde geführt, die Sache in Polen als Preußens Hauptinteresse bezeichnet, der Krieg am Rhein schon eine fremde Angelegenheit genannt. Wohl war dies mehr die Sprache der Friedenspolitiker, als des Königs selber, und Friedrich Wilhelm II. nahm wenige Tage nach jener Note wieder mit persönlicher Lebensgefahr an dem Kampfe Theil; aber damit sich dies nicht wiederhole und des Königs persönliche Kampflust die Combinationen seiner Diplomaten durchkreuze, sahen ihn Lucchesini und Manstein so gern das Lager verlassen. Auch wenn seine Anwesenheit in Polen nicht mehr nöthig war, so erschien ihnen doch seine Abwesenheit am Rhein sehr wünschenswerth; denn in dem Bemühen, Preußen aus der Coalition herauszuwickeln, konnte seine persönliche Generosität nur stören.

Manstein und Lucchesini hatten ihren fertigen Plan, über den sie sich

---

lonté la conclusion des affaires de Pologne, conserver à la cause des justes ennemis de la France toute l'assistance que je leur avais vouée jusqu'ici.

aber für's Erste nur gegen vertrautere Freunde ausließen. „Die Unterzeichnung des polnischen Cessionsvertrages — äußerte damals Manstein*) — verschafft uns den Vortheil, hier eine andere Sprache führen zu können, ja er setzt uns in die angenehme Lage, diesen Winter mit unsern hiesigen Truppen (das Reichscontingent ausgenommen) zurückmarschiren zu können, oder aber solche Forderungen zu machen, die uns mehr als entschädigen." Noch deutlicher spricht sich Lucchesini aus.**) Der Abschluß der polnischen Angelegenheit — sagt er — setzt den König in Stand, fest und entschieden dem Wiener Hofe die Unmöglichkeit darzulegen, den Krieg in einem dritten Feldzuge auf seine Kosten fortzusetzen. Die Haltung dieses Hofes in Polen, seine Unentschlossenheit in Verfolgung der Kriegsoperationen, sein Plan uns zu erschöpfen, um ihm Eroberungen in Frankreich zu schaffen, das hat selbst denen die Augen geöffnet, welche sich über die anscheinende Aufrichtigkeit des österreichischen Cabinets gegen uns am meisten verblendet hatten. Da ich selbst darüber nie eine andere Meinung gehabt, so freue ich mich, daß auch unser erhabener Herr seinen Verbündeten hat kennen lernen, bevor diese Erkenntniß um den Preis der höchsten Interessen der Monarchie erkauft werden mußte. Mit Ehren aus dem kostspieligsten Krieg hervorgehen, den Preußen jemals geführt hat, aus den neuerworbenen Provinzen Nutzen ziehen, die Lücken des Staatsschatzes ergänzen, die theils durch nöthige Ausgaben, theils durch unsere Neigung, an allen europäischen Händeln Theil zu nehmen, verursacht sind, die Armee vervollkommnen, ohne sie zu sehr zu vermehren, für die Vertheidigung der neuen Grenzen sorgen, die neuen Verbindungen mit Rußland mehr und mehr befestigen, im Stillen den Ehrgeiz unseres natürlichen Rivalen überwachen und uns nicht von den Launen der englischen Politik abhängig machen — das ist nach meiner Ansicht die glorreiche politische Laufbahn, die unserem König zu verfolgen übrig bleibt.

So lautete das politische Programm, nach welchem Lucchesini fortan handelte und dessen Vertreter in des Königs nächster Umgebung Oberst Manstein war. Das Band engerer Allianz zwischen Preußen und Oesterreich war darnach schon so gut wie gelöst: die einflußreichsten Diplomaten Preußens sahen es selber so an, und in Oesterreich war die Thugut'sche Politik freilich am wenigsten dazu angethan, über diese Kluft eine Brücke neuen Einverständnisses zu schlagen. In den Militärangelegenheiten galt damals der Ab-

*) Schreiben an Möllendorf d. d. 4. Sept.

**) Depesche an Möllendorf d. d. 5. Sept. Aehnlich schreibt das Ministerium am 24. Sept.: De quelque coté qu'on se tourne, la continuation de la guerre présente est pour la Prusse un labyrinthe inextricable et voilà pourquoi nous avons envisagé les affaires de Pologne comme un pretexte heureux qu'il fallait mettre à profit; mais le but est manqué, si le Roi persiste à vouloir rentrer en lice et à donner au peu de troupes, qu'il retire du Rhin, une nouvelle direction militaire.

jutant des Kaisers, Rollin, ein Mann von geringem Verdienst, als die einflußreichste Person; die Beseitigung des Lascy'schen Einflusses, die Erhebung von Ferraris zum Vicepräsidenten des Hofkriegsrathes, die Bekämpfung der preußischen Vorschläge, Saarlouis zu blokiren, und die zwar nicht offene, aber doch unverkennbare Unterstützung Wurmsers — das Alles galt als eine Wirkung des Uebergewichts, welches der militärische Höfling übte.*) Man war darüber im österreichischen Lager selbst — wenigstens in den Niederlanden — mißvergnügt und mißbilligte die Haltung Wurmsers; in der Regel rühmt sich der Bevollmächtigte Preußens des Einverständnisses mit den militärischen Autoritäten, mit welchen er verkehrte. Um so gespannter war bereits das Vernehmen zu den diplomatischen Persönlichkeiten; Graf Mercy — schreibt Tauenzien — kann unsere polnische Acquisition noch gar nicht beherzigen. Ein kleiner diplomatischer Zwischenfall enthüllte bereits diesen wunden Fleck deutlich genug. In einem unter österreichischen Einfluß stehenden Blatte war bemerkt, der Graf Ferraris werde wahrscheinlich die preußische Armee bestimmen, kräftiger zu agiren als bisher; Tauenzien fand dies „außerordentlich insolent" und richtete eine lebhafte Reclamation an den Grafen Metternich, worin er mit Nachdruck hervorhob, daß Preußen nur als Hülfsmacht zu handeln habe und seit Monaten vergeblich von Wien den Kriegsplan erwarte, der seine weitere Thätigkeit bestimmen sollte. Es ward ihm die verlangte Genugthuung gegeben.

Ueber die Entschädigungsabsichten Oesterreichs war unter diesen Umständen eine vertrauliche Eröffnung an Preußen nicht zu erwarten. Doch wollte man seit Anfang September bestimmt wissen, daß der Wiener Hof an England erklärt habe, auf den bairischen Ländertausch verzichten und die Niederlande behalten zu wollen.**) Das wäre also — äußert das preußische Ministerium — eine völlige Umkehr in dem Entschädigungssystem Oesterreichs, die nothwendig auf die Verlängerung des Krieges Einfluß üben muß.

Für eine rasche und einträchtige Kriegführung am Rhein waren dies ungünstige Auspicien, zumal da mit der Abreise des Königs die letzte Persönlichkeit entfernt war, die über politische Bedenken und das vorhandene Mißtrauen auch wieder hinwegsah und im entscheidenden Augenblick am liebsten auf den Feind losschlug. Der Herzog war schon seiner bedächtigen Strategie nach zu so raschen Entschlüssen nicht angelegt, zudem mit Wurmser gespannt und gegen die Diplomatie im Lager noch nachgiebiger, als es zu sei-

*) Aus einem Schreiben Tauenzien's (d. d. 14. Sept.), der in der Umgebung und im Vertrauen des Prinzen von Coburg über Wien gewöhnlich sehr genaue Nachrichten hatte. Dazu gehört eine Depesche desselben d. d. 26. Sept.

**) Depesche des Minist. des Auswärt. d. d. 3. Sept.

ner eigenen militärischen Ueberzeugung stimmte. Er mißbilligte zwar im vertrauten Kreise die Halbheit der Kriegführung, betonte mit Recht den nachtheiligen Einfluß, den sie auf den Geist der Armee übe, aber er ließ sich denn doch auch wieder dazu brauchen, mit seiner Autorität die Kriegführung der Friedenspolitiker zu unterstützen.

Die nächste Zeit indessen nach des Königs Abreise verstrich nicht ungenützt. Nachdem Graf Ferraris endlich mit den österreichischen Vorschlägen gekommen war, verständigte man sich doch ohne allzugroße Umschweife über eine gemeinsame Operation, die jenen Vorschlägen entsprach. Die Weissenburger Linien sollten von Wurmser in der Front angegriffen, von dem Herzoge umgangen und durch diese zusammenhängende Bewegung die Franzosen aus ihren Stellungen herausgedrängt werden; zu gleicher Zeit wurde dann Landau blokirt. Der Zustand der französischen Heere, von denen die Moselarmee durch die letzten Gefechte zurückgeschoben war, die Rheinarmee theils unter dem tollen Regiment der Conventscommissäre, theils unter der Anarchie kopfloser Führer litt, versprach das Gelingen des Unternehmens sehr zu erleichtern; die beiden verbündeten Führer wirkten diesmal nach Verabredung zusammen, nicht wie früher nach verschiedenen Richtungen auf eigene Hand. Während die Preußen (11—14. Oct.) den linken Flügel der Franzosen in den Vogesen zwischen Weissenburg und Bitsch aus seinen Stellungen verdrängten und ein österreichisches Corps bei Selz über den Rhein ging, um dem Feinde in die rechte Flanke zu kommen, unternahm Wurmser am Morgen des 13. Oct. den Hauptangriff, eroberte einzelne Schanzen, vertrieb die Franzosen aus Lauterburg und Bergzabern und nahm am Abend Weissenburg selbst. Mit einem Verluste von 750 Gefangenen, 28 Kanonen und einer nicht unbedeutenden Zahl von Todten und Verwundeten gingen die Feinde in der Nacht gegen Hagenau hin zurück, wurden am andern Tage hinter die Sur gedrängt, am 17. genöthigt, auch Hagenau zu räumen und sich unter die Mauern von Straßburg zurückzuziehen.

Bis hierher waren Wurmser und der Herzog einig gewesen; was weiter folgte, zeigte wieder den alten Zwiespalt. Dem Herzog erschien als das natürlichste Unternehmen die Beschießung von Landau und die Vorbereitung sicherer Winterquartiere: er dachte diese hinter der Erbach und Blies zu finden und sein Heer dort in der Richtung von Dahn über Pirmasens gegen die Saar hin seine Winteraufstellung nehmen zu lassen. Drum schien ihm das weitere Vorgehen Wurmsers ins Elsaß bedenklich; den Wunsch desselben, er möge sich gegen einige elsässische Bergschlösser in Bewegung setzen, lehnte er ab und verlangte von Wurmser bei der Belagerung von Landau mit einem Corps von 6000 Mann unterstützt zu werden. Ganz andere Ziele, als die Belagerung von Landau und die Sicherung der Winterquartiere, hatte aber Wurmser im Auge.

Er sah sich nun endlich der Erfüllung seines Lieblingswunsches näher

gebracht: das Elsaß den revolutionären Machthabern zu entreißen, vielleicht von Straßburg selbst Besitz zu ergreifen. Es scheint kaum zweifelhaft, daß an der Lebhaftigkeit, womit er dies Ziel verfolgte, seine persönliche Stellung als Mitglied der ortenauer Ritterschaft, seine Besitzungen und Verwandtschaften im Elsaß größeren Antheil hatten, als die unbefangene Erwägung der militärischen Lage.*) Denn er mochte sich doch wohl darüber nicht täuschen, daß neuen langwierigen Operationen, wie die Belagerung von Straßburg war, schon die Jahreszeit im Wege stand; allein er hoffte den wichtigen Platz durch Einverständnisse im Innern zu erlangen. Im Elsaß standen in diesem Augenblick die Dinge allerdings so, daß durch eine geschickte politische Taktik vielleicht eine Gegenrevolution im königlichen Sinne zu bewirken war.**) Dem Jakobinismus, der hier vornehmlich von den „Wälschen", wie der Elsasser bis heute die Franzosen nennt, getragen war, standen, zugleich von politischer und nationaler Antipathie bewegt, die gemäßigt demokratischen, die constitutionellen und altroyalistischen Elemente gegenüber. Altroyalistisch war der Rest des Adels, der Clerus und meistentheils der katholische Theil der Landbevölkerung; constitutionell und girondistisch der ganze Mittelstand, zumal in den Städten, die Straßburger Bürgerschaft und überhaupt die Mehrzahl der protestantischen Bewohner. Wie Wurmser die Weissenburger Linien nahm und auf Sulz und Hagenau losging, regte sich zunächst die altroyalistische und katholische Reaction in der Umgebung von Hagenau; man zog mit weißen Fahnen den Oesterreichern entgegen, Viele nahmen Dienste bei den Condéern, emigrirte Adelige und Geistliche kehrten rasch zurück, von ihren Gütern und Stellen wieder Besitz zu ergreifen. Dieselben Elemente waren es auch, die in Straßburg dem Anmarsch der Oesterreicher mit Ungeduld entgegensahen, aber Wurmser täuschte sich, wenn er von dem Einverständniß mit dieser Partei sich eine besondere Verstärkung, vielleicht die Uebergabe der Stadt versprach. Seine Verbindung mit den Anhängern des alten Zustandes scheuchte die Constitutionellen zurück und entwaffnete ihre Thätigkeit für die Contrerevolution, indeß die jakobinischen Elemente eben dadurch zu größerer Energie angespornt wurden. Nun erst fing in Straßburg selbst die französische Clubdemokratie an, ihre Schreckensherrschaft durch den Pöbel, ihre Einschüchterung des Mittelstandes, ihre Reaction gegen das widerstrebende deutsche Element im Volke durchzusetzen; nun begann rücksichtslos die Maschinerie des Terrorismus in Haussuchungen, Verhaftungen, gezwungenen An-

*) Im preußischen Lager galt dies als ausgemacht. Auch schreibt Köckeritz an den Herzog, nachdem er bei Wurmser gewesen, am 20. Oct.: „Ich glaube, daß nicht sowohl Eroberungsbegierde als eigenes Interesse hier mit im Spiele ist; er hat mir gestanden, daß, wenn er im Elsaß glücklich wäre, so profitire er jährlich 40,000 Livres, welche ihm von seinen Gütern, so lange die Revolution bestehet, entzogen werden."

**) S. über das Folgende die Geschichte des Elsasses von Strobel und Engelhard VI. 221 ff.

lehen und Mißhandlungen aller Mißliebigen sich schrankenlos zu entwickeln. Die Einverständnisse, die Wurmser angeknüpft, wurden geschickt dazu benutzt, das Dasein einer angeblichen Verschwörung zu behaupten und unter diesem wahrscheinlich erdichteten Vorwande die Verwaltung, die Nationalgarde u. s. w. von den gemäßigten Elementen zu reinigen. Zwei der blindesten und gewaltthätigsten Werkzeuge des Pariser Schreckenssystems, St. Just und Lebas, begannen ihre wilde Arbeit mit diesen Epurationen und schritten schon in den ersten Tagen des November auch zur Vollziehung von Bluturtheilen, denen bald eine Reihe der Tüchtigsten aus der Straßburger Bürgerschaft erlagen. Der Sieg der wälschen Clubdemokratie über die deutsche Stadt war damit vollendet; der Royalismus verstummte, der nicht jakobinisch gesinnte Mittelstand hatte seine Häupter verloren.

Nach diesem Mißlingen eines Handstreichs auf Straßburg erschien es freilich natürlicher, den knappen Rest des Jahres noch auf die Eroberung von Landau zu wenden. Daß man nicht im November und December Landau und Straßburg zugleich belagern und daneben die feindliche Rhein- und Moselarmee in Schach halten konnte, darin hat, scheint uns, soweit wir als Laie urtheilen können, der Herzog von Braunschweig vollkommen richtig gesehen; die Hartnäckigkeit, womit Wurmser sich bei Straßburg aufstellte, indessen die Preußen Landau beschossen, hatte schließlich allerdings nur den Erfolg, den der Herzog prophezeit: die Oesterreicher wurden aus dem Elsaß gedrängt und Landau zugleich von den Franzosen entsetzt. Ein Vorbote dieses unglücklichen Ausganges war der neu erwachte bittere Hader beider Feldherren. Der Herzog hatte, sich auf ein Versprechen der Oesterreicher berufend, 6000 Mann zur Unterstützung der Blokade von Landau verlangt; Wurmser schlug sie ab und erklärte, von einer Zusage nichts zu wissen, doch wolle er beim Hofkriegsrath in Wien anfragen. Während dann der Herzog dem König über seine Noth nach Polen schrieb und von Czenstochau und Rawa die Antwort darüber erwartete, was an der Queich und Lauter geschehen sollte, kam von Wien der Bescheid, daß man sich zwar erinnere, wie von einer Mitwirkung bei der Belagerung von Landau die Rede gewesen, dies aber von den Umständen abhängig gemacht worden sei und diese Umstände eben jetzt nicht dazu riethen, die österreichische Armee, die Fortlouis belagere, Weissenburg und Hagenau besetzt halte, Straßburg bedrohe, durch Absendung eines Corps nach Landau zu schwächen. Noch immer hatte also Wurmser den Gedanken nicht aufgegeben, Straßburg zu gewinnen, obwohl gerade jetzt dazu weniger Aussicht als je war; noch immer trug er sich mit dem Glauben, Eroberungen machen zu können, während bei diesem Zwiespalt der Kriegführung es als ein Wunder gelten konnte, wenn keine Niederlage erfolgte. Um Eroberungen zu machen, durch die Deutschland zu seinem verlorenen Gute zurückkam, dazu gehörte einmal eine andere Politik, als die Thugut-Lucchesinische, und dann eine andere Kriegführung, als sie bei dem Hader zwischen dem Herzog und Wurmser

denkbar war. Die Proklamation des Letzteren vom 14. November, worin er den Elsassern die Aussicht eröffnete, wieder deutsch zu werden, war daher nach allen Seiten hin ein Mißgriff: sie erwarb ihm in Elsaß selber keine Sympathien, zumal seine leichten Truppen dort übel genug gehaust,*) benahm aber den Preußen vollends die Lust, sich in gewagte Unternehmungen einzulassen, deren Zweck, wie sie sagten, nur „die Vergrößerung Oesterreichs" war. Schien es ja nach den Aeußerungen der Eingeweihten überhaupt zweifelhaft, ob Preußen noch an den Unternehmungen des künftigen Feldzuges Theil nehmen werde.

Es war unter diesen Umständen ganz unerwartet, daß der Herzog sich doch noch zu einem Angriff bewegen ließ; vielleicht hatte die Uebergabe von Fortlouis (14. Nov.) dazu beigetragen, seine Bedenken zu überwinden. Genug, er gab seine Einwilligung zu einem Handstreich, durch den die Bergfestung Bitsch überfallen werden sollte. Gegen 2000 M. auserlesener Leute sollten, durch Einverständnisse unterstützt, in der Nacht vom 16. auf den 17. Nov. die Festung überrumpeln, kamen auch glücklich bis an die Wälle heran, aber doch nicht rasch und heimlich genug, um nicht an dem Widerstand der überraschten Besatzung vollständig zu scheitern. Der mißlungene Angriff hatte über 500 Mann, also mehr gekostet als manche Schlacht,**) und mochte dem Herzog vollends die Lust an Wagnissen in diesem Winterfeldzuge verderben. Um so weniger bedachte er sich jetzt, sich auf Kaiserslautern zurückzuziehen, um sich auf die Behauptung dieser Position zu beschränken. Wurmser aber blieb in seiner herausfordernden Stellung, seine Vorposten bis über die Zorn, also wenige Stunden von Straßburg, vorgeschoben, und es kam zu keinem rechten Einverständniß, wie die beträchtliche Lücke zwischen beiden Heeren am wirksamsten auszufüllen sei. Der Herzog blieb beharrlich dabei, daß Wurmser sich zu weit vorgewagt habe und seine Stellung einem energischen Angriff nicht gewachsen sei; der österreichische Führer seinerseits fand die vom Herzog gewährte Unterstützung seines rechten Flügels im Gebirge nicht stark genug. Doch hatten die Preußen von Anweiler und Dahn her zehn Bataillone, zehn Escadrons und einige Batterien vorgeschoben, um die nach Weissenburg führenden Pässe zu decken.***)

In diesem Augenblick setzten sich die beiden Heere der Franzosen in Bewegung. Die Rheinarmee hatte in Pichegru, die Moselarmee in Hoche Füh-

---

*) In einem preußischen Bericht vom 5. Sept., den andere Quellen bestätigen, ist lebhaft bedauert, daß die wallachischen, croatischen und andere Freicorps „den Krieg wie die Wilden führen, überall plündern, morden, sengen und brennen, dadurch dem Landvolk einen tiefen Haß gegen die kaiserlichen Truppen einflößen und doch vor einer Kanonade nicht Stich halten."

**) In einer officiellen Verlustliste, die der Herzog an den König schickte, sind 94 Todte, 139 Verwundete und 341 Vermißte angegeben.

***) S. die Correspondenz bei Wagner S. 181—192.

rer erhalten, denen zwar noch die rechte Kriegserfahrung fehlte, die aber in jedem Falle der Verworrenheit und Impotenz gegenüber, die ihnen vorangegangen war, einen bedeutsamen Fortschritt ankündigten. Ein angeborenes militärisches Talent, wie es Hoche besaß, überwand sehr bald die Rohheit und Unwissenheit des Naturalisten, die sich anfangs noch in ihm breit machte, und streifte allmälig die revolutionären Extravaganzen ab, womit er seine Feldherrnlaufbahn begann. Auch Pichegru wußte von der Kriegskunst noch nicht viel, aber er hatte die Fähigkeit sie zu erlernen, er verstand es, Talente wie Desaix und Gouvion St. Cyr zu gebrauchen, und das war nach einer so lächerlichen Probe von Unfähigkeit, wie der Vorgänger Carlin sie geliefert, schon eine bemerkenswerthe Besserung. Beide Feldherren hatten zudem den richtigen Instinct, wie man mit einer Revolutionsarmee Krieg führt; sie gingen mit unverdrossenem, verwegenem Muthe auf den Feind los, machten Fehler auf Fehler, aber sie lernten allmälig siegen, und die überängstliche Gelehrsamkeit der alten Schule mußte vor dem kecken Naturalismus und dem gesunden Menschenverstande der jungen das Feld räumen.

Wurmser stand noch an der Zorn, als ihn Pichegru seit dem 20. November mit Lebhaftigkeit anfing anzugreifen; doch behauptete der österreichische General seine Stellung gegen die nun mit jedem Tage lebhaft erneuerten Neckereien. Der Herzog hatte sich mit einigen zwanzig Bataillonen und 50 Escadronen seit dem 23. in eine concentrirte Stellung bei Kaiserslautern gezogen und den Erbprinzen von Hohenlohe nach dem Anweiler Thale vorgeschoben. Es war ihm aus Polen die Weisung zugekommen, die Truppen in die Winterquartiere zu führen; er hatte es unter den obwaltenden Verhältnissen für's Erste noch verzögert. „Unter diesen Umständen — schrieb er an den König (27. Nov.) — hängt Alles davon ab, die jetzigen Stellungen vorerst und bis das Schicksal von Landau entschieden sein wird, in Verbindung mit der kaiserlichen Armee zu behaupten, die Zugänge auf Weissenburg und Landau zu decken, und so die Absicht des Feindes zu vereiteln, die offenbar darauf hinzielt, Wurmser zurückzuwerfen und Landau zu entsetzen." An dem Tage, wo der Herzog dies schrieb, war Hoche mit der Moselarmee gegen ihn bereits auf dem Marsch; der revolutionäre General hielt den vorsichtigen Rückzug der Preußen für Flucht und schrieb prahlerisch an Pichegru: „Endlich habe ich die Feinde an der Kehle und morgen werde ich sie zu Ader lassen."*) Er sollte indessen die blutige Erfahrung machen, daß auch das Kriegshandwerk erlernt werden muß. Am 28. Nov. kam es zu den ersten Gefechten; Hoche hatte ungefähr 40,000 M. mit sich, der Herzog nur 20,000; es schien dem französischen Feldherrn, der nun wie ein ächter Naturalist von allen

*) Mém. de Gouvion St. Cyr I. 155. Ueber die Schlacht selbst s. die Geschichte der Kriege I. 246 ff. Preuß. Militärwochenblatt von 1824. S. 2946 ff. und die Bemerkungen Valentini's in den Erinnerungen S. 69.

Seiten mächtig auf den Feind losstieß, der Erfolg nicht zweifelhaft. Am Morgen des 29. begann der Kampf; der Kern des deutschen Heeres, Preußen und Sachsen, stand auf dem Kaisersberg geschützt durch starke Redouten, namentlich durch eine bei Moorlautern. Die letztere war gedeckt durch eine preußische Abtheilung, deren Vorposten sich bis gegen Erlenbach ausdehnten. Hier erfolgte der feindliche Angriff; die Franzosen führten eine starke Batterie auf, setzten sich auf einer benachbarten Höhe fest und begannen um Mittag mit einer sehr ansehnlichen Colonne den Sturmangriff auf die Redoute von Moorlautern. Eine Zeitlang schwankte hier der Kampf, den die Franzosen an Zahl sehr überlegen und mit allem Ungestüm unternahmen; erst ein Bajonnetangriff der Preußen, unterstützt durch das Vorgehen der sächsischen Reiterei, durchbrach die feindlichen Reihen und warf sie in großer Unordnung in den Lautergrund hinab. Noch unglücklicher war eine zweite Angriffscolonne, die auf Erlenbach losging, aber rasch zurückgeworfen und durch eine glänzende Verfolgung der preußischen Reiterei völlig aufgelöst ward. Am Morgen des 30. Nov. erneuerten die Franzosen ihren Angriff auf Erlenbach und Moorlautern, allein nicht mit besserem Erfolge, als am Tage zuvor. Daß sie auf ihrem am Mittag angetretenen Rückzuge nur matt verfolgt wurden, hatten sie der Vorsicht des Herzogs zu verdanken. Hoche hatte an diesem Tage, während die Angriffe nördlich von der Stadt alle scheiterten, zugleich südlich auf dem anderen Ufer der Lauter versucht vorzudringen und bedrohte auch durch einen heftigen Angriff eine dort aufgestellte Redoute; nun eilte der Herzog selbst dorthin und schickte Verstärkungen, durch die der Feind auch hier geworfen, aber die rasche Verfolgung der erfochtenen Vortheile auf der andern Seite geschwächt ward. Der Herzog — sagt ein sachkundiger Militär — nahm sein Cordonsystem auch mit auf das Schlachtfeld; einen Punkt oder Theil für den Augenblick preiszugeben und am andern Orte den mächtigeren Vortheil zu gewinnen und zu verfolgen, war aus der damaligen Feldherrnkunst gänzlich verschwunden.

Der Verlust der drei Tage wird auf etwas über achthundert Deutsche, drei- bis viertausend Franzosen angegeben; das war freilich auch der ganze Vortheil, den die Sieger davon trugen. Es war dem Herzog durch seinen Erfolg die Gelegenheit eröffnet, die Moselarmee ganz bei Seite zu drängen und sich mit Wurmser zu vereinigen; allein er nahm seine alten Stellungen wieder ein, indessen der bei Kaiserslautern überwundene Feldherr Carnots Eingebung folgte und die Anstalten traf, sich mit Pichegru zu vereinigen. Allerdings war die Lage des Herzogs eine ungemein peinliche; an sich widersprach dieser Winterfeldzug, in den ihn Wurmser zu verflechten suchte, seinen Feldherrnansichten, es schien ihm schon genug, die Truppen so lange den Winterquartieren zu entziehen. Dazu kam die völlige Ungewißheit der politischen Lage; er wußte nicht, wurde der Krieg fortgesetzt, wurde ein Theil der Armee abgerufen oder sollte im nächsten Feldzuge mit aller Energie mitge-

kämpft werden? Die Nachrichten von Berlin gaben ihm, wie wir aus Mansteins Briefen ersehen, durchaus keine Gewißheit.*) Da war bald vom Rückzug, bald von kräftiger Mitwirkung die Rede; einmal ward die Aussicht auf reiche Subsidien und Fortsetzung des Kampfes eröffnet, dann wieder davon gesprochen, daß man die Rüstungen für's nächste Jahr einstellen und bis auf 20,000 Mann das Heer vom Rhein abberufen werde. Wie mußte diese Unsicherheit der Dinge auf einen unentschlossenen Charakter, wie der Herzog war, einwirken! Seine Briefe sind denn auch voll Klagen über die Ungewißheit, in der man ihn lasse; er müsse — schreibt er am 5. Dec. — durchaus wissen, welchen Antheil die preußische Armee an dem dritten Feldzuge nehmen werde. Denn es würde äußerst gefährlich sein, wenn durch den Mangel an Gewißheit das „so nöthige Retablissement der Armee bis über die Zeit verspätet werden sollte."

Da war es freilich zu erklären, wenn der Herzog jedes Wagniß einer Offensive von sich wies und sich beschränken wollte, die regellosen Angriffe des Feindes abzuschlagen und wo möglich Landau zur Uebergabe zu zwingen. Landau war von einem Corps, welches der Kronprinz befehligte, blokirt und schon in den letzten Tagen des October heftig beschossen worden; auch hoffte man durch Einverständnisse die Festung zu gewinnen. Vermittler dabei war ein bekannter literarischer Vagabund jener Tage, Friedrich Laukhard, der auf den Conventscommissär Denzel, seinen früheren Bekannten, einwirken sollte; es scheint aber, als habe der preußische Emissär nur eben die Gelegenheit benutzt, dem wider Willen ertragenen Soldatendienst zu entgehen, und eine Zeitlang die Rolle des Doppelspions gespielt. Gleichwohl war seit Anfang December Landau in tiefer Bedrängniß; Briefe an den Convent, die den Preußen in die Hände fielen, machten es unzweifelhaft, daß die Uebergabe bald erfolgen müsse. Die ganze Sorge der preußischen Kriegführung war deshalb darauf gerichtet, diesen Vortheil sich zu sichern und jeden Versuch eines Entsatzes durch eine vorsichtige Defensive abzuwehren. Darum war der Herzog miß-

*) Am 27. Nov. schrieb Manstein von Potsdam, es sei ganz gut, daß die Nachricht von der Abberufung eines Theils der Truppen verbreitet sei; das werde England und Oesterreich überzeugen, daß es Ernst sei. Zugleich wird aber geklagt, daß die Zögerung üble Folgen für den künftigen Feldzug haben werde, und am 5. Dec. schreibt Manstein: „Ich bin gewiß ganz Ihrer Meinung, es ist äußerst wichtig und höchst nothwendig, daß wir auch in künftiger Campagne mit aller vigueur cooperiren. Haugwitz ist ganz von meinem Sentiment und Niemand wird lieber als der König diesem beistimmen." Nur könne diese Mitwirkung durchaus nicht mehr auf preußische Kosten geleistet werden. Am 12. Dec. schreibt dann Manstein aus Berlin: „Noch leben wir immerfort in völliger Ungewißheit und es scheint selbst nach den zuletzt vom Marquis de Lucchesini eingegangenen Nachrichten, daß eben nicht sehr auf zu erhaltende Subsidien zu rechnen sein wird, als in welchem Falle Se. Maj. fest dabei bleiben, daß Sie mehr nicht als 20,000 Mann am Rhein lassen wollen" u. s. w.

vergnügt über die weit vorgeschobene Stellung Wurmsers, welche dieses Ziel zu gefährden schien; er drängte darauf, daß der österreichische General sich in eine Position zurückziehe, die ihm näher und minder ausgedehnt war. Allein es scheint unter den Sachverständigen jetzt fast kein Zweifel mehr darüber zu bestehen, daß eben der Zweck, den sich der Herzog vorgesetzt, durch eine Angriffsschlacht am sichersten und vollständigsten zu erreichen war. Daß der König es ihm verzieh, wenn er statt der vorsichtigeren Stellung eine Schlacht gewann, scheint gewiß; ja daß selbst der Friedenspolitik von Manstein, Haugwitz und Lucchesini eine solche Wendung nur förderlich sein konnte, war kaum zweifelhaft. Wie mächtig mußte es bei den damals schwebenden Verhandlungen über die Subsidien in die Wagschale fallen, wenn durch die Mitwirkung des preußischen Heeres noch in den letzten Stunden vor dem Einzuge in die Winterquartiere eine Schlacht gewonnen und eine Festung erobert ward! *)

Aber es war sehr schwer, den Herzog davon zu überzeugen. Seine Briefe aus den ersten Decembertagen sind erfüllt mit Klagen über die ausgebreitete Stellung Wurmsers und über die Vereinzelung der preußischen Armee, die durch die verschiedenen Postirungen im Elsaß veranlaßt sei. „Die Ausdehnung der Stellungen — schreibt er — welche diese Armee von Lautereck bis Rodt einnimmt, macht eine Linie von 22 Stunden aus, die nirgends stark und an manchen Orten weit schwächer besetzt ist, als die Beschaffenheit des Terrains und der Gegenstand des Postens es erforderte.“**) Ebenso rügte er die Schwäche der Posten in den Vogesen, die bei einem Unfall, den Wurmser erleide, den unvermeidlichen Rückzug und die Preisgebung der Weissenburger Linien nach sich ziehen müsse. Diese Besorgnisse waren allerdings zum guten Theil begründet und es war, zumal nach der Vereinigung der beiden feindlichen Heere, ein Unfall unvermeidlich, wenn nicht einer der beiden deutschen Feldherren sich zur Nachgiebigkeit verstand. Entweder mußte Wurmser seine vorgeschobene Stellung mit einer festeren vertauschen, oder der Herzog seine vorsichtige Defensive verlassen und sich mit Wurmser vereinigen; geschah keines von Beiden, so erfüllte sich freilich des Herzogs Prophezeiung: Wurmser ward zurückgeworfen, die dünne Linie im Unterelsaß durchbrochen, Landau entsetzt.

Die Franzosen hatten indessen ihre gemeinsame Operation begonnen;***) das Rheinheer griff Wurmser in der Front an, während die Moselarmee, durch tüchtige Truppen aus den Niederlanden verstärkt, über die Vogesenpässe ging, um die Stellung der Deutschen in der rechten Flanke zu erschüttern.

---

*) Unsere Ansicht stützt sich auf das Urtheil, welches die früher erwähnte Arbeit eines preußischen Militairs ausspricht.

**) Aus den Briefen des Herzogs d. d. 29. Nov., 1. Dec., 6. Dec.

***) S. die Correspondenz bei Wagner S. 194—231.

Wurmser dehnte sich von Drusenheim über Bischweiler, Hagenau, Schweighausen, Merzweiler bis nach Reichshofen, Freschweiler und Werth in einer Vertheidigungslinie von etwa zwölf Stunden aus, die durch zahlreiche Feldverschanzungen gedeckt sein sollte; sein linker Flügel war an den Rhein gelehnt, der rechte hatte seine Stützen in Reichshofen, Lembach und der Scheerhohl, jenen Gebirgsposten, die den Schlüssel zu den Weissenburger Linien bildeten. Ihre Lage und ihre Besetzung deckte nicht nur Wurmsers rechte Flanke, sie stellte auch die Verbindung her mit dem bei Dahn und Anweiler aufgestellten preußischen Corps unter Hohenlohe; ihr Verlust machte seine bis über Hagenau vorgeschobene Stellung unhaltbar. Es ist einleuchtend, daß eine solche Position gegen den combinirten Angriff zweier an Zahl sehr überlegenen Armeen auf die Dauer schwer zu behaupten war, auch wenn sich die Truppen noch so tapfer schlugen. Seit den letzten zehn Tagen des November hatte der Kampf nicht geruht; auch im December wiederholten sich die Gefechte auf der Front wie in der rechten Flanke fast ununterbrochen Tag für Tag. So unverdrossen und ausdauernd sich die Soldaten schlugen, die unausgesetzten Gefechte in schlechter Jahreszeit, der Aufenthalt unter freiem Himmel, die mangelhafte Verpflegung mußte allmälig auch die beste Truppe materiell und moralisch erschüttern. Zudem hatten die Gefechte vom 20. November bis zur Mitte December, so klein sie einzeln waren, ihre Opfer gefordert; die Armee schmolz gewaltig zusammen, viele Compagnien zählten nur noch funfzig Mann, und man rechnete schon am 11. Dec. über zehntausend Kranke und Verwundete. „Jeder unparteiische Richter — schrieb damals Wurmser — wird die Unmöglichkeit einsehen, mit einem Armeecorps, wie dermalen das meinige ist, die Position von Drusenheim bis Lembach behaupten zu können.“ Er verlangte von dem Herzog, er solle entweder die Gebirgsposten um Lembach übernehmen, oder ihm so viel Leute zur Verstärkung schicken (3700 Mann), als ihm diese Besetzung kostete. „Erhalte ich auf die eine oder andere Art keine schleunige Hülfe, so muß ich mich förmlich declariren und gegen alle Verantwortung feierlichst verwahren, daß ich, wenn mich der Feind mit Uebermacht attakirt, meine Position nicht behaupten kann.“

Wir können uns denken, wie der Bescheid des Herzogs darauf lautete: er könne seine Armee, die schon auf 22 Stunden ausgedehnt sei, nicht weiter zersplittern, wohl aber schien ihm alle Gefahr beseitigt, wenn Wurmser den schon wiederholt gegebenen Rath befolge und sich hinter die Sur zurückziehe. Darauf war denn wieder Wurmsers Antwort die alte: er halte es für besser, bei Hagenau stehen zu bleiben. In diesem unlösbaren Widerspruch beharrten die zwei Feldherrn und zudem fehlte nun nach der Abreise des Königs jede überlegene Autorität, welche einen gemeinsamen Entschluß hätte vermitteln können. Eine gereizte Stimmung sprach sich damals nicht einmal aus; man sah es den beiden Führern an, daß jeder in bester Meinung seine An-

sicht unverrückt festhielt. Der Herzog erklärte sich bereit zu helfen, wo er könne, schickte auch noch ein paar Bataillone in die Vogesen; das sei „aber auch das Aeußerste, was geschehen könne.“ Wurmser seinerseits bezeigte sich herzlich dankbar für jeden Beweis bereitwilliger Hülfe, den ihm der preußische Oberfeldherr gab.

Wäre der combinirte Angriff der beiden französischen Heere so gut ausgeführt worden, wie er entworfen war, so hätte schon jetzt, wo die beiden deutschen Feldherren mit einander erfolglos verhandelten, der Schlag gelingen müssen, der die Frucht des Feldzuges gekostet hat. Aber zum Glück erfolgten die französischen Angriffe anfangs vereinzelt und ohne Zusammenhang; am 8. Decbr. warfen sie sich auf den Posten bei Reichshofen, den Hotze mit Ausdauer vertheidigte; zwei Tage später griffen sie die Stellungen im Gebirge zwischen Pirmasens und Weissenburg an, am 14. drängten sie auf Lembach los, und alle diese vereinzelten Angriffe wurden abgeschlagen. Bis über die Mitte des Monats behaupteten die Verbündeten ihre Stellungen.

Einen Augenblick schien es, als sollte das Einverständniß zwischen den zwei deutschen Feldherren erfolgen und der Herzog sich zur Nachgiebigkeit bequemen. „Nachdem der Vorschlag, hinter die Sur zurückzugehen, wiederholt vom Grafen Wurmser abgelehnt ist, — so schrieb er am 11. — so scheint mir das einzige sichere Mittel, die feindlichen Absichten zu vereiteln und den Truppen Ruhe zu verschaffen, dieses: den Feind mit Uebermacht anzugreifen und ihn tüchtig zu schlagen.“ Er wollte, wenn Wurmser dazu die Hand bot und vom rechten Rheinufer Unterstützung zu erwarten war, mit acht Bataillonen, 20 Escadronen und einigen Batterien dazu mitwirken. Wenige Tage nachher ward die Erfahrung gemacht, wie viel ein einträchtiges Zusammenwirken werth war. Am 15. und 16. Dec. griff der Feind mit besonderer Heftigkeit an; auf der Front bei Hagenau wie in der Flanke, bei Lembach, Werth, Reichshofen u. s. w. ward an diesen Tagen mit größter Hartnäckigkeit gefochten. Schon vorher hatte der Herzog einige Verstärkungen ins Gebirge geschickt, war dann selbst auf den Kampfplatz geeilt und half, während Wurmser sich bei Hagenau tapfer wehrte, die feindlichen Angriffe im Gebirge tüchtig abschlagen. Voll Freude dankte Wurmser für die zeitig geleistete Hülfe; „mit so unverbesserlich braven preußischen Truppen“, schrieb er, „verbrüdert mit den Kaiserlichen, könnte man gegen eine zwar an Zahl überlegene, aber in ihrem innerlichen Werth so nichtswürdige Horde noch ansehnliche Vortheile sammeln, wenn man sie gemeinschaftlich angreifen würde. Es ist E. D. ja bestens bewußt, wie sehr der Feind läuft, wenn man ihn attaquirt, und wie keck er wird, wenn man sich alle Tage von ihm angreifen läßt.“ Aber es kam doch zu keinem gemeinsamen Gesammtangriff, es überwog das Bedenken, man könne in dem aufgeweichten Terrain mit dem Geschütz nicht fortkommen.

Indessen hatte sich die Lage des kaiserlichen Feldherrn so gestaltet, daß er sich selber außer Stand erklärte, etwas Nachdrückliches zu unternehmen; auch die Stellung bei Hagenau schien nicht mehr zu behaupten. Wurmser kam nun selbst darauf zurück, sich hinter die Sur zu ziehen; auch dort freilich, erklärte er dem Herzog am 19. Dec., könne er sich nicht mehr halten, wenn nicht ein preußisches Corps die Deckung des Postens bei Lembach übernehme. Der Herzog erfüllte diesen Wunsch, von dessen Nothwendigkeit er sich selber überzeugt erklärte, und es schien demnach, als solle im letzten Augenblick die vorsichtige Strategie des preußischen Oberfeldherrn die Oberhand gewinnen. Aber es war zu spät, um sich den ganzen Vortheil dieser Vorsicht zu sichern. In dem Moment, wo die beiden Generale in einem leidlichen Einverständniß handelten, war der entscheidende Schlag erfolgt. Am 22. December griff Hoche die Kaiserlichen und Reichstruppen bei Reichshofen, Freschweiler und Werth mit Macht an, nahm ihre Schanzen und drängte sie in verworrenem Rückzuge vor sich her. Damit war der rechte Flügel der österreichischen Stellung umgangen, der Posten bei Lembach nicht mehr haltbar, der Rückzug Wurmsers unvermeidlich. Die Truppen waren auf's tiefste entkräftet und ohne Munition, zwei Bataillone und 17 Kanonen gingen verloren. „E. Durchlaucht, schrieb ihr Führer, der tapfere Hotze, mögen mir erlauben, mit dem Rest meiner unglücklichen Brigade mich diese Nacht auf die Anhöhe von Weissenburg zu ziehen." Auch Wurmser war in vollem Rückzug auf Weissenburg, wo er am 24. Dec. eintraf. Diese Unfälle erhöhten die Erschöpfung, wie sie nach fast vierzigtägigem Gefecht unvermeidlich war. Die Truppen waren entmuthigt und zerrüttet; Wurmser selbst ließ sich von dieser Stimmung überwältigen und es erwachte in ihm mit neuer Stärke der Unmuth über die Preußen, die in seinen Augen die Schuld des Mißlingens trugen.

Die Rollen schienen mit einem Male wie vertauscht. Während Wurmser, der Mann des kecken Angriffs, schon vom Rückzug über den Rhein sprach, war der Herzog, nun da die Gefahr ernstlich drängte, ein anderer geworden. Die Bedenken einer ängstlichen Strategie schwiegen jetzt, es rührte sich in ihm die muthige Soldatenader seiner besten Tage. Es bleibe, meinte er, nun nichts übrig, als eine Schlacht, durch die man den Feind zurückwerfe; während Wurmser auf Weissenburg zurückwich, ließ er mit ihm eine schriftliche Verabredung aufsetzen, daß Landau blokirt bleiben, der Angriff des Feindes bei Weissenburg erwartet werden solle. Auch wehrten die preußischen Abtheilungen auf der Scheerhohl die französischen Angriffe tapfer ab und es schien wenigstens möglich, die Blokade von Landau fortzusetzen. Aber es fehlte an Lebensmitteln und Holz; 18,000 Kranke lagen in Weissenburg, der Rest der Armee war abgerissen und erschöpft, die Landleute hatten tausendweis ihre Heimath verlassen, so daß es an Fuhren fehlte, die Kranken und Verwundeten fortzuschaffen. Der Herzog über-

zeugte sich durch eigne Anschauung, daß dieser Armee keine große Anstrengung mehr zuzumuthen war. So steckte man sich denn ein bescheideneres Ziel; in einem Kriegsrath, der am 24. bei Weissenburg gehalten ward, beschloß man, „wenn der morgende Tag nicht besonders glücklich sei," diesen Platz zu räumen; die Kaiserlichen sollten hinter die Lauter und Queich zurückgehen, die Preußen ihre Stellungen bei Edenkoben nehmen. Es verstand sich dabei von selbst, daß die Blokade von Landau aufgehoben ward.

Auch dieses bescheidene Ziel war schon in den nächsten Tagen nicht mehr zu erreichen; in einem Augenblick, wo Wurmser einen Kampf für höchst bedenklich erklärte, erneuerten die Franzosen am 26. ihre heftigen Angriffe; die Kaiserlichen wurden geworfen. Ohne die Unterstützung des Herzogs, der jetzt überall zur Stelle war, die Wankenden ermuthigte und in der allgemeinen Erschöpfung seine ganze Geistesgegenwart bewahrte, wären die Oesterreicher von Weissenburg abgeschnitten worden. Er stellte sich selber an die Spitze der letzten kaiserlichen Reservebataillone, es gelang ihm auch einen Moment, die ermatteten Truppen zu neuem Widerstande anzufeuern, aber es waren nur die letzten Anstrengungen vor der völligen physischen Erschöpfung. Noch immer hoffte der Herzog, die Armeen wenigstens zwischen Edenkoben, Speier und Germersheim zum Stehen zu bringen, aber schon redeten die Kaiserlichen unverhohlen vom Rückzug über den Rhein. „Es bedarf keiner Schilderung mehr, schrieb Wurmser, unsere Armee ist ruinirt; um sie nicht ganz aufzureiben, bleibt mir kein anderes Mittel, als mit dem Rest über den Rhein zu gehen." Dringend rieth der Herzog, nur noch einen Tag stehen zu bleiben, die Versprengten zu sammeln, Magazine und Kranke zu retten und dann die Stellungen hinter der Queich zu nehmen. Wegen Mangel an Brod und Fourage, erklärte der kaiserliche Feldherr (27. Dec.), sei es ihm unmöglich länger zu bleiben, und setzte sich gegen Germersheim in Bewegung. Nun mußten auch die Preußen ihren Rückzug fortsetzen; ihre Vorstellungen, wenigstens den Rückzug über den Rhein zu verschieben, blieben erfolglos. „Ich bin in Verzweiflung, erwiderte Wurmser, diesen Wünschen nicht entsprechen zu können; meine Armee ist erschöpft, ohne Montur, ohne Schuhe, und selbst ohne Lebensmittel." Der Herzog beschwor ihn „bei Allem was heilig war", seinen Rückzug nur einige Tage aufzuschieben; er hielt ihm das Schicksal Deutschlands und seinen eignen Feldherrnruhm vor Augen, den er durch das Verlassen des linken Rheinufers auf's Spiel setze. Er schickte Rüchel an ihn, mit dem Vorschlage, wenigstens sich auf die Rheinschanze bei Mannheim zu ziehen. Es scheint indessen außer Zweifel, daß Wurmsers Lage wirklich so trostlos war, wie er sie schilderte, und daß die Verzögerung des Rückzugs um wenige Tage das Aeußerste war, was er vermochte.*) Die Preußen bestanden dann noch auf ihrem Rück-

*) Nach dem Briefwechsel beider Feldherrn. Wurmser freilich beschuldigte in dem

zug eine Reihe kleiner Gefechte, doch ohne daß der Feind sie hindern konnte, auf dem linken Ufer des Rheines zu bleiben. In den ersten Tagen des neuen Jahres wurden von ihnen die Winterquartiere zwischen Rhein und Nahe bezogen; Wurmser hatte am 30. Dec. bei Philippsburg den Rhein überschritten.

So war die Frucht des Feldzuges verloren und zu Dünkirchen, Maubeuge, Toulon ein trauriges Seitenstück in Landau geliefert. Bedenklicher noch als dies militärische Mißgeschick war die moralische Rückwirkung der letzten Ereignisse. Die Coalition war an ihrer zartesten Stelle zerrissen und der alte Hader zwischen Oesterreich und Preußen mit aller Bitterkeit in den beiden Heeren wieder angefacht. Wurmser machte die Preußen allein für seine Niederlage verantwortlich; die Preußen bezeichneten die Oesterreicher als die Urheber ihres unfreiwilligen Rückzuges. In Zeitungen und Pamphleten, in widerwärtigen persönlichen Erörterungen, zuletzt gar in Duellen gab sich die Entzweiung der beiden Armeen kund. Wir reden natürlich nicht von dem Tagesgeschwätz, das die absurdesten Anklagen erfand*), sondern eben nur von den Ansichten, wie sie in den tonangebenden Kreisen beider Heere sich aussprachen. Die Rechtfertigungsschrift, die von Wurmser ausging, gab selber ein übles Exempel gehässiger Beschuldigungen; die militärischen Darlegungen von preußischer Seite antworteten im gleichen Tone. In der Correspondenz, die uns vorliegt, spricht sich die aufgeregteste Stimmung aus; nicht nur dem Eigensinn des österreichischen Feldherrn ward die Schuld der letzten Vorgänge angerechnet, sondern die braven, aber erschöpften Truppen selber mit ungerechten Vorwürfen nicht verschont. Und was das Schlimmste war: die Meinung, daß man des Krieges sich auf jede Weise entledigen müsse, ward jetzt auch im preußischen Heere die überwiegende. Möchte doch, schrieb ein einflußreicher Officier, die Allmacht diesem verderblichen Kriege ein Ende machen, worin unser Vaterland und unser König so labyrinthisch verflochten ist! Ich wollte nur, äußerte ein anderer, daß der König sich aus der Affaire zöge; denn ich glaube nicht, daß es möglich ist, daß man uns ein Aequivalent für unsere Aufopferung geben kann. Diese Stimmung breitete sich um so leichter aus, je ungünstiger nach der damaligen preußischen Heereseinrichtung ein längerer Krieg auf die ökonomischen Verhältnisse der höheren Officiere einwirkte. Ein sachkundiger Augenzeuge ist der Meinung, daß höchstens noch der Prinz von Hohenlohe, Rüchel, Blücher, eifrig

---

Pamphlet, daß er nachher ausgeben ließ (s. bei Wagner S. 272—284), die Preußen, ihr eilfertiger Rückzug nach Edenkoben habe ihn genöthigt, über den Rhein zu gehen — eine Behauptung, gegen die seine eigenen Briefe das beste Zeugniß geben. Aber in diesem Geiste ist der ganze Aufsatz geschrieben.

*) Wie deren z. B. noch in Malmesbury's diaries (III. 33, Note 35) einige wieder aufgewärmt sind.

kriegerisch gesinnt, und auch diese von der Meinung nicht ganz frei waren, daß der Krieg gegen das Interesse Preußens sei. General Kalkreuth, der von seiner bei Kaiserslautern erhaltenen Wunde in Frankfurt genas, und halb genesen durch Luxus von Tafel und Witz ein glänzendes Haus machte, ließ sich laut vernehmen, daß Friede werden müsse, denn die Preußen würden von den Oesterreichern hintergangen.*) Die Wirkung dieser Dinge war nach allen Seiten hin bedenklich. An sich ward ja die Lust zum Kriege am besten durch den Erfolg gesteigert, während nichts leichter ein Heer demoralisirt, als ein Kampf ohne Nerv und ohne Lorbeeren. Nun gaben höhere Officiere selbst das üble Beispiel politischen Klügelns und Raisonnirens; es war natürlich, wenn aus einer kriegslustigen Armee immer mehr eine politisirende ward.

Diese allgemeine Verstimmung und Unlust am Kriege gab sich am bezeichnendsten in der Haltung des Oberfeldherrn kund. Er hatte schon um die Mitte December seine Entlassung gefordert, der König aber damals das Verlangen freundlich abgelehnt. Er wiederholte es jetzt in den ersten Tagen des neuen Jahres und die Gründe, womit er es motivirte, sprachen noch unumwundener, als das Gesuch selbst. Er berief sich auf die Erfahrung, daß Mangel an Einheit, Mißtrauen, Selbstsucht und der Geist der Cabale seit zwei Feldzügen alle Maßregeln hätten scheitern machen. Die Voraussicht, daß in den Augen der Kritik der Unschuldige werde mit dem Schuldigen leiden müssen, und die Gewißheit, daß auch ein dritter Feldzug aus denselben Ursachen keine besseren Früchte bringen werde, habe ihn zu einem Schritte bewogen, den die Klugheit wie die Ehre ihm gebiete. Wenn eine große Nation, wie die französische, fügt er hinzu, durch Schrecken und Begeisterung zu großen Thaten geführt wird, so sollte ein einziger Wille, ein einziger Grundsatz alle Schritte der Verbündeten leiten; allein wenn statt dessen jedes Heer für sich ohne festen Plan, ohne Einheit, ohne Grundsatz und ohne Methode handelt, dann müssen die Ergebnisse so sein, wie wir sie zu Dünkirchen, Maubeuge, Toulon und Landau erlebt haben. Diese Gründe sprachen eben so sehr für einen Rücktritt aus der Coalition, wie für den Abschied des Herzogs. Verbittert und „moralisch krank", wie er sich selber später gegen Malmesbury ausdrückte, machte er auch keinen Hehl aus seinem Unmuth gegen die diplomatischen Rathgeber des Königs, deren klügelnde Berechnungen die rasche militärische Action gelähmt und durchkreuzt hätten. Eben darum sahen aber diese den Herzog ohne Bedauern zurücktreten.

Doch waren es die politischen Ursachen nicht allein, die ihren Antheil am Mißlingen trugen. Wohl hatte der Widerstreit der Interessen, wie er sich in den Niederlanden, z. B. bei dem Unternehmen auf Dünkirchen, kund-

*) S. (Valentini) Erinnerungen S. 79. 80.

gegeben, das Hin- und Herschwanken zwischen Restaurations- und Eroberungspolitik, der Mangel an Harmonie zwischen Oesterreich und Preußen und vor Allem die Verwicklung in Polen zu dem traurigen Ergebniß mächtig mitgewirkt, aber die Kriegskunst der Zeit, wie sie der Herzog vertrat, war darum doch von der Mitschuld nicht freizusprechen. Die überlieferte Organisation, die Verpflegungsanstalten, die übertriebene Rücksicht auf Flanken- und Rückendeckung, die stete Sorge umgangen zu werden, die Gewohnheit, alle möglichen Punkte festzuhalten und die Heereskräfte in einem weiten Cordon zu zersplittern, das hat im Jahr 1793 zwar nicht den Sieg, aber sehr oft die rasche und fruchtbare Benutzung des Sieges gehindert. Die Truppen — die Oesterreicher wie die Preußen — waren den Franzosen noch in jeder Hinsicht überlegen und wenn die Gefechte bei Pirmasens, bei Kaiserslautern, um die Weissenburger Linien, bei Hagenau auch keinen andern Erfolg hatten, so bezeugten sie doch die volle Superiorität der alten Heere über die neuen revolutionären Horden. In einzelnen Gattungen, z. B. den leichten Truppen, der Reiterei, lebte noch die ganze Tüchtigkeit und Ueberlieferung der Zeiten des siebenjährigen Krieges. Männer, wie der Husarenoberst von Blücher — „le roi rouge“ nannten ihn die Franzosen damals — genossen denn auch beim Feinde einen sehr wohlbegründeten Respect.

Dies Verhältniß ward schon zu Ende des Jahres 1793 ein anderes, weil die Franzosen allmälig das Kriegshandwerk aus der Praxis erlernten. Sie machten aus der Noth eine Tugend und schufen sich eine Taktik, wie sie ihren Verhältnissen entsprach.*) In den zahllosen kleinen Gefechten, zumal auf durchschnittenem Terrain, übten die Neulinge ihre körperliche Gewandtheit und lernten ihren Waffen im vereinzelten Gefecht vertrauen. Die tapfern Veteranen der Verbündeten verschwendeten bald ihr Feuer vergeblich auf vereinzelte Plänkler, ließen sich wohl zuweit fortreißen, bis sie nach Verbrauch der Munition, auf einem unbekannten labyrintischen Boden, von stärkeren feindlichen Haufen auf allen Seiten umschwärmt, zersprengt und zum verlustvollen Rückzug gezwungen wurden. Selbst die französische Reiterei, im Einzelgefecht anfangs dem Gegner nirgends gewachsen, griff wenigstens in geschlossenen Reihen tapfer und bisweilen auch glücklich an. Die Artillerie war wie immer ihre beste Waffengattung, es war daher System der französischen Generale, vieles und gut bedientes Geschütz schon aus großer Entfernung auf die Hauptangriffspunkte des Feindes zu vereinigen und unter dem Schutze dieses Feuers ihre ungeübten Truppen vorwärts zu bringen. Verlust des Geschützes und Verschwendung der Munition hatten sie nicht so hoch anzuschlagen, wie ihr Gegner; ja selbst die Opfer an Menschen hatten bei der ungeheuern Anspannung aller Kräfte der Nation für sie nicht so viel zu be-

*) S. Oesterr. Militärzeitschrift 3. Heft und Preuß. Militärwochenblatt 1818. S. 606 ff.

deuten. Griffen sie dann einen Punkt an, so theilten sie ihre überlegene Masse in viele kleine Colonnen, unterstützten sie durch Reserven, ließen die Ablösung sogar während des Gefechtes vornehmen, um durch immer frische Truppen die Kraft der Gegner zu ermüden. Ihre wahre Stärke war dem Gegner geschickt verborgen; er blieb dann wohl unentschlossen, ließ sich auch bisweilen durch einen Scheinangriff verblüffen und zu Fehlern verleiten. Die vielen kleinen Gefechte zersplitterten und ermüdeten, wie es in den letzten Kämpfen im Elsaß geschehen war, die taktisch überlegenen Gegner, bis dann ein nachdrücklicher allgemeiner Angriff sie endlich überwältigte. In dieser Art des Kampfes zeigten die Franzosen seit den letzten Wochen des Jahres 1793 eine erstaunliche Beharrlichkeit; wie wir es mit Wurmsers Armee gesehen haben, verwendeten sie viele Tage eine Reihe von Angriffen auf einen Punkt und entrissen zuletzt der Erschöpfung ihrer tapfern Gegner Vortheile, die ihnen der eigentliche Kampf nicht gegeben hätte.

Damit hing denn die neue Organisation des Heeres zusammen, wie sie Carnot schuf. Die herrschende Lineartaktik, die auf langer Uebung und künstlichen Evolutionen beruhte, ließ sich natürlich den Massen, die der Convent zu den Fahnen trieb, so leicht nicht anbilden, und so lange im Geiste der überlieferten Taktik Linie gegen Linie focht, waren die wohlgeschulten Truppen der alten europäischen Heere den Franzosen überall überlegen. So verband denn Carnot die neuen Elemente mit den Resten der alten Truppen, schuf aus ihrer Mischung die neuen Halbbrigaden, kam darauf zurück, verschiedene Waffengattungen in einen Körper zu verschmelzen, und führte diese Massen dann zum Angriff. Es galt den Feind durch zahllose einzelne Schläge zu verwirren, zu ermüden und seine Verbindung zu zerreißen, bis der Moment gekommen war, mit einem letzten gewaltigen Stoß die Kraft des Gegners zu zertrümmern.

Das Jahr 1793 hatte zum letzten Male das Uebergewicht der alten Kriegskunst gezeigt; schon die letzten Wochen deuteten auf einen Umschwung, wie ihn der folgende Feldzug gezeigt hat. Es begann die Zeit einer neuen Kriegskunst, gegen die wir Deutsche erst die alte austauschen mußten, bevor wir selber wieder dauernd siegen lernten.

Siebenter Abschnitt.

Auflösung der Coalition.

Die letzten Erfolge hatten das Selbstvertrauen und den Uebermuth der Franzosen ins Ungemessene gesteigert; ihre Siegesberichte im Convent und die Prahlereien ihrer Tribunenredner legen davon Zeugniß ab.*) Es wurde damals so laut und so allgemein dieser Umschwung des Kriegsglücks dem Heldenmuthe der Franzosen, und nur diesem, zu Gute geschrieben, daß sich selbst in der geschichtlichen Ansicht der Nachgebornen die Ueberlieferung erhalten hat, einzig und allein vor der unwiderstehlichen Bravour des revolutionären Frankreichs hätten die Heere der andern Nationen das Feld räumen müssen. Indessen wie dem auch sein mochte, die Franzosen hatten Ursache genug, zu triumphiren, denn die Revolution hatte ihren gefährlichsten Moment glücklich überstanden und war nun erst in der Lage, ihre ganze Angriffskraft zu entwickeln. Alle moderirten Parteien waren überwältigt; die Leute, die am Ruder standen, mußten um ihrer selbst willen die Fortdauer des Krieges wünschen. Nur der Krieg gab noch die Handhabe zu einer Verlängerung der Ausnahms- und Schreckenszustände; der Friede war der erste Schritt der Rückkehr zu regelmäßigen Verhältnissen, der erste Anfang einer Beruhigung der Revolution, wie sie von den gemäßigten Parteien im Stillen gewünscht ward. Mit diesem kriegerischen Interesse der herrschenden Faction traf aber das Begehren republikanischer Propaganda und der eingewurzelte nationale Trieb nach Eroberungen völlig zusammen. Wenn es im Jahr 1793 einer

*) S. namentlich die Rede Barère's im Moniteur von 1794 S. 415. Wenn übrigens ein Officier aus Landau vor den Schranken des Convents erklären durfte: „il faudrait tout le papier de Paris pour recueillir touts les traits d'héroisme que je pourrois vous citer“ und die Gascognade lauten Beifall erntete, so durfte man sich über nichts mehr verwundern.

feindlichen Heereskraft von beinahe 400,000 Mann und 80 Kriegsschiffen, trotz aller inneren Zwietracht der Parteien, trotz der Vendée, der Girondisten, trotz Lyons und Toulons nicht gelungen war, dem Krieg eine günstige Wendung zu geben, wie viel ungünstiger standen die Chancen jetzt, wo der Terrorismus die Parteien besiegt, Lyon und Toulon überwältigt hatte, wo die riesenhaften Rüstungen zum Kampfe erst vollendet, die zu den Fahnen getriebenen Massen erst zu Soldaten geworden waren! Frankreich hatte an Einheit der Gewalt, an Selbstvertrauen, an Soldaten und Feldherrn eine ungeheure Verstärkung erhalten; es handelte sich zunächst nicht mehr um eine Invasion in Frankreich, sondern wahrscheinlich nur um die Abwehr einer Invasion der Franzosen.

Wie ganz anders sah es im Lager der Coalition aus! Dort war nur die britische Regierung ernstlich entschlossen, der Ausbreitung der Revolution und dem Zuwachs an Macht, den Frankreich dadurch erwarb, mit äußerster Anstrengung entgegenzutreten. Von den übrigen Regierungen war höchstens Holland durch das oranische Hausinteresse zu gleichem Eifer getrieben. Wie es zwischen den beiden deutschen Großmächten stand, haben uns die letzten Ereignisse gezeigt; ihr Einverständniß war gelöst, die beiden Heere in bitterster Entzweiung, die Feldherrn, Staatsmänner und Diplomaten Beider eher wie Feinde als wie Alliirte gegen einander gestimmt. Der preußisch-österreichische Bund existirte thatsächlich nicht mehr; die Coalition von 1792 war in voller Auflösung.

Es konnte darüber seit Friedrich Wilhelms Abreise vom Rhein kaum mehr ein Zweifel bestehen. War er auch selber nur mit schwerem Herzen gegangen und noch im letzten Momente in seinem Entschluß wieder wankend geworden, die Verhältnisse, unter denen sein Aufbruch geschah, gaben ihm die Bedeutung einer Absage an die Coalition. Und die Erklärungen, die am 21. und 23. September an die bisherigen Verbündeten ergingen, sprachen das ja auch mit dürren Worten aus.*) Zwar gab sich Rußland dem Glauben hin, der nun erfolgte Abschluß in Polen, den es eben darum zuletzt gefördert hatte, werde eine Umkehr hervorrufen, und Katharina sprach in einem eigenhändigen Brief an den König die Hoffnung aus, daß er sich nun energisch auf die Franzosen werfen werde; allein im preußischen Lager war man von solchen Gedanken weit entfernt. Noch hegte freilich Friedrich Wilhelm II.

*) In der Erklärung, die Lucchesini am 23. Sept. an Lehrbach gab, lautete der Schluß: que S. M. se trouvant reduite contre son attente et malgré elle à la facheuse necessité d'aller en personne s'assurer par ses propres moyens des justes indemnités, dont elle avait pris possession en Pologne, elle serait obligée d'abandonner à son allié le soin d'en faire autant de son côté vis-à-vis de la France. Wie Caesars Bericht vom 11. Oct. beweist, legte man in Wien diesen Worten ganz den Sinn unter, den sie haben sollten.

keinen Wunsch eines Separatfriedens und auch Lucchesini und Manstein hüteten sich selbst in vertrautem Kreise, das bedenkliche Wort auszusprechen, aber darüber bestand unter Allen doch nur eine Meinung, daß man den kostspieligen Krieg so wie bisher nicht fortsetzen könne und ohne ansehnliche Subsidien sich auf die Stellung des Reichscontingents beschränken müsse. Jetzt erst strafte sich die scheue Unentschlossenheit von 1792, die diplomatisirende Halbheit von 1793; man war nun zu Ende mit seinen Mitteln und sah keinen Ausweg, aus dem eignen Lande neue beizuschaffen. In der Reihe von Actenstücken jener Zeit, die uns vorgelegen haben, finden sich vertrauliche Ergießungen des Königs, seiner Umgebung, seiner Diplomaten und seiner Feldherrn in Menge; sie stimmen alle in der Ansicht zusammen, daß Preußen sich zu sorglos in einen Krieg ohne Ausgang eingelassen und nun völlig außer Stande sei, nach Erschöpfung seiner Mittel dem Lande neue Lasten aufzubürden. Ich sehe mich, hieß es in einer Erklärung aus jenen Tagen, in der absoluten Nothwendigkeit, die letzten Ressourcen meines Staats zu schonen und meine Völker nicht durch einen Krieg zu erdrücken, der mich nicht direct betrifft. Die Pflicht verbietet mir, meinen Alliirten in einem dritten Feldzug dieselbe Hülfe wie bisher zu leisten, es sei denn, daß die verbündeten Mächte mir die Mittel lieferten, ferner Theil zu nehmen.

In diesem Sinne ward am 11. Oktober in Wien angefragt, ob Oesterreich für 1794 Preußens Hülfe wünsche und welche Mittel es bieten könne? Man dachte dabei natürlich nur an Subsidien; wie der König selbst am 21. Okt. schrieb: nicht Landerwerbungen, nur Geldmittel sind es, die ich bedarf. Die Antwort in Wien lautete: allerdings wünsche man die Fortsetzung von Preußens Hülfe; von den Mitteln aber schwieg man. Der Kaiser, erklärte Thugut am 27. Okt., werde Lehrbach nach Berlin senden.

Die Situation in Wien war dem preußischen Begehren freilich nichts weniger als günstig. Die Staatsmittel waren auch dort erschöpft, die einzelnen Kronlande kriegsmüde und widerwillig, die Kraft der Regierung zudem durch rivalisirende Coterien gelähmt, der alte Gegensatz gegen Preußen durch das Jahr 1793 neu geschärft; inmitten dieser Entkräftung war aber Thuguts ungeduldige Eroberungspolitik unverändert geblieben. Während man Gefahr lief, den eignen Besitz nicht mehr schirmen zu können, war seine Lüsternheit bald auf Baiern, bald auf das Elsaß, hier auf Vergrößerungen in Polen, dort auf Gebiete des osmanischen Reiches gerichtet. Man hätte denken sollen, bei solcher Neigung wäre die Hülfe Preußens um keinen Preis zu theuer erschienen: allein, indem man sich die weitgreifendsten Ziele steckte, stieß man zugleich die nächsten Mittel in eigensinniger Verbitterung von sich weg. Als jetzt das preußische Begehren in Wien bekannt ward, war alles andere eher vorhanden, als Neigung darauf einzugehen. Man wollte der Versicherung nicht glauben, daß Preußen erschöpft sei, man hegte den Verdacht, daß eine

neue Landerwerbung in der Absicht liege;*) und auch Solche, die diesen Argwohn nicht hegten, erklärten sich außer Stande, zu sagen, woher man die Mittel zu den Subsidien nehmen solle.**)

Am 5. Nov. stellte Preußen seine Forderung, es verlangte eine Summe von 22 Millionen Thalern, die in vierteljährigen Raten vorausbezahlt werden sollten. Die Höhe der Forderung machte es der abgeneigten Stimmung in Wien noch leichter, Nein zu sagen. Wenn der Kaiser, äußerte Thugut, sich selbst und seinen ganzen Hof verpfände, so könne er doch diese Summe nicht schaffen.***) Auch von englischer und russischer Seite hörte man: so wünschenswerth die Mitwirkung Preußens auch sei, diese Summe sei unerschwinglich. Im Hintergrund lag freilich bei Allen der Verdacht, den die polnischen Erfahrungen weckten, es sei auf eine neue Gebietsvergrößerung abgesehen, und das war ein Irrthum; vielmehr ist nichts gewisser, als daß Preußen mit seinen finanziellen Mitteln wirklich auf der Neige war. Aber der klägliche Verlauf des Feldzugs in die Champagne, gekrönt durch eine große Entschädigungsforderung, und nach der Gewährung derselben der Krieg von 1793 mit seinen schwächlichen Thaten und seinen geringen Resultaten, das Alles erwarb der preußischen Politik den Ruf, daß sie eine Taktik der Unwahrheit und Habgier übe, wo sie eben nur an der Frucht ihrer eignen Mißgriffe zu leiden anfing.

Es war nach diesen Vorzeichen nicht viel von der Sendung Lehrbachs nach Berlin zu erwarten; weder die Situation, noch der Mann stellte rasche Erfolge in Aussicht.

Inzwischen ließ auch Rußland sich vernehmen. Katharina stand eben im Begriff, einen neuen Krieg mit der Pforte zu beginnen und sich dazu der Mitwirkung Oesterreichs zu versichern†); schon aus diesem einen Grunde war es für sie unbedingt nothwendig, daß Frankreich, dessen Thätigkeit sie in Constantinopel zu spüren anfing, am Rhein vollauf beschäftigt ward. Des Königs Abreise war darum mit unverkennbarem Mißbehagen aufgenommen worden; als dann die Entscheidung in Polen erfolgte, war das Erste, was von Petersburg kam, eine Ermahnung zu eifriger Fortsetzung des Krieges im

*) Wie aus Malmesbury's Correspondenz hervorgeht, hielt man nachher auch die Schilderungen von Wurmsers Rückzug und dem Zustand seiner Armee für übertrieben; auch das sollte nur ein Manövre sein, sich im Preis zu steigern! Von solchen und ähnlichen Einbildungen ist die genannte Correspondenz erfüllt und darum, ungeachtet ihres Werthes, mit großer Vorsicht zu gebrauchen. Daß auch die Holländer an dem wirklichen Geldmangel zweifelten und den Argwohn hatten, es sei nur übler Wille, ergibt sich aus van Spiegels Depesche an Baron Reede, d. d. Haag 2. Dec. Posselt's Annalen 1810 IV. 129.

**) Aus den Berichten Caesar's vom 11. 19. 28. und 29. Okt. 1793.

***) Caesar am 5. 12. 18. November.

†) S. darüber Sybel III. 35 f.

Westen. Wie jetzt Preußen seine Forderung in Betreff des künftigen Feldzugs stellte, da traf eine neue russische Mahnung ein und zwar mit dem Hinweis auf jenen Petersburger Vertrag, um dessen Nichtanerkennung durch Oesterreich ein guter Theil der Geschichte des Jahres 1793 sich bewegt hatte. Wenn Preußen dem entgegenhielt, daß sich zu einer energischen Kriegführung im Westen kein besseres Mittel biete, als Rußlands eigne Theilnahme, da ward auf die Bedrohung von Schweden und der Pforte verwiesen, durch die man im Schach gehalten sei. So wurde das Verhältniß beider Alliirten mit jedem Tage unfreundlicher. Ein Brief der Czarin (3. Dec.) mahnte abermals mit einer drängenden Ungeduld zur Fortsetzung des Krieges auch ohne Subsidien; Preußen, hieß es darin, werde am ersten sichere Allianzen finden, wenn es dieselben mit der am König bekannten Loyalität beobachte und respectire. Wenige Tage vorher hatte Goltz in Petersburg eine heftige Erörterung mit Markoff gehabt. Ermüdet durch den lehrenden und mahnenden Ton, den man gegen ihn anwandte, auch wohl verdrossen über die sichtbare Vernachlässigung, die ihn am Hofe traf, hatte er sich über die jüngsten russischen Erklärungen beklagt und den Vorwurf geäußert, Rußland sehe eher auf das Interesse aller anderen Mächte, als auf das Preußens. Die preußischen Soldaten, fügte er hinzu, kämpften gegen die Franzosen „par honneur", gegen andere Feinde würden sie wie Tiger kämpfen. Ueberhaupt würde es gut sein, einen so eminent militärischen Staat wie Preußen mit einiger Vorsicht zu behandeln. Die Antwort der Czarin lag in dem trotzigen Brief von 3. December. In Berlin fühlte man sich viel zu bedrängt, um jetzt jedes scharfe Wort auf die Goldwage zu legen; man nahm die russischen Vorwürfe ruhig hin und tadelte Goltz, daß er sich so in Hitze bringen lasse. Er solle die russischen Eröffnungen anhören und mit Umsicht und Ruhe verfahren.*)

Die Unterhandlung mit Oesterreich kam unter diesen Umständen nicht vorwärts. Lehrbach war nach Berlin gekommen und hatte (Anf. Dec.) eine Denkschrift überreicht, worin im Allgemeinen die Fortsetzung des Krieges betont, aber über die Mittel nichts gesagt war. Auf das Drängen des preußischen Cabinets erklärte er, seine Instruction beschränke sich darauf, jenes Memoire zu überreichen und die Vorschläge Preußens anzuhören. Indessen saß Lucchesini in Wien und suchte dort eine bestimmte Antwort zu erlangen; er hatte vorgeschlagen, die 22 Millionen Thaler so zu vertheilen, daß der Kaiser drei, England neun, das Reich der übrigen zehn Millionen beibringe. Thugut betheuerte die Unmöglichkeit für Oesterreich, auch nur jene drei Millionen aufzubringen, und als der preußische Diplomat drängte, lehnte er die Forderung rund ab; der Kaiser könne nichts für Preußen thun, das Reich höchstens noch einige Römermonate aufbringen. Dazwischen hörte man denn

*) Goltz den 1. 5. 29. Nov., das Minist. am 15. Nov. u. 15. Dec.

laute Klagen über Preußens Politik und Kriegführung; Wurmser ward in den Himmel erhoben, Preußen als der Zerstörer der Reichsverhältnisse bezeichnet.*) Auf preußischer Seite ward man ungeduldig und verlangte einen bestimmten Bescheid; sonst suchen uns, schrieb Lucchesini, die Oesterreicher in den Krieg hereinzuziehen, ohne die Mittel zu gewähren. Allein die Antwort, die am 23. Dec. erfolgte, war wieder ausweichend; der Kaiser, hieß es, könne ohne Mitwirkung Englands und des Reiches keinen bindenden Entschluß fassen, er werde aber baldmöglichst durch Lehrbach seine Vorschläge kundgeben.

Da kamen die Nachrichten von Wurmsers Niederlage; ihr Eindruck war um so lebhafter, je enger der General mit der in Wien herrschenden Coterie verflochten war; sein Mißgeschick schien im ersten Moment den Sturz seiner Freunde und Beschützer nach sich zu ziehen. Kaiser Franz sprach sich mit cynischer Unumwundenheit über diese Wendung der Dinge aus;**) er meinte selber, jetzt dürfe er sich über die Andern nicht mehr viel beschweren. Ich versichere Sie, sagte er zu Lucchesini, ich habe in diesem Augenblick alle Eifersucht gegen Preußen bei Seite gesetzt; haben wir wieder Ruhe, dann kann Jeder thun, was er will; jetzt aber müssen wir einig sein. Indessen diesen Versicherungen widersprachen die Thatsachen. Mit einer unverkennbaren Absichtlichkeit redete man in Wien von der Nothwendigkeit, Frieden zu schließen, warf die preußischen Forderungen weit weg, und schien höchstens geneigt, als Lucchesini mit der Abberufung des Heeres drohte, die von Preußen beantragte einstweilige Verpflegung des Heeres durch das Reich zu unterstützen.***) So äußerte sich wenigstens in den letzten Tagen des Januar Thugut in Wien, Lehrbach in Berlin; allein es sollte sich bald zeigen, wie wenig es auch mit dieser Versicherung Ernst war.

Indessen hatte England sich zu dem Entschlusse aufgerafft, die drohende Auflösung der Coalition durch eine thatkräftige Hülfe abzuwenden. Von der wirklichen Lage Preußens hatte man freilich auch in London nur eine unvollkommene Vorstellung. Als man sich im November 1793 dafür entschied, Lord Malmesbury nach Berlin zu senden, dachte man wie Rußland und Oesterreich, es sei auch ohne Geldopfer Preußens Mitwirkung zum neuen Feldzug zu gewinnen. Man hielt es vorerst für genügend, an die früheren Verträge zu erinnern, die Abneigung gegen Revolution und Jakobinismus anzurufen, an des Königs Redlichkeit und Bundestreue zu appelliren, also Preußen wie einen säumigen, übelwollenden Schuldner zu behandeln, den man halb durch moralische Vorstellungen, halb durch Drohungen zur Zahlung anhält. Der gute Georg III., der einen wunderlichen Begriff von den Illu-

---

*) Das Minist. am 5. u. 7. Dec. Berichte Lucchesini's vom 7. 11. Dec.

**) J'ai fait une caca, dont je suis honteux, sagte er zu Lucchesini; une expression, fügt dieser hinzu, dont la naiveté seule peut faire passer l'indécence.

***) Lucchesini's Berichte vom 1. 4. 11. 15. 18. Januar 1794.

minaten haben mochte, legte besonderen Werth darauf, daß dem preußischen Monarchen, den er für einen Illuminaten hielt, recht eindringlich ins Gewissen geredet würde. Von der Geldangelegenheit war nur so obenhin die Rede; wenn, hieß es in der Instruction, die Klagen Preußens über seine finanzielle Bedrängniß wirklich gegründet seien, so könne man sich darüber wohl arrangiren, doch ohne die gerechten Ansprüche, die aus den Verträgen flössen, aufzugeben.

In diesem Sinne faßte denn auch Malmesbury, der gewiegteste unter den britischen Diplomaten jener Tage, seine Aufgabe. Auf dem Wege nach Berlin ließ er sich mit Geschichten über den preußischen Hof die Ohren füllen, hörte von Mansteins verdächtigem Einfluß, von Lucchesinis Zugänglichkeit in Geldsachen und von neuen Liebesintriguen erzählen, in welche die Höflingsschaft zur Befestigung des eignen Einflusses den König verflochten habe.*) Die Aufzeichnungen, die uns der berühmte britische Staatsmann darüber hinterlassen hat, sind eine Blumenlese aller der Klatschereien über die Hofmisère, die Liebschaften und das Günstlingswesen, wovon die diplomatischen Salons jener Tage sich genährt haben. Mit diesem Eindruck ging Malmesbury nach Berlin; es galt, so meinte er, nur eine geschickte Einwirkung auf Weiber, Favoriten und Höflinge, und die wohlberechnete Sprödigkeit des preußischen Hofes ward überwunden. Daß in Preußen der Staatsschatz erschöpft war, alle Welt zum Frieden neigte und selbst die Armee und ihre Führer nur noch mit Widerwillen in den Kampf gingen, daß sich auch mit britischen Subsidien lediglich eine kurze Frist erlangen ließ, nach deren Verlauf dann Preußen doch vom Kampfplatz abtrat, davon hatte der Abgesandte des britischen Ministeriums, wie sich aus seinen eigenen Zeugnissen ergibt, noch keine Vorstellung.

In den letzten Decembertagen hatte Malmesbury mit dem preußischen Monarchen die ersten Unterredungen; gleichzeitig war außer dem österreichischen Unterhändler auch der Prinz von Nassau im Namen der russischen Kaiserin eingetroffen, die Vorstellungen der Coalition zu unterstützen. Friedrich Wilhelm II. erklärte in der bestimmtesten Weise, daß er nicht von dem Bunde zurücktreten wolle, aber es fehlten ihm, das versichere er auf sein königliches Ehrenwort, die Geldmittel zu einem dritten Feldzuge. Die Lasten des Landes seien aufs äußerste gespannt, neue Steuern könne er nicht auflegen, ein Anlehen vertrage sich nicht mit der Natur des preußischen Staates. In demselben Sinne äußerten sich die Minister. Im Verlauf der weitern Verhandlung tauchte dann der Vorschlag Preußens auf: hunderttausend Mann ins Feld zu stellen, von denen etwa drei Viertheile durch Subsidien der Verbündeten unterhalten würden. So wie die Dinge einmal lagen, erschien es

*) S. die diaries and correspondence of James Harris first earl of Malmesbury London. 1845. III. 1—7. 12—30. 43.

jedenfalls im Interesse der Coalition, entweder rasch darauf einzugehen, oder kurzweg abzubrechen; nur eines war durchaus verkehrt, in dem Feilschen um einige hunderttausend Thaler die kostbarsten Momente zu verlieren. Eben dies Letzte ist aber geschehen. Statt schnell die Sache abzumachen, war man gerade auf diesen Fall am wenigsten vorgesehen und wartete Wochen lang auf Instructionen. Zur Herstellung der inneren Eintracht ward dann diese Zeit nicht benutzt. Lucchesini, dessen innerste Meinung viel mehr zum Frieden, als zu einem neuen Kriegsbündniß neigte, war als Unterhändler für Wien nicht glücklich gewählt; noch weniger eignete sich Lehrbach für die Verhandlung in Berlin. Er hetzte nur den britischen Diplomaten gegen Preußen*) und trug alle jene Gerüchte und Ausstreuungen geschäftig herum, welche den Riß zwischen den schon entzweiten Mächten unheilbar erweitern mußten.

Wie man im Kreise der preußischen Staatsmänner die Lage ansah, darüber gibt ein vertrautes Schreiben aus jenen Tagen genügenden Aufschluß.**) Die Alternative, den Krieg fortzusetzen, oder sich allein zurückzuziehen, heißt es da, ist gleich gefährlich für Preußen und es läßt sich sehr schwer sagen, welcher der beiden Wege der verderblichere ist. Einen dritten Feldzug ohne genügende Unterstützung beginnen, hieße den Staat auf's äußerste erschöpfen, vielleicht ihn dem Ruin preisgeben, und selbst Länderentschädigungen, wenn sie uns nicht zu gleicher Zeit das nöthige Geld für den Krieg liefern, können uns nicht helfen. Wer kann auf der andern Seite die Folgen berechnen, wenn der König die Parthie verläßt? Ist dann nicht zu fürchten, daß der deutsche Süden, Belgien, selbst Holland überschwemmt und ausgeplündert werden? Ob aber der Krieg uns dagegen schützen und ein dritter Feldzug bessere Ergebnisse bringen wird, als die beiden ersten? Schwerlich. Ein allgemeiner Friede muß doch einmal geschlossen werden; könnte man auch nur eine Sicherheit gegen die Einfälle und die Propaganda der Revolution erhalten, dann wäre es immer noch besser, um diesen Preis recht bald einen Frieden zu schließen, als den Rest unserer Kräfte in vergeblichen Versuchen zu erschöpfen.

In dieser peinlichen Rathlosigkeit stand nur eines fest: die „absolute Unmöglichkeit", wie sich der König in einem Schreiben vom 11. Januar ausdrückte, den Kampf auf preußische Kosten fortzusetzen, und der Entschluß, wenn die Hoffnung auf Geldhülfe sich zerschlage, das ganze Heer bis auf das Reichscontingent zurückzuziehen. Aber je weniger diese Angelegenheit fortschritt, desto mißmuthiger ward die Stimmung. Von Wien ward berichtet, daß Wurmsers Gunst und der Einfluß seiner Beschützer fortdauere, daß man

---

*) S. Malmesbury's Bemerkungen III. 38. 48. Ueber die Verhandlungen ebendas. 33—41.

**) Schreiben Schulenburg's an Tauenzien d. d. 11. Januar.

wenig geneigt sei, Subsidien zu bezahlen, vielmehr laut davon rede, das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen, „die Quelle alles Uebels“, zu zerreißen.*) So verstrich Woche für Woche, ohne Aussicht auf Entscheidung, und doch wäre es hohe Zeit gewesen, den neuen Kriegsplan festzustellen. In dieser Noth kam man denn auf einen andern Ausweg: Preußen schlug in Wien vor, es sollte einstweilen vom 1. Februar an die Verpflegung des preußischen Heeres auf Reichskosten übernommen werden.

Der Antrag ward Ende Januar an den Reichstag eingereicht; das Reich solle sich zur täglichen Ernährung des preußischen Heeres vom 1. Februar an verpflichten und die sechs vorderen Reichskreise einstweilen die Naturalverpflegung übernehmen. Die Aufnahme, die der Antrag fand, verhieß gleich anfangs wenig Erfolg. Zwar erklärte die kaiserliche Vertretung (26. Jan.), „aus freundschaftlicher Aufmerksamkeit wolle der Kaiser im gegenwärtigen Augenblick der preußischen Verpflegungsforderung nachstehen“, aber es ward beinahe in demselben Augenblick ein kaiserliches Commissionsdecret (vom 20. Jan.) eingereicht, dessen Verhandlung wie darauf berechnet war, das Ansinnen Preußens zu durchkreuzen. Es war darin einmal gefordert, auf Mittel zu sinnen, wie die säumigen und ungehorsamen Reichsstände zur Stellung ihres Contingents angehalten werden könnten, dann war eine allgemeine Bewaffnung sämmtlicher deutscher Grenzbewohner in Vorschlag gebracht und überhaupt der patriotische Beirath des Reichstages aufs dringendste nachgesucht. Ob bei der Zerrüttung des Reiches an solch eine nationale Waffenrüstung auch nur zu denken sei, ließ sich mit guten Gründen bezweifeln; wie diese Verhältnisse einmal waren, lag es doch viel näher, eine vorhandene Armee, wie die preußische, durch mäßige Opfer auf dem Kriegsschauplatze zu erhalten, als zu einer wahrscheinlich mißlungenen Copie der levée en masse seine Zuflucht zu nehmen.

In jedem Falle ließ sich aber die Beschleunigung, die Preußen gewollt, gerade in Regensburg am wenigsten erreichen; es hatte sich daher mittlerweile an die sechs vorderen Reichskreise direct gewandt und zugleich die Mitwirkung von Kurmainz angerufen. Auch hier war die Aufnahme keine günstige; statt Hülfe erntete man bittere Klagen der Kleinen und den unverhohlenen Vorwurf, nicht das Reich, sondern der König von Preußen habe den Krieg angefangen. Diese Herren warteten, bis die Franzosen kamen, um diesen dann das Drei- und Vierfache von dem zu bewilligen, was jetzt für die Verpflegung deutscher Heere versagt ward. Bei Baiern z. B., das nachher 1796 die Moreau'sche Armee sehr reichlich verpflegte, machte Preußen jetzt noch einen besonders dringenden Versuch, stellte vor, daß Baiern seit einem halben Jahrhundert im Frieden lebe, an sich ein reiches Land sei, und sprach die prophetische Ahnung aus: „ein einziger kurzer Streifzug kann unendlich mehr kosten,

*) Nach Depeschen vom 11., 16. und 23. Januar.

als die ganze Forderung des Königs; wer sieht nicht ein, daß man alsdann zu spät bereuen wird, sich ein sehr großes Ungemach zugezogen zu haben, weil man das kleine zu übernehmen sich weigerte?" Aber alle diese Vorstellungen waren erfolglos.*)

Die gehässigen Gerüchte, die dann gleichzeitig auftauchten, Preußen wolle eine Säcularisation geistlicher Güter vornehmen, oder stehe bereits mit Robespierre in Unterhandlung, waren grundlos; sie wurden auch, wie es scheint, von den Kleinen nur in der Absicht herumgetragen, die eigene Unthätigkeit mit diesen Anklagen zu entschuldigen. Eines dieser Gerüchte hat damals eine gewisse Glaubwürdigkeit erlangt. Wie im Februar einige französische Commissaire wegen des Austausches der Gefangenen am Rhein anlangten und in prahlerischem Aufzuge, mit den drei Farben geschmückt, von preußischen Truppen escortirt, auch in Frankfurt von Kalkreuth, dessen Meinung immer zu Frankreich neigte, zuvorkommend empfangen wurden, da konnte wohl das Gerücht sich befestigen: Preußen habe mit diesen Leuten Einverständnisse angeknüpft. Von Manstein und den andern Friedenspolitikern ward wohl ein solcher Gedanke nicht zurückgewiesen, aber der König wollte ausdrücklich jede nähere Besprechung mit diesen Leuten vermieden wissen.**)

So endete der Rundgang im Reich fürs erste mit gegenseitiger Verstimmung und dem sehr ernstlich gemeinten Drohen Preußens, es werde nun ohne Säumen seine Truppen zurückziehen. Jetzt stand die ganze Aussicht, die Coalition zu erhalten, auf der Unterhandlung Lord Malmesburys. Derselbe hatte am 5. Febr. endlich Vollmacht erhalten, für die Aufstellung einer preußischen Armee von hunderttausend Mann eine Subsidie von zwei Millionen Pfund Sterling zu bieten, von der England zwei Fünftheile, Oesterreich, Holland und Preußen selbst je eines aufbringen würden. Preußen

---

*) Nach der angef. Reichstagscorrespondenz von 1794.

**) Am 22. Februar schrieb Manstein im Auftrag des Königs an Möllendorf: „daß S. M. einigermaßen besorgt sind, daß die Ankunft der französischen Commissairs einen Verdacht bei unsern Alliirten erregen könnte, als wollte man sich mit diesen Leuten noch weiter einlassen und vielleicht in einige Negotiationen entriren, als wozu sie wahrscheinlich auch wohl instruirt sein mögen, als welches Ansehen S. M. schlechterdings evitiren wollen. Ich muß es natürlicher Weise ganz dahin gestellt sein lassen, in wiefern man die Aeußerungen dieser Leute wenigstens anhören könnte, aber das dächte ich doch immer, daß man sich mit ihrer Abfertigung nicht zu pressiren brauchte, indem, wenn auch gleich wir Bedenken tragen müssen, uns auf irgend eine Weise mit diesen Leuten einzulassen, es denn doch vielleicht Mittel an die Hand geben könnte, daß die versammelten Kreise sich mit ihnen einließen, und vielleicht wäre durch diese die Neutralität des Reiches zu bewirken. Es ist ein bloßer particulairer Gedanke von mir." (Aus der Möllendorf'schen Correspondenz) Vgl. damit die Erklärung des Königs bei Malmesbury III. 64.

war bereit darauf einzugehen, an Hollands Einwilligung war nicht zu zweifeln, es hing also das Ganze nur von der Zustimmung Oesterreichs ab. Nun hatten zwar die letzten Vorgänge keinen günstigen Eindruck von der Stimmung in Wien erweckt; allein der Vortheil, sich Preußens Mitwirkung zu versichern, war Angesichts der fortschreitenden Gewalt der Revolution doch zu einleuchtend und die Aussicht Oesterreichs, für sich allein den Krieg mit Erfolg fortzusetzen, viel zu gering, als daß man hätte zweifeln können, das Wiener Cabinet werde um dies mäßige Opfer Preußen beim Kriege festhalten. Aber das Unerwartete geschah: Oesterreich lehnte den Beitritt zum Subsidienvertrag ab (Mitte Febr.). Zu der überlieferten Abneigung gegen Preußen, die aus den neuesten Vorgängen reiche Nahrung gesogen, zu dem kurzsichtigen Eigensinn des Kaisers und seiner Rathgeber war ein Neues hinzugekommen: die Aussicht auf einen Türkenkrieg, zu dem sich Rußland eben waffnete und von dessen Spolien ein Theil für Oesterreich zu erlangen schien. Thuguts Erregbarkeit bei Versuchungen dieser Art war ebenso groß, wie seine Neigung zu solch abenteuernder Politik. Zwar war kein Augenblick ungünstiger zur Wiederaufnahme der unglücklichen Politik Josephs II., Rußland in der Auflösung der Türkei zu unterstützen, denn schon drohte der Brand von Westen das eigene Haus zu ergreifen; allein die fieberhafte Begehrlichkeit des österreichischen Staatsmannes trug wie früher in der polnischen und in der bairischen Frage den Sieg davon. Er stieß die preußische Hülfe, die den Rhein decken konnte, leichtfertig zurück und wiegte sich dafür in Träumen naher Vergrößerung in Serbien und Bosnien.

Die Stimmung in Berlin war aufs äußerste gereizt; die Friedenspolitiker hielten den Moment für gekommen, im Verein mit England einen Weg zu Unterhandlungen mit Frankreich zu suchen,*) der König sah sich nun im Falle, die angedrohte Rückberufung seines Heeres zu vollziehen. Zu gleicher Zeit war am Rhein Graf Browne als Wurmsers Nachfolger angekommen; aus dessen Reden glaubte Möllendorf schließen zu müssen,**) daß die Thugutsche Politik die Preußen gerne ziehen sähe, um in Süddeutschland das Uebergewicht zu erlangen und Preußen nur die Wahl zu lassen zwischen einer Fortführung des Kampfes ohne Subsidien oder der Gehässigkeit, das Reich im Stich zu lassen. Ein letzter Versuch, durch die Sendung des Prin-

---

*) Schreiben Mansteins an Möllendorf d. d. 24. Febr.

**) Schreiben Möllendorfs d. d. 18. Febr. En poursuivant ce plan la Cour Imp. a l'avantage de nous placer entre deux partis extrêmes, nuisibles ou ruineux pour la monarchie, l'un 1) de retirer l'armée, d'abandonner l'Empire à son sort, à l'ennemi et à l'Autriche et de le perdre immanquablement pour nous; l'autre 2) de continuer la guerre en renonçant à nos justes conditions, d'y perdre sans fruits des frais énormes et de travailler ainsi gratuitement à notre ruine.

zen von Nassau nach Wien günstigere Entschlüsse zu bewirken, schlug fehl wie die früheren.

So erfolgte denn, womit längst gedroht war: eine Cabinetsordre vom 11. März wies Möllendorf an, mit der preußischen Armee abzuziehen und nur das vertragsmäßige Contingent von 20,000 Mann zurückzulassen. Möllendorf war darauf doch nicht gefaßt gewesen und seine Briefe sprechen es unumwunden aus, wie peinlich er von diesem Entschlusse berührt war. Die Verlegenheit, sagte er, ist groß für mich, und da nichts vorbereitet ist, wird die Verwirrung noch größer; aber auch im Reiche wird der Schrecken allgemein sein.*)

In der traurigen Lage, wie sie war, bei der tiefen inneren Entzweiung Oesterreichs und Preußens, dem Egoismus und der Schwäche der Kleineren, der Lähmung des ganzen Reiches war dieser Entschluß gleichwohl noch nicht der schlimmste von allen; man möchte vielmehr im deutschen wie im preußischen Interesse wünschen, es wäre dabei geblieben. Es lagen für Preußen Gründe genug vor, seine Theilnahme an dem Kriege auf ein bescheideneres Maß zu beschränken; viel besser, es ließ ein Contingent von 20,000 Mann am Rhein und blieb so mit der Sache des gesammten Deutschlands auch fernerhin verflochten, als daß es, durch britische Subsidien verlockt, noch einmal mit größerer Macht in einen Krieg eintrat, den doch seine einflußreichsten Staatsmänner nicht wollten, seine Finanzen nicht mehr ertrugen. Schlug dieser neue, ohne inneren Eifer unternommene Versuch fehl, so gewann die Politik des Friedens um jeden Preis wahrscheinlich bald den Sieg und drängte die Monarchie Friedrichs des Großen in die unheilvollen Bahnen eines Separatfriedens.

Der Entschluß vom 11. März hatte das Lager der Coalition erschreckt. Die Diplomatie der Seemächte verdoppelte nun ihre Anstrengungen, der Kurfürst von Mainz suchte beim Reichstag günstigere Stimmungen zu erwecken, und auch im österreichischen Lager bemühten sich einzelne Persönlichkeiten, wie der Erzherzog Carl, der Prinz von Coburg, mit Eifer für das Festhalten Preußens bei der Coalition. Das Entscheidende geschah aber in Berlin selbst; der König konnte es nicht über sich gewinnen, vom Kampf zurückzutreten**) und Lord Malmesbury, nun überzeugt, daß es Ernst war mit dem Rückzuge, ging über die enge Grenze seiner Instructionen hinaus und suchte um Alles die Vollziehung eines Entschlusses zu hindern, der die Auflösung der Coalition enthielt. Noch gelangte er zwar nicht zu einer förm-

*) Schreiben Möllendorfs d. d. 16. März.

**) Seinen Gedanken, daß er sich immer noch „comme tenant à la cause de l'Europe entière“ betrachte, hatte Haugwitz in einem „memoire sur les conjonctures actuelles“ vom 3. März ausgeführt und für eine Erneuerung der britischen Verhandlung gestimmt; Alvensleben hatte ein Gutachten für sofortigen Rücktritt verfaßt.

lichen Uebereinkunft, aber er stimmte doch den König dafür, kam in leidliches Einvernehmen mit Haugwitz und brachte es dahin, daß Preußen sich bereit erklärte, im Haag weitere Unterhandlungen mit den Seemächten zu pflegen.*) Malmesbury hielt es schon für eine günstige Wendung, daß die Verhandlung nach dem Haag verlegt und damit allen den Einwirkungen der Friedenspolitik entzogen ward, die sich in Berlin schon sehr fühlbar machten; mit guten Erwartungen reiste er am 23. März nach den Niederlanden ab. Der Abmarsch der Truppen am Rhein hatte noch nicht begonnen, da nichts vorbereitet und Möllendorf natürlich nicht allzueilig war. Im Anfang April erfolgte denn auch die Erklärung des Königs, er habe, da die Unterhandlungen mit England noch schwebten und in der Hoffnung auf die Unterstützung des Reichs, den Wünschen der Reichsstände, die Armee noch am Rhein zu lassen, nachgegeben. An Möllendorf hatte Haugwitz aus dem Haag schon am 31. März die Weisung ergehen lassen, den Abmarsch der Truppen zu sistiren.

So gelang es denn noch einmal, im Haag das gelockerte Bündniß nothdürftig zusammenzukitten; die Seemächte waren in der dringenden Sorge, Preußen ganz ausscheiden zu sehen, williger zum Zahlen geworden und Preußen ließ sich von dem lockenden Anblick der Subsidien noch einmal in die Wege einer Politik zurücklenken, der es bereits innerlich entfremdet war. Eine unbefangene Betrachtung konnte sich kaum des Gedankens entschlagen, daß der Vertrag, den jetzt am 19. April die Vertreter Englands und Hollands mit Haugwitz abschlossen, ein letzter Versuch sein würde, die Coalition zusammenzuhalten; welche Kraft sollte aber ein Bund bewähren, den ein unter solchen Schmerzen geborener Vertrag nur mit Mühe hatte zusammenknüpfen können? Um das Fortschreiten, sagte der Vertrag vom 19. April, des anarchischen und verbrecherischen Systems zu hemmen, wovon die bürgerliche Gesellschaft bedroht ist, verspricht Preußen eine Armee von 62,400 Mann aufzustellen, die gegen Ende Mai an dem Orte ihrer Bestimmung sein sollte. Diese Armee, von einem preußischen Feldherrn geführt, sollte nach einer militärischen Uebereinkunft zwischen Großbritannien, Preußen und Holland da verwendet werden, wo es den Interessen der Seemächte am zuträglichsten scheine. Dafür versprachen diese vom 1. April an monatlich 50,000 Pfund Sterling zu bezahlen; außerdem 300,000 Pfund für die erste Ausrüstung, einen Zuschuß zur Verpflegung und noch einmal 100,000 Pfund bei dem Rückmarsch der Truppen. Alle Eroberungen, welche durch dieses Heer ge-

*) Malmesbury III. 75—81. Eine minist. Erklärung vom 21. März sagt darüber: voilà donc un dernier effort que je fais pour montrer ma bonne volonté et mon désir d'être utile à la cause commune; mais si l'on continue après cela de m'opposer de tout côté une résistance opiniâtre, il n'y aura plus de reproche à me faire.

macht würden, sollten im Namen der beiden Seemächte erfolgen und auch ihnen zur Verfügung stehen.*)

Man mochte diesen Vertrag drehen, wie man wollte, Preußen vermiethete darin seine Truppen an England und Holland und trat also mit den deutschen Kleinstaaten, die aus solchen Verträgen längst ein Geschäft gemacht, in eine Linie. Die Armee selbst, ohnehin gegen die Fortsetzung dieses Krieges gestimmt, ward darüber unruhig und Möllendorf hielt es für nöthig, dem durch einen ohne Zweifel sehr ungewöhnlichen Schritt zu begegnen. In einem öffentlichen Aufruf an das Heer widersprach er dem Gerücht, die preußische Armee sei an die Seemächte vermiethet. Auch Haugwitz suchte schon vor dem Abschluß des Vertrages solchen Deutungen entgegenzuwirken.**) Hörte man aber die Verhandlung im britischen Parlament und den Ton, worin Pitt und Grenville der Opposition gegenüber rühmten, welch ein gutes Geschäft es sei, für so billiges Geld so viel tausend Preußen erhandelt zu haben, so konnte kein Zweifel darüber aufkommen, daß der Vertrag dem moralischen Ansehen Preußens eine schlimmere Wunde beigebracht, als durch fünfzigtausend Pfund Sterling monatlich zu vergüten war. Viel besser wahrhaftig, Preußen ließ sich durch die Erschöpfung seiner Finanzen, durch die bitteren Erfahrungen der letzten Kriegsjahre, durch die Wirren in Polen und die unermeßliche Schwierigkeit eines zwiefachen Krieges am Rhein und an der Weichsel geradezu bestimmen, aus der Coalition auszutreten, und beschränkte sich auf die Leistung seines reichsständischen Contingents. Das wäre keine glorreiche und glänzende, aber eine Politik gewesen, wie sie aus den Umständen entsprang. Ging doch in der bunten Coalition, zum „Schutz der bedrohten bürgerlichen Gesellschaft", jedes einzelne Glied nur seinen persönlichen Interessen nach und verfolgte sie im Nothfall auf Kosten sämmtlicher Mitverbündeten! Mit dem Vertrag vom 19. April aber waren Subsidien, sonst nichts gewonnen. Man ließ sich bezahlen für eine Hülfe, die doch nur mit halbem Willen geleistet ward, half den Krieg verlängern, ohne damit einen erträglichen Frieden zu erkaufen, und befand sich nach einem Feldzug

*) S. Martens, recueil des traités V. 283 ff.

**) In einer Depesche an Möllendorf d. d. 15. April heißt es: „Der Tractat mit den Seemächten, über dessen Schließung jetzt unterhandelt wird, gründet sich auf die fernere Cooperation des Königs als mitagirender Macht, so wie es die Würde unseres Staates erfordert. Es ist die Rede von einer von uns zur Coalition zu stellenden Armee und die Subsidien, welche von den Alliirten dafür gezahlt werden, können ebensowenig, als es im siebenjährigen Kriege in Absicht der englischen Subsidien geschah, als ein Sold angesehen werden, sondern sie sind vielmehr als eine Hülfe, ein Tribut zu betrachten, den man in diesen gefahrvollen Zeiten einer militärischen Macht, wie die preußische ist, zu reichen sich disponiret findet, um sie bei der Coalition zu erhalten." (In der Haugwitz'schen Correspondenz über den Haager Vertrag.)

von sechs Monaten in einer noch peinlicheren Alternative, als jetzt im Frühjahr 1794.

Der Vertrag litt zugleich an einer Zweideutigkeit, die den ganzen Erfolg der verabredeten Hülfe in Frage stellte. Das preußische Heer sollte „nach einem militärischen Einverständniß zwischen England, Preußen und den Generalstaaten dort verwendet werden, wo es den Interessen der Seemächte am angemessensten erscheine." Die beiden Seemächte verstanden dies, wie sich bald zeigte, durchaus so, daß sie die preußische Hülfsmacht, ganz oder getheilt, am Rhein oder in den Niederlanden gebrauchen konnten, wie es ihnen angemessen schien. In London wünschte man sie am liebsten in Belgien zu verwenden und hätte dies gern als ausdrückliche Bedingung in den Vertrag aufgenommen. Der preußische Oberfeldherr hatte davon keine Ahnung; er legte den größten Nachdruck auf das „militärische Einverständniß" und dachte nicht anders, als daß der Gang der Operationen von seiner Zustimmung abhängig sein würde. Haugwitz hatte ihn in dieser Ansicht durch unzweideutige Erklärungen bestärkt*) und weigerte sich auch im Haag, den Marsch nach Belgien als ausdrückliche Bedingung in den Vertrag aufzunehmen, aber er stimmte denn doch zu der oben erwähnten Fassung, die das Unglück hatte, zwei ganz verschiedene Deutungen zuzulassen. Als Möllendorf davon erfuhr, fand er gleich, daß das ein übel gewählter Ausdruck sei und doch kannte er nicht einmal die ganze Bestimmtheit des Wortlauts.**) So meinte denn

*) Am 31. März schrieb Haugwitz an Möllendorf: „Wie und wo diese Armee, vorausgesetzt daß wir die Mittel zur ferneren Cooperation erhalten, künftig agiren soll, muß meines Dafürhaltens lediglich und allein einem militärischen Concert überlassen werden." Dann am 15. April: „Der Ort, wo die solchergestalt zu stellende Armee zum gemeinschaftlichen Besten agiren soll, kann nie anders als durch ein concert militaire und in Uebereinstimmung eines entweder schon gemachten oder noch zu formirenden allgemeinen Operationsplanes bestimmt werden und hieraus erhellt die große Nothwendigkeit, daß ein solches militärisches Uebereinkommen der hiesigen Negotiation auf dem Fuße folge und so geschwind als möglich zum Schluß gebracht werde." Aehnliche Aeußerungen in den Depeschen vom 20. und 24. April. Dann am 10. Mai: „Bei der im Haag abgeschlossenen Convention ist mit dem größten Fleiß der militärische Theil so allgemein und so wenig verbindlich als möglich abgefaßt worden; einmal weil wir alle, die wir die Negotiation zu betreiben hatten, von der Kriegskunst keine Kenntniß haben, hauptsächlich aber auch, damit dieser militärische Theil, nämlich die Bestimmung wo? und wie unsere Armee cooperiren soll? allein dem Ermessen E. E. vorbehalten bleiben möchte." Wozu der Marschall am Rande bemerkt: „Wie kann man also englischer Seits behaupten, daß es eine abgemachte Sache sei, nach Brabant zu marschiren?" (Aus der angef. Correspondenz).

**) Haugwitz hatte ihm (Depesche vom 11. Juni) die Worte nur ungefähr so angegeben: conformément aux interêts des puissances maritimes, während sie im

das britische Cabinet, die Preußen würden nach Belgien aufbrechen; und im preußischen Lager dachte man an nichts anderes, als an eine Fortsetzung des Feldzugs am Rhein.*) Es unterstützte diesen Glauben der Eifer, womit Lord Malmesbury selbst, eben noch beim Beginn der Haager Verhandlung, das Stehenbleiben Möllendorfs am Rhein als Vorbedingung gefordert hatte. Das waren Unklarheiten, die zu lösen man im Haag versäumt hatte; man überließ es beiderseits der Zukunft, das ins Geleise zu bringen. Gleich diese erste Differenz hat aber, wie wir sehen werden, ihr gutes Theil dazu beigetragen, das neue Bündniß und die preußische Hülfe zu lähmen.

So waren die ersten vier Monate des Jahres über dem Bemühen, die wankende Coalition zusammenzuhalten, verloren worden, ohne daß draußen im Feldlager etwas Erwähnenswerthes geschah. Es fehlte nicht an Entwürfen und Plänen, aber die Ungewißheit der Mittel hielt die Ausführung zurück. In den Niederlanden hatte man schon zu Anfang des Jahres große Berathungen gepflogen, Mack war wieder als militärisches Factotum aufgetaucht, hatte sich nach England begeben, um dort mit Staatsmännern und Soldaten die künftigen Kriegsoperationen zu besprechen. Es handelte sich um nichts Geringeres, als um die endliche Entscheidung des Kampfes durch ein paar gewaltige, kraftvolle Schläge. Mit einer Masse von 200,000 M. sollte der Angriff an der Grenze Flanderns unternommen, die Vertheidigungslinie von Landrecies, Cambray und Arras erobert und wenn nicht in diesem Feldzuge, so doch in den ersten Monaten des nächsten durch den Angriff auf Paris selbst die Revolution überwältigt werden.**) Sowohl dieser Plan als seine verschiedenen Abstufungen sind Entwurf geblieben; wir lassen daher die Debatten darüber, die Kritiken und Angriffe, die von anderer Seite dagegen erhoben wurden, unerörtert. Selbst vorsichtige österreichische Beurtheiler sind der Ansicht, daß der Entwurf in seinen verschiedenen Gestalten sich vielfach auf „unzuverlässige Voraussetzungen und bedingte Umstände" gestützt — mit anderen Worten, daß man, wo es auf die Durchführung im Einzelnen ankam, die Rechnung ohne den Wirth gemacht hatte. Am meisten galt dies von der Mitwirkung der preußischen Armee; zu einer Zeit, wo sie zum Abmarsch bereit stand oder doch ihre künftige Thätigkeit sehr im Dunkeln schwebte,

---

Vertrag selber noch schärfer lauteten (là, où il sera jugé le plus convenable aux interêts des Puissances maritimes).

*) Namentlich hatte Möllendorf bei jedem Anlaß seinen Widerwillen gegen einen Zug nach Belgien ausgesprochen und in einem Schreiben vom 31. März an Lucchesini geradezu mit seinem Rücktritt gedroht, wenn man ihn nach Belgien schicken werde.

**) S. Oesterr. milit. Zeitschrift 1831. II. S. 4 ff. Vergl. 1818. I. 266. 280 f. 283 ff.

wies ihr der Entwurf wichtige Rollen zu, die Marschall Möllendorf, von allen anderen Bedenken abgesehen, mit der einfachen Erklärung beantworten konnte: daß er von den Unterhandlungen nichts wisse und nicht sagen könne, wie weit Preußen zu den künftigen Operationen mitwirken werde.

Das kaiserliche Hauptquartier in Belgien war freilich in einer nichts weniger als beneidenswerthen Lage; zwischen ihm und dem Wiener Cabinet bestand ein tiefer Zwiespalt, dessen Ursprung wieder auf die jüngsten Wendungen der österreichischen Politik zurückführte. In allen Entwürfen, die von Coburg und Mack ausgingen, war die Hülfe der Preußen und die Deckung des Rheins durch sie die oberste Voraussetzung; vielleicht an keiner Stelle des weiten Schauplatzes der Politik und Kriegführung jener Tage war das Gefühl der Unentbehrlichkeit preußischer Mitwirkung lebendiger, als dort. Es läßt sich denken, wie unangenehm dem kaiserlichen Hofe, der eben diese Hülfe von sich stieß, die Mahnungen Coburgs in die Ohren klangen. Der Prinz und Mack erhielten vom Kaiser herbe Zurechtweisungen; es ward ihnen bedeutet, daß sie sich innerhalb ihrer Grenzen zu halten hätten, statt aus „ganz irrigen Voraussetzungen falsche Folgerungen zu ziehen" über Gegenstände, welche der Kaiser sich vorbehalte, nach seiner eigenen Einsicht abzumessen" (12. März). Als dann die Nachricht von der Abberufung des preußischen Heeres eintraf, war der Prinz in Verzweiflung; die jüngste Rüge vergessend, wandte er sich an Friedrich Wilhelm II., an Möllendorf, und schickte den Erzherzog Carl nach Wien, um durch dessen persönliches Ansehen eine Umkehr der Politik hervorzurufen. Kaiser Franz nahm diesen ungewöhnlichen Schritt noch übler auf, als die früheren Rathschläge; als der Erzherzog (27. März) in Wien eintraf, ward er ungnädig empfangen und angewiesen, binnen drei Tagen nach Belgien zurückzukehren. Ein dringendes Schreiben Coburgs, worin er „fußfällig bat", nicht das Verderben über Oesterreich heraufzubeschwören, blieb natürlich ebenso fruchtlos.*) Das einzige Lebenszeichen, daß man den Krieg in Belgien mit Kraft aufnehmen wolle, war die Ankündigung: der Kaiser werde selbst kommen und die Führung übernehmen. Aber freilich, diese Reise war vornehmlich in der Absicht unternommen, das unbequeme Dreinreden des belgischen Hauptquartiers zum Schweigen und die neueste Wendung der Thugut'schen Politik auch dort zur Geltung zu bringen. Es deutete Alles darauf hin, daß man Belgien mit den Waffen zu halten noch einmal versuchen und wenn es mißlang, den undankbaren Posten preisgeben wolle.

So kamen den Franzosen überall die trostlosen Zustände der Coalition zu Hülfe. Was sie jetzt gegen die Niederlande an Streitkräften sammelten, betrug von den Ardennen an bis nach Dünkirchen gegen 300,000 Mann. Ein genialer Mann, wie Carnot, war bei der Leitung der Operationen thätig,

*) S. Witzleben, Prinz von Coburg III. 72—79.

das Commando der Nordarmee führte ein rasch entschlossener Feldherr jungen, revolutionären Ursprungs, Pichegru, und unter ihm standen als Führer der einzelnen Abtheilungen eine Reihe von kühn aufstrebenden Talenten, von denen man Moreau, Macdonald, Vandamme, Kleber, Marceau, Championnet, Lefebvre und Bernadotte nur zu nennen braucht, um den Umschwung, der eingetreten war, zu bezeichnen. Durch diese Streitkräfte sollte die wichtigste Entscheidung des Krieges gegeben werden; man dachte die Kräfte des Gegners auf beiden Flügeln zu umfassen und durch die Wucht der Massen ihn zu erdrücken. Ein Angriff auf die Niederlande schien durch die geographische und politische Lage des Landes gleich begünstigt; es war ein offenes Land und die österreichische Verwaltung hatte es seit der Wiedereroberung nicht verstanden, die Sympathien der Bevölkerung fester an sich zu knüpfen. Was die Coalition diesem Angriffe entgegenzustellen hatte, war an Zahl lange nicht gewachsen*) und auch an Energie der Führung nicht gleich; aber es waren immer noch die taktisch überlegenen Truppen, und wenn sie frühzeitig angriffen, war auch das Mißverhältniß der Zahl nicht zu groß, denn die Kräfte der Franzosen waren erst noch in Bewegung. Aus diesem Grunde wäre es ohne Zweifel besser gewesen, wenn man beim Anfange der guten Jahreszeit nicht mehrere Wochen mit leeren Festlichkeiten und militärischem Schaugepränge verloren hätte. Kaiser Franz II., von Thugut, Colloredo und Trautmannsdorff begleitet, erschien im Anfang April persönlich in Brüssel, wie man damals glaubte, um den Nachdruck anzukündigen, womit er den Krieg führen wollte, in der That wahrscheinlich mehr, um den allmäligen Rückzug vorzubereiten.

Am 16. April hielt der Kaiser Heerschau über den Kern der verbündeten Armee, die einige sechszigtausend Mann stark, zwischen Valenciennes und Bavay aufgestellt war; in den nächsten Tagen begann der Angriff auf die gerade im Centrum der großen Linie vereinzelten französischen Abtheilungen. Die Angriffe waren glücklich, Landrecies wurde blokirt, die Franzosen aus ihren Stellungen verdrängt und ihre Versuche, Landrecies wieder zu entsetzen, waren vergeblich. Bei einem dieser Versuche, am 26., ward dem Feinde eine Schlappe beigebracht, die wieder recht anschaulich die militärische Ueberlegenheit einzelner Waffengattungen über die Franzosen an den Tag legte. Eine französische Colonne von ungefähr 30,000 Mann und 80 Kanonen, die General Chapuy führte, rückte von Cambray her gegen das vom Herzog von York befehligte Corps vor, überraschte die Vorposten, wagte sich aber zu unvorsichtig bis an das Lager des Gegners vor. Zwei Reiterangriffe mit einem österreichischen Kuirassierregiment, einigen Escadrons Husaren und etwa einem Dutzend englischer Reiterschwadronen zwischen Cateau und Cambray ausge-

*) Nach der österr. Militärzeitschrift betrug der Bestand der Armee ungefähr 160,000 Mann.

führt, der eine vom Fürsten Carl Schwarzenberg, der damals Oberst war, geleitet, reichten hin, das ganze feindliche Corps in die Flucht zu jagen. In wenig Minuten war die französische Infanterie zersprengt, die Führer gefangen, dem Feinde ein Verlust von 5—6000 Mann beigebracht und über 30 Geschütze abgenommen. Ein paar Tage später capitulirte Landrecies (30. April).

Nicht so glücklich war die verbündete Armee auf den Flügeln; der linke, an die Sambre angelehnt, ward seit den letzten Tagen des April von der überlegenen Macht der Franzosen angegriffen; gegen den rechten in Westflandern wandte sich Pichegru mit allem Nachdruck. In den lebhaften Gefechten, die seit dem 26. April zwischen Lille und Courtray stattfanden, wurden die Verbündeten von der feindlichen Uebermacht geworfen und nach einem unglücklichen Gefecht bei Moescron aus Menin hinausgedrängt. Während so die Erfolge der Verbündeten bei Landrecies schon durch die Nachtheile in Westflandern einigermaßen aufgewogen wurden, geschah von der Hauptmacht nichts Erhebliches, die errungenen Vortheile energisch zu verfolgen. In dem Zwiespalt des Coburg'schen Hauptquartiers und der Thugutschen Politik ging die Kraft der Action unter. Indessen jenes Angriffspläne entwarf, hätte diese schon jetzt am liebsten den belgischen Feldzug abgeschüttelt, um sich nach Osten zu wenden und bei der drohenden Auflösung Polens sich eine reiche Entschädigung zu sichern.

So wirkte Alles zusammen, den Franzosen die glückliche Entscheidung in die Hand zu spielen. Man entschloß sich endlich im Hauptquartier der Verbündeten zu einem kraftvollen Streiche, der ganz Flandern mit einem Schlage frei machen und, wie Mack sich schmeichelte, Pichegru's Armee vernichten sollte. Es galt, die Verbindung der französischen Armee mit Lille abzuschneiden und Pichegru dann zu einer Schlacht zu nöthigen;*) ein Unternehmen, dessen Vorbereitungen ebenso rasch wie geheimnißvoll getroffen werden mußten. Es scheint nach dem Urtheil von Sachkennern unzweifelhaft, daß der Plan selbst in seiner Anlage künstlich und verwickelt genug war, um das Gelingen zu erschweren, auch wenn nicht eine Reihe von zufälligen Umständen und unerwarteten Hindernissen die Ausführung gestört hätte. Durch einen raschen Angriff der Feinde unter Souham ward das complicirte Unternehmen mitten in der Arbeit durchkreuzt, und bevor die Vereinigung, die man wollte, erfolgt war, das isolirte Centrum der Alliirten mit Uebermacht bei Turcoing (18. Mai) geschlagen. Fast alle Geschütze gingen dabei verloren, der Herzog von York wurde beinahe selbst gefangen, und ohne den ausdauernden Widerstand, den hessische Kerntruppen, die Garden und das Leibregiment leisteten, wären die flüchtigen Colonnen völlig aufgelöst worden. Zwar blieb der Sieg

*) S. Geschichte der Kriege III. 181 f. Oesterr. militär. Zeitschr. 1818. III. 308. 312. f.

von Turcoing zunächst unverfolgt, vielmehr ward der Angriff, den die Franzosen wenige Tage später an einer anderen Stelle bei Tournay auf die Alliirten machten (22. Mai), durch die wetteifernde Tapferkeit der deutschen und britischen Truppen blutig zurückgewiesen; aber es war doch der kühne Vernichtungsplan Mack's im Entstehen erstickt worden und nichts davon zurückgeblieben, als eine bittere Verstimmung zwischen dem Herzog von York und dem Oberkommando, dem der englische Prinz die Schuld seiner Unfälle zuschrieb. In einem Augenblick aber, wo die Diplomatie des Lagers schon ungeduldig auf andere Ziele schaute, war solch ein Mißlingen von entscheidender Wirkung und zog wahrscheinlich den Verlust des ganzen Feldzugs nach sich.

Am Rhein war, wie wir wissen, die Leitung der preußischen Armee an Marschall Möllendorf übergegangen. Wohl hatte der Herzog von Braunschweig eine Anwandlung von Reue darüber empfunden, daß er damals im Unmuth so rasch seinen Abschied gefordert, aber es war daran nichts mehr zu ändern.*) Die Friedenspartei in Berlin sah seinen Rückzug nicht ungern; Möllendorf, den sie zum Nachfolger ausersehen, war ein Mann der alten antiösterreichischen Ueberlieferungen, kein Freund dieses Krieges, übrigens ohne den Anspruch, eine politische Rolle spielen zu wollen, er mußte also in jedem Falle erwünschter sein, als der Herzog. Unter welch peinlichen Schwankungen der Politik Möllendorf das Commando übernahm und wie die Ungewißheit der Lage in den ersten vier Monaten des Jahres seine ganze Thätigkeit lähmte, haben wir früher gesehen. Man legte ihm aus den Niederlanden Kriegsplane vor, zu denen er mitwirken sollte; er konnte darauf in Wahrheit nur erwiedern: er wisse selbst nicht, welche Entscheidung über seine Armee getroffen würde. Man verfügte dann in der Haager Convention über ihn und sein Heer, ohne ihn zu fragen, die Engländer und Holländer nahmen dort als eine Sache, die sich von selbst verstand, an, daß er bei den Operationen in Belgien mitwirken müsse, und doch hatte Möllendorf mehr als einmal mit

---

*) Die Verstimmung des Herzogs theils über den Feldzug, theils über seinen klanglosen Rücktritt sprach sich unumwunden genug aus; sie scheint sogar nach den Mittheilungen von Malmesbury im Laufe der Zeit zugenommen zu haben. Manches herbe Wort, auch über den König selbst, das er gegen den englischen Diplomaten aussprach, entsprang indessen offenbar aus dem Mißbehagen, zur Unthätigkeit verurtheilt zu sein; in dem Augenblicke, wo er das Commando niederlegte, war wenigstens das Vernehmen zum König ungetrübt. Es liegt uns eine Correspondenz vom Febr. 1794 vor, worin Friedrich Wilhelm II. das Anerbieten des Herzogs, auch sein Regiment abzugeben, in überaus freundlicher Weise ablehnt und den Wunsch ausspricht, mit dem Herzog wieder einmal persönlich zusammenzutreffen. Darauf antwortete dieser: Daignez, Sire, me fixer le jour et l'endroit où je dois me rendre; j'obéirai à Vos ordres avec un empressement sans égal.

den deutlichsten Worten erklärt, daß er aus militärischen Gründen dazu nie die Hand bieten werde. Was im Haag über ihn beschlossen war, kannte er geraume Zeit nur aus den Eröffnungen von Haugwitz, und diese mußten, wie wir sahen, ihn vollkommen in der Ueberzeugung bestärken, daß ohne seine militärische Zustimmung nichts werde unternommen werden. Er betrachtete seine preußischen Truppen als Hülfsmacht, die Seemächte sahen sie wie ein gemiethetes Contingent an, über das nach ihrem Ermessen verfügt werden konnte.

Nach den Entwürfen, die von Mack ausgingen und die Unterstützung der Seemächte hatten, war Möllendorf ausersehen, zu den belgischen Operationen unmittelbar mitzuwirken; nach seiner eigenen Ansicht hielt der preußische Feldmarschall eine Operation zwischen dem Rhein und der Saar für das allein Richtige. In einer militärischen Unterredung, die er um Mitte Mai mit dem kaiserlichen General von Seckendorf hatte und der auch Haugwitz beiwohnte, trat diese Meinungsverschiedenheit unverhüllt hervor. „Ich habe ihm dargestellt, schreibt Möllendorf selbst,*) wie ich die Wegnahme von Saarlouis für höchst nöthig halte, nicht nur um die zwischen der Saar und Blies gelegenen deutschen Reichslande zu schützen, sondern auch mit mehr Sicherheit zu den Operationen an der Maas mitzuwirken." — — „Sollte dies nicht der Fall sein, so könnte ich mich auf nichts weiter einlassen, als meinen rechten Flügel bis an die Mosel ziehen und den Posten von Trier übernehmen, und alsdann in Verbindung mit den Kaiserlichen das Reich zwischen Mannheim und Trier vor jeder feindlichen Diversion schützen." Der kaiserliche General, der Möllendorf als ein „vernünftiger und einsichtsvoller Mann" erschien, ging auf die Ansichten des preußischen Feldherrn ein, machte aber doch vom Standpunkte der Mack'schen Entwürfe seine Einwendungen. Der Marschall blieb bei seiner Meinung und war entschlossen, die Operationen zunächst mit einem Angriff auf die feindlichen Armeen, die ihm gegenüber standen, zu beginnen. Die Bewohner der Pfalz wünschten natürlich nichts sehnlicher, als die Vertreibung der Franzosen; die revolutionären Sympathien waren abgekühlt, die bittere Wirklichkeit französischer Aussaugung hatte die Illusionen verdrängt. Der Zustand der revolutionären Armeen war nach den Kämpfen vom December nichts weniger als blühend,**) und ohne die diplomatische Lähmung der Operationen hätte ein rascher Angriff in den ersten Monaten des Jahres ohne Zweifel die besten Erfolge gehabt. Indessen die unermüdlichen kleinen Plänkeleien ausgenommen, womit Blücher sich dem Feinde furchtbar machte und seine rothen Husaren in kriegerischer Frische erhielt, war nichts Bemerkenswerthes geschehen.

Am 22. Mai begann Möllendorf, von einer Abtheilung Oesterreicher,

*) An den Erbprinzen von Hohenlohe d. d. Mainz 17. Mai.

**) Gouvion St. Cyr II. 15. 218.

die bei Mannheim über den Rhein gingen, unterstützt, seine Bewegungen; sie dehnten sich von Kusel und Meisenheim bis an den Rhein hin aus. Am 23. erfolgte, sorgfältig combinirt und mit gewohnter Präcision vollführt, der allgemeine Angriff auf die Linien der Franzosen; sie mußten die Stellung bei Kaiserslautern räumen und wurden, trotz des hartnäckigen Widerstandes, den Desaix an der Rehbach leistete, zum Rückzuge hinter die Saar und Queich genöthigt. Vergebens versuchte Desaix ein paar Tage später wieder bis zum Haardtgebirge vorzudringen (28. Mai); ein kühner Reiterangriff Blüchers zwischen Kirweiler und Edesheim schlug ihn zurück. Ohne daß die Infanterie zum Gefecht kam, hatte der tapfere Reiteroberst mit seinen Husaren die Feinde geworfen und ihnen 2 Fahnen, 6 Kanonen und ungefähr 400 Gefangene abgenommen. Der König ernannte den heldenmüthigen Mann, der schon in dieser trüben Zeit die Glorie des preußischen Heeres war, zum Generalmajor und ertheilte ihm das vacante Regiment Graf Goltz, „welches er bisher so wohl geführt hat, und bei welchem er auch ferner wesentliche Dienste zu leisten nicht verfehlen wird.“ *)

So war mit einem einzigen Ruck das französische Heer vom Haardtgebirge weggedrängt, auf die Vogesen zurückgeschoben, Kaiserslautern, Zweibrücken gewonnen und fast dieselben Stellungen wieder erobert, welche die Preußen im vorigen Jahre vor den Unfällen von Weissenburg inne gehabt hatten. Daß der Erfolg nicht besser benutzt ward, vielmehr eine Pause von Monaten eintrat, war nicht die Schuld des Heeres und seines Führers, sondern der diplomatischen Gewebe, von welchen alle kriegerischen Operationen jener Zeit auf's unheilvollste umflochten waren.

Der Haager Vertrag, kaum geschlossen, gab schon Stoff zu unerquicklichen Erörterungen. Die Bezahlung der Kosten für die Mobilmachung hatte unmittelbar nach Auswechslung der Ratificationen stattfinden sollen; allein es war in diesem Augenblick, zu Anfang Juni, wo über die Verwendung der preußischen Truppen entschieden werden sollte, noch kein Geld angekommen. Das eröffnete die Aussicht auf neue Verzögerungen. Da dem Vertrag zufolge die Armee etwa vier Wochen nach der ersten Zahlung schlagfertig sein sollte, so rechnete Haugwitz,**) daß sie jetzt nicht vor Ende Juli als mobil angesehen werden könne. Ueber die Frage, wo das preußische Heer operiren würde, schwebte aber immer noch der frühere Zweifel.

Wir erinnern uns, es war im Haager Vertrag nur gesagt: nach einem militärischen Einverständnisse zwischen England, Preußen und den Generalstaaten sollten die Truppen dort verwendet werden, wo es den Interessen der Seemächte am angemessensten erscheine. Die Letzteren dachten dabei an Belgien, im preußischen Lager zog man es vor, am Rhein zu bleiben. Nament-

*) Königl. Cabinetsordre d. d. Hauptquartier Wola 4. Juni.

**) Schreiben an Möllendorf d. d. 11. Juni.

lich Möllendorf hatte es von Anfang an auf das Allerbestimmteste ausgesprochen, daß er nie die Hand dazu bieten werde, die Armee nach Belgien zu führen. Eben jetzt (13. Juni) schrieb er an Hohenlohe: „ich muß E. D. nochmals eröffnen, daß ich fest entschlossen bin, das concert militaire falle aus wie es will, unter keiner Bedingung mit meiner Einwilligung mit der Armee nach Flandern zu marschiren, wogegen ich mich schlechterdings bis auf's Aeußerste sträuben und nie darin entriren werde."

Haugwitz wußte das und hatte, wie wir oben sahen, den Marschall in dieser Auffassung eher bestärkt als bekämpft. Allein in den Unterredungen, die er jetzt mit Lord Malmesbury zu Mastricht pflog, sagte er davon kein Wort, sondern gab die bestimmtesten Versicherungen, daß Preußen zu Jeglichem bereit sei, wenn England die Subsidien bezahle.*) Zahlt uns Geld, erklärte er dort den Engländern in den ersten Tagen des Juni, und wir werden agiren, wo und wie Ihr wollt. Aber an Möllendorf schrieb er am 11. Juni: Hauptsächlich in Rücksicht des höheren politischen und Staatsinteresses bin ich in die Unmöglichkeit versetzt worden, mich auf irgend einen Plan der Cooperation unserer Truppen einzulassen — — — da bei den gegenwärtigen Umständen unmöglich vorausgesehen werden kann, wie zu Ende Juli die militärische Lage sein wird, so konnte schon aus diesem Grunde darüber jetzt keine Bestimmung erfolgen und wir haben also darüber nicht das Allergeringste stipulirt ... Wenn wir einmal über die Ankunft des Geldes beruhigt sind, so wird es von E. E. abhangen, dem Lord Cornwallis diejenigen militärischen Gründe näher zu eröffnen, nach welchen Sie die Sache beurtheilen. Nur halte ich mich schuldig, Ihnen die politischen Gründe vorzulegen, die hiebei in Betracht kommen und die S. M. als Hauptgrundsätze ansehen. Sowohl für das Interesse unserer Monarchie als für die Ruhe und das Wohl von Europa ist es im höchsten Grade zu wünschen, daß dieser leidige Krieg nicht in die Länge gezogen, sondern auf die eine oder die andere Art bald geendet werde! Es ist hiebei höchst nothwendig zu berechnen, ob und wie wir ihn bis dahin fortzuführen im Stande sein werden; welches unsere und des Feindes Kräfte dazu sind? Auf die Deckung von Holland und die dazu erforderliche Erhaltung der Barrièrestädte kommt es vornehmlich an. Sie ist nicht nur für unsere Staaten und für ganz Europa äußerst wichtig, sondern

*) Am 1. Juni erklärte Haugwitz dem Lord Malmesbury, wie dieser an Grenville berichtet (Diaries III. 96): Count Haugwitz declared in the most positive manner His Prussian Majesty's readiness to bring his army wherever the maritime Powers thought it could be employed the most usefully, and he gave me the strongest assurances that his eagerness and zeal in the cause were invariably the same. Am 5. berichtet Malmesbury (a. a. O. 98.), daß ihm Haugwitz wiederholt das dringende Geldbedürfniß vorgestellt; he adds, howewer at the same time that when it is received, we may depend on finding them ready to act where and how we please.

sie ist auch vermöge unserer Allianztractate und unserer letzten Convention mit den Seemächten eine Verpflichtung ... dieser vornehmste Zweck wird allerdings vorzüglich, wie E. E. selbst mehrmals erleuchtet bemerkt haben, durch die Deckung der Gegend von Mannheim und Mainz erreicht. Auf welche Weise nun, militärisch betrachtet, vom 20. Juli dazu wird von unserer Seite weiter mitgewirkt werden können, dieses zu beurtheilen steht E. E. allein zu."*)

Durch diese doppelseitige Haltung hatte es Haugwitz dahin gebracht: daß Lord Malmesbury nicht anders glaubte, als die Preußen seien ganz bereit, nach Belgien aufzubrechen und daß Möllendorf ebenso fest überzeugt war: er werde am Rhein bleiben. Lange freilich konnte diese Zweideutigkeit nicht mehr bestehen; zu welch peinlichen Erörterungen dieselbe dann führte, werden wir weiter unten erfahren.

Haugwitz wies in dem mitgetheilten Briefe an Möllendorf auf Rücksichten höherer Politik hin, die eine bestimmtere Verabredung über die Action der preußischen Armee hinderten. Allerdings hatte sich auf's neue eine Verwicklung in den Weg gedrängt, die seit dem Anfang dieses Krieges so oft verhängnißvoll auf die Entscheidung eingewirkt: eine Krisis in Polen. Aus kleinen Streifzügen war dort seit März ein Aufstand erwachsen, den weder die russisch gesinnte Regierung noch Graf Igelström mit den ihm zur Verfügung stehenden Truppen zu erdrücken vermochte. Kosciuszko organisirte von Krakau aus die Massenerhebung und bereitete einer russischen Truppenabtheilung eine Niederlage; aus der Hauptstadt Polens selber drängte am grünen Donnerstag (17. April) ein blutiger Aufruhr die Russen hinaus. Die rathlose Führung Igelströms hatte die Katastrophe beschleunigt und trieb die Russen jetzt entkräftet und muthlos aus dem Lande. So war die Revolution im vollen Zuge; wer wollte berechnen, wie weit und mächtig sie das alte Polen mit sich fortreißen würde! Es war ein Meisterstreich der Pariser Machthaber (denn ihre Anregung und ihre Geldhülfe hatten den Ausbruch gefördert), mit dieser gewaltigen Diversion den Angriff der Gegner am Rhein und in Belgien vollends zu lähmen. Vom Türkenkrieg und der Theilung des osmanischen Reiches war jetzt freilich keine Rede mehr; es waren nähere und dringendere Sorgen, die Rußland und Oesterreich nun festhielten. Aber auch für Preußen war dadurch eine vollkommen neue Situation geschaffen; kein Mensch hätte daran denken können, am 19. April den Haager Vertrag

*) Es hat sich hier zwischen dem Verf. und zwischen Sybel eine Meinungsverschiedenheit herausgestellt; während wir Haugwitz' Verhalten zweideutig fanden, wird dies in der „Geschichte der Revolutionszeit" (III. 73. 255.) bestritten und das Verschulden des Ministers höchstens in einer Bequemlichkeit gesucht, die einer klaren Entscheidung gern auswich. Wir haben daher hier wie oben S. 548 und im Folgenden die beiderseitigen Actenstücke ausführlicher und zum Theil wörtlich mitgetheilt, um dem Leser selbst das nöthige Material zur Entscheidung an die Hand zu geben.

zu unterzeichnen, wenn man wußte, daß zwei Tage vorher der Aufstand in Warschau siegreich gewesen war!

Für diejenigen Politiker in Preußen, die den französischen Krieg verdammten (und ihre Zahl war im Wachsen) erschien dies Ereigniß fast wie eine willkommene Unterstützung. Schon vor dem Ausbruch hatte Manstein mißmuthig geschrieben: der König denkt nichts anderes als Krieg mit den Franzosen; wenn er darüber nur die Sache mit Polen nicht zu leicht nimmt. Wie schienen jetzt die Ereignisse solche Befürchtungen zu bestätigen! Lucchesini sagte vom ersten Augenblick an die ganze Reihe von Consequenzen voraus, die sich daran knüpfen würden: die völlige Auflösung Polens, das Begehren Oesterreichs, einen Theil von der Beute zu erlangen und die Nothwendigkeit für Preußen, mit Raschheit und Energie dort einzugreifen. Aber freilich, fügte er nachdrücklich hinzu, wenn Preußen schnell einschreiten, den Aufstand schnell niederwerfen und sich der ihm wünschenswerthen Objecte versichern wolle, dann müsse es auch die ganz ungetheilte Verfügung über seine Kräfte haben und darum vor Allem sich des Krieges am Rhein zu entledigen suchen. Wir bitten dringend, schrieb das Ministerium an Lucchesini, alle Gaben der Ueberredung aufzubieten, damit die schreckliche Reise des Königs an den Rhein beseitigt wird.

Solche Ansichten gewannen mit jedem Tage an Anhang; im preußischen Ministerium überwogen sie bereits, in der nächsten Umgebung des Königs suchte Manstein zäh und unermüdlich dafür Propaganda zu machen. Möllendorf schrieb unter dem Eindruck jener Nachrichten: „Mein Rath als wahrer Patriot ist, redlich in dieser Campagne Alles zu erfüllen; bei dem ersten polnischen Engagement zu declariren, daß wenn die Campagne laut Tractat zu Ende, wir uns in Nichts weiter einlassen können, sondern unsere eigene Sicherheit suchen müssen." Auch beim König selber war die Rückwirkung zu spüren. Er hatte, nach dem Abschluß des Haager Vertrags, den ernsten Willen gehabt, sich selbst zur Armee an den Rhein zu begeben und wollte auch nach den ersten Nachrichten aus Polen diesem Entschlusse noch folgen. Wenigstens hatte die Friedenspartei anfangs einen schweren Stand und Manstein beklagte aufrichtig die Abwesenheit Lucchesini's, „denn das sei einer von denen, die mit ihm an einem Strange zögen." *) Aber allmälig wurden sie doch Meister über ihn und die Wagschale sank immer mehr zu Gunsten der Einmischung in Polen. Im Mai hatte der König die Reise nach dem Rhein aufgegeben und sich entschieden, die Kraft seiner Action nach Osten zu wenden.

Alle diese Dinge gaben den militärischen Einwänden Möllendorfs gegen den Abmarsch in die Niederlande eine erhöhte Bedeutung; die Vollziehung des Haager Vertrages weckte nun politische Bedenken, die sich am bequemsten in Möllendorfs militärische Opposition kleiden ließen. „Wozu jetzt — frag-

*) Briefe Manstein's vom 2. u. 6. Mai.

ten die Friedensmänner — weitläufige Unternehmungen im Westen, bei dieser unmittelbaren Bedrängniß im Osten?“ Sie bedauerten nun unumwunden, daß man den Haager Vertrag eingegangen; die ganze Coalition war eine Last; selbst das von Oesterreich nach dem Bundesvertrage zu stellende Hülfscorps von 20,000 M., meinte Lucchesini, solle man gar nicht verlangen; politische Motive sprächen dagegen. Es war natürlich nicht der polnische Aufstand selber, der mit solcher Sorge erfüllte, sondern die andern Gefahren, die in dessen Hintergrunde drohten. Daß dieser letzte Versuch nationaler Verzweiflung nur das Ende Polens nach sich ziehen werde, darüber täuschte sich namentlich Lucchesini keinen Augenblick; wenn aber Rußland den Aufstand bewältigte, während Preußen im Westen beschäftigt war, so war kaum daran zu zweifeln, daß sich Katharina II. auch den Lohn jenes Sieges allein erwarb und so für Preußen die bedenklichste Consequenz der polnischen Theilungen zur Erfüllung kam.*) Drum erschien jetzt mehr als je der Friede im Westen den diplomatischen Leitern der preußischen Politik als eine Nothwendigkeit. „Wenn das Reich — meinte Lucchesini**) — aus diesem Kriege ohne Verlust an Land hervorgeht, England einen Theil seiner westindischen Eroberungen an Frankreich zurückgibt, Oesterreich sich mit Entschädigungen am linken Weichselufer begnügt, so kann Preußen noch mit Vortheil aus einer Verwicklung hervorgehen, in welche uns die Gewandtheit der Emigranten und die schlaue Politik Kaiser Leopolds gebracht hat.“

Aehnliche Gedanken bewegten auch schon Möllendorf. Daß er nicht nach Belgien marschiren werde, das hatte er, wie wir wissen, wiederholt auf's Bestimmteste erklärt. Ich sehe, schrieb er nun, gar nichts Kluges mehr bei dieser Campagne, und wir können froh sein, wenn wir alle die jetzt innehabenden Posten zu erhalten suchen, was aber gewiß nicht geschieht, wenn wir nach Flandern marschirten und die kaiserlichen Truppen dann natürlich am rechten Rheinufer zurückgingen, wo dann der zweite Theil von 1792 erfolgen würde.“***)

*) „Si Catherine s'élévait tout-à-coup au dessus des difficultés que le projet de reconquérir la Pologne présente, et si décidant l'anéantissement de ce pays elle tournerait vers cette action l'ambition qui la portait à songer à des conquêtes sur les Turcs; ne seroit-ce pas malheureux, que faute de moyens pour partager les dangers de l'action, nous perdions le droit d'en partager dans une parité parfaite les avantages? Voilà, Mr. le maréchal, ce qui (indépendamment des considérations militaires et politiques, que votre patriotisme a souvent présenté avec un zèle digne de Vous aux reflexions du Roi) me fait regretter, que les Puissances maritimes ayent été assez généreuses envers nous, pour faire décider la signature de la convention de la Haye.“ Aus einem Schreiben Lucchesini's d. d. 9. Mai. Ueber das andere spricht sich ein Schreiben d. d. 26. Mai aus.

**) Schreiben vom 25. Juni.

***) Schreiben vom 15. Juni. Aehnlich die Briefe vom 16. 23. 26. Juni.

Dazwischen kamen ihm denn Nachrichten, daß in den diplomatisch-militärischen Berathungen, an denen außer einer bekannten Feldherrnautorität, dem Lord Cornwallis, die Diplomatie der Seemächte Theil nahm, doch über die preußische Armee verfügt worden sei. „Obgleich ich mich — schrieb darauf der Marschall — stets alles Eigensinnes enthalten, werde ich mich solcher Anforderung doch widersetzen und wahrhaftig nicht ohne dreimal erneuerten Befehl von Sr. Maj. dem König einen Schritt in der Direction nach Flandern bewegen."

Haugwitz hatte sich hier mit der ihm eigenen Geschmeidigkeit zwischen den abweichenden Ansichten durchzuwinden gesucht. Im Haag und bei den Besprechungen in Mastricht war er der gefällige und willige Mann, der den Seemächten Alles verhieß und einen ernsten Widerspruch gegen Malmesburys Ansichten nicht wagte; in seinen Briefen an Möllendorf ist er ebenso geschmeidig gegen diesen und wiederholt ihm unzählige Male, daß die militärische Entscheidung über das, was geschehen solle, schließlich nur von ihm, dem Feldmarschall, abhängen werde. Die Diplomatie der Seemächte glaubte darum ihrerseits keine Opposition erwarten zu dürfen, wenn sie kurzer Hand den Abmarsch der Preußen nach Belgien forderte; nur hielt sich Möllendorf für ebenso berechtigt, ein solches Verlangen entschieden abzuweisen. Dieser Widerspruch, den die Achselträgerei verschuldet, mußte sich freilich binnen Kurzem lösen.

Er löste sich auf eine sehr peinliche Weise. Am 20. Juni erschienen Malmesbury, Cornwallis und der Holländer Kinkel im preußischen Hauptquartier; Haugwitz war nicht mitgekommen, er hatte es rathsam gefunden, angeblich aus dringenden Ursachen nach Berlin zu gehen. Dagegen waren als diplomatische Vertreter Schulenburg und Hardenberg bei dem preußischen Feldherrn. In einer langen Unterredung zu Kirchheim kam es denn zu heftigen und unfreundlichen Erörterungen;*) Möllendorf war natürlich erstaunt, wie die Engländer im hohen Tone den Marsch nach den Niederlanden als eine abgemachte Sache behandelten und nur über die Art des Vollzuges sich in Besprechung einlassen wollten. Er erklärte, wie es der Wahrheit gemäß war, nichts von dem gewußt zu haben, was sie mit einander in Mastricht ausgemacht, bekämpfte mit seinen militärischen Einwürfen das Ansinnen des Abmarsches und sah sich darin insofern unterstützt, als Lord Cornwallis dazu schwieg und seinen Gründen nichts entgegensetzte. Um so lebhafter bestand Malmesbury darauf, daß bei dem Abschluß der Haager Convention wie bei den späteren Conferenzen n u r von dem Abmarsch nach Belgien die Rede gewesen; sie seien nicht gekommen, darüber noch zu berathen, sondern nur das Beschlossene festzustellen. Wohl hatte Möllendorf als Soldat vollkommen Recht, wenn er es für eine verkehrte Ordnung ansah, daß eine fremde diplo-

*) S. Malmesbury diaries III. 100—105.

matische Conferenz, ohne ihn zu fragen, über rein militärische Sachen entschied, aber es war eben so natürlich, daß sich Malmesbury und seine Begleiter auf die mündlichen Versicherungen beriefen, die ihnen im Haag und in Mastricht gegeben worden waren.

Es fehlte nicht viel, so wäre man schon in offener Entzweiung geschieden; mit knapper Noth verständigte man sich noch darüber, an die betheiligten Regierungen Bericht zu erstatten. Aber Malmesbury verhehlte kaum mehr seinen Groll; in dem Bericht, den er einen Tag nach der Conferenz an seinen Minister schrieb, überwog schon die Stimmung des Zornes und Mißtrauens. Natürlich wandte er sich nun auch an Haugwitz, schilderte ihm in bitteren Worten den Verlauf der Kirchheimer Verhandlung und rief sein Zeugniß dafür an, daß die Seemächte mit ihrem Begehren im Rechte seien. Haugwitz erwiederte in einem langen Schreiben, das allerdings etwas anders klang, als seine freigebigen Versicherungen im Haag und in Mastricht.*) Zur Zeit als er Mastricht verließ, erklärte er, hätten sich ja noch keine definitiven Verabredungen über die Bewegung der preußischen Armee treffen lassen, da Alles von der militärischen Situation abhing, wie sie zur Zeit der Marschfertigkeit der Truppen stattfand und sich natürlich nicht voraus berechnen ließ. Drum sei kein anderer Ausweg übrig geblieben, als der, sich zur rechten Zeit mit den militärischen Autoritäten zu verständigen. Allerdings sei im vergangenen Winter und zur Zeit, wo man über den Haager Vertrag verhandelte, davon die Rede gewesen, das preußische Heer in den Niederlanden operiren zu lassen und der König selber habe damals seine Zustimmung dazu gegeben. Die Spitze des Heeres sei auch schon zu Cöln angelangt gewesen (es war zur Zeit, wo die Unterhandlung im Haag begann); da habe sich aber von allen Seiten das einmüthige Bedenken geltend gemacht, daß es die größte Gefahr bringe, den Mittelrhein auf diese Weise zu entblößen. Namentlich auch Lord Malmesbury habe sich bei ihm für die Rückkehr der Preußen in ihre früheren Stellungen verwendet; er selber, Haugwitz, habe damals die entsprechenden Befehle gegeben und dafür von den Regierungen der Seemächte lebhaften Dank geerntet. Seit dieser Zeit sei es durchaus nicht möglich gewesen, im Voraus festzustellen, in welcher Stellung die preußische Armee mit dem größten Nutzen für die gemeinsame Sache operiren könne. Drum sei darüber im Haag nur eine allgemeine Bestimmung getroffen und das Detail einem militärischen Einverständniß überlassen worden. Denn militärische Erwägungen könnten hier allein entscheiden und in jedem Falle müsse man auf die Stimme des preußischen Feldherrn die nöthige Rücksicht nehmen. Er, Haugwitz, wisse nicht, was derselbe für eine Ansicht hege, aber auf seinen Eifer, seine Talente und seine Erfahrung dürfe man vertrauen. Auch sei nicht

*) Schreiben d. d. Berlin 28. Juni (in der angef. Haugwitz'schen Correspondenz). Malmesbury's Urtheil darüber in den diaries III. 113.

zu vergessen, daß die preußische Armee in ihrer gegenwärtigen Stellung dem Feinde Widerstand leiste und dessen Vordringen aufhalte.

So suchte sich Haugwitz aus dem Widerspruch seiner früheren Versicherungen mit den jüngsten Vorgängen herauszuwinden; die Sache war aber einmal verfahren, das fühlten am peinlichsten Diejenigen, die den Conferenzen in Kirchheim beigewohnt hatten. Möllendorf namentlich sprach offen gegen Hardenberg sein Bedauern aus, daß man ihn in diese falsche Position gebracht, in der es in der That schwer sei, die rechte Parthie zu ergreifen. Denn sich mit den Seemächten in einem Augenblick entzweien, wo man Oesterreichs wie Rußlands nicht sicher war und in den Niederlanden eine französische Invasion drohte, das war eine sehr trübe politische Perspective. „Können wir uns, meinte Hardenberg, auf Rußland ganz verlassen, so gewinnt die Sache allerdings ein günstigeres Ansehen für uns; allein darin werden wir doch Alle einig bleiben, daß die Rettung Hollands äußerst wichtig bleibe und daß wir dem einmal mit den Seemächten geschlossenen Tractat mit Treue und Glauben nach aller Möglichkeit nachkommen müssen, wenn wir nicht dem Vorwurf einer insidieusen Politik uns noch mehr aussetzen und allgemein gehaßt und verlassen sehen wollen.“

Möllendorf faßte seine Gründe gegen den Abmarsch nach den Niederlanden in einer Denkschrift zusammen, die er am 27. Juni den Unterhändlern der Seemächte übergab. Die äußere Schwierigkeit des Marsches, zu dem man nicht vorbereitet sei, das Bedenken, die Armee so viele Wochen vom Kriegsschauplatz „verschwinden zu machen“, die Wichtigkeit der Stellung am Mittelrhein waren darin besonders hervorgehoben; man könne, meinte der Marschall, die Operationen in den Niederlanden nicht wirksamer unterstützen, als durch eine glückliche Bewegung gegen das Elsaß und Lothringen. Dazu kam denn, was in der Denkschrift nicht gesagt war, die im preußischen Hauptquartier vorherrschende Abneigung, unter Coburg und Mack zu stehen. Die Erklärung der britisch-holländischen Unterhändler erfolgte ohne Säumen. Die Mitwirkung in den Niederlanden, lautete der kühle Bescheid, sei eine abgemachte Sache; darüber verhandle man nicht mehr, sondern nur über die Art der Ausführung. Eine Weigerung sei einem Bruch des Vertrages gleich zu achten.*) Möllendorf hatte indessen Meyerink nach Berlin geschickt und erwartete mit Sehnsucht von dort die Entscheidung; es kam eine königliche Cabinetsordre vom 4. Juli, die Möllendorfs Widerspruch billigte. Ein Ministerialrescript, von Haugwitz unterzeichnet, sprach zugleich das Bedauern aus, daß man sich den sehr gegründeten Einwendungen des Marschalls nicht gefügt, sondern sich auf eine Uebereinkunft bezogen habe, die so niemals geschlossen worden sei. Die kriegerischen Ereignisse an der Sambre, hieß es in ei-

---

*) So lautet der in einem Schreiben Hardenbergs d. d. 28. Juni mitgetheilte Bescheid. Die Denkschrift steht deutsch übersetzt bei Massenbach II. 255 ff.

nem späteren Schreiben, machten es erklärlich, daß an den Marsch der Preußen nach den Niederlanden weniger als je zu denken sei.

So war also das Haager Abkommen thatsächlich aufgehoben; England zahlte die versprochenen Subsidien nicht, Preußen ließ seine Truppen nicht dahin marschiren, „wo es den Interessen der Seemächte am meisten zu entsprechen schien." Die Vorgänge, wie wir sie nach den unverdächtigsten Quellen erzählt, ergeben, scheint uns, mit vollkommener Deutlichkeit, wie die Dinge so gekommen sind. Der Verlauf der folgenden Geschichte wird uns noch ausgiebiger darüber belehren, welch ein Unheil es für einen Staat ist, wenn leere, charakterlose Intriguanten die wichtigsten Geschäfte leiten.

Man mochte von dem politischen Ausgang dieser Dinge denken, wie man wollte, ein großer Nachtheil entsprang ganz unmittelbar aus dieser Verwicklung. Dieses Politisiren im Lager, dieses imperium in imperio, wie Malmesbury sagt, verdarb den Geist der Armee. Die Idee, daß der Krieg nothwendig sei — das gesteht selbst Massenbach ein — verschwand nach und nach aus den Köpfen; man fing an zu glauben, dieser Krieg sei schädlich. In den Kantonirungen jener fruchtbaren Gegenden gewöhnte man sich an mancherlei Bequemlichkeiten; man lebte in einer Ruhe, die der Sicherheit des Friedens nahe kam. Wie sich das schon seit 1793 verbitterte Verhältniß zu den Oesterreichern gestaltete, läßt sich denken. Es wurde im preußischen Lager erzählt und geglaubt, Thugut stehe mit Robespierre in Verbindung, um plötzlich eine Schwenkung gegen Preußen zu machen, österreichische Officiere nähmen bei den Polen Dienste, und dergleichen mehr. Möllendorf selbst, dessen Schule die schlesischen und der siebenjährige Krieg gewesen waren, führt darüber Klage; „kein Vertrauen, keine Harmonie, kein Concert herrscht zwischen unsern Nachbarn und uns."

Die Franzosen ließen diese Zeit nicht unbenützt; sie waren während der sechswöchentlichen Unthätigkeit der Preußen eifrig bemüht, die Scharte vom Mai auszuwetzen. Sie hatten sich verstärkt, zwischen der Rhein- und Moselarmee eine festere Verbindung hergestellt, die Führung war besser geworden. Die deutschen Truppen hielten noch die Linien, die sie im Mai besetzt hatten: sie standen von Westen nach Osten längs der Bergkette, welche die Vorläufer der Vogesen bilden. Einzelne Colonnen waren bis gegen die Saar hin vorgeschoben, während sich die Hauptlinie über Kaiserslautern, Edenkoben und zwischen Speier und Germersheim bis an den Rhein hin ausdehnte. Das preußische Hauptquartier war in Kaiserslautern; die Höhen, die sich südlich erheben, z. B. bei Martinshöhe, bei Trippstadt, waren von ihnen besetzt. Dieser Linie gegenüber lag die Moselarmee in den alten Positionen bei Blieskastel, Zweibrücken und Hornbach; an sie angelehnt, im Anweiler Thal, und auf Landau gestützt die Rheinarmee. Ein Angriff, den die Franzosen am 2. und 3. Juli auf die Linie der Verbündeten machten, führte nicht zum Ziele; die Stellungen wurden behauptet. Aber schon jetzt meinte Möllendorf, er werde

sich kaum mehr gegen den täglich anwachsenden Feind behaupten können. Unsere Posten im Gebirge, sagt er, haben zu wenig Consistenz und der Zusammenhang ist so ausgedehnt, daß der Feind, wenn er seinen Vortheil wahrzunehmen weiß, leicht mit Uebermacht auf irgend einem Punkte durchdringen kann.*) In der That wiederholten die Franzosen am 12. und 13. Juli ihren Angriff mit besserem Erfolge. Sie beschlossen, die größere Masse ihrer Truppen im Gebirge zu vereinigen, hier die Verbindung der beiden Hauptcorps zu durchbrechen und durch Umfassung ihrer Flügel sie zum Rückzug zu nöthigen. Bei Trippstadt, Johanneskreuz, auf dem Schänzel wurde an den beiden Tagen mit größter Hartnäckigkeit gefochten; vergebens schlugen sich die Preußen z. B. auf dem Schänzel gegen eine fast dreifach überlegene Masse mit äußerster Tapferkeit;**) die Gebirgsposten wurden verloren und die Armee zum Rückzug gezwungen. Die Oesterreicher lehnten sich nun wieder an Mannheim, die Preußen nahmen ihre Stellung in der Umgebung des Donnersbergs. Mancher treffliche Officier, wie der Major Borcke, der General Pfau hatten in den letzten Kämpfen ihren Tod gefunden; mit kaum fünf Bataillonen und neun Geschützen hatten sie die Stellung am Schänzel zwei Tage lang gegen immer erneuerte Angriffe vertheidigt, aber die erschöpften Truppen mußten weichen, das Geschütz — zum ersten Mal in diesem Kriege — dem Feinde überlassen werden. Ein trauriges Zeugniß, wie es schon mit der Kameradschaft zwischen Oesterreichern und Preußen stand, war das Wort Schulenburgs an Malmesbury: „Wir waren überrascht über die sichtbare Schonung, welche der Feind gegen unsere Nachbarn geübt hat; er hat uns die Ehre angethan, seine ganze Stärke gegen uns zu wenden."

Indessen man sich im Hauptquartier zu Kirchheim über die Deutung des Haager Abkommens stritt, ward an der Sambre das Schicksal der Niederlande entschieden, und wie auch der Conflict zwischen Möllendorf und Malmesbury geschlichtet werden mochte, zur Rettung Belgiens kam die preußische Hülfe nun in jedem Falle zu spät.

Auch hier war es weniger der Waffenkampf, als die Diplomatie, die diesen Ausgang verschuldete, und zwar befand sich die Thugut'sche Politik ungefähr auf ähnlichen Wegen, wie Haugwitz, Lucchesini und Manstein. Die Krisis in Polen und der Wunsch, dort mit ganzer Macht einzugreifen, damit die ersehnte Beute nicht an eine der rivalen Mächte verloren gehe, übte auch im österreichischen Lager eine mächtige Wirkung. Dem ersten vielverheißenden Anfang des Feldzuges war, namentlich seit dem Tage von Turcoing, eine

*) Schreiben an Hohenlohe vom 8. Juli.

**) „Les Prussiens firent la plus belle resistance," sagt Soult in den Mémoires I. 220.

tiefe Herabstimmung gefolgt; man fand, daß die Gesinnung der Belgier lau sei, die Unterstützung der Stände und Corporationen hinter den Zusagen weit zurückbleibe. Es war, wie wir uns erinnern, seit 1792 den Mächten zweifelhaft gewesen, wie weit es Oesterreich Ernst sei, Belgien zu behaupten und ob nicht die Erwerbung Baierns und eine Entschädigung in Polen seinen Wünschen mehr entspreche. Der preußische Bevollmächtigte Tauenzien war darum ausdrücklich angewiesen, darauf zu merken, wie weit es die kaiserliche Politik in ihren innern Maßregeln darauf anlege, sich in den Niederlanden dauernd zu behaupten; die Wahrnehmungen, die er machte, stimmten zu dem alten Argwohn gegen Oesterreich. In der That war Thugut mit sich einig, daß die Interessen Oesterreichs im Osten lägen und statt eines Krieges ohne Glück und ohne Ende in Belgien eine wachsame Theilnahme an den Vorgängen in Polen die nächste Aufgabe der österreichischen Politik sei. Daß ihn moralische Bedenken nicht zurückhielten, die Coalition zu verlassen und sich mit Frankreich in Frieden auseinanderzusetzen, das ließ sich nach seinen Antecedentien erwarten; was Haugwitz und Lucchesini noch mit einer gewissen Scheu und Vorsicht vorbereiteten, das that er im Nothfalle mit cynischer Offenheit. Er verbarg schon zu Ende Mai selbst vor der britischen Diplomatie seinen geheimen Gedanken nicht mehr, sondern äußerte unter andern gegen Lord Elgin unumwunden den Zweifel, ob es der Mühe werth sei, für den Besitz der Niederlande noch eine Anstrengung zu wagen. Auch die militärischen Vorgänge der letzten Wochen stimmten damit zusammen. Die britischen und deutschen Bundestruppen klagten laut über die österreichische Führung und schrieben es nicht etwa nur ihrem Ungeschick zu, wenn die letzten Operationen mißlungen waren. Indessen traf Thugut bereits seine Einleitungen, bearbeitete die militärischen Autoritäten und versicherte sich der Zustimmung seines Monarchen. Die Berathungen, die seit dem 24. Mai im Hauptquartier stattfanden und die Abreise des Kaisers waren deutliche Zeichen, daß der Rückzug eine beschlossene Sache war.*) Es galt denn auch bald in den diplomatischen Regionen als ausgemacht, daß so etwas bevorstehe; sprachen doch die Oesterreicher selbst offen davon, die Gebiete am Rhein und an der Maas preiszugeben und sich anderwärts zu entschädigen.**) Nicht Thugut allein stand im Rufe, solche Meinungen zu hegen, sondern von Lascy

*) Vgl. darüber v. Sybel a. a. O. III. 132 ff.

**) In einer Depesche Hardenberg's d. d. 24. Juni heißt es: Il me sera permis encore d'observer que les bruits sourds des projets de la Cour de Vienne d'abandonner les Pays bas et peut-être même le Brisgow à leur sort sont nourris par les discours des généraux autrichiens. L'on sait que c'est le système du Prince de Waldeck, qui vient de gagner la main au général Mack; son beaufrère le Prince de Nassau-Usingen à Francfort m'a parlé sur ce ton à moimême il y a plus de quinze jours. In ähnlichem Sinne äußert sich eine Note des preußischen Ministeriums d. d. 12. Juli.

ward gleichfalls berichtet, er werde dem Kaiser die Nothwendigkeit vorstellen, auf irgend eine Weise Frieden zu schließen. Weder die Finanzen, noch die Bevölkerung ertrügen einen vierten Feldzug; man müsse sich herauszuziehen und seinen Vortheil anderswo zu erlangen suchen.*)

Deutlicher noch als in diesen diplomatischen Gerüchten gab sich die politische Wendung im Felde selber kund. Der schleppende und verworrene Gang der Kriegsoperationen ließ es höchstens zweifelhaft, ob mehr Abspannung oder Mangel an gutem Willen daran Schuld sei. Das glückliche Treffen, das die Franzosen am 13. Juni dem vom Hauptquartier verlassenen Clerfayt lieferten, und die vier Tage später erfolgte Uebergabe von Ypern waren die ersten Proben dieser matteren Kriegführung. Indessen bereiteten die Franzosen sich zu einem entscheidenden Schlage an der Sambre vor. Dort stand seit dem Frühjahr zwischen Namur und Maubeuge der linke Flügel der Verbündeten; ihm gegenüber Charbonnier mit der Ardennenarmee, zu deren Verstärkung Jourdan mit etwa 50,000 Mann von der Mosel heranzog. Vor seiner Ankunft ward an der Sambre lebhaft, aber mit ungewissem Erfolge gefochten. Am 9. Mai waren die Franzosen vorgerückt, hatten sich einiger Punkte links von der Sambre bemächtigt, wurden aber (18. Mai) in der Nähe von Maubeuge geschlagen und über die Sambre zurückgeworfen. Der wilde Eifer der Conventscommissäre im Lager — es waren St. Just und Lebas — hetzte die Truppen zu immer neuen Angriffen; am 20. Mai suchten sie abermals auf dem linken Sambreufer festen Fuß zu fassen, wurden aber am 24. von Neuem über den Fluß zurückgeworfen. Indessen war freilich Jourdan bereits bei Arlon angekommen und überschritt in den letzten Tagen des Monats bei Dinant die Maas.

Ein dritter Angriff der Franzosen (28. u. 29. Mai) hatte sie wieder auf das linke Ufer der Sambre geführt und Charleroi war von ihnen umzingelt worden. Schon am 3. Juni warfen sich freilich die Oesterreicher bei Gosselies auf die an Zahl überlegenen Franzosen, drängten sie über den Fluß zurück und entsetzten Charleroi. Aber am nämlichen Tage hatte Jourdan sich mit der Ardennenarmee vereinigt und übernahm den Oberbefehl über die nun unter dem Namen Maas-Sambre-Armee verbundenen Truppen. Es standen jetzt, wenn man ein Corps unter Scherer, das zwischen Maubeuge und Thuin stand, hinzurechnete, etwa 100,000 Mann an der Sambre, denen die Verbündeten kaum die Hälfte entgegenzustellen hatten. Wenn man nicht gleich jetzt dem Feinde Raum gab, so mochte das in österreichischen Lager wohl ver-

*) Bericht Lucchesini's vom 21. Juni, wonach sich Lascy geäußert: il faut songer à tirer son épingle du jeu, laisser combattre les Anglais avec les troupes étrangères qu'ils ont à leur solde et songer plutôt à prendre part aux dépouilles de la Pologne. Auch Mack's Denkschrift vom 29. Mai ist von der Stimmung dictirt, daß es am besten sei, Belgien zu räumen.

zugsweise aus der Erwägung entspringen, daß zur Räumung der Vorräthe und dem ruhigen Rückzug ein längerer Widerstand noch nothwendig sei.

Am 12. Juni versuchte Jourdan den vierten Flußübergang; auch jetzt gelang es noch dem concentrirten Angriff der Oesterreicher über die ausgedehnten Stellungen der Franzosen Herren zu werden und in einem blutigen Gefechte (16. Juni) sie über die Sambre zurückzuwerfen. Aber schon zwei Tage später standen sie von Neuem über dem Fluß, und Charleroi, mit einer schwachen Besatzung von 1800 Mann, ward wieder blokirt. Es war vorauszusehen, daß die Oesterreicher nicht stark genug waren, diesen übermächtigen und immer erneuerten Stößen auf die Dauer Trotz zu bieten; wurden sie aber bewältigt, so stand dem Feinde der Weg nach Brüssel offen und die Vereinigung mit Pichegru in Westflandern machte dann den Rückzug der Verbündeten unvermeidlich.

Der Prinz von Coburg schickte erst einen Theil des bei Landrecies zurückgebliebenen Corps an die Sambre und brach dann (21. Juni) selbst von Tournay auf, um sich mit dem Sambreheere zu vereinigen. Er wollte den Franzosen ein Treffen liefern und Charleroi entsetzen; zu dem einen war es freilich schon zu spät, am 25. Juni, an dem Tage, wo der Oberfeldherr bei Nivelles in der Nähe der Wahlstatt von Waterloo anlangte, hatte sich der Platz ergeben. Ohne Kenntniß von diesem Vorfall traf der Prinz die Anstalten, am folgenden Tage dem Feinde eine Schlacht zu liefern, und setzte dazu gegen 50,000 Mann in Bewegung. Vom frühen Morgen an ward (26. Juni) auf denselben Ebenen, wo ungefähr ein Jahrhundert früher Luxembourg einen Sieg erkämpft, auf der Linie zwischen Fontaine-l'Evêque bis Fleurus gefochten; das französische Heer stand in einem Halbkreise, gestützt auf Charleroi, die Flügel bis an die Sambre ausgedehnt. Bis zum Mittag schlug man sich hartnäckig; die Oesterreicher hatten an einzelnen Stellen mit großer Auszeichnung gefochten und zum Theil Terrain gewonnen. Aber eine Entscheidung hatte der Kampf weder gebracht noch in Aussicht gestellt. Vielmehr drohte ein fortgesetztes Ringen mit schon unzureichenden Kräften die Niederlage herbeizuführen. Diese Erwägungen und die in diesem Augenblick erst eingetroffene Nachricht vom Falle von Charleroi bestimmten den Prinzen von Coburg zum Rückzug, der bis jetzt noch unverfolgt angetreten werden konnte. Die Diplomatie der Seemächte und einzelne ihrer Generale, wie der Herzog von York, zweifelten nicht, daß der Abmarsch mehr aus politischen als aus militärischen Motiven entsprang. Doch bedurfte es kaum dieser Deutung. Das Heer war an Zahl dem Feinde wirklich nicht mehr gewachsen, eine tiefe Entmuthigung hatte sich der Führer wie der Massen bemächtigt und begann schon die Bande der festen Zucht zu lockern, welche diese Truppen vordem ausgezeichnet. Der Prinz von Coburg war körperlich krank und seine Stimmung tief gebeugt; ohne zu Thuguts Vertrauten zu gehören, hielt er schon aus militärischen Gründen die Stellung für nicht mehr haltbar. Noch be-

schloß man zwar in dem Kriegsrath zu Braine la Leude (1. Juli), die Niederlande „standhaft zu vertheidigen", aber der Rückzug ward immer unaufhaltsamer. Das feindliche Maas-Sambre-Heer näherte sich (9. Juli) Brüssel, wo ihm später Pichegru mit der Nordarmee die Hand reichte. Bald waren die Oesterreicher aus Namur, Löwen, Mecheln herausgedrängt, schon am 24. Juli der größte Theil der Armee über die Maas zurückgeschoben, drei Tage nachher Lüttich vom Feinde besetzt. Damit war der Zusammenhang zwischen Coburgs und Yorks Heeren zerrissen; indessen der österreichische Feldherr von Jourdan nach dem Rheine zu gedrängt ward, hatte der englische Prinz, von Pichegru verfolgt, Antwerpen räumen und sich nach Holland zurückziehen müssen.

Daß es so kommen würde, war Vielen der Mitlebenden schon auf dem Schlachtfelde von Fleurus nicht mehr zweifelhaft; der Glaube war im Lager und außerhalb weit verbreitet, daß die Räumung Belgiens eine vorher beschlossene Sache sei.*) „Die Muthmaßungen, schreibt ein diplomatischer Beobachter, können nicht höher steigen, als die Wirklichkeit sie leider ausführt. Es sind keine Mißhelligkeiten, keine unvorhergesehenen Unglücksfälle, die Alles vereiteln; es sind berechnete überdachte Pläne, die zu richtig verkettet sind, als daß man sie Zufall nennen könnte." **) Daß der Prinz von Coburg selber nicht zu den am tiefsten Eingeweihten gehörte, galt schon damals als wahrscheinlich; aber in seiner Umgebung standen die Vertrauten Thuguts, namentlich Prinz Waldeck, der längst zu denen zählte, welche in der Räumung der Niederlande, in dem Bemühen um Baiern und Polen die allein richtige Politik Oesterreichs sahen. Einzelne höhere Officiere machten auch kein Hehl daraus, daß der Rückzug mehr freiwillig als erzwungen sei; die Briten klagten laut über Verrath.

---

*) Am Tage nach der Schlacht berichtete Graf Dönhoff (d. d. Brüssel 27. Juni): Ce ne sera que l'avenir qui dévoilera pleinement tout ce qui a été mis en mouvement depuis longtems et en exécution dans l'espace de douze heures — — — les Paysbas seront probablement perdus. La bataille d'hier où on a battu en se retirant, prouveroit même qu'on les quitte sans regrets. — — — Les Autrichiens renchérissent contre leur coutume sur le nombre des morts et des blessés et démontrent par ce calcul imaginaire l'impossibilité de retourner à la charge.

**) Aus einem Berichte Dönhoff's an Möllendorf d. d. Corroy bei Wavre 6. Juli. Unter demselben Datum berichtet D. an den König: On ne cache plus qu'on abandonne les Pays-Bas. Le pays en est convaincu et les états n'entrevoyent que trop bien qu'ils en sont la cause. On parvient dans ce moment à son but, en le faisant manquer aux autres, mais on a lieu de douter, que la réoccupation sera aussi facile qu'on le calcule. Bekannt ist, daß auch die Zeitungen jener Tage, in denen die österreichische Politik sich vernehmen ließ, darüber ziemlich unverblümte Aeußerungen thaten. S. Polit. Journal 1794. S. 802.

Das Gerücht, Thugut habe bereits Einverständnisse mit Frankreich angeknüpft, gewann eine solche Stärke, daß sich Preußen alle Mühe gab, der Sache auf die Spur zu kommen. Einer der scharfsichtigsten politischen Köpfe jener Zeit, Dohm, ging zu dem Ende nach Brüssel, um sich selber mit Hülfe alter diplomatischer Connexionen und persönlicher Anschauung über die Lage in's Klare zu setzen.*) Er kam gerade recht, um den Rückzug von Fleurus und die Anstalten zur Flucht in Brüssel mit eigenen Augen zu sehen. Alle Schritte der Regierung beim Abzug, die sichtbare Gleichgültigkeit gegen die Zukunft des Landes, auch einzelne unverblümte Andeutungen, daß Oesterreich zu erschöpft sei, um diese entfernte Provinz zu halten, ließen ihm keinen Zweifel, daß die Preisgebung des Landes und der Rückzug bis zum Rhein eine abgemachte Sache war; die mäßige Verfolgung des Rückzugs durch den Feind galt als die Folge eines Uebereinkommens; das sollte — Dohm bezeichnet es als ein „zuverlässiges Factum" — Graf Metternich vor seiner Abreise aus Brüssel ganz offen gesagt haben und Mercy d'Argenteau dabei der Unterhändler gewesen sein. Den Wunsch nach Frieden, berichtet Dohm weiter, habe Oesterreich schon im Frühjahr gehabt und sich damals mit der Hoffnung getragen, ihn durch eine energische Offensive rasch zu erreichen; seit das Kriegsglück sich ungünstig gewendet, habe man sich entschlossen, dies schwer zu vertheidigende Gebiet, Belgien, aufzugeben und sich seine Entschädigungen in Baiern und Polen zu suchen. Ja es heiße, man werde sich diesen Ersatz mit der zurückkehrenden Armee selbst holen.

Damit stimmt die Haltung des Prinzen von Coburg zusammen. Nachdem der Rückzug unaufhaltsam fortgesetzt, Landrecies, Lequesnoy, Valenciennes, Condé von den Franzosen wieder gewonnen waren, forderte der Prinz seinen Abschied, und die Gründe, womit er dies Gesuch motivirte, zeugten von noch tieferem Unmuth, als ihn zu Anfang des Jahres der Herzog von Braunschweig bei seinem Rücktritte ausgesprochen. Ein General von Kopf und Herz, sagt der Prinz,**) könne unmöglich seinen Wünschen gemäß handeln, wo „eine Art von cabaleuser Desorganisation die Oberhand gewinne." Er klagt dann die Art der österreichischen Kriegführung in herbem Tone an; sein Sündenregister reicht bis zu dem Augenblick zurück, wo Oesterreich in der Champagne die Preußen zu schwach unterstützt, ja er wirft die Hauptschuld des Mißlingens von 1793 auf Wurmser und seine Gönner. In einer solchen Lage bleibe „einem treuen Manne nichts übrig, als den Stab niederzulegen, den er gern mit Lorbeeren umwunden dem Kaiser überreicht hätte."

Während so der kaiserliche Oberfeldherr selbst die bitterste Anklage gegen die Thugut'sche Politik erhob, als deren Opfer er sich ansah, hörte Dohm während seines Aufenthaltes in Brüssel nur Anklagen gegen Preußen. Das

*) Das Folgende nach dem handschriftl. Bericht von Dohm d. d. Cöln 8. Juli.
**) In einer handschr. Copie seines Entlassungsgesuchs an den Kaiser.

Ausbleiben Möllendorfs und die laue Stimmung der Brabanter — so lautete, wie verabredet, dort das Urtheil — seien die einzigen Ursachen der Unfälle in den Niederlanden.

Nach diesen Ereignissen hatte die Streitfrage, ob Möllendorf nach Belgien ziehen solle oder nicht, ihre Bedeutung verloren; um die Katastrophe von Fleurus und von dem was folgte abzuwehren, wäre er jedenfalls zu spät gekommen, auch wenn er sich zur Zeit der Conferenzen zu Kirchheim (20. Juni) nach dem Wunsch der Seemächte sofort auf den Marsch begeben hätte. Seine Weigerung war also ohne Einfluß auf die Ereignisse an der Sambre gewesen und der Zank zwischen ihm und der Diplomatie der Seemächte hatte nur eben die Folge gehabt, die Haager Uebereinkunft vollends zu lockern. Daß nun in einer königlichen Cabinetsordre vom 4. Juli die Weigerung gebilligt ward, war nach dem Ereignisse bei Fleurus natürlich.

Aber dieselbe königliche Ordre gab auch wieder den Beweis, daß Friedrich Wilhelm II., wenn er nur den eigenen Eingebungen folgte, am besten berathen war. Weder das Mißgeschick an der Sambre und das Ausbleiben der englischen Hülfsgelder, noch die allgemeine Desertion, die schon wie ansteckend wirkte, waren für den König zureichende Gründe, das Reich ungedeckt zu lassen. Er wies Möllendorf an, fürs Erste, was auch geschehen möge, mit der Armee zum Schutz des Reiches am Rhein stehen zu bleiben. Das war natürlich der Politik, die Haugwitz im Ministerium vertrat, ganz entgegen, und auch die Finanzlage Preußens stand solchen Entschlüssen im Wege. Es sei „schlechterdings unmöglich", erklärte Haugwitz am 10. Juli,*) die Armee länger auf eigene Kosten zu erhalten, und selbst die erste Sendung der britischen Gelder, die eben angekommen, reiche höchstens auf zwei Monate hin. In solcher Lage die Armee jedenfalls am Rhein zu lassen, sei höchst bedenklich, und wenn man dazu die Neigung blicken lasse, würden die Engländer mit ihren Zahlungen noch nachlässiger werden. Wenn die Haager Convention völlig aufgelöst werde, so bleibe kein anderer Ausweg offen, als vom Mittelrhein abzuziehen und eine Stellung zu nehmen, die Mastricht und Wesel decke und die weiteren Folgen der Eroberung Belgiens und vielleicht auch Hollands abhalte. Darüber solle sich der Marschall mit Malmesbury verständigen. Eine Cabinetsordre vom 25. Juli bestätigte dann diese Meinung. Es war darin Möllendorf anheimgestellt, die Maßregeln zu nehmen, welche er zur Deckung Hollands und der westfälischen Lande für nöthig erachte. Sei es doch allerdings ganz ausgemacht, „daß Preußen den Krieg bis zu Ende dieses Feldzuges unmöglich aus eigenen Mitteln bestreiten

*) Schreiben an Möllendorf d. d. 10. Juli.

könne, und es bliebe also, wenn die englischen Subsidien zurückgehalten würden, nichts übrig, als übereinstimmend mit den früheren Erklärungen von der Unmöglichkeit einer weitern Mitwirkung, die Armee in die preußischen Staaten zurückzuziehen."

In den nämlichen Tagen, wo diese Weisung in Berlin beschlossen ward, gaben die Armeen am Mittelrhein wieder ein Lebenszeichen von sich. Die beiden Feldherren, Möllendorf und Herzog Albert von Sachsen-Teschen, verständigten sich am 26. Juli in einer Conferenz zu Schwetzingen über die Maßregeln, wie sie durch die jüngsten Vorgänge in den Niederlanden geboten seien; die Diplomatie der Seemächte nahm dabei die Miene an, ganz unbetheiligt zu sein und die getroffene Verabredung als etwas zu betrachten, was nur die beiden Feldherrn anginge. Es solle — das war der Hauptinhalt der Schwetzinger Uebereinkunft — der Prinz von Coburg aufgefordert werden, mit äußerster Anstrengung die Maas zu behaupten, die Armeen am Mittelrhein wollten es dann als ihre eifrige Sorge betrachten, die Mosel und namentlich Trier zu decken. Indessen der Erbprinz von Hohenlohe mit einem gemischten Corps von Kaiserlichen und Preußen Main schütze, sollte Möllendorf mit dem Rest des preußischen Heeres rechts gegen die Mosel ziehen, die Deckung von Coblenz übernehmen und im „widrigsten Falle" mit seinen Truppen die Karthause bei Trier besetzen. Der kaiserliche General Blankenstein, der mit einem Corps von ungefähr 7000 Mann Trier hielt, ward angewiesen, im Falle er mit Uebermacht angegriffen würde, sich auf Wittlich zurückzuziehen und in jedem Falle die Position zwischen dem linken Moselufer und dem Rhein auf das hartnäckigste zu vertheidigen. Vielleicht könne auch der Prinz von Coburg den an der Ourte stehenden Feldmarschalllieutenant Melas weiter vorschieben. Alle diese Bewegungen waren jedoch davon abhängig gemacht, daß der Prinz die Maaslinie festhalte.*) Man

*) Möllendorf erklärte sich mit dem Inhalt völlig einverstanden, fügte aber seiner Unterschrift die Clausel bei: „Da ich den Uebergang des Prinzen von Coburg über den Rhein für das größte Unglück ansehe, davon Gründe zu weitläufig anzuführen, der wichtigste aber der bei Verlust der Benutzung des Rheinstromes entstehende Mangel an Subsistenz für die Armee ist, auch die Entblößung der kön. Provinzen am linken Rheinufer nach sich ziehen muß, so bin ich genöthigt, in allem Betracht als erste Bedingung dieses Concerts die Behauptung des linken Rheinufers von Seiten des Prinzen von Coburg anzusehen, sonst ich mich von denen Verbindungen lossagen muß und durch Entblößung der kön. Provinzen mit der unter meinem Commando stehenden Armee die hiesige Gegend zu verlassen und nach dem Niederrhein zu eilen gezwungen wäre." Der Prinz antwortete darauf (2. Aug.) mit der Versicherung, „alle zwischen der Maas und dem Rhein mögliche Positionen auf's äußerste zu vertheidigen"; für den „unwahrscheinlichen Fall, daß er gleichwohl genöthigt würde, das linke Rheinufer zu verlassen", bat er den Marschall, „keinem ausgestreuten Allarm Gehör zu geben", da er in solch einem widerwärtigen Falle ihn sofort durch Couriere

war im Begriff, die neuen Stellungen einzunehmen, als die Nachricht einkam, daß überlegene feindliche Kräfte sich an der Saar und Mosel in Bewegung setzten, um Trier zu nehmen. Den General Blankenstein zu verstärken, wurden dann zwei preußische Abtheilungen unter Kalkreuth und Köhler abgesandt; Kalkreuth brach aus seinen Stellungen in der Nähe von Kreuznach am 5. August auf; wie er sich aber Trier näherte, erfuhr er, daß Blankenstein schon auf dem Rückzug nach Wittlich sei. Am 9. rückten die Franzosen in Trier ein. Dadurch war die Verbindung der Heere am Rhein mit Luxemburg verloren, ihr Zusammenhang mit dem Prinzen von Coburg wenigstens gefährdet; die schon vorhandene Verstimmung erhielt zugleich neuen Stoff, denn die Kaiserlichen warfen den Preußen vor, sie seien zu spät zu Hülfe gekommen, und diese antworteten mit dem Vorwurf, die Kaiserlichen seien zu früh gewichen — eine widrige Debatte, die sogar in die Tagesblätter überging.

Man machte nun Pläne, wie Trier wieder zu gewinnen sei, und vielleicht konnte damit den Kaiserlichen an der Maas wirklich Luft gemacht, das Vordringen der Feinde aufgehalten werden; allein unter den Verhandlungen darüber vergingen mehrere Wochen und erst Mitte September setzte man sich in Bewegung, um, von der niederländischen Armee unterstützt, die Stellungen der Franzosen anzugreifen. Da traf noch während des Marsches die Nachricht ein, daß die Kaiserlichen das rechte Maasufer geräumt hätten und an der Ourte geschlagen seien; das Unternehmen ward also aufgegeben. In der Zwischenzeit hatte der Erbprinz von Hohenlohe dem Feind noch einen unerwarteten Schlag zugefügt. Ihm war nur die Aufgabe zugefallen, während des Zuges auf Trier die französische Rheinarmee zu beschäftigen; unter seinen Händen ward aus diesem Auftrag noch eine letzte glänzende Waffenthat, bevor die preußischen Truppen auf beinahe zwei Jahrzehnte dem linken Rheinufer den Rücken wandten. Er machte am 17. Sept. nur eine Recognoscirung, ging dann zum Angriff vor und vergalt in einer Reihe glücklicher Gefechte (18—20. Sept.), in denen wieder Blücher mit der Reiterei hervorragte, den Franzosen ihren Erfolg vom Juli, schlug sie aus ihren Stellungen zurück und drängte sie, zum Theil in völliger Auflösung, über Kaiserslautern hinaus gegen die französische Grenze hin. Aber dieses letzte Treffen von Kaiserslautern weckte im Hauptquartier keine rechte Freudigkeit mehr, und die Friedenspolitiker hielten, so wie die Dinge einmal standen, den Sieg für überflüssig. Der Marschall war, wie wir aus seiner Correspondenz ersehen, mit bangen Sorgen über den Gang der Dinge in Polen, über den Rückzug in den Niederlanden erfüllt; die Gesandten der Seemächte bestürmten ihn mit dem Verlangen, auf das linke Moselufer zu gehen und damit den weiteren

---

davon benachrichtigen würde. Möllendorf erklärte sich (Schreiben vom 9. Aug.) dadurch für beruhigt. (Aus der M.'schen Correspondenz.)

Rückzug der Kaiserlichen aufzuhalten; der Herzog von York schickte einen seiner Adjutanten, den Major von Hardenberg, einen Bruder des Ministers, an den Rhein, um bei Möllendorf Rath und Hülfe zu holen, während dieser selber sehnsüchtig auf Weisungen aus Berlin wartete;*) — in diesen drängenden Verlegenheiten erschien denn allerdings der jüngste Sieg wie etwas Ueberflüssiges und es war jetzt am wenigsten zu erwarten, daß man ihn mit Kraft verfolgen würde. Vielmehr erhielt der Erbprinz die Weisung, seine alte Stellung wieder einzunehmen, und er stand denn auch acht Tage, nachdem er die Franzosen in den Westrich gejagt, wieder ruhig an der Pfriem bei Alzei und Pfeddersheim. Im Lager war schon früher eine Aeußerung Möllendorfs bekannt geworden: man dürfe von einer stricten Defensive nicht abgehen und es sei den preußischen Interessen entgegen, noch etwas wagen zu wollen.**)

Die Vorfälle in den Niederlanden stimmten freilich wenig zu der Zusage Coburgs, die Maaslinie aufs äußerste vertheidigen zu wollen. Zu Ende August war die kaiserliche Armee, noch über 80,000 Mann stark, hinter der Maas von Roermonde an bis Mastricht und an der Ourte aufgestellt. Der Prinz von Coburg erhielt jetzt seine Entlässung und Clerfayt ward sein Nachfolger. Auch in Wien war man davon abgekommen, die Maaslinie zu halten, obwohl die feindliche Macht keineswegs so überlegen war, um dies erzwingen zu können. So wich man fechtend und in guter Ordnung zurück. Schon am 17. und 18. Sept. erkämpften die Franzosen den Uebergang über die Ourte, drängten einen Theil der Oesterreicher bis an die Vesdre zurück und zwangen die ganze Armee, ihre Stellung an der Maas aufzugeben. Jetzt sollte die Roer ihre Vertheidigungslinie werden, aber die Franzosen verfolgten ihr Uebergewicht mit Raschheit und Energie. Schon am 25. Sept. standen sie bei Aachen; in den ersten Octobertagen an der Roer. Die Gefechte, welche die Oesterreicher dort am 2. October bestanden, endeten nicht glücklicher als die früheren; am Abend sahen sie den Uebergang von den Franzosen erzwungen und ihren linken Flügel bedroht. Clerfayt ging nun nach dem Rhein zurück; die Franzosen folgten. Schon am 6. Oct. zogen sie in Cöln ein; ein paar Tage später besetzte Marceau Bonn, Taponnier Coblenz. Die Oesterreicher bezogen auf dem rechten Rheinufer, von Düsseldorf bis über die Lahn hin ausgedehnt, ihre Winterquartiere; Mastricht, vom Feind heftig beschossen, mußte am 4. November capituliren.

Indessen war es dem Corps unter dem Herzog von York, das sich nach Holland gewendet, noch schlimmer ergangen. Pichegru war zu Anfang Sep-

*) Nach zwei Schreiben Hardenbergs d. d. 21. Sept. und 1. Oct. und einer Note von Malmesbury und Kinkel d. d. 30. Sept. Daß die Franzosen über die geringe Verfolgung des Sieges überrascht waren, bezeugt Soult, Mémoires I. 224.

**) S. Memoiren des Generals L. von Reiche. 1857. I. 84.

tember von Antwerpen aufgebrochen, um die Verbündeten, deren Vorhut hinter dem Flüßchen Dommel stand, anzugreifen. Die einzelnen Gefechte, welche die gemietheten Truppen, z. B. die Darmstädter bei Boxtel lieferten, bewährten wieder die Waffentüchtigkeit deutscher Soldaten aufs rühmlichste, aber die Führung war kläglich, das holländische Heerwesen befand sich in voller Auflösung. Der Herzog von York führte, ohne daß er dazu gedrängt war, seine 30,000 Mann über die Maas hinüber (Mitte September) und sah ruhig zu, wie die Franzosen ohne Brücken und schweres Geschütz Miene machten, Crevecoeur und Herzogenbusch einzuschließen. Nach einer Beschießung von wenig Stunden ergab sich Crevecoeur und die Franzosen wandten sich nun mit dem dort gewonnenen Geschütz gegen Herzogenbusch, das schon am 15. October dem Feind seine Thore öffnete. Venlo folgte dem Beispiel, ohne daß ein Schuß fiel, wenig Tage später. Der Herzog ließ es geschehen, daß die Franzosen die Maas überschritten (18. Oct.), und zog sich über die Waal zurück; Nymwegen ward so unrühmlich wie die andern Plätze preisgegeben. Der alte Parteihaß von 1787 regte sich aufs Neue und lähmte vollends die Kraft des Widerstandes. Wenn ein strenger Winter die natürlichen Schutzwehren des Landes unbrauchbar machte, so war es wahrscheinlich eine leichte Arbeit, die Republik, die in Factionen zerrissen, von französischen Sympathien und Emissären unterwühlt ward, ohne Blutvergießen zu erobern.

Nicht erfreulicher als diese westlichen Ereignisse lauteten die Nachrichten aus Osten: der polnische Aufstand hatte an Ausdehnung gewonnen und eine neue Last des Krieges auf Preußen gewälzt. Vom ersten Augenblick der Erhebung stand freilich eines außer Zweifel, daß dieselbe nur dazu führen werde, das Ende des polnischen Staatswesens zu beschleunigen. In dieser unabwendbaren Consequenz früherer Dinge gab es für Preußen keine Wahl oder Ueberlegung mehr, ob es dies Verhängniß aufhalten wolle oder nicht, sondern es galt einzig und allein, sich inmitten der mißgünstigen Rivalität der in die gleiche Schuld und Beute verstrickten Mächte den möglichst großen Antheil zu sichern. Schritt Preußen rasch ein, warf es den Aufstand nieder, ehe Rußland und Oesterreich wirksam eingreifen konnten, besetzte es den Rest des polnischen Gebietes, dann lag es in seiner Hand, die Bedingungen der letzten Theilung Polens vorzuzeichnen. Das war auch anfangs die Hoffnung der preußischen Staatsmänner; drum waren Manstein, Lucchesini und ihre Freunde im Ministerium seit Frühjahr unermüdlich beschäftigt, den König aus dem westlichen Kriege loszuwickeln und seine Macht wie sein persönliches Interesse allein dem Kriege im Osten zuzuwenden. Und die Chancen standen für diese Politik nicht ungünstig. Oesterreich sah den ersten Anfängen des Aufstandes mit zweideutiger Lauheit zu, die Streitkräfte der Czarin waren vorerst kaum zu zählen, Rußland selbst ward von Geldnoth, Hunger und innerer Zerrüttung heimgesucht. Preußen allein hatte gleich im Mai 50,000

Mann nach Polen geworfen, dem weiteren Vordringen Kosciuscos eine Schranke gesetzt und sich Krakaus bemächtigt. Allein der gleiche Mangel rascher und energischer Entschließung, den wir am Rhein kennen lernten, versäumte es auch hier, die ersten Erfolge zur Bewältigung des Feindes zu nützen; es ward den Gegnern und Rivalen Zeit gegeben, ihre Kraft zu sammeln. Daß Rußland die preußische Einmischung, die es erst dringend erbeten, mit täglich zunehmendem Widerwillen betrachtete, stand bald außer Zweifel; von Oesterreich her beunruhigte Thuguts nun offenkundiges Bemühen, den Kampf im Westen zu verlassen und durch die Einmischung in Polen für Oesterreich Vergrößerungen zu gewinnen. Zwar war der König selbst auf den Kampfplatz geeilt, aber sein Eifer, dem Kriege dort eine rasche Entscheidung zu geben, scheiterte an den Dimensionen des Landes und an der Unentschlossenheit der Kriegsleitung. Seit Juli stand das preußische Heer vor Warschau und machte vergebliche Anstrengungen, die Stadt, die jetzt der Mittelpunkt des Aufstandes geworden, zu überwältigen. Die Lage der Armee auf diesem undankbaren Boden ward mit jedem Tage peinlicher; der Mangel an Lebensmitteln, Krankheiten und die Unsicherheit aller Communicationen trug zum Mißlingen ebenso viel bei, als das verhängnißvolle Schwanken der preußischen Führung zwischen Kraft und Zaudern. Zu dem Allem, zu der Lauheit und Langsamkeit der russischen Rüstung, der zweideutigen Haltung von Thuguts Politik kam denn seit Ende August ein Aufstand in Südpreußen, der die so theuer erkaufte neue Erwerbung rasch in die revolutionäre Bewegung verflocht und die Lage der preußischen Politik allerdings aufs peinlichste verwickelte. Nur ein kühner Streich auf Warschau konnte den Knoten zerhauen, allein die Verhältnisse im Lager ließen eher voraussetzen, daß man sich unter diesen Eindrücken entschließen würde, die Belagerung von Warschau aufzugeben. Der gute Rath Hertzbergs, der damals in wohlmeinendem Eifer den König mit Briefen bestürmte und seine Dienste anbot, vermochte freilich aus dieser Krisis nicht zu helfen. Wohl war in seinen Briefen Alles richtig und scharf hervorgehoben, was sich gegen die Verderblichkeit der Auflösung Polens sagen ließ, auch der unaufhaltsame Fortschritt der Franzosen über Belgien, Holland, den Rhein und den deutschen Süden treffend vorausgesagt und mit Grund der Zweifel erhoben, ob dann Preußen wohl im Stande sein würde, zugleich in den Niederlanden, am Rhein, in Oberdeutschland und in Polen den Krieg zu führen? Aber daß er sich zutraute, wie in der Blüthezeit von Friedrichs II. Ansehen, durch Denkschriften die europäische Welt mit sich zu verständigen, die Mächte zur Anerkennung der fränkischen Republik zu bewegen und damit der im vollen Laufe begriffenen kriegerischen Propaganda der Revolution Halt zu gebieten, diese seltsame Ueberschätzung war nur bei einem Manne erklärlich, der sein Leben lang ein starkes Selbstgefühl in sich getragen, der durch viele Jahre der Macht und des Gelingens von seiner staatsmännischen Unfehlbarkeit voll-

kommen überzeugt war, und der mit Grund den Augenblick, wo er das Ruder unfreiwillig verlassen, als den Anfang eines Rückganges der preußischen Politik bezeichnen durfte. Wir begreifen wohl, wie unbequem dem König im Lager bei Opalin die ungebetenen Lehren seines ehemaligen Ministers kommen mußten; es war schwer zu sagen, was ihn darin peinlicher berühren mochte: die vielfach zutreffenden Wahrheiten, oder das eitle Selbstvertrauen des Ministers, daß er allein der Mann sei, der helfen könne? Der König antwortete in herb abweisendem Tone (20. Juli) und verbat sich den Rath Hertzbergs ungnädiger, als dies der greise Staatsmann verdient hatte. Denn auch zu diesem letzten Fehlschritte trieb ihn bei aller Selbstüberhebung doch nur die eifrigste Sorge um die Macht des Staates, dem er sein Leben gewidmet; die jetzt seine Stelle im Rathe des Königs einnahmen, waren am wenigsten geeignet, dies Verdienst und die Erinnerung an die guten und glücklichen Tage Hertzbergs zu verwischen.

Wir müssen uns alle diese Eindrücke, die Nachrichten vom Niederrhein und aus Holland, die Kunde von der vergeblichen Belagerung Warschaus und dem Aufstande in Südpreußen, wie sie nun im September in raschen Schlägen auf einander folgten, vergegenwärtigen, um die Stimmung Möllendorfs zu begreifen und zu erklären, wie wenig er sich versucht fühlen mochte, selbst nach dem jüngsten Erfolge Hohenlohes bei Kaiserslautern noch zu kühnem Angriffe vorzugehen. Er dachte vielmehr an Frieden als an Krieg. „Der König selbst — heißt es in einem Briefe des Marschalls vom 25. Sept. — schreibt mir nichts, ebenso wenig Lucchesini und Manstein, wie es in Polen aussieht. Ich gestehe, daß ich nichts davon begreife, noch weniger, daß ich keine positiven Instructionen erhalte, was in allen diesen mißlichen Umständen zu machen und wie unsere eigenen Provinzen zu decken seien." Die Botschaft, daß Clerfayt wirklich über den Rhein gegangen, versetzte ihn dann, wie er sich selber ausdrückt, in volle „Bestürzung."

Wir sind bei dem Punkte angelangt, wo die Summe der verschiedensten Eindrücke sich in Einem zusammenfassen ließ: dem Begehren nach Frieden, dem ungeduldigen Wunsche, die unerträgliche Last des Krieges mit Frankreich abzuschütteln. Wenn sich dazu irgend ein Ausweg bot, man war begierig ihn zu ergreifen, in Wien wie in Berlin, wie grell auch sonst die politischen Dissonanzen beide Cabinete scheiden mochten. Krieg wollte nur noch Pitt; mit gutem Grund wuchs in ihm Sorge, daß Belgien Preis gegeben und die zersplitterte Kraft der Coalition nach Osten gewendet werden sollte. Drum sandte er Ende Juli den Grafen Spencer und Sir Thomas Grenville nach Wien; Sir Arthur Paget sollte nach der preußischen Hauptstadt gehen, beide Sendungen den Versuch machen, die deutschen Mächte noch einmal beim Kriegsbunde festzuhalten. Wenn Oesterreich sich entschloß, die Offensive in den

Niederlanden mit frischer Macht zu ergreifen, so waren Spencer und Grenville ermächtigt, Unterstützung mit den Waffen, Subsidien und Entschädigung an Land Oesterreich anzubieten. Aber Thuguts Aeußerungen ließen kaum einen Zweifel darüber, daß ihm die östlichen Dinge jetzt ungleich mehr am Herzen lagen, als die Eroberung Belgiens; was er an Subsidien forderte, war so hoch, daß die britischen Unterhändler gleich anfangs an einem Ergebniß ihrer Sendung verzweifelten.

Und wie sollten Oesterreich und Preußen aufs Neue sich einigen, nachdem die Gründe der tiefen inneren Entzweiung auf allen Seiten sich gesteigert hatten? Preußen sah sich durch Oesterreich in der polnischen Sache Schach geboten, vielleicht bald einen österreichisch-russischen Bund gegen sich im Werden; schon jetzt ward Thugut so laut beschuldigt, die Schwierigkeiten in Polen absichtlich zu mehren, daß es darüber mit Lucchesini zu diplomatischen Erörterungen kam. Aber auch zwischen England und Preußen war eine Entfremdung eingetreten, die für die neue Eintracht wenig Aussicht gab; Preußen beschwerte sich über die säumige Zahlung der Subsidien, England über die Unthätigkeit der preußischen Waffen; Klagen und Gegenklagen wurden in einem Tone laut, der eher offnen Bruch als festere Freundschaft erwarten ließ.*)

So glaubten die eifrigsten Friedensmänner denn ihre Zeit gekommen. Marschall Möllendorf hatte schon zu Anfang des Jahres einmal, als die Aussicht auf Subsidien fast verschwunden war, einen Versuch gemacht, durch Leute zweiter Hand in Paris zu sondiren, was die Franzosen etwa als Preis des Friedens fordern möchten; die erneute Theilnahme Preußens am Kampfe hatte damals dieser Anknüpfung keine weitere Folge gegeben. Wie dann nach der Räumung Belgiens die Gerüchte von Thuguts heimlicher Verhandlung mit Robespierre umliefen, wandte sich der Feldmarschall (Anf. Juli) geradezu ins Hauptquartier nach Polen und bat um Vollmacht zur Friedensverhandlung. Noch schien es aber den Leitern nicht an der Zeit. Ich für meine Person, erklärte damals Lucchesini,**) sehe zwar nichts dabei, mit Robespierre zu verhandeln; Mazarin hat sich auch mit Cromwell einlassen müssen. Aber einmal würde man beim König auf unüberwindlichen Widerstand stoßen, dann ist ein solcher Schritt zur Zeit politisch nicht rathsam. „Durch einen Separatfrieden würden wir allen unsern Verpflichtungen untreu werden; wollten wir das Reich zulassen, so würde die Unterhandlung öffentlich werden und in Folge davon Rußland, durch Oesterreich aufgestachelt, noch unfreundlicher in Polen auftreten. Beschränken wir uns darauf, bei den andern Mächten friedliche Gesinnungen zu erwecken und den Subsidienvertrag in

*) S. Malmesbury III. 124—128.

**) Schreiben an Möllendorf d. d. Opalin 19. Juli.

keinem Falle zu verlängern; dann geben wir dem Uebelwollen keine Blöße und behalten Aussicht auf feste und bleibende Verbindungen."

Möllendorf ließ sich nicht irre machen; nach wenig Wochen wiederholte er seinen Vorschlag zu günstigerer Stunde. Die Dinge in Polen hatten sich noch unseliger verwickelt, Oesterreichs Verhältniß in der Frage hatte schon aufgehört zweideutig zu sein; es gingen die bedenklichsten Gerüchte, die der seit lange genährte Argwohn ins Ungemessene steigerte. Die österreichische Armee sollte nach den Einen Belgien verlassen, um nach Polen aufzubrechen, nach Andern geradezu nach Baiern marschiren, um endlich die lange umlauerte Beute mit festem Griff zu fassen. Wie viel oder wie wenig an diesen Ausstreuungen sein mochte, Lucchesini hielt seinerseits den Moment für gekommen, mit dem Friedensantrag offen vor den König zu treten.*) Friedrich Wilhelm lehnte es rund und heftig ab, ohne Vorwissen seiner Verbündeten zu einer Sonderunterhandlung zu schreiten. „Wissen die Andern, sagte er, den Krieg nicht länger zu führen, so müssen sie an Frieden denken; aber ich werde es nicht sein, der die erste Eröffnung an die Königsmörder macht. Meine Anträge würden abgelehnt, die Seemächte hätten Grund sich zu beschweren, Oesterreich würde mich im Reich des Verraths anklagen; hier in Polen würde ich alle Frucht meiner Einmischung verlieren." Der erste Sturm war also abgeschlagen; des Königs Cabinetschreiben, äußerte das Ministerium acht Tage später, verbietet uns einstweilen, an Frieden zu denken. Aber Lucchesini vertraute auf die sanguinische Natur dieses Fürsten; er ließ nicht ab, zu drängen, zumal der König den Gedanken eines Friedens an sich ja nicht verwarf, vielmehr durchblicken ließ, daß ein allgemeiner Friede auch ihm erwünscht sei. Wenn, sagte Lucchesini, die Verhandlung, die England jetzt in Wien führt, scheitert (und er schien daran nicht zu zweifeln), so müssen ja die Mächte an Frieden denken. In Wien ist eine starke Partei dafür, der neapolitanische Gesandte verfolgt mich seit sechs Monaten mit solchen Gedanken, Spanien wird sofort zugreifen. Ich gestehe offen, daß ich es nicht für schwer halte, die meisten Mächte zu einer Friedensverhandlung zu vereinigen.**)

Daß des gewandten Italieners Bemühen doch nicht ganz fruchtlos blieb, meldete er selber wenige Tage später mit aller Genugthuung an Möllendorf:***) „Was Ihren Lieblingswunsch, den Frieden, betrifft, so habe ich dafür gethan, was vielleicht viele gleich eifrige Patrioten nicht gewagt hätten. Der König hat mir zwar aufs Feierlichste erklärt, daß keiner seiner Diener ihn dazu bringen würde, sich durch eine erste Eröffnung zu entehren, aber er wünscht

*) Nach Lucchesini's Schreiben vom 1. Aug.

**) Lucchesini an das Ministerium d. d. 8. Aug.

***) Schreiben vom 14. Aug. Der im Folgenden erwähnte Bericht an das Minist. ist vom gleichen Tage.

doch, daß sich Gelegenheit dazu biete. Wohl hat er mir Alles verboten, was bei vorbereitenden Schritten seinen Namen auftauchen ließe, aber er hat mir doch erlaubt, für mich persönlich die Hülfsquellen zu gebrauchen, die sich mir bieten könnten. Ich fühle, wie es sich gebührt, das ganze Gewicht dieser Sendung und ich höre den Ruf des Vaterlandes." Friedrich Wilhelm hatte sich entschlossen, Lucchesini auf kurze Zeit nach Wien zu senden, um an Ort und Stelle den Verlauf der britischen Verhandlung zu beobachten. Da bot sich ja gleich die Gelegenheit, jene Ermächtigung zu verwerthen. „Der König, schrieb er im Moment vor seiner Abreise an das Ministerium, hat mir zwar ausdrücklich verboten, in seinem Namen Friedensanträge zu machen, sei es bei den Verbündeten, sei es beim Feind; nichts desto weniger halte ich mich durch einzelne seiner Aeußerungen für ermächtigt, wenigstens den Keim dazu zu legen." Daß in Lucchesinis Hand dieser Same nicht verloren war, ließ sich mit Gewißheit erwarten; auch wenn derselbe zunächst in Wien nicht aufging.

Als Lucchesini nach Wien kam, war die britische Verhandlung um nichts gefördert. Wohl übten die Subsidien, die Lord Spencer in Aussicht stellte, Versuchung genug, um nicht abzubrechen, aber man war doch weit entfernt sich zu verständigen. Die Angebote der Engländer waren dem österreichischen Staatsmann nicht hoch genug und seine Winke über eine Abtretung Belgiens und einen anderwärts zu schaffenden Ersatz schienen Jene nicht verstehen zu wollen. Die Anschuldigung geheimer Verhandlungen mit Frankreich wies Thugut allerdings entschieden zurück; aber, was Lucchesini ohne Zweifel bedenklicher war, er empfing den Eindruck, daß das Project mit Baiern von Neuem an der Tagesordnung sei.

Indessen erfolgten die Ereignisse, die wir kennen: die unglücklichen Gefechte an der Maas und Roer, der Aufstand in Südpreußen, die Aufhebung der Belagerung von Warschau. Der König verließ den mühevollen und undankbaren Kriegsschauplatz in Polen; die letzten Erfahrungen hatten ihn den Rathschlägen der Friedensmänner zugänglicher gemacht, als alle Vorstellungen Lucchesinis. Drum fand eine neue Anregung Möllendorfs jetzt einen günstigeren Boden. Wegen des Austausches der Gefangenen sollte durch Major Meyerinck mit den Franzosen verhandelt und dieser Anlaß zu weiteren Vorschlägen benützt werden. Um den König eher dafür zu stimmen, vermied es die Friedenspartei sorgfältig, von einem Separatfrieden zu sprechen; Preußen sollte jedenfalls das Reich mit in den Frieden einschließen, gleichsam als Vermittler eines Reichsfriedens auftreten. Mit der Abtretung Belgiens, das ja Oesterreich gegen Ersatz zu opfern bereit war, hoffte man Frankreich abzufinden und dafür im Uebrigen den unverminderten Bestand der Reichsgrenzen zu retten, die Unabhängigkeit Hollands zu erhalten. Der König, schrieb Lucchesini am 8. Sept. triumphirend, ist in diese heilsamen Vorschläge eingegangen; der Gedanke hat ihm ungemein zugesagt, der Vermittler für das

Reich zu werden, und auf diese Weise den allgemeinen Frieden wie die Sicherstellung Hollands herbeizuführen.

Auf dem Rückweg aus Polen hatte der König zum zweiten Male Lucchesini nach Wien gesandt, um dort zu erklären, daß Oesterreich jetzt, da Preußen in Polen angegriffen sei, nach dem Bundesvertrag vom Februar 1792 ein Hülfscorps von 20,000 Mann zu stellen habe; wenn, wie fast sicher zu erwarten, man in Wien dazu nicht geneigt war, sollte er auf die Abberufung einer gleichen Zahl Preußen von der Rheinarmee vorbereiten. Auch des Friedens wegen hatte Lucchesini den Auftrag in Wien anzuklopfen; wenn nicht ein förmlicher Friede, so schien doch ein auf längere Zeit geschlossener Waffenstillstand unbedenklich zu empfehlen. Der preußische Diplomat überzeugte sich freilich bald, daß man in Wien nichts weniger als geneigt war, Preußen die Initiative zur Vermittlung für das Reich zu überlassen, auch wenn man die Rücksichten, die noch an England und Rußland knüpften, hätte aus den Augen setzen wollen.

Preußen war aber bereits entschlossen, seinen Weg im Nothfall allein zu gehen. Die polnische Krisis schien mit jeder Stunde die unermeßliche Gefahr des Krieges im Westen zu steigern, mit Oesterreich war eine Verständigung nicht herzustellen, mit Rußland befand man sich vielleicht bald in offenem Zerwürfniß; eben jetzt deuteten die Unterredungen, die Hardenberg mit Malmesbury zu Frankfurt pflog, auf einen nahen Bruch mit den Seemächten und die kurz nachher erfolgte Einstellung der Subsidienzahlung erwies, daß er bereits eingetreten war. So griff man denn zur Friedensverhandlung mit Frankreich, wo man ja zudem seit dem Sturz Robespierres nicht mehr mit den Männern des Schreckens unterhandeln mußte. Und man hatte sich die Form dieses Abkommens so erträglich wie nur immer denkbar ausgeschmückt; ein Friede für das Reich sollte es sein, der demselben die Integrität seines Gebietes sicherte. Das wurde auch vertraulich dem Kurfürsten von Mainz mitgetheilt, damit er seinerseits im Reich den Boden vorbereite. Auch sollte zunächst nur über die Auswechslung der Gefangenen verhandelt und daran wie gelegentlich weitere Besprechungen über den Frieden geknüpft werden. Damit man aber nicht mit den Pariser Machthabern direct in Berührung kam, sollte die Friedensverhandlung durch Barthelemy, den Gesandten in der Schweiz, gehen, einen Mann, der durch Abkunft, Gesinnung und gesellschaftliche Formen von den Jacobinern unterschieden war. Möllendorf wählte als Mittelsmann einen Kreuznacher Weinhändler, Namens Schmerz; derselbe ward in der zweiten Hälfte September nach der Schweiz gesandt, um die erste Einleitung zu dieser folgenschweren Verhandlung zu treffen.

Preußen hatte damit das Band zerrissen, das es mit der Coalition noch verknüpfte; aller Voraussicht nach blieben die preußischen Truppen nicht mehr lange an der deutschen Westgrenze. Zwar hatte eben noch Möllendorf mit

dem Herzog von Sachsen-Teschen Verabredungen getroffen über die Operationen, die man ergreifen wollte, um wenigstens das linke Rheinufer zu behaupten. Es hatten darüber (1—5. Oct.) viele Verhandlungen stattgefunden und war auch ein leidliches Einverständniß erreicht, als die niederschlagende Kunde von dem bereits erfolgten Uebergange Clerfayts über den Rhein eintraf und nun alle diese kaum gebornen Pläne in der Geburt erstickte. Die gleichzeitigen Nachrichten aus Polen kamen denn diesen Eindrücken sehr zu Hülfe. „Im Vertrauen — schrieb Möllendorf am 10. Oct. an den Erbprinzen von Hohenlohe — Sie müssen sich aber nichts merken lassen, schildert mir der König die schlechte Lage der polnischen Sachen und zeigt mir die Detachirung eines Corps dahin, wonach ich meine allgemeinen Arrangements machen soll. Folglich müssen wir uns zusammenziehen und concentrirte Positionen nehmen." In diesem Augenblicke war denn auch der Marschall, so lebhaft auch der österreichische Feldherr in ihn drang, nicht mehr dazu zu bewegen, einzelne Corps zu detachiren oder sich auf neue Operationen einzulassen. Gleich nachher traf durch einen Courier der Befehl des Königs ein: „so viel als möglich jedes ernste Gefecht zu meiden, indem es allen Anschein hätte, daß der Tractat mit England gebrochen würde und man nicht unnützer Weise Leute aufopfern wolle."*) Daß England seine Subsidienzahlungen eingestellt, gab einen erwünschten Anlaß, den Haager Vertrag als gebrochen und jede weitere Verbindlichkeit als aufgehoben anzusehen. In herbem Tone erklärte dies Möllendorf den Gesandten der Seemächte (21. October); ebenso lauteten die Eröffnungen, die der preußische Gesandte in London und Hardenberg dem Lord Malmesbury wenige Tage später machten. In denselben Tagen begann der Rückmarsch der Preußen auf das rechte Rheinufer. Ein Theil des Heeres brach nach Polen auf; nach Westen zu sollten die westfälischen Gebiete gegen einen französischen Einfall gedeckt werden.

Während Preußen so den entscheidenden Schritt zum Frieden that, wurden die gleichen Wünsche auch an einer andern Stelle laut.

Auf dem Reichstage war die Kriegslust längst abgekühlt. Warum hätten auch, da Preußen zum Frieden drängte, Oesterreich selbst mit neuen englischen Subsidien nicht beim Kampfe festzuhalten schien, die Mittleren und Kleineren allein kriegerisch gesinnt sein sollen! Wir kennen ja die Noth, die man bei den Meisten gehabt, daß auch nur die ersten Verpflichtungen gegen das Reich erfüllt wurden, und wie beharrlich einzelne Reichsstände auch wäh-

*) Schreiben Möllendorf's an Hohenlohe d. d. 14. Oct. Ein Schreiben Hardenberg's d. d. 12. Oct. kündigte die Verweigerung der Subsidienzahlungen und den bevorstehenden Bruch mit den Seemächten an.

rend des heftigsten Kampfes sich auf der Linie der Neutralität hatten zu erhalten suchen. Einer von diesen, Pfalzbaiern, ließ in Regensburg zuerst den Wunsch nach Frieden vernehmen; in gleichem Sinne entfaltete für Kurmainz der bewegliche und wandelbare Coadjutor Carl Theodor von Dalberg seine Thätigkeit. Am 20. Oct. kam von Kurmainz ein förmlicher Antrag auf Friedensverhandlungen, die der Kaiser, im Einverständniß mit Preußen, einleiten sollte; auch hatte Dalberg bereits mit der französischen Gesandtschaft in der Schweiz Berührungen gesucht. Der Antrag fand im Reichstage eifrige Fürsprecher; im Kurcollegium unterstützten ihn nicht nur Brandenburg und Pfalzbaiern, sondern auch Kurcöln; auch im Fürstenrath ward er mit sichtbarer Genugthuung aufgenommen. Entschiedener Widerspruch kam nur von Oesterreich und von Hannover, das durch England bestimmt war; doch konnte ihre Einsprache nicht hindern, daß der kurmainzische Vorschlag rascher, als es sonst Brauch war, verhandelt und am 22. Dec. zum Beschluß erhoben wurde.

Es war das der Augenblick, wo die Eroberung Hollands bevorstand und die französische Republik dort ihre erste Probe des neuen revolutionären Systems der Eroberung und Ausbeutung ablegte. Als 1672 eine ähnliche Gefahr bevorstand, war dies der Anfang einer antifranzösischen Allianz von monarchischen und republikanischen Staaten geworden; jetzt löste sich der lockere Bund der europäischen Könige. Damals gab der große Kurfürst das Zeichen des Widerstandes für die Unabhängigkeit der europäischen Staaten; jetzt gab Preußen das Signal zum Frieden mit dem westlichen Feinde. Damals zog Brandenburg, das eigne Land dem schwedischen Gegner preisgebend, an den Rhein; jetzt zog es seine Heere zurück, um erst nach zwanzig Jahren voll von Drangsalen und blutigen Kämpfen den deutschen Strom wieder mit seinen siegreichen Waffen zu begrüßen. Inzwischen war Oesterreich noch einmal festgehalten bei der Coalition, freilich nicht aus besseren Beweggründen, wie die waren, aus denen Haugwitz und Lucchesini Preußens Ausscheiden bewirkten. Die englischen Subsidien, die Rücksicht auf Rußland und die Hoffnung, wie auch der Krieg sich wenden möge, jedenfalls in Baiern oder Polen eine Entschädigung zu finden, gaben bei Thugut den Ausschlag für die Coalition. Die übrigen Stände des Reichs waren fast ohne Ausnahme kriegsmüde und sahen mit Ungeduld dem Frieden entgegen, dessen Vermittlung nun in Preußens Hand gelegt war.

Preußen hatte indessen einen weiteren entscheidenden Schritt gethan: es ließ die Hülle, die bis jetzt die Besprechungen untergeordneter Agenten verborgen hatte, vollends fallen und entschloß sich (Anf. Dec.) den Grafen Goltz zur Friedensverhandlung mit Frankreich nach Basel zu senden.

Wieder war es die polnische Sache, die in diesem Augenblick verhängnißvoll eingegriffen und die letzten Bedenken überwunden hat. Wir erinnern uns, wie Rußland fast unthätig es Preußen überließ, den beschwerlichen

Sommerfeldzug gegen die polnische Volkserhebung zu führen, die vergebliche Belagerung von Warschau zu unternehmen und sich durch einen Aufstand im eignen polnischen Gebiete bedrängen zu lassen. Die Frucht aller Anstrengungen war durch das Mißlingen vor Warschau vereitelt worden; Preußen hatte im Herbst ermüdet den Kampfplatz verlassen müssen. Statt, wie man gehofft, durch Bewältigung des Aufruhrs auch den Preis des Sieges zu ernten, mußte man seine Kraft in einer Menge kleiner undankbarer Kämpfe vergeuden. Diesen Moment hatte Rußland erwartet; rasch rückte jetzt ein ansehnliches Heer unter Suworoff vor, lieferte den Polen die letzten Entscheidungsschlachten bei Brecze (19. Sept.) und Maciejowice (10. Oct.), drängte auf Warschau los und nahm die polnische Hauptstadt im Sturm. Der ungeheure Menschenverlust kam bei dem russischen Feldherrn kaum in Vergleich mit dem Dienste, den er mit dieser schnellen Entscheidung der Politik seiner Kaiserin leistete. War Preußen im Sommer die Aufgabe zugefallen, den im vollen Wachsthum begriffenen Aufstand zu bekämpfen (eine Aufgabe, deren Lösung ihm mißlang), so war der glücklichere Nachbar jetzt mit einem Schlage Meister geworden über die schon erschöpfte und an innerer Zwietracht hinsiechende Insurrection. Mit dem Ruhm des entscheidenden Erfolges mußte auch der Vortheil nun Rußland zufallen. Daß es diesen Vorsprung gegen Preußen treulos ausbeutete, lag in der Natur der Dinge; die polnische Sache war ja von vornherein nicht dazu angethan, die Schule politischer Großmuth und Redlichkeit zu sein. Allein was hier geschah, überstieg doch ebenso sehr die Erwartungen, wie die Dimensionen der polnischen Angelegenheit.

Nachdem die russische Politik geraume Zeit allem Forschen und Drängen Preußens nur ein unheimliches Schweigen entgegengesetzt hatte, fand sie endlich die Sprache wieder, als sie die Botschaft von Suworoffs Siegen und von dem Falle von Warschau erhielt. Aber jetzt (October) enthüllte sich auch, daß die preußischen Forderungen, so wie sie gestellt waren, an Rußland keine Unterstützung fanden und daß Katharina viel eher geneigt war, Oesterreichs Vergrößerung als die Preußens zu fördern.*) Man fand Preußens Erwerbungen aus den früheren Jahren groß genug und damit verglichen seine Leistungen bescheiden. Man unterstützte Oesterreichs Anspruch an Krakau und Sendomir, der Preußen so unzulässig schien, daß es lieber auf die ganze Theilung verzichten wollte. War es Ernst oder nur Vorwand, die letzten Zerwürfnisse über den Haager Vertrag, die Unthätigkeit Preußens am Rhein und die Abberufung seiner Truppen gab jedenfalls trefflichen Stoff für Klagen und Vorwürfe. Auf Preußen übten diese Eröffnungen eine sehr sicht-

*) Für diese Vorgänge, deren Detail unserem Zwecke ferner liegt, verweisen wir auf die aus den Acten des preußischen Staatsarchivs gegebene Darstellung bei Sybel III. 301 ff.

bare Wirkung; es schwanden auch die letzten Bedenken gegen einen Friedensabschluß mit Frankreich und wenn die Unterhandlungen seit Ende November offener und ungescheuter aufgegriffen wurden, so war dies nur eine Rückwirkung der Petersburger Nachrichten. Man wollte sobald als möglich fertig sein im Westen, damit man seine ganze Kraft im Osten einsetzen könne und war entschlossen, lieber die Theilung überhaupt zu hindern, als sich die von Rußland gebotene Abfindung gefallen zu lassen.

Aber Rußland und Oesterreich hatten sich verständigt; in den Verhandlungen, die Tauenzien im December zu Petersburg mit Ostermann und Cobenzl pflog, kam es zum offenen Bruche. Der preußische Unterhändler schied mit einem Proteste aus den Conferenzen aus und Oesterreich und Rußland entschlossen sich nun, ohne Preußens Mitwirkung das Schicksal Polens zu entscheiden. Nicht mit Preußen, das die Last des polnischen Krieges getragen, sondern mit Oesterreich, das keinen Schwertstreich gegen den Aufstand gethan, schloß die Czarin am 3. Jan. 1795 ein Abkommen, das über den Rest von Polen verfügte. Rußland erhielt darin den Löwenantheil, über 2000 Quadratmeilen, Oesterreich davon etwa die Hälfte, Preußen den Rest, vorausgesetzt, daß es die Erwerbung der andern anerkenne.

An dem gleichen Tage ward zu Petersburg eine geheime Declaration unterzeichnet, deren Tragweite über die polnische Sache weit hinausging.*) Es war ein Schutz- und Trutzbündniß der beiden Kaiserstaaten, zur Eroberung und Vergrößerung geschlossen und kaum gegen einen Staat mit schärferer Feindseligkeit gerichtet, wie gegen Preußen. Die früheren Entwürfe von Josephs II. Politik, das osmanische Reich zu theilen, eine russische Secundogenitur in den Donauprovinzen und in Bessarabien aufzurichten und Oesterreich mit andern Beutestücken abzufinden, waren in dem Vertrage wieder aufgenommen. Dagegen ließ sich Oesterreich Entschädigungen in weitester Ausdehnung versprechen; die alten Projecte auf Baiern und die Hoffnung, auf französische Kosten sich zu vergrößern, waren noch nicht aufgegeben, aber es kam ein Neues hinzu: die Beraubung Venedigs. Gegen Preußen handelten die beiden Alliirten fortan immer gemeinsam; in der polnischen, in der türkischen Sache und wo sich Anlaß bot. In allen Fällen, so schloß das Aktenstück, wo Preußen einen der beiden Verbündeten angreifen sollte, wird sich der andere nicht auf die vertragsmäßige Hülfe beschränken, sondern mit allen seinen Kräften ohne Verzug gegen den gemeinsamen Feind verfahren.

Man kann die tiefe Treulosigkeit der alten Staatskunst, und die kurzsichtige Immoralität, womit sie im Momente eines Weltkampfes gegen die Revolution selber zu den revolutionärsten Mitteln griff, oder die fieberhafte Lüsternheit Thuguts auf Baiern, Polen, Venedig, Serbien in einem Augen-

*) Zuerst veröffentlicht von Miliutin, Krieg von 1799 I. 296—298.

blick, wo der eigne Boden schon bedroht war, man kann dies Alles nicht sprechender zeichnen, als es in diesem Aktenstück geschehen ist. Gewiß, es gehörte guter Wille für Preußen dazu, neben zwei solchen „Verbündeten" im Kampfe auszuharren, und keiner von diesen hatte ein Recht, nach dem letzten Schritt die preußische Politik um ihres Abfalls von den conservativen Grundsätzen anzuklagen. Aber eines durfte man in Preußen doch nicht vergessen: daß man durch seine Politik wenigstens einen Theil der Verschuldung trug, daß es so weit gekommen war. Ein Separatfriede mit Frankreich, durch die Preisgebung der Rheingrenze erkauft, war für die Alliirten vom 3. Januar wahrscheinlich ein geringerer Nachtheil als für Preußen selbst; denn dieses verließ damit die imposante Stellung, die ihm Friedrich erworben, es spielte um seine Großmachtstellung, wie um seine eigne Sicherheit.

Aber schon der Eindruck dessen, was man rasch erfuhr, die treffliche Abrundung, die sich Rußland geschaffen, das Verlangen, Preußen solle die von ihm besetzten Palatinate Sendomir und Krakau an Oesterreich abtreten — schon der Eindruck dieser Vorgänge war in Preußen der allerpeinlichste. Lebhafter als je verwünschte jetzt Lucchesini*) die „verhängnißvolle Allianz" mit Oesterreich, die Preußen in den französischen Krieg gestürzt, damit sich indessen Rußland und Oesterreich in seinem Rücken ausbreiten konnten, und die Urheber der Reichenbacher Politik, unter denen er obenan seinen Schwager Bischofswerder nennt, werden nachträglich von ihm noch verdammt. Er wünscht nichts eifriger, als einen Frieden mit Frankreich, damit die Heere nach Osten marschiren könnten; Rußland würde dann wohl weniger zudringlich, Oesterreich etwas coulanter werden. Freilich sei das eben der Grund, warum Thugut Alles aufbiete, den Frieden zu hindern.

Den Erfahrungen in Polen kam bald Anderes zu Hülfe. Schon schickten Toscana und Spanien sich an, ihren Frieden mit Frankreich zu machen; ein Zweig des Kaiserhauses und eine bourbonische Königslinie söhnten sich aus mit den „régicides" von 1793! In Holland regte sich in der drängenden Sorge vor einer Invasion der gleiche Wunsch und im deutschen Reiche begehrte man nichts mehr, als durch Preußen zum Frieden zu gelangen. Es war nur allzuwahr, was Lucchesini damals schrieb: „Die Dinge liegen so, daß Jeder nur an sein eignes Heil denken darf; drum predige ich offen den Frieden. Auch sind bei uns die Minister, Manstein und die öffentliche Meinung dafür; nur der König kann sich von dem Vorurtheil noch nicht losmachen, das ihn mit diesem unseligen Kriege verknüpft."

Die Eindrücke, die im December und Januar die Verhandlung in Pe-

*) Schreiben an Möllendorf d. d. 17. Januar.

tersburg weckte, waren freilich stark genug, um auch den König von seinem „Vorurtheil" zu heilen; sie entschieden den Entschluß zum Frieden.

Die Sendung Meyerinks zum Austausch der Gefangenen hatte die erste Anknüpfung mit den Franzosen gegeben; sein Auftrag ging dahin, deren Stimmung zu sondiren, und wenn diese günstig war, ihnen zu bedeuten: daß die preußische Regierung „nicht abgeneigt sei, in den Gesichtspunct mehrerer Reichsstände einzugehen, welche Frieden und preußische Vermittlung wünschten."*) Daß die Franzosen, zumal bei der schweren inneren Krisis, welche die Republik bedrängte, begierig den Gedanken eines solchen Friedens ergriffen, das ließ sich erwarten; es stand also für Preußen von dieser Seite nichts im Wege, den offenen und entscheidenden Schritt zur Verhandlung zu thun. Der persönliche Widerwille Friedrich Wilhelms II. vermochte nun nicht mehr, dem vielseitigen Drängen Stand zu halten. Aus Petersburg schrieb Tauenzien die bedenklichsten Nachrichten über die zunehmende Verwicklung mit den Ostmächten, im eignen Haus verfocht Prinz Heinrich, der Bruder Friedrichs II., mit der ganzen Leidenschaft seines Wesens und der in ihm tiefgewurzelten Vorliebe für Frankreich die Aussöhnung mit der Republik, unter den Ministern war keiner mehr, der zur Fortsetzung des Krieges zu rathen wagte, von den Verbündeten kündigte ihm (Ende November) Holland an, daß es eben mit den Franzosen in Unterhandlung getreten sei. So entschied sich denn am 1. Dec. der König für die Absendung eines Unterhändlers nach Basel und bestimmte dazu den Grafen Goltz, den früheren Gesandten in Paris. Doch sollte die Armee während der Unterhandlung nicht zurückgezogen werden. Die Freude seiner Minister war laut und allgemein. Unser Bericht, schrieb Finkenstein, hat also Eindruck gemacht; Gott sei Dank, daß man das Eisen in das Feuer bringt. Alvensleben hatte nur die Sorge, daß die Unterhandlung unter Waffen viel finanzielle Noth machen und ein energisches Auftreten in Polen hindern werde. Goltz, meinte er bezeichnend, wird einen schweren Stand haben zwischen der Eifersucht Meyerinks, den herrischen Rathschlägen Möllendorfs, den Intriguen Kalkreuths, den vorbereitenden Instructionen des Prinzen Heinrich, den Immediatbefehlen des Königs, den Privatbriefen Bischofswerders, der überwachenden Leitung Hardenbergs und schließlich den Weisungen des Ministeriums.

Die Instruction, die am 8. Dec. für Goltz ausgearbeitet ward, wies ihn zunächst an, die hie und da laut gewordene Vorstellung der Franzosen zu bekämpfen, als wolle Preußen nur scheinbar unterhandeln, um dann das

*) Nach einem Memoire von Haugwitz d. d. 13. Nov. 1794. Hier wie im Folgenden sind außer den früher zu Gebote stehenden Materialien die Acten des kön. preuß. Staatsarchivs benutzt worden.

Gehässige des Mißlingens Frankreich aufzubürden. Seine erste Aufgabe sollte der Abschluß einer Waffenruhe sein, in die Mainz und seine Besatzung mit aufgenommen werde. Für den Fall des Friedensschlusses war Preußen bereit, die französische Republik anzuerkennen, verlangte aber zugleich die Räumung seiner Gebiete links vom Rhein. Da der fränkische, oberrheinische und kurrheinische Kreis und eine Anzahl Reichsfürsten die preußische Vermittlung angerufen hatten, so sollte Goltz für diese und andere, die das Gleiche wünschten, Neutralität und Waffenstillstand bis zum Frieden erwirken. Von Polen sollte in der eigentlichen Unterhandlung keine Rede sein, doch ward der Gesandte ermächtigt, über den Stand der Angelegenheiten die nöthigen Erläuterungen zu geben. Die Anmuthung einer preußisch-französischen Allianz hatte er mit der Bereitwilligkeit freundschaftlicher Beziehungen und erweiterten Verkehrs zu erwiedern. Besonders lebhaft wünschte der König, als Vermittler des Friedens mit Deutschland und Holland angenommen zu werden; auch war er bereit, wenn die Franzosen es wünschten, für Sardinien, Oesterreich, England und Spanien die gleiche Aufgabe zu übernehmen. Weiter hatte Goltz zu erforschen, ob und was die Franzosen von ihren Eroberungen, namentlich den deutschen, zu behalten wünschten; er sollte der Republik anbieten, daß sie wie einst die französische Monarchie es gewesen, Bürge des westfälischen Friedens bleibe; das könne den Verlust deutscher Gebiete abwehren. Vielleicht sei Frankreich geneigt, eine Allianz mit Holland zu schließen, ohne Opfer an Land; Preußen habe dagegen nichts zu erinnern, vorausgesetzt, daß das Haus Oranien in seiner Stellung verbleibe. Da man vermuthete, daß Oesterreich den Gedanken des bairisch-belgischen Tausches noch nicht aufgegeben und vielleicht Frankreich darüber Eröffnungen gemacht, so hatte Goltz die französische Ansicht darüber zu erkunden. Wenn auf eine Entschädigung Oesterreichs die Rede kam, so wußte man dafür im Vertrauen keinen besseren Vorschlag zu machen, als die Abtretung von Salzburg. Wenn möglich, so sollte der Gesandte eine Clausel zu Gunsten der Emigranten durchsetzen.

Die eigentliche Schwierigkeit des Friedens, die Gebietsabtretung, war, wie wir sehen, hier nur leise berührt. Drum meinte Alvensleben, das genüge nicht; die Franzosen würden sicherlich das linke Rheinufer behalten wollen und man könne sie mit Waffengewalt zur Herausgabe nicht wohl nöthigen. Damit die Unterhandlung nicht beim ersten Schritt stocke, sollte der Gesandte für die eventuelle Abtretung und deren Bedingungen sogleich instruirt werden. Aber die anderen Minister hielten das für bedenklich; die Erwähnung einer Abtretung, meinte Finkenstein, könne den König von jeder Verhandlung zurückschrecken. Drum sei es besser, vorerst die Forderung der Franzosen abzuwarten, eine Ansicht, der sich auch Haugwitz anschloß. Es blieb also bei dem Anerbieten der Garantie des westfälischen Friedens, welche die Integrität des Reiches in sich einschloß.

Die Franzosen hätten gern die Unterhandlung nach Paris verlegt und

sie dort unmittelbar durch den Wohlfahrtsausschuß geleitet. Das lehnte Preußen ab, war indessen bereit, den Legationsrath Harnier dorthin zu senden, um die unmittelbare Besprechung mit den Pariser Machthabern einzuleiten. Während Goltz sich in der zweiten Hälfte December nach Basel begab und dort mit Bacher, dem französischen Geschäftsträger, die ersten Unterredungen pflog, reiste Harnier nach Paris. Was Goltz mit Bacher besprach, lautete nicht ungünstig; der französische Diplomat schien bereit, in die preußischen Ansichten einzugehen. Aber es trat rasch und unerwünscht eine Wendung ein, welche die Aussicht auf einen günstigen Abschluß weit in die Ferne schob.

Die Franzosen hatten schon im Spätherbst Fortschritte in Holland gemacht, deren Leichtigkeit sie von der Entkräftung des verbündeten Heeres wie von der Schwäche der inneren Zustände überzeugen mußte. Es regten sich dort die Unzufriedenen von 1787 und drängten die französischen Führer zu rascher Benutzung ihrer Vortheile; die oranische Partei war tief entmuthigt, genügende Streitkräfte zur Abwehr nicht vorhanden, ein strenger Winter überzog Flüsse und Kanäle mit einer dichten Eisdecke und brach so die letzte natürliche Schutzwehr des Landes. Eben als die preußischen Unterhändler sich nach Basel und Paris begaben, drang Pichegru in unaufhaltsamem Siege in das offene Land ein und ehe der Januar zu Ende ging, war ganz Holland eine Beute des Feindes.

Wie sank dadurch mit einem Male die Wagschale zu Gunsten der Franzosen! Nicht nur an Kraft und Hülfsmitteln kamen sie ins entschiedenste Uebergewicht, auch ihr Selbstvertrauen und ihre Prätensionen erhielten dadurch eine unberechenbare Steigerung. Wir sahen eben noch, wie kleinmüthig die preußischen Staatsmänner die Frage der Gebietsabtretung faßten, noch sprachen sie es nicht aus, aber zwischen den Zeilen ließ es sich deutlich genug lesen, daß sie sich mit dem Gedanken vertraut machten, das linke Rheinufer verloren zu sehen. Oder sollten sie im Ernst geglaubt haben, mit der den Franzosen angebotenen Garantie des westfälischen Friedens die Integrität des Reiches zu decken? Schwerlich war diese Auskunft etwas mehr, als der schwächliche Versuch, vor dem König den bitteren Hintergrund ihrer letzten Gedanken noch zu verhüllen. Jene resignirte Ansicht hatten sie aber schon zu Anfang December ausgesprochen, seitdem war, unter dem thatlosen Zusehen Preußens Holland vor dem Feinde erlegen; wie wollten sie nun verweigern, was sie schon damals kaum mehr gehofft hatten, energisch zu behaupten!

Unter so trüben Aussichten traf Harnier in Paris ein und hatte vom 7. bis 9. Januar seine Verhandlung mit dem Wohlfahrtsausschusse. Was die Franzosen jetzt begehrten, verrieth in jedem Zuge die Rückwirkung der letzten Kriegsereignisse. Schon genügte ihnen die Hoffnung des Friedens nicht mehr; sie begehrten ein Bündniß mit Preußen. Nur diese, wie sie sagten,

natürliche Allianz, auf die Gleichartigkeit der beiderseitigen Interessen gebaut, könne dem rastlosen Ehrgeiz Oesterreichs und den welterobernden Tendenzen Rußlands die Spitze bieten. Reiche Entschädigung in Norddeutschland, insbesondere Hannover, ward als Lockspeise geboten. Von einem Waffenstillstand wollten sie ebenso wenig hören, als von der Sicherstellung von Mainz; der Rhein als natürliche Grenze, das sei ein unwiderruflicher Grundsatz für die französische Republik. Höchstens mochten sie zugeben, daß den in Verlust gerathenen Fürsten eine Entschädigung im Reich angewiesen werde.

Was Harnier dagegen geltend machte, war zutreffend und richtig. Daß Deutschland Bedingungen mit Ehren nicht eingehen konnte, die seine Sicherheit wie seine politische Verfassung mit einem Streiche umwarfen, daß Preußen seine Mission, die leitende Großmacht im Reich zu werden, nicht damit beginnen durfte, daß es die schönsten Gebiete desselben dem Feind zuwarf, ja, daß für die Franzosen selbst ein solcher Friede niemals dauernd war, sondern einen Zankapfel zu immer neuem Streite zwischen beide Nationen warf, bei dem es denn doch zweifelhaft war, wer zuletzt der Sieger blieb — diese Sätze sind damals wahr gewesen, wie sie es heute sind; nur wird sich der begehrliche Ländergeiz niemals mit Gründen und Worten belehren lassen.

Auch die Zumuthung eines engeren Bündnisses lehnte der preußische Unterhändler ab; und seine Gründe wurden selbst von dem Wohlfahrtsausschuß als berechtigt anerkannt. Aber Alle waren auch einstimmig, daß dieser Umstand einen entscheidenden Einfluß auf die Bedingungen des Feindes habe; Frankreich könne sich in diesem Falle zu keinem Ersatz für die preußischen Verluste auf dem linken Rheinufer verpflichten. Ebenso wiesen die Franzosen den Gedanken einer Vermittlung für das Reich zurück; Preußens Thätigkeit dürfe sich nicht über Anwendung guter Dienste erstrecken und der Ausschuß behalte sich vor, mit jedem Reichsstand, der es wünsche, in besondere Verhandlung zu treten. Schon hier ließ sich, wie wir sehen, in rohen Umrissen der Plan der künftigen französischen Politik erkennen. Das mit England verknüpfte Oesterreich aus dem deutschen Westen zu verdrängen, für die Herstellung des eigenen Einflusses im Reich eine Brücke an Preußen zu finden, und an den mittleren und kleineren Reichsständen sich Schützlinge und Vasallen heranzubilden, dieser Idee der deutsch-französischen Trias, wie sie ein Jahrzehnt später von Bonaparte durchgeführt worden ist, sind schon die Männer von 1795 mit einem gewissen nationalen Instincte nachgegangen.

So hatte also die ganze Verhandlung nur dazu geführt, die hohen Ansprüche der Franzosen zu enthüllen; kaum daß diese noch im letzten Augenblick, als Harnier bei solchen Begehren an der Möglichkeit des Friedens überhaupt verzweifelte, eine Entschädigung für Preußens Verluste am linken Rheinufer in Aussicht stellten. Aber auf die Instruction, mit der Goltz und Harnier Berlin verlassen hatten, war in Paris durchweg ein verneinender Bescheid gegeben; alle wesentlichen Puncte, der Waffenstillstand, die Integrität

des Reiches, die Vermittlung für Deutschland wie die für Holland, Alles war unumwunden abgewiesen.

Wenn man in Berlin auf dieser Basis den Frieden gewähren wollte, so mußte man das eigene System, mit dem man in die Unterhandlung eintrat, fallen lassen; man mußte sich eingestehen, daß man den Frieden um jeden Preis wollte und schließen mußte. Eine billige Beurtheilung wird nun nicht verkennen, daß die Lage Preußens im höchsten Grade schwierig war; die ganze Geschichte von 1794, wie wir sie erfahren haben, belegt das auf jedem Blatte. Der Staat war finanziell erschöpft; man rechnete, daß im März seine Geldmittel für den Krieg zur Neige gingen. Land und Volk waren von schlaffen Friedensstimmungen überwuchert; die Aussicht auf eine große moralische Erhebung zu ungewöhnlichen Opfern unter dieser Politik überaus gering. Auf die Hülfe der andern deutschen Großmacht war nicht zu bauen; die Art, wie das Reich seit drei Jahren den Krieg mitgemacht, ließ auf jede Hoffnung auf dieser Seite verzichten. Dazu kamen nun die ungeschlichteten polnischen Wirren, die Spannung mit Rußland, das offne Zerwürfniß mit Oesterreich. Eben noch hatten diese beiden „Verbündeten" Preußens die schmachvolle Declaration vom 3. Januar unterzeichnet, deren ganze feindliche Spitze gegen Preußen gerichtet war. Ja noch mehr; in Berlin wollte man sichere Kunde haben, daß bereits eine Verhandlung Thuguts mit dem Wohlfahrtsausschuß gepflogen ward und die toscanische Regierung sich zum Zwischenträger für diese geheimnißvollen Verabredungen hergab.*) Man stand also der Gefahr gegenüber, einen doppelten Krieg am Rhein und an der Weichsel bestehen zu müssen; in dem letzteren war Oesterreich schon der Gegner, in dem andern konnte es zum Gegner werden, wenn die Gerüchte von Thuguts Verhandlung mit den Franzosen sich bestätigten und zum Ziele führten.

Für Oesterreich, das seit anderthalb Jahren überall sich hemmend in den Weg gedrängt, konnte demnach Preußen allerdings die Last neuer Kämpfe nicht zugemuthet werden; auch für das Reich nicht, das seit 1792 sich selbst so ruhmlos preisgegeben. Aber die Frage war, ob ihm sein eignes Interesse gestattete, um den Preis, den die Franzosen jetzt begehrten, den Frieden zu schließen? Die Geschichte hat darauf eine deutliche Antwort gegeben. Indem Preußen sich nach drei ruhm- und thatlosen Feldzügen für unfähig erklärte, seine eignen Gebiete zu schützen, legte es ein Geständniß von Schwäche ab, das seine Großmachtstellung wie seine Sicherheit gefährdete. Indem es den Franzosen den Rhein preisgab, ward es nicht nur den Traditionen der großen Fürsten untreu, die diesen Staat gegründet, es verzichtete auch auf die Gedanken künftiger Macht und Größe. Möglich, daß diesem Staate einst die leitende Stellung in Deutschland bestimmt war; aber sie konnte nimmer

*) Note des preuß. Minist. an Goltz d. d. 6. Januar. Dieselbe Ansicht spricht eine Note vom 23. Febr. aus.

damit erkauft werden, daß er sich unter die Dictate der Franzosen beugte. Nur der Schutz Deutschlands, nicht dessen Beraubung, gab ein Recht auf seine Beherrschung.

Die Macht der Franzosen stand aber keineswegs so unerschütterlich fest, daß man sich ihr blindlings beugen mußte. Die Gefahren eines Einverständnisses mit Oesterreich waren denkbar, allein sie wurden doch durch manches Andere im Schach gehalten, vor Allem durch die Abhängigkeit, die Oesterreich an England und Rußland knüpfte. Frankreich für sich allein war aber weit entfernt, unwiderstehlich zu sein. Noch rang die neue Regierung mit den jakobinischen Factionen einen Kampf um Leben und Tod; die furchtbare innere Krisis warf sich wahrscheinlich bald auch auf die äußeren Dinge zurück und hielt den Siegeslauf der Heere von selber auf. Die ganze Kriegsgeschichte von 1795 beweist, wie wenig die Republik noch in der Lage war, ihre Bedingungen mit den Waffen dem Ausland vorzuschreiben. Möglich, daß die Einsicht davon die damaligen Machthaber im letzten Augenblick doch bestimmte, Frieden auf mildere Bedingungen zu schließen; es war wenigstens des Versuches für Preußen werth, standhaft das Aeußerste zu erwarten.

Als die Eröffnungen Harniers jetzt nach Berlin gelangten, gingen die Meinungen des ministeriellen Triumvirats, das dort die auswärtige Politik leitete, völlig auseinander. Finkenstein war der Ansicht, man solle offen erklären, daß die Forderung der Rheingrenze es dem König unmöglich mache, Frieden zu schließen. Alvensleben dagegen meinte, man dürfe mit dem Abschluß nicht zögern, sonst gehe es wie mit den sibyllinischen Büchern. Wenn wir uns nicht schnell mit Frankreich verständigen, war seine Sorge, so gerathen wir in die entsetzliche Krisis, schlecht zu stehen mit der Coalition und noch schlechter mit Frankreich. Dort wird man uns die zu Basel gepflogene Verhandlung nicht verzeihen, hier nach der Eroberung Hollands sein Begehren schwerlich herabstimmen. Finkensteins Meinung führte also zu sofortigem Bruch, die Alvenslebens zum Separatfrieden und Bündniß mit Frankreich. Bei der Stimmung des Königs ließ sich ungefähr erwarten, wie er die Sachen ansehen würde: der Bruch war in seinen Augen ein verwegener, ja verzweifelter Schritt, aber inniger Anschluß und Bündniß mit Frankreich war ihm eine moralische Unmöglichkeit. Drum sagte ihm der mittlere Ausweg zu, den Haugwitz anrieth.*) Der Plan des Wohlfahrtsausschusses sei zu weit und unbegrenzt, als daß man sich sofort aussprechen könne. Aber abbrechen dürfe man auch nicht, in dem Augenblick, wo Frankreich der Coalition den furchtbaren Streich in Holland versetzt habe. Man solle darum Harniers Mittheilungen als nicht officielle betrachten, Barthelemys Eröffnungen abwarten und ihm allenfalls bedeuten, wie man überrascht sei über die weitgehenden Begehren des Wohlfahrtsausschusses, die mit den mäßigeren Ansichten von früher

*) Minist. Noten vom 27. und 28. Januar.

so wenig im Einklang ständen. Demgemäß erhielt Goltz die Weisung: wenn bei einer Unterhandlung zum allgemeinen Frieden alle Mächte übereinstimmten, Frankreich das linke Rheinufer abzutreten, so würde auch Preußen nicht auf seinen linksrheinischen Gebieten bestehen, sondern sich eine Entschädigung dafür auswirken; da das aber von zukünftigen Ereignissen abhänge, müsse man diese Frage auch auf die Zukunft vertagen.

Es lag in der Art dieser Politik, schrittweise zurückzuweichen. Erst war der Friedensgedanke im großen Stil gefaßt worden: als Vermittlung für das Reich, für Holland, für die ganze Coalition. Von Landabtretung war damals keine Rede gewesen. Dann hatte man die Integrität des Reiches durch die zaghafte Formel decken wollen, daß man die Franzosen zur Garantie des westfälischen Friedens beredete. Jetzt ließ man sich schon zu einer eventuellen Abtretung des linken Rheinufers herbei. Indem man so den Franzosen seine Schwäche zeigte, machte man ihnen nur Muth, auf ihren Forderungen zu beharren und Preußen zu weiterem Nachgeben zu drängen.

Man sollte gleich eine Probe davon erfahren. In Basel hatte Goltz mit Barthelemy die Besprechungen eben begonnen, als ein Unwohlsein, mit dem er schon gekommen war, sich zur tödtlichen Krankheit entwickelte und ihn am 6. Febr. hinwegraffte. Vorerst vertrat Harnier seine Stelle. Er unterhandelte mit Barthelemy im Sinne jenes Haugwitz'schen Vorschlags: die Grenzfrage auf den allgemeinen Frieden zu vertagen. Der Wohlfahrtsausschuß hatte schnellere Nachgiebigkeit erwartet und griff rasch zu der Taktik des Drohens und Trotzens zurück. Es ward die Miene höchsten Unmuths angenommen, ein naher Bruch in Aussicht gestellt, die eben noch gegebene Zusage, gegen die Festung Wesel keine Feindseligkeit zu üben, sollte nun nicht mehr gelten. Wie aber diesmal Preußen fest blieb, lenkte der Ausschuß ein und legte einen Vertragsentwurf vor, der auf den Haugwitz'schen Vorschlägen beruhte. Es sollte einfach Friede geschlossen, das Schicksal der linksrheinischen Gebiete beim allgemeinen Frieden entschieden, Preußens gute Dienste für die deutschen Reichsstände angenommen werden. Entschädigung für die Verluste war nicht zugesagt. Dem fügten die Franzosen nur noch den Wunsch bei, daß Preußen sich mit den scandinavischen Staaten und etwa mit Holland zu einer bewaffneten Neutralität oder einem Bündniß vereinige; vor Allem aber legten sie den größten Werth auf raschen, ungesäumten Abschluß. Die Preußen hatten eben die Erfahrung gemacht, daß man mit den Franzosen durch Festigkeit weiter kam, als durch Nachgeben; dies ungeduldige Drängen konnte ihnen zeigen, daß die Republik den Frieden nicht minder nöthig hatte, als sie selber.

Es war unter solchen Umständen nicht ohne Bedeutung, und gab einige Aussicht auf eine bessere Wendung, daß Hardenberg zum Nachfolger von Goltz ernannt ward. Derselbe war kein Anhänger des Friedens um jeden Preis. Er hatte seine Ansicht schon früher (13. Jan.) in einer Denkschrift niederge-

legt, deren Summe dahin ging: daß ein allgemeiner Friede das Wünschenswertheste, aber auch Unwahrscheinlichste, die Fortsetzung des Krieges für Preußen fast unmöglich und eine Sammlung neuer Kräfte im Frieden das dringendste Bedürfniß sei. Aber die Gedanken einer Allianz mit Frankreich, womit man in Paris so zudringlich hervortrat, wies Hardenberg wenigstens für den Augenblick als mit der Ehre und Politik gleich unverträglich zurück. Vielmehr müsse Preußen suchen, für sich und die Reichsstände, die seine Vermittlung verlangt, die Neutralität zu gewinnen, den bisherigen Alliirten die Gründe offen darlegen, warum man so handeln müsse, und sich mit ihnen so wenig als möglich entzweien. Hardenberg trug sich dabei noch mit dem Gedanken, daß man die Rheingrenze nicht opfern dürfe; der Friede, wie er ihn wollte, erstrebte zunächst die Neutralität des größten Theils vom Reich, und zwar ohne wesentliche Opfer erkauft.

Mit diesen Ansichten stand Hardenberg der Coalition schon näher, als Lucchesini und Haugwitz. Nach der Eroberung Hollands war ohnedies der Widerspruch gegen die Friedenspolitik wieder laut geworden, es tauchten Entwürfe auf, die freilich ebenso rasch bei Seite gelegt wurden, und man deutete sogar einen Augenblick den Abmarsch der Truppen nach Westfalen als den Anfang einer kriegerischen Bewegung. Unter diesen Eindrücken suchte sich Hardenberg, ehe er nach Basel ging, dem britischen Unterhändler zu nähern und ihn davon zu überzeugen, daß das wichtigste Hinderniß des Krieges für Preußen immer noch die Geldnoth sei. Auch kamen beide, trotz der bitteren Entzweiung vom October, so weit mit einander in's Reine, daß Malmesbury wenigstens versprach, seine Regierung darüber zu hören, indeß Hardenberg die Unterhandlung in Basel nicht allzuschnell betreiben wollte.*) So sollte die Entscheidung noch einmal verzögert werden, damit England Zeit zu einem neuen Subsidienvertrag gewinne, und in der That sehen wir die bekannten Unterhändler, Spencer und Paget, noch einmal thätig, auch Malmesbury in Verhandlung mit seinem Ministerium; allein bis sich darüber eine sichere Aussicht auf Erfolg zeigte, war auch zu Basel der Friede schon abgeschlossen.

Wie Hardenberg die bisherige Unterhandlung beurtheilte, dafür liegt uns eine eigenhändige Aufzeichnung von ihm vor.**) Der Eindruck der holländischen Erfolge und die Besorgniß vor Weiterem, meint er, hätte zum Nachgeben bestimmt, statt daß man hätte Energie zeigen sollen. Die Forderungen Preußens seien alle rund abgeschlagen und im Widerspruch mit Bachers ersten mäßigen Erklärungen Ungemessenes gefordert worden. Die Franzosen hätten immer von dem Uebergewicht gesprochen, das sie Preußen im Reich verschaf-

---

*) Malmesbury diaries III. 204 ff. 229 ff. 244.

**) Ein Blatt aus seinem Nachlasse, mit Notizen, die er sich zu eigenem Gebrauche mit Bleistift aufgezeichnet hatte.

fen wollten, und doch selbst dessen Vermittlung für die Reichsstände verweigert. Preußen habe den Franzosen Vorstellungen über das linke Rheinufer gemacht, aber in der Sache sich nachgiebig erwiesen; man dürfe nur die Instructionen an Goltz und den Gang der Verhandlungen vergleichen, um zu sehen, welch eitlen Hoffnungen man sich hingab. Hätte man sich vor dem Gedanken des Bruches nicht gescheut, so wäre wahrscheinlich der ehrenvollste Friede für Preußen und das Reich erlangt worden.

Die Instruction, die Hardenberg erhalten,*) stimmte nicht zu diesen Ansichten. Darin war vor Allem ein weiterer kleiner Schritt der Nachgiebigkeit enthalten; der Gesandte ward ermächtigt, für die eventuelle Abtretung des linken Rheinufers zu stimmen, falls eine passende und genügende Entschädigung für Preußen gewährt ward. Er sollte den Plan einer Demarcationslinie für die neutralen Lande rechts vom Rhein, den Barthelemy in den Gesprächen mit Harnier vorgeschlagen, genehmigen; dann hatte er zu erforschen, wie weit die Franzosen dazu mitwirken würden, daß Preußen in Verbindung mit einem Theil der Reichsstände einen bestimmten Einfluß auf die allgemeine Herstellung des Friedens in Deutschland erlange; auch ermitteln, welches politische Loos Belgien bestimmt war. Außerdem war ihm aufgegeben, eine Entschädigung für das Haus Oranien zu erwirken.

Hardenberg erkannte die Situation besser, als die Minister. Er beurtheilte den Werth, den der Friede für die Franzosen hatte, durchaus richtig und sprach seine feste Ueberzeugung aus, daß sie auch dann abschließen würden, wenn man bei den ursprünglichen preußischen Forderungen stehen bleibe. Er meinte darum, es sei vollkommen genügend, wenn man die Grenzfrage in einem möglichst allgemein gehaltenen Artikel auf den allgemeinen Frieden vertagte; aber um dies zu erreichen, mußte man im Nothfall mit dem Bruche drohen. „Dafür, sagt er, wäre es ersprießlich, wenn ich zwei Sehnen an meinem Bogen hätte, und den Franzosen eine drohende und kriegerische Haltung zeigen könnte, falls sie auf meine Anträge nicht eingingen" (16. März). Diese Ansicht erregte in Berlin vollen Schrecken. Man sehe, rief Alvensleben zürnend, daß Hardenberg kein Preuße, sondern ein Hannoveraner sei; es wäre gut zu wissen, was er insgeheim mit dem Herzog von Braunschweig und mit Malmesbury verhandelt hätte.**) Auch Haugwitz wollte nichts von solcher Kühnheit wissen. Er war mit der Fassung der Franzosen über die Rheingrenze einverstanden, wenn sie den Punkt in einen geheimen Artikel verwiesen und eine Entschädigung versprächen. Nur die Demarcationslinie wünschte er festgehalten; selbst die Bestimmung über das Haus Oranien war ihm kein Gegenstand, von dem man den Frieden abhängig machte.

---

*) d. d. 26. Februar.

**) Aus den Hardenberg'schen Excerpten. H. hat später unter das Blatt geschrieben: mihi parca non mendax dedit — malignum spernere vulgus!

Am 18. März kam Hardenberg nach Basel. Die nähere Anschauung, die er von den Verhältnissen gewann, die Aeußerungen Barthelemys und Bachers, die bedenklichen Nachrichten über die inneren Zustände Frankreichs — das Alles bestärkte ihn in seiner Ansicht, und der Gang der Unterhandlung gab ihm selbst die Probe, daß er die Dinge richtig beurtheilt. Der Wohlfahrtsausschuß hatte die Grenzfrage nicht in einen geheimen Artikel verwiesen haben wollen; Hardenberg bestand darauf, der Ausschuß polterte, aber gab schließlich nach. Ebenso hatte man es vorher in Paris entschieden verweigert, die preußische Verwendung für diejenigen Reichsstände zuzulassen, welche mit der Republik in Friedensverhandlung zu treten wünschten. Hardenberg nahm diese Forderung in der Form wieder auf, daß Frankreich diejenigen Reichsstände, welche binnen drei Monaten preußische Vermittlung anriefen, nicht als Feinde behandle. Auch das erregte in Paris lebhaften Sturm, man drohte abermals abzubrechen; allein da der preußische Unterhändler unwandelbar dabei beharrte und sich weiter dazu herbeiließ, für Hannover, dem die Franzosen keine Neutralität gewähren wollten, im Nothfalle die preußische Besetzung zuzusagen, so glaubte Barthelemy es nicht verantworten zu können, wenn an diesem Punkte der ganze Friede scheitere. Er genehmigte auf eigne Gefahr den Artikel und der Wohlfahrtsausschuß dachte natürlich nicht daran, darum den Vertrag zu verwerfen. Denn eben in den Tagen, wo diese letzten Verhandlungen stattfanden, hatte die republikanische Regierung in dem Aufstand vom Germinal ihre Existenz gegen die terroristische Partei kämpfend zu vertheidigen und es deutete Alles darauf hin, daß dies nicht das letzte Todeszucken der geschlagenen Factionen war. Wie unschätzbar mußte ihr in solchem Augenblicke der äußere Friede sein.

So ward am 5. April der denkwürdige Friede in Basel unterzeichnet.

Nach dem öffentlichen Vertrag schlossen Preußen und die französische Republik Frieden mit einander; Frankreich verpflichtete sich, die preußischen Gebiete auf dem rechten Rheinufer binnen 14 Tagen zu räumen, die auf dem linken Ufer hielt es besetzt; die endgültigen Feststellungen sollten bis zum allgemeinen Frieden verschoben bleiben. Die Verkehrsverhältnisse sollten auf den Fuß, auf dem sie sich vor dem Kriege befanden, zurückgeführt werden; zu diesem Ende ward auch für den Norden Deutschlands die Freiheit des Verkehrs wieder hergestellt und der Schauplatz des Krieges von dort entfernt gehalten. Die Auswechslung der Gefangenen erstreckte sich auch auf die Contingente von Sachsen, Kurmainz, Pfalzbaiern und beiden Hessen. Endlich ward — dies hatte Hardenberg noch zuletzt durchgesetzt — die Friedensvermittelung Preußens zu Gunsten derjenigen Reichsstände angenommen, welche Preußen schon darum angerufen haben oder noch anrufen werden. Es sollten namentlich binnen drei Monaten nach Ratification des Vertrages von Frankreich alle diejenigen Fürsten und Stände auf dem rechten Rheinufer nicht als Feinde behandelt werden, für welche Preußen sich verwenden werde. Doch

fügte die französische Regierung den Nachtrag hinzu, daß dies von Oesterreich nicht gelte.

In den geheimen Artikeln versprach Preußen, weder gegen Holland noch gegen ein anderes von französischen Truppen besetztes Gebiet etwas Feindliches zu unternehmen. Frankreich verbürgte für den Fall, daß es seine Grenze beim allgemeinen Frieden bis an den Rhein ausdehne, Preußen eine Entschädigung, die den abgetretenen Gebieten am linken Rheinufer entspreche. Wenn auch das pfalzzweibrückische Gebiet an Frankreich falle, versprach die Republik die Schuld von 1,500,000 Thalern, die Preußen an den Herzog zu fordern hatte, auf sich zu nehmen. Damit, wie es im öffentlichen Vertrag versprochen war, Norddeutschland vom Kriege unberührt bleibe, sollte eine Demarcationslinie gezogen werden, welche die französischen Kriegsoperationen nicht überschreiten dürften; die hinter dieser Linie gelegenen Gebiete sollten von Frankreich als neutral angesehen, aber auch von ihnen die Neutralität streng eingehalten werden. Im Falle Hannover sich weigere, solle Preußen zur besseren Garantie dieser Neutralität das Land in Verwahrung nehmen. *)

Hardenberg sprach sich über den Abschluß des Friedens sehr befriedigt aus; er glaubte erreicht zu haben, was zu erreichen war. „Ich halte, schrieb er, **) den Frieden für sicher, vortheilhaft und ehrenvoll; für sicher, weil die Neutralität des größeren Theils von Deutschland, besonders des nördlichen, festgesetzt und für die übrigen Reichsstände ebenfalls ein dreimonatlicher Waffenstillstand ausgemacht ist, wodurch bald das ganze Reich neutral sein wird. Für vortheilhaft, weil wir einen verderblichen und kostbaren, über unsere Kräfte gehenden Krieg endigen, dem Lande die Wohlfahrt des Friedens wiedergeben,

---

*) In einer Abschrift, die Hardenberg an Möllendorf schickte, besteht der Vertrag aus folgenden Theilen: zuerst dem öffentlichen Tractat, wie er bei Martens VI. 495 ff. abgedruckt ist; dann folgen (gleichlautend mit dem Abdruck im Manuscrit de l'an trois) als Separatartikel die Bestimmungen über die Demarcationslinie und den Einschluß der Grafschaft Sayn in dieselbe; ferner als „articles séparés et secrets“ die übrigen und zwar zuerst die auch im Manuscrit obenanstehenden beiden Sätze, dann ebenfalls damit gleichlautend die Bestimmung wegen Zweibrücken und der Zusatz zu Artikel 11 („les dispositions de l'article 11 du présent traité ne pourront s'étendre aux états de la maison d'Autriche.“) Daran schließt sich endlich ein Blatt mit den geheimen Artikeln, die im Manuscrit fehlen: 1. Dans le cas que le gouvernement d'Hanovre se refusât à la neutralité, S. M. le Roi de Prusse s'engage à prendre l'Electorat d'Hanovre en depôt, afin de garantir d'autant plus efficacement la république française de toute entreprise hostile de la part de ce gouvernement. 2. quoique le passage des troupes soit françaises soit de l'Empire ou autrichiennes par la ville de Francfort soit stipulé par l'article 1 er de la convention du . . . , il ne pourra être placée ni garnison française ni autrichienne dans cette ville.

**) Aus einer Depesche an Möllendorf d. d. 6. April.

und besser im Stande sind, in Polen die Sachen gut zu beendigen, ferner weil wir Frankreichs Allianz und Freundschaft in der Folge für uns erhalten und im Falle Frankreich das linke Rheinufer behält, wir nichts verlieren, sondern durch die zugesicherte Gebietsentschädigung eine gute Entschädigung erhalten können; endlich weil uns sogar die an Zweibrücken geliehenen Gelder gesichert sind. Ich halte ihn für ehrenvoll und vortheilhaft zugleich, weil der Einfluß, welchen uns die angenommene Vermittlung und Neutralität gegenüber dem Reich gibt, nicht nur uns viel Nutzen schaffen kann, sondern auch rühmlich ist und ein großes Uebergewicht gegen den Wiener Hof gewährt. Gott gebe nun, daß dieses Beispiel recht allgemein wirken und allgemeine Ruhe hergestellt sein möge!"

Wir theilen diese Aeußerungen mit, weil einem Manne, der den vielberufenen Frieden von Basel abgeschlossen hat, wohl auch das Wort zur Rechtfertigung seines Werkes gegönnt werden darf. Seine Schöpferfreude erklärte sich, wenn man erwog, daß er zu einem Abschluß auf ungünstigere Bedingungen ermächtigt war und über seine Instruction hinaus Vortheilhafteres erreicht hat. Auch tröstete er sich mit der doppelten Hoffnung, der Separatfriede werde bald zum allgemeinen werden und bei der nur eventuellen Abtretung des linken Rheinufers die Grenzfrage dann eine für Deutschland günstige Erledigung erhalten. Daß er diese Ansicht noch einige Zeit im Ernste festhielt, davon werden wir uns später überzeugen. Für uns Nachgeborene liegt freilich der beste Maßstab dafür, was der Friede an „Sicherheit, Vortheil und Ehre" gewährt hat, in dem Gange der folgenden Begebenheiten. Wie der Friede selbst kein vereinzeltes, ja nicht einmal ein unerwartetes Ereigniß, sondern das Resultat einer Entwicklung von Jahren gewesen ist, so wird auch die nun folgende Geschichte am sichersten bewähren können, wie weit die Genugthuung Hardenbergs über das Friedenswerk berechtigt war.

Die drei Kriegsjahre, die der Friede von 1795 abschloß, hatten die gesammte Lage Deutschlands umgestaltet. Die Ohnmacht und Hülflosigkeit des Reiches war nun greller als je vor aller Welt aufgedeckt, dessen Auflösung um ein gutes Stück näher gebracht. Die neue Dreiheit, auf die Frankreich in Basel hindeutete, Oesterreich im Osten, Preußen im Norden, der französische Einfluß im Süden und Westen, ließ die Staatenordnung ahnen, welcher Deutschland zunächst entgegenging. Frankreich war an den Rhein mitten ins deutsche Gebiet vorgerückt, Rußland hatte im Osten den Zwischenraum, der es von Deutschland trennte, übersprungen; die unsicheren Vergrößerungen aus der polnischen Beute, womit sich Oesterreich und Preußen hatten abfinden lassen, waren unberechenbar theuer erkauft durch den Fortschritt Rußlands nach Westen und durch die Ausbreitung Frankreichs, die eben auch nur aus der Zersplitterung der deutschen Kräfte in der polnischen Krisis hervorgegangen war. Der Zauber der alten militärischen Ueberlieferung und

ihrer überlegenen Kraft war dahin; es kam eine neue Zeit der Kriege und Siege, deren Geheimniß wir erst erlernen mußten. Der Bund der beiden deutschen Großmächte, aus dem faulen Frieden von Reichenbach hervorgegangen und nur aus einer unklaren Tendenzpolitik, nicht aus natürlichen Interessen damals abgeschlossen, war, wie es das Schicksal solcher Verbindungen ist, rasch gelöst worden und in die bitterste Entzweiung umgeschlagen. Diesen verderblichen Zwiespalt auszugleichen, dazu waren aber in Wien wie in Berlin die staatsmännischen Persönlichkeiten jener Tage weniger als jemals angethan; in beiden lebte wohl der Groll und das Mißtrauen, welche in der Epoche Friedrichs II. und Maria Theresia's Oesterreich und Preußen getrennt hatten, aber das war auch die einzige Ueberlieferung, die aus jener großen Zeit ihnen geblieben war.

Berlin, Druck von W. Pormetter.